



Berliner Revolutions-Chronik.

Darstellung

der

Berliner Bewegungen

im Jahre 1848

nach politischen, socialen und literarischen Beziehungen

von

Adolf Wolff.

Erster Band.

Berlin, 1851.

Verlag von Gustav Hempel.

Der Antheil der preußischen Hauptstadt an den folgenreichen Ereignissen des Jahres 1848, die Selbstständigkeit, mit welcher dort die Bewegung, die den größten Theil der europäischen Bevölkerung ergriffen, ihre Entwickelung begonnen und weiter zu führen versucht hatte, der Einfluß, den die revolutionäre und contrerevolutionäre Thätigkeit jener Hauptstadt auf Preußen, wie auf Deutschland ausgeübt, machen die Geschichte der berliner Zustände des Jahres 1848 zu einem der wichtigsten Bestandtheile der neuesten deutschen Entwickelungsgeschichte.

Ein Zeitraum von kaum neun Monaten schließt die Bestrebungen in sich, die darauf gerichtet waren, die alten Zustände, so weit sie der Freiheit und Selbstständigkeit des Volkes gefährlich, zu vernichten, und neue Verhältniße einzuführen, unter denen das, was das Volk als seine Rechte und seine Freiheiten in Anspruch nahm, zur Geltung käme; er enthält die Versuche, welche eine in den Personen häufig wechselnde Regierung anstellte, um mit dem Systeme des Constitutionalismus Wunden zu heilen, die der frühere Absolutismus geschlagen; er umfaßt die Anstrengungen der Parteien, die gegenseitigen Bemühungen, welche von den Anhängern der alten, verschmähten und den Vertretern der neueren Principien gemacht wurden, um die Grenzen der beanspruchten Rechte enger oder weiter zu ziehen.

Es ist die Aufgabe dieses Werkes, ein vollständiges und treues Bild jener Bestrebungen in ihrem Zusammenhange, jener Versuche und ihrer Erfolge, jener Anstrengungen, Kämpfe und Reibungen zu geben. Die Lösung dieser Aufgabe wurde zunächst erstrebt durch die vollständige und gewissenhafte Benutzung, durch theils historische Verarbeitung, theils unmittelbare Reproduction des gedruckt vorhandenen Materials, das jener Zeitraum der berliner Geschichte in überaus reicher Fülle entweder selbst geschaffen, oder veranlaßt hat, eines Materials, welches in den ephemeren Erscheinungen der Presse, in den Flugblättern und Plakaten (deren Anzahl allein gegen 2000 Nummern beträgt), in den stets neu auftauchenden und verschwindenden periodischen Blättern, in den Verhandlungen der Clubs, Vereine und Volksversammlungen, der Corporationen, der städtischen und Bürgerwehr-Behörden, der Wahlversammlungen, der ständischen und der Volksvertretung, die unmittelbaren Quellen zur Kenntniß jenes Zeitraums enthält. Indem das Werk die Aktenstücke, Documente, Berichte, welche diese unmittelbaren Quellen bilden, je nach ihrer Wichtigkeit und soweit sie der charakteristische Ausdruck der Erscheinungen und Stimmungen des Tages, der weiter- oder zurückführenden Ideen und Pläne der an der Entwickelung betheiligten Personen und Parteien sind, vollständig oder theilweis wiedergiebt und sie mit der historischen Darstellung verflicht, indem es den Stoff, welchen der andere Theil des Materials in den Berichten und Meinungsäußerungen der Organe der berliner Tagespresse sowie der berliner Berichterstatter der auswärtigen Zeitungen, in den Brochüren und der durch jenen Zeitraum veranlaßten memoirenartigen Literatur, in den späteren, mit Bezug auf Angriffe, Verdächtigungen u. dgl. reichlich abgegebenen öffentlichen Erklärungen liefert, der historischen Darstellung selbst zu Grunde legt, erhält diese einen Charakter der Treue und Vollständigkeit, der durch tendenziöse und parteiische Beimischung nicht getrübt, dem objectiven, geschichtlichen Standpunkte des Werkes und seinem Zwecke: die Bewegung durch sich selbst zu charakterisiren, entspricht.

Um aber jenen Zeitraum in allen seinen eigenthümlichen Einzelheiten mit seinen theils offenen, theils versteckten und geheimen Plänen, in denjenigen Beziehungen, nach welchen einzelne einflußreiche Persönlichkeiten ihre Thätigkeit

ausgeübt, erschöpfend darzustellen, dazu reicht freilich das erwähnte geschichtliche Material, trotz aller seiner Fülle, nicht aus. Genügte es auch dem nächsten Zwecke unseres Werkes, nur in Bezug auf sämmtliches vorhandenes Material treu und vollständig zu sein, kam es einem ersten Werke dieser Art hauptsächlich darauf an — und hierin liegt seine Bedeutung für die künftige Geschichtsschreibung — seinen Stoff nach literarischer Seite hin vollständig erschöpft, manches seltene und wichtige Document der Vergessenheit und dem Untergange entrissen, endlich die Erscheinungen überhaupt in ihrem Zusammenhange dargestellt zu haben, so machte es gleichwohl das Interesse der Darstellung erforderlich, über die ursprünglich gezogene Grenze da hinaus zu gehen, wo Aufklärungen und authentische Zeugnisse betheiligter Personen der Darstellung entweder neue Momente hinzuzufügen oder jene selbst zu ergänzen und zu erläutern im Stande waren. Die Versuche, die nach dieser Seite hin von uns gemacht worden, hatten verschiedene Erfolge. Manche schätzbare Beiträge sind uns zugekommen, zum Theil von Personen, die unaufgefordert, mit großer Bereitwilligkeit, verbürgte Mittheilungen über dunkel gebliebene oder nicht hinlänglich aufgeklärte Thatsachen lieferten. Von den aufgeforderten Personen glaubten die Einen, durch persönliche oder andere Rücksichten bestimmt, zurückhaltend sein zu müssen; Andere brachten weitläuftige Erörterungen über Verhältnisse rein persönlicher Art, Erörterungen, die, so interessant sie an sich auch sein mochten, unsere Darstellung, sollte sie ihren geschichtlichen Charakter nicht aufgeben, zum großen Theil unberücksichtigt lassen mußte; Andere verhießen Enthüllungen, hielten jedoch den gegenwärtigen Zeitpunkt zu einer Veröffentlichung für ungeeignet.

Der vorliegende erste Band — ein Drittel des vollständigen Werkes — enthält eine nicht geringe Anzahl solcher Mittheilungen von neuen Thatsachen und charakteristischen Momenten, welche, zum ersten Male veröffentlicht, eine wesentliche Bereicherung des vorhandenen Materials bilden. Die ersten Perioden der berliner Bewegung, die dieser Band behandelt, bieten besonders viele Punkte, welche einer nachträglichen Aufklärung und Erläuterung bedurften; und wie sich auf diese Punkte der größte Theil derjenigen Literatur bezieht, welche vorläufig noch die Stelle der Memoiren einnimmt, so gaben sie auch späterhin, bei ver-

schiedenen Veranlassungen, Gelegenheit zu aufschlußreichen Mittheilungen. Während der Druck dieses Bandes bereits seiner Vollendung entgegenging, erschienen sowohl besondere Schriften, als auch Zeitungsartikel und öffentliche Erklärungen, welche verschiedene Momente der bereits dargestellten Periode theils neu zu beleuchten suchen, theils ausführlicher, als bisher geschehen, erörtern. — Ein Nachtrag am Schlusse des vollendeten Werkes wird auf diese, wie alle ähnlichen, Ergänzungen unserer Darstellung näher eingehen.

Inhalt.

I. Buch.

Die Krisis.

II. Buch.

Die Revolution.

III. Buch.

Die Errungenschaften.

Erstes Buch.

Die Krisis.

I. Die letzten Februar- und die ersten Märztage.

Das Bürger-Königthum in Frankreich hatte die erste Hälfte seines achtzehnten Regierungsjahres kaum überschritten, als dort zwischen Krone und Volk der entscheidende Conflict eintrat, der nur mit einem vollständigen Siege des bisherigen Guizot'schen Regiments oder mit dessen vollständiger Niederlage enden konnte. Ein Bankett, wie deren schon mehrere früher in Paris und den Provinzen gefeiert worden, hatte den nächsten äußeren Anstoß für eine Bewegung gegeben, deren beabsichtigtes Ziel ein einfacher Ministerwechsel war, die jedoch in ihrem kurzen Verlaufe jenen, die Agitatoren selbst überraschenden, Charakter einer Revolution annahm. „Das Ministerium werde eine improvisirte Regierung auf der Straße neben der bestehenden gesetzlichen, constitutionellen nicht dulden"; mit dieser Aeußerung trat der Minister des Innern, Herr Duchatel, in der Deputirtenkammer, am 21. Februar, den zweiundneunzig Deputirten der Opposition entgegen, welche die in dem Festprogramme ausgesprochene Ansicht vertraten, „daß die auf Dienstag, den 22. Februar, festgesetzte Manifestation die gesetzliche und friedliche Ausübung eines constitutionellen Rechtes, des Rechtes der politischen Versammlungen, ohne welche eine Repräsentativ-Verfassung nur ein lächerlicher Wahn wäre, zum Gegenstand habe." Der Widerstreit zwischen diesen beiden „constitutionellen" Ansichten sollte durch eine höhere Instanz als die der Kammerdebatte, sollte durch die Gewalt der Waffe entschieden werden.

Der Lösung dieses Conflictes zwischen einem Ministerium und einer Kammer-Opposition, die beide ihre Absichten kundgethan hatten, sah man in Deutschland wie in Frankreich mit der größten Spannung entgegen. Die besondere Aufmerksamkeit, mit welcher die Deutschen den Vorgängen in Frankreich zu folgen gewohnt waren, hatte sich jetzt in ein um so regeres Interesse verwandelt, als nach der für französische Verhältnisse ungewöhnlich langen Dauer der stagnirenden Guizot'schen Politik eine entscheidende Wendung der Dinge er-

wartet werden konnte, und als das deutsche Volk in dieser Wendung den Anfangspunkt einer neuen Phase seiner eigenen Entwickelung erblickte.

Berlin empfing zu jener Zeit, wo die Eisenbahnlinie zwischen der französischen und der preußischen Hauptstadt im Bau noch nicht vollständig hergestellt war, am dritten Tage nach ihrem Abgange von Paris die Nachrichten aus dieser Stadt. So brachten die am Freitag den 25. Februar Abends in Berlin eintreffenden Zeitungen und Briefe aus Paris Mittheilungen über die dortigen Vorgänge bis zum 22. Abends, und was sich von dieser Zeit bis zu dem Abend des folgenden Tages weiter in Paris ereignete, wie aus dem Krawall vom 22. am nächsten Tage eine „Emeute" geworden war, die bereits Nachmittags den König der Franzosen bestimmt hatte, das bisherige Ministerium zu entlassen und den Grafen Molé mit der Bildung eines neuen zu beauftragen: das erfuhr man in Berlin durch directe Nachrichten am Sonnabend, den 26. Februar. Ob aber in Folge jenes Ministerwechsels, der wie die Pariser Briefe meldeten, mit Jubel von der dortigen Bevölkerung aufgenommen wurde, der Aufstand sein Ende gefunden, darüber konnten erst die am folgenden Tage in Berlin eintreffenden Posten Auskunft geben; so erwartete man denn gespannt die Ankunft dieser Post. Es war an einem Sonntage. Zu der gewöhnlichen Abendstunde kam die Post aus Köln an, aber zugleich mit ihr die Kunde, daß die Zeitungen und Briefe aus Paris ausgeblieben wären. In Brüssel waren weder am 24. Abends noch am 25. früh mit dem pariser Bahnzuge Zeitungen, Briefe und Passagiere aus Paris eingetroffen; die Schienen der Nordbahn waren am 24. früh bei Paris aufgebrochen worden und hatten den Abgang des Zuges verhindert. Gleichwohl brachten die brüsseler und kölner Zeitungen neue Nachrichten aus Paris, „schlimme Nachrichten", wie sie diese in besonderen Extrablättern mitgetheilten Neuigkeiten bezeichneten.

Die in Berlin schnell verbreitete Kunde von außerordentlichen Neuigkeiten aus Paris reichte hin, um an diesem Sonntags-Abend alle öffentlichen Lokale und Lesecabinette in einer vorher nie vorgekommenen Weise füllen zu lassen; und da wegen der damaligen preußischen Censurzustände die berliner Zeitungen ihrem Publicum die am Abend ankommenden Nachrichten frühestens erst vier und zwanzig Stunden nach deren Ankunft mittheilen konnten, so suchte ein großer Theil des Zeitungen lesenden berliner Publicums die genannten öffentlichen Orte auf, um hier aus erster Hand die Neuigkeiten zu erfahren. Immer von Neuem und immer einem anderen Zuhörerkreise wurden hier an jenem Sonntags-Abend die „schlimmen Nachrichten aus Paris" öffentlich vorgelesen, deren Inhalt im Allgemeinen angab, daß die „Emeute auch nach der Ernennung des Ministeriums Molé am 23. Abends und am 24. Morgens in Paris fortgewüthet habe". Ein aus „beklagenswerthem Mißverständniß vor dem Hotel des bisherigen Ministerpräsidenten entstandener blutiger Conflict zwischen

Municipalgarde und Volk" habe den bereits beseitigt geglaubten Aufstand neue Nahrung gegeben; spät in der Nacht seien wieder Barrikaden gebaut worden, und um das Heranrücken neuer Truppen zu verhindern, habe das Volk am anderen Morgen die Eisenbahnschienen aufgerissen. — Bis hierher gingen die am Sonntag den 27. Februar eingetroffenen Nachrichten.

Auf gewöhnlichem Wege waren — wenn der Beförderung keine Hindernisse entgegenstanden — die weiteren Nachrichten von den Vorgängen des 24. und 25. Februar erst am folgenden Abend zu erwarten. Aber der ungeduldigen Begierde, den ferneren Verlauf der Dinge kennen zu lernen, sollte eine so lange Frist nicht gestellt bleiben. Schon am folgenden Vormittag verbreiteten sich Gerüchte über Paris, denen freilich der nächste Zusammenhang mit den bekannt gewordenen Nachrichten fehlte, die jedoch mit zu großer Bestimmtheit auftraten, als daß sie nicht allenthalben wohin sie gelangten, Glauben gefunden hätten. Sechs Wochen später und die betriebsam gewordene Presse hätte nicht ermangelt, in Extrablättern und Plakaten Gerüchte ähnlicher Art der berliner Bevölkerung sofort zugänglich zu machen, und zwar in so glaubwürdiger und detaillirter Weise, wie es nur irgend der schöpferischen Phantasie eines Plakatenschreibers möglich gewesen wäre. Damals aber war die Presse noch den Censoren unterthan, und wo die Fürsorge der Censur etwa unterlassen konnte, daß dem Publicum so lange als möglich Neuigkeiten aufregender Natur vorenthalten blieben, da half die Bequemlichkeit der beiden am weitesten verbreiteten privilegirten Zeitungen weiter, die unter Anderen in ihren Montags-Nummern als letzte französische Neuigkeiten das brachten, was durch ihre pariser Correspondenzen und Zeitungen bereits Freitag Abends ihnen zugekommen war. Wie es jedoch, im Gegensatze zu dieser mit Censorenbesorglichkeit gepaarten Bequemlichkeitstheorie der privilegirten Zeitungen, möglich war, in nicht allzu langer Frist nach der Ankunft der Nachrichten diese dem Publicum zu überliefern, davon gab eine erst seit Kurzem in Berlin erscheinende Zeitung, die „Berliner Zeitungshalle" einen Beweis, welche im Interesse ihrer Leser von dem Tage an, wo die französischen Nachrichten von überwiegender Bedeutung für die Zeitungen wurden, jene in besonderen Beilagen veröffentlichte und ihren Lesern am Morgen nach deren Ankunft mittheilte.

Die am Montag, am 28. Februar Morgens in Berlin verbreiteten Gerüchte erhielten bereits am Mittage den Charakter zuverlässiger Nachrichten. Im Inhalte übereinstimmend mit den Mittheilungen der so eben angekommenen frankfurter Zeitungen, in der Form dem officiellen Stile des Regierungsorgans angepaßt, wurde durch ein „Extrablatt der Allgemeinen Preußischen Zeitung, Berlin, den 28. Februar Mittags" folgende Mittheilung veröffentlicht:

„Auf telegraphischem Wege sind Nachrichten aus Paris vom 24. d. M. hier angelangt. Danach war, wie gemeldet wurde, Mittags 1 Uhr ein Ministerium unter Theilnahme von Odilon Barrot in der Bildung be-

griffen und General Lamoricière zum General-Commandanten der Nationalgarde ernannt; die Zustände nahmen eine ruhigere Wendung an.

„Nach einer um 2½ Uhr des nämlichen Tages abgegangenen Depesche hat Se. Majestät der König Ludwig Philipp abdicirt. Ihre Königl. Hoheit die Frau Herzogin von Orleans ist zur Regentin ernannt".

Die Ueberraschung, das Staunen, mit dem diese Nachrichten in ihrem dem größten Theile des Publicums vollkommen unbekannten Verhältnisse zu den unmittelbar vorhergegangenen Ereignissen aufgenommen wurden, schien keiner Steigerung fähig. Und doch dauerte der beherrschende Eindruck derselben kaum einige Stunden. Denn schon um 2 Uhr Mittags durchlief, von der Börse aus, das Gerücht die Stadt: In Paris sei die Republik proclamirt; die königliche Familie auf der Flucht; Lamartine Präsident der Republik... Auch diese Nachricht war dem Ministerium in Berlin auf außerordentlichem Wege zugegangen, gleichwohl schien die Regierung es nicht für gerathen zu halten, in dem Extrablatte Meldung davon zu thun. Vielleicht mißtraute sie dem Gerüchte, das inzwischen beim Publicum bis auf wenige Ausnahmen allgemeinen Glauben fand, und einmal aus dem Anschauungskreise des alltäglichen herausgerissen, hätte das Publicum an diesem Tage jeder französischen Nachricht, wenn sie auch noch so abenteuerlich geklungen, vollen Glauben geschenkt. Irrthümlich hatte die „Zeitungshalle", als sie in ihrem Abendblatte die Nachricht von der französischen Republik mittheilte, den 26. als das Datum der Proclamirung derselben angegeben, und diese beliebige Festsetzung beweis't allerdings, daß man, bei vollem Vertrauen zu der Nachricht selbst den Uebergang von der Regentschaft zur Republik in längerem Termine vollzogen glaubte, als es in der Wirklichkeit geschehen. Aber auch über diesen Punkt brachte die Abendpost volle Gewißheit.

Die mit der Abendpost angekommenen brüsseler und kölner Zeitungen — die directe pariser Post war wiederum ausgeblieben — enthielten nicht nur eine Bestätigung alles dessen, was während des Tages durch veröffentlichte und zurückgehaltene Depeschen bekannt geworden war: indem sie durch eine Fülle von Thatsachen und durch die mitgetheilten Details Verständniß in die abgerissenen und zusammenhangslos gebliebenen Neuigkeiten brachten, gingen sie sogar weit über das Bekannte und Erwartete hinaus. Die Republik war nicht, wie allgemein geglaubt wurde, zwei Tage, sondern nur zwei Stunden nach der Abdankung Ludwig Philipp's erklärt, in der Deputirtenkammer selbst die neue Regierung gebildet worden und deren Mitglieder waren außer Lamartine vier der äußersten Opposition angehörende Mitglieder der Deputirtenkammer, zwei Zeitungsredacteure und — ein Arbeiter. Mit diesen Nachrichten, die bis zum 24. Abends reichten, schloß die lange Reihe der am 28. Februar in Berlin bekannt gewordenen pariser Ereignisse.

In der Entwickelungsgeschichte Berlin's begann mit diesem Tage eine neue Epoche: die gewaltigen Eindrücke des Tages, in dessen Verlauf die Nachrichten von zwei Ministerwechseln, einem Thronwechsel, dem Umsturz des Thrones, die Nachrichten einer neuen Revolution in Frankreich dort ankamen, machten die Gemüther revolutionär. An die Stelle der bisher herrschenden Gleichgültigkeit in politischen Dingen tritt plötzlich ein reges politisches Interesse, das die Entwickelung des neuen Zustandes in Frankreich, zunächst mit völliger Hintenansetzung der eigenen unerfreulichen Verhältnisse, mit großer Spannung verfolgt. Die öffentlichen Locale, die Lesecabinette (darunter vor Allem das der Zeitungs-Halle), bieten den ungewohnten Anblick überfüllter politischer Versammlungsorte; das unablässig wiederholte laute Vorlesen der neu angelangten Zeitungen und Berichte reichten für das lebendig gewordene politische Bedürfniß nicht mehr aus, polizeiwidrige Exclamationen begleiten die Vorlesungen, aufgeregte Discussionen folgen ihnen, und das wiederholt sich Tag für Tag, die ganze Woche hindurch.

Die Organe in der Tagespresse begnügten sich in den ersten Tagen die bekannt gewordenen Ereignisse in dem Umfange wieder zu erzählen, wie er ihnen durch ihre rheinischen und französischen Quellen zugekommen war. Mit selbstständigen Betrachtungen über die Lage der Zeit, trat zuerst, am 2. März, das Regierungsorgan, die Allgemeine Preußische Zeitung, auf.

„Die neuesten Ereignisse in Paris", begann sie, „sind mit solcher Schnelligkeit gefolgt, daß kaum unsere Gedanken mit ihnen gleichen Schritt zu halten vermochten! Zwei Tage genügten für den Uebergang von der constitutionellen Monarchie mit einem conservativen, von einer starken parlamentarischen Majorität getragenen Ministerium, durch die Versuche eines zweiten conservativen, dann eines radicalen Ministeriums, endlich einer nicht einmal ephemeren Regentschaft bis zur Proclamation der Republik und Vertreibung der Königs-Familie"! Sie erkennt in den bekannt gewordenen Momenten der schnellen Verwandlung der Scene „nur zwei Fäden: Untreue und rohe Gewalt" und wirft dann eine Reihe von Fragen auf, die jetzt schon zu beantworten von „Kurzsichtigkeit" zeugen, Fragen u. A., wie die: „Wird die Revolution auch anderswo neue Triumphe feiern? Wird der Taumel des Volkes in Raserei ausarten? oder werden die Halbtrunkenen, in dem Spiegel Frankreichs ihre eigene Zukunft erblickend, zur Besonnenheit kommen und umkehren auf der leichtsinnig betretenen Bahn"? Auf die in dieser letzten Frage bezeichnete Wirkung glaubt sie „für unser deutsches Vaterland, welches gründlicher als irgend ein anderer Theil Europa's durch zwanzigjährige schmerzliche Erfahrung über die Geschenke der französischen revolutionären Freiheit bekehrt ist", zählen zu können, und sie würde „selbst dann noch auf dessen feste Haltung rechnen, wenn einzelne Ausbrüche sympathetischer Demonstrationen hervortreten sollten". Was aber wird Deutschlands, was Preußen's Aufgabe in dieser ernsten Zeit sein?

„Vor Allem", antwortet das Organ der Regierung, „rufen wir den deutschen Fürsten und Stämmen zu: seid einig und durch Einigkeit stark! Das predigt auch die Geschichte unserer Zeit — dem westlichen Nachbar gegenüber — mit Flammenzügen. Fern von dem Gedanken einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Frankreichs, welches dieselben nach eigenem Gefallen gestalte nmöge, gebietet es die Vorsicht, gebietet es die lebendige Erinnerung an die nahe liegende Zeit tiefster Erniedrigung des deutschen Vaterlandes, mit scharfem Blick Frankreichs Bewegungen zu folgen, damit, wenn neues Gelüste erwachen möchte nach deutschen Fluren, vielleicht gekleidet in das Streben der Völkerbeglückung nach dort reifenden Theorien, Deutschland dastehe wohl vorbereitet, jeden Angriff ernst und, wenn es sein muß, blutig zurückzuweisen. — Preußen wird — so hoffen wir — auch hier mit gutem Beispiele nicht zurückbleiben; es wird, seiner Bundespflicht getreu, jedem seiner deutschen Bundesgenossen, wo er angegriffen werden möchte, mit seiner ganzen durch unerreichte Wehrverfassung gehobenen Kraft zur Seite stehen — und es darf mit Zuversicht Gleiches von seinen Bundesgenossen erwarten. — Irren wir hierin nicht, vertrauen wir, daß auch die übrigen Großmächte das ernste Wort reden werden: wir wollen keine Verletzung der Verträge dulden, welche den europäischen Frieden seit länger als 30 Jahren getragen, wir werden jeden Bruch derselben als eine Kriegserklärung betrachten: dann ist auch die Hoffnung auf Erhaltung der Segnungen des Friedens noch wenig getrübt, dann dürfen wir uns immerhin noch dem Vertrauen hingeben, daß die Entwickelung der Kunst, Wissenschaft und des Gewerbfleißes, wie sie dieser Friede in nie gekannter Weise hervorgerufen, keine schmerzliche Unterbrechung erleiden werde durch des Krieges unvermeidliche und unberechenbare Gräuel und Zerstörungen".

Aehnlich, wie hier die preußische Regierung in halbofficieller Weise ihre Ansichten und Hoffnungen ausgesprochen, ließ sich fast gleichzeitig der sogenannnte deutsche Bundestag in Frankfurt vernehmen. In seiner Ansprache vom 1. März wendet er, „als das gesetzliche Organ der nationalen und politischen Einheit Deutschlands", sich vertrauensvoll an die deutschen Regierungen und das deutsche Volk, spricht seine Ueberzeugung dahin aus, daß die innere und äußere Sicherheit Deutschlands „nur dann ungefährdet bleiben könne, wenn in allen deutschen Landen das einmüthigste Zusammenwirken der Regierungen und Völker und die innigste Eintracht unter allen deutschen Stämmen mit gewissenhafter Treue erhalten werden". Der Bundestag beruft sich auf die Geschichte Deutschlands, welche Belege hierzu gebe, und verspricht „von seinem Standpunkte aus Alles aufzubieten, um gleich eifrig für die Sicherheit Deutschlands nach Außen, so wie die Förderung der nationalen Interessen und des nationalen Lebens im Innern zu sorgen". Er vertraut „mit voller Zuversicht auf den in den schwierigsten Zeiten stets bewährten gesetzlichen Sinn, auf die alte Treue und die reife Einsicht des deutschen Volkes",

und proclamirt feierlich: „Deutschland wird und muß auf die Stufe gehoben werden, die ihm unter den Nationen Europa's gebührt — aber nur der Weg der Eintracht, des gesetzlichen Fortschritts und der einheitlichen Entwickelung führt dahin".

Dieser Ansprache folgte zwei Tage später ein Decret desselben Bundestages, wonach „1) jedem deutschen Bundesstaate freigestellt wurde, die Censur aufzuheben und Preßfreiheit einzuführen, 2) dies jedoch nur unter Garantien geschehen dürfe, welche die anderen deutschen Bundesstaaten und den ganzen Bund gegen Mißbrauch der Preßfreiheit möglichst sicher stellen".

Eine Behörde, die wie der Bundestag, nicht das geringste Vertrauen bei dem Volke besaß, weil sie sich stets, in allen ihren bekannt gewordenen Maßregeln, vom Mißtrauen gegen das Volk hatte leiten lassen — diese Behörde mußte sich selbst mißtrauen, wenn sie plötzlich im Drange der Ereignisse, aus der Rolle fiel und an ein Volk appellirte, das bereits begonnen hatte, seine Angelegenheit selbst in die Hand zu nehmen.

Inzwischen hatte nämlich die französische Revolution bereits ihre Rückwirkung auf einzelne deutsche Länder geäußert. In den constitutionellen Staaten, in Baden, Würtemberg, Hessen, Nassau, Baiern, Sachsen war das Volk mit seinen Forderungen, „Angesichts der Ereignisse im Westen", frühzeitig aufgetreten, die städtischen Behörden und die Kammern — wo letztere gerade versammelt waren — hatten sich theilweise jenen angeschlossen; und auch die einzelnen Regierungen ihnen, noch ehe der Bundestag gesprochen und unbekümmert um denselben, in aller Eile Verheißungen und Bewilligungen folgen lassen. Die badische Regierung hatte bereits am 29. Februar Volksbewaffnung und Preßfreiheit zugestanden, die würtembergische am 2. März Preßfreiheit gegeben, die nassauische am 4. März in alle Forderungen des Volkes gewilligt; unbeliebte Minister in mehreren Staaten ihren Abschied verlangt und erhalten. In den größeren Städten der preußischen Rheinprovinz fanden Bürgerversammlungen statt, von denen Adressen und Petitionen berathen und angenommen wurden; die Gemeinderäthe faßten den in den Petitionen enthaltenen Forderungen von Preßfreiheit, Associationsrecht u. s. w. beistimmende Beschlüsse, und schon wurden hier Deputationen vorbereitet, welche die Wünsche und Forderungen des Volkes vor den Thron bringen sollten.

Die preußische Hauptstadt verhielt sich während der ganzen Woche nach den ersten Nachrichten von der französischen Revolution, den Ereignissen gegenüber, passiv. Ungestört konnten die hemmende Censur und Polizei ihr Wesen treiben, ungehindert das damalige Obercensurgericht Erkenntnisse ausfertigen, die Polizei Bücher verbieten, unberücksichtigt der noch immer dort tagende Ständische Ausschuß seine Verhandlungen pflegen: die eigene Noth wurde in

den Hintergrund gedrängt durch die neuesten politischen Ereignisse; diesen gab sich in Berlin in der oben dargestellten Weise hin; in aufmerksamer Verfolgung derselben stärkte sich das neu erwachte politische Leben.

II. Entlassung des ständischen Ausschusses. Schwankende Politik.

Seit dem 17. Januar 1848 hatte der Vereinigte Ständische Ausschuß, eine eigenthümliche Art ständischer Vertretung, die das Gesetz vom 3. Februar 1847 in's Dasein gerufen, Sitzungen in Berlin gehalten und seine Thätigkeit einem ihm von der Regierung vorgelegten und seinem „Beirath“ empfohlenen Strafgesetzentwurf gewidmet. In drei und dreißig Sitzungen hatte der Ausschuß sein unfruchtbares Werk beendet, ein Werk, das seit Jahren in stets anderen, wiewohl unwesentlich veränderten Formen den provinzialständischen Versammlungen zur Berathung vorgelegt wurde, und das, obschon die Nothwendigkeit einer Reform der bisherigen Strafgesetzgebung seit vielen Jahren von allen Seiten anerkannt worden, dennoch nie zu einem Abschluß kommen konnte. Das geringe Interesse, mit welchem das Volk den Berathungen des Ausschusses von Anfang an gefolgt war, erlosch ganz, als die neuen Ereignisse jedes andere Interesse beseitigten, und so war man nur von einigen Seiten auf die Entlassung der Versammlung gespannt, weil bei dieser Gelegenheit Zugeständnisse von der Regierung erwartet wurden, welche die frühere Opposition der Provinzialstände und des Vereinigten Landtages vergebens erstrebt hatten.

Der König verabschiedete selbst die Versammlung in einer Thronrede. Am 6. März, nach dem Schluß der Sitzung, erschien er, Vormittags 11 Uhr, in Begleitung des Prinzen von Preußen und der Staatsminister, im Versammlungssaal des Ausschusses, dessen Mitglieder ihn mit dem üblichen Lebehoch empfingen, und hielt folgende Rede:

„Nachdem mir angezeigt worden, daß meine zum ersten Vereinigten Ausschuß versammelten getreuen Stände die ihnen aufgetragene wichtige Arbeit vollendet, — und ich darf zu meiner wahren Befriedigung hinzufügen — mit großer Ausdauer und beseelt von dem schönsten Gefühle echter Vaterlandsliebe erledigt haben, bin ich in Ihrer Mitte erschienen, um Ihnen ein herzliches Lebewohl zuzurufen.

„Es ist dieser Augenblick überdies für mich ein wichtiger und erfreulicher! Durch die Erledigung der dem Vereinigten ständischen Ausschuß ertheilten Vorlagen und durch die gleichzeitige Einberufung und Einführung der ständischen Deputation für das Staatsschuldenwesen ist meine Gesetzgebung vom 3. Februar v. J. zur vollen Ausführung gebracht und damit derjenige Zeitpunkt eingetreten, bis zu welchem ich nach der Botschaft vom 24. Juni v. J. meine Entschließungen über die Anträge des ersten Vereinigten Landtages auf einige Modificationen jener Gesetzgebung vorbehalten hatte.

„Schon in meiner Thronrede vom 11. April v. J. hatte ich wohlüberlegt ausgesprochen, daß ich den Vereinigten Landtag gern und öfter um mich versammeln würde, wenn derselbe mir die Ueberzeugung gewähre, daß ich es könne, ohne höhere Regentenpflichten zu verletzen. — Die Periodicität ständischer Central-Versammlungen hatte ich von Anfang an als nothwendig für mein ständisches Gebäude anerkannt und sie den Vereinigten Ausschüssen

gegeben. Nachdem aber beide Curien des Vereinigten Landtages die fast einstimmige Bitte an mich gerichtet hatten, die Periodicität auf den Vereinigten Landtag selbst zu übertragen, so war es längst mein Entschluß — Mehrere von Ihnen wissen das aus meinem Munde, — diesen Wunsch durch die That zu erfüllen. Gern benutze ich daher diese Veranlassung, Ihnen nun auch zu erklären,

daß ich die in der Gesetzgebung vom 3. Februar dem Vereinigten Ausschusse ertheilte Periodicität auf den Vereinigten Landtag übertragen und die Befugnisse des ersteren in entsprechender Weise beschränken will, wie dies in einer Botschaft näher ausgeführt ist, welche Ihnen mein Minister des Innern mittheilen wird

„Sie aber, meine Herren, mögen, indem Sie heimkehren, diesen meinen Entschluß, wodurch die von beiden Curien des ersten Vereinigten Landtages gestellten Anträge in vollem Umfange gewährt sind, allen denen verkünden, welche sich danach gesehnt haben, und darunter sind — ich weiß es — viele meiner redlichsten und getreuesten Unterthanen.

„Ja, meine Herren, gehen Sie mit Gott in Ihre Provinzen und Städte als Boten des Friedens, der Einigkeit und Kraft! Die Vorsehung hat Ereignisse eintreten lassen, welche die gesellschaftliche Ordnung in ihren Grundfesten zu erschüttern drohen. Deutsche Herzen, preußische Männer, Männer der Vaterlandsliebe, der Ehre, wissen, welche eigenthümliche, heilige Pflicht solche Zustände bedingen. Kein Volk auf Erden hat unter ähnlichen Verhältnissen jemals ein erhebenderes Beispiel gegeben, als das Unsrige. Das aber bedingt die Wiederholung derselben Erscheinung in diesem Augenblick um so unerläßlicher; denn wir wollen nicht weniger treu, nicht weniger muthig, nicht weniger ausdauernd sein, als unsere Väter oder wir selbst als Jünglinge es waren!

„Was jeder klare Verstand begreift, was jedes edle Herz fühlt, das sprechen Sie, meine Herren, in Ihrer Heimath aus! Rufen Sie einem Jeden die unwidersprechliche Wahrheit zu: Lasset alle Parteien ruhen, sehet nur auf das Eine, was Noth thut, wenn wir mit Ehren und Segen aus dem Sturm hervortreten wollen, den unsere Einmüthigkeit, unsere Haltung, unser Beispiel unter Gottes gnädigem Beistand allerdings beschwichtigen kann. Schaart Euch, wie eine eherne Mauer, in lebendigem Vertrauen um Euren König, um Euren besten Freund! Fern von dem Gedanken an die Einmischung in die inneren Angelegenheiten fremder Völker, thue ich Alles, meine Herren, was an mir ist, um durch die Eintracht und das mächtige Wort der Großmächte, vor Allem aber durch Kräftigung des deutschen Bundes einen ehrenvollen Frieden zu sichern, der den Völkern Europas nöthig ist, wenn nicht die Bahn des geistigen und materiellen Fortschritts, welche sie so rüstig betreten, unterbrochen, ja, vielleicht auf Jahrhunderte zerstört werden soll. Wenn mein Volk den deutschen Stämmen das Beispiel der Einheit und Kraft giebt, so ist ein großer Schritt zur Erreichung dieses segensreichen Zieles der Erhaltung des Friedens geschehen!

„Doch sollte es Gottes unerforschlicher Rathschluß anders fügen, sollten die Verträge gebrochen werden, auf denen Europas politisches Gebäude beruht, sollte ein Feind es wagen, das eigene Gebiet oder das meiner deutschen Bundesgenossen anzutasten, dann würde ich, wie es Ehre und Pflicht gebieten, selbst die Gefahren des Krieges einem schmählichen Frieden vorziehen. Ich werde dann mein wehrhaftes Volk zu den Waffen rufen, es wird sich um mich schaaren wie vor fünfunddreißig Jahren unter den Fahnen meines unvergeßlichen — nun in Gott ruhenden — Vaters, der auch der Vater seines Volkes war; dann wird — das ist meine Zuversicht! — der Heldenmuth der Jahre 1813, 1814 und 1815 nicht fehlen. Sobald die Maßregeln, welche ich für Preußens und Deutschlands Sicherheit und Ehre ergreifen muß, den Beistand meiner getreuen Stände erfordern, spätestens dann, wenn (was Gott gnädiglich verhüten wolle!) der allgemeine Ruf zu den Waffen erschallen müßte, werde ich Sie, meine Herren, und Ihre Mitstände — den ganzen Vereinigten Landtag — wiederum berufen, um mir mit Rath und That beizustehen, wohl wissend, daß das Vertrauen meines Volkes meine festeste Stütze ist, und um der Welt zu zeigen, daß in Preußen der König, das Volk und das Heer dieselben sind von Geschlecht zu Geschlecht!

„Auch das verkünden Sie den Ihrigen in der Heimath und noch einmal ein herzliches Lebewohl!“

Die Botschaft, deren in dieser Rede erwähnt ist, und die zugleich mit der Rede selbst veröffentlicht wurde, enthielt von Concessionen eben nichts Anderes als was die Thronrede selbst schon mitgetheilt, daß nämlich die dem Ausschusse übertragene Periodicität auf den Vereinigten Landtag übergehen, und

danach die Wirksamkeit des Ausschusses beschränkt werden solle. Mit dieser Concession — der geringsten von allen, die erwartet werden konnten — war also nur dem bereits im Jahre 1847 von beiden Curien des Landtages übereinstimmend gestellten Antrage entsprochen worden. Ueberdies war in der Botschaft noch eine besondere Verordnung vorbehalten worden, durch welche die Verfassungsgesetze vom 3. Februar 1847 abgeändert und die vor Einberufung des nächsten Vereinigten Landtags publicirt werden sollte. — Wie diese Verheißung — freilich in ganz anderer als ursprünglich beabsichtigter Art — erfüllt wurde, zeigt die Geschichte der nächsten Wochen.

Die Gewährung der Periodicität war das erste Geschenk, das seit dem Ausbruch der französischen Revolution und dem Beginne der deutschen Bewegung dem Volke gemacht wurde — ein Geschenk, das, in seiner Dürftigkeit, überall mit völliger Gleichgültigkeit aufgenommen wurde. Sie bezeichnet den Anfang einer Reihe von schnell auf einander folgenden Verordnungen und Regierungsmaßregeln, die alle dasselbe Geschick traf: vom Volke nicht beachtet, als zu spät gekommen zurückgewiesen, hatten sie ein ephemeres Dasein nur in den Regierungsblättern und gingen sie im Sturme der Zeit spurlos unter. Die Periodicität des Landtages, die ein paar Tage später verheißene „Censurfreiheit unter den nöthigen Garantieen", ein auf den 27. April einberufener Landtag, der in Dresden beabsichtigte Fürstencongreß: dies Alles todtgeborene Maßregeln und Pläne, denen der schnelle Lauf der Geschichte Hohn sprach, die in ihrem halben, zögernden, die Zeit verkennenden Charakter ein schnelles Grab in der allgemeinen Theilnahmlosigkeit fanden. Die Unentschiedenheit der Regierung zeigte sich nicht allein in diesen mißglückten Versuchen altersschwach gewordener Politik: ihr Schwanken trat noch stärker in der Entstehungsart jener Maßregeln hervor. Als Beleg mögen einige Thatsachen gelten, die ein damals in Preußen verbotenes Blatt, die Weser-Zeitung, mittheilt, deren Berliner Berichterstatter in einer Correspondenz vom 12. nachweisen will, „daß es leider an einem bestimmten Systeme zu fehlen scheint, nach dem man den unter jenen Verhältnissen einzuschlagenden Weg zu regeln beabsichtigt, und daß statt dessen ein eigenthümliches Schwanken besteht, welches morgen das wieder aufgeben läßt, was heute bereits fest beschlossen war."

Am 5. März, erzählt der Berichterstatter, als am Tage vor dem Schlusse des Vereinigten Ständischen Ausschusses, hatte einer der bekanntesten Abgeordneten, Hr. v. S., bei einer dem Throne sehr nahe stehenden Person eine Audienz und erlaubte sich in derselben auch auf die Nothwendigkeit aufmerksam zu machen, daß, wenn die Ruhe des Landes nicht gestört werden sollte, wenigstens sofort die Periodicität des Landtages bewilligt und veröffentlicht würde, erhielt hierauf aber die Antwort, daß der König nun einmal den Zeitpunkt für diese Bewilligung nicht geeignet erachte, und daß daher im Augenblicke in dieser Angelegenheit nichts zu machen sei. Nichts destoweniger promulgirte

der König Tags darauf in seiner Rede an den ständischen Ausschuß die periodische Wiederkehr des Vereinigten Landtages, und es erscheint hiernach also das Gerücht völlig begründet, daß erst spät am Abend des 5ten der Beschluß wegen der Periodicität des Landtags gefaßt worden sei, ja es wird sogar erzählt, daß die oben angedeutete hochstehende Person, als sich die Ausschußmitglieder in corpore empfahlen, dem Abgeordneten v. S. dies geradezu zur Begründung seiner Tags zuvor gemachten Aeußerung gesagt habe. — Mehrere Mitglieder des Ausschusses, die ausdrücklich als überaus conservativ bezeichnet werden, erzählt jener Berichterstatter weiter, konnten nicht umhin, bei ihrer Verabschiedung von dem Minister Bodelschwingh, demselben zu bemerken, wie nothwendig es sei, mit der Zusammenberufung des Vereinigten Landtages nicht zu zögern; es wurde ihnen aber erwidert, man müsse zu der Regierung das Vertrauen haben, daß sie den richtigen Augenblick dafür zu wählen wissen werde, daß sie aber vor Allem nicht gedrängt sein wolle. Als sich nun fünf Tage später einer von eben diesen Ausschuß-Mitgliedern, der Provinzial-Landtagsmarschall v. Z., beim Könige selbst beurlaubte, wurde er mit den Worten entlassen: „wir werden uns bald wiedersehen", was also wieder auf eine nahe bevorstehende Zusammenberufung des Landtags (wie sie wirklich einige Tage später erfolgte) deutete. — Derselbe Berichterstatter meldete ferner als ganz zuverlässig, daß am 6. März bereits ein Preßgesetz in die Druckerei gegangen wäre; allein während schon an demselben gedruckt worden, erhoben sich neue Bedenken gegen dasselbe, aus dem Grunde, weil es so viele abermalige Beschränkungen und Klauseln enthielt, daß es seine Aehnlichkeit mit dem früher bekannt gewordenen, von Preußen dem Bundestage vorgelegten Preßgesetz-Entwurfe keinen Augenblick verleugnete. Da wurde die Veröffentlichung des bereits gedruckten Gesetzes inhibirt, und statt dessen, da man doch das Bedürfniß fühlte, irgend etwas sofort in dieser Sache zu thun, die vom 8. März datirte Cabinetsordre veröffentlicht.

Nachdem der König am 6ten den ständischen Ausschuß entlassen und Herr v. Bodelschwingh, nach Verlesung der Botschaft vom 5ten den Schluß der Sitzungen feierlich proclamirt hatte, trat der Prinz von Preußen in die Mitte der Abgeordneten und hielt, wie die Vossische Zeitung berichtet, „eine Jedem der Anwesenden unvergeßliche Ansprache an dieselben". Er versicherte, daß die so eben vom König vernommenen Worte ihm wie aus der Seele gesprochen seien. Darauf zu den Abgeordneten der Rheinprovinz herantretend, äußerte er sein Bedauern darüber, „daß es eine Stadt im Lande gebe, wo Excesse vorgefallen seien*)", sprach jedoch die Ueberzeugung aus, daß „nur wenig Uebelberathene Urheber derselben sein könnten, so wie daß Herr Camphausen bei seiner bevorstehenden Rückkehr mit eine Stütze der Ruhe

*) Aus Köln war von unruhigen Auftritten am 3. März gemeldet worden.

und Ordnung sein werde". Herr Camphausen erwiderte, daß dies auch sein fester Vorsatz sei. Als hierauf der Prinz den Saal verlassen, beschlossen sämmtliche Deputirte, ihm sofort ihre Aufwartung zu machen. Der Prinz erschien in der pommerschen Uniform und redete sie nochmals „sehr huldvoll" an. Nachher vereinigte der König sämmtliche Mitglieder um sich bei Tafel, und brachte hier einen Toast „auf das Wohl des Landes" aus. Fürst Solms beantwortete diesen Toast mit einer kurzen Rede, in welcher er dem Lande Glück wünschte, „einen Herrscher zu besitzen, dessen Worte Thaten sind". — Bei dieser Tafel hatte auch der Oberbürgermeister Berlins, Herr Krausnick, der mit dem Stadtverordnetenvorsteher zu dem Gastmahle eingeladen worden war, dem Minister v. Bodelschwingh gelegentlich die „Wünsche und Hoffnungen der Stadt in Beziehung auf die damalige kritische Lage" mündlich zu eröffnen Gelegenheit genommen, und diese „mündliche Eröffnung" bei dem Tafelschmause, bestimmte am folgenden Tage den Oberbürgermeister und mit ihm die Majorität der Mitglieder des Magistrats, sich einem Antrage auf Verwendung bei dem Könige um schleunige Einberufung des Landtages zu widersetzen.

III. Zeltenversammlungen am 6. und 7. März. — Adressen.

In äußerlicher Ruhe war die erste Woche nach der französischen Revolution in Berlin verlaufen; die zweite begann schon bewegter. Der Blick, der sich vorher ausschließlich auf die fremden Vorgänge gerichtet hatte, wandte sich jetzt den einheimischen Verhältnissen zu. Nicht fruchtlos wollten die Eindrücke bleiben, welche die genau verfolgten revolutionären Ereignisse jenseits des Rheins hervorgebracht hatten. Aus den Lesecabinetten heraus auf improvisirte Rednerbühnen, in die Aula, ja selbst in den verwais'ten Saal der Väter der Stadt zog der Drang nach einer den Bedürfnissen entsprechenden Umgestaltung der eigenen Zustände, den Bedürfnissen, die wiederholt und stärker als je empfunden wurden.

Adressen an die städtischen Behörden, an den König, Adressen von den verschiedensten Seiten und voll des verschiedenartigsten Inhaltes sollten die Bedürfnisse, die Wünsche bezeichnen, die sich überall geltend machten. Mit der Abfassung dieser Adressen und der Sammlung von Unterschriften zu denselben begann die Thätigkeit dieser Woche gleich in den ersten Tagen, und mit Adressen und Adreßdebatten war Berlin die ganze Woche hindurch beschäftigt.

Von einem Theil der gebildeten Jugend Berlins, von jungen Künstlern und Studenten, war zunächst die Anregung zu einer die „Wünsche des Volkes" enthaltenden und an den König zu richtenden Adresse ausgegangen, und zwar lag es in dem ursprünglichen Plane, diese Adresse nach dem Muster der vielen

durch die auswärtigen Zeitungen mitgetheilten Adressen abzufassen, die bereits in den einzelnen Staaten einen mehr oder minder günstigen Erfolg gehabt hatten. Um eine solche Adresse, die bei den damaligen Censurverhältnissen durch die berliner Zeitungen nicht veröffentlicht werden durften, allgemeiner bekannt werden zu lassen, wurde beschlossen, in einem großen öffentlichen Locale eine Versammlung abzuhalten, in welcher dieser Gegenstand besprochen werden sollte. Bei dem Mangel eines passenden Versammlungsortes innerhalb der Stadt, wurde eines der im Thiergarten befindlichen und unter dem Namen „Zelte" bekannten Etablissements, zu diesem Zweck gewählt, und in demselben Saale, in welchem ein paar Jahre vorher, im August 1845, eine Versammlung der sogenannten „Lichtfreunde" zur Unterzeichnung irgend eines „Protestes" stattgefunden hatte, vereinigte sich am Montag, den 6. März, Abends, eine nicht sehr starke Anzahl junger Männer, um über eine Adresse zu berathen. Da der Versammlungsort nicht zeitig genug Allen denen bekannt geworden war, die der Versammlung beiwohnen wollten, so beschränkte sich diese auf nicht viel mehr Theilnehmer, als Urheber des Planes überhaupt waren, und in ziemlich regelloser und unbeholfener Discussion kamen diese nach kurzem Beisammensein dahin überein, daß die Adresse an den König „Zeugniß von dem in Berlin herrschenden Geiste" ablegen und sich speciell als eine „Adresse der Jugend" bezeichnen sollte. Aus den Theilnehmern der Versammlung wurden sodann drei Mitglieder ernannt und beauftragt eine Adresse in jenem Sinne zu entwerfen. Dieser Entwurf sollte der nächsten Versammlung zur Berathung vorgelegt werden.

Am folgenden Abende, Dienstag, 7. März — es war Fastnacht — fand in demselben Lokale wieder eine Versammlung statt. Ihr Charakter war wesentlich verschieden von der ihr vorangegangenen. Männer der verschiedensten Stände und Bildungsstufen, Handwerker, Gelehrte, Kaufleute, Künstler, Studenten, hatten sich eingefunden, um Theil an der Berathung zu nehmen. Die Versammlung mochte von etwa sechshundert Personen besucht gewesen sein. Die Debatte, deren Leitung ein junger Gelehrter, Herr Löwenberg übernahm und geschickt leitete, erstreckte sich über den Inhalt zweier Adressen, welche aus der Abends vorher gewählten Commission von drei Mitgliedern hervorgegangen waren. Beide Adressen unterschieden sich nur in der Form von einander; die eine, welche von ungewöhnlicher Länge war, wurde aus diesem Grunde zurückgewiesen, die andere enthielt durch die nach einer sehr entwickelten Debatte angenommenen Amendements und Anträge eine ziemlich form- und zusammenhangslose Gestalt. Gleichwohl hatte die Versammlung nach mehr als vierstündiger Discussion, die letztere abzusenden beschlossen, und es handelte sich schließlich nur noch um die Art der Ueberreichung dieser Adresse. Es wurde bestimmt, daß einer Deputation von zehn Mitgliedern aus der Versammlung das fernere Schicksal der Adresse anvertraut werden, das Lese-

cabinet der Zeitungshalle als der Ort bezeichnet, an welchem sich die zehn Deputirten am nächsten Vormittage einfinden sollten, um hier unter einander zu berathen, in welcher Weise sie die Adresse dem Könige direct übergäben; und von dem Erfolge ihrer Mission sollte die Deputation in der ihnen am Geeignetsten scheinenden Art die Versammlung in Kenntniß setzen. Der Deputation glaubte, nach angenommener Adresse, die Versammlung das Weitere schon deshalb überlassen zu müssen, weil von mehreren Rednern die Befürchtung ausgesprochen worden war, die Polizei könne von diesen Versammlungen Kenntniß erhalten und durch sie jede fernere verhindert werden. Die Furcht vor der Polizei beherrschte den größten Theil der Versammlung so sehr, daß selbst einige Personen in ihrer Mitte, die Niemandem bekannt waren, als Polizei-Spione bezeichnet wurden, und die Möglichkeit wiederum, daß dergleichen Leute der Verhandlung beiwohnten, bestimmte einzelne der Redner, in ihren Vorträgen eine polizeimäßige Besonnenheit zu beobachten und eine gleichsam durch polizeiliches Maß geregelte Begeisterung zu äußern. Die Adresse selbst, der übrigens gleich von vornherein durch allgemeinen Beschluß das Prädicat einer „Adresse der Jugend" genommen und der alle altherkömmlichen, devoten Formeln durch Mehrheitsbeschluß einverleibt wurden, die Adresse giebt in ihren Forderungen oder vielmehr „Wünschen", zu denen z. B. neben „unbedingter Preßfreiheit" auch „schleunige Einberufung des Landtages" gehören, Zeugniß von dem sich nicht über das Niveau des gewöhnlichen Liberalismus erhebenden Standpunkte einer Versammlung, in der allerdings auch radicale Elemente sich, wiewohl vergebens, geltend zu machen versucht hatten — wurde doch selbst auch ein Antrag gestellt und viel besprochen, in die Adresse an den König den Wunsch nach „Garantie der Arbeit" aufzunehmen.

Die Zeltenversammlung vom 7. März endete, nach Mitternacht, mit einem Resignationsbeschlusse: wenn es der Deputation zur Ueberreichung der Adresse nicht gelingen sollte, eine Audienz beim Könige zur Erfüllung ihrer Mission zu erlangen, so sollte die Adresse selbst durch die gelesensten auswärtigen Blätter veröffentlicht und zugleich ihre Entstehungs- und Entwickelungsgeschichte dargestellt werden.

Die Adresse lautete in der Form, wie sie angenommen worden und dem Könige überreicht werden sollte, folgendermaßen:

„Allerdurchlauchtigster König,
Allergnädigster König und Herr!

Die ernsten Begebenheiten, welche Europa bewegen, machen ein treues Zusammenhalten der deutschen Fürsten und Völker zur unabweisbaren Nothwendigkeit.

Ew. Majestät haben selbst das deutsche Volk Preußens aufgefordert, sich um seinen König zu schaaren, wie eine eherne Mauer, damit die Bahn des geistigen und materiellen Fortschritts, welche die Völker Europas so rüstig betreten haben, nicht durch die Stürme der Zeit unterbrochen werde.

Wir hegen daher die feste Zuversicht, Ew. Majestät werde uns ein huldvolles Gehör schenken.

Aber die Kraft der Begeisterung, welche ein Volk um seinen König schaart, die Kraft

der Vaterlandsliebe, wird weder durch den Zufall der Geburt, auf der bestimmten Scholle, noch durch die gemeinsame Sprache und Sitte, noch durch den äußerlichen Staatsverband so mächtig in einem Volke erzeugt, als durch die sichere Gewährleistung freier Institutionen, welche Jeden aus dem Volke mit dem gleich freien Mannesstolze bewaffnen, dem andere Völker ihre nationale Größe verdanken.

Das bestimmte, ins Bewußtsein des Volkes übergegangene, Bedürfniß nach größerer politischer Freiheit ist der sicherste Maßstab zur Beurtheilung der Reife einer Nation.

Dies Bedürfniß ist vorhanden.

Wir drängen aber mit Besonnenheit alle Wünsche zurück, welche erst die weitere Entwickelung des geistigen und materiellen Fortschritts im Volke an den Tag bringen wird und schließen uns den Wünschen der übrigen deutschen Völker an, welche bereits an die deutschen Fürsten gelangt und von Einzelnen gewährt sind. Diese Wünsche sind:

1) Unbedingte Preßfreiheit.
2) Vollständige Redefreiheit.
3) Sofortige und vollständige Amnestie aller wegen politischer und Preßvergehen Verurtheilten und Verfolgten.
4) Freies Versammlungs- und Vereinigungs-Recht.
5) Gleiche politische Berechtigung Aller, ohne Rücksicht auf religiöses Bekenntniß und Besitz.
6) Geschwornen-Gericht und Unabhängigkeit des Richterstandes.
7) Verminderung des stehenden Heeres und Volksbewaffnung mit freier Wahl der Führer.
8) Allgemeine deutsche Volksvertretung.
9) Schleunige Einberufung des Vereinigten Landtages.

Nur die Gewährung dieser Wünsche wird im Stande sein, die Eintracht zwischen König und Volk zu sichern, auf welcher allein die Kraft der Nation nach Innen und nach Außen beruht.

In tiefster Unterthänigkeit gegen Ew. Majestät verharren wir 2c.

Gleichzeitig mit dieser Adresse war in bürgerlichen Privatkreisen eine Adresse entstanden, die an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet, diese zu einer Adresse an den König, mit Angabe der zu erbittenden Punkte, auffordert. Während die erstere, in einer großen Anzahl von Exemplaren lithographirt, an öffentlichen Orte zum Zwecke der Unterzeichnung auslag, wurde die letztere, mit vielen Unterschriften versehen, bereits am 8. März der Stadtverordneten-Versammlung übersandt. Dieser bot sie den Gegenstand der Berathung in ihrer Sitzung vom 9ten. Die Adresse lautete:

„......Die Republik ist in Frankreich ausgerufen; damit ist der Anblick Europas gänzlich verwandelt, die Zuversicht auf die Erhaltung des 33jährigen Weltfriedens völlig erschüttert. Das preußische Volk hat in diesem Augenblicke, wo vielleicht sein Wohl und Wehe für Jahrhunderte auf dem Spiele steht, keine Organe, denen es seine Wünsche und Befürchtungen ruhig anvertrauen und sicher sein kann, daß sie am Throne wiederhallen werden. Soll es sie nun schweigend im Herzen tragen, soll also die Regierung über die wahren Gesinnungen des Volkes im Dunkel bleiben, die Nation in einen Krieg verwickelt werden, der ihr fremd ist? Wenn das geschähe, gäbe sich die Nation selbst auf, ein zweites Jena würde sie richten. Das muß verhütet werden, so lange noch ein Funken Wahrheitsliebe in unsern Herzen ist. Daher muß die Stimme der Wahrheit im Vaterlande und vor dem Könige laut und deutlich sich vernehmen lassen, und sie wird gehört werden!

Niemand aber steht der Krone näher, als die Vertreter der Residenz, Niemand kann sich mit vollerem Rechte in einem solchem Augenblicke zum Organ des ganzen Landes machen, als die Vertreter der Hauptstadt, in der sich alle Interessen, Gedanken und Empfindungen des Volkes wie in einem gemeinsamen Mittelpunkte vereinigen. Darum werden die Stadtverordneten gebeten, schnell und ohne Rückhalt zu thun das was dringend geboten ist; jede Zögerung bringt Gefahr, wenn sich nicht ungesäumt die friedliebenden Bürger um ihre Fürsten schaaren und sie beschwören, auf die Stimme ihrer Völker zu hören. Außerordentliche Umstände erfordern außerordentliche Maßregeln: es wolle also die Stadtverordneten-Versammlung von Berlin sofort eine Adresse an den König beschließen und ihn bitten,

ungesäumt die Stände des Reiches um sich zu versammeln, damit er unverfälscht die Stimme seines Volkes in der gegenwärtigen gefahrvollen Stunde vernehme.

Es werden zugleich in einer solchen Adresse diejenigen Fragen und Wünsche anzudeuten sein, welche gegenwärtig die Nation bewegen, die also eine Läuterung und Prüfung durch die gesetzmäßigen Vertreter des Landes erheischen und die ihre endliche völlige Lösung gefunden haben müssen, bevor sich das Volk mit muthiger Begeisterung in Kampf und Tod stürzen kann.

Die Wünsche des Volkes dürften in folgenden Worten zusammen zu fassen sein: Kein Krieg mit Frankreich, als wenn es deutschen Boden antastet. Gesetzliche Freiheit im Innern, damit wir die Franzosen stolz zurückweisen können, wenn sie uns diese Freiheit bringen wollen. Wir finden diese Freiheit aber in der völligen, rückhaltlosen Erfüllung der der deutschen Nation und dem preußischen Volke vor, in und nach den glorreichen Kämpfen von 1813 und 1815 gegebenen Versprechungen, also:

1) Preßfreiheit, damit stets die Wünsche und Bedürfnisse des Volkes unverhüllt und unverfälscht gesagt werden dürfen und können. 2) Vermehrung der Vertreter der Land- und Stadtgemeinden, Aufhebung der Wahlbeschränkungen, mit Einem Worte: wahrhafte Repräsentation des Volkes und Periodicität der Reichsstände mit beschließender Stimme. 3) Endlich, damit wir nicht bloß als Preußen muthig und vereint jedem Feinde, er komme aus Westen oder Osten, entgegentreten können, sondern auch als Deutsche fest und unerschütterlich in jedem Sturme bestehen mögen: Innige Verbrüderung der gesammten deutschen Nation; zu diesem Ende: Vertretung derselben durch Ausschüsse sämmtlicher deutscher Ständeversammlungen beim Bundestage."

Am Vormittage des 8. März erschien, um dieselbe Stunde, in welcher die Abends zuvor von der Zeltenversammlung gewählten Deputirten in der Zeitungshalle zusammen zu kommen beschlossen hatten, der Polizeipräsident v. Minutoli in der Privatwohnung des Besitzers der Zeitungshalle, Herrn G. Julius. Herr v. Minutoli kündigte Diesem an, daß er gekommen sei, um den Deputirten der Zeltenversammlung eine Mittheilung zu machen. Die Mitglieder dieser Deputation seien, wie er erfahren habe, in diesem Augenblicke in dem Lokale der Zeitungshalle anwesend, und um Aufsehen zu vermeiden, ersuche er den Besitzer, ihm in dessen Privatzimmer die Unterredung mit den bezeichneten Herren zu gestatten. Julius, dem bisher der Beschluß der Zeltenversammlung unbekannt geblieben war, ging mit Bereitwilligkeit auf diesen Wunsch des Präsidenten ein, und nachdem er die ihm bezeichneten Herren in dem Institute hatte aufsuchen lassen, fanden sich in seinem Redactionszimmer vier bis fünf Mitglieder der Deputation ein, darunter die Herren Löwenberg, Dr. Schasler und Dr. Löwinson. Der Polizeipräsident, der übrigens in voller Uniform erschienen war, empfing die Herren mit der Aeußerung, daß, da er genau von Allem, was in der gestrigen Versammlung vorgekommen, in Kenntniß gesetzt sei, er auch die Namen der Herren wisse, die zu dem von der Versammlung bestimmten Zwecke sich hier versammelt haben, und, indem er die Namen der Eingetretenen zugleich mit denen der übrigen Mitglieder genau angab, theilte er Jenen mit: wie er der gestrigen Versammlung durchaus nichts habe in den Weg legen wollen, weil er den Drang der Zeit zu würdigen wisse, wie er ferner sich freue, daß die Leiter der Bewegung einen außerhalb der Stadtmauern Berlins gelegenen Versammlungsort für ihre Zwecke bestimmt haben, wodurch allerdings die Polizei der „unangenehmen

Pflicht", enthoben worden sei, Maßregeln gegen das Zustandekommen der Versammlung, die innerhalb der Stadt nicht hätte geduldet werden können, zu ergreifen. Er müsse jedoch jetzt, da ein bestimmter Beschluß der Versammlung vorliege, der, wenn dessen Ausführung versucht, die ganze Thätigkeit der Polizei und die Entfaltung aller ihrer Kräfte provociren würde, ihnen, den Bevollmächtigten der Versammlung, zunächst vielmehr als Freund, wie als Chef der Polizei, sie auf die Folgen jenes Beschlusses aufmerksam machen. Sollte die Deputation die Absicht haben, die Adresse unmittelbar vor den Thron zu bringen, sollte, wie er es von der Majorität der Versammlung wisse, diese, vielleicht noch verstärkt durch die Anzahl der neu hinzukommenden Unterzeichner der Adresse, in großem Zuge bis vor das Schloß die Deputation begleiten wollen, so würde jedes Mittel, welche die Polizei- und Militairgewalt biete, angewendet werden, die Ausführung dieser Absicht zu verhindern; und es würde (wie leid es ihm persönlich thue), wenn der militairischen Gewalt Widerstand entgegengesetzt werden sollte, es würde — er versichere es auf sein Wort — Blut fließen. Der König, fuhr er in seiner Mittheilung fort, der König wolle eine solche Deputation nicht annehmen, er möge eine derartige Demonstration nicht. Auf die Frage eines der Mitglieder, ob die letztere Mittheilung eine confidentielle sei, antwortete der Präsident: „Nein, es ist vielmehr eine officielle. Ich komme so eben vom Könige, dem ich Mittheilung von dem gestern Beschlossenen gemacht habe, und er selbst hat sich so ausgesprochen, wie ich es Ihnen so eben wiederholt". Ein anderes Mitglied machte vorschnell, eingehend auf die Aeußerung des Präsidenten, diesem den in Bezug auf seine eigene Stellung taktlosen Vorschlag, ihm, dem Chef der Polizei, die Adresse zur Weiterbeförderung zu überreichen. Lächelnd lehnte der Präsident dieses freundliche Anerbieten ab, und bezeichnete speciell den Weg durch die Stadtpost als den unter solchen Umständen geeignetsten für eine schnelle Beförderung der Adresse an den König: Er wolle sich mit seinem Ehrenworte dafür verbürgen, daß sie der König pünktlich erhalten werde. Herr Löwenberg und ein anderes Mitglied (Dr. Löwinson) erklärten hierauf, daß sie auf diesen Vorschlag des Präsidenten keine bestimmte Zusicherung geben könnten, da sie zu einer solchen von der Versammlung nicht beauftragt seien, an diese hielten sie sich verpflichtet, den Vorschlag, zur Fassung eines weiteren Beschlusses, zu bringen. Es wäre dazu nur erforderlich, daß sie den Termin einer neuen Versammlung bestimmten und dieses könnte durch die Abdrücke geschehen, welche zum Zweck der Unterschriftensammlung lithographirt in öffentlichen Lokalen ausliegen würden. „Wenn Sie, Herr Präsident, nicht wünschen, daß wir diese Adresse öffentlich auslegen, so — —" „O nein, ich beabsichtige durchaus nicht, den bisher geschehenen Versuchen, dem Könige Wünsche vorzutragen, irgendwie entgegenzutreten; ich würdige, wie ich schon gesagt, diese Bewegung, ich wollte Sie nur von den

Absichten des Königs und den dadurch bestimmten Maßregeln der Polizei in Kenntniß setzen, ich habe weder etwas gegen das Verbreiten der Adresse, noch gegen eine nochmalige Versammlung". Und hiermit empfahl sich der Polizeipräsident. Das Mitglied aber, welches noch polizeilicher sich geberdete, als der Polizeipräsident selbst, war der schon vorher erwähnte überfreundliche Deputirte.

Die Polizei war mit dem Embryo der Revolution in Unterhandlung getreten!

Die Folge dieser Unterhandlung war, daß die Deputation sofort den nächsten Abend für eine dritte Versammlung in den Zelten bestimmte. Die Theilnehmer an der früheren Versammlung und die Unterzeichner der Adresse erhielten hiervon durch die letztere selbst Kenntniß, da jedes einzelne Exemplar der lithographirten Adresse mit dem Zusatze: „Donnerstag, den 9ten, Abends 8 Uhr, Versammlung in den Zelten" versehen wurde.

IV. Die Stadtverordneten-Versammlung am 9. März. — Die dritte Versammlung in den Zelten.

Auf Donnerstag, den 9. März, war eine öffentliche Sitzung der Stadtverordneten anberaumt, in welcher nach der öffentlichen Bekanntmachung vom 6. März folgende Gegenstände zur Berathung kommen sollten: Die Rechnung der Armen-Schulverwaltung für 1845, die Verpachtung eines Holzplatzes, die Ablösung der Hütung von den Cölnischen Wiesen, der Zuschuß für die katholischen Schulen, die Besteuerung der Eisenbahn-Gesellschaften, Miethsund persönliche Angelegenheiten. Andere Berathungsgegenstände für diese Sitzung waren in der Bekanntmachung nicht bezeichnet worden. — Seit dem 19. November 1847, dem Jahrestage der Städteordnung von 1808, wurden in Berlin die Sitzungen der Stadtverordneten öffentlich gehalten. Ein Gesetz vom 23. Juli desselben Jahres hatte, entsprechend den Anträgen des Vereinigten Landtages, diese Oeffentlichkeit der Verhandlungen der Stadtverordneten decretirt. Anfangs einmal, später nach Bedürfniß des Stoffes, zweimal wöchentlich fanden in Berlin öffentliche Sitzungen im Kölnischen Rathhause statt, die jedoch durch ihre Verhandlungen nicht so sehr die Theilnahme des Publicums in Anspruch zu nehmen vermochten, daß sich die Zahl der Zuhörer gewöhnlich auf mehr als die der Berichterstatter der Zeitungen beschränkte. Unter letzteren war die „berliner Zeitungshalle" diejenige, welche die ausführlichsten und von dem Stadtverordneten-Collegium selbst mit großem Lobe anerkannten Referate, die von Dr. Zabel, späterem Redacteur der „National-Zeitung" verfaßt waren, brachte.

Am 9. März fand die 22ste öffentliche Sitzung statt; die ursprünglich festgestellte, oben angegebene Tagesorduung war jedoch erweitert worden, und

zwar durch einige zur Berathung gestellte Gegenstände erweitert, die sich auf die Ereignisse des Tages bezogen. Dadurch erhielt diese Sitzung eine außergewöhnliche Bedeutung, die der nachfolgende ausführlichere, der Zeitungshalle entnommene, Bericht erkennen lassen wird.

Die Sitzung, beginnt der Berichterstatter, bot einen wunderbaren Anblick: schon vor Eröffnung derselben war der ganze für die Zuhörer bestimmte Raum mit einer dichtgedrängten Menschenmasse erfüllt, eine noch zahlreichere Menge harrte draußen des Eingangs, die Treppen, den Vorflur erfüllend, bis auf die Straße hinausreichend und von Minute zu Minute sich vergrößernd. Der Vorsteher, Herr Fournier, eröffnete die Sitzung mit der Anzeige, daß ihm so eben ein Zettel übergeben worden sei, nach welchem 50 Bürger die Oeffnung der Thüren des Sitzungssaales verlangen: aber obwohl die Versammlung dieses Verlangen zurückwies, so konnte die Berathung doch nicht beginnen, da sich die Unruhe, welche sich draußen durch den Ruf: Aufmachen! Luft machte, den Zuhörern innerhalb des Saales mittheilte. Auf Veranlassung des Vorstehers begaben sich endlich zwei Vorstandsmitglieder hinaus, und als sie mit der Meldung zurückkamen, daß die außerhalb des Saales befindliche Menge verspreche sich ruhig zu verhalten, und nur bitte, die Thüren offen zu halten, ward diesem Wunsche gewillfahrt und nun die Sitzung unter großer Stille begonnen.

Nach Erledigung einiger persönlicher und finanzieller Punkte „ist man endlich zu den Anträgen gelangt, die sich auf die gegenwärtigen politischen und socialen Zeitverhältnisse beziehen, in deren Erwartung sich ein so außerordentlich zahlreiches Publicum eingefunden hatte".

Hr. Fournier liest unter athemloser Stille zuerst folgenden, von mehreren Bürgern unterzeichneten Antrag vor:

„Vertreter der Stadt! Es ist bei der heutigen Lage der Dinge mehr als je Pflicht des Bürgers, jeden Grund einer Beschwerde, jeden Anlaß zur Unzufriedenheit nach Möglichkeit zu heben. In einem Augenblick, wo es an Arbeit fehlt, muß für den Arbeiter auf andere Weise nach Kräften gesorgt werden. Wir tragen daher darauf an: es gefalle den Vertretern der Stadt; 1) eine permanente Commission zu ernennen, welche sich lediglich mit dem Wohle der arbeitenden Klassen zu beschäftigen hat; 2) alle wohlhabenden Bürger der Stadt durch die Veranstaltung einer Hauscollekte zu veranlassen, sich selbst zu besteuern, um Geldmittel zur Ausführung gemeinnütziger Arbeiten zu beschaffen."

Hr. Fournier glaubt, daß dieser Antrag sehr zu beherzigen sei: etwas mehr werde für die arbeitende Klasse geschehen müssen, als bisher geschehen sei. Diese Ueberzeugung werde die ganze Versammlung theilen (allgemeine Zustimmung!); er schlage daher vor, den Antrag dem Curatorium der Arbeitnachweisungbureaus zur Begutachtung zu überweisen. Hr. Stadtsyndicus Hedemann fügt hinzu, daß, da der Magistrat von dem Antrage durch eine Abschrift nur erst oberflächlich unterrichtet sei, er daher nicht über die Meinung des Collegiums habe instruirt werden können. Hr. Nauwerk trägt darauf an, das Curatorium zu ersuchen, diesen Antrag sofort in Erwägung zu ziehen und schleunigst darüber Bericht zu erstatten. (Allgemeine Zustimmung!) Hr. Saust (Mitglied des Curatoriums): dann müsse das Curatorium verstärkt werden, da es durch die heute stattgefundene Eröffnung der Arbeitnachweisungs-Bureaus alle Hände voll zu thun habe. Hr. Remin (auch Mitglied des Curatoriums): Die Bureaus sind heut eröffnet worden, aber wir haben dabei die betrübende Erfahrung gemacht, daß 6—7000 Arbeitsuchende sich gemeldet haben und wir nur Einem

haben Arbeit nachweisen können. Das sei eine Erscheinung von sehr ernsthafter Natur: man werde die Arbeitsuchenden wohl einige Tage hinhalten können; aber dann müsse für Arbeit gesorgt werden. Hr. v. d. Heyden: wie nothwendig es sei, daß etwas gethan werde, gehe daraus hervor, daß von den Gewerbetreibenden Viele außer Arbeit kommen werden, wenn die Frankfurter Messe beendigt sei; diese könne unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur äußerst schlecht ausfallen, dann aber werden die Fabrikanten, durch die allgemeine Geldkrisis gedrückt, ihre Arbeiter nicht mehr beschäftigen können. Er trage daher darauf an, daß schon jetzt aus der Mitte der Versammlung das Curatorium verstärkt werde. Hr. Veit: das Gutachten das Curatoriums sei so eben schon abgegeben worden durch das betrübende Resultat, welches sich heute bei der Eröffnung der Bureaus ergeben habe. Daher sei keine lange Vorbereitung nöthig, sondern der Arbeitlosigkeit schleunigst ein Abfluß zu verschaffen. Die Commune möge den Bau der Chaussee nach dem Gesundbrunnen übernehmen; dabei könnten mehrere Hundert Arbeiter beschäftigt werden. Die städtischen Mittel reichen freilich nicht aus, um allen brotlosen Arbeitern Arbeit zu geben; das sei leider wahr. Aber die Mittel müssen vorhanden sein, und wenn sie im vorigen Jahre bei den Theuerungsunruhen vorhanden gewesen, so würden sie sich auch jetzt in dem guten Willen und der Einsicht der Bürger finden. Hr. Sehlmacher schließt sich dem an: kommen wir den billigen Ansprüchen entgegen, dann werden wir stürmische nicht zu erwarten haben; man müsse sich an den Gemeinsinn der Bürger wenden, die zu neuen Opfern bereit sein werden. Hr. Holbein freut sich, der Versammlung anzeigen zu können, daß ihm gestern durch den Bruder des Collegen Goldschmidt erklärt worden sei, daß mehrere der größten Fabrikanten nur auf die Ernennung der Deputation zur Prüfung des vorliegenden Antrags warten, um mit ihren Erfahrungen und ihrem Rathe derselben beistehen zu können. Solche Gesinnung gebe die Ueberzeugung, daß die Sache zum Heil gereichen werde; aber es müsse nun sofort eine Deputation ernannt werden: vielleicht könne man diejenige Deputation zusammentreten lassen, welche im vorigen Jahre zur Beseitigung des Nothstandes thätig gewesen, und brauche sie nur durch einige neue Mitglieder zu verstärken. Hr. Seidel glaubt, daß das Unheil tiefer liege: wenn die Deputation sich versammele, werde sie eine schwierige Aufgabe haben. Der gewerbliche Mittelstand, die Handwerker leiden am meisten: die könne man nicht mit dem Besen bei der Straßenreinigung beschäftigen (Bravo!); aber wie ihnen beispringen? die Mittel, welche die Commune bewilligen könne, würden dazu nicht hinreichen; auf die Herbeiführung eines besseren Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sei das Hauptaugenmerk zu richten. Nebenbei könne die Stadt viele Arbeit geben; auch sei der Staat in Anspruch zu nehmen, denn die Commune könne nicht verpflichtet werden, die Kosten, die nöthig werden würden, ganz allein herzugeben, so lange sie Jeden aufnehmen müsse, den die Polizeibehörde zuziehen lasse. Aber die Zeiten seien traurig, und er (Seidel) kenne in dieser Beziehung kein Deficit; die Mittel seien also zu bewilligen und zu dem Ende müsse die Deputation schleunigst zusammentreten; denn man möge nicht glauben, daß Berlin schon zu viel für Verbesserungen und Verschönerungen gethan habe. Aber vor Allem sei dem Mittelstande zu helfen, damit der Gewerbsstand nicht ganz zum Arbeiterstande herabsinke. Hr. v. d. Heyden glaubt auch, daß nur durch Geld geholfen werden könne (viele Stimmen: Nein, durch Arbeit!); die Arbeit kann nur durch Geld gegeben werden. Daher möge man nicht mit den beantragten Geldsammlungen zur Selbstbesteuerung der Wohlhabenden säumen. Hr. Meyer I. muß die Befürchtungen, die Hinsichts des Ausfalls der Frankf. Messe ausgesprochen worden, leider bereits bestätigen; die Messe sei nicht viel mehr als ein elender Jahrmarkt. Er sei zwar überzeugt, daß die Fabrikanten die größten Anstrengungen machen werden, um ihre Arbeiter zu beschäftigen; aber es werde an der Zeit sein, diesen Gegenstand ernstlich in's Auge zu fassen. Eine große Deputation müsse erwählt werden, um ihn in schleunigste Erwägung zu ziehen. Hr. Behrendt I.: wenn nicht gleichzeitig ernste Anträge an die Regierung gemacht werden, daß dem Zuzug mittelloser Personen nach Berlin Einhalt gethan wird, so jage die Commune nach einem grenzenlosen Ziele: denn je mehr hier gegeben werde, desto größer werde der Zuzug sein. So lange das nicht aufhöre, müsse der Staat auch das Seinige beitragen. (Bravo!) Hr. Schauß will nur sagen, daß, wie groß und mächtig auch die Stadt Berlin ist, sie doch zu ohnmächtig ist, um vollkommene Hülfe zu leisten. Die Maßregel, die Regierung zu bitten, dem Andrange mittelloser Personen abzuhelfen, könne nur für die Zukunft Hülfe schaffen; jetzt aber liege die Nothwendigkeit vor, Allen zu helfen, denen noch geholfen werden kann. Sei nun dazu die Commune zu ohnmächtig, so müsse sie sich an den Staat wenden. Also sei vorzüglich an die Staatsbehörden zu gehen, daß sie mit Maßregeln eingreifen, um Denen, die da leiden, zu helfen; geschehe dies, so sei auch die Mittelklasse in den Stand gesetzt, Arbeit zu haben. Dann werde die Commune auch dazu thun, was an ihr ist: denn die Einwohnerschaft Berlins sei die unversiegbare Quelle,

aus der geschöpft werden könne; aber wenn sie Alles auf sich nehmen solle, dann müsse sie erdrückt werden. Hr. Falkenberg stimmt dem bei und beansprucht die dem Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen versprochenen 15,000 Thlr. Hr. Berends würde sich Hrn. Schauß gern anschließen und unmittelbar auf die Staatsbehörde zurückgehen, daß sie namentlich die Staatsbauten nicht einstelle. Aber die Commune habe zunächst die Verpflichtung zu helfen und dann erst dem Staate zu sagen, nun auch das Seinige zu thun. Daher müsse die Deputation sofort zusammentreten. (Vielfache Zustimmung!) Hr. Herrlich stimmt auch Hrn. Schauß bei und giebt Auskunft über die bereits anbefohlene Beschränkung der Staatsbauten für dieses Jahr; alle Bauten seien nicht eingestellt, aber die Bitte könne ausgesprochen werden, sie nicht nur nicht zu beschränken, sondern möglichst zu erweitern. Hr. Fähndrich ist der Meinung, daß, da von Seiten der Stadt schon das Mögliche in Beziehung auf Bauten geschehe, indem für das laufende Jahr 96,000 Thlr. dafür bewilligt seien, was im Verhältniß immer etwas sei, der Staat auch ein Uebriges thun müsse. — Hr. Fournier will jetzt die Frage auf die Deputation stellen zur Berathung der Maßregeln, die die Commune ergreifen könne, und da ihm von mehreren Seiten zugerufen wird, daß sie sich morgen schon versammeln möge, fragt er: ob die Versammlung damit einverstanden sei, daß eine Deputation zusammentrete, die auf das schleunigste vorangehe und spätestens in der nächsten Sitzung Bericht erstatte? Die Frage wird einstimmig bejaht.

Hierauf trägt Hr. Fournier einen Antrag an die Versammlung, bezüglich auf eine von den Communalbehörden an den König zu erlassende Adresse, vor. (S. oben S. 17.)

Hr. Fournier fügt der Verlesung dieses Antrages hinzu: die Vorlage sei von der allergrößten Wichtigkeit, und wie es daher nothwendig sei, sie in sorgfältige Erwägung zu ziehen, so könne es keinem Bedenken unterliegen, daß sie zunächst einer Deputation zu gründlicher Berathung und schleunigster Berichterstattung überwiesen werde. Er bitte daher, heute nicht auf die Sache selbst näher einzugehen, sondern sich zunächst darüber auszusprechen, ob die Verhandlung über den Antrag selbst in öffentlicher Sitzung oder mit Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfinden solle. Hr. Krebs ist der Ansicht, daß in Bezug auf öffentliche Verhandlung keine Frage sein könne. Die Stadtverordneten sitzen hier kraft der Städteordnung von 1808, und wenn über die Zuläßigkeit politischer Anträge Zweifel stattfinden, so könne doch heut die Politik nicht mehr von den städtischen Angelegenheiten getrennt werden. Es sei nothwendig, daß Preußen sich nicht von den süddeutschen Staaten trenne, daß Preußen nicht hinter der Entwickelung des übrigen Deutschlands zurückbleibe. Er trete daher schon heute den in der Petition enthaltenen Wünschen unbedingt bei; es gelte die Würde Preußens, Deutschland und Europa gegenüber..... (Hr. Fournier unterbricht den Redner mit der Bemerkung, daß nur die Frage wegen der Oeffentlichkeit zur Diskussion stehe). Die Oeffentlichkeit muß unbedingt stattfinden und wegen der Erwägung des Antrages und Ueberweisung desselben an eine Deputation scheine auch kein Zweifel zu herrschen. — Auf die deshalb gestellte Frage erhebt sich die ganze Versammlung einstimmig für Ueberweisung des Antrags an eine Deputation zur Vorberathung und demnächstigen Verhandlung über denselben in öffentlicher Sitzung. — Hr. Veit: dann wünsche er, daß die Deputation morgen früh zusammentrete, damit die öffentliche Verhandlung schon Morgen Nachmittag Statt finden könne. Hr. Heymann ist der Meinung, da es möglich sei, daß Mitglieder der Deputation, welche für die Arbeiternoth ernannt sei, auch in die wegen Berathung des jetzt vorliegenden Antrags gewählt würden, erstere aber auch schleunigst berathen solle, so würde es gut sein, die Berathung des letzten Antrages um einen Tag zu verschieben. Hr. Mertens I. ist nicht der Meinung: die Beruhigung der Gemüther hänge von der Berathung dieses Antrages ab; morgen früh möge die Deputation zusammentreten und Abends die Versammlung Beschluß fassen. Hr. Behrend I.: der Antrag sei so wichtiger und ernster Art, daß jede Uebereilung zu vermeiden sei. Daher möge mit Ruhe der Antrag in Erwägung gezogen werden: dann werde, falls ihn die Versammlung zu dem ihrigen mache, die Bedeutung desselben erhöht, ihm ein größeres Gewicht beigelegt werden. Die Deputation möge also nicht übereilt werden, die Versammlung werde aus ihrem Berichte entnehmen, ob die Unterschriften von solcher Bedeutung seien, daß dem Antrage Folge gegeben werden könne (laute Zeichen des Mißfallens!), denn die Zeit der Stadtverordneten könne nicht ohne wichtige Veranlassung so in Anspruch genommen werden, daß sie alle Tage Sitzung halten müßten.... (tumultuarischer Ausbruch des Unwillens!) Hr. v. Raumer glaubt, daß die Bittsteller von der Versammlung dasselbe verlangen müßten, was sie selbst gethan: sie werden zusammengekommen sein, die Sache besprochen, die einzelnen Punkte berathen, die Petition redigirt rc. haben. Wenn sie also mit vollem Rechte das überlegt haben, ehe sie einen Antrag von so ungeheurer Wichtigkeit gemacht, so müssen sie auch von uns verlangen, daß wir ruhig überlegen, ob wir ihn zu dem unsrigen machen können. Wollte die Versammlung plötz-

lich darüber beschließen, so würde sie sich eines unverantwortlichen Leichtsinnes schuldig machen. Wir haben erlebt, was das nichtsnutzige Zögern für Unglück anrichtet; aber das sei kein Grund, in so wichtiger Angelegenheit nun sofort sich zu überschlagen. Auf 24 Stunden könne es nicht ankommen, und wenn die Sache auch nicht auf die lange Bank geschoben werden dürfe, da in diesen Zeiten Stunden mehr werth seien als sonst viele Monate, so dürfe man sie auch nicht überstürzen. Ueber einzelne Wünsche, die der Antrag bezeichne, bedürfe es keiner weiteren Ueberlegung: über Preßfreiheit sei seit vielen Jahren schon so viel gesprochen, daß darüber nichts weiter zu sagen übrig bleibe; aber es seien andere Vorschläge und Wünsche darin enthalten, über die eine verschiedene Meinung stattfinden könne. Wenn wir aber nicht alle einig sind, Bittsteller, Stadtverordnete, Magistrat, so kommen wir in die Lage, welche die Bittsteller eben nicht wollen, und wenn ein Reich uneinig ist, dann fällt es auseinander. Hr. Mertens I. findet die Sache völlig reif; der Antrag enthalte Fragen, über die Jedermann seit lange ein Urtheil haben müsse, es brauche also keine Zeit mit langer Ueberlegung verloren zu gehen. Hr. Nauwerk weist als auf eine auffallende Sache darauf hin, daß in die Versammlung eine Petition dieser Art gebracht wird, gleichsam wie die Kugel aus der Pistole geschossen, und wenn man sich zu anderen Zeiten darüber sehr verwundert haben würde, so finde man das heute ganz in der Ordnung. Aber die Umstände seien auch außerordentlicher Art, darum sei jeder unnöthige Aufschub zu vermeiden. Preußen und Deutschland haben lange Zeit zu ihrer politischen Entwickelung bedurft; seien sie darin zurückgeblieben hinter anderen Völkern, so müssen sie um desto rascher vorschreiten, um nachzukommen. Die Gegenstände, welche der Antrag näher bezeichne, seien der Art ... (Hr. Fournier unterbricht mit der Bemerkung, daß der Redner auf die Sache eingehen zu wollen scheine.) Keineswegs! er (Nauwerk) wolle nur motiviren, daß die Sache spätestens Sonnabend früh in öffentlicher Sitzung verhandelt werden möge .... also, die Gegenstände seien von der Art, daß sie sehr schnell von einer Deputation erledigt werden können. Es handle sich um Sein oder Nichtsein, und wer in einer Stunde nicht damit im Reinen sei, mag ein Jahr lang in der Deputation sitzen, er werde darum nicht klüger werden. Hr. Devaranne: wir stehen heute in der Geburtsstunde einer neuen Zeit; aber wenn wir 33 Jahre gewartet haben, so kann es nun nicht auf einen Tag ankommen. Die Versammlung habe Gott und Menschen Rechenschaft abzulegen von ihrem Beschlusse, so möge man sie nicht übereilen: es werde das auch unserem guten deutschen Charakter wenig entsprechen. Hr. Schäffer: Der Eindruck, den man von der Beschlußnahme der Versammlung erwarte, könne geschwächt werden durch allzugroße Eile. Darum sei mit Ruhe und Ueberlegung zu beschließen: dann werde man höheren Orts der Versammlung keinen Vorwurf machen können, daß sie sich habe übereilen lassen, und der Ausgang werde ein guter sein. Hr. Vollgold wünscht auch keine Uebereilung, glaubt aber, daß über den Gegenstand sich jeder denkende Mensch bereits ein Bild gemacht habe. Hr. Berends will sich auch nicht bedrängen lassen, aber bis Morgen könne die Deputation ganz gut fertig werden. Die Ereignisse verlangen schnelle Entscheidung und in solchen Zeiten, wie die heutigen, wisse man nicht, was die nächste Stunde bringen werde. Hr. Schauß: was in der Petition als Wünsche bezeichnet werde, die in der Adresse an den König niederzulegen seien, habe großentheils schon lange in den Herzen der Einzelnen geschrieben gestanden; wenn das nicht der Fall, so würde der Antrag nicht so beifällig von der Versammlung aufgenommen worden sein. Daher glaube er, daß die Versammlung heute gar nichts hinsichts der Beschleunigung zu bestimmen nöthig habe; es werde sich Jeder, der dabei mitwirke, von selber bei seiner Herzenssache beeilen: die Deputation werde sich angelegen sein lassen, die Sache so rasch wie möglich zu fördern, und dann sei von dem Herrn Vorsteher zu erwarten, daß, so wie er die Vorlage von der Deputation zurückerhalten hat, er augenblicklich, wenn es morgen Nachmittag wäre, die Versammlung convociren werde. Also drängen Sie nicht, meine Herren. Lassen Sie die Deputation selbst sich drängen, damit zum Vorschein komme, was sie in sich trägt; sie wird wissen, daß Zeit verlieren in diesem Falle Viel verlieren heißt. Hr. Veit ist auch für reifliche Ueberlegung; aber es komme hier darauf an, Ueberzeugungen auszusprechen. Ueberzeugung hat man, oder hat sie nicht; zu überlegen ist da nichts. Die Deputation habe nur über die Form zu berathen; das könne innerhalb 24 Stunden mit reiflicher Berathung geschehen. Was man so eine reifliche Berathung nenne, damit gehe in der Regel viel Zeit verloren, weil man noch nicht wisse, was man wolle. Hier aber sei das ganze Gemüth auf Eins gerichtet, und man könne mit dieser Gesinnung in 24 Stunden ein Größeres vollenden, als wozu man sonst Jahre gebraucht haben würde. — Hierauf wird die Deputation gewählt; sie besteht aus den Herren: Falkenberg, v. Raumer, v. d. Heyden, Walter, Nauwerk, Heymann, Duncker, Holfelder, Berends, Veit, Devaranne, Schauß, Vollgold, Bernard, Mertens und Seidel. — Hr. Mer-

tens I. wünscht noch, daß dem Magistrat dieselbe Deputation auch als diejenige bezeichnet werde, welche für den Fall, daß der Magistrat die Oeffentlichkeit bei dieser Verhandlung ausschließen wolle, als die dann nöthig werdende gemischte Deputation bestimmt sei. Hr. Duncker kann der Voraussetzung nicht Raum geben, daß der Magistrat sich hier gegen die Oeffentlichkeit erklären werde. Hr. Mertens I. erwidert darauf: Der Magistrat habe bereits auf einen ähnlichen Antrag mit starker Majorität beschlossen, nichts zu thun, und wenn er das gethan, so . . . (Ausbruch des Unwillens!) . . . ich mache dem Magistrat keinen Vorwurf hinsichts seines Beschlusses, aber die Möglichkeit, daß er die Oeffentlichkeit ausschließen will, ist da, und dann muß auf die Vermeidung von Zeitverlust Bedacht genommen werden.

Hierauf will Hr. Fournier ein anonymes Schreiben zum Vortrag bringen; er tritt aber sofort der Meinung des Hrn. Mertens I. bei, daß in jetzigen Zeiten um so mehr Jeder, der einen Antrag stelle, auch den Muth haben müsse, seinen Namen darunter zu setzen, und die Versammlung stimmt auf desfallsige Anfrage vollkommen damit überein. Eine der Versammlung zur Kenntnißnahme mitgetheilte Adresse von hiesigen Einwohnern an den König wird der Deputation überwiesen.

Hr. Seidel berichtet hierauf über die Angelegenheit, betreffend die Errichtung von bürgerlichen Schutzwachen: Es sei folgende hierauf bezügliche Petition, unterzeichnet von den achtbarsten Bürgern der Stadt, eingegangen:

„Vertreter der Stadt! Die Aprilunruhen vorigen Jahres haben bewiesen, daß die Gewalt der Polizei und des Militairs dem Eigenthum nicht sofortigen Schutz gewähren können. Leben und Eigenthum sind bedroht, wenn wir nicht alles thun, um uns mit eigener Kraft zu schützen. Was geschehen soll, muß sofort geschehen, der kleinste Verzug kann uns die größte Gefahr, den unwiderbringlichsten Verlust bringen. Wir tragen daher so ergebenst als dringend darauf an: es gefalle den Vertretern der Stadt, das Nöthige zu veranlassen, um sofort die von der Regierung proponirte Schutz-Commission als bewaffnete zu organisiren".

Hieran, fährt Referent fort, schließt sich der Schluß der Verhandlungen, welche bis jetzt in Betreff der Errichtung von Schutzcommissionen gepflogen worden sind, aber zu keinem Resultate geführt haben. Als die Unruhen in Cöln ausgebrochen waren, habe der König gewünscht, daß, ehe in solchen Fällen das Militair einschreite, die Communalbehörde zur Mitwirkung aufgefordert werden sollte, um die Ruhestörer durch gütliches Zureden zu entfernen. Deputirte kamen mit denen des Gouvernements zusammen, um sich über Maßregeln zu vereinbaren, durch welche der Absicht des Königs entsprochen werden könnte. Seit 1846 habe man conferirt, die Angelegenheit sei aber nicht zur Reife gediehen, da der Gouverneur und der Polizeipräsident den von den Communalbehörden geäußerten Ansichten nicht habe beipflichten wollen, so daß der Magistrat unter dem 22. Januar c. dafür gehalten, die Sache auf sich beruhen zu lassen. — Referent ist überzeugt, daß, wenn die Sache noch einige Wochen länger gelegen hätte, der Beschluß des Magistrats anders ausgefallen sein würde; jetzt komme es darauf an, ob die Versammlung diesem Beschluß beitrete, oder ob sie es für zeitgemäß halte, die Sache wieder aufzunehmen und weiter zu führen. Die Behörden würden jetzt geneigter sein, darauf einzugehen, auch der Polizei-Präsident, der früher mancherlei einzuwenden gehabt und namentlich auf die Forderung bestanden, daß die Schutzcommissionen mit den Polizeicommissarien Hand in Hand gehen sollten, sei jetzt anderer Ansicht. — Die Stadtverordneten-Versammlung habe bei den früheren Verhandlungen über diese Angelegenheit die Ansicht gehabt, in den einzelnen Revieren der Stadt Schutzcommissionen zu bilden, bestehend aus den Communalbeamten und den gutgesinnten Bürgern, deren Mitglieder entweder zusammen oder auch nach der Dringlichkeit der Umstände einzeln sich an den Ort des Tumults begeben können, um durch gütliches Zureden den Tumult zu schlichten; ferner, daß die militärische Gewalt nicht eher einschreiten sollte, als bis die Schutzcommissionen erklärt, daß sie nichts ausrichten könnten und daher die Zeit zum militärischen Einschreiten gekommen sei; sodann, daß die Schutzcommissions-Mitglieder Abzeichen zur Kenntlichmachung tragen sollten; endlich, daß eine Aufruhrakte erlassen und diese unter Trommelschlag durch einen Magistrats-Commissarius verlesen werden sollte. Der Magistrat sei auf Letzteres nicht eingegangen (große Heiterkeit!); es würde ihn auch, wenn er es hätte thun wollen, in eine durchaus schiefe Stellung gebracht haben. Auch das Gouvernement sei mit der Aufruhrakte nicht einverstanden gewesen, weil sie in dem Tumult doch nicht würde verstanden werden; wogegen die Stadtverordneten-Versammlung von der Ansicht ausgegangen sei, daß wenn die Aufruhrakte allgemein bekannt und schon in den Schulen die Kinder damit vertraut gemacht wären, der beabsichtigte Eindruck auch durch die bloße Handlung des Vorlesens, wenn auch in dem Lärmen des Tumultes ungehört, schon werde erreicht werden. Das Gouvernement sei überhaupt nicht auf die Ansicht der Communalbehörden eingegangen; nach der

Absicht der Regierung sollte sich die Schutzcommission in dem Zimmer ihres Vorstehers versammeln und abwarten, ob die Polizei sie rufen, und gehen, wenn die Polizei sie sich wieder entfernen heißen werde. Auch in Beziehung auf die Sicherheit der Schutzcommissionen bei dem Einschreiten der militairischen Gewalt waren von den Communalbehörden Bedenken erhoben worden, indem es schwierig sein werde, sich in dem Augenblick des militairischen Einschreitens von den Tumultuanten loszumachen; das Gouvernement habe auf die Bedenken erklärt, man werde in solchen Fällen so viel als möglich Rücksicht auf die Sicherheit der Schutzcommissionen nehmen und einen Zeitpunkt wahrnehmen, innerhalb dessen sie sich entfernen könnten. (Allgemeiner Ausbruch der Heiterkeit!) Unter diesen Umständen habe also nun der Magistrat beschlossen, die Sache auf sich beruhen zu lassen. Jetzt sei die Zeit eine andere und, wie die vorliegende Petition ergebe, ein großer Fortschritt in der öffentlichen Meinung gethan. Die Unruhen im April v. J. seien nicht so ernster Natur, und doch erst als in den entfernteren Theilen der Stadt sich die Bürger freiwillig zu Schutzcommissionen zusammengethan, sei den Unruhen ein Damm gesetzt worden. Er (Referent) sei daher der Meinung, dem in der Petition enthaltenen Antrage auf Bildung von Schutzcommissionen beizutreten, aber nicht von bewaffneten; denn es sei besser, daß der Bürger mit dem Bürger durch Vorstellungen und Ermahnungen redet, als daß er mit dem Gewehr im Arm ihm gegenübersteht. Hr. Holfelder glaubt, daß nach dem, was heute hier vorgegangen, niemals eine Aufruhrakte mehr nothwendig sein werde; denn wenn die unteren Klassen sehen, daß die anderen Alles aufbieten, ihnen zu helfen, wenn die Wünsche erfüllt werden, die hier laut geworden sind, dann seien keine Unruhen mehr zu fürchten. Sollten sie dennoch ausbrechen, so könnten sie nur von Leuten angeregt werden, die aus Lust an Tumulten und Excessen sie haben wollten; dann aber sind Schutzcommissionen zu ihrer Unterdrückung unzulänglich. Wollte man sie mit militairischer Gewalt nicht unterdrücken, sondern durch Bürger zu beseitigen versuchen, so wolle er lieber bewaffnet einschreitende Bürgergarden. Er wolle nicht erinnern an die früher hier existirende Nationalgarde und an ihr allmäliges Verkommen, weil man sie zu Diensten verwendet, die nicht für sie geeignet gewesen; er wolle auch nicht erinnern an den Beschluß, nach welchem man statt der Bürgergarde lieber 7000 Thlr. für Gensdarmen habe ausgeben wollen, und an die Art, wie man die Gensdarmen erhalten habe; aber die Zeit sei jetzt eine andere, und wenn Bürgerwachen nothwendig seien, so stimme er für bewaffnete (Bravo!). Hr. Schauß ist der Meinung, daß, da die Erfahrung gelehrt habe, daß zweijähriges Correspondiren keinen Erfolg gehabt, es auch nicht wieder aufzunehmen sei, wenn gleich die Ruhe und Sicherheit in der Hand der Bürgerschaft fester liege, als in der Hand des Militairs: denn der Friede werde durch Bürger besser gestiftet als durch Militair und Polizei. Darum aber möchte er die Sache derselben Deputation hingeben, die beliebt ist zur Berathung über die heut eingegangenen Anträge: diese möge auch Vorschläge machen zur Wahrung der Sicherheit der Stadt. Diese Sicherheit werde auch dem Gouvernement zu Gute kommen; denn er (Schauß) wisse nicht, worauf sich dasselbe mehr stützen könne, als auf die Treue seiner bewaffneten Bürgerschaft (Allgemeines Bravo!). Hr. Herms theilt einige Erfahrungen mit, die er in Betreff der Schutzcommissionen in einigen Jahren gemacht: er habe die Ueberzeugung, daß, wenn auch das Ministerium in Abrede gestellt habe, daß das Eigenthum der Bürger nicht durch Polizei und Militair geschützt worden, dies nur durch die sich bildenden Schutzcommissionen geschehen sei. Aber jetzt sei es wol an der Zeit, daß der Bürger sein Eigenthum auch mit bewaffneter Hand vertheidigen müsse und dürfe. Hr. Seidel hat nichts gegen bewaffnete Bürgergarden, wenn der Staat sie nur genehmige; aber es würde im besten Falle etwas lange dauern, bis sie ins Leben treten können, außerdem würden sie Schwierigkeiten von Oben her finden. Er wolle daher lieber das, was zunächst organisirt werden könne; dazu sei gerade jetzt ein günstiger Zeitpunkt. Habe man erst die Genehmigung zu den Schutzcommissionen, so schließt das nicht aus, auch an die Errichtung bewaffneter Bürgergarden zu denken. Hr. Schauß möchte darauf nur erwidern, daß durch zwei Jahre der Verhandlungen nichts ausgerichtet worden, und daß man im Hinblick auf diese Erfahrung nicht abermals denselben Instanzenzug durchzumachen rathen könne. Was die Zeit betreffe, die verlaufen könne, ehe bewaffnete Bürgergarden ins Leben treten können, so theile er diese Befürchtung nicht: wolle man heute bewaffnete Bürgergarden, so würden sie in Zeit von acht Tagen fertig dastehen. (Vielfacher Zuruf: Alle sind wir da! und Bravorufen!) Die Frage, ob auch dieser Antrag derselben Deputation, die für die Erwägung des vorigen gewählt ist, übergeben werden sollte, wird schließlich einstimmig bejaht.

Die dritte Versammlung in den Zelten, die wie schon erwähnt durch eine Bemerkung auf den lithographirten Exemplaren der Zelten-Adresse angekündigt war, begann einige Stunden nach dem Schluß der Stadtverordneten-

Sitzung ihre Verhandlungen. Die Physiognomie dieser Versammlung war von der der beiden vorhergegangenen sehr verschieden. Schon um die für den Beginn festgesetzte Stunde hatten sich so viele Theilnehmer eingefunden, daß es unmöglich war, diese Versammlung in demselben Saale, worin die beiden früheren stattfanden, abzuhalten. Der Saal faßte höchstens 800 Personen, während schon über tausend Personen anwesend waren, und noch immer strömten, trotz des naßkalten Wetters, neue Theilnehmer hinzu, die, da sie nicht mehr in das Gebäude hineinzudringen vermochten, auf dem feuchten Platze vor dem Lokale verweilen mußten. Der vor dem Beginn der eigentlichen Verhandlungen von den Draußen stehenden gemachte Vorschlag, ein passendes Lokal für die Versammlung aufzusuchen, bestimmte den Vorsitzenden, eine Deputation in das benachbarte Kroll'sche Etablissement zu senden, um von den Besitzern die Benutzung ihres großen Saales für die Abhaltung dieser Versammlung zu erlangen. Die Deputation kam zurück, ohnn den gewünschten Erfolg gehabt zu haben. Die Benutzung jenes Saales war ihnen nicht gestattet worden; die Aufforderung, der Versammlung den Saal abzutreten, hatte vielmehr die Besitzer in solche Furcht versetzt, daß sie, um einen etwaigen Andrang der Masse abzuwehren, schleunigst polizeiliche Hilfe requirirten, die ihnen auch sofort durch ein Piquet Gensdarmen, welche sich um jenes Lokal aufstellten, gewährt wurde. Diese ängstliche Requisition mag auch zugleich den Umstand zur Folge gehabt haben, daß der Polizei-Präsident selbst, zu Pferde, sich, wenn auch nur kurze Zeit, in der Nähe des Versammlungsortes sehen ließ, und daß hin und wieder, in einiger Entfernung von dem letzteren, Gensdarmen zu erblicken waren: doch fand während der ganzen Dauer der Versammlung ein störendes Einschreiten der Polizei nicht statt.

Die Versammlung mochte etwa drei- bis viertausend Mann stark geworden sein, als von dem Saale aus mitgetheilt wurde, daß die Verhandlungen beginnen sollten. Durch das Oeffnen aller Fenster im Saale und durch ein dichtes Zusammentreten der außerhalb Stehenden war es möglich gemacht, daß Alle den Verhandlungen folgen und sich daran betheiligen konnten. Fast der größte Theil der vorigen Versammlung, darunter die Redner und Deputirten der letzteren, waren innerhalb des Saales, während die Draußen stehenden in überwiegender Zahl dem Handwerker- und Arbeiterstande angehörten. Die Debatte hatte sich dies Mal allein darauf zu beschränken, in welcher Art die Ueberreichung der Adresse an den König geschehen solle. Es wurde der Versammlung zunächst das Rencontre der Deputation mit dem Polizei-Präsidenten mitgetheilt, worauf dann die einzelnen Redner mit ihren Vorschlägen auftraten. Von etwa dreißig Rednern hatte sich die überwiegende Mehrheit mehr oder minder im Sinne der von dem Polizeipräsidenten gewünschten Beförderungsart ausgesprochen, nur drei oder vier (die Schriftsteller Buhl und Maron und der Doktor der Medicin Wiß) hatten mit energischen Worten das Unwürdige

der von den übrigen Rednern gemachten Vorschläge dargestellt und das **unmittelbare** Ueberreichen der Adresse an den König empfohlen. Die Mehrheit der außerhalb des Saales Versammelten schien sich dieser Ansicht ebenfalls hinzuneigen, mit großem Beifall begleitete sie die Redner der oppositionellen Minorität; doch immer wieder tauchten neue und darunter die abenteuerlichsten Vorschläge auf. So stellte einer der Redner die Vermittelung durch Alexander v. Humboldt als wünschenswerth dar, ein anderer empfahl alles Ernstes den Minister v. Bodelschwingh als Zwischenträger, ein Dritter machte wiederholt den Vorschlag, die Post zur Beförderung der Adresse zu benutzen, ein Vierter sprach sich dafür aus, die Adresse den Stadtverordneten zu überreichen und diese zu bitten, zugleich mit der städtischen die Zeltenadresse dem Könige zu überreichen. Der Eine schilderte die Gefahren, die mit dieser oder jener Art der Ueberreichung verbunden wären, ein Anderer wollte Vorsicht und alle „Besonnenheit" beobachtet wissen, Herr Dr. juris Oppenheim (der spätere Redacteur der „Reform" und im Mai 1849 Redacteur des officiellen Organs der badischen provisorischen Regierung unter Brentano) gefiel sich im phantasiereichen Ausmalen der traurigen Folgen eines bei Ueberreichung möglichen Conflictes zwischen dem Volk und der militärischen Gewalt: „wissen Sie meine Herren", perorirte er, „wissen Sie, was die Folgen einer beharrlichen Opposition gegen die **besonnenen** Vorschläge der Ueberreichung der Adresse sind? Die Folgen sind eine Reibung zwischen dem Volke und der Gewalt, die Folgen dieser Reibung sind ein Krawall, aus dem Krawall wird eine Emeute, und wissen Sie, was eine **Emeute** ist? Eine **Emeute** ist eine **verunglückte Revolution** . . ." Und als andere Redner hierauf das freundliche Entgegenkommen des Herrn v. Minutoli rühmten, in dessen Macht es ja liege, alle diese Versammlungen und Adressen zu verbieten, als sie diese Freundlichkeit mit gleicher Freundlichkeit zu entgelten der Versammlung an's Herz legen wollten, da erhob sich Herr Maron: „Timeo Danaos, sagte er, et dona ferentes"! „„Deutsch, deutsch""! rief man ihm zu. „Das heißt in's Deutsche übersetzt", fuhr er fort, „**ich traue der Polizei nicht, wenn sie uns mit Freundlichkeit entgegenkommt**". „Warum wollen Sie", fragte ein Redner von der Fensterbrüstung aus, „warum wollen Sie ihre Adresse nicht direct überreichen? Ist nicht der König, wie er es selbst so oft gesagt, unser aller Vater, und werden sich Kinder, wenn sie von ihrem Vater etwas erlangen wollen, erst einer fremden Mittelsperson bedienen, die ihre Wünsche ihrem Vater überbringen soll"?

Die Versammlung drängte endlich zum Schluß. Viele der Draußen stehenden hatten sich bereits entfernt, als der Vorsitzende drinnen die Fragen resumirte, die nach den bisher gestellten Anträgen der Versammlung vorzulegen wären. Doch verursachte die Art, wie bei dieser in verschiedenen Räumen sich befindenden Menge eine Abstimmung vorzunehmen sei, noch mancherlei

Discussionen. Es wurde endlich bestimmt, daß sich alle Theilnehmer an der Versammlung auf den dem Lokale gegenüberliegenden Platz begeben sollten. In der Mitte dieses Platzes stand eine Tribüne, die ursprünglich zum Orchester für die Musikcorps eingerichtet war, welche hier an Concerttagen musicirten. (Im nächsten Sommer bemächten sich die Volksversammlungen ihrer als Rednertribüne, bis sie später, unter dem Ministerium Brandenburg, abgerissen wurde.) Von dieser Tribüne aus sollte der Präsident die Abstimmung in der Weise leiten, daß die mit Für oder Gegen Stimmenden sich zur Rechten oder Linken von dem Präsidenten aufstellten. Die erste Frage wurde hierauf so eingerichtet, daß die Bejahenden ihre Stellung leicht nehmen konnten, während die Verneinenden erst einen unbequemlichen Weg zurückzulegen hatten. Dadurch mochte es wohl gekommen sein, daß die von dem Präsidenten vorgelegte Frage von einer nicht bedeutenden Majorität bejaht wurde. Es war beschlossen worden, daß die Adresse den Stadtverordneten überreicht werden solle, welche sie zugleich mit ihrer eigenen Adresse an den König zu bringen beauftragt würden, und daß, wenn die Stadtverordneten sich weigern, die Adresse zu übernehmen, diese auf directem Wege an den König befördert werden solle. — Gegen Mitternacht war die Versammlung beendet.

Ein der Partei des „mäßigen Fortschritts" angehörender Berichterstatter der Augsb. Allgemeinen Zeitung bemerkte damals über die Versammlung: „Trotz vielfacher und sehr begreiflicher Anzüglichkeiten der einzelnen Redner auf unsere politischen Zustände, welche jedesmal mit donnerndem Applaus aufgenommen wurden, trotz der großen Schwierigkeiten, welche eine Versammlung, die theils im Zimmer, theils draußen ist, dadurch sich selbst entgegensetzt, trotz der Gereiztheit, worin sich die Versammlung durch die polizeiliche Intervention versetzt fand, war dennoch die Ordnung eine sehr befriedigende. Namentlich zeigte sich überall ein durchweg gesetzlicher Sinn und der ernste Wille neben allem Eifer für neue Rechte dennoch kein bestehendes Recht irgendwie anzutasten, oder gar gewaltsame Auftritte zu veranlassen. Dies beurkundete sich in vielfachen großen und kleinen Zügen und bot einen sehr bemerkenswerthen Gegensatz zu den krawallartigen Versammlungen, die wir zur Zeit der lichtfreundlichen Bewegungen hatten. Lautlos zogen die Tausende durch den Thiergarten und das Brandenburger Thor in die Stadt zurück, nachdem sie ihre Beschlüsse gefaßt hatten".

Dagegen berichtete die „Mannheimer Abendzeitung", die radicalste der damaligen deutschen Zeitungen, in folgender Art über diese Versammlung:

„Der Sturm, der nach unerträglicher Schwüle wie ein reinigendes Wetter daherbraust, brandet endlich auch an unsere Ufer; auch uns haben die empörten Wellen den widerlichen Schlamm der Bourgeoisie ans Licht geworfen, aber auch wir werden die echten Perlen auswaschen; und das Ungeziefer zurückschleudern in das empörte Element. So eben mitten in der Nacht vollendete die großartigste Volksversammlung, die Berlin je gesehen, unter freiem Himmel ihre Verhandlungen: Die Bourgeoisie hat in der Debatte gesiegt, aber die Demonstration war demokratisch! Zwei Abende debattirten, am ersten etwa hundert,

am zweiten schon 500 Männer aus den verschiedensten Ständen über eine Adresse an den König, und endlich konnte man eine Deputation wählen, um dem Könige jenes Document zu überreichen. So standen wir endlich an der Schwelle eines entscheidenden Schritts; und Deputirten gegenüber, die unterstützt von Tausenden unter den Fenstern des Palastes, unterstützt von Millionen, deren gerechte Forderungen sie ausgesprochen, konnte jene kindische Beredsamkeit nicht mehr genügen, die nur zu oft in ihrer Verächtlichkeit unserem Hasse gefährlich ward. Entweder, Oder! sollte endlich gesprochen werden; Entweder Oder! — die Knöchel rasseln im Becher! — Jetzt fällt der Wurf! — Va banque! — — — Und: Nichts! Nichts! Nichts! — Es stand anders geschrieben in den Sternen. Eiteles Sichhervorheben hatte der Deputation Kräfte einverleibt, denen jede Einsicht und Entschiedenheit abging, die die unerläßlichsten Bedingungen einer so einfachen als würdigen Aufgabe sind. Am Tage nach der zweiten Versammlung kam der Polizeipräsident v. Minutoli ohne Weiteres in die Sitzung der Deputation, und erklärte mit jener gefährlichen Leutseligkeit: So eben habe er dem König Vortrag gehalten über die gestrige Versammlung, und lasse dieser durch ihn, den Polizisten, offiziell erklären, daß er zwar nicht die Deputation, die Adresse aber, etwa durch die Post, entgegennehmen würde; übrigens, schloß der Polizeichef, habe er die würdige Haltung der Gesellschaft bewundert, und hätte deßhalb auch Befehl gegeben, dieselbe in keiner Weise zu stören. Und was erwiderte man dem Hrn. v. Minutoli? — Anstatt mit Unwillen die Zumuthung zurückzuweisen, sich in einer ehrlichen Sache des, noch dazu unberufenen Organs der Polizei zu bedienen; anstatt mit Entrüstung eine Antwort zurückzuweisen, welche auf dem Bericht geheimer Polizeispione basirt; anstatt unabänderlich diejenige Mission zu erfüllen, die man der Volksversammlung gegenüber übernommen hatte; statt all' deß' — es scheint fast unglaublich — dankte man dem Herrn Polizeipräsidenten für sein offenes Entgegenkommen, erbot sich, aus Erkenntlichkeit, freiwillig auf das öffentliche Auslegen der Adresse zu verzichten und bat endlich, um dem Ganzen die Krone aufzusetzen, den Polizeimann, doch selbst gütigst die Abgabe der Adresse zu übernehmen. Das war selbst dem Hrn. v. Minutoli zu überraschend, und so kam die nächtliche Volksversammlung zu Stande, in der man etwa 4000 Männern die schamlose Frage vorzulegen wagte, wie man den Ausdruck seiner Gefühle, möglichst rückenfrei, an den Mann bringen könne. Drei Redner sprachen für den einzig ehrenhaften Weg, den: nach wie vor eine Audienz beim Könige zu versuchen, und die Menge stimmte dem auf die unzweideutigste Weise bei; da unternahmen es etwa 30 Redner, den ganzen Apparat feiger Phantasien heraufzubeschwören, man citirte mißlungene Revolutionen und Emeuten, wilde Horden und Bayonette, Barrikaden und Blutströme, und endlich eine corrumpirte Abstimmung (die Bejahenden ließ man auf den freien Platz, wo Alles stand, die Verneinenden mußten in's finstere, feuchte Gebüsch treten) brachte den Beschluß zu Stande, die Adresse durch die Stadtverordneten-Versammlung überreichen zu lassen und erst, mißlinge dies, in den sauern Apfel zu beißen, d. h. per Deputation an den König zu gehen."

V. Die Stadtverordneten-Versammlung vom 11. März. — Der Magistrat. — Die Studenten.

Die Deputation aus den Zelten überreichte am folgenden Tage, dem 10. März, den Stadtverordneten die Adresse an den König, die sich inzwischen mit mehr als 6000 Unterschriften bedeckt hatte. Der Stadtverordneten-Vorsteher versprach, die Bitte der Versammlung in der nächsten Sitzung vorzutragen, und überwies die Adresse an die Commission der Stadtverordneten zur Berathung über die Adreßangelegenheit. Diese Commission hatte endlich nach achtstündiger Berathung eine selbstständige Adresse zu Stande gebracht. (s. unten.) Doch wurde ihr Werk, noch ehe es der Plenarsitzung vorgetragen werden konnte, in einem wichtigen Punkte, noch am Morgen vor der Sitzung, abgeändert, und zwar deshalb, weil das officielle Blatt der Regierung am Freitag Abend eine Cabinetsordre enthielt, in welcher der Commission zum

Theil das erfüllt schien, was in einem Punkte ihrer Adresse von dem Könige verlangt wurde.

Diese Cabinetsordre war die schon oben erwähnte, von der sogenannten Censurfreiheit. Sie war vom 8ten datirt und lautete:

Nachdem die deutsche Bundesversammlung unter dem 3. d. M. folgenden Beschluß gefaßt hat: „1) Jedem deutschen Bundesstaate wird freigestellt die Censur aufzuheben und Preßfreiheit einzuführen. 2) Dies darf jedoch nur unter Garantien geschehen, welche die anderen deutschen Bundesstaaten und den ganzen Bund gegen den Mißbrauch der Preßfreiheit möglichst sicherstellen", und dadurch die Grundlagen gegeben sind, auf welchen eine neue Bundes-Preßgesetzgebung zu bauen ich seit geraumer Zeit beantragt habe, so würde meinerseits nunmehr kein Hinderniß mehr obwalten, die Censurfreiheit unter den nöthigen Garantieen in meinen Staaten einzuführen, wenn mich nicht der dringende Wunsch davon zurückhielte, in dieser, wie in vielen andern wichtigen Angelegenheiten ein gemeinsames deutsches Bundesrecht zu erstreben. Demgemäß beauftrage ich das Staatsministerium unverzüglich solche Einleitungen zu treffen, daß meine dahin gerichteten Anträge bei der Bundesversammlung schleunigst zur Entscheidung gefördert werden. Sollte dies unerwartet auf Hindernisse oder Verzögerungen stoßen, so würde ich dann mit einer auf Censurfreiheit begründeten, durchgreifenden Reform der Preßgesetzgebung, vorbehaltlich des späteren ständischen Beiraths, interimistisch vorgehen, weshalb auch dieserhalb die Vorbereitungen so zu treffen sind, daß eintretenden Falls sofort ein meinen Absichten entsprechendes Gesetz erlassen werden könne. — Berlin, den 8. März 1848. Friedrich Wilhelm. An das Staatsministerium.

Am Sonnabend, dem 11. März, Morgens 9 Uhr wurde die (außerordentliche) Sitzung der Stadtverordneten eröffnet. Schon eine Stunde vorher waren Vorflur und Treppe von Zuhörern gefüllt, von denen außerdem noch ein langer Schweif sich bis auf die Straße hinaus gebildet hatte. Als die Thüren des Sitzungssaales geöffnet wurden, waren im Augenblick die Zuhörerräume dicht besetzt; die Thüren blieben offen, damit die große Masse der auf den Corridoren und Treppen befindlichen Zuhörer den Verhandlungen folgen könne. Auf der für die Mitglieder des Magistrats reservirten Bank der Tribüne saßen nur solche Mitglieder jenes Collegiums, welche für einen ähnlichen Antrag, als worüber in der beginnenden Sitzung berathen werden sollte, im Magistrats-Collegium gestimmt hatten (es waren 9 unter 27); die für die Magistrats-Commission im inneren Raum bestimmten Sitze blieben leer.

Unter „feierlicher" Stille eröffnete der Vorsitzende, Herr Fournier, die Sitzung mit einem Berichte über die in der vorigen Sitzung gefaßten Beschlüsse; er verlas darauf die in der Adresse der Bürger gestellten Anträge, und kündigte an, daß von dem Dr. Löwinson eine Adresse an den König mit einem Begleitschreiben an diese Versammlung eingegangen sei, in welchem der Wunsch ausgesprochen werde, die Versammlung möge die in jener Adresse ausgesprochenen Bitten zu den ihrigen machen. Nachdem er hierauf die Adresse (es war die Zelten-Adresse) verlesen, verkündigte er das Gutachten der Deputation, welche in der vorgestrigen Sitzung zur Entwerfung einer Adresse gewählt worden, und welche Tags vorher von 3 bis 11 Uhr berathen habe. Das aus dieser Berathung hervorgegangene Gutachten erklärte sich dahin, „daß es angemessen sei, eine Eingabe an den König sofort zu richten, um die

Wünsche der Bürgerschaft zur allerhöchsten Kenntnißnahme zu bringen". Ueber die in die Adresse aufzunehmenden Punkte sei man zunächst darüber einig gewesen, daß der König dringend um schleunigste Einberufung des Vereinigten Landtages gebeten werde; getheilter Meinung aber darüber, „ob die anderen im Volke lebenden Wünsche nur historisch aufgeführt oder ebenfalls näher motivirt und daran die Bitte um Einberufung des Landtages geknüpft werden solle". Die Deputation habe sich zuletzt dahin geeinigt, daß nächst dieser Bitte folgende Punkte in die Adresse aufzunehmen seien: „1) Preßfreiheit, gegründet auf ein die wirklichen Mißbräuche der Presse beschränkendes Preßgesetz; 2) angemessene volksthümliche Vertretung auf dem Landtage durch Vermehrung der Vertreter der Land- und Stadtgemeinden, Aufhebung der für dieselben verhandenen Wahlbeschränkungen, Beilegung des Beschließungsrechtes für den Landtag und Beschlußnahme mit einfacher Majorität; 3) Gleichstellung der verschiedenen religiösen Bekenntnisse bei Ausübung politischer Rechte; 4) Vervollständigung des öffentlichen Gerichtsverfahrens durch Einführung der Geschwornengerichte; 5) Fortentwickelung des deutschen Bundes durch Vertretung der Interessen der deutschen Nation bei demselben". Die Cabinetsordre vom 8ten, fügte der Vorsitzende hinzu, mache eine kleine Modification hinsichts der Preßfreiheit nothwendig. Es frage sich also zunächst, ob die Versammlung dem Hauptantrage sich anschließe, wonach sofort eine Adresse an den König erlassen werde. Hierüber wurde die Debatte zuerst eröffnet:

Herr Remin wünscht die von den Mitgliedern eingegangene Adresse vollständig an den König gelangen zu lassen, mit dem Bemerken, daß die Versammlung Kenntniß davon genommen und sich mit ihrem Inhalt einverstanden erklärt. Hr. Herms kann sich dem nur anschließen und will nichts von der Petition gestrichen haben, da in der Bürgerschaft, wie er sich selbst in seinem Bezirk überzeugt, nur Eine Stimme hinsichts der darin ausgesprochene Wünsche herrsche; der Gewerbestand sei so tief gesunken, daß er nicht tiefer sinken könne. Es müsse in dieser Beziehung etwas geschehen. Darum Berlin Vorwärts! (Bravo von der Tribüne!) Hr. Fournier (zur Tribüne gewandt): er werde kein Zeichen des Beifalls dulden; werde man sich dessen nicht enthalten, so müsse er die Tribünen räumen lassen und wenn nicht gehorcht werde, die Sitzung aufheben. Hr. Schauß: Die Angelegenheit, über die jetzt verhandelt werde, sei so ernster Natur, daß sie von allen Seiten betrachtet werden müsse. Es möge gut sein, daß die Versammlung eine Adresse erlasse, noch besser aber, daß sie sich mündlich ausspreche. Der Monarch, an den sie sich wende, sei so hochherziger Gesinnung, daß man sich dem Vertrauen hingeben könne, er werde gern von Mund zu Mund die Wünsche seiner getreuen Bürgerschaft vernehmen. Der Eindruck der mündlich vorgetragenen Bitten werde ein größerer sein, als der durch eine schriftliche Darlegung zu erreichen sei. Hr. Seidel hält es für angemessener, eine Adresse an den König zu erlassen, sie aber durch eine Deputation zu überreichen. Der Augenblick dränge bei solcher Gelegenheit und man werde daher nicht Alles, was auf dem Herzen sei, vortragen können; oft falle den Deputirten erst nach der Audienz das ein, was sie eigentlich hätten sagen wollen. Auch werde sich der König nicht sogleich entscheiden, sondern mit seinen Ministern zu Rathe gehen, und deshalb sei es besser, wenn man dasjenige auch schriftlich überreiche, was die Deputation mündlich vortragen werde. Dagegen müsse er sich gegen den Antrag, lediglich der von Mitbürgern eingereichten Adresse beizutreten, erklären: die Versammlung dürfe sich nicht zum bloßen Briefträger hergeben, er seinerseits werde das auch nicht thun. Die Deputation habe eine Adresse nach reiflicher Prüfung entworfen, trete ihr die Versammlung nach ruhiger Berathung bei, dann dürften die darin ausgesprochenen motivirten Wünsche als der Ausdruck der Ueberzeugung der Versammlung erscheinen, es gebe gewiß noch viele andere Wünsche, die auch er (Seidel) theile; aber der Weg stehe offen,

diese auf dem gesetzlichen Wege an den Vereinigten Landtag zu bringen. Daher habe die Adresse obenan den Wunsch nach der Einberufung des Vereinigten Landtags und nach dessen einer wahren Volksvertretung mehr entsprechenden Constituirung gestellt, im Uebrigen aber hauptsächlich nur solche Bitten aufgenommen, welche schon bei dem vorigen Landtage von Communalbehörden eingebracht seien, aber noch keine Berücksichtigung gefunden haben. Der König werde die Besonnenheit und Mäßigung seiner getreuen Bürgerschaft erkennen, daß sie keine neuen Bitten an den Thron bringe, durch die es scheinen könnte, als wolle sie Gebrauch von der jetzigen ungewöhnlichen Zeitbewegung machen, sondern nur ihre früheren Bitten wiederhole, weil in dieser Zeit es mehr als je noth thue, daß Fürst und Volk in den wichtigsten Dingen einig seien. (Allgemeines Bravo!) Hr. Behrendt I. Es sei nur die Bitte um schleunige Einberufung des Landtags zu stellen, und diesem dann die einzelnen Bitten und Wünsche durch die städtischen Deputirten zu überreichen. Das sei der gesetzliche Weg, den man nicht verlassen möge; wollte man einen anderen Weg einschlagen, so könnte den Communalbehörden leicht die Kraft ausgehen, die Bewegung, zu welcher sie durch Verlassung des gesetzlichen Weges die Hand geboten, zu hemmen und die Ordnung aufrecht zu erhalten. Das Gewissen sei vor Allem frei zu halten: es sei der Leiter für alle Beschlüsse der Stadtverordneten; es müsse auch heute bei dieser wichtigen Verhandlung leitend sein. Er habe im Jahre 1840 als Bürger den Eid der Treue geschworen, es werde also Meineid sein, wenn man vom gesetzlichen Wege abweichen wollte. Hr. Falkenberg hält dafür, daß das ganze Schriftstück der Versammlung zuvor mitgetheilt und dann das Urtheil abgegeben werde, ob es bestehen bleiben oder fallen gelassen werden soll. Hr. Meyer I.: wenn die Versammlung die Verpflichtung habe, den Wünschen der Mitbürger ein williges Ohr zu leihen, so habe sie in noch höherem Maße die Verpflichtung, jede Bitte der Bürgerschaft an den Thron zu bringen, damit der König erfahre die Wünsche seiner treuen Unterthanen über dasjenige, was ihnen noth thut, und über das, worin sie das Heil des Vaterlandes in der Gegenwart und Zukunft begründet erachten. Die Versammlung habe jene Verpflichtung bereits anerkannt und es werde daher zunächst zu wünschen sein, daß das Gutachten der Deputation und der Adreß-Entwurf vollständig mitgetheilt werde. Der König werde die Adresse und die darin ausgesprochenen Wünsche gnädig und wohlwollend aufnehmen, weil er überzeugt sein werde, daß sie aus redlichem Herzen fließen, wie denn die Treue und die Hingebung der Bewohner der Hauptstadt wahrhaftig und vielfach erprobt seien, und weil der Monarch seinen schönsten Beruf darin finde, wahrhaft ein Vater seines Volkes zu sein. Ebenso werde der König im Hinblicke darauf, daß viele Völker das höchste Ziel in freien Institutionen erblicken, auch die Rücksicht vorwalten lassen, welche sein intelligentes Volk in dieser Beziehung verdiene. Hr. Veit muß aufrichtig gestehen, daß er nicht wisse, wovon jetzt die Rede sei. Die Frage sei gestellt, ob eine Adresse erlassen werden soll, dabei müsse also stehen geblieben werden. Wenn College Behrendt die Competenz der Versammlung angetastet habe, so sei zu erwidern, daß wir allerdings zunächst die Stadt und ihre Interessen zu vertreten haben, daß aber jede Stadt von dem allgemeinen Interesse berührt werde, daß die Interessen der Commune mit den allgemeinen Interessen des Landes in Wechselwirkung stehen, und daß namentlich die Interessen der Hauptstadt wesentlich durch die allgemeinen Verhältnisse bedingt sind. Wir alle leiden von dem allgemeinen Umsturz der bisherigen Verhältnisse, den wir in diesen Tagen erlebt haben; hat dieser Umsturz irgend nach der Competenz gefragt, als er uns mit in seinen Strudel hineingezogen? Wir sind hineingezogen worden trotz Competenz oder Nichtcompetenz und haben die Pflicht, unsere Ansichten und Wünsche, die wir bei dem gegenwärtigen Stand der öffentlichen Verhältnisse hegen, offen dem Könige darzulegen. Die Frage, ob diese Wünsche in einer Adresse ausgesprochen werden sollen, kann keinen Zwiespalt unter uns aufkommen lassen und die Competenzfrage darf uns nicht von der Ausübung einer anerkannten Pflicht abhalten. Hr. Heymann sieht sich veranlaßt, sein Bedauern auszusprechen, daß dem Collegen Schauß der Gedanke, statt einer Adresse eine Deputation zur mündlichen Darlegung der Wünsche der Bürgerschaft an den König zu senden, erst über Nacht gekommen; denn wenn dies nicht der Fall, müsse man annehmen, daß er ihn sonst bei der gestrigen achtstündigen Berathung der Deputation würde zur Sprache gebracht haben. Hr. Berends glaubt, es könne keine Frage sein, daß die Versammlung sich in diesem wichtigen Momente an den König wende, um ihm das vorzutragen, was, dem Gang der Ereignisse folgend, sie für des Vaterlandes Wohl auf dem Herzen habe. Eine andere Frage sei freilich die, ob man die Wünsche, die man in dieser Beziehung hege, an den vereinigten Langtag oder direct an den König gelangen lassen wolle. Aber wenn man bedenke, mit welchen Schwierigkeiten eine jede Petition, die von unten herauf an den Landtag gebracht werden solle, zu kämpfen habe und wie viel leichter es sei, wenn diese Schwierigkeiten vorher durch ein Gesetz beseitigt werden, so könne kein

Zweifel sein, daß man den Wünschen der Bürgerschaft gegenüber diesen Worte leihe und eine Adresse an den König befördere. Hr. v. Raumer: Die Versammlung habe in ihrer letzten Sitzung eingesehen, daß der Gegenstand mit der größten Eile, aber auch mit größter Gründlichkeit berathen werden müsse, und daher eine Deputation zur Begutachtung ernannt. Diese habe gestern von 3 bis 11 Uhr jene Frage erörtert, die verschiedensten Meinungen seien ausgesprochen, bei allen Mitgliedern aber habe sich so viel Mäßigung und Nachgiebigkeit gezeigt, daß zuletzt ein einstimmiger Beschluß zu Stande gekommen sei. Nun aber scheine die Discussion, die sich jetzt angesponnen, die ganze Arbeit der Deputation unnöthig machen zu sollen. Wenn das nicht beabsichtigt werde, so müsse zuvörderst dasjenige, was die Deputation aufgestellt hat, gehört und der Adreß-Entwurf vorgelesen werden; denn die Deputation habe, um dies nochmals zu wiederholen, durch gegenseitige Nachgiebigkeit und Mäßigung nur das aufgenommen, was sie einstimmig für das Rechte gehalten. Hr. Fournier: wir müssen aber doch erst darüber klar werden, ob überhaupt eine Adresse zu erlassen ist. (Von allen Seiten giebt sich das Einverständniß mit dem Erlaß einer Adresse kund und es erhebt sich der Ruf nach Abstimmung, während einzelne Mitglieder noch das Wort verlangen; diesem von Hrn. Fournier unterstützten Verlangen wird nachgegeben.) Hr. Holfelder: Da er in die Deputation erwählt worden, um über eine Adresse zu berathen, so halte er es sehr an der Zeit, daß man zunächst darüber spreche, ob überhaupt eine Adresse zu erlassen sei. Wenn ein verehrtes Mitglied gesagt habe, es müsse einem anderen geehrten Mitgliede der Gedanke, keine Adresse zu erlassen, wohl erst über Nacht gekommen sein, so erinnere er an das Sprüchwort: Guter Rath kommt über Nacht! und er seinerseits glaube, daß Berlin, das in so vieler Hinsicht begünstigt sei, wohl einen andern Weg betreten müsse, als andere Städte. Daher möge man sich mündlich aussprechen, aber nicht mit einer Adresse in der Tasche, sondern zum König reden, wie es den Vertretern der Stadt in diesem wichtigen Augenblicke ums Herz sei. Wenn er sich des Huldigungsaktes erinnere, wo alle Bürger die Hände emporgehalten zu heiligem Eide und dem Könige ein werthvolles Geschenk überreicht, welches sich über dem Throne befinde, mit der Inschrift: „Rufe Dein Volk und es wird stehen wie Ein Mann!" so möchte er nicht jetzt schamroth werden der Thatsache gegenüber, daß nicht Alle Eins seien und daß man meine, es müsse erst noch dies oder jenes erfüllt werden, um Einigkeit zwischen König und Volk herzustellen. Also keine schriftliche Adresse, sondern mündliche Ansprache. (Vielfacher Widerspruch!) Hr. Schauß will mit dem Bekenntniß seiner Schwäche nicht zurückhalten: der Gedanke, keine Adresse zu erlassen, sei ihm nicht blos erst über Nacht, sondern erst nach dem Eintritt in die heutige Versammlung, erst in diesem Augenblicke gekommen. Denn er sei überzeugt, daß es dem Könige bei seinem offenen Charakter lieber sein werde, wenn sich eine Deputation aus der Mitte seiner getreuen Bürgerschaft mündlich gegen ihn ausspreche. Wolle man nebenbei noch eine Adresse in der Tasche mitnehmen, so möge das vielleicht gut sein, aber die Hauptwirkung werde immer von der mündlichen Ansprache ausgehen. Wenn die Versammlung bloß eine Adresse beschließe, so werde er sich dem auch anschließen, weil es gut sei, daß man sich überhaupt in der gegenwärtigen Lage ausspreche; aber es könnte dies leicht die Folge haben, daß sie nicht durch eine Deputation überreicht, sondern nur einfach durch einen Nuntius abgegeben werden dürfe. - Hr. Mertens I. glaubt, daß, da einmal die Competenzfrage zur Sprache gekommen sei, sie auch erledigt werden müsse. Es handle sich hier um die Frage, ob die Communalbehörden competent seien, Angelegenheiten in den Kreis ihrer Berathungen zu ziehen, welche die Ausbildung der Staatsverfassung betreffen. In der jüngsten Zeit haben zwei deutsche Fürsten ihnen dies Recht abgesprochen; nichts destoweniger komme es den Communalbehörden unbedenklich zu, weil die Förderung der Communal-Interessen mit der der Staats-Interessen in Wechselwirkung stehe, und sie sich gegenseitig fördern. Die Communalbehörden müssen alle Zwecke fördern, die sich auf das Wohl der Commune beziehen; das Wohl der Commune sei aber wesentlich durch das Wohl des ganzen Staats bedingt. Nach diesem Grundsatz sei auch zu jeder Zeit verfahren worden: in der Zeit des Krieges, der Zeit der Verheißungen, habe die Commune Mittel aufgewandt, welche weit über die Grenzen hinausgegangen, in welche sie für den gewöhnlichen Gang der Ereignisse gewiesen sei; und noch vor wenigen Jahren habe die Communalbehörde es für Pflicht gehalten, als die Freiheit der religiösen Ueberzeugung nach ihrer Ansicht gefährdet schien, an den König eine desfallsige Adresse zu richten. Dieser Grundsatz müsse auch heute maßgebend sein, wo es gelte, unter andern auch diese Freiheit zu erringen; wolle man ihn jetzt aufgeben, so würde man an seiner Stelle den andern Grundsatz walten lassen müssen: Jeder kehre vor seiner Thür! Daß damit aber alle Bande der Vaterlandsliebe gelöst werden würden, brauche nicht ausgeführt zu werden, und doch sei es niemals mehr noth gewesen, die Vaterlandsliebe zu befördern! Hr. Vollgold: es sei gegen eine Adresse ein Sprüchwort angezogen worden, dessen innere

Wahrheit in vielen Fällen nicht in Abrede gestellt werden könne; er wolle dagegen ein anderes für eine Adresse und gegen bloß mündliches Aussprechen durch eine Deputation anführen: Ein Wort ein Schall! und damit für die Adresse sich ausgesprochen haben. Hr. Devaranne: in der Deputation sei mehrfach die Ansicht ausgesprochen worden, daß die Hauptsache sei, die Wünsche der Bürgerschaft dem Könige gegenüber auszusprechen, und daß der Vereinigte Landtag das gesetzliche Organ sei, diese Wünsche zu prüfen. Daß diese Wünsche eine liebevolle Aufnahme finden möge, sei die Absicht die Versammlung. Er sei der Ansicht, daß die Wünsche nur historisch angeführt und vorzüglich die Bitte um schleunige Einberufung des Vereinigten Landtages in der Adresse ausgedrückt werden möchte. Wenn nun eine Adresse in diesem Sinne erlassen würde, so schließe das nicht aus, daß sie durch eine Deputation übergeben, und durch dieselbe auch noch mündlich mit dem Könige über die Motive der Adresse gesprochen werde.

Diese vorläufige Debatte hatte anderthalb Stunden gedauert. — Der Vorsitzende brachte hierauf die Frage zur Abstimmung: „ob eine Eingabe an Se. Majestät gerichtet werden solle? Sie wurde einstimmig bejaht. Doch ehe der Adreßentwurf vorgelesen wurde, erhob sich noch ein lebhafter Streit wegen des Fortganges der Debatte. Mit den Worten „wir kommen jetzt zur Vorlesung", begann darauf Herr Fournier — „unter lautloser Stille" — die Vorlesung der Adresse. Sie lautete:

An Seine Majestät den König unseren Allergnädigsten Herrn.
„Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster König,
Allergnädigster König und Herr!

„Die ernsten und verhängnißvollen Ereignisse der letzten Tage, die von einem Lande zum anderen sich fortpflanzen, erfüllen die Gemüther mit einer Spannung, wie wir sie noch niemals empfunden haben, mit der Erwartung einer nahen Wiedergeburt des deutschen Vaterlandes, in der das gegenwärtige Geschlecht, seit 33 Jahren der Zuschauer der Ereignisse, die ungenutzte und deshalb fast erstorbene Thatkraft wiederfinden wird. Das deutsche Volk empfindet es tief und stark, daß es reif und mündig geworden ist, mit zu sitzen im Rathe seiner Fürsten und durch den würdigen Gebrauch der freien Presse von seinen geistigen und materiellen Bedürfnissen Zeugniß abzulegen.

„Ew. Majestät Allerhöchster Wunsch und Wille war es, daß eine solche Zeit das preußische Volk nicht unvorbereitet treffen möge. Mit weiser Voraussicht haben Ew. Majestät seit Allerhöchstihrem Regierungsantritte Stein an Stein gefügt und noch vor wenigen Tagen durch die Allerhöchste Botschaft vom 5. d. M. einen bedeutsamen Schritt in der Entwickelung der verfassungsmäßigen Rechte des preußischen Volkes gethan. Die Allerh. Cabinetsordre vom 8. März c. bringt uns ferner die freudige Nachricht, daß Ew. Maj. Fürsorge die Hindernisse beseitigt hat, die sich der Gewährung der seit einem Menschenalter dem deutschen Volke verbürgten Preßfreiheit bisher in den Weg gestellt haben; wir sehen dem verheißenen Preßgesetz in dem Vertrauen entgegen, daß es sich auf die Bestrafung der wahren Mißbräuche der Presse beschränken wird.

„Aber der Augenblick drängt, jeder Tag bringt die Kunde neuer Ereignisse, der politische Gesichtskreis kann sich plötzlich verfinstern und zur That herausfordern, noch bevor das Vaterland sich im Rathe geeinigt hat. Die mannigfachsten Wünsche, Fragen und Hoffnungen durchkreuzen sich, das Mißtrauen in eine fraglich gewordene Gegenwart, der ängstliche Hinblick auf eine ungewisse Zukunft lähmen den Verkehr, Handel und Gewerbe beginnen zu stocken, die Arbeit ist bedroht, das Gefühl der nahenden gewerblichen Krisis muß diese Krisis beschleunigen, deren Folgen menschliche Weisheit nicht zu ermessen vermag.

„Unter diesen Umständen vereinigen sich Aller Wünsche dahin, daß Ew. Maj. die schleunige Berufung des Vereinigten Landtages zu befehlen geruhen mögen. Im Namen unserer Mitbürger, im Namen ihrer heiligsten und theuersten Interessen legen wir Ew. Maj. diese Bitte ans Herz, um deren Gewährung wir unseren Allergnädigsten König und Herrn aus tiefbewegter Seele beschwören. Schon die Gewißheit, daß Ew. Maj. Sich in so schwierigen Zeiten mit den Männern umgeben werde, die durch ihre Berathungen vom vergangenen Jahre die Achtung der Wohlgesinnten erworben, die das preußische mit dem deutschen Vaterlande unauflöslich zu verknüpfen begonnen haben, wird Ruhe und Zuver-

sicht den Gemüthern, Sicherheit und Bestand den Verhältnissen des bürgerlichen Lebens wiedergeben.

„Es giebt Zeiten, in denen neue Zustände unter der Hülle der alten reif geworden sind, wo es der Anerkennung dieser unwiderstehlichen Thatsachen bedarf, wenn auch fernerhin in gesetzmäßiger Entwickelung stark und besonnen fortgeschritten werden soll. Eine solche Zeit ist die unserige, und wir halten es daher für eine heilige Pflicht, Wünsche und Ueberzeugungen, die von Communen und Ständen schon seit Jahren ausgesprochen worden sind, in solcher Zeit Ew. Maj. unmittelbar vorzulegen.

„Was die übereinstimmende Ansicht der Bürgerschaft vor allen Dingen als die unerläßliche Vorbedingung einer gedeihlichen Zukunft betrachtet, ist die Vollendung des preußischen Verfassungswerkes, dessen allmäliger Ausbau unter den gegenwärtigen Umständen die Stimmung mehr aufregt als beschwichtigt. Als einen treuen Abdruck der Volksmeinung und Volksgesinnung können wir die Stände aber nur in dem Falle betrachten, wenn sie aus einer angemessenen volksthümlichen Vertretung hervorgehen und ein beschließendes Votum bei einfacher Stimmenmehrheit erhalten.

„Seitdem Ew. Maj. durch die Einführung der Oeffentlichkeit des gerichtlichen Verfahrens, zunächst in hiesiger Stadt, eine Umgestaltung der Rechtspflege veranlaßt haben, hat sich der Wunsch von Tage zu Tage immer mehr befestigt, auch diesen Neubau durch das Institut der Geschwornen baldigst gekrönt zu sehen.

„Die völlige Gleichstellung aller religiösen Bekenntnisse ohne staatliche Bevorzugung des einen vor dem anderen, so wie bürgerliche Gleichstellung ihrer Bekenner, ist, als das Ergebniß der milderen und versöhnlicheren Gesinnung unserer Tage, in der Sitte vollzogen, und es ist daher gewiß an der Zeit, daß die Gesetzgebung auch ihrerseits die an das religiöse Bekenntniß geknüpften Beschränkungen fallen läßt.

„Wenn Preußens Monarch, auf den in diesem Moment ganz Deutschland mit gespannter Aufmerksamkeit seine Blicke lenkt, in Uebereinstimmung mit seinem Vereinigten Landtage in dieser Richtung vorschreitet, dann wird Deutschland auf der unerschütterlichen Grundlage gemeinsamer politischer Institutionen beruhen, dann wird die glorreiche Erbschaft des hochseligen Königs, der Zollverein, dann werden auch die hochherzigen Absichten für die Begründung eines deutschen Rechts, die Ew. Maj. durch die von Preußen angeregte Berathung eines deutschen Wechselrechts und Postvertrages an den Tag gelegt haben, mächtig gefördert werden. Die Deutschen werden die Stelle unter den Völkern einnehmen, die ihnen gebührt. Und hat Deutschland, wie die Proclamation des Bundestages eingesteht, diese Stelle bisher nicht einzunehmen gewußt, so müssen wir einen Theil der Schuld in den Mängeln der Bundesverfassung suchen und dürfen dem bewährten deutschen Sinne Ew. Maj. vertrauen, daß diese Verfassung in nächster Zeit gekräftigt werde, um die Interessen der Nation im vollsten Sinne vertreten zu können.

„Nur in einem Zwiespalt mit dem übrigen Deutschland erblicken wir eine ernstliche Besorgniß. Ist erst die innige Verbrüderung der deutschen Stämme errungen, ja wird sie nur erst offen und kräftig angestrebt, so kann im Fall eines Krieges, sofern derselbe nicht in diplomatischen Verwickelungen, sondern in der Verletzung des deutschen Bodens seinen Grund hat, von einer Gefahr für Deutschlands Fürsten und Völker nicht mehr die Rede sein.

„In tiefster Ehrfurcht ersterben wir Ew. Königlichen Majestät alleruntertänigste treugehorsamste Stadtverordnete zu Berlin.

Kaum war die Vorlesung beendet, so wurde allgemein ausgerufen: „Sehr gut! sehr gut!“ und sofort erhob sich der stürmische Ruf nach Abstimmung. Ehe aber diese vorgenommen wurde, erhob sich Herr Nauwerk und verlangte unter „Unruhe und Zeichen der Unzufriedenheit“ das Wort. Er wisse nicht — begann er — ob er recht gehört: aber der Passus über die Presse habe in dem gestern abgefaßten Entwurfe anders gelautet, als er hier so eben vorgetragen worden. Gegen die jetzige Fassung müsse er protestiren. Als er den Erlaß vom 8ten gelesen, sei er von tiefem Schmerz ergriffen worden, und auch anderweitig habe sich Unzufriedenheit über denselben vernehmen lassen. Er protestire also zunächst gegen den Ausdruck der Freude und verlange, daß statt dessen gesagt werde: „wir bedauern, daß Se. Majestät in diesem Augen-

blicke sich noch nicht bewogen finde, Ihren Unterthanen ein Recht zu ertheilen, worauf sie 33 Jahre warten und für dessen Verwirklichung nunmehr die Hindernisse weggefallen sind". Während der Bund — fuhr er fort — der, wenn es sich um die gute Sache der Freiheit gehandelt, niemals fertig geworden sei, jetzt endlich selbst die Aufhebung der Censur und die Einführung der Preßfreiheit decretirt, sage der König: Nein, wir wollen es doch lieber mit dem Bunde machen ... Herr Veit trat diesen Bemerkungen entgegen: Er hätte zwar auch ein provisorisches Preßgesetz lieber gesehen, aber mit „freudigem Stolze" müsse er es sagen, daß der König es gewesen, der die bisherigen Hindernisse gegen den Aufbau einer neuen Bundespreßgesetzgebung beseitigt habe. Diese Freude sei in der Adresse ausgedrückt, und der Preuße allein, kein Badener, kein Würtemberger könne sie aussprechen. Neben dieser Freude sei aber auch die Zuversicht ausgedrückt, daß das Preßgesetz, das mit dem deutschen Bunde vereinbart werden solle, sich vor allen unnöthigen Beschränkungen hüten müsse und nur die wahren Mißbräuche bestrafe. — Herr Seidel und Herr Falkenberg sprachen hierauf noch der Adresse das Wort; Ersterer, indem er äußerte: die Stadtverordneten bitten in der Adresse und da müsse jeder Ausdruck der Drohung oder des Mißfallens vermieden werden; Letzterer, indem er dem „logischen Verstand" des Collegen Nauwerk den schlichten Bürgerverstand gegenüberstellte, der in der Adresse den Ausdruck dessen finde, was jetzt vor Allem die Gemüther bewege. — Und als hierauf Herr Fournier zur Abstimmung schritt, da erhob sich, unter dem vielstimmigen Rufe: Aufstehen! die ganze Versammlung „wie Ein Mann von ihren Sitzen und streckte einen Wald von Händen empor". Die Herren Nauwerk und Berends allein hatten sich nicht erhoben.

Es wurde sodann festgestellt, daß die Adresse dem Magistrat mitgetheilt, und dieser ersucht werde, morgen zusammenzukommen, damit, wenn er der Adresse beitrete, die Uebergabe derselben Montag erfolgen könne; trete der Magistrat nicht bei, so solle die Adresse durch eine Deputation der Versammlung allein überreicht werden. Die Frage, ob der König gebeten werde, die Adresse durch eine Deputation entgegenzunehmen, wurde einstimmig bejaht und dann beschlossen, daß der Vorstand mit den Stellvertretern die Deputation bilden solle.

Eine kurze Debatte über die Zelten-Adresse folgte. Der Vorsitzende gab sogleich bei seiner Berichterstattung sein Votum gegen das Mitüberreichen dieser Adresse durch die städtische Deputation ab; von den Punkten, welche die Adresse als besondere Wünsche hervorhebe — so begründete er sein Votum — seien in die Stadtverordneten-Adresse nur vier aufgenommen; diese schließe sich also nicht vollkommen der anderen an und somit würden die Stadtverordneten nur als äußerliche Beförderer eines von ihnen nicht vertretenen Documents erscheinen. Herr Berends übernahm es, die Bitte der Zelten-Deputir-

ten zu befürworten, indem er darauf hinwies, daß diese den einzig loyalen Weg eingeschlagen, durch die gesetzlichen Vertreter der Commune ihre Adresse befördern zu lassen, nachdem ihr der Polizeipräsident mitgetheilt, daß ein anderer, directer Weg für sie nicht da wäre. Nachdem hierauf mehrere Herren sich mit dem Vorsitzenden einverstanden erklärt, daß sich die Versammlung nicht zum „Briefträger" gebrauchen lassen könnte, wurde die Ablehnung des Antrags auf Mitüberreichung der Zelten-Adresse mit großer Majorität abgelehnt.

Die Angelegenheit der bewaffneten Schutz-Commission war der nächste Gegenstand der Tagesordnung. Die Discussion hierüber ist in Folgendem, wie auch der vorhergegangene Bericht, der Zeitungshalle entlehnt:

Herr Seidel als Berichterstatter macht, in Bezug auf seine vorgestrige Mittheilung, wiederholt darauf aufmerksam, daß die Regierung die Schutz-Commissionen unter den von den Communalbehörden beantragten Modalitäten nicht wolle. Die zur Begutachtung des Antrags mehrerer Bürger ernannte Deputation habe sich nun dahin geäußert, daß sie die Errichtung bewaffneter Schutz-Commissionen, einer Bürgerwehr, für nothwendig erachte, damit der Bürger erforderlichen Falls im Stande sei, sein Eigenthum zu schützen und die Ordnung aufrecht zu erhalten. Auf der einen Seite sei zwar gegen die Bürgerwehr angeführt worden, daß die Bewaffnung für den Bürger eine Last sein werde und daß man sich darauf beschränken müsse, einen moralischen Einfluß bei Unruhen auszuüben; auf der anderen Seite sei aber auch bemerkt worden, daß die Schutz-Commissionen nichts helfen würden, wenn sie nicht bewaffnet würden, und daß die Lasten, die damit verbunden seien, um so weniger in Betracht kämen, wenn die Bürgerwehr nicht zu Schildwachtdiensten rc. verwendet würde, sondern eben nur zur Aufrechthaltung der Ordnung. Die Majorität habe sich daher für Bürgerbewaffnung, also eine Bürgerwehr erklärt, wolle diesen Gegenstand jedoch nicht mit der Adresse in Verbindung bringen, sondern davon getrennt verfolgen. Der Antrag gehe dahin, den Magistrat zu ersuchen, daß sofort eine Bürgerwehr in's Leben gerufen werde.

Herr Behrendt I. erinnert daran, wie diese Angelegenheit im vorigen Jahre bei den Aprilunruhen von dem Minister des Innern v. Bodelschwingh aufgenommen sei, er glaube aber wohl, daß sie jetzt eine bessere Aufnahme finden werde. Indessen habe die Sache allerdings zwei Seiten: die Bewaffnung werde Geld und Zeit kosten und dadurch die Lasten der Mitglieder ungemein vermehren. Schon jetzt halte es schwer, Mitglieder zu Armen-Commissionen zu finden, um wie viel schwerer würde sich Jemand zur Bürgerwehr heranziehen lassen. Er wünsche, des Schutzes wegen für das Eigenthum und wegen der Erhaltung der Ordnung, den Antrag berücksichtigt zu sehen; aber es sei auch sehr zu bedenken, ob nicht die persönliche Last der Bürger, die von Staatswegen noch gar sehr ausgedehnt werden könnte, Berücksichtigung verdiene; denn man möge sich darüber nicht täuschen, jedenfalls werde der Staat in Kriegszeiten der Bürgerwehr auch die Verpflichtung auferlegen, allein Ordnung in der Stadt zu halten. Hr. Seidel ist überzeugt, daß sich eher Bürger zu den bewaffneten, als zu den unbewaffneten Schutz-Commissionen finden werden, die bewaffnete Bürgerschaft überhaupt die geborenen Vertheidiger des Vaterlandes seien. Hr. Schäffer kann sich für die bewaffneten Bürgerwehren nicht aussprechen: die rohe Gewalt dürfe nicht der rohen Gewalt wieder gegenübertreten, nicht der Bürger gegen den Bürger kämpfen. Was solle auch der Bürger mit den Waffen? soll er sie gegen die Einwohner gebrauchen? das könne er nicht gut heißen. Die Bürgerwerwehr, wenn sie genehmigt würde, werde außerdem eine Verantwortlichkeit auf sich laden, die schwer zu erfüllen sei, weder das Militär noch die Polizei würde sich dann noch um die Ruhe und Ordnung bekümmern (Widerspruch!), und wenn es geschähe, wie solle sich die Bürgerwehr zum Militär verhalten? Auch sei es gefährlich für den einzelnen Bürger, der mit den Waffen nicht umzugehen wisse, sich ihrer zu bedienen. (Lärmende Unterbrechung von den Bänken der Tribüne! Hr. Schäffer — zur Tribüne gewandt: — Meine Herren, Sie haben eben Preßfreiheit und Redefreiheit beantragt; lassen Sie daher jeden seine Meinung, wie er es für Pflicht hält, hier aussprechen!) Der Bürger müsse mit seiner ruhigen Belehrung einwirken; die Leute seien hier nicht so roh, daß, wenn man sie ruhig belehrt, dies nicht einen beruhigenden Einfluß auf sie äußern würde. Herr

Devaranne ist derselben Ansicht; der Hauptgrund, weshalb er sich gegen den Antrag ausspreche, sei der, daß er glaube, es werde den Bürgern durch die Bewaffnung eine Last auferlegt, deren Vortheile nicht im Verhältniß stehen zu dem, was sie leisten werde. Unter den 30,000 Bürgern Berlins befänden sich einige wohlhabende, denen die Bewaffnung keine Verlegenheit, aber viele unbemittelte, denen sie eine bedeutende Ausgabe verursachen würde. Wenn die Bürgerwehr auch noch so einfach ausgestattet werde, so koste doch die Waffe, die Uniform ein bestimmtes Geld, das für die ärmeren Bürger jedenfalls, abgesehen von der Zeitversäumniß, eine drückende Ausgabe veranlassen werde. Es sei zwar gesagt worden, daß die Bürgerwehr nur zeitweise einzuschreiten haben werde; aber immer werde man dann entweder mit den sanfteren Mitteln der Belehrung oder mit Gewalt auftreten; im letzteren Falle habe man es gerade mit der ungebildeten Volksklasse zu thun, und da sei noch sehr die Frage, ob die Zügellosigkeit mit der Waffe in der Hand gebändigt werde. Wir liebten es jetzt vorzugsweise, Frankreich nachzuahmen; aber man möge doch nur einmal nach England hinblicken, ob nicht die Constabler, die dort seit Jahrhunderten eingeführt seien, Achtung genießen? Man könne einwenden: wir seien daran nicht gewöhnt; aber wollen wir ein ähnliches Institut bei uns einführen, so müsse das Volk dazu erzogen werden. Wollen wir Militärgewalt vermeiden, so müssen wir der Zügellosigkeit nicht mit den Waffen in der Hand entgegen treten: die moralische Macht müsse herrschen, das sittliche Gesetz müsse der Bürger vertreten und zur Geltung bringen; denn das Gesetz sei es, unter dem sich der Niedrigste beugen müsse, und zwar das sittliche Gesetz, das repräsentirt werde durch den friedlichen Bürger. Was jetzt gefordert werde, daß erscheine als ein angenehmes Geschenk, aber er fürchte, daß es bald sich als ein lästiges erweisen werde. Auch wolle er an die Lasten erinnern, die den Bürgern unfehlbar aus dem Institut der Bürgerwehr erwachsen würden, indem sie die Stelle unserer Soldaten würden einnehmen sollen, wenn der Staat genöthigt sein sollte, seine Armee anderwärts zu beschäftigen: dann müßten 30,000 Bürger beschäftigt werden; das koste Zeit und Geld. Endlich sei auch noch daran zu erinnern, daß das Institut gefährlich sei. Jetzt freilich herrsche Begeisterung für das Neue, und das wolle er nicht tadeln; aber wie, wenn sich das Volk unserer Waffen bemächtige, wenn die Waffen gegen uns selbst gekehrt würden? Bei der Einrichtung der Constabler würden nur die Männer des Vertrauens gewählt, während man doch zugeben müßte, daß in der Bürgerschaft auch minder gute Bürger seien. (Bravo!) Hr. Dunker spricht für die Bürgerwehr. Wenn gesagt worden, daß die Bürger vor der Last, die sie mit jener Einrichtung sich aufladen, erschrecken würden, so bezweifle er das; wenn es darauf ankomme, für die Sicherheit und Ordnung zu sorgen, so werde der Bürger nicht Zeit und Geld, überhaupt kein persönliches Opfer scheuen. Die Bewaffnung brauche auch nicht so kostspielig zu sein, die Uniform könne einfach eingerichtet werden. Für den Nutzen der Bürgergarde seien nahe liegende Beispiele vorhanden: unsere eigene Stadt habe gesehen, welche große Sicherheit zum Schutze der Bürger die von dem Feinde organisirten Bürgergarden darbieten; das französische Militär habe sie nicht unterstützt, im Gegentheil schritten sie oft und immer mit Erfolg gegen das feindliche Militär ein. Er (Dunker) habe in den Reihen derselben gedient und wisse aus eigener Erfahrung, welchen Nutzen sie in den Zeiten des Krieges gehabt. Niemand habe sich ausgeschlossen, Bürger aller Klassen seien in sie eingetreten, und der Dienst sei zur damaligen Zeit nicht leicht gewesen. Aber so lange es wirklich eine Ehre gewesen, in der Bürgergarde zu dienen, sei sie auch in Ehren gehalten worden; erst als sie in späteren Zeiten herabgesetzt worden zu bloßen Schildwachtdiensten, sei der Dienst in die Hände von Lohnmännern gekommen und damit das Institut selber verfallen. Ein anderes Beispiel für den Nutzen der Bürgergarden bieten die Communalgarden im Königreich Sachsen dar, wo sie oft mit Nutzen verwendet würden, wie denn ihre Verwendung in den Leipziger Augusttagen großes Unglück verhütet haben würde. So wie die Schutz-Commissionen projectirt seien, könne er darin nichts als unbewaffnete und unbesoldete Gensdarmen erkennen, dagegen müsse er sich erklären. Hr. Holbein möchte sich auch für ein Institut aussprechen, das er als Knabe gekannt, würde sich aber auch gern der Ansicht in Betreff der Constabler anschließen, wenn die Achtung vor ihnen schon bestände und unser Volk nicht erst dazu erzogen werden sollte. Das könne aber lange währen und vor uns liege eine Zeit der Noth, welche ein Einschreiten schon in der nächsten Zukunft nöthig machen werde. Die Bürgerwehr solle entstehendem Aufruhre entgegentreten, und die April-Unruhen des vorigen Jahres würden nicht stattgefunden haben, wenn bewaffnete Schutz-Commissionen vorhanden wären. Er sei daher dafür, daß man entweder die ganze Sache fallen lasse oder die Schutz-Commissionen organisire und sie leicht bewaffne. (Der Redner entwickelt hierauf die Grundzüge der Organisation, wie er sie sich denkt und schließt:) Unsere Väter und zum Theil wir selbst haben die Waffen mit Ehren getragen und würden sie in Zeit der Noth wieder mit

Ehren tragen; aber er wünsche den Bürgern gegenüber ein Einschreiten, das mehr begütigend als gewaltsam wirken soll. Hr. Seidel fürchtet, daß sich die Masse fragen werde, weshalb die Bewaffnung erfolge? So lange die Gesellschaft solche sittliche Haltung gewähre wie jetzt, so lange Volksversammlungen, wie die gestrige in den Zelten, solche Achtung vor dem Gesetze zeigen, werde es nicht möglich sein, daß Unordnungen vorfallen. Wenn diese sittliche Haltung bewahrt werde, werde es auch dem Pöbel nicht einfallen, sich zu erheben. Die Bewaffnung werde aber gerade die Gefahr hervorrufen, weil der Pöbel dann glauben könne, daß die Waffen gegen ihn gebraucht werden sollen. Herr Schauß hat es mit Freude vernommen, daß so eben der edle Charakter der Bürgerschaft hervorgehoben worden, wogegen er das nicht anerkennen könne, was ein früherer Redner von der rohen Gewalt gesprochen, die der rohen Gewalt entgegengestellt werden solle; im Gegentheil, wenn man sehen mußte, wie oft bei kleinen Tumulten und Zusammenläufen das Einschreiten des Militairs erst recht geeignet sei, größere Aufregung hervorzubringen, so sei er überzeugt, daß, wenn der Bürgerstand einschritte, ein anderes Resultat erzielt werden könne. Jeder gute Bürger werde aber gern bereit sein, das zu thun, was zum allgemeinen Wohl gereiche, und in dieser Beziehung werde Jeder, wenn er überzeugt sei, daß eine bewaffnete Bürgerschaft nützlich sei, daß es sich besser ruhen lasse, als wenn die Stadt blos durch Polizei und Militair geschützt sei, sich auch die damit verbundene Last zur Ehre gereichen lassen. Jedenfalls müsse zur Organisation einer Bürgerwehr geschritten werden; wenn das geschähe, so würde auch die Organisation der Militair- und Polizeimacht eine andere werden. Hr. Herms meint, daß, da man zwei Jahre gewartet, man sich nun mit der Organisation der Bürgerwehr beeilen müsse; wenn aber gesagt worden, daß man ihre Organisation darum nicht beantragen müsse, weil es für viele Bürger zu kostspielig sein würde: so hoffe er von dem freudigen Aufschwung des Gewerbstandes, der aus der Erfüllung der in der Adresse niedergelegten Wünsche hervorgehen müsse, daß dieser Grund künftig wegfallen werde. Hr. Mertens I.: so viel auch über den Gegenstand bis jetzt gesprochen worden, so sei er doch nicht vollkommen erschöpft; nur der Vortheil oder der Nachtheil, den der Einzelne davon haben werde, sei hervorgehoben, die politische Seite der Sache sei bisher unerörtert geblieben. Er erkenne aber in der Bürgerwehr eine bewaffnete Neutralität, die auf der einen Seite nach unten bei Volksexcessen die Gesetzesverletzung, auf der andern nach oben die Ueberhebung der Gewalt verhütet. Diese Ansicht sei maßgebend für ihn in dieser Sache und er erkläre sich daher für eine bewaffnete Bürgergarde.

Hr. Vollgold sieht die Einführung der Bürgerwehr als den Anfang der Volksbewaffnung an, und weiß aus eigener Erfahrung, daß bloße Schutzcommissionen mit Polizei und Militair nicht so viel ausrichten. Also bewaffnete Bürgerwehr oder gar keine; denn wehrhaft — ehrhaft. Hr. Nauwerk ist auch für bewaffnete Bürgerwehr: wenn gesagt worden, daß dieselbe nur in anderer Form dasselbe sei, was man durch ihre Errichtung zu vermeiden wünsche, so könne er diese Ansicht nicht theilen; es sei gerade seine Absicht, daß die Bürgerwehr nicht bei jeder Gelegenheit von der Waffe Gebrauch mache, sondern ebenfalls den Weg der Güte einschlage und nur bei der Nothwehr die Waffe zur Vertheidigung anwende, daß die unseligen Conflicte zwischen Bürgern und Militair, wie sie in diesen Tagen erst noch in Breslau stattgefunden, ein- für allemal vermieden würden. Eine bewaffnete Bürgerschaft sei keine „rohe Gewalt", sondern eine denkende Macht, und er müsse daher protestiren gegen den allgemeinen Gebrauch des Ausdrucks „rohe Gewalt"; denn rohe Gewalt sei nur da, wo Jeder blind gehorche, und nicht da, wo Jeder selbst handeln könne. Man gebrauche auch oft das Wort „Pöbel" so allgemein, ohne zu bedenken, daß sich oft die besten Menschen unter dem s. g. Pöbel befinden. Uebrigens sei auch nicht außer Acht zu lassen, daß durch die Bürgerwehr das Recht, Waffen zu tragen, zurückkehren werde: noch fehle dem Bürger eine Hauptbedingung zur Freiheit, das Recht, Waffen zu tragen; das sei eins der Rechte des freien Bürgers, das den andern Rechten erst Sicherheit verleihe. Hr. Seidel hat heut ganz andere Dinge gehört, als wovon man früher gesprochen; er habe sich immer gedacht, daß die Bürgerwehr gegen den Pöbel gebraucht werden solle, und könne es nur bedauern, wenn sich Leute unter dem Pöbel befänden, die sich zu etwas Besserem rechneten; er seinerseits glaube, daß wer darunter gehe, auch dem Pöbel angehöre. (Heftiger Ausbruch des Unwillens auf der Tribüne.) Hr. Fournier: „hier ist nur von solchen Leuten die Rede, welche das Eigenthum nicht achten, und nur die Personen hat der Redner gemeint." Hr. Seidel bestätigt dies und fährt fort: es sei nicht angenehm, wenn der Bürger Blut vergießen müßte. Was die politische Seite der Sache betreffe, daß die stehenden Heere wegen der Bürgerwehren verringert werden sollen, so stehe das auf einem andern Blatte; dem stimme er bei, aber damit habe es noch lange Weile. Die Deputation, welche vorgestern ernannt worden, um sich mit dem Wohle der arbeitenden Klassen zu beschäftigen, werde am

meisten nützen: für den Arbeiter werde am besten gesorgt, wenn er zu essen habe und Arbeit, um sich satt essen zu können; das sei die beste Waffe gegen Aufruhr und man könne dann ruhig die Flinte in den Winkel stellen. Hr. Falkenberg: Herrn Nauwerk's Antrag scheine auf nichts Geringeres hinauszugehen, als auf die Errichtung einer bewaffneten Macht zwischen Militair und Bürgern; aber wenn er dies wolle, so möge er auch sagen, wogegen er diese Macht anwenden wolle. Hr. v. Raumer: in den freien Staaten werde Jeder zum Pöbel gerechnet, der irgendwie dem Gesetze widersteht. Dort haben die betreffenden Bürger das Recht, auf Jeden zu schießen, der dem Gesetze nicht gehorcht. Dort sei also nicht die Rede von der rohen Gewalt, sondern von dem Gesetze gegenüber der rohen Gewalt, und er müsse wiederholen, daß der „Pöbel" nur auf Diejenigen bezogen werden kann, welche dem Gesetze nicht gehorchen. Hr. Nauwerk bemerkt zur Berichtigung der Bedenken des Hrn. Falkenberg, daß er nichts weiter wünsche, als daß die Bürger in Stadt- und Landgemeinden regelmäßig bewaffnet werden, das, was in den süddeutschen Staaten bewaffnete Volksmacht genannt werde; er wünsche, daß der Zwist zwischen dem Volke und dem stehenden Heere und der Polizei aufhöre: dem stehenden Heere, auf welches der Bürger gar keinen Einfluß mehr habe; der Polizei, die durchschnittlich dem Bürger feindselig sei. Die Polizei trage man nun einmal nicht im Herzen, es bestehe eine Trennung zwischen dem bürgerlichen und Verwaltungselement; er wünsche also, daß die Polizeigewalt wieder in die Hände der Bürger gelange, und das sei ein natürlicher Wunsch. (Ruf nach Abstimmung!)

Hr. Fournier schreitet jetzt zur Fragestellung: es frage sich, ob die Versammlung der Meinung sei, den Magistrat zu ersuchen, die Verhandlungen wegen der alten Schutzcommissionen, gegründet auf die früheren Beschlüsse, wieder aufzunehmen, oder ob die Versammlung weiter und auf den Antrag der Deputation, eine Bürgerwehr zu errichten, eingehen wolle. Er werde die erste Frage stellen; erhalte sie die Majorität, so falle damit die zweite Frage von selbst. Als die Frage: soll der Magistrat ersucht werden, gegründet auf die früheren Beschlüsse, die Verhandlungen wegen der Errichtung von Schutzcommissionen wieder aufzunehmen? eine Majorität von 56 Stimmen (von 90) erhält, ist Hr. Fournier im Begriff, die Sitzung zu schließen, indessen erhebt sich Hr. Mertens I. und beantragt auch die Abstimmung über den Antrag der Deputation, betreffend die Errichtung der Bürgerwehr: es hätten Viele für die erste Frage nur gestimmt, weil sie geglaubt, daß die zweite Frage ebenfalls werde zur Abstimmung gelangen. Hr. Fournier weigert sich aber dessen und bemerkt, als auch Hr. Veit vermittelnd eintritt und eine zweite Abstimmung als Gegenprobe der ersten beantragt: er habe vor der Abstimmung erklärt, daß mit der Annahme des ersten Antrags der zweite fallen werde, und es sei von keiner Seite Einspruch erhoben worden. Die Sitzung sei geschlossen. Hierauf bricht das zuhörende Publicum in lautes Mißfallen aus und entfernt sich erst, nachdem Hr. Mertens I. erklärt, er werde diese Angelegenheit in der nächsten Sitzung wieder aufnehmen. Die Tribüne bringt ihm ein Lebehoch. Die Sitzung endigt unter großer Aufregung.

Der eigenthümlich herbeigeführte Schluß der Sitzung hatte die Versammlung und die Zuhörer überrascht. Ein großer Theil der ersteren mochte wohl in der Abspannung nach der langen Debatte und in dem Geräusch, das sich vor der Abstimmung erhob, die allerdings wunderliche Erklärung des Vorsitzenden in Betreff der Fragestellung überhört haben. Der Vorsitzende schien jedoch mit dem Resultate zufrieden zu sein und schloß die Sitzung. Die Schlußscene schildert ein anderer Berichterstatter in folgender Art. „Nach geschehener Abstimmung erhob sich ein großer Lärm; mehrere Stadtverordnete, welche die Sache früher wohl falsch verstanden und deshalb geschwiegen hatten, protestirten und forderten Abstimmung über Bürgerbewaffnung. Das Publicum stimmte in dieses Verlangen mit einem wahrhaft furchtbaren Lärmen ein, und als der Vorsteher die Sitzung schloß, weigerte sich dasselbe die Tribüne zu verlassen. Der Spectakel dauerte eine ziemliche Weile und drohte immer ärger zu werden, bis einer der anwesenden Zuhörer, der tobenden Menge vorstellte, daß man hier kein Recht habe zu lärmen, und daß man lieber hinuntergehen

und einigen Stadtverordneten, die sich in der Berathung sehr hervorgethan, ein Hoch bringen wolle. Damit einverstanden räumte die Menge den Saal, brachte den Stadtverordneten Nauwerk, Mertens und Berends von der Straße aus ein dreimaliges Vivat und ging dann auf weitere Vorstellungen ruhig auseinander".

Zum ersten Male waren an diesem Tage (den 11ten) auch die Studenten zur Berathung der unter den damaligen Zeitumständen von ihnen zu unternehmenden Schritte, versammelt. Das größte Auditorium (No. 6) der Universität nahm die zahlreiche Versammlung, in der ersten Nachmittagsstunde, auf. Die Debatte war ohne Mittelpunkt, die Leitung derselben wechselte während der einen Stunde unter Mehreren. Jeder, der etwas eindrucksvoll gesprochen, wurde stets sofort von einer großen Menge Stimmen zum Präsidenten vorgeschlagen; und als dieser Vorschlag einmal auf einen Sprecher fiel — der übrigens ein paar Wochen später sich bereits einen Namen als einer der besten Volksredner in Berlin gemacht hatte — lehnte dieser mit der mädchenhaften Bescheidenheit eines Studenten vom ersten Semester diese Ehre von sich ab, als Grund angebend, daß er noch im ersten Semester sich befinde. Von den Ansichten, die in den Reden geltend gemacht wurden, traten besonders zwei hervor, die sich aber in der Versammlung das Gleichgewicht hielten: die nämlich, eine Adresse an den Senat zu richten und diesen um Verwendung für die Aufhebung der bisherigen die Studenten von den Bürgern trennenden privilegirten Bestimmungen, der Universitätsgerichtsbarkeit, des Honorarzwanges u. dgl. m.; die andere, eine Adresse an den König zu richten, in der sich die berliner Studentenschaft allen den Wünschen anschlösse, die damals allgemein in Adressen ausgesprochen wurden. Zur Begründung der ersteren Ansicht wurde angeführt, daß die Studenten als solche nur studentische Wünsche um Reformen ihrer eigenen Angelegenheit aussprechen könnten, während die Vertheidiger der anderen Ansicht die Engherzigkeit darzustellen suchten, welche darin liege, wenn in einer so ereignißreichen Zeit eine Corporation nur ihre eigenen Interessen, nicht die der Allgemeinheit im Auge habe. Es kam zu keiner Einigung und die Debatte blieb fruchtlos. Unter den Rednern thaten sich besonders hervor Edmund Monecke nnd Paul Börner, die Beide in der nachfolgenden Revolutions-Epoche sich durch Schrift und Rede als talentvolle Vertheidiger des Revolutionsprincips zu zeigen Gelegenheit fanden; auch der Student der Theologie Kotelmann, dessen Redekraft sich in den Zeltenversammlung noch nicht vollständig erschöpft zu haben schien, so wie die später den constitutionellen Vereinen angehörigen Studenten Aegidi und Abeken waren in dieser Versammlung als Redner aufgetreten.

An demselben Tage hatte der König eine Deputation der städtischen Behörden von Breslau empfangen. Diese Stadt hatte den Ober-

bürgermeister Pinder, den Stadtverordnetenvorsteher Gräff und noch zwei Stadtverordnete nach Berlin gesandt, um dem König „den Dank Breslau's für die Gewährung der Periodicität des Vereinigten Landtages so wie die Versicherung der loyalen Gesinnungen und der Treue dieser Stadt" darzubringen und die Bitte um baldige Einberufung der Stände und um Gewährung der Preßfreiheit „an den Stufen des Thrones niederzulegen". Von der Antwort, die der Deputation, nachdem sie sich ihres Auftrages entledigt, durch den König geworden, verlauteten nur unbestimmte Gerüchte im Publicum; nach einem Berichte der Weserzeitung habe sie gelautet: Zu einer Berufung des Landtages seien keine Vorlagen vorhanden; er, der König, lasse sich nicht drängen, was er gebe, gebe er freiwillig u. s. w.

Die berliner städtischen Behörden waren, wie die obige Darstellung gezeigt, weniger schnell bei der Hand, die Wünsche der Bevölkerung an den König zu bringen. Der Magistrat hatte freilich schon in seiner Sitzung vom 7. März einen Antrag zu berathen: daß der König um schleunige Einberufung des Vereinigten Landtages und um vorherige Gewährung aller derjenigen Wünsche gebeten werde, „welche in Beziehung auf die Entwickelung der ständischen Institutionen im Volke lebendig seien". Die Debatte darüber hatte einige stürmische Momente, als der Antrag aber nach mehrstündiger Verhandlung zur Abstimmung gebracht wurde, erhoben sich neun Mitglieder für denselben, während achtzehn dagegen stimmten. Der Antrag war also mit zwei Drittel Majorität verworfen. Welcher Art diese Majorität war, ist daraus zu erkennen, daß sie sich bei ihrer Abstimmung hauptsächlich durch die Versicherung des Oberbürgermeisters Krausnick leiten ließ, er habe bereits Tags vorher bei dem dem ständischen Ausschusse vom König gegebenen Mittagsessen dem Minister v. Bodelschwingh die Wünsche und Hoffnungen der Stadt in Beziehung auf die dermalige kritische Lage zu eröffnen Gelegenheit genommen. Während der Debatte warf der Oberbürgermeister den Vertheidigern des Antrags die Aeußerung entgegen: „ihm gelüste es nicht, Präsident der provisorischen Regierung zu werden", und die um ihre Ruhe besorgte Majorität machte der für den Antrag stimmenden Minorität den Vorwurf, daß sie an der „Aufregung", die der Antrag hervorgerufen, Schuld habe.

Doch nur kurze Zeit dauerte dieses Sträuben des Magistrats. Als die Stadtverordneten am 11. ihre Adresse abzusenden beschlossen hatten, wurde sie noch an demselben Tage dem Magistrate zu der Erklärung, ob er ihr beitreten wolle, mitgetheilt. Die in Aussicht stehende Gelegenheit, als Bevollmächtigter der Stadtbehörden, dem Könige gegenüber eine Rede zu halten, wollte der Oberbürgermeister nicht vorübergehen lassen. Am 12. März traten die Mitglieder des Magistrats zusammen, und da jetzt der Oberbürgermeister nicht mehr die Bedenken der vorigen Sitzung äußerte, vielmehr selbst die Theilnahme

an der Adresse und der Ueberreichung derselben befürwortete, so erklärte sich die Versammlung einstimmig mit der Adresse einverstanden und wählte in den Personen ihres Vorstandes die Theilnehmer an der Deputation, die jene dem Könige überreichen sollte.

Als hierauf die gemischte Deputation der Stadtverordneten und des Magistrats am folgenden Tage, dem 13., in's Schloß kam und eine Audienz bei dem Könige erbat, wurde ihr die Antwort überbracht, daß Se. Majestät sie heute nicht empfangen könne, daß er jedoch bereit sei, am nächsten Tage von ihr die Petition in einer Audienz entgegen zu nehmen.

VI. Die Censur und Polizei. — Militärische Vorkehrungen.

Die Woche der Adressen und Reden war vorüber; die politisch-erregten Gemüther hatten in dem Stoffe, den die letzten Tage herbeigeführt, und in der Art, wie derselbe verarbeitet worden, hinreichende Nahrung gefunden; Aussichten auf eine allmählige Umgestaltung der Dinge und auf „zeitgemäße Reformen" waren eröffnet. Der Bewegung, wie sie in dieser Woche neu und eigenthümlich für Berlin sich geäußert, hatten sich als leitende Kräfte andere Persönlichkeiten bemächtigt, als die aus den Associationsbestrebungen der vorhergegangenen Jahre bekannt gewordenen. Die Wöniger, Benda und Aehnliche, aus den Zeiten der Gründung eines Central- und Lokalvereins „für das Wohl der arbeitenden Klassen" und der auf Berlin übertragenen sächsischen „Lichtfreunds"-Versammlungen, waren nicht wieder hervorgetreten; an ihrer Stelle hatten sich regere und ernstere jugendliche Kräfte geltend gemacht, und waren gleichwohl diese, zum Theil durch eigene Beschränktheit, nicht im Stande, die Bewegung wirklich zu leiten, so wußten sie doch von ihren Versammlungen Alles das fern zu halten, was den genannten „vormärzlichen" Bestrebungen das frühe Grab bereitet: Pedanterie, Nüchternheit und ein vorzugsweise redseliger Charakter.

In den übrigen Theilen von Deutschland hatte der Drang nach Reformen unausgesetzt Concessionen der Regierungen herbeigeführt. Schon war fast allenthalben die Censur aufgehoben und Preßfreiheit bewilligt, so in Sachsen und Hamburg seit dem 9ten, in Weimar, Gotha, Lübeck und Bremen seit dem 8. März. In Preußen herrschte die Censur noch immer unbeschränkt; während von Tag zu Tage mehr preßfreie Zeitungen nach Berlin kamen, waren die berliner Zeitungen in ihren Mittheilungen durch die Willkühr der Censoren beschränkt, und auch die Verheißung der sogenannten „Censurfreiheit" hatte keine Aenderung herbeigeführt.

Um ein Bild jener Zustände zu haben, reicht es hin, einzelne Fälle hervorzuheben, wie sie der kurze Zeitraum, der bisher dargestellt worden ist, liefert.

Als höchste Instanz in Censurangelegenheiten, bei der Beschwerden gegen die Censur angebracht werden konnten, war seit 1843 das Obercensurgericht eingesetzt. Es sprach unter Anderem sein Urtheil in den Fällen, wenn ein Autor gegen den Censor wegen eines von diesem verweigerten „Imprimatur" Beschwerde geführt, und erkannte dann entweder die Zulässigkeit der gestrichenen Stelle zum Drucke oder verwarf die Beschwerde „von Rechts wegen". Durch ein Zulässigkeits-Erkenntniß des Obencensurgerichts hielt sich jedoch der Censor nicht immer für verpflichtet, den von ihm ursprünglich gestrichenen, von dem Gericht für zulässig erklärten, Artikel freizugeben; er hinderte häufig nicht nur dessen, sondern auch den Abdruck des freisprechenden Gerichts-Urtheils. Als Gründe für seine abermalige Weigerung — wenn er überhaupt dergleichen anführen wollte — gab er Rücksicht aüf die Zeitumstände u. A. an, und seine Instruction enthielt jedenfalls stets einen Artikel, der die Legalität in dieser Censur-Anarchie bestätigte. In der letzten Woche des Februar hatte der Censor einem für die berliner Zeitungen bestimmten „Eingesandt" des Thierarztes Urban die Erlaubniß des Abdruckes verweigert. Der Verfasser beschwerte sich beim Obercensurgericht. Dieses „erkannte für Recht: daß, da der Artikel: „Eingesandt. Ein ewiges Naturgesetz" vorhandene Nothstände in einer leidenschaftlichen, die Behörden verdächtigenden, überhaupt aufregenden Weise bespricht, die Versagung der Druckerlaubniß daher schon durch Artikel IV. der Censur-Instruction vom 31. Januar 1843 gerechtfertigt ist, die Beschwerde, wie hierdurch geschieht, zu verwerfen. V. R. W." Als nun der abgewiesene Beschwerdeführer dieses Erkenntniß abdrucken lassen wollte, versagte der Censor dem vollständigen Abdruck die Erlaubniß, und erst als Jener wiederm sich an das Obercensurgericht gewandt, und dieses „durch obercensurgerichtliches Erkenntniß vom 7. März die in dem Erkenntniß vom 22. Februar befindlichen drei Worte „die Behörden verdächtigenden" zum Druck verstattet", wurde der Abdruck des Erkenntnisses freigegeben. (s. Voss. Ztg vom 10. März.)

Von welcher Beschaffenheit zuweilen der Inhalt der vom Censor gestrichenen Artikel war, mag beispielsweise aus folgendem, der Redaction der Zeitungshalle übergebenen, und von dieser dem Censor als „Eingesandt" bezeichneten Aufsatze ersehen werden. Derselbe ist von einem Studenten verfaßt, der sich lebhaft an den Versammlungen in den Zelten betheiligte und kann zugleich als Ausdruck einer Gesinnung betrachtet werden, wie sie in der Mehrheit jener Versammlung vorhanden war. Der Artikel, an einem der ersten Tage der zweiten Märzwoche dem Censor vorgelegt, lautete:

Frankreich ist frei, frei geworden durch Kampf und Blut. Der Kampf hat den Rhein überschritten, Blut wollen wir nicht vergießen. Ganz Deutschland erkennt den Ernst des Tages, in allen Landen zeigt das Volk, daß es die Schwere des Augenblickes fühlt. In Baden, Würtemberg, Hessen und Sachsen sind sie zusammengetreten die Lenker des Volkes und haben von Neuem die unerfüllten, unbeachteten Wünsche, die gerechten Forderungen der

Völker vor den Thron der Fürsten gebracht. Liebe zur Freiheit und Ordnung hat sie beseelt. Und Preußens Hauptstadt schweigt? Wir hören Nichts von den Grenzen der Ostsee, noch Nichts vom Rhein, Nichts von der Oder?

Was ist's an der Zeit?

Sehet hin auf den Bund der Fürsten, den ihr den deutschen Bund nennt. Dreißig Jahre lang hat der Bund geschwiegen. Jetzt zum ersten Male in Mitte, in Folge der Völkerbewegung spricht er zu den Völkern, er verlangt Vertrauen. Vertrauen kann nur erworben, nicht geschenkt werden Zu Euch, Bürger der Hauptstadt, zu Euch vor Allen, Vertreter der Stadt, zu Dir, Rath Berlins, rede ich. Eure erste Pflicht ist es in dieser ernsten Zeit Euch um den Thron zu schaaren, dort die Wünsche, die Hoffnungen auszusprechen, die die Brust jedes braven Preußen beleben, hinzuweisen auf die Forderungen der neuen Zeit, die dem Schooße der Geschichte sich entwindet, zu mahnen an die Versprechungen, die dem preußischen Volke gegeben sind, deren endliche Gewährung allein im Stande ist, Ordnung, Ruhe und Eintracht unter den deutschen Völkern zu erhalten. Möge die Krone Eure Wünsche, Eure Hoffnungen anhören, Eure Rechte anerkennen. Dann wird Preußen zum zweiten Male das Schauspiel einer Krone, geschützt, beschirmt und bewacht von einem treuen Volke, der erstaunten Welt zeigen, dann wird Preußens Beispiel lehren, daß Völkerglück durch weise Könige so gut begründet werden kann als durch Republiken. —

Diesem Artikel verweigerte der Censor das Imprimatur! — natürlich mit Berufung auf irgend einen Paragraphen seiner Instruction.

Am 6. März brachten die frankfurter Blätter die Nachricht von der Revolution in dem damals zu Preußen gehörenden schweizer Cantone Neufchatel nach Berlin. Schon vorher hatten Privatbriefe dieselbe Mittheilung enthalten. Obschon die frankfurter Zeitungen an den meisten öffentlichen Orten zu lesen waren, so fand sich doch der Censor nicht bewogen, den Abdruck dieser Nachrichten oder der Briefe aus der Schweiz selbst, die von jener Revolution berichteten, sogleich zu gestatten. Die Zeitungshalle durfte noch am 7ten erst den Anfang eines Berner Briefes bringen, dessen Schluß die zum Drucke verweigerte Nachricht enthielt; einen Tag später erlaubte der Censor den berliner Zeitungen das mitzutheilen, was nun seit zwei Tagen schon auf anderem Wege aller Welt bekannt geworden war. Das Regierungsblatt freilich, die Allgemeine Preußische Zeitung, die erst seit kurzer Zeit angefangen hatte, ihre kleine Rubrik „Inland" mit jenem schweizer Canton zu bereichern, brachte den officiellen Artikel über die Revolution Neufchatels und dessen Losreißung von Preußen erst in ihrer Nummer von 10. März: „Das Fürstenthum Neuenburg (das war der vom Könige von Preußen officiell vorgeschriebene Name) hat leider dem Stoße nicht widerstehen können, welchen der gewaltsame Umsturz der bestehenden Ordnung der Dinge in Frankreich auf den kleinen Nachbarstaat ausüben mußte". So lautete der Anfang der Elegie im officiellen Gewande. — Neufchatel aber war seitdem verloren, und dem Regierungsblatte das erst seit Kurzem erbeutete Stück „Inland" entrissen worden.

Nach einer Bestimmung, die erst seit 1845 eingeführt worden, sollten Adressen, welche an den König gerichtet waren, nicht eher durch den Druck veröffentlicht werden, als bis sie der König erhalten und eine Antwort darauf ertheilt hatte. Da nun die Berichte über die Stadtverordnetensitzung vom 9. März nothwendig auch der Adressen erwähnen, und die ausführlicheren Referate, wie die, welche die Zeitungshalle zu geben gewohnt war, den Inhalt derselben

mittheilen mußten, so strich der Censor den ganzen langen Bericht des letzteren Blattes über jene Sitzung vollständig, da er „einigen Theilen dieses Berichtes das Imprimatur theils vorläufig bis zur vollständigen Erledigung des verhandelten Gegenstandes in der Stadtverordneten-Versammlung, theils gänzlich versagen zu müssen sich durch die Censurinstruction vom 31. Januar 1843 genöthigt" sah. Und die Zeitung konnte den vollständigen Bericht erst sechs Tage später bringen. — Die Vossische Zeitung resignirte aus freien Stücken, als sie in ihrer Nummer vom 13. März über die Stadtverordneten-Sitzung vom 11ten berichtete. Sie fing mit dem zuletzt verhandelten Gegenstande der Schutz-Commissionen ihren Bericht an, und fügte in einer Anmerkung hinzu, daß sie „für's Erste" den ersten Berathungsgegenstand übergehe, da er eine Adresse an Se. Majestät den König betreffe und es nach Bestimmung der allerhöchsten Cabinetsordre vom 7. November nicht zulässig sei u. s. w. Sie war in der That so gewissenhaft, erst nachdem die Adresse dem Könige überreicht und von diesem eine Antwort ertheilt war, den Bericht nachzuliefern.

Genügten dem Censor die Bestimmungen seiner Instruction nicht, so schuf er sich eigene und verweigerte nach diesen das Imprimatur. Als z. B. die Zeitungshalle am 11ten Abends noch in einer zweiten Beilage einen kurzen Bericht über die am Vormittage abgehaltene Stadtverordneten-Sitzung mittheilen wollte — die Wichtigkeit des Inhalts, sowie der Umstand, daß am Tage nachher, einem Sonntage, kein Blatt der Zeitung ausgegeben wurde, gebot diese Maßregel — da weigerte sich der Censor, den ihm vorgelegten Bericht passiren zu lassen, unter Angabe folgender Gründe: Die Zulassung des ersten Theiles des Berichtes über die Verhandlungen des Magistrats könne nur auf Genehmigung des Herrn Chefs dieser Behörde erfolgen, da sonst eine Verletzung einer Amtsverschwiegenheit vorliegen würde; was den anderen Theil betreffe, so könne er, der Censor, sich darüber erst dann erklären, wenn zuvor die R i c h t i g k e i t der T h a t s a c h e n von dem Herrn Stadtverordneten-Vorsteher bescheinigt worden. Der Gegenstand der Magistratsverhandlungen war aber bereits in der Sitzung der Stadtverordneten auf dem ordentlichen Wege zur öffentlichen Kenntniß gebracht worden, und das Verlangen einer Bescheinigung der Richtigkeit von Referaten über öffentliche Verhandlungen war — selbst auch nach einem früheren Erkenntnisse des Obercensurgerichtes — in den Preßgesetzen nicht begründet. Als der Redacteur dies dem Censor bemerklich machte, versagte dieser wiederholt die Druckerlaubniß, nur aus anderen Gründen; er verwies auf die schon citirte Verordnung „wonach der Abdruck des Berichtes über jene Verhandlungen erst in Frage kommen könne, wenn Se. Majestät die Adresse anzunehmen und zu beantworten geruht haben werden".

Ein komisch-klägliches Schauspiel bot die berliner Censur, vier Tage vor ihrer Beseitigung, als der Censor der Zeitungen, Herr P i p e r, in den öffentlichen Blättern mit einer Erklärung auftrat, in welcher er eine von dem Re-

dacteur der Zeitungshalle gegebene Notiz berichtigen wollte. Es war das letzte Stöhnen eines Sterbenden, der unter Verwünschungen seiner Gegner das Leben aufgiebt. Jener Redacteur hatten den Abonnenten seines Blattes zur Nachricht mitgetheilt, daß aller seiner Anstrengungen ungeachtet, unter den damaligen Zeitumständen die richtige Expedition des Blattes oft unmöglich wäre, da „bei dem massenhaft zuströmenden Material die Censurbogen, auf deren Eintreffen in der Druckerei mit dem Druck gewartet werden müsse, nicht immer zeitig genug anlangten". Der Censor glaubte hierin einen ihm gemachten „Vorwurf der Dienstversäumniß" finden zu müssen und erklärte nun öffentlich, daß ihm die Censurbogen in letzterer Zeit fast täglich später als um 3 Uhr Nachmittags zugesendet würden, und daß dadurch die verspätete Rückgabe derselben entstehe. Zu den vielen Beschwerlichkeiten der Censur-Anarchie gehörte es nämlich auch, daß der Censor nur ein paar Stunden für sein Geschäft, das mit reichlichem Censurgroschen-Ertrage verbunden war, ansetzte und über die von ihm willkürlich angesetzte Zeit hinaus kein Material zur Durchsicht mehr annahm. Dem Censor, Herrn Piper, genügte es aber nicht, diese thatsächliche Berichtigung zu veröffentlichen, er erklärte vielmehr die Nachricht des Zeitungsredacteurs für „den zum Puff der Zeitung üblichen vierteljährlichen Angstruf". So taktlos konnte sich scheinbar verletzte Censoren-Diensttreue geberden! Der Angriff war gegen einen Mann gerichtet, der seit der anderthalbjährigen Existenz seines Blattes, sich unausgesetzt durch die kleinen und großen Leiden der Censur genöthigt sah, mit dieser die unerquicklichsten Kämpfe zu führen, der keine irgendwie passende Gelegenheit vorüber gehen ließ, ohne auf die Uebelstände, die jenes Institut für das allgemeine, wie für das Interesse des Einzelnen herbeigeführt, den Blick zu lenken, der, während die anderen Zeitungen in speichelleckerischen Reimereien königliche Geburtstage begrüßten, durch sein Blatt an diesen Tagen die ernste Mahnung um Gewährung der Preßfreiheit statt aller servilen Huldigungen an den absoluten Monarchen richtete.

Als die Verordnung über die sogenannte Censurfreiheit erschienen war, hatte nicht die Stadtverordneten-Versammlung allein sich durch diese neue Verheißung zu „freudigem Danke" verpflichtet gefühlt, auch das Blatt des kleinen Bürgerstandes, die „Vossische Zeitung", ein Blatt, das damals, wie es selbst angab (s. die No. vom 17. März) in mehr als 20,000 Exemplaren verbreitet war, wovon etwa ¾ auf Berlin kamen, hielt dafür, daß diese Verordnung „Jeden, der dem geordneten Fortschritt huldigt, mit Freude, Vertrauen und Dank erfüllen muß". Der König — lehrte sie — verdiene Dank, der „den mächtigen Ton, welche die Zeit anschlägt", richtig verstanden habe. Aber auch — fügte sie schmeichelnd hinzu — „die würdige Haltung der preußischen Staatsbürger" verdiene Dank, „die nicht im Sturmlauf der Leidenschaft, sondern durch entschlossene, aber ruhige Gesinnung bethätigt haben, wie unser Vaterland den Wohlthaten freier Institutionen völlig gereift ist". Die

Berliner Zeitungshalle konnte nichts weniger als Grund zu einem Danke für die Verheißung des neuen königlichen Gnadengeschenkes finden. Sie beleuchtete die Verordnung vom 8ten in derselben Weise, wie sie das Decret des Bundestages acht Tage vorher besprochen hatte. „Was hatte denn", fragte sie damals, „die Censur sein sollen? Nichts anderes als die beste Garantie zur Sicherung des deutschen Bundes und seiner einzelnen Mitglieder gegen den „Mißbrauch der Presse". Und hat die Censur diesen Zweck erreicht? Die Erfahrung dreier Jahrzehnte liegt hinter uns, sie spricht: die Censur hat nichts von dem verhütet was zu verhüten in ihrer Absicht lag. Die dem Bestehenden feindlichen Ideen sind, trotz der Censur, nicht nur gedacht, sondern ausgesprochen, gedruckt und verbreitet worden. Und wenn diese Garantie sich nicht bewährt hat, welche andere sollte wohl helfen"? Dieselbe Ansicht war bei der Besprechung des preußischen Decretes die leitende. Sie sprach sich mit Entschiedenheit dahin aus, daß „die eingetretene Lage der Dinge es zu einer Unmöglichkeit mache, die Aufhebung der Censur und der gesammten Präventiv-Preßgesetzgebung zu verschieben". Fast überall, heißt es weiter, ist die Versicherung ausgesprochen, daß die augenblicklich eingetretene Gewährung der Freiheit nur in richtiger Erwägung der Anforderungen der Zeit stattgefunden habe, und wenn diese Versicherung nicht eine Unwahrheit sein oder werden soll, so kann der überall in Aussicht gestellte Fortschritt nimmermehr in der Wiederherstellung der eben abgeschafften Freiheitsbeschränkungen, sondern einzig nur in einer Ausdehnung und Befestigung der bereits eingeführten Freiheit bestehen. Der Unterschied zwischen der in anderen Staaten eingeführten Preßfreiheit und der in Preußen verheißenen „Censurfreiheit", oder dem, was der Bundestag „Preßfreiheit unter nöthigen Garantien" nannte, wird dann in dem Artikel dahin festgestellt: Unter Preßfreiheit sei zu verstehen, daß jede namhafte, dem Staate bekannte Person drucken lassen könne was ihr beliebt, und daß die etwa dabei vorfallenden Uebertretungen des Strafgesetzes nur durch den ordentlichen Richter erkannt und geahndet werden dürfen; unter Censurfreiheit und Garantien gegen den Mißbrauch sei zu verstehen, daß die Presse nicht frei und nur dem allgemeinen Strafgesetze unterworfen, sondern daß sie unter die Wirkung von Vorbeugungsmaßregeln, deren Handhabung den Verwaltungsbehörden obliege, gestellt sein solle. Die Nothwendigkeit, daß Preußen sofort die Preßfreiheit einführe, wird hierauf in folgender Art nachgewiesen: „Rings umher sei bereits Preßfreiheit vorhanden. Damit habe die Präventivgesetzgebung auch für Preußen ihren Sinn und Zweck verloren. Sie könne nichts mehr verhüten, denn was z. B. in Halle nicht gedruckt werden könne, werde in Leipzig gedruckt. Absperren gegen seine deutschen Grenznachbaren könne sich Preußen nicht, die Nachbarpresse sei seine eigene. „Ist unter diesen Umständen", fährt der Artikel fort, „der Censur ihr präventiver Zweck und Charakter thatsäch-

lich genommen, so kann an ihr nichts weiter übrig bleiben, als daß den Männern, die in der Presse thätig sind, ohne irgend einen erreichbaren politischen Zweck, so zu sagen das Exercitium corrigirt, und die Presse auf ihrer gewerblichen Seite benachtheiligt wird, wie denn z. B. der Schaden, welchen unsere thätig redigirten preußischen Zeitungen in Folge des Fortbestehens dieser jetzt unhaltbar gewordenen Institution in einer einzigen Woche erlitten haben, unberechenbar zu nennen ist".

„Unter diesen Umständen", so schließt der Artikel, „ist eine den Zeitverhältnissen angemessene Thätigkeit der politischen Presse moralisch, wie materiell unmöglich, und wir wenigstens werden uns bis die Umstände eine für uns günstige Gestalt gewinnen, darauf beschränken, diejenigen Nachrichten, deren Veröffentlichung die Censurgesetzgebung verstattet, möglichst vollständig dem Leser zu liefern, aller Betrachtungen und Beurtheilungen der Zeitverhältnisse aber uns gänzlich enthalten". — Die Zeitungshalle hielt Wort. Sie brachte in der nächsten Woche nicht nur keine sogenannte leitende Artikel, sondern auch nicht einmal Berichte über die wichtigen Vorgänge in Berlin, weil sie diese nicht nach der Schablone des Censors zugestutzt und dadurch unwahr geworden, dem Publicum überliefern wollte — bis „die Umstände eine für sie günstige Gestalt gewonnen" und ihr die Genugthuung wurde, die Ereignisse der folgenden Woche vollständig und im Zusammenhange, unbehindert von aller Censur, darzustellen.

In Verbindung mit der Censur der Polizei zu erwähnen liegt nahe. Die Thätigkeit der letzteren hatte während der bisher geschilderten Zeit keinen von der früheren wesentlich verschiedenen Charakter geäußert. Auf „höhere" Anordnung verbot sie, nach wie vor, den Buchhändlern, gewisse Schriften zu verbreiten, wie dies z. B. an demselben Tage, als die Nachricht von der französischen Revolution in Berlin ankam, mit einer in Paris und Leipzig erschienenen Zeitschrift „die Horen" geschah; sie confiscirte in öffentlichen Lokalen und Lesecabinetten Nummern auswärtiger Zeitungen, wegen ihres „aufregenden" Inhalts, so die No. 70 der Mannheimer Abendzeitung vom 11. März; sie suchte ihren früheren Einfluß auf die öffentlichen Lokale, in denen viele Personen zusammenzukommen pflegten und möglicherweise auch über Politik sich unterhalten konnten, auszuüben. So waren z. B. in den Sprech- und Rauchzimmern des Instituts der Zeitungshalle gleich nach den ersten Tagen seit der Ankunft der Nachrichten von der französischen Revolution große gedruckte Zettel angeschlagen, in denen „um der Ordnung willen, so wie im gemeinsamen Interesse der geehrten Besucher der Zeitungshalle" dieselben ersucht wurden „sich jeder lauten Meinungs-, Beifalls- oder Mißfallens-Aeußerung bei dem Vorlesen der Blätter zu enthalten, dabei alle politischen Discussionen zu vermeiden und in jeder Weise aus

freien Stücken und selber darüber zu wachen, daß durchaus nichts über die unmittelbaren Zwecke dieses Instituts Hinausgehendes geschehe, wodurch Einzelnen Unannehmlichkeiten oder dem Institute Gefährdung erwachsen könne". Diese Zettel waren zwar mit der Unterschrift des Besitzers der Zeitungshalle versehen, doch war die Veranlassung dazu „höheren Ortes" ausgegangen, und der Besitzer konnte sich um so weniger sträuben, seine ursprünglich unfreiwillige Warnung ergehen zu lassen, als mit ziemlicher Bestimmtheit zu jener Zeit verlautete, es sei ebenfalls „höheren Ortes" von einer Auflösung des Instituts, das plötzlich der bedeutendste politische Sammelpunkt geworden war, die Rede gewesen. Sollte doch auch, nach dem allgemeinen Gerüchte der Handwerkerverein von einer ähnlichen Maßregel bedroht gewesen sein, obschon der Vorsteher desselben, Herr Stadtsyndicus Hedemann schon in einer öffentlichen Erklärung vom 3. März (s. Voss. Ztg. v. 6. März) das Begründete eines ähnlichen Gerüchtes in Abrede gestellt hatte. — Als Thatsache wurde jedoch von verschiedenen auswärtigen Blättern gemeldet, daß die Polizei am 11. März sämmtlichen Wirthen großer Lokale untersagte, berathende Versammlungen bei sich aufzunehmen.

Weniger geräuschlos, als die Polizei ihre Thätigkeit zu entwickeln im Stande war, hatten schon im Laufe der zuletzt geschilderten Woche, vom 6. bis zum 12. März, die militärischen Kräfte sich zu entfalten begonnen. Die Truppen waren vom Anfang der Woche an allabendlich um 7 Uhr in den Kasernen consignirt, ein Theil derselben blieb während der Nacht unter den Waffen, einzelne Wachen, namentlich die im Schlosse, waren ansehnlich verstärkt, und scharfe Patronen ausgetheilt worden. Auch von bürgerlicher Seite her hatte man an das Militär gedacht. In den Kasernen wurden — wie u. A. die Mannh. Abendzeitung berichtete — revolutionäre Flugschriften vertheilt, an den Mauern der Kasernen waren des Morgens Plakate zu lesen, die immer während der Nacht angeheftet wurden, und die das Militär aufforderten, gegen die Bürger nicht mit den Waffen einzuschreiten. — Bataillone verschiedener Regimenter passirten die ganze Woche hindurch die Stadt, und wurden zum Theil durch die Eisenbahnen weiter befördert. Es hieß, daß an der sächsischen Grenze ein Armeecorps aufgestellt werden sollte. In der That wurden auch die zum Theil auf dem niederschlesischen Bahnhofe gekommenen Truppentheile von dem anhaltischen aus weiter befördert. „Bei der Abfahrt", erzählt die Vossische Zeitung, „wurden natürlich die Ausrückenden auch von vielem Volke begleitet. Indessen — setzt sie beruhigend hinzu — hatte doch Alles dies nur einen friedlichen Anstrich, da die Truppen nur zum Ersatz der gegen den Rhein vorwärts gerückten in Bewegung gesetzt sind, und das Ganze nur einen raschen, durch die vorsichtige Beachtung der Zeitumstände gebotenen Garnisonswechsel repräsentirt".

Am Sonnabend, dem 12ten ging auch die berliner Kriegsreserve, welche zu den mobil gemachten Regimentern gehörte ab. Man hatte, heißt es hierüber in einem Berichte der Weserzeitung, „man hatte Gelegenheit hierbei Abschiedsscenen zu sehen, als gälte es ein Scheiden für ewige Zeiten. Der lange Frieden hat die Gewohnheiten des Lebens zu unkriegerisch gemacht, als daß nicht der bloße Gedanke an die Möglichkeit eines Krieges Eltern, Ehegatten, Geschwister, kurz Alle, die bei dieser Gelegenheit einen Verwandten dem Militär überantworten müssen, mit banger Furcht und Sorgen erfüllte und die Scheidescenen mit Jammern und Klagen erfüllt sein ließe". Er war besonders auf dem Schloßplatze, wo in den Mittagsstunden das Publicum häufig Zeuge dieser Scheidescenen war.

Der Prinz von Preußen war dazu bestimmt, nach dem Rhein zu gehen, um dort die Führung eines Armeecorps zu übernehmen. An demselben Sonntage, an welchem die Kriegsreserve Berlin verließ, verabschiedete er sich bei der Parade von dem Officiercorps durch eine „kräftige" Ansprache. Später und namentlich am folgenden Tage begab er sich in die einzelnen Kasernen und hielt hier vor den versammelten Soldaten Abschiedsreden, in denen es sich viel von „Krieg" und „bevorstehenden Kämpfen", von „treuem Ausharren" gehandelt haben soll, deren Wortlaut jedoch weiter nicht bekannt geworden ist. Inzwischen wurde die beabsichtigte Reise nach dem Rhein nicht ausgeführt; zunächst sollte sie auf die andere Woche verschoben werden, bald aber verlautete es bestimmt, daß sie gar nicht stattfinden werde, „da in der Rheinprovinz der Prinz nicht beliebt sei und seine Ankunft dort die Unruhe vermehren könnte".

VII. Die Arbeiter. — „Laßt Euch nicht täuschen!" — Die Arbeiter-Adresse.

Die zweite Märzwoche war vergangen, ohne daß die Ruhe der Stadt in gewaltsamer Weise gestört worden. Zwar hatte das militärische Treiben die Aufregung bedeutend vermehrt, die in dem, was die Regierung bisher gethan und noch mehr in dem, was sie, den Erwartungen entgegen, unterlassen, stets neue Nahrung gefunden hatte; doch noch immer war die Ansicht, bis auf wenige Ausnahmen, allgemein, der friedliche Weg könne zum erwünschten Ziele führen, vorausgesetzt, daß die Regierung auf die allgemein ausgesprochenen Wünsche ohne weiteres Zögern einginge, und daß das Militär in seine früheren Stellungen zurückgezogen und nicht ferner ostentirend auf Straßen und öffentlichen Plätzen aufgestellt würde. Die Vossische Zeitung, das Blatt, welches die Zeitverhältnisse in dem vollen Umfange und der vollen Beschränktheit

des kleinbürgerlichen Bewußtseins auffaßte, schrieb noch um die Mitte der Woche, nachdem sie von der „besonderen Sorgfalt und Thätigkeit" die Kunde brachte, mit welcher Polizei- und Militärbehörden seit einigen Tagen bemüht wären jeder „etwanigen" Ruhestörung sofort vorzubeugen: „Glücklicherweise herrscht bei uns überall, abgesehen von der geistigen Aufregung, welche natürlich unter den vorliegenden Zeitumständen nicht zu vermeiden ist, die größte Ordnung und Ruhe. Es wird auch fast überall der Wunsch laut, daß die Krisis, in welcher wir uns befinden, sich lediglich auf dem gesetzlichen Wege entwickeln und namentlich der Schutz des Eigenthums in keiner Weise gestört werde. Insbesondere verhalten sich unsere Arbeiter bisher durchaus ruhig und die Aufregung beschränkt sich meistentheils auf die gebildeten Klassen. Die Angst, welche daher manche Gemüther seit einigen Tagen erfüllt, scheint durchaus ohne Grund. Unsere Straßen sind nie ruhiger und leerer gewesen als gerade jetzt". — Weniger heiter wird die Lage der Dinge in einem Artikel des radicalsten der damaligen Blätter, der Mannheimer Abendzeitung, geschildert, welcher von demselben Tage (10. März) datirt ist, an welchem jener in der Vossischen Zeitung veröffentlicht wurde.

„Die Stimmung im Volke", heißt es hier, „ist eine dumpfe, gewitterschwüle. Viele Arbeiter haben die Unterzeichnung der (Zelten-) Petition verweigert, weil sie von Petioniren kein Heil für sich erwarten. Die Arbeitslosigkeit ist im Wachsen. . . Mehrere große Fabriken, u. A. die Borsig'sche Maschinenfabrik mit einigen tausend Arbeitern, wollte hundert davon entlassen. Auf „höhere Anordnung" ist dies jedoch nicht geschehen. Man hat dem Fabrikbesitzer Entschädigung zugesichert. Aber wie lange wird man im Stande sein, diese Entschädigung zu leisten? Wie erschöpft unsere Staatscasse ist, das zeigt der Hilferuf der Regierung um Unterstützung der Schlesier. Preußens Regierung vermag für sich allein nicht tausende zu retten, wie sollte sie auf die Länge hin den hiesigen Arbeitern Arbeit verschaffen können? . . . Wer die Stimmung des arbeitenden Volkes, wer seine Gedanken, seine Plane, seine Lage kennt, der weiß, daß ein Orkan im Anzuge ist, gegen den Frankreichs Sturm ein Hauch war. Es ist hohe, es ist die höchste Zeit, daß die Monarchie die Segel streicht und der Demokratie die Bahn eröffnet. Streicht sie die Segel, so wird sie ihr morsches Schiff noch einige Zeit flott halten. Wagt sie es fortzusteuern mit vollen Segeln, wie jetzt, so wird ihr Fahrzeug jählings vom Sturme erfaßt und zerschmettert werden".

Das Verhalten der Arbeiter bildet den gemeinsamen Ausgangspunkt der Betrachtungen in diesen zwei gleichzeitigen Berichten, deren einer die „Angst" vor den Arbeitern als unbegründet darzustellen versucht, während der andere die Kenntniß von der Stimmung der Arbeiter einen herannahenden Orkan prophezeien läßt, „gegen den Frankreichs Sturm ein Hauch war."

Die sogenannte Arbeiterfrage war schon seit einigen Jahren auch in Berlin Gegenstand lebhafter Erörterungen geworden. Lange Zeit war „das Wohl der arbeitenden Klassen“ Stichwort für Bestrebungen gewesen, die sich mit großem Lärm angekündigt hatten, um einen allmäligen Untergang in redereichen Versammlungen und widerstrebenden Regierungsmaßregeln zu finden. (1844. 45.) Als die Nachrichten von der Februarrevolution nach Berlin gekommen waren, trat die „Arbeiterfrage“ auch hier wieder hervor. Aeußerte sich zunächst und unmittelbar der Einfluß der Revolutionsnachrichten auf die Börse und den Großhandel in einer seit langen Zeiten ungewöhnlicher Erschütterung, so zeigte sich auch bald die Nachwirkung auf die Gewerbe und die arbeitenden Klassen insbesondere. Es war allerdings, wie auch in dem obigen Berichte der Mannh. Abendzeitung erwähnt ist, schon in den ersten Märztagen das Gerücht allgemein verbreitet, daß die größeren Fabriken Hunderte von Arbeitern entlassen hätten, und dies aus dem Grunde, weil sie in jenen Zeiten keine hinreichende Beschäftigung geben könnten. Freilich wurde diesen Gerüchten in den öffentlichen Blättern entgegengetreten. Aus der großen Borsig'schen Fabrik sollte danach „auch nicht ein einziger Arbeiter“ entlassen worden sein, ebenso aus der großen Goldschmidt'schen Fabrik „auch nicht ein einziger“. Und um diesen Berichtigungen größere Wahrscheinlichkeit zu geben, wurde zu jeder einzelnen derselben, die an verschiedenen Tagen veröffentlicht wurden, hinzugefügt: „Die Beschäftigungen des Etablissements sind vielmehr so groß, daß es aller seiner Kräfte bedarf, die ihm gewordenen Aufträge zu erfüllen“ oder „die vorhandenen Aufträge für die Fabrik sind so bedeutend, daß auch nicht die mindeste Veranlassung zu einer Beschränkung des Arbeiterpersonals vorhanden ist“. Gleichwohl fanden die Berichtigungen in dieser Form wenig Glauben und das Gerücht: es seien „höheren Ortes“ den einzelnen Fabrikbesitzern Summen für die Beibehaltung der bisherigen Arbeiter vorgeschossen worden, hatten sich als glaubwürdiger den weitesten Kreisen mitgetheilt.

Die städtischen Behörden, „von dem lebhaften Wunsche beseelt, den einzelnen Ursachen der Verarmung so viel wie möglich zu begegnen“, hatten die Errichtung einer „Arbeits-Nachweisungs-Anstalt“ beschlossen, die am 9. März ihre Thätigkeit beginnen sollte, um „eine wirksame Vermittelung zwischen dem Angebot von Arbeitskräften und dem Begehr nach solchen“ zu versuchen. Wie dieser Versuch einer „wirksamen Vermittelung“ gelang, lehrt die Mittheilung eines Curators jener Anstalt (s. oben S. 21), derzufolge am Tage der Eröffnung bereits siebentausend Arbeitsuchende sich gemeldet hatten, von denen nur Einem Arbeit nachgewiesen werden konnte. In ihren öffentlichen Versammlungen nahmen sich auch um diese Zeit die Stadtverordneten, die Vertreter des besitzenden Bürgerstandes, ihrer besitzlosen „Schutzverwandten“ mit größerem Eifer, als es früher geschehen, an, doch bethätigte sich die Theilnahme weniger in wirklicher und schneller Hilfe, als in — frommen Wünschen. Die

oben mitgetheilten Verhandlungen vom 9ten und die noch zu erwähnenden vom 15. März liefern den Beweis.

Die Nachrichten aus Frankreich über die günstige Lage, welche die provisorische Regierung den Arbeitern verheißen, die Nachrichten von der Ausführung dieser Verheißungen hatten allerdings bei den Besitzenden die Besorgniß erregt, die berliner Arbeiter würden danach streben, die pariser „Errungenschaften" durch jedes Mittel zu erlangen. Die hiermit zusammenhängende „Angst" war es wohl, die der sein Publicum kennende Berichterstatter in der Vossischen Zeitung bei dem oben mitgetheilten Artikel als „durchaus ohne Grund" bezeichnete, die Angst, die mit der Behauptung „unsere Arbeiter verhielten sich bisher durchaus ganz ruhig", vielleicht sich selbst betäuben wollte. Denn schon hatte dasselbe Blatt einige Tage vorher in einem leitenden Artikel mit allem Pathos, das dem Verfasser zu Gebote stand, einen Warnungsruf an die Arbeiter ergehen lassen, der die Worte: „Laßt Euch nicht täuschen!" immer wieder und fast immer mit denselben Beweisgründen wiederholte, und schon waren auf diese Warnung nicht gerade dankbare Demonstrationen von Seiten der Gewarnten erfolgt. — Der Artikel erschien in der Nummer vom 7. März und bildet ein wesentliches Moment der Aufregung jener Tage. Einige Stellen reichen hin, seinen Inhalt wiederzugeben:

„Laßt Euch nicht täuschen! Dieses Wort der Warnung wollen wir, in dieser Zeit großer Bewegungen, schwerer Ereignisse, an unsere wackeren Arbeiter und Handwerker, richten. Euer Beruf ist oft ein schwerer; das Leben stellt Euch keine leichte Aufgabe: aber noch viel schwerer ist die Aufgabe zu lösen, allen Uebeln zu wehren, die Euch bedrängen. Laßt Euch nicht täuschen! Versprechungen geben ist leicht, sie halten schwer, oft unmöglich. Was in der Stunde der Aufregung, unter dem Einfluß vielleicht der Begeisterung für ein edles Ziel, mehr aber noch unter dem der Furcht, vor augenblicklicher leidenschaftlicher Gewalt, am Strande der Seine dem Arbeiter versprochen wird: das wird ihm Niemand halten können. . . Die Mittel der Abhülfe, die man darbietet, werden vielmehr, wenn sie auch für den Augenblick den Schein der Wohlthat haben, doch bald das Uebel nur maßlos vergrößern. Darum: „Laßt Euch nicht täuschen! . . . Die erste Bedingung zur einträglichen Arbeit sind Ordnung, Ruhe, Friede! Wie hoch die Arbeit bezahlt werden kann, das hängt nicht von der Willkür ab. Die Mittel, durch künstliche, erzwungene Ankäufe dem Uebel zu steuern, sind schnell erschöpft, und dann ist die Noth verdoppelt. Darum: Laßt Euch nicht täuschen! Haben die Männer der Umwälzung in Paris das Geheimniß gefunden, das Glück der Arbeiter plötzlich, durch einen Zauberschlag zu begründen, dann wollen wir es ihnen auf's schleunigste nachahmen. Aber vorher wartet das Ergebniß ab! Es ist ein Glück für uns, daß sie, nicht wir den gefährlichen Versuch machen! Darum u. s. w. Die Noth, das Un-

glück schickt Gott! Er schickt sie nicht dem Arbeiter allein, er schickt sie uns Allen. Und niemals haben die anderen Stände sich mehr damit beschäftigt, dem Arbeiter seinen Beruf zu erleichtern, als jetzt. Darum nochmals: L a ß t E u c h n i c h t t ä u s c h e n! Was Ihr wünscht, ist am wenigsten zu erreichen durch den Schwindel der Aufregung, der die Massen ergreift. Er tobt wie ein Strom, der durch den Damm bricht und die Felder verwüstet, die er näh- ren soll, die Felder, wo die Nahrung auch für Euch wächs't, wenn sie Euch auch nicht zugehören. Was Sonnenschein und befruchtender Regen für die Erndte des Feldes, das ist Ordnung und Frieden für die Erndte der Arbeit. Der Aufstand aber ist Hagelschlag! Darum und immer wieder: L a ß t E u c h n i c h t t ä u s c h e n!"

Dieser Warnungsruf „an unsere wackeren Arbeiter und Handwerker" hatte nicht den gewünschten Erfolg. Der Verfasser desselben, Herr Ludwig R e l l s t a b, früher Artillerie-Lieutenant, dann Theaterrecensent, und schließlich Politiker der Vossischen Zeitung, theilt in seinen noch nicht in die gesammelten Werke letzter Hand aufgenommenen Memoiren mit*), daß er zu jener Zeit, wo das Schein- glück der Arbeiter in Frankreich von den Blättern gerühmt wurde, gewähnt habe, es sei möglich, „noch eine Stimme der Vernunft" zur Geltung zu brin- gen. Er habe in dem Artikel „Laßt Euch nicht täuschen" diesen Versuch ge- macht. Aber „vergeblich! Der erwachte Ungestüm der Leidenschaft hörte nicht mehr; gegen die Stimme der ruhigen Einsicht, gegen die liebreichste Lehre, war er völlig taub, weil die Wahrheit eine mißfällige war. Die Zeilen, die leiten, beruhigen, beschwichtigten sollten, erregten nur Erbitterung. Die heftigsten Briefe voller Vorwürfe und Drohungen gingen bei dem Verfasser, bei der Redaction der Zeitung ein, ja e s w u r d e n e i n z e l n e e r b i t t e r t e D e- m o n s t r a t i o n e n g e m a c h t". —

Die erbitterten Demonstrationen, deren der betrübte Verfasser des War- nungsrufes hier erwähnt, hatten wenigstens die Folge, daß die Vossische Zei- tung seit dem 8. März einige Wochen hindurch keinen l e i t e n d e n Artikel mehr brachte. Doch blieben damit die Warnungen und Verdächtigungen noch nicht aus. Sie flüchteten sich nur an eine andere Stelle dieses Blattes und nah- men die Form der „Eingesandt's" ein, welche eigenthümliche Gattung von Privat-Schriftstellerei der Voss. Zeitung seit einigen Jahren eine gewisse Be- deutung verliehen hatte. Die Producte dieser Art Schriftstellerei hatten zunächst für den Besitzer des Blattes größeren oder geringeren Werth je nach dem mehr oder minder starken Z e i l e n-Umfange der Artikel; sie erschienen gewöhnlich zu erregteren Zeiten in reichem Maße und trugen zum großen Theile den Cha- rakter eines aigrirten, in seiner Ruhe gestörten conservativen Gemüthes; zum

*) Zwei Gespräche mit Sr. Majestät dem Könige Friedrich Wilhelm IV. in geschichtlichen Rahmen gefaßt. Mitgetheilt von L. Rellstab. Berlin 1849. Verlag der Decker'schen Geh. Oberhofbuchdruckerei. S. 18.

Theil führten sie eine „lichtfreundliche" Polemik gegen Jesuiten und Jesuitismus, wie ihn die Ignoranz aufzufassen gewohnt war. — Daß zu einer Zeit, wo die allgemeine Bewegung auch die Ruhigsten fortzureißen begann, die Geister dieser nimmermüden Eingesandt's-Producenten nicht ruhten, daß deren Productionen eine Stätte — wenn auch keine Freistätte — in der Vossischen Zeitung finden würden, war natürlich. In Bezug auf die Zeltenversammlungen und auf die dort beschlossene Petition traten diese „Eingesandt's", ebenso als Warnungsstimmen auf, wie in Bezug auf das „Scheinglück" der französischen Arbeiter der oben angeführte leitende Artikel. „Wenn Ihr, lieben Freunde und Brüder", fragte ein Einsender in der Nummer vom 11. März, „die ihr seit zwei Abenden in Masse das erste Thiergartenzelt besucht, auch wirklich alles das erlangen könntet, was Euch dort von einzelnen Eurer Standesgenossen als zu Eurem leiblichen Wohle und geistigen Heile dienend geschildert wird, werdet ihr dann mehr Arbeit und bessern Lohn dafür als seither erhalten? Gebet euch — ihr seid vernünftige Leute — selbst die Antwort hierauf; sie wird euch jedenfalls zu der Erkenntniß führen, daß es weit besser ist, daß ein jeder sich seiner Beschäftigung widme, als daß er sich um Dinge bekümmere, die nicht zu seinem Lebensberufe gehören". Der Einsender bezeichnet sich als „einen Eurer wahren Freunde". Ein anderes dieser Eingesandt's bringt „zur Erwägung" (No. vom 13. März): „Der lithographirte (Zelten-) Adreßentwurf belehrt uns: 1) daß ein treues Zusammenhalten der deutschen Fürsten und Völker eine unabweisbare Nothwendigkeit sei, 2) was für Wünsche die deutschen Völker haben, und 3) daß nur die Gewährung dieser Wünsche die Eintracht zwischen Fürst und Volk zu sichern im Stande sei. Liegt hierin nicht ein ungeheurer Widerspruch? — Wenn den darin sub 1, 2, 3, 4 genannten Wünschen andere durchaus gleichbedeutende Worte gegeben werden — wie lauten sie dann?? Und dennoch will man die hochverehrten Bürger Berlins dazu bereden, eine solche Adresse zu unterschreiben? Ist dies nicht eine für all' diese biederen und treuen Männer schwer beleidigende Kränkung?" Ein anderes „herzlicher Wunsch" betiteltes Eingesandt fordert die „Männer und Jünglinge, die mit unvergleichlichem Freimuth in den Zeltenversammlungen Reden gehalten", auf, sich doch öffentlich „allerbaldigst nach Namen, Stand und Wohnung" zu erkennen zu geben, damit auch „das Volk und alle darin mitbegriffenen Bürger Berlins, deren Repräsentanten jene gewesen sein sollen, sie genau kennen lerne". — Diese Proben geben den Charakter einer ganzen Gattung der Eingesandt's treu wieder; sie wenden sich an die „hochverehrten", „treuen", „biedern" Bürger, sie nennen die Arbeiter „Freunde", „Brüder", sie verdächtigen die neuen Bestrebungen und die leitenden Persönlichkeiten; sie warnen vor den Aufwieglern (welches Wort hier freilich noch nicht gebraucht worden). In ihrem Wesen liegt ferner die Anony-

mität, und ist einmal eine Unterschrift vorhanden, so ist der Rather, der Warner ein „civis", ein „unus pro multis" u. a.

Die Arbeiter schienen wenig auf Warnungen jener Art zu hören; sie betheiligten sich an den Volksversammlungen, sie traten als Redner auf, ja sie brachten in ihren eigenen Kreisen eine Adresse zu Stande, in welcher der König gebeten wird, ein Arbeiter-Ministerium zu begründen. Von dieser Adresse wurden mehrere lithographirte Exemplare in Umlauf gesetzt (um die Zeit vom 10. bis 13. März) und obwohl der Vossischen Zeitung bei Erwähnung dieser Adresse (No. 63. 15. März) der etwas fehlerhafte Stil, in der sie abgefaßt war, ein „absichtlich hinein corrigirter" zu sein schien, so spricht gleichwohl kein entscheidender Grund dagegen, daß diese Adresse in der That authentisch und von den Arbeitern selbst ausgegangen wäre. Den bisherigen beruhigenden Mittheilungen jener Zeitung von dem Verhalten der Arbeiter entsprach es freilich, diese außer Zusammenhang mit den in der Adresse enthaltenen Wünschen zu bringen, und die mit polizeilichem Instincte geäußerte Verdächtigung: „Der Verfasser der Adresse scheint seine Absicht, Aufwiegelung der arbeitenden Klassen, wohl überlegt zu haben" stand im vollkommenen logischen Zusammenhange mit den verdächtigenden Aeußerungen leitender Artikel und Eingesandt's.

Die Adresse der Arbeiter lautete vollständig:

Allerdurchlauchtigster König! In dieser schon seit Jahren für uns so schwer bedrängten und drückenden Zeit wagen die Arbeiter jedes Standes eine Bitte an Ew. Majestät zu richten. Diese Bitte ist um schleunige Abhülfe der jetzigen großen Noth und Arbeitslosigkeit aller Arbeiter und Sicherstellung ihrer Zukunft. Der Staat blüht und gedeiht nur da, wo das Volk durch Arbeit seine Lebensbedürfnisse befriedigen und als fühlender Mensch seine Ansprüche geltend machen kann. Wir werden nämlich von Capitalisten und Wucherern unterdrückt; die jetzigen bestehenden Gesetze sind nicht im Stande, uns vor ihnen zu schützen. Wir wagen daher Ew. Majestät unterthänigst vorzustellen, ein Ministerium bestellen zu wollen, ein Ministerium für Arbeiter, das aber nur von Arbeitgebern und Arbeitern zusammengesetzt werden darf und deren Mitglieder nur aus beider Mitte selbst gewählt werden dürfen. Ein solches Ministerium ist nur im Stande den wahren Grund der drückenden Lage des Volkes kennen zu lernen, das Loos der Arbeiter zu verbessern, den Staat vor drohenden Gefahren zu schützen, Eigenthum und Leben Aller bevorstehenden Verwüstungen nicht preiszugeben. In tiefster Unterthänigkeit verharrend.

VIII. Antwort des Geh. Cabinetsraths Illaire. — Versammlung in den Zelten. — Einschreiten des Militärs am 13. März.

Nachdem die Stadtverordneten beschlossen hatten, die von den Zeltenversammlungen ausgegangene Adresse unberücksichtigt zu lassen, wurde den Mitgliedern der Deputation, zugleich mit der Anzeige dieses Beschlusses, die Adresse und die sie begleitenden Beilagen mit den Unterschriften, zurückgesandt. Dem durch die Zeltenversammlung festgestellten Plane gemäß wurden hierauf noch am 11. März von der Deputation diejenigen Schritte gethan, die zu einer

unmittelbaren Ueberreichung der Adresse an den König führen sollten. Die Vermittelung durch den Geh. Cabinetsrath Illaire schien zu diesem Zwecke nothwendig. An ihn wandten sich die Bevollmächtigten der Versammlung mit der Bitte, dem Könige den Wunsch der Deputation auszusprechen, daß den Mitgliedern der letzteren eine Audienz bei Sr. Majestät gewährt werde, in der sie die Adresse mit den Tausenden von Unterschriften dem Könige persönlich überreichen könnten.

Am Tage, nach der Absendung dieser Eingabe, wurden die Herren Löwenberg und Dr. Löwinson von der Polizei zu einem Verhöre vorgeladen. Dem Ersteren ward diese Vorladung durch einen Polizeibeamten mündlich überbracht, zugleich mit der Aufforderung, sich sofort in Begleitung des Beamten nach der Polizei zu begeben. Hier wurden die Vorgeladenen, vor den Polizeirath Lüdemann geführt, der ein langes Verhör mit ihnen anstellen zu wollen schien, das jedoch bei der Beharrlichkeit, mit welcher die Herren jede specielle Antwort auf die ihnen vorgelegten Fragen verweigerten, zu keinem anderen Resultat führte, als zu der wiederholt von dem Inquirenten geäußerten Drohung: daß die Vorgeladenen von der Polizei für alle Excesse und Unruhen, die möglicherweise aus der ferneren Abhaltung einer Volksversammlung oder aus den mit der Ueberreichung einer Adresse zusammenhängenden Schritten hervorgehen könnten, verantwortlich gemacht würden.

Die Antwort des Herrn Illaire traf am 13. März gegen Mittag ein. Sie war an den Dr. Löwinson adressirt und lautete:

Seine Majestät der König finden, wie Ew. Wohlgeboren ich auf das mir überbrachte Schreiben des Dr. Löwenberg v. 12. d. M. zu eröffnen beauftragt bin, Sich nicht veranlaßt, von dem hergebrachten Verfahren, nach welchem Petitionen, wenn sie nicht von Behörden oder Corporationen ausgehen, eingesandt werden müssen, hinsichts der in obigem gedachten Schreiben gedachten Adresse eine Ausnahme eintreten zu lassen, und dieselbe von einer Deputation entgegenzunehmen, zumal eine solche Art der Uebergabe in gegenwärtiger Zeit nur zu leicht als eine politische Demonstration ausgebeutet wird, was — wie Se. Majestät vertrauen — außer den Absichten Ihrer Committenten selbst liegt. Indem ich Ihnen daher überlasse, die Petition durch die Post an Se. Majestät gelangen zu lassen, erkläre ich mich gleichzeitig bereit, dieselbe, wenn Sie sie mir zusenden wollen, weiter zu befördern, und indem ich Ihnen dafür bürge, daß sie sicher zu den Händen Sr. Majestät gelangen soll, dürfte Ihnen und Ihren Committenten diese Art der Beförderung um so mehr genügen, als Sie selbst anerkennen, daß unmittelbar darauf eine irgend in das Materielle eingehende Eröffnung von Sr. Majestät nicht erfolgen könne und von Ihnen auch nicht erwartet werde. Berlin, 13. März 1848. Der Geheime Kabinetsrath Illaire.

Was nach dieser abschlägigen Antwort noch weiter zu thun war, das bildete den Gegenstand der Verhandlungen einer sofort nach der Ankunft des Briefes abgehaltenen Comitéversammlung. Die überwiegende Mehrzahl der zehn Mitglieder derselben (darunter die Herren Löwenberg und Oppenheim) sprach sich für ein Fallenlassen der Angelegenheit aus; Herr Oppenheim schlug vor, die Adresse durch die liberalen Blätter zu veröffentlichen, den Hergang bis zu der erfolgten abschlägigen Antwort in derselben darzustellen, und damit die Sache auf sich beruhen zu lassen. Die Minorität (darunter die Herren

Dr. Löwinson und Schaßler) machte die Ansicht geltend, daß die Deputation der Versammlung, die muthmaßlich am Abende wieder in den Zelten stattfinden würde, um das Resultat der in der Adreßangelegenheit unternommenen Schritte zu erfahren, wenigstens den Inhalt mittheilen und dann ihre Vollmacht in die Hände ihrer Committenten zurückgeben sollte. Es wurde jedoch von der Majorität beschlossen, sich bei einer ferneren Versammlung nicht zu betheiligen.

Viele Umstände waren zusammen getroffen, um diesen Tag zu einem äußerlich ungewöhnlich belebten zu machen. Es war ein Montag, derjenige Tag in der Woche, an dem der Handwerkerstand, besonders die Gesellen, zu feiern gewohnt waren; es war zugleich der erste schöne Frühlingstag des Jahres; das Wogen und Treiben auf den Straßen und außerhalb der Thore daher lebhafter als sonst; beunruhigende Gerüchte hatten sich von früh an verbreitet: es sollten Tags zuvor Verhaftungen vorgenommen worden sein — wahrscheinlich gab die polizeiliche Visite und Begleitung des Präsidenten der Volksversammlung zu diesem Gerüchte Anlaß — die Versammlungen in den Zelten sollten gewaltsam unterdrückt werden; mit großer Schnelligkeit hatte sich die Nachricht von dem Abschiedsbesuche, den der Prinz von Preußen den in den Kasernen liegenden Truppen gemacht, verbreitet, von den kriegerischen Aeußerungen, die seine Abschiedsrede enthalten; außerdem war es bekannt geworden, daß die Deputation der städtischen Behörden an diesem Tage in dem Schlosse ihre Adresse abgeben wollte; auch was für eine Antwort der Zelten-Deputation geworden, hatte sich mit Schnelligkeit verbreitet. Hierzu kam, daß militairische „Vorsichts"-Maßregeln in geräuschvoller Weise von früh an getroffen wurden; das Schloß, das Zeughaus, die Bank, die Seehandlung waren ungewöhnlich stark besetzt; die Bank wurde z. B. von 160 Mann Soldaten größtentheils im Innern des Gebäudes bewacht; an einzelnen Punkten waren an diesem Tage zum ersten Mal Kanonen aufgefahren, so im Schloßhofe; Adjutanten und Gensdarmen sprengten unaufhörlich durch die Straßen. Die Kavallerie hatte Befehl bekommen, sich um 6 Uhr Abends sattelfertig zu halten: Alles dies verlieh der Stadt ein ungewohntes Leben; Gruppen bildeten sich, und stets neue, besonders an denjenigen Orten, an welchen die militairischen Vorkehrungen auch äußerlich sichtbar wurden.

Schon mit den ersten Nachmittagsstunden begannen sich große Züge Spazierengehender, Bürger mit ihren Familien, junge Leute aus allen Ständen, aus dem Brandenburger Thore in den Thiergarten hin zu bewegen. Die Zelte, ein alter Vergnügungsort, wurden von Besuchern gefüllt, und diese hatte die neue Frühlingsluft, das Vergnügen allein, in's Freie hinausgelockt. Gegend Abend hatte sich die Physiognomie der Zeltenbesucher etwas verändert. Handwerker und Arbeiter waren in großer Zahl da; es wurden Reden von der Orchester-Tribüne, von Stühlen herab gehalten, wenn man die abgerissenen Expectorationen Einzelner Reden nennen kann; doch fehlte ein Leiter der Ver-

sammlung ebenso, wie eine Versammlung selbst, welche zu einem bestimmten Zweck zusammengekommen wäre. Erst nach 6 Uhr Abends, nachdem in der Stadt starke Truppenabtheilungen, theils Infanterie, theils Ulanen und Garde-Küraßsiere die Straßen zu durchziehen angefangen und sich in größeren oder kleineren Posten vor öffentlichen Gebäuden und prinzlichen Palais aufgestellt hatten, und nachdem Massen auf Massen in den Thiergarten hinausgeströmt waren — in der Erwartung vielleicht, es würde wieder eine Zeltenversammlung abgehalten werden — da erst bildete sich eine Versammlung von mehr politischem Charakter. Doch war es nicht das Naheliegende allein, was Einzelnen der Arbeiter Gelegenheit zum Reden gab. Einer hielt sogar einen Vortrag über die „deutsche Flotte"; Andere berührten ähnliche weitaussehende Gegenstände. Von den Mitgliedern der Adreß-Deputation war Niemand erschienen; auch die Redner der früheren Abende fehlten; dagegen nahmen aus der Masse selbst Einzelne das Adreßthema auf; der Kaufmann Löwinson erstattete Bericht über die Antwort, welche die Deputation erhalten; er und der Kaufmann Korn, die beide im späteren Verlaufe der Berliner Bewegung sich thätig betheiligten, haranguirten die Massen; Aufregendes und Beschwichtigendes, Aufforderungen zum Widerstande und Abmahnungen davon wechselten in den Redensarten der Einzelnen ab; „wir wollen Freiheit", rief der Eine, „vollständige Freiheit, ohne Excesse" u. dgl. Auch der Polizeipräsident erschien gegen Abend und hielt sich in einiger Entfernung von den Versammelten auf. Wie ein Berichterstatter der Allgemeinen Zeitung erzählt, trat ein Arbeiter zu dem Präsidenten heran und klagte ihm, daß er sieben Kinder, aber seit mehreren Tagen keine Arbeit habe. Der Polizeipräsident habe darauf Allen versprochen, es solle thunlichst für sie gesorgt werden, nur möchten sie sich friedlich verhalten; worauf ihm die Menge ein Hoch ausgebracht habe. — In der Versammlung selbst erhoben sich endlich Stimmen, zum friedlichen Auseinandergehen mahnend. Vor dem Brandenburger Thore entwickelte sich nach 7 Uhr eine große Militairmasse. Angesichts dieser begann die Versammlung in den Zelten ziemlich geordnet ihren Rückweg. (Auf diesem Rückwege wurden viele lithographirte Exemplare der oben angeführten Arbeiter-Adresse vertheilt.) Die Masse, die durch das Thor in die Stadt zurückströmte, mochte an zwanzigtausend Mann stark sein. Unter theilweisem Zischen, Pfeifen, Lärmen in der Nähe der starkbesetzten Thorwache zog die Masse durch das Thor, die Linden hinauf, nach dem Schloßplatz zu. Ueberall auf diesem ganzen Wege waren Militairpiquets aufgestellt. — Die Straßen waren von Neugierigen gefüllt, die dem militairischen Treiben anfangs ruhig zusahen.

In der Stechbahn hieben die Küraßsiere auf die Masse ein, die vorher völlig umringt und eingefangen war, hieben ein, ohne daß vorher irgend eine Aufforderung zum Auseinandergehen erfolgt war. Frauen erhielten Säbelhiebe, Andere wurden von den Pferden zertreten, ein junger Mann erstochen.

An anderen Orten stieß die Infanterie mit Kolben und Bayonetten ruhige Spaziergänger nieder, einzelnen Flüchtlingen wurde nachgesetzt, und selbst Offiziere brachten ihnen Säbelhiebe bei. An einem einzigen Orte in der Grünstraße setzte sich der ohnmächtige, waffenlose Haufen zu einer Art Gegenwehr, er errichtete eine Barrikade, riß das Pflaster auf und zog die Brücke über den Flußarm in die Höhe. An andern Orten, so an der Ecke Jäger- und Oberwallstraße wurden Versuche gemacht, Waffenläden zu erbrechen.

Der Bericht eines sonst ruhigen und gemäßigten Correspondenten des Frankfurter Journals, der in Folge dieser Vorgänge, Nachts 12 Uhr geschrieben, lautete: „Welchen Namen, soll ich dem Unerhörten geben, dessen Scene und Zeuge Berlin heute Abend geworden ist? Wie das blutige Schauspiel einer Metzelei beschreiben, welche über Tausende von unschuldigen Spaziergängern und müßigen Neugierigen, die der erste schöne Frühlingstag länger wie bisher ins Freie geführt hatte, wie ein Blitz aus heiterem Himmel hereinbrach? Ein unseliger Mißgriff ist begangen worden, der nur zu viel Blut gekostet hat. . . . Mehrere Hunderte von Menschen hatten am Nachmittag sich unter den Zelten versammelt, an dem Orte, wo die bereits öfter erwähnte Adresse berathen worden war. Gegen Abend zogen diese Leute nach der Stadt zurück und blieben unter den Linden, im Lustgarten und auf dem Schloßplatz in Gruppen vertheilt stehen, welche zwischen acht und neun Uhr durch die von der Arbeit kommenden Handwerker und Arbeiter vermehrt wurden, ohne jedoch irgend eine Demonstration, irgend eine Drohung oder einen Act der Gewalt zu begehen. Hunderte von Spaziergängern der gebildeteren Klassen wandelten zwischen denselben durch die Straßen. Plötzlich erscheinen gewaltige Massen Militair, das Schloß wird von mehreren Tausend Mann besetzt, als wenn ein Angriff auf dasselbe bevorstände. Die Truppen, welche sich zwischen der Menge hin und her bewegen, verdichten den Menschenknäul, welcher ihnen ausweicht, bald aber sich nur mühsam fortbewegen kann. Kein politisches Geschrei ertönt, nur das Halloh der Gassenbuben, kein Stein wird aufgehoben, kein Schimpfwort gegen das vorhandene Militair fällt. — Da bricht mit einem Male Cavallerie auf dem Schloßplatz unter die Menge in gesprengten Galopp ein, ohne daß eine warnende Aufforderung ertönte, und haut mit blanken Klingen scharf unter die Menge. Klinge und Pferdehufe fordern ihre Opfer. Entsetzen, Verwirrung, Flucht, verzweifeltes Geschrei ergreift Alles. Um 10 Uhr waren die Schreckensscenen im Centrum der Stadt vorüber; doch auch in andern Gegenden wurde scharf eingehauen, unter den Linden, der Jägerstraße, der Königstraße rc., wohin theils das Volk sich flüchtete, theils dichtere Schaaren von Spaziergängern sich befanden. Der Anblick der Fallenden erweckte eine unbeschreibliche Erbitterung — erst nach diesen Scenen vor dem königlichen Schloß wurde der Gedanke an Widerstand beim niedern Volke rege."

Ein anderer Berichterstatter (der Weser-Zeitung) schreibt Abends 9½ Uhr: „Noch stehen starke Truppencommandos an allen Straßenecken und Brücken, bisweilen hören wir auch wol noch ein lautes Schreien und einen Ritt der Kürassiere im scharfen Trabe; die Ruhe der Stadt, welche während mehrerer Stunden in bedauerlicher Weise gestört war, scheint sonst aber wieder hergestellt. . . . In den Zelten war Abends plötzlich ein völlig bewaffneter Gensdarm erschienen, er wurde von der Menge verhöhnt, er zog sich endlich auf die Brandenburger Thorwache zurück, die Menge begleitete ihn unter Pfeifen und Schreien und umstand in drohender Haltung zahlreich diesen Posten. Da rückten die Garde-du-Corps, die Dragoner, Kürassiere, Ulanen und eine Menge Infanterie heran, trieben das Volk die Linden hinab, während es unten vom Volke her gleichfalls von Militair empfangen wurde; es wurde getobt, geschrieen, gepfiffen und in Folge davon ritt denn die Cavallerie von Zeit zu Zeit einmal im Trabe unter die Menge, wobei es denn leider nicht ohne Blutvergießen abging. . . . Besonders ernst ging es in der unmittelbaren Nähe des Schlosses (bei den Werderschen Mühlen und der Stechbahn) und in der Umgegend des Petriplatzes her, von wo man das Volk die Grünstraße hinab gegen die dort belegene Brücke trieb. Es sollen an mehreren Stellen Straßenpflaster aufgerissen und auch Steinwürfe auf das Militair gefallen sein, man hört aber von keiner unter den Soldaten vorgekommenen Verwundung. Das Militair sperrte endlich den Schloßplatz ganz ab, besetzte alle Straßenecken und sonstige zu Versammlungen geeignete Punkte, nahm Verhaftungen vor, und damit hatte der Krawall für heute sein Ende erreicht. Es ist dies — so schließt der Bericht — ein möglichst getreues Bild der Vorgänge, denen man leicht eine übergroße Wichtigkeit beilegen könnte." (Der Berichterstatter dachte vielleicht an den Kartoffel-Krawall des vorhergegangenen Jahres, der freilich ohne bedeutende Folgen geblieben war.)

Das Regierungsorgan stellte die Vorgänge in folgender Weise dar:

„Es hatten vor einigen Tagen unter den Zelten im Thiergarten Zusammenkünfte stattgefunden, welche, da sie in Volksversammlungen auszuarten drohten, einen gesetzwidrigen Charakter annahmen. In Folge von Einladungen zu einer solchen Versammlung, wo man namentlich die Klasse der Arbeiter aufzuregen gedachte, hatte sich am 13ten Abends eine große Menge Menschen im Thiergarten eingefunden. Das Einschreiten der Polizeibehörde, welche das größere Anwachsen der Menge und Unfug zu verhindern suchte, hatte deren Rückkehr in die Stadt zur Folge, wodurch jedoch in einigen Straßen ein Zusammenfluß größerer Massen veranlaßt wurde. Das zur Vorbeugung von Excessen aufgestellte Militair zerstreute die Volkshaufen, welche sich auf den Straßen gebildet hatten, ohne daß irgendwie erhebliche Excesse vorfielen. Leider wurden aber, wie es bei solcher Gelegenheit nicht zu vermeiden ist, mehrere Personen beschädigt."

Ein anderer, mit diesem gleichzeitig erschienener halbofficieller Artikel suchte das Wesen jener „in Volksversammlungen auszuarten drohender Zusammenkünfte" zu charakterisiren. Er begann mit einer die Humanität der Polizei hervorhebenden Einleitung. Die „Zusammenkünfte" heißen hier Volksversammlungen, und obgleich diese nach einem Bundesbeschlusse von 1832 verboten

seien, so habe die Polizei dieselben doch „stillschweigend geduldet", in der menschenfreundlichen Absicht, „bei der gegenwärtigen Aufregung jede Reibung mit den Volksmassen und jedes hieraus unvermeidlich entstehende Unglück zu verhüten". Nachdem aber diese Versammlungen am 13ten „einen so gefährlichen Charakter" angenommen, nachdem man sich überzeugt habe, „daß sich der eigentliche Wille des gesitteten und anständigen Volkes in denselben gar nicht ausspreche, haben die Behörden sie mit aller Energie zu unterdrücken beschlossen und es sollen (am 14ten) den Militär-Commandeuren sehr strenge Verhaltungsbefehle gegeben worden sein. Der größere Theil der Versammlung habe nur aus „Gesindel" und „unerwachsenen Leuten" bestanden, welche ohne irgend ein politisches Bewußtsein nur Nahrung für ihren Muthwillen gesucht und sich nicht gescheut haben, das Leben und Eigenthum ihrer besonnenen Mitbürger zu gefährden. Unter den Rednern sei nicht ein einziger „bedeutender" oder überhaupt nur beim Volke „angesehener" Mann, vielmehr junge, kaum der Schule entwachsene Männer seien es gewesen, die ihre unreifen Talente dort offenbart. Eben so seien die Adressen „sehr dürftiger Natur" und ständen „an geistigem Gehalt und historischem Fundament", auswärtigen Demonstrationen weit nach. — Das Ganze schließt mit einer in der Vossischen Zeitung schon gepredigten Mahnung an „unsere besonnenen Mitbürger", sich doch von diesen Versammlungen fern zu halten.

IX. Die städtische Deputation vor dem Könige. — Der König in Potsdam. — Zweiter Abend des militärischen Einschreitens.

Der Deputation der städtischen Behörden, war, als sie am 13ten um eine Audienz bei dem Könige nachgesucht, die Antwort gegeben worden, daß Se. Majestät sie erst am folgenden Tage empfangen wolle.

Dienstag, am 14. März, Mittags 2 Uhr begaben sich die Mitglieder der Deputation in das Schloß. Herr Krausnick hielt eine seiner loyalen Anreden an den König und bat um die Erlaubniß, die Adresse vorlesen zu dürfen. Sie wurde ihm huldreichst ertheilt.

Auf die von ihm hierauf verlesene Adresse erwiderte der König Folgendes:

„Er fühle die Bedeutung des Augenblickes; es sei die erste Adresse, welche er in dieser bewegten Zeit von Hand zu Hand entgegen nähme, und es sei ihm ein angenehmes Gefühl, daß sie von seiner lieben Vaterstadt komme, die sich auch in dieser Zeit der Bewegung in erfreulichster Weise bewährt habe. — Wenn es ringsum koche, dürfe man freilich nicht erwarten, daß hier allein die Stimmung unter dem Gefrierpunkte stehe, und er-

wäge man dies, so sei es anerkennenswerth, daß in einer Stadt von solcher Größe, in der es an reichlichen Elementen der Unruhe nicht fehle, die Ordnung nicht erheblich gestört sei. Selbst der gestrige Abend könne dieses Anerkenntniß nicht wesentlich trüben, denn bei allen denen, auf deren Benehmen er Werth lege, wäre die ruhigste und besonnenste Haltung zu erkennen, und er sei über die Haltung der Bürger erfreut gewesen.

„Was die Adresse selbst betreffe, so könne er nicht, wie es anderen Ländern Sitte sei, darauf in wohl stilisirter Rede anworten; nur im Conversationston wolle er einige Worte erwidern.

„Zunächst freue er sich, auf die Hauptbitte erwidern zu können, daß sie bereits gewährt sei. Die Einberufung des Vereinigten Landtages sei seit mehreren Tagen beschlossen, und das Berufungs-Patent bereits vollzogen. Mit Zuversicht sehe der König dessen naher Versammlung entgegen, da ächt preußische Gesinnung in Tagen der Gefahr am wenigsten fehlen werde. Mit vollster Offenheit und vollstem Vertrauen würde er dem Landtage entgegentreten. Seine, des Königs, Loosung sei: „freie Völker, freie Fürsten"; nur wenn beide frei wären, könne die wahre Wohlfahrt gedeihen! Die anderen Bitten könnten nur durch den Landtag ihre Lösung erhalten; ein näheres Eingehen darauf sei daher nicht nöthig.

„Doch eines Ausdrucks der Adresse müsse er erwähnen, desjenigen nämlich, welcher gegen die allmälige Entwickelung der Verfassung gerichtet sei; diesem könne er nicht unbedingt beitreten. Es gebe gewisse Dinge, die sich nicht übereilen ließen, wenn man nicht Gefahr laufen wolle, sie auf den Kopf zu stellen. — Das lehre ja auch die Geschichte des Nachbarlandes, wo sich innerhalb Menschengedenken 15 beschworene Verfassungen einander verdrängt hätten, wo erst neuerdings das selbstgeschaffene Gebäude zusammengefallen sei. — Nicht in 6 Wochen dürfe man ein Haus bauen, welches zu bauen anderthalb Jahre erfordere; auch nicht auf Sand dürfe man es bauen, wenn es bestehen solle! — „Kühn und bedächtig", das seien die Loosungsworte jedes guten Feldherrn, ungestraft dürften sie nicht getrennt, nicht das Eine über dem Anderen vergessen werden! Das wolle auch er nicht vergessen. — Die gute, alte deutsche Ordnung dürfe nicht unbeachtet bleiben; auch die Gliederung der Stände sei deutsch; wer dagegen anstrebe, der setze sich Gefahren aus. Auch dafür fehle es nicht an Beispielen! Ebenso der Besitz als althergebrachte Grundlage der Standschaft komme in Betracht. Doch alles dieses könne nur mit dem Landtage erledigt werden; wie er, der König, ihm vertraue, so möchte auch das Volk ihm vertrauen und „dadurch eine recht innige Vereinigung der Regierung, der Stände und des Volkes erwirken". Diese Einigung müsse das höchste Ziel des Strebens sein bis zum Landtage, während des Landtages. Nur durch festes Zusammenhalten könne übrigens das Unheil vom deutschen

Vaterlande abgewendet werden, welches der Revolutionskrieg über dasselbe gebracht hätte! Er möchte die Verantwortlichkeiten des Zwiespalts nicht über sich nehmen. Was überhaupt Deutschland betreffe, so liege dessen Schicksal nicht in seiner Hand, Alles aber, was seine Kraft vermöge, wolle er redlichst und ernstlich anwenden, damit auch diese Zeit der Krisis zu dessen Einigkeit, Kraft und Größe ausschlage; sie liege ihm so nahe am Herzen, als diejenige Preußens".

Der König „geruhte schließlich, die Deputation zu ermächtigen, die allerhöchste Antwort ihren Mitbürgern mitzutheilen". Dieser Ermächtigung kam der Magistrat sehr schnell nach, indem er die Adresse (s. oben S. 36) nebst der Antwort des Königs, letztere in etwas ungenießbarer Form, durch die nächste Nummer der Allg. Preußischen Zeitung mit folgender Einleitung veröffentlichte:

„Unter dem Vortritte des Ober-Bürgermeisters hatte heute Mittags 2 Uhr eine Deputation des Magistrats und der Stadtverordneten hiesiger Residenz die Ehre, Sr. Majestät dem Könige die aus Veranlassung der Zeitereignisse beschlossene Adresse zu überreichen. — Se. Majestät geruhten, nach einigen, die Gesinnungen und Hingebung der Bürger Berlins zu ihrem Könige darlegenden Worten des Ober-Bürgermeisters, dem Letzteren die Verlesung der Adresse in huldreichsten Worten zu gestatten. Der Magistrat beeilt sich, seinen harrenden Mitbürgern sowohl die Adresse, als die darauf ertheilte allergnädigste Antwort hier mitzutheilen. — Wir halten uns überzeugt, daß dieselbe Begeisterung unsere Mitbürger ergreifen wird, wie die Abgeordneten noch ergriffen waren, als sie uns die Kunde von dem großen, erhabenen, ja heiligen Augenblick brachten, in dem das Herz unseres theuern Königs die Herzen der Bürger Seiner treuen Vaterstadt so mächtig bewegt hatte. — Berlin, den 14. März 1848. Ober-Bürgermeister, Bürgermeister und Rath hiesiger Königl. Residenz."

Der König reis'te noch an demselben Abende, nachdem er zuvor mit der Königin und den gerade zum Besuche anwesenden mecklenburgischen Herrschaften die Oper besucht hatte, nach Potsdam, um, wie officiell mitgetheilt wurde, dort am folgenden Tage, eine Militär-Abtheilung zu besichtigen.

Um den Wechsel der königlichen Stimmung in jenen Tagen zu bezeichnen, seien hier die Aeußerungen wiedergegeben, die der König gegen seine potsdamer Umgebung gethan, und die wir einem bisher noch ungedruckten authentischen Berichte aus Potsdam nacherzählen.

Mit demselben Conversationstone, durch welchen Se. Majestät einige Stunden vorher die Abgeordneten der Stadt begeistert und ergriffen, begrüßte der König, als er Abends im Schlosse zu Potsdam angekommen war, die Anwesenden, während er Hut und Degen ablegte:

„Guten Abend, meine Herren, wie freue ich mich, wieder in meinem Potsdam zu sein. Als Prinz war ich sehr ungern hier, aber seit meinem Regierungsantritte liebe ich die Stadt viel mehr. Daß ich's nur sage, schon seit langer Zeit hatte ich, was man so nennt, eine „rechte Hege" nach Potsdam. Seien Sie mir Alle herzlich gegrüßt!"

Als man ihm hierauf mittheilte, auch hier habe man eine Adresse an ihn beantragt, der Vorschlag sei aber in der Stadtverordneten-Versammlung durch-

gefallen, wiederholte der König den Namen eines der ihm genannten Antragsteller, dem er, wie es hieß, vor einiger Zeit ein Gnadengeschenk gegeben, indem er hinzufügte: „Ei, mein alter Freund N.", worauf ein Cavalier die Bemerkung machte „Ew. Majestät, es ist ein falscher Freund". — Bei der Abendtafel erzählte der König seiner Gesellschaft u. a.

„Denken Sie sich, die Köthener sind so und so viel tausend Köpfe stark auf das Schloß zum Herzoge gegangen und haben ihm die Gewährung ihrer Bitten abgezwungen"!

Die am folgenden Morgen (15ten) eingegangenen Depeschen verdüsterten indeß des Königs frohe Laune sehr bald. Seinen bisherigen Conversationston ablegend, äußerte er Mittags bei Tafel:

„Essen Sie, meine Herren, kehren Sie sich nicht an mich, mir ist die Geschichte bis an den Hals".

Kurze Zeit darauf riefen ihn neue Nachrichten nach Berlin zurück.

In seiner Antwort an die Deputation der städtischen Behörden hatte der König dieser bemerkt, daß ihre Hauptbitte bereits erfüllt, da seit mehreren Tagen die Einberufung des Vereinigten Landtages beschlossen und das Berufungs-Patent bereits vollzogen sei. Das letztere wurde auch noch an demselben Abend (dem 14ten) durch die Allgemeine Preußische Zeitung veröffentlicht. Doch erschien die Berufung selbst gleichsam nur als Anhang zu einer officiellen Mittheilung über Maßregeln zum „Wohle des deutschen Vaterlandes", über die sich zu vereinigen, die deutschen Bundesstaaten von der preußischen und österreichischen Regierung aufgefordert worden.

Das Patent lautete:

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen rc. rc. haben im Verein mit der Kaiserlich österreichischen Regierung Unsere deutschen Bundesgenossen eingeladen, sich unverzüglich zu einer gemeinsamen Berathung über diejenigen Maßregeln zu vereinigen, welche unter den gegenwärtigen schwierigen und gefahrvollen Verhältnissen das Wohl des deutschen Vaterlandes erheischt, und sind entschlossen, mit allen Unseren Kräften dahin zu wirken, daß diese Berathungen zu einer wirklichen Regeneration des deutschen Bundes führen, damit das deutsche Volk in ihm wahrhaft vereinigt, durch freie Institutionen gekräftigt, nicht minder aber auch gegen die Gefahren des Umsturzes und der Anarchie geschützt, die alte Größe wieder gewinne, damit Deutschland den ihm gebührenden Rang in Europa einnehme. Welches aber auch der Erfolg dieser Unserer Bemühungen sein möge, so werden jedenfalls dadurch Maßregeln für Unsere Staaten bedingt, zu deren Ausführung Wir der Mitwirkung Unserer getreuen Stände bedürfen. Dieserhalb und weil Wir überhaupt in so großen und entscheidenden Epochen, wie die gegenwärtige, Uns nur in Vereinigung mit Unsern Ständen stark fühlen, haben Wir beschlossen, den Vereinigten Landtag auf Donnerstag, den 27. April, d. J., in Unserer Haupt- und Residenzstadt Berlin zu eröffnen, und beauftragen das Staats-Ministerium, die Einberufung desselben durch den Minister des Innern zu veranlassen, auch die sonst erforderlichen Vorbereitungen zu treffen. Gegeben Berlin, 14. März 1848. Friedrich Wilhelm. Prinz von Preußen. Mühler. v. Rother. Eichhorn. v. Thile. v. Savigny. v. Bodelschwingh. Graf z. Stolberg. Uhden. Frhr. v. Canitz. v. Düesberg. v. Rohr.

Bei Erwähnung der Audienz, welche der breslauer Deputation am 11ten von dem Könige gegeben worden, ist von uns bereits angedeutet, daß der De-

putation in Bezug auf ihren Wunsch um schleunige Einberufung des Landtages keine bestimmte Zusicherung gemacht worden: „an eine Berufung der Stände", habe, nach einer Version, die Antwort gelautet, „sei nicht zu denken, da erst die nöthigen Vorarbeiten und Vorlagen gemacht werden müßten". Als aber am nächsten Tage, dem 12ten, Nachrichten des Oberpräsidenten der Rheinprovinz eingetroffen waren, worin dieser meldete, „daß er für die Ruhe der Provinz nicht länger einstehen könne, wenn nicht wenigstens sofort die Versammlung der Stände zugesichert werde", da entschloß man sich — nach derselben Mittheilung — nachzugeben, und zwar auf dringende Bitten des Herrn v. Bodelschwingh, „der die Macht der Verhältnisse am besten zu fühlen schien", wahrend die Minister Thiele, Savigny, Uhden, Eichhorn zur Abweisung riethen*).

Ueber die Absichten der Regierung in Bezug auf die Einberufung zum 27. April nahm Herr v. Bodelschwingh acht Monate später Gelegenheit (mit Bezug auf einige Unrichtigkeiten der Signatura temporis) folgende Mittheilungen zu machen**).

„Als am 14. März der Vereinigte Landtag berufen wurde", erzählt Herr v. Bodelschwingh, „war bereits der Beschluß gefaßt, dem preußischen Staate eine Constitution, oder, um genauer zu reden, eine Verfassung zu geben, nach welcher die Gesetzgebungsgewalt und das Besteuerungsrecht zwischen dem König und den Ständen getheilt ist, die Vollziehungsgewalt aber dem Könige verbleibt, um sie durch ein, der Krone und den Ständen verantwortliches Ministerium auszuüben. Innerhalb dieser Grenzen lag natürlich noch ein weites Feld. Die Aenderung der Verfassung mußte nach der bestehenden Gesetzgebung mit dem Vereinigten Landtage berathen werden, um mit diesem schnell und sicher eine Einigung zu Stande zu bringen, wurden die einflußreichsten Mitglieder desselben, so weit sie nicht in Berlin anwesend waren, schleunigst dorthin berufen; mit ihnen sollte der neue Verfassungs-Entwurf berathen werden. Die Frist bis zum 27. April erschien nicht zu geräumig für ein so wichtiges Werk. — Es lag aber damals noch ein zweiter Grund für die Extension dieses Termines vor. Wie Herr v. Radowitz urkundlich dargethan, hatte das preußische Gouvernement längst den Beschluß gefaßt, eine Reorganisation und Consolidation Deutschlands ganz in der Weise anzubahnen, wie solche das Patent vom 18. März ausdrückt — nur das deutsche Parlament war nicht vorgesehen —; alle Specialarbeiten waren den einzelnen Ministerien aufgetragen und der General v. Radowitz nach Wien gesendet, um den dasigen Hof für diese Ansichten zu gewinnen. Wenn irgend möglich, wollte man mit Oesterreich gemeinschaftliche

*) Bremer-Zeitung vom 18. März. Correspondenz aus Berlin.
**) Neue Preuß. Zeitung. 1849. No. 15. Beilage.

Sache machen, diesem sogar den Vorrang lassen. Nur wenn Oesterreich nicht zu bewegen sein würde, war man fest entschlossen, allein vorzugehen. Die Umstände unterstützten die Mission des Hrn. v. Radowitz; langsam zwar, aber doch immer viel schneller, als dies unter anderen Verhältnissen in Wien möglich gewesen wäre, erlangte er die Zustimmung Oesterreichs in allen wesentlichen Punkten. Zu dem Ende wurden alle deutschen Fürsten und Staaten zu einer nahen Zusammenkunft von Oesterreich und Preußen gleichzeitig und gemeinschaftlich eingeladen, indem man auf diese Weise das Ziel schneller und sicherer zu erreichen glaubte, als auf dem schleppenden Wege des Bundestages. Nun war es aber klar, daß die Resultate dieser Conferenz auch auf die Verfassung Preußens einen wichtigen Einfluß haben konnten, weshalb es, wenn auch nicht absolut nöthig, doch räthlich erschien, den Termin so zu stellen, daß dem vereinigten Landtage die Resultate des Fürstencongresses vorgelegt werden könnten".

Der Fürstencongreß, der hierin erwähnt ist, sollte am 25. März in Dresden Statt finden. Ueber seine Zwecke gab ein halbofficieller ebenfalls am 14ten durch das Regierungsorgan veröffentlichter Artikel, in folgender Weise Auskunft:

Die Regierungen von Oesterreich und Preußen haben sich über ihre Stellung zu den Fragen, welche sich an die in Frankreich eingetretene Verfassungsveränderung knüpfen, bereits offen und deutlich ausgesprochen. Es kann Niemand darüber im Zweifel sein, daß sie, fern von jedem Gedanken einer Einmischung in die innern Angelegenheiten dieses Staates, eben so entschlossen sind, jede Verletzung der bestehenden Verträge mit vereinten Kräften zurückzuweisen. Ihre weitere Betrachtung hat sich auf die gegenwärtige Lage des Bundes wenden müssen, welchem die Pflicht obliegt, in einer so tief bewegten Zeit für den äußern Schutz Deutschlands und dessen innere Wohlfahrt Sorge zu tragen. Wenn je, so bedarf es jetzt der ganzen Weisheit der Regierungen und der ganzen Eintracht der Nation, um die Gefahren abzuwenden, mit denen das gemeinsame Vaterland bedroht ist. Oesterreich und Preußen haben daher ihre deutschen Bundesgenossen ersucht, sich mit ihnen ungesäumt zu einer umfassenden Berathung alles Dessen zu vereinigen, was unter den gegebenen Umständen das Wohl Deutschlands erheischt. Diese Versammlung wird am 25. März zu Dresden eröffnet werden. Beide Regierungen hegen die vertrauensvolle Erwartung, daß es auf diesem geordneten Wege gelingen werde, den wohlbegründeten nationalen Bedürfnissen zu entsprechen und diejenigen Institutionen zu sichern, durch welche Deutschland gekräftigt und erhoben, dem Auslande gegenüber aber in der ihm gebührenden Stellung unter den europäischen Nationen befestigt werde. Sie werden aber auch im Verein mit ihren deutschen Bundesgenossen eben so ernst und nachdrücklich solchen Versuchen entgegentreten, die auf die Vernichtung der rechtlichen Ordnung in Deutschland hinausgehen und im Deutschen Bunde einen Zustand von Zwietracht und Auflösung erzeugen würden, der ihn wehrlos in die Hände jedes Feindes gäbe. Indem die deutschen Regierungen sich zu diesem Werke vereinigen, nehmen sie für dasselbe den bessern Geist der Nation in Anspruch, die Einsicht und den Willen Aller, welche es vermögen, inmitten der Aufregungen und Täuschungen der Gegenwart auch die Zukunft ins Auge zu fassen und die Bedingungen zu erkennen, unter welchen allein eine heilsame Entwickelung des alle deutschen Stämme umfassenden Bundes möglich ist.

Eine Instruction (von der in der oben angeführten Bodelschwingh'schen Mittheilung die Rede), die schon am 1. März dem nach Wien gesandten General v. Radowitz durch den damaligen Minister des Auswärtigen, Hrn. v. Canitz zugeschickt war, und die sich auf bereits im November 1847 gefaßte Beschlüsse beziehen soll *), enthielt die Worte: „Deutschland bedarf unter den

*) Die Contrasignatur der Proclamation vom 18. März. Berlin, 1849. bei G. Reimer.

jetzt obwaltenden Umständen einer energischen Kräftigung seiner inneren Verhältnisse, um der ernsten Aufgabe gewachsen zu sein, die Revolution sowohl in offenen Feldschlachten zu besiegen, als auch ihr inneres Wühlen zu überwältigen. Dieser Kampf erfordert unter den materiellen Streitmitteln auch moralische Heilmittel, und es hieße uns selbst zu Grunde richten, wenn wir uns mit halben und unzureichenden Maßregeln begnügen wollten. Euer rc. werden zu dem Ende in Wien zunächst darauf anzutragen haben, daß in kürzester Frist ein deutscher Congreß sich versammele, um die durch die Umstände gebotenen Beschlüsse zu fassen und deren unverweilte Ausführung einzuleiten. Die Beschlüsse betreffen hauptsächlich dreierlei: 1) Die auswärtige, eventuell die militärisch-kriegerische Lage des Landes, 2) die gemeinsam-solidarisch festzustellende Schutzmaßregeln, 3) die organische Entwickelung und Belebung des Bundes".

Der Fürstencongreß kam eben so wenig in Dresden, wie in Potsdam zu Stande. Letzteren Ort bezeichnete noch am 16ten die Vossische Zeitung nach gut unterrichteter Quelle als den Sitz des Congresses. An diesem Tage aber war nach Berlin die Nachricht von dem Ausbruch der wiener Revolution gekommen; und damit war der preußisch-österreichische Plan zuvörderst vereitelt.

Von diesen allgemeinen Angelegenheiten, deren Behandlung sich an die officiellen Veröffentlichungen des 14. März knüpfte, uns auf die Vorgänge in Berlin zurückwendend, haben wir hier zunächst von einer Versammlung zu berichten, die, obwohl durch einseitiges corporatives Interesse veranlaßt, gleichwohl mit der Bewegung dieser Zeit nahe zusammenhängt. An jenem Tage nämlich, dem 14ten Nachmittags, fand im Englischen Hause eine Versammlung fast sämmtlicher Buchhändler und Buchdrucker Berlins, unter dem Vorsitze des Buchhändlers Mittler, statt. Die Versammelten vereinigten sich mit allgemeiner Acclamation in der Ansicht, daß jeder Aufschub der Gewährung einer lediglich durch das allgemeine Strafrecht beschränkten Preßfreiheit — und wäre es nur ein Aufschub um Tage — das buchhändlerische Gewerbe und die damit zusammenhängenden Geschäftszweige auf das Gefährlichste bedrohe. „War die Lage unserer Presse unter der Präventiv-Gesetzgebung schon immer eine mannigfach gefährdete, gedrückte und verkümmerte, so sei sie durch die plötzliche Wendung der Dinge in fast ganz Deutschland, zu einer völlig unhaltbaren und unerträglichen geworden. Die censirte Presse stehe der uncensirten gegenüber in Verachtung. Kein Schriftsteller, der ohne Censur zu schreiben Gelegenheit finde, werde sich der Censur unterwerfen, kein Leser, der ein censirtes Tageblatt mit einem uncensirten vertauschen kann, ersteres beibehalten. In unserer unmittelbarsten Nähe, gleichsam vor unserer Schwelle sei plötzlich die Presse frei geworden. Ein Schritt, und der Verlagsort sei erreicht, wo

der Schriftsteller sein Werk ohne Censur gedruckt erhält; ein paar Stunden, und unsere Lesewelt habe die uncensirt erschienenen periodischen Blätter in Händen. — Damit sei denn dem Buchhandel und allen damit zusammenhängenden Gewerbszweigen in Preußen das Urtheil gesprochen, und zwar ein Urtheil, dessen Vollziehung nicht in der Ferne liege. In dem gegenwärtigen Zeitpunkt, vierzehn Tage vor dem Beginn des neuen Quartals für die periodischen Schriften, wenige Wochen vor der Leipziger Ostermesse sei der Schlag, welcher uns dadurch trifft, daß wir unter unseren deutschen Brüdern fast die einzigen unter dem Zwange der politisch zwecklos gewordenen Präventivgesetzgebung Zurückgebliebenen sind, für das buchhändlerische Gewerbe ein tödtlicher, tödtlich nicht nur moralisch, nicht nur in der Würde unserer Stellung dem gesammten Deutschland gegenüber, tödtlich auch materiell, indem dadurch die gewerbliche Existenz zu Grunde gerichtet werde. Jeder verlorene Tag sei hier eine neue und schwere Niederlage in dem Kampfe der literarischen Concurrenz. Die Einstellung von Verlags-Unternehmungen habe schon begonnen und nehme mit jedem Tage zu, die dadurch herbeigeführte Stockung von Druckarbeiten mache täglich größere Massen von Arbeitern in den Druckereien selbst und in allen den vielen mit dem Buchdruck verbundenen Geschäftszweigen brotlos. Es sei daher dringend nöthig, daß ein gemeinsamer und schleuniger Schritt geschehe, um eine Aenderung dieses Zustandes herbeizuführen". — Die Versammlung beschloß in diesem Sinne auf den Vortrag des Vorsitzenden durch Acclamation eine Adresse zur Darstellung der Sachlage und mit der Bitte um schleunige Abhülfe an Se. Maj. den König zu richten; ferner beschloß sie mit sehr überwiegender Majorität, einen von einer kleineren Vorversammlung, der unter Anderen Hr. Commercienrath C. F. W. Duncker beigewohnt hatte, bereits ausgearbeiteten Entwurf sogleich in Berathung zu nehmen. Der Entwurf wurde mit verschiedenen Abänderungen genehmigt und von den Anwesenden sogleich unterzeichnet. Auf den Vorschlag des Herrn Simion wurde noch eine Commission ernannt, um fernere geeignete Schritte in der Angelenheit des Buchhandels zu thun und erforderlichen Falls die Gewerbsgenossen wieder zu versammeln. Diese Commission bildeten die Mitglieder der Vorversammlung und einige neu hinzugewählte; die Herren Berends, Besser, Comm.-R. Duncker, G. Julius, Lehfeldt, Mittler (als Vorsitzender), Petsch, Reimer, H. Schultze, Simion, Sittenfeld, Springer.

X. Die Behörden. — Zweiter Abend des militärischen Einschreitens.

Nachdem der Magistrat „die Kunde von dem großen, erhabenen, ja heiligen Augenblicke" erhalten, die Kunde von dem, was der König den städtischen Deputirten auf ihre feierliche Ansprache im Conversationstone erwidert,

ging er daran, die Bevölkerung der Stadt von ihren Wünschen und Hoffnungen in Kenntniß zu setzen. Der „Unfug“ des vorigen Abend war für ihn Mitveranlassung, folgende Bekanntmachung zu veröffentlichen:

Die unruhige Stimmung in den Nachbarländern hat auch in unserer Stadt die Gemüther erregt und in unserer Bürgerschaft Wünsche erzeugt. Wir haben, im Vereine mit den hiesigen Stadtverordneten, die Wünsche am Throne Sr. Majestät unseres Königs niedergelegt.

Mitbürger und Einwohner Berlins! Wir kennen ja Alle das Herz und den Willen unseres Königs! Sie sind unablässig gerichtet gewesen auf die Wohlfahrt und die politische Entwickelung des Vaterlandes, und vor wenigen Tagen noch haben wir die schönsten Zeichen Seines Vertrauens zu Seinem Volke erhalten. Verlassen wir daher nicht den Weg des Gesetzes und der Ordnung, halten wir uns fern von allen Schritten, die einer Mißdeutung fähig, zur Vermehrung der Aufregung und Störung der Ordnung führen könnten, und vertrauen wir, wie bisher, der landesväterlichen Weisheit unseres Königs.

Wir beklagen mit allen gut gesinnten Bürgern und Einwohnern unserer Stadt den Unfug des gestrigen Abends, welcher die Mitwirkung der bewaffneten Macht zur Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung nothwendig machte. Wir müssen daher dringend wünschen, daß Jeder von uns sich selbst und alle diejenigen, welche seiner Aufsicht unterstellt sind, von jeder Theilnahme aufregender Versammlungen fern halte, die zur Erreichung unserer Wünsche weder nothwendig, noch förderlich sein können, wohl aber nur unsere Familien großen Gefahren aussetzen müssen. Berlin, den 14. März 1848. Ober-Bürgermeister, Bürgermeister und Rath hiesiger Königlichen Residenz.

Gleichzeitig erließ das Gouvernement und die Polizei nachstehende Bekanntmachung:

Eine auf gestern Abend im Thiergarten unter den Zelten verabredete Volksversammlung hatte eine so bedeutende Menge von Menschen in Bewegung gesetzt, daß zur Vorbeugung etwaiger Unruhen die Aufstellung von Truppen nothwendig wurde. Dieselbe entsprach ihrem Zweck, und war nur an einzelnen Punkten eine Zerstreuung der Volksmasse nöthig. Da Volksversammlungen unerlaubt sind, so ergeht hiermit die Aufforderung an das Publikum, sich bei derartigen Zusammenkünften nicht zu betheiligen, indem nicht allein die dabei betroffenen Rädelsführer und Theilnehmer, sondern auch die aus Neugierde anwesenden Personen sich denjenigen Folgen aussetzen, welche die Ueberschreitungen der gesetzlichen Bestimmungen nach sich ziehen. Außerdem finden wir uns veranlaßt, nachstehende Verordnung in Erinnerung zu bringen:

Sobald bei einem Auflauf von Seiten des commandirenden Offiziers die Aufforderung an die Versammelten ergangen, auseinander zu gehen, oder dieser Zuruf durch dreimaligen Trommelschlag oder Trompetenschall erfolgt ist, verfallen Diejenigen, welche dieser Aufforderung nicht augenblickliche Folge leisten, schon deshalb in eine Freiheitsstrafe bis zu 6monatlicher Gefängniß- oder Strafarbeit. Paragraph 8. der Verordnung vom 30. Decbr. 1798. Paragraph 5. der Verordnung vom 17. Aug. 1835.

Zugleich wird den Hauswirthen in Erinnerung gebracht, bei entstehendem Auflaufe ihre Häuser zu verschließen. An Eltern, Schullehrer und Herrschaften ergeht die Aufforderung, ihre Kinder, Zöglinge und Gesinde zurückzuhalten und ihnen unter keinerlei Vorwand zu gestatten, die Volksmenge durch ihr Hinzutreten zu vergrößern. Die Inhaber von Fabriken und die Gewerksmeister sind verpflichtet, solche Vorkehrungen zu treffen, daß ihre Arbeiter, Gesellen und Lehrlinge verhindert werden, sich aus den Werkstätten und Wohnungen zu entfernen. Muthwillige Buben, welche bei Gelegenheit eines Auflaufes auf den Straßen und an den öffentlichen Orten Unruhe erregen und Unfug begehen, wohin auch Aufregung durch Geschrei und Pfeifen zu rechnen, werden nach §. 183. Tit. 20. Th. II. Allg. L. R. bestraft. Berlin, den 14. März 1848. Königl Gouvernement. v. Pfuel. Königl. Polizei-Präsidium. v. Minutoli.

Der Tag war äußerlich ruhig verlaufen; mit dem Einbruch der Dunkelheit begannen die Zusammenhäufungen von Menschen auf dem Schloßplatz und in der anstoßenden Breiten- und Brüderstraße von Neuem. „Da sich gleichzeitig starke Militairpatrouillen sehen ließen, so war hiermit zugleich der Erregung der Gemüther durch Pfeifen, Schreien u. s. w. volle Nahrung gegeben.

Der Lärm und die Erhitzung steigerten sich in dieser Weise bis gegen 9 Uhr, wodurch das Militair auch seinerseits sehr gereizt werden mochte, obgleich das Nichterscheinen desselben sicherlich jenen Aufruhr verhindert hätte. Etwas nach 9 Uhr aber begab sich in der Brüderstraße ein Ereigniß, welches an sich beklagenswerth, es in seinen Folgen noch mehr wurde. Nachdem das Militair nämlich den einen Ausgang dieser Straße, da wo sie am Schloßplatz ausmündet, besetzt hatte, sprengte die Cavallerie am andern Ende mit verhängten Zügeln und hochgeschwungenen Säbeln in dieselbe herein. Der Schrecken und die Verwirrung war gränzenlos. Die zusammengepreßte Menge, welche weder vor- noch rückwärts konnte und ebenso wenig in den verschlossenen Häusern Rettung fand, war schutzlos den Hieben der Dragoner preisgegeben. Diese machten ohnehin von dem Vortheil ihrer Position rücksichtslosen Gebrauch, und so sind denn viele und schwere Verwundungen und in Folge derselben bereits einige Todesfälle vorgekommen. Es haben dieselben auch friedliche Bürger getroffen, welche in Geschäften oder sonst in ruhiger Absicht des Weges kamen. Der Anblick war in der That so entsetzlich, daß die Bewohner der Straße aus ihren Fenstern dem Militair ihren Unwillen zuriefen und zum Theil die Thüren öffneten, um die Verwundeten bei sich aufzunehmen. Der Tumult legte sich dann gegen Mitternacht".

Diesem Berichte fügen wir einen andern, in ruhiger Auffassung geschriebenen und vom 15ten datirten Bericht der Weser-Zeitung sammt seinen Reflexionen hinzu:

„Berlin, 15. März. Wir haben jedwede Gelegenheit wahrgenommen, uns persönlich an den verschiedensten Punkten der Stadt von der Lage der Dinge zu überzeugen, wir haben die Urtheile von ruhigen und besonnenen Männern aus den verschiedensten Sphären behorcht, Alles aber — es schmerzt uns dies offen und unumwunden bekennen zu müssen — hat uns die Ueberzeugung aufgedrungen, daß die fieberhafte Aufregung, welche gegenwärtig die Stadt durchzuckt, das Resultat und die Folge des unüberlegten und unverantwortlich voreiligen Einschreitens des Militairs ist. Die Ruhe war den gestrigen ganzen Tag über so völlig wiederhergestellt, daß man kaum die Vorgänge des vorhergehenden Abends noch ahnen konnte, des Abends aber sammelte sich wiederum eine Menge Volks auf den Straßen; allein ruhig und ohne jedwede Excesse zog es die Straßen auf und ab. Da erschien nach 8 Uhr auf allen Punkten eine Unmasse Militairs auf den Straßen und Plätzen, dadurch erhielten die Ansammlungen Anhaltepunkte; diese Ansammlungen mußten zerstreut werden, und hierbei, wo es sich lediglich darum handelte, im Nothfall durch ein Einschreiten der Cavallerie die Menge auseinander zu jagen, machte das Militair von seinen scharfen Waffen Gebrauch, es hieb Jeden zu Boden, der in den Weg kam, ja es machte auf Einzelne eine förmliche Hetzjagd und verwundete ruhige friedliche Bürger, die wehrlos und nichts Böses ahnend ruhig ihren Weg gingen. Wir haben die Beispiele dieses rohen Verhaltens in Menge gesammelt. Nur eins davon als Probe: Die Brüderstraße war auf beiden Seiten gesperrt worden, nachdem man sie vorher gesäubert hatte. Allein sechs Unglückliche hatten den Ausweg nicht schnell genug gefunden, und nun wurden diese Armen einzeln Mann für Mann zu Boden gehauen, der eine, ein Handschuhmacher v. Hake, mit sechs Säbelhieben in den Kopf verwundet, so daß er lebensgefährlich darnieder liegt. Ja, noch mehr, ein Laden in eben dieser Brüderstraße, in welchen sich einer der Gehetzten flüchtete, wurde vom Militair förmlich devastirt, bloß weil ein Opfer ihm entgangen war. Die Erbitterung gegen das Militair hat dadurch den höchsten Grad erreicht, und selbst die wärmsten Anhänger der Regierung erklären offen, diese Erbitterung sei lediglich durch das ganze ungerechtfertigte scharfe Einhauen des Militairs hervorgerufen. Alle Anzeichen lassen Schlimmes ahnen. Guten Nachrichten zufolge befinden sich bis jetzt 72 Verwundete in der Charité,

hierzu kommen die wohlhabenderen Bürger, die in ihren Wohnungen darniederliegen, wie unter Anderen denn auch zwei vornehme Polen im Hotel du Nord. Auch unter dem Militair sind der Verwundungen nicht wenige, denn die Säbelhiebe und Lanzenstiche wurden schließlich auch mit Steinwürfen erwidert. Wir müssen vor Allem aber bemerken, daß die Aufläufe bis jetzt durchaus keinen politischen Charakter angenommen haben, man hört nirgends einen politischen Ruf; eine Schaar, die mit einer dreifarbigen Fahne gestern Abend aus dem Thiergarten hereingezogen kam und Freiheit und Brüderlichkeit hochleben ließ, blieb vereinzelt und wurde in corpore verhaftet."

Mit dem am Ende dieses Berichtes erwähnten Factum finden wir in keinem anderen Berichte eine übereinstimmende Notiz. Dagegen macht Herr A. Braß*) die weder in dem obigen, noch in anderen Berichten enthaltene romantische Mittheilung, daß an diesem Tage mitten aus der auf dem Schloßplatze versammelten Menge, als sie zum Auseinandergehen aufgefordert wurde, sich „eine kecke Hand erhob und ein Pistol in die Luft abfeuerte". Diesem, wie bemerkt, in keinem anderen Berichte erwähnten Schusse, läßt Herr Braß „eine tiefe lautlose Stille von Seiten des Militärs wie der Bürger" und der Mittheilung selbst das Raisonnement folgen: „Es war gewissermaßen das Signal zu jenem blutigen Kampfe, der erst einige Tage später stattfinden sollte, aber selbst auf die große Zahl derer, die nur der Neugierde wegen dort zusammengeströmt waren, machte dieses Ereigniß einen tiefen, ernsten Eindruck".

Die von Seiten des Militärs am 14. Abends verübten Excesse in der Brüderstraße veranlaßten eine Anzahl der angesehenern Bewohner dieses Bezirkes, die Augenzeugen der Vorgänge gewesen waren, sich am nächsten Morgen bei dem in demselben Bezirke wohnenden Notar, Herrn Bergling zu einer gemeinsamen Erklärung zu vereinigen, durch welche die Vorgänge des 14ten protokollarisch constatirt wurde, „um geeignetsten Orts Beschwerde zu führen und im Namen der Bürger Genugthuung zu verlangen".

Dieses so am 15ten Morgens zu Stande gekommene Protocoll lautete:

Amtliches, durch den Justizrath, Protonotarius und expedirenden Secretair des Königl. Kammergerichts C. F. Bergling, in seiner Wohnung Brüderstraße Nr. 2. über die von den Garde-Kürassieren in der Brüderstraße Dienstag den 14. an Personen und Sachen verübten Gewaltthätigkeiten aufgenommenes Protokoll.

Vor dem unterzeichneten Justizrath und Notar erschienen heut die mitunterzeichneten, demselben persönlich bekannten Bürger und Bewohner der Brüderstraße und gaben Folgendes zu Protokoll:

„Gestern Abend 9 Uhr ertönte eine Cavallerie-Fanfare (nicht das in Intervallen zu gebende Signal zum Auseinandergehen) in der Gegend der Brüderstraße bei der Neumannsgasse. Unmittelbar darauf erhob sich in dieser Gegend ein Getümmel und es sprengte eine Abtheilung Kürassiere — etwa eine Schwadron — von der gedachten Gegend her im Galopp in vollständiger Auflösung und unter entsetzlichem Geschrei nach dem Schloßplatze zu, ohne daß dieselbe auch nur einen einzigen, aus jener Gegend herkommenden Menschen vor sich hertrieb. Die Kürassiere waren in der höchsten Aufregung, spornten die Pferde, so daß mehrere stürzten, ritten auf die Bürgersteige, schlugen mit den Pallaschen an die verschlossenen

---

*) Berlins Barrikaden. Ihre Entstehung, ihre Vertheidigung und ihre Folgen. Eine Geschichte der März-Revolution von August Braß. Berlin 1848. (A. Gury.)

Hausthüren und gebehrdeten sich überhaupt, als hätten sie einen überlegenen Feind vor sich, während auch nicht ein einziger der von ihnen aus der Neumannsgasse verjagten Ruhestörer vor ihnen war. Die Kürassiere hatten sich eine Zeit lang unter Schreien und Toben, dem Anscheine nach, sich ganz selbst überlassen, vor den Häusern 1 bis 4 und 40 bis 50 der Brüderstraße herumgetummelt, als von der Seite des mit Militair besetzten Schloßplatzes einzelne Personen — vielleicht nach und nach sechs, höchstens zehn, — ruhig ihres Weges daher kamen und dicht an den Häusern entlang gingen.*) Auf diese Personen, die bei einem etwaigen Exceß bei der Neumannsgasse nicht betheiligt gewesen sein können, weil sie eben von einer ganz entgegengesetzten Richtung herkamen, entfaltete sich nunmehr die Wuth der Kürassiere auf eine unglaubliche Weise. Jede einzelne Person wurde zuweilen von zwei bis drei Kürassieren zugleich angegriffen und auf das Unbarmherzigste mit den Pallaschen zusammengehauen, und sobald einer dieser Unglücklichen sich seinen Verfolgern entzogen hatte, wurde er nach und nach die ganze Linie der Kürassiere hinunter immer wieder von Neuem angegriffen und mitunter von zwei bis drei Pallaschen zugleich gehauen.

Es wird wiederholt bemerkt, daß hierbei von keiner Widersetzlichkeit eines Einzelnen, von keinem Trupp von Menschen, der auseinander zu gehen sich geweigert hätte, von keinem Angriff eines Haufens gegen die bewaffnete Macht die Rede war, sondern daß die rohe Gewalt Hunderter von Kürassieren sich gegen einzelne wehrlose, ruhige Bürger entlud. Es scheint, als wäre nur ein einziger Offizier bei diesen Truppen gewesen, denn erst ganz spät versuchte die Stimme eines Commandirenden dem Gräuel Einhalt zu thun, was aber bei dem Geschrei, welches die Kürassiere vollführten, eine Zeitlang ohne Erfolg blieb, bis der Commandirende selbst die Klinge gegen einen, in der Mißhandlung eines Menschen begriffenen Kürassier wandte. Endlich darf nicht unerwähnt bleiben, daß vor diesem Begebniß keine Patrouille die Brüderstraße durchzogen hat, wiewohl in sofern genug Veranlassung dazu vorhanden war, als die auf dem Schloßplatze aufmarschirten Truppen von 8 Uhr ab häufig durch einen Haufen Pöbel, der sich von Zeit zu Zeit etwa funzig Mann stark an der Ecke der Brüderstraße und des Schloßplatzes sammelte und dann unter Schreien in der Richtung nach dem Petriplatz lief, verhöhnt wurden, und daß vor und nach diesem Ereigniß die Passage durch die Brüderstraße frei war. Zeugen der vorgedachten Begebnisse müssen diejenigen Truppen von der Infanterie gewesen sein, welche am Schloßplatz am Eingange der Brüderstraße aufgestellt waren und die Wanderer von jener Seite her in die Brüderstraße (auf ausdrücklichen Befehl ihrer Offiziere und des Gouverneurs v. Pfuel) hatten eintreten lassen."
(Folgen die Unterschriften von 36 in der Brüderstraße theils ansässigen, theils wohnhaften Bürgern.)

*) Ergänzend fügt ein Augenzeuge hinzu: „Wir meldeten uns bei dem Offizier, welcher die hier aufgestellte Infanteriecompagnie commandirte und baten ihn um sicheres Geleit. Da trat ein General — ich glaube den Gouverneur v. Pfuel in ihm erkannt zu haben — heran und sagte zu dem Offizier: „lassen Sie diese Herren ruhig nach Hause gehn", und zu uns: „Sie haben nichts zu besorgen, meine Herren, Sie brauchen kein Geleit;" — fünf Minuten später lagen wir mit Wunden bedeckt am Boden. Der General Pfuel war ganz außer Schuld und daher seine Entrüstung über das Betragen der Kürassiere."

XI. Bürgerdeputationen bei dem Magistrat, den Stadtverordneten, der Polizei, dem Gouvernement und dem Minister Bodelschwingh. — Erklärungen der Behörden. — Dritter Abend des militärischen Einschreitens. — Die ersten Schüsse.

Der Friede der Stadt war durch das provocirende Auftreten des Militärs, durch seine Angriffe auf die wehrlose Bevölkerung gebrochen; die brutale Art des militärischen Einschreitens, zwei Abende hintereinander, hatte die Gemüther auch der Bürger empört. Unschuldige Personen waren verwundet, getödtet; das Eigenthum des Bürgers durch die Soldaten verletzt worden. — Blutspuren waren am Mittwoch-Morgen, den 15ten an einzelnen Stellen der Brüderstraße und des Schloßplatzes sichtbar. Von früh an strömten nach diesen Schauplätzen der militärischen Heldenthaten vom vorigen Abende zahlreiche

stets wechselnde Menschenhaufen. Ueberall Gruppen von Personen, die einander in erregter Sprache Mittheilungen machten von Scenen soldatischer Rohheit und Brutalität, die sie selbst mit angesehen, von Gerüchten, die zum Theil übertrieben ihnen zu Ohren gekommen; man reizte sich selbst und die Anderen zur Wuth, zum Hasse gegen die Soldaten; höhere Officiere wurden hier und da, wo sie sich gerade sehen ließen, verhöhnt und mit Koth beworfen.

Vormittags 9 Uhr kamen die oben erwähnten in der Brüderstraße angesessenen Bürger bei dem Justizrath Bergling zusammen, um hier ihre Aussagen über die Vorgänge des vergangenen Abends zu Protokoll zu geben, und das aus diesen Aussagen von Augenzeugen zusammengestellte Protokoll zu unterschreiben. Sie erwählten hierauf aus ihrer Mitte eine Deputation, bestehend aus dem Justizrath Bergling, dem Mechanikus Lewert, Banquier Mendheim, Färber Schwendy und dem Literaten und Doktor beider Rechte Wöniger. Der Justizrath Bergling begab sich hierauf zum Commandanten v. Ditfurth und zum Minister des Innern v. Bodelschwingh, die übrigen Herren aber zunächst zum Oberbürgermeister Krausnick, welcher anfänglich seine Verwunderung äußerte, daß man dieser Sache eine solche „Feierlichkeit" gebe, dann aber, als ihm der Ernst „dieser Sache" eindringlich zu Gemüth geführt wurde, versprach, den verletzten Bürgern, so viel in seinen Kräften stehe, Genugthuung zu verschaffen. Da der Herr Oberbürgermeister — es war 11 Uhr vorbei — sich noch im Morgen-Negligé befand, begab sich die Deputation sofort zum Polizeipräsidenten, und da dieser, wie ihr mitgetheilt wurde, sich in der Stadtverordneten-Versammlung befand, so verfügte sie sich dorthin und trug dem Polizeipräsidenten hier ihre Beschwerde vor. Er nahm sie sehr freundlich auf, äußerte sein „tiefstes Bedauern" über den ganzen Vorfall und erklärte, obwohl die Ausschweifungen der Militärgewalt der Polizei nicht anzurechnen seien, daß er dennoch gern zur Verhinderung ähnlicher Uebelstände mitwirken werde, und bereits seine Demission angeboten habe, wenn man, ohne ihn zu fragen, Militär einschreiten lassen werde; die Deputation wandte sich nun auch noch an die Stadtverordneten-Versammlung, die gerade geheime Sitzung hatte. Bei dem Vorsteher Herrn Fournier traf die Deputation noch mit einer anderen zusammen, bestehend aus dem Kleidermacher Müller und dem Domainen-Beamten Deutsch. Diese Deputationen vereinigten sich hier mit einander, und nachdem sie ihre Proteste gegen das Militär gemeinsam angebracht, stellten sie folgende Forderungen an den Stadtverordneten-Vorsteher: 1) Zurückziehung des Militärs bis zum wirklich erfolgten Angriff des Volkes auf Person und Eigenthum; 2) Gestattung, daß sich unter jener Voraussetzung sofort Bürger-Commissionen zur Beschwichtigung des Volkes organisiren. Die Stadtverordneten-Versammlung trat sofort darüber in Berathung und es kam zu einer stürmischen Sitzung, in der besonders der Stadtverordnete Mertens I. mit Ungestüm auf

die Bürger-Commission drang. Nach einigen Stunden beschied der Stadtverordneten-Vorsteher die harrende Deputation dahin: „Die Stadtverordneten-Versammlung habe sofort Mitglieder an den Gouverneur, an den Oberbürgermeister und Polizeipräsidenten abgeordnet, um auch ihrerseits eine Beschwerdeführung anzubringen, außerdem sollten beruhigende Anschläge an allen Mauerecken erfolgen, man wolle die Bezirksvorsteher ermächtigen lassen, die Bürger zum friedlichen Einwirken auf die Menge aufzufordern und endlich die Staatsregierung veranlassen, das Militär ganz zurückzuziehen, oder wenn dies nicht thunlich erscheine, doch in der mildesten Weise auftreten zu lassen".

Es war schon Nachmittags, als die Deputation nach der Brüderstraße zurückkehrte, wo Tausende von Menschen versammelt waren, die sich von hier ab über den ganzen Schloßplatz verbreitet hatten. — Bald darauf kehrte Herr Bergling zurück. Der Minister v. Bodelschwingh sowohl, als auch der Commandant General v. Ditfurth hatten sich über das in dem Protokolle geschilderte Betragen der Garde-Kürassire entrüstet gezeigt und dem Ueberbringer des Protokolls, Herrn Bergling, sofort folgenden schriftlichen Bescheid ertheilt:

Auf die an den mitunterzeichneten Minister des Innern von mehreren Einwohnern der Brüderstraße gemachte Anzeige von Mißhandlungen friedlicher Einwohner durch eine Abtheilung des Garde-Kürassier-Regiments, haben wir sofort eine gemischte Untersuchungs-Commission ernannt, welche dieses zu beklagende Ereigniß auf das genaueste constatiren soll, damit diejenigen, welche schuldig befunden werden möchten, zur gebührenden Bestrafung gezogen werden können.

Dagegen erwarten wir, daß die Einwohner der Brüderstraße gleich allen andern Einwohnern der Stadt, zur Beruhigung der aufgeregten Gemüther, so viel an ihnen ist, mitwirken und dadurch größerem Unglück vorbeugen werden.

Der Herr Justizrath Bergling wird ersucht, diese Eröffnung seinen Nachbarn mitzutheilen. Berlin, 15. März. 1848. Der Gouverneur. Im Auftrage desselben: v. Ditfurth, Commandant. Der Minister des Innern v. Bodelschwingh.

Herr Bergling übergab bei seiner Rückkehr dieses Document zur öffentlichen Mittheilung an die in der Brüderstraße versammelte Volksmenge dem Herrn Wöniger. Dieser hielt dazu eine Ansprache, in welcher er die Erfolge der Deputation bei den Stadtverordneten mittheilte und aufforderte: „Vertrauen zu den Zusicherungen der Behörden zu fassen und zu zeigen, daß die Bürger stark genug seien, um für Aufrechthaltung der Ordnung sorgen zu können". — Die Ansprache des Herrn Wöniger — erzählt Braß — welche mit allgemeinem lebhaften Beifall aufgenommen wurde, „wirkte sichtlich beruhigend, und ihr ist es offenbar zuzuschreiben, daß man jetzt, namentlich von Seiten der Bürger, eine befriedigtere Haltung annahm. Namentlich war es von außerordentlicher Beruhigung, daß der Dr. Wöniger die Aussicht eröffnete, daß sich das Militär ganz zurückziehen werde. Es hatte weitere gute Folgen, daß die Brüderstraßen-Deputation die gedachte Verfügung des Commandanten und des Ministers vertheilen ließ und mit einer beruhigenden Einleitung begleitete". (Braß: Barrikaden. S. 32.)

Dieses Aktenstück ließ Herr Wöniger, ohne das Imprimatur des Censors nachzusuchen, in der Möser'schen Officin drucken, was dem Chef der Berliner Censur, dem alten Geh. Hofrath John Gelegenheit zu allerhand Recherchen gab. Die „beruhigende Einleitung" lautete:

Mitbürger! In Folge der beklagenswerthen Ereignisse, welche sich gestern Abend in der Brüderstraße zugetragen haben, sind heute Morgen mehrere Einwohner derselben zusammengetreten und haben die unterzeichnete Deputation mit der schleunigsten Beschwerdeführung beauftragt. Wir haben uns dieser Aufgabe sofort unterzogen und insbesondere die Anträge gestellt:

1) daß das Militair gänzlich zurückgezogen bleibe, es sei denn, daß Angriffe gegen Personen oder Eigenthum vorkämen;

2) daß bis dahin den Bürgern die Bewahrung der Ruhe selbst überlassen bleibe.

Wir haben sichere Aussicht, daß diese Wünsche gewährt werden, und haben inzwischen auf unsere Beschwerdeführung bereits das nachstehende Resultat erhalten, welches wir sofort zur allgemeinen Kenntniß bringen.

Mitbürger! Wir richten nun an Euch die eindringliche Bitte, vermeidet Alles, was zu neuem Unglück führen könnte. Vertrauen wir den Zusicherungen der Behörden und zeigen wir, daß wir stark genug sind, allein Recht und Ordnung zu halten. Berlin, 15. März 1848. Bergling, Justizrath. Lewert, Mechanikus. Mendheim, Banquier. Schwendy, Färber. Dr. Wöniger, Schriftsteller.

Noch eine andere Deputation, welche aus dem Dr. Stieber, dem Schiedsmann Heufelder und dem Bürger Sachs bestand, hatte sich gegen Mittag, im Auftrage vieler Einwohner, nach dem Commandantur-Gebäude begeben und dem dort anwesenden Minister v. Bodelschwingh, dem Kriegsminister v. Rohr und dem Gouverneur v. Pfuel die in der Stadt herrschende bedeutende Aufregung und die Gründe dieser Aufregung nach ihrer Ansicht vorgestellt. Die beiden Minister schenkten der Deputation „wohlwollendes" Gehör, gingen auf die Maßregeln, welche zur Beruhigung der Gemüther zu ergreifen seien, näher ein, und versicherten, daß von Seiten der Behörden alles Mögliche geschehen solle, um den Wünschen der ruhigen und verständigen Bürger zu entsprechen. Die Aufrechthaltung der Ruhe sei aber in diesem Augenblicke die wichtigste Aufgabe, und Jeder möge daher in seinem Kreise bemüht sein, für solche zu wirken und sich nicht durch vorübergehende „unvermeidliche" Eindrücke aufreizen lassen. Beide Minister erklärten sich namentlich damit einverstanden, daß die Bildung von Bürgerwachen in diesem Augenblicke als „das beste Mittel zur Wahrung der Ruhe" erscheine; sie ertheilten ausdrücklich ihre Genehmigung zur Bildung solcher Wachen, und ermächtigten die Deputirten demgemäß ihren Committenten Eröffnungen zu machen. Herr v. Bodelschwingh bemerkte namentlich, „daß selbst das Allgemeine Landrecht es den Bürgern gestatte sich zum Schutze der Ordnung zu concentriren. Das Militär werde erst dann einschreiten, wenn die Bürger nicht mehr im Stande seien, die Ruhe aufrecht zu erhalten".

Nachmittags wurde folgende „beruhigende" Bekanntmachung veröffentlicht:

Ungeachtet unserer warnenden Bekanntmachung vom gestrigen Tage haben dennoch mehrere gegen Abend Statt gefundene Straßen-Excesse die Aufstellung und an einigen Orten

das Einschreiten der Truppen nöthig gemacht. Es ist zu beklagen, daß bei dieser Gelegenheit außer den Unruhestiftern, welche sich zum Theil durch die Flucht ihrer Verhaftung zu entziehen gewußt, mehrere friedliche, an jenen Orten zufällig anwesende Bürger verwundet worden sind. Zur Feststellung dieser Vorgänge ist sofort ein Untersuchungs-Verfahren eingeleitet worden, um der Strenge des Gesetzes überall seinen Lauf zu lassen. Hieran können wir jedoch nur die wiederholte Aufforderung knüpfen, daß von Seiten der hiesigen Einwohner Alles aufgeboten werde, um durch eine ruhige Haltung dem ferneren Einschreiten des Militairs vorzubeugen, und rechnen wir hierbei vertrauensvoll auf den längst bewährten tüchtigen Bürgersinn der Berliner, indem wir glauben, daß eine Vereinigung der ehrenhaften Bürger zur Aufrechthaltung der Ordnung und Ruhe wesentlich beitragen werde. Berlin, den 15. März 1848. Königl. Gouvernement. (gez.) v. Pfuel. Königl. Polizei-Präsidium. (gez.) v. Minutoli.

Aus den mündlichen Aeußerungen der Minister, so wie aus dem Inhalte dieser Bekanntmachung glaubte man den Schluß ziehen zu können, daß fernerhin das Militair nicht mehr die Massen provocirend die öffentlichen Plätze in stärkerer Zahl, als die gewöhnlichen Wachtposten besetzt halten, und auf den öffentlichen Plätzen und Straßen aufgestellt sein würde. Mit dem Eintritt der Dunkelheit zeigte sich diese Vermuthung jedoch als ungegründet. Zwar hatten es Bürger mit weißen Binden versucht, die Volksmassen zu beruhigen und zum Auseinandergehen zu vermögen. Die im Schloßhofe aufgestellten Infanteriebataillone hatten aber auch an diesem Abende wieder Pikets vor die Schloßportale vorgeschoben, welche trotz aller Bitten der Bürger nicht zurückgezogen wurden. Damit war der Conflikt zwischen dem Militair und dem Volke auf's Neue da. — Jene Pikets wurden beim Einbruch der Nacht von Volkshaufen umringt, aus deren Mitte Steine auf die Soldaten geschleudert wurden. Plötzlich erschienen Kavalleriemassen und nun begann die Scene der Flucht und der Verwirrung. Nach einigen Trompetensignalen, welche die Aufforderung, sich zu entfernen, ausdrückten, was unmöglich so schnell zu bewirken war, brachen Infanterie und Kavallerie auf das Volk ein, das sich in die Breitestraße, Brüderstraße und Königsstraße warf und hinter einigen leichten Barrikaden zu vertheidigen suchte. Das Geschrei nach Waffen wurde überall gehört, aber Niemand besaß deren; ein Versuch, eine Waffenhandlung in der Breitenstraße zu erbrechen, wurde durch die herbeieilenden Soldaten verhindert, welche jetzt auch von dem Feuergewehr Gebrauch machten. Ein paar Kompagnieen drangen in die schmalen Gassen ein, welche zum Flußarme führen, und setzten die Verfolgung bis zur Jungfern- und Grünstraßenbrücke fort, die das Volk in der Eile aufgezogen hatte. Die Soldaten schossen über den Fluß fort, tödteten mehrere Menschen und verwundeten viele. Ihre Kugeln zertrümmerten die Fenster und drangen in die Wohnungen, auf dem Pflaster der Spreegasse und Neumannsgasse lagen Todte und jammernde Verwundete, denn die Bürger hatten ihre Häuser verschlossen und Niemand wagte sich auf die Straße. Aus mehreren Häusern wurden unter Rache- und Wuthgeschrei Steine und Blumentöpfe auf die Soldaten geworfen, im Allgemeinen aber fanden diese gar keinen Widerstand, denn Niemand hatte Waffen, ja nicht einmal Stöcke waren in den Händen des Volks.

Es wurden an diesem Abende, nach einem Berichte der Weserzeitung, etwa 100 Kugeln verschossen. Ein Todter und funfzehn Verwundete waren nach der Schloßwache gebracht worden. Die erste Salve kam aus dem Schlosse, die zweite war die in der Spreegasse, wo der dort aufgestellte Zug der ersten Compagnie des Kaiser Alexander-Regiments Feuer gab. Zweimal ließ ein Lieutenant von demselben Regiment 36 Mann an der Gertrauten-brücke Feuer geben, das erste Mal in die Luft, das zweite Mal unter das Volk schließen. — Gegen Mitternacht erst war es wieder ruhig geworden.

Zur Vervollständigung unserer Darstellung lassen wir einige die Vorgänge ebenso wie die Stimmung charakterisirende Berichte folgen. Eine unmittelbar nach dem Vorfalle geschriebene Mittheilung der Deutschen Allg. Zeitung lautet:

„Heute hat Berlin einen Schreckenstag erlebt; das Militair hat gegen das Volk von der Schußwaffe Gebrauch gemacht. Die Erbitterung der Bürger war im Laufe des Tages hoch gestiegen, da man erfuhr, daß gestern Abend einzelne Verwundungen bis auf den Tod vorgekommen seien. Und unter diesen Umständen einem weiteren Zusammentreffen zwischen dem Militair und der unbewaffneten Volksmasse vorzubeugen, hatten die Stadtverordneten in einer mehrstündigen Berathung Vorschläge gestellt, daß die Bürger selbst jede etwaige Unordnung unterdrücken sollten. Diese Vorschläge, durch ein Magistrats-Mitglied, Hedemann, den Militair-Behörden überbracht, hatten von dieser Seite das Versprechen zur Folge, daß keine Militairgewalt angewendet werden sollte, so lange Personen und Eigenthum unangefochten blieben, oder nach anderen Versicherungen, bis der Magistrat und die Polizei zum militairischen Einschreiten aufforderten. Darauf bezügliche Placate wurden Nachmattigs öffentlich auf dem Schloßplatze verlesen und in später Abendstunde hin und wieder angeschlagen. Inzwischen hatten im Laufe des Tages allerdings einige Insulte gegen höhere Offiziere in den Straßen Statt gefunden; im Ganzen aber zeigte sich gegen Abend eine ruhige Haltung des Volkes. Die Durchgänge des Schlosses blieben vom Militair versperrt; hier sammelten sich Volkshaufen an, aus denen hin und wieder Hurrahs und Pfeifen ertönten. Die improvisirte Bürgergarde, die durch weiße Armbinden kenntlich war, scheint keine Autorität haben gewinnen zu können; denn schon um 7 Uhr marschirte aus dem Schlosse Infanterie unter dem Trommeln des Generalmarsches heraus und säuberte den Platz. Die Volksmassen drängten sich in die angränzenden Straßen hinein und versuchten hin und wieder zu ihrem Schutze Barrikaden zu errichten, worunter man aber nur das Anhäufen einiger Brückenbohlen zu verstehen hat. Auch das Aufziehen der über die Spree führenden Brücken wurde versucht, aber theilweise vergeblich, da schon am Tage von der sachverständigen Behörde dagegen geeignete Vorsichtsmaßregeln getroffen waren. Die angedeuteten Absichten des Volkes zu einigem Widerstande, der natürlich rein vergeblich sein mußte, da er ohne Waffen versucht wurde, scheinen den Anlaß gegeben zu haben, daß die Soldaten nicht bloß von der Hieb-, sondern auch von der Schußwaffe Gebrauch machten. In der Spreegasse wurde ein Mann auf der Flucht so erschossen, daß ihn die Kugel im Rücken traf und vorn wieder herausging, woraus ein Arzt, der den Todten untersucht hat, den Schluß zog, daß der Schuß auf einige Schritte Entfernung gefallen sein mußte. In der Nähe der Jungfernbrücke, die vom Volke aufgezogen war, gab die Infanterie drei Salven, durch welche mehrere Menschen schwerer oder leichter verwundet worden sein sollen. Die Verfolgung einzelner Volkshaufen durch Infanterie und Cavallerie erstreckte sich sodann weiter über die Straßen der Stadttheile, welche die Namen Werder und Köln führen. Auf dem Gensdarmenmarkte hielten mehrere Cavallerie-Regimenter, und von hier aus wurden einzelne Schwadronen abgeschickt, während die zurückbleibenden sich ausruhten."

Ein anderer Bericht spricht sich folgendermaßen aus:

„Die Menge war, je mehr der Tag sich neigte, um so massenhafter angeschwollen und begann die am Schlosse aufgestellten Posten zu insultiren. Die ganze Wache trat jetzt ins Gewehr, nahm jedoch eine ruhige Haltung an. Hierdurch vermehrte sich die Aufregung, und nach lebhaftem Geschrei und Gepfeife flogen einzelne Steine gegen das Schloß und die Soldaten. Indeß war es dunkel geworden, unzählige Schaaren bedeckten den Schloßplatz. Nunmehr entwickelten sich imposantere Cavalleriemassen, welche von der entgegengesetzten Seite

in das Innere der Schloßhöfe geführt waren und aus denselben herauszogen. Dies war das Signal für die Menge, sich in regelloser Eile in die Brüder- und Breitestraße, sowie gegen die Königsstraße zurückzuziehen, woselbst überall Barrikaden aufgerichtet wurden. Angstvoll hatten sich die Bewohner in die Häuser zurückgezogen, die Thüren geschlossen, die Lichter von den Fenstern entfernt. Einzelne Schwärme durcheilten die Straßen mit dem Rufe: „Thüren auf" und hoben die Brücken von den Rinnsteinen, um sie quer über die Straße zu werfen oder sie zu den Barrikaden zu verwenden, an welchen das Gehämmer und Gestampf den schreckenerregenden Eindruck der Scene vermehrte. Etwa um 7 Uhr rückte das Militair vom Schloßplatz in die Straße ein. Die Infanterie gab einige Salven, worauf Alles die Barrikaden in wilder Flucht verließ, so daß sie mit leichter Mühe beseitigt und dadurch auch den Cavalleriezügen Bahn gebrochen werden konnte. Imposante Militairmassen entwickelten sich nun und durchzogen die Umgegend des Schlosses nach allen Richtungen, so daß die Menge bald in die entfernteren Stadttheile zurückgedrängt oder zersprengt war."

Die Mannheimer Abendzeitung giebt folgende Darstellung:

„Berlin, 16. März. Gestern Abend hat das Volk zum dritten Mal die Straßen mit seinem Blut gefärbt. Ich schreibe Ihnen als Augenzeuge. Schon um Mittagszeit versammelte man sich um das Schloß und in der Breiten- und Brüderstraße. Gegen 3 Uhr drängte sich plötzlich ein Haufen nach einem Waffenladen. Es gelang dem Besitzer mit knapper Noth ihn zu verschließen. Die Andrängenden machten Miene ihn zu erbrechen, ließen sich aber durch einige in ihrer Mitte davon abbringen. Die Menschenmenge aus den umliegenden Straßen wälzte sich jetzt immer dichter nach dem Schloßplatze. Hier bildeten sich einige Gruppen um einzelne Redner. Die Noth des Volkes war der Gegenstand der Besprechung. — An den Schloßportalen stehen zahlreiche Wachen, welche den sonst erlaubten Durchgang durch den Schloßhof verhindern. — Abends 8 Uhr. Der Schloßplatz ist dicht mit Volk gefüllt. Es wogt auf und ab. Es werden heftige Reden gehalten. „Woher kommt unsere Noth?" höre ich fragen. „Weil die Reichen den Vortheil von unserer Arbeit ziehen! Sie verprassen, was wir in unserem Schweiß erarbeiten. Uns wirft man 6 Groschen hin, davon sollen wir mit Weib und Kind leben. Der Hunger thut weh! Es muß anders werden!" Das waren Reden derer, die noch Arbeit hatten. Arbeitslose aber riefen: „Für die Soldaten habt Ihr Geld, für uns aber, die wir arbeiten wollen, habt Ihr Nichts!" Oder: „Im Schloßkeller liegt der Schatz für den Krieg, der muß heraus und Arbeit damit geschafft werden." Andere drückten ihre Wuth aus über den gestrigen Volksmord. „Sie haben unsere Brüder todtgeschlagen, aber wartet nur bis wir Waffen haben!" Der Ruf nach Waffen erschallt wiederholt — aber vergebens. Das Zeughaus liegt 200 Schritte vom Schloß, aber es ist mit Bataillonen gefüllt. Wie soll man es stürmen ohne Waffen? Unter dem Volk bemerkt man Einzelne mit weißen Binden um den Arm. Das ist die „Schutzcommission", die Abgeordneten der Bourgeoisie. „Geht nur nach Hause, es soll Euch Alles gewährt werden" hörte ich Einen. „Was soll uns gewährt werden"? rief man. „Preßfreiheit! Religionsfreiheit!" — „Wir wollen Arbeit!" fiel das Volk ein. Und wieder begann es zu drängen und zu wogen. Immer wuthvoller drängte die Masse nach den Portalen des königl. Schlosses. Oben im Schlosse hinter den damastenen Vorhängen sah man Lichter auf- und abgehen. Es mögen die Herzen im Schlosse gebebt haben. — Ich versetzte mich in Gedanken in des Königs Seele — und mir graute. Schwarz lagerte die Schaar vor den Stufen des Palastes, hinauf fuhren die geballten Fäuste, Flüche und Rachegeschrei erfüllte die Nacht. — Doch unser König „ist ein mächtiger Herr und wer ihm trotzet, dem folgt sein Unstern." Es schmetterten die Trompeten, über die Schloßbrücke rasseln seine Getreuen. Kürassiere und Ulanen jagen heran, an den Mühlen und der Stechbahn vorbei, auf den Schloßplatz. Lustig blitzen die Schwerter und flattern die Fähnlein. Die Reiter schwenken — und hinein gehts in die schwarze Menge! Das Volk mordet das Volk! — Wer nicht fliehen kann, sinkt unter den Hufen der Pferde, den Lanzen und Schwertern der Reiter. Der Platz ist gesäubert. Drei Wege waren uns, den Fliehenden, offen: die Breitenstraße, die Brüderstraße und die Kurfürstenbrücke. Dorthin stürzte Alles. Jetzt entfaltet sich die Infanterie aus dem Schloßhofe und ihre Schüsse knatterten uns nach und hinterher wieder Kürassiere und Ulanen. Sechs Schritte von mir sinkt ein Mann von einer Lanze getroffen. Er hatte sich, wie ich, dicht an eine Hausthüre gedrängt. Aber die Thüren waren verschlossen. — Als die Reiter von der Volksjagd zurückkehrten, besetzten sie den Schloßplatz. Die Straßen waren abgesperrt. Die „Ruhe war hergestellt."

Friedrich Wilhelm IV. hat abermals „an sein Volk appellirt."

Nachträglich meldete derselbe Berichterstatter noch:

„Die Bourgeoisie zeigte sich überall feindlich gegen das Volk, nicht direct thätlich, aber indirect, durch Schließen der Hausthüren. Das Volk war der nachsetzenden Kavallerie schutzlos preisgegeben. Nach dem Kavallerie-Angriff vor dem Schloß wurden Kanonen aufgefahren, mit Kartätschen geladen und nach den Straßen gerichtet. Die Lunten brannten. Man war entschlossen beim nächsten Andrang des Volkes zu feuern. Aber das Volk zerstreute sich — zum Glücke der Regierer. Denn das erste Kartätschenfeuer in den Straßen Berlins muß die Bourgoisie empören. Sie kann es nicht zusehen, wenn ihre Häuser zerschossen, ihre Familien in den Wohnungen niedergeschossen werden. Wenn aber die Bourgeoisie zu den Waffen greift und den Arbeitern Waffen reicht, dann ist die Regierung verloren. Hätten die Arbeiter Waffen, sie wäre es jetzt schon. Nirgends in Deutschland wird es dem bewaffneten Volke leichter werden, seine Dränger zu überwinden, als in Preußen. Denn das ganze Volk ist waffengeübt. Die Dynastie der Hohenzollern wird von ihrem Throne fallen. — Plötzlich und unerwartet — wie die Bourbonen und die Orleans in Frankreich. Die Herren Garde-Offiziere wurden nach der Jagd im Schlosse gespeist und mit Wein tractirt. Die Unteroffiziere erhalten eine Zulage von 5, die Gemeinen von 2 Sgr. „dem Verdienste seine Kronen." Der Prinz v. Preußen, der sich wieder oder noch hier befindet, soll seine „allerhöchste" Zufriedenheit über „die brave Haltung der Truppen" ausgesprochen haben.

Der Berichterstatter der Regierung stellte die Vorgänge am 15ten in einer von den obigen Schilderungen sehr abweichenden Art dar. In dem Berichte der Allg. Preuß. Zeitung heißt es nämlich:

Im Laufe des Tages bildeten sich in der Brüder- und Breitenstraße zahlreiche Gruppen, die sich von Mittag ab auf dem Schloßplatze zu einer dichten Masse vereinigten. Gegen Abend begann die Menge gegen die an den Schloßportalen aufgestellten Wachtmannschaften mit ausgerissenen Pflastersteinen zu werfen. Die wiederholten Aufforderungen, sich zurückzuziehen, wurden mit neuen Steinwürfen beantwortet, so daß es der inzwischen entbotenen Kavallerie bedurfte, um den Schloßplatz zu säubern. — Die auseinanderstäubende Menge warf sich in wilder Hast die breite Straße hinab und suchte sich dort, wie in verschiedenen nahe gelegenen Straßen, zu setzen, indem sie durch zusammengeschleppte Fässer, durch theilweises Abtragen und Aufziehen der Brücken die Truppen aufzuhalten suchte. Die mit Wegräumung dieser Hindernisse beschäftigten Soldaten wurden mit Steinwürfen empfangen, und erst der Gebrauch der Schuß- und Hiebwaffe vertrieb die Tumultuanten. Die Ruhe und Ordnung konnte nicht ohne Opfer hergestellt werden, es haben Verwundungen stattgefunden, leider auch, wie man sagt, einige Todesfälle, gemeldet war heute (16.) Vormittag nur ein Todesfall. — Die Tumultuanten unterließen nichts, um das mit größter Ruhe und Selbstverleugnung einschreitende Militair zu necken, zu reizen und durch Werfen zu beschädigen. — Die in einzelnen Gruppen zusammengetretenen Bürger-Commissarien boten mit großem Eifer Alles auf, um die Neugierigen und Tumultuanten zu bewegen, sich zu entfernen. Unsere Schutzbürger begaben sich mitten in die Gefahr, um mit wahrer Hingebung dahin zu wirken, daß Unglück mit Erfolg vermieden werden möchte, sie achteten nicht des Hohnes, mit dem ihre Ermahnungen aufgenommen wurden, und nur ihrer Ausdauer und ihrem wahren Bürgersinn war es zuzuschreiben, daß sie ihre Thätigkeit bis zu Ende der Sachen fortsetzen konnten.

Die Vossische Zeitung beschrieb in ähnlichen Redensarten die Vorfälle; die offizielle Scheu, die „Hindernisse" bei ihrem rechten Namen zu nennen, überwand sie jedoch, indem sie statt jener „Hindernisse" der Barrikaden erwähnte; auch ließ sie die Bekanntmachungen der Behörden von der am Tage versammelten Menge „mit Genugthuung" und einem „Hoch auf die Bürger Berlins" aufgenommen, werden. Da sie aber auch den Prinzen von Preussen in Verbindung mit den Vorfällen gebracht hatte, — sie berichtete nämlich, daß man diesen mit seinem Stabe zu Pferde in den Straßen „persönlich leitend und anordnend" gegen 8 Uhr erblickt habe, — so wurde sie am Tage

darauf zu einer Berichtigung veranlaßt, wonach der genannte Prinz sich an diesem Tage um 7 Uhr ohne alle Begleitung zu Wagen zum Könige in's Schloß begeben und von dort um 10 Uhr, in Begleitung einiger Offiziere des Stabes, auf dem geraden Wege nach seinem Palais zu Pferde zurückgekehrt sei. Se. Königl. Hoheit, wird ferner berichtigt, habe „eben so wenig am 15., wie bei einer andern Veranlassung" Befehle an die Truppen ertheilt, auch liege, seit der Ernennung dieses Prinzen zum commandirenden General des Garde-Corps, bereits durch Cabinetsordre vom 13. Mai 1838, ausschließlich dem Gouverneur und in dessen Vertretung dem Commandanten, die Fürsorge für die militairischen Maßregeln zur öffentlichen Ruhe und Ordnung ob.

Auch noch in einer andern Beziehung zu den Ereignissen dieses Tages wurde der Name des Prinzen von Preußen gebracht. Dieser soll nämlich — wie auch Braß erzählt — als die an den Justizrath Bergling gerichtete Verfügung des Ministers des Innern und des Commandanten spät Abends im Schlosse bekannt wurde, in „großen Unwillen" über den Inhalt derselben gerathen sein, in derselben eine Beschimpfung des Militairs gesehen, und gegen die Zurückziehung des letzteren protestirt haben.

Im Laufe dieses Tages war die Nachricht von der Revolution in Wien nach Berlin gekommen und hier überall verbreitet worden. Es war dieselbe Nachricht, welche dem Könige während seines Aufenthaltes in Potsdam (s. oben) durch Estafette überbracht worden, und ihn in jene Stimmung versetzt hatte, die ihn die oben erwähnte Aeußerung thun ließ. Am folgenden Tage wurde die Nachricht durch die angekommenen Briefe und Zeitungen bestätigt. Das Militair, welches in Wien auch „zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung" und zur „kräftigen Unterdrückung des Tumultes" verwandt worden, hatte Wien verlassen müssen, die österreichische Regierung war den Wünschen des Volkes durch Concessionen aller Art nachgekommen; und die seit dreißig Jahren in Europa am Meisten vermögende politische Person, Fürst Metternich, hatte sich von den Ereignissen soweit imponiren lassen, daß er schleunigst seine Villa verließ und — nach England floh, Fürst Metternich, von dem (wie die Heidelberger deutsche Zeitung erwähnte) in einem Briefe seiner Gemahlin noch kurz vorher nach Berlin berichtet wurde, „daß er sich nicht von den Ereignissen imponiren ließe." Durch diese Flucht hatte der beabsichtigte „Fürstencongreß," noch ehe er in's Leben trat, sein bedeutendstes Mitglied verloren; Fürst Metternich sollte nämlich mit einem österreichischen Erzherzoge diesem Congresse beiwohnen.

Die Art, in der das officielle preußische Regierungsblatt am folgenden Tage die Nachricht von der Wiener Revolution mittheilte, ist wegen der eigenthümlich kühnen Wendung erwähnenswerth: „Die Nachrichten über unruhige Bewegungen in Wien, — meldete die Allg. Pr. Ztg. — haben sich dahin

bestätigt, daß der zwischen der bewaffneten Macht und der aufgeregten Volksmenge ausgebrochene Kampf in Folge dringender Vorstellungen mehrerer Mitglieder der österreichischen Stände durch die Versicherung des Kaisers, zeitgemäße Reformen zu bewilligen, gedämpft und die Ruhe wieder hergestellt worden ist. — Der Fürst von Metternich hatte seine Entlassung gegeben. Demnach ist Oesterreich auch in die Bahn der Reformbewegung eingetreten, der es sich lange verschlossen hatte. Hoffen wir, daß dadurch sein Verhältniß zu Deutschland, und vorzugsweise zu Preußen, welches diesen Weg längst betreten hat und auf ihm consequent fortzuschreiten gedenkt, ein innigeres werde, daß nunmehr beide deutsche Großmächte im Verein mit ihren deutschen Bundesgenossen, mit um so glücklicherem Erfolge für die Umgestaltung Deutschlands zu einem kräftigen, von dem nationalen Bewußtsein getragenen Staate zu wirken befähigt sein mögen".

Dieser Artikel, wie interessant er an sich durch das den thatsächlichen Mittheilungen angehängte Raisonnement, ist auch deshalb bemerkenswerth, weil er der Vossischen Zeitung Gelegenheit zu einem nicht weniger interessanten Commentare gab. An die in Verbindung mit der Abdankung Metternich's gebrachte Schlußbemerkung der Allg. Preuß. Zeitung anknüpfend, bemerkt jenes Blatt: „Von allen Zugeständnissen, welche in Mannheim und Kassel, in Dessau und Darmstadt gemacht worden sind — das Aufgeben zarter Neigungen an der Isar nicht ausgenommen — halten wir dieses P. S. für das erfolgreichste und Allesbewilligende. Seit drei und dreißig Jahren war der Fürst Metternich der fast unumschränkte Gebieter des Festlandes Europas, woselbst seine Gegner ihm die Anerkennung, daß er für die österreichische Monarchie ein großer Staatsmann sei, nicht versagt haben. Den Ehrentitel eines „Napoleon des Friedens" hat man unverdienterweise dem König Louis Philipp ertheilt, dieser Napoleon des Friedens war Fürst Metternich. Wie der gewaltige Corse durch die Schlachten von Marengo, Austerlitz, Jena und Friedland Deutschland in Fesseln gelegt, so hat der Wiener Staatskanzler nicht minder erfolgreiche Siege auf den Congressen von Wien, Aachen, Laibach und Karlsbad errungen, und wie Napoleon das deutsche Reich, so hat Metternich den deutschen Bund der Auflösung entgegengeführt. Wir sind weit entfernt in den Ton der Allg. Preuß. Zeitung einzustimmen, welche für ihren alten, vieljährigen Verbündeten bei seinem Sturze nur Vorwürfe bereit hat und ihre feierliche Schadenfreude nicht ganz geschickt zu verbergen weiß, wir wollen vielmehr offen dem Vaterlande Glück wünschen, daß der Napoleon des Friedens nun auch sein St. Helena gefunden hat".

Der Sturz des Fürsten hatte selbst das Schoßkind des Gefallenen, die Censur so „schadenfroh" gemacht, daß sie durch ihren berliner Vertreter die Veröffentlichung von dergleichen aufregenden Reflexionen ungehindert geschehen ließ.

XII. Die Schutzcommissionen. — Stadtverordneten-Versammlungen. — Studenten als Schutzbeamte. — Vierter Abend des militärischen Einschreitens.

Am Morgen des 16. März fand bei dem Minister des Innern eine Conferenz statt, welcher außer dem Minister, der Gouverneur, der Commandant, der Oberbürgermeister und der Stadtverordneten-Vorsteher beiwohnten. In derselben wurden die schleunige Einrichtung von bürgerlichen Schutzcommissionen beschlossen, zu der auch der König seine Genehmigung ertheilte. Danach sollten sofort in den einzelnen Bezirken der Stadt, deren 102 existiren, eine Anzahl Bürger unter Leitung von Communalbeamten zusammentreten und mit einer weißen Binde, der das Wort „Schutzbeamter" aufzudrucken, so wie mit einem weißen Stabe von 1½ Fuß Länge versehen werden. Eine öffentliche Bekanntmachung sollte das Publicum von dem Zwecke dieser Einrichtung in Kenntniß setzen, und denjenigen, der sich den Anordnungen der Schutzbeamten thatsächlich widersetze, dieselbe Strafe angedroht werden, die für die Widersetzlichkeit gegen einen Soldaten im Dienste oder einen öffentlichen Beamten bestimmt sei. Das Einschreiten des Militärs dürfe nicht eher erfolgen, als bis die Schutzcommissionen erklärt, daß ihre Wirksamkeit zu Ende sei dann erst solle der wesentliche Inhait des Aufruhrsgesetzes vom Jahre 1835 verlesen und hierauf ein dreimaliges Signal mit der Trommel oder Trompete gegeben werden.

Nach Beendigung dieser Conferenz begann eine öffentliche Sitzung der Stadtverordneten. Die Erfahrungen der zuletzt abgehaltenen öffentlichen Sitzung (am 11ten) hatten die Vorsteher der Versammlung veranlaßt, sich an das Publicum „vertrauensvoll" mit der Aufforderung zu wenden, auf die Beschränktheit des Raumes Rücksicht zu nehmen, „und mithin nicht in übergroßer Zahl in den Sitzungssaal einzutreten, während der Sitzungen aber eine vollkommene Ruhe, wie sie für die Berathungen der Stadtverordneten unerläßlich sei, zu erhalten". — Den ersten Gegenstand der Berathung bildete die Einrichtung von Schutzcommissionen. Nachdem von den Rednern besonders Herr Nauwerk für bewaffnete Schutzmänner, für eine Bürgerwehr sich ausgesprochen, wurden am Schluß der Debatte folgende Fragen zur Abstimmung gebracht:

1) Will die Versammlung vorläufig die bereits genehmigten Schutzcommissionen mit Binden und Stöcken dergestalt annehmen, daß das Militär nicht eher einzuschreiten befugt sein soll, bis diese Commissionen erklären, daß ihr Einschreiten nicht mehr ausreicht, und daß dies militärische Einschreiten erst erfolgt, wenn die Aufruhrakte verlesen und in Zwischenräumen durch dreimaligen Trommelschlag oder Trompetenruf verkündet ist?

Die Frage wird fast einstimmig bejaht.

2) Sollen die Schutzcommissionen das Recht haben, je nach Befinden sich durch die größeren Gewerke und deren Gesellen unter Anführung der Obermeister zu verstärken und hierzu die Genehmigung eingeholt werden?

Ebenfalls einstimmig angenommen.

3) Soll der Antrag gestellt werden, daß die Schutzcommissionen sich bewaffnen dürfen, ebenso diejenigen Waffen tragen können, welche von denselben zur Verstärkung herangezogen werden? Wird einstimmig bejaht.

4) Soll eine Schutzwehr errichtet werden, als eine neue und fortbestehende Einrichtung, zu welcher alle selbstständigen Schutzverwandten, die eine gewisse Stellung einnehmen, herangezogen werden sollen, und durch deren Einrichtung alsdann die Schutzcommissionen überflüssig werden würden? Wird mit 60 gegen 31 Stimmen verneint.

5) Soll das Gesuch der hiesigen Buchhändler auf schleunige Befreiung der Presse unterstützt werden? Wird einstimmig angenommen.

In derselben Sitzung kamen die von der gemischten Deputation beschlossenen Maßregeln „zur Abhülfe der Noth bei den arbeitenden Klassen" zur Discussion:

Der erste Vorschlag der Deputation geht dahin, die Wedding-Arbeiten mit verdoppelter Thätigkeit fortzusetzen. Es sind dort 400 Menschen beschäftigt, außerdem sollen dem Curatorium noch 530 Karten zur Disposition gestellt werden. Die Versammlung erklärte sich hiermit einverstanden. — Der zweite Vorschlag der Deputation will den Arbeitslohn bei diesen Arbeiten auf 9 Sgr. erhöhen. Wird angenommen. — Drittens will die Deputation die Arbeiten in den Zuchthäusern abgeschafft wissen. Der Magistrat ist diesem Antrage insoweit beigetreten, als jene Arbeiten mit den gewerblichen Productionen in Concurrenz kommen. Der Magistrat wird deshalb in Verbindung mit der Armendirection die nöthigen Schritte thun. — Angenommen. — Viertens dringt die Deputation darauf, daß die Militärbehörden ferner nicht mehr durch Soldaten Kleidungsstücke u. dgl. Effecten anfertigen lassen. Die Versammlung beschloß, den betreffenden Antrag ganz allgemein zu stellen. — Fünftens, daß die Militär-Handwerker auch für Civilisten arbeiten, hält die Versammlung für gesetzlich unerlaubt. Sechstens hat sich die Deputation gegen eine Selbstbesteuerung erklärt. — Der letzte Vorschlag der Deputation geht auf die Verminderung der fremden Arbeiter. Der Minister hat die Versicherung gegeben, daß die bei den „königlichen" Bauten anzustellenden Arbeiter durch die Arbeitsnachweisungs-Anstalten beschafft werden sollten. Da die Communalbehörden früher beschlossen hatten, die Freizügigkeit nicht zu beschränken, so sah sich die Versammlung bestimmt, bei der Freizügigkeit zu beharren, jedoch darauf zu dringen, daß die fremden Gesellen sofort aus der Stadt geschafft würden, wenn sie nach drei Tagen keine Arbeit haben. — Die Deputation bleibt zur weiteren Berathung von Maßregeln zur Abhülfe der Noth unter den arbeitenden Klassen noch ferner zusammen.

Wie in der Conferenz bei dem Minister verabredet worden, erschienen im Laufe des Tages die Bekanntmachungen wegen der Schutzcommissionen. Der Magistrat verkündete sie in folgender Weise:

Seit drei Tagen ist das Eigenthum und die Sicherheit der Bürger Berlins in der größten Gefahr. Die Stimme der Bürgerschaft hat sich mit Entschiedenheit gegen ein solches Beginnen erklärt und ist zu helfen bereit. Es ist daher beschlossen worden, daß in jedem Bezirke der Stadt eine Schutzcommission gebildet werde, aus den sämmtlichen bürgerlichen Communalbeamten bestehend, welche aus der Zahl der Mitbürger ihres Bezirks die geeignetsten und bekanntesten hinzuwählen und insbesondere die Gewerks-Altmeister und Innungs-Vorsteher hierbei zuziehen werden.

Das Abzeichen der Schutz-Beamten ist eine um den linken Arm getragene schwarz und weiße Binde, mit der aufgedruckten Bezeichnung: „Schutz-Beamte", und ein weißer Stab.

Widersetzlichkeiten gegen die Schutz-Beamten werden gleich denen gegen Abgeordnete der Obrigkeit und beziehungsweise gegen Schildwachen bestraft.

Wer Binde oder Stab des Schutz-Beamten trägt, ohne dazu berufen zu sein, wird eben so bestraft, als wenn er sich widerrechtlich die Ausübung eines obrigkeitlichen Amtes angemaßt hätte, und hat sofortige Verhaftung zu gewärtigen.

Wir haben das Vertrauen zu unsern Mitbürgern und zu der gesammten Bewohnerschaft, daß sie dieser, im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung getroffenen Einrichtung volle Anerkennung und Unterstützung zuwenden werden. Berlin, den 16. März 1848. Ober-Bürgermeister, Bürgermeister und Rath hiesiger Königlichen Residenz.

Das Gouvernement und die Polizei erließen folgende Aufforderung:

Die Ereignisse der letzten Tage machen es nothwendig, daß der freie Verkehr auf den Straßen nirgends gehemmt werde.

Das Durchziehen der Straßen in Trupps und das Versammeln der Menschen auf den Plätzen und in den Straßen ist deshalb nicht gestattet.

Wird der Aufforderung zum Auseinandergehen nicht augenblicklich Folge geleistet, oder Widerstand versucht, so werden die Widerspenstigen gewaltsam auseinander getrieben oder verhaftet.

Die Hausbesitzer werden wiederholt aufgefordert, ihre Häuser bei einem entstehenden Auflauf sogleich und überhaupt um 8 Uhr Abends zu schließen. Berlin, 16. März 1848. Königl. Gouvernement: v. Pfuel. Königl. Polizei-Präsidium: v. Minutoli.

Auch die Studenten wollten „der Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung" ihren Arm leihen. Zwei derselben, die Herren Karsten und Pfefferkorn, hatten sich am 15ten an die Stadtverordneten gewandt, um diesen im Namen ihrer Commilitonen deren Wunsch zu erkennen zu geben, die Bürgerschaft bei Aufrechthaltung der Ruhe zu unterstützen. Die Stadtverordneten nahmen in ihrer öffentlichen Sitzung vom 16ten diesen Wunsch „freudig" auf, doch schien es ihnen nicht statthaft, wenn die Studenten mit Waffen erschienen, während die Bürger dergleichen nicht führen sollten. Der Vorsteher der Stadtverordneten beschied darauf die genannten Studenten dahin, „daß die Stadt es der Studentenschaft Dank wissen werde, wenn sie sich an den bürgerlichen Schutzwachen (unbewaffnet) betheiligen würde."

Ueber die Bestrebungen der Studenten um diese Zeit giebt eine gegen die „Signatura temporis" gerichtete Schrift eines damaligen Mitgliedes der berliner Studentenschaft einige, wenn auch nicht parteilose, Auskunft. „Die Studentenschaft", heißt es in derselben*), „verlangte an der Bürgerbewaffnung Theil zu nehmen, ja sie verlangte auf eigene Faust von der Commandantur Waffen; widrigenfalls würden sie sich auf Seite des mißhandelten Volkes stellen. Herrn v. Minutoli, mit der ihm eigenen, gewinnenden Art gelang es, bei der dieserhalb gesandten Deputation die Redlichen von ihrer Illusion abzubringen". Die „Redlichen" sind dem Verfasser diejenigen, „denen es heiliger Ernst war, den Aufläufen ein Ende zu machen"; und da er sich selbst zu der Partei derselben zu zählen scheint, so ist er von ihren Intentionen ebenso gut, wie von den Beweggründen der Gegenpartei, d. h. der Revolutionärs, unterrichtet. Die „Redlichen" waren fest überzeugt, daß, sobald das Militär nicht mehr zur Unterdrückung der Unruhen verwandt würde, auch die Unruhen selbst aufhören müßten, sie hielten sich bereit, „im Fall, daß Waffengewalt unumgänglich noth thäte, sie zu handhaben", aber — wie sie meinten — doch „menschlicher und nicht so blind und maßlos". Die „Redlichen" also wollten eigentlich Soldat spielen, nur wollten sie das Bajonett

*) Gegen die Signatura temporis. Von einem freimüthigen Widersacher der Revolution. (S. 104.) Berlin, 1849. bei G. Reimer.

und die Büchse mit Menschlichkeit und Mäßigkeit gegen das unruhige Volk richten. Und diese „Redlichen" waren, wie der Verfasser selbst berichtet, „in weit überwiegender Mehrheit"; das „Häuflein der Revolutionärs" verschwand dagegen. (Diesem „Häuflein" galten die geforderten Waffen nämlich „als Mittel zum Zwecke des Aufruhrs, der Revolution.")

Als die Antwort der Stadtverordneten in die Universität gebracht wurde, kam diese Angelegenheit vor der Aula zur Sprache. „Von Seiten derer, welchen es hauptsächlich um Waffen zu thun war, wurde gegen den Vorschlag der Stadtverordneten mit äußerster Anstrengung gekämpft ... Nichts destoweniger drang der Beschluß, auch ohne Waffen zur Herstellung des städtischen Friedens zur Verhütung ferneren Blutvergießens beizutragen, mit ungemeiner Majorität durch, und es wurden nur daneben die Stadtverordneten angeregt, die Frage der Bürgerbewaffnung noch einmal zu erwägen. — Der Senat ertheilte seine Zustimmung ...

... Am 16ten Abends war in der großen Aula Versammlung; die Studenten wollten von dort nach dem kölnischen Rathhause, um in die Friedenswachen einzutreten; die Schlußberathung nahm ihren Gang; da wird vor der Universität eine Salve gegeben ..."

Schon von Mittag an hatten sich anfangs Gruppen, dann immer mehr zunehmende Haufen von Menschen auf dem Platze zwischen dem Opernhause und der Universität gebildet. Vielleicht daß das viel verbreitete Gerücht, es sollte einer der an den letzten Tagen getödteten Studenten feierlichst beerdigt werden, die Menge gerade auf diesem Platze versammelt hatte. Doch war das Gerücht von einem Studenten, der schon am letzten Abende des militärischen Einschreitens so schwer verwundet sein sollte, daß er bald darauf gestorben, ein ungegründetes. Allerdings waren an jenem, wie an den anderen Abenden auch Studenten unschuldige Opfer militärischer Wuth und Brutalität geworden, die Wunden sollen jedoch nur leicht und ungefährlich gewesen sein.

Die Aufregung, die in Folge der bekannt gewordenen Nachrichten von verwundeten Stundenten unter deren Commilitonen entstanden, hatte auch der Studentenschaft Anlaß gegeben, nach Waffen zu verlangen; ob dies aber bloß deshalb, damit die „Redlichen" Gelegenheit fänden, mit Waffen die durch das zusammenströmende Volk gestörte „Ruhe" herzustellen — das zu beurtheilen vermag am wenigsten jener Erfinder der Partei der „Redlichen". Da der Menge auf dem Platze jedoch das Schauspiel einer Studenten-Leichenfeierlichkeit nicht bereitet wurde, so wandte sie ihren Blick dem neuen Schauspiele zu, das ebenso die Studenten als Schutzcommissarien, wie die nicht geringe Masse der bürgerlichen Schutzmänner mit Binde und Stab dem Spotte und dem berliner Witze lieferte. Dieser bezeichnete die Mitglieder jener unnützen Stabträger als „Leichenbitter", und die Stäbe als „Ballkelle". Doch gegen den Spott sollten auch jetzt wieder die Gewehre der Soldaten aushelfen, da die Schutzpatrone

weder durch gütliches Zureden noch nur imponirendes Wesen die „unerlaubten Zusammenströmungen" zu hindern vermochten.

Um 6 Uhr Abends war Sitzung des Staatsrathes, deren Mitglieder kurz vorher durch den König eiligst in das Schloß berufen worden. Ueber das, was hier berathen wurde, finden wir nirgends genauere Mittheilungen. — Allmählig war auch sämmtliches Militär der berliner Garnison wieder herangerückt. Infanterie-Trupps faßten in dem Schloß, bei dem Zeughause Posto; Kavallerie war, wie an den vorigen Abenden, vor dem Schauspielhause aufgestellt, und entsandten von hier aus ihre Haufen zur „Säuberung" der Straßen von dem „Pöbel". — Die Volksmasse auf dem Opernplatze war inzwischen immer stärker geworden; und als zwischen 6 und 7 Uhr die neuen waffenlosen Bürger-Soldaten ihre Anstrengungen, die Menge auseinander zu treiben, als vergeblich erkannten, als sie selbst in das Gedränge hineinkamen, da rückte — gleichsam zum Schutze der „Schutz-Commissarien" — Infanterie bei der neuen Wache, von der Gegend des Gießhauses herkommend, auf den Platz, gab eine Salve, traf und tödtete einige zufällig des Weges kommende Personen, und — die Ruhe war hergestellt. (Ein aus seinem Geschäfte nach Hause zurückkehrender Buchhalter, Franke, war getödtet, ein Arbeitsmann, Hartmann, tödtlich verwundet worden). „Die Scene der Verwirrung — schildert ein Augenzeuge — welche auf den Schuß erfolgte, ist schwer zu beschreiben. Mit furchtbarem Angstgeschrei stürzten sich die am Opern- und Zeughause befindlichen Massen an der Schloßfreiheit hinunter nach der Schleusenbrücke. Die Verwirrung wurde noch vermehrt durch eine von der Jägerstraße aus anrückende Kavallerie-Patrouille. In wenigen Minuten war das bis dahin friedliche Aussehen der umliegenden Straßen und Plätze wie verwandelt; überall verwirrendes Geschrei, durcheinander laufende Menschen, Gruppen an den Straßenecken. Einen Augenblick lang schien es, als wäre das Aergste zu befürchten. — Der übrige Theil des Abends ging jedoch verhältnißmäßig ruhig vorüber".

Der Verfasser der „Signatura temporis*)" stellt das Factum in einer Anmerkung kurz so dar: „Am 16ten Nachmittag ward ein Zug Infanterie, vom Palais des Prinzen von Preußen marschirend, vom Pöbel eingewickelt, und mußte ebenfalls durch die Schießwaffe frei gemacht werden". Und Herr Rellstab weiß in seinem Memoiren-Roman zu erzählen**), daß, als er, „voll ernster Betrübniß" sich bei den Wachtmannschaften nach dem Hergange erkundigte, ein „sehr ehrenhafter Bürger" herantrat und mit bewegter Stimme sagte: „Ja es ist geschossen worden, aber es war nicht möglich, es mußte geschehen, denn wir (d. h. die Schutzmänner) wären sonst von der wilden Masse übermannt worden".

*) Signatura temporis. Berlin im November 1848. (Druck von Brandis.) S. 20.
**) Zwei Gespräche u. s. w. S. 34.

Die Studenten, deren Berathungen durch die Salve unterbrochen wurden, ließen sich, obgleich, wie der Verfasser der oben erwähnten Studentenschrift bemerkt, die Gegner der „Redlichen“, die Revolutionairs, den Vorfall vor der Universität in ihrer Weise auszubeuten und die Versammlung in der Aula zu fanatisiren suchten, nicht abhalten, ihr ehrbares Friedenswerk auch noch nach diesem neuen Versuche zur Herstellung der Ruhe auszuführen. „In lautloser Stille zu zwei und zwei, mit weißen Tüchern am Arme traten 500 Studenten den Zug an. Zu der Hauptwache wird ein Parlamentär gesandt. Es scheint nicht anders, als müsse, sobald der Zug um die Ecke biegt, auf denselben gefeuert werden“. Nichts destoweniger haben die Fünfhundert den Muth weiter zu gehen! Im Saal der Stadtverordneten wurden Binden und Stäbe ausgetheilt. „Noch gilt es“, bemerkt jene Studentenschrift, „um wirken zu können, sich dessen zu versichern, daß das Militär nicht eher einschreite, als bis die Schutzwachen erfolglos gewirkt. Die Deputation wird im Schlosse, ehe der Commandant sie empfängt, mit ersichtlicher Geringschätzung und — als heimliche Helfershelfer der Revolution angesehen. Die schwarzrothgoldene Kokarde am Hut des Einen soll dafür den Beleg liefern, ungeachtet die Bundesversammlung bereits die deutschen Farben adoptirt hatte“. So berichtet der studentische „Widersacher der Revolution“, der sich überdies zu wundern scheint, daß man seine Commilitonen im Schlosse „mit ersichtlicher Geringschätzung“ empfing, und daß auf die Entschuldigung eines Studenten mit schwarzrothgoldener Kokarde: auch die deutsche Bundesversammlung habe die deutschen Farben adoptirt — daß auf eine solche Entschuldigung eines deutschen Studenten im Schlosse gefragt wurde: „Welche Bundesversammlung?“

Am folgenden Morgen sprachen die städtischen Behörden ihre „dankbare Anerkennung“ den Studenten für die geleistete Hilfe aus.

Ein Schreiben des Herrn v. Beguelin, an den Gouverneur gerichtet und vom 17. März datirt, schildert die Hergänge am Opernplatze folgendermaßen:

Als ich gestern Abend um 6¾ Uhr von den Linden aus der Königstadt zuging, kam zwischen der neuen Wache und dem Zeughause eine Colonne Infanterie hervor, die bei der Statue Blüchers derart schwenkte, daß sie mit der Front nach der Schloßbrücke sah. In diesem Augenblicke kam ich vorüber. Ich war etwa 20 Schritte weiter vorwärts gelangt, als der commandirende Offizier drei Male an die Menge mir unverständliche Worte richtete und eben so oft die Trommel rühren ließ. — Diese Aufforderungen folgten sich jedoch mit einer solchen Geschwindigkeit, daß ich, obwohl mich sehr beeilend, kaum 100 Schritte von der Colonne entfernt war, als mit dem Aufhören des dritten Trommelschlages bereits Feuer auf die Menge gegeben wurde. Hierbei erlaube ich mir die ergebenste Bemerkung, daß die Menge der Aufforderung durch Trommelschlag ohne Weiteres Folge leistete, hier also offenbar wider die Bekanntmachungen, mithin gesetzwidrig, gehandelt worden ist. Ich halte es für meine Pflicht, Ew. Excellenz diese gehorsamste Anzeige zu machen, um so mehr, als hier wieder unschuldiges Blut geflossen sein soll. Ich bin bereit die Verantwortung dessen was ich geschrieben habe, auf mich zu nehmen, sowie das Gesagte eidlich zu erhärten. Zum

Ueberfluß fordere ich selbst das Zeugniß der die Colonne bildenden Soldaten, wenngleich ich das Mißliche der Sache nicht verkenne, das Zeugniß Untergebener gegen Vorgesetzte, besonders im Soldatenstande zu verlangen.

Ein anderer, von 65 Personen, Besuchern der Zeitungshalle, unterzeichneter Bericht giebt von dem militärischen Treiben desselben Abends ein sehr anschauliches Bild. Diese Darstellung, ebenfalls zunächst an den Gouverneur gerichtet, lautete ihrem Hauptinhalte nach:

Nachdem das unzeitige und provocirende Einschreiten des Militärs aus einem gemeinen Straßenlärm einen Crawall gemacht und das Blut schuldloser Bürger und sogar Frauen am 13., 14., 15. März vergossen worden war, ohne daß die Bürgerschaft für gut befunden, irgendwie ihre Pflicht zu thun und zeitig zur Erhaltung der Ordnung beizutragen, erschien endlich am 16. die Bekanntmachung des Magistrats, daß Schutzcommissionen in allen Bezirken der Stadt gebildet würden, denen die Aufrechthaltung der Ordnung obliegen sollte. Die Aufgabe dieser Schutzcommissionen war, das Einschreiten des Militärs auf den äußersten Nothfall zu beschränken und letzteres sollte erst dann eintreten, wenn es den Schutzbeamten nicht gelänge, die Ruhe zu erhalten und sie den Beistand des Militärs in Anspruch nähmen. Diese in Eile zu Stande gebrachte Maßregel kam zu spät und unvollständig in Ausführung. Schon um 6¼ Uhr wurde auf dem Opernplatz mitten unter eine Masse von Menschen, die im Vertrauen auf die neue Maßregel, und besonders an dieser früher nicht gefährdeten Stelle wandelten, Feuer gegeben. Der Schrecken in Folge dieses Feuerns verbreitete sich schnell in der Nachbarschaft und mehrmals versetzte ein blinder Lärm in der Oberwall- und Jägerstraße Alles in Aufregung und Angst. Etwa eine Stunde nach dem eben erwähnten Vorfall stürzte ein Menschenschwall von dem sogenannten Schwiebbogen her unter Angstgeschrei die Oberwallstraße entlang und der Jägerstraße zu. Es wurde geschrieen, theils, daß Militär nachdränge, theils, daß in die Straße hereingeschossen würde; Einige schrieen sogar: man schießt mit Kartätschen! — In dem Lokale der Berliner Zeitungshalle waren sehr viele ruhig lesende oder in den Gesellschaftszimmern sich unterhaltende Besucher aus den gebildetsten Ständen zugegen. Diese stürzten, als das Geschrei entstand, an die Fenster des Lokals. An der Oberwallstraße in die Jägerstraße stopfte sich die Menge. Alles schrie durcheinander. Jemand rief: Macht doch eine Barrikade! ein sinnloser Vorschlag, da kein Material vorhanden war, um bei der Furcht vor eben eindringendem Militär, die sehr breite Straße zu sperren. Dennoch trugen Einige die Bohlen von den nächsten Straßen und Gassen in die Mitte des Dammes. Auch wurde, wie häufig an den letzten Abenden: Waffen, Waffen! gerufen, und Jemand rannte in den Keller des Hrn. Riquet in der Jägerstraße und holte dort ein Beil, mit welchem versucht wurde, den Laden an der gegenüberliegenden Ecke der Jägerstraße, da man dort Waffen zu finden hoffte, zu erbrechen. Alle diese Handlungen schienen Eingebungen der Todesangst zu sein und geschahen in der größten Hast und Verwirrung, ohne daß einer der Beschäftigten daran dachte, von dem Begonnenen etwas zu Ende zu bringen. — In der Bekanntmachung vom 14. März hat Gouvernement und Polizei-Präsidium hiesiger Stadt den Hauswirthen in Erinnerung gebracht, bei entstehendem Auflauf ihre Häuser zu verschließen. Eine buchstäbliche Erfüllung dieser Vorschrift ist jedem Hauswirthe, der menschliches Gefühl in der Brust und Verstand im Kopfe hat, etwas Unmögliches bei der Brutalität, mit welcher in diesen Tagen von dem Militär schuldlose Menschen durch die Straßen gehetzt und zusammengehauen wurden — wofür Unterzeichnete namhafte Zeugnisse in Menge beibringen können. Der Wirth des Hauses Nummer 12 u. 13 in der Oberwallstraße begab sich persönlich an die Hausthüre mit dem Hausschlüssel in der Hand und sorgte dafür, daß die Thür zugehalten, aber Jedem der Zuflucht im Hause suchte, augenblicklich geöffnet wurde. Der Eigenthümer der Berliner Zeitungshalle postirte den Oberdiener des Lokals zur Unterstützung des Hauswirthes, ebenfalls an die Thür. Darauf begab er sich in das Local zurück und bat die an den Fenstern Stehenden, sich zurückzuziehen. Die Fenster wurden nach und nach geschlossen und zum Theil die Rouleaux heruntergelassen, auch innen die Gaslampen niedrig geschraubt. — Inzwischen war Herr R. zu den im Bankgebäude postirten Schützen hinübergeeilt und hatte diese zur Hülfe gerufen. Eine Abtheilung unter einem Lieutenant rückte vor das Haus und in einem Augenblick, da grade die Thür geöffnet wurde, um einige Personen, die zu den Abonnenten der Zeitungshalle gehören und diese zu besuchen kamen, hereinzulassen, suchten einige der Schützen mit gefällten Hirschfängern, die sie auf die Büchsen gesteckt hatten, mit einzudringen. Der Hauswirth und der Oberdiener riefen ihnen zu, daß die Eintretenden ins Haus gehörten und daß man eben

wieder schließen wolle. Nichtsdestoweniger drangen die vordersten der Schützen gewaltsam in die Thür, setzten dem Hauswirth und dem Oberdiener die Spitzen der Seitengewehre auf die Brust und der Eine der Schützen schrie: „Sacré nom de Dieu, ich stoße dich Canaille durch und durch!" Der Andere schien wirklich im Begriffe auch den Herrn v. H. zu stechen, als ihn der Lieutenant zurückhielt mit dem Rufe: „Warte, bis ich commandire!" — Die Ursache dieses gewaltsamen Einbruchs in den Hausfrieden war, wie der Lieutenant sagte, daß aus dem Hause ein Stein auf seine Leute geworfen worden wäre. Da der Hauswirth mit ihm hierüber stritt, rief er: „daß Haus muß geräumt werden!" Um diesen sinnlosen Befehl in Ausführung zu bringen, befahl er dem Hornisten, dreimal zu blasen. Dies geschah dreimal hintereinander, fast ohne Zwischenpause. Kein Mensch im Hause verstand natürlich dieses Signal. Die Aengstlichen stürzten hin und her, eilten die Treppen hinauf, drängten sich in den Sälen zusammen. Plötzlich kam ein Bursche des Instituts athemlos die Treppe herauf in das Bureau gerannt und schrie: „Sie schießen ins Haus!" Die Verwirrung, welche dieser Ruf hervorbrachte, ist unbeschreiblich. Der Premier-Lieutenant Z., welcher sich im Locale der Zeitungshalle befand, rief: „Meine Herren, bleiben Sie doch ruhig, man wird ja doch nicht hier in die Fenster schießen!" Daß dazu aber wirklich Vorbereitungen getroffen wurden, beweisen folgende Thatsachen: Sechs Mann Schützen, die im Hausflur auf beiden Seiten der Hausthür standen, erhielten Befehl zu laden und luden. Dem Hause gegenüber wurde ein Theil der Mannschaft aufgestellt, der ebenfalls lud. Der Mitunterzeichnete, Architekt H. Franke, welcher auf der Straße eben anlangte und den commandirenden Offizier fragte, ob er ungefährdet über die Straße nach der Zeitungshalle gehen könne, erhielt die Antwort: „Nein, gehen Sie nicht! denn wir werden sogleich in die Fenster schießen." Derselbe und noch zwei andere Personen hörten, daß Einer der Herren Schutz-Beamten, deren Mehrere sich neben dem Militär eingefunden hatten, rief: „Ja, ja, das Wespennest da muß aufgehoben werden!" — Als Einer der Diener, welcher das Laden im Hausflur mit angesehen, in das Lokal stürzte mit dem Rufe: „Sie laden schon, sie werden gleich schießen!" eilten die Lieutenants Z. und S., welche sich im Lokale befanden, mit ihnen der Eigenthümer der Zeitungshalle auf den Flur hinunter, um mit dem Commandirenden der Schützen zu reden. Der Hauptmann derselben war inzwischen in den Flur getreten. Auf die Bemerkung des Lieutenants, daß das Signal auch für den Kundigen völlig unverständlich gewesen wäre, weil es bei Auflauf auf offener Straße bedeute, daß die Leute sich zerstreuen sollten, unmöglich aber dazu dienen könnte, die in einem Hause befindlichen Leute auf die Straße herunter zu locken und so erst einen Auflauf zu machen — auf diese Bemerkung hatte der Hauptmann nichts zu entgegnen. Gegen den Eigenthümer der Zeitungshalle behauptete er: aus diesem Hause sei ein Stein auf seine Leute geworfen worden. Ein Stein ist, nach der Aussage des mitunterzeichneten Kaufmann S. S., allerdings gegen die Soldaten geworfen worden, aber im Bogen von der Ecke der Jägerstraße her und vor dem Hause in der Oberwallstraße niedergefallen. — Der Eigenthümer der Zeitungshalle begann eben den Hauptmann zu fragen, mit welchem Rechte man, anstatt sich mit dem Hauswirthe über den Vorfall zu verständigen, dazu habe schreiten wollen, auf ein friedliches Haus, aus dem angeblich ein einziger Stein herabgefallen oder herabgeworfen worden, schießen zu lassen, als ein Schütze herantrat und eine Meldung machte, worauf der Hauptmann mit seinen Leuten, ohne weiter ein Wort zu sagen, abzog.

Diese Beschwerdeschrift lag während des 17. März im Büreau der Zeitungshalle aus, und füllte sich in kurzer Zeit mit einer großen Anzahl von Unterschriften solcher Besucher jenes Institutes, die alle gleich entrüstet von den Excessen der militärischen Gewalt dem Chef der Letzteren die in der Beschwerde enthaltenen Mittheilungen bestätigen wollten. Die Unterzeichner waren Personen aus den verschiedensten Ständen, wie aus der nachfolgenden Liste der Unterschriften hervorgeht:

G. Graf zur Lippe-Biesterfeld aus Bonn. C. Moeller, Gutsbesitzer. Heinrich Meyer, Kaufmann. Eduard Steinthal. E. Dohm, Cand. Phil. Albert Neo, Kassirer. L. Canabäus, Lieutenant a. D. Otto de la Chevallerie, Lieut. im 3. Inft. Regmt. Sigismund Wolff. Ludwig Eichler, Dr. Phil. W. Flügge, Gutsbesitzer. J. Hoppe, Stud. Philos. P. Moebius, Dr. Phil. Ulke, Geschichtsmaler. G. Albinus, Student. F. E. Loeser, Apotheker. Mayer Aschheim. Adolph Schrader. Richard v. Bardeleben, Literat. James Hobrecht. Richard Wentzel. W. Straßmann. E. Dolberg,

Stud. Dr. Ferd. Cohn. Hermann Müller. v. Kall, Lieutenant a. D. S. Siemon, Kaufmann. Fr. Zarnecke, Dr. Phil. C. Schneitler, Geometer. Dr. Traube, prakt. Arzt. Lessing, Kaufmann. J. F. Hoefftke, Gutsbesitzer. R. Pringsheim, Student. van Hazebrouck. Carl Weckmann, Student. Robert Ottensoser, Buchhalter. Dr. Schassler. Albert Rückert, Buchhalter. Heinrich Wilhelm, Buchhalter. R. Neumann, Architekt. S. Samelson. L. Koeppe, Literat. L. Hamm. Herm. Scheller. Dr. Wiß, prakt. Arzt. L. Buhl. H. Francke, Architekt. E. Herberg. Dr. Bettziech. Ad. Kleinfeller, Stud. Phil. Dr. J. B. Kutscheit. Treuherz F. Tallmann. O. Forstmann, Stud. Jur. H. Maron. W. Jung, L.-Ger.-Assessor. M. A. Matta de Chili. Moritz J. Sangk. E. Todt, Bildhauer. William Bell. Dr. Nagel. R. Heydemann, Kaufmann. Pappritz, Kammergerichts-Auscultator. v. Stockmar, Kammergerichts-Auscultator.

XIII. Der 17. März. — Bürgerversammlungen. — Dr. Woeniger und seine Adresse.

Vier Abende hinter einander hatte die preußische Hauptstadt in ihren Straßen, auf ihren Plätzen sich Scenen wiederholen sehen, die blutiges Zeugniß von dem auf's Tiefste gestörten Frieden der Stadt lieferten. Die Militärherrschaft hatte sich der Stadt aufgedrängt; der Säbel und die Kugel sollten die Vermittelung zwischen einer politisch aufgeregten Bevölkerung und der in ihren Entschlüssen und Handlungen schwankenden Regierung übernehmen. Der Lauf der Kugel, der Hieb des Säbels waren aber fehlgegangen; sie trafen nicht die eigentlichen Verhöhner der neuen und ungewohnten Vermittelungsmacht; sie trafen „unschuldige," „ruhige" Bürger; dagegen empörte sich die Bürgerschaft, die sonst viel zu dulden fähig war, reizte die sogenannte Vertreter der Stadt. Es wurde viel hin und her unterhandelt, versprochen; gleichwohl hatten die Angriffe der bewaffneten Gewalt auf die wehrlose Bevölkerung nicht nachgelassen, und noch immer waren neue unschuldige Opfer des militärischen Treibens gefallen. Das geschah in der ersten Stadt eines der ersten Staaten Deutschlands, zu einer Zeit, wo überall die Völker über die Regierungen Siege davon getragen, wo selbst in Wien die Revolution gesiegt hatte. Wie selbst der alte Bundestag in Frankfurt revolutionär geworden war, so konnten auch die Fürsten, die sich am längsten gegen die „Forderungen des Volkes" gesperrt, die Könige von Sachsen und Hannover, die Herzöge der sächsischen und anhaltinischen Länder, die Fürsten von Schwarzburg und Hohenzollern, diesen „Forderungen" nicht länger wiederstehen: die preußische Regierung allein zögerte, machte unbefriedigende Verheißungen, konnte indeß nicht verhindern, daß an größeren und kleineren Orten der Monarchie dieselben Wünsche, die im übrigen Deutschland bereits erfüllt waren, mit großem Ungestüm laut wurden, daß Adressen und Deputationen an den Monarchen abgesandt, von diesem die größte Beschleunigung der verheißenen Reformen verlangten.

Berlin hatte sich endlich auch an der Bewegung betheiligt: nachdem es in der ersten Märzwoche die Einwirkungen der französischen und süddeutschen Ereignisse in neuer Lebendigkeit aufgenommen, schritt es in der zweiten Woche zu einer directeren Betheiligung durch Adressen und Discussionen; der rede- und wortreichen Woche folgte aber eine blutige, in der die besoldeten Schützer des Königsthums auf den Schauplatz traten, und zuerst dumpfen Schrecken und Entrüstung erzeugten, endlich jedoch die Thatkraft der bürgerlichen Bevölkerung hervorriefen. Mit der Creirung der „Schutzbeamten", jener Personen mit Stab und Binde, war, das zeigte sich schon am ersten Tage ihrer Wirksamkeit — und welcher Einsichtige hätte es nicht vorausgesehen? — nichts erreicht; sie waren eine Angstgeburt der sogenannten Vertreter der Stadt, nicht geeignet, einem Kampfe zwischen Bewaffneten und Wehrlosen Einhalt zu thun, höchstens brauchbar, um dem unvertilgbaren Spotte der berliner Straßenjugend zur Folie zu dienen. Die Studentengarde, trotz der Belobigungen, die sie von den Behörden empfing, und auf welche die „Redlichen" stolz waren, vollendete die Komik.

Eine bewaffnete Bürgergarde war daher immer noch das Ziel, nach welchem die Mehrzahl der ruhigen Bürger und ihrer Abgeordneten in der städtischen Vertretung rangen, und auch diese Bürgergarde sollte, nach der Ansicht der meisten unter ihnen, nur den Zweck haben, die „Ruhestörer" zu beseitigen, sollte nach dieser Ansicht nur den Soldaten ihren Dienst erleichtern helfen. An einen bewaffneten Widerstand gegen die Angriffe des Militärs dachten nur Wenige, wie nahe auch in solcher Zeit ein ähnlicher Gedanke lag. Doch wurde bei einem Theile der jüngeren Bevölkerung, bei Handwerkern und Studenten die Bewaffnung für den möglichen Fall eines allgemeinen Widerstandes vorbereitet.

In den bürgerlichen Kreisen schien die Hoffnung nicht erlöschen zu können, daß auch jetzt noch Adressen an den König das einzige Mittel seien, um die Erfüllung der fort und fort vorgetragenen Wünsche zu erreichen. An verschiedenen Orten der Stadt fanden Versammlungen statt, in den hauptsächlich darüber berathen wurde, wie der durch die Militärexcesse gestörte Frieden der Stadt wieder hergestellt werden könne. Die absonderlichsten Rathschläge wurden gemacht; zu ihnen gehörte auch der: man solle sich an die hervorragendsten Personen des Vereinigten Landtages in der Provinz, an einen Camphausen, Beckerath u. A. wenden, damit diese an geeigneter Stelle sich für den Schutz der Berliner verwenden möchten! Dieser Vorschlag, inmitten der Aufregung gemacht, die in einer Gesellschaft durch die so eben angekommenen Nachrichten von neuen „Brutalitäten", welche das Militär verübt, entstanden war, dieser Vorschlag rührte von einem bürgerfreundlichen Grafen her.

Am folgereichsten von allen genannten Versammlungen war die von einer Anzahl Berliner Bürger, die bereits am 16. zusammengekommen waren, und

am Freitag, dem 17. März, Vormittags, ihre Berathungen in dem außerhalb der Thore gelegenen öffentlichen Vergnügungsorte, „Kemperhof" genannt, fortsetzten. Ein Mitglied dieser Versammlung bezeichnet es als charakteristisch, „daß man in derselben sich nicht mehr ängstlich nach den Personen, die zugegen waren, umsah, sondern frisch und frei von der Leber wegsprach." — Als Beweis dafür wird der Umstand angegeben, daß, als am Schlusse der Discussion darüber abgestimmt werden sollte, ob noch eine Adresse an den König zu richten, oder ob sofort Jeder nach seinen Kräften für eine Bürgerbewaffnung zu wirken habe, eine Person in Civilkleidern, die sich als den Polizei-Commissarius des Bezirks vorstellte, der Abstimmung in den Weg trat, mit der Bemerkung: er müsse die Versammlung auflösen; worauf der Vorsitzende im Namen der Versammlung erklärte, daß diese sich vollständig auf legalem Boden zu befinden glaube und nur der Gewalt zu weichen gesonnen sei; im Uebrigen sei der Commissarius aufgefordert, der Versammlung weiter beizuwohnen, da Alles was gesprochen und was geschehen wäre, bei den höchsten Behörden vertreten werden sollte. — Die Versammlung entschied sich für eine „nochmalige sehr kräftige" Vorstellung an den König, zu deren weiteren Berathung die Mitglieder am Abende sich in einem anderen Lokale versammeln sollten.

Ueber diese Versammlung, in welcher Braß „den unmittelbaren Ausgangspunkt der Revolution" sieht, und über die damit zusammenhängenden Vorgänge, giebt die Schrift: Berlins Barrikaden rc. einen unleugbar von dem Leiter jener Versammlungen, dem Dr. Wöniger, selbst ausgegangenen authentischen Bericht. Darin heißt es:

Durch Anregungen von verschiedenen Seiten wurde in einem öffentlichen Locale der Köpenicker Straße eine Versammlung am Nachmittag gegen 3 Uhr abgehalten. Sie bestand aus Bürgern und Einwohnern, welche etwa dreizehn verschiedene Schutzreviere vertraten. Nach langen Debatten verständigte man sich endlich dahin, eine große „Friedensmanifestation der Volkswünsche" an den Tag zu legen und dadurch die Regierung zum Eingehen auf dieselben zu nöthigen. Man beschloß eine Adresse an den König, worin die Hauptforderungen klar ausgesprochen werden, und welche dem König am folgenden Tage durch mehrere tausend Bürger, als Schutzbeamte mit Stab und Binde dekorirt, Nachmittags 2 Uhr mittelst einer Deputation überreicht werden sollte. Während der Uebergabe und bis zur Antwort sollten die Bürger schweigend auf dem Schloßplatze verharren. In Betreff der Forderungen wurde aufgestellt: 1) Preßfreiheit, 2) beschleunigte Einberufung des Vereinigten Landtages, 3) Zurückziehung der Truppen, 4) Bürgerbewaffnung, 5) Rücktritt der Minister, 6) Berücksichtigung der arbeitenden Klassen. Da indeß der Punkt 5. Widerstand fand, der 6. aber nicht klar gefaßt werden konnte und man außerdem dafür hielt, daß diese beiden Punkte jedenfalls durch

den Landtag zur Erledigung kommen müßten, und jetzt die Hauptsache darin bestehe, möglichst die Einigung der Parteien zu veranlassen, so ließ man 5. und 6. fallen und beschränkte sich auf die ersten vier Punkte. Es wurde hierauf der Dr. Wöniger mit der sofortigen Entwerfung der Adresse beauftragt und diese sogleich noch von derselben Versammlung wörtlich in folgender Weise genehmigt:

„Allerdurchlauchtigster Großmächtigster König,
„Allergnädigster König und Herr!

„Tief erschüttert durch die Ereignisse der letzten Tage, nahen wir, die unterthänigst Unterzeichneten, durch das Vertrauen unserer Mitbürger zu Schutzbeamten dieser Stadt berufen, dem Throne Ew. Majestät. Wir haben die ernste Pflicht übernommen, den Frieden der Stadt zu wahren, ferneres unnützes Blutvergießen zu verhindern; wir würden aber nach reiflicher Erwägung unserer Aufgabe nur halb entsprechen, wollten wir uns daran genügen lassen, die erregte Menge durch gütlichen Zuspruch zu beschwichtigen, ja wir würden, trotz des Einflusses, den unser starker Wille zu üben hoffen darf, etwas Unmögliches erstreben.

„Allergnädigster König! Der innere Unfriede unserer Stadt ist nicht von heut und gestern; er wurzelt tief in der Geschichte unserer Generation. Das Bedürfniß nach größerer politischer Freiheit hat sich lange in tausend und tausend Symptomen kundgegeben; es ist durch die Ereignisse im Westen nicht in uns geweckt, nur zum klaren Bewußtsein gebracht. Ohne die Befriedigung dieses Bedürfnisses würde es ein eitles Bestreben sein, den vollen Frieden, die volle Eintracht zwischen Fürsten und Volk zu bewahren.

„Allergnädigster König! Unerreichbares zu erstreben liegt nicht in unserer Absicht; wir beschränken uns auf das Nothwendigste, dadurch nur die Pfade weiterer Entwickelung anbahnend. Dahin gehört:

1) Zurückziehung der militairischen Macht;
2) Organisation einer bewaffneten Bürgergarde;
3) Gewährung der uns seit einem Menschenalter verbürgten, unbedingten Preßfreiheit;
4) Einberufung des Vereinigten Landtages.

„Wird uns dies gewährt, wird es uns sofort gewährt, dann garantiren wir den wahren Frieden unserer Stadt; denn wir sind weit entfernt zu glauben, daß, wie eben gesagt ward: „das Eigenthum und die Sicherheit der Bürger Berlins in der größten Gefahr ist"; wir haben ein festeres Vertrauen zu der kräftigen, gesinnungstüchtigen Haltung unserer Einwohnerschaft.

„Ja, Ew. Majestät, unser ganzes Volk empfindet es tief und stark, daß es reif und mündig ist, mitzusitzen im Rathe seiner Fürsten; gewähren Sie uns dies und das ganze Volk wird ein einziges Schutzbeamtenthum sein — ein Schutzbeamtenthum für die Freiheit des Vaterlandes, die Sicherheit des Thrones und die Wohlfahrt Aller.

„Königliche Majestät! Aus tiefbewegtem Herzen bitten wir, gewähren Allerhöchst Sie unsere Bitten, erhalten Sie Preußen den Ruhm, den es zu verlieren Gefahr läuft, der geistigen Entwickelung Deutschlands voranzuschreiten.

„Wir verharren Ew. Königlichen Majestät unterthänigste, die zu Schutzbeamten erwählten Bürger und Einwohner dieser Stadt.

„Berlin, den 17. März 1848."

Nachdem dies beschlossen war, trennte man sich Abends, um die Schutzcommissionen überall von dem Beschluß in Kenntniß zu setzen und zugleich auf den folgenden Tag zwei Uhr zur Theilnahme auf dem Schloßplatz einzuladen. Es geschah dies theils durch Aufforderungen, welche auf der Straße an die patrouillirenden Schutzcommissionen ergingen, besonders aber durch Mittheilung der Adresse auf einem der Hauptsammelplätze der Schutzcommissionen, dem Kölnischen Rathhause. — Hier hatten sich mehre hundert Schutzbürger im Redesaal des Kölnischen Rathhauses versammelt, als um 8 Uhr der Dr. Wöniger an der Spitze sämmtlicher Schutzbürger des Brüderstraßenbezirks erschien und

das Wort begehrte. Er bestieg eine Rednerbühne, setzte der Versammlung mit lebendigen Farben die Bedeutsamkeit des Augenblicks auseinander, wies auf die Schmach Preußens hin, wenn es Oesterreich nachstehen wolle, verlangte, daß das Schutzbürgerthum sich nicht daran genügen lassen solle, die Straßenunruhen zu dämpfen, sondern daß es auch die Regierung an ihre Pflicht mahne. Zu dem Ende las er die Adresse vor und forderte die Versammlung auf, sich dem Zuge nach dem Schlosse am andern Tage anzuschließen. Donnernder Beifall folgte. Dagegen erhob sich aber der Stadtrath Gärtner. Er hielt dafür, daß dies nur Aufregungen provoziren werde, und schlug vor, die Commissionen sollten sich nicht in corpore, sondern durch Deputationen betheiligen; die Adresse selbst könne er und alle nur billigen. Der Stadtverordnete Müller forderte, statt dieser Verhandlungen den Wachtdienst auf der Straße. Der Director des Kölnischen Gymnasiums Dr. August: Man solle nicht neue Aufregungen hervorrufen. Die Regierung werde gewiß selbst Alles gewähren. Preußen sei immer seinen eigenen Weg gegangen; man wolle auch hier nicht dem Auslande nachäffen, und weil in München, Leipzig, Carlsruhe rc. Adressen eingereicht seien, nun auch solche bringen. Er fordere zur Ruhe auf und warne vor neuen Bewegungen. Er bitte und beschwöre den Dr. Wöniger abzulassen und Alles anzuwenden, die Versammlung in der Köpnickerstraße anderen Sinnes zu machen. — Ein unbeschreiblicher Tumult entstand. Eine Hälfte jubelte jauchzend Beifall, eine andere tobte und pochte, ein Privatzank vermehrte den Lärm. Der Dr. Wöniger erklärte: „Meine Herren, es ist zu spät; unsere Aufforderungen durchlaufen die Stadt, erwäge jeder mit seinem Gewissen, was er dem Vaterlande schuldig ist; verwerfen Sie die Demonstration, so erhalten Sie die Revolution." Der größte Theil der Versammlung verließ hierauf den Saal, weil ein Neuangekommener meldete, daß auf dem Schloßplatze alle Schutzcommissionen fehlten, während viele Menschen umherwogten.

„Unsere Aufforderungen durchlaufen die Stadt — —" hatte Herr Wöniger im Kölnischen Rathhause ausgerufen. Und in der That, mit seltener Schnelligkeit war die Aufforderung zu einer großen Bürgerdemonstration für den folgenden Tag, im Laufe des Freitags durch alle Theile der Stadt verbreitet worden. Ueberall, wo einige Menschen zusammentrafen, wurde von der Demonstration gesprochen, überall fanden sich Redner, die den günstigen Erfolg vorauszusagen wußten; der Gedanke an das morgende Ereigniß ließ das Heute vergessen, machte die Schutzbeamten pflichtuntreu, so daß sie statt ihre ambulante Thätigkeit auszuüben, in den Versammlungsorten Zuhörer und Redner wurden; diese Hoffnung auf den nächsten Tag wußte Unruhen am 17. März fern zu halten, verhinderte für diesen Tag erneuerte Ausbrüche eines kläglichen militärischen Heldenthums.

Die äußere Ruhe, die am 17. in den Straßen Berlins herrschte, hat „freimüthigen“ wie auch anderen „Widersachern der Revolution“ Stoff zu mancherlei Expectorationen gegeben.

Der Verfasser der „Signatura temporis“, der Professor Leo *), erzählt, daß der König am 16. März habe Berlin verlassen wollen, „in der klaren Einsicht, daß durch diese Entfernung die unruhige Bewegung in gewissem Sinne ihr Objekt, wenigstens ihre zeitherigen Richtungspunkte, verliere“, die Kränklichkeit der Königin habe jedoch auch den König noch in Berlin festgehalten, und die Ansicht Derer, die ein solches Bleiben unbedenklich gefunden, schiene im Rechte gewesen zu sein, „denn der 17. März zeigte in Berlin plötzlich ein auffallend ruhiges Angesicht. Indessen — fährt Hr. Leo fort — daß ein Sturm hinter dieser Windstille zu befürchten sei, konnte Einsichtigen um so weniger entgehen, als nun die Nachrichten von Wien eingelaufen waren und weiter einliefen . . . Es war vorauszusehen, daß sie die unruhigen Elemente in Berlin von Neuem elektrisiren müßten, selbst wenn nicht noch ganz andere Interessen hier im Spiele gewesen wären. Unter diesen anderen Interessen stand obenan das der Polen, ihre im vorhergehenden Jahre gefangenen und nach einem öffentlichen Prozesse verurtheilten Landsleute in Berlin zu befreien.“ Dem Verfasser der Signatura temporis war damals „die polnische Emigration noch ein Krankheitsstoff in den Gliedern des westlichen Europas, der jeden Entzündungsprozeß auf einem einzelnen Punkte gefährlicher machte. — Das Gespenst des alten Polen, welches als Schreckgestalt herumschlich und überall Ruhe und Frieden durch unheimliches Grauen störte, dieses Gespenst hatte sich — nach Hrn. Leo's Behauptung — auch in Berlin eingefunden, verstärkt durch einen Auswurf der verschiedensten mitteleuropäischen Länder, Franzosen, Italiener und namentlich auch ein verworfener Haufe aus andern deutschen Landen.“

Der Gespenster sehende Geschichtschreiber fährt nun fort: „Ob die Vorbereitungen dieser und der ihnen (jenem „Gespenste“ und dem „Auswurfe“) unter der Bevölkerung Berlins gleichgesinnten Menschen wirklich nicht früher deutlich erkennbar wurden, oder ob sie früher nur keinen Besorgniß erregenden Charakter trugen, kurz, was auch der Grund gewesen sein mag, gewiß ist, daß erst im Laufe des 17. März der Polizei-Präsident v. Minutoli dem Staatsminister v. Bodelschwingh die Meldung machte: „Nun habe man zeither Straßenemeuten gehabt, aber am folgenden Tage werde die Revolution ihr Haupt erheben. An einer Menge nachweisbarer Punkte der Stadt werde sie unverholen gepredigt und verkündigt.“ Diese Meldung hatte unter den Eindrücken

*) Der Buchhändler-Meßkatalog u. a. bezeichnet denselben als Verfasser der anonym erschienenen Schrift.

Dessen, was man im ganzen übrigen Deutschland geschehen sah, bei dem nicht zu verhehlenden Anblicke des Rausches, in welchen damals selbst die Bedächtigen und Verständigen gerathen waren, bei den Sympathieen, die die Bewegung selbst in höheren Kreisen unter der thörichten Voraussetzung fand, daß man derselben durch Nachgeben in der Zügelhaltung am ersten noch einigermaßen Herr bleiben könne, die Folge, daß der Herr v. Bodelschwingh wirklich am 17. März noch fest genug glaubte, den Gang der Bewegung meistern zu können, um dem russischen Gesandten versichern zu können, er könne getrost nach Petersburg schreiben, in Berlin sei die Sache abgemacht ...."

Der „freimüthige Widersacher der Revolution", der sich auch „Siebenter September" nennt, und unter beiden Bezeichnungen eine Schrift: „Gegen die Signatura temporis" herausgegeben hat, richtet seine Gegnerschaft auch auf die so eben angeführten Stellen der Signatura temporis. Was sein Gegner „Gespenst" und „Auswurf" nennt, das belegt er mit dem allgemeinen Namen „Revolutionspartei", in Verbindung mit „französischen Emissärs", von welchen er erzählt, daß sie noch am 17ten die letzten Anstrengungen daran gesetzt haben, um die Universität mit sich fortzureißen. Er weiß, daß in der Nacht auf den 18. März Freunde der Revolution sich gestanden, daß die Revolution jetzt nur durch ein halbes Wunder gelingen könne, er ist davon unterrichtet, daß der französische Emissär, welcher jene Nacht mit Studenten aus der Minderzahl der Nicht-„Redlichen" zubrachte, die Sache verloren gab, ja er glaubte sogar einer, freilich später aufgekommenen Erzählung, daß die nöthige Sendung von Rasen zum Behuf der Barrikaden erst zum 20. oder 21. März hatte eintreffen können, eine Mittheilung, die er mit der Reflexion begleitet: „Jedes Hinausschieben des Termins vermindert die Chancen der Revolution." Derselbe studentische Autor weiß sich endlich damit zu beruhigen, daß, „hatte die Reform in Preußen nur noch einen Vorsprung von 24 Stunden vor der Revolution", Preußen gerettet war! In dieser Ueberzeugung kämpft er gegen den letzten der oben citirten Passus der Signatura temporis „in ihrem mit Blindheit geschlagenen Conservatismus", welche die Voraussetzung „thöricht" finde, daß man der Bewegung durch Nachgeben in der Zügelhaltung am ersten noch einigermaßen Herr werden konnte, und meint, daß die Sicherheit, mit welcher Hr. v. Bodelschwingh gegen den russischen Gesandten die erwähnte Aeußerung gethan, „keinen Spott eines ernsten Mannes verdiene." Drang der Inhalt — so ruft unser freimüthiger Widersacher in seinem jugendlichen Ernste aus — „drang der Inhalt der Königl. Proklamation (wovon weiter unten die Rede) zur allgemeinsten Kenntniß durch, ehe das Netz der Klytemnestra die preußische Hauptstadt umstrickt hatte, so behielt Hr. v. Bodelschwingh Recht gegen den Gesandten des Czaren, so war in Berlin die Sache abgemacht!"

Der Kampf, in welchen auf diese Weise die Feierlichkeit des Mannes gegen den Ernst des Jünglings gerathen ist, verliert einiges Terrain durch eine in Bezug auf die erstgenannte Schrift abgegebene Erklärung des Hrn. v. Bodelschwingh selbst.*) Dieser stellt es „als eine alles Grundes entbehrende Anekdote" hin, daß er dem russischen Gesandten versichert haben solle: „er könne getrost nach Petersburg schreiben: in Berlin sei die Sache abgemacht". Vielmehr — heißt es weiter — war der genannte Minister nicht nur a priori, sondern auch durch viele Meldungen und Indizien zu der Ueberzeugung gebracht, daß noch ein ernsthafterer Versuch der revolutionären Propaganda bevorstand, nachdem Oesterreich gefallen, nun auch Preußen zu beugen. Er war es, der dies Sr. Majestät dem Könige unumwunden erklärte, als die Nachricht von der Katastrophe Wiens in Berlin eintraf.

Derselbe Minister v. Bodelschwingh, der diese Erklärung zu Ende des Jahres 1848 abgab, hatte freilich am 17. März 1848 Nachmittags 5 Uhr eine telegraphische Depesche an den Regierungs-Präsidenten zu Köln, abgesandt, die, durch die Köln. Zeitung veröffentlicht, folgendermaßen lautete:

„An drei Abenden zog der Pöbel in Trupps durch die Straßen. Die Bürgerschaft wirkte beruhigend. Seit gestern (den 16.) ist Alles ruhig und kein Zeichen der Erneuerung vorhanden."

Ludwig Rellstab in seinem Memoiren-Romane wirft bei Erwähnung des 17. März drei Fragen auf: „Lag es im Plan derer, welche den Aufruhr spornten, an diesem Tage nichts zu unternehmen? Oder hatte der Einfluß der Bürger so günstig gewirkt, daß er wenigstens die Massen zurückhielt, deren jede Partei bedurfte, theils um sich darauf zu stützen, theils um durch sie verdeckt zu bleiben? Oder wollte man durch die eingetretene Ruhe die Behörden sicherer machen?" Auch er ist der Meinung, daß mit einer früheren Veröffentlichung der Proclamation „der Plan des unterwühlenden Aufruhrs gescheitert wäre, indem er sich nackt und ganz als solcher hätte herausstellen müssen, und dann die Theilnahme nicht haben würde, die ihm einzig und allein aus der mit so großem Glücke herbeigeführten berauschenden Täuschung und Verblendung der Massen entstand."

Alle diese Anführungen sind Schriften entlehnt, die zum Theil unter der Ruhe des Berliner Belagerungszustandes zu Ende des Jahres 1848 oder zu Anfang 1849, zum Theil noch später, erschienen sind, zu einer Zeit, in der die Regierungen überall die Revolution für überwunden hielten. Die der Revolution feindlichen Verfasser jener Schriften suchten die „unheimliche" Ruhe, die am 17. März äußerlich in Berlin herrschte, dadurch zu erklären, daß sie

*) Beilage zu Nr. 15. der „Neuen Preußischen Zeitung" vom 19. Januar 1849.

„Gespenster" citiren, „Propaganden" erfinden, welche die Ereignisse des folgenden Tages vorbereiten sollten. Damit wollen sie zugleich die ihnen noch unheimlichere Bewegung des 18. März erklären. Sie alle sprechen gleichwohl von dem „Rausche, in den damals selbst die Bedächtigen und Verständigen gerathen waren", von den „Sympathieen, die die Bewegung selbst in höheren Kreisen gefunden" u. dgl. m. Die Lehre von einem Revolution machenden „Auswurfe" von Polen, Franzosen, Italienern, Juden erfreute sich mancher Orten großen Beifalls, sie wurden freilich erst erfunden, nachdem in Kravallen und Straßenkämpfen die Regierungen besiegt worden waren. In den höchsten Regionen Berlins schien sie ein Dogma geworden zu sein, nachdem Hr. v. Bodelschwingh, wie er in der oben angeführten Stelle selbst mittheilt, zu der Ueberzeugung gelangt war, daß noch ein ernsthafterer Versuch der „revolutionären Propaganda" bevorstand, nachdem Oesterreich gefallen, auch Preußen zu beugen. Diesem Dogma schlossen sich Leichtgläubige aller Art an: Fürsten, die von ihren lieben Unterthanen nicht glauben wollten, daß diese sich auf eigne Faust gegen sie empören könnten, liebe Unterthanen, die wiederum ihren Fürsten nicht zutrauten, daß diese gegen sie, die Wehrlosen, ihr Militär anrücken lassen könnten, die Masse des Volks in den Provinzen, das, unfähig die Dinge im Mittelpunkt der Bewegung zu begreifen, eine unruhige Bevölkerung nur durch „Fremdlinge", „Emissäre" u. dgl. m. gewaltsam zu Schritten der Nothwehr gestachelt wähnte. Und die Anhänger sprechen dieses Dogma aus, die fürstlichen in den Proclamationen an ihre lieben Unterthanen, diese in Schriften, wie die, aus denen wir oben Anführungen gemacht, die Provinzen in Adressen, wie sie im Sommer 1848 auf dem Boden der Vossischen Zeitung üppig wucherten. Hinzukommt die kleine, aber besonders begeisterte Schaar der militärischen Schriftsteller, die kein Recht des Volkes zum offenen Widerstande kennen, und von jedem Unterthanen verlangen, daß er auf das Geheiß seines Fürsten widerstandslos sich tödten lasse.

Wir haben gesagt, daß jene Doctrinen stets nach vollendeten Begebenheiten aufgekommen sind, und so finden wir in der That, was die Ereignisse in Berlin betrifft, in keinem der unzähligen Berichte, die während des bisher dargestellten Zeitraums deutsche und nicht deutsche Zeitungen füllten, der „Fremdlinge, Emissäre, des Auswurfs, der Polen, Franzosen, Juden" erwähnt, die entweder im Stillen oder öffentlich ihr revolutionäres Wesen getrieben hätten. Als am 19. März eine königliche Proclamation von diesem früher unbekannten Auswurfe sprach, war man allgemein überrascht, und erst, wenn man die oben angeführte Aeußerung des Hrn. v. Bodelschwingh kennt, wird man die Entstehung der überraschenden königlichen Mittheilung begreifen. Damals hatte selbst Hr. Rellstab noch nicht „viele Gestalten des unheimlichen Aussehens, Physiognomieen, wie wir sie nie in den berliner Straßen gesehen hatten, Leute, die sich offenbar aus dem Dunkel der verrufensten Winkel und Höhlen an's

Tageslicht wagten" *), bemerkt; wie würde er sonst in jenen Tagen, wo die Censur Enthüllungen dieser Art gewiß nichts in den Weg gelegt hätte, in seinem täglichen Organe, der Voss. Zeitung, davon geschwiegen haben? Erst nach Verlauf von anderthalb Jahren führt ihm seine Phantasie diese Erscheinungen wieder vor: führt ihm einen „bleichen, schmutzigen Menschen" vor, „dem eine ganze Genealogie von Lastern auf den welken, zerstörten Zügen zu wohnen schien", und dieser, der wie andere das Volk „mit giftigen Worten zu erbittern suchte", hatte im kölnischen Dialekte zu der um die Blutspuren versammelten Menge gesagt: „es ist doch wahrhaft Zeit, daß der deutsche Michel endlich einmal erwache und sein Recht fordere!" So Schreckliches will Hr. Rellstab in den Tagen des 14. bis 16. März erlebt haben! Er weiß noch mehr. „Es waren sogar schon (vor dem 13. März) ganz andere drohende Symptome vorhanden, daß es auf viel mehr als einen Straßenaufstand abgesehen sei. Was der Polizeipräsident davon wußte, wissen oder nicht wissen wollte, oder konnte, darüber sind nur Gerüchte, freilich seltsamster Art in Umlauf gekommen und der Schleier von manchem bleibt noch zu heben oder wird nie gelüftet werden. Eine Thatsache aber, die von schlagender Bedeutung ist, als Zeugniß, welcher Art die Gährung war, die dem Volke eingeimpft und in demselben unterhalten wurde, ist folgende aus zuverlässiger Quelle bekannt gewordene. In den Futterböden der Artillerie, die unter dem Dache der mit der Stadtmauer vom Oranienburger Thor ab parallel laufenden Stallgebäude liegen, fand man Brandstoffe, Zündhölzchen ꝛc. zwischen schweren Körpern befestigt, die man auf diese Art durch die Dachluken eingeschleudert hatte; und diese Zündhölzchen waren in Brand gewesen, und — erloschen, ohne den beabsichtigten Schaden zu thun. Dies war mehrere Tage vor dem 18. März!" Dieses Factum läßt Hrn. Rellstab auf „furchtbare Ahnungen" kommen, „wie die Bevölkerung dieser an nahrungslosen oder doch sehr armen Bewohnern zahlreichen Stadtviertel bearbeitet worden war."

Keiner von allen Denen, die über die Bewegungen des Jahres 1848 und speciell über die berliner geschrieben und geklagt, hat die Doctrin von dem Revolution machenden Auswurfe mit größerer Liebe und Hingebung bearbeitet als Hr. Rellstab. Während der „freimüthige Widersacher der Revolution" nur im Allgemeinen von einer „Propaganda", von „Emissären", die sich mit einer kleinen Minorität der Studirenden in Verbindung gesetzt hatten, spricht, während Hr. Leo gleichfalls nur im Allgemeinen den „Auswurf von Fremden aller Nationen" als thätig eingreifend in die revolutionäre Bewegung schildert, entkleidet der große Weihnachtswanderer — als solcher ist Hr. Rellstab in Berlin jedem Kinde bekannt gewesen — jene Doctrin aller Abstraction, läßt er sie in ihren concreten Erscheinungen, in ihren unheimlichen Gestalten, die

*) Zwei Gespräche ꝛc. Von L. Rellstab. S. 26.

in kölnischem Dialekte reden, in ihren Gräuelthaten — wie die Zündholzgeschichte zeigt —, in ihrer mysteriösen Verbindung mit dem Polizeipräsidenten u. s. w. auftreten. Welche überzeugenden Gründe mußten aber auch im Laufe der Zeiten in einen Menschen gedrungen sein, der, wie Hr. Rellstab in derselben Schrift (S. 69 ff.) von sich erzählt, am 19. März noch „mit starrem Erstaunen erfüllt" wurde, als er in der erwähnten königl. Proclamation von „einer Rotte von Bösewichtern, meist aus Fremden bestehend, die sich seit einer Woche, obgleich aufgesucht, doch zu verbergen gewußt hatten", las, dem „diese Stelle als eine auf dem vollkommensten Irrwahne begründete erschien, den Ueber-Furchtsame oder Ueber-Argwöhnische in der Umgebung des Königs in demselben genährt haben mußten", derselbe Mensch, der dem Könige persönlich gegenüber aussprach: „die ganze Stelle, welche den Aufstand als einen, durch lange vorbereiteten, absichtlichen Verrath erregten darstellt, wird und kann keinen Glauben finden. Niemand hat an Verrath gedacht! ...", der von dieser Aeußerung auch dem Könige gegenüber nichts hinwegnahm, trotzdem, daß dieser ihm versicherte, er habe selbst am Schloßportale „Leute von dem Verdacht weckendsten Aeußern" (wie sich Hr. Rellstab ausdrückt) „verkleidete Schutzcommissarien" u. s. w. gesehen.

Die classische Manier des Hrn. Rellstab überhebt uns jeder Entschuldigung darüber, daß wir uns so lange mit ihm beschäftigt haben; wir trennen uns nicht für immer von ihm. Bald wird er mit seinem ganzen Gewichte, an geeigneter Stelle, wiederum episodenartig in unsere Darstellung verwickelt werden und bis dahin ist ihm das heitere Andenken des Lesers gewiß. Von ihm, dem scheinbar empörtesten aller Widersacher der Revolution, wenden wir uns — eine gewisse Gleichartigkeit erfordert es — zu einem anscheinend begeisterten Anhänger der Revolution. Hr. Braß, der, nach seiner schon erwähnten Schrift: Berlins Barrikaden (S. 20), „ziemlich genau über den Gang der Revolution berichtet zu sein" glaubt, erzählt bei Gelegenheit der Vorgänge am 12. März: Es sei zunächst die Pflicht derjenigen „Männer, die sich an die Spitze der ganzen Bewegung gestellt", gewesen, damals (in der Volksversammlung vom 12.) „nur einen ernsteren Widerstand der Massen zu organisiren, um eine größere Volksmenge, und zwar aus allen Ständen gemischt, zusammenzubringen." Es habe dem Volke gesagt werden müssen, „daß es sich hier nicht um den gewöhnlichen Auflauf handeln, sondern um einen ernsten und nöthigenfalls blutigen Kampf für die heiligsten Interessen des Menschen." Hierauf enthüllt Hr. Braß, daß die „Verabredung" getroffen war, diesen Kampf an allen Orten der Stadt am Donnerstag, dem 16ten, „losbrechen" zu lassen, bis dahin — darauf ging auch die „Verabredung" — „wollte man sich jedes Widerstandes enthalten, theils um sich besser zu organisiren und zu bewaffnen, theils, um diejenigen, die in ihrer Lauheit noch auf keine allgemeine

Erhebung rechneten, sondern geneigt waren, diese Bewegungen nur für einen gewöhnlichen Massenauflauf zu halten, zu ermuthigen."

Was am Donnerstag, dem 16ten, geschehen, das hat unsere Darstellung gezeigt. Weit entfernt, den „blutigen Kampf für die heiligsten Interessen des Menschen" zu beginnen, hatten die Massen auch an diesem Tage wie an den vorangegangenen waffenlos die Straßen und Plätze durchzogen, hatten sie wiederum aus ihrer Mitte dem Blei des feindlichen Militärs Opfer fallen sehen und sich dann ruhig, widerstandslos in ihre Häuser zurücktreiben lassen. Was konnte die „Verabredung" der „Männer, die sich an die Spitze der ganzen Bewegung gestellt", die Verabredung, die, nach Braß, noch vor dem Eintreten der blutigen Ereignisse, getroffen war, was konnte sie unausgeführt gelassen haben, nachdem zwei Abende hintereinander der Cavalleriesäbel, gerichtet gegen die bürgerliche Bevölkerung, sein Werk gethan, nachdem am dritten Abende auf die Massen gefeuert worden, — und „mit dem ersten Schuß", sagt der in diesen wie in allen Dingen erfahrene Rellstab (S. 29) „beginnt der wirkliche Krieg!" — nachdem die für die Revolutionäre günstigsten Nachrichten aus Wien eingelaufen waren, nachdem die halben und verfehlten Maßregeln, welche städtische und militärische Behörden getroffen, hinlänglich gelehrt, daß der Schutz des Einzelnen und des Eigenthums dem ungezügelt wirkenden Militär gegenüber von Stunde zu Stunde unsicherer geworden war — was konnte jene Verabredung unausgeführt gelassen haben? — — Hr. Braß weiß wirklich eine Antwort darauf zu geben! Seine Schilderung des 15. März schließt er mit dem Satze: „Man bereitete sich mit Ernst auf den Kampf des folgenden Tages." Eine Seite weiter in der Schilderung des 16ten heißt es: „Inzwischen bereitete sich Alles für den Abend zum ernsteren Kampf." Ein paar Zeilen weiter: „Alles war zu dem entscheidenden Schlage vorbereitet." Nichtsdestoweniger folgt allen diesen verheißenden Anfängen ein miserables Ende. Der 16. März verging ohne den „ernsteren Kampf", ohne den „entscheidenden Schlag" abgewartet zu haben. Was mag zu dem Braßschen Kampfe noch gefehlt haben? „Es fehlte", sagt Hr. Braß, nachdem er seine kühnsten Redensarten verschwendet, beim Beginn seiner Schilderung des 17ten März, „es fehlte noch immer das Nothwendigste zum Gelingen der ganzen Bewegung, die innigere Verbindung des Bürgers mit dem Arbeiter."

Hiermit ist jedoch die „ziemlich genaue" Kenntniß des Hrn. Braß über den Gang der Revolution noch nicht beendet. „Diese Vereinigung" theilt er ferner mit, „fand am Freitag, dem 17ten, statt." Wo und wie sie stattgefunden, erfahren wir nicht. Hr. Braß erzählt von Bürgerversammlungen, die am 17ten an verschiedenen Orten abgehalten wurden, in ihnen sehen wir Hrn. Wöniger, jedoch nur für eine friedliche Demonstration, agitiren, und insofern der „Gang der Revolution" in der zuletzt genannten Persönlichkeit zu Fleisch geworden, scheint Hr. Braß allerdings „ziemlich genau von dem Gang der Re-

volution berichtet." Danach repräsentirt freilich Hr. Wöniger allein die „Männer, die sich an die Spitze der ganzen Bewegung gestellt", Hr. Wöniger, dem, wie Hr. Braß ernstlich erzählt (S. 30), es allein zu verdanken ist, daß es nicht schon am 15ten zu einem „ernsteren Ausbruch" gekommen war. Ohne seine Anrede „an die wild bewegten Volksmassen" wäre „die Emeute schon damals losgebrochen."

Bedürfen wir nach allem Diesem mehr, um die Enthüllung des Hrn. Braß für eine Bravade zu halten, um diese Bravade mit der Mittheilung jenes studentischen Autors von der erst auf den 21sten bestellten Sendung von Rasen zu Barrikaden auf gleiche Stufe zu stellen?

Die Katastrophe nahte, auch ohne daß „eine Rotte Bösewichter, Fremde, ein Auswurf von Polen und Franzosen", und wie die Gespenster der Furchtsamen weiter heißen mögen, sie zu beschleunigen nöthig gehabt, die Katastrophe trat ein, auch ohne daß die Verabredung getroffen war, an diesem oder jenem Tage loszuschlagen, die Katastrophe war unabwendbar, selbst wenn die Rasen zu den Barrikaden sich auf dem Wege verspätet hatten. „Sie werden dem Unheil nicht mehr vorbeugen; es ist unaufhaltsam" sagte der Rector der Universität, Joh. Müller, schon am 15ten zu den Abgeordneten der Studirenden, welche sich zu Schutzmannsdiensten erboten hatten, und der studentische Verfasser der Schrift gegen die Signatura findet die Bestimmtheit, mit welcher sein Rector diese Aeußerung gethan, begreiflicherweise seltsam.*) „Die Sache des Königs ist gegen den Straßenaufruhr nicht mehr zu halten", äußerte am 16ten der so eben aus Paris zurückkehrende preußische Gesandte, Frhr. v. Arnim.**) Nur Hr. v. Bodelschwingh, indem er sich gegen den Ausdruck der Signatura temporis verwahrt, als habe er am 17. März noch fest genug geglaubt, „den Gang der Bewegung meistern zu können", erklärt in seiner mehrfach erwähnten Berichtigung***): „er habe geglaubt, daß unsere tapfere Armee der Bewegung Herr werden würde, wenn man ihre Kräfte gebrauchen wolle."

Was hatte man jedoch versäumt, um die Kräfte „unserer tapferen Armee" zur Unterdrückung der Bewegung zu gebrauchen? War nicht Berlin allmählig mit militärischen Kräften versehen worden, wie sie Städte in Friedenszeiten nie bedürfen? Boten nicht die Straßen der Stadt eine Woche lang den Anblick einer hart belagerten dar? Wurden nicht von allen Seiten neue militärische Streitkräfte der Stadt zugezogen? (Noch am 16ten wurden zwei Bataillone des 1sten Garde-Regiments von Potsdam nach Berlin dirigirt.) Und hatte nicht selbst „für den bevorstehenden Kampf" eine sehr hohe Person,

*) Gegen die Signatura temporis. S. 105.
**) Neue Preußische Zeitung. 1850. 22. Februar.
***) Neue Preuß. Ztg. 1849. 19. Januar. Beilage.

dieselbe, deren kriegerische Redensarten in den Kasernen Berlins wir bereits kennen gelernt, die Bürger Charlottenburgs zur getreuen Unterstützung des Königshauses aufgefordert? (Die Magistratsakten dieser Stadt werden das Nähere ausweisen.)

Weiße Stäbe in den Händen fliehender Schutzbeamten waren eine ziemlich ungleiche Waffe gegen die scharfgeschliffenen Säbel der Cavallerie, und die bedruckten Bänder jener Ritter von der traurigsten Gestalt waren nicht hinlänglich gefeit, um die Kugeln der Infanterie ihres wohlbedachten Zieles fehlen zu lassen. Geistige Waffen helfen nicht aus, wo von anderer Seite ein Angriff mit den eigentlichen Waffen des Krieges geschieht. Waffe gegen Waffe ist in solchen Fällen der berechtigte Ruf des Angegriffen, zur Todesbeute Ausersehenen.

Was sich seit vier Abenden in den Straßen Berlins wiederholt hatte, lieferte nicht geringen Stoff zu der Empörung, die sich immer weiter unter die Bevölkerung verbreitete; es scheint überflüssig, daß, wie ein Privatdocent der berliner Universität dichtet, „die abentheuerlichsten Gerüchte in der Berliner Zeitungshalle geschmiedet wurden"*) — eine Dichtung, die im April 1848 in den englischen „Times" von bedeutender Hand weiter und bedeutungsvoller verarbeitet ist, und auf die wir an geeigneter Stelle zurückkommen werden. Bei dem unerhörten Drucke, der plötzlich über die erregte Bevölkerung Berlins gekommen war, bei der Hoffnungslosigkeit, „das alte System" weichen zu sehen, zu einer Zeit, wo überall eine Fessel nach der anderen fiel, wo in Paris, in Wien, im südlichen Deutschland die Revolution täglich mehr Terrain gewann, da bedurfte es weder der abentheuerlichsten Gerüchte, noch jenes Apparats der vielerwähnten Nebelbilder, um den in reichem Maße vorhandenen Zündstoff zur Explosion gebracht zu sehen.

Woher Hr. v. Minutoli, der berliner Polizeipräsident, die Kenntniß gehabt, daß „am folgenden Tage (18.) die Revolution ihr Haupt erheben" werde (s. oben), das verschweigt der Urheber dieser Mittheilung, Hr. Leo. Drei Monate später, nachdem Hr. v. Minutoli dem Minister v. Bodelschwingh jene Kunde eröffnet, erklärte derselbe Polizeipräsident auf die Anfrage, ob und welche fremde „Emissäre" als „Anstifter unserer Märzrevolution" ermittelt worden, daß er keine vollgiltigen Beweise besitze, um bestimmte Individuen als Theilnehmer an den Ereignissen des 18. u. 19. März bezeichnen zu können. Es hätten sich zu jener Zeit „allerdings eine Menge von Fremden, theils gemeldet, theils ungemeldet", in Berlin aufgehalten, „das Benehmen mehrerer von ihnen" habe auch die „Vermuthung" rege gemacht, daß sie „politischen Bestrebungen" nicht fern geblieben seien; den „Grad ihrer Thätigkeit mit Be-

*) Deutsche Briefe aus Paris. Von A. Helfferich. Pforzheim 1848. S. 7.

zug auf den Ausbruch der Revolution" erklärt er jedoch näher anzugeben sich außer Stande. (Constitutionelles Club-Blatt Nr. 14. v. Juni.)

Darauf allein scheint sich die Kenntniß des Hrn. v. Minutoli — der gleichwohl der in der Leoschen Schrift aufgestellten Behauptung nicht widersprochen — beschränkt zu haben, und mit dieser officiellen Erklärung des Polizeipräsidenten steht nichts im Widerspruch, was den Verlauf der Bewegung als einen durchaus natürlichen darstellt. Eine Menge von Fremden hatte sich allerdings um diese Zeit in Berlin aufgehalten. Abgesehen von dem stärkeren Verkehr, den der beginnende Frühling stets mit sich bringt, hatten sich in den oben dargestellten Märzwochen viele fremde Handwerker und Arbeiter überhaupt in Berlin eingefunden, die aus ihrer unruhigen Heimath wegen der Stockung der Geschäfte vertrieben in dem ruhig gebliebenen Berlin Beschäftigung finden zu müssen geglaubt hatten. Der Beginn der Universitätsferien hatte ferner Studenten, vielleicht in größerer Zahl als gewöhnlich, nach Berlin gebracht. Unter den „Fremden" mögen auch zu jener Zeit gerade viele Franzosen und Polen gewesen sein, so daß selbst diejenigen Widersacher der Revolution Recht behalten, welche ungewöhnlich viel Frankenstücke im Geldverkehr bemerkt haben. Daß aber diese Fremden Einfluß auf den Fortgang der berliner Bewegung gewonnen hätten, davon ist nirgends eine Spur, reichten doch auch für die bisherigen Agitationen einige Bewohner Berlins selbst (mit Einschluß des Hrn. Wöniger) hinreichend aus. Die Macht der Polizei war überdies noch nicht so gebrochen, daß sie nicht auch von den offenkundigen oder geheimen Wühlereien der Fremden hätte Kenntniß haben sollen; sie zeigte sich gerade in diesen Tagen, was die öffentlichen Lokale, die Versammlungen betraf, in ihrer ganzen Strenge, sie nahm Verhaftungen vor, sie war mit politischen Dingen so beschäftigt, daß sie, was sonst zu ihrer Hauptbeschäftigung gehörte, jetzt sogar verschmähte, Tabackraucher auf offener Straße zu arretiren.

Von den Vorgängen des 17. März bleibt uns nur wenig noch zu berichten übrig. Außer den schon erwähnten Bürgerversammlungen fanden dergleichen noch an andern Orten statt. So hatten sich namentlich im Saale des Friedrich-Werderschen Gymnasiums viele Mitglieder der Schutzcommissionen versammelt, und sehr bald waren hierher die Nachrichten von Dem gekommen, was in der Versammlung im kölnischen Rathhause vorgegangen war. Von hier aus ging dieselbe Nachricht in die benachbarte Wohnung des Oberbürgermeisters Krausnick, bei dem sich der Bürgermeister Naunyn und mehrere Stadträthe befanden. Die Nachricht aus dem kölnischen Rathhause verbreitete hier, so erzählt Hr. Braß, die größte Bestürzung, und Hr. Naunyn übernahm es, in die Wohnung des Hrn. Wöniger zu eilen, um diesen von seinem Vorhaben abzubringen. Hr. Wöniger war jedoch nicht in seiner Wohnung, und überhaupt — meldet der genau unterrichtete Hr. Braß weiter — „blieb er den

ganzen Abend, die ganze Nacht und den folgenden Vormittag zur nicht geringen Besorgniß seiner Freunde verschwunden . . .; er sollte in der Nacht verhaftet werden und hatte es daher vorgezogen unerkannt in einem Gasthofe zu logiren." Wir werden ihm jedoch sehr bald wieder begegnen.

Auch die Studenten hielten noch eine Versammlung. Einer aus ihrer Mitte abgesandten Deputation war der Minister v. Bodelschwingh mit vollem Vertrauen entgegengekommen, während der Prinz von Preußen in Gegenwart derselben sich noch mißtrauisch über die — Trikolore geäußert hatte. Die Majorität in der Aula, zu der auch der Verfasser der gegen die Signatura temporis gerichteten Schrift gehört, beschloß, nachdem, wie ihr Geschichtschreiber sich ausdrückt, „ihr schönes Werk gelungen schien", eine Erklärung an den König, ungefähr des Inhalts: „die Studentenschaft habe freudig die Hand geboten, um den Frieden der Stadt unblutig wieder herzustellen; die Lauterkeit dieser Absicht sei sowohl verdächtigt, als auch andererseits die Unterstellung gemacht worden, die Studenten hätten sich dadurch von der ganz Deutschland bewegenden Reformation lossagen wollen; der ernsten Zeit, meinten die Studenten, entspräche die rückhaltloseste Aufrichtigkeit; deshalb verwahrten sie sich vor dem Könige dagegen, daß, weil sie für Herstellung der Ordnung mitgewirkt, ihnen Freiheit und Vaterland nicht am Herzen lägen, vielmehr wäre ihre Begeisterung dafür so groß, daß sie gerade deshalb Straßentumulte nicht für den Weg erachten, zu jenen hohen Gütern zu gelangen, vielmehr die Beruhigung der Hauptstadt als erste Bürgschaft für den Sieg der Reformen begrüßten." Diese studentische Erklärung sollte durch drei Mitglieder der Aula dem Könige überreicht werden.

XIV. Das Testament des Ministeriums Bodelschwingh. — Das Preßgesetz und Patent wegen beschleunigter Einberufung des Landtags. — Graf Arnim. — Die kölner Deputation.

Dem Ministerium schien es nun endlich an der Zeit zu sein, nicht bloß mit neuen, kühneren Verheißungen, sondern selbst mit reformatorischen Akten der Gesetzgebung hervorzutreten. Seit der letzten Emanation der königlichen Gnade in dem „Patent wegen Einberufung des Vereinigten Landtags" waren drei Tage vergangen, kaum acht Tage seit der öffentlichen Verheißung „einer auf Censurfreiheit begründeten, durchgreifenden Reform der Preßgesetzgebung", und schon sollte das in Preußen bisher Unerhörte geschehen, es sollte dieser Verheißung die Verwirklichung auf den Fuß folgen, ein Preßgesetz sollte wirklich eingeführt, die Censur aufgehoben werden. Aber noch mehr! Während noch vor drei Tagen der König jener Deputation der loyalen städtischen Behörden Berlins auf den einen ihrer loyalen Wünsche, welcher gegen die so-

genannte allmählige Entwickelung der Verfassung gerichtet war, erklärt hatte: er könne diesem Wunsche nicht unbedingt beitreten, „es gebe gewisse Dinge, die sich nicht übereilen ließen, wenn man nicht Gefahr laufen wolle, sie auf den Kopf zu stellen", sollte jetzt in einem öffentlichen Akte die „Nothwendigkeit einer constitutionellen Verfassung" auch für Preußen anerkannt, und plötzlich die bisher stets bei allen öffentlichen Kundgebungen des Königs hervorgetretene Scheu nicht bloß vor einer Constitution, sondern sogar schon vor diesem Worte beseitigt werden.

Der Minister v. Bodelschwingh, der Anhänger und Vertreter des Absolutismus, der Gegner und Verächter der constitutionellen Form, hielt sich selbst und sein Ministerium dazu bestimmt, diese bedeutendste aller seit den letzten drei und dreißig Jahren geschehenen Concessionen zu gewähren, um dann von dem Schauplatze seines bisherigen Wirkens abzutreten und einem Regierungssystem Raum zu geben, von dem er, ebensowohl mit Rücksicht auf seine eigenen Antecedentien, als besonders mit Rücksicht auf das Volk, wohl fühlte, daß anderen Personen als der seinigen — sollte die Ausführung des Systems eine aufrichtige sein — die Leitung der Geschäfte anvertraut werden mußte.

Hr. v. Bodelschwingh selbst spricht sich darüber in der schon erwähnten Berichtigung der Signatura temporis folgendermaßen aus: „Die Angabe, daß man schon früher über die Nothwendigkeit der Bildung eines neuen Ministeriums einig gewesen, ist nicht richtig. Nur einer der Minister, und zwar derjenige, dem die Vertheidigung der Gesetzgebung vom 3. Febr. 1847 vorzugsweise aufgetragen gewesen war (Hr. v. Bodelschwingh selbst), glaubte bei der Umgestaltung der Dinge, deren Nothwendigkeit er übrigens vollkommen, vielleicht zuerst, erkannt hatte, nicht in seiner Stellung verbleiben zu können, und hatte bereits die Zusicherung seiner Entlassung aus derselben erhalten. Die übrigen Minister hatten Sr. Majestät nur die Erklärung abgegeben, daß sie sich unbedingt zur Disposition stellten, damit in ihren Personen kein Hinderniß liege, eine etwa nöthig erscheinende durchgreifende Umgestaltung so auszuführen, wie dies am nöthigsten erscheinen möchte." — Von dem Cabinetsminister v. Thile erzählt der Verfasser der Signatura, daß dieser zuletzt allein noch bestritt: das Ministerium könne die Concessionen nicht machen, bis er von allen andern überstimmt, endlich noch spät am Abend (des 17.) nachgegeben. Dagegeben erklärte Hr. v. Bodelschwingh, daß von einem Widerspruche Thile's nichts bekannt geworden sei.

Das Gesetz über die Presse wurde bereits am 17. März von dem Könige unterschrieben und von dem Prinzen von Preußen gegengezeichnet, das die Concessionen enthaltene Patent wegen beschleunigter Einberufung des Vereinigten Landtages trägt jedoch die Ueberschrift des 18. März, denn erst am Morgen dieses Tages wurde, wie Hr. v. Bodelschwingh später selbst mittheilte, das in der Nacht entworfene Patent, nachdem es zuvor dem,

inmittelst zum Cabinets-Präsidenten designirten Grafen Arnim vorgelegt war, und dessen Zustimmung erhalten hatte*), dem Könige im Conseil vorgetragen, discutirt und vollzogen und augenblicklich zur Druckerei befördert.

Wir theilen beide Aktenstücke in derjenigen Folge mit, in welcher sie am 18. März durch eine Extrabeilage des Staatsanzeigers veröffentlicht wurden.

Patent wegen beschleunigter Einberufung des Vereinigten Landtages.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen rc. rc.

Als Wir am 14. d. M. Unsere getreuen Stände zum 27. April d. J. beriefen, um vereint mit ihnen diejenigen Maßregeln zu beschließen, welche die, Unseren deutschen Bundesgenossen vorzuschlagende Regeneration Deutschlands auch für Preußen nothwendig bedingen, konnten Wir nicht ahnen, daß in denselben Stunden große Ereignisse in Wien einerseits die Ausführung Unserer Vorschläge wesentlich erleichtern, andererseits aber auch die Beschleunigung ihrer Ausführung unerläßlich machen würden.

Jetzt, nach jenem wichtigen Ereignisse finden Wir Uns vor Allem bewogen, nicht allein vor Preußens, sondern vor Deutschlands — so es Gottes Wille ist — bald innigst vereintem Volke laut und unumwunden auszusprechen, welche die Vorschläge sind, die Wir Unseren deutschen Bundesgenossen zu machen beschlossen haben.

Vor Allem verlangen Wir, daß Deutschland aus einem Staatenbund in einen Bundesstaat verwandelt werde. Wir erkennen an, daß dies eine Reorganisation der Bundesverfassung voraussetzt, welche nur im Verein der Fürsten mit dem Volke ausgeführt werden kann, daß demnach eine vorläufige Bundesrepräsentation aus den Ständen aller deutschen Länder gebildet und unverzüglich berufen werden muß. — Wir erkennen an, daß eine solche Bundesrepräsentation eine constitutionelle Verfassung aller deutschen Länder nothwendig erheische, damit die Mitglieder jener Repräsentation ebenbürtig neben einander sitzen.

Wir verlangen eine allgemeine deutsche Wehrverfassung und werden beantragen, solche im Wesentlichen derjenigen nachzubilden, unter welchen Unsere — Preußens Heere — in den Freiheitskriegen unverwelkliche Lorbeeren sich errangen. Wir verlangen, daß das deutsche Bundesheer unter einem Bundesbanner vereinigt werde, und hoffen, einen Bundesfeldherrn an seiner Spitze zu sehen. Wir verlangen eine deutsche Bundesflagge und hoffen, daß in nicht zu langer Frist eine deutsche Flotte dem deutschen Namen auf nahen und fernen Meeren Achtung verschaffen werde.

Wir verlangen ein deutsches Bundesgericht zur Schlichtung aller Streitigkeiten staatsrechtlichen Ursprungs zwischen den Fürsten und Ständen, wie auch zwischen den verschiedenen deutschen Regierungen.

Wir verlangen ein allgemeines deutsches Heimathsrecht und volle Freizügigkeit in dem gesammten deutschen Vaterlande.

Wir verlangen, daß fortan keine Zollschranke mehr den Verkehr auf deutschem Boden hemme und den Gewerbfleiß seiner Bewohner lähme; Wir verlangen also einen allgemeinen deutschen Zollverein, in welchem gleiches Maaß und Gewicht, gleicher Münzfuß, ein gleiches deutsches Handelsrecht auch das Band materieller Vereinigung bald um so fester schließen möge.

Wir schlagen vor Preßfreiheit mit gleichen Garantien gegen deren Mißbrauch für das gesammte deutsche Vaterland.

Das sind Unsere Vorschläge, Unsere Wünsche, deren Verwirklichung Wir mit allen Unseren Kräften zu erstreben suchen werden. Mit stolzem Vertrauen rechnen Wir dabei auf die bereiteste Mitwirkung Unserer deutschen Bundesgenossen und des gesammten deutschen Volkes, welches Wir mit Freuden durch Einverleibung Unserer nicht zum Bunde gehörigen Provinzen in den Bund verstärken werden, wenn, wie Wir voraussetzen, deren berufene Vertreter diesen Wunsch theilen und der Bund sie aufzunehmen bereit ist.

---

*) Graf Arnim erklärt in einer als Flugblatt erschienenen „berichtigenden Erklärung" vom 31. Januar 1849, daß ihm das „von der Hand des Ministers v. Bodelschwingh geschriebene und von dem Könige bereits vollzogene" Concept des Patentes vom 18. März am Morgen dieses Tages zur Einsicht gegeben, daß ihm jedoch weder früher, noch in diesem Augenblicke gesagt worden, er sei zum Cabinets-Präsidenten designirt, oder solle überhaupt in's Ministerium treten.

Wir geben der freudigen Hoffnung Raum, daß die Ausführung Unserer Absichten, ja daß schon deren Anbahnung die Spannung heben wird, die jetzt zu Unserem großen Schmerz das deutsche Vaterland erfüllt, die Verkehr und Gewerbe lähmt, es spaltet, die es zu zerreißen droht, — ja Wir hoffen, daß jene Maßregeln Deutschland in sich stark, nach außen geachtet machen werden, damit in seinen vereinigten Kräften Europa die sicherste Gewähr eines dauernden, gesegneten Friedens finden möge.

Damit aber die Erfüllung Unserer Absichten am wenigsten in Unsern Staaten Zögerung und Hinderniß finden können, damit Wir desto eher diejenigen Vorschläge zu entwickeln im Stande sind, welche Wir für die Verfassung Unserer Staaten nöthig erachten, haben Wir beschlossen, die Berufung des Vereinigten Landtages zu beschleunigen und beauftragen das Staatsministerium, diese Einberufung auf Sonntag, den 2. April d. J. zu bewirken.

Gegeben Berlin, den 18. März 1848.

Friedrich Wilhelm.

Prinz von Preußen.

Mühler. v. Rother. Eichhorn. v. Thile. v. Savigny. v. Bodelschwingh. Graf zu Stolberg. Uhden. Frhr. v. Canitz. v. Duesberg. v. Rohr.

Gesetz über die Presse.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. ꝛc. haben bereits im vergangenen Jahre bei der deutschen Bundesversammlung eine auf Censurfreiheit beruhende Preßgesetzgebung in Antrag gebracht. Nachdem inzwischen der Bundesbeschluß vom 3. März d. J. ergangen, ein für alle deutsche Bundesstaaten gemeinsames Preßgesetz aber, wie Wir es im Interesse deutscher Einheit gewünscht hätten, für jetzt nicht zu erzielen gewesen ist, verordnen Wir, unter Vorbehalt eines nach Anhörung des Vereinigten Landtages zu erlassenden Preßgesetzes, auf den Antrag Unseres Staatsministeriums, was folgt:

§. 1. Die Censur wird hiermit aufgehoben.

Alle auf die Censur bezüglichen Bestimmungen, Anordnungen, Einrichtungen und Strafvorschriften treten außer Kraft.

§. 2. Die Entscheidung darüber: ob in Druckschriften, oder vermittelst mechanisch vervielfältigter Bildwerke ein Verbrechen oder Vergehen verübt worden, und wer dafür strafbar sei, steht den ordentlichen Gerichten zu. Dieselben haben hierbei lediglich nach den Vorschriften der in Unseren Staaten geltenden Strafgesetze sich zu achten.

Sämmtliche zur weiteren Verbreitung noch vorräthige Exemplare von Schriften oder Bildwerken, welche rechtskräftig für verbrecherisch erachtet worden, sind ganz oder theilweise zu vernichten. Auch hierüber haben die Gerichte zu erkennen.

§. 3. Auf jeder Druckschrift muß am Schlusse der Name und Wohnort des Druckers, auf jedem mechanisch vervielfältigten Bildwerke am Fuße der Name und Wohnort desjenigen, der die Vervielfältigung bewirkt hat, angegeben werden.

Außerdem muß auf der Schrift oder dem Bildwerke, wenn sie, es sei mit oder ohne Uebertragung des Verlagsrechts, durch den Buch- oder Kunsthandel verbreitet werden sollen, der Name und Wohnort der mit der Verbreitung beauftragten Handlung genannt sein.

§. 4. Für periodisch erscheinende Schriften gelten folgende Bestimmungen:

1) Wer fortan eine Zeitschrift in kürzeren oder monatlichen Fristen herausgeben will, ist verpflichtet, vor der Herausgabe:

a) in einem dem Oberpräsidenten einzureichenden Prospectus die Gegenstände, mit welchen sich die Zeitschrift beschäftigen, die Zeitabschnitte, in denen sie erscheinen soll, so wie den Titel bestimmt anzugeben, und

b) eine Kaution zu bestellen, deren Höhe, wenn das Blatt sechsmal oder öfter wöchentlich erscheinen soll, wie folgt bestimmt wird:

für Städte, welche nach dem Gesetze vom 30. Mai 1820 „wegen Entrichtung der Gewerbesteuer" (Gesetzsam. S. 147.) zur ersten Abtheilung gehören, auf 4000 Thlr.;
für Städte der zweiten Abtheilung auf 2000 Thlr.;
für Städte der dritten Abtheilung auf 1000 Thlr.;
für die zur vierten Abtheilung gehörenden Ortschaften auf 500 Thlr.

Für ein Blatt, welches weniger als sechsmal wöchentlich erscheint, wird die Caution auf die Hälfte der oben gedachten Summen bestimmt.

Die Kaution ist bei der Regierungs-Hauptkasse und zwar in Preußischen Staatsschuldscheinen, zum Nennwerthe zu hinterlegen.

Befreit von der Kautionsbestellung bleiben: die bei Erlaß dieses Gesetzes bestehenden periodischen Blätter, so wie diejenigen, welche ausschließlich mathematischen, naturwissenschaftlichen, geographischen, medizinischen, musikalischen oder rein gewerblichen Gegenständen gewidmet sind.

2) Ausgeschlossen von dem Rechte zur Herausgabe periodischer Schriften sind nur diejenigen, welche wegen eines von ehrloser Gesinnung zeugenden Verbrechens rechtskräftig zu einer Strafe verurtheilt sind.

3) Eine periodische Schrift, welche wider die Bestimmung unter 2., oder ohne vorangegangene Erfüllung der unter 1. vorgeschriebenen Bedingungen erscheint, ist von der Polizei-Behörde zu unterdrücken.

4) Wird der Herausgeber oder der Verleger eines bei Erlaß dieses Gesetzes bereits bestehenden periodischen Blattes, welches in kürzeren als monatlichen Fristen erscheint, oder der Vertreter des Herausgebers wegen eines vermittelst des Blattes begangenen Verbrechens oder Vergehens rechtskräftig verurtheilt, so hat der Richter zugleich auf Bestellung einer Kaution zu erkennen und diese nach den Vorschriften unter 1 b abzumessen. Bis zur Bestellung der vom Richter erkannten Caution darf das Blatt nicht erscheinen.

5) Beim Rückfall hat der Richter, mit Rücksicht auf die Schwere des begangenen Verbrechens oder Vergehens, neben der dafür zu erkennenden Strafe, die ursprünglich (1 b) oder in Folge eines Urtheils (4.) bestellte Kaution ganz oder einen Theil derselben für verfallen zu erklären, und zugleich zu bestimmen, ob die Kaution zu ergänzen, oder die fernere Herausgabe des Blatts zu verbieten sei.

6) Der Herausgeber einer in kürzeren als Monatsfristen erscheinenden Zeitschrift ist verpflichtet, Entgegnungen, zu welchen sich die betheiligte Staatsbehörde veranlaßt findet, in das nächste Stück des Blattes kostenfrei aufzunehmen, und solchen Entgegnungen den Platz anzuweisen, an welchen sich der angreifende Artikel befunden hat.

Dasselbe gilt von Entgegnungen solcher Privatpersonen, welche in der Zeitschrift Angriffe erlitten haben.

Uebersteigt der Umfang der Entgegnung den Umfang des Artikels, auf welchen die Entgegnung sich bezieht, so sind für die mehreren Zeilen Einrückungsgebühren zu zahlen.

7) Am Ende jedes Stückes einer Zeitschrift ist der Herausgeber, so wie der Verleger, wenn dieser vom Herausgeber verschieden ist, und der Drucker namhaft zu machen.

§. 5. Der Verleger einer nicht periodischen Druckschrift, so wie derjenige, in dessen Commission eine nicht periodische Druckschrift erscheint, ingleichen derjenige, welcher eine solche Schrift, ohne sie in Commission zu geben, im Selbstverlage erscheinen läßt, ist verpflichtet, zugleich mit der Herausgabe des Werkes eine schriftliche Anzeige, welche den Titel des Werkes enthalten muß, bei der Ortspolizei-Behörde einzureichen, auch derselben auf Verlangen ein Exemplar der Druckschrift vorzulegen.

§. 6. Wer eine der in den §§. 3., 4. und 5. enthaltenen Bestimmungen verletzt, verfällt in eine von den ordentlichen Gerichten zu erkennende Geldbuße von 5—100 Thlr., oder im Unvermögensfalle in eine verhältnißmäßige Gefängnißstrafe.

§. 7. Die Polizeibehörden sind berechtigt, zur Verbreitung bestimmte Druckschriften oder Bildwerke, durch welche nach ihrem Ermessen ein Strafgesetz verletzt ist, vorläufig in Beschlag zu nehmen; sie müssen jedoch innerhalb 24 Stunden nach der Beschlagnahme die gerichtliche Verfolgung beantragen.

Das Gericht hat über die Fortdauer oder Aufhebung der verhängten vorläufigen Beschlagnahme schleunigst zu befinden.

§. 8. In Ansehung des Debits der im Auslande erscheinenden Zeitungen verbleibt es bis dahin, daß ein allgemeines deutsches Preßgesetz vereinbart sein wird, bei den bestehenden Vorschriften.

§. 9. Alle Strafen, welche wegen Uebertretung der bisherigen Censur-Vorschriften verwirkt und noch nicht verbüßt sind, werden hierdurch niedergeschlagen, und jedes dieserhalb eingeleitete Verfahren wird aufgehoben.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Berlin, 17. März 1847

Friedrich Wilhelm.

Prinz von Preußen.

v. Rother. Eichhorn. v. Thile. v. Savigny. v. Bodelschwingh. Graf zu Stolberg. Uhden. Frhr. v. Canitz. v. Düesberg. v. Rohr.

Ueber die Geschichte des Patentes lassen wir zunächst Hrn. v. Bodelschwingh selbst reden: „Am 16. März" — erzählt er, an das anknüpfend, was er bereits zur Geschichte der am 14ten erlassenen Cabinetsordre angeführt, und was wir oben mitgetheilt — „am 16ten wurde die Katastrophe Wiens in Berlin bekannt. Diese veränderte wesentlich den Standpunkt der Sache. Das Zustandekommen des Fürstencongresses erschien problematisch, wenigstens durfte man dabei nicht mehr auf Oesterreich zählen; zugleich griff die Revolution in Deutschland mit Riesenschritten um sich. Da erkannte man die Nothwendigkeit, mit den längst vorbereiteten, nur schärfer ausgeprägten und mit dem Zugeständniß eines deutschen Parlaments vervollständigten Planen für Deutschlands Umgestaltung vorzugehen, und Preußen, von dem sie ausgegangen waren, auch an die Spitze der Bewegung zu stellen. Damit war zugleich der eine Grund der verspäteten Einberufung des Vereinigten Landtages gefallen, während auf der andern Seite die mit des Sturmes Eile dahin laufenden Ereignisse des Tages — in jeden Tag drängten sich Wochen und Monate zusammen — zur Eile mahnten. Es wurde beschlossen, den Landtag zu einem nahen Termine zu berufen und das Einberufungs-Patent zugleich zur Veröffentlichung der Pläne Preußens für seine und Deutschlands Umgestaltung zu benutzen."

Was das hierin erwähnte „deutsche Parlament" betrifft, so war bereits am 11. März ein Schreiben des nassauischen Legationsrathes Frhrn. Max v. Gagern an die Regierung in Berlin gelangt, worin die Absicht, ein deutsches Parlament zu versammeln und die Aufforderung, daß Preußen sich der Sache annehmen solle, ausgesprochen war. An demselben Tage, so berichtet der damalige Minister des Auswärtigen, Hr. v. Canitz, selbst, erfolgte die Antwort*), in welcher der Antrag, ein deutsches Parlament zu versammeln, keinesweges verworfen, vielmehr ausdrücklich gesagt wurde: „daß der Vorschlag zu einem deutschen Congreß (Vereinigung der Regierungen) mit dem eines deutschen Parlaments keinesweges im Widerspruch stände, vielmehr beides zusammen bestehen und zusammen gehen müsse, um zum Ziele zu kommen, da eine Auflösung des Bundes und eine Vernichtung der in den einzelnen Bundesstaaten bestehenden ständischen Organisation weder die Einheit Deutschlands, noch das Wohl des deutschen Volkes fördern werde."

Diesen Auszug aus einer Correspondenz, durch welche die Ereignisse einen Strich gemacht, führt Hr. v. Canitz an „zum Beweise, daß das Preußische Cabinet nicht in blinder Sorglosigkeit von dem politischem Erdbeben überrascht wurde, das von Paris aus Europa erschütterte!"

Die zuletzt citirte Schrift nennt sich eine „berichtigende Anmerkung zur Signatura temporis" und während der Minister v. Bodelschwingh in seiner

*) Die Contrasignatur der Proclamation. S. 23.

mehrfach angezogenen Erklärung factische Irrthümer der Signatura zu widerlegen bemüht ist, versucht der Verfasser der „Contrasignatur", der damalige Minister des Auswärtigen, Hr. v. Canitz, das Verfahren des Ministeriums Bodelschwingh, den ihm von dem Verfasser der Signatura gemachten Vorwürfen gegenüber, zu rechtfertigen. Die beiden Minister-Autoren begegnen sich zunächst in dem Lobe, welches sie der ihre Erklärungen veranlassenden Schrift zollen, der Eine bezeichnet sie als höchst werthvoll wegen der darin enthaltenen trefflichen Apologie der Handlungsweise Sr. Majestät des Königs und fühlt sich um so mehr zu einigen Berichtigungen berufen, als jene Schrift „ohne Zweifel aus guter Quelle geschöpft", künftig „als historische Annale" benutzt werden könnte, der Andere bekennt, daß sie „viel Wahrheit" enthalte und „für die Nachwelt, für einen künftigen Geschichtschreiber ein sehr beachtenswerthes und schätzenswerthes Material" bleiben werde.

Hr. v. Canitz wendet sich hauptsächlich gegen die Stelle der Signatura, in welcher von den oben mitgetheilten Entwürfen vom 17. und 18. März die Rede ist. „Man faßte", heißt es daselbst (S. 23), „im Staatsministerio den Gedanken auf, gewisse Entwürfe, die man schon vor einigen Wochen vorbereitet hatte, die durch den Ausbruch der französischen und deutschen Bewegungen nur etwas gestört und verzögert worden waren, weil man in die ohnehin aufgeregten Wogen nicht noch neue Reizmittel hatte werfen wollen, von Neuem aufzunehmen, indem man glaubte, es werde am Vorabende der Revolution durch Concessionen gelingen, der Revolution zuvor und so formell um sie und um die unheilsschwangeren Folgen einer eigentlichen Umwälzuug herum zu kommen. Man verhehlte sich, daß diese Entwürfe durch den Umstand, daß sie jetzt als Concessionen auftraten, in ihrem innersten Wesen alterirt werden müßten; man war zwar klar darüber, daß die Aufgabe, die Consequenzen dieser Concessionen zu ziehen, anderen Ministern als den bisherigen überlassen werden müsse, bedachte aber nicht, daß man diesen neuen Ministern dadurch, daß man ihnen den Erlaß der Concessionen selbst vorwegnehme, nicht nur das wichtigste und einzige Mittel raubte, in wahrhaft parteigewinnender Weise ihr Amt anzutreten, sondern daß man sie durch dieses Vorwegnehmen nöthige, auf neue erweiterte Concessionen, auf ein Voranlaufen in der revolutionären Bewegung zu denken, und daß man also diese Bewegung nicht durch die gemachten Zugeständnisse, wie man wähnte, zügele, sondern vielmehr noch zügelloser mache. Die Aufgabe der alten Minister konnte würdigerweise keine andere sein, als so lange sie im Amte wären, das zeither von ihnen vertretene System auch weiter zu vertreten, und wenn sie es nicht mehr vertreten zu können glaubten, sich selbst ganz und sofort zurückzuziehen und ihren Nachfolgern, die Erbschaft der Geschäfte ohne diese laesio enormis vorweggenommener Concessionen antreten zu lassen."

Die Richtigkeit dieser Ansicht, derzufolge die Proclamation vom 18. März

nichts anderes als Concessionen bedeuten, um die bereits losgebrochene Revolution zu stillen, bestreitet Hr. v. Canitz; er hält vielmehr für den Zweck dieser Proclamation, „den Ausbruch der Revolution in Preußen zu verhüten, und den Strom der Bewegung in eine Bahn zu leiten, wodurch eine durchgreifende, schon vorher erwogene, als nothwendig und heilsam erkannte Reform, ohne Revolution und ohne Straßenkampf und Blutvergießen, bewirkt werden konnte." Den Ministern, behauptet Hr. v. Canitz, die am 17ten sich entschlossen, die ihnen bis dahin anvertrauten Portefeuilles dem Könige zur freien Disposition zu stellen, um zur Bildung eines neuen Cabinets völlig freie Hand zu lassen, kann nicht füglich eine Verantwortung für Begebenheiten zugeschoben werden, die erst nach diesem ihren Entschluß eintraten; sie würden aber den Vorwurf verdienen, nur an ihre eigenen Angelegenheiten gedacht zu haben, wenn sie in der Constellation, wie sie solche am 17ten übersehen konnten, ohne Weiteres ihre Aemter niedergelegt und den Nachfolgern alle Sorge für Gegenwart und Zukunft überlassen hätten. „Die Sache", so vertheidigt Hr. v. Canitz weiter, „hatte, so wie sie lag, keinesweges ihre gewiesenen Wege, als ob es nur darauf angekommen wäre, die Plätze den bereits designirten Nachfolgern zu räumen. Der Moment dieses Ministerwechsels fiel mit dem der Einführung eines constitutionell-verantwortlichen Ministeriums, also mit dem ersten Schritt auf einer neuen Bahn, inmitten einer heftigen Krisis zusammen, es war demnach beides ins Auge zu fassen: sowohl die Bereitschaft, die Führung der Geschäfte anderen Händen zu übergeben, als auch Dasjenige ohne Zeitverlust ins Werk zu setzen, was die Umstände forderten. . . . Der neue Ministerpräsident fand am 18ten Vormittags, als ihm der Antrag gemacht wurde, an die Spitze der Verwaltung zu treten, den Weg bezeichnet und angebahnt, er hatte in Betreff der Personen die Hände völlig frei; es war ihm nichts vorangegangen, als die Unannehmlichkeit diejenigen gehen zu heißen, die er nicht als Collegen zu behalten wünschte. Der Antritt seines Amtes würde hingegen bis zur Unmöglichkeit erschwert worden sein, wenn in den innern und auswärtigen Angelegenheiten nichts vorbereitet gewesen wäre und die bisherigen Minister sich ganz und sofort zurückgezogen hätten, wie es die Signatura, im Gegensatz gegen die angebliche laesio enormis verlangt."

Mit Bezug auf die in den vorhin erwähnten Schriften enthaltene, die Betheiligung des Grafen **Arnim** betreffende Darstellung giebt eine „berichtigende Erklärung" des Letzteren *) eine ziemlich weitläuftige Ausführung über diesen Punkt. Graf **Arnim** erzählt, daß bereits in den Tagen vor dem 18. März der Minister v. Bodelschwingh ihm die Absicht mitgetheilt habe, ihm mit mehreren anderen Mitgliedern des Landtages, welche nach Berlin berufen seien,

*) Boyzenburg, 31. Januar 1849. Gedruckt bei Brandis in Berlin

bei den Vorberathungen über die Aenderung der Verfassung zuzuziehen. Eins dieser Mitglieder, das am 17ten Abends in Berlin angekommen und gleich nach der Ankunft ihn besucht, habe ihm am 18ten zwischen 8 und 9 Uhr eine Einladung des Hrn. v. Bodelschwingh, sogleich zu ihm zu kommen, überbracht. Dort habe er eine Person gefunden, von der er gewußt, daß sie aus ihrer früheren Stellung das besondere Vertrauen des Königs besitze, dieselbe, von der Hr. v. Bodelschwingh berichtete, daß die Unterhandlungen mit ihr wegen Bildung eines Ministeriums nicht zum Ziele geführt hätten. Hr. v. Bodelschwingh und diese Person waren bei dem Eintritt des Grafen Arnim mit der Durchsicht eines Schriftstückes beschäftigt, das sie auch diesem zur Einsicht mittheilten; es war das bereits vom Könige unterschriebene Patent vom 18. März. Graf Arnim erklärte sich mit dem Inhalte desselben um so mehr einverstanden, als er nach der auf den 27. April geschehenen Berufung des Vereinigten Landtags das Zögern in dieser Beziehung schon früher in Gesprächen mit einigen der damaligen Minister beklagt hätte. Nachdem er in dieser Weise Kenntniß von dem Patente erhalten, — das er „bei einer nur möglichen einmaligen flüchtigen Durchlesung als eine vollendete Thatsache betrachten mußte" — wurde dasselbe in das Bureau gegeben.

„Die Unterhaltung", fährt Graf Arnim in seiner Erzählung fort, „die Unterhaltung unter uns Dreien wandte sich nun auf diesen nothwendigen Wechsel des Systems, auf den dadurch herbeigeführten Entschluß des Ministers v. Bodelschwingh nicht in seiner Stellung zu verbleiben, den ich möglichst bekämpfte u. s. w., ohne daß auch hierbei von meinem Eintritt ins Ministerium die Rede war, bis etwa gegen 10 Uhr ein Schreiben des Ministers v. Thile an mich ins Zimmer gebracht wurde, worin derselbe mir mittheilte, daß Se. Majestät mich schleunig sprechen wolle und ich daher ungesäumt zu Allerhöchstdemselben kommen möge. Nachdem mich hierauf der Minister v. Bodelschwingh von der Absicht Sr. Majestät, mich ins Ministerium zu berufen, in Kenntniß gesetzt hatte, und derselbe bei seinem Entschlusse, sein Amt niederzulegen verblieb, sprach ich gegen jene dritte Person, aber leider vergeblich, den Wunsch aus, daß dieselbe den Beruf statt meiner übernehmen oder wenigstens ihn mit mir theilen möge. Somit begab ich mich zu Se. Majestät. Allerhöchstdieselben forderten mich auf, ein Ministerium zu bilden und an dessen Spitze zu treten, da das in Function befindliche seine Entlassung angeboten habe. Ich erbat mir bei der Wichtigkeit der Sache eine für die unerwartete Aufgabe der Bildung eines Ministeriums gewiß nicht zu lange Bedenkzeit bis zum anderen Tage, welche mir gewährt wurde."

Die Deputation der Stadt Köln war inzwischen am 17ten in Berlin eingetroffen. Sie bestand aus den Gemeinderaths-Mitgliedern v. Wittgenstein, Domcapitular Broix, Kaufmann Raveaux, Dr. D'Ester, Advocat Böcker, Ju-

stizrath Stupp, Seydlitz, Heyser, Michels, Guilleaume, Becker, Dr. Claessen. An ihrer Spitze befand sich der Oberpräsident der Rheinprovinz, Eichmann. Sie waren mit der Forderung um schleunige Einberufung des Landtages und Einführung von Reformen gekommen und stellten die Stimmung in der Provinz als so gefahrvoll hin, daß die Nichtberücksichtigung dieser Forderungen den sofortigen „Abfall der Rheinlande" nach sich ziehen würde. Noch am Abende des 17ten zeigte die Deputation dem Minister v. Bodelschwingh ihre Ankunft und den Zweck ihrer Mission an. Der Minister versprach ihnen für den nächsten Morgen eine Audienz beim Könige. Sie fand am Sonnabend Vormittag statt.

XV. Eine Bekanntmachung des Staatsanwalts. — Versammlungen der städtischen Behörden, von Bürgern und Studenten, am 18. März. — Bürgerdeputation bei dem Könige. — Die Scene vor dem Schlosse.

Ehe wir an die Darstellung der Ereignisse des achtzehnten März gehen, theilen wir, um der Vollständigkeit, die alle Mittheilungen dieses Werks erstreben, Genüge zu leisten, ein Aktenstück mit, welches im Strudel der folgenden Begebenheiten fast ganz unbekannt und bei der unerwartet eingetretenen Wendung der Dinge ohne Erfolg geblieben, im nächsten Zusammenhange mit den blutigen Vorgängen der Abende vom 13ten bis 16ten März steht. Dasselbe knüpft zunächst an die oben mitgetheilte Bekanntmachung des Gouvernements vom 15ten an, wenn gleich es nicht die dort angekündigte militärische, sondern die richterliche Gewalt ist, die das Recht unschuldig Verfolgter und der tödtlichen Waffe zum Opfer gefallener Personen wahrzunehmen beansprucht. Das erwähnte Aktenstück, von dem damaligen Staatsanwalt des Criminalgerichtes, dem später durch seine Thätigkeit als Volksvertreter allgemeiner bekannt gewordenen Hrn. v. Kirchmann unterzeichnet, lautet:

Bekanntmachung. Am 15ten ds., Abends gegen 9 Uhr, ist ein Unbekannter in der Spreegasse durch einen Flintenschuß getödtet aufgefunden und sein Leichnam später nach dem Obductionshause der Königl. Charité behufs der Anerkennung geschafft worden. Am 16ten März d. J. Abends ist der Buchhalter Ludwig Wilhelm Franke, 26 Jahr alt, hier geboren, in der Nähe des Prinzessinnenpalais, durch einen Flintenschuß getödtet worden, und es sind am 17. März d. J. der Bildhauer Eugen Dressler, 19 Jahr alt, von hier gebürtig, in Folge einer an der Gertraudten-Brücke erhaltenen Schußwunde, und der Arbeitsmann Carl Hartmann, 32 Jahr alt, ebenfalls hier geboren, in Folge einer, in der Gegend der neuen Königswache erhaltenen Schußwunde gestorben.

Zur näheren Ermittelung der Todesart dieser Personen werden Diejenigen, welche hierüber aus eigener Wissenschaft Kenntniß besitzen, aufgefordert, entweder mündlich oder schriftlich sich zu melden, damit ihre gerichtliche Vernehmung veranlaßt werden kann. Kosten werden hierdurch nicht verursacht.

Berlin, den 18. März 1848.

Der Staatsanwalt beim Königl. Criminalgericht.
v. Kirchmann.

Diese Bekanntmachung, die man vergebens in den berliner politischen Zeitungen sucht — die Summe und die Wirkungen der vom 18. März an sich folgenden Ereignisse ließ ihre Veröffentlichung unnöthig erscheinen — findet sich in der Gerichtszeitung: Publicist (von F. A. Thiele. Nr. 22. Außerordentliche Beilage). Sie hat mit allen am 18. März erschienenen öffentlichen Bekanntmachungen das gemein, daß sie, ebensowenig wie diese, zu der ihnen bestimmten allgemeinen Kenntniß kam, und ebensowenig den beabsichtigten Erfolg hatte. Dasselbe Schicksal traf, wie bald zu ersehen, die bereits mitgetheilten königlichen Eröffnungen, traf die Bekanntmachungen des Magistrates, des Ministers v. Bodelschwingh, des militärischen Befehlshabers: die allgemeine Theilnahme gehörte an diesem Tage dem lebenvollen Markte, dem Leben selbst, war dem todten Papiere abgewandt.

Am Morgen des 18. März war bereits der wesentliche Inhalt der erst am Vormittage in den Druck gegebenen königlichen Verordnungen vom 17. u. 18. einigen Mitgliedern des Magistrats, sowie andern bevorzugten Bürgern, bekannt geworden. Das Streben der ersten städtischen Behörde ging darauf hin, eine Demonstration, wie sie in den Bürgerversammlungen des vorigen Tages beschlossen war, um jeden Preis zu verhindern: überall hin, wo man Vereinigung von Personen zur Besprechung über die politischen Angelenheiten vermuthete, wurden Abgeordnete dieser Behörde gesandt, um Nachrichten von den „freisinnigsten" Verheißungen zu bringen, welche noch im Laufe dieses Tages die auf Reformen Harrenden überraschen würden, und um zugleich von allen weiteren demonstrirenden Schritten abzumahnen.

Magistrat und Stadtverordnete hielten schon vom frühen Vermittage an ihre Sitzungen; als Fortsetzungen der bereits gestern stattgehabten fanden zu gleicher Zeit auch Versammlungen von Bürgern statt. Ueber eine derselben, mit der hernach die städtischen Behörden selbst in Verbindung traten, bringt ein authentischer Bericht, dem sich eine Schilderung der Stadtverordneten-Versammlung anschließt, folgende Mittheilungen:

„In dem Hause Neue Friedrichsstraße 47, und zwar in dem zum Gottesdienste der lutherischen Gemeinde bestimmten, sehr geränmigen Saale war eine sehr zahlreiche und aufgeregte Versammlung. Sobald um 10 Uhr daselbst der Stadtrath Dr. Kobland und der Stadtsyndikus Möwes, in Verbindung mit dem Kammergerichts-Assessor Wache, erschienen waren, wurde dem Letzteren die Leitung der Versammlung übertragen. Syndikus Möves bat die Versammlung flehentlich, fast mit Thränen, sie möge sich von dem Zuge nach dem Schlosse zurückhalten lassen; der Stadtrath Kobland unterstützte ihn in dem ausgesprochenen Ansuchen. Auch der Geheime Commerzienrath Karl war erschienen und berichtete, daß inzwischen Vieles von dem Könige bewilligt sei, namentlich Censurfreiheit; man möge sich nur bis zum Abende gedulden. Die

Versammlung wendete gegen das Verlangen der Geduld ein, daß die Ereignisse eine schleunige Erledigung der Tagesfragen erheischten, indem der Vorsitzende, Assessor Wache, aufmerksam machte, daß er als ein gutes Auskunftsmittel nachher seine Vorschläge in Betreff einer Vorstellung an die Stadtverordnetenversammlung entwickeln werde. Der anwesende Stadtverordnete Holbein unterstützte ihn hierin, indem er erklärte, daß die Stadtverordneten-Versammlung so eben eine Berathung halte, um alle die Wünsche, die nur die Versammlung beschließen und auf dem Herzen haben könne, selbst in einer sehr umfassenden Weise Sr. Majestät dem Könige noch im Laufe des Vormittags durch eine von ihr abzusendende Deputation zur Kenntniß zu bringen; es werde aber die Stadtverordneten-Versammlung gewiß zusammenbleiben, um die hier von der Bürgerschaft gefaßten Beschlüsse etwa nach Verlauf einer Stunde zu vernehmen und den ihrigen beizugesellen. Der frühere Stadtrath Herr D. A. Benda verlangte nun das Wort und entwickelte in einer längeren, mit großer Begeisterung gesprochenen Rede, daß es weniger jetzt um die gewöhnlichen Fragen, als Preßfreiheit und Zusammenberufung der Landstände sich handle, als vielmehr um Entfernung derjenigen Personen aus dem Rathe des Königs, welche Mißtrauen und Zwiespalt zwischen den König und das Volk gesäet; er beantrage also: Entfernung des jetzigen Ministeriums. Dieser Rede folgte ein ungemeiner Beifall der Versammlung. Hierauf wurden noch andere Anträge gestellt: freie Ständeverfassung, Entfernung des Militärs, Bewaffnung der Bürgerschaft, Einrichtung von Schwurgerichten, endlich Gleichstellung aller religiösen Bekenntnisse. Man glaubte auch, eben diese Anträge dem Könige um die Mittagsstunde durch eine Deputation überreichen zu können, was um so dringender schien, weil, wie man vernommen, der König am folgenden Tage nach Potsdam zu ziehen beabsichtige, und in der nächsten Woche der Jahrmarkt auf dem Schloßplatze beginne, der eine Störung durch eine sich ansammelnde Volksmenge leicht erleiden könne. — Es wurden nun noch mehrere Reden in sehr verschiedenem Sinne gehört; der Buchhändler Simion, der Dr. Friedländer, Dr. Weyl und Andere sprachen zum Theil für den sofortigen Zug nach dem Schlosse. Inzwischen waren wiederum zwei Magistrats-Mitglieder erschienen: der Stadtrath Duncker und der Stadtsyndikus Hedemann; sie theilten der Versammlung mit, daß auch der Magistrat bereits eine auf die freisinnigsten Grundlagen gestellte Bitte an den Thron gebracht, und eine Gewährung derselben in der kürzesten Frist zu gewärtigen stehe, auch schon am Abende des laufenden Tages in den öffentlichen Blättern vollständige Censurfreiheit und eine noch schleunigere, auf den 4ten k. M. schon bestimmte Zusammenberufung der Landstände verkündet werden würde. Die Mittheilung brachte einige Beruhigung in die Versammlung, die der Vorsitzende mit dem ganzen Aufgebot seiner Kräfte und mit durchdringendster Stimme kaum in Ordnung zu halten und von weitergreifenden Anträgen und Entschlüssen zurück-

zuhalten vermocht hatte. Endlich trug er, Assessor Wache, selbst darauf an, in einer bereits von ihm aufgesetzten und mitgebrachten Vorstellung an die Stadtverordneten-Versammlung vorzüglich die Tagesfrage: die Bewaffnung der Schutzbeamten, in's Auge zu fassen, und zur größeren Sicherstellung dieser Einrichtung ein Gesetz zu beantragen, daß sie als öffentliche Beamte zu betrachten, jeder Angriff gegen sie wie ein Angriff obrigkeitlicher Personen anzusehen, und Soldaten und Truppenführer unter eigener Verantwortung und bei den gesetzlich bestehenden Strafen der Ueberschreitung ihrer Befugnisse jeden Angriff auf die Einwohnerschaft eines Bezirks zu vermeiden haben, so lange in diesem die Schutzbeamten in ihrer Wirksamkeit auf den Straßen sich noch befänden. Der Antrag fand Beifall; man verlangte aber jedenfalls auch die Mittheilung der übrigen, vorher erwähnten Forderungen des Volks an die Stadtverordneten, und entschloß sich zu einem gemeinschaftlichen Zuge nach deren Sitzungssaale im kölnischen Rathhause, um dort die Beschlüsse mündlich zu überbringen. Dazu wurden einige Abgeordnete gewählt, zu denen, außer dem Vorsitzenden, der Hr. D. A. Benda, der Dr. Friedländer und Dr. Weyl gehörten.

„Gegen 12 Uhr begab sich nun die ganze Versammlung auf den Weg. Inzwischen hatte sich zwar die Stadtverordneten-Versammlung aufgelöst, weil deren Deputation nach dem Schlosse entsendet war; man lud aber die erschienenen Bürger in den Zuhörerraum des Saales ein, und ihre Abgeordneten in den Sitzungssaal selbst, wo sie die Rückkunft der Deputation mit den übrigen Stadtverordneten erwarten sollte.

„Gegen 1 Uhr erfolgte sie; die Mitglieder der Deputation, die Stadtverordneten Seidel, Schäffer, v. Raumer, Dr. Veit, Berends berichteten über die höchst befriedigende Aufnahme bei Sr. Majestät dem Könige; endlich erschien der Stadtverordneten-Vorsteher Fournier selbst, und auch dieser theilte mit, daß alle von den Stadtverordneten vorgetragenen Bitten: Aenderung des zeitigen Ministeriums, Censurfreiheit, schleunige Zusammenberufung der Landstände, eine freie Ständeverfassung mit beschließenden Ständen, Bürgerbewaffnung und Entfernung des Militärs, unter den günstigsten Anzeichen baldiger Gewährung, ja theilweise schon unter vollständiger Gewährung von dem Könige aufgenommen worden wären. Ein rauschender Beifall erfolgte auf der Zuhörer-Bühne in der plötzlich zu einer öffentlichen sich umgestalteten Stadtverordneten-Sitzung. Man lud nun die Abgeordneten der Bürgerschaft auf die sonst den Magistratscommissarien bestimmten Sitze ein, und der Assessor Wache sprach im Namen der gesammten Bürgerschaft zunächst den Dank gegen die Stadtverordneten aus, daß durch die eben vernommenen von ihnen beschlossenen Anträge den Wünschen der Bürgerschaft entgegengekommen sei; aber, fügte er hinzu, eine unabweisliche Forderung des Volkes, nicht blos des in diesen Mauern, sondern der Bevölkerung des ganzen Landes, sei die Gleichstellung aller religiösen Bekenntnisse

auf freisinniger Grundlage, und da ein dahin zielender Antrag unter den an den Thron gebrachten Bitten der Stadtverordneten nicht vernommen worden sei, so müsse er seines Auftrags auch in dieser Weise sich entledigen, daß er bitte: die Stadtverordneten-Versammlung möge auf das Schleunigste auch diesen Wunsch des gesammten Volkes vor den König bringen. Zugleich fügte der Redner hinzu: er fühle das ganze Gewicht und die Verantwortlichkeit dieser Stunde; nur in sie, die Stadtverordneten, die eigentlichen Vertreter der Bürger, setze man bei der Oeffentlichkeit ihrer Verhandlungen und ihrer bürgschaftleistenden Persönlichkeit unter den jetzigen bewegten, schweren Zeitverhältnissen ein volles Vertrauen; sie seien die einzige Behörde gewesen, der man Anträge so gewichtiger Art, statt unmittelbar an den König sich zu wenden, habe anvertrauen wollen; sie möchten daher das Außergewöhnliche des Schrittes der Bürgerschaft an diesem Tage als ein Vorbeugungsmittel weiterer aufregender Schritte betrachten und sich der Bürgerschaft mit der gewohnten Wärme annehmen. Ein allgemeiner langanhaltender Beifall der Stadtverordneten und der Zuhörer folgte dem Schlusse dieser Rede. Als aber hierauf der Vorsteher Fournier erklärte, daß auch der letzte Antrag der Bürgerschaft: Gleichstellung aller Culten, wie früher schon von den städtischen Behörden, so auch jetzt wiederum bei dieser Gelegenheit Sr. Majestät dem Könige vorgelegt worden, und daß auch auf diese Bitte eine höchst befriedigende Antwort des Königs gegeben sei, so erfolgte ein wirklicher lange anhaltender Beifallssturm, der endlich mit der Sitzung in einer freudigen Umarmung der Bürgerabgeordneten von Seiten der Stadtverordneten sich auflöste. — Man beschloß sogleich, am Abende des Tages die Stadt festlich zu erleuchten."

Die Aula der Universität war an diesem Morgen, wie sich ihr Geschichtschreiber, der „freimüthige Widersacher der Revolution", ausdrückt, ein „echter Mikrokosmus der Bewegung". Wir finden hier den am vorigen Abende „zur nicht geringen Besorgniß seiner Freunde" verschwundenen Dr. Wöniger wieder. Da sich die „revolutionäre Fraction" der Studenten durch Vorwegnehmen der Schriftführung in den eigentlichen Besitz der Verhandlungen einzudrängen gewußt hatte — fast alle Mitglieder derselben, achtzehn an der Zahl, hatten sich von vornherein in die Rednerliste eintragen lassen — so gelang es nur mit Mühe, den Dr. Wöniger zu Worte kommen zu lassen. Er lud zur Theilnahme an einer Versammlung ein, in welcher über die Bürgerwehr berathen werden sollte. „Großmüthigerweise" war den Rednern der revolutionären Fraction das Wort gestattet worden, ohne daß der Schluß der Verhandlung angenommen, und obschon die Majorität dadurch verhindert wurde, in Betreff der Friedenswachen für diesen Abend Abrede zu treffen. Mitten in einer der Revolutionsreden wird dem Vorsitzenden ein mit Bleistift beschriebener Zettel überbracht; er enthält die Mittheilung von der Verleihung der

Preßfreiheit; als der Vorsitzende dies der Versammlung eröffnet, erfolgt ein „Jubel über alle Beschreibung". Dieser wird durch die Nachricht eines Mitgliedes jener Fraction unterbrochen, daß zwar Preßfreiheit bewilligt sei, jedoch mit dem Preßgesetz, welches schon 1847 von sich reden gemacht hatte. Da erhält der Vorsitzende ein versiegeltes Schreiben vom Magistrate. (Es war, wie auch der Verfasser der Signatura bemerkt, die Veranstaltung getroffen, Corporationen und anderen Versammlungen, von denen man wußte, Kenntniß von den Schritten der Regierung zu geben.) Der Inhalt dieses Schreibens ist eine Abschrift des Preßgesetzes vom 17. März. Dasselbe wird mit lauten Freudenbezeigungen von der Majorität unter den Studenten vernommen; Hr. Bornemann, der als Verfasser genannt war, erhält ein „stürmisches" Hoch. Ein Redner der Minorität greift das Gesetz wegen der Cautionen an; ihm hält ein „Sachkundiger" die größere französische Cautionssumme entgegen und „weitaus die Meisten stimmten in das Lob des Gesetzes ein."

Nichtsdestoweniger — fährt der „freimüthige Widersacher" in seiner Schilderung fort — „nichtsdestoweniger wurde von den folgenden Rednern mit Invectiven der aufreizendsten Art gegen die Freunde der Ordnung und Gesetzlichkeit fortgefahren. Die Wiener Umwälzung und das Verdienst der Studenten um dieselbe sollte Diejenigen brandmarken, welche die Hand dazu geboten, die Revolution zu hintertreiben und das Volk zu knechten; denn was sei mit der Preßfreiheit gewonnen? wo sei die Bürgschaft, daß sie bleibe, daß sie nicht zum leeren Schein herabsinke? Ein Umstand erhöhte den Muth der Revolutionäre: bei einer hastigen Bewegung löst sich der unter dem Rednerpulte angebrachte hölzerne Adler los, stürzt mit Gepolter zu Boden; ein Flügel war zerbrochen; sogleich benutzten dies die Redner als Omen. Neue Botschaft und Unterbrechung der Redner; es wird geschrieben, der König sei mit durchgreifenden organischen Veränderungen des Staatswesens beschäftigt; sie würden im Laufe der nächsten Stunden bekannt werden. Schließlich kam das Gerücht, die Minister Eichhorn, Thile, Savigny wären entlassen: da flogen die Mützen hoch in die Luft. Die Jünglinge schüttelten einander die Hand und wünschten Glück."

Ehe sich die Versammlung „in den ausgelassensten Scherzen über das Märtyrium dieses Morgens" trennte, war von der Studentenschaft für gut befunden worden, die von Dr. Wöniger empfohlene Bürgerwehrversammlung zu besuchen, und ebenso, wenn nicht gar von dort aus, „einer Demonstration auf dem Schloßplatz beizuwohnen". Es sollte aber auch wieder Nachmittag um 2½ Uhr eine Versammlung in der Aula sein, und für den Abend wollte man (d. h. die „Redlichen" der Majorität) sich noch einmal als Schutzwachen aufthun und dieses verleumdete Institut zu Ehren bringen." Der „freimüthige Widersacher", damals selbst Student, und seine Gleichgesinnten hatten nämlich die Besorgniß ausgesprochen, daß diesen Abend die Schutzwachen am nöthigsten,

wenn auch zum letzten Male nöthig werden könnten, da sowohl die freudige Aufregung selbst Excesse herbeiführen, als auch leicht zur Erregung neuer Conflicte von „verzweifelten" Revolutionärs benutzt werden dürfte! Endlich wurde den drei gewählten Abgeordneten (s. oben S. 108) aufgegeben, die Erklärung der Studentenschaft baldigst zur Kenntniß des Königs zu bringen.

Wenden wir uns von dieser Studentenversammlung in das königliche Schloß, in den Audienzsaal des Königs. Hierher war die Deputation der Stadt Köln, von deren Ankunft wir oben berichtet, durch den Oberpräsidenten Hrn. v. Eichmann um 10 Uhr Vormittags beschieden worden. Herr v. Eichmann begleitete die Deputation in das Schloß; hier empfing sie der König in Gegenwart des Prinzen von Preußen. Hr. v. Wittgenstein, Mitglied des kölner Gemeinderathes, — wir folgen einem authentischen Berichte der Spenerschen Zeitung — redete den König „in tiefergreifenden Worten" an und schilderte die Lage der Rheinprovinz und der Stadt Köln „mit Ernst und Würde, die volle Wahrheit mittheilend." Er machte darauf aufmerksam, wie von der Antwort, welche die Deputation nach ihrer Heimath zurückbringe, „gewissermaßen die Zukunft der ganzen Provinz abhänge", wie die Wichtigkeit der gegenwärtigen Verhältnisse „einen augenblicklichen hochherzigen Entschluß bedingten." Zum Schlusse übergab der Redner eine Adresse des kölner Gemeinderathes, welche in entschiedenen Worten sich über die Lage der Rheinprovinz ausließ. Der König antwortete „sichtbar bewegt und in huldreichster Weise": es freue ihn, daß die ihm vorgebrachten Wünsche mit seinem Vorhaben übereinstimmten, er werde sich an die Spitze der Bewegung Deutschlands stellen und im Inneren die nöthigen Freiheiten gewähren. Da der König auf einen Congreß in Potsdam hinwies, äußerte die Deputation, „wie das Heil und die Rettung Deutschlands nur zu erwarten sei, wenn der Congreß, umgeben mit Volksvertretern, in Frankfurt a. M. stattfinde, um allen Verdacht einer wiedereintretenden Reaction zu beseitigen." Wiederholt stellte die Deputation dem Könige vor, wie dringend es für die Beruhigung der Rheinprovinz sei, wenn die Deputation mit einer festen Zusicherung nach der Heimath zurückkehre. Halbe Maßregeln könnten in keiner Weise beruhigen. Der König ersuchte hierauf die Deputation, die Abreise noch drei Stunden zu verzögern, bis zu welcher Zeit er derselben die betreffende Proclamation, in der Alles gewährt sein würde, durch den Oberpräsidenten zusenden werde. Nachdem Hr. v. Wittgenstein noch bemerkt hatte, „daß von dem Entschlusse dieser Stunde vielleicht das Heil Deutschlands abhängig und eine einzige Stunde in diesem Augenblicke wichtiger sei, als sonst ein ganzes Jahr", entfernte sich der König und bald darauf auch die Deputation, an welche der Prinz von Preußen noch einige Worte gerichtet hatte. Mittags halb zwei Uhr erhielt die Deputation die betreffende Proclamation durch den Oberpräsidenten.

Bald darauf, nachdem sich die rheinische Deputation entfernt hatte, erschien die von der städtischen Behörde abgesandte, an ihrer Spitze der Oberbürgermeister Krausnick. Das allgemeine Resultat derselben ist bereits oben in dem Berichte über die Sitzung der Stadtverordneten mitgetheilt.

Die erste städtische Behörde wußte nach den so eben von dem Könige gemachten Eröffnungen nichts Eiligeres zu thun, als der Bevölkerung Mittheilungen von den neuen königlichen Verheißungen zu machen. Dies geschah durch ein großes Plakat, welches gegen Mittag überall verbreitet wurde. Dasselbe lautete wörtlich (und mit genauer Bezeichnung der, in dem Plakate selbst mehr oder minder hervorgehobenen Schrift) folgendermaßen: *)

Bekanntmachung.

Der Magistrat ist amtlich davon unterrichtet, daß ein auf die freisinnigsten Grundlagen sich stützendes Preßfreiheitsgesetz bereits unwiderruflich vollzogen ist, und bürgt der Magistrat mit seiner ganzen Wirksamkeit für die Bewahrheitung dieser Regierungsmaßregel. Gleichzeitig ist Se. Majestät der König gegenwärtig mit der Vollziehung von Entschließungen beschäftigt, welche das Wohl das Vaterlandes auf dauernde Weise sichern werden.

Der Landtag wird zum 2. April einberufen

Berlin, 18. März 1848.

Oberbürgermeister, Bürgermeister und Rath hiesiger Königl. Residenzien.

Diese Bekanntmachung ist zugleich die letzte, welche mit der weitläuftigen, althergebrachten Unterschrift versehen ist; alle später folgenden derselben Behörde begnügten sich mit einer einfacheren.

Die allgemein verbreitete Kunde von der friedlichen Demonstration, die in der Bürgerschaft beabsichtigt war, hatte schon am Vormittage viele Gruppen von Menschen auf dem Schloßplatze zusammengebracht. Militär war auf dem Platze anfangs nicht sichtbar, doch hielten die Hofräume des Schlosses so wie die Eingänge zu demselben starke Truppenabtheilungen besetzt. Noch waren die auf dem Schloßplatze Anwesenden zum größten Theile unbekannt mit dem, was im Schlosse vorgegangen und was noch im Laufe des Tages aus der Hofbuchdruckerei zu erwarten, als die so eben mitgetheilte Bekanntmachung des Magistrats in vielen Exemplaren unter die Menge vertheilt wurde. Während hier und da Freudenbezeugungen schon über diese Magistratsbürgschaft laut wurden, ließen die Meisten diese seltsame Ankündigung königlicher Concessionen unberücksichtigt, schienen Alle auf eine augenblickliche Entscheidung durch das unmittelbare Organ des Königs selbst zu warten.

Gegen zwei Uhr erschien dieser auf dem Balkon. Die Gruppen auf dem Platze waren inzwischen angewachsen, eine Menge von etwa zehntausend Menschen, der größten Zahl nach in anständiger Kleidung, bedeckte den Schloßplatz. Laute Hurrah's und Jubelgeschrei entstand beim Hervortreten des Königs.

*) Das Original-Plakat gehört in den größten Sammlungen zu den Seltenheiten.

Dieser versuchte zu sprechen. Das chaotische Gewirre auf dem Platze ließ jedoch nichts verstehen. Eine neben dem Könige stehende Person in Civil verkündete mit lauter Stimme etwa Folgendes: „Der König will, daß Preßfreiheit herrsche; der König will, daß der Landtag sofort berufen werde; der König will, daß eine Constitution auf der freisinnigsten Grundlage alle deutschen Länder umfasse; der König will, daß eine deutsche Nationalflagge wehe, der König will, daß alle Zollschlagbäume fallen; der König will, daß Preußen sich an die Spitze der Bewegung stelle." Und der Jubel der unten Versammelten, das Gewirre wurde immer stärker, die Exclamationen der Einzelnen, ihre stürmisch geäußerten Wünsche und Aufforderungen immer weniger verständlich. Bald darauf erschien der König nochmals auf dem Balkon. Dieselbe Art der Begrüßung Seitens der Menge, dieselbe Unmöglichkeit beim Könige sich verständlich zu machen. Er wehete mit einem Tuche. Die neben ihm stehende Civilperson, nach Einigen Hr. v. Bodelschwingh, sprach vom Balkon herab den Dank des Königs aus, zugleich mit dem Wunsche, daß die Versammlung sich zerstreuen möchte.

Inzwischen waren die Verheißungen im Druck erschienen; ein Extrablatt der „Allgem. Preußischen Zeitung", das etwa um 2 Uhr ausgegeben wurde, enthielt die oben bereits mitgetheilten Verordnungen vom 17. und 18. März. Einzelne Exemplare desselben wurden an Personen gegeben, die Anstalten machten, den Inhalt zu verlesen. Ueberall bildeten sich um je einen dieser Vorleser, die gewöhnlich, um verständlich zu werden, auf die Schultern Anderer gehoben werden mußten, Gruppen. Das Gewirre, die Exclamationen vermehrten sich; ein chaotisches Durcheinander herrschte. Die Zahl der den Platz Verlassenden wurde mehr als ersetzt durch die Schaaren der neu Hinzuströmenden. Indem die stets wachsende Menge immer mehr an die Schloßportale gedrängt und dort des in großer Stärke aufgestellten Militärs ansichtig wurde, entstand unter der Mehrzahl das Verlangen nach Entfernung des Militärs. Die Erinnerung an die blutigen Abende dieser Woche tauchte auch da noch auf, als Viele die hauptsächlichsten Wünsche der Bevölkerung erfüllt glaubten. Umsonst bemühten sich die aus dem Schlosse heraustretenden Personen die einzelnen, sich an sie Herandrängenden zu belehren, daß ja Alles, was nur gewünscht worden, erfüllt sei, daß der König selbst beschlossen habe, das Ministerium zu entlassen, daß Männer wie Camphausen und Auerswald in's Ministerium gerufen werden sollten — umsonst; was vor einer Stunde noch lauten Jubelruf hervorgebracht, das reichte jetzt zur Befriedigung der Gemüther nicht mehr aus. So lange die schon so oft und vielseitig ergangene Aufforderung zum Zurückziehen des Militärs unberücksichtigt geblieben war, glaubte die Menge kein Vertrauen zu den Verheißungen haben zu dürfen. Es wird erzählt (s. Helfferich: Deutsche Briefe aus Paris. I. 8), daß, als Hr. v. Savigny unter dem Schloßportal einen Mann aus dem Volke belehren wollte,

der König habe mehr bewilligt, als man verlangt, dieser Mann geantwortet habe: „Alter, das verstehst du nicht, man hat nichts bewilligt!“ — Und daß selbst alle Verheißungen und Concessionen keine Befriedigung gewähren konnten, würde nicht gleichzeitig der Einfluß des Militärs, wenn nicht vernichtet, so doch geschwächt, das fühlten selbst die ruhigsten und gemäßigsten Bürger. Hatte doch sogar der sehr loyale Gymnasialdirector August, welcher genaue Kenntniß von der immer drohender werdenden Stimmung der Bürgerschaft zu haben glaubte, sich noch in der Mitternachtsstunde vom 17. zum 18. März zu Hrn. Alexander v. Humboldt begeben, ihn wecken lassen und ihn beschworen, allen seinen Einfluß anzuwenden, um den König zu sofortiger Entfernung des Militärs und zur Bewaffnung der Bürger zu bewegen!

Es war etwa 2½ Uhr, als an dem Balkon eines dem Schlosse gegenüberliegenden Hauses eine Fahne mit den preußischen Farben (schwarz und weiß) befestigt wurde. Aus der Menge auf dem Schloßplatze winkte man zum Zurückziehen der Fahne und verlangte eine schwarz-roth-goldene. Die Fahne wurde hierauf eingezogen. Gleichzeitig setzte sich die bei der Stechbahn haltende Schwadron Dragoner in Bewegung und drang mit gezogenem Säbel auf die Massen ein.

Das Geschrei: „Militär zurück!“ wurde ein allgemeines. Die Attaque der Cavallerie ging bis an den großen Kandelaber des Schloßplatzes; sie hatte ein paar Secunden gedauert. Der größte Theil des Schloßplatzes bis an die Kurfürstenbrücke hin war immer noch von Menschen bedeckt, als bald nach jener Attaque eine Compagnie Infanterie aus dem zweiten Portale des Schlosses (von der Spree an gerechnet) marschirte.

Die Infanterie zog eine Chaine über den Platz nach der breiten Straße zu, rückte dann, indem sie ein Deployiren in kleinen Sectionen entfaltete, gegen die Kurfürstenbrücke vor. Da, am äußersten rechten Flügel dicht an den Häusern zwischen der breiten Straße und der Brücke fielen aus ihren Reihen zwei Schüsse.

Die Massen stoben auseinander.

Wir ergänzen diese Darstellung durch einige authentische Mittheilungen. Einer dieser Berichte lautet:

Als die Stadtverordneten-Versammlung im Auseinandergehen war, kam der Stadtverordnete Duncker in den Saal und brachte eine Anzahl Exemplare des eben aus der Druckerei gekommenen Patents, welche schleunigst, so weit sie reichten, vergriffen wurden. Kaum war dies geschehen, so drang die Nachricht in den Saal, die Massen auf dem Schloßplatz seien unruhig: die noch anwesenden Stadtverordneten und Bürger banden schnell ihre Binden um, und beschlossen, auf den Schloßplatz zu eilen, und durch Mittheilung des Patents die dort befindliche Volksmenge zu beruhigen. Es waren dies u. a. die Stadtverordneten Scheffer, Heymann, Petsch, Reimer, Kochann, Bötzow, Walter rc. Auf dem Schloßplatze angelangt, wurde die anwesende Menge aufgefordert, sich ruhig zu verhalten und das eben erschienene Patent anzuhören. Scheffer trat in die Mitte der vor dem einen Portal versammelten bedeutenden Menschenmenge, Heymann in die Mitte der ein dichtes Spalier bildenden andern. Letzterer wurde sogleich von Einigen auf die Schultern

gehoben um besser gesehen und gehört werden zu können. Die Vorlesung begann, fast jeder Passus daraus wurde durch ein lautes Hoch, unter Schwenken der Hüte, freudig begrüßt und mit Jubel aufgenommen. Während dieses Jubelrufs zeigte sich das Garde-Dragoner-Regiment an der Stechbahn und es wiederholte sich der Ruf: „Militär fort!“ Einige Schwenkungen desselben brachten bei den Anwesenden die Meinung hervor, das Regiment wolle abmarschiren, weshalb ein lautes Bravo erscholl; dies veranlaßte den Kommandeur des Regiments Front machen und im Trabe gegen die Menge anrücken zu lassen. Unmittelbar darauf marschirte aus dem mittlern Portal ein Bataillon des Kaiser-Franz-Regiments vor, stellte sich in Linie auf, ging bis zur Mitte des Schloßplatzes, fällte das Bajonet, schwenkte links nach der langen Brücke ab, setzte sich in Sturmschritt, die Trommel wirbelte, und als es etwa 20 Schritte von der Brücke war, fielen die zwei verhängnißvollen Schüsse. Der ganze Schloßplatz war vorher schon von der großen Volksmasse verlassen worden, welche angsterfüllt, staunend und entsetzt sich in die benachbarten Straßen gedrängt hatte; und das Dragoner-Regiment stellte sich beim Kandelaber auf.

Von den Stadtverordneten, welche die Mittheilung des Patents bewirkt hatten, fanden sich einige am Eingange der Breiten Straße zusammen, erkannten die Wichtigkeit des Augenblicks und die drohende Gefahr, und Heymann forderte seine Collegen: Petsch, Reimer, Kochann auf, mit ihm zu Sr. Majestät zu gehen, um die sofortige Zurückziehung des Militärs zu erflehen; mitten durch das Dragoner- und das im Schloßhofe befindliche 1. Garde-Regiment drangen sie bis in den innern Hofraum und an die Treppe, welche zu den Gemächern des Königs führt, vor. Dort traf Heymann zunächst den Kriegsminister und beschwor diesen, um Blutvergießen zu verhüten, den Befehl zum sofortigen Zurückziehen der Truppen zu ertheilen, welcher jedoch beharrlich dabei blieb, er könne diese Verantwortlichkeit nicht übernehmen; mittlerweile waren die Minister Graf Arnim und v. Bodelschwingh heruntergekommen und Heymann richtete dasselbe dringende Gesuch auch an diese, versicherte hoch und theuer, daß keine Gefahr davon zu befürchten sei, daß das Volk jubeln und in Zeit von 10 Minuten mehrere Tausend Mitglieder der Schutz-Commission sich vor dem Schlosse aufstellen und solches und seine Bewohner wie eine eherne Mauer schützen würden, wenn irgend etwas Ungebührliches vorkommen sollte, was aber bei der jetzigen Stimmung durchaus in keiner Weise zu befürchten sei. Er wurde dabei von dem Stadtsyndicus Möves und mehreren daselbst anwesenden Kollegen auf das Eindringlichste unterstützt, mit thränenden Augen beschwor man die Hrn. Minister sie zu dem König zu lassen oder Se. Majestät zu bewegen, sich auf dem Balkon zu zeigen und die Truppen zurückziehen zu lassen, immer hieß es aber: Niemand könne die Verantwortlichkeit einer solchen Maßregel übernehmen, auch habe der General Prittwitz das Commando, nicht sie; Se. Majestät habe sich bereits zweimal gezeigt, den Wunsch ausgesprochen, die Volksmenge möge sich zerstreuen, und der preußische Soldat dürfe niemals und in keinen Verhältnissen Kehrt machen. Viele anwesende Staatsmänner unterstützten die dringenden Bitten der Stadtverordneten und Bürger, aber die vorgefaßte unglückliche Ansicht, daß es jetzt schimpflich für die Truppen sein würde, wenn man sie zurückzöge, und sie so gleichsam vom Volke überwunden wären, war nicht zu besiegen. Inzwischen waren auch die königlichen Prinzen in den innern Hofraum gekommen; die Bitten wurden nun auch eben so flehentlich an diese gerichtet, und Prinz Carl entfernte sich mit dem Versprechen, eine Vermittelung zu versuchen. Unterdessen war auch der Stadtrath Nobiling in den innern Hofraum gedrungen, richtete auch seinerseits dieselben Bitten an die dort befindliche Generalität, versicherte, daß er als ein früherer Soldat gewiß nichts begehren würde, was irgend unehrenhaft für das Militär sei. Als auch dies fruchtlos blieb, forderte er die anwesenden Stadtverordneten und Bürger auf, sich zu dem versammelten Volke zu begeben, um zu versuchen, ob es durch gütliches Zureden zu bewegen sei, von dem Begehren der augenblicklichen Entfernung des Militärs abzustehen, und abermals das Patent zu verlesen. Dies geschah, Syndicus Möwes bestieg einen an der langen Brücke zu diesem Behufe angehaltenen Wagen, wurde, weil seine Stimme zu schwach war, auf Verlangen der Versammelten von dem Mitredakteur der Spenerschen Zeitung, Curtius, abgelöst, aber diese Bestrebungen reichten nicht hin, die aufgeregte Menge zu beschwichtigen.

Der im vorstehenden Bericht zuletzt genannte Hr. Julius Curtius giebt folgenden Bericht:

In einem der entfernteren Stadttheile Berlins vernahmen wir durch königliche und städtische Beamte die Zugeständnisse Sr. Maj. des Königs und das herzliche Lebehoch, welches demselben gebracht worden. Augenblicklich hieß es: da müssen wir auch dabei sein, und

in wahrhaft patriotischer Aufregung eilten wir nach dem Schloßplatze, um, wenn auch verspätet, doch eben so herzlich als die Ersten dem geliebten angestammten Könige unser Lebehoch zu bringen. Als wir auf dem Schloßplatze ankamen, war die Gestalt der Dinge ganz anders, als wir sie erwartet hatten. Vor dem Schloßportale standen Bürger der Schutz-Commission und andere, rings auf dem Platze Militär, und der Ruf war kein Jubelruf, sondern man wünschte die Zurückziehung des Militärs, als Bürgschaft der hohen Versprechungen. Je länger, je lauter, je dringender ward der Ruf. Die Menge drängte sich dicht vor das Militär in dem Portale, ohne demselben jedoch ungebührlich zu werden oder es zu beleidigen. Wir baten einzelne Offiziere, höhere und niedere, zu Sr. Majestät zu gehen und zu sagen, was das Volk wünsche, daß Alles zurückgeben wolle, sobald die Zusage von dem Abmarsche des Militärs erfolge, und daß man sich beruhigen werde, wenn es wirklich geschehe, und es wäre dies unzweifelhaft geschehen. Ein hoher Militär ließ sich endlich erbitten und ging mit einem Bürger durch das Militär in das Schloß, wurde aber nicht wieder gesehen. Es fielen zwei Schüsse. Ein Offizier kam sogleich heran und sagte, es seien zufällig zwei Gewehre losgegangen und zwar in die Luft, es sei kein Schade geschehen, und man wurde, so aufgeregt man war, wieder ruhig. Es kam aber kein anderer Bescheid aus dem Schlosse, und die Versammelten beschlossen, hinwegzugehen, verzweiflungsvoll darüber, daß Alles verloren sein könne.

In diesem Augenblicke trat ich an den General-Major v. Möllendorf hinan, der zu Pferde vor dem Portal hielt, umfaßte seine Kniee und flehte ihn an, als guter märkischer Edelmann kein Unglück über Berlin zu bringen und die drohende Gefahr zu verhüten. Er antwortete: so viel an ihm sei, solle dies sicher geschehen, die Truppen könnten aber nicht zurückgehen. Jetzt gingen wir Alle der Schloßbrücke zu, zuletzt Hand in Hand die Männer der Schutz-Commission. Da erschien plötzlich ein Herr mit dem Extrablatte der „Allgemeinen Preußischen Zeitung". Er ward auf einen Wagen gestellt, der unweit der langen Brücke hielt, und las vor. Seine Stimme war zu schwach. Junge Männer des Handwerker-Vereins, dessen Lehrer zu sein ich die Ehre habe, vertrauten meiner Stimme mehr und hoben mich auf einen Wagen. Ich las, so laut ich konnte, und jeder Satz wurde mit Jubel, mit Lebehoch auf Se. Maj. den König aufgenommen, und mehrmals mußte ich meinen Hut schwenken, um weiter zu gelangen. Eben hatte ich die Worte gelesen, daß die Presse frei sei, da war der Jubel unendlich groß. Es kam noch ein Herr zu Pferde, welcher dasselbe Aktenstück in Händen hielt; ich las weiter und die Stimmung war die allerbeste, da wurde plötzlich von den Ulanen, ich glaube ganz in der Nähe des General-Majors v. Möllendorf, eingehauen, und hier brach der Unwille los. Ich meinte, es möchte wohl wieder ein Mißverständniß sein, ich gewann wieder halbe Ruhe und las weiter. Da rief man mir zu: Hr. Curtius! es wird geschossen, es wird auf Sie angelegt. Ich wurde vom Wagen herunter gehoben. Der Wagen selbst wurde hinweg gezogen. Wir Alle eilten über die lange Brücke, und als wir dort ankamen, rief man mir zu: Sie kommen, nun denn, so ist Alles verloren. Es war auch wirklich keine Rettung mehr.

Hr. Braß, der auch die Scene auf dem Schloßplatze nicht schildern kann, ohne Hrn. Wöniger in den Vordergrund treten zu lassen, erzählt (Berlins Barrikaden. S. 55):

... Auch der Dr. Wöniger erschien um zwei Uhr auf dem Platze, und man machte den Vorschlag, da es nicht möglich war, durch die dichte Menschenmenge bis zum Schloßportal zu gelangen, ihn auf die Schultern zu heben und ihn so durch das Gedränge hin zu tragen, um die vorerwähnte Adresse aus der Köpnickerstraße an den wachthabenden Offizier zur weiteren Beförderung zu übergeben. Wöniger, sowie viele Andere aus der Deputation, waren indessen der Meinung, daß, da die Hälfte der in der Adresse erwähnten Petitionen bereits gewährt sei, man damit zurückhalten und jedenfalls das Weitere abwarten müsse. Unter der Versammlung bemerkte man auch viele von den Schutzbeamten im schwarzen Leibrock, die Binden um den Arm, aber ohne Stäbe; und überhaupt war Niemand bewaffnet, denn Alle hatten sich eingefunden, um dem Könige ein freudiges Hurrah des Dankes für die verliehenen Concessionen darzubringen. Man war um so fester überzeugt, daß auch der König nur diese Absicht der Versammlung unterlege, als derselbe auf den Balcon des Schlosses trat. Es schien sichtlich bewegt, ich sah ihn, wie er die eine Hand auf's Herz legte und die andere zum Himmel erhob; — sprechen konnte er nicht, das Brausen der Menge, das donnernde Hurrahrufen machte es ihm unmöglich, sich verständlich zu machen. . . . Noch herrschte der laute Jubel über das persönliche Erscheinen des Königs, noch lasen einige Stadt-

verordnete, auf die Schultern der Umstehenden gehoben, der Menge die königlichen Botschaften vor, noch lag man einander in den Armen, sich glückwünschend zu diesen herrlichen Errungenschaften, und einer großen Zukunft entgegenjauchzend, als mit einem Male eine Abtheilung Dragoner von der Seite der Schloßfreiheit her auf dem Schloßplatz, die Front gegen das versammelte Volk hin, aufmarschirte.

Diese Berichte mögen durch nachfolgende, unmittelbar nach den Vorgängen entworfene Schilderung eines Augenzeugen geschlossen werden:

Schon am 17ten Abends, als die Kunde von der hier in Berlin angelangten rheinischen Deputation und ihrer besorglichen Darstellung hier ankam, entwickelte sich in verschiedenen Versammlungen der Plan, daß am Sonnabend zahlreiche Bürgerdeputationen vom Schloßplatze aus zu dem Könige sich begeben und bestimmte Gesuche vortragen würden. Der Straßenerzeß war durch die Kunde von der rheinischen Deputation in das Gebiet der politischen Demonstration getreten; die sogenannten Pöbelhaufen hatten sich zurückgezogen; Erbitterung gegen das Militär, in Folge der vorhergegangenen Ereignisse, herrschte vor. So brach der Sonnabend heran, ein milder, wunderschöner Frühlingstag, ein Schreckenstag für Berlin, ein wahrhaft dämonischer Tag, blutig verzeichnet in den Annalen der Geschichte.

Um 11 Uhr Vormittag fand ich die Stadt durchaus ruhig, in heiterer Stimmung. Man freute sich, daß die Straßenerzesse vorüber seien, man hoffte auf schöne Tage. Auf dem Schloßplatze waren etwa 2000 Bürger gruppenweise versammelt, lauter wohlgekleidete, sehr anständige Leute. Sie lasen sich das Placat des Magistrats vor, worin die Preßfreiheit und die Zusammenberufung des Landtags zum 2. April zugesagt ist; sie erzählten sich von den dringenden Vorstellungen, welche die rheinische Deputation gemacht; sie wollten von einem theilweisen Ministerwechsel unterrichtet sein u. s. w. Ich fand die Simmung des Publikums erregt, aber durchaus nicht feindselig. Umgekehrt: die Gruppen ließen den König leben und riefen ein Vivat über das andere. Ganz im Hintergrunde, an den Ecken der auf den Platz mündenden Straßen, sah ich die Proletarier und Arbeiter stehen, die nur einzeln in den Vordergrund traten, und die, als sie die vergnügten Gesichter ringsum sahen, sagten: das hilft uns armen Leuten noch Alles nichts! Alle Läden auf dem Platze waren geöffnet, Damen hatten die Fenster besetzt. Auch die Gänge durch das Schloß waren frei; in den Gemächern des Königs war Ministerrath. Im Innern des Schlosses bivouakirten die aus Potsdam herübergekommenen Truppen; sie rauchten, sie gingen im Hofe, untermischt mit Bürgern, spazieren. Unterdeß hatte sich der Schloßplatz immer dichter gedrängt, und das Publikum fing an darüber zu debattiren, wie es durchaus nöthig sei, daß die fremden Soldaten Berlin verlassen, und daß auch die Truppen, welche um Berlin consignirt seien, sich zurückzögen. Da war es denn unverkennbar, daß eine große Erbitterung gegen das Militär — eine ziemlich instinktartige Erbitterung ohne politische Beimischung, wie jene in Folge unglückseliger Mißverständnisse in großen Städten nur zu oft vorkommt — vorherrschte, eine Erbitterung, die das Schlimmste befürchten ließ. Ferner stellte sich schon gegen 1 Uhr Mittags ein unverkennbares Drängen der Menge nach dem Portale heraus, welches zu den Gemächern des Königs führt und das Truppen abwehrend besetzt hatten; es muß ferner darauf hingewiesen werden, daß nur ein leichter hölzerner Umbau die Treppe bekleide, die in die königlichen Gemächer führt. Gegen halb 2 Uhr trat der König auf den Balcon. Nach 2 Uhr ging ich vom Schloßplatze nach der Königsstraße, da sah ich, wie sich die Leute vor Freuden umarmten nnd wie sie weinten; die Frauen weheten von den Fenstern mit Taschentüchern; das Material zur Illumination für den Abend wurde durch die Straßen getragen, und die Bürger, die mir begegneten, riefen: Wir wollen auch auf den Schloßplatz, wir wollen auch unserem Könige ein Vivat bringen. . . .

Die Katastrophe war eingetreten. Der Jubel der auf dem Schloßplatze versammelten Menge — des Kernes der bürgerlichen Bevölkerung Berlins — hatte sich bald in Rachegeschrei verwandelt. Dahin war die Freude über die so eben gegebenen scheinbaren Freiheits-Verheißungen, vergessen alle jene durch die Noth abgerungenen Gaben eines Königs, der sich seines Wortes, seines Von-Gottes-Gnaden-Bewußtseins zu entäußern gezwungen gesehen, indem er seinem Volke „ein Blatt Papier" verheißen, daß er in stolzer Rede elf Monate

vorher (am 11. April 1847) „gleichsam eine zweite Vorsehung" genannt hatte, die sich zwischen den Gott im Himmel und sein Volk drängen wollte, der feierlich ausgesprochen hatte, daß „keine Macht der Erde" ihn bestimmen würde, sein bisheriges Verhältniß zu seinem Volke in ein constitutionelles umzuwandeln. Jetzt sollte durch den Willen dieses Königs selbst „gleichsam eine zweite Vorsehung" geschaffen werden; aber in dem entscheidenden Augenblicke drängte sich zwischen König und Volk eine noch andere „Vorsehung", eine Vorsehung von Fleisch und Bein, und gegen diese empörte sich der Unterthan jetzt ebenso, wie sich früher der Herrscher gegen jene zweite Vorsehung empört hatte. Die Vorsehung mit Bayonett und Kugeln zerstörte durch ihre Intervention bei der Scene vor dem Schlosse jedes Vertrauen zu den anfangs mit Freuden aufgenommenen königlichen Gaben. Daß jene militärische Intervention stattfinden konnte, mochte sie auch — wie es der Fall war — ohne erhebliche Gefahr für die einzelnen auf dem Schloßplatze Versammelten gewesen sein, daß der König sie zugelassen, oder doch nicht verhindert hatte, das ließ die Stimmungen sich so gewaltig ändern. Die als Unterthanen auf den Schloßplatz gekommen waren, verließen als Menschen, voll Leidenschaft und Rachegedanken, den Platz. Jene Attaque des Militärs hatte die Katastrophe herbeigeführt. Die Krisis war gelöſ't, die Revolution beginnt.

Zweites Buch.

Die Revolution.

I. Das „Mißverständniß" vor dem Schlosse. — Vorbereitungen zum Straßenkampfe. — Der neue Gouverneur.

Mit dem Rufe: „Verrath! Man schießt auf uns!" stürzten in wilder Hast die Menschenschaaren, welche so eben noch den Schloßplatz gefüllt hatten, und brachten mit furchtbarer Schnelligkeit die Kunde von dem, was sich, Allen unerwartet, auf dem Schloßplatze ereignet hatte, in alle Theile der Stadt. Wie unglaublich diese Kunde schien, nirgends wurde ihre Richtigkeit, nach alle Dem, was die Bevölkerung in dieser Woche erfahren hatte, bezweifelt, die Aeußerungen der Wuth, der Verzweiflung fanden nirgends Anstoß; Schrecken, Entsetzen, Wuth und Verzweiflung wurden von Einem zum Andern getragen, und bald war die ganze Stadt Racheerfüllt gegen diesen neuesten Akt der militärischen Feindseligkeiten.

Die dem Schlosse zunächst gelegenen Theile der Stadt wurden alsbald in jenen Vertheidigungszustand gesetzt, der kurz zuvor in Paris und Wien sich so wirksam gegen die Angriffe des Militärs gezeigt hatte. Ohne Sträuben, selbst von Seiten der Ruhe liebenden Bürger und Hauseigenthümer, wurde das Straßenpflaster aufgerissen, wurden die Waffenläden in einem Augenblicke geleert, wurden Beile, Aexte herbeigeholt, aus Wirthschaftsgeräthen, Droschken, Privatkutschen, Wollsäcken, Tonnen, Balken, Brunnengehäusen u. s. w. von tausend Händen Barrikaden erbaut, wurden die Dächer der Häuser abgedeckt, Pflastersteine auf die Dächer gebracht, die Kirchthüren erbrochen, die Thürfächer mit Aexten eingeschlagen, um den Weg zu den Thurmglocken zu öffnen, deren Läuten die Gefahr der Stadt den entfernt Wohnenden verkünden sollte, — wurde mit einem Worte die ganze Bevölkerung in *einen* kampfbereiten Körper umgewandelt.

Hier sei uns gestattet, auf die Vorgänge, die diesen Zustand unmittelbar herbeigeführt, zurückzugehen. Bei der Wichtigkeit, die von conservativer Seite namentlich, der Schilderung der erwähnten Vorgänge, wie sie die Schrift des

Prof. Leo, „aus guter Quelle" geschöpft, darstellt, beigelegt wird, mag es erlaubt sein, zunächst diese Darstellung wieder zu geben, um daran Das, was die Sache zu vollständiger Klarheit zu bringen geeignet ist, knüpfen zu können.

Hr. Leo erzählt:

In Berlin war auch am 18. März der zu einer Revolution entschlossene, unter sich einverstandene Kern, mitsammt seinem aus allen möglichen verbrecherischen Elementen zusammengesetzten Anhange, ein im Verhältnisse zur ganzen Bevölkerung der Stadt sehr kleiner; dagegen war die Zahl Derer, die, immer noch wohlmeinend, von der neuen politischen Bewegung in Deutschland ergriffen waren, groß; aber ohne Centralisirung in sich, ohne klares Verständniß und ohne deutliche Verabredung und Ordnung unter einander. Es war das eine Wolke, wie lockerer Nebel, der leicht niedergeschlagen, eben so leicht aber auch von dichteren Wolkenmassen angezogen und absorbirt wird. Man hatte in den vorangehenden unruhigen Tagen am besten für diese Elemente der Bevölkerung zu sorgen geglaubt, indem man einigermaßen nach dem Vorbilde englischer eingeschworener Constabler eine s. g. Schutzmannschaft, die durch Binden und Stäbe ausgezeichnet waren, eingerichtet hatte, um die öffentliche Ordnung wahren zu helfen. Anfangs hatte man solcher Schutzmänner 300 bestellt, und sie hatten gute Dienste gethan; zuletzt war man, eben durch den Erfolg bestimmt, dazu geschritten, ihre Zahl auf 1100 zu mehren. Hr. v. Minutoli hatte noch am 17ten darauf aufmerksam gemacht, daß diese Vermehrung eine falsche Maßregel gewesen sei, indem dadurch eine Anzahl falscher Brüder, namentlich auch übelgesinnter Studenten, die mit den Revolutionärs einverstanden seien, Gelegenheit gefunden habe, in die Schutzmannschaft einzutreten und das ganze Institut von problematischem Werthe zu machen. Seine Vorstellungen hatten aber bei dem Minister des Inneren keinen Anklang gefunden. Eine andere Art Organisation hatten einzelne Theile der im Ganzen wohlgesinnten und in guter Meinung auf Neuerungen begierigen Einwohnerschaft Berlins in mannichfach entstandenen Vereinen und Versammlungen erhalten. Das Vorgefühl der Stürme, denen man entgegenging, hatte diese Versammlungen zum Theil am Vormittage des 18. März zusammentreten lassen. An demselben Vormittage war die oben erwähnte große, von Cöln ausgegangene rheinische Deputation, den Oberpräsidenten des Rheinlandes (v. Eichmann) selbst an ihrer Spitze, dem Könige vorgestellt worden. Auch die Stadtbehörden waren versammelt, und es war eine der ersten und natürlichsten Sorgen, diesen Corporationen und anderen Versammlungen, von denen man wußte, Abdrücke des Erlasses, der inzwischen in der Druckerei fertig geworden war, zugeben zu lassen. Der Uebergang von Hoffnung zur Erfüllung war ein so plötzlicher, daß man sich kaum getraute daran zu glauben, — daß gegen Mittag sich von allen Seiten eine Menge Bürger in den Räumen um das Schloß sammelten und aus des Königs eignem Munde die Bestätigung zu hören und ihm persönlich ihren Dank zuzurufen wünschten. Se. Majestät erschien auf dem Balkone des Schlosses; Hr. v. Bodelschwingh verlas laut den Erlaß, der inzwischen auch tausendfältig unter der Menge verbreitet und bekannt war, und ein fast endloser Jubel des Dankes erfüllte die Luft als Antwort des Volkes, welches hierauf von Sr. Majestät selbst ersucht ward, nun aber, um zu Ordnung und ruhigem Fortschreiten zu gelangen, sich wieder zu zerstreuen. Fast alle Wohlgesinnten folgten dieser Mahnung; nur eine kleinere Anzahl der zuerst Versammelten mögen durch Neugierde festgehalten worden sein — aber an die Stelle der Fortgehenden drängten sich nun schlechtere Elemente, die einen Kern tumultuarischester, pöbelhaftester Charakterisirung bildeten und durch das Gebrüll, was sie ertönen ließen, nun auch mehrere der im Fortgehen Begriffenen, die den Ausgang erwarten wollten, festhielten. Als der König von Neuem auf dem Balkone erschien, war eine ganz neue Bevölkerung des Platzes unter seinen Blicken, und sie empfing ihn mit einem chaotischen Hurrahgeschrei. In diesem Haufen, der nichts weniger als zufrieden war mit einer friedlichen Lösung der Verwickelung, weil seine Führer vor allen Dingen ein Hauptinteresse ihrer Thätigkeit, die Befreiung der gefangenen Polen, im Gefolge derselben scheitern sahen, ward mit einem Male das Verlangen laut, das Militär solle vom Schlosse abziehen, die Bewachung des Schlosses solle den Bürgern anvertraut werden. Ein Theil der s. g. Schutzmänner warf sich als Vertreter dieser Forderung auf, und als Hr. v. Bodelschwingh, der, obwohl das Ministerium entlassen war, doch, weil ein neues noch nicht hatte formirt werden können, die Geschäfte seines Ministerii noch versah, aus dem Schlosse unter sie trat, um sie zu beschwichtigen, drängten sie ihn, faßten ihn am Rockkragen und wollten ihn festhalten, bis er Befehl geben würde zur Räumung des Schlosses. Mit Mühe gelang es ihm, sie zu überzeugen, daß er einen solchen Befehl nicht geben könne, und daß ein solcher von ihm ausgegangener Befehl von Niemandem ausgeführt werden würde. Der Tumult war inzwischen zu solcher

Höhe gestiegen, daß es den Militärbehörden nothwendig erschien, einige Maßregeln zur Sicherung des Schlosses und zur Säuberung des Platzes vor demselben zu treffen. Einige Züge Infanterie marschirten mit schlagenden Trommeln und zum Angriff fertigen, aber gesenkten Gewehren aus dem Hauptportale, und entwickelten sich dann fächerartig wie zum Tirailliren, um den Platz frei zu machen, während zugleich Dragoner in der Nähe der Stechbahn in langsamstem Schritte auftritten, sich mit der Front gegen die Brücke aufstellten, um die Bemühungen der Infanterie zu unterstützen. Böswillige beleidigten die Dragoner in aller Weise, drängten auf sie, stießen mit Stöcken und Regenschirmen auf die Pferde sowie auf die Schenkel der Reiter, so daß diesen zuletzt hier und da die Geduld ausging und sie einzeln die Waffe entblößten, ohne jedoch von ihr Gebrauch zu machen. Auch diese Ungeduldigeren wurden von dem hier commandirenden Generale wieder zu friedlicherer Haltung verwiesen und ebenso die aus dem Portale hervorgedrungene Infanterie wieder zurückgezogen. Fast unmittelbar hernach drang nun eine 2te Compagnie Infanterie, in gleicher Weise wie die ersten Züge, aus dem Portale zunächst der Spree und säuberte wirklich einen Theil des Platzes. Bei dieser Bewegung war es, daß im Gedränge, wahrscheinlich durch das Dazwischenstoßen Uebelwollender mit Stöcken, 2 Infanterie-Gewehre sich ganz unschädlich entluden — ihre Kugeln fielen in weiter Entfernung auf die Dächer der Königsstraße. Ein dritter blinder Schuß ist, um als Signal zu dienen, wahrscheinlich aus einem Fenster der benachbarten Häuser abgefeuert worden. Sofort nach diesen Schüssen war es sichtbar, wie einzelne der vorher so wild auftretenden Haufen in fast geordnet zu nennender Weise davon eilten, wahrscheinlich nach schon vorher bestimmten Sammelplätzen; die Reste jener elenden Haufen, die den ingrimmigsten Kern der zuletzt versammelten Volksmasse gebildet hatten, geberdeten sich wie Verzweifelnde; schrieen, sie seien verrathen; Schutzmänner, denen es gelungen war, durch die Reihen der vordringenden Infanterie hindurch sich auf dem Platze zu halten, zerbrachen ihre Stäbe, zerrissen ihre Binden und fluchten dem an allen diesen Vorgängen völlig unbetheiligten Könige; Schrecken bemächtigte sich der in das teuflische Complott nicht Eingeweihten, und in verworrenster Flucht eilten alle noch in der Nähe Weilenden über die anstoßenden Brücken und Straßen von dannen.

Der Verfasser dieser Darstellung gehört, wie bereits aus den früheren, seiner Schrift entnommenen Mittheilungen ersichtlich, zu den Anhängern der Lehre von dem Revolution machenden „Auswurfe“; er ist einer der eifrigsten Vertheidiger dieser Lehre. Die in der eben angeführten Relation enthaltenen Redensarten von einem „unter sich einverstandenen Kern“, von einer „Anzahl falscher Brüder“, von einem „teuflischen Complott“ gehören also in die von uns bereits des Weiteren beleuchtete Gespensterkategorie, und thun demzufolge unserer eigenen Darstellung keinen Eintrag. Was die anderen in der Relation erwähnten Punkte betrifft, in denen zum Theil neue Thatsachen mitgetheilt werden, die doch sämmtlich „guter Quelle“ entnommen sind, so mag zunächst die gegen die Signatura gerichtete Schrift des „freimüthigen Widersachers der Revolution“ einige Berichtigungen übernehmen, jene Schrift, deren eigentliches Verdienst in der subjectiven und objectiven Darstellung des studentischen Jammers beruht.

Diese Gegenschrift „bestätigt ausdrücklich“, daß am 17. und 18. März das Militär im Gegensatze zu seinem Verfahren an den vorhergehenden Tagen, wo mit ihm Händel gesucht wurden, und besonders während der verhängnißvollen Augenblicke vor dem Schlosse, sich mit bewundrungswürdiger Mäßigung und Besonnenheit benommen habe. Die Dragoner, wird ferner behauptet, haben **nicht** scharf eingehauen, obwohl eingestanden wird, „daß ein glaubwürdiger Mann, Professor an der hiesigen Universität, bezeugt, es sei eingehauen“; ein Zeugniß, welches der freimüthige Widersacher mit der naiven

Frage: „doch ist auch nur Einer dort verwundet?“ beseitigt zu haben glaubt. Anfangs, heißt es weiter, als die Insulte begannen, machte die Truppe Kehrt; endlich ritten sie langsam vor; ohne daß commandirt war, erwehrten sich Mehrere, um nicht vom Pferde gerissen zu werden, mit der flachen Klinge der Andringenden. Daß die Kugeln aus den beiden Gewehren, von welchen die Schüsse herstammten, in weiter Entfernung auf die Dächer der Königsstraße fielen, scheint der Gegenschrift nicht ganz richtig: eine Kugel habe den Hut eines Schutzmanns gestreift, dieser, ein aus Kurhessen gebürtiger Student, erscheine mit seiner Angabe um so glaubwürdiger, als er — der Student — noch mitten im Strudel der Revolution mit Lebensgefahr sein Friedensamt fortgesetzt habe.

„Sodann“, fährt die Gegenschrift fort, „wird das Verrath- und Rache-Geschrei zweifelsohne laut Verabredung für solche Eventualität nach allen Richtungen der Stadt planmäßig getragen sein. Aber der Verfasser der Signatura thut seiner sonst getreuen Schilderung Eintrag, indem er diese künstlichen Manoeuvres, an denen es gewiß nicht fehlte, verallgemeinert und nun glauben machen will, daß alle diese Ausbrüche der Wuth und Raserei, der Verzweiflung und des tödtlichen Hasses „gemacht“ gewesen seien. Nein, wahrlich nicht von allen läßt sich das behaupten! nicht Alle geberdeten sich bloß als Verzweifelnde. Die treuesten Seelen verzweifelten wirklich, die hellsten Köpfe verfielen dem Wahnsinn. . . . Ein Blick auf die Universität lehrt den ungeheuren Contrast zu der Stimmung dieses Morgens kennen. Die noch vor einer Stunde, bis auf das Blut gepeinigt und auf das Aeußerste gereizt, an der Sache des Friedens und Gesetzes festhielten, schrieen, ja schrieen nach Waffen und schworen Rache! Die Aula war der Schauplatz entfesselter Leidenschaften; eine wilde Naturkraft schien in den Jünglingen zu toben. Aber“ (wir wissen, daß der Verfasser der Gegenschrift die Studenten in „Redliche“ und „Revolutionäre“ theilt) „die Revolutionärs unterschieden sich auch da noch. Sie waren entweder kaltblütig oder den heuchlerisch Entrüsteten wurde der Rücken gewandt. Revolutionäre waren sie nun Alle; darum reichten die Gegner sich die Hand zu trostloser unwahrer Versöhnung. Aber auf die Frage des einen jener vorsätzlich Revolutionären, wer nun Recht behalte, scholl von der anderen Seite die leidenschaftliche Antwort: „Nicht Ihr! Wir, die wir die Revolution hassen, die wir mit Gewalt in die Revolution hineingetrieben werden, die wir in der Nothwehr handeln, wir haben Recht!“

Die Feinde der Revolution, die sie haßten, sie wurden mit Gewalt in die Revolution hineingetrieben! Ein solches Zugeständniß macht die Hypothese eines „teuflischen Complotts“ überflüssig.

Auch Hr. Rellstab, bekanntlich ebenfalls ein Widersacher der Revolution und zwar kein freimüthiger, macht indirect dieses Zugeständniß. Er hatte den Schloßplatz, während dort noch allgemeiner Jubel herrschte, verlassen, „eilte in

frohester Wallung nach dem wenige Schritte entfernten Redactionsbureau der Vossischen Zeitung, um sofort die heilvolle Kunde in Worte zu fassen"; er begann schon den Artikel mit den Worten: „Preußens glücklichster Tag ist angebrochen". Da stürzten mehrere Leute aus dem Hause in sein Zimmer, mit dem Ruf: „Wir sind verrathen! Es wird wieder auf das Volk eingehauen und geschossen!" Er eilt mit den Männern auf die Straße. Alles, so schildert er, war von dem Entsetzen, von der fanatischen Wuth ergriffen. „Mit Geschrei stürzte das Volk die Straße hinab, der dichte Menschenstrom vom Schloßplatz her zersprühte wie eine Staublawine nach allen Richtungen, nirgend war ein Halten, nirgend ein Verständigen möglich.... Die Thatsache wurde überall her bestätigt, freilich durch den Hohlspiegel des Schreckens und durch den der Lust am Uebertreiben, zur Verzerrung vergrößert. Schüsse waren gefallen, das blieb unzweifelhaft; die Dragoner hatten eingehauen, Viele waren davor mit Mühe in die nächsten Häuser geflüchtet.... Die Massen boten ein, angstvolle Ahnungen weckendes Schauspiel dar; die Männer stürzten in wilder Hast, wie durch einen unsichtbaren Sporn gestachelt, fort; die meisten Gesichter von Schrecken und Erbitterung verzerrt. Man hörte einzelne Ausbrüche der Wuth, der Drohung; doch von jenen anwidernden grauenhaften Gestalten (der Leser erinnert sich wohl noch der von Hrn. Rellstab entdeckten Gestalten vom „Verdacht weckendsten" Aeußern) „von jenen Gestalten (Hr. Rellstab fügt hinzu: „das ist mir erst später aufgefallen") war keine Spur mehr zu sehen."

Hr. Rellstab hielt übrigens bei diesem furchtbaren, alles in ihm zerschmetternden Eindruck das Eine fest: es war ein Mißverständniß, ein furchtbares, grauenhaftes, unglückseliges Mißverständniß! und so hoffte er denn auch, daß, so schnell, wie die feindselige Wendung eingetreten war, auch die „Rückkehr zur Verständniß" erfolgen werde. Allein jede Minute untergrub diese Hoffnungen; denn mit einer jeden kamen neue Boten und neue Botschaften der dürstersten Art. Die Aufregung wuchs; die Stimmung der Massen wurde immer erhitzter, immer wilder; Alles rief und forschte nach Waffen — und Hr. Rellstab konnte leider seinen Artikel nicht weiter schreiben; er gewann Zeit zur Vorbereitung eines Extrablattes.

Das Eine, was Hr. Rellstab stets festhielt, daß ein Mißverständniß vorhanden, war dasselbe, was von den Personen im königlichen Schlosse, bis zur höchsten, festgehalten wurde, es wurde dort mit demselben Worte bezeichnet; und es mag hiebei als eines Beweises von der innigsten Sympathie zwischen Hrn. Rellstab und dem Schlosse erwähnt werden, daß selbst andere größere Gedanken und Entwürfe während der nächstfolgenden Ereignisse fast gleichzeitig in Hrn. Rellstab und in dem Schlosse entstanden und ausgeführt wurden — wovon späterhin das Nähere. Eine Betheiligung des Hrn. Rellstab an den Ereignissen des 18. März hat in directer Weise nicht stattgefunden.

Eine andere Darstellung von der Entstehungsgeschichte der berliner Revolution gewinnt wegen des Urhebers derselben einige Bedeutung. Dieselbe befindet sich in einer englischen Zeitung, den Times, vom 29. März, und wird von einigen Seiten geradezu dem Prinzen von Preußen, der sich zu jener Zeit auf einer unbekannten Mission in London aufhielt, zugeschrieben. Einige charakteristische Stellen in dieser Darstellung lassen es zweifellos erscheinen, daß dieselbe von der genannten Person wenigstens veranlaßt ist.

Die Times geben diesen Artikel als interessante Mittheilungen eines Augenzeugen, der bei den letzten berliner Vorgängen gegenwärtig war, und sehen dadurch offen dargethan, „daß ausgedehnte Vorbereitungen getroffen waren, um eine entscheidende Collision mit der Regierung herbeizuführen." Der Artikel lautet in seinem ersten Theile:

Am Morgen des 18ten wurden verschiedene Gewaltthaten gegen Soldaten in mehreren Stadttheilen verübt. Zwei Schildwachen, welche vor dem Hause des Gouverneurs standen, wurden vom Volke um 1 Uhr todtgeschlagen. Zu derselben Zeit fand eine Sitzung des Comité's der Zeitungshalle statt, eines literarischen Clubs, der seit einiger Zeit revolutionäre Tendenzen verfolgte und jetzt über die Aufstandsfrage debattirte. Eine ähnliche geheime Gesellschaft oder Club existirt in Paris, dessen Aufgabe es ist, überall das Volk in Collision mit den Truppen zu bringen. Es war ein Mitglied dieses Clubs, das den ersten Schuß in Paris that und seitdem verrückt geworden ist. — In Berlin brach der Aufstand in einem Augenblicke aus, wo Freude und Dankbarkeit für die frei zugestandenen Geschenke des Königs den größten Theil des Volkes erfüllten. Es wird berichtet, daß das erste Signal durch zwei Schüsse gegeben wurde, die in dem Augenblicke fielen, als der dichte Haufe bis zu den Thoren des Schlosses vordrang. Niemand ward davon getroffen. Die Anstifter der Revolution zogen jedoch aus der augenblicklichen Verwirrung Vortheil und entflammten das Volk durch das Geschrei: Zu den Waffen! etwa ebenso, wie es in Paris vor dem Hôtel des affaires étrangères geschah. Der Platz vor dem Schlosse wurde alsdann gesäubert und zwar durch eine Schwadron Cavallerie, welche mit den Säbeln in der Scheide über den Platz ritt, und durch eine Compagnie Infanterie, welche während dessen weder einen Schuß abfeuerte, noch auch das Volk mit dem Bayonnette angriff, wie lügenhafter Weise erzählt worden ist, sondern ruhig über den Platz mit den Waffen über die Schulter maschirte. Wir wissen laut ausdrücklicher Versicherung, daß die ersten entscheidenden Schüsse von Seiten des Volkes abgefeuert wurden, aus einem durch Barrikaden gedeckten Haufen.

Ein in Dresden herausgekommenes Blatt, das „Dresdner Journal" von K. Biedermann, übernahm kurze Zeit nach dem Erscheinen dieses Artikels die theilweise Widerlegung desselben. Dieser widerlegende Artikel rührt ebenfalls von einem Augenzeugen her, und zwar von einer Person, die aus dem dritten Stockwerke eines Hauses am Schloßplatze, dem ersten Portal gegenüber, am 18ten von 2 bis 4 Uhr genau beobachtet zu haben vorgiebt. Wir stellen dem vorher angeführten diesen Widerlegungsartikel gegenüber, der, obschon in der Manier der Zeitungspolemik abgefaßt, die Thatsachen genau so darstellt, wie sie nach übereinstimmenden Angaben von bewährten, der Sache kundigen Personen, stattgefunden haben. Diese Widerlegung sagt:

Es ist 1) eine Lüge, daß bereits am Morgen des 18. März Gewaltthaten gegen Soldaten verübt worden sind. Es ist 2) eine Lüge, daß um 1 Uhr (also vor dem Attentate des Militärs auf das Volk) bereits zwei Schildwachen vor dem Hause des Gouverneurs „todtgeschlagen" worden sind. (Die Schildwachen in verschiedenen Theilen der Stadt wurden nach dem Angriff auf das Volk, also nach 2 Uhr, entwaffnet. Eine an der Bank soll

bei dem Ringen um ihr Gewehr erschossen worden sein. — S. unten.) Es ist 3) eine Lüge, daß zu derselben Zeit eine Sitzung eines literarischen Clubs u. s. w. in der Zeitungs-Halle stattgefunden hat. Einen solchen Club gab es gar nicht, und am wenigsten konnte er sich in der Zeitungshalle versammeln, weil jedem Menschen, der sein Eintrittsgeld erlegt, jeder Raum der Zeitungshalle offen stand. Eine abgeschlossene revolutionäre Gesellschaft war also in diesem auch von preußischen Offizieren vielfach besuchten Lokal eine Unmöglichkeit.

Wahr ist, daß am 18ten bis 4 Uhr 10 Minuten auf dem Schloßplatz Niemand aus dem Volke erheblich verletzt worden. Es ist aber eine Lüge, daß die Cavallerie im Schritt mit eingesteckter Waffe den Platz zu räumen suchte; sie drang von der Seite der Stechbahn im Galopp mit geschwungenem Säbel auf die Massen ein. Es ist eine Verdrehung und Entstellung der Facta, daß jene beiden Schüsse aus den Reihen der Infanterie vor der Cavallerieattaque geschehen.

Die Attaque der Cavallerie ging bis an den großen Kandelaber des Schloßplatzes. Sie dauerte ein paar Sekunden und war für das Volk gefahrlos. Ein junger Mensch ward umgeritten, sprang auf und lief munter weg. Ein Offizier stürzte dicht bei dem Kandelaber mit dem Pferde und führte es, indem er hinkte, nach der Stechbahn zurück, wo sich die Schwadron nach dieser kurzen Attaque wieder aufstellte, darauf zog die Infanterie eine Chaine aus dem zweiten Portal (vom Wasser aus) über den Platz nach der breiten Straße zu. Sie rückte gegen die Brücke vor, und bei dieser Gelegenheit fielen die beiden Schüsse. Ein Bekannter des Berichterstatters, der mit diesem aus der bezeichneten Wohnung die Vorgänge beobachtete, behauptet mit vielen anderen, ähnlich postirten Zuschauern: die Gewehre seien nicht zufällig losgegangen, sondern zwei Mann seien aus der Front vorgetreten, hätten hoch angeschlagen und gefeuert, um zu erschrecken. Der Berichterstatter hatte zu derselben Zeit, als die Infanterie aus dem zweiten Portal auf den Platz rückte, seinen Blick auf den kleinen Garten neben dem Schlosse am Wasser gerichtet, welcher gegen den Schloßplatz hin durch eine 7 bis 8 Fuß hohe Mauer abgegrenzt wird, so daß man vom Platze aus nicht in das Gärtchen sehen kann. In diesem mit Bäumen und Gebüsch besetzten Raum erschienen zu derselben Zeit etwa ein Dutzend Scharfschützen (Neufchateler), spannten die Hähne ihrer Büchsen und legten auf die in der Burgstraße stehenden dichtgedrängten Menschenmassen an. Da diese sich jedoch ruhig verhielten, so setzten die edlen Menschenjäger bald die Büchsen wieder ab.

Von einem Gerüchte, wonach die Attaque des Militärs auf ein von dem Prinzen von Preußen mit dem Taschentuche gegebenes Signal geschehen sei, giebt uns eine Mittheilung, welche die Vertheidigung des Prinzen von Preußen zum Zweck hat, Kenntniß. Diesem Gerücht wird in derselben Mittheilung mit der Bemerkung widersprochen, daß den Dragonern an der Stechbahn ein vom Balkon gegebenes Signal unmöglich habe verständlich sein können, nachdem sie seit 10 Tagen überhaupt gar keine Befehle von dem Prinzen erhalten hätten.

Wenn es noch eines gültigen Zeugnisses über die Richtigkeit unserer Darstellung von dem Angriffe des Militärs bedarf, so vermögen wir sie durch die beiläufige Bemerkung eines ganz andere Gegenstände behandelnden Schriftchens, dessen Verfasser, Hr. W. v. Bruchhausen, ein preußischer Offizier ist, zu bestätigen. Derselbe war während der berührten Vorgänge auf dem Schloßplatz als ein „ruhiger Beobachter" anwesend, und obwohl er an ein „Wühlen der Republikaner" und an ein „Geldvertheilen polnischer Großen" glaubt, so sieht er doch in dem Jubel der Massen auf dem Schloßplatze die Absicht, „die reactionäre Umgebung des Königs auf's Tiefste zu kränken", sieht er in der „gewaltsamen Vertreibung jubelnder Menschen" einen Versuch zur „Contrerevolution, die aber an dem Berserkerzorne der Berliner scheiterte." Letzterer Be-

merkung fügt er als Anwendung Folgendes hinzu: „Die Mehrzahl (der auf dem Platze Versammelten) war jedenfalls harmlos und gegen diese wurde zunächst eingeschritten, nicht gegen die Wenigen, über die man sich später beklagte. Die beiden Schüsse, von Soldaten aus Versehen abgefeuert, gingen erst los, nachdem schon die Kavallerie einghauen und die Infanterie zum zweiten Male zum Bayonnettangriffe vorangegangen war. Ich habe beide Schüsse gesehen." . . .*)

Ob die Schüsse aus Versehen oder auf Commando gefallen sind, darüber läßt sich, da Behauptung gegen Behauptung steht, etwas Bestimmtes nicht feststellen. Geglaubt wurde es übrigens unmittelbar nach dem Vorfalle ziemlich allgemein, daß auf Commando die Schüsse abgefeuert wurden; Gewährsmann dafür wollte Jeder sein. Die „Berliner Zeitungshalle" nennt in ihrem Berichte über den 18. März einen Major v. Falkenberg als Denjenigen, der dem Gerücht zufolge: Feuer! commandirt haben soll.

Vom Schlosse aus wollte man eine Stunde nach den Ereignissen, welche die allgemeine Empörung zum Ausbruch kommen ließen, der Ansicht, die auch Hr. Rellstab als „das Eine festhält", Verbreitung schaffen, daß ein Mißverständniß obgewaltet habe; man war unermüdlich in der Erfindung neuer Mittel, diese Ansicht allgemein zu machen. Symbolische Darstellungen, höchsteigene Allocutionen von Personen aus der nächsten Umgebung des Königs, gedruckte Proclamationen eines Ministers und eines Generals — alle diese Mittel sollten über das „Mißverständniß" verständigen. Es war zu spät! Die Allocutionen fanden nur mißtrauische Zuhörer, die Symbole nur wenige und ungläubige Zuschauer, die Plakate keine Leser. Und an ein Mißverständniß wollte man glauben machen, während den stets von Neuem durch das Organ der angesehensten, der etwas geltenden Bürger von zumeist conservativer Gesinnung ausgesprochenen Bitten um Entfernung des Militärs, während diesen Bitten kein Gehör geschenkt, während sie mit schnöden, das Bürgerthum verletzenden Redensarten zurückgewiesen wurden **), während bereits ein eigener

*) An alle West- und Ostfalen. Ein ernstes Wort rc. von W. v. Bruchhausen, Dr. ph. und Lieutenant der Artillerie a. D. Hamm 1849. (S. 8.)

**) Als die Maßregeln zum gewaltsamen Widerstande ergriffen wurden, als die Schwertfegerläden schon erbrochen waren, eilte der Kaufmann G. Hiller nach der Kurfürstenbrücke, wo ein Commandeur der Infanterie mit seinem Regiment hielt. Er beschwor ihn „um Gotteswillen sich augenblicklich zurückzuziehen, indem sonst ein Blutbad unvermeidlich sei." Der Commandeur forderte ihn auf, ihm den Befehl zu holen, worauf sogleich die Truppen zurückgezogen werden sollten. Hiller brach sich durch die Mauer von Bayonnetten Bahn und gelangte in den innern Schloßhof, wo er den Fürsten Radziwill mit vielen hohen Offizieren antraf. „Durchlaucht! die Gefahr droht mit dem schrecklichsten Verderben — lassen Sie mich zum Könige. — Er erscheine mitten unter seinem Volke — aber schaffen Sie den Befehl, daß sich das Militär zurückziehe! —" Viele Offiziere fragten: Womit wollen Sie denn den König schützen? „Mit seinen Bürgern! Lassen Sie das Schloß räumen und augenblicklich werden Tausende von Bürgern den König schirmen." — Alles Flehen blieb vergeblich — er kehrte mit vernichteter Hoffnung aus dem Schlosse zurück.

Commandeur für die bevorstehenden Manoeuvres installirt war, während die Truppen bereits aggressiv verfuhren!

Einer der Allocutoren, Hr. Graf v. Arnim, erzählt in seiner „berichtigenden Erklärung“, in unmittelbarer Verbindung mit dem, was oben bei Gelegenheit seiner Berufung zum Könige angeführt wurde:

„Als ich im Begriff war, das Schloß zu verlassen, begann das ungestüme Verlangen eines Theils der vor dem Schlosse versammelten Menge nach Entfernung des Militärs aus dem Schloßportal. Ohne andere Function als die, welche unter solchen Umständen ein jeder dem Könige und dem Vaterlande treu ergebener Privatmann zu erfüllen hatte, suchte ich in Gemeinschaft mit dem Minister v. Bodelschwingh auf die Beschwichtignng der aufgeregten Gemüther zu wirken, und zwar zunächst durch mündliche Vorstellungen, später aber, nach dem ersten Einschreiten des Militärs, indem ich mich zu Pferde in die benachbarten Straßen begab und das Patent vom 18ten verbreitete. Da diese Bemühungen vergeblich waren und der Kampf begann, hielt ich es, obwohl ich durchaus keine Function hatte, doch nicht für angemessen, aus der Nähe des Königs zu weichen, so lange der Kampf in der Umgegend des Schlosses war.“

Diese Communication des Gr. v. Arnim mit dem Volke wird in einer später veröffentlichten Erklärung, deren Verfasser, wenn auch ungenannt, ebenfalls Hr. Graf v. Arnim ist (sie war der deutschen Reform vom 11. November 1849 beigegeben) auf noch charakteristischere Weise erwähnt. Darin heißt es: „der Graf Arnim ist nur einmal mit drohenden Volkshaufen in Berührung gesehen worden; nämlich am 18. März, als durch das Signal der beiden Schüsse der Aufruhr losbrach und er sich ohne besondere Verpflichtung hierzu allein zu Pferde nach der Barrikade am kölnischen Rathhause und durch die angrenzenden Straßen begab, um die tobenden Massen zur Ruhe aufzufordern. Es hat denen, die den Grafen in jenem Augenblicke gesehen, nicht geschienen, als würde er, wenn er überhaupt in den Fall gekommen wäre, geneigt gewesen sein, Volkshaufen, die seine Person bedrohten, die geringste Concession zu machen.“ (Der letzte Passus bezieht sich auf eine Stelle des Zeitungsartikels, gegen den die betreffende Erklärung gerichtet ist.)

Es war zwischen drei und vier Uhr Nachmittags, als aus dem Schlosse, durch das erste Portal, eine Art Friedensbanner auf dem Platz getragen wurde. Ein großes Stück weißer Leinewand, zwischen zwei Stangen befestigt, enthielt die mit großen, schwarzen Lettern geschriebenen Worte:

„Ein Mißverständniß!
Der König will das Beste!“

Zwei bürgerliche Personen trugen dieses Banner den Platz entlang bis zur Kurfürstenbrücke, ein dritter Bürgerlicher, der mit erhobenem Hute voran eilte,

rief, auf das Stück Leinewand deutend: „Es lebe der König! Hoch!" Keiner von den wenigen auf dem Platze anwesenden Personen — es waren nur solche, die nach der militärischen Attaque dort zusammengekommen waren — stimmte in diesen Ruf ein; die ganze Demonstration fand keinen Anklang. Als eine der Personen, die bei diesem Drei-Männer-Zuge betheiligt waren, wird der Stadtsyndicus Moewes genannt.

Nachdem auch diese Art, für das „Mißverständniß" Propaganda zu machen verunglückt war, nachdem die lakonischen Worte auf der Leinewand ihren Zweck verfehlt hatten, wollte man der im Schlosse herrschenden Ansicht durch wortreiche Proclamationen Anhänger verschaffen.

Die eine derselben, von dem Minister v. Bodelschwingh unterzeichnet — die letzte Proclamation eines unverantwortlichen preußischen Ministers — gesteht zu, daß aus den Reihen des Militärs die zwei Schüsse gefallen waren. Sie lautet vollständig:

Es hat sich heute durch die Stadt das entsetzliche Gerücht verbreitet, als sei Mittags 2 Uhr auf dem Schloßplatz auf friedliche, den König freundlich begrüßende Bürger geschossen, und scheint dieses tausendfältig vergrößerte Gerücht einen Hauptgrund zu den blutigen Ereignissen des heutigen Tages gegeben zu haben.

Zur Widerlegung desselben erklärt der Unterzeichnete als Augenzeuge und auf den Grund vielfacher glaubwürdiger Zeugnisse aus allen Ständen, daß nur zwei zufällig sich entladende Gewehre, welche Niemanden verletzt, den traurigen Irrthum veranlaßt haben!

Mögen alle Diejenigen, welche diese Erklärung lesen, deren Inhalt verbreiten und dadurch zur Beruhigung der aufgeregten Gemüther beitragen, damit weiteres Unglück vermieden werde.

Berlin, 18. März 1848.

Der Minister des Innern.
Bodelschwingh.

Die zweite dieser Proclamationen, „im allerhöchsten Auftrage" verfaßt, und mit der Unterschrift des Hrn. v. Neumann, General-Adjutanten des Königs versehen, stellt wenigstens nicht geradezu in Abrede, daß die Attaque der Cavallerie mit gezogenem Säbel stattgefunden habe. Sie hat folgenden Inhalt:

Da das Gerücht verbreitet ist, daß eine Abtheilung Dragoner heute Mittag mit aufgenommenem Gewehr und von diesem Gebrauch machend, die vor dem Schlosse befindliche Volksmenge angegriffen haben soll, so wird, obgleich Augenzeugen in Menge es sahen, daß diese Abtheilung Dragoner ohne gezogenen Säbel und nur in Schritt den Platz frei machte, auf's Sorgfältigste untersucht werden, was von jenem Gerücht wahr ist, um nach Ermittelung der Wahrheit etwaige Schuldige zu bestrafen.

Berlin, 18. März 1848.

Im Allerhöchsten Auftrage
v. Neumann,
General und General-Adjutant Sr. Maj. des Königs.

Von den Erfolgen der hier versprochenen sorgfältigen Untersuchung hat man später nichts mehr gehört; die Wahrheit ist auf diesem Wege nicht ermittelt worden.

Die mitgetheilten zwei Proclamationen erschienen als Plakate, mit der Druckfirma der Deckerschen Geh. Ober-Hof-Buchdruckerei versehen; sie gehören zu den seltensten und unbekanntesten, und sind bis jetzt noch nirgends wieder abgedruckt worden. Eine große Verbreitung haben sie, da sie nach 4 Uhr, zu einer Zeit, als die ganze Stadt kampfbereit war, aus der Druckerei gekommen waren, wohl nicht gefunden; von dem ersten, dem Bodelschwingh'schen Plakate, wurden am Morgen des 19ten auf einzelnen Plätzen, in den Gossen, ganze Convolute derselben, zertreten und in Stücke gerissen, aufgefunden.

Noch eine dritte Proclamation, in ähnlichem Sinne abgefaßt, ging aus dem Schlosse hervor. Es ist die von dem Könige selbst, in der Nacht vom 18. zum 19. März redigirte Proclamation „an meine lieben Berliner", die wir an geeigneter Stelle vollständig wiedergeben werden. Sie mag jedoch hier schon erwähnt werden, wegen des theilweise übereinstimmenden Inhaltes mit jenen, so wie hauptsächlich um zu zeigen, welche Entwickelung die Ansicht von dem „Mißverständnisse" allmählig im Schlosse erhalten hatte. Während das Neumann'sche Plakat noch einen Zweifel offen läßt über die Art, wie die Dragoner den Platz „gesäubert", wird in dem letzteren geradezu behauptet, daß die Cavallerie im Schritt und mit „eingesteckter Waffe" vorgerückt sei; es wird ferner versichert — der königliche Verfasser mußte doch im Schlosse Gewährsmänner für diese Behauptungen haben — „Fremde" hätten „im Sinne ihrer argen Pläne" das Blutvergießen herbeigeführt.

Dieser Behauptung wissen wir nichts Treffenderes gegenüberzustellen, als die Worte Bruno Bauer's*):

„Ja, es waren Fremde, denn das absolutistische Königthum und das Bürgerthum waren sich fremd geworden, sie verstanden sich nicht mehr, sie widerten sich gegenseitig an — die ausweichenden und vertröstenden Verheißungen, mit denen sich die Regierung in den letzten Tagen noch groß wußte, hatten im Bürger den Ekel gegen die absolutistische Macht entschieden, und dieser Ekel, dieser gegenseitige Widerwille machte den Ausbruch des Kampfes unvermeidlich; — ja, es waren Fremde, die den eigentlichen Kampf gegen das Militär bestanden, Arbeiter und ein Paar Gebildete, die von der officiellen und privilegirten Gesellschaft ausgestoßen waren und denen die Empörung des Bürgers als Rückhalt in ihrem Kampfe gegen die Stützen dieser harten und geistlos gewordenen Gesellschaft diente; der Bürger ließ diese kleinen Schaaren Barrikade nach Barrikade vertheidigen, wenn er nicht wollte, hätte kaum eine einzige errichtet werden können. . . ."

*) Die bürgerliche Revolution in Deutschland. Von Bruno Bauer. Berlin, 1849. (S. 193.)

Der Gouverneur von Berlin, Hr. v. Pfuel, hatte das Schloß Mittags zu einem Zeitpunkte verlassen, als von der auf dem Platze versammelten Menge nur Jubel und Freudenrufe vernommen wurden. Eine Verordnung aus dem Jahre 1838 legt die Anordnungen zur Stillung von Unruhen, sobald die polizeilichen Maßregeln nicht ausreichen, in die Hände des Gouverneurs oder des Commandanten der Stadt. Was für Anordnungen diese beiden Autoritäten während der Zeit vom 13. bis 16. März getroffen, läßt sich aus den in diesen Tagen stattgehabten Vorgängen selbst, so wie aus den mitgetheilten Bekanntmachungen derselben, ersehen. Hr. v. Pfuel mochte durch den auf dem Schloßplatze herrschenden Jubel zu der Ansicht bestimmt worden sein, der Friede der Stadt sei in Folge der vom Könige gemachten Concessionen wiederhergestellt; er hielt seine fernere Anwesenheit im Schlosse nicht für nothwendig.

Als Hr. v. Pfuel in der ersten Märzwoche „schleunigst" aus der Provinz nach Berlin berufen wurde, „um im Staatsrathe mit seinen umfassenden strategischen und neuerdings geprüften diplomatischen Kenntnissen ein Rathgeber zu sein, und mit der Aussicht, „im Fall eines Krieges Generalissimus der Westarmee und als solcher mit der Würde eines Generalfeldmarschalls bekleidet zu werden", da meldete der Rheinische Beobachter, ein durch Regierungsmittel unterstütztes, als halbofficielles Regierungsorgan geltendes Blatt, dies mit dem Zusatze: „Männer, die mit Altersweisheit noch körperliche und geistige Kraft in so hohem Grade verbinden, als Pfuel, kann das Vaterland jetzt brauchen."

Der Hof jedoch scheint diesen Mann in den entscheidenden Augenblicken nicht haben „brauchen" zu können. Denn bald darauf, nachdem sich Hr. v. Pfuel aus dem Schlosse entfernt hatte, als das Verhalten der Massen auf dem Schloßplatze den Personen im Schlosse bedenklich wurde, übertrug der König dem General-Lieutenant v. Prittwitz die Leitung aller militärischen Anordnungen. Die Truppen hatten zwar schon ihre Verhaltungsmaßregeln durch den eigentlichen Gouverneur erhalten, ihnen waren bereits früher die Allarmplätze bezeichnet worden, aber „sie bedurften neuer Befehle für die von den früheren Kravallen ganz verschiedene Verhältnisse". Da es nun im Schlosse hieß, der Gouverneur, durch zahlreiche tumultuirende Massen in seiner Wohnung abgeschlossen, könne weder ins Schloß kommen, noch den sich allmählig auf den Allarmplätzen sammelnden Truppen, die sich in der peinlichsten Verlegenheit befänden, irgend eine Weisung zukommen lassen, so „mußte ein Enschluß wegen des Oberbefehls in der kritischen Lage des Augenblicks gefaßt werden."

Nach einer glaubwürdigen, uns zugekommenen Privatmittheilung hat sich jedoch Hr. v. Pfuel keinesweges in seiner Wohnung abgesperrt befunden; er soll vielmehr den an dem Bankgebäude Wache haltenden Soldaten, als dieser verwundet wurde, (s. unten) unterstützt und ihn in das Fürstenhaus haben bringen lassen, wohin er sich darauf zu dem Oberbürgermeister Krausnick und

von da nach dem Schlosse begeben habe. Hier sei ihm durch den General v. Neumann der Befehl des Königs, daß Hr. v. Prittwitz das Commando führen solle, mitgetheilt worden. Dieselbe Mittheilung erwähnt ferner einer, wenn auch schnell vorübergegangenen Mißhelligkeit zwischen dem Prinzen von Preußen und dem Hrn. v. Pfuel, die durch einige, dem Letzteren am 15. März auf dem Schloßplatze gemachten Vorwürfe, „daß er die Armee demoralisire" u. s. w. veranlaßt worden sei. Der Prinz habe jedoch bald darauf dem General vor dem Könige selbst die ihm gebührende Genugthuung gegeben.

Der nach schneller Beseitigung des eigentlichen Gouverneurs mit dessen Amte beauftragte General v. Prittwitz — den bei Uebernahme seines Amtes irgend ein phantastischer Zeitungsschreiber jener Periode die heroisch-komische Aeußerung thun läßt: „er werde als Militär handeln, und wenn er dann als Bürger gefehlt haben sollte, möge der König ihm den Kopf vor die Füße legen lassen" — war der älteste General des Garde-Corps, dessen Commando der Prinz von Preußen bis zu Anfang des März gehabt hatte. Als dieser um die angegebene Zeit zum General-Gouverneur der Rheinprovinz und Westphalens ernannt wurde, übergab er das Commando sofort dem Hrn. v. Prittwitz; demselben bewährten Manne wurde, nach schneller Beseitigung des eigentlichen Commandeurs, am 18ten Nachmittags das Commando über sämmtliche in Berlin vorhandenen Truppen gegeben, ein Commando, das kaum vier und zwanzig Stunden dauerte, mit dem Rückzug sämmtlicher Truppen endete, und das später, nach einem langen Interim und nach wechselvollen Zeiten (Ende 1849) dem General v. Wrangel erst wieder übertragen wurde.

II. Ueberwältigung der Wachtposten am Bankgebäude. — Der Angriff auf die Barrikaden in der Oberwallstraße. — Der erste Kartätschenschuß.

Nach Waffen verlangte eine große Zahl Derer, die durch den Säbel und das Bayonett der Soldaten vom Schloßplatze vertrieben, in die Straßen stürzten, und von den Häusern oder den Barrikaden aus dem erwarteten Angriffe bewaffneten Widerstand entgegensetzen wollten. Mit Bereitwilligkeit lieferten Schwertfeger und Privatbesitzer von Waffen den heranströmenden Schaaren ihren Vorrath aus; mit dem Muth der Verzweiflung wurden einzelne auf der Straße angetroffene Soldaten trotz theilweise hartnäckiger Gegenwehr von Personen aus dem Volke entwaffnet.

Zu den ersten Fällen dieser Art gehörte die Entwaffnung der vor dem Bankgebäude in der Jägerstraße wachthaltenden Soldaten, deren eine rdas erste Todesopfer dieses Tages wurde. Ein Trupp Menschen, etwa 15 bis 20 an der Zahl, die gleich nachdem die Attaque auf dem Schloßplatze stattgefunden,

nach der Jägerstraße gestürzt kamen, versuchten hier, den erwähnten zwei Posten die Waffen abzunehmen. Die beiden Soldaten leisteten hartnäckigen Widerstand. Nichtsdestoweniger wurden ihnen die Säbel, die Bayonnette vom Gewehr und die Patrontaschen entrissen. Bei dem Ringen einer der bürgerlichen Personen mit einem der Posten um dessen Gewehr entlud sich dieses von selbst und traf die Brust des Soldaten. Er stürzte zusammen. Das Gewehr war erbeutet.

Nachdem auch der andere Soldat entwaffnet war — ihm blieb zwar das Gewehr, doch dieses in unbrauchbarem Zustande — eilten mehrere Personen aus jenem Trupp, der zumeist aus Leuten, die der gebildeten Klasse angehörten, bestand, auf die gegenüberliegende Zeitungshalle. Der Umstand, daß hier der Dr. Eichler, der auch zu den Ankommenden gehörte, sich der Ueberwältigung gerühmt haben soll, gab lange Zeit nachher Veranlassung zu näheren, nicht gerichtlichen Untersuchungen über den Vorfall an der Bank, die jedoch feststellten, daß Dr. Eichler bei der während des Ringens um das Gewehr erfolgten tödtlichen Verwundung nicht betheiligt war. Mit dem letzten Resultat erlosch zwar das ganze Interesse, welches zu der angestellten und eifrig betriebenen Untersuchung die Partei, die diese in Anregung gebracht, die Partei der „Neuen Preußischen Zeitung", bei der es sich nur um eine nachträgliche Rache gegen einen „Demokraten" handelte, geleitet hatte; unser Interesse jedoch, das der parteilosen, treuen Darstellung, berührt der ganze vollständige Inhalt der durch die Untersuchung als Thatsachen festgestellten Ermittelungen.

Indem wir hier die Aussage des Hauptzeugen, des einen der am 18ten März vor der Bank Wachtdienst leistenden, mit angegriffenen Soldaten Czaika, vom K. Franz-Grenadier-Regiment, mit allen ihren militärischen Kraftausdrücken folgen lassen, sei noch bemerkt, daß diese Aussage eine amtliche, am 21. Januar 1850 abgegeben ist, daß ferner, wie aus einer Erklärung eines Majors v. Mellentin ersichtlich, der genannte Soldat der deutschen Sprache nicht vollkommen mächtig, daß somit die rhetorische Ausschmückung des Protokolls sammt den Kraftausdrücken als Stilproben des betreffenden militärischen Protokollführers anzusehen sind. Diese Aussage lautet:

Theissen (Soldat des K. Franz-Gren.-Reg.) und ich hatten um 2 Uhr bereits den Doppelposten bei der Bank besetzt und die Volksbewegung nach dem Königl. Schlosse zu war um diese Stunde vorüber und in unserer unmittelbaren Nähe scheinbar Ruhe. Bald aber, nach ¼ 3 Uhr, brach der Sturm vom Schlosse her los, und auch bei uns brauste auf der Jägerstraße ein Sturm von einigen Tausenden aufgeregten Menschen, mit dem Geschrei: „Jetzt geht's los!" vorüber, ohne daß dieser Haupttrupp jedoch Miene machte, uns anzugreifen oder zu verhöhnen. Der Trupp nahm durch die Jägerstraße seinen Zug nach der Seehandlung, und wurde es darauf hier wieder ziemlich menschenleer und in unserer Nähe ruhig. Kurze Zeit nachher — etwa nach 5 bis 6 Minuten — stürzte eine Rotte, mit Knüppeln versehen, in der Stärke von höchstens 20 Mann, vom Königl. Schlosse kommend, auf Theissen und mich zu. — Theissen, der auf der rechten Seite des Schilderhauses vor der Bank und der bezeichneten heranrückenden Bande zunächst stand, wurde von dem vorangehenden ersten Rebellen zuerst gefaßt. Der größere Theil dieser Rebellenbande war wohlgekleidet, andere nur schlecht, und könnte man sie mit dem Ausdrucke „Bummler" bezeichnen. Der, welcher zunächst über Theissen herfiel, war, meiner Erinnerung nach, nicht wohlgekleidet, hatte

eine dunkelblaue Blouse übergezogen und eine blaue Sommermütze mit Schirm auf; er war von mittlerer Größe, nicht kräftig, nicht dürftig, und schien es mir, als habe er einen rothen Backenbart, aber keinen Schnurrbart. Nachdem Theissen von dem hier bezeichneten Subjecte angegriffen wurde, und mich, noch ehe ich ihm zu Hülfe eilen konnte, dasselbe Schicksal traf, wobei ich von einem Theile der Rotte, die nicht mit Th. beschäftigt war, umzingelt wurde, — war ich durch den beengten Gesichtskreis verhindert, genau und in ununterbrochener Reihenfolge zu beobachten, was mit meinem Cameraden geschah, und von wem er eigentlich den Todesstoß empfing. Ich bemerkte jedoch, als der erwähnte Rothbart den Th. zuerst angegriffen, demselben das Gewehr gerade über dem Schloß fest hielt, und als ihm dieser Griff gelungen, die Uebrigen zu Hülfe rief. In demselben Augenblicke drehte ich mein Gewehr um, in der Absicht, mit dem Kolben auf die den Th. umgebenden Angreifer loszuschlagen. Diese Bewegung von meiner Seite war für die mich umgebende Bande die Losung zu dem Angriff auf mich; sie drang auf mich ein, und einer derselben griff auch mir in's Schloß und versuchte mir das Gewehr zu entreißen, was ihm jedoch nicht gelang, da ich die eine Hand mir frei machte, ihm mit voller Faust in's Gesicht schlug, worauf er losließ und ich mein Gewehr schnell mit beiden Händen wieder erfaßte und ihm mit dem Kolben einen solchen Schlag versetzte, daß er in den Rinnstein stürzte. Diesen Moment benutzte ich, mein Gewehr wieder umzudrehen, um es zum scharfen Gebrauch zu benutzen; — mein Hahn war schon gespannt, ein Bummler, der ihn mit der Hand festhielt, während ein anderer mich von hinten am Kragen faßte, verhinderte das Abdrücken. Ich ließ die Hand vom Abzuge los und schlug, so gut ich konnte, dem Bummler auf die seinige, welche auf dem oberen Theile des Schlosses noch immer ruhte. Er ließ los, ergriff mich aber am Halse, und ich wurde nun von hinten am Kragen und von vorne am Halse, also von zwei Personen festgehalten und gerissen, hatte aber mein Gewehr und meine Hände in diesem Augenblick frei, und benutzte denselben, es gegen die vor mir stehenden Rebellen abzuschießen. Hierdurch wurde die Wuth der mir Gegenüberstehenden auf's Höchste gereizt; die Menge drang abermals auf mich ein und schrie: „Den preußischen Hund müssen wir jetzt todtschlagen!", worauf Hiebe von allen Seiten auf meinen Kopf fielen, der aber noch mit dem Helm bedeckt war und mich schützte. Als sie mir aber den Helm abgerissen hatten und ich durch die Schläge auf den bloßen Kopf fast ganz betäubt war, raubte mir die Mörderbande noch den Säbel, die Patrontasche, das Bayonnett vom Gewehr, den Ladestock und zerriß mir meine Montirung. (Der Soldat begab sich nun unter dem Schutze von „vier rechtschaffenen Bürgern" von seinem Posten weg, nach dem Commandanturgebäude.) Was Theissens Schicksal noch betrifft; so habe ich nicht ununterbrochen sehen und beobachten können, was mit ihm vorging, da ich zu sehr mit mir selbst beschäftigt war. Ich habe indeß gesehen, — um die Zeit, als man mir meinen Helm abgerissen hatte — daß Th. an der Erde lag — sich mit der einen Hand stützend, mit der andern das Gewehr festhaltend — und war, wie es mir schien, derselbe Rothbart, welcher ihn zuerst angegriffen, beschäftigt, ihm das Gewehr zu entreißen. Ob Th. bereits verwundet war, und durch wen, vermag ich nicht zu sagen; weiß nur bestimmt, daß er noch lebte; habe ihn dann nicht mehr gesehen, und erst später gehört, daß er an den Folgen seiner auf dem Posten erhaltenen Wunde noch denselben Tag gestorben ist.

Eine andere Aussage, die von derselben Seite, welcher die vorstehende Mittheilung zu verdanken, veröffentlicht ist, rührt von Civilpersonen her, die den Verwundeten umstanden. Unter Lobeserhebungen über das Benehmen des Grenadiers erzählten sie, unmittelbar nach dem Vorgange, etwa Folgendes:

„Ein von dem Schloßplatz herkommender Haufe Menschen drang auf den Posten vor der Bank mit der Aufforderung ein, die Waffen abzugeben; derselbe weigerte dies, indem er äußerte: er wolle sich lieber massakriren lassen, ehe er dies thue! Man suchte ihm jetzt mit Gewalt das Gewehr zu entreißen, und während des Ringens um dasselbe, entladete es sich, als Theissen es nur noch an der Mündung festhielt und diese auf seine Brust gerichtet war, so daß er zusammenstürzte. . ."

Der Verwundete wurde auf eine Bahre gelegt und seine Fortschaffung nach dem Lazarethe des K. Franz-Gren.-Regiments in der Grünstraße ange-

ordnet. Zuerst scheint man ihn, wie im vorigen Abschnitte mitgetheilt, in das Fürstenhaus (Kurstraße) gebracht zu haben. Als der Zug — vier Soldaten trugen die Bahre, vier andere begleiteten sie, sämmtlich ohne Gewehre — bis zum Petriplatze gekommen war, wurde er von den hier versammelten Bau-Arbeitern angehalten. Die Soldaten ergriffen die Flucht und ließen die Bahre mit dem Verwundeten im Stich. Letzterer raffte sich empor, taumelte einige Schritte vorwärts, fiel dann wieder zur Erde und wurde vou Civilpersonen in ein Haus in der Brüderstraße getragen und von hier nach dem Lazarethe gebracht. Dort starb er, nachdem er ein Gebetbuch verlangt und darin gelesen, und die geringe Baarschaft, die er bei sich führte, einem Umstehenden mit der Bemerkung, das Geld den Armen zu geben, verabreicht hatte, an demselben Abende gegen 11 Uhr. — Die Soldaten, welche die Bahre im Stiche gelassen hatten, waren aus den Händen der sie Umringenden, durch das gütliche Zureden mehrerer Bürger, befreit worden.

Der erste Angriff des Militärs auf eine Barrikade geschah etwa um 3¼ Uhr an der Werder- und Oberwallstraßen-Ecke. Hier, dem Gouvernementsgebäude gegenüber, war mit großer Schnelligkeit eine Barrikade errichtet worden. Personen, die vom Schloßplatze, wo sie Zeugen der dortigen Vorgänge gewesen, verjagt, in die benachbarte Werdersche Kirche geeilt waren, hier jedoch, nachdem sie durch die unteren Eingänge sich gewaltsam den Weg in's Innere gebahnt, vergebens zu den Thurmglocken zu gelangen versucht hatten — eine zu den Glocken führende verschlossene Thür von Eisen war nicht zu erbrechen — diese Personen legten, nachdem ihr Versuch, mit den Werderschen Kirchthurmglocken Sturm zu läuten, vereitelt war, die erste Hand an die Errichtung der genannten Barrikade. Vorübergehende wurden angehalten mit bauen zu helfen. Bald waren die Arbeiten vertheilt. Es ward Sorge getragen, daß die benachbarten Hausthüren offen gehalten wurden, Steine in die Eckhäuser geschafft; aus den Wohnungen der unteren Geschosse wurden mit größter Bereitwilligkeit Geräthschaften, die beim Barrikadenbau verwandt werden konnten, herausgegeben; das Schilderhaus vom Gouvernementsgebäude, dessen Wachtposten sich zurückgezogen hatte, die schweren eisernen Laternenhalter an jenem Hause, die mit wunderbarer Schnelligkeit losgerissen wurden, dienten mit zum Baumaterial. Nachdem kaum zehn Minuten an dem Werke gearbeitet war, rückte von der Werderstraße aus Infanterie heran. Alle an der Barrikade beschäftigten Personen, fast alle unter einander bekannte junge Leute, — Emissäre und Fremde waren nicht bemerkt worden — zogen sich in das Eckhaus zurück und begaben sich auf dessen Boden, wohin inzwischen die in's Haus geschafften Steine gebracht worden waren. Auch auf die Böden der Nebenhäuser begaben sich Personen, mit Steinen versehen. Die heranrückende Infanterie, ein Bestandtheil zweier Compagnien des 2ten Garde-Regiments,

welche kurz vor 3 Uhr vom Zeughause aus detachirt wurden, „um die Gassen zwischen der Spree und der Oberwallstraße, bis zur Höhe der Schleusenbrücke und Jägerstraße zu säubern", wurde von den Obenstehenden mit Steinwürfen empfangen. Das Militär feuerte. Die Kugeln flogen in die Wohnungen und auf den Boden, ohne jedoch Jemanden zu treffen. Ein Theil der Soldaten drang darauf in das Haus, durchsuchte den Boden und die in der zweiten Etage befindliche Speiseanstalt, und trieb alle hier sich vorfindenden Personen, mochten sie nun Gäste sein oder nicht, zum Theil mit Kolbenstößen, die Treppe hinab, zum Hause hinaus. Ein Theil der im Hause anwesenden Personen hatte inzwischen zu entkommen Gelegenheit gehabt; die anderen wurden verhaftet und nach der Schloßwache gebracht.

Zu derselben Zeit, als man beim Gouvernementshause mit Errichtung der Barrikade beschäftigt war, erhob sich in der Nähe an der Ecke der Oberwall- und Jägerstraße eine Barrikade, welche das Eckhaus, worin sich die Zeitungshalle befand, mit dem gegenüberliegenden Eckhaus verband. Auch sie wurde in Eile und mit großer Geschicklichkeit aufgeführt, indem man zwei Droschken und eine Kutsche, die mit Pferden bespannt so eben angerollt kam, von dem Besitzer jedoch ohne Widerstreben hergegeben wurde, niederwarf, dazu das Schilderhaus vom Bankgebäude, die Brücken von den Rinnsteinen, Fässer und Steine in die Lücken stopfte und das Straßenpflaster aufriß. Daß, wie Hr. Helfferich (Deutsche Briefe a. Paris. I. S. 9) erzählt, „an der Zeitungshalle lauter Glacéehandschuhe" baueten, ist von den mitwirkenden Personen nicht bemerkt worden. Auch hier wurden Steine auf das Dach getragen. Kaum war die Barrikade nothdürftig beendet, so sprengte eine Dragoner-Abtheilung in der Jägerstraße heran. Durch Steinwürfe verfolgt, mußten sich die Dragoner jedoch wieder zurückziehen. Bald darauf erschien die Abtheilung Infanterie, welche sich inzwischen durch die an der andern Ecke errichtete Barrikade Bahn zu machen gewußt hatte. Auch von den Dächern der Zeitungshalle durch Steinwürfe angegriffen richtete die Infanterie ein heftiges Feuer gegen die oberen Etage des Hauses. Der in einem der Rauchzimmer des Lese-Instituts am Fenster stehende Restaurateur der Anstalt und ein so eben ans Fenster tretendes Mädchen im dritten Stockwerke wurden von den Schüssen getroffen und getödtet. Sie fielen als die ersten bürgerlichen Opfer eines militärischen Heldenthums, das die Unschuldigen und Wehrlosen, das Kind und Weib mit demselben Zelotismus verfolgte als die angreifenden und bewaffneten Feinde, wovon gerade an diesem Tage eine furchtbar große Anzahl von Executionen dieser Art und viele Fälle mit entsetzlichen Nebenumständen zeugen.

Nachdem die Angriffe von dem Hause aus aufgehört, drang ein Theil der Soldaten hinein und nahm hier Verhaftungen vor. Der andere Theil hielt das Haus noch lange Zeit besetzt und verhinderte den Eintritt in dasselbe. Durch die Flucht über die Dächer hinweg entzogen sich auch hier mehrere

Personen, die vom Dache aus mit Steinen geworfen hatten, der Verhaftung.

Mit furchtbarer Schnelligkeit hatte sich die Nachricht von den Vorgängen auf dem Schloßplatze in alle Theile der Stadt verbreitet. Um 3 Uhr war an dem Oranienburger Thore eine große Menge Menschen versammelt. In der Nähe dieses Thores befand sich die Kaserne der Artillerie. Bald nach 3 Uhr kam ein Offizier herangesprengt und überbrachte den Befehl: „Vier Kanonen nach dem Schlosse!" Kaum war das bekannt geworden, als von Seiten des Volkes durch Errichtung von Barrikaden der Ausführung dieses Befehls Hindernisse bereitet wurden. Binnen einer halben Stunde erhoben sich in der Oranienburgerstraße fünf Barrikaden, so daß der Transport der Kanonen auf diesem Wege unmöglich wurde; sie mußten auf langen Umwegen durch die Friedrichsstraße abgeführt werden.

Vor dem Oranienburger Thore befinden sich die großen Maschinenbau-Anstalten von Borsig, Egells, Rüdiger, Sigl u. A. Sie beschäftigen eine große Anzahl — 3 bis 4000 — Arbeiter. Zu diesen waren einige Studenten, einer sogar zu Pferde, geeilt, mit der Aufforderung, daß die Maschinenbauer sich an sie anschließen und ihnen in die Stadt folgen möchten. (Der oftgenannte studentische Autor der Gegen-Signatur theilt mit, daß einer dieser Studenten zu der Partei der „Redlichen", zu denen gehört habe, die dem Könige am 10. März einen solennen Fackelzug zu bringen beantragt hatten, und macht dabei die tröstliche Bemerkung: „Hierin liegt ein nicht unwichtiger Fingerzeig, wie reine und edle Elemente doch in dem Kampf des 18. März verwickelt waren.") Auf die Aufforderung der Studenten erklärten Viele der Arbeiter, namentlich die jüngeren, unverheiratheten, ihre Bereitwilligkeit zu folgen. Fast Alle waren ohne eigentliche Waffen, auch die Studenten hatten nur ihre „Schläger" als Waffen mit sich genommen. Die Arbeiter nahmen das erste beste Stück Eisen als Waffe.

Ueber die Vorgänge, die hierauf am Thore stattgefunden, lassen wir einen Bericht, der aus glaubwürdigen, an Ort und Stelle selbst aufgenommenen Aussagen von Augenzeugen entstanden ist, folgen. „Eine Verabredung, beginnt derselbe, hatte in den Anstalten nicht stattgefunden, ebenso wenig sind hier fremde Emissäre, Aufwiegler und splendide Geldgeber von irgend Jemandem gesehen worden. Wären die Arbeiter auch nur entfernt auf den Kampf vorbereitet oder dazu organisirt gewesen, so hätten sie wohl in geschlossenen Reihen zunächst die Artillerie-Kaserne, wozu die Veranlassung sehr nahe lag, gestürmt." Der Bericht fährt hierauf fort:

Gleich zu Anfang des Tumults hatten die Steueraufseher des Thores die für Fuhrwerke bestimmte mittlere Einfahrt geschlossen, die Eingänge zu beiden Seiten, welche für die Fußgänger bestimmt sind, blieben geöffnet und die Menge Neugieriger zog hin und her, viele blieben in den Thorhallen stehen, um von hier aus dem Barrikadenbau in der Oranienburger-

straße in gesichertem Rückhalt zuzusehen. Die Besatzung der Garde-Artillerie-Kaserne bestand nach dem Abzuge der nach dem Schlosse gesendeten Kanonen und nachdem der Lieutenant v. Reibnitz mit 60 Mann zur Besetzung des Schlosses Monbijou abmarschirt war, aus 30—40 Mann und einem Offizier. Das Volk hatte es vergeblich versucht, den Abmarsch der Kanonen nach dem Schlosse aufzuhalten, und von der Barrikade der Oranienburgerstraße her waren Steine gegen die Truppen geflogen, ohne daß von diesen etwas dagegen geschehen war; die geringe Mannschaft, welche zurückblieb, zog sich in die Kaserne zurück, ohne daß ein Sturm auf diese unternommen worden war. Da machte der Offizier Anstalt, mit seinen, nur mit kurzen Säbeln bewaffneten Leuten den Bau einer Barrikade vor dem Thore zu verhindern; hier wurden die Artilleristen mit einem Steinhagel empfangen, welcher sie zum schnellsten Umkehren zwang, der Offizier hatte eine schwere Verletzung im Gesicht erhalten. Es trat nach dem Rückzuge der Truppen in die Kaserne Waffenruhe ein; Neugierige, selbst Frauen und Kinder zogen an der Kaserne vorüber, draußen vor dem Thore war man eifrig mit dem Bau der Barrikade beschäftigt, wozu vornehmlich die nächsten Stackete, Balken und anderes, in den Maschinenbau-Anstalten vorhandenes Gitterwerk verwendet wurde.

Plötzlich fuhren die Artilleristen eine Haubitze auf, welche sie durch ein Hinterthor der Kasernenställe unbemerkt in dem engen Gäßchen zwischen der Kaserne und der Stadtmauer herbeigefahren hatten. Vom Volke zogen sich die Meisten in die Thorhallen zurück, in welchen das Gedränge immer größer wurde, zumal in der, von der Kaserne am entferntesten gelegenen, rechter Hand. Die Kanoniere ließen sich nicht Zeit, ihre Haubitze bis in die Mitte der Straße zu fahren, sie schienen sogar unschlüssig oder uneins, wohin sie den mörderischen Schlund richten sollten, darüber vergaßen sie, durch Trommelschlag oder Trompetensignal zum Auseinandergehen aufzufordern, oder auch nur anzukündigen, daß scharf geschossen werden würde. Die brennende Lunte, sonst das allgemein bekannte Feuerzeichen, war ebenfalls nicht zu sehen, da auch bei den Kanonen das Abfeuern vermittelst Knallsilbers und eines Schlages geschieht. Die Bombardiere gaben in größter Uebereilung der Haubitze die Richtung schräg nach der zweiten engen Thorhalle hin, in welcher das Gedränge am dichtesten war; der mörderische Schuß wurde abgefeuert, die Wirkung war entsetzlich! Eine Cartousche mit 40 bis 50 sechslöthigen eisernen Kugeln wurde auf eine Entfernung von fünfundzwanzig Schritt in die dichte Menschenmasse, welche sich in einer engen Thürhalle des Thores zusammengedrängt befand, abgefeuert. Fünf Männer stürzten todt nieder, das Wehegeschrei der Verstümmelten und Verwundeten und mehr noch das Wuth- und Rachegeschrei der Nichtgetroffenen war fürchterlich, in wildester Flucht stürzten Männer, Frauen und Kinder fort, die Todten und Schwerverwundeten blieben auf dem Platze liegen; der vorhin erwähnte Student erhielt ebenfalls einen tödtlichen Schuß, an dessen Folgen er bald starb. Die Artilleristen zogen die Haubitze, in die Wolke des Pulverdampfes gehüllt, nach der Kaserne zurück, ohne sich um die Schlachtopfer zu kümmern, deren sich auch von den Bürgern, welche fürchten mußten, daß eine zweite Ladung auf sie abgefeuert werden würde, Niemand annahm. Erst als man sich überzeugte, daß die Artilleristen es bei diesem einen Schusse bewenden lassen würden und sich in die Kaserne zurückgezogen hatten, kam man den Verwundeten zu Hülfe und trug die Todten hinweg.

Hr. Braß, in dessen „Barrikaden" sich die Einzelheiten der berliner Straßenkämpfe mit anerkennenswerther Geschicklichkeit zusammengestellt finden, giebt folgende Schilderung der Vorgänge am Oranienburger Thore:

Vor dem Oranienburger Thore hatten sich die Arbeiter der dortigen Fabriken ebenfalls so schleunig wie möglich bewaffnet; die Arbeiter aus der Borsig'schen Fabrik hatten das Straßenpflaster außerhalb des Thores aufgerissen, weil es hieß, die außen auf den Dörfern liegende Kavallerie wolle in die Stadt rücken. Bald nachher erschien ein junger Mann zu Pferde, ein Student, der eine kurze Anrede an die Leute hielt, und sie dann über die Barrikade weg zum Angriff auf die dortige reitende Artillerie-Kaserne führte. Dieser junge Mann warf sich auf den Offizier, welcher seine Leute ihm entgegenführte, schoß ein Pistol auf ihn ab, ohne ihn jedoch zu treffen, und griff ihn dann mit blanker Waffe an. Die Borsig'schen Arbeiter folgten diesem Beispiel, und obgleich nur mit Steinen bewaffnet trieben sie doch die Kanoniere in die Kaserne zurück, ohne jedoch selbst in dieselbe eindringen zu können. Zu gleicher Zeit wurde auch eine am Oranienburger Thorgebäude belegene Montirungs-Kammer erbrochen und die dort vorgefundenen Waffen schnell vertheilt. Da jagte ein Geschütz, welches die Kaserne durch einen anderen Ausgang verlassen hatte, im Galopp von der Communication her heran, schwenkte in die Friedrichsstraße ein und protzte ab. Die Arbeiter wichen zurück, der Schuß fiel, aber es ergab sich, daß das Geschütz blind geladen gewe-

sen war. Wahrscheinlich war dieser Schuß noch von den früheren Tagen her in der Kanone gewesen. Dieser Umstand ermuthigte die Arbeiter aufs Neue. Sie hatten bei dem Anfahren des Geschützes das Thor schließen wollen, aber es war ihnen nicht gelungen, den einen Hauptflügel zuzumachen, und durch diese Oeffnung krachte gleich darauf der zweite Schuß, eine Kartätschladung, die fünf Arbeiter zu Boden streckte, von denen zwei auf der Stelle todt waren, von den Verwundeten starben zwei bald nachher. Die Leute zerstreuten sich nun, um auf anderen Wegen in die Stadt zu kommen, aber auch das Geschütz zog ab, da man von den Querstraßen, besonders von der Communication aus, einen Angriff mit blanker Waffe fürchtete. Statt dessen rückte eine Infanterie-Abtheilung des zweiten Garde-Regiments gegen das Thor vor und hielt dasselbe, ohne Widerstand zu finden, besetzt.

Als bald darauf Ulanen durch die Invalidenstraße herbeigeritten kamen, wurden sie durch die Barrikaden aufgehalten, und Gewehrschüsse aus dem Volke veranlaßten sie, zurückzukehren.

Die Volkswuth aber, die sich verhindert sah, an der Artillerie-Kaserne Rache zu üben, wandte sich alsbald gegen die in der Nähe, auf der Chaussee nach Oranienburg, befindlichen Wagenhäuser der Artillerie. Große Vorräthe von verarbeitetem und rohem, für die Artilleriegeschütze zu verarbeitendem Material, von Lafetten, Rädern, Pulverkasten, Riemenzeug, Kanonen, bis zum Anspannen fertig, waren hier in den weitläuftigen Räumen aufgespeichert. In diese Räume wurden Zündstoffe hineingeworfen, und der ganze ungeheure Vorrath — dessen Werth auf einige hunderttausend Thaler angeschlagen wird — ging, ohne daß das Militär auch nur den Versuch gemacht hätte, ein Stück zu retten, in Flammen auf. Das Feuer, das den Abend und die ganze Nacht hindurch die reichen Schätze verheerte, ließ nichts als die nackten Mauern der ungeheuren, vor Kurzem erst im Bau vollendeten Gebäude übrig! Außer diesem Brande bezeichnen noch in jener Gegend die leergebrannten inneren Räume der königlichen Eisengießerei in der Invalidenstraße, so wie das Wachtgebäude am Neuen Thore (Louisenstraße) die Verwüstungen des achtzehnten März.

Dieselbe Rachsucht, die später in den Vorgängen am Bankgebäude den Anlaß zur criminalgerichtlichen Verfolgung „wegen Mordes eines Wachtpostens" gegeben sah, dieselbe Rachsucht jener Partei der „Neuen Preuß. Zeitung" wollte auch zwei Jahre später die Vernichtung der Artillerie-Wagenhäuser &c., deren innigster Zusammenhang mit den anderweiten außerordentlichen Begebenheiten dieses Tages Jedem ersichtlich, als „Brandstiftungen" gerichtlich verfolgt wissen! Und in der That wurde im Jahre 1850 von dem berliner Criminalgericht gegen einen der sogenannten Brandstifter eine Untersuchung eingeleitet, die jedoch damit endete, daß der bereits gefänglich Eingezogene noch in der Voruntersuchung seiner Haft entlassen und von weiterer Verfolgung dieser Sache abgesehen wurde.

III. Der Polizeipräsident, die Studenten, der Universitäts-Senat und ihre mißglückten Versöhnungs-Bestrebungen.

Die Dragoner, welche durch ihren Angriff auf die Menge den nächsten Anstoß zum Ausbruch der allgemeinen Empörung gegeben hatten, wurden alsbald vom Schloßplatz zurückzogen. Ein Detachement Ulanen, die, als sie bei der Universität vorübergesprengt kamen, hier bereits durch Steinwürfe verfolgt wurden, nahm die Stelle der abmarschirenden Dragoner ein.

Inzwischen hatten sich auf dem Schloßplatze wieder einige Haufen von Menschen gesammelt. Es waren zum großen Theil solche Personen, wie sie den Polizeipräsidenten auch bei seinem Wege durch die Königsstraße nach dem Schlosse in fortwährend wachsenden Zügen umgeben hatten, und auf dem Platze die Rückkunft und mit ihr das Resultat der Bemühungen des Präsidenten erwarten wollten.

Hr. v. Minutoli war gleich nachdem sich die Kunde von der Attaque vor dem Schlosse verbreitet hatte, in voller Uniform nach dem Schlosse geeilt, um hier auch seine Kräfte zu Vermittelungs-Versuchen aufzubieten. Auf seinem Wege hatte er bereits Anfänge von Barrikadenbauten wahrnehmen können, überallhin verhieß er günstige Erfolge des von ihm übernommenen Versöhnungsamtes. Seine Begleitung auf dem kurzen Wege wuchs lawinenartig.

Während Hr. v. Minutoli sich im Schlosse aufhielt, ereignete es sich, daß ein Schutzbeamter, der Zeuge der Dragonerattaque gewesen war, ein alter Mann, an den Offizier der eben angekommenen Ulanen herantrat, ihn von dem „Mißverständniß" und dem unverantwortlichen Benehmen der Dragoner in Kenntniß setzte, und bei dieser Gelegenheit, wie es schien, das Pferd auf den Hals, oder wie andere sagen, den Offizier auf die Kniee klopfte. Der Rittmeister, der anfangs die Klagen des Alten gleichgültig anhörte, schien bei der offenbar unabsichtlichen Geberde des Mannes zu vermuthen, daß dieser ihm in die Zügel fallen wollte; er zog das Pferd zurück, riß den Säbel aus der Scheide; das war für die sämmtlichen Ulanen das Signal, ihre Säbel ebenfalls zu ziehen; sie gingen im Trabe vor; der Platz wurde abermals — „gesäubert!" Während die Ulanen voranritten, um die Haufen zu sprengen, fiel ein junger Mann dem Commandeur in die Zügel des Pferdes, beschwört ihn, diese Menschen, die friedliche Absichten hätten, nicht auseinander zu treiben, — er wäre beinahe übergeritten worden! Ein Stabsoffizier zu Fuße, der den Haufen zu trennen strebte, war nahe daran, durch Säbelhiebe verwundet zu werden.

Charakteristisch ist es, daß einer der Offiziere auf dem Schloßplatze, dem ein Exemplar der königl. Proclamation übergeben worden und in dieser die Worte las: „deutsches Heimathsrecht", ausrief: „Das ist verfälscht, das ist

nicht vom König!" Ein anderer Offizier dagegen glaubte an die Echtheit und meinte: jetzt wäre Alles gerettet!

Der Polizeipräsident verließ das Schloß — ohne einen günstigen Bescheid erhalten zu haben, ohne gar, wie selbst behauptet wird, zum Könige zugelassen worden zu sein: der Prinz von Preußen soll ihm den Eintritt gewehrt haben. Würde das Militär nicht zurückgezogen, soll Hr. v. Minutoli im Schlosse geäußert haben, so würde sofort binnen einer Stunde der Auflauf in der Stadt zur Revolution anschwellen.

Die Studenten waren nach der Aula geeilt. Es erscholl ihr Ruf: Waffen, Waffen! Der am Morgen herabgefallene Adler wurde vollends zerschmettert. Einige von den Studenten begaben sich schnell zu den Maschinenbauern und riefen, durch die Straßen eilend, zu den Waffen auf.

Auch jetzt noch, so erzählt der mehrfach erwähnte Geschichtschreiber der Aula, lebte in einer geringen Anzahl der Studenten ein Schimmer der Hoffnung. Sie waren sich nicht klar bewußt, was sie wollten; doch genug, es durfte nicht zum Kampfe kommen. In der ungeheuern Aufregung des Moments, fast verzweifelnd, späheten sie nach einem Ausweg. Da nennt der Eine den Namen „Minutoli". Drei Studenten werfen sich in einen Wagen und eilen nach dem Polizeipräsidium. Unterweges wird der Wagen angehalten, sie sind genöthigt auszusteigen. Im Präsidialgebäude erfahren sie, daß Hr. v. Minutoli sich im Schlosse befinde. Ein Polizeibeamter geleitete, nach Ablegung der Uniform, sie nach dem Schlosse. Ein Offizier verspricht ihnen, sie in's Schloß zu führen; es unterbleibt jedoch. Da geschah es, daß der Schloßplatz durch die Ulanen wiederholt von den Menschenhaufen geleert wurde. Schon war die Kurfürstenbrücke militärisch besetzt, in der Königsstraße hatten sich Barrikaden erhoben. Die Studenten eilten noch einmal zu Minutoli. Er war so eben in seiner Wohnung, „athemlos und erschöpft", angelangt. Die Studenten trugen ihm ihre Idee vor: sich dem König zu Füßen zu werfen und um Entfernung der Truppen zu bitten. Hr. v. Minutoli verwies ihnen „kurz und ruhig" die Aussicht auf Entfernung der Truppen. Zugleich berichtigte er ihre Ansicht von dem „Mißverständniß", an welches sie glaubten. Die Studenten bitten hierauf den Polizeipräsidenten, den Gang zu wagen, die Studenten aufzusuchen und über den wahren Sachverhalt aufzuklären. Hr. v. Minutoli, „der die Wichtigkeit der Universität für diesen Augenblick erkannte und übersah, daß, war die akademische Jugend zu gewinnen, das moralische Gewicht dem Aufstand fehlte, ja vielleicht der Aufstand gar nicht zum Ausbruch kam", (das träumten nämlich die drei Studenten und mit ihnen ihr Apologet, der freimüthige Widersacher) — Hr. v. Minutoli gab den Bitten nach. Er trat mit ihnen den „denkwürdigen" Gang an.

Ueber die Einzelnheiten dieses Ganges geben wir zunächst die Darstellung des studentischen Autors wieder, um ihr hernach eine von anderer Seite her-

rührende, ebenfalls für authentisch ausgegebene Schilderung folgen zu lassen. Der „freimüthige Widersacher der Revolution" erzählt:

Wohin die Vier ihre Schritte lenkten, empfing Hrn. v. Minutoli der allgemeinste Jubel. Aus allen Fenstern wehten weiße Tücher; aus vielen Häusern rief man: „Schaffen Sie uns Frieden"; über die Barrikaden wurde Minutoli fast hinübergetragen. Aber fast an jeder stand er und eiferte: es sei kein Feind vorhanden, die treuen Soldaten des Königs thäten Keinem etwas zu Leide; man möge die Barrikaden schnell hinwegräumen, dann sei der Friede da! Flüche waren die Antwort; mitunter Drohungen und heftiges Nachrufen. Nicht verhindert werden konnte, daß auf dem Schloßplatz sich ein großer Haufe von Menschen anschloß, welche sich durch nichts davon abbringen ließen, mitzuziehen, und deren immer Mehre wurden. Unterweges kam die Nachricht, daß eine bedeutende Anzahl von Studenten sich in der Taubenstraße versammele und zwar bewaffnet. Dahin also galt es baldmöglichst zu gelangen, wenn die Revolution noch zu hintertreiben, wenn der drohende Aufstand nicht zur Revolution werden sollte. Mit der größten Kraftanstrengung indessen vermochten Hr. v. Minutoli und seine Begleiter nicht, die eingeschlagene Richtung zu verfolgen, noch weniger eine neue nach der Universität einzuschlagen. Denn die Masse wuchs mit jedem Schritte, mit jedem Schritte waren die Vier in einen Knäuel eingewickelt, mit Fragen bestürmt, mit Versicherungen, Ausrufen, Segenswünschen, Flüchen, Drohungen überschüttet. Die wildesten Gestalten, bewaffnet theils mit alten verrosteten Waffen, theils mit Aexten, Spaten, Eisenstangen u. s. w. umringten sie bald. Mühsam war der Weg über Barrikaden und jeden Augenblick mußte Halt gemacht werden. Die Lage der Vier oder vielmehr Drei, denn einer der Studenten war von ihnen getrennt, wurde verzweifelt. Nicht nur äußerlich gefährdet, sondern auch in einem Maß entkräftet, daß sie nahe daran waren, die Besinnung zu verlieren, hatten sie den unbeschreiblichen Schmerz, ganz vergebens zu dulden. Denn der Zug drängte keilartig vorwärts; Schüsse wurden gehört; die ganze Physiognomie der Masse verrieth, daß die Revolution schon im vollen Gange wäre; die Studenten durfte man nicht hoffen zu erreichen, und, wenn auch endlich, — sie zu überzeugen, daß diese Revolution von allen sinnlosen die sinnloseste, von allen unzweckmäßigen die unzweckmäßigste, daß das vergossene Blut für nichts und wieder nichts vergossen werde!

In der Zimmerstraße öffnete sich dem Polizeipräsidenten und seinen zwei Begleitern eine gastliche Pforte. Bald wäre sie gestürmt; die Hausbewohner geriethen in die höchste Angst. Hr. v. Minutoli mußte sich entschließen, aus dem Fenster zu sprechen und zu fragen, was man denn von ihm wolle. Die mehrhundertstimmige Antwort war, er müßte mit ihnen zum Könige; der König und er, das wären die Einzigen, denen sie trauten (!), er sollte sorgen, daß der König sie nicht morden ließe. Minutoli versuchte nun, sie zum Auseinandergehen zu bewegen; so trüge Jeder zum Frieden bei. Wildes Geheul unterbrach ihn. Als Alles nicht half, versprach Minutoli zu Könige zu gehen; sie sollten ihm aber nicht folgen. Abermals leidenschaftlicher Widerspruch! Der Präsident mußte so schnell als möglich aus dieser Lage gerissen und seinem Berufe wiedergegeben werden, welchem er zu dienen vermeint hatte, als er den jungen Leuten nachgab; keine Minute durfte verloren sein. So stellte Minutoli denn die Bedingung, daß man lautlos zu Zweien oder Dreien ginge. Es geschah; lautlos bewegte sich der lange Zug; wieder aus allen Fenstern wehten Tücher. Bei den Truppen am Gensdarmenmarkt war im Augenblick ein Conflict zu befürchten. Im Universitätsgarten standen Studenten und riefen dem Zuge zu. Dem Polizeipräsidenten lag daran, so rasch wie möglich an seinen Posten zu kommen.

Der massenhafte Zug hielt an der Schloßbrücke; noch einmal vernahm Hr. v. Minutoli die flehentliche Bitte: „Entfernung der Truppen!" Eine Stimme verlangte, daß der König im offenen Wagen durch die Stadt fahre, vor ihm würden alle Barrikaden fallen. Ein Stabsoffizier der Ulanen, der jenseits der Brücke hielt, übernahm es, den Zug zu schützen, bis Nachricht eingetroffen; dieser stellte sich am Lustgarten auf; es herrschte Todtenstille. Als Hr. v. Minutoli mit seinen beiden jungen Begleitern und einigen Bürgerschützen, die sich unterwegs ihm beigesellt, als sie ihn in solcher Gesellschaft gewahrten und ihm das Geleit gegeben, in den Schloßhof trat, wurde das erste schwere Geschütz nach der Königsstadt gefahren: dort war aus den Fenstern geschossen. „Wenn Einige purzeln, dann hat Alles ein Ende", meinte ein königlicher Lakai. Da donnerte die erste Geschützsalve, daß im Schlosse die Fenster klirrten. Darüber mußte Jedem das Herz brechen.

Eine Unzahl von Deputationen umlagerte die Vorzimmer. Auch Rector und Senat der Universität warteten einer Audienz, um die Entfernung der Truppen zu erbitten! Graf Arnim-Boitzenburg empfahl Mitgliedern der Schützengilde, den Ernst des Moments zu würdigen und dem Könige die Treue zu wahren. — Nach einiger Zeit erschien der Polizei-

präsident; er wollte hinunter, um jenen Trupp, der ihm gefolgt war, zu bescheiden, damit er sich zerstreute. Seine jungen Begleiter hielten ihn zurück; er hätte sein Leben dabei verloren; sie waren ja die Veranlassung dieser Katastrophe, sie mußten den verhängnißvollen Bescheid bringen. Mit Bekümmerniß sah Hr. v. Minutoli die beiden Studenten ziehen; er bezeichnete sie der Wache am Portal, daß man sie nicht zurückweise, wenn sie verfolgt werden und nach dem Schlosse zurückflüchten sollten. Der Haufe stand am Lustgarten; die Schützen waren schon dort; Todtenstille folgte der Mittheilung, daß die Truppen nicht entfernt würden....

In einem ganz anderen Lichte stellen die Bemühungen des Polizeipräsidenten am 18. März Nachmittags Mittheilungen dar, die ein Bericht der Schrift von Braß zuerst zusammengefaßt hat. Beide Berichte, der von Braß, wie der so eben mitgetheilte, haben jedoch die gemeinsame, von ihren Verfassern noch besonders ausgesprochene Tendenz: das Benehmen des Polizeipräsidenten als ein preiswürdiges darzustellen, und beide Berichterstatter können nicht Worte genug zu Lobeserhebungen des Hrn. v. Minutoli finden. Während der Eine ihn einen Mann nennt, „der in jenen Tagen als der unbeugsame Vertreter des Gesetzes, aber gleichzeitig als edel und hochgesinnt, als das Muster eines pflichttreuen Beamten der Krone galt", rühmt der Andere von ihm: „Er allein unter allen den Männern, welche die Person des Königs umgaben, hatte wohl die politische Bedeutung des Augenblicks erkannt, und von jeher der starr an dem Bestehenden festhaltenden Form abhold, hatte er es nie über sich gewinnen können, der freien Bewegung und dem Fortschritte mit so eiserner Gewalt entgegen zu treten, als dies Andere an seiner Stelle gethan haben würden". Und von dem Gange, den Hr. v. Minutoli in Begleitung der Studenten gemacht, bemerkt der Verfasser des oben mitgetheilten Berichtes: „Er trat den denkwürdigen Gang an, der seiner Entschlossenheit und Vaterlandsliebe so sehr Ehre machte, der sein Leben ernstlich gefährdete. Das Leben ist ihm nicht genommen auf diesem leider vergeblichen Gange, doch ihm die Ehre zu nehmen, das ist später versucht worden. Nicht ohne Erfolg, aber nicht von Revolutionärs, wurde zwar in keiner offenen Anklage, doch in ausgestreuten zahllosen Verdächtigungen, jenem Schritt gegen die Revolution der Stempel des Hochverraths aufgedrückt." Hr. v. Minutoli ist in der That später als Revolutionär „verdächtigt" worden. Diejenige Partei nämlich, die in der Entwaffnung des Wachtpostens ein als „Mord" zu bestrafendes Verbrechen, in der Zerstörung der Artillerie-Wagenhänser eine „gemeine Brandstiftung" sah, entdeckte auch in Hrn. v. Minutoli den „Rebellen" und verfolgte ihn unausgesetzt als „Revolutionär".

Uns wird ein begründeteres Urtheil über Hrn. v. Minutoli erst zustehen, nachdem wir seine spätere Thätigkeit, deren Enwickelung wir noch durch mehrere Monate hindurch zu verfolgen haben, kennen gelernt haben werden.

Wir wenden uns jetzt nochmals zu dem „denkwürdigen" Gange, über den ein von der obigen ausführlicheren Mittheilung abweichender Bericht, dem wesentlichen Inhalte nach mit dem Braßschen übereinstimmend, folgendermaßen lautet:

In der Absicht, den Gouverneur General v. Pfuel, den einzigen von allen Befehlshabern, mit dem er gleicher Ansicht war und den er zu seinem großen Bedauern nicht auf dem Schlosse fand, aufzusuchen, begab sich Hr. v. Minutoli nach der Commandantur, von hier durch die Markgrafenstraße zur Schützenstraße und überstieg auf diesem Wege schon mehrere Barrikaden. Er war in vollständiger Uniform, Allen kenntlich; schon hatte man auf dem Gensdarmenmarkte einigen einzeln gehenden Offizieren die Degen abgenommen, auf dem Dönhofsplatze einen Gensdarmerie-Offizier, welcher sich verzweifelt zur Wehr gesetzt, niedergehauen; den Polizeipräsidenten ließ man unangefochten. In der Schützenstraße wurden unter der Menge, welche ihn mehr und mehr umdrängte, einige drohende Ausrufe laut, sie wurden auf der Stelle beschwichtigt, man verlangte jedoch dringend in jenem entfernteren Stadttheile aus dem Munde des Präsidenten zu vernehmen, was vorgefallen sei. Hr. v. Minutoli erklärte seine Bereitwilligkeit und daß er, damit ihn alle hören könnten, aus einem Fenster der nächsten Häuser sprechen würde. Er trat in die Wohnung des Revier-Commissarius Kothe, Schützenstraße Nr. 10, aus dessen Fenster er mit vernehmbarer Stimme zu der Menge, unter welcher sich bereits mehrere mit Flinten und Säbeln Bewaffnete befanden, sagte: „er habe im Interesse der gesammten Bürgerschaft den König beinah fußfällig gebeten, die Truppen zurückzuziehen, allein es sei ihm abgeschlagen worden und jetzt, nachdem er sich überzeugt, daß die Bürger gesonnen wären, sich auf Tod und Leben zu schlagen, fordere er die sämmtlichen Anwesenden auf, sich zu bewaffnen, er selbst wolle sie nach dem Schlosse führen, um dem Könige, der von unwissenden Rathgebern umgeben sei, die ihm nur von einem Straßenauflauf des niedrigsten Pöbels sprächen, zu zeigen, daß die gesammte Bevölkerung Berlins im Aufstand, daß die Revolution in vollem Anzuge sei. Er, der Präsident, wolle sich an die Spitze der bewaffneten Bürger stellen, er wolle seine Brust den Kugeln der Soldaten zuerst darbieten, damit ihn die, welche ihm folgten, nicht für einen Verräther halten möchten; die Sache der Bürger sei jetzt die seine, sie sei es von jeher gewesen!" Man rief ihm auf der Straße ein lautes Lebehoch! Er trat unter die Menge, schon hatten sich mehrere Bewaffnete, darunter auch Bürgerschützen in Uniform mit der Kugelbüchse, eingefunden, der Polizeipräsident stellte sich an ihre Spitze und viele schlossen sich in der Charlottenstraße noch an. Allein von dem Schlosse her kamen Bürger in größter Bestürzung ihnen entgegen, brachten die Nachricht, daß in der Königsstraße geschossen wurde, und warnten die Bürger, sich nicht von dem Polizeipräsidenten den Bayonnetten der Soldaten überliefern zu lassen. Dennoch hielt eine Anzahl „Vertrauensmänner" bei ihrem Führer aus, gelangten auch über den Opernplatz von der Seite des Lustgartens in das Schloß, allein die Versuche des Präsidenten, seiner bewaffneten Deputation allerhöchsten Ortes Zutritt zu verschaffen, waren erfolglos. Die Bürgerschützen kehrten zu den Barrikaden der Friedrichsstadt zurück, ohne von den an den verschiedenen Plätzen aufgestellten Truppen angehalten oder entwaffnet zu werden. Der Polizeipräsident brachte die Nacht in und vor dem Schlosse zu; seine amtliche Thätigkeit hatte vollständig aufgehört.

Die Antwort, welche der König der ihm als Deputation ebenfalls aufwartenden Repräsentation der Universität, dem Rector und Senate derselben, gegeben hatte, wird von dem studentischen Geschichtschreiber als eine „denkwürdige" bezeichnet. Sie lautete ungefähr: „Die Studenten wären seine — des Königs — Freunde; das hätten sie in den letzten Tagen bewiesen; an diesem Morgen habe der König den schönsten Hoffnungen gelebt; er sei fest entschlossen gewesen, die deutsche Bewegung zu seiner Sache zu machen, sich an ihre Spitze zu stellen; das sei nun Alles vereitelt! Aber es würden noch schwerere Zeiten kommen; dann rechnete er darauf, daß die Studenten sich bewähren!"

Der Rector der Universität berichtete, nachdem er so vom Könige verabschiedet war, über die Antwort desselben in der Aula. Sein Vortrag wurde häufig von wildem Rufen unterbrochen. Als er geendigt, wurde stürmisch begehrt, daß der Senat noch einmal zum Könige ginge und noch einmal die

Entfernung der Truppen aus Berlin forderte. Da kam die Nachricht, daß am Oranienburger Thor ein Student im Kampfe gegen das Militär gefallen sei. Der Senat wurde bestürmt, Waffen zu liefern. „Ad arma" scholl es immer wieder. — Unten im Hofe brachten Studenten einen gefangenen Offizier. Er mußte den Schwur leisten: „nicht gegen das Volk zu kämpfen." Darauf wurde er von den Studenten freigegeben, und die Herren vom Senate in ihren Talaren geleiteten ihn zur Hauptwache.

IV. Die Straßenkämpfe.

Seitdem der Angriff des Militärs auf die Barrikaden in der Oberwallstraße, mit ihnen etwa gleichzeitig kleinere Angriffe in der Charlotten- und Markgrafenstraße, sowie die der Artillerie am Oranienburger Thore (s. Abschnitt II.) stattgefunden, verlief bis zu dem Zeitpunkte, wo in der Königs- und Friedrichsstadt der eigentlichen Barrikadenkampf begann, eine Stunde. Alle Hauptstraßen der Stadt waren inzwischen verbarrikadirt worden. Von vielen Barrikaden wehte das Banner der Empörung, versinnlicht in irgend einem Zeuge von rother oder schwarz-roth-gelber Farbe. Einige jener Verschanzungen, wie die am Alexanderplatze, die am Kölnischen Rathhause, boten dem Auge vollkommene Meisterwerke dieser in den Hauptstädten modisch gewordenen Architektonik dar. Die Anordner und Verfertiger derselben konnten freilich mit Muße ihr Werk vollenden; kein Feind hinderte sie in den ersten Stunden an ihrem Beginnen; ja die auf dem Schloßplatze aufgestellten Truppen sahen es anfangs ruhig mit an, wie in nicht bedeutender Entfernung von ihnen, am Ende der breiten Straße, sich allmählig ein festes Bauwerk dieser Art bis zu einer Höhe von acht Fuß erhob.

Hinter den Barrikaden fanden sich nach und nach zahlreiche bewaffnete Vertheidiger derselben ein. Es waren meist junge, dem Arbeiter-, dem Handels-, dem Künstlerstande, der Universität, den Gewerbe- und Bauschulen angehörige Personen, die das Vertheidigungswerk übernahmen. Glaubten sie sich hinter den Barrikaden nicht an ihrem Platze, so begaben sie sich in die diesen benachbarten Häuser, von deren oberen Stockwerken aus sie mit irgend welchen Angriffswaffen den erwarteten Feind nachdrücklich zu empfangen sich vorbereiteten. Freilich war dem improvisirten Vertheidigungszustande nur eine unverhältnißmäßig geringfügige Anzahl wirksamer Waffen zur Disposition gestellt; und selbst die reichen Vorräthe einzelner Privaten und der Waffenhändler reichten nicht hin, jedem kampflustigen Arme eine brauchbare Waffe zu liefern. Daher das Drängen ganzer großer Haufen nach den Wachthäusern, deren Besatzungen zum großen Theile, und nicht selten mit Zurücklassung aller Waffen, dem Andrange weichen zu müssen sich genöthigt sahen, daher das Ringen mit den

Wachtposten und vereinzelt einhergehenden Soldaten, bei deren Ueberwältigung es nur auf die Erlangung von Waffen abgesehen war, während die Lust zur Rache an der Person bei vereinzelt angetroffenen Offizieren ihre Befriedigung suchte — wie denn gleich im Beginn der Feindseligkeiten auf dem Dönhofsplatze ein Gensdarmerie-Offizier erbarmungslos von den Haufen zusammengehauen wurde.

Der unten folgenden, skizzirten Darstellung des Kampfes mag auch hier wieder die lebendige Schilderung eines Augenzeugen vorangehen, der unter den unmittelbaren Eindrücken der Ereignisse die Begebenheiten, die er wahrgenommen, dargestellt hat. Schilderungen dieser Art — und wir werden später Gelegenheit haben, ähnliche wiederzugeben — vermögen die Vorgänge dieses Tages in einem klareren Lichte zu zeichnen, als einer objectiven Darstellung, die sich hier nur auf unzulässiges Material und ungenaue Berichte stützen könnte, möglich ist. Die erwähnte Schilderung schließt sich der bereits oben (S. 129) mitgetheilten in der unmittelbaren Folge an und lautet:

Es war 2 Uhr; ich befand mich im Gasthofe zum Kronprinzen, inmitten der Königsstraße zu Tische; man sammelte vor Freude für die Armen; Bürger aus der Stadt traten hinzu, um den Tag an der table d'hôte festlich zu begehen; man gratulirte sich, daß der große Tag der Freiheit und der Wiedergeburt auch für Preußen hereingebrochen sei, glorreich hereingebrochen sei, ohne Blutvergießen. Es wird drei Viertel auf 3 Uhr. Da tönt wüstes Geschrei von der Kurfürstenbrücke herab; Haufen flüchten durch die Königsstraße; Bürger kommen, aufgeregt bis zur rasenden Wuth, knirschend, bleich, athemlos. Sie rufen: Man hat auf dem Schloßplatze soeben auf uns geschossen. Wuth- und Rachegeschrei erhebt sich durch die Königsstraße, durch die ganze Stadt. — Da entwickelt sich vor meinen Augen etwas, das ich ohne Weiteres für das Merkwürdigste halte, was diese bewegte Zeit hervorgebracht — merkwürdig, weil es unvorbereitet erschien, weil es das Produkt der augenblicklichen Erbitterung, des inspirirten Zornes war, weil es uns einen grauenhaften Blick in die Zukunft eröffnet, welche unserer harrt, wenn wir nicht alle unsere Kräfte zusammennehmen, und wenn wir nicht — sowohl die Fürsten wie die Völker — nach allen Seiten volle Gerechtigkeit üben. Als ob sich die Erde öffnete, brauste es durch die Stadt; das Straßenpflaster wird aufgerissen, die Waffenläden werden geplündert, die Häuser sind erstürmt, Beile, Aexte werden herbeigeholt. 12 Barrikaden erheben sich im Nu in der Königsstraße, aus Droschken, aus Omnibuswagen, aus Wollsäcken, aus Balken, aus umgestürzten Brunnengehäusen bestehend, tüchtige, musterhaft gebaute Barrikaden. Haus an Haus werden die Dächer abgedeckt, oben am schwindelnden Rande stehen die Menschen, mit Ziegeln in der Hand die Soldaten erwartend. Die bedrohten Schwertfeger werfen ihre Waffen zu den Thüren hinaus; Alles ist bewaffnet, mit Mistgabeln, mit Schwertern, mit Lanzen, mit Pistolen, mit Planken; die Knaben dringen in die Häuser, um große Körbe mit Steinen auf die Dächer zu tragen. Man will auch das Stadtgerichtsgebäude stürmen, um von den Fenstern aus eine Position zum Hineinwerfen zu gewinnen; da schreiben mehrere Herren aus dem Kronprinzen mit Kreide an die Läden des Stadtgerichts: Bürgereigenthum — und man zieht sich zurück. Die Schuldgefangenen, die Einwohner des sogenannten „Ochsenkopfes" werden in Freiheit gesetzt, ein Versuch, der Wachen im Lagerhause und im Kadettenhause sich zu bemächtigen — mißlingt. Nun kommt ein merkwürdiger Zug vom Alexanderplatz herab. Vorn ein junger Ulan, augenscheinlich ein Pole*), mit polnischer Mütze und mit dem Degen in der Hand; er ruft: es lebe die Freiheit! Dann ein Trommler, dann mehrere Fahnenträger mit rothen und gelben Fahnen, dann etwa zweihundert Leute mit Degen, Pallaschen, Schüppen, Pistolen, Aexten, Mistgabeln. Die Fahnen — meistens rothe, aus Zufall — werden auf

*) Dieser junge Mann war, wie wir erfahren, ein revolutionärer Russe, Namens Feenburg. Da derselbe auch an den Bewegungen der folgenden Monaten sich betheiligte so werden wir seiner weiterhin zu erwähnen Gelegenheit haben.

die Barrikaden gepflanzt, die Leute verschanzen sich hinter denselben, an den Fenstern, auf den Dächern sind Männer mit Steinen postirt. Da kommt die Nachricht, die ganze Stadt sei verbarrikadirt; sie habe sich wie ein Mann erhoben. Zwischen 4 und 5 Uhr prasselt die erste Kartätsche von der Kurfürstenbrücke aus die Königsstraße hinab; sie vermag die Barrikade nicht zu zerstören. Kanonendonner folgt Schlag auf Schlag; die Barrikaden erschüttert; zerrissene Leichen liegen an den Straßenecken. Zwischen 5 und 6 Uhr kommen Infanteriepikets. Man schießt auf sie aus den Fenstern, man schleudert Steine auf sie von den Dächern. Ein furchtbares Gemetzel beginnt; die Soldaten nehmen die Häuser, aus welchen geschossen und geworfen wird, einzeln ein, viele Opfer fallen, von den Soldaten im Ganzen wenige. Aus den Gaststuben namentlich wird geschossen, und eine schwere Gegenwehr trifft sie. Die Soldaten dringen in die Zimmer und tödten die Schießenden; sie postiren sich an die Fenster in den Stuben und richten das Gewehr auf die Dächer, von welchen geworfen wurde; ja — sie geben auf die Dächer und holen sich die Leute herunter.

Gegen 7 Uhr ist die Königsstraße eingenommen unter großem Blutvergießen; in einzelnen Häusern liegen 10 Todte. Der Donner der Kanonen, der Kartätschen, das Feuern der Flinten hält in der Königsstraße bis 7 Uhr an; an der Spandauerstraßen-Ecke werden Kanonen aufgepflanzt; was sich auf der Straße sehen läßt, wird erschossen oder arretirt; fortwährend fallen die Schüsse in die Häuser. — Um 7 Uhr ist Alles in der Königsstraße ruhig; die Trauerkunde langt an, daß die ganze Stadt ein blutiges Schlachtfeld sei. Die Sturmglocke läutet; man hat in der Hausvoigtei Feuer anzulegen versucht; an zwei Stellen — man sagt an den neugebauten Kasernen vor dem Thore *) — loderte die Flamme auf. Gegen 9 Uhr versuchte ich es, nach Hause zu gehen. In der Spandauerstraße sah ich riesige Barrikaden, selbst die kleinere heilige Geistgasse fand ich so verbarrikadirt, daß ich hindurchkriechen mußte. Kaum betrat ich die Burgstraße, als sich das furchtbarste Schauspiel mir eröffnete. Auf der Friedrichsbrücke Leute mit Fahnen, darüber hinweg Kartätschen und Kanonendonner, flüchtige Verwundete kommen mir entgegen. Ich eile zurück; die Soldaten bivouakiren in der Königsstraße. Ich sehe einen weinenden Soldaten; ich frage ihn, warum er weine? Er erwidert: ich sah meinen besten Freund vor meinen Augen erschießen und konnte ihn nicht retten.

Eine vollständige, in sich zusammenhängende Darstellung der Straßenkämpfe zu liefern, sind wir durch den Mangel an ausreichendem Material, durch den Mangel namentlich eines von den Militärbehörden veranlaßten offiziellen Berichtes, welcher lange Zeit wiewohl vergebens erwartet wurde, verhindert. Durch die unten folgende skizzenartige Schilderung mögen die Hauptmomente jener zwölfstündigen Kämpfe veranschaulicht werden; ihr schließen sich Darstellungen einzelner Scenen, Schilderungen der durch die Ereignisse und während derselben hervorgerufenen Eindrücke in der Art an, daß alle diese Zusammenstellungen dem Leser das getreue Bild der Vorgänge zu bieten im Stande sind.

Von allen Schriften, die über die Berliner Revolution bisher erschienen sind, hat die von Hrn. Braß herausgegebene allein das Verdienst, in übersichtlicher Weise die einzelnen Gefechte des 18. März und der folgenden Nacht zusammengestellt zu haben. Die von militärischer Seite oft verheißenen Darstellungen der berliner Straßenkämpfe, vom militärischen Standpunkte, sind bis jetzt noch nicht zum Vorschein gekommen; dagegen ist die Zahl der in Zeitschriften und Brochüren enthaltenen militärischen Apologieen der Soldaten, welche am 18ten zu dem Kampfe gegen das Volk verwandt worden, nicht gering; was in diesen als Thatsache berichtet ist, wird im Laufe unserer Darstellung berücksichtigt werden.

---

*) Es waren die Wagenhäuser der Artillerie und die königliche Eisengießerei. (S. den II. Abschnitt.)

Hr. **Braß**, dessen Darstellung, mit Weglassung alles Unwesentlichen und des später als irrthümlich Widerlegten, unserer Skizze zu Grunde liegt, hatte sein Material in den dem 18. März nächstfolgenden Wochen zusammengestellt. Zur Erläuterung seiner Mittheilungen fügt er denselben folgende Bemerkungen hinzu:

Es ist uns aller Bemühungen ungeachtet unmöglich gewesen, etwas Näheres über den militärischen Operationsplan, der den Bewegungen der Truppen zum Grunde lag, zu erfahren. Doch scheint es die Absicht des Ober-Generals gewesen zu sein, von dem Schloßplatze, dem Gensdarmenmarkte und den Linden aus, welche Orte mit einander in unmittelbarer Verbindung bleiben sollten, die Truppen gegen die einzelnen Stadttheile hin zu entsenden, sie aber unter keinen Umständen zu vereinzeln. Dieser allgemeine Angriff sollte durch einen zweiten Angriff der außen vor der Stadt belegenen Truppen unterstützt werden, und man wollte nach der stattgefundenen Vereinigung beider Theile sich gemeinschaftlich auf diejenigen Stadttheile werfen, die noch im Widerstande begriffen wären. Der General v. Möllendorf, Commandeur der Garde-Infanterie-Brigade, soll zunächst diese Operationen geleitet haben.

Die zu diesem Zweck disponiblen und in der Stadt auf den genannten Waffenplätzen vorhandenen Truppen bestanden in vier Garde-Regimentern, in dem ersten und zweiten, dem Kaiser Alexander- und Franz-Grenadier-Regiment. Außerdem waren an Kavallerie drei Regimenter, ein Kürassier-, ein Dragoner- und ein Ulanen-Regiment, ferner zwei Schwadronen Garde-du-Corps vorhanden. Jedoch war diese Kavallerie nur einige Male und zwar zu Anfang ins Gefecht gekommen und wurde später nur zum Transport und zur Bewachung der Gefangenen bestimmt. Das Garde-Schützen- (Neufchateler-) Bataillon kam unseres Wissens gar nicht ins Gefecht, sondern wurde nur zur Besetzung der öffentlichen Gebäude und einigen Patrouillen verwendet. Gleichzeitig mit dem Beginn des Kampfes traf aber das 2te Linien- (Königs-) Regiment (Garnison Stettin), das in Charlottenburg im Quartier lag, so wie später das 31ste (Erfurter) Regiment hier ein, so daß sogleich 6 Regimenter Infanterie ins Gefecht gezogen werden konnten. Diese imposanten Infanteriemassen mußten sich, da die Regimenter sich auf Kriegsfuß befanden, ohne die Kavallerie auf 18000 Mann belaufen. Sie wurden durch das zwölfte und achte (Leib-) Infanterie-Regiment (Frankfurter) unterstützt. Diese beiden Regimenter, ebenfalls auf den Kriegsfuß gebracht, waren sechstausend Mann stark, und wenn man davon die Commandirten und Kranken in Abzug bringt, so blieben doch immer gegen 20,000 Mann Infanterie schlagfertiger Mannschaften übrig, die sich wohl größtentheils im Gefecht befanden, wenn auch verschiedene Abtheilungen sich nicht wirklich schlugen, sondern zum Besetzen einzelner wichtiger Punkte benutzt wurden. Außerdem lagen mehre Kavallerie-Regimenter, Dragoner, Ulanen und Husaren in Pankow, Reinickendorf und anderen Dorfschaften, ebenfalls zum Angriff auf die Thore bereit, so daß die Gesammtstärke der in und um Berlin versammelten Truppen sich doch wohl auf dreißigtausend Mann belaufen mochte.*)

In anderen als den so eben angegebenen Verhältnissen stellt ein militärischer Autor in einem zur Verherrlichung des preußischen Soldatenthums bestimmten, inhaltarmen Schriftchen**) die militärische Macht, die in der ganzen Dauer des Kampfes verwandt wurde, dar. Danach habe diese bestanden aus:

2 Bataillonen des 1sten Garde-Regiments (1200 Mann), dem 2ten

*) Hr. Braß (dessen Schrift: **Berlins Barrikaden.** Ihre Entstehung rc. Anfangs April erschien) bemerkt hierzu: „Es wäre zwar wünschenswerth, daß wir genauere Nachrichten darüber von Seiten der Behörden erhalten möchten, doch müßten dieselben weniger zweifelhaft sein, als diejenigen amtlichen Berichte, die uns bisher über die Zahl der von Seiten der Truppen Gefallenen zugegangen sind. Wir haben zwar alles Mögliche aufgeboten, sichere Berichte darüber von Seiten des Generalstabs einzuziehen, doch leider blieb jeder Mund über diesen Punkt verschlossen."

) Es führt den Titel: **Verhalten derjenigen Truppen, welche bei den Ereignissen in Berlin am 18. und 19. März 1848 thätig sein mußten. Leipzig 1848.

Garde-Reg. (1800 M.), dem Kaiser Alexander-Grenadier-Reg. (1800 M.), dem K. Franz-Gren.-Reg. (1800 M.), 1 Bataillon Garde-Reserve (600 M.), 1 Bat. Garde Schützen (400 M.), 2 Bat. des 22ten Linien- (Königs-) Reg. (1000 M.), dem 8ten Linien- (Leib-) Reg. (2500 M.), 1 Bat. des 12. Infant.-Reg. (1000 M.), 1 Füsilier-Bat. des 31. Infant.-Reg. (500 M.), 1 Eskadron Garde-du-Corps (150 M.), 4 Esc. Garde-Dragoner (500 M.), 4 Esc. Garde-Ulanen (500 M.) und 4 Esc. Garde-Kürassiere (500 M.); also zusammen aus 14,250 Mann. Von den 36 Geschützen der Artillerie sind nur wenige thätig gewesen.

„Diese Truppenzahl", bemerkt der militärische Autor, „konnte nur progressiv anwachsen, weil mehrere Regimenter außerhalb Berlins standen und erst nach dem Beginn des Kampfes herangezogen werden konnten. Für eine so geringe Truppenmasse ist die Vertheidigung Berlins umsomehr eine schwierige Aufgabe, als in seiner großen Ausdehnung eine Menge von Gebäuden weitläuftig zerstreut lagen, welche nothwendig militärisch besetzt werden mußten, und auf diese Weise die Truppen zersplittert wurden."

Wir wenden uns nun zur Darstellung der Kämpfe selbst.

Bereits hatte, etwa gleichzeitig mit dem Angriff auf die Barrikaden bei der Zeitungshalle, erst ein Cavallerie- und dann ein Infanterie-Angriff auf die Barrikade an der Mohren- und Markgrafenstraßen-Ecke stattgefunden, während die Infanterie, welche die Barrikade an der Zeitungshalle genommen, bis zur Ecke der Oberwallstraße und des Hausvoigteiplatzes vorrückte. Aber das hier versammelte Volk war bereits bewaffnet. Man hatte einen Waffenladen in der Mohrenstraße erbrochen, Eisenhändler hatten ihre Waarenlager freiwillig eröffnet, und als die Infanterie über den Hausvoigteiplatz marschiren wollte, wurde sie von einem so heftigen Feuer empfangen, daß sie am weiteren Vordringen gehindert wurde, obgleich eine Barrikade am Hausvoigteiplatz und der Oberwallstraße als unhaltbar bald genug aufgegeben wurde. — Während dieses Barrikaden-Baues schon hatte das Volk versucht, in die Hausvoigtei einzudringen, war aber durch die Wachtmannschaften in diesem Gebäude vertrieben worden. Ein Versuch, das Haus in Brand zu stecken, wurde ebenfalls vereitelt, obschon man bereits so weit gekommen war, daß der Rauch aus den Fenstern rechts vom Eingange hervorwirbelte. — Hier nun dauerte das Feuergefecht weiter fort, ohne daß die Truppen weiter vorzudringen wagten. Auch aus den Fenstern der Hausvoigtei schossen die dort postirten Mannschaften, während die Bürger besonders von dem Dache des Hauses an der Mohren- und Jerusalemerstraßen-Ecke das Feuer lebhaft erwiderten. Die Wichtigkeit dieser Position einsehend, machte man daher den Versuch, von der Mohrenstraße nach dem Hausvoigteiplatz vorzudringen und die Bürger in solcher Weise zwischen zwei Feuer zu bringen. Die dortigen Barrikaden wurden in diesem Augenblicke durch kein Feuergewehr vertheidigt. Eine Compagnie der Garden, die überhaupt an diesem Orte im Gefecht waren, griff an dieser Stelle an, sie gab einige Salven nach den Dächern, von denen ein fürchterlicher Steinhagel sie empfing. Dies war besonders von dem platten Dache über den Colonnaden der Fall. Aber die Kugeln thaten nur wenig Schaden, da die Leute durch die Brüstungen gedeckt waren, und noch ehe die Truppen bis zur Barrikade vorgedrungen waren, machten sie Kehrt und zogen sich so schnell als möglich wieder nach dem Gendarmen-Markt zurück.

So stand hier das Gefecht, als der Abend hereinbrach. Die Truppen waren noch nicht über den Hausvoigteiplatz gedrungen, unterhielten aber ein fortwährendes Feuer auf die Bürger, welche hier viele Verwundete und Todte hatten. In einem Hause der Jerusalemerstraße, in welchem sich ein ziemlich bekanntes Tanzlokal für das Volk befindet, war eine Art von Lazareth eingerichtet, es waren Aerzte da und Frauen, welche die Leidenden verpflegten, sie trösteten und ihnen jede nur mögliche Sorgfalt angedeihen ließen. — Abends um zehn Uhr hatte dieses Lazareth einen Todten und sechs schwer Verwundete, da diejenigen,

welche eine leichtere Contusion empfangen hatten, sich nur verbinden ließen, um gleich wieder auf den Kampfplatz zu eilen.

Gleichzeitig mit diesem Angriff auf den Hausvoigteiplatz drang das zweite (Stettiner) Infanterie-Regiment von den Linden her in die große Friedrichsstraße ein. Die ersten Barrikaden wurden auch hier ohne großen Widerstand genommen. Erst an der Taubenstraßen-Ecke wurde die Barrikade, die man nach Kräften verstärkt hatte, mit solcher Energie vertheidigt, daß auch hier die Infanterie nicht weiter vordringen konnte, und da diese sehr lange und schnurgerade Straße das Einwirken der Artillerie verstattete, fuhren zwei Geschütze auf, protzten an der Ecke der Französischen Straße ab und bestrichen die Straße zuerst mit Paßkugeln und dann mit Kartätschen. Dieses Feuer hatte indessen auch nur eine geringe Wirkung, weil die Vertheidiger der Barrikaden sich sofort hinter die Eckhäuser der vielen Querstraßen, welche die Friedrichsstraße durchschneiden, zurückzogen. Die Wirkung der Kugeln gegen die Barrikaden erwies sich auch in der Hinsicht als ungenügend, als es eines längeren Feuerns, wie wohl thunlich war, bedurft hatte, um dieselben niederzuwerfen. Das Kartätschenfeuer hatte indessen den Erfolg, daß endlich die Barrikade an der Taubenstraße genommen wurde. Die Vertheidiger derselben zogen sich theils in die Nebenstraßen, theils nach der nächsten Barrikade an der Mohrenstraßen-Ecke zurück, diese wurde indessen auch nach kurzer Gegenwehr aufgegeben; dagegen begann ein wüthender Kampf an der Barrikade der Kronen- und Friedrichsstraßen-Ecke. Auf dem platten Dache eines der dortigen Häuser standen viele Bürger mit Schießgewehren versehen, auch hinter der Barrikade und aus den Fenstern der übrigen Häuser wurde geschossen, und bei diesem Angriff war es, wo einer der Stabsoffiziere vom Pferde geschossen wurde, als er an der Spitze der Colonnen angriff. — Die wiederholten Chargen auf diese Barrikade wurden von den Bürgern mit einer Energie zurückgeschlagen, welche den Truppen Bewunderung einflößte. Diese hatten sich den ganzen Nachmittag über geschlagen, ihre Reihen waren bedeutend gelichtet worden und der Abend längst hereingebrochen, als sie den letzten Angriff auf die Barrikade an der Kronenstraße unternahmen. Aber sie mußten auch hier wieder zurück, nachdem sie „mit ruhmvoller Hingebung, wie es dem preußischen Soldaten geziemt", den Kugeln und den Steinwürfen Trotz geboten hatten. Sie gingen bis an die Mohrenstraße zurück, machten dort Halt und nahmen das Gewehr ab.

War es der Grund, daß diese Leute in einem fast siebenstündigen Gefecht ihre Patronen verschossen hatten, oder war es ein anderer, genug, es verbreitete sich unter den Bürgern das Gerücht, dies Regiment wolle nicht mehr auf sie schießen. Man kam nun hinter den Barrikaden hervor, man sprach freundlich mit den Offizieren und mit den Soldaten, die Kämpfer von den Barrikaden theilten Branntwein und Lebensmittel mit denen, die noch vor wenigen Augenblicken so feindlich ihnen gegenüber gestanden. Mehrere von den Bürgern riefen indessen, das Bataillon solle seine Waffen abgeben. Ein alter Capitain mit einem schnurrbärtigen, wettergebräunten Gesicht entgegnete jedoch barsch: Kinder, unsere Waffen können wir Euch nicht geben, wir sind preußische Soldaten, aber ich gebe Euch mein Offiziersswort, wir schießen nicht mehr auf die Bürger!

Und doch sollte wenige Stunden darauf gerade dieser Ort der Schauplatz von Gräuelscenen werden, indem die 9te Compagnie des 2ten Garde-Regiments (Capitain v. Plehwe) die Häuser an der Kronenstraßen-Ecke überfiel, und die meisten dieser Vertheidiger, die sich eines solchen Angriffs nicht versehen hatten, ganz ohne Gegenwehr mit dem Bayonnett mordete, und die Kugeln nur für diejenigen brauchte, die sich durch die Flucht zu retten suchten.

Um den Angriff der Truppen in der Friedrichsstraße zu unterstützen, geschah inzwischen vom Gensdarmenmarkte her durch die Charlottenstraße ein Angriff auf die Leipzigerstraße. Dort auf jenem Platze war überhaupt der Sammelplatz der in der Friedrichsstadt im Gefecht befindlichen Truppen, denn starke Abtheilungen Cavallerie waren dort aufmarschirt, um zunächst die Gefangenen aufzunehmen und weiter zu transportiren, auch die Verbindung nach dem Schlosse hin zu unterhalten. Der erste Angriff auf die Barrikade an dieser Stelle, die, da man eine Attaque der Cavallerie befürchtete, durch eine Menge von Glasscherben verstärkt war, welche auf der Seite nach dem Gensdarmenmarkte zu aufgehäuft waren, geschah erst nach acht Uhr Abends. Auch hier empfing ein heftiges Gewehrfeuer und ein dichter Steinhagel die Truppen. Sie mußten zurück, und ein zweiter Angriff, der etwa zwei Stunden später erfolgte, wurde ebenfalls von den Vertheidigern abgeschlagen. Bei dieser Gelegenheit fügt der Berichterstatter hinzu, er habe bei dem zweiten Angriff die Bemerkung gemacht, daß die Offiziere, da sich gerade auf sie das heftigste Gewehrfeuer richtete, die Mäntel der gemeinen Soldaten angezogen hätten, um dadurch die Bürger zu täuschen.

Etwa mit diesem letzten Angriffe zusammen trifft der Anmarsch des zwölften (Frankfur-

ter) Regiments, das, sowie überhaupt die übrigen fremden Truppen in Cantonnirungs-Quartieren in der Nähe Berlins lag. Der Widerstand, welchen das Regiment zunächst in der Leipzigerstraße erfuhr, war nur ein sehr geringer, da diese Gegend bekanntlich viele Regierungs-Gebäude enthält, und anderntheils von der Aristokratie bewohnt wird, die sich natürlich bei einem solchen Kampfe neutral hielt. Ein wüthender Kampf entspann sich dagegen an der Mauerstraßen-Ecke, wo man gleich zu Anfang des Lärmens die kleine Wache an der Kronen- und Mauerstraßen-Ecke genommen hatte.

Dies war überhaupt an allen Orten in der Stadt, besonders bei den entlegneren Thorwachen, der Fall gewesen, welche früher oder später vom Volke gestürmt wurden. — So wurde um halb fünf Uhr auch die, obgleich ziemlich zahlreich besetzte Wache am Neuen Markt gestürmt. Ein Schlossergeselle führte unter Vortragung einer Fahne einen kecken Haufen gegen dieselbe. Die Leute suchten sich durch die Flucht zu retten, wurden aber in der Rosenstraße eingeholt, wo man ihnen Gewehre und Waffen abnahm, sie dann aber ohne weitere Kränkungen entließ. Die Erstürmung dieses Wachtgebäudes war noch von um so größerer Wichtigkeit, als man in dem oberen Stockwerke desselben einen nicht unbedeutenden Vorrath von Waffen, besonders Landwehrsäbel, vorfand, die sogleich unter das Volk vertheilt wurden. — Auch der Sturm des Militair-Arrest-Lokales in der Lindenstraße lieferte außer den Gewehren der Wachtmannschaften viele Säbel und Pistolen, die in den Zimmern vorgefunden wurden, welche die Lehr-Eskadron und die Offiziere derselben bewohnten. Zugleich wurde der Vorschlag gemacht, das Gebäude in Brand zu stecken und auch schon theilweise in Ausführung gebracht, aber auf begütigende Einwirkung unterblieb diese Brandstiftung.

Das Zeughaus des Garde-Landwehr-Regiments in der Lindenstraße Nr. 4. wurde erst spät in der Nacht angegriffen. Man glaubte dort Waffen in größerer Zahl zu finden, war indessen wohl nicht auf den kräftigen Widerstand gefaßt, der den Stürmenden hier entgegengesetzt wurde. Es ergab sich, daß die Büchsenschützen des Garde-Cuirassier-Regiments zur Besetzung desselben zurückgeblieben waren. Diese unterhielten ein heftiges, gut gezieltes Feuer auf die Angreifenden, und in Folge dessen und nachdem das Volk hier zehn bis zwölf Verwundete und Todte gehabt hatte, machte man den Versuch, das Gebäude in Brand zu stecken, aber auch diese Absicht mißglückte, und da man sah, daß die Erstürmung dieses Hauses nicht ohne das entsetzlichste Blutvergießen geschehen konnte, stand man einstweilen davon ab. Gegen Morgen wurde indessen ein neuer Angriff darauf vorbereitet, denn man glaubte, daß die ermüdeten Truppen leichter übertumpelt werden könnten und bei einem so hartnäckigen Widerstand nicht weiter beharren würden. Diese Vermuthung fand sich denn auch in einem noch höheren Grade bestätigt, als man wohl erwartet haben mochte, denn es ergab sich, daß die Truppen in der Nacht gänzlich abgezogen waren. Gegen tausend Gewehre wurden hier gefunden und vertheilt, indessen fehlten ihnen die Pistons und die Bayonnette, die schon einige Tage vorher in das große Zeughaus abgeliefert waren. In kurzer Zeit war eine große Zahl dieser Gewehre im schußfähigen Zustande.

Das Landwehr-Zeughaus an der Potsdamer Communication wurde nicht angegriffen. Die 11te Compagnie des 31. Regiments hatte dasselbe besetzt, und außerdem der Stamm der Landwehr-Mannschaften des dritten Bataillons des zwanzigsten Landwehr-Regiments. Hierzu kam noch die Wache vom Anhaltischen Thor, die sich dahin geflüchtet, und eine Anzahl von Landwehr-Offizieren, die es sich freiwillig zur Verpflichtung gemacht hatten, auf ihre Mitbürger zu schießen.

Später, als das Gefecht in der Friedrichsstadt, begann das Feuern in der Königstraße. Es mochte also vielleicht gegen fünf Uhr sein, als das Füsilier-Bataillon des ersten Garde-Regiments über die lange Brücke zum Angriff dieser Straße vorrückte. Gewehrfeuer und ein Steinhagel von den Fenstern und Dächern empfing die Angreifenden. Diese Truppen, obgleich sie schon aus anderen Stadttheilen her das Feuern gehört hatten, mußten wohl noch immer der Meinung sein, daß sie es nur mit einem eben so wehrlosen Volke zu thun hätten, wie dies die Abende zuvor der Fall gewesen war, und welches sich ohne eigene Gefahr leicht auseinander treiben lassen würde, denn als die Kugeln der Bürger in ihre Reihen einschlugen und die Verwundeten niederstürzten, wichen sie erschreckt zurück.

Der General Neumann, der sich auf dem Schloßplatz befand, rief den Wankenden zu: „Wie! — die Garde weicht?" Da drang denn die Colonne abermals vor und warf sich gegen das ehemalige Postgebäude, rechts vor der langen Brücke. — Da die Regimenter vollständig feldmäßig ausgerüstet waren, führten die Leute auch das zu jeder Compagnie nöthige Schanzzeug mit sich, und machten sich nun darüber her, die Thür des genannten Gebäudes, wo sich der Eingang zu dem Billetverkauf des Königsstädtischen Theaters befindet, zu forciren. Da dies ihnen nicht gelingen wollte, schlugen die Grenadiere ein Fenster ein,

öffneten die Thür von innen und drangen nunmehr in das Haus ein. Zugleich rückten andere Abtheilungen die Königsstraße entlang gegen die Barrikade an der Poststraße vor. Diese Barrikade war noch nicht vollendet, und wurde daher bald aufgegeben. Die Soldaten rückten vor, indem sie ein heftiges Feuer auf die Fenster unterhielten, und da die ersten Schüsse aus den Fenstern eines dortigen Restaurations-Lokales gefallen waren, waren es besonders diese, welche den Truppen zur Zielscheibe dienten.

Da indessen die übrigen Barrikaden in der Königsstraße den Angriffen der Infanterie einen heldenmüthigen Widerstand entgegengesetzten, wurde nunmehr auch Artillerie in's Gefecht gezogen. Man warf zuerst Granaten, und schoß dann mit Kartätschen von der langen Brücke herunter, und unter dem Schutze dieses Feuers war die Infanterie endlich, Abends gegen sieben Uhr, bis gegen die Königsbrücke vorgedrungen.

Die Barrikaden an der neuen Königsstraße und anderen Stellen des Alexanderplatzes setzten indessen ihrem weiteren Vorrücken hier ein Ziel. Ein heftiges Tirailleurfeuer entspann sich nun auf beiden Seiten, welches mit geringen Unterbrechungen die ganze Nacht hindurch fortdauerte. Hinter der Barrikade der Königsbrücke, die aus Mehlsäcken bestand, hatten sich die Soldaten verschanzt. Ein Zug drang späterhin, durch die Dunkelheit begünstigt, bis an das Königsstädtische Theater vor, wurde aber bald vom Volke wieder vertrieben und mußte in die Königsstraße zurück.

So stand das Gefecht an dieser Stelle.

Während das Gewehrfeuer und das Donnern der Kanonen aus der Königsstraße und der Friedrichsstadt herüberschallte, war noch immer kein Angriff in der Breiten-Straße erfolgt. Hier erhob sich eine gewaltige Barrikade vor dem Kölnischen Rathhause nach der andern Seite der sich hier verengenden Straße. Diese Barrikade wurde durch eine ziemlich bedeutende Anzahl von Büchsenschützen vertheidigt, die sich theils in dem Kölnischen Rathhause, theils in den beiden Eckhäusern der alten Roßstraße, auf welche die Breite-Straße mündet, postirt hatten. Das eine dieser beiden Häuser gehört dem Conditor d'Heureuse, in dem andern befindet sich das Café de l'Europe. Der Balkon dieses letzteren war mit starken Bohlen verblendet, in die man Schießlöcher geschnitten hatte. Auch hinter der Barrikade, vor welcher ein großes Feuer angezündet war, befanden sich Männer mit Schießgewehren, man hatte Steine auf die Dächer der zunächstliegenden Häuser geschafft und erwartete ungeduldig den Angriff. Auch hier eröffneten die Bürger zuerst den Kampf, indem sie auf die auf dem Schloßplatze stehenden Truppenmassen schossen, ein Feuer, das indessen der großen Entfernung wegen keinen bedeutenden Schaden that.

Erst gegen sechs Uhr also rückte Infanterie in der Breiten Straße vor, aber das heftige Feuer und der von allen Seiten herabstürzende Steinhagel trieb sie mehrmals zurück. Auch hier mußte das Geschütz entscheiden, und nach einem heftigen Kartätsch- und Granatenfeuer wurde die Barrikade endlich abermals angegriffen und dies Mal genommen. Zugleich drangen die Truppen in das Kölnische Rathhaus, und auch hier erfolgte nun eine Scene des fürchterlichsten Mordens. Die Soldaten stellten sich hier auch in und neben dem Rathhause auf und unterhielten nach den beiden Eckhäusern der neuen Roßstraße ein scharfes Feuer, das wohl über eine Stunde dauerte, bis sich die in dem d'Heureuseschen Hause befindlichen Bürger verschossen hatten. Nun wurde dieses Haus mit Sturm genommen und die darin befindlichen Personen entweder getödtet oder zu Gefangenen gemacht. Das andere Haus wurde indeß nicht angegriffen, vielmehr zogen sich die Soldaten in das Rathhaus und in die Breite Straße zurück, um von dort aus noch das Feuern eine Zeit lang fortzusetzen.

Nicht minder hartnäckig und blutig war inzwischen der Kampf in der Louisen- und Dorotheenstadt entbrannt. So fand in der Charlottenstraße in der Gegend der Mittelstraße ein Gefecht statt, wo die Bürger aus den Fenstern des unter dem Namen „Schweizerhof" bekannten Hotels auch auf die Soldaten schossen. Auch Fremde, die in dem Hotel wohnten, haben sich bei dieser Gelegenheit im Kampfe thätig gezeigt. Die Marschallsbrücke, welche die neue Wilhelmsstraße mit der Louisenstraße verbindet, war vom Volke aufgezogen worden, man hatte einen Kahn zwischen dieselbe geklemmt, um das Niederlassen unmöglich zu machen, und der Angriff der Soldaten, die von den Linden her vorrückten, wurde mehrmals zurückgeschlagen. Ein anderer Angriff, den man von der Unterbaumsbrücke her gegen diese Barrikade unternahm, hatte mehr Erfolg. Die Bürger mußten sich zurückziehen und einige sprangen, weil ihnen der Weg zur Flucht abgeschnitten war, in die Spree und retteten sich durch Schwimmen. Aber neue Barrikaden in der Louisenstraße hinderten ein weiteres Vorrücken, und um nicht gänzlich abgeschnitten zu werden, mußten auch hier die Truppen Halt machen.

Nachdem nun also die in der Stadt aufgehäuften Truppen die Barrikaden in der erwähnten Ausdehnung, als deren eigentlichster Mittelpunkt der Schloßplatz angesehen werden muß, genommen hatten, machten sie einstweilen Halt, um gleichzeitig mit dem Angriff von den Thoren her wieder vorzubrechen.

Gegen 6 Uhr Abends rückten auf das Frankfurter Thor zwei Compagnieen Soldaten an. Das Thor mit seinen beiden Seitenpforten war verschlossen und von innen stark verbarrikadirt. Die Thorwache, aus einem Unteroffizier und 12 Grenadieren des 2ten Garde-Regiments bestehend, hatte schon vorher, dem Andrange des Volkes weichend, seinen Posten verlassen, ähnlich wie die Wachen sämmtliche benachbarten Thore bis zu dem Neuen Thore hin. Der Aufforderung des Commandirenden, das Frankfurter Thor zu öffnen, wurde von Seiten des Volkes keine Folge geleistet. Der Polizei-Commissar des Bezirks erstieg die Barrikade und erklärte von hier aus dem Militär, daß es ihm unmöglich wäre, die Oeffnung des Thores ausführen zu lassen, indem sein Leben hierdurch in Gefahr gerathen würde. Hunderte von Stimmen bestätigten durch ihre Protestationen diese Erklärung. Die Zimmerleute des Militärs machten sich hierauf ans Werk und öffneten mit Hülfe der mitgeführten Aexte nach vielem Zeitverlust das Thor mit seinen Nebenpforten. Ein großer Theil der Bevölkerung jenes Stadttheils glaubte noch lange nachher, daß der Einmarsch des Militärs nur durch den Verrath des Polizei-Commissars möglich geworden sei, und dieser soll sich später auch den Verfolgungen durch die Flucht entzogen und längere Zeit von Berlin sich fern gehalten haben.

Die zwei einrückenden Compagnieen, deren später noch mehrere folgten, gehörten dem 8ten Infanterie- (Leib-) Regimente an, das seit dem 17. März in den um Berlin gelegenen Dörfern, Friedrichsfelde, Lichtenberg, Marzahn und Weißensee seine Cantonnirungs-Quartiere bezogen hatte.

Der Commandeur des Füsilier-Bataillons dieses Regiments, Graf Lüttichau, hat in einer besonderen Schrift *) den Zweck und Erfolg der Mission seiner Truppen dargestellt. Seine Aufforderung an die Kameraden, die am 18ten in den berliner Straßen gefochten, eine ähnliche, specielle Beschreibung dieser Kämpfe mit allen charakteristischen Einzelheiten erscheinen zu lassen, ist bis jetzt noch ohne Folgen geblieben. Der Lüttichau'schen Schrift liegt „die auf Dienstwege eingereichte Relation" zum Grunde. Der kräftig ausgedrückte militärisch-absolutistische Standpunkt des Verfassers kann uns nicht hindern, die von ihm angeführten Thatsachen ebensowohl, wie die Schilderung der Eindrücke, die der veränderte Zustand der Hauptstadt in ihm erzeugt hatte, auch für unser Werk zu benutzen.

Graf Lüttichau hatte sich von seinem Quartier in Friedrichsfelde, am 18ten Nachmittags gegen 4 Uhr nach Berlin begeben, „um sich von dem Stande

*) Erinnerungen aus dem Straßenkampfe, den das Füsilier-Bataillon rc. am 18. März in Berlin zu bestehen hatte, und die Vorgänge bis zum Abmarsche desselben rc., dargestellt durch Graf Lüttichau. Berlin 1849.

der Dinge zu unterrichten". Mit dem Adjutanten des 2ten Bataillons, Lieut. v. Keyserlingk, war er „sorglos" bis ans Ende der Frankfurter Linden durch eine ziemlich aufgeregte Menge geritten, die ihn und seinen Begleiter nicht ohne anzügliche Bemerkungen den Weg fortsetzen ließ. Da die große Frankfurterstraße in einiger Entfernung von den Reitern ganz mit Menschen angefüllt war, so bogen Jene in die Weberstraße ein. Hier fanden sie die Leute noch drohender wie zuvor, und sich viel unzweideutiger über das den Reitern bevorstehende Loos ausdrücken; diese ritten jedoch ganz „harmlos" Schritt für Schritt, stets links ausbiegend, bis zur Landsbergerstraße. Als sie hier einige Schritte ihren Weg fortgesetzt hatten, trat ein unbewaffneter Polizei-Commissar an sie heran, bat sie umzukehren, und indem er ihnen die Unmöglichkeit, weiter zu reiten, darthat, zeigte er auf ein Gewühl von Menschen, die etwa 100 Schritt weiter hinter einer Barrikade sich befanden; dort an der Barrikade, sagte der Commissar, würden sie jedenfalls ihr Ende finden. Diese wohlmeinende Aufforderung bestimmte den Grafen, ruhig, wie er gekommen, umzukehren. Ein Hagel von bereit liegenden Pflastersteinen verfolgte die Reiter nun, und sehr drohende Redensarten, wie: „Nieder mit den Hunden, schlagt die Hunde todt!" wurden laut. Der Graf sah sich dadurch genöthigt, mit seinem Begleiter die Flucht nach dem offenen Landsberger Thore zu ergreifen. Auf dieser Flucht überzeugte er sich zugleich, daß ein Versuch, durch das neue Königs- oder Prenzlauerthor, welche noch nicht verbarrikadirt waren, mit den Truppen einzudringen, unmöglich erschien, da beide Thore von der aufgeregten Menge angefüllt waren.

Nachdem sich der Graf in dieser Art von dem Stande der Dinge in Berlin unterrichtet, eilte er über Lichtenberg nach Friedrichsfelde. Am Ausgange jenes Dorfes traf er bereits den Regiments-Commandeur an der Spitze der 9ten und 11ten Compagnie an, der inzwischen den Befehl erhalten hatte, mit dem 2ten und Füsilier-Bataillon (die zusammen etwa 1500 Mann stark waren; das Füsilier-Bat. befand sich noch nicht in voller Kriegsstärke) nach dem Alexanderplatze vorzudringen. — Das 1ste Bat. desselben Regiments, das von Halle zurückgekehrt, in Britz und Rixdorf cantonnirte, sollte gleichzeitig über den Stralauer Platz dahin vorrücken. — Graf Lüttichau rieth dem Obristen, nicht vor dem Frankfurter Thore zu halten, sondern bis an das Ende der Frankfurter Linden vorzudringen, da wo die Krautgasse und Weberstraße sie durchschneiden.

Hieher führte der Regiments-Commandeur seine Avant-Garde, die aus den genannten beiden Compagnien bestand. Es war etwa 6½ Uhr, als sie dort anlangten. Eine halbe Stunde später trafen die 10te und 12te Compagnie ebendaselbst ein. Das Füsilier-Bataillon befand sich in rechts abmarschirten aufgeschlossenen Compagnie-Colonnen. Vier Stunden hatten sich die Truppen an dieser Stelle unthätig aufgehalten, als um 10¾ Uhr der Befehl

zum Vordringen für das Regiment bis nach dem Alexanderplatze gebracht wurde. Als die Haufen den Ueberbringer des Befehls, einen verkleideten Offizier, bemerkten, stürzten sie sich auf ihn; er mußte sich in die Reihen der Soldaten flüchten.

Während jener mehr als vierstündigen Waffenruhe war hier zwischen den Bürgerlichen und den Soldaten ein stilles Uebereinkommen dahin getroffen worden, daß Erstere den Bürgersteig nicht überschreiten und den Straßendamm den Truppen überlassen sollten; dagegen würde das Regiment nicht eher vorrücken, als bis es Befehl dazu erhalten hätte. Dieser Vertrag wurde militärischerseits darum für nothwendig erachtet, weil, wie Graf Lüttichau berichtet, auf diese Weise jede Verbindung der „Aufwiegler“ mit den Truppen vermieden werden konnte.

Die Menge, erzählt Graf Lüttichau, die Anfangs freundlich an die Soldaten herangetreten war, sie mit Worten anredete, wie: „Brüder, Ihr werdet doch nicht auf uns schießen; im Herbste seid Ihr ja wie wir, auch Landwehrleute“, konnte nur mit Mühe aus den Reihen der Soldaten zurückgehalten werden. Sie zeigte sich insbesondere wüthend gegen den Prinzen v. Preußen eingenommen, dem sie alles vergossene Bürgerblut, alle an den Abenden vorher vorgekommenen Mißhandlungen der Bürger aufbürdete. Der Graf sprach, wiewohl vergeblich, begütigend zur Menge: er hält sich jedoch überzeugt, daß seine Reden nicht ohne gute Folgen geblieben sein würden, wenn nicht die Leiter des Aufstandes (die Emissäre, der Auswurf u. s. w.) auch zugleich einhergeschlichen wären; diese schleichenden Leiter erkannte der Graf nämlich daran, daß sie — nüchtern waren. Auch einige blinde Schüsse waren während des vierstündigen Halts der Soldaten aus der Menge gefallen und Schwärmer losgelassen worden, wahrscheinlich um — den Angriff der Truppen herauszufordern, die jedoch, wie der Graf versichert, in ihrer Haltung gleich blieben und den Aufwieglern antworteten: Noch hätte Jeder von ihnen 60 scharfe Patronen bei sich und sie würden schon wissen, wenn es Zeit sei, zum Schlosse vorzudringen. Gegen 9½ Uhr wurden, wie in allen Straßen, wo Angriffe des Militärs erwartet wurden, auch hier die Fenster in den Häusern erleuchtet, und von allen Seiten rief man sich das auch in andern Theilen der Stadt verbreitete Gerücht zu: einige Regimenter seien zum Volke übergetreten, die Bürger hätten gesiegt und dgl. Dem Grafen scheint dies Alles „in Folge höherer Leitung“ und als letzter Versuch veranstaltet, die Truppen wankend zu machen.

Als um 10 Uhr der Befehl zum Vorrücken für das Militär gekommen war, machte der Obrist unter Trommelwirbel der Menge bekannt: Das Regiment würde nach dem Alexanderplatze marschiren und hoffe auf diesem Marsch durch Niemanden gestört zu werden, widrigenfalls Gewalt mit Gewalt vertrieben würde. Kaum hatte derselbe dies gesagt, als ein furchtbarer Steinhagel von allen Seiten das Militär überschüttete, untermischt mit Flintenschüssen.

Die jetzt folgenden Vorgänge mögen die „Erinnerungen“ des Grafen selbst schildern:

Der mehr als vierstündige Halt, die aus Marzahn nachfolgenden Compagnieen, die sich in ihr Verhältniß zum (Füsilier-) Bataillon gesetzt hatten, war Schuld, daß der anfänglich gegebene Befehl der halben Distance der aufgeschlossenen Züge nicht so beachtet wurde und die Colonne sich fast aufgeschlossen befand, da auch das 2te Bataillon gleich anfänglich vor sich keine größere Intervalle als die übliche gelassen, die aber verloren gegangen war durch das spätere Einschieben der aus Marzahn gekommenen Compagnieen. Daher kam es denn, daß das Regiment fast ohne Bataillons-Intervallen in einer ziemlich dicht aufgeschlossenen Zug-Colonne stand, als es plötzlich mit einem Stein- und Kugelregen überschüttet wurde. Es machte nach allen Richtungen Front, um gegen die Fenster und Dächer zu schießen, von denen aus der Widerstand erfolgte. Hierdurch entstand ein Stutzen nach vorne und eine rückgängige Bewegung, um Raum zur Entwickelung zu gewinnen und sich auf den Bürgersteigen der Straße so aufzustellen, um einmal dem nach der Mitte der Straße hin concentrirten Stein- und Kugelregel sich zu entziehen, dann aber auch sollten durch ein kreuzendes Feuer die gegenüber liegenden Fenster und Dächer vom Feinde gesäubert werden.

Die Illumination und der bei ganz klarem Wetter scheinende Vollmond waren den Aufwieglern sehr nachtheilig. Einmal entging durch die Erleuchtung aller Fenster Keiner den Schüssen der Soldaten, wogegen die ihrigen durch die doppelte Blendung des Mondlichts und der gegenüber liegenden Häuser unsicher und fehl gingen.

Mit dem ersten Zuge wurde die leicht aufgeführte Barrikade in der großen Frankfurterstraße zwischen der Krautsgasse und der Weberstraße genommen. Sie war dem Regimente sehr zum Vortheil, als es sich durch diese schwache Scheidewand den Verführungen dieses Stadttheils mehr entzogen sah, weshalb der Erbauung derselben auch gar kein Hinderniß in den Weg gelegt war. . . . Die Weberstraße war da, wo sie mit der großen Frankfurterstraße zusammentrifft, nicht verbarrikadirt, wohl aber die Krautsgasse; es zogen sich daher gleich beim Vorgehen viele Füsiliere hauptsächlich dahin; sie wurden aber sofort zurückgezogen, um das Bataillon durch die kleine und große Frankfurterstraße zu führen, da zu vermuthen war, daß diese Straße mehrfach sehr stark mit Barrikaden versehen sein dürfte, besonders da, wo sie mit der Landsbergerstraße zusammentrifft; die letztere wurde so viel als möglich vermieden und später nur deshalb ganz in ihrer Einmündung zum Alexanderplatze erwählt, weil von hier der geradeste Weg zum Schloß über die Königsbrücke führt. Auf dem oben bezeichneten Wege überschritt das Bataillon wohl acht bis zehn Barrikaden bis zum Alexanderplatz, über welche theilweise die französische (! d. h. schwarz-roth-gelbe) Trikolore wehete, die aber sehr schnell beim Anrücken des Bataillons hinweggezogen wurde. Die festeste Barrikade schloß die Landsbergerstraße vom Alexanderplatz ab. Ein Stein- und zum Theil ein Kugelregen vertheidigte die Barrikade von den Fenstern und Dächern aus, die aber Seitens des Bataillons auf beiden Seiten vom Straßendamme auf dem Bürgersteig, in Reihen marschirend, umgangen wurden und die Vertheidigung daher unmöglich machten.

Das Vorgehen des Bataillons geschah in unausgesetztem Trabe mit schnellster Hinwegräumung der Barrikaden auf den Bürgersteigen. Zweimal wurde gehalten, da wo die Häuser in den Straßen so niedrig sind, daß sie deren Vertheidigung gefährlich gemacht haben würden und wohl aus diesem Grunde unterblieb. In diesen Windstillen wurde das Bataillon wieder gesammelt und geordnet, um mit möglichster Kraft auf dem entscheidenden Punkte, dem Alexanderplatze zu erscheinen. Aus den Häusern geschahen Seitens der Aufrührer Ausfälle mit Aexten, Beilen u. dgl. m. Einzelne Soldaten wurden in dieselben hineingezogen, aber sogleich wieder befreit, indem Alles niedergeschossen und gestochen wurde, was sich zum Widerstande bereit zeigte. Aus einzelnen Häusern wurde siedendes Wasser, Schmutz, kurz Alles, was zur Hand war, gegossen und geworfen. Von den Dächern wurden sogar fußstarke Balken herabgeworfen. Der Eifer der Füsiliere für die gute Sache u. s. w. war ohne Maaß. Jeder suchte es dem Andern zuvor zu thun, selbst die Hornisten des Bataillons ergriffen die Gewehre der Verwundeten, um an diesem Kampfe Theil zu nehmen.

Es war etwa 11¼ Uhr, als das Füsilier-Bataillon vollständig gesammelt in Begleitung der 5ten Compagnie des 2ten Bataillons durch die Landsbergerstraße auf dem Alexanderplatze erschien und sich hier unter die Befehle des Generalmajors v. Möllendorf stellte, der mit dem 1sten Garde-Regiment

und zwei Compagnieen des 1sten Bataillons Leib-Infanterie-Regiments sich bereits hier befand. Die drei andern Compagnieen des 2ten Bataillons waren durch die Kaiserstraße auf den Alexanderplatz gedrungen, woselbst sie hinter den beiden Compagnieen des 1sten Bataillons debouchirten, die schon vom Stralauer Platze eben dahin vorgegangen waren. Bei seiner Ankunft auf dem Alexanderplatze erfuhr Graf Lüttichau, daß der Regiments-Commandeur verwundet sei und vermißt werde. Der Graf übernahm daher, als Major, das Commando des Regiments und erhielt etwa gegen 11¾ Uhr Befehl, mit dem 2ten und dem Füsilierbataillon nach dem Schlosse abzumarschiren. Während dieser kaum halbstündigen Ruhe auf dem Alexanderplatze erhielt das Regiment noch einige Gewehrschüsse, wodurch einige Soldaten verwundet wurden. Eine auf dem Platze befindliche Bude (in der sich seit längerer Zeit ein Panorama befand) war von den Bürgerlichen angezündet worden, und der Brand begünstigte die hinter der Barrikade liegenden Schützen sehr. — Diese Bude wurde, wie wir aus einem andern Berichte erfahren, deshalb in Brand gesteckt, weil die Vorposten des an der Königsbrücke stehenden 1sten Garde-Regiments allmählig bis zum Königstädter Theater vorgerückt waren und von hier aus die Barrikade am Alexanderplatze mit vielem Erfolge beschossen. Das Feuer der Bude trieb diese Vorposten jedoch wieder zurück. (Ein Streit, der später von dem Stadtverordneten Sasse angeregt, zwischen diesem und der Verwaltung des Königstädter Theaters in den Zeitungen geführt wurde, ließ die von dem Ersteren ausgesprochene Behauptung, daß aus dem Innern des Theatergebäudes auf die Bürgerlichen geschossen worden sei, unentschieden.)

Fast zu gleicher Zeit mit dem Vorrücken des 8ten Regiments nach dem Alexanderplatze griff das 12te Regiment, bisher ebenfalls außerhalb Berlins cantonnirend, das Potsdamer Thor und die Leipzigerstraße an, und wurde darin durch das Vorrücken eines Theils vom 2ten Garde-Regiment, das in der Friedrichsstraße an die Stelle des 2ten Regiments getreten war, unterstützt. Hier wurde nun von dem Garde-Regiment die vorher tapfer vertheidigte Barrikade an der Kronenstraßen-Ecke (S. oben) genommen. Die Vertheidiger derselben hatten sich meistentheils entfernt, um an andern Orten, wo Schießgewehre fehlten, in's Gefecht zu kommen. Kaum war das Anrücken der Truppen bemerkt worden, als die Soldaten nach wiederholten Salven auf die verschiedenen Stockwerke zunächst in das eine Eckhaus drangen. Obschon ihnen auch hier kein Widerstand entgegengesetzt wurde, so schossen und stachen sie doch die Personen, die ihnen gerade in den Wurf kamen, nieder.

Von hieraus drangen die Truppen bis zur Leipzigerstraße vor, wo inzwischen das 12te Regiment die Barrikaden genommen hatte. Die ersten derselben waren ohne Widerstand aufgegeben worden. Heftiger war indessen das Gefecht an der Mauerstraßen-Ecke geworden (s. oben), wurde aber auch hier

bald beendet, als die Nachricht zu den Bürgern kam, daß die Barrikaden an der Kronenstraße genommen seien.

Während der letztgeschilderten Vorgänge war von der Cavallerie ein Angriff auf die Vorstädte des Rosenthaler und der benachbarten Thore bis zum Neuen Thore hin gemacht worden. Die Straßen waren auch hier verbarrikadirt. Da es an Waffen gemangelt hatte, war schon frühzeitig das Eisengitter des Neuen Thores, so wie das vor der Thierarzneischule in der Louisenstraße befindliche Eisengitter niedergerissen und deren einzelne abgelöste Stäbe zu Waffen umgewandelt worden. Der Angriff der Cavallerie wurde von der hinter der Barrikade stehenden Bevölkerung zurückgewiesen.

Gegen Mitternacht trat eine etwa zweistündige Pause im Kampfe ein. Dieser begann darauf wieder in der Königstraße durch einen abermaligen Tirailleur-Angriff auf die Barrikaden. Inzwischen war jedoch die Vertheidigung der großen Barrikade am Alexanderplatze durch drei aus dem Schützenhause entnommene Böller verstärkt und diese Geschütze mit Flintenkugeln, Eisenstücken und sogenannten Murmeln geladen worden. Das Eckhaus an der Neuen Königsstraße und dem Platze war in allen Etagen mit bürgerlichen Schützen besetzt und das rasch und sicher unterhaltene Feuer derselben hinderte jedes Debouchiren der Truppen über die Brücke. Als dennoch nach 2 Uhr Morgens die Vorposten vom 1sten Garde-Regiment vorgeschoben wurden, empfing sie ein lebhaftes Feuer, sowohl von den Eckhäusern am Platze aus, als auch besonders von den hinter der großen Barrikade liegenden Schützen. Nach einer Stunde mußten die Vorposten sich abermals zurückziehen und so blieben die Bürger Herr dieses Platzes. — Die Barrikade wurde erst nach 10 Uhr Morgens von den Vertheidigern verlassen. — Das erwähnte Eckhaus, ein aus sieben verschiedenen Häusern sich zusammensetzendes, mit großen Hofräumen versehenes Gebäude, war an allen Thüren, die nach dem Alexanderplatze führten, verrammelt, während die hinter den Barrikaden nach der Neuen Königsstraße sich öffnenden Thüren eine ungehinderte und gefahrlose Communication darboten. Im Hofraum herrschte große Thätigkeit. Schlosser reparirten die Gewehre, ein Zinngießer versah die Schützen mit Kugeln und aus zwei erbeuteten Pulverfässern wurde die nöthige Munition ertheilt. Zwei im Hofe aufgestellte Feuerspritzen waren überdies für den Fall eines — jedoch nicht eingetretenen — Brandes herbeigeschleppt worden.

Erfolgreicher als in dieser Gegend war das Vordringen der Truppen in der Friedrichsstadt. Die Barrikaden waren, weil einstweilen kein Angriff mehr befürchtet wurde, nur schwach besetzt; viele Vertheidiger hatten sich entfernt, um Ruhe zu suchen, und als nach 3 Uhr Morgens die Truppen gleichzeitig in der Mohren-, Kronen- und Leipzigerstraße vordrangen und sich dann gegen die Krausenstraße warfen, fanden sie keinen Widerstand. Erst an der Schützen-

und Friedrichsstraßen-Ecke erhielten sie von den schnell herbeieilenden Bürgerlichen ein so scharfes Feuer, daß sie sich wieder bis zur Leipzigerstraße zurückzogen. Diese letztere indessen behaupteten sie nun in ihrer ganzen Ausdehnung bis zum Dönhofsplatze hin.

Am 19ten März um 5 Uhr Morgens wurde vom Schlosse aus befohlen: Die Truppen sollten nicht mehr angriffsweise verfahren, sondern in ihren Stellungen ruhig verharren.
Die Straßenkämpfe waren beendet.

V. Die kämpfenden Parteien. — Episoden aus dem Kampfe. — Die Gefangenen und ihr Transport nach Spandau.

Die Straßenkämpfe waren beendet — Hunderte von Leichen und Verwundeten auf beiden Seiten der kämpfenden Parteien zeugten von der Wuth, der Erbitterung, von dem furchtbaren Eifer, mit der zwei Gewalten einen Vernichtungskampf gegen einander zu führen begonnen hatten, deren jede, sich von der andern zum Kampf provocirt wähnend, im Bewußtsein ihres Rechtes die Gegenpartei bekämpfte. Das Recht der Autorität hatte die eine, die mit dem Schwur der Treue ihrem Könige gegen Sold verpflichtete, das Recht des offenen Widerstandes die andere, die in ihren bürgerlichen und menschlichen Rechten sich verletzt fühlende Partei auf den Schauplatz des Kampfes geführt.

Es waren ungleiche Waffen, mit denen sich die Königlichen und die Bürgerlichen bekämpften. Auf jener Seite: wohlausgerüstete Mannschaften, deren ausschließliche Beschäftigung die Exercitien des Kriegshandwerks bilden, Theile einer Armee, die wegen ihrer Disciplin während drei und dreißig in Frieden verlaufener Jahre große Berühmtheit erlangt hatte, Truppen in einer Stärke von etwa 15000 Mann, die, unterstützt von einer bedeutenden Zahl schwerer Geschütze, befehligt von zum Theil kriegskundigen Führern, diesen zum blinden Gehorsam verpflichtet, jetzt zum ersten Mal ein ernstes Examen bestehen sollten; auf Seite der Anderen: bunt zusammengewürfelte Haufen von Personen, die aus freiem Antriebe sich kampffertig machten, nur der geringsten Zahl nach mit wirksamen Waffen versehen, zum großen Theil selbst des Gebrauchs der Waffen unkundig, vereinzelte Gruppen, denen die Leitung durch erfahrene Männer fehlte, Menschen, die, nachdem sie die Gefahren des Kampfes überwunden, ein schützendes Dach suchten, um hier — wehrlos der blutigen Rachsucht ihrer Verfolger zur Beute zu fallen.

Was den bürgerlichen Kämpfern an kriegerischer Ausstattung für den

Kampf mangelte, das ersetzten sie durch Muth, Tapferkeit, Ausdauer — Eigenschaften, welche in den unzähligen Berichten der Zeitungen aus jener Periode mit überschwenglichen Lobeserhebungen erwähnt werden, welche selbst von der Vossischen Zeitung in einem besonderen Extrablatte, mit nicht geringen Uebertreibungen, anerkannt wurden. Militärische Literaten einer späteren Epoche haben freilich in der allgemein gerühmten Tapferkeit der „Barrikadenhelden" eine Beeinträchtigung des Ruhmes gesehen, der nach ihren Ansichten den Königlichen allein gebührte, und während sie mit allen ihnen zu Gebote stehenden Redewendungen die Bravour der herrlichen Armee preisen, fertigen sie die bürgerlichen Gegner als „Feige, vor den Kugeln davon Laufende" ab. Ihnen schließt sich Hr. Leo in seiner „Signatura" an. „Es ist bekannt", äußert er im November 1848 — „daß die Truppen des Königs auf allen Punkten, die sie angriffen, Meister blieben; minder bekannt ist, daß im Ganzen die Barrikaden sogar schlecht und mit entschiedener Feigheit vertheidigt worden sind." Allerdings war das vorher minder bekannt und nur ein Geheimniß Derer geblieben, für die reguläre Truppen allein das Privilegium der Tapferkeit besitzen. Hr. Leo führt als Beweis für die minder bekannte Thatsache an, „daß auf die ersten Schüsse aus grobem Geschütz, deren Kugeln von der langen Brücke die Königsstraße entlang ricochettirten, die Barrikadenhelden sogar von der vierten Barrikade noch davon liefen und daß im Grunde nur einige Punkte, wo sich die Straßen kreuzten und die Barrikade am kölnischen Rathhause lebhafteren Widerstand boten!"

Aber nicht allein der Muth, die Tapferkeit und die Ausdauer der bürgerlichen Kämpfer fanden — mit geringen Ausnahmen — überall eine rühmliche Erwähnung; vielmehr noch rief der „Edelsinn", die „Mäßigung", die „Heilighaltung des Eigenthums", endlich die „Humanität", mit welcher der militärische Feind behandelt wurde (und Graf Lüttichau bestätigt in seiner Schrift das Vorhandensein dieser Humanität durch einige gelegentliche Anführungen) eine Begeisterung der Berichterstatter jener Tage hervor, die nicht Worte genug zur Verherrlichung der „Barrikadenhelden" finden konnten, bei welcher Gelegenheit es denn auch, wie besonders wieder in dem Extrablatte der Vossischen Zeitung, an offenbaren Uebertreibungen nicht mangelte.

In grellem Gegensatz zu diesen gepriesenen Erscheinungen des bürgerlichen Ruhmes wird durch die gleichzeitig veröffentlichten Berichte eine ungeheure Anzahl militärischer Handlungen verzeichnet, deren Brutalitäten den Abscheu der Darsteller in demselben Grade hervorrief, in welchem sie durch die Handlungsweise der Bürger sich begeistert fühlten. Verdient die pflichtmäßige Ausübung des Berufes, zu dem der preußische Soldat erzogen worden, der blinde Gehorsam, mit dem er gezwungen ist, den Befehlen des Führers zu folgen, die vollständige Verzichtleistung auf den eigenen Willen, verdient dieser commandirte Eifer, die commandirte Wuth, in der That die rühmlichen Bezeich-

nungen, mit denen militärische Autoren in verschwenderischer Weise die Operationen der Truppen gegen ihre „rebellischen Brüder“ verherrlichen: welcher Name gebührt dann jenen, durch Hunderte von Zeugen *) bestätigten Executionen, die das Handwerk des Krieges zur Kunst des Henkers erhoben? Die Art, wie wehrlose Personen in den Häusern niedergemetzelt worden, ohne Rücksicht auf Geschlecht und Alter, gleichviel ob Schuldige oder Unschuldige, wie Andere zu Gefangenen gemacht und als solche behandelt, die Grausamkeiten, die gegen die nach Spandau transportirten Gefangenen ausgeübt wurden — diese Thatsachen, sie brandmarken, wie selbst einsichtige Offiziere es zugestanden haben, das Militär, sie brandmarken die Civilisation.

Auf Rechnung dieser nachträglich und gegen Wehrlose, in den Häusern und während der Gefangenschaft ausgeübten Gräuel kommt denn auch der überwiegend größere Theil der furchtbaren Reihe von den bürgerlichen Opfern des 18. März und der darauf folgenden Nacht. Einige behaupten, daß die Anzahl der in den wirklichen Kämpfen Gefallenen zu dem Verlust der Bürgerlichen an Todten überhaupt sich wie 1 zu 3 verhalte, und Hr. Braß will es als festgestellt wissen, „daß kaum 75 Bürger an den Barrikaden und im wirklichen Kampfe gefallen, die übrigen aber in den Häusern und auf dem Transport erbarmungslos geworden sind.“ — Im Ganzen betrug der Verlust der Bürgerlichen an Todten und solchen, die in Folgen tödtlicher Wunden während der nächsten Monate starben, gegen 230 Personen, darunter Frauen und Kinder. Erwägt man, daß in den einzelnen, von Soldaten durchsuchten Häusern zehn bis funfzehn Tödtungen wehrloser Personen vorgekommen (wie z. B. im kölnischen Rathhause, in dem d'Heureuseschen Gebäude), daß, wie erzählt wird, in der Friedrichsstraße bei dem letzten Angriffe etwa 50 Gefangene gemacht wurden, die Alle unverwundet waren, und von denen kaum die Hälfte lebend in den Schloßkeller gebracht ward, daß auf dem Gensdarmenmarkte in der Nacht vom 18ten zum 19ten März mehrere vorbeigeführte Gefangenentrupps von der dort aufgestellten Cavallerie förmlich zusammengehauen wurden, so erscheint das oben angegebene Verhältniß keineswegs übertrieben.

Der Verlust des Militärs an Todten und Verwundeten während der Kämpfe vom 18. zum 19. März betrug nach den amtlichen Listen 274 Personen. Darunter befanden sich an Todten, oder solchen, die in Folge der Wunden in der nächsten Woche starben: ein Premier-Lieutenant (vom K. Alex.-Gren.-Reg.), zwei Seconde-Lieutenants (vom 2. Garde-Ulanen- und 1. Garde-Reg.), 2 Unteroffiziere (vom K. Franz-Reg.) und 15 Gemeine (vom 1. und 2. Garde-, K. Alexander-, K. Franz-, 2. Infanterie-, 12. Infanterie-Regiment und von der Lehr-Schwadron); zusammen 20 Personen. —

*) Siehe u. a. Roerdansz: Der Zug nach Spandau. Berlin 1848.

Als Verwundete werden in der „amtlichen Verlustliste der Truppen in dem Kampfe vom 18. und 19. März in Berlin" aufgezählt: 14 Offiziere (darunter 2 Obristen vom 2. und 12. Infant.-Reg., 1 Obrist-Lieutenant vom 12. Inf.-Reg., 1 Major vom Franz-Reg., 3 Premier- und 7 Seconde-Lieutenants vom 8. Inf.-Reg. und von der Garde-Artillerie-Brigade. Die übrigen 240 Mannschaften vertheilen sich dergestalt, daß auf zwei Bataillone des 11. Garde-Regiments als Verwundete kommen: 2 Unteroff. und 13 Gemeine, auf das 2. Garde-Reg. 3 Unteroff. und 24 Gemeine, auf das K. Alex.-Reg. 1 Unteroff. und 12 Gemeine, auf das K. Franz-Reg. 2 Unteroff. und 58 Gem., auf das Dragoner-Reg. 2 Unteroff., 4 Gem. und 1 Chirurg, auf das 2. Garde-Ulanen-Reg. 1 Gem., auf das 2. Inf.-Reg. 22 Gem., auf das 8. Inf.-Reg. 4 Unteroff. und 27 Gem., auf das 12. Inf.-Reg. 51 und auf das 31. Reg. 13 Gemeine.

Die oben ausführlicher angedeuteten Momente überheben uns hier jeder weiteren Erörterung über das scheinbare oder wirkliche Mißverhältniß zwischen den auf bürgerlicher und den auf militärischer Seite vorgekommenen Verlusten. In Betreff der bürgerlichen Opfer des Kampfes und militärischer Brutalität ist von Gegnern der Revolution ein Gewicht darauf gelegt worden, daß unter den am 22. März feierlich zur Gruft bestatteten 183 Todten 33 Leichen sich befunden haben, die während der ersten drei Tage nach den Kämpfen von Niemandem recognoscirt werden konnten. Diese 33 „Heimathlosen" waren ebensoviele Fragezeichen für jene Ungläubigen, die darüber schwankten, ob die Revolution gemacht oder natürlich entstanden war; für die Anhänger der Leo-Rellstab-Lüttichau'schen Ansichten war es ganz zweifellos, daß in jenen 33 die — fremden Emissäre, die Polen u. s. w. zu suchen seien! Unter den 150 übrigen Todten sollten sich, nach Vermuthungen und Behauptungen derselben Parteien, die Leichen solcher Personen finden, über deren Leben Strafanstalten und Gefangenhäuser die beste Auskunft geben könnten. Ja einer dieser criminalistischen Forscher behauptete später, unter dem bescheidenen Namen: Klio, in einem Inserat der Vossischen Zeitung geradezu, daß die Register der Brandenburger Strafanstalt nähere Details über viele der getödteten Barrikadenhelden enthielten; dafür mußte Klio sich denn durch eine offizielle Anzeige jener Strafanstalt dahin zurechtweisen lassen: daß Recherchen dieser Art von der Anstalt weder verlangt, noch auch angestellt worden wären! Es sollen nun freilich unter sämmtlichen etwa 230 Gefallenen und in Folge der Wunden später Gestorbenen nach genauen Ermittelungen 36 criminalisch bestrafte Personen enthalten gewesen sein: welche statistische oder welche andere Wichtigkeit diese „genauen Ermittelungen" haben mögen, ist uns unbekannt. Ebenfalls genaue amtliche Ermittelungen haben das vielleicht nicht minder interessante Ergebniß geliefert, daß unter den sämmtlichen am 18ten und in der folgenden Nacht von dem Militär gemachten Gefangenen, etwa 700 an der

Zahl, auch nicht ein einziger criminalisch bestrafter Verbrecher enthalten gewesen (s. Rördansz. Zug nach Spandau. S. 198), daß ferner unter sämmtlichen Gefangenen sich nur acht außerhalb Deutschlands geborene Personen befunden haben, nämlich 3 Schweizer, 2 Holländer, 2 Dänen und 1 Franzose, und daß das Verhältniß der geborenen Berliner zu den außerhalb Berlin, im übrigen Deutschland Geborenen wie 1 zu 2 gewesen sei. — Auch aus dem Stande, dem Gewerbe der bürgerlichen Opfer des 18ten März wollten die Gegner der Revolution verdächtigende Momente für die berliner Erhebung ableiten. Das vollständige Verzeichniß der Gefallenen, das wir weiterhin mittheilen werden, führt allerdings der überwiegenden Zahl nach Handwerker auf; neben ihnen in geringerer Anzahl Künstler, Gelehrte, Studenten, Kaufleute u. s. w. Geheimeräthe und Banquiers fehlen freilich; doch würde selbst, wenn in dem Verzeichniß auch diese Kategorieen vertreten wären, der Charakter der Revolution ebensowenig ein anderer sein, als etwa dadurch, daß sich auch Frauen, die weder gekämpft noch hinter den Barrikaden gestanden haben, in den Reihen der Getödteten befinden. Wollte es doch der Zufall, daß die bejahrte Schwester und Lebensgefährtinn eines Mannes, dessen Namen die zahlreichen Opfer früherer Verfolgungswuth gegen die sogenannten demagogischen Umtriebe nur mit Abscheu aussprechen, daß die Schwester dieses Inquisitors der Hausvoigtei, Dambach, in ihrer eigenen Wohnung am Hausvoigteiplatze von der Kugel des Militärs getödtet wurde. — Würden freilich die oben einzeln aufgeführten die Revolution „verdächtigenden" Momente irgend welcher Berücksichtigung werth erscheinen, würden sie für die Revolutionsgeschichte und Charakteristik ebenso maßgebend sein, wie sie an sich albern sind, so wäre allerdings die Geschichte dieser Revolution schon geschrieben, ihr Charakter schon erschöpfend dargestellt. Und zwar wäre dann Graf Lüttichau dieser Geschichtschreiber, dessen umfassende Geschichte und Charakteristik der Revolution in wenigen Zeilen seiner „Erinnerungen" enthalten ist: „Denn ist es wahr, — so lautete diese Geschichte — daß unter den 186 Barrikaden-Leichen allein 68 Züchtlinge sich befanden und rechnet man zu diesen noch 36 Unbekannte, die, wie gleich damals bemerkt wurde, auf der Morgue in Paris nur allein hätten erkannt werden können; zählt man ferner noch die zufällig Verunglückten hinzu, so bleiben nur einige Gesellen und Arbeiter der verschiedenen Gewerke Berlins übrig, in Verbindung mit den französischen und polnischen Emissairs unter Beihülfe der allvermögenden berliner Straßenjungen, welchen das dankbare Vaterland die Errungenschaften des 19. Märzes und die anerkannte Revolution schuldet." Und die Moral dieser Geschichte wäre in folgenden Lüttichau'schen Worten ausgesprochen: „In alten Zeiten würde man ihre (der Barrikadenhelden) Leichen verbrannt und die Asche allen Winden Preis gegeben haben, um nur ihr Andenken aus dem Gedächtniß der Menschen

zu vertilgen, sie, die aus dem Abhub aller Nationen und dem niedrigsten Pöbel Berlins bestanden und nur ein frecher Hohn der Menschheit sind."

Zur Vervollständigung unserer Darstellung von den Straßenkämpfen haben wir nun noch solche Einzelnheiten nachzutragen, in denen charakteristische Umstände für den Kampf im Allgemeinen und für die Bedeutung desselben enthalten sind.

Gehen wir zunächst zu den Barrikaden über. Ein Bericht giebt die Anzahl derselben auf 921 an. So viele seien gleich in den ersten zwei Stunden errichtet worden. Ohne diesen statistischen Punkt weitläuftiger erörtern zu wollen, sei jedoch bemerkt, daß allerdings auch in vielen Gegenden der Stadt, in welchen während der ganzen Kampfzeit kein Militär erschienen war, in welchen ferner den Bürgerlichen es fast gänzlich an Schußwaffen mangelte, der Vertheidigungszustand durch eine bedeutende Anzahl von Barrikaden hergestellt wurde. So zählte man allein in der Rosenstraße mit der Brunnenstraße 17, und das Rosenthaler Thor mit den daranstoßenden Communicationen war allein durch 5 Barrikaden befestigt. In der Puttkammerstraße warteten durch einen Baumeister kunstgerecht gebaute Barrikaden ebenfalls vergebens auf den Angriff des Militärs. Der Festigkeit anderer Barrikaden haben wir bereits erwähnt. Doch giebt uns dieser Punkt Gelegenheit, das Urtheil eines Offiziers über jene Bauten anzuführen. Hr. H. Orges, „bis zum 19. März Lieutenant in der 4. preußischen Artillerie-Brigade", einer der wenigen Offiziere, die der Conflikt zwischen dem, was ihr menschliches Gefühl und dem, was ihnen die sogenannte Pflichttreue gebot, den Abschied aus der Armee zu nehmen bestimmt hatte, äußert sich in einem Schriftchen *), auf das wir später noch zurückkommen werden, über das Emissairthum folgendermaßen:

Die Regierungspartei spricht von Tausenden von Emissairen, doch weiß sie keinen namhaft zu machen. Wenn ich sage, daß ich nicht Einen bemerkt habe, so wird man mir nicht glauben, aber man wird mir wenigstens den Nachweis zu geben erlauben, daß diese Emissaire dann erschrecklich einfältig gewesen sein müssen und jedenfalls von dem Straßenkampfe nichts verstanden. — Alle Barrikaden lagen genau an den Ecken der Straßen, so daß von demselben Schuß, der die Einen in der Front traf, alle anderen flankirt wurden. In den langen, gradlinigten Straßen Berlins ein ungeheurer Nachtheil; abgesehen davon, daß wenn die Barrikaden um ein Haus vorgeschoben, dieselben von den Dächern u. s. w. viel besser zu vertheidigen waren. Jeder Militär wird begreifen, welchen ungeheuern Werth die großen Plätze für die Aufstellung der Reserven hatten, ein Stoß hätte die Thüren des Opernhauses, des Schauspielhauses geöffnet, ein Funke die Coulissen in Brand gesteckt, dann wären die Plätze und die Communikation darüber für die Truppen fast unmöglich geworden. An solchen Maßregeln würde man Emissaire erkennen.

Die bedeutendste unter allen Barrikaden war die am kölnischen Rathhause. Ein Specialbericht über dieselbe und ihre Vertheidigung lautet:

Die Barrikade am kölnischen Rathhause entstand hauptsächlich unter Anordnung eines Maschinenbauers Siegrist. Als der Bau beendigt war, erschien Graf Arnim zu Pferde mit

*) „Ein Beitrag zur Geschichte des preußischen Militär-Systems der Gegenwart. Freiberg." (1848.)

einem weißen Tuche in der Hand, um eine Proclamation des Königs zu verkünden; aber die mißtrauische Menge wollte ihn nicht hören. „Zu spät!" wurde gerufen; der Graf war in Gefahr vom Pferde gerissen zu werden und nur unter Siegrist's Schutz gelang es ihm sich zurückzuziehen. Von mehreren Seiten wurden nun Schußwaffen ausgetheilt, von andern ganze Tücher voll Patronen herbeigetragen. Angesichts des am Ausgange der Straße erscheinenden Militärs bestieg Siegrist die Barrikade und hielt eine kurze Rede an die zum Kampfe versammelten Männer, welche diese so begeisterte, daß ihn Einige im Triumph auf den Schultern umhertrugen. Inzwischen war die Barrikadenmannschaft durch mehrere mit Büchsen bewaffnete Bürger, zwei Trommelschläger und einen Trompeter verstärkt worden. Man zündete, während das Militär unschlüssig am Ende der Straße harrte, vor der Barrikade ein großes Feuer und Fackeln an; die Trommeln rasselten; wüthend wollten die Barrikadenmänner sich den Truppen entgegenwerfen. Allein Siegrist stieg sofort abermals auf die Spitze der Barrikade, von welcher jetzt schon eine schwarz-roth-goldene Fahne wehete; er beschwor Alle, ruhig die Annäherung der Soldaten zu erwarten und sie mit einem sicheren Feuer zu empfangen. In dem Augenblicke eröffnete die Artillerie, welche bis an die Neumannsgasse vorgerückt war, ein mörderisches Feuer. Bei der 6ten Salve stürzten vier Mann todt von der Barrikade. „Zurück hinter die Eckhäuser", schrie Siegrist, „bis sie ganz nahe sind!" Allein die Artillerie verließ ihre Position nicht. Dagegen näherte sich Infanterie, vereinzelt an den Häusern hinschleichend, der Barrikade und die Vertheidiger derselben richteten, indem sie momentan von den Ecken bis zur Barrikade vorliefen, ihre sicheren Schüsse auf diese Leute. Jedesmal wenn sich die Ersteren sehen ließen, gab die Artillerie ihre furchtbaren Salven. Dritthalb Stunden lang währte auf diese Weise das Feuer von beiden Seiten. Plötzlich erschien auch von der Scharrnstraße her Infanterie, welche auf die durch die große Hauptbarrikade der breiten Straße von ihr getrennten Bürger ihr Feuer eröffnete. Da die Breitestraße von Kanonen bestrichen wurde, so blieb den Bürgern nichts übrig, als hinter den Eckhäusern hervor auf die aus der Scharrnstraße anrückenden Soldaten zu feuern. Diesen gelang es, bei ihrer Uebermacht und da sich der seiner Thürflügel beraubte offene Flur des kölnischen Rathhauses auf ihrer Seite befand, in das Rathhaus einzudringen. Hier stiegen sie bis unter das Dach empor und metzelten nieder, was sie vorfanden. Neun Bürger blieben todt, andere wurden verwundet oder gefangen. . . . .

In lebendigen Farben schildert Hr. Rellstab, der von seiner Wohnung in der breiten Straße aus die Vorgänge sehen konnte, die gegen jene Barrikade gerichteten Angriffe. Wir theilen diese Schilderung, mit Weglassung des romantischen Beiwerkes, in Folgendem mit:

Es dunkelte. An der Barrikade sah man Lichter funkeln, auch rothe Bivouaksflammen fingen an zu leuchten. Da fielen, etwa um 7 Uhr, die ersten Schüsse. Bald darauf rückte die Infanterie in breiten Zügen an, theilte sich und fiel zu beiden Seiten der Straße ab, auf dem Bürgersteige an den Häusern vorgehend. Alle Hausthüren waren geschlossen, die Häuser der Straße nach dem köln. Fischmarkte zu erleuchtet. Nun hörten wir Pelotonfeuer, dann anhaltendes Schießen. . . . Nachdem das Schießen ein Viertelstunde angehalten, wurde es still, und bald darauf kehrten die Truppen vereinzelter, als sie vorgedrungen waren, zurück. Es wurden Verwundete geführt, Gefangene fortgeschleppt. Genommen war die Barrikade nicht; doch man hatte verschiedene Häuser, aus denen geschossen war, erstürmt und dort die Gefangenen gemacht. Nach geringer Frist wieder Schüsse von der Barrikade her. Sofort erneuerte sich auch der Angriff der Truppen. — Gegen neun Uhr, nachdem der Kampf etwa dreimal begonnen und wieder aufgehört hatte, ertönten die Straßen plötzlich von rasselndem Dröhnen der Kanonen. Die Infanterie hatte sich nach beiden Seiten geöffnet und wir sahen Geschütze auffahren, die zwei Häuser von dem meinigen Halt machten und abprotzten. Die Geschütze krachten; die Fenster zitterten. . . . Die Artillerie protzte auf, ging zurück, die Infanterie abermals vor. Es erneuerte sich alles schon Vorhergegangene; entschieden war auch jetzt nichts. So wiederholte sich, ohne daß irgend ein erheblich abweichender Moment, irgend eine Krisis sichtbar geworden wäre, der Kampf nach längeren Zwischenräumen vier- oder fünfmal. Die Artillerie rückte immer näher . . . bis etwa zu zwei Drittheilen der Straßenlänge; und ihre Kugelsendungen wechselten mit dem Peloton- und Einzelfeuer der wiederholt angreifenden Infanterie. . . . Von Zeit zu Zeit hörten wir das Brausen eines wilden Männergeschrei's von der Barrikade her; doch es war weder das Zeichen eines Sieges noch das einer Niederlage. . . . Bis nach 1 Uhr in der Nacht dauerten diese Kämpfe, in immer wiederkehrender, gleicher Gestalt, doch zuletzt mit stärkerem Feuer des Geschützes und der Infanterie. Dann wurde es still. . . .

Die Barrikade an der Jäger- und Friedrichsstraße, an sich unbedeutend und dem Feinde wenig Schwierigkeiten bietend, ist wegen der eigenthümlichen Vertheidigung durch zwei tapfere, dem Knabenalter kaum entwachsene junge Helden, erwähnenswerth. Der Bericht eines Augenzeugen lautet darüber:

Die Barrikade, welche die Jäger- von der Friedrichsstraße abtrennen sollte, war so eben fertig geworden. Ohne irgend eine obere Leitung oder vorhergegangenes Uebereinkommen hatten feingekleidete junge Leute, Handwerker und Männer im dürftigen Arbeitskittel das Material zum Bau getragen und in etwa 40 Minuten Alles vollendet. Ein in den Rinnstein gesenkter Wagen bildete den Mittelpunkt, die Flanken waren mittelst einer Bretterwand, mehrerer Tonnen und sonstigen Gerülles nothdürftig, aber nicht unschicklich gedeckt und versichert worden. Die Besatzung war schwach und meist unbewaffnet. Hin und wieder ein Brecheisen auf der Schulter eines stämmigen Burschen, ein Pistol in der Hand eines 12jährigen Knaben — hierauf schien sich das gesammte Vertheidigungsmaterial zu beschränken. Man hörte jetzt die Trommel eines von den Linden anrückenden Infanteriezuges, der sich gegen die in geringer Entfernung befindliche, viel stärkere und von Bürgerschützen, Studenten und sonstigen Bewaffneten besetzte Barrikade an der Ecke der Taubenstraße hinzubewegen schien. Die Barrikade an der Jägerstraße, als zu schwach und unhaltbar erkannt, wurde alsbald von ihrer Besatzung verlassen. Nur zwei junge Leute in Handwerkertracht erwarteten furchtlos, über die Brustwehr gelehnt, den herannahenden Feind. Der eine, größere und kräftigere, hielt ein altes Schußgewehr in Bereitschaft, der zweite, ein Knabe von anscheinend 15 oder 16 Jahren, war mit einem krummen, verrosteten Säbel bewaffnet. Das Bataillon rückte näher. Der ältere der beiden Schanzenvertheidiger, der 19jährige Schlossergeselle Glasewald feuerte sofort seine Büchse auf die Andringenden los, erhielt aber fast unverzüglich einen Schuß, der ihm den linken Arm zerschmetterte und ihm die Fortsetzung des ungleichen Kampfes unmöglich machte. Die Barrikade hatte jetzt nur noch Einen Vertheidiger, den Schlosserlehrling Ernst Zinna, in Berlin am 8. September 1830 geboren. Bei dem Heranrücken des Militärs stürzt der Knabe plötzlich aus der Barrikade hervor und blindlings auf einen der voranmarschirenden Offiziere los, dem er, alle seine Kräfte zusammenraffend, mit seiner Waffe einen mächtigen Hieb in den Hals versetzt, so daß der unerwartet Angegriffene, von so viel Kühnheit überrascht, anscheinend verwundet zurückstürzt. Sogleich aber entladen sich sechs oder acht Gewehre auf den kühnen Knaben, welcher indessen, sich gewandt bückend, dem fast unvermeidlichen Tode wunderbar glücklich entgeht. Er rafft nun in der Eile drei große Pflastersteine auf und schleudert sie, den einen nach dem andern, den nach der Taubenstraße vordringenden Soldaten in offner Front entgegen. Ein behendes Ausweichen, das er nun versuchte, mißlang, von den vielen Kugeln, die man auf ihn abfeuerte, hat ihn eine erreicht. Er bedeckte die heftig blutende Wunde des Unterleibs mit seinen beiden Händen und flüchtete sich in eine geöffnete Hausthüre, unerschrocken, kein Zeichen des physischen Schmerzes in seinen Zügen. Bald darauf verschied er.

Aehnliche Züge einer wahrhaft tollkühnen Kampflust bei Knaben kamen öfter vor. — „Junge", rief ein Offizier in der breiten Straße einem Knaben zu, „mach' Dich aus dem Staube, ich lasse Feuer geben!" Das Peloton schoß und der Offizier stürzte, schwer getroffen von einer Eisenstange in der Hand des Knaben. — Auf dem Gensdarmenmarkte, wo keine Barrikaden möglich waren, verschanzt sich ein Schüler hinter Steinen, die er zusammengetragen. Ein Zug Kuirassiere sprengt an; ein glücklicher Wurf des Knaben trifft den Führer an den Kopf; er taumelt zurück; die Pferde scheu gemacht, fliehen rückwärts. So verwundet eine Kugel den Knaben am Fuße: gelassen bindet er ein Tuch um die Wunde und macht sich zu einem zweiten Wurfe fertig: aber von sieben Kugeln durchbohrt sinkt er zusammen. (S. Helfferich's Berlins Barrikaden ꝛc. S. 10.)

Es fehlte während der Kampfzeit nicht an Versuchen, die Truppen ihrem Commando abwendig zu machen oder sie zu bestimmen, nicht angriffsweise zu verfahren. Alle derartigen Versuche blieben erfolglos. In Bezug hierauf erzählt der schon erwähnte Lieutenant Orges in seinem Schriftchen Folgendes:

„Im Anfange des Kampfes hielt ich denselben noch für eine bloße Emeute, bot jedoch Alles auf, um Frieden zu stiften; ich war in Civilkleidung und meine Worte verhallten nutzlos in der Aufregung des Gefechtes. Immer klarer stellte sich allmählig heraus, daß es keine Emeute, sondern eine Revolution war. Stets neue Truppenmassen marschirten herbei; immer empörter wurde ich über den Gedanken, daß von einem Volksheere solcher Gebrauch gemacht wurde, und daß man aufs Neue an Bayonnette und Kartätschen appellirte. Ich warf mich in Uniform, eilte zu den Regimentern in der Friedrichstraße ꝛc. und beschwor sie die Waffen nicht mehr zu gebrauchen, wenigstens nicht anzugreifen. Die Bürger hörten auf meinen Zuruf theilweise zu schießen auf und brachten sogar dem Könige ein Lebehoch, um zu zeigen, daß sie das System und nicht den Monarchen bekämpften. Alle Beweisgründe für die Nutzlosigkeit des Kampfes waren vergeblich; die Soldaten folgten den Ansichten ihrer Offiziere, unter denen allerdings nur die Gardeoffiziere im Stande waren, ein Urtheil über die politische Lage Berlins zu haben. . . .“

Wie an andern Orten ähnliche von Bürgerlichen versuchte Vorstellungen an die Soldaten bei diesen mißglückten, erzählen militärische Autoren mit vieler Genugthuung. Sie erkennen es in den extravagantesten Lobeserhebungen an, daß die Soldaten den Versuchern getreu widerstanden und daß nicht ein einziger Mann während des ganzen Kampfes auf Seiten des Volkes getreten sei. Als besonders rühmlich verherrlichen dieselben Autoren die Tapferkeit der Besatzung des Garde-Landwehr-Zeughauses am Halleschen Thore, das nur ein Offizier mit 20 Büchsenschützen des Garde-Kuirassier-Regiments (und 15 Mann des Landwehr-Bataillons) zehn Stunden hindurch vertheidigt. Dreimal brannte das Dach des Stalles, jedesmal wurde es wieder gelöscht; zweimal waren Volkshaufen in das Zeughaus eingedrungen, beide Male wurden sie wieder zurückgeworfen, bis endlich am Morgen des 19ten die Kuirassiere das Haus verlassen mußten. Ebenso wurde lange Zeit die Garde-Alexander-Kaserne von einem Offizier und 70 (nach Anderen 20) Mann gegen die andringenden Haufen vertheidigt. Auch daß das Schloß Monbijou, in welchem damals der Prinz Adalbert wohnte, nur von wenigen Schützen gehalten worden sei, wird unter diesen Verherrlichungen aufgeführt. Doch in diesen Punkten waltete freilich ein Irrthum ob. Ein authentischer Bericht theilt darüber interessante Einzelheiten mit, die wir mit Ergänzungen aus einer anderen (in der Deutschen Wehrzeitung 1848. Nr. 25. enthaltenen) Darstellung in Nachfolgendem wiedergeben:

Die Wache am Schlosse Monbijou, gewöhnlich durch 10 Mann Infanterie (vom K. Franz-Reg.) besetzt, war bereits in den dem 18. März vorhergegangenen Tagen durch Artilleristen, die mit Gewehren bewaffnet waren, verstärkt worden. Am 18. März, Nachmittags gegen 4 Uhr, wurde die Infanterie-Wache durch ein Commando von 60 Mann Artillerie unter den Lieutenant v. Reibnitz verstärkt, vornehmlich um die Wohnung des Prinzen zu schützen. Man hatte den Artilleristen, welche gewöhnlich nur mit kurzen Pallaschen versehen sind, alte Infanteriegewehre gegeben, welche nicht in Stand gesetzt waren, denen sogar die Feuersteine fehlten; von Munition war nicht die Rede. Die Wachtmannschaft vom Franz-Regiment hatte scharf geladen und war mit Patronen versorgt. — Unter dem Volkshaufen, welcher sich, nachdem das Kanonenfeuer in der Königsstraße begonnen hatte, auf dem Monbijouplatze einfand, erhoben sich Stimmen, welche aufforderten, den auf Grund und Boden der Bürger stehenden Flügel des Schlosses, welcher doch nur eine unnütze Gartenboutique sei, zu demoliren. In diesem Flügel befanden sich Handzeichnungen und Kupferstiche von unschätzbaren Werthe. Der in der Nähe wohnende Professor Hotho eilte auf den Platz und bot dem Offizier seine guten Dienste zur Beschwichtigung der Menge an. Dieser verkannte das Bedenkliche seines Postens nicht, welchen er mit seinen unzulänglichen Vertheidigungsmitteln, zumal wenn die Volksführer erfahren hätten, wie schlechte Waffen seine Leute führten, zu behaupten nicht im Stande gewesen sein würde. Er nahm die Vermittelung des Professors an, der sich nun unter die aufgeregte, die Waffen der Wache fordernde Menge begab. Auf seine Anfrage, ob sich nicht Studenten unter der Menge befänden, treten sogleich drei hervor, welche ihn als Professor der Universität und seine liberalen Gesinnungen kannten. Der Professor beschwor sie, die Menge von der Erstürmung und Demolirung des Schlosses, in welchem so kostbare Sammlungen sich befänden, abzuhalten. Die Studenten versprachen dies unter der Bedingung, daß die Besatzung die Waffen ausliefere und den Garten verlasse. Hierauf stellte der Lieutenant seine Mannschaft vor dem Eingange zum Garten so auf, daß die mit scharfgeladenen Gewehren Versehenen im ersten Gliede, die übrigen dahinter standen. Während er auf einen Augenblick sich entfernt hatte, um Maßregeln gegen einen Ueberfall von der Seite der Oranienburger Straße zu treffen, hatte der Unteroffizier vom Franz-Regiment, da einige Steine gegen die Wache flogen, Feuer geben lassen, wodurch einem Arbeiter die Hand zerschmettert und ein, auf dem Balkon seines Hauses am äußersten Ende des Platzes stehender Bürger in die Backe geschossen wurde. Jetzt drang das Volk mit erneuter Wuth vor, die Mannschaft und die Kunst-Sammlung würde verloren gewesen sein, wenn nicht die Studenten dazwischen getreten wären, zugleich aber auch der Offizier laut und vernehmlich den Unteroffizier mit strengsten Worten es verwiesen, daß er ohne seinen Befehl habe Feuer geben lassen, und sofort den Abzug der ganzen Mannschaft aus dem Garten befohlen hätte. — Die Menge drang jetzt in die Wachtstube ein, zerschlug Thüren und Fenster und forderte Waffen. Dem anstürmenden Haufen trat jetzt Hr. v. Reibnitz ganz allein entgegen, gab sein Ehrenwort, daß hier keine Waffen vorhanden seien und er der gesammten Mannschaft Befehl ertheilt habe, den Garten durch die Hinterthür zu verlassen und sich durch die Ziegelstraße nach der Kaserne zurückzuziehen. Den Befehl, die Waffen dem Volke zu übergeben, könne und werde er nicht ertheilen, er stehe hier unbewaffnet und allein, er biete ihnen seine Brust zum Durchbohren an, er werde nicht von der Stelle weichen. Einige mit Pistolen und Flinten Bewaffnete stellten sich neben ihn, andere Bewaffnete und Fackelträger übernahmen es, den Garten zu durchsuchen und erklärten: den Lieutenant auf der Stelle niederzuschießen, wenn sich auch nur noch ein Soldat im Garten versteckt fände. Der Hofgärtner und seine Gehülfen mußten die Fackelträger begleiten, es waren Studenten dabei, welche die schonende Rücksicht hatten, die Durchsuchung nur auf den Garten zu beschränken, und den Gartenbewohnern selbst den guten Rath ertheilten, den etwa Eindringenden entgegen zu rufen: Alterthümer! Nationaleigenthum! Man fand keine Soldaten mehr in dem Garten; auf den Rapport hiervon wurde der Lieutenant v. Reibnitz freigelassen und die Wohnung des Prinzen sowohl, als das Kupferstichkabinet waren gerettet; sie blieben unter dem Schutze einiger Männer des Volks. — Als in der Nacht ein zweiter Volkshaufe mit Fackeln heranzog, um das Schloß zu demoliren, trat Prof. Hotho wiederum zu den Leuten heran und erklärte seinen Wunsch, den Führer zu sprechen, welcher auch sofort hervortrat. Es war ein mit einem Infanteriegewehr bewaffneter Handwerker. Hotho erklärte ihm, daß hier schon Alles gethan, die Wache von den Bürgern genommen und besetzt sei; er möge mit seinen Leuten dahin ziehen, wo noch gekämpft werde, wo Hülfe Noth thue. Der Mann ließ sich bedeuten und zog mit seiner Mannschaft auf der Stelle weiter.

Alle die angeführten Einzelheiten aus den Kämpfen, und wie viel ähnliche noch hinzugefügt werden könnten, sie alle in Verbindung mit unserer allgemeinen Darstellung der Kämpfe, reichen jedoch nicht aus, um ein vollständiges Bild von den Vorgängen des 18. März und der darauf folgenden Nacht zu geben. Erst durch ein näheres Eingehen auf die kurz angedeutete partie honteuse des militärischen Heldenthums wird das ganze Verständniß herbeigeführt werden können, welches zur richtigen Beurtheilung des Kampfes nach allen Seiten hin nothwendig ist.

Wir beginnen auch die Darstellung dieses Momentes wieder mit der Schilderung eines Augenzeugen, eines Betheiligten, die unmittelbar nach den Ereignissen entworfen wurde. Sie rührt von einem Manne her, dessen bekannte gemäßigte Gesinnungen sowohl, als auch amtliche Stellung selbst der Partei, die in antirevolutionärem Eifer alle Mittheilungen ähnlicher Art zu verdächtigen strebt, keinen Anlaß geben wird, sie als Uebertreibungen zu bezeichnen, von dem Direktor des kölnischen Gymnasiums zu Berlin, Hrn. August. Dieser hat im kölnischen Rathhause eine Amtswohnung, nach der Scharrnstraße zu belegen, und befand sich als der einzige städtische Beamte in jenem Gebäude zu der Zeit, als sich bereits die große Barrikade vor dem Rathhause erhoben hatte. Um das Innere des Gebäudes gegen „unbeabsichtigte, aber im Eifer des Barrikadenbauens schwer zu vermeidende Verwüstungen" zu schützen, sah er sich verhindert, einer Deputation, die am Abende bei dem Könige vermittelnd einzutreten versuchte (s. den folg. Abschn.) sich anzuschließen. Den Barrikadenbauern gegenüber erhielt er sich „auf dem Standpunkt der versöhnenden Neutralität." Ein Hauptvertrag, den er mit ihnen einging, war, daß sie keine Verwüstungen und Verletzungen im Innern des Gebäudes anrichteten. Die Barrikadenmänner hielten diesen Vertrag ebenso, wie sie verhinderten, daß auf den Bodenräumen durch Licht und Fackeln Feuer ausbrach. Hr. August erzählt nun weiter:

Es währte lange, ehe die Truppen in der breiten Straße einschritten. Um 9 Uhr Abends minderte sich schon das Getümmel, und ich gab mich schon der Hoffnung wieder hin, das Militär werde von dieser Seite den Neckereien Geduld entgegensetzen und Bürgerblut schonen. Doch um 10 Uhr begann hier das Kartätschenfeuer. Bald gab es Todte und Verwundete an der Barrikade. Diese wurden von den Vertheidigern in meine Wohnung gebracht. Ueber jeder Leiche erneuerte sich der Racheschwur ihrer Mitkämpfer und der Streit wurde immer gewaltiger. Nach Mitternacht wurde die Besatzung der Barrikade durch die furchtbare Wirkung der Artillerie und da sie selbst keine Munition mehr hatte, gezwungen, die Vertheidigung derselben aufzugeben, die potsdamer Garde drang durch die Barrikade und stürmte in das Rathhaus. Die Soldaten drangen, wie ich erfahren habe, fast zugleich in die große Thür nach der breiten Straße, die verschlossen war, und in die Thür an der Gertraudten-Straße ein, in welche die Flüchtigen der Barrikadenvertheidiger sich zum Theil zurückgezogen hatten. Die Thür nach der Scharrenstraße war und blieb verbarrikadirt. Durch die Fenster der Schuldienerwohnung stieg kein Soldat. Alle übrigen sind mit eisernen Gittern versehen, die Thür der Schuldienerwohnung wurde vom Hausflur aus eingestoßen, als dieser schon mit Soldaten, die anderswo eingedrungen, besetzt war. Vor den Bayonnetten der ohne Erbarmen Alles niedermetzelnden Soldaten zogen sich sechs bis acht der Verfolgten über die Leichen und Verwundeten, die in meinem Vorzimmer lagen, in die Zimmer meiner Wohnung zurück, und beschworen mich, den wüthenden Soldaten beschwichtigend entgegen zu treten,

daß diese sich mit Verhaftungen der Wehrlosen begnügen und nicht ohne Noth Bürgerblut hinopfern möchten. Ich ergriff schnell das Klingelschild meiner Eingangsthür, rief den Offizieren zu, daß hier eine Privatwohnung mitten im Rathhause sei, nannte mich, versicherte mit Verpfändung meines Lebens: dies sei die einzige Thür meiner Wohnung. Man möge sie besetzen, ich würde meine Familie recognosciren, dann könne man verhaften; aus meinen Fenstern sei nicht geschossen, Verwundete zu pflegen sei Christenpflicht. Meine Worte wirkten nicht, es zeigte sich hier zuerst die grausame Wirkung der Maßregel, fremde Regimenter zur Aufrechthaltung der Ordnung nach Berlin berufen zu haben. Offiziere hiesiger Garnison hätten mich leichter erkannt oder hätten die Wahrheit meiner Worte schneller begriffen. Hier trat Unkunde zur Wuth, die an sich schon blind war.

Ich fühlte den Degen des Offiziers in meinem Gesicht und sah mein Blut herabrieseln. An Ausrufungen der Verwünschung ließen es die Herren auch nicht fehlen. Kolbenstöße, Bayonnettstiche, Schüsse bedrohten mein Leben. Ich riß mir die Kriegsmedaille ab und rief den Wüthenden entgegen, daß ich für das Vaterland und den König gefochten, noch ehe sie lebten, daß ich Kriegssitte kenne, daß ihre Grausamkeit und Mordlust ein Schandfleck für das preußische Heer sei. Durch diese Rede entging ich dem Tode, aber nicht den Mißhandlungen. Meine Bitte für die Meinigen fand kein Gehör. Diese waren in dem engen Raume der Küche, dem einzigen, der nach keiner Straße hinausliegt, zusammengedrängt. Meine Frau, drei erwachsene Töchter, meine beiden jüngsten Kinder noch in Betten, mein halberwachsener Sohn, in Gesellschaft zweier Schwestersöhne meiner Frau. Ohne mich anzuhören, packten mich die Gardisten fest, man riß zuerst meinen Neffen, den stud. jur. Herrmann v. Holzendorff, am Barte von der Seite meiner Frau, als ob dieser Bart besonders verdächtig sei, und schleppt den jungen Mann mit rohem Ungestüm hinweg; nach ihm meinen zweiten Neffen, den Schulamtskandidaten Georg Zelle. Auch mein Sohn Richard entging der Wuth nicht; an den Haaren aus den Armen der Mutter, der man das Bayonnett auf die Brust hielt, fortgezerrt, wurde er draußen auf dem Flur zu anderen gestellt, die man in meiner Wohnung aufgefunden hatte. Einige Andere hatten sich durch die Hülfe eines entschlossenen Dienstmädchens vermittelst einer Waschleine aus einem Fenster nach dem Schulhofe hinabgelassen, sie selbst voran, wobei sie sich den Fuß verstauchte, und als die andern glücklich entkommen waren, an einem Seile von mitleidigen Nachbaren in das erste Stockwerk eines andern Hauses gerettet wurde. Inzwischen verschwendete ich fruchtlose Bitten an die Offiziere, mich bei den Meinigen zu lassen. Ich wurde mit allen Verhafteten fortgeschleppt und erhielt auf der Treppe viele Kolbenstöße, zuletzt noch an der Ecke der Scharrenstraße von einem Tambour Schläge auf den Kopf mit dem Trommelstock, ohne daß ihn der Offizier davon zurückhielt. So allgemein war das Vergnügen an Mißhandlungen bei dem ersten potsdamer Garderegiment verbreitet. In der breiten Straße gelang es mir, mich einigen höheren Offizieren bemerklich zu machen. Die Generale v. Aschoff und v. Rauch befreiten mich und meinen Sohn, und erwiesen mir auf meine Bitten die Liebe, mich durch die höchst aufgebrachten Soldaten, die bei jedem Schritt auf mich Blutenden eindringen wollten, zu den geängsteten Meinigen zu führen. Hr. Oberst v. Bonin trat zu mir heran und sagte mir die baldige Befreiung meiner beiden Neffen zu. Einer derselben, der Schulamtskandidat Georg Zelle, der bei der Festnehmung einen Bayonnettstich in den Arm erhielt, wurde auch um 2 Uhr frei.

Der andere, stud. jur. v. Holzendorff, war bereits ein Opfer soldatischer Wuth geworden. Die Maßregel, auswärtiges Militär zur Aufrechterhaltung der Ruhe in der Hauptstadt anzuwenden, zeigte sich bei ihm am schrecklichsten. Er wurde zuerst ganz rücksichtslos fortgeschleppt, und von zwei Soldaten, die den Weg zum Schlosse nicht kannten, in die Roßstraße, mitten unter die erbitterten Bürger geführt. Auf den Ruf „Loslassen" entließ ihn einer der Gardisten. Da erschoß ihn der Andere, und diese Unthat brachte das schmerzlichste Unglück über einen Familienverband, der mit der Liebe zum gediegenen Fortschritt der deutschen Sache, treue Anhänglichkeit an den König nie verleugnete. Der Gefallene ist der Sohn des Rittergutsbesitzers v. Holtzendorff-Jagow und der Enkel des noch in gutem Andenken stehenden Professor Fischer, der einst Lehrer unsres Königs war. . . . Zu den Meinigen zurückgekehrt, setzte ich, obwohl durch zwei Wunden und eine Quetschung geschwächt, die Pflege des einzigen Verwundeten, der noch in meinem Vorzimmer lebte, fort, und fand noch Gelegenheit, einen zweiten in Schutz und Pflege zu nehmen, der auf dem Boden des Rathhauses unbewaffnet einen Säbelhieb über den Kopf erhalten hatte. Inzwischen hatte eine Truppenabtheilung des 8. Frankfurter Regiments die Mannschaft der potsdamer Garde auf dem Rathhause abgelöst. Die Offiziere bewiesen sich menschlicher gegen Diejenigen, welche auf dem Thurme bei jeder neuen Untersuchung gefangen wurden; so daß solche, die sich bei den Schüssen der Garde todtgestellt, oder sonst versteckt hatten, sich diesen menschlicheren Truppen freiwillig ergaben.

Der Umstand, daß es das potsdamer Garde-Regiment war, welches die in dem August'schen Bericht dargestellten Brutalitäten verübt hatte, bestimmt den gutmüthigen Berichterstatter zu der Aeußerung, daß es die schrecklichste Maßregel gewesen, auswärtiges Militär zur Aufrechthaltung der Ruhe in Berlin anzuwenden. Wie schrecklich diese Maßregel auch gewesen sein mag, so haben die in Berlin heimischen Truppen doch nichts versäumt, was sie als weniger „disciplinirt" wie ihre auswärtigen Kameraden, d. h. in diesem Falle als weniger roh und grausam erscheinen ließe. Wir finden in den unzähligen, wahrheitsgetreuen Berichten über die Excesse des Militärs beispielsweise, außer dem 1sten und 2sten Garde-Regimente, noch des 12ten Infant. Regiments, des 31ten, des K. Alexander-, des Ulanen- und endlich des 2ten (Stettiner) Regimentes als solcher Truppentheile erwähnt, deren einzelne Mitglieder, Offiziere sowohl als Gemeine, der Kameradschaft der potsdamer Garde sich nicht unwürdig gezeigt; doch wird namentlich dem 1sten Bataillon des 2ten (Stettiner) Infant.-Regts., dem es vergönnt war, die Gefangenen nach Spandau zu transportiren, das Verdienst zuerkannt, die „Disciplin" so ausgebildet zu haben, daß seine Thaten in keiner Weise gegen die vollendetsten Leistungen der Henkerskunst zurückstehen.

Außer einzelnen Darstellungen betheiligter Personen in den Zeitungen jener Tage und in eigenen Schriften, so in der „Berliner Zeitungshalle", der „Düsseldorfer Zeitung", deren berliner Correspondet selbst zu den mißhandelten Gefangenen gehörte, in der Schrift von Braß, in den „amtlichen Berichten und Mittheilungen über die Berliner Barrikadenkämpfe", in dem Schriftchen eines mitgefangenen Leipziger Kaufmanns: „Berlin und Spandau, von Hausherr", befindet sich in dem Werke: „Gefangene Berliner auf dem Transport nach Spandau am Morgen des 19. März 1848. Protokollarische Aussagen und eigene Berichte von 91 Betheiligten, als Beitrag zur Geschichte des Berliner Märzkampfes gesammelt und herausgegeben von Adalbert Roerdansz" *) eine wohlgeordnete Zusammenstellung von einundneunzig authentischen Berichten jener Unglücklichen, die aus Zufall oder als Kriegsbeute in die blutigen Hände der militärischen Peiniger gerathen waren. Der Herausgeber dieser Sammlung, der selbst zu den Transportirten gehört, hatte „um Zweifeln und Verdächtigungen gegenüber das Thatsächliche auf unwiderlegliche Weise festzustellen", seine Leidensgefährten durch öffentliche Aufforderung zu einer Versammlung zusammenberufen, in welcher er sie ersuchte, „ihre persönlichen Erlebnisse kurz vor und während des Transports möglichst speciell ihm schriftlich mitzutheilen, ihre Berichte aber so wahrheitsgetreu zu halten, daß sie dieselben erforderlichen Falls beeidigen könnten". Um den Thatbestand mit Sicherheit festzustellen, hielt der

*) Mit dem Nebentitel: Der Zug nach Spandau, oder die Märtyrer des Berliner Freiheitskampfes. Berlin 1848.

Herausgeber für nöthig, „erst einige Zeit seit dem furchtbaren Transporte verstreichen zu lassen, damit das Gefühl der Empörung, der persönlichen Gereiztheit, von welchem die Betheiligten unwillkürlich noch immer ergriffen waren, erst verrauche und einer ruhigeren Betrachtung der Verhältnisse Platz mache.“ Die auf diese Weise entstandenen Berichte wollten ein Zeugniß davon geben, „daß die Reste jenes brutalen Junkerthums, welches sich aus den Trümmern der vermoderten, feudalen Aristokratie in gewisse militärische Kreise hineingerettet hatten, bereits nach unten hin einen Theil der Soldateska inficirt haben, daß die kastenmäßige Bornirtheit, die thierische, kaum formell gebändigte Rohheit, die widerlich absichtliche Verhöhnung aller Menschlichkeit und Natur auch hier schon ihren angemessen hochmüthigen, ihren — aristokratischen Ausdruck gefunden hat.“

Ohne uns auf alle die Specialitäten einzulassen, von denen die Schilderungen dieser Leidensgeschichte in furchtbarer Anzahl wimmeln, beschränken wir uns darauf, die äußeren Umrisse von Dem zu geben, was sich in fast allen jenen Berichten wiederholt findet, und was die Gefangennehmungen und den Transport nach Spandau im Allgemeinen charakterisirt. — Der oben mitgetheilte August'sche Bericht schildert die Art, wie die Häuser, von denen aus das Militär angegriffen war, durchsucht wurden. Aehnlich, oft noch mit größerer Grausamkeit, wurde in allen Häusern verfahren, von denen die Soldaten angaben, daß dieselben Widerstand geleistet, oder in die sich nach der Behauptung Einzelner „Rebellen“ geflüchtet hätten. Ohne Rücksicht darauf, ob Schuldige oder Unschuldige, ob Greise, Frauen, Kranke oder Kinder, ob die fast stets unbetheiligten Hauswirthe und Miether vorgefunden wurden — die Gewaltthaten des Militärs, die Executionen, die Grausamkeiten, wenn auch in häufig wechselnden Formen, waren dieselben. Wie es den einzelnen Soldaten gerade beliebte, so wurden die auf solche Weise gemachten Gefangenen entweder sofort in den Zimmern erschossen und niedergestochen, oder nach vielfachen Mißhandlungen neuen Qualen entgegengeführt. Nicht selten wurden auch auf das Commando der Führer die entsetzlichsten Martern hervorgerufen. Als in ein Haus, an der Ecke des Spittelmarktes, Soldaten vom 2. Garde-Reg. hineingedrungen waren und dort in einem Zimmer zwei bewaffnete, noch ganz junge, anständig gekleidete Personen angetroffen wurden, befahl der die Soldaten führende Hauptmann v. Pannewitz, diese jungen Männer sogleich niederzuschießen. Sofort wurde dieser Befehl von einem Soldaten ausgeführt, indem er dem einen jungen Menschen, welcher mitten im Zimmer stand, die Gewehrmündung fast an die Stirn legte und ihm den Kopf dermaßen zerschmetterte, daß das Möbel und die Wand von dem umherspritzenden Gehirn ganz bedeckt waren. Unmittelbar darauf wurde der andere erschossen. Der Hauptmann wollte anfangs sämmtliche sich hier vorfindenden Personen, darunter den Wirth selbst erschießen lassen; er begnügte sich aber, die meisten von ihnen, sofern die Privatlust der

Soldaten sie nicht zur Todesbeute ausersehen hatte, als Gefangene abzuführen. Als diese Gefangenen auf die Straße gebracht waren, befahl ihnen der Hauptmann, die benachbarten Barrikaden wegzuräumen und in die Spree zu werfen, und ließ sie durch Kolbenstöße der Soldaten auf's Kräftigste dazu antreiben, und als einer dieser Stöße den Gefangenen selbst fast in die Spree geworfen hätte, rief der Hauptmann aus: „Es schadet nichts, wenn ihr auch einen von den Schuften mit hineinwerft". Redensarten, wie diese, von Soldaten und Offizieren geführt, wechselten auf dem Transport der Gefangenen mit Kolbenstößen, Schlägen u. dgl. mehr ab. Man begnügte sich jedoch nicht allein damit, in den angeblich feindlichen Haufen Gefangene zu machen; auch Personen, die zufällig durch die Straßen gingen, Arbeitsleute, die am Abende von ihrer Arbeit heimkamen, Leute, die aus der Nachbarschaft in ihre Wohnungen zurückkehrten u. dgl., wurden ohne Weiteres gefangen genommen und in die einzelnen Transporte eingereihet. Ereignete sich doch der komische Fall, daß der Jäger des Minister v. Bodelschwingh, der von diesem in der Nacht mit der königlichen Originalschrift der Proclamation „an meine lieben Berliner" zur Druckbeförderung abgesandt war, bei seiner Rückkehr von den Soldaten gefangen genommen und unter Mißhandlungen transportirt wurde. Bei der Ablieferung der Gefangenentransporte kam es nicht darauf an, ob einige Personen weniger übergeben wurden, als ursprünglich im Transport vorhanden waren — sie hatten bereits auf dem Wege den letzten Rest erhalten! Passirten die Gefangenen Plätze, auf welchen Abtheilungen von Soldaten aufgestellt waren, so wurden sie durch diese hindurchgeführt, um neben den Mißhandlungen ihrer eigenen Begleiter auch die erneuten der „disciplinirten" Kameraden entgegenzunehmen. Bei diesen Gelegenheiten kam es auch vor, daß, wie mehrfach auf dem Gensdarmenmarkt geschehen, in die Gefangenentrupps hineingeschossen und gehauen, daß Einzelne von den Hufen der Pferde zertreten wurden — die Zahl der Transportirten wurde freilich dadurch nur verringert.

Zwei Orte waren es, wohin die Arretirten vor ihrem Transporte nach Spandau gebracht wurden: das königliche Schloß und das Gebäude des Kriegsministeriums. An beiden Orten waren unterirdische Keller dazu bestimmt, die Gefangenen, nachdem sie durch die Chainen sie mißhandelnder Soldaten hindurchgestoßen waren, aufzunehmen. In einem der Schloßkeller waren so viele zusammengepackt, daß sie, wenn sich nicht ein „menschenfreundlicher" Arzt ihrer angenommen hätte, und ein Theil derselben in Folge dessen anderswo untergebracht wurde, sämmtlich nahe daran waren, wegen Mangels an Luft zu ersticken. Im Schlosse ereignete es sich, daß als der Keller von Gefangenen vollgepfropft war, in diesen von außen her eine Kugel hineingeschossen wurde! Vier Personen sind von dieser getroffen worden. Von einer sofortigen Untersuchung der Sache war nicht die Rede. — Morgens nach 3 Uhr wurden die Gefangenen der Schloßkeller auf den Schloßhof geführt. Da inzwischen bei

einer bedeutenden Anzahl von Arretirten durch die im Schlosse anwesenden Criminalbeamten, darunter der Inspector Gselius, jeder Mangel an Verhaftungsgründen festgestellt worden war, so beantragte der zuletzt genannte Beamte bei dem Obristen Schulemann den namentlichen Aufruf dieser als unschuldig ermittelten Personen und ihre Entlassung. Der Obrist aber schützte Zeitmangel vor und wies den Antrag mit den Worten zurück: „Wir müssen uns beeilen, daß wir vor Tagesanbruch aus Berlin kommen.“ Man glaubte nämlich von Seiten der berliner Bürger einen Befreiungsversuch fürchten zu müssen und hielt einen Ueberfall im Thiergarten für so wahrscheinlich, daß nicht allein der escortirenden Infanterie bis hinter Charlottenburg ein Vortrab von Kürassieren, ein Nachtrab von Ulanen beigegeben und die Infanterie-Escorte selbst wieder von Ulanen escortirt wurde, sondern daß man es auch für nöthig erachtete, einen Theil des Waldes mit Artillerie zu besetzen.

Gegen 4 Uhr Morgens wurden die Gefangenen aus dem Schlosse dem 1sten Bataillon des 2ten (Stettiner) Regiments zur Abführung nach Spandau übergeben. Nachdem die Soldaten durch einige Offiziere vielfache Ermunterungen zu den Spielen ihrer Laune gegen die Unglücklichen erhalten, nachdem ihnen noch unter den Linden die Abschiedsworte eines Stabsoffiziers: „Nehmt die Canaillen nur ordentlich zusammen! Wenn Einer nicht fortwill, so gebraucht die Kolbe, und wenn sich Jemand widersetzt, so nehmt die Bayonnette!“ zugerufen waren, wurden die Gefangenen zuerst in den Thiergarten geführt, wo sich ihnen alsbald die aus dem Keller des Kriegsministeriums anschlossen. Den Letzteren waren vor dem Abmarsch die Hände so stark auf den Rücken gebunden worden, daß sie nicht nur mit völlig abgestorbenen Armen in Spandau ankamen, sondern daß ihnen auch zum Theil das Blut aus den Fingern spritzte. Auch den Schloßgefangenen war diese neue Marter durch den Obristen Schulemann zugedacht. Auf die Vorstellung des schon genannten Criminalinspectors: daß ein ganzes wohlbewaffnetes Bataillon sehr wohl im Stande sein dürfte, einige hundert wehrlose, verwundete Gefangene auch ungefesselt zu transportiren, wurde davon abgestanden.

Den Qualen gegenüber, welche die „Pommern“ gegen ihre Arrestanten auf diesem Transporte nach Spandau ausübten, erscheinen die Mißhandlungen in Berlin nur als kindische Vorspiele. Schon das bloße Gehen war eine fortgesetzte Peinigung. Bald sollte zu 3, bald zu 4 Mann in einer Reihe marschirt werden; jeder Einzelne hatte seinen Specialpeiniger, wurde jedoch auch von jedem andern beliebigen Soldaten als gute Prise behandelt. Der unbedeutendste Umstand gab Stoff zu stets neuen Torturen. Eine Brille, ein wohlconservirter Hut, ein noch nicht zerrissener Rock, ein Kinnbart, das greise Haar der Alten, das bartlose Gesicht der Knaben und hundert andere Dinge boten den Pommern ein unerschöpfliches Thema für ihre gleich rohen Worte und

Handlungen. Kolbenstöße, Faustschläge, zur Abwechselung einmal auch das Abschießen eines Gewehrs in den Gefangenentrupp hinein, Schimpfreden aller Art machten die ununterbrochene abwechselnde Beschäftigung der Soldaten aus. „Wir sind keine feinen Berliner, wir sind grobe Pommern", mit diesem imponirenden Ausrufe begleiteten die sich ihres Pommerthums bewußten Mitglieder der preußischen Armee ihre Brutalitäten. „Wi warn ju di Preßfriehiet bibringen" (wir werden euch die Preßfreiheit beibringen), „Preßfreiheit wollt ihr haben, wir wollen sie euch geben!" und ähnliche Aeußerungen des Pommerbewußtseins würzten die Unterhaltung. Wer den Mißhandlungen erlag, wer bewußtlos zusammenfiel, wurde durch Bayonnettstiche wieder zum Bewußtsein gebracht und sah sich den grausamsten Peinigungen von Neuem ausgesetzt. In Charlottenburg empfingen die Arretirten höhnende Zurufe der dortigen, schon auf den Straßen befindlichen Bevölkerung. Hier wie in Spandau riefen Einwohner, bürgerliche Einwohner, den Soldaten Bravo! zu, schmäheten die Berliner „Hunde und Mörder" und übertrugen damit die bisher den Soldaten allein anhaftende Brandmarkung auf sich selbst. Als bald darauf die Verhältnisse sich wendeten, verleugneten sie ihr verächtliches Benehmen, wie weiterhin zu ersehen. Nachdem die Gefangenen die letzte Hälfte des Weges von Charlottenburg nach Spandau in förmlichem Galopp zurücklegen mußten, gelangten sie endlich nach vierstündigem Marsche, erschöpft, zerschlagen, bluttriefend, im kläglichsten Aufzuge in das Innere einer Bastion der Spandauer Festung. Eine unterirdische, endlose Zellenreihe, mit feuchten, steinernen Wänden und Fußboden wurde den Opfern militärischer Barbarei hier zum Aufenthalte angewiesen.

Die Gesammtzahl der im Laufe von etwa 13 Stunden — 4 Uhr Nachmittags bis 5 Uhr Morgens — von den Soldaten überhaupt verhafteten Personen beträgt gegen 700. Rechnet man Diejenigen ab, die schon auf dem Transporte nach den berliner Gefängnissen in Folge erhaltener Wunden oder erlittener Mißhandlungen als Todte zurückgeblieben waren, sowie die, welche erst nach der Abführung der Gefangenentrupps aus Berlin arretirt worden waren — das Polizeiprotokoll über die im Schlosse Inhaftirten macht deren 19 namhaft, darunter außer 15 Berlinern, 1 Italiener, 1 Russe und 2 Hamburger — so bleiben als Bestand derer, die auf dem Zuge nach Spandau die Disciplin des pommerschen Regiments kennen zu lernen das Mißgeschick hatten, gegen sechshundert Personen. 536 dieser Leidensgefährten macht die Schrift von Roerdansz nach Alter, Stand, Wohnung namhaft. Bis auf 6 Fremde aus Leipzig, Rotterdam u. s. w., die in kaufmännischen Geschäften sich gerade in Berlin aufhielten, waren es sämmtlich in Berlin ansässige und polizeilich legitimirte Personen, darunter zur Hälfte geborene Berliner. Man findet in dem Verzeichnisse die Namen von etwa hundert mit dem berliner Bürger- und

Meisterrechte versehenen Personen, von Regierungs- und Eisenbahnbeamten, Kaufleuten, (10) Studenten aller Facultäten, Aerzten, einem Universitätslehrer, einem Auscultator *), von Malern, Musikern, Lithographen, Schriftsetzern, Architekten, Technikern, von Lehrern, Literaten und mehreren hundert Handwerkern aller Art, Lehrlingen, Arbeitern u. s. w., Personen in einem Alter von 60 bis hinab zu 14 Jahren aufgeführt, von denen, wie schon erwähnt, ermittelt ist, daß nicht ein Einziger unter ihnen criminalisch bestraft gewesen war.

Ueber hundert von diesen Personen haben dem Herrn Roerdansz das Material zu jenem Werke gegeben, welches von demselben mit großer Umsicht und Gewissenhaftigkeit redigirt worden ist. Durch diese und ähnliche Mittheilungen ist auf Soldaten und Offiziere ganzer Truppentheile der preußischen Armee eine zahllose Menge furchtbarer Beschuldigungen gehäuft, und, was wir bisher unerwähnt gelassen, in vielfachen übereinstimmenden Angaben dargethan, daß einzelne Mitglieder jener Truppen nicht bloß die hinlänglich bezeichneten, sondern auch solche Künste des Friedens ausgeübt haben, welche im gemeinen Leben unter den Namen von: Plünderung, Diebstahl, Straßenraub ꝛc. als unmoralische verfolgt werden; auf alle diese in Zeitungen, Brochüren, Büchern vorgebrachten Beschuldigungen und Vorwürfen ist keine specielle Rechtfertigung erfolgt, mit allgemeinen Redensarten glaubte man militärischer Seits die Sache abzumachen: die einzelnen Thatsachen sind unbestritten geblieben.

Welches Schicksal die Gefangenen alle, die einstweilen in der Festung Spandau untergebracht waren, getroffen haben würde, wenn sich nicht in schnellem Laufe die Dinge anders gestaltet hätten — diese Frage mag als eine müßige erscheinen. Uns jedoch dient die Anregung derselben zu dem Zwecke, um nachzuweisen, auf welche vorhandenen Fundamente hin eine criminelle Untersuchung gegen die 6 — 700 hätte eingeleitet werden können. Die Akte der Gefangennehmungen, als wie brutal und häufig ungerechtfertigt sie sich auch darstellten, entbehrten nämlich, im Fortgange durch die einzelnen Stadien, doch nicht gewisser legaler Formen — wie hätten auch im vormärzlichen Preußen nicht mindestens Protokolle angelegt werden sollten! Dergleichen Protokolle existiren allerdings, und zwar sind dieselben im Schlosse und vielleicht auch im Kriegsministerium von Criminalcommissarien und Polizeibeamten aufgenommen worden. Die so in der Nacht vom 18ten zum 19ten März entstandenen Protokolle enthalten jedoch im Allgemeinen nichts, als die Generalia der Verhafteten und die Namen der Soldaten, die sie abgeliefert haben. Hin und wieder ist eine Bemerkung hinzugefügt, wie: „mit einem Pistol ergriffen", oder: „aus einem Hause, wo mit Steinen geworfen wurde", oder: „geschossen", oder:

*) Es war Max Dortu aus Potsdam, der i. J. 1849 von preußischen Soldaten in Baden erschossen wurde.

„rief auf der Straße Hurrah!" u. dgl. m. Nur ein einziges, formell vollständiges Protokoll findet sich in diesen Polizeiakten. Dieses Curiosum lautet:

Verhandelt, Berlin den 18. März 1848.

Der Kaufmann Marcus Benas, 26 Jahr, jüdisch, aus Bromberg gebürtig, Grenadierstraße 23 eine Treppe hoch, ist heute im Kaffeehause bei Rosch, Königs- und Poststr.-Ecke, verhaftet worden, jedoch von dem Verhaftenden an den Füsilier Natosch der 10. Comp. des 1. Garde-Reg. übergeben worden. Der rc. Benas war etwa eine halbe Stunde bei Rosch gewesen. Er erklärt: „Ich habe weder an dem Tumulte Theil genommen, noch andere Excesse verübt, und konnte auch daran nicht Theil genommen haben, da ich mich in der Küche befand und dort ruhig eine Tasse Kaffee getrunken habe; bin auch dem gegenwärtigen Füsilier Natosch freiwillig gefolgt und nicht gewaltsam verhaftet worden. Ich bin unschuldig und bitte um Entlassung." — Der Füsilier Natosch erklärt den rc. Benas nicht verhaftet zu haben, sondern, daß auf die Erklärung, es würden Alle verhaftet, die im Lokale des Rosch anwesend wären, derselbe sich ihm angeschlossen habe. — V. g. u. M. Benas

a. u. s.

gez. v. Stückradt.

(Die genannte Person wurde nichtsdestoweniger in den Schloßkeller geworfen und nach Spandau transportirt.)

Ein anderes Aktenstück führt die Ueberschrift: „Nachstehende Personen wurden (am 19ten) um 5 Uhr Morgens nach Angabe des Lieut. v. Eichstädt und v. Berger vom 2ten Garde-Reg. mit den Waffen in der Hand entweder in den Häusern oder an den Barrikaden auf der Friedrichstadt verhaftet. Beide Herren werden später die Mannschaften, welche dies näher bekunden werden, namhaft machen. — Die Waffen erfolgen anbei." (Folgen die Namen von neunzehn Personen.)

Diese Protokolle eines sehr summarischen Verfahrens würden also einer Anklage gegen etwa 700 „Hochverräther" zur Grundlage gedient haben.

In einem Résumé, welches der Herausgeber der Berichte über den Transport nach Spandau, seiner eigenen Schilderung und den angehängten Reflexionen folgen läßt, hebt derselbe diejenigen Punkte hervor, welche in allen jenen Berichten ihre Bestätigung finden und „geeignet sind, auf die Wurzel des Uebels hinzuleiten." Diese Punkte werden folgendermaßen formulirt: „1) Es erhellt, daß der gemeine Soldat gegen den Bürger fanatisirt worden ist; 2) daß die im Schloßhof befindlichen Soldaten die am meisten fanatisirten gewesen zu sein scheinen; 3) daß fast alle Truppenabtheilungen bei der bloßen Arrestation die entsetzlichsten Grausamkeiten verübt haben; 4) daß die Soldaten der aus dem 2ten Regiment bestehenden Escorte die Rohheit bis zur Unmenschlichkeit und raffinirten Grausamkeit getrieben haben; 5) daß die Offiziere fast nirgends die Unmenschlichkeiten hinderten, wohl aber vielfach förderten; daß sie fast Niemandem, der sich unter ihren Schutz stellte, denselben gewährten; 6) daß Einwohner von Charlottenburg und Spandau in ihrer Frivolität bis zur Verleugnung alles Menschengefühls gingen; und diese Personen gehörten nicht allein der Hefe des Volks an."

Doch noch auf einen andern, bisher nicht in's Auge gefaßten Punkt rich-

tet derselbe Herausgeber die Aufmerksamkeit. An dem Verfahren der Soldaten nämlich sei es allgemein aufgefallen, daß sie sich eifrig bestrebten, den Gefangenen äußerlich sogleich zum Vagabunden umzugestalten, indem sie seine Kleidung zerfetzten, ihn der Kopfbedeckung beraubten, ihn besudelten u. dgl. Dieser Umstand in Verbindung mit den Worten des Königs an Diejenigen, welche (am 19ten) die Freilassung der Gefangenen begehrten: „Ich will sie euch geben, aber seht sie euch doch erst an, damit ihr wißt, was ihr an ihnen habt" (oder nach Anderen: „es ist ja der Auswurf der Hölle!") errege die Vermuthung, daß jenes Verfahren ein planmäßig angeordnetes war, in der Absicht, den König oder das Volk über die bürgerliche Stellung der Kämpfenden und somit über die Natur der ganzen Erhebung zu täuschen.

Die mit der Aufstellung dieser Punkte und Vermuthungen verknüpfte Aufforderung an die Militärbehörden, „alle militärischen Instructionen, welche vom 13. bis zum 19. März 1848 überhaupt gegeben worden sind, rücksichtslos zu veröffentlichen" ist erfolglos geblieben. Einzelne Militärs, darunter der Obristlieutenant v. Bagensky in Stettin, als ältester Offizier des 2ten (Stettiner) Regimentes, haben jedoch, mit Bezug auf die von dem Militär verübten Handlungen, zu einer Zeit, als die Wunde noch frisch und die Erbitterung allgemein war, es nicht unversucht gelassen, durch „versöhnliche" Zurufe und Ansprachen zu beschönigen oder der Vergessenheit anzuempfehlen, was „übertriebener Patriotismus" verschuldet hatte. Unsere Darstellung wird darauf zurückkommen.

VI. Die Nacht im Schlosse. — Deputationen bei dem Könige. — Hr. v. Vincke. — Der Prinz v. Preußen. — „An meine lieben Berliner."

Die Räume des königlichen Schlosses waren zum Theil in ein Bivouak, zum Theil in ein großes Gefängniß umgewandelt. Auf den Höfen, an den Eingängen Militär und Geschütze, in den Kellern jene Hunderte von Gefangenen, von denen sich die in den oberen Etagen befindlichen Personen nur darin unterschieden, daß sie innerhalb der Gemächer einer freieren Bewegung genossen, und nicht wie jene durch die Exercitien einer etwas übertriebenen militärischen Disciplin geängstigt wurden. Aber auch sie, die Herren in den oberen Räumen, hatten ihre Dränger: es waren die unablässig sich folgenden Deputationen der Bürgerschaft, der Universität, der einzelnen Corporationen, die alle nur einen Wunsch im Herzen und auf den Lippen hatten, den um Zurückziehung der Truppen. Doch wie sehr sie flehten, wie stark sie auch drängten, hier in der Umgebung des Königs, in diesem Schwarm von abgesetzten und designirten

Ministern, von Prinzen, Generalen und Stabsoffizieren, hier fanden sie nur kalte Aufnahme, abstoßende Reden, die sie verzagen ließen, beim Könige selbst, den jener Schwarm umlagerte, günstiges Gehör zu finden. In diesen Räumen hier gab es immer nur eine Antwort auf die bürgerliche Bitte: es vertrage sich nicht mit der „militärischen Ehre", die Truppen zurückziehen.

Was jenes Lakaienwort aussprach: „Wenn Einige purzeln, dann hat Alles ein Ende", war nicht bloß dem Gedanken eines einzelnen Lakaien entsprossen, es war vielmehr die Devise Aller, die oben in der Nähe des Königs sich aufhielten, und die diesen durch ihren allerunterthänigsten Trost dazu bestimmen wollten, Das, was militärischer Seits geschehen sei und noch geschehen werde, gutzuheißen. Sie hatten es verschmäht, sich von dem Stande der Dinge und ihrem allmähligen Fortgange auf den Straßen und in den Häusern Berlins genau zu unterrichten; seit dem mißglückten Versuche des Grafen Arnim, der an eine Barrikade mit der Proclamation in der Hand herangeritten kam, dort aber mit sammt seiner Proclamation als zu spät kommend zurückgewiesen war, ließ die Umgebung des Königs die Dinge gehen, wie sie eben vorgingen, schloß sie ihre Augen den rings umher gefahrdrohend auftretenden Erscheinungen gegenüber, versagte sie ihr Gehör den Forderungen, den Bitten, dem Flehen Derer, die sich ihr naheten, und hielt so ihrem Herrn und Gebieter jeden Weg versperrt, der zur wahren Würdigung der Verhältnisse hätte führen können.

Eine hohe Dame, so wird erzählt, die an einem der Fenster der zweiten Etage des Schlosses, in einen rothen Shawl gehüllt, stand und die Aufmerksamkeit Hunderter von Personen, die aus den Fenstern der dem Schlosse zunächst liegenden Häuser blickten, auf sich zog*), diese hohe Dame wollte sich vor Lachen ausschütten, als die ersten Pelotonfeuer von der langen Brücke aus in die Königsstraße rasselten. Und während sie nahe daran schien, in einen Lachkrampf zu gerathen, rang die Königin an einem Nebenfenster weinend die Hände.

Und der König? Er hatte den vollständigsten Sieg über „seine theuersten Neigungen, über seine eigensten Interessen" bereits zu Gunsten des Volkes erfochten geglaubt, als das „undankbare" Volk der Hauptstadt neue Forderungen zu stellen begann. Hatte er doch sich so weit überwinden müssen, dem hastigen Drängen der Minister um schnellste Veröffentlichung der Proclamationen und Verheißungen nachzugeben, er, der sich nie zu Concessionen von außen bestimmen lassen wollte; und die Bürger gingen nicht ab von ihren neuen Forderungen; sie ließen es zu, daß sich die ganze Hauptstadt gegen seine Truppen bewaffnete und verschanzte! Freilich wußte er, glaubte er zu wissen — denn seine Minister, seine Vertraute, hatten es ihm ja hinterbracht — daß

*) S. Dresdener Journal. 1848. 14. April.

und welche Wühlereien in den vorhergegangenen Tagen in Berlin versucht und vorbereitet waren; er wußte auch — hatten es ihm nicht Magistrate und Bürgerliche versichert? — daß die „guten" Bürger ihm treu blieben, sich mit Abscheu von wühlerischen Versuchen wegwenden würden; er hörte zwar von den Vorbereitungen eines Widerstandes gegen seine Truppen, zugleich aber auch, daß nur der „Pöbel" die Barrikaden erbaut habe, und die Gefangenen, die in das Schloß gebracht wurden, waren sie nicht lauter „Gesindel", der „Auswurf der Hölle"?

Der König glaubte und vertraute seiner Umgebung. Nachdem er selbst mit dem Volke sich in directeste Verbindung gesetzt hatte, zog er sich wieder zurück, überließ den Räthen seiner Krone und den Führern seiner Truppen die Maßregeln, die sie zur Herbeiführung der Ruhe am räthlichsten erachteten, und gestattete, daß ein neuer, schnell gewählter, Commandeur die militärischen Anordnungen leitete. Der König wollte die Ruhe der Stadt durch jedes Mittel. Er übertrug die Sorge dafür seinen Getreuen; er wollte endlich mit sich selbst zur Ruhe kommen. Aber die drängenden Bürger, die Deputationen vereitelten diesen Vorsatz.

Wir haben bereits erwähnt, wie der Polizeipräsident von Berlin, wie die Bürgerschützen, wie Rector und Senat der Universität in das Schloß geeilt waren, um ihre erfolglosen Bitten dem Könige vorzutragen. Andere Deputationen folgten jenen. Bald nachdem die ersten Straßenkämpfe begonnen hatten, erschien wiederum eine Deputation der städtischen Behörden im Schlosse, heute bereits zum zweiten Mal. Der König ließ sich ihre Bitten vortragen. Sie bestanden, wie die der andern alle, darin: der König wolle den Befehl ertheilen, daß die Truppen zurückgezogen werden. Die Deputationsmitglieder suchten ihm darzustellen, in welcher gefahrdrohenden Aufregung sich die ganze Stadt befände, wie allgemein unter den Bürgern die Meinung verbreitet wäre, es sei von Soldaten auf ihre Mitbürger geschossen worden, wie Alles nach Rache riefe, Jeder sich bewaffnete, daß bereits Angriffe erfolgt wären, daß endlich kein Heil für die fernere Sicherheit abzusehen, wenn nicht der schleunigste Befehl zum Rückzuge der Truppen gegeben würde. Der König antwortete, daß das Militär nicht eher zurückgezogen werden könnte, als bis der ganze Vertheidigungsapparat verschwunden wäre; sie, die Väter der Stadt, sollten dazu beitragen, daß die Barrikaden weggeräumt, daß keine Feindseligkeiten gegen das Militär verübt würden, und er gebe ihnen sein Wort, daß, wenn dieses geschehen, die Ruhe durch das Militär nicht gestört werden sollte. „Ich weiß sehr gut", rief der König der Deputation zu, „was hier schon längst vorbereitet ist, ich weiß sehr gut, was die Herren R. und W. beabsichtigen." (Der König nannte hier die Namen zweier unschuldigen Literaten, deren Einer

allerdings Manifestationen, wiewohl der friedlichsten Art, zur Ausführung gebracht wissen wollte, und von denen der Andere ein vielleicht gefürchteter, aber wenig einflußreicher, liberalisirender Zeitungscorrespondent war, der sich nur mit Schlaffheit an der beginnenden und weiter verlaufenden Bewegung betheiligte.) „Auch Sie" fuhr der König fort, indem er sich an ein Mitglied der Deputation wandte, „auch Sie, Herr Schauß, wissen es." Der Angeredete wurde blaß, er wankte und fiel in eine Ohnmacht. Dieser loyale Mann sah sich von seinem Könige verkannt, er, dem alle Wühlereien fern lagen, er hatte das Unglück, mit den Herren R. und W. in eine Reihe — als Verschwörer gestellt zu werden. Ein unseliges Mißverständniß hatte den loyalsten Unterthanen seinem Könige verdächtigt! Der Unglückliche war nämlich auch Mitglied der städtischen Deputation gewesen, welche am Vormittage dem Könige die Bitten der Stadt ausgesprochen und sie gewährt erhalten hatte. In jener Audienz hatte auch Hr. Schauß das Wort genommen, um als guter Bürger von den Befürchtungen zu sprechen, welche das Gerücht von den um Berlin herum lagernden Truppentheilen bei der Bevölkerung hervorrufen könnte und hervorgerufen habe. Diese Aeußerung war vom Könige mißverstanden worden und die Folge dieses Mißverständnisses war das furchtbare Wort, welches die Ohnmacht des verkannten Mitgliedes der Deputation hervorbrachte. Als der Unglückliche wieder zum Bewußtsein gekommen war, bedurfte es nur weniger Worte, um den König zu überzeugen, daß er sich über diese Person und ihre Absichten in großem Irrthume befunden habe. Während die Deputation noch vor dem Könige stand, wurden in dem Zimmer vereinzelte Schüsse aus der Königsstraße gehört. Sie riefen eine anscheinend wehmüthige Stimmung in dem Könige hervor. „Hören Sie?" fragte er die Mitglieder, „und kann ich nun wohl anders?" — Nachdem er sie nochmals aufgefordert, die Ruhe der Stadt in der angegebenen Art herbeiführen zu helfen, entließ der König die Vertreter der Stadt.

Hr. Leo deutet auch in seiner Signatur den oben geschilderten Vorgang an, indem er erzählt, wie der König keinen Augenblick seine ruhige, königliche Haltung verloren, den Deputationen, sowie anderen sich An- und Aufdrängenden, immer fest und würdig geantwortet, ja einen Deputirten, „der sich durch maßlose Keckheit auszeichnete, so kräftig zurechtgewiesen hatte, daß derselbe von innerem Schrecken überwältigt in Ohnmacht fiel." Welcher Art die „maßlose Keckheit" war, haben wir gezeigt.

Noch spät am Abend begaben sich Bürger aus der Roßstraße, die den Bischof Neander zu ihrem Fürsprecher bei dem Könige gewählt hatten, in's Schloß, um die unablässig wiederholte Bitte an den Thron zu bringen. Ueber den Empfang und die Erfolge dieser Deputation enthält ein von Mitgliedern derselben veranlaßter Bericht (als dessen Verfasser sich Dr. J. Minding nannte) Folgendes:

Der Buchhändler Dr. J. L. Gumbinner, der prakt. Arzt Dr. Löwe, die Bezirksvorsteher Lademann und Ring und der Stadtverordnete Remin, sämmtlich Bewohner der alten Roßstraße, traten zusammen, um ihre Pflicht nach Einsicht zu thun. Sie forderten einige Nachbarn bis zum kölnischen Rathhause auf, sich ihnen zuzugesellen, aber vergeblich. Durch die bewaffneten und tobenden Haufen drangen sie bis zur Wohnung des Bischofs Neander in der Brüderstraße vor, der mit entschlossenem Muthe sich in geistlichem Ornate zu ihnen gesellte. Diese Männer zogen in feierlicher Haltung, entblößten Hauptes, begleitet von dem Beifallsrufen der Bürger, durch die Truppenhaufen nach dem Schlosse. — „Bravo, ihr Friedensstifter", schrie das Volk, „bringt uns den Frieden." Nach einigen Schwierigkeiten gelang der Zutritt zum Könige. Die Eintretenden erklärten: das Volk sei kampffertig, Straßen und Dächer zum Widerstande eingerichtet, die Folgen nicht zu berechnen. Das Militär möge in seine Kasernen zurückgezogen werden, dann nur sei dem Blutvergießen vorzubeugen.

Se. Majestät antworteten in den gnädigsten und freundlichsten Formen dasselbe, was später in der Proclamation vom 18. zum 19. März ausgesprochen wurde, daß nämlich zuerst das Volk seine Stellungen aufgeben müsse, ehe der König die Truppen zurückziehen könne. Die Deputation an das Fenster führend, wies der König nach der von Waffen blitzenden Königstraße hin und äußerte: „Sehen Sie, diese Straße gehört mir." Er versprach gern Alles zu gewähren, aber nur der Bitte, nicht der Gewalt. Die Abgeordneten versuchten, während und nachdem sie den Bischof nach Hause geleitet hatten, vergeblich das Volk zur Einwilligung in diesen durch des Königs Wort verbürgten Vertrag zu veranlassen. An den Barrikaden mit Unwillen zurückgewiesen, konnte sich ihre Ueberzeugung nur verstärken, daß keine andere Maßregel als die augenblickliche Zurückziehung der Truppen es vermocht haben würde, die ruhmreiche Nacht des 18—19. März aus einer Nacht des Blutes in eine Nacht des Jubels und der Brüderlichkeit für alle Parteien zu verwandeln.

Dieser Bericht wurde gleichlautend von den drei berliner Zeitungen am 20. März mitgetheilt. Ein Mitglied der Deputation, der praktische Arzt Dr. Löwe, sah sich jedoch schon am folgenden Tage „in die Nothwendigkeit gesetzt", einen Irrthum in jener Mittheilung zu berichtigen. Der Irrthum scheint in den Worten: „an das Fenster führend" zu liegen. Der Berichtiger erzählt nämlich, daß die Deputation sich in dem hinteren Saale, dessen Fenster nach dem Schloßhofe gehen, vor dem Könige befunden habe. Hier sei von diesem geäußert worden: „daß er schon die Königsstraße inne habe und bei größerem Widerstande auch weiter gehen müsse." In derselben Berichtigung heißt es ferner: „Wie tief und innig Se. Majestät es bedauerten, geschehen zu lassen, daß mit Gewalt eingeschritten wurde, ging aus Worten und Geberden deutlich hervor, namentlich aus der Versicherung, nicht aggressiv sein zu wollen, wenn die Truppen nicht angegriffen oder gereizt würden. . . . Zugleich erwiderte Se. Majestät auf unsere (der Deputation) dringende Bitten, Friedensboten umherzuschicken, daß Sie diese Mission uns übergeben, und wenn der Versuch gelänge, sofort die Truppen zurückziehen wollten. Wie sehr dieser mißlang" — fährt Hr. Loewe fort — „ist bekannt; aber bezeichnend ist es auch, daß ich, als ich an der Barrikade am kölnischen Rathhause des hohen Auftrags mich entledigen wollte, gewaltsam festgehalten wurde und den Versuch mit meinem Leben gebüßt hätte, wenn sich nicht ein Student, der mich kannte, für meine bewährte patriotische Gesinnung verbürgt hätte."

Den steten Bitten der Bürgerlichen um Zurückziehung der Truppen setzte der König fortwährend die Antwort entgegen: erst sollte das Volk seine feind-

liche Stellung aufgeben. Dem Drängen der Deputation folgte die stets wiederholte Aufforderung des Königs: sie selbst mögen erst eine Vermittelung bei dem Volke der Hauptstadt übernehmen, und entspräche der Erfolg seinem Wunsche, so würden die Bitten der Bürgerschaft sofort erfüllt werden. Aber das Volk blieb eben so unerbittlich als der König. „Zu spät!" war die Antwort, welche die Vertheidiger der Barrikaden, die bürgerlichen Kämpfer Denen entgegenriefen, die ihre Vermittelungsvorschläge, dem königlichen Wunsche gemäß, anzubieten gesonnen waren. Auch das Volk, der kämpfende Theil desselben, wollte keinen Schritt weichen, wollte den Kampf bis zur letzten Entscheidung führen. Aber auch auf Seiten des Volkes waren Voraussetzungen da, die denen entsprachen, welche im Schlosse unter der Umgebung des Königs über die sogenannten Leiter des Aufstandes, über die thätigen „Fremden" u. dgl. vorhanden waren. Auch im Volke wurde der König, gegen dessen Soldaten man kämpfte, nicht für den eigentlichen Leiter der militärischen Feindseligkeiten gehalten; wie der König seine Bürger und die großen Massen der Kämpfenden als „Verführte" betrachtete, so glaubten auch diese in dem Könige nicht den unmittelbaren Urheber der gegen sie gerichteten Maßregeln erblicken zu dürfen — ihre Voraussetzungen betrafen die Person des dem Throne zunächst stehenden Prinzen.

Jene Voraussetzung eines großen Theils der Bevölkerung, daß der Prinz von Preußen der eigentliche Leiter des gegen das Volk geführten Kampfes und der bei diesem angewandten Mittel sei, mochte vielleicht auf die schon früher kundgewordenen Ansichten und Handlungen des Prinzen begründet sein, die ihn als streng ausgeprägten militärischen Charakter und demgemäß als „Bürgerfeind" erscheinen ließen. Sein Auftreten im Vereinigten Landtage, seine kriegerischen Abschiedsworte in den Kasernen (s. I. Buch), sein Verhalten während der blutigen Vorgänge in den Tagen vor dem 18. März, vielfach in Umlauf gesetzte Gerüchte von entschieden zurückweisenden Aeußerungen desselben gegen Bürger, die vor dem Beginn der Kämpfe am 18. März seine gütliche Vermittelung beanspruchten — Umstände dieser Art begünstigten jene ihm nachtheilige Voraussetzung, von der wir schon oben, bei einer Anführung aus der Lüttichauschen Schrift Kenntniß erhalten, und über deren Folgen im Verlauf unserer Darstellung mehrfach die Rede sein wird. — In Bezug auf eine bestimmte Thatsache, die wir vorhin bei der allgemeinen Erwähnung von dem Verhalten des Prinzen in den Tagen vor dem 18. März im Sinne hatten, und von der wir bereits oben (am Schluß des 1sten Abschnitts) einige Andeutungen gemacht, lassen wir in diesem Zusammenhange die nähere Mittheilung derselben folgen.

Als am 14. März Militärabtheilungen vor dem Schlosse aufgestellt waren, gegen welche die sich bald sammelnden Volkshaufen in laute Verwünschungen ausbrachen, und gegen die sich bald aus dem Haufen Drohungen erhoben, ließ

der General v. **Pfuel** vor den Augen der Umstehenden die Gewehre laden, verhinderte jedoch, daß auf die Menge gefeuert wurde. Da trat der **Prinz von Preußen**, der sich in der Nähe befand, auf den General zu, machte ihm unwillig Vorwürfe darüber, „daß er die Garde demoralisire" und nannte das Benehmen des Generals „indigne". Dieser begab sich sofort zum Könige und erklärte, „daß er in Folge solcher Beleidigungen sich genöthigt sähe, sein Amt als Gouverneur in die Hände des Königs zu legen. Der mitanwesende Prinz von Preußen gab ihm hierauf, dem Befehl des Königs zufolge eine vollständige Ehrenerklärung und lud ihn überdies auf den andern Tag zur Tafel bei sich ein.

Wie viel Wahres an den Gerüchten sein mag, die über Aeußerungen und Handlungen des Prinzen von Preußen am 18. März, mit Bezug auf die Ereignisse dieses Tages, verbreitet wurden, läßt sich, da Behauptungen sich einander gegenüberstehen, nicht darthun. Es wird erzählt, der Prinz habe Bürgern, die sich für Zurückziehung der Truppen an die Umgebung des Königs vergebens gewandt hatten, zugerufen: „er wolle eher sein Fürstenblut verspritzen, als daß das Militär auch nur einen Zoll breit zurückgezogen würde." Es wird ferner behauptet, der Prinz habe im Schloßhof, bei Einlieferung der Gefangenen, die Soldaten zur Mißhandlung derselben aufgefordert. Gegen diese und ähnliche Behauptungen und Gerüchte sucht ein im Mai 1848 veröffentlichter Aufsatz mit der Ueberschrift: „Der Prinz von Preußen in den Kampfstagen vom 18. — 19. März. Eine Berichtigung" *) den Prinzen in Schutz zu nehmen. Es heißt darin:

„Der Prinz v. Preußen hat, sowie an den früheren Abenden, so auch am 18ten und 19ten keinen einzigen Befehl ertheilt. Ja, wir können **als Zeuge** mit unserer Ehre verbürgen, daß, als ein Offizier, welcher die Friedrichsbrücke unbesetzt gefunden hatte, der gegenüber sich zahlreiche Volksmassen, zum Theil bewaffnet, versammelten, von wo aus das Schloß, vom Lustgarten aus, beschossen werden konnte, die Nothwendigkeit erkannte, die Friedrichsbrücke in rein defensiver Hinsicht mit einer Compagnie Infanterie zu besetzen, den General v. **Prittwitz** mit seiner Meldung nicht auffinden konnte, vom Kriegsminister aber mit den Worten: „er habe hier nichts anzuordnen" abgewiesen war, den Prinzen v. Preußen im Schlosse aufsuchte und ihn bat, eine Compagnie schleunigst nach jenem wichtigen Punkte zu commandiren, vom Prinzen mit den Worten: „Sie haben Recht, **aber ich habe nichts zu befehlen**", entlassen ward. Diese Thatsache widerlegt alle verläumderischen Behauptungen über das Benehmen des Prinzen während des Kampfes."

---

*) Spenersche Zeitung vom 17. Mai 1848.

Durch die Mittheilungen der verschiedenen Deputationen war dem Könige, wenn auch nicht eine vollständige, Gelegenheit gegeben, das Gefahrvolle der Lage des Augenblicks zu ermessen. Seine Voraussetzungen jedoch, zum Theil Erfindungen oder Uebertreibungen seiner Vertrauten, ließen sich mit leichter Mühe nicht erschüttern. Und was seine Umgebung darin vermochte, ihn in Unkenntniß über den Stand der Sache, wie sie allmählig sich gestaltete, zu lassen, das geschah. Ob wissentlich, oder ohne Absicht, bleibe unentschieden. Soll doch Hr. v. Bodelschwingh, als er Abends um 10 Uhr vom Schlosse in seine Wohnung zurückkehrte, nicht wenig erstaunt gewesen sein, von allen Seiten Kleingewehrfeuer zu hören.

Unter den Personen, die dem Könige während der Kämpfe seiner Soldaten mit dem Volke in unmittelbarster Nähe standen, befand sich auch ein Mann, der freiwillig den weiten Weg von seinem Wohnorte nach der Residenz gemacht hatte, um dem Monarchen uneigennützige Dienste der Treue zu leisten. Er wollte mit den Höflingen, die den König umschwärmten, nichts gemein haben, und die Gefahren ganz so darstellen, wie sie ihm, dem königlich und patriotisch zugleich Gesinnten, sich zeigten. Es war der Freiherr v. Vincke, außer Activität gesetzter Major im Generalstabe.

Zeitungsberichte jener Tage nannten irrthümlich den als Landtagsdeputirten bekannt gewordenen westfälischen Landrath Hrn. v. Vincke als die Person, die am 18. März zur nächsten Umgebung des Königs gehörte. Auch die Schrift von A. Stahr theilt unter anderen Ungenauigkeiten diesen Irrthum.

Der Major v. Vincke ist ein Vetter des Landtagsdeputirten und ein Neffe des früheren Oberpräsidenten v. Westfalen. Sein unternehmender Geist hatte ihn, da er im Vaterlande keine Gelegenheit fand, den Krieg kennen zu lernen, veranlaßt nach Konstantinopel zu gehen und den Feldzug gegen Ibrahim Pascha mitzumachen. Er war mehrfach als Schriftsteller aufgetreten und sein offen ausgesprochener Freimuth war Veranlassung geworden, daß er — auf unbestimmte Zeit Urlaub erhielt. Er zog sich auf sein Landgut in Schlesien zurück. Hier traf ihn die Nachricht von dem Sturme, der die politische Welt durchzog. Als die Kunde von einer Revolution in Wien, von dem Sturze und der Flucht Metternichs erscholl, eilte er nach Berlin. Am 17. März traf er hier ein.

Noch mit dem Reisestaube bedeckt, begab er sich sogleich nach seiner Ankunft auf das königliche Schloß. Unangemeldet ging er in das Wohnzimmer, in welchem die Generaladjutanten versammelt waren. Als in demselben Augenblicke der König aus seinem Zimmer herein trat, da rief ihm Vincke mit erhobener Stimme entgegen: „Majestät, ich sehe die Krone auf Ihrem Haupte wanken!“ Entsetzen ergriff die umstehenden Offiziere, deren einer ihm mit den Worten in die Rede fiel: „Herr Major, wie können Sie es wagen, in einem

so unehrerbietigen Tone sich gegen Se. Majestät zu äußern?" — „Majestät", fuhr Vincke mit nachdrücklichem Ernste gegen den König gewendet fort, „nur Wahrheit, die ganze unverholene Wahrheit vermag jetzt, Sie, den Thron und das Reich zu retten! Von Ihnen, meine Herren", sagte er dann, auf die Umgebung herabblickend, „hat dem Könige Keiner die Wahrheit zu sagen den Muth gehabt. Es ist an der Zeit, an der höchsten Zeit, nichts länger zu bemänteln und zu vertuscheln; wir müssen sprechen, wir müssen handeln." Der König nahm diese offene Sprache Vincke's gut auf, richtete mehrere Fragen an ihn und bat ihn, zum Souper zu bleiben, was dieser jedoch mit gehorsamstem Danke ablehnte, worauf der König ihn mit freundlichem Händedruck verschiedete und ihn aufforderte, „sich morgen wieder sehen zu lassen."

Ueber die geheimen Unterredungen des Königs mit Hrn. v. Vincke am folgenden Tage, dem 18. März, wird im Allgemeinen mitgetheilt, daß der Letztere auf die der rheinischen Deputation ertheilten Zusicherungen einen wesentlichen Einfluß gehabt habe. — Ein solcher Einfluß wird von Andern freilich auch Anderen zugeschrieben, wie beispielsweise auch dem Hrn. Alexander v. Humboldt, welcher durch einen Besuch, den ihm der Direktor August in der Nacht vom 17ten zum 18ten zwischen zwölf und 1 Uhr abgestattet, veranlaßt wurde, sich am 18ten in der frühesten Morgenstunde in das Schloß zu begeben, um „zu den günstigen Entschlüssen wesentlich beizutragen."

Hr. v. Vincke brachte die Nacht vom 18ten zum 19ten theils auf dem Schlosse zu, theils auf den Straßen, in welchen gekämpft wurde. Im Gegensatz zu den Rapporten, die dem Könige von seiner gewöhnlichen Umgebung fortwährend gemacht wurden, daß bloß eine „Canaille" hinter den Barrikaden sich befinde und mehr dergleichen, konnte Hr. v. Vincke dem Könige aus eigener Wahrnehmung berichten, daß nicht bloß eine „Canaille", sondern ein großer Theil der Bürger und den gebildeten Klassen angehörige Personen in Waffen stände; insbesondere aber vermochten seine Angaben über die zahlreich getödteten und verwundeten Militärs den König einen Irrthum empfinden zu lassen, mit dessen Beseitigung in dem Monarchen jene Pläne allmählig reiften, die eine Entscheidung des Kampfes zu einem früheren Ziele führten, als es alle die, in Folge der königlichen Aufforderungen, von Bürgerlichen versuchten Bemühungen hätten herbeiführen können.

Eine Mittheilung dieser Pläne, die durch wahrheitsgetreue Berichte von der Lage der Dinge, wie es der von Hrn. v. Vincke erstattete war, gefördert wurden, eine durch den König selbst geschehene Mittheilung derselben in sehr engem und vertrautem Kreise rief Aeußerungen des Prinzen von Preußen, dem Könige gegenüber, hervor, die mehr brüderlichen als unterthänigen Inhaltes waren, und wurden von einer militärischen Handlung desselben Prinzen begleitet, die weniger eine disciplingemäße als subordinationswidrige genannt wird. Der Eindruck, den jene Mittheilungen auf den Thronfolger mach-

ten, sprach sich in Worten einer leidenschaftlich erregten, subjectiven Meinungsäußerung über den Charakter, den eine Ausführung jener Pläne an sich tragen würde, aus und deutete hinlänglich an, daß der Prinz die königlichen Intentionen mehr als mißbilligte. Die Folge der mehr häuslichen als conventionellen Scene war, daß der Monarch dem Prinzen von Preußen den Befehl zu einer Mission gab, die dieser alsbald und in der Stille anzutreten genöthigt war. Der königliche Auftrag, den Prinzen zu begleiten wurde demselben Major v. Vincke gegeben, dessen uneigennützige Treue ihn zu dem Könige geführt und der diesem die Gefahr der Sachlage unumwunden dargestellt hatte. Dem Befehle des Königs gemäß begleitete Hr. v. Vincke den Prinzen von Preußen bis zu dessen Einschiffung nach England.

Von Seiten der damaligen Umgebung des Königs erfuhr die oben geschilderte Handlungsweise des Majors v. Vincke scharfen, jedoch ihm persönlich gegenüber nie ausgesprochenen Tadel, ja, man ging so weit, in der „guten Gesellschaft" zu verbreiten: „der Baron Vincke habe sich sein unverantwortliches Benehmen so zu Gemüthe gezogen, daß er — wahnsinnig geworden sei." Hr. v. Vincke aber befand sich, als dieser Unterhaltungsstoff der „guten Gesellschaft" selbst in öffentliche Blätter übergegangen war, wohlbehalten in Frankfurt a. M., von wo aus er unter dem 14. April einem Freunde in Berlin folgende Erklärung zur Veröffentlichung mittheilte:*)

In Folge eines Artikels in der Bremer Zeitung vom 8. d. M. sehe ich mich, zur Beruhigung meiner Freunde, zu der Erklärung veranlaßt: daß ich keineswegs, wie jener Artikel sagt, völlig schwermüthig und geisteskrank geworden, weil ich eine für S. K. H. den Prinzen von Preußen gethane Aufopferung nicht mit meinem Gewissen in Uebereinstimmung bringen könnte, sondern mich vielmehr in der glücklichsten Lage befinde, daß alle die Handlungen und Rathschläge, zu welchen, in jenen verhängnißvollen Tagen seit dem 18ten März, die höhere Hand der Vorsehung mich geleitet, nicht nur mit meinem Gewissen, sondern auch mit meinen Pflichten gegen König und Vaterland, so wie mit meinen, von Jugend auf bekannten, freisinnigen, politischen Grundsätzen in der vollkommensten Uebereinstimmung stehen. Gottlob befinde ich mich seit einigen Tagen hier in wünschenswerthester Gesundheit!

Freiherr von Vincke, Major.

Je mehr sich das Dunkel, das bisher im Schlosse über den eigentlichen Charakter des Aufstandes herrschte, durch die wenn auch nur spärlich eindringenden Nachrichten vom Schauplatze des Kampfes her klärte, desto mehr begann man dort für Vorbereitungen zu sorgen, die, wenn selbst das Schloß oder gar die Personen des Königs und der Königin in Gefahr gerathen sollten, jedes Unheil von denselben abzuwenden geeignet waren. Für den König standen die Reitpferde gesattelt in Schloßhofe, und zur Bedeckung hielten sich 24 Mann der Armee-Leib-Gensdarmerie zu Pferde bereit; für die Königinn stand der Reisewagen angespannt, allein mit voller Resignation erklärte sie, sich nicht von ihrem Gemahl trennen zu wollen, und beschwor diesen, so leidend sie war, mit vielen Thränen, ihr den einzigen Trost, mit ihm jede Gefahr zu thei-

*) Spenersche Zeitung vom 15. April 1848.

ten, nicht zu versagen. Ein Theil der Kammerdienerschaft war in der Nacht schon nach Potsdam abgegangen, so daß der König, als er des Morgens zu ungewöhnlich früher Stunde eine Tasse Kaffee verlangte, diese nicht sogleich erhalten konnte.

Die Nacht war hereingebrochen; der König befand sich allein, von keiner Deputation gestört, von keinen Drängern beunruhigt. Ihn ergriff der Gedanke, der ganzen Bevölkerung das und mit seinen eigenen Worten zuzurufen, was den beständigen Inhalt der Aufforderungen und Wünsche gebildet, die er in den Nachmittags- und Abendstunden den Deputationen mit auf den Weg gegeben hatte. Noch voll von jenen ihm aufgedrungenen Voraussetzungen über die Entstehung des Aufstandes, gleichwohl in der Ahnung der Gefahren, die bei einem fortgesetzten Kampfe seine Person und seine Krone bedrohten, verfaßte der König in dieser für das preußische Königthum denkwürdigsten Nacht die schon mehrfach erwähnte Proclamation, die das deutlichste Gepräge der Stimmungen und gemischten Empfindungen des Königs trägt. Der Wortlaut derselben ist folgender:

An meine lieben Berliner!

Durch Mein Einberufungs-Patent vom heutigen Tage habt Ihr das Pfand der treuen Gesinnung Eures Königs zu Euch und zum gesammten teutschen Vaterlande empfangen. Noch war der Jubel, mit dem unzählige treue Herzen Mich begrüßt hatten, nicht verhallt, so mischte ein Haufen Ruhestörer aufrührerische und freche Forderungen ein und vergrößerte sich in dem Maße als die Wohlgesinnten sich entfernten. Da ihr ungestümes Vordringen bis in's Portal des Schlosses mit Recht arge Absichten befürchten ließ und Beleidigungen wider Meine tapfern und treuen Soldaten ausgestoßen wurden, mußte der Platz durch Cavallerie im Schritt und mit eingesteckter Waffe gesäubert werden, und 2 Gewehre der Infanterie entluden sich von selbst, Gottlob ohne irgend Jemand zu treffen. Eine Rotte von Bösewichtern, meist aus Fremden bestehend, die sich seit einer Woche, obgleich aufgesucht, doch zu verbergen gewußt hatten, haben diesen Umstand im Sinne ihrer argen Pläne durch augenscheinliche Lüge verdreht und die erhitzten Gemüther von vielen Meiner treuen und lieben Berlinern mit Rache-Gedanken um vermeintlich vergossenes Blut! erfüllt und sind so die gräulichen Urheber von Blutvergießen geworden. Meine Truppen, Eure Brüder und Landsleute haben erst dann von der Waffe Gebrauch gemacht, als sie durch viele Schüsse aus der Königsstraße dazu gezwungen wurden. Das siegreiche Vordringen der Truppen war die nothwendige Folge davon.

An Euch, Einwohner Meiner geliebten Vaterstadt, ist es jetzt, größerem Unheil vorzubeugen. Erkennt, Euer König und treuester Freund beschwört Euch darum, bei Allem, was Euch heilig ist, den unseligen Irrthum! kehrt zum Frieden zurück, räumt die Barrikaden, die noch stehen, hinweg, und entsendet an mich Männer, voll des echten alten Berliner Geistes, mit Worten, wie sie sich Eurem Könige gegenüber geziemen, und Ich gebe Euch Mein Königliches Wort, daß alle Straßen und Plätze sogleich von den Truppen geräumt werden sollen und die militärische Besetzung nur auf die nothwendigen Gebäude des Schlosses, des Zeughauses und weniger anderer, und da auch nur auf kurze Zeit beschränkt werden wird. Hört die väterliche Stimme Eures Königs, Bewohner Meines treuen und schönen Berlins, und vergesset das Geschehene, wie Ich es vergessen will und werde in Meinem Herzen, um der

großen Zukunft willen, die unter dem Friedenssegen Gottes für Preußen und durch Preußen für Deutschland anbrechen wird.

Eure liebreiche Königin und wahrhaft treue Mutter und Freundin, die sehr leidend darnieder liegt, vereinigt ihre innigen, thränenreichen Bitten mit den Meinigen.

Geschrieben in der Nacht vom 18. zum 19. März 1848.

Friedrich Wilhelm.

Die Intentionen des Königs beim Abfassen dieser Proclamation deutet Hr. Leo, dessen Signatura, wie wir bereits wissen, in diesen Dingen aus guter Quelle geschöpft hat, also: „Se. Maj. der König, . . . der von Anfang des Kampfes an immer erklärt hatte, das Feuern der Truppen solle sofort eingestellt werden, wenn die Barrikaden geräumt würden, faßte endlich den Gedanken auf, daß dem besser gesinnten Theile der Bevölkerung Berlins, welches jedenfalls die größere Anzahl war, ein Anlaß zu muthigem Hervortreten gegeben werden könnte, wenn die Bedingung, unter welcher er von Anfang an das Aufhören des Kampfes zugesagt hatte, nicht bloß Einzelnen, sondern durch eine Bekanntmachung Allen kund gethan würde; er hoffte so dem Blutvergießen ein Ziel setzen zu können und schrieb jene Proclamation nieder."

Der König gab die Veröffentlichung der Proclamation „dem gewissenhaften Urtheil" des Hrn. v. Bodelschwingh anheim. Dieser wußte an ihr nichts zu ändern, er war vollkommen mit dem Inhalte einverstanden, er war, wie ein Privatschreiben desselben vom 19ten ausspricht, davon überzeugt, daß die „herzlichen" Worte den „besten Erfolg" haben würden. Hr. v. Bodelschwingh sandte die Proclamation am frühesten Morgen zur Druckbeförderung in die Deckersche Officin.

„Dem besser gesinnten Theile der Bevölkerung Berlins", interpretirt Hr. Leo, sollte die königliche Proclamation „einen Anlaß zu muthigem Hervortreten" geben. Ein Kundiger mag diesen Satz beleuchten, eins der besten Mitglieder des „besser gesinnten" Theiles, der Typus jener Menschengattung, die stets und zu allen Zeiten zu dem „besser gesinnten Theile" gehört hat — Hr. Rellstab mag urtheilen. Seine Schrift: „Zwei Gespräche mit Sr. Maj. dem Könige Friedrich Wilhelm IV. ꝛc." aus der wir bereits wiederholt beiläufige Anführungen gemacht haben, liefert gerade für den Punkt, an dem wir jetzt stehen, ihr brauchbarstes, ihr allein bedeutendes Material.

Hr. Rellstab, dessen Gedanken und Meinungen wir bereits in manchen Dingen als sympathisirend mit denen, die im Schlosse gehegt wurden, kennen gelernt, gerieth ähnlich, wie die höchste Person im Schlosse, vielleicht gleichzeitig, auf den Gedanken, daß zur Herstellung des Friedens der Erlaß eines „Aufrufs an das Volk", mit der Unterschrift des Königs, das einzige Mittel sei. Zugleich schien es ihm damit die höchste Zeit, und um keine Minute zu verlieren, wollte er, der Federfertige, dem Könige alle Mühe sparen: in der grauenden Morgendämmerung schrieb er einen „im Namen des Königs gedachten Aufruf an das Volk" nieder, der ja, „da die Druckerei im Hause und eine große Anzahl

Setzer und Drucker zugegen war", sofort gedruckt und vertheilt werden konnte. Hrn. Rellstab „flogen die Worte nur so auf das Papier". Er hatte einen seiner kürzesten Artikel zu Stande gebracht. Des Charakteristischen wegen, das ein Vergleich dieses von dem Vertreter des „guten Bürgerthums" dem Könige in den Mund gelegten Aufrufs mit dem oben mitgetheilten Erzeugnisse der ächten königlichen Gedanken bietet, lassen wir hier den Rellstab'schen Artikel folgen:

Meine Bürger, meine Kinder!
Jeder Tropfen Bluts, der in diesem unglücklichsten aller Kämpfe vergossen wird, ist ein namenloses Unglück. Ich reiche Euch die Hand, ihn zu enden! Reicht sie mir wieder! — Zuerst Friede! Ich betheuere es Euch, ewig bejammernswerthe Mißverständnisse haben den Anfangspunkt dieses Kampfes gebildet. Sähet Ihr in mein Herz, Ihr würdet mir vertrauen, wie ich Euch vertraue! — Ich werde mitten unter Euch treten! — Ihr sollt mich begleiten in den Schooß der Meinigen zurück. — Kein Schuß soll mehr geschehen! — Alle Truppen ziehen sich in ihre Kasernen zurück. Retten wir gemeinsam das ganze deutsche Vaterland, dessen schönster Tag gestern, so hoffte ich, erblühen sollte.
Am Sonntag, am Tage des Herrn, am 19. März 1848.

Euer König, Euer Vater!
Friedrich Wilhelm IV.

So lautete der Entwurf Rellstab's, den er, wie er ihn niedergeschrieben, ohne weiter eine Reinschrift zu besorgen, sofort in das Schloß trug. Es mochte zwischen der fünften und sechsten Morgenstunde sein, als der Autor sich auf den Weg begab. Als geübter Recensent macht er umfangreiche Bemerkungen über die Straße, durch die er ging, über die Menschen, die er antraf, die Dienstboten, die man reichlich Bäckerwaaren einkaufen sah, über einen jungen, schwermüthig aussehenden Offizier auf dem Schloßplatze, der Hrn. Rellstab „unbedenklich durchließ", endlich über jede einzelne Etage des Schlosses und die Personen, die ihm dort begegneten. „Im Portal", erzählt er, „sah man unordentlich hin und wieder verstreutes Stroh; auf den Treppen lagerten einzelne Leute, Offiziere und Gemeine durcheinander. Der Schloßhof glich einem Bivouak, Geschütze standen angespannt; Stroh in größeren Massen zur Lagerstätte für Pferde und Menschen war aufgeschüttet; Cavallerie und Infanterie stand in dicht zusammengezogenen Abtheilungen. Offiziere in Menge, vom General ab, wogten durcheinander; halb in Paradeanzug, halb in Feldkleidung, Mänteln, Ueberröcken, Feldmützen, wie der Augenblick es gebot oder gestattete." Viele erkannten den Recensenten, Alle faßten den Gedanken, daß er zum Könige wollte, „mit günstiger Lebhaftigkeit" auf. Die Soldaten erschienen alle angegriffen und ermattet; als der bürgerliche Gast an einen der jungen Männer herantrat, tief bewegt seine Hand nahm und zu ihm sprach: „Nun, Kinder, ihr werdet nicht weiter gegen Eure Landsleute und Brüder fechten, es muß ein Ende haben mit diesem Kampf!" da „rollte eine Thräne über die Wange" des Soldaten. In demselben Augenblick trat ein General, wie es Hrn. Rellstab schien, der frühere Kriegsminister General v. Rohr, auf ihn zu und rief lebhaft: „Nein, das darf nicht sein! das können wir nicht dulden! Sie dürfen

nicht auf diese Weise mit den Truppen verkehren!" Lebhaft vertheidigte sich Hr. Rellstab: „Das hat aufgehört, Hr. General!" und ähnliche Worte entschlüpften seinem Munde. — In dem Vorzimmer des Königs bewegten sich Offiziere jeden Ranges, viele Generale, Generalstabsoffiziere, Minister, hohe Staatsbeamte, eine Schaar Diener und königlicher Lakaien, durcheinander. Auch die Prinzen befanden sich in dem ungewöhnlichen Gedränge. Man ging, man kam, man fragte, forschte, berieth sich. Dazwischen wurde das Frühstück für Alle gemeinsam servirt, über das Mancher mit wahrem Heißhunger herfiel. Auch hier wurde Hr. Rellstab sogleich dicht umringt, von allen Seiten begrüßt. Der alte General v. Neumann, Adjutant des Königs, gab ihm seinen Handschlag, er solle den König sprechen, was mancher Andere der Herren dort oben nicht für thunlich oder angemessen hielt. Nachdem Hr. Rellstab hier in seiner Weise Einwürfe, die ihm von verschiedenen Seiten gemacht wurden, beseitigt hatte, wobei er erfuhr, „daß die Begeisterung für eine Sache den Worten Schwingen leiht", wurde er von dem genannten General durch mehrere kleine halbdunkle Zimmer in ein Erkerzimmer geführt, das zunächst der langen Brücke nach dem Schloßplatz hinaus liegt.

Nach wenigen Augenblicken trat der König ein. Er sah angegriffen, doch ruhig und gefaßt aus. Hr. Rellstab war ganz allein mit ihm. Er bat den König, ihm einen Gedanken mittheilen zu dürfen, von dem er hoffte, daß er den Weg, der zum Guten führen könne, angebe. Hierauf zog er das Blatt, das den „im Namen des Königs gedachten" Aufruf enthielt, hervor und theilte, da er bezweifelte, daß der von seiner an sich schwer zu lesenden Hand auf das flüchtigste geschriebene Artikel einem Anderen, als ihm, lesbar sei, den Wortlaut desselben dem Könige mit. Dieser sagte, nachdem Hr. Rellstab geendet, ruhig und sanft: „Das ist sehr gut; es sind Gesinnungen, die ich theile; ich habe auch schon etwas Aehnliches selbst aufgesetzt." Der König klingelte und fragte den Hereintretenden, ob seine Proclamation schon aus der Druckerei gekommen wäre. Es wurde bejaht und das Blatt geholt. Während dessen wandte er sich wieder zu seinem Gast mit der Frage: „Sie sind also der Meinung, daß ich selbst mich den Bürgern zeige?" Der Angeredete führte seine Ansicht „mit Feuer" aus; „mit mehr Enthusiasmus als Ueberlegtheit" schilderte er den Eindruck, den es unfehlbar machen würde, wenn der König sich zu Pferde setze, mit der vor ihm her getragenen Friedensfahne durch die Stadt reite, und wies die Vermuthung einer Gefahr mit vollster Ueberzeugung zurück. „Sie sehen die gestrigen Vorgänge doch wohl nicht aus dem richtigen Standpunkte an", entgegnete der König.

Inzwischen war die Proclamation gebracht worden; der König gab sie dem Gast zum Lesen. Der erste Eindruck, den der Inhalt auf den Bürger-Recensenten machte, wird beurtheilen lassen, inwieweit die oben angeführte Leo'sche Interpretation ihre Begründung hatte. Hr. Rellstab schreibt nämlich:

„Gleich die ersten Zeilen erfüllten mich mit starrem Erstaunen, denn sie waren im vollkommensten Widerspruch mit der Ansicht, die ich von dem Aufstande hatte, und die, soweit irgend meine Wahrnehmungen reichten, in der ganzen Stadt davon verbreitet waren. . . . Die Stelle: „eine Rotte von Bösewichtern, meist aus Fremden bestehend, die sich seit einer Woche, obgleich aufgesucht, doch zu verbergen gewußt hatten u. s. w." erschien mir in dem Augenblicke, wo ich sie dort las, als eine auf dem vollkommensten Irrwahn begründete, den Ueber-Furchtsame oder Ueber-Argwöhnische in der Umgebung des Königs in demselben genährt haben mußten. Der rührende Schluß der Anrede dagegen, welcher der tief leidenden Königin gedachte, hatte mich sichtlich bewegt. Der König fragte mich, da er sah, daß ich zu Ende gelesen: „Glauben Sie nicht, daß diese Proclamation einen guten Eindruck hervorbringen wird?" Mangel an Aufrichtigkeit, Ew. Majestät, wäre hier, erwiderte ich, daß größte Vergehen, dessen ich mich schuldig machen könnte; dieser Augenblick fordert die vollste Wahrheit. Ich glaube nicht, daß diese Worte einen günstigen Eindruck machen werden. — Auf die Frage, was mir einem solchen entgegen zu stehen schien, erwiderte ich: Die Stelle, welche den ganzen Aufstand als einen durch lange vorbereiteten, absichtlichen Verrath erregten darstellt, wird und kann keinen Glauben finden. Niemand hat an Verrath gedacht. Alles war Freude und Jubel! Es ist nur das unselige Mißverständniß, das blinder Schrecken und Erbitterung, wie der fortlaufende Schwung des Gerüchts, tausendfach vergrößert haben, wodurch sich diese allgemeine Aufregung erzeugt hat. Diese von Verrath sprechende Stelle wird daher nirgend Glauben finden, so wenig wie ich daran zu glauben vermag." — Durch solche Worte hatte sich die Ansicht einer Person ausgesprochen, die zu den Besten des „besser gesinnten Theiles" gehörte, die freilich, wie es im Wesen aller besser Gesinnten liegt, später einsehen mußte, wie der König mit seinen Ansichten nur allzusehr im Rechte gewesen.

Der König nahm den „so entschiedenen Ausspruch gegen die Wirkung seiner Proclamation durchaus in Wohlwollen" auf, setzte dann aber seine Ansicht dem bürgerlichen Gegner in Worten auseinander, die nach der späteren Rellstab'schen Redaction, bei der an dem Sinne nichts verändert sei, folgendermaßen lautete: „Der ganze Aufstand, Sie dürfen überzeugt davon sein, war, was man einen coup monté nennt. Es herrschte, wie Sie wissen, unter den Tausenden auf dem Schloßplatze nur die Stimmung der Freude. Ich hatte mich schon zurückgezogen und auch die Volksmenge begann sich zu zerstreuen, als eine offenbar organisirte Schaar mit Gewalt in das Schloßportal einzudringen suchte. Die Truppen, welche dasselbe besetzt hielten, wurden auf's schmachvollste beleidigt und so gegen sie angedrängt, daß sie sich nur mit Mühe der thätlichen Angriffe erwehren konnten: die offen ausgesprochene Forderung dieser Schaar ging dahin, bis zu mir hinaufzudringen und den Abzug der

Truppen mit Ungestüm zu verlangen. Es waren dies meist Leute von dem Verdacht weckendsten Aeußern, aber auch Schutzkommissarien darunter, natürlich verkleidete, denn die wackern Bürger Berlins halte ich solcher Thaten nicht fähig. Alle ruhigen und vernünftigen Zurückweisungen dieses ungestümen Andrängens fruchteten nichts, aber es konnte schlechterdings nicht geduldet werden. Nach Reden und Aussehen der Einzelnen war das Aergste von diesen Leuten zu befürchten, unter denen zuverlässig meist Fremde sich befanden, die sich seit einer Woche in Berlin verborgen und kein Mittel, den Aufstand zu schüren, unversucht gelassen hatten. Da der Tumult immer mehr zunahm, mußte ich den Befehl geben, den Platz, wie es in der Proclamation heißt, im Schritt und mit eingesteckter Waffe räumen zu lassen. Die beiden Gewehrschüsse, die man als Signal zum Aufruhr benutzt hat, gingen aufwärts und haben Niemanden verletzt. Unmöglich hätten sie eine solche Scene der Verwirrung und Erbitterung veranlassen können, wenn sie nicht mit aller Absicht dazu benutzt worden wären."

Aber auch durch diese „mit größter Klarheit und Ruhe, mit Mäßigung und ohne Leidenschaftlichkeit" gesprochenen Worte ließ sich die „vorgefaßte Meinung" des bürgerlichen Gegners nicht erschüttern; auch jetzt noch wiederholte er seine Ansichten und seine Rathschläge. Der König hörte ihn wiederum in Ruhe und Wohlwollen an und ließ ihn ganz aussprechen; darauf entgegnete er:

„Ich würde gewiß auf Ihren Vorschlag eingehen, wenn ich Ihre Ansicht von dem ganzen Verlauf der Sache hätte; aber ich habe, wie ich Ihnen gezeigt, eine andere. Es ist nicht die Besorgniß um mein Leben, die mich abhält, auf Ihren Vorschlag einzugehen, aber ich muß besorgen, bei dem vielfachen Verrath, der sich eingemischt hat, daß meine Freiheit in Gefahr kommen kann. Und ich würde dann vielleicht einem Zwange unterworfen, der das von mir forderte, was ich unmöglich gewähren könnte. Ich darf weder meine Person noch das Land auf ein so gewagtes Spiel setzen. Zu jeder gütlichen Ausgleichung bin ich bereit. Wenn die Bürger die Barrikaden niederreißen und verlassen, soll sich das Militär in die Kasernen zurückziehen. Suchen Sie sie dazu zu bewegen. Ich will den Kampf, den ich nicht begonnen habe, auch nicht erneuern."

Doch der bürgerliche Gegner war auch jetzt noch nicht zufrieden gestellt. Eine angstvolle Spannung erfüllte ihn. „Dieser Augenblick", sprach er, „ist zu gewichtig für mich, als daß ich es nicht für einen Frevel halten müßte, auch nur mit einer einzigen Empfindung, einem einzigen Gedanken über die ernste Angelegenheit zurückzuhalten, die mich hergeführt. Darf ich es wagen, Ew. Majestät zu äußern, wie hoch ich den Einsatz halte, der in diesem furchtbaren Spiele gewagt wird? Es handelt sich nicht allein um die Krone Ew. Majestät, sondern vielleicht um die Dynastie der Hohenzollern überhaupt, ja um das Geschick des ganzen deutschen Vaterlandes."

„Ich weiß, was auf dem Spiele steht. Ich habe mir jeden Ausgang vorgestellt, allein ich bin auf das Vollkommenste darauf vorbereitet." — Mit diesen bedeutungsvollen Worten des Königs glaubte sich Hr. Rellstab entlassen. Mühsam äußerte er seine letzten Empfindungen: So wäre denn mein Versuch ein vergeblicher gewesen, und ich soll hoffnungslos scheiden! „O nein", antwortete der König, „auch ich wünsche ja nichts sehnlicher, als das Ende dieses traurigsten aller Kämpfe. Sie können mit dazu beitragen. Nehmen Sie diese Blätter (die Proclamation), verbreiten Sie sie unter die guten, ehrenhaften Bürger, die ja die größte Mehrzahl in Berlin bilden. Sagen Sie ihnen, wie ich denke, und noch besser, bringen Sie mir sogleich zwanzig, dreißig, funfzig Bürger von guter Gesinnung; führen Sie sie hieher, der Weg soll Ihnen durchaus offen stehen; ich will selbst mit ihnen reden. Eilen Sie! Wir wollen keine Zeit verloren gehen lassen!"

Der König reichte Hrn. Rellstab die Hand, „drückte sie ihm mit Wärme" und entließ ihn mit einem Dank für seine Bemühungen. Ehe dieser sich auf den Weg machte, um die funfzig ehrenhaften Bürger aufsuchen zu können, hatte er noch in den Vorzimmern und auf den Corridoren der Menge der General-Adjutanten, Stabsoffiziere, Minister und Prinzen, die Alle mit forschenden Augen auf ihn blickten und ihn umdrängten, Rede zu stehen. Man fragte ihn: Was hat der König beschlossen, was wird er thun? Hr. Rellstab sagte in Kürze seinen Auftrag und Alle wünschten ihm Glück zu dem Erfolge, den man sich von einer persönlichen Zusammenkunft des Königs mit den Bürgern versprach.

VII. Der Sonntagsmorgen. — Fortgesetzte Unterhandlungen der Bürger mit dem Könige. — General Möllendorf gefangen. — Die Friedensbotschaften.

Als am 19. März, um fünf Uhr Morgens, die Truppen den Befehl erhielten, in ihren Stellungen ruhig zu verharren, befanden sich folgende Theile der Stadt im vollständigen Besitze des Militärs:

Das Schloß mit dem Lustgarten bis Monbijou; der Stadttheil zwischen der Spree und den Linden; die Friedrichsstadt zwischen den Linden und der Leipziger Straße mit Ausnahme der Mauerstraße, wo sich noch Barrikaden in den Händen des Volks befanden; die Jägerstraße und der Hausvoigteiplatz; der Stadttheil um die Werdersche Kirche herum bis an die Linden und die Schloßfreiheit; die Brüderstraße; die Breitestraße; die Königsstraße und der Stadttheil zwischen dieser und der Spree. Damit waren zwei Thore, das Potsdamer und das Brandenburger, im Besitz des Militärs.

Aus dieser Stellung der Truppen wollte man später — und zwar von militärischer Seite her — die Unmöglichkeit ableiten, daß der Kampf anders als zu Gunsten des Militärs auf natürlichem Wege hätte beendet werden können. Graf Lüttichau, ein Vertreter dieser Ansicht, schildert die Lage der Dinge am Morgen des 19ten in folgender Art: Vom Alexanderplatze bis zum Brandenburger Thore, von dem Potsdamer Thore, die Leipziger Straße aufwärts bis zur Friedrichsstraße und von hier bis zu den Linden war Berlin im unbestrittenen Besitz der königlichen Truppen. Ferner waren alle Spreebrücken von denselben besetzt und durch Geschütze vertheidigt; selbst der Weg von dem Schlosse nach dem Oranienburger Thore muß in der Nacht wenigstens noch offen gewesen sein, denn die reitende Artillerie, die hier kasernirt, hat noch des Morgens um 3 Uhr daselbst fouragirt. In dieser Stellung, die von 14000 Mann Infanterie mit 36 Geschützen vertheidigt wurde — deducirt der Graf — konnte abgewartet werden, was die Aufwiegler thun wollten, es war eine baare Unmöglichkeit, die Truppen aus derselben zu vertreiben. Die Wohlgesinnten der Bürgerschaft gewannen hierdurch Zeit sich zu besinnen.

Nach der Ansicht des Grafen Lüttichau wäre die Erhaltung der Truppen in der Hauptstadt für einige Tage ein Leichtes gewesen, da die Communication mit Spandau und Potsdam offen war und die gesammte Cavallerie in der Nähe des Kreuzberges sich befand. Auch würden in einer Stadt von 400,000 Einwohnern 14000 Soldaten schlimmsten Falls ihr Unterkommen schon gefunden haben und gewiß nicht verhungert sein. Sein eignes Regiment hätte etwa für die folgende Nacht in den beiden königlichen Reitbahnen als dem Allarmhause untergebracht werden können, während für die anderen Truppen das Schloß, das Museum, das Zeughaus, das Opernhaus, die Universität u. s. w. hätten dienen können. Diese Ansicht sprach der Graf in den Morgenstunden gegen den Prinzen Carl aus und dieser schenkte derselben seinen Beifall. Die Truppen hätten nach eben dieser Ansicht, in ihrer Defensivstellung so lange verbleiben müssen, „bis es aus sanitätspolizeilichen Gründen nothwendig geworden wäre, die Leichen der Barrikaden-, der Keller-, Fenster- und Dächer-Helden zu beerdigen." Aber auch zum Wohl der „im höchsten Grade aufgeregten" Stadt, behauptet der Graf, hätten die Truppen in ihren Stellungen verharren müssen, bis die Gemüther sich beruhigt und — die Bürgerwehr organisirt worden wäre.

So die Ansicht eines Vertreters der militärischen Ehre, wie er sie ein Jahr später veröffentlicht und die selbst, liberal genug, den Gedanken an eine Organisation der Bürgerwehr nicht ausschloß. Wäre es möglich gewesen, daß nach zwölfstündigen erbitterten Kämpfen die Bürgerlichen sich plötzlich aus Rebellen und Aufrührern in Gutgesinnte umgewandelt hätten, so mochte jene Ansicht als gar nicht übel erschienen sein. Die Ausführung derselben wäre wohl unmöglich gewesen, da Graf Lüttichau die Rechnung ohne den Wirth gemacht

hatte. Darüber mögen die Ansichten urtheilen lassen, die in dem „besser gesinnten Theile" der Bürger herrschten, und als deren Vertreter wir Hrn. Rellstab kennen gelernt. Bei seiner Berührung mit Militärpersonen aller Grade in den Morgenstunden des 19ten hatte Hr. Rellstab Gelegenheit, den Meinungen, die ihm von militärischer Seite entgegentraten, diejenigen, die er als die in der großen Mehrzahl der Bürger, der gut gesinnten Bürger, geltenden bezeichnen konnte, gegenüberzustellen. Jener Schaar von Generalen, Stabsoffizieren u. s. w., die er in dem Vorzimmer des Königs angetroffen, stellte er die bedrohliche, wahnverblendete Stimmung in der Stadt dar: „Sie wissen nicht hier oben", rief er ihnen zu, „wie die Stimmung in der Stadt ist. Es herrscht eine erbitterte furchtbare Gährung; es ist eine Verblendung, ich gebe es zu, sie ist aber einmal da und muß uns zum Maßstabe unserer Handlungen dienen. Wenn der Kampf fortgesetzt wird, kann das Aeußerste geschehen. Wie wollen Sie die Stimmung der Provinzen veranschlagen? Werden nicht die Rheinprovinzen, Schlesien, Preußen, bei dem fortgesetzten Kampf, bei der unberechenbaren Gährung, die überall herrscht, gleichfalls die Fahne des Aufruhrs aufpflanzen? Sie sind hier die Stärkeren; Sie haben gesiegt, ja, für den Augenblick! Aber wer steht Ihnen für die Zukunft? . . ." Auch noch andere Argumente wußte Hr. Rellstab seinen Gegnern anzuführen. Nachdem seine Unterredung mit dem Könige bereits beendigt war, sah er sich genöthigt, gegen einen General im Vorzimmer lebhaft zu kämpfen, der von keinem Friedensschlusse etwas wissen wollte. Dieser führte an, wie viele Barrikaden die Truppen genommen hätten, wie sie überall siegreich gewesen seien, wie ihnen fast nirgends ein offener Widerstand entgegengetreten sei: und doch hätten die Truppen immer nur mit halben Mitteln gewirkt, um Stadt und Bürger möglichst zu schonen. Der General zählte die Kräfte auf, die das Militär schon besitze, die Zahl der Geschütze, die noch gar nicht in Anwendung gebracht seien, die Verstärkungen, die noch eintreffen würden. Darauf Hr. Rellstab: „Eure Stärke ist eine Täuschung; Eure Truppen sind erschöpft, sie haben Tag und Nacht hindurch gekämpft, keine Ruhe gehabt und ihre Verpflegung ist nicht gesichert. Das Territorium der Stadt ist so groß, daß Ihr es mit der doppelten Kraft nicht beherrschen könnt, und wenn Ihr den Gegner in einer Straße besiegt habt, wird er in der andern wieder aufstehen. In der Unaufhörlichkeit des Kampfes müßt Ihr erliegen."

So drückte sich die Ansicht eines Vertreters der gut gesinnten Bevölkerung über die Lage der Dinge aus. — In concreterer Art schildert Hr. Braß den Zustand am Morgen, nach eingetretener Kampfesruhe: „Die Truppen hatten zwar durch den letzten Angriff in der Friedrichsstraße Terrain gewonnen und Gefangene gemacht, aber ihre Lage war eine bedauernswerthe. Die Soldaten hatten seit Mittag des vorigen Tages wenig oder nichts gegessen, sie waren auf's Aeußerste erschöpft und ermüdet. Anders dagegen war die Stimmung

des Volkes. In den noch vom Kampfe verschont gebliebenen Stadttheilen bereitete man sich auf den äußersten Kampf vor. Man hielt Steine und siedendes Wasser in Bereitschaft, man hatte sogar die großen Granitplatten der Trottoirs auf die Häuser getragen, ja an einigen Orten soll sogar Schwefelsäure in Bereitschaft gewesen sein, um sie in Spritzen zu füllen und damit die Truppen zu empfangen. Die Nachrichten von der Grausamkeit, mit der die Soldaten die oft ganz schuldlosen Gefangenen behandelt, die Erzählungen von den entsetzlichen Metzeleien, hatte die Kämpfer des Volks mit einer Erbitterung erfüllt, die ihm noch Tags zuvor fremd gewesen war. Es hieß, die Soldaten gäben keinen Pardon, und die Bürgerlichen, nicht einen Augenblick dadurch niedergeschlagen oder entmuthigt, bereiteten sich vor, ihr Leben so theuer als möglich zu verkaufen, Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Man bereitete sich vor, die Treppen der Häuser, in denen man sich schlagen wollte, abzuhauen und jedes Stockwerk einzeln zu vertheidigen, man communicirte mit den Stadttheilen, die von den Truppen besetzt waren und erhielt die Nachricht, daß die Barrikaden sogleich neu im Rücken der Soldaten entstehen würden, nachdem dieselben sich entfernt hätten. Außerdem hatte sich die Zahl der Waffen vermehrt; an Pulver und Kugeln fehlte es nirgends mehr. Die Kaufleute hatten ihre sämmtlichen Vorräthe herausgegeben, es waren außerdem einige Pulverkasten des Militärs an der Stadtmauer und an der Georgenkirche erbeutet worden, die Zinngießer hatten während der Nacht Tausende von Kugeln gegossen, kurz, man befand sich in einem kampffertigeren Zustande als Tages zuvor. Die meisten der Volkskämpfer hatten außerdem einige Stunden geschlafen; es fehlte ihnen nicht an Speise und Trank: Jeder stand muthig und gekräftigt auf seinem Posten, während die Sturmglocken in dumpfen Klängen die noch Säumenden heranriefen. . . .“

Von einer Fortsetzung der Kämpfe erwartete am Morgen des 19. März jede der beiden feindlichen Parteien für sich allein den Sieg. Mit welchen Mitteln dieser erreicht worden wäre, zeigen die in den obigen Anführungen enthaltenen Andeutungen. Aber den bei den bisherigen Kämpfen passiv gebliebenen Theilen lag daran, daß der Kampf nicht weiter geführt werde. Welche Täuschungen auch in den einzelnen Parteien über die angeblich errungenen Vortheile auf der einen oder der andern Seite herrschten: der Kampf — darin vereinigten sich die Ansichten des Bürgers, des Besitzenden, mit denen des Königs und fast aller Militärs, die ihn umgaben — durfte nicht wieder aufgenommen werden.

Der Täuschungen aber, der falschen Gerüchte, der übertriebenen Angaben gab es, seit dem vergangenen Abende unzählige. Ein nur flüchtiger Blick auf die Zeitungsberichte jener Tage reicht hin, um jene Abenteuerlichkeiten kennen zu lernen. Brachte doch das Vossische Extrablatt der Freude noch am 20ten

eine Menge wunderbarer Dinge, die nur in der Phantasie ihrer Darsteller eine Realität hatten. Dieses oder jenes Bataillon oder gar Regiment sei zu dem Volke übergetreten oder habe sich geweigert, die Waffen zu gebrauchen, das Volk habe dem Militär so und so viel schwere Geschütze abgenommen, jeder Schuß der Bürgerschützen sei tödtlich gewesen, habe namentlich die Offiziere sich zum Ziele ausersehen und diese in Menge erlegt, Tausende von Soldaten und viele Hunderte von Bürgerlichen seien auf dem Kampfplatz geblieben, der König geflohen: so und ähnlich lauteten die Bülletins der Fama, Gerüchte freilich, die bei Vielen Glauben fanden und aus dem Munde der Erzähler und Verbreiter in die Federn der Zeitungsschreiber übergingen.

Wie in diesen Zeitungsnachrichten Wahrheit und Dichtung abwechselten, um die Ereignisse darzustellen, mag ein Bericht veranschaulichen, den wir dem radicalsten der damaligen deutschen Blätter, der Mannheimer Abendzeitung, entnehmen. Der berliner Correspondent gehörte zu denjenigen Personen, die sich mit vieler Hingebung später an den Bewegungen der Revolutionsperiode im oppositionellen Sinne betheiligten. Seine Berichte umfaßten die Zeit vom 18. März Nachmittags bis zum 19. März Morgens 8 Uhr, und lauteten vollständig:

Berlin 18. März, um 4 Uhr. Ich komme vom Schloßplatze. Meine Hand bebt. Der König hat Preßfreiheit mit Caution verheißen. Die Bürger kommen und wollen ihm ein Hoch bringen. Man antwortet mit einer Salve. Dragoner hauen ein. „Zu den Waffen!" heult es durch die Straßen. Heute fällt der Würfel. Man leert die Waffenläden. Ich höre Kanonendonner. Studenten, Arbeiter und Bürger mit Piken, Schlägern und Gewehren rennen durch die Straßen. Aus dem Dampf des vergossenen Volksblutes schreiten die Rachegeister.

— 18. März, Abends 9 Uhr. Der Sturm ist los, Berlin im Kampf! Seit 4 Uhr kämpft das Volk. Die Sturmglocken heulen von allen Thürmen. Barrikaden in allen Straßen. Die Batterieen der Artillerie brüllen. Das Volk ficht mit Löwenmuth. Tausende unserer Brüder bluten auf dem Straßenpflaster. Arbeiter, Bürger, Studenten — Alles im Kampf. Ein Arbeiter zu Pferde hat die Arbeiter der Fabriken zu den Waffen gerufen. Die Arbeiter haben drei Stürme auf die Artillerie-Kaserne am Oranienburger Thore gemacht. Sie sind zurückgeschlagen. Sie greifen von Neuem an. Man rüstet sich zum Sturm auf's Schloß. Das sind die Wehen der Republik. Bis morgen kann sie geboren sein.

— — Um 11 Uhr. Der Kampf hat sich über die ganze Stadt verbreitet. Er wüthet in allen Straßen. Die Stadt brennt an zwei Stellen. Der Sieg ist noch zweifelhaft. Alles mit Todten und Verwundeten bedeckt.

— 19. März, Morgens 3 Uhr. Gewehrfeuer und Kanonendonner fangen an zu schweigen. Man kämpft noch in einzelnen Straßen. Die Truppen sind im Besitz der wichtigsten Punkte geblieben. Das Volk rüstet zum neuen Kampf.

— 19. März, Morgens 5¼ Uhr. Allgemeines Sturmgeläute von den meisten Thürmen. Alle Arbeiter, wie Zimmerleute, Schlosser, Tischler, Schneider ꝛc. bewaffnen sich in diesem Augenblick. Stets rücken neue Militärmassen ein; in vielen Straßen liegen die Leichen dutzendweise übereinander. — Kanonendonner aus Berlin hört man bis Potsdam. Der König ist moralisch schon unmächtig geworden. — Er ist in Potsdam, — den Soldaten gab man vorher Branntwein in Masse! —

Man will von keiner Concession mehr wissen. Helf Gott!

— Morgens 8 Uhr. Die ungeheure Uebermacht der Truppen hat gesiegt. Tausende unserer deutschen Brüder haben umsonst für die Freiheit geblutet. Das Hohngelächter der Monarchisten erschallt. Wehe uns, wenn uns Deutschland nicht rettet!

Erst in der folgenden Nummer der Zeitung wurde dieses letzte Bülletin von demselben Correspondenten dahin berichtigt, daß er, getäuscht durch die

Erfolge der Truppen in dem Umkreis des Stadttheils, in welchem er sich befunden, und durch falsche Nachrichten veranlaßt, jenen wahrheitswidrigen Bericht abgesandt habe.

Der Wirklichkeit mehr entsprechend sind folgende Bruchstücke eines Berichtes aus einem andern Blatte, der am 19ten Morgens geschrieben wurde: „Meine Feder", sagt der Berichterstatter, „sträubt sich das Bild des Jammers und der Zerstörung zu schildern, das ich gesehen. Die ganze innere Stadt ist ein Schlachtfeld und bietet grauenvollere Züge dar als ein im Sturm genommener Platz. Die Facade des Hauses am kölnischen Fischmarkte, wo die Conditorei von d'Heureuse ist, das Haus, welches vis-à-vis dem Schlosse die Aussicht in die breite Straße schließt, ist förmlich von Kartätschen durchlöchert. Der ganze Umbau der Petrikirche ist abgetragen und zu Barrikaden verwendet, 200 der letzteren erhoben sich in einem Stadtviertel. Fast alle Häuser tragen dort Spuren von Flintenkugeln. Der Schloßplatz ist mit Kanonen besetzt, ebenso der Lustgarten und die Herkulesbrücke. . . . Ein furchtbares Gemetzel fand in der Friedrichsstraße, bei der Tauben- und Leipzigerstraße statt. Todte Pferde und blutige Leichname lagen noch um 8 Uhr früh auf der Straße. . . . Viele Todte, meistentheils in Arbeitertracht, liegen in den Häusern, furchtbar entstellt und zerrissen. Aehnliche Bilder bieten fast alle Stadttheile."

Um 7 Uhr Morgens etwa wurde die Proclamation „an meine lieben Berliner" in den Straßen verbreitet. Offiziere zu Pferde, bürgerliche Beamte bemühten sich den Inhalt derselben ausdrucksvoll an den Straßenecken, auf den Plätzen, überall, wo schon wieder zahlreiche Gruppen versammelt waren, vorzulesen. Hunderte von Exemplaren wurden unter die Menge geworfen. Aber wie die Vorlesungen überall von den Rufen: „Das sind Lügen! Unwahrheit!" von Drohungen und Verwünschungen aus den Volkshaufen unterbrochen wurden, so warf man die Plakate, nachdem ihr Inhalt gelesen war, unwillig fort oder riß sie in Fetzen. Hr. Rellstab kannte die Stimmung sehr gut, als er dem Könige gegenüber von der Aufnahme sprach, die jene Proclamation selbst bei den „besser gesinnten" Bürgern finden würde. „Mit der Verbreitung der königl. Proclamation", erzählt er, „gelang es mir nicht, sondern der Erfolg war ganz, wie ich ihn vorausgesagt hatte. Sie fand zu verblendete, zu festgewurzelte Ansichten; Niemand wollte an absichtlichen Verrath glauben; ja die Wenigsten schenkten der Darstellung über die Veranlassung des Angriffs, die zwei Schüsse u. s. w. Vertrauen. Der rohere Theil des Volkes gerieth in Erbitterung und rief aus: Das sind Alles Lügen, sie haben uns schändlich verrathen! und trat die Proclamation mit Füßen."

Dasselbe Loos, das die sämmtlichen Veröffentlichungen des 18. März getroffen, Nichtberücksichtigung und Mißtrauen wurde auch dieser Publication, die aus der Feder des Königs selbst geflossen war, zu Theil. Darin jedoch begegneten sich die Wünsche des Königs und der Bürger, daß directe persönliche

Unterhandlungen zwischen Beiden das von ihnen ersehnte Ende des Aufruhrs herbeiführen möchten. Von allen Seiten führte schon in den frühen Morgenstunden der Drang, sich dem Könige gegenüber auszusprechen, ihm zu rathen, ihn zu bestimmen, Bürger zusammen, die mit größerer oder geringerer Berücksichtigung der conventionellen Formen den Weg in das Zimmer des Königs fanden.

Es war deshalb auch Hrn. Rellstab ein Leichtes, dem Auftrage des Königs zufolge, diesem eine Anzahl guter und ehrenwerther Bürger alsbald zuzuführen. Als Hr. Rellstab von seinem oben geschilderten Besuche auf die Straße zurückkehrte, fand er diese schon zahlreicher bevölkert; er traf viele ehrenwerthe Bürger an, denen er das Ergebniß seines Ganges mittheilte. Die Mehrzahl zeigte sich sofort bereit, sich ihm anzuschließen und auf das Schloß zu gehen, um die eigenen Worte des Königs zu hören. Leider aber machte er auch schon an diesem Morgen „Erfahrungen von der heuchlerischen Mantelträgerei der Welt und von jener feigen Vorsicht, die durchaus nichts thun will, bevor sie nicht versichert ist, auf welche Seite sich die Wageschaale des Erfolges, des Vortheils, der Sicherheit neigt.“ Grade einige der reichsten Bewohner, die ihre ganze Lebensstellung den Verhältnissen des Hofes zu danken hatten, machten elende Ausflüchte. Andere glaubten in jenem Schritte eine Demonstration gegen den König zu erkennen. Noch Andere waren sehr aufgeregt und erbittert von den Schreckensscenen der Nacht. Sie stellten das, was die einzelnen Militär-Commandos in den Häusern gethan hatten, dem Ganzen in Anrechnung und wollten von nichts wissen. Indessen brachte er doch schnell genug eine Anzahl gleichgesinnter Bürger zusammen, die ihn begleiten wollten. Gemeinsam gingen sie nach dem Schlosse. Der Zugang wurde ihnen nirgends gehemmt, und ohne alle Schwierigkeiten wurden sie bis in die Gemächer des Königs, in den Saal geführt, wo er diese Botschaft zu empfangen beschlossen hatte. Es waren dort mehrere Generale, Stabsoffiziere, Minister, höhere Staatsbeamte u. s. w. versammelt, darunter die Herren v. Bodelschwingh und Meding (damals Oberpräsident der Provinz Brandenburg), die Generale Brandenstein und Neumann, u. a.

Nach wenigen Minuten erschien der König; er grüßte in anscheinend herzlicher Weise, reichte vielen Einzelnen die Hand, fragte sie nach ihren Namen, Geschäften, ihrer Stellung. „Die schlichten Bürger antworteten, man hörte es ihrer Stimme an, in tiefster innerer Bewegung.“ Der König sprach sein tiefstes Beklagen der Vorfälle in der Nacht aus und zugleich seine Bereitwilligkeit, dem Kampf sofort ein Ende zu machen, wenn nur auch von den Bürgern die gleiche Bereitwilligkeit gezeigt würde. Er kam auf seine Proclamation zurück und hielt an der Annahme eines verrätherischen, mit Arglist betriebenen Planes fest, durch den die Bewohner Berlins, deren Treue, Freudigkeit und Hingebung für das königliche Haus, für Gesetz und Ordnung sich in den jüngsten Tagen, und noch

gestern Mittag, so allgemein, so ergreifend kund gegeben habe, auf das schwerste getäuscht und verblendet worden seien. Deshalb hege er, der König, auch keinen Groll, sondern nur die feste Ueberzeugung, daß eine einigermaßen beruhigte Betrachtung der Verhältnisse die Bewohner der Hauptstadt von selbst wieder in die Wege des Friedens und des Vertrauens der Regierung gegenüber zurückführen werde. Er sprach dann noch Einiges über den Sieg, den die Truppen entschieden erfochten hätten, über die Stärke der Mittel, die der Regierung noch zu Gebote ständen. „Doch", fügte er kurz abbrechend hinzu, „ich will davon nicht reden. Meine größere Kraft beruht in dem Zutrauen zu Ihnen. Gehen Sie denn überall hin durch die Stadt; verkündigen Sie ihr meine Gesinnungen des Friedens, daß ich bereitwillig die Hand dazu biete, wo man sie mir nur auch von der anderen Seite entgegenreichen will. Gehen Sie und thun Sie, was in Ihren Kräften ist, daß nicht ferneres, schwer beklagenswerthes Unheil die Stadt und die Bürger treffe."

Mit diesen Worten entließ der König die Bürger des Hrn. Rellstab. Dieser verweilte noch einige Augenblicke in einem der Nebensäle, um hier zunächst einem General, der von keinem Friedensschlusse etwas wissen wollte, seine bürgerlichen friedlichen Ansichten „mit immer erhöhtem Eifer" auseinanderzusetzen. Es sind dieselben, die sich bereits im Anfang dieses Abschnittes von dem Vertreter der gutgesinnten Bevölkerung ausgesprochen finden. Auf die Aeußerungen des bürgerlichen Widersachers entgegnete der General: „Wohl denn, wenn die Stadt aufsteht, so mag sie die Schuld tragen, und uns kann kein Vorwurf treffen und wenn sie zur Hälfte darüber zu Grunde ginge! Wir haben den König zu schirmen und das Land vor Aufruhr zu schützen. Daran werden wir Blut und Leben setzen, und wir werden sehen, wer Sieger bleibt!" Der General wandte sich hierauf von Hrn. Rellstab ab; diesem hatte sich inzwischen Hr. v. Bodelschwingh genähert, vielleicht durch den Inhalt seines Gesprächs mit dem General bestimmt. Der Minister suchte Hrn. Rellstab über seinen damaligen Irrthum aufzuklären. „Wie können Sie zweifeln", sprach er lebhaft, „daß das Ganze eine durchaus vorbereitete Unternehmung war, der nichts so störend und hinderlich entgegentrat als die Gewährungen des Königs und der dadurch hervorgerufene Jubel. — Sie hätten den gewaltsamen Andrang der Wüthenden unten am Portal sehen sollen! Ich selbst wurde von ihnen ergriffen, und hätten die Truppen mich nicht aus ihren Händen befreit, sie würden mich zerrissen haben! Ferner, woher so plötzlich alle diese dreifarbigen Fahnen? Wäre das Volk Berlins ohne eine fremde Aufstachelung auf den Gedanken gekommen, diese aufzupflanzen, wenn es nur in Bestürzung und Wuth über einen angeblich verrätherischen Ueberfall der Truppen gewesen wäre? Was hatte die deutsche Fahne damit zu thun? Und müssen diese Fahnen, die unmittelbar darauf schon hier dem Schlosse gegenüber wehten, nicht bereit gehalten worden sein?" Der Oberpräsident v. Meding

bestätigte diese Angaben und fügte noch einiges Verstärkende hinzu. Aber Beide vermochten nicht Hrn. Rellstab zu überzeugen; immer noch vertheidigte er seine Ansicht, die denn auch erst später den im Schlosse gepredigten accomodirt wurde.

Als Hr. Rellstab wieder in die Straße trat — es mochte sieben Uhr vorüber sein — fand er sie viel belebter als zuvor; Bürger und Soldaten hatten sich gemischt, die gegenseitige Erbitterung schien ihm untergegangen. Durch die immer zahlreicher werdende Menge vorwärts gehend, versuchte er hie und da die Gemüther zu erforschen und im Sinne des ihm gegebenen Auftrages zu stimmen. Aber völlig vergeblich. Die Proclamation hatte, da man sie für unwahr hielt, eine Erbitterung erzeugt, welche fast größer war als die gegen das Militär selbst. An vielen Orten, wo dichte Kreise von Menschen zusammen standen, wurde die Proclamation gelesen und dann zerrissen und mit Füßen getreten. Die ruhiger Gesinnten, die gebildeten Bürger äußerten ihre Meinung gar nicht und entzogen sich lieber solchen Auftritten ganz. Der wilde, trübe Strom der Volksmassen — so drückt sich Hr. Rellstab aus — schwoll zu heftig und ungedämmt entgegen, als daß es irgend möglich gewesen wäre, ihm Widerstand zu leisten!

Bald darauf nachdem der König die von Hrn. Rellstab eingeführten Bürger entlassen hatte, um acht Uhr, befand sich wiederum eine Anzahl Bürger im Schlosse, die, ohne *äußere* Aufforderung zusammengekommen, den König zu sprechen wünschten. Während sie in einem der Vorsäle, wo sie viele hohe Offiziere antrafen, sich sammelten, kam es auch hier zwischen einzelnen militärischen und bürgerlichen Personen zu Erörterungen, die auf die Lage des Augenblicks Bezug hatten. Als einer der Bürger bei dieser Gelegenheit kurz äußerte: die Truppen *müssen* durchaus zurückgezogen werden, glaubte ihn ein General daran erinnern zu müssen, an welchem Orte er sich befinde und welcher Person gegenüber er diese Forderung geltend machen wolle. Also auch jetzt noch hielt die Umgebung des Königs eine offene freie Sprache für unzeitig und nicht am Orte passend. Die Bürger, zwölf bis funfzehn an der Zahl, darunter der Stadtrath *Nobiling*, Kaufmann *Neumann*, Buchhändler *Simion*, Uhrmacher *Tiede*, Buchbinder *Hanisch* u. A., schlossen sich dem ebenfalls bereits anwesenden Oberbürgermeister von Berlin, Hrn. Krausnick, an. Unter dessen Leitung traten sie in den Empfangsaal. Der König erschien, an seiner Seite die Königin und umgeben von Prinzen und Generalen. Er sah angegriffen aus. Mit freundlichem Gruße und den Worten: „Nun, meine Herren, Sie haben wohl auch diese Nacht nicht schlafen können?“ empfing er diese neuen Gäste. Hr. *Krausnick* hielt hierauf eine längere Ansprache an den König, an deren Schluß er diesem dringend an's Herz legte, ungesäumt die für die Stadt ersprießlichen Maßregeln zu ergreifen. Der *König* ant-

wortete in der oft wiederholten Art: Erst müßten die Barrikaden weggeräumt werden, dann würden die Truppen zurückgezogen werden, wies auf seine Stärke und seine Mittel hin, und deutete an, daß das Militär ebensowohl zum Schutze der Bürger, wie im Interesse der Krone thätig sei. Hr. Nobiling versuchte darauf in wohlgesetzter Rede auszuführen, daß bei der Lage der Dinge die Maßregel, durch das Militär die Ruhe in der Hauptstadt herzustellen, eine unheilvolle sei; er führte an, daß sich viele der wohlhabenden und gutgesinnten Bürger mit Freuden dem, wenn auch beschwerlichen, doch jetzt unumgänglich nothwendig gewordenen Dienste, die Ruhe und Ordnung in der Stadt herzustellen und aufrecht zu erhalten, unterziehen würden, und empfahl schließlich, eine auserwählte Zahl von Bürgern sofort mit Waffen zu versehen und diesen bewaffneten Bürgern den Schutz des Königs und der Stadt zu übertragen. Ein von einer Person aus der Umgebung des Königs schnell ausgesprochenes „Nein!" folgte unmittelbar dem Schluß der Rede. Aber eben so schnell trat einer der Bürger dem unberufenen Mitsprecher — es soll der Prinz Albrecht, ein Bruder des Königs, gewesen sein — mit den Worten entgegen: „Wer wagt es hier, Sr. Majestät dem Könige vorgreifen zu wollen?" Der König warf einen kurzen, vorwurfsvollen Blick auf seine Umgebung und antwortete dann in lang gemessenen Worten: Eine Bürgerbewaffnung vertrage sich nicht mit dem Systeme der Regierung, das Militär allein habe die Pflicht, die Ordnung und das Gesetz zu schützen; mit seinem Militär würde er, wenn alle seine königlichen Mahnungen nichts fruchteten, wenn der Aufruhr fortgesetzt würde, siegreich sein. „Ein solcher Sieg", warf ihm augenblicklich einer der Bürger, derselbe, der vorhin die gegen den Prinzen gerichteten Worte gesprochen, entgegen, „ein solcher Sieg, Majestät, würde eine Niederlage sein!" Der König wandte sich gegen den Sprecher — es war der Kaufmann Neumann — fragte ihn nach Namen, Stand und Wohnung und fuhr dann fort, alles Dasjenige zu wiederholen, was er bereits dieser und den früheren Deputationen mitgetheilt hatte. Er entließ auch diese mit der Aufforderung: Jeder von ihnen möge nach seinen Kräften auf die Bevölkerung zu wirken und diese zu veranlassen suchen, die Barrikaden wegzuräumen, damit sein königliches Wort, welches dem Wunsche der Bürger um Zurückziehung der Truppen genügen wolle, erfüllt werde. — Der König trat zurück und ehe noch die Bürger sich entfernt hatten, näherte sich einer der Generale dem genannten Kaufmann und empfahl diesem dringend, im Interesse des Königs, in seinem eigenen und dem Interesse der Stadt nichts unversucht zu lassen, was durch seinen Einfluß auf die Bevölkerung zur Herbeiführung des Friedens geschehen könne.

So verlief auch die Mission dieser Bürger fruchtlos und eben so blieb die Aufforderung des Königs ohne Erfolg. Doch das fortwährende Einerlei mit den Besuchen auf dem Schloß, mit den Reden an den König, mit dessen

Antworten und Aufforderungen hatte ein Ende. In Rath- und Thatlosigkeit vergingen die Stunden, seitdem die Waffenruhe eingetreten war, die Gefahr hatte sich nicht gemindert, sie wuchs mit jeder Minute, die Bürgerlichen widerstrebten beharrlich, dem Gebote des Königs nachzukommen. Mochten auch hie und da einige leichte, Hausbesitzern unbequeme Barrikaden weggeräumt worden sein: hunderte dieser Verschanzungen bedeckten in allen Stadttheilen die Straßen, frische Besatzungen waren stets zu ihrer Vertheidigung bereit. Fortwährend erschallte von einigen Thurmglocken jenes Sturmgeläute, das seit dem Beginn der Straßenkämpfe nicht geendet hatte, um die Gefahr, in welcher sich die Stadt noch immer befand, zu verkünden. Das ununterbrochen forttönende, nur in den Stimmarten abwechselnde Glockengeläute, die in größeren oder geringeren Zwischenräumen erfolgenden regelmäßigen Schüsse der Pelotons, die tapfer antwortenden, von jenen wohl unterscheidbaren Einzelschüsse aus den Büchsen der Bürgerlichen, das dazwischen brausende Hurrah! und Halloh! der Kämpfer aus dem Volke, von denjenigen Stadttheilen, die mitten im Kampfe waren, das Krachen der Kartätschenschüsse — diese Töne zusammen, von dem Zufall, von der Wirklichkeit componirt, bildeten in jener mondhellen, stillen Frühlingsnacht die musikalische Begleitung zu der großen Staatsaction, die in der Hauptstadt des Landes vorging, eine Musik, deren Melodieen dem vom Kampfe und der nächsten Umgebung eines Kampfplatzes entfernten Zuhörer in allen Einzelheiten vernehmlich waren. Diese Musik eröffnete den christlichen Tag der Ruhe, den „Tag des Herrn"; sie erlosch in ihrer Vollständigkeit erst in der sechsten Morgenstunde, um lange nachher noch in den Tönen der Sturmglocken fortzuhallen. Vor dem mächtigen Sturmgeläute verstummte das an diesem Tage übliche Glockengeläute, das die Gläubigen zum Kirchendienste einladen soll. Es gab an diesem Sonntage in Berlin keinen Kirchengänger, es gab keinen Kirchendienst; es war ein Sonntag, ohne Ruhe- und Feiertag zu sein. (Nur in einer Kirche Berlins ist am 19. März ein sogenannter Frühgottesdienst abgehalten worden, und zwar in der Kirche des Waisenhauses, dessen Zöglinge wie gewöhnlich am Sonntage in die Kirche geführt wurden, um dieses Mal die Predigt eines Candidaten mit anzuhören.)

Der übliche Kirchendienst stockte — vielleicht zum ersten Mal an diesem Tage in der Geschichte Berlins — ebenso wie die gewöhnlichen, ordnungs-, gesetz- und gewerbemäßigen Functionen in's Stocken gerathen waren, wie selbst der Post- und Eisenbahnverkehr seit dem Beginn der Kämpfe unterbrochen worden — die in der Nähe des Postgebäudes auf allen Seiten errichteten Barrikaden hatten den regelmäßigen Abgang der Posten verhindert; und an den Eisenbahnen um Berlin waren von Volkshaufen oder (s. die Lüttichau'sche Schrift S. 25) von den Offizianten selbst, „da das Volk darauf gedrungen", die Schienen aufgerissen, um dadurch den Zuzug auswärtigen Militärs zu verhindern; alle Thätigkeit, sowohl die des Einzelnen, des Unab-

hängigen wie Abhängigen, als auch die des Gesammtmechanismus, hatte sich dem Einen: der Lösungsform des Conflictes, untergeordnet.

Da die Bürgerlichen den entscheidenden Schritt zur Beendigung des Aufruhrs, in der Art, wie der König es gewünscht hatte, nicht thaten, so mußte man, um die Gefahr nicht unabsehbar zu vergrößern, sich auf dem Schlosse, mußte sich der König entschließen — nachzugeben. Etwa eine Stunde darauf, nachdem die zuletzt erwähnte Deputation das Schloß verlassen hatte, fand hier unter dem Vorsitze des Königs, der die anwesend hohen Militär- und Civilbeamten, darunter auch den Hrn. v. Bodelschwingh, um sich versammelt hatte, eine Berathung statt, in der die Mehrheit die Ansicht aussprach: es werde rascher zum Frieden führen und bei der Gegenpartei einen guten Eindruck machen, wenn man auf einigen Punkten mit dem Zurückziehen der Truppen den Anfang mache, auch ohne vorgängige strenge Erfüllung der gestellten königlichen Bedingung. Es wurde darauf beschlossen, daß mit dem Rückzug der Truppen von den Straßen und Plätzen der Anfang gemacht werden, daß jedoch das Schloß, das Zeughaus und andere öffentliche Gebäude militärisch besetzt bleiben sollten. An Solchen, die dieser Maßregel widersprachen, fehlte es nicht; zu ihnen gehörte ein General, der inzwischen im Jahre 1850 als pensionirter Offizier verstorben ist. Inwieweit und ob überhaupt auf jenen, von dem Könige gebilligten Beschluß die, (wie eine uns vorliegende, sich als authentisch ausgebende Mittheilung erwähnt), mittlerweile in's Schloß gebrachte Nachricht Einfluß gehabt: daß auf die Truppen nicht mehr unbedingt zu bauen sei, daß einzelne Soldaten schon die Patronen weggeworfen hätten, daß namentlich ein Offizier einer Cavallerieabtheilung erklärt, er wisse mit seinen Leuten nichts mehr anzufangen, in wieweit dieser Mittheilung überhaupt Glauben zu schenken, müssen wir, bei dem Mangel anderweitiger authentischer Nachrichten, dahin gestellt sein lassen.

Während jene Berathung stattfand, hatten sich bereits wiederum einzelne Bürger, von denselben Absichten und Bestimmungsgründen, wie die früheren Deputationen, angetrieben, im Schlosse eingefunden. Unter ihnen befanden sich der Stadtrath Dunker, der Bezirksvorsteher Vollmer und der als gerichtlicher Vertheidiger bekannt gewordene Dr. Stieber. Zu diesen Bürgern, etwa zwölf an der Zahl, trat bald auch der Bürgermeister Naunyn. Unter der Führung des Letzteren wurden sie in das Empfangzimmer geführt. Hier fanden sie die Prinzen, Minister und Generale um den König versammelt. Es wurde diesem wiederum erklärt, „daß außer durch Gewährung der allgemeinen Wünsche des Landes die Bürgerschaft nur durch sofortige Zurückziehung des Militärs und durch Freilassung der bei den Unruhen verhafteten Personen zu bewegen sein würde, die Barrikaden zu öffnen und sich zur Ruhe zu neigen." Der König drückte seinen tiefen Schmerz über das Geschehene aus, reichte den

Mitgliedern der Deputation freundlich die Hand und eröffnete, nachdem man fast eine Stunde lang die Lage der Stadt berathen hatte, der Deputation endlich, „daß sofort alle Straßen und öffentlichen Plätze vom Militär geräumt werden, daß das Militär die Stadt theils verlassen, theils in die Kasernen zurückkehren und daß die allgemeinen Wünsche des Landes so weit nur irgend möglich erfüllt werden sollten. Namentlich solle sofort eine Veränderung im Ministerium eintreten. Der König vertraue aber auch, daß es dem Einflusse der Deputation gelingen würde, nunmehr die Barrikaden zu eröffnen und die Ruhe wieder herzustellen." Der Minister v. Bodelschwingh erklärte zugleich der Deputation, daß er heute zum letzten Male als Minister zu ihr spreche, da er sein Amt bereits niedergelegt habe. Nach den hierbei gemachten Andeutungen waren Männer wie Vincke, Beckerath, Auerswald, Graf v. Schwerin bestimmt, das neue Ministerium zu bilden. — Der Deputation wurden endlich drei Staabsoffiziere zur Disposition gestellt, um mit Hülfe derselben den Rückzug der Truppen und Herstellung des Friedens zu bewirken.

Eine weiter ausgeführte Darstellung einzelner hieher gehöriger Punkte liefert ein von dem Bürgermeister Naunyn herrührender Bericht, der freilich den Inhalt der einstündigen Audienz beim Könige nur mit einigen Worten erwähnt. Derselbe lautet (s. Amtl. Berichte und Mittheilungen über die Berl. Barrikadenkämpfe. S. 37):

Das zweite Garde-Reg. zu Fuß war in der Nacht vom 18. zum 19. März in der großen Friedrichsstraße bis zu der Barrikade in der Nähe der Zimmerstraße vorgerückt. — Die Vertheidiger dieser Barrikade, zu neuem Kampfe gerüstet, mußten jeden Augenblick des Angriffs der Truppen gewärtig sein. — Am frühen Morgen des 19. erschien der Bürgermeister Naunyn unter den in großer Zahl hier versammelten Bürgern, versuchte die Beruhigung der, durch die Schrecken der vergangenen Nacht aufs Höchste erbitterten Gemüther und übernahm es, die augenblickliche Zurückziehung der Truppen bis in die Nähe der Leipzigerstraße und deren friedliches Verhalten zu vermitteln, demnächst auch bei Sr. Maj dem Könige das sofortige Zurückziehen sämmtlicher Truppen von allen Straßen und Plätzen Berlins zu erwirken.

Der commandirende Offizier der Truppen in der Friedrichsstraße, Major v. Rauchhaupt, zeigte sich dem an ihn gestellten Ersuchen geneigt und ging mit den Soldaten bis in die Nähe der Leipzigerstraße zurück. — Der Bürgermeister Naunyn begab sich nun nach dem Königl. Schlosse, wo sich Dr. Stieber, Stadtrath Dunker und Bezirksvorsteher Vollmer in derselben Absicht eingefunden hatten. Er stellte in der eindringendsten Weise dem hier anwesenden Minister Bodelschwingh die unabweisbare Nothwendigkeit des augenblicklichen Zurückziehens sämmtlicher Truppen von allen Straßen und Plätzen Berlins vor, wenn ein neues Blutbad und Folgen vermieden werden sollten, die hier vom Schlosse aus unübersehbar sein möchten. Alles wäre zu fürchten, wenn er ohne den Befehl zum Zurückgehen des Militärs, das Beste aber zu hoffen, wenn er mit diesem Befehle zurückkäme. Der Herr Minister sagte sofort seine Verwendung für eine Audienz bei Sr. Maj. dem Könige zu, er erkannte das Gewicht der vorgetragenen Gründe, und erklärte sich zur Entwerfung eines schriftlichen Erlasses, welcher Sr. Maj. vorzulegen sein möchte, bereit. Der Bürgermeister Naunyn erklärte, daß er diesen Erlaß, der ja auch schon in der so eben gedruckt vertheilten Ansprache Sr. Majestät von der vergangenen Nacht enthalten sei, weder für räthlich, noch für so schnell wirksam erachte, als der Drang der Umstände es fordere. Nur die Beiordnung eines, von Sr. Maj. mit dem erforderlichen, bestimmten und ganz unbedingten Befehle an die Truppen versehenen Adjutanten lasse den gewünschten Erfolg hoffen. — Vor Se. Maj. geführt, erlangte der Bürgermeister Naunyn die unbedingte Gewährung seiner Bitte. — Ein General, wenn wir nicht irren, Hr. v. Prittwitz, erhielt von Sr. Maj. dem Könige selbst den Befehl, dem Bürgermeister Naunyn, dem Dr. Stieber und Stadtrath Duncker die

erforderlichen Adjutanten mit dem Befehle zum Zurückziehen der Truppen, zuzuweisen. — Auf den innern Schloßhof zurückgekehrt, trat der General v. Prittwitz mit den Herren von der Stadt, in den Kreis der versammelten Stabsoffiziere, der Bürgermeister wiederholte den Befehl des Königs mit den von Sr. Majestät ausgesprochenen Worten, der General bestätigte dieselben und veranlaßte sofort die Ausführung der Befehle. — Der Major des Regiments Kaiser Alexander, Herr v. Rödern, wurde dem Bürgermeister Naunyn beigegeben. Während diese beiden Friedensboten zu den Barrikaden der Friedrichsstraße und den angrenzenden Straßen eilten, begaben sich der Dr. Stieber mit einem zweiten Adjutanten nach der Linden-, Herr Vollmer mit einem dritten nach der Wilhelmsstraße. Bald hatten sich alle hier aufgestellten Truppentheile, Infanterie, Cavallerie und Artillerie, Behufs der Räumung der Straßen und Plätze, in Bewegung gesetzt, die denn auch in zwei Stunden, von 10 bis 12 Uhr, vollständig erfolgt war. Sofort ging es an das Niederreißen der Barrikaden, und in wenigen Stunden waren schon mehrere dieser, durch das Volk mit Kühnheit erbauten, mit Muth behaupteten Werke verschwunden, weil seine Rechte anerkannt und durch das Königliche Wort gesichert waren. —

In der schon mehrfach erwähnten „Erklärung" des Hrn. v. Bodelschwingh gegen einige seine Person betreffende Irrthümer der Signatura temporis findet sich auch über diesen Punkt schließlich ein Passus, welcher die „Betheiligung des in jenem Augenblicke seines Dienstes bereits enthobenen Ministers", den in der Signatura gemachten Angaben gegenüber berichtigend darstellt. Hr. v. Bodelschwingh erzählt bei dieser Gelegenheit den Hergang der Sache, mit der seine ganze bisherige Wirksamkeit im Rath des Königs abschloß, in folgender Weise:

Als am 19ten früh die militärischen Operationen gegen den Straßen-Aufruhr in Folge der Königl. Proclamation an die Berliner einstweilen sistirt und die städtischen Behörden aufgefordert waren, dahin zu wirken, daß die Aufrührer durch Niederlegung der Barrikaden und Waffen Se. Majestät in den Stand setzen möchten, die für diesen Fall zugesicherte Zurückziehung der Truppen von den Straßen und öffentlichen Plätzen zu realisiren, erschien, vielleicht gegen 10 Uhr Morgens, eine zahlreiche Deputation des Magistrats und der Stadtverordneten im Schloß mit der Erklärung: daß die Proclamation möglichst verbreitet sei, vielfältig die beste Aufnahme gefunden habe, daß an einigen Punkten mit der Niederlegung der Barrikaden schon der Anfang gemacht werde, unfehlbar aber Ruhe und Ordnung sofort zurückkehren und der Aufforderung Sr. Majestät in vollem Umfange Folge gegeben werden würde, wenn man gleichzeitig auch mit dem Zurückzug der Truppen den Anfang machen wolle; sie verbürgte sich dafür, so weit überhaupt eine solche Bürgschaft möglich sei. Hierauf beschlossen Se. Majestät — in Folge einer in Gegenwart mehrerer hohen Militär- und Civilbeamten (auch des Grafen Arnim) gehaltenen Berathung — daß, auf jene Zusicherung bauend, mit dem Rückzug der Truppen von den Straßen und Plätzen der Anfang gemacht und damit und in den Straßen fortgefahren werden solle, insoweit als das gegebene Wort auch auf der anderen Seite erfüllt würde; unter dem ausdrücklichen Befehle jedoch, daß das Schloß, das Zeughaus und andere öffentliche Gebäude mit starker Hand militärisch besetzt bleiben sollten. — Der Minister v. Bodelschwingh war der Ueberbringer dieses Befehls an die Deputation. Als dagegen von einer Seite Einwendungen erhoben wurden, äußerte er, daß er genau den königl. Befehl mittheile, ohne Zusatz oder Abzug, und dessen Aenderung oder Deutung Niemanden zustehe.

Der Graf v. Arnim, der in dieser Darstellung gleichfalls als Theilnehmer der entscheidenden Berathung im Schlosse bezeichnet wird, stellt seine Theilnahme in Abrede. Als er sich am Vormittage nach dem Schlosse begeben, habe er bei seinem Eintreten in das von Militär- und Civilpersonen gefüllte Zimmer eine städtische Deputation gefunden, die jedoch soeben vom Könige entlassen worden. So viel er noch vernommen, habe die Deputation bei dieser Verabschiedung die Verheißung erhalten: „daß, da die städtischen Behörden

dann für die Herstellung der Ruhe und Ordnung in der Stadt bürgen zu wollen erklärten, die Truppen die eingenommenen Straßen und Plätze räumen und nur das Schloß, das Zeughaus und einige andere Gebäude besetzt halten sollten." — Gleichwohl giebt Hr. v. Arnim zu, daß die königliche Antwort auch in der oben angeführten Weise gelautet haben könne, da er nur den Sinn der Zusage im Allgemeinen habe vernehmen können, während die vorangegangenen Details ihm unbekannt gewesen sein. Hr. v. Arnim führt hierauf die Aeußerung an, die er in jenem Augenblicke gemacht, die nämlich: „daß Sr. Majestät den Zusicherungen der Bürgerschaft Vertrauen zeigen möge." Er will jedoch mit dieser vor seinem Amtsantritte gethanen und auf jenen Bescheid ohne Einfluß gebliebenen Aeußerung seiner Privatansicht „nicht im Entferntesten den Gedanken verbunden, geschweige denn gerathen haben, die Militärmacht aus den Händen zu geben oder gar das Schloß und die öffentlichen Gebäude ohne eine, der im Aufruhr begriffenen Hauptstadt gegenüber hinlänglich starke, jede feindliche Annäherung verbietende Besatzung zu lassen." Erst später habe er erfahren, daß bei der in der Bodelschwingh'schen Erklärung erwähnten Berathung, an der er daher nicht Theil genommen, vor seinem Eintreffen, aus dem militärischen Standpunkte Gegenvorstellungen gegen dieses Zurückziehen der Truppen erhoben worden. Von dem Augenblicke an, als er eingetreten und bis der König nach Verabschiedung der Deputation das Zimmer verlassen, seien dergleichen nicht erfolgt, noch überhaupt Discussionen darüber gepflogen.

Während auf dem Schlosse die Maßregeln zur Herstellung des Friedens in der angegebenen Art betrieben wurden, hatte in der Königsstadt ein Ereigniß stattgefunden, dessen Einfluß auf die Beschleunigung der im Schlosse gefaßten Entschlüsse von vielen Seiten alles Ernstes behauptet und selbst durch einzelne Berichte von Zeitungen aus jenen Tagen als entscheidend dargestellt wurde. Ein während der Waffenruhe vorgekommenes Intermezzo tragikomischer Natur schien einem Theile der bürgerlichen Kämpfer, die von dem Verlaufe der zwischen König und Bürgerschaft eingeleiteten Unterhandlungen nicht unterrichtet waren, geeignet, den Friedensschluß ohne viele Umstände, gleichsam aus der Pistole geschossen, herbeizuführen. Der commandirende General v. Möllendorf war nämlich Morgens nach 8 Uhr vor der großen Barrikade am Alexanderplatze als Parlamentair erschienen, um freien Durchgang nach einer in der Nähe liegenden Kaserne zu erhalten, wo er das Einstellen des Feuers anordnen wollte. Der General unterhandelte mit dem Thierarzte Urban, dem Commandeur der Mannschaften hinter der Barrikade; dieser bewilligte den erbetenen freien Durchgang. Inzwischen hatte sich die Menge um den General gedrängt. Mißtrauisch nahm sie sein Verlangen auf. Das von Seiten der Truppen unbeantwortet gelassene Feuern der Barrikadenbesatzung am frühen

Morgen hatte die Meinung veranlaßt, die gegenüberstehenden Soldaten hätten sich bereits verschossen; die Waffenruhe war nicht officiell proclamirt worden, an eine ernstliche Einstellung der Feindseligkeiten wurde nicht geglaubt. Während Einige aus der Menge ihr Mißtrauen gegen den General aussprachen, näherte sich diesem von der Rückseite ein Knabe von 12 bis 14 Jahren, ein Weberlehrling, nahm ihm den Degen fort und rief: „Sie sind mein Gefangener.“ Der General gerieth darüber außer sich, nannte dies Verrath u. s. w. Der Degen wurde ihm hierauf zurückgegeben, er selbst jedoch als „Geißel“ zurückbehalten.

Von militärischer Seite wird diese gegen den „in der Armee hochverehrten und in den Freiheitskriegen durch seine unerschrockene Tapferkeit bekannt gewordenen General Möllendorf verübte Verrätherei“ so dargestellt: „der General begab sich als Parlamentair zu einer Barrikade, um freien Durchgang nach einer in der Nähe liegenden Kaserne zu erhalten, wo er das Einstellen des Feuers anordnen wollte. Trotzdem aber, daß die Waffenruhe schon proclamirt und dem General der freie Durchgang bewilligt war, umdrängt ihn die Menge und erklärt ihn als ihren Gefangenen. Man beraubt ihn rücklings seines Degen, den er aber wieder erhält, nachdem er sagt, ein preußischer Soldat könne sterben, aber seinen Degen nicht lassen. Ein mit einem Pistol bewaffneter Empörer springt auf den General zu, setzt ihm dasselbe vor den Kopf, doch glücklicherweise versagt es. Durch die beispiellose Kaltblütigkeit, mit welcher der General dem Tode in die Augen zu sehen vermochte, wird der Empörer entwaffnet und wirft sich ihm zum Beschützer auf, schlägt die ihm auf die Brust gesetzten Gewehre zur Seite und geleitet ihn unter einem aus den Fenstern der benachbarten Häuser gerichteten Kugelregen als Gefangenen nach dem Schützenhause.“ (Verhalten derjenigen Truppen rc. S. 15.)

Ein Augenzeuge und mitbetheiligter bürgerlicher Kämpfer giebt dagegen in einem bald nach den Vorgängen niedergeschriebenen und veröffentlichten Berichte folgende Darstellung:

Am Sonntag Morgen — es mochte wohl 8 Uhr sein — erschien allein und zu Fuß ein hoher Offizier mit dem Schnupftuche winkend, es war, wie ich bald erfuhr, der General v. Möllendorf. Ueber den eigentlichen Hergang seiner Gefangennehmung müssen er selbst und andere von uns Rechenschaft geben können; als ich herzukam, fand ich ihn niedergeworfen und in größter Lebensgefahr, ich schlug die auf ihn angelegte Pistole zurück, wir führten ihn, um ihn der Wuth des Volkes zu entziehen, in das Krüger'sche Haus in der Alexanderstraße. Der General verlangte nach der Kaserne des Alexander-Regiments geführt zu werden, wie wir vermutheten, in keiner anderen Absicht, als Befehl zu geben, die Regimenter, die sich verschossen hatten, mit frischen Patronen zu versehen. Wir waren schon einige Mal durch Parlamentaire mit weißen Tüchern getäuscht worden und überhaupt waren unsere Brüder, die auf dem Schloßplatze Vivat! es lebe der König! gerufen hatten, verrätherisch überfallen worden, so daß der Glaube an ein Völkerrecht nicht mehr bestand. An einen Waffenstillstand, den ein einzelner Offizier, ohne von einem Bürger begleitet zu sein und ohne uns Brief und Siegel von dem Könige zu bringen, uns anbot, konnten wir, die wir uns in offener Empörung befanden, nicht glauben. Wir verlangten von dem General Möllendorf, daß er sogleich eine Ordre ausstellen möge, daß die Regimenter die Feindseligkeiten einstellen und sich in die Kasernen zurückziehen sollten. Nach langem Weigern that er dies; erst nur

für das Regiment Alexander, hernach schrieb er in einer Anmerkung noch darunter: daß sein Befehl auch für das Regiment Franz gültig sein sollte. Mit dieser Ordre begab ich mich zu dem an der Königsbrücke stehenden Vorposten, las den um mich versammelten Offizieren den Befehl des Generals vor und ließ von Einigen es bestätigen, daß es die Handschrift des Generals Möllendorf sei. Die Truppen erhielten unterdessen von dem Könige ebenfalls Befehl, nach ihren Kasernen zurückzukehren. Den König soll ganz besonders die Meldung, daß wir den General Möllendorf erschießen würden, wenn nach Verlauf einer Stunde das Feuer nicht eingestellt sein würde, bewogen haben, die Truppen abzurufen; von einer solchen Androhung ist mir nichts bekannt. Gott sei Dank, daß hier einer Erneuerung des Bürgerkrieges ein Ende gemacht worden war! Das Sturmgeläut dauerte noch immer von allen Thürmen fort, von allen Seiten zogen uns bewaffnete Bürger zu, in allen Küchen wurden Kugeln gegossen, es wäre ein fürchterlicher Sonntag geworden, denn dem Volke wäre nichts übrig geblieben, als mit Feuer und Schwerdt gegen das Schloß vorzurücken. Der General Möllendorf war den Bürgerschützen übergeben und nach dem Schützenhause in Sicherheit gebracht worden. Später drang noch einmal ein Volkshaufe dort ein und verlangte seine Auslieferung. Der Schützenhauptmann erklärte den Leuten, daß der General bereits nach dem Schlosse eskortirt worden sei, um von dem Könige weitere Befehle zur Einstellung aller Feindseligkeiten zu erhalten; dies war jedoch nur ein Vorgeben, der General befand sich noch in dem Schützenhause, wurde aber bald darauf freigegeben. —

Derselbe Berichterstatter erzählt weiter:

Von dem Alexanderplatze eilte ich mit dem Befehl Möllendorfs überall hin, wo ich Militär aufgestellt fand, ich hatte furchtbar zu laufen von dem Alexanderplatz, durch die Alexanderstraße nach der Waisenhausbrücke, durch die Wallstraße nach der Kaserne in der Commandantenstraße. Von da nahm ich meinen Weg über den Dönhofsplatz nach dem Petriplatz, und so kam ich endlich — es war wohl 11 Uhr vorbei — auf dem Rathhause an, wo ich die frohe Nachricht erhielt, daß in den anderen Stadttheilen der Friede hergestellt sei, so wie ich die nicht minder frohe Nachricht brachte, daß in dem großen Stadtgebiete, durch welches ich gekommen, kein Bruder mehr im Kampfe gegen den Bruder stehe. Der Stadtschulrath A. Schulze, dieser „allgemein hochgeachtete und freisinnige Mann", war der erste, der mir hier die Hand drückte und mir sagte: ein Athemzug der Freiheit thut dem Herzen wohl.

Die Nachricht, daß die Feindseligkeiten eingestellt und die Truppen zurückgezogen werden sollten, hatte sich mit großer Schnelligkeit durch die Stadt verbreitet. Die berliner Bürger nahmen sie mit Jubel auf; bei den bürgerlichen Kämpfern erregte sie noch Zweifel und Mißtrauen, das vielleicht selbst dann nicht wich, als die Soldaten ihre Stellungen wirklich verließen und sich nach der Gegend des Schlosses hin zurückzogen. Dasselbe Mißtrauen verhinderte auch, daß einige der stärksten Barrikaden sofort abgetragen wurden; die auf dem Alexanderplatze, so wie verschiedene andere blieben mit ihrem vollständigen Vertheidigungsapparat noch den ganzen Tag über unversehrt.

Außer den drei im Schlosse creirten Friedensboten übernahmen viele Andere, Bürgerliche und Militärs, das Werk der Friedens-Verkündung in den verschiedenen Stadttheilen. Auch der Thierarzt und „Barrikadenhauptmann" Urban gehörte zu den Verkündigern dieses Evangeliums. In der Friedrichsstraße erschien um 10 Uhr ein Adjutant zu Pferde, der mit einem weißen Tuche winkte; er ritt bis an eine Barrikade, um die eine Menge Menschen versammelt waren. An diese richtete er die Worte: „Bürger, der Kampf ist beendet, der König hat den Befehl gegeben, daß alle Truppen sich zurückziehen sollen und erwartet nun auch von Euch, daß Ihr alle Feindseligkeiten einstellen wer-

det." Die Menge sah erst noch einige Minuten lautlos zu; als aber derselbe Offizier den vor der Barrikade aufgestellten Truppen den Befehl zum Rückzug ertheilte, da erscholl ein Hurrah, man umarmte sich, Einige ließen den König leben, Andere die Freiheit. Man begleitete die Soldaten, kurz Alles war vergessen und vergeben, nur einige Wenige blieben mißtrauisch zurück. So erzählt Hr. Franz Raveaux diese Scene, deren Zeuge er gewesen. (S. dessen „Rückblicke. II." in der „deutschen Monatsschrift von Kolatscheck. 3. Heft 1850.)

Für die bangen Gemüther, für die gepreßten Herzen, für jene Menschengattung, die, voll Absicht urtheilslos über die Ereignisse sich durch persönliche Verhältnisse zu neutralem Verhalten hatten bestimmen lassen, für die Aengstlichen aller Art war endlich der befreiende Augenblick gekommen. Rücksichtslos, ohne die Bedeutung des Moments zu ahnen, ohne an das denken zu wollen, was folgen würde, was folgen müsse, gaben sich die so lange Geängstigten dem Genusse des Augenblicks hin, sie frohlockten, als das Unerwartete eingetreten war, und begleiteten voll Jubel das abziehende Militär. Die in solchen Augenblicken leicht erregbare Masse ließ sich von dieser Stimmung anstecken, sie jubelte mit, ja sie wurde weich gestimmt, innerlich gerührt. Die Stimmung nahm einen religiösen Charakter an. Die Haufen, welche den unter Musik abziehenden Truppen folgten, verlangten statt der heiteren Klänge des Marsches, den die Musikcorps aufspielten, eine Kirchenmusik, einen Choral. Wie die Stimmung in dieser Form sich während der folgenden Stunden wiederholt äußerte, wird die weite Darstellung zeigen.

Der Augenblick, der die angsterfüllten Herzen frei machte, der jenem städtischen und Regierungs-Beamten die Aeußerung entrang: „ein Athemzug der Freiheit thut dem Herzen wohl!" — dieser Augenblick schien auch dem erwähnten Stocken der Functionen ein Ende machen zu wollen. Man sah mit den sich allmählig öffnenden Barrikaden auch den unterbrochenen Verkehr wieder frei gemacht; man vergaß über den Jubel der Bevölkerung, deren letzte Forderung jetzt bewilligt war, die Erbitterung einer ganzen großen Menschenklasse, das über seine Zurücksetzung erbitterte Militär, jene Kategorie von Unterthanen, der die preußische Krone allen ihren Glanz, der der preußische Staat seine Stellung unter den europäischen Großmächten verschuldete; man hielt mit dem Rückzuge des Militärs den Frieden hergestellt, den Weg des Vertrauens neu angebahnt. In diesem Sinne brachten jetzt die Correspondenten der auswärtigen Zeitungen ihre Mittheilungen, die bisher durch den gehemmten Post- und Eisenbahnverkehr unbefördert zurückgeblieben waren, zum Abschlusse; und so wurde auch in anderen Kreisen der jetzige Augenblick zum Abschluß von Bulletins passend gefunden, denen in ungewohnter Weise die außergewöhnlichen Ereignisse ihre Entstehung gaben.

Ein Document dieser Art liegt uns in einem gedruckten Circular vor, das von einem der bedeutendsten der berliner Handlungshäuser an die aus-

wärtigen Geschäftsfreunde gerichtet war. Wenngleich sein Inhalt unserer Darstellung nichts Neues hinzufügt, so entspricht doch die Mittheilung desselben, als eines und zwar seltenen Aktenstückes vom 19. März, dem Zwecke dieses Werkes. Ob ähnliche Circulare von andern Handlungshäusern erlassen wurden, ist uns unbekannt geblieben. Das erwähnte Document lautet vollständig*):

Sonnabend den 18. März 1848.

In den Versammlungen der Schutzbeamten aller Vereine der Stadt ist gestern Abend beschlossen worden, Sr. Majestät dem Könige am heutigen Mittage 1 Uhr in corpore eine Adresse zu überreichen und auf Bewilligung der bekannten Reformen auf entschiedene Weise anzutragen. Da der Magistrat zu dieser, mit so bedeutenden Menschenmassen verbundenen Demonstration sich nicht einverstanden erklärte, so begab sich diesen Vormittag eine vom Oberbürgermeister geführte Deputation des Magistrats nach dem Schlosse, das Dringliche der Verhältnisse darstellend, worauf der König, angesichts des sich füllenden Schloßplatzes von Seiten der Schutzdeputation, die Einberufung des Landtages zum 2. April, Ministerveränderung mit Verantwortlichkeit derselben, völlig freie Presse und beschließende Stimme des Landtages bewilligt haben soll. Der Jubel des in ungeheuren Massen versammelten Volkes überstieg alle Grenzen. Leider trübte sich diese Scene auf die bedauerlichste Weise in wenigen Minuten.

Durch ein Mißverständniß nach Einigen, nach Anderen durch Beleidigung einer in Ruhe haltenden Dragoner-Abtheilung, soll von Letzterer auf das Volk eingehauen und von der Infanterie geschossen worden sein. Dies rief eine vollständige Empörung in der Stadt hervor, die leider mit gegenseitiger Erbitterung, unter militärischer Benutzung aller Schußwaffen, großes Blutvergießen gegenseitig herbeiführte, deren Folgen außer aller Berechnung liegen. Erst gegen 2 Uhr Morgens verminderte sich das Schießen.

Sonntag Morgen 9 Uhr. Die Stadt ist ziemlich ruhig. Die Barrikaden werden abgetragen. Militär ist an allen Ecken der Straßen aufgestellt, die Erneuerung derselben zu verhindern. Gott beschütze die Stadt!

Halb 11 Uhr. So eben verkündigt ein Adjutant, daß alle Truppen sich auf Ordre des Königs zurückziehen sollen; und sie ziehen unter Jubelruf des versammelten Volkes ab.

Anhalt & Wagener.

Der Befehl, ihre Stellungen zu verlassen, war allen Truppen bis gegen 11 Uhr mitgetheilt und sofort von ihnen ausgeführt worden. Diejenigen Truppenabtheilungen, die bis zum Alexanderplatz und den nächsten Straßen um das Schloß aufgestellt gewesen, marschirten zunächst nach dem Platz vor dem Schlosse auf der Seite des Lustgartens ab. Hier erhielten die auswärts cantonnirenden Regimenter den Befehl, nach ihren Cantonnirungs-Quartieren zu rücken.

VIII. Der Abzug der Truppen. — Das neue Ministerium.

Eine große Menschenmenge war von allen Theilen der Stadt nach dem Schloßplatze zusammengeströmt, als die bezeichneten Truppentheile sich hier ebenfalls gesammelt hatten. Unter den Augen dieser Menge ging der Abzug der in Berlin nicht heimischen Truppen von Statten. Auch das 8te Infanterie- (Leib-) Regiment befand sich unter den Abziehenden. Wie wir dessen

---

*) Dasselbe ist mit lateinischen Lettern in 4to gedruckt, ohne Angabe des Druckers; es fehlt wohl den meisten Sammlungen von berliner Aktenstücken aus dem Jahre 1848.

Einzug nach der Schrift eines der Führer dieses Regimentes genauer darzustellen im Stande waren, so giebt uns dieselbe Schrift Gelegenheit, den Abzug des vom Major Lüttichau befehligten Bataillons mit einigen näheren Details zu schildern.

Das genannte Füsilier=Bataillon hatte die Aufgabe, seine Cantonnirungen in den Dörfern Friedrichsfelde und Marzahn durch den „alleraufgeregtesten" Theil Berlins ohne Unfall zu erreichen. Den Weg durch das Frankfurter Thor glaubte der Führer unmöglich nehmen zu können, da er durch den Stadttheil führt, in welchem die Bewohner erst am verflossenen Abende bedeutende Opfer zu beklagen hatten. (Der Widerstand der dortigen Bevölkerung gegen das Vorrücken des 8ten Regiments und die dadurch hervorgerufenen Operationen des Militärs sollen an vierzig Menschenleben gekostet haben.) Daher wünschte der Führer durch die Roß= und Köpnickerstraße, den Oberbaum und so durch das Stralauer Thor den erstgenannten Cantonnirungsort zu gewinnen, bei welchem Marsche ihn die Spree von dem sehr aufgeregten Stadtheile getrennt hätte.

Graf Lüttichau schildert nun den Abmarsch in folgender Weise:

Als ich in dieser Absicht das Schloß verließ, befand sich auf dem Schloßplatz eine ungeheure Masse Menschen, Kopf an Kopf, in höchster Aufregung. Die Musik, die die wildesten Thiere bändigt, glaubte ich auch hier in Anwendung bringen zu müssen, und ließ daher die Hörner lustig erschallen. Kaum hatte die Musik begonnen, als Alle gegen die heitere Musik ergrimmten, sie als einen Hohn für die gefallenen Brüder erklärend. Allgemein wurde eine Trauermusik unter den gefährlichsten Bedrohungen verlangt. In der Bestürzung bliesen die Hornisten einen Choral, der allgemeinen Beifall fand, aber meinerseits trotz aller drohenden Protestationen des Publicums sofort untersagt, dagegen aber die „Heimathsklänge" und andere „wehmüthige" Melodieen geblasen wurden, die die aufgeregte Masse beruhigten.

Das Bataillon konnte seinen Marsch nicht durch die Roß= und Köpnickerstraße nehmen, da das Volk sich weigerte, die Barrikaden zu öffnen. Ich wurde gezwungen, trotz aller meiner Vorstellungen die ganze Leipzigerstraße bis zum Potsdamer Thor zu passiren und mußte die Communication außerhalb der Stadt gewinnen, und war somit genöthigt, durch einen Umweg von wenigstens 1 Meile Friedrichsfelde zu erreichen. — Der Marsch des Bataillons vom Schloß bis zum Potsdamer Thore ging gewiß durch eine Masse von 50000 Menschen, die in aufgeregtestem Zustande sich befanden. Das aufgeregte Publicum war hier sichtlich besserer Art, wie das der großen Frankfurterstraße; schon weil es Sonntag, war Alles wohlgekleidet und Niemand trunken, wie am Abend vorher in der genannten Straße. Ueberall ward von den Fenstern von Damen und Herren mit Taschentüchern geweht, unter steter Protestation des mich umgebenden Publicums gegen die Manifestation der Freude. Aber auch dieses wollte seine Freude zu erkennen geben und ließ die Linie, das Regiment, ja sogar meine Person leben, wogegen ich, so oft es ruhiger wurde, ein Lebehoch auf Se. Majestät ausbrachte, was von allen Seiten auf das Freudigste erwidert wurde. Von dem Spittelmarkte an waren alle Seitenstraßen, die Kur=, die Wallstraße 2c., die Leipzigerstraße bis zur Friedrichsstraße gewiß von 12 Fuß hohen Barrikaden der stärksten Art mit davorgezogenen Gräben, und auf der Straße mit einer Masse Bouteillen-Glasscherben abgesperrt. — Die mich umgebende Menge öffnete stets die Barrikaden mit der größten Bereitwilligkeit, überbrückte selbst die Gräben, räumte die Glasscherben mit den Händen fort, damit mein Adjutant und ich mit den Pferden ungefährdet hindurch konnten; ja die Artigkeit des mich umgebenden Publicums ging selbst so weit, daß sie mein Pferd am Zügel über die schmalen Bretter führten, mit welchen sie in aller Eile die Gräben der Barrikaden überbrückt hatten. Auf diese Weise überschritt das Bataillon ohne allen Aufenthalt gewiß zehn Barrikaden. Als die letzte Barrikade in der Nähe der Friedrichsstraße passirt war, erscholl in meiner Nähe der Ruf, den Säbel einzustecken; eine Menge Leute stürzte auf mich ein mit diesem

Verlangen, was ich aber eben so bestimmt wie beharrlich verweigerte; es geschah auch erst, als ich das Potsdamer Thor erreicht hatte. Hier war ich nicht wenig überrascht, die ziemlich starke Thorwache unter einem Offizier in's Gewehr treten zu sehen: so friedlich sah es in dieser Gegend der Stadt aus. Das Bataillon setzte seinen Marsch längs der äußeren Communication an der Stadtmauer fort, passirte am Oberbaum die Spree und war nicht wenig überrascht, als es die Frankfurter Eisenbahn überschritt, einige Schienen aufgehoben zu finden. Die Offizianten sagten aus: sie selbst hätten es am gestrigen Abend gethan, da das Volk darauf gedrungen. Ebenso sah das Bataillon das Frankfurter Thor geschlossen und wahrscheinlich war es wieder in derselben Weise verrammelt, wie am vergangenen Abend ... Es kann auffallend erscheinen, daß ich mich zu einem so bedeutenden Umwege nach meinen Cantonnirungs-Quartieren nöthigen ließ: indeß die Betrachtung, daß die mich umgebende Menge mit der größten Bereitwilligkeit mir die sehr fest erbauten Barrikaden selbst öffnete, ließ mich bald von den Versuchen durch die Commandantenstraße oder über den Dönhofsplatz durch die Jerusalemerstraße 2c. den Oberbaum zu gewinnen, abstehen. Den letzten vergeblichen Versuch machte ich längs der Friedrichsstraße, das Hallesche Thor zu erreichen, aber auch das wollte mir nicht gelingen. Es ist keinem Zweifel unterworfen, daß ich meinen Willen, einen kürzeren Weg als den durch das Potsdamer Thor nach Friedrichsfelde zu gewinnen, hätte durchsetzen können, hätte aber alsdann die mich umgebende Bereitwilligkeit bei Eröffnung der Barrikaden gewiß nicht gefunden, wäre nun sicher genöthigt gewesen, dieses selbst zu bewerkstelligen mit Leuten, die bei vollständiger Armatur mit schwerem Gepäck versehen waren. Ein mehrfacher Aufenthalt war unvermeidlich, und dies inmitten einer im höchsten Grade aufgeregten Bevölkerung.... Die möglichen sich hieraus ergebenden Folgen waren bei der herrschenden Aufregung gar nicht zu übersehen.... Es ist auch möglich, daß das mich grade nicht zunächst umgebende Publicum geglaubt haben mag, ich wolle nach Lichterfelde und sei nur bemüht, mich dem Triumphzuge durch einen Umweg zu entziehen (!), was ich später in Erfahrung gebracht habe.

Nachdem fast zu gleicher Zeit die sämmtlichen auswärtigen Truppentheile den Abmarsch in ihre Cantonnirungsquartiere angetreten und die in Berlin cantonnirenden Regimenter sich in ihre Kasernen zurückgezogen hatten, blieben vorläufig noch an einigen Punkten kleinere Besatzungen zurück. Der im Schlosse vorhandene Rest beschränkte sich in diesem Momente auf die gewöhnliche Wache, nämlich eine Compagnie Infanterie und 20 Schützen, und auf noch sechs Compagnieen, von denen 2 auf dem kleinen und 4 auf dem großen Schloßhofe einstweilen aufgestellt waren.

Bei dem Rückzug der Truppen schienen Conflicte zwischen diesen und den auf sie anströmenden Volkshaufen unvermeidlich. Nichtsdestoweniger wurden sie vermieden, da das Militär in stiller, pflichtmäßiger Resignation das Gebot des Königs ehrte und in den Volkshaufen stets beruhigende Elemente jede Reibung zu verhindern suchten. „Wüste Volkshaufen", so schildert der studentische Widersacher der Revolution, „zogen dem in die Kasernen einrückenden Militär mit Fahnen, Piken und Schußwaffen entgegen; aus den Haufen ward in die Luft gefeuert; schon glaubte die Infanterie sich angegriffen. Als die Artillerie einem ähnlichen Zusammenstoß nicht ausweichen konnte, wurde „Kehrt" commandirt, die Regimentsmusik im vorderen Gliede blieb halten und spielte: „Heil Dir im Siegerkranz". Da wehten die Tücher, Viele stimmten ein und der Conflict war vermieden". — In übertriebener Weise stellt das Schriftchen „Verhalten derjenigen Truppen 2c." diese Rückzugs-Scenen dar. „Mit dem schmerzlichsten Gefühl", heißt es hier, „verlassen die siegreichen Truppen die Stadt, indem sie durch eine insurgirte Pöbelmasse defiliren, für welche sie

nicht Verachtung genug finden können und welche sich in ihrer Gemeinheit nicht entblödet, sie mit den niedrigsten Insulten zu überschütten. Ruhig ziehen die Truppen fort, während sie nicht allein mit Schimpfreden, sondern auch mit Steinen und Schmutz beworfen werden, während die Rebellen dicht vor ihren Gesichtern Gewehre abschießen. Die siegreichen Truppen werden von den Meuterern gezwungen, vor einem ihnen begegnenden Wagen mit Leichen zu halten, zu salutiren und das Haupt zu entblößen. Den Offizieren der Garde-Artillerie werden bei ihrem Einrücken in ihre Kasernen von Wüthenden mit Blut getränkte und an Beile gebundene Tücher vor das Gesicht gehalten, ja sogar wird auf das 12te Infanterie-Regiment bei seinem Ausmarsche aus Berlin, nachdem die Waffenruhe verabredet worden war, noch aus den Fenstern geschossen und mehrere Offiziere und Soldaten theils getödtet, theils verwundet." Wahr ist an diesem letzteren Punkte, daß es allerdings noch am Mittage in der Gegend des Frankfurter Thores, derselben, die Hr. v. Lüttichau mit seinen Truppen wegen der blutigen Erinnerungen des vorigen Abends zu passiren scheute, zu Feindseligkeiten zwischen der dortigen Bevölkerung und den abziehenden Truppen kam. Doch sollen Letztere zu demselben Regimente gehört haben, dessen tödtlichen Kugeln am Abende vorher Viele von den bürgerlichen Kämpfern zum Opfer gefallen waren, und diesen Truppen wollte dieselbe Bevölkerung den Durchmarsch durch die Barrikaden zum Frankfurter Thore hin nicht gestatten. Die Soldaten machten darauf noch einmal Gebrauch von der Schußwaffe, wobei eine alte sechzigjährige Frau (in der großen Frankfurterstraße Nr. 58) erschossen wurde.

Jenes Libell eines militärischen Fanatikers fährt nach den angeführten Uebertreibungen fort: „Alle diese Insulten und meuchlerischen Anfälle erträgt das Militär mit den Waffen in der Hand, wenn auch mit dem bittersten Gefühl, so doch mit Ruhe, von einem Pöbel, den es eben besiegt hatte, den es die Gewalt hatte vollständig zu zerschmettern und zwar, weil es Treue geschworen hatte seinem Könige und Gehorsam seinen Offizieren. Auf eine solche beispiellos hohe Stufe kann eine Truppe nur gelangen, wenn sie ganz ihre Pflichten begriffen hat, ihrer eingedenk und von ihrer Kraft durchdrungen ist. . . . Wehe einem Volke, wenn es nicht tief durchdrungen ist von Schmerz und Erbitterung, daß seinen tapferen Söhnen eine solche Schmach widerfahren konnte von einem fanatischen Gesindel, welches tief unter ihm steht!"

Diese Worte zeichnen auf's Treueste die Stimmung, in der die meisten Führer des Militärs, seine Freunde und Bewunderer von den Truppen einen Befehl ausgeführt sahen, der ihnen nicht allein ungerechtfertigt und selbst ungerecht, sondern auch unheilvoll und entehrend zu sein schien; die angeführte Stelle ist bei allen Uebertreibungen und wegen der Uebertreibungen der wahrhafte Ausdruck des militärischen Bewußtseins, das die höchste Ehre des Soldaten in der Unterordnung selbst der militärischen Ehre unter jeden Befehl

des Fürsten, dem er Treue geschworen, erblickt, mag dieser Befehl noch so demüthigend für den soldatischen Sinn sein. Dieselbe Illusionen, welche die Bürgerlichen am Morgen des 19ten über das Günstige ihrer Lage hatten, waren auch bei den Truppen über die Vortheile ihrer Stellungen vorhanden; schon mögen sie, als der erste Befehl gekommen war, in ihren Stellungen ruhig zu verharren, sich für siegreich den „Rebellen" gegenüber gehalten haben, wobei sie freilich übersahen, daß der Kampf erst die ersten, für eine disciplinirte Macht günstigen Stadien durchlaufen hatte, daß aber bei einer Fortsetzung und vollständigen Durchführung des Kampfes der bürgerliche Feind stärker und gefährlicher geworden wäre. Wenn die Truppen dennoch in dem Wahne, sie seien Sieger — und von den „siegreichen Truppen" sprechen nicht bloß militärische und militärfreundliche Autoren in der Art des Autors der angeführten Stelle, sondern auch die antirevolutionären Tagesblätter wiederholen noch fortwährend diese Unwahrheit — wenn sie, in der Meinung, die Truppen allein seien im Stande gewesen, „die seit acht Tagen im Aufruhr befindlichen Massen zu bewältigen", dennoch auf höheren Befehl den Rückzug antraten, so mag die stumme Resignation, mit der dieser Rückzug ausgeführt wurde, in den Augen der Bewunderer immerhin „heroisch" gewesen sein: dem einsichtigen Beurtheiler erscheint gleichwohl dieser Heroismus als die natürliche Folge jener gerühmten Disciplin, die in der Nacht vorher dazu gehandhabt worden, die entsetzlichsten Grausamkeiten gegen die bürgerlichen Aufrührer ausüben zu lassen, und die alle „Gewissensscrupel" von Offizieren und gemeinen Soldaten, gegen die „Brüder", die Mitbürger die Waffen zu führen, beschwichtigen mußte.

Herr Leo erzählt, daß „ein Amerikaner, der voll Staunen die ruhige, wohlgeordnete Haltung der eben noch siegreich vorgedrungenen, mit allen Mitteln weiterer Siege ausgestatteten Truppen während des Rückzuges beschaute, so wie die über alles menschliche Maaß hinausgehende Frechheit und Gemeinheit ihrer Dränger, vor Entsetzen erblaßte und voll Bewunderung über die sittliche Kraft dieses herrlichen Militärs ausrief: Preußen war bisher ein freies Land!" Hr. Leo sieht in dem einfachen Akte des blinden Gehorsams „sittliche Kraft" und umschreibt demgemäß die nackte Thatsache, daß der Rückzug der Truppen ein Akt dieses blinden Gehorsams, eine Folge der Disciplin gewesen, durch das Argument, die Truppen hätten den Abzug angetreten, „theils indem sie glaubten, der Ausführung der Wünsche Sr. Majestät Erleichterung zu schaffen, theils und zumeist weil die einmal begonnene Bewegung ein fortziehendes Gewicht in der dadurch herbeigeführten Störung der Einheit in der Aufstellung erhielt", und hierbei hätten sie sich „den schönsten Lorbeer eines sittlichen Sieges der Ordnung errungen, den je eine Truppe erlangt hat."

Der studentische Gegner theilt in diesem Punkte Hrn. Leo's Bewunderung.

Bei dem Rückzuge, ruft er aus, „hat das preußische Volk, soweit es im Heere Dienste that, die Tugenden bewährt, wodurch die alten Römer weltberühmt geworden!" — Andere sehen in dem Verhalten der Truppen den „höchsten Grad von Disciplin, welche dem preußischen Soldaten zur zweiten Natur geworden ist", und finden diesen Umstand „in der That bewunderungswürdig."

Aeußerungen dieser Art enthalten zugleich indirecte Vorwürfe gegen die Urheber der Rückzugsordre. Das Verbrechen der beleidigten militärischen Ehre war durch diese Ordre begangen worden. Als ob diese „militärische Ehre" das Letzte gewesen wäre, worauf es bei der allmählig umgestalteten Lage der Dinge ankommen mußte! — Aber außer jenem indirectem Vorwurfe sind auch gegen einzelne Personen directe Vorwürfe gemacht worden, und stets werden dieselben von Erörterungen begleitet, welche die Nothwendigkeit darzuthun suchen, daß die Truppen in Berlin hätten bleiben müssen.

Einer der Gegner jener Ordre, der an der Berathung im Schlosse theilgenommen und sein Votum mit abgegeben — der frühere Minister des Auswärtigen, Frhr. v. Canitz, spricht sich in der von ihm verfaßten Brochüre: „Die Contrasignatur der Proclamation rc." auch beiläufig über diesen Punkt aus. „Es wird wohl jetzt", sagt er, Ende 1848, „von Niemandem mehr bezweifelt werden, daß die in Berlin vorhandenen Truppen stark genug waren, um der Stadt Herr zu bleiben, möge man die Versuche des Aufruhrs Straßen-Kravall oder Revolution nennen. Um Herr der Stadt zu bleiben, war es keinesweges nöthig, alle Barrikaden zu stürmen, wo die Führer des Aufruhrs deren zu errichten für zweckmäßig gefunden hatten. Der Theil der Stadt auf dem linken Spree-Ufer, vom Unterbaum bis zur Leipziger Straße, umfaßt das Schloß, das Zeughaus, die Bank, die Seehandlung und die Verbindung mit dem Potsdamer und Anhaltschen Eisenbahnhof; diesen Theil der Stadt zu halten, war hinlänglich für den Zweck, und dies war sowohl am 18ten, als die ersten Schüsse gegen die königlichen Truppen fielen, als am 19ten Morgens eine unfehlbar in's Werk zu setzende Aufgabe." — Auf solcher Basis beruhte das bei der Berathung im Schlosse von dem Minister des Auswärtigen abgegebene Votum!

Es bleibt noch übrig, eine Darstellung des Abzugs der Truppen in der Art wiederzugeben, wie sie Hrn. Leo für seine Signatur „aus guter Quelle" zugeflossen ist. Nachdem in dieser Schrift der Inhalt der Proclamation an meine lieben Berliner erzählt und von der bedingungsweisen königlichen Zusage in Betreff des allmähligen Zurückziehens der Truppen geredet ist, heißt es weiter:

Unter den mit Ausführung dieser Maßregel Beauftragten schöpften die leitenden Persönlichkeiten, gestützt auf die Versicherungen einiger der in den Deputationen angelangten

Personen, die Ansicht, es werde rascher zum Frieden führen und bei dem Gegenpart einen guten Eindruck machen, wenn man auf einigen Punkten mit dem Zurückziehen der Truppen den Anfang mache auch ohne vorgängige strenge Erfüllung der gestellten Bedingung. Außerdem war bereits am frühen Morgen des 19. März der größeste Theil der zum Straßengefechte zwischen Barrikaden unbrauchbaren Cavallerie aus der Stadt aus rein militärischen Gründen entfernt worden. Es war die Absicht gewesen, bei diesem Zurückziehen jedenfalls die königliche Hofburg mit einigen ihrer Umgebungen militärisch besetzt zu halten (die Besetzung des Schlosses, Zeughauses und einiger anderer Lokalitäten war nämlich ausdrücklich in der Proclamation vorbehalten worden); da aber die Ausführung dieser Maßregeln, wie sie nun stattgehabt hatte, bald allen Zusammenhang zerriß zwischen den nach Kasernen und aus der Stadt abrückenden Truppentheilen und den bleibenden; die letzteren überdies mit dem Vorrücken des Morgens bald in eine Wolke unbewaffnet auf den Straßen sich herumtreibendes Volkes eingewickelt waren, erkannten die Militärbehörden die Unmöglichkeit, auch nur den Theil der Stadt um das Schloß und dessen Zugänge militärisch abgesperrt zu halten, falls man nicht zu neuen Feindseligkeiten übergehen, den Straßenkampf wieder beginnen, das Geschrei über Verrath, wenn auch noch so unmotivirt, zum zweiten Male hervorrufen oder gewissermaßen gegen die Proclamation auch Straßen und Plätze besetzt halten wollte, was allerdings streng rechtlich zugestanden hätte, da die von der Proclamation gestellte Bedingung nicht weiter erfüllt worden war, wogegen sich aber Herr v. Bodelschwingh nun aus allen Kräften erklärte. Man verzichtete demnach auf die Erneuerung des Kampfes und begann zwischen 10 und 11 Uhr die weitere Ausführung des Rückzuges der Truppen, zu welchem Se. Majestät einen Befehl nicht gegeben hatte. — Nachdem auf diese Weise das Schloß zu einem isolirt besetzten Punkte geworden war, tauchte die Ansicht auf, man dürfe auch den gewöhnlichen Durchgang durch das Schloß dem Volke nicht verschließen, wofür man geltend machte, daß in den früheren unruhigen Tagen gerade gegen die Schloßbesatzung sich die Neckerei und Ungezogenheit am meisten gekehrt habe. Man handelte in diesem Sinne, und endlich sahen sich die, welche in dieser Confusion noch jeden Zoll breit, der sich halten ließ, zu halten wünschten, gezwungen, den im Schlosse noch vorhandenen Rest der Truppen in die Säle und Gemächer, mit einem Worte: in die inneren Räume des Schlosses zurückzuziehen und sogar die Höfe des Schlosses vom Militär entblößen zu lassen. So ist es gekommen, daß die siegreichen Truppen des Königs einen Theil der Stadt nach dem andern räumten und unter dem Hohngelächter der Hölle abziehen mußten, was, man kann nicht sagen: die Berliner, aber derjenige Theil der damaligen Einwohnerschaft Berlins, der sich auf den Straßen den Truppen nach- und zur Seite drängte, aufschlug. . . .

Der Art, in welcher der Betheiligung des Hrn. v. Bodelschwingh hier gedacht wird, ist dieser durch eine eigene Erklärung entgegengetreten, die wir bereits oben wiedergegeben. Aehnlich hat, wie wir gesehen, der Graf Arnim jede Betheiligung an der Abzugsordre abgelehnt. Der im 1sten Abschnitte dieses Buches erwähnte, dem Prinzen von Preußen zugeschriebene Artikel der Times scheint dem Könige direct die Urheberschaft des Befehls zu übertragen. Der Artikel berichtet: „Die Soldaten hielten sich wunderbar. Ungefähr um fünf Uhr waren sie im Besitze der wichtigsten Plätze und breitesten Straßen und hatten somit eine regelmäßige Communication unter einander; der Commandeur en chef theilte seine Ueberzeugung mit, daß man in wenigen Stunden Meister der ganzen Stadt sein würde. Der König jedoch, erwägend, daß noch viel Ströme Blutes fließen würden, wenn er die Fortsetzung des Kampfes erlaubte, ferner erwägend, daß seine Macht und seine Herrschaft dabei im Allgemeinen auf dem Spiele stand, gab den Befehl, die Truppen zurückzuziehen, den die Soldaten befolgten, wenn gleich mit dem größten Widerstreben, da die Erbitterung von beiden Seiten unbeschreiblich war. Aber die Disciplin dieser ausgezeichneten Truppen ist so gut, daß sie einer Maßregel gehorchten, die von ihnen als beschimpfend angesehen werden mußte, die

aber ein Staatsmann oder Geschichtschreiber zukünftig weise und großmüthig nennen wird. An alle Diesem hatte der Prinz von Preußen durchaus keinen Antheil. . . ."

Eine mildere Auffassung konnte von dieser Seite nicht erwartet werden. Wie anders die „Neue Preußische Zeitung", das contrerevolutionäre Organ der Rachsucht, die bei Gelegenheit einer weitläuftigen Besprechung der Canitz-schen Schrift (19. Januar 1849) ausruft: „In dem Abmarsch der Truppen am 19ten . . . liegt der Wendepunkt, und wer ihn verschuldet, hat eine schwere Verantwortung zu tragen." Dieses Organ will einigen Personen — und da nächst dem Könige Hr. v. Prittwitz Befehle ertheilte, so kann die Wahl nicht zweifelhaft sein — es will diesen eine Verantwortung über das, was richtig der Wendepunkt genannt ist, aufgebürdet wissen, während doch den Eintritt des Wendepunktes, wie die angeführte Stelle der Signatur zum Theil richtig andeutet, der Zusammenfluß vieler Umstände, die allgemeine „Confusion" verschuldet.

Das Eintreten dieses Wendepunktes fällt mit der definitiven Entlassung der bisherigen Minister der Zeit nach zusammen. Der zur Bildung eines neuen Ministeriums aufgeforderte Graf Arnim hatte sich während der Nacht und der Morgenstunden des 19ten nicht in der Nähe des Königs, sondern in seiner Wohnung befunden. Als ihm gegen 8 Uhr Morgens Hr. v. Bodelschwingh ein Exemplar der Proclamation des Königs überbrachte, äußerte Graf Arnim, „daß er über den Inhalt derselben um so weniger ein Urtheil zu fällen hätte, als ihm die Lage der Dinge auf dem Schlosse und in der Stadt nicht näher bekannt sei, er aber auch nach der unerwarteten Wendung der Ereignisse gar nicht wissen könne, ob unter diesen Umständen überhaupt noch die Absicht Sr. Majestät in Bezug auf den Ministerwechsel dieselbe sei, als am vorigen Tage, und er wenigstens den König in keiner Weise gegen ihn für gebunden hielte." Als Graf Arnim nun später am Vormittage sich auf das Schloß verfügte, um dem Tags zuvor gegebenen Versprechen zufolge seine Erklärung über die Annahme des Ministeriums abzugeben, hatte er, bei seinem Eintritt in dasselbe sofort Gelegenheit, aus den Worten, die der König an die städtische Deputation richtete, die „unerwartete Wendung der Ereignisse" kennen zu lernen. Wir haben bereits die bei dieser Gelegenheit sich auf den Grafen Arnim beziehenden Umstände, zum Theil mit dessen eigenen Worten, erwähnt (s. S. 220); was sich auf den Moment seiner Uebernahme des Ministeriums bezieht, mag ebenfalls durch die eigene Darstellung des Grafen Arnim wiedergegeben werden. Dieser berichtet:

Während die in Function befindlichen Behörden mit der Ausführung beschäftigt waren, begab ich mich mit Sr. Majestät in Allerhöchstdessen Cabinet, und erklärte, daß, wenn Allerhöchstdero am gestrigen Tage ausgesprochene Absicht: mir das Ministerium zu übertragen, bei den wesentlich veränderten Umständen noch dieselbe sei, ich es in dem jetzigen Augenblicke

der Gefahr für meine Pflicht hielte, mich der Forderung Sr. Majestät wenigstens für die Zeit der Noth nicht zu entziehen. — Als Se. Majestät hierauf die Forderung wiederholt an mich gerichtet hatten, schlug ich Allerhöchstdemselben die Männer vor, mit welchen ich vorläufig das Werk zu beginnen wünschen müßte, und motivirte diese Vorschläge. Diese Unterredung wurde auf einen Augenblick durch den Minister v. Bodelschwingh und einige Personen aus der Umgebung Sr. Majestät unterbrochen, unter der eine Verschiedenheit der Ansichten darüber hervorgetreten war, in wie weit jener Befehl buchstäblich zu nehmen, und damit ein Zurückziehen aller Truppen von den Straßen und von allen Plätzen gemeint sei, — und welche dahin entschieden wurde, daß die Königliche Verheißung ganz und ungeschmälert erfüllt werden müsse. Nachdem Se. Majestät demnächst meine Vorschläge über die Mitglieder des künftigen Ministeriums genehmigt, entwarf ich in Allerhöchstdero Gegenwart die Ordre, worin die Annahme der Entlassungs-Gesuche des bisherigen Ministerii und die Ernennung des neuen Ministerii ausgesprochen wurde. Nachdem sie von Sr. Majestät vollzogen (es mochte etwa gegen 12 Uhr geworden sein), trat ich aus dem Zimmer Sr. Majestät und erwartete nach jener, vor meinem Eintritt in das Ministerium ertheilten, von dem Minister v. Bodelschwingh überbrachten Befehlen, das Schloß mit bedeutenden Truppenmassen besetzt und hierdurch wenigstens den Königlichen Aufenthalt und die Personen der Königlichen Familie gegen jede Insulte geschützt zu finden. Statt dessen fand ich das Schloß von der aufgeregten lärmenden Masse von vielen Tausenden dicht umgeben, welche bereits in den kleinen Schloßhof, wo die Wohnungen Ihrer Majestäten sich befinden, eingedrungen waren und frei circulirten, in dessen Mitte nur einige Compagnieen Infanterie, von Hunderten aus der Hefe des Volks umgeben, standen, — und erhielt auf meine Frage: ob denn dies alle Truppen wären, welche zum Schutze des Schlosses vorhanden seien? die Antwort: „daß die übrigen abgerückt wären".

Dies war der Augenblick, in dem ich in's Amt getreten bin. — Wenn aber demnächst die Truppen theils am 19ten, theils in den folgenden Tagen nach und nach aus Berlin ausgerückt sind, so berichtet, ihrer bewunderungswürdigen Haltung das wohlverdiente Lob spendend, die Signatura temporis der Wahrheit gemäß, daß dies aus militärischen Gründen, auf Anordnung der militärischen Befehlshaber geschehen ist. — Es ist hierzu am 19ten mit meinem Vorwissen, und so weit ich in meiner damaligen Stellung darüber Zeugniß geben kann, weder ein höherer Befehl, noch die Genehmigung ergangen, in den späteren Tagen aber die letztere, in Folge des wiederholten und dringenden, auf der Ueberzeugung von der militärischen Nothwendigkeit begründeten Verlangens der in der Allerhöchsten Umgebung befindlichen höheren Militärpersonen, für die wenigen, bis dahin noch in der Stadt gebliebenen Truppen ertheilt worden.

Die Ordre, in der die Ernennung des neuen Ministeriums ausgesprochen ist, lautete:

Ich habe bereits gestern früh die von den bisherigen Ministern angebotene Entlassung angenommen und den Grafen Arnim mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt.

Derselbe übernimmt den Vorsitz im Staats-Ministerium und vorläufig die Verwaltung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten und der Verfassungssachen.

Dem Graf Schwerin habe Ich das Ministerium der geistlichen Angelegenheit übertragen.

Dem noch abwesenden General-Landschaftsrath v. Auerswald soll das Ministerium des Innern, mit Ausnahme des oben erwähnten, dem Grafen Arnim vorbehaltenen Theils dessen Ressorts übertragen werden, wenn, wie zu erwarten, derselbe zu dessen Uebernahme bereit ist.

Die Justiz-Minister, die Minister Graf Stolberg und v. Rohr bleiben einstweilen bis zur weiteren Beschlußnahme über die Besetzung ihrer Ministerien auf ihren Posten.

Bis zur definitiven Besetzung des Finanz-Ministeriums übernimmt der General-Steuer-Direktor Kühne dessen interimistische Verwaltung.

Berlin, den 19. März 1848.

Friedrich Wilhelm.
Graf Arnim.

In den Nachmittagsstunden wurde der Inhalt dieser Ordre durch öffentliche Anschläge und durch zahlreich verbreitete Plakate der Bevölkerung bekannt gemacht.

IX. Das Volk als Sieger. — Fünf bürgerliche Anträge. — Der König und die Massen vor dem Schlosse. — Der Anfang der Bürgerbewaffnung.

Die bürgerliche Bevölkerung der preußischen Hauptstadt hatte gesiegt, ohne den militärischen Gegner mit den Waffen überwunden zu haben. Sie sah nach zwölfstündigen, blutigen Straßenkämpfen eine Forderung gewährt, die in den ersten Nachmittagsstunden des vergangenen Tages in der unmittelbarsten Nähe, in Gegenwart des Königs von tausend und aber tausend Personen laut und dringend ausgesprochen wurde, die später, als den unabläßig sich wiederholenden Aeußerungen das Bayonnet und die Kugel des Militärs geantwortet hatte, in activem Widerstand, in offener Empörung der hauptstädtischen Bevölkerung sich geltend machte, deren Nichterfüllung jenen erbitterten Kampf mit herbeigeführt, der die Straßen, die Plätze, die Häuser selbst in ein blutiges Schlachtfeld umgewandelt, eine Forderung, die während der Kämpfe von den bürgerlichen Autoritäten stets wieder von Neuem vorgebracht, wiederholt durch Diejenigen, an die sie gerichtet war, als mit der „militärischen Ehre" unverträglich zurückgewiesen wurde. Der Kampf wurde beendet, ohne daß diese „militärische Ehre" gerettet worden wäre. Das Machtwort des Monarchen ließ von ihrer weiteren Verfolgung abstehen; die Truppen verließen, weder als Sieger noch als Besiegte, den Schauplatz; der Abzug der gedemüthigten Truppen hatte der Stadt den Frieden gebracht!

Weiße Fahnen an den Häusern der reicheren Stadttheile erschienen als Symbol dieses Friedens, während die hie und da schon wehenden schwarz-roth-gelben Fahnen den Sieg der Revolution bezeichneten. Die gefallenen Leichen wurden auf Brettern und Bahren durch die Straßen, nach dem Schlosse zu, getragen; auf Leiterwagen wurden die blutigen Opfer der Nacht aus denjenigen Häusern geschafft, in denen die dort stattgefundenen Metzeleien eine größere Anzahl von Todten zurückgelassen hatten. Schnell waren aus den umliegenden Häusern Tücher, Spitzen, Bänder und Blumen auf die Wagen herabgeworfen, und mit diesen Zierrathen ausgeschmückt, wurden die Leichen durch die Straßen gefahren. Auf allen Plätzen, in den breiten Straßen häuften sich bald große Gruppen von Menschen, Redner traten auf, um theils beschwichtigend, theils anspornend den Stimmungen und dem Gefühle der Menge eine mehr oder minder bestimmte Richtung zu geben. Die Redner waren großentheils Personen, die sich bei einzelnen Barrikadenbesatzungen während der

vorhergegangenen Ereignisse durch Tapferkeit und Umsicht in der Leitung Vertrauen erworben, oder auch solche, deren Namen von früheren Zeiten her bei den arbeitenden Klassen einen guten Klang hatten oder zu haben glaubten. Von Barrikaden, von Kellerhälsen, von Ecksteinen herab haranguirten die Redner die Massen, die der unbestimmte Drang, etwas zu thun, eine Zeit lang den Worten aufmerksam folgen ließ. Der König müsse jetzt neue Gewährungen machen, die Gefangenen von der letzten Nacht müssen von ihm freigegeben und eine Volksbewaffnung hergestellt werden. So der gewöhnliche Inhalt der Reden, wenn sie überhaupt mehr als Redensarten machen wollten. Die Losung war also auch heute wieder, wie sie gestern etwa um dieselbe Zeit gewesen: nach dem Schlosse! Von allen Seiten strömten Menschenhaufen dahin, nach demselben Schauplatze, auf welchem am Tage vorher die ersten Feindseligkeiten stattgefunden.

Bei einem dieser Züge nach dem Schloßplatz ereignete sich der Fall einer Art von Volksjustiz, die, freilich in milderer Art als einige nachfolgende Fälle, gegen die Person des Oberbürgermeisters der Stadt gerichtet war. Ein aus jenen Tagen herrührender Bericht enthält darüber Folgendes:

Als die Massen vom Alexanderplatze die Königsstraße passirten, erblickten Einige den von dem entgegengesetzten Ende der Königsstraße her kommenden Oberbürgermeister Krausnick. Sein Name war kaum ausgesprochen, als schon Viele aus dem Volke auf ihn eindrangen und ihn wegen der Vorgänge zur Rede stellen wollten. Hr. Krausnick hielt es für gerathen sich in ein Haus, in der Nähe der Klosterstraße, zurückzuziehen. Aber die Masse blieb vor dem Hause stehen, und es wurden die Rufe: „Er soll sogleich abdanken! Abdanken!" laut. Alle stimmten in diesen Ruf mit ein. Es wurden einige Männer in das Haus geschickt, um Herrn Krausnick von dem allgemeinen Wunsche der draußen Stehenden in Kenntniß zu setzen. Es wurde ihm eröffnet: daß er das Vertrauen der Bevölkerung nicht genieße, daß man ihm einen großen Theil der Schuld an den unglückseligen Vorgängen zuschreibe, daß er sofort erklären solle, er wolle abdanken. — Hr. Krausnick versprach endlich zu kommen und zu reden. Nach einiger Zeit erschien er wirklich; von einem offenen Fenster herab begann er eine Anrede an die Untenstehenden zu halten. Er sagte, daß er vom Könige komme, daß dieser alle Wünsche der „guten Berliner" erfüllen zu wollen versprochen, daß bereits die gestern Verhafteten alle aus dem Arreste entlassen, daß der König ihn endlich beauftragt, ihm Männer zuzuführen, welche das Vertrauen der Berliner besäßen u. s. w. Während Hr. Krausnick redete, wurde ihm häufig: „Abdanken, abdanken!" entgegengerufen. Hr. Krausnick schien jedoch Bedenken zu haben, dieses Wort hier aufzunehmen. Er ließ seine Rede unvollendet und zog sich unter dem tausendstimmigen Rufe: „Abdanken!" zurück. Die Masse zog weiter und Hr. Krausnick wurde unter dem Schutze mehrerer Männer mit nach dem Schlosse geführt.

Auf dem Schloßplatze hatten sich bereits bedeutende Menschenmassen zusammengefunden, aus denen dann und wann Stimmen, daß der König sich zeigen möge, laut wurden. Die ganze Scene hatte ein ähnliches Gepräge, wie diejenige, die am vorigen Tage um dieselbe Mittagsstunde dort aufgeführt wurde. Der König erschien auf dem Balkon. Unter vielen Rufen machte sich besonders der laut, daß die während des Kampfes gefangenen Personen frei gelassen würden. „Ich habe gehört", sprach der König hierauf die Menge an, „Ihr wünschet, daß die Gefangenen von heut Nacht freigelassen werden. Ich will sie Euch schicken, seht zu, ob Ihr sie haben wollt!" Ob der König bei

dieser oder bei einer früheren Gelegenheit diejenigen Aeußerungen über die Gefangenen gethan, die wir bereits oben (s. S. 191) mitgetheilt, bleibe unentschieden. Die noch in den Schloßkellern befindlichen Gefangenen wurden hierauf entlassen und zugleich der Befehl gegeben, daß die nach Spandau Transportirten freigegeben werden sollten.

Während hier auf dem Schloßplatze die Menge in directe Unterhandlungen mit dem Könige getreten war, während Einzelne, auf die Schultern der Nachbaren gehoben, auch hier Reden an die Versammelten hielten, während die Haufen von dem Einen beschwichtigt, von dem Andern aufgeregt wurden, hatten sich in der eigentlichen Bürgerschaft Personen oder ganze Bezirke zusammengefunden, die über das berathschlagten, was zunächst zu thun sei. Einer dieser Bürger-Bezirke (der Mohrenstraße) glaubte die Wünsche der Bürgerschaft zu ihrer Realisirung zuvor der berliner Stadtverordneten-Versammlung mittheilen zu müssen! Und zwar auf Grund eines Paragraphen der Städteordnung! Diese Wünsche waren in fünf an jene Versammlung gerichteten Anträge zusammengefaßt und alsbald durch gedruckte Rundschreiben den Bezirksmitgliedern zur Kenntniß gebracht worden. Das Document bürgerlicher Regsamkeit und Besonnenheit — ein selten gewordenes Aktenstück*) dieses Tages — lautet vollständig:

Die Bürger des 39. Bezirks (Mohrenstraße) an die Stadtverordneten-Versammlung.

Mit Bezug auf §. 120 der Städte-Ordnung, wonach

Jedem Bürger es frei steht, über alle das Gemeinwesen der Stadt angehende Gegenstände der Stadtverordneten Versammlung seine Meinung und seine Vorschläge schriftlich einzureichen, stattfindende Mängel anzuzeigen, und Verbesserungen in Antrag zu bringen,

sprechen die unter Vorsitz ihrer Bezirks-Vorsteher zusammengetretenen Bürger des 39. Bezirks ihre Anträge dahin aus:

1. Sie halten die Errichtung von Bürgergarden für eine durch die Zeitumstände gebotene Nothwendigkeit, und verlangen sofortige Bildung bewaffneter Bürgergarden.
2. Sie beantragen, zur Ausführung dieses Verlangens gemäß §. 129 der Städte-Ordnung die sofortige Errichtung gemischter Deputationen, und zwar aus jedem Bezirk mindestens fünf Bürger, welche noch mit keinem Kommunal-Amt betraut sind.
3. Sie sprechen die bestimmte Erwartung der vollständigsten Amnestie für alle politischen Vergehen aus und verlangen die Verwendung der Stadtverordneten-Versammlung dafür.
4. Sie wünschen für die im Kampfe vom 18. und 19. März gefallenen Brüder eine gemeinschaftliches Begräbniß, damit Bürger und Soldat als Landeskinder desselben Vaterlandes, wie fortan im Leben, so auch noch im Tode vereint sind.

---

*) Gedruckt bei J. P. Petsch. Gr. 4o.

5. Sie fordern schließlich die Stadtverordneten-Versammlung auf, gegen alle Bezirke den Wunsch auszusprechen, daß in jedem derselben für die Familien unserer gefallenen Brüder sofort eine Kollekte gemacht und in jedem Bezirk unter Zutritt der Deputation für Bürgerbewaffnung vertheilt werde.

6. In dem unterzeichneten Bezirk sind sofort gewählt die Bürger:

Lewald, Justiz-Commissarius. Mannory, Schlosser u. Maschinenbauer. Martini, Bankier. Neuhaus, Juwelier. Reiß, Hof-Juwelier.

Berlin den 19. März 1848.

Thomas, Bezirksvorsteher. Schulze, Bezirksvorsteher-Stellvertreter. Ebart, Stadtverordneter.

Die um das Schloß wogenden Massen hatten, ungeachtet der vom Könige persönlich an sie gerichteten Bitten, sich weder zerstreut, noch vermindert; sie wuchsen vielmehr mit jeder Minute stärker an. Die Truppen, die das Schloß anfangs besetzt hielten, waren, wie schon berichtet, in das Innere des Schlosses, in die Gemächer desselben zurückgezogen worden. Bald waren auch die Schloßhöfe von Volksmassen angefüllt. Dem Zuströmen derselben, das gestern noch um dieselbe Tageszeit mit aller Gewalt verhindert worden, setzte sich heute keine Abwehr irgend welcher Art entgegen. Inzwischen wurden fortwährend Leichen und schwerverwundete Bürgerliche auf Bahren in die Schloßhöfe getragen, und während die Ersteren einstweilen in den unteren Räumen des Gebäudes abgesetzt wurden, trug man in den Gemächern des Schlosses Sorge für Unterkommen und Pflege der Verwundeten.

Der Drang, etwas Neues zu erhalten, zu erfahren, das unbestimmte Gefühl, jetzt sei von dem Träger der Krone Alles zu erlangen, was zu den Wünschen des Volks gehört, hielt die Massen in und vor dem Schlosse gebannt. Die Ansammlung derselben mochte den Personen, die den König umgaben, mochte diesem selbst bedrohlich erscheinen. So wurden denn begütigende Mittel aller Art versucht, die Massen zu zerstreuen, ihnen den Wechsel der Localität plausibel zu machen. Und zwar nicht bloß von jenem Kreise her, der den König, seine neuen Minister und die übrigen ihn umgebenden Personen begriff, sondern auch von Solchen, die der eigene Trieb veranlaßte, im Verkehr mit den Haufen diese zu einem friedlichen Abzuge zu bestimmen. Außer den neuen Ministern, dem Grafen Arnim und dem Grafen Schwerin, deren Letzterer in tröstlichen Verheißungen und freudigem Zusprechen an die einzelnen Volkshaufen besonders unermüdlich schien, waren es ein Lichnowsky, ein Gutzkow, ein Stieber, ein Karrig, ein Wöniger, die sich mit den Massen in Berührung setzten, sie haranguirten, die Lage der Dinge in der Art, wie sie die Redner auffaßten, darzustellen versuchten.

Fürst Felix Lichnowsky, das Herren- und Ständemitglied des Vereinigten Landtages, derselbe, dem gerade sechs Monate später (18. September) ein unglückliches Zusammentreffen mit Volkshaufen um Frankfurt am Main

einen qualvollen Tod brachte, gehörte zu denen, die in den Mittagsstunden des 19. März am lebendigsten mit den berliner Volksmassen vor und in dem Schlosse verkehrten. Gleichwie er als Mitglied des ersten Vereinigten Landtages abwechselnd bald in dem Hause der Herren, bald in dem der Stände seinen Sitz nahm, so war er an dem Sonntage, den wir schildern, in diesem Augenblicke oben in den königlichen Zimmern mit den Herren von der Umgebung des Königs in der lebhaftesten Unterhaltung begriffen, während ihn der nächste Augenblick unten auf dem Platze, in den Höfen, in trauter Berührung bald mit dieser, bald mit jener Gruppe unter den Volkshaufen erblickte, hier und dort gleichmäßig mit seinen schnellen Aperçu's den Gesprächstoff ergänzend. Das einnehmende Wesen des jungen Mannes, die Gewandtheit seiner Rede mochte auch unter diesen Haufen, bei denen sich Personen von geringer Capacität geltend zu machen wußten, einen günstigen Eindruck nicht verfehlen, und Hr. Stieber, der gleichzeitig mit dem Fürsten agitirte, versicherte, daß dieser „die Massen mit einer bewunderungswürdigen Hingebung zu beruhigen suchte und sein fürstliches Wort verpfändete, daß er auf dem Landtage als ein wahrer Vertreter des Volkes auftreten werde.“

Dem Fürsten Lichnowsky stand bei seinen demagogischen Bemühungen zur Seite Dr. Carl Gutzkow, ein geborener Berliner und einer jener Schriftsteller, die sich dreizehn Jahre früher in der Begründung eines „Jungen Deutschlands“ durch den alten Bundestag verhindert sahen. Hr. Gutzkow war am 6. März nach Berlin gekommen, um den ihm als Dramaturgen des Dresdner Theaters bewilligten Urlaub hier zu verleben. Von da bis zum 18. März — so berichtete er später selbst in der Vossischen Zeitung — schrieb er im Hotel de Russie sein Schauspiel: Ottfried. Am 19ten Vormittags befand er sich auf dem Schloßplatze unter den Volksmassen. Die Thätigkeit, die er hier entwickelte, stellte er in einer noch im Laufe des Jahres 1848 erschienenen Schrift *) dar. „Das Einzige“, erklärte er, „was in diesem kritischen Augenblicke die Gemüther beruhigen und vom Nächsten abwenden konnte, war ein neuer Gedanke, eine vom Sonnabend noch übrig gebliebene neue Schöpfung. Als solche drängte sich die Volksbewaffnung auf. Ob meine Aufforderung wegen Errichtung einer solchen an den König gelangte, weiß ich nicht; Minutoli versicherte, daß man zu dieser Concession sich nicht entschließen konnte, auch noch nicht wüßte, wie man sie ohne Gefahr in's Leben rufen solle.“

„Was denken Sie sich unter Volksbewaffnung?“ fragte der Ministerpräsident Graf Arnim den Dichter des Ottfried. „Und gegen wen soll sich das Volk bewaffnen? Für wen? Warum soll überhaupt bewaffnet werden? Wir haben jetzt nur Eins nöthig, die Massen vom Schlosse wegzu-

*) „Deutschland am Vorabende seiner Größe oder seines Falles.“ Von K. Gutzkow. Frankfurt a. M. S. 159 ff.

bringen." Können Sie das? Das ist das größte Verdienst, was sich jetzt Einer hier erwerben kann!" „Das ist nur möglich", antwortete Hr. Gutzkow, „durch eine neue Idee, die wir schaffen, die Volksbewaffnung." Ein neuer Leichenzug, der in den Schloßhof geführt wurde, unterbrach diese Unterhaltung. Da trat Lichnowsky an den Schöpfer der neuen Idee heran: „Reden Sie von der Volksbewaffnung", sagte er, „das ist etwas, das packt und sie kommt auch." — Effectvoller ist die Darstellung, die Hr. Gutzkow später in einer als „Abwehr einer Verläumdung" der N. Preuß. Zeitung erschienenen Erklärung der Vossischen Zeitung vom 3ten März 1850 (Beilage 1) von seinem Zwiegespräch mit Lichnowsky giebt. „Freund, Sie müssen reden! Sie müssen! Ich lasse Sie nicht!" (so habe Lichnowsky ihn gedrängt) — „Worüber?" „Ueber was Sie wollen! Ich bin heiser, ich kann nicht mehr! Nur reden, nur beruhigen!" Nun denn, (so Gutzkow) ich habe in jenem patriotischen, angeborenen, mark-brandenburgischen, vaterstädtischen Drange . . . . das Wort des Königs: Kommt und rathet mir, so aufgefaßt, daß ich ihm einen Brief übergeben ließ, worin ich ihn bat, in die aufgelöste Ordnung irgend einen, die Massen nur legal zusammenziehenden, die Gemüther zerstreuenden neuen Gedanken zu werfen, am liebsten den der Bürgerbewaffnung! „Sprechen Sie darüber! Sogleich! Hier! Ich lasse Sie nicht mehr fort!" — Ich sprach, setzt Hr. Gutzkow hinzu, „und die Massen, die zu allen Concessionen, die sie kaum verstanden, noch etwas Neues, Handgreifliches, Leichtverständliches hinzuempfingen, zerstreuten sich."

Schon die Vossische Zeitung aus jenen Tagen (vom 22. März) brachte einen eingesandten, die Verdienste des Hrn. Gutzkow würdigenden Artikel, folgenden Inhaltes:

Als das Volk zwischen 12 und 1 Uhr im Schlosse unter Rachegeschrei, das mit geistlichen Gesängen abwechselte, die Leichname umhertrug und noch immer keine Entscheidung über die Bürgerbewaffnung erfolgte, circulirte im Hauptportal des Schlosses eine schriftliche Eingabe des Dr. Karl Gutzkow, eines zufällig anwesenden geborenen Berliners. Der Polizeipräsident versprach die sofortige Uebergabe an den König. Minister Arnim erschien darauf und nahm von der immer mehr im Innern des Schlosses anwachsenden Volksmenge die leidenschaftlich und feurig vorgetragene Versicherung entgegen, daß nur Volksbewaffnung Beruhigung der Gemüther bringen könnte. Der Minister kehrte in den Rath zurück und Fürst Lichnowski, Dr. Gutzkow und der Kaufmann Münsterberg unternahmen es, auf eigenes Vertrauen die Volksmassen zu versichern, daß jene Bewaffnung zu Stande kommen würde. Dr. Gutzkow, wie alle Redner dieser Tage auf den Schultern emporgehoben, suchte die zerstreuten Empfindungen der Masse, die sich von dem Schmerz um die gefallenen Opfer nicht trennen konnten, in dem einzigen sichern Begehren der Volksbewaffnung zu vereinigen. In jener Eingabe, die in Abschriften circulirte, findet sich folgende Stelle:

Die militärischen Evolutionen (vom Montag) haben den Zustand, wie er jetzt ist, hervorgerufen. Die soldateske Verachtung des Bürgers gestattete zwar weiße Binden und weiße Stäbe, aber keine Bewaffnung. Der militärische Esprit de corps belächelte die edeln uneigennützigen Anerbietungen der Bürger und offen kommt dabei eine klaffende Wunde des ganzen preußischen Staatswesens zum Vorschein, der für eine Zeit der Bürgerfreiheit, der Industrie, des Handels, der Künste und aller nützlichen Gewerbe zu hochgespannte militärische Kastengeist. Ew. Majestät stehen in einem Zwiespalt mit sich selbst. Ihr eignes Herz führt Sie den Künsten des Friedens und dem Bürger zu.

Ihre Umgebungen, größtentheils militärischer Natur, halten Ihnen dagegen die Nothwendigkeit des Militärstaates in Zügen vor die Augen, die einer nunmehr vergangenen Zeit angehören. Preußen muß jetzt, wo es sich um eine Organisation des ganzen deutschen Volkes handelt, aufhören, ein Militärstaat zu sein. Es muß, zum Flor seines inneren Gedeihens, zur Verminderung der Abgaben, zur Einschränkung des Staatshaushaltes, vor allen Dingen zur Anbahnung einer neuen, auf das Volkswohl begründeten Politik, den Schwerpunkt seiner Kraft im gesammten deutschen Vaterlande suchen.

Nach solchen Worten glaubte Hr. Gutzkow in dem genannten Buche die Ehre in Anspruch nehmen zu dürfen, „an der Wiege und Taufe der preußischen Bürgerwehr gestanden zu haben." Nicht minderen Ruhm können die Herren Stieber und Wöniger sich beimessen. Ersterer berichtet selbst am folgenden Tage, wie er, nachdem er den ihm im Schlosse gewordenen Auftrag, den Frieden in der Stadt zu verkünden, mit glücklichem Erfolge ausgeführt, in Begleitung mehrerer Stadtverordneten sich in's Schloß begeben, von jenem Erfolge Bericht abgestattet, nun aber den Antrag gemacht habe, „zum Schutze der vom Militär verlassenen Stadt die Einführung einer Volksbewaffnung so sehr als möglich zu beschleunigen". Er fügt hinzu, „daß Se. Majestät auch diesem Wunsche Erfüllung zugesagt." Hr. Wöniger suchte und fand die Gelegenheit, den Geburtswehen der „neuen Schöpfung" beizuwohnen, sah sich selbst in die Reihe der Geburtshelfer aufgenommen und war nachher der Ersten einer, der von dem Taufakt die Volksmassen in Kenntniß setzte, indem er von einem Kellerhalse herab den Inhalt des diesen Akt verkündenden Papiers, das auch seine Unterschrift trug, der Menge vorlas.

Um eine Probe von der Art zu liefern, wie Einzelne, die in dem geschilderten Momente sich vorübergehend zu Führern der Massen aufwarfen und mit diesen verkehrten, führen wir die Schilderung an, die einer jener Improvisatoren selbst über seine Berührung mit den Massen innerhalb der Schloßhöfe giebt. Diese Schilderung ist in einem Flugblatte aus dem Juli 1848 enthalten, welches von Ludwig Karrig als „offenes Sendschreiben an die heldenmüthigen Barrikaden-Kämpfer vom 18. und 19. März und an Alle, die mit mir für eine constitutionelle Monarchie stimmen und streiten" *) gerichtet ist. Hr. Karrig schreibt darin an seine „Mitbürger, Freunde und Brüder":

Als wir uns am 19. März Mittags im innern Hofe des königlichen Schlosses befanden und ein Theil von uns in das Schloß eindringen wollte, um den König zu veranlassen, sofort ein eigenes Document darüber auszustellen, was Er uns in Betreff der neuen Verfassung und anderer Freiheiten mündlich versprochen hatte, da redete ich ein ernstes Wort in Liebe zu Euch, — wie Ihr mich kennt — (theils weil ich das gewaltsame Eindringen in die königlichen Gemächer unpassend fand, theils um einen zweiten blutigen Kampf, der noch furchtbarer zu werden drohte, als der kaum beendigte, zu verhindern; denn die Leibwache des Königs, circa 1250 Soldaten, befand sich noch im Innern des Schlosses, und würde das Militär mit seinen Bayonnetten und geladenen Gewehren sich den Eindringenden gewiß auf Leben und Tod widersetzt haben.) — Gedenkt, wie ich damals zu den Versammelten sprach: — „Brüder und Freunde! Des Königs Wort ist ein heiliges Wort und muß uns stets als ein solches gelten; nicht allein in den öffentlichen Tagesblättern, nein, aus dem Munde des Kö-

*) Druck von Fähndrich u. Comp.

nigs selbst haben wir so eben vernommen, daß er unsere Bitten um eine neue Verfassung und größere Freiheiten erfüllen will, und hat der König uns hochherzig mehr gegeben, als wir gebeten. Jetzt ist es an uns, daß wir uns ruhig verhalten und dem König Zeit lassen, die uns gemachten Zusagen erfüllen zu können. Sollten aber die königlichen Verheißungen nicht in Erfüllung gehen, dann revoltiren wir fort! — seid Ihr Alle damit einverstanden? Da antwortetet Ihr: „Ja!" — Drob redete ich weiter zu Euch: wir dürfen aber zuversichtlich hoffen, daß die Versprechungen des Königs alle treu und gewissenhaft erfüllt werden, denn ein König darf nicht wortbrüchig sein, und unser König wird es gewiß nicht werden; und in diesem festen Vertrauen bringen wir unserm constitutionellen König ein dreifaches Lebehoch! Eure vielbewährte Liebe zum angestammten Fürsten hatte Euer Herz wieder eingenommen, — (wo ist ein Volk, das seine Fürsten je inniger und aufrichtiger geliebt hat! — alles Furchtbare, eben erst Geschehene, war wie vergessen) — Ihr brachtet dem Könige ein zehnfaches, jauchzendes Hoch, daß die Wände des Schlosses erdröhnten. Brav, immer gleich groß im Lieben und im Hassen! — So, meine Brüder, so soll, so muß es sein; — wer das Laster, das absichtliche Unrecht nicht wahrhaft hassen kann, der kann die Tugend, die Wahrheit und das Recht auch nicht wahrhaft lieben."

Nun erschien auf unsern Ruf, mehr aber wohl dem Drange Seines eigenen Herzens folgend — der König vor uns auf der Gallerie des innern Schlosses, Ihm zur Seite die leidende Königin. Der König sichtbar gerührt und tief ergriffen von der plötzlichen Umwandlung der Gesinnung der unabsehbaren Menge, die noch vor wenigen Minuten wild geschrieen, unbändig getobt hatte und nun das Königspaar mit freudigem Jauchzen und herzlichem Lebehoch begrüßte. Der König sprach zu uns in der Ihm eigenen Weise, so herzlich, so ganz hingebend und wiederholte uns noch einmal Seine gegebenen Verheißungen und versicherte uns Seiner unverbrüchlichen Liebe. Die königlichen Worte gingen uns zu Herzen, denn sie kamen von Herzen, und während der König sprach, benetzten viele glühende Thränen die Wangen der Anwesenden. Ja, Thränen! und welche Thränen! (das Gefühl ist ein eigenes Ding) — Thränen des innigsten Dankes und der Rührung, Thränen der Liebe und des Vertrauens.

Nachdem der König gesprochen und wir Ihm noch einmal unsere schallenden Hochs zugerufen, sagte ich Euch: Nun, Friede! Friede! — „Nun danket alle Gott!" — Ihr stimmtet ein, und wir sangen dann gemeinschaftlich dies herzerhebende Lied. So war das gute Einvernehmen zwischen dem Könige und den Einwohnern Berlins wieder hergestellt.

Auf den weiteren Inhalt des Flugblattes, wie auf dessen Verfasser, werden wir im Laufe der Darstellung zurückzukommen Gelegenheit haben.

Der Ruf nach Volksbewaffnung wurde in den Massen, die sich im Innern des Schlosses befanden und die vom Schloßplatze zum Theil nach der Seite des Lustgartens geströmt waren, immer dringender. Noch hatte man es im Schlosse zu keiner Entscheidung darüber bringen können. Als nun — es war zwischen 1 und 2 Uhr — der Polizeipräsident v. Minutoli auf der Schloßterrasse (nach der Lustgarten-Seite) erschien, richteten Einige aus den Haufen an ihn das Verlangen, er solle die Sache beim Könige betreiben und sich selbst an die Spitze der Volkswehr stellen. Hr. v. Minutoli dankte für das Vertrauen, das ihm geschenkt werde, erklärte sich aber, wie Braß darstellt, „in der Sache für nicht competent". Gleichwohl wurde die Aufforderung, er solle sofort zum Könige gehen und die verlangte Bewaffnung durchsetzen, fortwährend wiederholt. Hr. v. Minutoli ging darauf in's Schloß zurück; ihn begleiteten einige Bürger zum Könige.

Unterdessen hatten sich wieder zahlreiche Haufen auf dem Schloßplatze und in den Höfen des königlichen Schlosses versammelt, um durch Deputationen die Bitte um Errichtung einer bewaffneten Bürgergarde an den König gelangen zu lassen.

16*

Zu gleicher Zeit wurden, wie auf Verabredung, von allen Seiten die mit Blumen geschmückten Leichen der im Kampfe getödteten Bürger im feierlichen Zuge auf Bahren und in offenen Wagen in das königliche Schloß gebracht. Eine Menge Volkes, zum Theil mit unbedecktem Haupte, geleitete die Züge. Einer derselben machte einen tief schauerlichen Eindruck. Vier Leichen, furchtbar entstellt und grauenvoll zu sehen, aber mit grünen Zweigen geschmückt und vom Volke mit Blumen beworfen, wurden auf offener Bahre getragen, hin vor das Schloßportal unter dem Balcon des Königs. Dort hielt der Zug. Der stürwische Ruf des Volkes veranlaßte zuerst die neuernannten Minister Grafen Arnim und Schwerin auf den Balcon herauszutreten, um die allgemeine Aufregung durch versöhnende Worte zu beschwichtigen. Doch der unaufhörlich sich wiederholende Ruf: „Der König“ ließ diese Reden ungehört verhallen. Endlich erschien der Monarch am Arm der Königin und begrüßte das Volk; sein Antlitz war schmerzlich bewegt, die Königin bebte zurück vor dem Anblick der Leichen. Umsonst bemühte sich ein Theil der Versammlung, die Ruhe für einige Minuten aufrecht zu erhalten. Kaum hatte man die Worte vernommen: „Sie haben mir vor einer Stunde versprochen, ruhig nach Hause zu gehen“, als die sich wild kreuzenden Rufe der Menge den König an der Fortsetzung seiner Rede verhinderten. Nach einigen vergeblichen Versuchen, sich wieder Gehör zu verschaffen, trat der König mit grüßender Bewegung zurück. Dem kräftigen Organe des Grafen v. Arnim gelang es, sich für einige Minuten vernehmlich zu machen. Mehrmals unterbrochen, sprach er ungefähr folgende Worte: „Meine Herren! Zuerst danke ich Ihnen von ganzem Herzen für die Aufmerksamkeit, die Sie mir gütigst schenken wollen. Die Männer, welche der König neuerdings berufen hat, um mit ihm das Verfassungswerk auf freisinnigen und dauernden Grundlagen auszuarbeiten, können diese Aufgabe nicht erfüllen, wenn Sie nicht die Güte haben, zur Wiederherstellung der Ordnung in der Stadt nach Kräften beizutragen.“ Die stürmisch durcheinander tobenden Rufe: „Vivat! Hurrah! Ja, Ja! Nein, Nein!“ unterbrachen hier den Minister. Bald darauf gelang es einem jungen Manne aus der Volksmenge, dessen bleichen Zügen und wildblitzenden Augen man den Kampf der vergangenen Nacht ansah, sich auf die Schultern der Umstehenden zu erheben, um den Minister anzureden. „Das Volk“, sagte er, „verlangt vor allen Dingen Waffen, damit es sich vertheidigen könne und nicht mehr wehrlos gemordet werde.“ Der Graf Arnim antwortete: „Das Militär hat sich auf Befehl des Königs überall zurückgezogen. Das Volk hat daher keinen Angriff irgend einer Art zu fürchten und kann ruhig an seine gewohnten Geschäfte gehen.“ — „Das Volk“, fuhr der junge Mann fort, „verlangt die Thron-Entsagung des Prinzen von Preußen.“ Bei diesen Worten verbeugte sich der Minister und trat vom Balkon zurück. Die tobende Menge erhob ein wildes Geschrei. Doch der Ruf: „Ruhe! Nach Hause!“ gewann die Oberhand, die Haufen zerstreuten

sich, um andern Platz zu machen. Noch sprach Graf Schwerin vom Balkon zu der Menge. Kaum trat er vor, so erscholl ein donnerndes „Schwerin hoch!" — „Sie haben gehört" — dies waren ungefähr seine Worte — „daß ein neues Ministerium in der Bildung begriffen ist, dem ich anzugehören die Ehre habe. Ich bürge Ihnen mit meinem Worte dafür, daß alle Ihre Rechte wahrgenommen werden sollen. Thun Sie auch Ihrerseits, was in Ihren Kräften ist, um die Wiederkehr so schmerzlicher Vorgänge zu verhüten. Die Bürger werden unverzüglich bewaffnet werden, der so allgemein beliebte Hr. v. Minutoli wird sich an die Spitze der Bürgerbewaffnung stellen."

Der Polizeipräsident und seine Begleiter — Stadtverordnete Holbein, Assessor Wache, Kaufmann Hiller und Maurermeister Schweidnitz — wurden als Abgeordnete des Volkes, das nach „Bürgerbewaffnung" drängte, vom Könige an der Treppe empfangen und hierauf in den nächsten Saal geführt. Hier richtete Hr. Holbein folgende Worte an den König:

„Eurer Majestät sprechen wir im Auftrage aller gutgesinnten Bürger Berlins den einstimmigen Wunsch aus, sofort die Bewaffnung der Bürgerschaft nachzugeben, und den einzigen Mann, welcher das höchste Vertrauen und die ganze Liebe aller Bürger unserer Stadt verdient, den Herrn Polizeipräsidenten v. Minutoli mit der Organisation der Bürgerbewaffnung zu beauftragen und ihn an die Spitze der bewaffneten Bürgerschaft zu stellen, da nur durch diese einzige Maßregel die Ruhe der Stadt herzustellen ist."

Der König stand einige Augenblicke unentschlossen, als die Herren Hiller und Schweidnitz, vom Drängen des Moments hingerissen, den König aufforderten, sich mit ihnen unter die draußen harrenden Bürger zu begeben, „indem dies die Bürgschaft bringen würde, daß er sich unter denselben sicherer befinde als unter dem Schutze aller Kanonen". Der König wandte sich zum Fenster, um dasselbe öffnen zu lassen, doch die genannten Herren „vom überströmenden Gefühle fortgerissen", ergriffen mit den Worten: „Kommen Sie, eilen Sie, Majestät!" seinen Arm und führten ihn auf die Schloßterrasse. Der König richtete hier folgende Worte an die Versammelten:

> „Meine lieben Bürger — Sie haben gewünscht, daß ich unter Ihnen erscheinen möge — ich bin gekommen. — Sie haben mich durch einige Ihrer Mitbürger überzeugt, daß die Ruhe der Stadt auf Bewaffnung der Bürger beruhe — ich gewähre Ihnen gern die Bewaffnung. (Tausendfacher Jubelruf von dem Platze her folgte diesen Worten; nachdem er geendet, fuhr der König fort:) Und nun lege ich die Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung, welche durch Sie am besten bewahrt werden kann, in Ihre Hände!"

Unter dem Jubel der Menge trat hierauf der König zurück; die oben bezeichneten Bürger begleiteten ihn bis an die Treppe.

Der authentische Bericht, dem die Schilderung dieser Scene entnommen ist, vervollständigt das Bild noch durch einige Nebenumstände. Nachdem nämlich der König die ersten Säze in abgebrochener Form gesprochen, fragte er den neben ihm stehenden Kaufmann Hiller: „Was weiter sagen?", worauf dieser ihm zurief: „nur die wenigen Worte, ich stelle mich mit Vertrauen fortan unter den Schutz meines Volkes und gewähre gern die geforderte Bürgerbewaffnung." Als der König diesem entsprechend weiter geredet und der Beifallssturm unter der Menge die Rede unterbrach, richtete der König an die ihm zur Seite stehenden Bürger die Frage: „Wo wollen Sie aber Waffen hernehmen?" „Geben Sie", wurde ihm entgegnet, „die Waffen des Zeughauses so lange, bis sich die Bürger-Garde organisirt hat." Hierauf schloß der König seine Anrede mit den angeführten Worten.

Nachdem der König abgetreten, erschien der Polizeipräsident und richtete einige Worte an die Versammelten. „Meine Herren", sagte er, „ich werde sogleich an's Werk gehen und mir die nöthigen Theilnehmer zu diesem Werke erbitten." Die hierauf ihm zugeordneten und sich ihm beigesellenden Personen, die Stadtverordneten Holbein, Haack und Glaue, der Fabrikbesitzer Devaranne, der Schriftsteller Dr. Wöniger, der Kaufmann Krug, zu denen später auch noch der Assessor Wache trat; sie begaben sich alsbald mit dem Präsidenten v. Minutoli nach dem Polizeipräsidium. Große Haufen aus der um das Schloß versammelten Menge folgten ihnen, Freudenrufe begleiteten sie auf ihrem Wege. Während jene Herren, auf die mündliche Verheißung und Zusicherung des Königs hin, eine Akte mit „vorläufig" giltigen „provisorischen Bestimmungen", worunter auch die, daß „der Staat die Kosten der Bewaffnung trage", anfertigten, während diese von sieben Personen garantirte Verordnung zum Druck befördert wurde, hatten einzelne Theilnehmer der Scene an der Terrasse die Kunde von der neuen Bewilligung des Königs durch alle Theile der Stadt getragen, war der Stadtverordnete Holbein nach dem Schützenhause geeilt, um der Schützengilde, der einzigen in Berlin vorhandenen bewaffneten Corporation von Bürgern, das Ereigniß mitzutheilen, und sie zur sofortigen Uebernahme des ersten Wachtdienstes zu veranlassen.

Das Publicandum über die „Bürgerbewaffnung", mit den Unterschriften der sieben garantirenden Personen versehen, wurde in vielen gedruckten Exemplaren *) noch in den Nachmittagsstunden vertheilt. Es lautete:

Bekanntmachung.

Se. Majestät der König haben auf den Wunsch der Einwohner Berlins die Bürgerbewaffnung zu genehmigen geruht und ist darüber von den dazu ernannten Unterzeichneten einstweilen folgende provisorische Bestimmung getroffen:

§. 1. Es wird eine Bürgerbewaffnung organisirt.

§. 2. Daran nehmen die Bürger und Schutzverwandten Theil.

---

*) Druck von E. S. Mittler.

§. 3. Die Kosten der Bewaffnung trägt der Staat.

§. 4. Die Schützengilde wird auf der Stelle einberufen und außerdem eine angemessene Zahl von Bürgern sogleich armirt.

§. 5. Alle näheren gesetzlichen Bestimmungen dieser Organisation werden so schnell als möglich in den nächsten Tagen erfolgen.

Berlin, 19. März 1848.

v. Minutoli.

Holbein. Glaue. Haack. Dr. Woeniger. Devaranne. Krug.

Hr. v. Minutoli hat mehrere Tage später in Folge eines Angriffs der „Berliner Zeitungshalle“ sich zu einer durch die Blätter veröffentlichten Erklärung veranlaßt gesehen, in der er den ersten Akt der neugeschaffenen Institution in folgender Art darstellt:

„Als am Nachmittage des 19. März, in einem wahrlich sehr kritischen Augenblicke, Tausende vor dem königlichen Schlosse Bürgerbewaffnung begehrten und solche der entsandten Deputation durch Se. Majestät den König bewilligt worden war, wurde ich durch Acclamation der Versammelten aufgefordert, mich an die Spitze zu stellen, um die Bürgerwehr so schleunig als möglich in's Leben zu rufen. Trotz meiner Entgegnung, daß die Bildung dieses Bürger-Instituts den städtischen Behörden gebühre, beharrte man dabei, daß ich die Sache leiten sollte, und da es darauf ankam, zu handeln, und zwar sogleich zu handeln, so trat ich mit dem durch Acclamation ernannten Beirath zusammen und es erschien eine Stunde später die diesfällige öffentliche Bekanntmachung und um 6 Uhr Abends bezog die erste bewaffnete Abtheilung der Bürger die Wache auf dem Schlosse.“

X. Die Krone in Gefahr. — Angst und Verwirrung im Schlosse. — Volksjustiz. — Der Sonntagsabend.

Ein wahrlich sehr kritischer Augenblick — sagt Hr. v. Minutoli in der eben angeführten Erklärung — war es, als Tausende vor dem Schlosse Bürgerbewaffnung verlangten, und der neue Ministerpräsident, Graf Arnim, war derselben Meinung, indem er Hrn. Gutzkow gegenüber aussprach: es sei jetzt nur Eins nöthig — die Menschen hier vom Schloß wegzubringen. Von einer Volksbewaffnung wollte der Graf nichts wissen, ihren Zweck wollte er gar nicht begreifen, ebenso wie der Polizeipräsident, der Hrn. Gutzkow „versicherte“, daß „man“ zu dieser Concession sich nicht entschließen könnte, auch noch nicht wüßte, wie man sie „ohne Gefahr“ in's Leben rufen sollte, ebenso wie der König, der noch vor ein paar Stunden dem nach Bürgerbewaffnung zielenden Wunsche jener Bürgerdeputation entgegensetzte: das vertrüge sich nicht mit dem Systeme der Regierung. Und nun, nach kurzer Spanne Zeit, doch Bürger-

bewaffnung! Bürgerbewaffnung, vom Könige verheißen in Gegenwart seiner neuen Minister, durch seine eigene Anrede an die versammelten Massen „gern gewährt", vom Polizeipräsidenten unmittelbar darauf in eine vielverheißende, schleunigst erlassene provisorische Verordnung gebracht, von ihm verbürgt und unterschrieben, eine Bürgerbewaffnung, zu deren Ausführung sofort das wohlausgerüstete Corps der Schützengilde aufgeboten, und noch in den späten Nachmittagstunden aus dem königlichen Zeughause Waffen von den Vorstehern der städtischen Bezirke an „Bürger und Schutzverwandte" vertheilt wurden! „Man kann behaupten", äußert Hr. Braß in seiner Schrift, „daß dieser rasche Entschluß, die Emanirung des (Bürgerbewaffnungs-) Gesetzes und die sofort eintretende Volksbewaffnung den Thron an diesem Tage gerettet haben." Und Hr. Gutzkow stellt die Gefahr in folgenden Worten dar: „das Schloß war schwach gedeckt, die Aristokratie entflohen oder verborgen, und nicht eine einzige Thatsache schien noch übrig, die Gemüther zu beruhigen und in irgend etwas Gemeinsamen und Freundlichen zu sammeln. Eine entschlossene Persönlichkeit mit dreißig bis vierzig ihr Verbundenen hätte in diesem Augenblicke die Dynastie, ja überhaupt die Form des Preußischen Staates ändern können. . . . In den Stunden am Sonntag von 11 Uhr Vormittags bis 2 Uhr Nachmittags gab es in Preußen keine Regierung und jede Gestaltung war möglich."

Lag die Gefahr für die Krone, für die Dynastie, in jenen Momenten denn wirklich so nahe? Mußte sie nicht vielmehr als eine eingebildete erscheinen, wenn man mit klaren ruhigen Blicken die Haltung der Volksmassen — die doch nach den Aeußerungen des Grafen Arnim vorzugsweise die Befürchtung vor der Gefahr erweckten — beobachtete, ihre Unentschiedenheit und Haltlosigkeit, die freilich von der oben im Schlosse herrschenden bei weitem übertroffen wurde, richtig zu erwägen vermochte? Die Gefahr war insoweit da, als sich der Herren im Schlosse die Angst und Furcht vor den Massen in übertriebenem Grade bemächtigte; sie war aber in der That nur eine Illusion, da die Volksmassen, überrascht von der ihnen unerwartet gekommenen Wendung der Dinge, von dem Eindruck des Augenblickes beherrscht, keiner Thatäußerung fähig, sich fast willenlos den einzelnen Volksführern hingaben, die durch ihre bescheidenen Reden beschwichtigen und nichts als beschwichtigen wollten.

Für die Krone gefahrdrohend waren die Intentionen der Personen, die sich zu Volksleitern berufen sahen, in keiner Weise; vereinzelt dastehende Beispiele werden wir weiter unten erwähnen, um zugleich die innere Haltlosigkeit der wirklich revolutionären Bestrebungen kennen zu lernen; von einer organisirten Revolution war nirgend eine Spur. Hr. Braß erzählt, daß aus der aufgeregten Volksmenge vor dem Schlosse Rufe, wie „Abdankung des Prinzen von Preußen" laut geworden, daß einige Stimmen „sogar" Republik! riefen; er fügt hinzu: sie wurden aber nicht beachtet. Wie ähnliche, in sehr engem Kreise geschehene Aufforderungen zur Bildung einer „provisorischen Regierung"

— und zwar in später Abendstunde, während die ganze Bevölkerung sich dem allgemeinen Jubel hingab — ebenfalls mißglückten, wird ein am Schlusse dieses Abschnitts mitzutheilender Fall zeigen.

Die Leichenaufzüge schienen die bedrohlichsten Momente für die illusorische Gefahr zu enthalten, die Art, wie der König unfreiwilliger Zeuge des entsetzlichen Schauspiels wurde, ließ die Herren im Schlosse vollends den Kopf verlieren. Gleichwohl wurden auch hier Beschwichtigungsversuche unter den Massen mit günstigem Erfolge angewandt, und die drohendsten Aeußerungen blieben nur Drohungen. — Es wird erzählt, daß in dem Augenblicke als der Polizeipräsident von den im Lustgarten Versammelten aufgefordert wurde, sofort zum Könige zu gehen, um die Anträge wegen Volksbewaffnung zu stellen, eine Person auf Hrn. v. Minutoli heranstürzte und ihm mittheilte, daß von den Linden her ein Trupp Menschen, in deren Mitte eine Bahre mit offen gedeckten Leichen und unter der Führung eines Mannes anrückte, welcher ausriefe: „Entweder Volksbewaffnung oder Thronentsagung!" Hr. v. Minutoli, der noch kurz zuvor auf das Verlangen nach Bürgerbewaffnung erklärte: er sei darin nicht competent, darauf durch den Assessor Wache belehrt wurde, in solchen Augenblicken sei competent, wer competent sein wolle, — Hr. v. Minutoli habe sich, wird weiter erzählt, durch jene Nachricht endlich zu der Ueberzeugung von seiner Competenz bestimmen lassen. Nachdem hierauf die den Polizeipräsidenten begleitenden Personen von dem Könige empfangen worden und dieser veranlaßt wurde, vor die versammelte Menge zu treten, suchten zwei Mitglieder der Bürgerdeputation mit dem Könige den Weg nach der Schloßfreiheit hin einzuschlagen, damit er von einer mehr nach dieser Seite hin befindlichen Stelle einer größeren Menge verständlich würde. Der König jedoch sträubte sich, diese Richtung zu verfolgen. „Nein, nicht dahin", rief er dem Vorangehenden zu, „nicht dahin, die Menschen da scheinen mir ein zu wüstes Aussehen zu haben." Während nämlich in dem Lustgarten, also der Stelle gegenüber, von der aus der König seine Anrede hielt, die Menge großentheils aus anständig gekleideten Personen bestand, nahmen den Platz von der Schloßbrücke nach der Schloßfreiheit hin Volkshaufen ein, wie sie seit dem Morgen schon von allen Seiten nach der Gegend des Schlosses zusammengeströmt waren. Jene im Lustgarten befindliche Menge war insofern als Repräsentantin der berliner Bürgerschaft anzusehen, als sich dort Bürger aus allen Bezirken auf vorhergegangene Aufforderung der einzelnen Bezirksvorsteher in der Absicht zusammengefunden hatten, mit dem Könige direct zu unterhandeln.

Kaum war der König wieder in sein Zimmer zurückgekehrt, als vom Schloßplatze her ein Leichenzug — wie versichert wird, der erste von allen ähnlichen — in den Schloßhof drang. Ein junger Mann, Student, mit entblößten, fliegenden Haaren, einen Schläger in der Hand, ging voran; hinter ihm

ein sogenannter Möbelwagen, auf welchem neun Leichen offen gelegt, dann noch drei oder vier Bahren mit Leichen. Ein großer Haufen Menschen folgte. In der Mitte des Hofes hielt der Wagen an, die Bahren wurden niedergesetzt, die Menge begann ein Kirchenlied („Jesus, meine Zuversicht") zu singen. Nachdem eine oder zwei Strophen gesungen waren, wurden die Bahren wieder aufgenommen und der Zug, den Studenten an der Spitze, bewegte sich durch dasselbe Portal, durch das der König fünf Minuten vorher zurückgekehrt war. Vor dem Portale angelangt, fielen die Blicke Einiger aus dem Zuge auf die Fenster im zweiten Stockwerke, an welchen Soldaten sichtbar wurden. Es waren die Fenster des Garde-du-Corps-Zimmers, desselben, in welchem der König zuvor die Bürger empfangen, und in dem eine große Anzahl Soldaten sich befand. Als der Zug unten der am Fenster stehenden Soldaten ansichtig wurde, entstand eine ungeheure Aufregung: „Seht einmal diese Hunde dort oben, seht einmal den Hohn und das spöttische Gelächter, mit dem sie unsere gefallenen Brüder jetzt noch verfolgen. . . . Herunter mit ihnen!" Die Stimmung, die in solchen Ausdrücken sich kund gab, schien den umstehenden Bürgern am bedrohlichsten; Augenzeugen der verschiedenen Scenen vor und in dem Schlosse halten diesen Moment für den gefahrvollsten des ganzen Tages. Die beiden Bürger, die, nachdem sie den König zurückbegleitet, gleichzeitig mit dem Zuge aus dem Portal gekommen waren, die Herren Wache und Holbein, begaben sich sogleich wieder in's Schloß, um die Entfernung der Soldaten aus dem Zimmer zu veranlassen. Oben auf dem Corridor kamen ihnen die Herren v. Minutoli, Graf Schwerin, Fürst Lichnowski entgegen und versprachen, daß das Zimmer sofort geräumt werde. Nachdem dies geschehen, beschwichtigte Hr. Wache von demselben Fenster aus, auf welches die Blicke der Begleiter des Zuges gerichtet waren, die Untenstehenden durch die Mittheilung dessen, was sofort veranlaßt worden. Der Zug setzte dann seinen Weg fort. — Fürst Lichnowsky glaubte nun auch seinerseits wieder die bürgerlichen Fürsprecher beschwichtigen zu müssen. Als diese zurückkehren wollten, trat er an sie heran: „Aber, nun meine Herren", sagte er, „nun sehen Sie, daß auch Alles bewilligt ist; Sie können nun ruhig sich nach Hause begeben, es ist ja Alles geschehen!" Ernst verwies ihm Hr. Wache, der ihn zuvor nach seinem Namen und seiner Qualification zu dieser Aufforderung befragt, die Art, die „Vertreter des Volkes" zur Rückkehr zu bestimmen. Jener sähe die Gefahr nicht ein, die dem Thron drohte, und dergleichen Reden wären nicht mehr zeitgemäß. Graf Schwerin versuchte beide Theile zu beruhigen.

Die Wendeltreppe, die von dem Hofe nach dem genannten Corridor führte, war von Soldaten besetzt, die eine Chaine bildeten; mehrmals versuchten die den Hof füllenden Haufen die Chaine zu durchbrechen; sie ließen sich jedoch stets durch begütigendes Zureden abhalten, und als der Ruf laut wurde, daß die Soldaten sich umwenden und ihre Gesichter nicht mehr dem Volke zeigen

sollten, erklärte Hr. Wache der Menge: Preußische Soldaten haben nie den Rücken gekehrt; das hätten preußische Truppen nicht nöthig. Da bald darauf der genannte Herr sich anschickte, das Schloß zu verlassen und in die Stadt zurückzukehren, kam Graf Schwerin auf ihn zu und bat ihn, noch hier zu bleiben und seine erfolgreiche Thätigkeit in Bezug auf die Beschwichtigung der Massen dem Schlosse nicht zu entziehen. „Wir sind Ihnen so dankbar", fügte er hinzu, „bleiben Sie noch!" — Auch Hr. Gutzkow weiß und er drückt es in seiner oben erwähnten Erklärung durch die Vossische Zeitung aus: „daß der König denen gedankt hat, die an jenem Sonntage zu dem Schlosse hielten."

Jene von uns bereits angedeutete, erschütternde Scene, deren Zeuge zu sein der König gezwungen wurde, der er, auf die aus dem Volke geschehene Aufforderung: „Hut ab!" mit unbedecktem Haupte beiwohnte, findet sich in dem Berichte eines Augenzeugen, wie er unmittelbar nach dem Vorfalle und unter dem Eindrucke des Erlebten, niedergeschrieben wurde, in folgender Weise geschildert:

.... Bald darauf erfogte die Scene, welche an tragischem Pathos Alles überbietet, was jemals in Trauerspielen der antiken uud romantischen Kunst an den erschütterten Gemüthern vorüber gezogen ist. — Man hat Ludwig XVI., als er das Schaffot bestieg, „le roi martyr" (den königlichen Märtyrer) genannt; wie gering erscheint die Sühne, welche ihm das Pariser Volk für die Schuld seines Vaters mehr, als für seine eigene auferlegte, im Vergleich zu der Buße, welche das Berliner Volk seinem Könige bereitete. Ludwig hatte die Genugthuung, als Triumphator auf dem Schaffot zu stehen in dem Gefühle überwunden zu haben, nicht überwunden zu sein. Welch ein Schauspiel aber ward uns bereitet! Von allen Seiten zogen durch die Portale des Schlosses die Barrikadenkämpfer herein, mit wilden, verstörten Gesichtern, in der Hand noch die mörderische Waffe, auf den Schultern die Bahren mit den Leichen der gefallenen Brüder, deren Wunden in gräßlicher Schau sie offen gelegt, deren blutige Stirnen im Vorübertragen von Frauenhänden mit Immortellen und Lorbeer geschmückt worden waren. Die Volksmenge, durch welche sie hindurchschritten, stand lautlos, ehrfurchtsvoll nahm ein jeder den Hut ab, die Lippen bebten, in den Augen zitterten Thränen, nur die festen Tritte der Träger hallten in dem Schloßhofe wieder und von Zeit zu Zeit der Name eines der Gefallenen, von einem Träger laut ausgerufen mit näherer Angabe: „Familienvater von fünf unerzogenen Kindern!" — „Auf der Barrikade am kölnischen Rathhause niederkartätscht!" „Ohne Pardon niedergestochen, nachdem er sich ergeben hatte." „Eine Witwe, Mutter von sieben Waisen!" „Funfzehn Jahr alt, an meiner Seite niedergeschossen, mein einziger Sohn!" —

Es war ein grausamer Instinkt, welcher in den entlegensten Theilen der Stadt das Volk, ohne irgend eine Verabredung, trieb, die Leichen nach dem Schloßhofe zu tragen. Schon hatte sich der Hof, in welchem die Wendeltreppen zu den Königlichen Gemächern führen, mit Bahren und blutigen Leichen gefüllt, als das Volk nach dem Könige rief. Der Fürst Lichnowsky, welcher, — nachdem der Kampf vorüber war — mit einigen der Barrikadenhäupter fraternisirt hatte, versuchte es, seine guten Freunde zu bedeuten, daß Se. Majestät sich zurückgezogen hätte und daß man ihm einige Ruhe gönnen möge; allein der Ruf: „der König!" erscholl mit verzehnfachter Gewalt, daß die Schloßfenster davon erzitterten. Schon nahmen die Träger die Leichen wieder auf und schickten sich an, sie die Wendeltreppe hinauf in die königlichen Gemächer zu tragen, da erschienen die Grafen Arnim und Schwerin, und als aufs Neue der immer drohender dröhnende Ruf nach dem Könige erscholl, erschien auf der offenen Gallerie des Schloßhofes der tiefgebeugte, — zum letzten Male Monarch — an seinem Arme die vor Angst und Entsetzen bleiche Königin. — Da nahmen die Träger die blutigen Leichname wieder auf, sie hoben die Bahren hoch zu dem Könige hinauf, so weit die Arme reichen wollten, unter schrecklichem Zuruf der Männer und Wehklagen der Frauen: „Landesvater, das sind deine Kinder! Gieb uns unsre Brüder! Gieb uns unsre Söhne, unsre Väter, unsre Männer gieb uns wieder!" Der König und die Königin vermochten nur

mit Thränen das tiefgefühlte Beileid des gebrochenen Herzens zu bezeugen. In den blutgetränkten Gewändern der Gefallenen erblickten sie den königlichen Purpur zu ihren Füßen im Staube liegen. Die Büßung war vollbracht, die Versöhnung durfte nicht fehlen. Das absolute Königthum und der absolute Volkswille waren zur blutigen Entscheidung einander kämpfend gegenüber; wie die Schuld aus dem innersten Grunde des starren, unbeugsamen Gemüthes, so ging nun auch die Versöhnung aus der noch unergründlicheren Tiefe des Bewußtseins: daß wir Alle „von Gottes Gnaden" sind, hervor. Das Volk stimmte den Choral an: „Jesus, meine Zuversicht"; der König verweilte mit unbedecktem Haupte, bis der feierliche Todtengesang geendet und führte dann die, kaum sich noch aufrecht haltende Königin in ihre Gemächer zurück. — Von dieser Stunde an war die Umwandlung in dem Herzen des Königs, wie in dem des Volkes geschehen; das preußische Königthum war unwiderruflich von dem absoluten Throne gestiegen, die Stufen, welche zu dem constitutionellen führen, waren gelegt. Größer und würdiger, als das Pariser Volk, hat das Berliner Volk seine Revolution vollzogen; dort haben sie den Thron des Königs — selbst Napoleon nannte den Thron nur ein Stück Holz mit Sammt bekleidet — zerbrochen und den Flammen übergeben; hier wurde ein größerer Sieg gefeiert, hier wurde das Herz eines Königs gebrochen und einem Läuterungsfeuer übergeben, aus welchem dasselbe zu seinem und des Volkes Heil wiedergeboren hervorgegangen ist.

Während dieser Scene, die zwischen der zweiten und dritten Nachmittagsstunde stattfand, hatten die Bestürzung, der Schreck, die Angst, die in den königlichen Gemächern herrschten, ihren höchsten Grad erreicht. „Das sind ihre guten Bürger", rief erbittert einer der königlichen Prinzen dem anwesenden Oberbürgermeister der Stadt zu. Ruhig konnte dieser erwiedern: „Ich habe den Befehl zum Rückzug der Truppen nicht ertheilt!" — Fürst Lichnowsky wußte auch hier wieder mit einem seiner Apercu's auszuhelfen. Als einer der Herren aus der Umgebung des Königs ihm mit der Frage: „Und was sagen Sie nun?" entgegenkam, war er schnell mit der Antwort bei der Hand: „Tu l'as voulu, George Dandin." — Als der König wieder von der Scene der Leichenschau in sein Zimmer zurückgekehrt war, trat Hr. v. Minutoli mit den Worten auf ihn zu: „Ew. Majestät, es ist jetzt die höchste Zeit! Sie müssen Berlin verlassen!" Der König unschlüssig, wurde jedoch durch entgegenstehende Rathschläge, wie den des Oberbürgermeisters, veranlaßt, denen des Hrn. v. Minutoli keine Folge zu geben. — Seit dem Augenblicke des Abzugs der Truppen hatten sich Niedergeschlagenheit, Kleinmuth, Verzagtheit der Umgebung des Königs bemächtigt; die uniformirten Herren im Schlosse suchten schnell ihre Uniform mit theilweise fremdem Civilanzuge zu vertauschen, und, wie die Schrift: „Personen und Zustände Berlins seit dem 18. März"*) berichtet, soll ein Flügeladjutant, Obrist-Lieutenant v. Brauchitsch, alsbald seinen schönen Schnurrbart zum Opfer gebracht haben, um sich unkenntlich zu machen. — Die Exminister v. Thile und v. Bodelschwingh verließen in Eile das Schloß und die Hauptstadt selbst. Mit Letzterem traf bald nachher der Oberbürgermeister in Potsdam zusammen. Auch der Prinz von Preußen entzog sich der Umgebung des Königs; über seine fluchtähnliche Reise nach Curhaven, wo er sich nach England einschiffte, wird ein späterer Abschnitt berichten.

*) Erstes Heft. Leipzig, 1849. S. 1.

Ueber den Zustand, der in den Zimmern des Schlosses am Sonntag-Nachmittage herrschte, giebt Hr. Franz Raveaux den Bericht eines Augenzeugen. *) Von den Mitgliedern der kölnischen Deputation hatten die meisten Berlin schon verlassen; Hr. Raveaux, d'Ester und einige Andere waren noch zurückgeblieben. Dr. Claessen war am Morgen nach Potsdam gefahren. Dort traf er eine Freundin der Prinzessin von Preußen, Frau Deichmann aus Köln, die gekommen war, um der Prinzessin ihre Aufwartung zu machen. Hr. C. begleitete sie nach Berlin und in's Schloß. Beide hatten Mühe, durch die Volkshaufen bis zu dem Zimmer zu gelangen, in welchem sich „der Ueberrest der königlichen Familie im desolatesten Zustande befand." Sie kamen in dem Augenblick, als hier „die Niedergeschlagenheit ihren höchsten Grad erreicht hatte." Tausende von Neugierigen wälzten sich beständig durch die Schloßportale, Treppen, Schloßhof und Corridors. Einzelne Militärwachen, die man vergessen hatte, abzulösen, standen noch dazwischen auf den Gängen und an den Thüren. In dem Saale, in welchem sich der König und die Prinzessin von Preußen befanden, saß ein General schlaftrunken und abgemattet in einem Lehnsessel. Die Umgebung des Königs war auf wenige Personen zusammengeschmolzen. Von den nicht abgelösten Militärschildwachen lagen einige schlafend mit dem Gewehr im Arm auf dem Boden. „Daß unter solchen Umständen", fährt der Bericht fort, „das Zusammentreffen dieser beiden Frauen und die Umarmung derselben für die Umstehenden ein herzzerreißendes Schauspiel war, läßt sich denken. Alle Anwesenden waren beständig in banger Erwartung der Dinge, die noch kommen würde, und C. erzählte, wie ihm in jenem Augenblicke das Schicksal Ludwig XVI. vorgeschwebt hätte. Er erzählte ferner, daß er nie den Moment vergessen werde, in welchem draußen urplötzlich ein Schuß gefallen sei: das Zusammenschrecken der Anwesenden habe einen tiefen Eindruck auf ihn gemacht und er selbst habe das Schlimmste befürchtet. Eingezogene Erkundigungen hätten aber dargethan, daß dieser Schuß zufällig losgegangen oder ein Freudenschuß gewesen sei, wodurch die Anwesenden wieder etwas mehr Fassung gewonnen hätten."

Um fünf Uhr etwa zeigten sich in der Königstraße zuerst einzelne Mitglieder der Schützengilde, die in ihren glänzenden Uniformen, den Hut mit wallenden Federn, nach dem Schlosse zogen. Sie bestätigten nach allen Seiten hin den Fragenden, daß die Bürgerschützen das Schloß besetzen würden. Großer Jubel begleitete sie auf ihrem Wege. Die Fenster waren mit jubelnden Menschen angefüllt, die Frauen weheten mit ihren Tüchern, Freudenschüsse wurden abgefeuert. . . . „Das ist der erste Sonnenblick in diesen Schreckens-

*) Deutsche Monatsschrift für Politik, Wissenschaft, Kunst und Leben. Herausgegeben von A. Kolatscheck. Stuttgart, 1849. (Märzheft S. 417.)

tagen!" ruft bei einer Schilderung dieses Vorganges der Correspondent der Breslauer Zeitung begeistert aus. „Der erste Sonnenblick! Möge er festgehalten werden! Nicht Kartätschen, Kanonen und Bayonnette sind heutzutage die Beschützer der Könige; Bürgertreue, Bürgertugend, Bürgerfreiheit ist die einzige Schutzwehr der Fürsten."

Fast alle berliner Zeitungsberichte aus diesen Stunden enthalten ähnliche Ausbrüche einer freudigen Begeisterung, überschwengliche Declamationen über das vom Volke Errungene; nur sehr selten finden sich Aeußerungen der Besorgniß und bedenklicher Art, und auch diese nur als spärliche dunkele Farben in dem ganzen freundlichen Lichtbilde. In dieser Beziehung sei einer vom 19ten Nachmittags 3 Uhr datirten Correspondenz der „Hamburger Börsenhalle" erwähnt, deren Berichterstatter, obschon er von der bereits in's Leben getretenen Bürgerbewaffnung und von der die Krone demüthigenden Scene auf dem Schloßhofe nichts weiß, jene Correspondenz mit den Worten schließt: „Der König ist sehr gedehmüthigt worden, und wird dies, fürchte ich, der Stadt nie vergessen."

Um 6 Uhr Abends bezog eine in Eile organisirte, vorzüglich aus Beamten des Hofstaates bestehende Abtheilung bewaffneter Bürger und die berliner Schützengilde unter Major Lüdemann die Schloßwache. Schon vorher waren aus dem Zeughause Gewehre und andere Waffen von den Bezirksvorstehern an Bürger und sogenannte Schutzverwandte, welche sich freiwillig meldeten, vertheilt worden. Die „neue Wache" (Hauptwache) bot in den Abendstunden den seltsamen Anblick einer gemischten militärischen und bürgerlichen Wachtmannschaft; die Soldaten verließen freilich bald nachher diesen Posten, der nun von bewaffneten Bürgern allein besetzt gehalten wurde.

Die Volkshaufen, die sich in den Mittagsstunden um das Schloß gesammelt und die jene Besorgniß des Grafen Arnim erweckt hatten, verließen den Schloßplatz erst in der vierten Nachmittagsstunde. Ein um diese Zeit plötzlich eintretender Regen trieb Viele nach Hause. Außer diesem Regen hatten sich freilich die beschwichtigenden Volksführer, die jetzt wenig zu wünschen übrig sahen, das größte Verdienst, nach der Aeußerung des Grafen Arnim gegen Hrn. Gutzkow, erworben, das sich überhaupt einer erwerben könne — die Massen vom Schlosse wegzubringen. In früherer Nachmittagsstunde war die Aufmerksamkeit eines Volkshaufens auf ein Eckhaus an der Königs- und Poststraße gelenkt worden, in welchem, wie erzählt wurde, am Abende vorher vier Studenten oder andere bürgerliche Personen auf den Befehl eines im Hause wohnenden Majors v. Preuß von den Soldaten getödtet worden wären. Der Haufen beschloß die angeblich Gemordeten würdig zu rächen. Man drang in die im zweiten Stockwerk belegene Wohnung des Majors. Jedoch weder dieser noch irgend eine andere Person wurden vorgefunden. Es wurde nun ein Akt von Volksjustiz vollzogen, der, von keiner Seite gehindert, mit der voll-

ständigen Vernichtung sämmtlicher in der Wohnung vorhandener Besitzthümer des Majors endete. Hr. Braß giebt folgende Schilderung der Vorgänge:

Nachdem am 18ten Nachmittags die Barrikade an der Poststraße genommen, und die Soldaten an den beiden dem Eckhause gegenüberliegenden Seiten der Straße aufgestellt, nach den Fenstern desselben schossen, trat ein Mann an den kommandirenden Offizier heran, und indem er mit der Hand auf die Fenster des Restaurations-Lokales zeigte, machte er dem Offizier bemerklich, daß dort die Schüsse gefallen seien, und auch die Schützen noch zu finden sein würden. Dieser Mann war ein Herr v. Preuß, Major a. D. Nach dieser Mittheilung ging der kommandirende Offizier sogleich mit einigen Mannschaften in das Haus des Major v. Preuß, und man schoß aus den Fenstern der Wohnung dieses Herrn auf die des gerade gegenüberliegenden Restaurations-Lokales. Etwas Weiteres hat unser Gewährsmann nicht gesehen, aber dieser Vorfall war die Veranlassung zu jenem Akt der Volksjustiz, der am folgenden Tage gegen den Major v. Preuß unternommen wurde. — Am Sonntag gegen Mittag begab sich nämlich ein Volkshaufe, von einem fein gekleideten Manne geführt, die Königsstraße herunter, umringte das Haus des Majors, der, den späteren Aussagen seiner Miether zufolge, ohne etwas Böses zu ahnen, bei Tische saß, und mit den Worten: „Seht, hier wohnt der Verräther, der das Volk verrathen hat!" warf der Anführer der Menge einen Stein in die Fenster des Majors. Gleichzeitig fielen mehrere Schüsse und eine Menge Steine zerschmetterten die Scheiben, während das Volk in das Haus drang. Nur mit Mühe soll sich der Major mit den Seinigen, durch eine Thür nach der Königsstraße hin, gerettet haben, denn bereits nach wenigen Minuten war man in seine Wohnung eingedrungen und nun begann eine schreckliche Scene der Zerstörung. Das sämmtliche Mobiliar, Betten, Pretiosen, eine Geldchatulle, mit einem Worte, sämmtliche Geräthschaften, die man vorfand, Wäsche und Kleidungsstücke nicht ausgenommen, wurden auf die Straße hinuntergeworfen und in einem schnell dazu angezündeten Feuer verbrannt. Man hatte zwei Feuerspritzen herbeigebracht, um zu verhüten, daß das Feuer vielleicht einem benachbarten Hause Schaden zufüge; Leute, welche es wagten, etwas von den heruntergeworfenen Sachen an sich zu nehmen, wurden von dem Volke zurückgeholt, sie mußten das gestohlene Gut herausgeben, und wurden für ihre Unredlichkeit summarisch bestraft, indem man ihnen einige Feuereimer kaltes Wasser über den Kopf schlug.

Verschiedene Personen nahmen sich später in öffentlichen Erklärungen, welche die Zeitungen in den nachfolgenden Wochen brachten, des Majors v. Preuß als eines Mannes an, der sich gegen jene Erklärer am 18. März, als sie sich während der Abendstunden in dem von dem Major bewohnten Hause befanden, mit großer Menschenfreundlichkeit benommen und sie gegen das hineindringende Militär geschützt habe. Ob jedoch die von der Menge dem Major zur Last gelegten Beschuldigungen überhaupt unbegründet gewesen, wird durch jene Erklärungen keineswegs festgestellt. Durch Zeugnisse vielmehr, die ein in der Vossischen Zeitung vom 27. April enthaltener Artikel: „zur Frage: ist der Major v. Preuß schuldig oder unschuldig?" beigebracht, und unter denen sich die des Bezirksvorstehers und des Polizeicommissars des betreffenden Reviers befinden, ist dargethan, daß der Major am 18ten Nachmittags zu den Soldaten in der Königsstraße hinausgetreten, mit den Offizieren dort in Gespräche gerathen und dann mit 10 bis 15 Mann in sein Haus wieder zurückgekehrt sei, so wie, daß er sowohl wie seine Ehefrau sich später geweigert, den auf den Boden und im Hofe liegenden schwerverwundeten bürgerlichen Personen die verlangte augenblickliche Hilfe zu leisten. — Hr. v. Preuß, dessen Hab' und Gut der Volksrache zum Opfer fielen, kehrte erst nach acht Monaten wieder nach Berlin zurück, und wandte sich, nachdem er mit dem Staatsministerium (Hrn. v. Manteuffel) in erfolglose Unterhandlungen wegen

eines Schadenersatzes getreten war, am 6. November 1849 mit einer Petition an die erste Kammer, die in ihrer Sitzung vom 20. Dezember diesen Gegenstand durch Uebergang zur Tagesordnung erledigte. In dieser Petition wird der dem Major v. Preuß durch Vernichtung seines beweglichen Eigenthums zugefügte Schaden auf 27,050 Thaler angeschlagen, und die Veranlassung zur Erstürmung und Verwüstung des Hauses darin gefunden, „daß unter der am 19. März auf dem Schloßplatze in Berlin versammelten Volksmenge das unwahre Gerücht verbreitet worden, der Major habe am Tage zuvor Leute durch das Versprechen: sie mit Waffen zum Kampf ausrüsten zu wollen, in sein Haus gelockt, demnächst aber Militär herbeigeholt, um jene Leute erschießen zu lassen." Bei Gelegenheit der Discussion über diesen Gegenstand in der Kammersitzung stellte der Minister des Innern, v. Manteuffel, die Sachlage in folgender Weise dar:

Am 18. März des Abends wurde aus den Zimmern des Major v. Preuß auf die Truppen geschossen, die Truppen drangen deshalb in das verschlossene Haus des Major v. Preuß ein, um sich gegen die von dort ausgegangenen Angriffe zu schützen. Als sie in das Innere gekommen waren, wurden sie meuchelmörderisch angegriffen. Dies reizte die Soldaten noch mehr, sie verfolgten die Straßenkämpfer, die sich bis auf den Boden des Hauses zurückzogen. Dort hatten Letztere sich versteckt, machten aber noch von dort aus den Versuch, den Offizier zu tödten. In Folge dessen wurden einige von diesen Menschen von den Soldaten getödtet. Andere entkamen in Verstecke, wo sie von den Truppen nicht aufgefunden wurden. Die Soldaten untersuchten, ob sich bei den Gebliebenen Papiere finden möchten, die über eine „Verbindung" Auskunft gäben. Sie fanden nichts Erhebliches, wohl aber einiges Geld. Dieses zählten sie den Leichen auf die Brust und gingen fort. Der Major v. Preuß erfuhr nun, daß sich noch in dem Schornsteine einige von den Geflüchteten befänden, und holte, um sie daraus zu befreien, einen Schornsteinfeger herbei, der sie auch nachher herausholte. Wahrscheinlich in Folge hiervon hatte sich das Gerücht verbreitet, daß der Major v. Preuß zur Ermittelung der im Hause gefundenen Menschen selbst die Hand geboten und sie den Soldaten überliefert hätte; und dieses war der Grund, weshalb (aus welcher andern Veranlassung, ist nicht ermittelt) man einen Angriff gegen das Haus des Major v. Preuß unternahm. Es sind erhebliche Beschädigungen in diesem Hause ausgeübt worden.... Das Ministerium hat, sobald es Kenntniß davon erhielt, sich alle Mühe gegeben, irgend einen Urheber zu ermitteln. Es hat dem Polizei-Präsidium aufgegeben, die Spuren des Attentates und des Urhebers zu verfolgen. Es ist dieses aber nicht gelungen. Der Major v. Preuß hat sich vielfach in dieser Beziehung bemüht, aber, wie er selbst zugesteht, erfolglos. . . .

In Bezug auf letzteren Punkt sei hier noch die Stelle aus der Petition angeführt, die das Gesuch unterstützen sollte, daß nämlich, da der Major am 19. März sofort beim Anstürmen der Menge habe flüchtig werden müssen und erst nach Verlauf von acht Monaten habe wagen können, nach Berlin zurückzukehren, seine Bemühungen zur Ermittelung ersatzfähiger Betheiligten sehr erschwert wären und bisher erfolglos geblieben seien, „daß aber sein Verlust nicht so erheblich hätte werden können, wenn der Polizeipräsident v. Minutoli auf wiederholtes Bitten desfalls eingeschritten wäre." Bemerkenswerth ist hierbei der in der Petition angegebene Umstand, daß sich der Bittsteller, „nach der ihm von vielen ausgesprochenen Ansicht, wahrscheinlich aus höchst triftigen Gründen, zum Opfer ausersehen" glaubt und daß sein Unglück ein Ableiter gewesen sein solle, „wodurch einem gänzlichen Umsturze alles bisher Bestehenden vorgebeugt worden sei."

Außer dem Major v. Preuß und aus ähnlichen Gründen wie diesen, traf die Volksrache noch den Handschuhmacher Wernicke. Dieser war beschuldigt, drei junge Polen den Soldaten verrathen, nach Andern, jene Polen als solche dem Militär bezeichnet zu haben, die unter die Menge am 18ten Nachmittags Geld vertheilt hätten. Sein unter den Linden belegener Laden wurde am Abende des 19ten das Ziel von Verfolgungen der Volksjustiz. Ein Theil der um den Laden versammelten Menge drang in das Innere desselben und alsbald war der gesammte Inhalt des Ladens, hauptsächlich aus Handschuhen bestehend, vernichtet, zerrissen und auf die Straße geworfen. Dieselbe Polizei, die bei der Zerstörung des Preuß'schen Besitzthums Einzelne aus der Menge freiwillig übernahmen, um zu verhindern, daß der Vernichtungsakt auch nur im Entferntesten den Charakter einer Plünderung oder Selbstbereicherung trage, wurde auch hier bei der Verwüstung des Wernicke'schen Ladens ausgeübt; und mit großen Ruhmeserhebungen wurde versichert, daß nicht ein einziger Fall von Eigennutz, weder hier noch dort, diese Akte einer Rache gegen „Verräther am Volke" — wie die Menge sich ausdrückte — befleckt habe.

Den erwähnten Demonstrationen folgten noch im Laufe des Abends andere, welche nicht sowohl durch vereinzelte, angeblich verrätherische Handlungen, als vielmehr durch die Namen von Personen hervorgerufen waren, die von dem Argwohn und Mißtrauen oder von dem Hasse der Massen verfolgt wurden. Die Personen, die dieser Haß und Mißtrauen traf, hatten sich freilich allen feindlichen Verfolgungen durch ihre frühzeitige Entfernung aus Berlin entzogen; gleichwohl sollte das Vorhandensein jener feindseligen Gesinnungen wenigstens dadurch documentirt werden, daß einzelne Haufen, zuweilen in starken Trupps, sich nach den Wohnungen der mißliebigen Personen begaben, um von der Straße aus im Ausbringen von Pereats, in disharmonischen Tönen, im Singen von Spottliedern u. dgl. m. den Gefühlen einer bescheideneren Rache freien Lauf zu lassen. Diese Charivari's — noch unausgebildete Anfänge der später florirenden Katzenmusiken — wurden den früheren Ministern v. Thile und Eichhorn und dem Oberbürgermeister in den späten Abendstunden gebracht. Hierbei verdient das Factum Erwähnung, daß während der zumeist aus Studenten bestehende Haufen vor der Thile'schen Wohnung in voller Ausübung seiner Künste begriffen war, eine — Bürgerwehrabtheilung, die unter Leitung des Stadtverordneten Schäffer patrouillirte, die „Ruhestörer" begütigend aufforderte, nach Hause zu gehen, und einstweilen zum Schutze des Hauses Posten aus ihrer Mitte aufstellte.

Größere Gefahr bedrohte das Palais des Prinzen von Preußen. Durch beschwichtigende Reden gelang es, die Massen von einer beabsichtigten Verwüstung des Gebäudes vorläufig abzuhalten. Eine von dem Schriftsteller Dr. Eichler an das Gebäude befestigte große dreifarbige Fahne sollte die Beschwich-

tigung unterstützen. Man begnügte sich einstweilen mit einer symbolischen Vernichtung des der Volksrache preisgegebenen Namens. Ein großer Trupp Menschen zog vor ein in der Jüdenstraße belegenes Hotel, das die Inschrift „Zum Prinzen von Preußen" trug, und zwang den Wirth das Schild abzunehmen.

Mit eintretender Dunkelheit begann die Erleuchtung der Häuser. Von dieser Illumination der Fenster, die bis tief in die Nacht währte, wurde gerühmt, daß Berlin früher nie eine so allgemeine und vollständige gesehen hätte. Selbst das Palais des russischen Kaisers unter den Linden nahm, auf das Glänzendste erleuchtet, an dieser Manifestation der Freude über den wiedergekehrten Frieden Theil. Jubelnde Schaaren durchzogen die Straßen, Freudenschüsse, auf offener Straße aus Büchsen abgeschossen, tönten die ganze Nacht hindurch. Ein jubelnder Haufe brachte dem Polizeipräsidenten ein Musikständchen zu derselben Zeit, als an andern Theilen der Stadt die schon erwähnten Demonstrationen gegen die Mißliebigen stattfanden. „Dieser Abend", schreibt ein Zeitungs-Correspondent unter dem Eindrucke des Augenblicks, „wird unvergeßlich bleiben. Das Volk durchzog in freudigster Aufwallung, meistens bewaffnet, die Straßen und benutzte seine unbeschränkte Souveränetät dazu, diejenigen, welche nicht illuminirt hatten, durch lautes Rufen zur Illumination zu veranlassen. Kein Exceß, keine Verletzung des Eigenthums ist vorgefallen! Gewiß 200,000 Menschen waren auf den Beinen, erregte Menschen, erfüllt von dem Andenken an ihre gefallenen Brüder, erschüttert durch die Schreckensthaten des vergangenen Tages, und darunter viele hungernde Menschen . . . Und kein Exceß fiel vor!"

Eine Schrift, reich an abenteuerlichen Mittheilungen, das Machwerk feiler Spionerie und Denunciationssucht, die Piersig'schen Mysterien *), weiß als „eine bisher noch nie zur Oeffentlichkeit gekommene, dennoch aber factische Thatsache" zu berichten, daß am 19. März Abends in einem Bierlokale eine Gesellschaft, zum Theil aus den fanatisirtesten Studenten bestehend, darüber berathschlagte, wie man sich des Schlosses bemächtigen, den König und die ganze königliche Familie gefangen nehmen und ermorden wollte. Wir theilen diese „factische Thatsache" aus jener nicht eben an Mittheilungen von Thatsachen reichen Schrift mit, um daran ein Curiosum zu knüpfen, dessen Hr. Raveaux in seinen Rückblicken erwähnt und das der Zeit nach in diesen Abschnitt gehört. Am Abende des 19ten nämlich, kurz vorher, ehe die zurückgebliebenen cölnischen Deputirten mit dem letzten Eisenbahnzuge Berlin verließen, kam zu einem der Deputirten, Herrn Franz Raveaux, ein ihm befreundeter Rhein-

*) „Mysterien der berliner Demokratie. Ein Beitrag zur Aufhebung des Belagerungszustandes" ꝛc. von W. Piersig. 1 Theil. 1849.

länder, welcher in Berlin wohnte, in den Gasthof. Der berliner Freund bat den in der Abreise begriffenen Raveaux dringend, nicht nach Cöln zu gehen, sondern in Berlin zu bleiben. Es thue Noth, sagte er, daß Männer da blieben, welche entschlossen seien, zu handeln. Man müsse den König zur Abdankung zwingen und zwar auf der Stelle, dann sofort eine „provisorische Regierung" bilden und die „Republik" proclamiren. Alles sei hierzu vorbereitet; er habe bereits mit einigen Offizieren der Schützengilde das Unternehmen besprochen; sie hätten ihm ihre Mitwirkung zugesagt und es komme nur darauf an, die Leute zu finden, welche geeignet seien, die Zügel der provisorischen Regierung in die Hand zu nehmen! Als Raveaux ihm bemerkte: Das schiene ihm in Berlin bei dem Mangel an politischem Leben eine schwierige Aufgabe zu sein und welche Männer diese provisorische Regierung bilden sollen? antwortete Jener: „D'Ester, J—, B—, Sie und ich." Hr. Raveaux bemerkt hierzu, daß ihm die Zusammenstellung dieser Personen sehr sonderbar erschienen sei, da nur einer dieser Herren (B— später mehrfach zum Volksvertreter für Berlin gewählt; auch J— war Abgeordneter für Berlin) den alten Provinzen angehört und alle übrigen Rheinländer gewesen, die dem Volke in der Residenz wenig oder gar nicht bekannt sein konnten. Da nun Hr. Raveaux das Ansinnen zurückwies, so — unterblieb die Bildung der provisorischen Regierung. Die Haltung der Bevölkerung, die Jener seit dem hergestellten Frieden zu beobachten Gelegenheit hatte, konnte ihm eben kein Vertrauen zu einer erfolgreichen Ausführung des vorgeschlagenen Planes einflößen.

XI. Die königlichen Gnadenakte vom 20ten. — Bürgerliche Sorgen um die Gefallenen, Verwundeten und die Familien derselben. — Die städtischen und Gerichtsbehörden.

Den sechshundert Gefangenen, um welche die Festung Spandau am Morgen des 19ten bereichert wurde, war bereits an demselben Nachmittage der Befehl des Königs, daß ihnen die Freiheit wieder gegeben werde, verkündet worden. Nachdem sie über zwölf Stunden unter ähnlichen Qualen, wie in den berliner Schloßkellern, hier in dem unterirdischen Raum zugebracht, kam der Ruf, sie sollten zu je zehn Mann hinaustreten, um das Stroh für die Nacht in Empfang zu nehmen. Statt des Strohes wurde ihnen jedoch die Nachricht, daß sie frei seien. „Wir freuen uns", redete ein Offizier sie an, „Ihnen gratuliren zu können, Sie sind frei! Se. Majestät der König haben sämmtliche Gefangene amnestirt." Der Eindruck dieser Botschaft wurde jedoch durch eine weitere Mittheilung bedeutend geschwächt. Ehe die „Amnestirten"

nämlich entlassen wurden, hatten sie noch die feierliche Anrede eines Offiziers mit anzuhören, der ihnen wiederholte, „daß Se. Majestät die hohe Gnade gehabt, eine Amnestie für sie alle zu erlassen, weil Allerhöchstderselbe voraussetze, daß sie entweder unschuldig oder verführt seien. Sie mögen sich nun auch dieses gnädigen Geschenkes würdig zeigen, indem sie sich künftig ruhig und friedlich verhalten. Außerdem habe Se. Majestät zu befehlen geruht, daß sie bei ihrer Rückkehr nach Berlin die Städte Spandau und Charlottenburg nicht berühren, sondern den Weg über Moabit einschlagen sollten." So mußten die Unglücklichen denn einen Marsch antreten, der sie erst nach einer Stunde, spät am Abende, nach Berlin brachte. „Während die ganze Stadt jubelte und Freudenschüsse ertönen ließ", heißt es in dem Berichte des Herausgebers der Leidensgeschichte, „schleppten wir durch die festlich erleuchteten Straßen unsere von der Brutalität verwundeten und abgematteten Glieder dem lange entbehrten Lager zu."

Hatten die neuen Verhältnisse die Freilassung einer großen Kategorie von Gefangenen gefordert, die das alte Gesetz als Verbrecher gegen den Staat und dessen Oberhaupt betrachten mußte, so war es natürlich, daß die „Amnestie" auch auf alle Diejenigen ausgedehnt würde, welche gegen die Zustände, die jetzt nicht mehr vorhanden waren, gesetzlich gefehlt hatten und sich als entweder verurtheilte oder noch zu verurtheilende Verbrecher in den preußischen Gefängnissen befanden. Ueberdies waren bereits durch das am 18. März verkündete Preßgesetz alle Strafen, welche wegen Uebertretung der bisherigen Censur-Vorschriften verwirkt und noch nicht verbüßt waren, niedergeschlagen worden. Berlin selbst beherbergte damals eine sehr große Zahl der in Preußen gefangenen sogenannten politischen Verbrecher. Es waren die bereits in erster Instanz wegen Hochverraths, Aufruhrs und ähnlicher Fälle verurtheilten Polen, welche in dem neuerbauten Zellengefängnisse außerhalb der Stadt gefangen gehalten wurden.

Noch spät am Abend des 19ten begab sich eine Deputation der in Berlin anwesenden Polen in das Schloß, um dem Ministerpräsidenten, Graf von Arnim, eine Petition an den König für vollständige Amnestie ihrer gefangenen Landsleute zu überreichen. Graf Arnim nahm dieselbe mit dem Versprechen entgegen, dieselbe dem Könige vorzulegen.

Am andern Morgen, früh um 6 Uhr erschien der Justiz-Commissarius Deycks, als einer der eifrigsten Anwalte aus dem Polenprozesse her bekannt, bei dem Polizeipräsidenten v. Minutoli und ersuchte diesen, ihm sofort eine Audienz bei dem Könige zu erwirken, um eine Amnestie für alle wegen politischer Vergehen Verurtheilten und in Untersuchung Befangenen in Antrag zu bringen. Hr. v. Minutoli lehnte dieses Gesuch mit der Bemerkung ab, daß dadurch die jetzt noch gährende Volksmasse leicht von Neuem in Bewegung gesetzt werden würde. Hr. Deycks vereinigte sich hierauf mit dem Dr. Woeniger, mit welchem er zufällig zusammentraf, um unmittelbar auf dem Schlosse weitere

Schritte für seinen Antrag zu thun. Der Minister Graf Arnim, welchem die Genannten ihr Gesuch vortrugen, glaubte dieses „als ein nicht zeitgemäßes" ablehnen zu müssen. Hr. Deycks stützte sich dagegen auf seine Pflicht als Vertheidiger und die laut gewordenen Wünsche des Volkes. Er fand an dem inzwischen eingetretenen Staatsanwalt Wentzel die kräftigste Stütze. In Folge der gemeinsamen Bemühungen dieser Herren wurde denn endlich die „Amnestie" bewilligt und vollzogen.

Das Amnestiedekret erschien in gedruckten Plakaten an den Ecken und unter die Massen vertheilt, gegen Mittag und lautete:

Gestern habe Ich bereits ausgesprochen, daß Ich in Meinem Herzen vergeben und vergessen habe.

Damit aber kein Zweifel darüber bleibe, daß Ich Mein ganzes Volk mit diesem Vergeben umfaßt, und weil Ich die neu anbrechende große Zukunft Unseres Vaterlandes nicht durch schmerzliche Rückblicke getrübt wissen will, verkünde Ich hiermit:

Vergebung allen Denen, die wegen politischer oder durch die Presse verübter Vergehen und Verbrechen angeklagt oder verurtheilt worden sind.

Mein Justizminister Uhden ist beauftragt, diese Meine Amnestie sofort in Ausführung zu bringen.

Berlin, 20. März 1848.

Friedrich Wilhelm.

Der hierin genannte Justizminister erließ mit Bezug auf dieses Decret sofort als letzten Akt seiner ministeriellen Thätigkeit das folgende durch die Zeitungen veröffentlichte Circular:

Alle Gerichte und der Herr General-Procurator am königl. Appellationsgerichtshofe zu Köln haben für schleunige Ausführung des vorstehenden Allerhöchsten Erlasses zu sorgen, und demgemäß alle dadurch Amnestirten, insofern sie nicht zugleich wegen anderer Vergehen oder Verbrechen sich in Haft befinden, auf freien Fuß zu setzen.

Der Justiz-Minister Uhden.

Das Justizministerium übernahm am Vormittage des 20sten der bisherige Präsident des Ober-Censur-Gerichtes Hr. Bornemann; auch wurde gleichzeitig Hr. Camphausen aus Köln in das Ministerium berufen, ohne daß jedoch während der folgenden Tage etwas Näheres über die Uebernahme eines Portefeuilles durch denselben verlautete. Eine Bekanntmachung folgenden Inhalts verkündete die Aenderungen im Ministerium:

Die bereits vor dem Erlasse vom 19. d. M. eingegangenen Entlassungs-Gesuche der Justiz-Minister von Savigny und Uhden, so wie des Ministers Grafen zu Stolberg, habe Ich heute gleichfalls genehmigt.

Zum Justiz-Minister habe Ich den Dr. der Rechte Bornemann ernannt, und den Präsidenten der Handels-Kammer, Camphausen, zur Mir berufen, um Mir fortan gleichfalls als Minister zur Seite zu stehen.

Die Directoren der erledigten Ministerien werden dieselben bis zur definitiven Besetzung verwalten.

Berlin, den 20. März 1848.

Friedrich Wilhelm.

Ein anderer königlicher Erlaß von demselben Datum, zu Gunsten der ärmeren Klassen, bezieht sich auf die Freigebung einer Kategorie der bei

den öffentlichen Leih-Anstalten verpfändeten Sachen. Der Leihamts-Director Buck veröffentlichte ihn am Mittage in folgender Form:

Nachstehende Ordre geht mir so eben zu:

Auf Ihren Antrag will Ich hierdurch genehmigen, daß sämmtliche Pfänder, welche bei den drei Abtheilungen des königl. Leihamtes hieselbst für einen Betrag von Fünf Thalern und weniger bis diesen Augenblick versetzt sind, unentgeltlich zurückgegeben werden.

Friedrich Wilhelm.

An den Staatsminister Grafen von Arnim.

Ich fordere demgemäß meine Mitbürger hierdurch auf, die bezeichneten Pfänder heute Nachmittags von drei Uhr ab — und an den folgenden Tagen bei den verschiedenen Abtheilungen des Leihamtes, gegen Zurückgabe der Pfandscheine, in Empfang zu nehmen und mich bei der Aufrechthaltung der Ordnung während des Einlösungsgeschäftes zu unterstützen.

Berlin, 20. März 1848. Buck, Leihamtsdirector.

Eine nachträgliche Bekanntmachung des Polizeipräsidenten, vom folgenden Tage, verkündete, daß „nach dem Willen Sr. Maj. des Königs" auch die in den berliner Privat-Leihanstalten für einen Betrag von fünf Thalern oder weniger bis zum 19ten versetzten Pfänder auf Kosten der Staatskasse eingelöst werden sollen.

Wurde so auf Kosten der Staatskasse für eine theilweise, wenn auch nur nach einer Seite hin gerichtete Erleichterung ärmerer Familien Sorge getragen, so waren auch bereits seit dem vergangenen Tage von privater Seite Maaßregeln zur Unterstützung für die Hinterbliebenen der gefallenen bürgerlichen Kämpfer, so wie für die im Kampfe Verwundeten und deren Familien getroffen worden. Der vielgerühmte „Wohlthätigkeitssinn" der Berliner, der kurz vorher noch so „glänzend sich bethätigt", als für die unglücklichen Oberschlesier Geldbeiträge gesammelt wurden, diese Wohlthätigkeit wurde jetzt in den mannigfachsten Formen und von den verschiedensten Richtungen in Anspruch genommen. Einzelne Personen erboten sich in Circularen und öffentlichen Aufforderungen zur Annahme von Beiträgen; die Theater kündigten „zum Besten der Hinterbliebenen der im Kampfe gefallenen Bürger" Vorstellungen an; Privatlotterieen von unentgeltlich gelieferten Gegenständen wurden zu demselben Zwecke veranstaltet; in den öffentlichen Lokalen waren Blechbüchsen und Teller mit der Devise: „Für die Hinterbliebenen rc." ausgestellt; ja selbst in den belebteren Straßen, vor öffentlichen Gebäuden befanden sich zur Wohlthätigkeit auffordernde Geräthschaften, Schüsseln rc., frei angebracht und dem allgemeinen Schutze anheimgegeben. — Die Vossische Zeitung, der bei früheren ähnlichen Aufforderungen die Gaben der Wohlthätigkeit gewöhnlich sehr reichlich zugeflossen waren, unterzeichnete schon vom 19ten Vormittags 11 Uhr ihre Aufforderung: „Wir müssen für unsere verwundeten unglücklichen Mitbürger und Schutzverwandte und für die hilfsbedürftigen Hinterbliebenen der Gefallenen sorgen. Dies sei unser erster Dank für die wiederhergestellte Ruhe." Zugleich eröffnet sie die Reihe der Beiträge durch die ihrer Redacteure und Mitarbeiter, deren Chiffern an der Spitze der Subscription stehen, während, wie erzählt wird,

der erste Beitrag am frühen Vormittage des 19ten durch den Justizrath K. in die Expedition jener Zeitung, zugleich mit der Aufforderung, Sammlungen anzustellen, gebracht worden sein soll. Die während der folgenden Tage in ungewöhnlich reichem Maaße bei jener Zeitung eingehenden Beiträge werden unter der Rubrik: „Liebesopfer" von ihr aufgeführt. — Der pensionirte Obrist Fr. v. Bülow, dessen mit lateinischen Lettern gedruckten Artikeln die Vossische Zeitung stets einen Ehrenplatz aufbewahrt hatte, macht noch am Fuße der ersten Aufforderung in jenem Blatte besonders bekannt, daß er „für die unglücklichen Wittwen und Waisen, deren Männer und Väter leider am 18. März gestorben sind", seine Beiträge bereits gegeben. — Demselben Obristen, in Verbindung mit zwei anderen pensionirten Offizieren, gebührt das Verdienst, schon am 20. März die erste Anregung zu Beiträgen für die Hinterbliebenen der gefallenen Militärs und die am 18ten verwundeten Soldaten gegeben zu haben. „Ohne eine Ausnahme hinsichtlich des Standes machen zu wollen, werden . . . . alle hier befindlichen pensionirten Offiziere aufgefordert, ... auch für die leider durch die letzten traurigen Ereignisse gewordenen Militärwittwen und Waisen und die invalide gewordenen Soldaten ihren Beitrag zu geben." So lautete der betreffende, von v. Koebke, Obristl. a. D., H. v. Winterfeld, Maj. a. D. und F. v. Bülow, Oberst a. D. unterzeichnete Aufruf.

Die berliner Zeitungen jener Tage enthalten eine lange Reihe von Aufforderungen einzelner Personen zur allgemeinen Unterstützung der bürgerlichen Hinterbliebenen und Verwundeten. Hier erlassen die Einwohner des Anhalter Thor-Bezirkes, unter dem 19. März, die Anzeige, daß sie drei Männer, Bloch, Frank und Wilh. Rose aus ihrer Mitte gewählt, um eine Collekte zu sammeln: „Die letzten Tage", heißt es darin, „haben Kummer und Sorge über viele unserer Mitbürger gebracht. Es muß unsere erste Pflicht sein, für die Familien Derer zu sorgen, welche durch sie in Elend versetzt sind. Die Hülfe muß eine freiwillige sein 2c." Dort erbietet sich ein Arzt, Dr. Eulenburg, zur Annahme von helfenden Beiträgen: „Zahlreiche Opfer", sagt die Annonce, „sind am 18ten für Freiheit und Recht gefallen. Uns, die wir das Recht haben wollen, die Früchte ihres Heldenmuthes zu genießen, liegt auch die heilige Pflicht ob, den verwais'ten Hinterbliebenen ein Opfer des Dankes darzubringen." — „Es ist mir die Ehre zu Theil geworden", zeigt Hr. Carl Heymann an, „zum Mitglied der Deputation gewählt zu werden, welche mit der Fürsorge für die Nachgelassenen der in den letzten ereignißreichen Tagen Gefallenen betraut sind, und ich schließe mich gern den Männern an, welche Beiträge zur Erfüllung dieser hohen Pflicht annehmen." Hr. Bierfreund ist „gern bereit, Gaben der Liebe für die Wittwen und Waisen der Gefallenen an unseren großen Tagen des 18. und 19. März anzunehmen". Der Stadtverordnete C. Duncker, der Stadtrath Seeger, der Commerzienrath Ermeler,

der Kaufmann B. Burchardt, Apotheker Simon und viele Andere eröffnen Sammlungen für die Hinterbliebenen. Die Herren Kuphal, Bezirksvorsteher, Riese, Stadtverordneter, und Dr. Friedländer machen durch Plakat vom 20sten bekannt:

Waisen und Wittwen der am 18ten und 19ten gefallenen Helden, so wie viele zur Arbeit unfähige schwer Verwundete sind in der bedrängtesten Lage. Ihnen in jeder Art beizustehen ist eine heilige Pflicht, die jeder unserer Mitbürger freudig üben wird! Zur Annahme von Beiträgen erbieten sich die Unterzeichneten.

(Der Drucker dieses Plakats, Ferd. Reichardt, erklärt sich gern bereit, ähnliche Aufforderungen für andere Bezirke unentgeltlich zu drucken.)

Ein Comité, bestehend aus den Herren Ermeler, Friedenberg, Guttentag, Munk, L. Rellstab, E. Wache, Banquier Wagener und L. Weyl, beabsichtigt „eine Verloosung von Gegenständen der Kunst, Industrie und weiblicher Handarbeiten für die verwundeten Mitbürger und die Hinterbliebenen der im Kampfe Gefallenen zu veranstalten und bittet alle Männer und Frauen, solche Gegenstände, welche zu diesem Zwecke geeignet erscheinen, schleunigst auf dem Altare der Nation niederzulegen". — Die Frauen Franziska Matthiaß, Nanny Asche, Parey, Minna Michelet, Mathilde Wilm, Susanne Rodewald „sind zur Entgegennahme jeder Art weiblicher Handarbeiten und sonstiger Liebesspenden bereit, deren Verkauf zum Besten der Wittwen und Waisen unserer gefallenen Brüder und zur Unterstützung verwundeter Mitkämpfer" geschehen soll. — Um Liebesgaben, Beiträge an Geld und Kleidungsstücken für die hülflosen Hinterbliebenen der am 18ten für das Vaterland Gefallenen bitten die Frauen Arons, Behrend, Duncker, Gamet, Fournier, Naunyn, Kunheim, Segert, Volkart. — Der Advokat-Anwalt Volkmar zeigt an: „Mein Verdienst bis zum 1. Mai d. J. gehört den Hinterbliebenen der gefallenen Opfer." — Die Herren Noack, Hutmacher Sr. Maj. des Königs, und Hutzel eröffnen eine Collekte „für die bedürftigen Erbauer und Vertheidiger der Barrikaden an den Ecken der Commandantenstraße", zu welcher der Geh. Cabinetsrath Illaire 10 und die Frau Minister v. Mühler 25 Thaler beisteuern. — Hr. C. Gropius bestimmt die ganze Einnahme des „Diorama", ohne Abzug der Kosten drei Wochen lang den bedürftigen Angehörigen der Gefallenen. Das königsstädtische Theater giebt Einmalhunderttausend Thaler, eine Posse von Kalisch, „zum Besten der Hinterbliebenen der im Kampfe gefallenen Bürger" und läßt zu demselben Zwecke an den folgenden Tagen noch ähnliche Vorstellungen aufführen. — Die königliche Schauspiel-Regie entschließt sich am 21sten im Schauspielhause „Nathan der Weise" und im Opernhause das „Requiem" von Mozart und die „Schöpfung" von Haydn ebenfalls „zum Besten der Verwundeten und der Wittwen und Waisen der im Kampfe Gefallenen", aufführen zu lassen. — Fast alle Vergnügungsorte, Panoramen, Reiterbühnen, Privattheater u. s. w. kündigen zu gleichem Zwecke Vorstellungen an. — Der Redacteur und Verleger des Unterhaltungsblattes „Stafette",

Banquier und Dr. J. Philippi bietet die erste preßfreie Nummer dieses Blattes mit einem Artikel: „Die freie Presse“ von Fr. Adami allen Denen gratis an, die „ein Scherflein, groß oder klein“ zu seiner Sammlung für die unglücklichen Hinterbliebenen beitragen. — Hr. Egells, Besitzer einer bedeutenden Maschinenbaufabrik ersucht, da er die in der Nacht zum 19ten Gefallenen und Verwundeten seiner Fabrikarbeiter noch nicht Alle kenne, Diejenigen, welche um sie wissen, sich zu melden, indem er zugleich verspricht, für jene Verwundeten und die Hinterbliebenen der Gefallenen Sorge zu tragen.

In welchem Maaße und mit welcher Schnelligkeit Geldbeiträge zusammenkamen, davon mögen einige Beispiele zeugen. Die Expedition der Vossischen Zeitung erhielt auf ihre Aufforderung vom 20sten im Laufe dieses Tages durch einhundert und einige fünfzig Beitragende die Summe von 1160 Thalern, von denen sie bereits am Vormittage 600 Thaler einem Stadtverordneten zur schleunigsten Verwendung übergeben konnte. — Die Straßencollecten, jene an vielen Orten, mit Angabe des Zweckes, vor öffentlichen Gebäuden und Schauläden aufgestellten Schüsseln und Teller, ergaben ebenfalls schon in den ersten Stunden die reichsten Resultate. Eine dieser Sammlungen in der Markgrafen- und Taubenstraßen-Ecke trug nach wenigen Stunden die Summe von 143 Thlr. 28 Sgr. 3 Pf. ein. Unter dem Gelde befand sich eine Tuchnadel, die ein Vorübergehender mit den Worten: „Geld habe ich nicht, hier nehmen Sie für meine Brüder, was ich habe“, hineingelegt. Diese an sich nicht werthvolle Nadel wurde in einem öffentlichen Lokale sofort versteigert und erhielt ein vorläufiges Meistgebot von 20 Thalern, die ebenfalls den Sammlungen beigefügt wurden. Auf ähnliche Weise wurden vielfach werthlose Gegenstände verwerthet. So erzählten die Blätter von einem Achtgroschenstücke, welches ein Barrikadenkämpfer am Morgen des 19ten einem Manne mit den Worten zurückgegeben: „wir haben nicht für Geld gekämpft, geben Sie's der Armenkasse“, so von einem überschüssigen Pfennige, von einem sogenannten Sterbethaler und ähnlichen zur Versteigerung gebrachten und mit verhältnißmäßig großen Summen bezahlten Dingen. — Andere Summen wurden zwangsweise als Sühnegelder für angeblich volksfeindliche Aeußerungen und Handlungen, deren sich einzelne Personen schuldig gemacht haben sollten, von diesen beigetrieben. So mußte der Besitzer eines Hotels, der während der Kampfesnacht die Soldaten durch freiwillig dargereichte Erfrischungen zu weiterem feindlichen Vorgehen ermuthigt haben soll, durch eine namhafte Summe seine Schuld ablösen; und so wurde ein Kaufmann, Bewohner der Jägerstraße, der das Militär gegen die Zeitungshalle gehetzt und dies Institut eine Höhle und ein Wespennest genannt hatte, gezwungen, 25 Thaler als Beitrag zu dem Unterstützungsfonds für die Hinterbliebenen zu zahlen. Ein berliner Correspondent der Augsburger Allgemeinen Zeitung weiß sogar (in einem Berichte vom 21. März) das vollständige System dieser Art von Volksjustiz mitzutheilen. Ein Student, erzählt er, steht

an der Spitze einer Strafcommission, die bekannte Verräther zur Verantwortung zieht. Diese Volksgerechtigkeitspflege wird folgendermaßen geübt. Der Student mit einem langen nationalfarbigen Bande auf der Brust tritt zu dem Schuldigen in's Haus und sagt ihm: „Mein Herr, Sie haben zu der und der Stunde den und den oder die und die dem Schlachtmesser der Soldaten denuncirt. Belieben Sie zu wählen zwischen der Zerstörung Ihres Besitzthums oder dem Loskauf für Geld, das für die Verwundeten ꝛc. bestimmt ist." Der Geängstigte — bemerkt der Berichterstatter — wählt natürlich das letztere, „denn draußen steht schon ein Heer von Rächern zum Zerstörungswerke gerüstet und nun muß er nach Verhältniß seiner Schuld bezahlen!"

Hieher können in gewissem Sinne auch die Beiträge gerechnet werden, welche von der Bürgerschaft Spandau's und Charlottenburg's, von ersterer besonders frühzeitig, nach Berlin geschickt wurden, um zu gleicher Zeit beide Städte gegen die Vorwürfe brutalen Benehmens am Morgen des 19ten, den nach der Festung transportirten Unglücklichen gegenüber, in Schutz zu nehmen. „Magistrat, Stadtverordnete und Bürgerschaft von Spandow", lautet eine dieser Erklärungen vom 20sten März, „haben mit tiefster Indignation das Gerücht vernommen, daß ein oder zwei Personen bei dem Transport der Verhafteten ihre Pflichten als Bürger und Menschen gänzlich vergessen haben; sie werden hierdurch als unwürdig der Mitgliedschaft unserer Bürgergemeine bezeichnet und fallen der allgemeinen Verachtung anheim. Bedauerten wir es, aus der Eigenthümlichkeit unserer Lage, dem Kampf um gesetzliche Freiheit unsere thatkräftige Beihülfe nicht haben leisten zu können, so halten wir es für eine heilige Pflicht, unser Scherflein zum Besten der ihrer Versorger beraubten Familien nach Kräften beizusteuern; die sofort veranstaltete Collecte hat schon einen Ertrag von 300 Thalern ergeben, welchen wir durch eine Deputation nach Berlin abgeliefert." — Charlottenburg war weniger eilig, aber auch weniger ehrlich. Die von Hunderten verbürgte Thatsache der schmählichen Scenen bei dem Durchzuge der Gefangenen durch Charlottenburg am 19ten Morgens nennen die Herren Stadtverordneten Michaelis und Bürger Schlau und Pignol in einer „im Namen der Bürgerschaft" erlassenen Erklärung, unterzeichnet: Charlottenburg, 24. März, ein „lügenhaftes Gerücht" und „böswillige Verleumdung"; zugleich weisen sie die „eben so verabscheuungswürdige Beschuldigung" von sich, „als hätten die Charlottenburger das abziehende Militär beschützt und vertheidigt". Sie führen weiter an, daß unter den Kämpfenden der Nacht zum 19ten ein Todter und neun Verwundete Charlottenburger seien und daß die erste Sammlung für die Hinterbliebenen ꝛc. am ersten Tage die Summe von 110 Thalern, die sofort an die berliner Schützengilde abgeliefert worden, ergeben habe. Und einen Tag später erklärt der Magistrat von Charlottenburg lakonisch: „Bei der vielfach in Berlin bekannten ehrenhaften Gesinnung unserer Bürgerschaft haben wir es nicht für

passend gehalten, noch öffentlich Zeugniß davon abzulegen, und ist auch Niemand Seitens der hiesigen Bürgerschaft beauftragt worden, öffentlich mit einer Anzeige der Art aufzutreten." Die verhöhnten Unglücklichen behaupteten freilich auch, daß die Charlottenburger vom Morgen des 19ten es nicht für passend gehalten haben, von ehrenhafter Gesinnung noch öffentlich Zeugniß abzulegen!

Neben jenen mehr auf die Linderung des augenblicklichen Elends gerichteten Bestrebungen war auch bereits die Frage über die würdigste Art, „die gefallenen Freiheitskämpfer zu ehren" von vielen Stimmen angeregt und erörtert worden. — Der Commerzienrath Ermeler wandte sich schon unter dem 19ten „an Berlins Bewohner" mit einer Annonce, in welcher er es eine theure Pflicht" nennt, „nach den Ereignissen der verhängnißvollen Nacht vom 18ten zum 19ten für ein ehrenvolles Begräbniß der Opfer dieser Nacht möglichst Sorge zu tragen", und verspricht, das Nähere öffentlich bekannt zu machen. — Die „Schutz-Commission" des Brüderstraßenbezirks überträgt den Herren Stadtverordneten Becker, Kaufmann Dobberitz, Commerzienrath Ermeler und Dr. Wöniger „die traurige Pflicht, für eine ehrenvolle Bestattung unserer gefallenen Mitbürger Sorge zu tragen." Die Herren bitten in einer Anzeige vom Morgen des 20sten „an unsere lieben Mitbürger" die etwa gewählten oder noch zu wählenden Deputirten anderer Schutzcommissionen, sich ihnen anzuschließen, und theilen zugleich mit, daß sie mit dem Polizeipräsidenten hierüber Rücksprache genommen und daß ihnen derselbe „mit der liebevollsten Bereitwilligkeit, wie in jeder guten Sache, so auch in dieser" entgegengekommen sei. — Ein Zeitungsinserat, das „die gestrige Illumination nur einen schwachen Beweis der Theilnahme der heldenmüthigen bürgerlichen Opfer" nennt, fordert „um solche nachhaltiger zu beweisen", jeden wahrhaften Patrioten zur Trauer auf vierzehn Tage auf: „die Männer mit schwarzem Flor am Hut oder Arm, die Frauen mit schwarzem Bande an Hut oder Haube." — Ein Dr. Löwenstein annoncirt: „Viele Bürger Berlins werden um ihre gefallenen Brüder eine vierzehntägige Trauer anlegen."

Frau Clara Mundt, geborne Mühlbach, fordert die Frauen Berlins auf, mit den Wittwen und Waisen Derer, „welche als Helden und Ehrenmänner mit ihrem Leben unsere Freiheiten erkauft und mit ihrem Blut unsere Privilegien besiegelt haben" — zu trauern um ihre Todten: „das ist unsere Pflicht und deshalb müssen wir uns zunächst mit diesen Wittwen vereinigen, um den gestorbenen Helden die letzte Ehre zu erzeigen und sie zur Gruft zu geleiten. . . . Ihr Frauen Berlins! Laßt uns weinen um die Todten und helfen wir den Hinterbliebenen!" — Eine andere Dame, die als Wohlthäterin bekannte Marianne Saaling, ruft die „edlen Frauen und Jungfrauen" auf, „die Tage des schweren Sieges, den unsere gefallenen Brüder erkämpft, nicht bloß

durch Worte und Gefühle zu feiern, sondern durch Thaten, die für das Wohl der armen Hinterbliebenen kräftig sorgen." „Lasset uns", schließt der Aufruf, „Rücksprache nehmen, wie unser guter Wille am schnellsten und besten zur That werden könne, und das sei der Kranz, den wir auf das große Grab unserer gefallenen Brüder niederlegen." — „Diese Waisen und Wittwen", verkündet ein H. St. unterzeichnetes Inserat der Zeitungshalle vom 20. März, „sind im Rechte, Hülfe vom Vaterlande zu fordern, und daß dieses gerecht sein werde, haben wir die volle Ueberzeugung." Das gesammte preußische Volk wird aufgefordert, die Waisen der Gefallenen als seine Kinder anzunehmen und für deren hülflose Wittwen zu sorgen. Zur Bildung eines dem Zwecke entsprechenden Grundvermögens wird folgende Anordnung vorgeschlagen: „In jedem Kirchspiele der preuß. Provinzen wird ein mit dem Siegel eines Notars versehenes Buch in der Kirche ausgelegt und in Gegenwart zweier bestimmten Personen die Gaben mit dem Namen des Gebers eingeschrieben, — die Gabe, damit Jeder an dem Werke theilnehmen kann, steigt nach dem Vermögen des Gebers bis zu einem Pfennig herab."

Dr. A. S. (Andreas Sommer) schlägt, unter dem 19. März, vor, sämmtlichen Gefallenen ein gemeinsames Grab zu geben:

Die verflossene Nacht hat der Leben viele gefordert. Söhne ein und derselben Mutter, bestimmt theils zur Wahrung des Hauses im Innern, theils zur Vertheidigung desselben gegen Feinde von außen, haben aus unseligem Irrthum in heißem Bruderkampf die Hände gegen einander erhoben. Beide gebieten uns auf ihrer Stelle Achtung. Für die Opfer dieser Nacht wird das Jenseits die Lösung des Irrthums gebracht haben. Sorgen wir, daß auch die Ueberlebenden diese Lösung finden, und daß über den Einzelnen Derer, welche nun in Frieden ruhen, die entzweiten Arme sich versöhnt mit erneuter Bruderliebe umspannen. Nicht nach dem Standpunkte der Lebenden mögen die Todten gesondert zur Ruhestatt gebracht werden; Allen ihnen möge von uns, den Ueberlebenden, Allen ein gemeinsames ehrendes Geleit zur vereinten Stätte des ewigen Friedens gegeben werden. So kann, so wird Segen erblühen aus der blutigen Saat. Allen Gefallenen also eine eine letzte Ehre, eine gemeinsame Gruft.

In gleichem Sinne Th. Kampfmeier, der eine gemeinsame Ruhestätte auf dem Kreuzberg neben dem Denkmal für die Kämpfer aus den Jahren 1813—15 fordert: „Aller Haß zwischen Bürger und Militär werde dort mit begraben. Ueber ihr gemeinsames Grab erhebe sich der Geist des Friedens und der Liebe und versenke sich in die Herzen aller Menschen; eine Friedenssäule ehre ihr Andenken und beseele Mit- und Nachwelt zu edlen Thaten". — Dagegen hält Leon v. Kaenel es für wünschenswerth, daß die gefallenen Brüder nicht draußen vor dem Thore begraben werden, sondern da wo sie kämpfend für die Freiheit gefallen sind, in der Stadt, und zwar auf dem Wilhelmsplatze, „wo sie werth sind, zwischen den tapferen Generalen zu ruhen, denn sie haben sich gleich diesen ewige Lorbeeren und Denkmal in unserer Erinnerung erworben." — Dr. Genzmer aber will ein großartiges Denkmal für die Freiheitskämpfer des 18. März ganz in der Nähe des „ehemaligen" Palais des Prinzen von Preußen, gegenüber der Universität: „Dort schließen sie sich würdig den Helden der vorigen Epoche an. In einem unter

dem Monumente befindlichen Gewölbe werden am nächsten Jahrestage des 18ten ihre sterblichen Ueberreste feierlich beigesetzt, das Denkmal überliefere ihre unsterblichen Namen der Nachwelt und sei gekrönt mit einem Löwen, dem Sinnbilde ihres edlen unvergleichlichen Muthes."

Hr. D. A. Benda bringt seine begeisterten Anträge in Form einer „Protestation" — der ersten, die seit dem eingetretenen Frieden öffentlich erhoben worden —:

Gegen den Antrag: „Für die Hinterbliebenen der März-Helden Berlins Almosen zu sammeln!" — protestire ich hiermit feierlichst im Namen der Ehre Preußens und Berlins. Diesen Freiheits-Märtyrern muß vielmehr ein ihren unsterblichen Thaten entsprechendes Leichenbegängniß gefeiert werden, dem sich die gesammte Bürgerschaft Berlins in Trauer anzuschließen hat. Die Helden müssen auf einem eigenen Kirchhofe begraben werden und denselben ein würdiges, preisgekröntes Denkmal errichtet werden. — Für die Hinterbliebenen derselben aber muß aus Staatsmitteln dermaßen gesorgt werden, wie es der Dankbarkeit deutschen Volks geziemt.

Die städtischen Behörden, von deren Thätigkeit wir in unserer Darstellung des 19. März nichts erwähnen konnten, weil von ihr nichts zu erwähnen war, traten mit dem 20sten in einen neuen, ungewohnten, lebendigen Verkehr mit den bürgerlichen Siegern. Sie beeilten sich in öffentlichen Anschlägen, so wie in ihren Verhandlungen, die unmittelbarste Kunde von den neuesten bürgerfreundlichen Entschließungen des Königs und der Regierung zu bringen, sie nahmen sich eifrig der Angelegenheiten an, die sich auf die Versorgung der Verwundeten und Hinterbliebenen, so wie auf die Beerdigung der Gefallenen bezogen, und suchten alle schon außerhalb ihres Kreises angeregten Bestrebungen in ihre eigene Wirksamkeit hineinzuziehen, indem sie sich zum Centralorgan dieser „Ehrensache" machten. Ihre ersten Beschlüsse und Mittheilungen der erwähnten Art verkündeten sie der Bevölkerung in einem Plakate folgenden Inhalts:

Bekanntmachung.

Wir machen unseren Mitbürgern bekannt:

1. Unseren im letzten Kampfe gefallenen Brüdern wird ein feierliches Begräbniß auf Veranstaltung und aus den Mitteln der Stadt bereitet werden. Ein aus Mitgliedern der Communalbehörde und der Bürgerschaft gebildetes Comité wird die erforderliche Einleitung dazu treffen.

2. Die Fürsorge für die Verwundeten und die Familien der Hinterbliebenen übernimmt die Stadt Berlin.

3. Nach uns zugegangener amtlicher Benachrichtigung sind sämmtliche wegen politischer Verbrechen und Vergehen Verhaftete der Haft entlassen und frei.

Magistrat und Stadtverordnete von Berlin.

Das in dem ersten Punkte bezeichnete Comité erließ alsbald folgende

Bekanntmachung.

Die feierliche Beerdigung unserer in diesen Tagen gefallenen Brüder findet am Mittwoch dem 22sten ds., Vormittags 9 Uhr, von der Neuen Kirche am Gensdarmenmarkte aus statt. Der Zug bewegt sich von dort nach der Ruhestätte, welche unsere theuere Todten aufnehmen wird. Die Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung, sowie die Herren Bezirksvorsteher, sämmtlich in Amtstracht, die übrigen Herren Communalbeamten, zwanzig Mitglieder der Bürgerwehr aus jedem Bezirk, die Schützengilde und die Gewerke mit ihren Emblemen werden, nebst den übrigen Bürgern, den Leichenzug bilden, der

von Studirenden und den Mitgliedern der Handwerkervereine geleitet werden wird. Wir setzen hiervon unsere Mitbürger in Kenntniß.

Das Comité für die Bestattung unserer Todten.

Schulze, Stadt-Schulrath. Hedemann, Stadt-Syndicus. W. Ermeler, Commerzienrath. B. Becker, Stadtverordneter.

Am nächsten Tage, dem 21sten, beschlossen die Communalbehörden, „um die verschiedenen schon eingerichteten Sammlungen für die Verwundeten und Hinterbliebenen zu concentriren, ein General-Comité zu bilden, welches sich mit der Annahme der Gelder und der sofortigen Unterstützung der Hülfsbedürftigen beschäftigen soll. Dieses Comité wurde gebildet aus den Stadträthen Krausnick und Güßfeldt, den Stadtverordneten C. Duncker, Behrendt, Holfelder, Pinckert, C. Heymann, Riese und dem ersten Vorsteher der Kaufmannschaft, Geheimen Commerzienrath Carl. „Wir ersuchen freundlichst", schließt die betreffende Bekanntmachung des Stadtverordneten-Vorstandes, „alle Mitbürger, das Comité durch ihre Spenden in den Stand zu setzen, sich kräftig der an ihren Wunden Darniederliegenden und der ihres Ernährers Beraubten anzunehmen."

War in diesen Beschlüssen und Maßregeln dem „Befreiungskampf" und den bürgerlichen Kämpfern eine indirecte Huldigung dargebracht worden, so wurde auch außerdem noch von den Vätern der Stadt in begeisterten Worten ein directer Dank den Kämpfern ausgesprochen. Dies geschah in folgender, vom 21sten datirten

Bekanntmachung.

In den letztverwichenen Tagen schweren Kampfes haben Einwohner aus den verschiedensten Klassen und in großer Masse mit der preiswürdigsten Hingebung und Ausdauer für unsere Stadt gestritten, ohne das eigene Leben zu schonen. Wir ehren das Andenken an die Gefallenen und werden der Hinterbliebenen derselben und der Verwundeten eingedenk bleiben. Wir haben aber auch eine Pflicht der Dankbarkeit gegen alle Kämpfer zu erfüllen, welchen das Geschick verstattet hat, sich der glorreichen Gegenwart zu erfreuen und der fruchtbringenden Zukunft, wie solche durch die von unserem erhabenen Monarchen eröffnete Bahn verbürgt wird, entgegenzusehen. Allen, welche mitgekämpft haben für unsere Stadt, für das allgemeine Wohl, seien sie Studirende, Bürger, Künstler, Arbeiter oder welchen anderen Standes, unseren wärmsten und tiefempfundensten Dank. Ihr Muth, ihr edler Sinn werden fortleben in unserem Andenken, wie in der Erinnerung der kommenden Geschlechter unserer Stadt und des gemeinsamen Vaterlandes.

Stadtverordnete zu Berlin.
Fournier. Schäffer.

Das Magistratscollegium glaubte überdies noch ein dem Volke gefälliges Werk zu thun, indem es sein bedeutendstes Mitglied, dasselbe, welches am 19ten Vormittags von der ersten Aufregung der Massen zu leiden hatte, dieser schnell vorübergehenden Aufregung nach kurzem Processe zum Opfer brachte. Durch seine freiheitstrunkene Rede suchte der Stadt-Schulrath Schulze in der Sitzung vom 20sten diese Selbstverstümmelung zu motiviren. „Eine neue Zeit sei angebrochen. Die alte königliche Souverainetät sei zu Ende; es beginne eine neue Herrschaft; das Volk sei jetzt der Souverain. Da müssen auch die Personen des alten Regiments fallen, und der bisherige Dirigent der Versammlung gehöre zu diesen Personen." Und der Magistrat beschloß, den Oberbürgermeister seines Amts zu entkleiden. Ein Plakat brachte diesen Heroismus

zur öffentlichen Kunde.*) Es lautete:

Bekanntmachung.

Der Geheime Ober-Regierungsrath Krausnick hat sein Amt als Oberbürger-Meister niedergelegt.

Den Vorsitz im Magistrat hat vorläufig der Bürgermeister Naunyn übernommen.

Berlin, den 20. März 1848.

Der Magistrat.

So war auch mit dem Oberbürgermeister die alte volltönende Unterschrift: „Oberbürgermeister, Bürgermeister und Rath hiesiger Königl. Residenzien" gefallen, und erst zwei Jahre später wurde sie ihr in der Bezeichnung: „Magistrat hiesiger Königl. Haupt- und Residenzstadt" wieder etwas genähert. — Herr Krausnick aber wollte von einer „Niederlegung" seines Amtes nicht wissen und glaubte keinem seiner Rechte entsagen zu dürfen. Unsere weitere Darstellung wird auf diese Angelegenheit zurückführen. Hier sei noch bemerkt, daß die oben mitgetheilte Bekanntmachung nur als Plakat gedruckt und durch keines der öffentlichen Blätter mitgetheilt worden ist — ein Umstand, der in Bezug auf diese, sowie auf ähnlich veröffentlichte Bekanntmachungen, später Gelegenheit zu Deductionen über die Nichtrechtsverbindlichkeit des Inhaltes gegeben hat.

Zu den Publicationen der städtischen Behörden vom 20. März gehört noch eine, welche der berliner Bevölkerung die königliche Sanction zu ihrem ausschließlichen Rechte, den Schutz des Staatseigenthums zu übernehmen, mittheilt. Sie wurde durch Plakat veröffentlicht und lautete:

Seine Majestät der König hat den Schutz der Staatseigenthums vertrauensvoll in die Hände der Bürger und Einwohnerschaft von Berlin gelegt.

Dahin gehören namentlich alle Militärvorräthe, welche für die Vertheidigung des Vaterlandes nach außen nothwendig sind.

Wir machen dies unseren Mitbürgern, den Einwohnern Berlins, hierdurch bekannt, welche das öffentliche auf gleiche Weise wie das Privateigenthum zu schützen wissen werden.

Der Magistrat und die Stadtverordneten Berlins

Den oben mitgetheilten Publicationen des 20. März reihen wir doch diejenigen der Gerichtsbehörden an, welche sich auf die durch die neuen Verhältnisse gebotene Stockung der öffentlichen Functionen bezogen. Das Criminalgericht war genöthigt, seine Sitzungen für diesen und die nächsten Tage einzustellen. — Die Executions-Commission des Civilgerichts hielt es jedoch für erforderlich, durch Straßenanschlag Folgendes bekannt zu machen:

Die jüngsten Ereignisse haben es nothwendig gemacht in den nächsten Tagen und bis dahin, daß die Verkehrs-Verhältnisse wieder geregelt sein werden, mit den Executions-Vollstreckungen inne zu halten.

Zu dem bewährten Edelsinn unserer braven Mitbürger hegen wir das zuversichtliche Vertrauen nicht nur, daß diese Maaßregel Billigung finden, sondern auch, daß Jeder, dessen Verhältnisse solches gestatten, seinen rechtlichen Verpflichtungen in gegenwärtiger Zeit aus eigenem Antriebe nachzukommen sich beeilen werde.

Berlin, den 20. März 1848.

Königl. Executions-Commission für Berlin.

---

*) Gedruckt bei W. Moeser u. Kühn. — Das Plakat gehört in den Sammlungen zu den seltenen.

Das Stadtgericht machte am folgenden Tage die Aufhebung der auf den 22sten anberaumten Proceß-Termine und Audienzen „wegen des stattfindenden Begräbnisses" bekannt.

Auch die evangelische Geistlichkeit erließ noch am 20sten durch Plakat folgende

Bekanntmachung.

Da es am vergangenen Sonntage nicht möglich gewesen ist, in allen hiesigen evangelischen Kirchen Gottesdienst zu halten, so bitten die Unterzeichneten ihre theueren Kirchengemeinden, sich Mittwoch den 22sten d. Mts., früh sieben Uhr, zu einem frommen Morgengebete in den Kirchen versammeln zu wollen. Es wird dazu in gewöhnlicher Weise eingeläutet werden. Die evangelische Geistlichkeit.

XII. Die befreite Presse und das befreite Volk am ersten Tage nach dem Siege. — Das National-Eigenthum. — Der Polen Triumphzug.

Die Presse war frei geworden; die Censur beseitigt und vernichtet — wie begannen die Organe des Tages die neue Epoche?

Von den drei unabhängigen berliner Zeitungen hatten die Vossische und die Zeitungs-Halle in besonderen Extrablättern die Gesetze des 18ten noch an diesem Tage gebracht; die Spenersche ließ am 19ten Vormittags eine Ausgabe erscheinen, in welcher diese Gesetze, sowie eine kurze Darstellung der Ereignisse vom 18ten und die darauf bezügliche Proclamation „an meine lieben Berliner" enthalten waren. Erst am Montage, dem 20sten, erschienen die eigentlichen Erstlinge der berliner Tagespresse.

Die „Berlinischen Nachrichten von Staats- und gelehrten Sachen" (Spenersche Zeitung) stellten an die Spitze ihrer Montags-Nummer die Bekanntmachungen des 19ten, denen sich dann der leitende Artikel anschloß. „Mit bewegtem Gefühle", heißt es darin, „schreiben wir zum ersten Male von den Fesseln der unwürdigen Censur-Geißel befreit." Der Artikel geht über die Vorgänge der vergangenen Tage kurz hinweg: „Seit dem 14. Juli 1798 hat Europa keinen entscheidenderen Tag gesehen als den 15. März 1848. Oesterreich ist constitutionell geworden, seine Presse frei. . . . Auch uns ist das Gleiche ja verkündet, auch wir könnten freudig bewegt sein, wenn nicht die erste Regung des patriotischen Jubels durch den Schlachtruf in den Straßen unserer Hauptstadt erstickt worden wäre. — Daß er verstummt sein möchte und der Freude eines versöhnten Volkes gewichen in dem Augenblicke, da dieses Blatt erscheint." Er erinnert dann an „die Männer, die vor dreißig Jahren in jugendlicher Begeisterung" dasselbe wollten, was jetzt „unser König will und bietet für Deutschlands Wohl": „O! daß man lernen möchte von der Geschichte

und Rechnung tragen der kühnen Begeisterung, dem ehrlichen Ernste unserer treuen deutschen Jugend, die 1813 hinauszog und die Saaten streute, welche eine kommende Generation erndten sollten." Und indem die Zeitung ihre Wünsche „mit denen unseres Königs vereint", rühmt sie die Preßfreiheit als die Macht, in der allein alle Früchte reifen, die des Volkes Wohlfahrt fördern können, „denn ohne Wahrheit giebt es keine Freiheit, ohne Freiheit keine Wohlfahrt, kein Glück des Bürgers, keine Sicherheit des Thrones." „Unser König", so schließt der Artikel, „hat gezeigt, es ist ihm Ernst um Deutschlands Sache, und das versöhnte Deutschland wird Ihm freudig und dankbar sein Heeresbanner reichen." — Die „Königliche privilegirte Berlinische Zeitung" (Vossische) gab in ihrer Montagsnummer eine Darstellung der Ereignisse des 18ten und 19ten, die ihr jedoch selbst nicht genügte; denn schon am Nachmittage des 20sten erschien ein Extrablatt derselben Zeitung, das die Darstellung des Morgenblattes, die eine Anzahl von Irrthümern enthalte, berichtigen sollte. Dieses Mittagsblatt nannte sich „Extrablatt der Freude", eine Bezeichnung, die Hr. Rellstab schnell erfunden hatte. Den angeblichen Berichtigungen geht eine Art Programm voran, welches die Tendenzen des in eine neue Phase tretenden Blattes darlegen sollte. Wir entnehmen demselben Folgendes:

Die Umwandlung, die freudige Umgestaltung der Dinge, die von gestern auf heute stattgefunden, macht es uns zur Pflicht auch darüber eine außerordentliche Mittheilung ins Publikum zu senden. Es kann nicht früh genug erfahren, was für Thaten des höchsten Muthes geschehen sind, die diese Umwandlung herbeiführten. Voran stellen wir jedoch die Ansicht, die künftig unser Blatt leiten soll....

Die Presse ist frei! In der nämlichen Stunde, wo uns dieses herrliche Recht erfüllt wurde, wollten wir die Stimme des Frohlockens darüber erheben — da dröhnte der entsetzende Donnerschlag, der unsere Stadt traf, und der Kampf begann. — Das war nicht mehr die Zeit, dem Gefühle der Beglückung Luft zu machen! — Jetzt theilt der Friedens- und Freudenruf wie ein goldenes Licht die schwarzen Wolken, so schnell fast als der zündende Strahl sie gesammelt. — Der Himmel ist wieder heiter! Möge nun der befruchtende Segen, der dem Ungewitter, der selbst dem Ausbruche des Vulkans folgt, unserm theuern, geliebten Vaterlande in fort und fort wachsender Entwickelung zu Theil werden. — Unter allen Rechten, deren Erfüllung uns geworden, und die wir hoffen, ist der befreite Gedanke das edelste, denn in ihm liegt das Unterpfand für alles Künftige. Er ist die Sonne für die Früchte, die uns reifen sollen! —

Von nun an ist diesen Blättern eine größere Aufgabe gestellt. Wie sie dieselbe lösen werden, darüber müssen sie ihre Kräfte selbst erst prüfen. Wie sie aber dieselbe aufzufassen haben, darüber waltet ihnen kein Zweifel ob, und wir dürfen hoffen, daß auch die Leser, welche unsern Bestrebungen und Richtungen, so weit die Verhältnisse den Ausdruck derselben möglich machten, gefolgt sind, darüber keinen Zweifel hegen werden. Unser Banner ist der Fortschritt! Nicht der allmählige, denn es giebt Zeiten, wo der Sturmschritt nothwendig ist, aber der besonnene, denn sein Gegentheil ist stets verderblich. Der besonnene Fortschritt wird nie verzögern, wo er beschleunigen muß; es giebt Augenblicke, wo der entschlossene Sprung nöthig ist, andere, wo der Lauf gemäßigt, wo vielleicht ein Schritt zurückgethan werden muß, wenn man nur dadurch wieder auf die richtige Bahn gelangen kann. In allen diesen Fällen aber leitet nur der Zügel der Besonnenheit den feurigen Sporn des Fortschritts richtig. So also wollen wir unsere Aufgabe fassen und auf Einsicht, Kraft und Vereinigung Gleichgesinnter mit uns hoffen, um sie, dieser Bestrebung würdig, zu lösen.

Die darauf folgende Darstellung enthält aneinandergereihete Berichte, die nicht selten des abenteuerlichsten Inhalts und voll Uebertreibungen sind. Sie schließen mit nachstehendem Resumé:

Der Kampf der letzten Tage war nicht, wie der beliebte Ausdruck lautet: „eine Emeute des Pöbels." Es war eine Erhebung der Bürger. Auf vielen Barrikaden commandirten die achtbarsten Communalbeamten. Das Eigenthum wurde mit einer bewunderungswürdigen Achtung respectirt und geschützt. Niemand dachte daran, auch nur eine Stecknadel zu nehmen. Alles für den Zweck der allgemeinen Begeisterung. Ein Trupp Bürger drang in das Palais des Prinzen Albrecht ein und suchte nach Waffen, aber nicht das Geringste wurde fortgenommen oder demolirt. Selbst in den erstürmten Kasernen wurde das Eigenthum geachtet, nur nach Waffen suchte man. Männer, denen der Hunger auf dem Gesichte geschrieben stand, warfen die silbernen werthvollen Troddeln der erbeuteten Offizierdegen in die Rinnsteine. Das Militär hingegen hat in den eroberten Häusern vollständig geplündert.

Die „Berliner Zeitungs-Halle", das jüngste der berliner Blätter, brachte in ihrer Montags-Nummer die erste zusammenhängende Darstellung der Ereignisse vom Beginne der berliner Bewegung an. An der Spitze des Blattes standen die groß gedruckten Worte: Revolution in Berlin. — Sturz des Ministeriums. — Constitution. Der Schilderung der Ereignisse ging folgende Einleitung voran:

Flüchtige Skizzen können wir hier nur liefern, Eindrücke der Erinnerung, wie sie aus den letzten Wochen in der Seele auftauchen, Eindrücke des Augenblicks, wie sie im Sturm und unter der Arbeit der letzten Tage empfangen, theils durch eigene Anschauung, theils aus den lebhaften Erzählungen Anderer an der Einbildungskraft sich vorüberdrängen. — Noch im Rausche der furchtbaren und freudigen Erschütterungen, die einander jagten, noch erschöpft von den Anstrengungen des Kampfes, noch unfähig uns zu sammeln, zu denken, zu ordnen, werfen wir ein Bild hin, das um so treuer sein wird, je mehr es die Wahrheit des bewegten Augenblicks wiedergiebt. Zu berichtigen wird dann später Manches, nachzutragen Vieles sein. — Ueber die Stimmung in Berlin, über die Gährung der Gemüther, über die offenkundigen Vorgänge selbst hatten wir nichts drucken dürfen — die Censur strich jedes Wort, die Censur, diese Schmach, die wir mit unserem Blute nun hoffentlich für ewige Zeiten ausgelöscht haben werden. Welch' ein System war dies, den Laut des Schmerzes, den Hauch der Klage, das Wort der Beschwerde, ja selbst die Schilderung des wahren Zustandes gewaltthätig zu ersticken und zu vernichten, welch' ein System! — Der Mund der Kanonen hat endlich laut genug geredet, und dieses unselige, kindische, tyrannische, mörderische System gerichtet. — Den Bürger hatte dasselbe System in eine solche polizeimäßige Furchtsamkeit, in eine solche Rath- und Thatlosigkeit hineingewiegt, daß, als Jedermann fühlte, es sei Zeit zur Umgestaltung der Verhältnisse, sich doch Niemand zum Handeln aufgelegt und fähig fand. Was wenige Einzelne auch thaten, die Bürger zu spornen, daß sie der Bewegung sich zeitig bemächtigen möchten, um nicht von ihr überwältigt und hinweggerissen zu werden, Alles vergebens; der Bürger wartete auf das, was die städtischen Behörden thun würden, scheute jede eigene Regung — aus Furcht, die Anarchie, den Communismus (diese Vogelscheuche, welche der Despotismus längst aufgepflanzt hatte) zu begünstigen, verließ sich auf die Polizei, auf das Militär — nur Ruhe, seufzte er, Ruhe um jeden Preis!

Endlich kam es bei den städtischen Behörden zu einem allmäligen Handeln. Die Darstellung der ersten Schritte, welche gethan wurden, strich uns am 11ten d. M. der Censor.

Die nun folgende Darstellung bringt die Vorgänge vom 6. bis 18. März zum Theil mit den Bruchstücken, die der Censor vorher gestrichen, theils mit neuen, bis dahin unbekannt gebliebenen Aktenstücken ausführlich und zusammenhängend, schließt daran eine geordnete Zusammenstellung der Vorgänge des 18ten und 19ten und endigt dann mit dieser Apostrophe:

Volk! Dein Sieg ist groß und herrlich und Du hast Dich nicht bloß als ein heldenmüthiges, sondern, was nicht minder schön, als ein hochherziges, großmüthiges, edles Volk bewährt. O, halte so aus, laß Dich nicht zu Handlungen der Unüberlegtheit, der Wildheit, der Unordnung hinreißen, sondern kröne Dein Werk durch Weisheit und Mäßigung im Aufbau unserer neuen Verfassung! Vergiß nicht, wie grauenvoll der Zustand war, als uns tagelang das Gefühl der Sicherheit auf den Straßen fehlte, als wir uns bei jedem Schritt auf

die Straßen hinaus, ja, als wir uns endlich im Hause selbst in Gefahr sahen, niedergemetzelt zu werden. Vergiß es nicht, o Du edeles, herrliches, deutsches Volk! zeige, daß Dein langes Denken und Sinnen Dich wahrhaft vorbereitet hat auf den Genuß der Freiheit, die Du Dir nun endlich mit Deinem eigenen kostbaren Blute herrlich errungen. Organisation! Aufbau! Ordnung! Schlichtung der Wirren! Lösung, praktische Lösung der großen Lebensfragen zum Heile Aller! gemeinsame Arbeit an der Herstellung eines Alle einander hülfreich vereinigenden wohlgeregelten Gesellschaftszustandes — das sei unsere Losung!

Während Julius, der Redacteur der Zeitungs-Halle in diesen Schlußworten seiner Apostrophe an das Volk die bloßen Stichworte „unserer Losung" nennt, treten Andere gleichzeitig mit ausgedehnten Vorschlägen und Mahnungen auf, und formuliren so gleichfalls „unsere Losung." Einer besonderen Bemerkung werth erscheint es, daß es gerade die „Zeitungs-Halle" ist, welche gleich vom ersten Tage der neuen Epoche an die Bekenntnisse, Rathschläge, Aufforderungen der Personen von zum Theil neuen und dem großen Publikum unbekannten Namen enthielten, die sich berufen glaubten, die frei gewordene Presse zur schnellen Vermittlerin der von ihnen für zeitgemäß erachteten Anschauungen zu machen — die Zeitungs-Halle, ein Blatt, das schon vor seinem Entstehen, im October 1846, von liberalisirenden Zeitungscorrespondenten verdächtigt wurde, weil der Begründer desselben in nationalökonomischen Arbeiten zufällig mit den Grundsätzen der preußischen Verwaltung übereingestimmt, das seit seinem ersten Auftreten über ein Jahr hindurch von denselben Personen als regierungsfreundlich verfolgt wurde, weil der Redacteur seine scharfe Polemik gegen den deutschen Liberalismus und die constitutionsfreundlichen Illusionen gerichtet hatte, ein Blatt, das gleichwohl in fortwährenden Conflicten mit der Censur lebte und unausgesetzt für die unbeschränkte Freiheit der Presse kämpfte, dessen ersten censurfreien Worte endlich die Ueberschrift des Artikels vom 20. März: „Revolution in Berlin" waren. Die Zeitungs-Halle zuerst bezeichnete mit diesen Worten, was in Berlin vorgegangen war, während die anderen Organe mühsam nach Umschreibungen dieser Bezeichnung suchten.

Die ersten jener in der Zeitungs-Halle enthaltenen Manifestationen der freien Presse vom 20. März charakterisiren ebenso die verschiedenartigen Auffassungen des Momentes, wie die Verfasser selbst, welche die Darstellung des weiteren Verlaufs der Ereignisse zum Theil uns wiederholt vorführen wird.

Rudolph Schramm, wie Raveaux's Freund (s. oben S. 256) ein in Berlin wohnender Rheinländer, formulirte die „unerläßlichsten Maßregeln" in folgendem Artikel *):

Sofort zu ergreifende Maßregeln zum Abschluß der Berliner Revolution durch Sicherung ihrer Resultate.

Die Ereignisse von Sonnabend und Sonntag gehören der Geschichte an. Es ist jetzt nicht Zeit bei ihnen länger zu verweilen, da die Sorge für die Zukunft augenblickliche Ent-

*) Der Artikel ist unter obigem Titel als Flugblatt, gedruckt bei Hayn, besonders abgedruckt.

scheidungen gebieterisch fordert. — Man scheint in denjenigen Kreisen, deren unselige Verblendung die Ereignisse leichtsinnigerweise herbeigeführt hat, über die factisch bereits eingetretenen Folgen derselben entweder noch sehr im Unklaren zu sein, oder eine Reaction für möglich zu halten. Wir beeilen uns daher diese nothwendigen Folgen auszusprechen, da wir in der unbedingtesten Wahrhaftigkeit den einzigen Weg zur Verhütung ferneren Blutvergießens, zur Aufrechthaltung der Ordnung, zur Vermeidung eines gänzlichen Umsturzes der Dinge und eines europäischen Krieges erkennen. — Es ist nicht eine bloße Emeute gewesen, die in der Nacht von Sonnabend ausgekämpft worden, sondern eine vollständige Revolution. Die öffentliche Macht ruht jetzt ganz in den Händen des Volkes und kann demselben durch keine Militärgewalt mehr entrissen werden. Wenn zahllose Regimenter einziehen, sie werden in den Straßen Berlins ihr sicheres und ruhmloses Grab finden. Wer die Gesinnung der Bürger in allen Stadttheilen erforscht, der wird in diesem Augenblicke eine Entschlossenheit und Einheit unter ihnen finden, die bewunderungswerth ist, und die jeden Versuch einer Bewältigung der Stadt als Thorheit erscheinen läßt. Er wird sich überzeugen, daß die Brust der Bürger freier zu athmen begonnen, daß sie hundertjährige, historisch begründete Fesseln abgeworfen hat, welche sich nicht mehr schließen lassen. Das bisherige geschichtliche Recht hat in Preußen seine Basis verloren, nachdem in der Nacht von Sonnabend auf Sonntag vom Volke auf den Barrikaden Geschichte gemacht worden ist. — Die Elementarkraft der Nation ist losgelassen. Man verlange nicht, sie in ihrer furchtbarsten Gestalt zu sehen. Man beschwichtige sie durch sofortige, radicale und ehrliche Zugeständnisse, welche man doch nicht mehr zu verhindern die Macht hat. Die unerläßlichsten Maßregeln scheinen uns folgende zu sein:

1) Sofortige Ertheilung des Bürgerrechts an alle Schutzverwandten. Da dieselben durch Königlichen Befehl bereits zur Bürgerwehr zugelassen sind, so gebührt ihnen auch das Bürgerrecht.

2) Sofortige Abtretung sämmtlicher Mitglieder und Vorsteher des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung und sofortige Anberaumung neuer Wahlen. Die Magistratsmitglieder sind dadurch unheilbar compromittirt, daß sie in ihrer Proclamation wider besseres Wissen die politische Bewegung des Volkes als eine gegen das Eigenthum und Leben der Bürger darzustellen, die besitzenden Klassen gegen die besitzlosen aufzuhetzen versucht und durch diese falsche Darstellung das Vertrauen Sr. Majestät des Königs und der Bürger getäuscht haben. Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich feige und unfähig gezeigt. — Wäre sie am Sonnabend statt auseinander zu ziehen, in corpore auf dem Schloßplatze erschienen, hätte eine Deputation an den König entsandt und den versammelten Bürgern die Entscheidungen des Königs kundgemacht, so wäre Blutvergießen verhindert worden. — Die Wähler werden die wenigen der bisherigen Mitglieder beider Collegien, auf welche etwa dieser Tadel nicht passen sollte, ausfindig zu machen und durch Erneuerung ihres Mandats zu ehren wissen. Niemand wird in Zweifel darüber sein, daß ein Zustand wie der gegenwärtige, in dem die geordneten Behörden von allem Ansehen und Einfluß ihres Amtes entblößt sind, augenblicklich aufhören muß, wenn nicht die nächste, zufällige Veranlassung sehr ernste Gefahren bringen soll.

3) Die fernere Organisation der Bürgerwache liegt so sehr auf der Hand; es stehen schon gegenwärtig so einsichtsvolle Männer an ihrer Spitze, daß wir uns jeder Bemerkung über diesen vielleicht wichtigsten Punkt vor der Hand enthalten zu müssen glauben.

4) Von der bisherigen Versammlung der vereinigten Landstände ist kein Heil zu erwarten. — Die Ereignisse haben die Reden überflutet und die ganze bisherige Organisation hinweggeschwemmt. — Die neuen Minister haben die Pflicht, den am 2ten zusammentretenden Ständen einen Gesetzvorschlag, betreffend die gänzliche Abschaffung der ersten Kurie, und die Ausdehnung des activen und passiven ständischen Wahlrechts auf alle großjährigen, nicht durch Richterspruch hierzu unfähig erklärten Staatsbürger vorzulegen. — Die Reden, welche die bisherigen Abgeordneten vielleicht bis zum 2ten ausgearbeitet haben möchten, hat die Nation jetzt anzuhören keine Zeit. — Ueber die genannten Gesetzvorschläge muß in permanenter Sitzung discutirt und abgestimmt, die Sitzung muß unmittelbar nach dieser Abstimmung unter Ansetzung eines sehr kurzen Termins für die neuen Wahlen geschlossen werden. Diejenigen unter den Abgeordneten, welche die Nation zu achten gelernt hat, werden wir schon wieder sehen.

5) Die Rückwirkung der Berliner Revolution auf das übrige Preußen und Deutschland wird radical sein. Man täusche sich hierüber nicht. Eine Mediatisirung sämmtlicher kleiner Fürsten wird unvermeidlich. Unser König war bisher als ein hochherziger Mann, von hohen Gaben des Geistes und Gemüths bekannt, der alle übrigen deutschen Fürsten in dieser Beziehung überragte. — Wir sind über die Vorgänge, die sich in der verhängnißvollen Nacht

in der unmittelbaren Umgebung des Königs zugetragen haben, nicht genau unterrichtet. Wir glauben aber, daß der König auf eine unwürdige Weise von Elenden getäuscht worden, die sich in ihren Stellen und Gehältern um jeden Preis, selbst um den Preis, ihren Königlichen Herrn zu verderben, haben behaupten wollen.

Jetzt steht er, nachdem Jene schimpflich verjagt, dem Volke näher, sofern er das ohne seine Schuld mit Bürgerblut befleckte Banner der Hohenzollern weit und für immer von sich schleudert und die schwarz-roth-goldene Fahne in die Hand nimmt. — Deutschlands Morgen beginnt zu tagen. Seien wir einig und stark, und möge uns der Führer nicht fehlen, der dem furchtbaren und unwiderstehlichen Rufe des Schicksals mit einem entschlossenen „Da bin ich!" antworten und gerüstet auf den Kampfplatz springen kann. Der Würfel ist gefallen, für Preußen ist nur noch die Wahl, entweder mit fester Hand das höchste Ziel zu ergreifen, oder ruhmlos und geschichtlos unterzugehen.

6) Sofort müssen die erforderlichen Schritte zur Herstellung der polnischen Nationalität gethan werden, die Abtretung der posenschen Districte, welche nicht strategisch zum eigenen Schutze Deutschlands vor der Hand unentbehrlich sind, muß sofort bindend zugesagt, die in Paris gebildete polnische Legion muß schleunigst in preußische Dienste gerufen werden.

5) Die gefallenen Freunde und Brüder müssen innerhalb der Stadt und zwar an keinem andern Orte als unmittelbar vor dem Palais des Prinzen von Preußen, auf der Stelle beerdigt werden, die bisher für die Statue Friedrichs II. bestimmt war. Ein Obelisk muß ihre Namen der dankbaren Nachwelt aufbewahren.

Daß für die im Kampfe Arbeitsunfähiggewordenen und für die Wittwen und Waisen der gefallenen Helden aus Staatsmitteln nicht blos nothdürftig, sondern auf eine der Hingebung entsprechende Weise gesorgt werden muß, versteht sich von selbst. Vor der Hand muß die Gemeindekasse der Stadt Berlin für sie eintreten, bis die ihnen schuldige National-Belohnung durch die National-Versammlung votirt sein wird.

Rudolph Schramm.
Schloßfreiheit Nr. 1.

Neben den Forderungen Schramms, des späteren Präsidenten vom demokratischen Club, befinden sich (in der Zeitungs-Halle) die Meinungsäußerungen des Hrn. Crelinger, des späteren Präsidenten vom constitutionellen Club, die in folgendem Artikel enthalten sind:

Die Ereignisse vom 18. März greifen weit in die Zukunft hinein. Sie haben den Weg, den die Regierung wenige Tage nachher eingeschlagen, dergestalt festgestellt, daß er ohne Verletzung der Rechte des Volkes nicht mehr verlassen werden kann. Preußen ist definitiv eine constitutionelle Monarchie. Wenig liegt daran, ob für den Augenblick aller Apparat einer solchen vorhanden ist. Ob Minister-Verantwortlichkeit existirt, ab alle Gesetze der Zustimmung der Stände bedürfen, erscheint für jetzt gleichgültig. Alles dies muß kommen, wenn das bisher befolgte System zwitterhafter Concessionen aufgegeben wird, wenn statt der Geheimrathsluft der Odem freier Oeffentlichkeit unsere Institutionen durchweht, wenn das Volk, geistiger Schlaffheit sich entreißend, selbstständig und andauernd Theil nimmt an seinen eigenen Interessen, wenn es vor Allem sich entwöhnt, die Erfüllung seiner Wünsche nur von der Regierung zu erwarten, weil diese — von allen Seiten mit Anforderungen bestürmt — auf die Dauer bankerott machen muß. — Wie sehr treten in diesem Augenblicke alle die Interessen zurück, die noch vor acht Tagen als Lebensfragen erschienen. Vollendete Thatsachen haben das Eigne, daß sie zunächst keine Beruhigung in sich tragen, sondern den Blick des Denkenden auf die Zukunft richten, sei es um Errungenes festzuhalten, sei es um der neuen unfehlbaren Fortführung der Angelegenheiten im Voraus gewiß zu seien.

Die nächste Aufmerksamkeit wendet sich auf das neue Ministerium. Der Präsident desselben, Graf Arnim, ist die Seele desselben. Selbst der Königliche Wille, früher allein entscheidend, hat einen großen Theil seiner Bedeutung verloren. Was haben wir, was hat das Volk von dem Arnimschen Ministerium zu erwarten? Wir sehen auf die früheren Leistungen dieses Staatsmannes zurück. Nicht verhehlen können wir es, daß in ihm derselbe bureaukratische Geist, dasselbe System der Gewalt vorgeherrscht, welche das Bodelschwinghsche Ministerium in weiterem Maße ausgebildet und mit Hartnäckigkeit verfolgt hat. Doch wollen wir nicht recriminiren. Einzelne Thatsachen erwähnen, hieße Geister der Zwietracht aus der Vergangenheit heraufbeschwören. Hoffen wir, daß der letzte parlamentarische Kampf des April 1847 den Grafen Arnim innig überzeugt hat, wie nach Innen und Außen Preußen nur dann groß und kräftig sein kann, wenn es den Weg der gewaltsamen, ungesetzlichen Maßregeln, vor Allem den der Halbheit und — wir müssen es sagen — der Unaufrichtigkeit ver-

läßt, wenn der Verfolgungseifer gegen anders Denkende auf politischem wie auf religiösem Gebiete gänzlich aufgegeben wird, wenn der Präponderanz der Geburt und des Vermögens die Schranke möglichster Gleichheit entgegengesetzt und diese festgehalten wird. Können wir gleich diesem Ministerium noch kein Vertrauen schenken, so wollen wir es doch auch nicht mit Mißtrauen empfangen. Die nächsten Schritte werden entscheidend sein für — nicht das Ministerium, denn das wäre, weil persönlich, zu wenig bedeutend — aber für die Nation. Wir enthalten uns für heute, die Maßregeln anzudeuten, die wir für allein ersprießlich, für nothwendig halten. Dem Könige, dem Ministerium bleibe die Ehre der Initiative. Aber die Presse wird ihre Schuldigkeit erfüllen. Sie wird wachen und prüfen, sie wird warnen, — wo nöthig — die ganze Macht ihres Credits anwenden. Sie wird ohne Erbitterung, aber mit aller Entschiedenheit und Klarheit zu Werke gehen. Ihr erster Gedanke, ihr letztes Wort wird „das Vaterland" sein. Sie meint, Preußens Wahlspruch habe eine Aenderung erlitten. Es heißt nicht mehr: Mit Gott für König und Vaterland, sondern: „Mit Gott für Vaterland und König."

Auch diejenige Ansicht, welche „Mäßigung nach dem Siege" verlangt und in einem Athemzuge von „offener Hingebung an das Volk" und von „freiem Vertrauen in die Regierung" spricht, findet sofort ihren Vertreter in der freien Presse. Hr. Küttge, damaliger Mitarbeiter an der Zeitungs-Halle, zwei Monate nachher Schriftführer des constitutionellen Clubs, zwei Jahre später Präsident eines conservativen Vereins, konnte sich nicht enthalten, dem Redacteur des Blattes gegenüber „unsere Losung" weitläuftiger zu umschreiben. Aus seinem Artikel heben wir folgende Stellen hervor:

Die Barrikaden sind weggeräumt; die äußere Ruhe der Hauptstadt ist wieder hergestellt. . . . Es gilt auch den inneren Frieden wieder herzustellen und die aufgeregten Gemüther zu beruhigen. . . . Die Ereignisse, welche wir in den letzten Tagen erlebt haben, bilden einen Wendepunkt in der Geschichte Preußens. Sagen wir es frei und offen, nach allen Seiten hin: das alte System ist für immer gebrochen und ein neues muß an seine Stelle treten. . . Wiederholen wir der Regierung die Lehre, welche die letzten Tage unabweislich herausgestellt haben: das Volk hat seine Kraft erkannt; es will auch seine Wünsche gehört und berücksichtigt wissen. Daher eine Vertretung des Volkes auf breiter Grundlage; Befriedigung seiner geistigen und materiellen Interessen. Machen wir es unsern Mitbürgern begreiflich, daß ein neues, auf Freiheit und Gesetzlichkeit gegründetes System nicht in einem Tage gestaltet und verwirklicht werden kann; daß der König Alles gewährt hat, was er für den Augenblick gewähren konnte, als er eine den Zeitbedürfnissen angemessene Verfassung versprach und sein Versprechen durch das Zurückziehen der bewaffneten Macht, durch die Berufung eines aus ehrenwerthen und freisinnigen Männern zusammengesetzten Ministeriums und durch die Bewaffnung der Bürger besiegelte. Der König hat dem Volke wahrhaftes Vertrauen gezeigt, als er sich und seine Familie dem Schutze der bewaffneten Bürger übergab. Vor diesem Beweise der Hingebung an das Volk muß selbst ein berechtigtes Mißtrauen, muß jede Erbitterung schweigen. Es ist groß, in der Schlacht Muth zu zeigen; es ist größer, nach dem Siege Mäßigung zu bewahren. . . Wehe der Partei, welche durch unzeitgemäßes Rückwärtsstreben oder durch zu hastiges Vorschreiten den Kampf schon jetzt wieder erneuern wollte, jetzt, wo es vor Allem gilt, die Ruhe dauernd wiederherzustellen und die widerstrebenden Ansichten zu versöhnen. . . . Um dieser Einmüthigkeit willen muß der Einzelne daher seine Wünsche und seine Ansichten für den Augenblick zurückdrängen und sich für befriedigt erklären, wenn jeder Meinung vergönnt ist, sich zu äußern; wenn jeder Fortschritt auf friedlichem Wege möglich gemacht wird. Ob diese Meinung triumphiren soll, ob dieser Fortschritt schon jetzt zu verwirklichen ist, darüber möge die Mehrheit einer wahrhaft volksvertretenden Versammlung, darüber möge die öffentliche Meinung entscheiden. Wir rufen daher der Regierung zu: „Kein Streben nach Rückwärts! Offene Hingebung an das Volk!" Wir rufen dem Volke zu: „Kein ungestümes Drängen nach Vorwärts! Freies Vertrauen in die Regierung!" Allen Parteien aber rufen wir mit der ganzen Kraft unserer Ueberzeugung zu: Um des Vaterlandes willen keine Erneuerung des Bürgerkriegs! Um der Menschenliebe willen kein ferneres Blutvergießen! Kein Mißtrauen! Keine Verdächtigungen! Friede und Versöhnung sei unsere Losung!

Einen Contrast zu diesen ersten Aeußerungen der freigewordenen Presse, zu diesen maaßvollen, reformsüchtigen, friedliebenden Expectorationen, boten die ersten Lebenszeichen der freigewordenen berliner Bevölkerung. Nicht daß sich, wie Herr Schramm in den oben mitgetheilten Vorschlägen besorgt, „die Elementarkraft in ihrer furchtbarsten Gestalt" gezeigt hätte — das schon geschilderte Treiben des Volksmassen am 19ten Nachmittags und Abends beweist die Mäßigung des überraschten Siegers hinlänglich. Den Contrast bezeichnet die Anarchie in den Straßen der Hauptstadt, den legalen und bescheidenen Anforderungen der Presse gegenüber.

Berlin war am Montag, den 20. März, ohne Militär, ohne Polizei, ohne Behörden — ohne Arbeit. Das waren die negativen Momente, welche die Anarchie bildeten. Die Uniformen waren verschwunden. Der König und der Polizeipräsident allein zeigten sich in Uniform. Die zurückgebliebenen Offiziere, die Polizeibeamten, Gensdarmen schlichen bürgerlich gekleidet einher, die Bürger, Studenten, Mitglieder der Handwerkervereine, denen sich bald auch die in Berlin wohnhaften Polen beigesellten, hielten mit den aus dem Zeughause gelieferten Waffen die öffentlichen Gebäude und Wachtposten besetzt; Volksmassen bewegten sich in großen Schaaren durch die Straßen, sammelten sich hie und da zu öffentlich berathenden Clubs; die Tabackspfeife und die Cigarre hatten sich von dem bisherigen Polizeidruck emancipirt — ein erst einige Tage später im Intelligenzblatte verstohlen erschienenes Inserat der Polizei legalisirte diesen Akt der Anarchie —; die Denkzeichen des Aufruhrs, die Barrikaden, standen noch und erst allmählig wurden sie abgetragen und das Straßenpflaster, auf Kosten der Stadtkasse, wieder hergestellt; Plakate bedeckten die Straßenecken; aus den Fenstern der Häuser, von den Dächern herab weheten dreifarbige Fahnen; die deutschen Farben waren in schnell gefertigten Kokarden und Bändern überall sichtbar. Die Behörden zeigten sich, wie wir es bei den städtischen gesehen, insoweit thätig, als der Zustand der Revolution in der Hauptstadt dadurch sanctionirt wurde; in den Ministerial- und ähnlichen Büreaus waren die gestern noch scheel angesehenen Beamten liberaler Gesinnung die auf's Freudigste begrüßten Mitglieder; die Börse sah sich fast nur durch Mittheilungen von Einzelheiten aus den Ereignissen vom 18ten und 19ten belebt; überall auf den Straßen, in den Häusern, waren die Heldenthaten des Volkes, sein Schonungseifer, seine Enthaltsamkeit, seine „Heilighaltung des Eigenthums" Gegenstände der Unterhaltung und Bewunderung, wie denn auch die Berichterstatter der auswärtigen Zeitungen nicht genug Ruhmesworte für die „heldenmüthige Haltung des berliner Volkes" finden konnten.

Die Rache und Verfolgungssucht der Volksmassen schien nur ein Object zu kennen: den Prinzen von Preußen. Seinen Namen, sein Eigenthum, Alles, was an ihn erinnerte, zu beseitigen, dahin schien das Ziel der Exaltirtesten

gerichtet. In diesem Sinne begannen die Massen ihre revolutionäre Thätigkeit am 20. März. Schon früh am Vormittage sammelten sich Haufen vor dem Palais des Prinzen. Die dort Schildwacht haltende Bürgerwehr wurde aufgefordert diesen Posten zu verlassen, „da er kein Ehrenposten für einen berliner Bürger sei." Die Wache trat ab, ohne daß ein neuer Posten aufzog. Da verbreitete sich das Gerücht von der Ankunft von Arbeitern, welche laut erklärten, das Haus des Prinzen von Preußen müsse der Erde gleichgemacht werden! Die Menge stürmte heran, man sprach davon Feuer anzulegen und das Gebäude niederzubrennen. Beschwichtigende Redner traten alsbald hervor, Bürger, Studenten, Beamte — Hr. Braß läßt auch hier Hrn v. Minutoli die Sache gütlich beilegen —: „das Palais gehöre nicht mehr dem Prinzen, es sei Eigenthum der Nation geworden"; dieser Ausdruck zündete; es wurde vorgestellt, welche „Schande für das heldenmüthige Berlin" es sein würde, wenn solche barbarische That verübt werde; zudem wäre, wenn das Palais durch Feuer zerstört werden sollte, das daneben stehende Gebäude der königlichen Bibliothek mit allen ihren Schätzen verloren; von einem Arbeiter, der eine Gruppe um sich gesammelt, will ein Correspondent der Allgemeinen Zeitung die Worte genau gehört haben: „Kinder, wenn die Bibliothek verbrennt, so haben wir keine Bücher, und wenn wir keine Bücher haben, so haben wir keine Gelehrten, und wenn wir keine Gelehrten haben, so haben wir gar nichts. Hoch lebe die Bibliothek!" Dergleichen Redensarten, das Aufstecken dreifarbiger Fahnen, so wie dem Volke schmeichelnde Inschriften, die sofort ausgeführt wurden, beruhigten die aufgeregte Menge und ließen das Vorhaben nicht zu Stande kommen. In der Mitte des Gebäudes prangte mit großen Buchstaben die Inschrift: „Volkseigenthum"; an jedem der beiden Flügel wurden die Worte: „Eigenthum der ganzen Nation" und als vierte Inschrift noch die Bezeichnung: „Bürgergut!" angebracht; und jubelnd zog die Menge von dannen, um den Namen des Prinzen, dessen Wohnung so schnell zum National-Eigenthum geworden war, überall, wo er sich auf Ladenschildern ꝛc. vorfand, zu vernichten. Nach allen Richtungen hin zerstreuten sich die Haufen, um diese neue Art der Volksjustiz zu üben; und während da, wo ein Ladenschild die Bezeichnung: „Hoflieferant des Prinzen von Preußen" oder eine ähnliche trug, der Besitzer des Ladens genöthigt wurde das Schild einzuziehen, während diesem Verlangen mit der größten Bereitwilligkeit nachgegeben wurde, decretirte ein von Einzelnen aus der Masse auf die Schilder mit Kreide geschriebenes: „Bleibt!" die Unversehrterhaltung dieser andere Firmen, als die des Prinzen von Preußen, führende Schilder. Gleichzeitig und im Laufe des Tages versah man die Wände von Staats- und königlichen Gebäuden mit Inschriften, wie Volks- oder Bürgereigenthum; die Voss. Zeitung meldet sogar in ihrem nach Stunden abgetheilten Tagesbericht vom 20sten: „Abends 6 Uhr. Ueber der Hausvoigtei (dem Gefängniß für

die politischen Verbrecher) befindet sich seit einer Stunde die Ueberschrift „Bürger-Eigenthum". Alle diese Inschriften jedoch, die eigentlich nur als Schreibübungen jener Revolutionsworte anzusehen waren, welche die Zeitungen vorher in ihren Berichten über die französische Revolution herübergebracht hatten, waren bald wieder verschwunden, wogegen das Palais des Prinzen von Preußen noch lange Zeit durch stets erneuerte und wieder aufgefrischte Inschriften das „National-Eigenthum" repräsentirte und als solches, wie wir sehen werden, noch durch verschiedene Entwickelungsphasen hindurch gehen mußte, bis eine ruhigere Zeit den prinzlichen Erbauer wieder aufnahm.

Durch die Freilassung der polnischen Gefangenen wurde dem Treiben der Volksmassen eine andere Richtung gegeben. — Als am Vormittage die Herren Deycks und Wöniger sich auf's Schloß begaben, um eine sofort zu erlassende Amnestie zu beantragen, waren, gleich wie an den vergangenen Tagen, große Massen auf dem Schloßplatze versammelt. Auf die Wünsche dieser Tausende stützten sich die Fürsprecher der Gefangenen, dem Grafen Arnim gegenüber, der anfänglich nicht geneigt war, auf die Anträge einzugehen. Während oben diese Angelegenheit verhandelt wurde, haranguirten und beschwichtigen unten Volksredner die Massen, indem sie den Erfolg abzuwarten empfahlen, mit dem jene Fürsprecher vom Schlosse zurückkehren würden. Als den Hauptredner nennt Hr. Braß einen früheren Unterbeamten, den Dr. Heufelder, „in welchem Viele einen muthigen Kämpfer aus den letzten Tagen erkannten". Es war um die Mittagsstunde, als die Herren Deycks und Heufelder der Menge auf dem Schloßplatze die Kunde von der bewilligten Amnestie brachten. Großer Jubel begleitete die verkündete Nachricht. Jene Herren begaben sich hierauf nach dem Staatsgefängnisse vor dem Neuen Thor. „Ein ergreifender Moment", erzählt Hr. Braß, „war's, als die Kerkerthür sich öffnete und Polens Söhne den Verkündigern ihres Glücks weinend und sprachlos — denn so nahe hatten sie das Ende ihrer Leiden nicht gehofft — in die Arme sanken."

Gegen 1 Uhr erschien der Staatsanwalt, Hr. Wentzel, im Staatsgefängnisse und zeigte den polnischen Gefangenen in einer feierlichen Anrede ihre Befreiung an. Ein bereit gehaltener Wagen nahm hierauf die beiden bedeutendsten Gefangenen, Ludwig v. Mieroslawski, der zum Tode, und Dr. Libelt, der zu vieljähriger Festungsstrafe verurtheilt war, so wie die im Gefängnisse anwesenden Damen v. Malczewska u. Matecka nebst ihren Kindern auf. Der Jubel der stark angeschwollenen Menge empfing die Befreiten. Die Pferde wurden vom Wagen gespannt und Menschenhände zogen denselben. Ihm folgten die sämmtlich entlassenen Polen zu Fuß und mit entblößtem Haupte. Hr. v. Mieroslawski hielt die deutsche Fahne; eine polnische Flagge, im Augenblicke der Befreiung von Damen im Gefängnisse gefertigt, wehete von dem

Wagen. Auf dem ganzen Wege, durch das neue Thor, die Louisenstraße, Friedrichsstraße, Linden, flatterten aus allen Fenstern Tücher und Fahnen, flogen Blumenkränze den Befreiten zu. Eine unermeßliche Volksmenge folgte dem Zuge.

An der Universität wurde zuerst Halt gemacht. Die Studenten empfingen bewaffnet vor der Universität aufgestellt die Polen; die an der Hauptwache diensthuende Bürgerwehr trat salutirend in's Gewehr. Mieroslawski und Libelt sprachen, ersterer in französischer Sprache, ihren Dank aus und betheuerten „im Namen der freigesinnten polnischen Nation Friede und Freundschaft den Deutschen und Schutz gegen die russische Macht". „Das polnische Banner", sagte Mieroslawski, „wird nun in Eintracht neben dem deutschen wehen!" Stürmischer Beifallsruf der Versammelten antwortete. Die Gefeierten, schildert einer der Berichte, wurden von der jauchzenden Menge fast erdrückt. Eine Abtheilung der Bürgergarde hatte sich inzwischen unter Leitung des Banquiers C. Hirschfeld zu einer Ehrengarde gebildet, und von dieser begleitet, gelangte der Zug nach dem Schloßplatze. Auf der Schloßfreiheit, wo dieselben Ovationen, wie vorher, von den Häusern aus gebracht wurden, sprach Dr. Libelt „kräftige" deutsche Worte. Auf dem Schloßplatze wurde vor den Fenstern des Königs angehalten. Nach langem Jubelruf erschien der König auf dem Balkon, umgeben von den Ministern Grafen Arnim und Schwerin und Hrn. Bornemann. Der Monarch — berichtet die Spenersche Zeitung — grüßte sichtlich erfreut, dankte wiederholt und nahm die Feldmütze dreimal vom Haupte, worauf ihm endloser Jubel entgegenschallte. Graf Schwerin sprach alsdann zuerst, vom Balkon herab etwa Folgendes: „Se. Majestät haben sich gefreut, daß Sie gekommen sind, für den großherzigen Akt der königlichen Gnade zu danken, und waren hier anwesend, um diesen Dank entgegenzunehmen." Neuer Jubel und durcheinanderschallender Ruf aus der Mitte der Polen antwortete. Graf Schwerin fuhr fort: „Se. Majestät vertrauen, daß die Polen, nachdem sie gesehen, wie man in Preußen die politischen Gefangenen behandelt, sich auch an Preußen und dessen Königshaus anschließen werden." Die kräftigsten Versicherungen der Befreiten erfolgten. Graf Schwerin und der Generaladjutant v. Neumann in bürgerlicher Kleidung dankten nochmals den Jubelrufen und zogen sich darauf zurück. Die Polen wandten sich an die sie umgebende Menge mit freundlichen Worten, umarmten die Zunächststehenden, versicherten ihnen, daß von nun an Polen und Preußen ein Volk sein werde, sich einander schützend gegen den russischen Nachbar. „Ihr seid es", so hörte man wiederholt, „das heldenmüthige berliner Volk ist es, welchem wir unsere Freiheit verdanken."

Hierauf begab sich der Zug nach der Universität zurück. Von den Studenten in die Aula geführt hielten die Herren v. Mieroslaski und Libelt, sowie deren Begleiter auf dem ganzen Zuge, die Herren Deycks und Heufelder

Reden an die Versammlung. Auch noch andere Personen, darunter ein Arbeiter und der Student Aegidi sprachen über die Ereignisse und die Fragen der Zeit. Mit dem studentischen Dank und Vivatrufen schloß die Scene in der Aula.

Die in Berlin sich aufhaltenden Polen, größtentheils Studenten, suchten für die Triumphe, die ihren befreiten Landsleuten bereitet worden, sich dadurch dankbar zu erweisen, daß sie zum Schutze der Stadt und des Staatseigenthums sich bewaffneten und Wachtdienste übernahmen; sie constituirten sich als „polnische Legion", von der weiterhin die Rede sein wird. — Die befreiten Polen sprachen ihren Dank, ihre Hoffnungen und Gefühle in einer Adresse an das berliner Volk aus, die am folgenden Tage als Plakat und durch die „Zeitungshalle" veröffentlicht wurde. Sie lautete:

Dank-Adresse der von Sr. Majestät dem Könige amnestirten Polen an das Berliner Volk.

Bürger Berlins! Wir haben unsere Freilassung nach einer mehr als zweijährigen Haft zunächst dem Allerhöchsten Amnestie-Erlasse Sr. Maj. des Königs zu verdanken, allein wir verdanken sie auch Euch, Bürger Berlins, da Ihr es unternommen habt, ein freies Wort an den König für uns einzulegen. Ihr habt uns unsere Freiheit bei Sr. Maj. dem Könige ausgewirkt, Ihr habt uns im Triumphzuge vor das Palais Sr. Maj. des Königs geführt, um Ihm die Freude seines Volkes über diesen Akt der Königlichen Gnade, der zugleich ein Akt der Gerechtigkeit ist, zu bezeugen.

Ja! es ist ein Akt der Gerechtigkeit gewesen, nachdem sich das Blatt der europäischen Politik auf einmal so wunderbar gewendet hat. Nachdem ganz Deutschland den Ruf für die nationale Einheit eines großen freien und mächtigen deutschen Vaterlandes in allen deutschen Gauen hat laut erschallen lassen, nachdem selbst Preußens Herrscher für diese Einheit zu wirken seinem Volke versprochen hat, so konnte auch in den verurtheilten Polen ein Bestreben für ein einiges, unabhängiges und freies polnisches Vaterland zu wirken nicht mehr als Landesverrath angesehen und geahndet werden.

Bürger Berlins! Der gesunde Sinn des Volkes sieht die Dinge und beurtheilt sie besser als die Weisheit der Politik. Von diesem Sinne geleitet habt Ihr in unserer Freilassung die künftige polnische Freiheit und Unabhängigkeit begrüßt. Ihr fühlt es, daß nicht nur die Zeit gekommen ist, in welcher die verhängnißvolle That der Theilung Polens wieder gesühnt werden mußte, sondern daß die Zeit auch gebietet, daß zur Sicherstellung eines freien Deutschlands ein unabhängiges Polen als Vormauer gegen den Drang der Asiaten errichtet werden muß.

O! möchte diese Ueberzeugung, die heute schon im Volke wurzelt, auch in den deutschen Regierungen Wurzel fassen; möchte insbesondere auch Preußens neu constituirte liberale Regierung auch hier die Initiative ergreifen, und die Herzen aller Polen würden ihr entgegenfliegen. Deutsche und Polen würden sich, wie es hier geschehen, so überall brüderlich in die Arme fallen und der Friede Europas nach Wiederherstellung Polens auf immer gesichert sein.

Geht diese Hoffnung in Erfüllung, und so Gott will wird sie in Erfüllung gehen, denn es ist der mächtige Finger Gottes, der in die Geschicke der Völker heute sichtlich eingegriffen hat, — dann werdet Ihr hochherzigen Bürger Berlins und Ihr akademischen Bürger der Hochschule dieser Residenzstadt ewig in dem Andenken, in der Liebe und in der Achtung aller Polen leben, denn Ihr habt Euer und unser politisches Volksinteresse zuerst begriffen und zuerst Eure Gesinnungen und Gefühle frei herausgesprochen. Es lebe Deutschland! Es lebe Preußen! Es lebe Berlin!

(Das Plakat verweis't hierauf in Betreff der Unterschriften auf die Nummer 70. der „Zeitungs-Halle", welche folgende Namen der Unterzeichner aufführt:)

Libelt. Ludwig Mieroslawski. Adolph Malczewski. Elzanowski. Stanisl. Biesiekierski. Jan Tulodzieski. Nikodem. Kierski. Jan Kirchdörffer. Romuald Gozimirski. Thad. Smolenski. Wlad. Kosinski. Marc. Chraszczewski. Michael Tchorzewki. Alfons Moszczenski. Stan. Kudlicki. Felix Zagorski. Erasmus Niesiolowski. Josef Klatt. Matecki. Radkiewicz. W. Wilczynski. Stan. Sadowski. Maximil. Ogrodowicz. Ludwig Ostaszewski. Wawrzyn Deregowski. Norb. Szuman. Const. Waleszynski. Franc. Grajewski. Jan. Slupecki. Alf. Bialkowski. Jos. Malinowski. Sev. Nawrocki. Franc. Kobylinski. Wilh. Veith. Ludwig Rembowski. Theophil Gabrpelewicz. Xawer Okulicki. Franc Dobry. Alexy Strzyzewski. Wladislaus Spiller. Alexander Syszylowicz. Theophil Luedke. Theophil Skrzycki. Lud. Poleski. Kazimierz Szulc. J. Lobodzki. Thadaeus Radonski. Franz Gozimirski. Ignaz Lemanski. Joseph Lipinski. Josef Szrayber. W. Wysocki. Josef Szoldrski. Thomas Stawisinski. Apollonius Kurowski. Leop. Mieczkowski. Ignaz Lebinski. Vincent Chachulski. Woyciechowski. Ludwig Burchardt. Antoni Switalla. Josef Pepinski. Albin Kiersli. Michael Gasinski. Josef Zmijewski. Franc Gasinki. W. Frost. Carl Koff. C. Leciejewski. Michael Blendzki. Josef Kleszczynski. Xawer Lewangowski. Nepomucen Tomicki. Anton Ogrodowicz. Franz Antoniewicz. Kazimierz Blociszewski. Ignaz Theodor Kerszki. Thomas Piechowicz. Joh. Eduard Mazurowski. Johann Ciesielski. Jan Glebocki. Milewski.

Dem jubelvollen Tage des 20ten März folgte ein Abend voll Schrecken und Verwirrung. — Jenes Mißtrauen, daß die berliner Bevölkerung gegen die Verheißungen „von oben her" und gegen bürgerfreundliche Regierungs-Maaßregeln bisher zu hegen gewohnt war, hatte sie selbst zu einem Zeitpunkt nicht verlassen, wo Vielen, ja den Meisten, nichts mehr zu wünschen übrig schien, wo kein sichtbarer Feind mehr schreckte, wo sie, die Bevölkerung, die Herrschaft der Hauptstadt in Händen hatte. Sie konnte die innere Angst nicht los werden: es möchte doch Verrath im Hintergrunde lauern! Die unbedeutendsten Dinge erfüllten sie mit Besorgniß. Und alles dies, während die Macht in ihren Händen, während sie gefürchtet war, gefürchtet von Denen, die sie selbst fürchten zu müssen glaubte! Doch nicht bloß von Diesen. Furchtsame Zeitungsschreiber erinnerten beim Hinblick auf das Treiben der Massen am 20sten an den Löwen, welcher einmal Blut geleckt habe!

An den Löwen mochten auch die Bewohner von Charlottenburg glauben, die im Laufe des 20sten in starker Zahl nach Berlin gekommen waren, um das Schlachtfeld anzuschauen. Aus Gesprächen, die sie hie und da belauschten und die auf Charlottenburg und das Betragen der Charlottenburger gegen die Transportirten Bezug hatten, glaubten die Bewohner der Nachbarstadt auf einen rächenden „Ueberfall" von Seiten des berliner Volkes schließen zu müssen. Eiligst verließen die Herren aus Charlottenburg die Hauptstadt, brachten die traurige Kunde, die Geburt der Angst, nach ihrem Wohnorte und erfüllten dadurch die Stadt mit Unruhe und Schrecken. Die geängstigten Charlottenburger glaubten, wenn der Ueberfall sich verwirklichen sollte, ihre Zuflucht in den Truppen, die dort garnisonirten, sehen zu können. Das Militair jedoch rückte, sobald sich das Gerücht von dem Ueberfall der Berliner verbreitete, aus Charlottenburg und ließ Angst, Verwirrung, Entsetzen unter den Bewohnern zurück. Diese suchten nun ihre „gute Gesinnung" in einer sofort veranstalteten Collecte für die Hinterbliebenen zu bethätigen und schöpften

erst freier Athem, als weder am 20sten noch in den folgenden Tagen der gefürchtete Ueberfall stattfand.

Die berliner Bevölkerung, weit entfernt einen Ueberfall aus Rache zu unternehmen, fürchtete vielmehr am Abende des 20sten selbst etwas Aehnliches von anderer Seite her. Die „siegesstolzen des großen mächtigen Schritts vorwärts bewußten Menschenströme, welche ein Berichterstatter der Augsburger Zeitung am 20sten durch die Straßen Berlins wallen sah, glaubten, trotz ihres Siegesstolzes, an die leichtfertigsten Gerüchte von einer noch in dieser Nacht beabsichtigten Ueberrumpelung. Und trotz der Warnung D. A. Benda's. Hr. Benda, den wir schon einmal an diesem Tage so feierlich protestiren gesehen, hielt es für gerathen „zur Beruhigung" die Bevölkerung auf einen „Feind" aufmerksam zu machen. Durch Maueranschläge verkündete er im Laufe des 20sten Folgendes:

Zur Beruhigung.

In Zeiten so furchtbarer Aufregung tauchen theils die abentheuerlichsten Gerüchte auf, theils werden dergleichen Gerüchte von Böswilligen zu verbrecherischen Zwecken verbreitet. Darum, theure Mitbürger, haben wir nicht sowohl irgend einen äußeren Feind, als vielmehr die inneren Feinde zu fürchten, die dahin streben, durch Mißleitung des siegtrunkenen Volkes die mit dem edelsten Blute erkauften theuren Güter zu ihren selbstsüchtigen Zwecken auszubeuten.

Theure Mitbürger! Gegen diese inneren Feinde vereinigt Euch Front zu machen, wie Ihr die Stirn freudig den Kartätschen dargeboten, und wahret und sichert Euch den nach 33 schweren Leidensjahren errungenen Sieg durch Mäßigung, diese unentbehrlichste Zierde der Freiheit würdiger Menschen. — D. A. Benda.

Vor „inneren Feinden" wurde gewarnt. Hr. Benda beunruhigte mit seinem „Beruhigungs"-Plakate die Ruhe suchenden Bürger. Es galt, jenen „Feinden" auf die Spur zu kommen. Sie mußten ausfindig gemacht, arretirt werden. In der That kommen schon in diesen ersten Tagen des neuen Zustandes Verhaftungen vermutheter „innerer Feinde", die von den verhaftungssüchtigen Bürgerwehren der neuen Polizei „Aufwiegler" bezeichnet wurden, vor; freilich hinderte die so Verhafteten nichts, ihre Freiheit sofort wieder zu erlangen. Eins der ersten Opfer dieser gegen „Aufwiegler" angestellten Jagd war derselbe Hr. Schramm, der sich bereits, wie wir oben gesehen, der Presse als Vermittlerin seiner nicht eben sehr ausschweifenden Vorschläge bedient hatte. — Waren es nun diese „inneren Feinde", die „Aufwiegler, welche in „eigenem Interesse", wie einige Darsteller behaupten, Gerüchte von einem Ueberfalle der Stadt durch die Truppen zu verbreiten für gut fanden, oder waren es grundlose Vermuthungen befangener Personen, welche den drohenden Ueberfall verkündeten — genug, die Gerüchte fanden bei dem größten Theile der Bevölkerung Glauben.

Kaum waren die letzten Lichter einer auch an diesem Abende stattfindenden Illumination der Fenster erloschen, als, zwischen zehn und elf Uhr, der Angstruf durch die Stadt ging: „Verrath! Der Prinz von Preußen überfällt mit

den Truppen Berlin!" Die Straßen, eben erst zur Ruhe zurückgekehrt, wurden wieder lebendig. „Der Prinz von Preußen", rief man sich einander zu, „hat sämmtliche Truppen, welche Berlin verlassen mußten, gesammelt und steht an deren Spitze, um Berlin zu überfallen und zu züchtigen." Andere hatten sogar die Version: „die Russen kommen!" „Wir sind verrathen", wimmerten die Bürgerwehren, „wir haben Gewehre, aber keine Munition." Die Bevölkerung der Vorstädte, an dem entgegengesetzten Stadttheile, begannen wieder Barrikaden zu errichten. Reitende Boten, Bürgerwehrpatrouillen eilten von einem Thore zum andern Am Halle'schen Thore hieß es, daß eben das Schönhauser gestürmt werde, am Schönhauser, der Prinz von Preußen sei eben mit der Artillerie auf dem Frankfurter Bahnhofe angelangt. Es bedurfte keiner langen Nachforschungen, um alle diese Nachrichten als leere Gerüchte kennen zu lernen. „Der Moment des Allarmirens", schildert ein Bericht, „war übrigens großartig. Der Ruf zu den Waffen durch die ganze Stadt und die Vorstädte war augenblicklich. Die Stadt tobte wie ein brausendes Meer. Hunderttausend Kehlen riefen auf einmal. Ueberall Piken und Haken, aber kein Schuß, kein Trommelwirbel." Die Aufregung ging vorüber, da keine Thatsache den verbreiteten Gerüchten entsprach; man begab sich zur Ruhe und am andern Morgen wurden die Barrikaden, diesmal Bollwerke der Angst, wieder abgetragen.

Die „Schutzwache des Anhalter Thorbezirkes" machte Tags darauf die nachstehenden Mittheilungen:

In der Nacht vom 20. zum 21. März sind auf der Friedrichstadt verschiedene Personen, zum Theil beritten, erschienen, welche auf alle Weise bemüht waren, das unsinnige Gerücht zu verbreiten, daß Truppen anrückten, um Berlin zu überfallen. Die Unwahrheit dieser Nachricht war durch die zum Kreuzberg und gegen Schöneberg vorgeschickten Patrouillen schnell festgestellt; gleichwohl hatte sich inzwischen schon solche Aufregung der Gemüther bemächtigt, daß an der Besselstraße begonnen war, Barrikaden zu errichten. Dem Zureden der überall sich kreuzenden Bürgerpatrouillen gelang es, die zum Theil auch durch falschen Feuerlärm erschreckten Einwohner wieder zu beruhigen. Einige der Unruhestifter, anscheinend Fremde, sind auf der Friedrichsstadt verhaftet worden. Mögen alle guten Bürger Berlins gemeinsam dahin wirken, daß die Aufwiegler, die das Vertrauen zwischen Volk und Regierung stören wollen, gleich beim ersten Auftreten angehalten und den Behörden überliefert werden.

Das Ministerium und der Flügeladjutant des Königs erklärten noch am Abend durch ein Plakat, welches jedoch erst am folgenden Tage bekannt wurde:

Wir verbürgen uns dafür, daß das Gerücht vom Anrücken der Truppen auf die Stadt ein vollkommen unbegründetes ist.
Berlin 20. März. Graf Arnim. Graf Schwerin. Bornemann. v. Below, Flügel-Adjutant.

Ja selbst der König und mit ihm der Prinz Adalbert konnten nicht umhin, noch während der Nacht in die von der Bürgerwehr besetzte Schloßwache sich zu begeben, um durch ihr Wort zu versichern, „daß gegen die Stadt nichts Feindliches im Werke sei." Von dem genannten Prinzen wird überdies erzählt, daß er sich, um alle Befürchtungen zu beseitigen, der Bürgerwehr, die

das Schloß Monbijou besetzt hielt, als „Geißel" bis zu dem Momente, wo ein bestimmtes Resultat über die beängstigenden Nachrichten gewonnen sei, angeboten habe. Der König, erzählt die Voss. Zeitung, entließ sogar noch in der Nacht das letzte Bataillon Soldaten, welche noch im Schlosse zurückgeblieben waren; „stumm und mit gesenktem Haupte zogen sie Morgens um 2 Uhr aus dem Schloßportal." Nach der Spen. Ztg. rückte am Abende des 20sten die reitende und Fuß-Artillerie, unter dem erbetenen Schutze einer Bürgerwehr-Abtheilung, die von dem Stadtverordnetenvorsteher Seidel angeführt wurde, aus der Stadt. „So ist denn", ruft bei dieser Mittheilung das Blatt aus, „unsere Stadt von Truppen gänzlich geräumt und deren Wiederkehr nicht mehr zu besorgen." Im Widerspruch mit der Erzählung der Voss. Zeitung steht die in der Schrift: „Personen und Zustände ꝛc." behauptete Thatsache, daß die Minister bereits am Morgen des 20sten versichert: jetzt habe auch der letzte Soldat das Schloß verlassen, nachdem durch dieselbe Schrift mitgetheilt worden, daß noch am 19ten Abends im Portal nach dem Lustgarten eine Offizierwache im Schlosse gewesen sei, deren Commandirender auf eine Aufforderung einsichtsvoller Bürgerwehren, sich den Friedensbedingungen gemäß augenblicklich zu entfernen, erklärt: er habe bestimmten Befehl, sich unter allen Umständen bis zum 20sten früh 5 Uhr zu behaupten, und daß, nachdem diese Wache um 5 Uhr Morgens durch eine andere aus der Kaserne abgelöst, die letztere auf wiederholtes Verlangen der Bürger und Schützen am 20sten Vormittags unter Begleitung von Bürgern nach der Kaserne zurückgeschickt worden sei. Diese Militärwache, fügt die erwähnte Schrift hinzu, stand an der Ecke des Schlosses, durch welche die Verbindung nach der Spree führt, auf der in jener Nacht ein lebhafter Schiffsverkehr statt gefunden haben soll.

XIII. Das Regierungsblatt über die berliner Ereignisse. — Thätigkeit der neuen Minister. — Baron Arnim — Des Königs Ritt durch die Straßen. — „An mein Volk und an die deutsche Nation!"

Politiker, welche in Uebersehung der vorgefallenen „äußeren" Ereignisse, die Veränderung der Dinge nur in dem Wechsel des Ministeriums erblickten, glaubten von den neuen Inhabern der Minister-Portefeuilles eine Ansprache, ein „Programm" erwarten zu dürfen, das die Grundsätze des neuen Regimes darlegen würde. Selbst der von den Einflüssen der äußeren Erscheinungen des Tages beherrschte Berichterstatter der Allgemeinen Zeitung bedauert in einem

Bericht vom 20sten, von den neuen Ministern noch keinen Akt gesehen zu haben. „In dieser Zeit des Sturmfluges", schreibt er, „hätte man irgend etwas derart erwartet, wenn auch erst die versammelten Landstände die Handlungen sanctioniren können." Der Ministerpräsident wartete freilich auch erst die Versammlung der Landstände ab, um diesen nachträglich die „Grundsätze", die sein Ministerium geleitet, zu enthüllen. Die ein Programm des Ministeriums erwarteten, täuschten sich nicht sowohl über die neuen Minister, welche während eines neuntägigen Zusammenhaltens des Cabinets unter sich selbst nicht zur Einigung kommen konnten, als vielmehr über die neuen Zustände, die nicht als das erkannt wurden, was sie waren: ein Chaos, in dem jeder Einzelne sich berechtigt hielt, die „leitenden Principien" anzugeben, Vorschläge zu machen, „sofort auszuführende" Maßregeln zu verlangen, und das sich erst zu einer bestimmten Existenz entwickeln mußte.

Andere hofften wenigstens, durch das halbofficielle Regierungsblatt die berliner Ereignisse so dargestellt zu sehen, daß aus dieser Darstellung die Art, wie das neue Ministerium die Ereignisse auffaßte, welche Bedeutung es ihnen beilegte, hervorginge, sie erwarteten das, was man später nannte „Anerkennung oder Nicht-Anerkennung der Revolution." Auch sie wurden getäuscht. Die Abendnummer der „Allgemeinen Preußischen Zeitung" vom 20. März brachte allerdings eine Darstellung der jüngsten berliner Eignisse, jedoch eine in der Form eines Polizei-Rapports, der sich den früher von demselben Blatte gelieferten Berichten über die Vorfälle der dem 18. März vorangegangenen Abende anschloß. Wir haben diese Berichte, des Contrastes wegen, den ihr Inhalt dem der andern Berichte gegenüber darbot, an geeigneter Stelle mitgetheilt; der Schlußartikel mag hier folgen. Er lautet vollständig:

Berlin, 20. März. Wie am 15ten d. M., so hatte sich hier auch am 16ten gegen Abend eine große Menge von Menschen auf den Straßen versammelt, namentlich beim Zeughause und am Eingange der Linden. Bei der Fruchtlosigkeit gütlicher Aufforderungen zum Auseinandergehen mußte die Menge durch das Militär zerstreut werden, worauf denn auch die Ruhe nicht weiter gestört wurde. — Am 17ten erneuerten sich die Volkszusammenläufe nicht, vielmehr herrschte überall, auch am Abend, Ruhe und Ordnung, so daß Beides als vollständig wieder hergestellt betrachtet werden konnte. — Als im Laufe des nächsten Vormittags die für Preußen und Deutschland so hoffnungsreichen Entschließungen Sr. Majestät des Königs, welche das Patent wegen beschleunigter Einberufung des Vereinigten Landtages ausspricht, und das volle Freiheit gewährende Gesetz über die Presse vom 17ten d. M. bekannt wurden, verbreitete sich allgemeine Freude, die Straßen erfüllten sich ungewöhnlich, und namentlich hatte sich auf dem Schloßplatze Nachmittags die Menge versammelt, Se. Majestät den König mit Jubel begrüßend. Die von uns bereits gestern mitgetheilte Ansprache Sr. Majestät des Königs an die Berliner giebt die näheren Umstände an, welche den Gebrauch der Waffen veranlaßten. Das Vordringen der Truppen trieb die Massen zurück; die in den inneren Stadttheilen errichteten Barrikaden wurden meistens zerstört, und gegen Tagesanbruch war ein weiterer Waffen-Gebrauch nicht mehr nöthig. Tief beklagenswerth ist es, daß zahlreiche Opfer hierbei fielen. Das Militär hatte die Straßen inne und hielt dieselben auch am gestrigen Morgen besetzt. Nachdem Namens der Bürgerschaft Sr. Majestät dem Könige die Bitte vorgetragen war, die Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung und Ruhe ihr anzuvertrauen, wofür sie vollständige Bürgschaft übernehme, ertheilte Se. Majestät den Befehl, daß sich das Militär in die Kasernen zurückziehe. Nachdem diesem Befehle genügt war, geruhten Se. Majestät der König die Bildung einer Bürger-Garde zu genehmigen, die auch sofort zu-

sammentrat. Sie sammelte sich, begleitet von einer zahllosen Menge, im Schloßhofe, wo unter lautem Jubel dem Könige, der Königin und dem ganzen Königlichen Hause ein stets sich erneuerndes Lebehoch zugerufen wurde. Am Abend, wo die Stadt erleuchtet war, wogte die Menge umher, unter Jubel und Dank für den geliebten Landesvater, der es vorzog, durch Milde und Huld der Stadt die Ruhe zu sichern, anstatt mit der bewaffneten Macht.

Das der Bürgerschaft geschenkte Vertrauen hat sich bewährt. Es wird sich ferner bewähren, und so möge mit Gottes Hülfe unter dem Schutze dieses Vertrauens, der Treue und der Eintracht zum Wohle Preußens und Deutschlands das zur Reife gedeihen, wozu die Großherzigkeit, Weisheit und der deutsche Sinn unseres geliebten Königs durch das ewig denkwürdige Patent vom 18ten d. M. den Keim gelegt hat.

Demonstrationen, öffentliche Erklärungen, Absetzung des bisherigen Redacteurs der Zeitung waren die nächsten Folgen dieses Artikels. „Der intelligentere Theil der Bewohner Berlins," heißt es in einem Berichte der Vossischen Zeitung, „ist im höchsten Grade indignirt über den Artikel und gewärtigt Genugthuung für die unseren heldenmüthigen Bürgern zugefügte Schmach." Eine Anzahl von Männern, „welche mit Stolz und zu ihrer Ehre sagen können, daß sie an dem heiligen Kampfe in der Nacht des 18ten thätigen Antheil genommen," erklärt öffentlich den Artikel für eine „Perfidie, nicht nur gegen das Volk, das siegreich aus dem schweren Kampfe hervorging, nicht nur gegen das Andenken der um die Sache der Freiheit Gefallenen, sondern auch gegen das Gouvernement, welches durch Wort und That bekräftigt hat, daß der Aufstand von ihm sanctionirt ist." Die Erklärer bezeichnen den Artikel als eine „Schmach, welche der Nation angethan" sei; sie sind überzeugt, auszusprechen, was der größte Theil des Volkes denke und hoffen, daß die Allg. Pr. Zeit., „mit der Verachtung bestraft werde, welche sie um jenen schmählichen Verrath an Deutschlands heiligsten Errungenschaften verdient." Unter den Namen der Unterzeichner, zum größten Theile Maler und Architekten, befindet sich auch der des Dr. Sander, des späteren dessauischen Abgeordneten und zu Ende des badischen Aufstandes im Juli 1849 interimstischen Kriegsministers in Rastadt. — „Nicht ohne sittliche Entrüstung" hat Herr Rötscher, Kunstkritiker der Spenerschen Zeitung, jenen Artikel gelesen, der eine „weltgeschichtliche That" etwa wie einen „gestillten Marktauflauf betrunkenen Gesindels" darstelle. „Die neuen Organe der Regierung müssen, wenn sie ihre Stellung recht verstehen, über diese Sprache mit uns entrüstet sein und sich beeifern, solche Gesinnung mit Widerwillen von sich zurückzuweisen. .... Man verkleinere nicht ein Erlebniß, welches sich, auch die kühnsten Erwartungen überragend, als einen Wendepunkt unserer ganzen politischen Entwickelung darstellt." Schließlich hat Hr. Rötscher das gute Zutrauen zum neuen Ministerio, daß es mit ihm das Gefühl der Schaam theile, in einer halb-officiellen Zeitung den Tag des 18. März so entstellt zu sehen.

Der Redacteur der Allg. Preuß. Zeit. sah sich bereits am 20. März, Abends halb zehn Uhr, veranlaßt eine schriftliche, durch die Zeitungshalle veröffentlichte Erklärung folgenden Inhalts abzugeben:

In Folge einer aus Berliner Bürgern bestehenden Deputation, welche so eben bei mir erschienen ist, erkläre ich freiwillig, daß mir der in Nr. 81 enthaltene Artikel unter Berlin, über die Ereignisse vom 15. bis 19. März von der Ministerialbehörde zur Aufnahme in die Allgemeine Preußische Zeitung zugeschickt worden ist, so daß er, da er diese Ereignisse völlig entstellt, von mir nicht vertreten werden kann. —

Dr. J. W. Zinkeisen.

Dem Besuche der Berliner Bürgern, welche diese „freiwilligen" Geständnisse des Redacteurs hervorgerufen, folgte am nächsten Tage ein Massenbesuch von Tausenden, welche sich gegen Mittag nach dem Redactionsbüreau begaben, um gegen die „unbegreifliche Gesinnungs- und Taktlosigkeit" des „amtlichen Organs" zu demonstriren. „Ist die Allgem. Preuß. Zeit.", heißt es in dem Berichte über diese Demonstration, „wirklich ein amtliches Organ, so mußte sie die Wahrheit bringen oder schweigen; ist sie es nicht, so ist der Ton, den sie anschlägt, so verächtlich als gefährlich." Die Indignation über den Artikel führte jene Tausende, worunter nach dem Berichte viele Beamte, Literaten, Bürgergardisten und Studenten, nach der Redaction. Die zu Sprechern erwählten Herren Dr. Kutscheit und Bürgerhauptmann Dr. Heufelder hatten die Genugthuung, schon um 4 Uhr Nachmittags durch den Minister Gr. Arnim den Bescheid zu erhalten, daß Dr. Zinkeisen der Redaction enthoben, und an seine Stelle Hr. R. Wentzel, der früher schon einmal Redacteur des Blattes gewesen, jedoch „wegen liberaler Gesinnung" abgesetzt worden, getreten sei. Die nächste Nummer war in der That von dem Letzteren als Redacteur gezeichnet. — Der Verfasser des Artikels, der die Aufregung veranlaßt, wurde, wie ein von dem Mitredacteur der Voss. Zeit. Dr. G. Friedenberg veröffentlichtes Inserat als wahrscheinlich darzustellen sucht, in einem Ministerialbeamten wiedererkannt, „der sich in der letzten Zeit ein wahres Vergnügen daraus zu machen schien, die Presse zu knebeln und die Männer der Presse auf Denunciationen hin zu verfolgen," der gleichwohl noch nach dem 19. März in Function war, in dem Geheimerath Sulzer.

Beobachtete das neue Ministerium über die Principien, die es leiten würden, so wie über die Bedeutung, die von den Mitgliedern desselben den berliner Ereignissen beigelegt wurden, ein officielles Schweigen, so mußten doch die ersten Handlungen der einzelnen Mitglieder Aufklärungen über das geben, was durch unterlassene Akte unbekannt geblieben war. Die Voraussetzungen, mit denen ein großer Theil des bisherigen „politischen" Publicums die Zusammensetzung des Ministeriums aufnahm, finden ihren Ausdruck in dem Berichte eines Correspondenten der Allgem. Zeit. vom 20. März. Darin heißt es: „Der Name des Grafen Arnim ist nicht ganz gern gehört, obwohl man anerkennt, daß er im Landtage von 1847 eine würdige Stellung behauptet hat. Allein man vergiebt ihm die Ausweisung Hecker's und Itzstein's und die Untersuchung gegen Schöffel schwerlich; er müßte denn ganz in andere Bahnen umwenden. Graf Schwerin genießt Vertrauen; sein gemäßigter Libera-

lismus wird sich jetzt gewiß zu einem entschiedenen entwickeln, da jetzt nur mit diesem gehandelt werden kann, während unter den früheren Verhältnissen allerdings durch Mäßigung mehr zu erreichen war. Herr v. Auerswald ist gleichfalls ein Mann des unbedingtesten Zutrauens . . ." Der Letztere befand sich jedoch noch gar nicht in Berlin, erst am 22sten traf er dort ein.

Die Thätigkeit der ersten Tage des neuen Ministeriums war fast ausschließlich auf die Bedürfnisse des Augenblickes, auf die momentanen Forderungen der unablässig und wiederholt sich producirenden, berufenen wie unberufenen Rathgeber gerichtet. Die Minister sahen sich in der Lage, von einem eigentlichen Regieren abzustehen, sie beschwichtigten, machten Verheißungen, billigten die ohne ihre Vermittlung getroffenen Anordnungen. Das königliche Schloß war zum gemeinsamen Ministerhotel umgewandelt worden; hier in der unmittelbaren Nähe des Königs, verblieb das Ministerium in Permanenz, hier übte es die Functionen, die der neue Zustand ihm gebieterisch auferlegt hatte. Eine allgemeine organisatorische Thätigkeit blieb ausgeschlossen. Konnte doch das Ministerium selbst sich anfangs nicht den Telegraphen dienstbar machen, da dieser am Sonnabend zerstört, einzelne Instrumente desselben zu Barrikaden-Material verwandt worden waren, und erst einige Tage später zur Benutzung wieder hergestellt wurde.

Graf Arnim, der Chef des Ministeriums und einstweilen Besitzer zweier Portefeuilles, von denen das eine, das der inneren Angelegenheiten, allein hinreichend schien, die Thätigkeit seines Trägers vollständig auszufüllen, hielt es für eine seiner ersten Aufgaben, der neu entstandenen Macht der Bürgerwehr solche Kräfte einzuverleiben, in denen er mehr als in den einfachen Bürger- und Schutzverwandten die Garantie für ein loyales Verhalten dieser wichtigen Institution zu finden glaubte. Er sah diese Garantie in den Beamten. Zu ihrer Recrutirung für die Bürgerwehr forderte er, am 20sten folgendermaßen auf:

Die Herren Directoren der hiesigen Königlichen Behörden ersuche ich, die Beamten Ihres Ressorts anweisen zu wollen, sich, so viel es der Dienst gestattet, der Bürger-Garde anzuschließen. Das Commando der Letzteren wird dafür Sorge tragen, daß den sich meldenden Beamten Waffen verabfolgt werden. — Graf Arnim.

Der gewünschte Erfolg blieb nicht aus. Die Bürgerwehr sah sich bald durch Elemente, die das Büreau und der grüne Tisch bisher der Oeffentlichkeit entzogen hatten, verstärkt; Räthe aller Arten, Ober- und Unterbeamte aus den Ministerien, den Gerichts- und Polizeibehörden, Professoren, Schullehrer, frühere Hofstaats-Beamte selbst bildeten das neue Contingent. Hier sah man einen hohen Geheimenrath in der Compagnie, die ein Subalterner oder kleiner Bürger führte, dort folgte der Professor dem Commando des Studenten; alte Würden- und Ordenträger, das Gewehr am Arm, die schwarzrothgelbe Cokarde am Hut hielten die Wachtposten besetzt, wie denn schon am Abend des 20sten an irgend einer der Thorwachen ein früher als eifriger Verfolger des schwarz-

rothgoldenen Bandes bekannt gewordener hoher Ministerialrath, der jetzt dieselben Farben trug, mit dem Gewehr im Arm, Schildwachtdienste verrichtend bemerkt wurde.

Graf Schwerin ließ sich die Grenzen, die ihm sein Portefeuille anwies, nicht so beschränken, daß er nicht auch Zeit und Gelegenheit gesucht und gefunden hätte, um sich mit den Volksmassen in unmittelbaren Verkehr zu setzen und sich auch bei Angelegenheiten eifrig zu zeigen, die sein Ressort nicht berührten. So hat ihn uns bereits sein Auftreten am 19. März kennen gelehrt und so sehen wir ihn am 20sten und in den folgenden Tagen Zeugniß von großer Beweglichkeit ablegend, in Situationen der verschiedensten Art, im Verkehr mit den Deputationen und den Rathgebern im Schlosse, mit den Massen auf der Straße, den Studenten in der Aula. Der letzteren insbesondere verlieh der Chef des Unterrichtswesens eine sehr rücksichtsvolle Aufmerksamkeit durch sein wiederholtes persönliches Erscheinen, durch seine Anreden, Aufmunterungen und Verkündigungen von dem was geschehen oder was zu erwarten sei. Am Vormittage des 20sten, als eben eine Versammlung der Studenten, wegen Bewaffnung derselben, in der Aula stattfand, erschien Graf Schwerin in derselben, um sich der versammelten Studentenschaft als den Cultusminister vorzustellen. Er sprach von der hohen Mission, die ihm der König anvertraut; wie schwer sein Beruf auch sei und wie wenig er auch Gelegenheit gehabt, sich mit Allem, was sein Amt umfasse, vertraut zu machen, so hoffe er doch, sich seiner Aufgabe mit Erfolg zu unterziehen. Als er dann zum Schlusse die Mittheilung machte, daß der König den als freisinnig bekannten Herrn Bornemann zum Justizminister ernannt und Herrn Camphausen zur Uebernahme des Finanzministeriums herberufen habe, antwortete ihm rauschender Beifall der Studirenden. — Auch auf der Straße, unter den Linden, läßt ihn ein Berichterstatter der bresl. Zeitung am Nachmittage des 20sten eine Anrede an das Volk halten, und darin äußern, „daß er und der Landtag für den dritten Stand und für die Arbeiter sorgen werde.“

Mit speciellerer Berücksichtigung seiner neuen Stellung trat Hr. Bornemann sein Ministerium an. Durch ein Rundschreiben vom 21sten benachrichtigte er die Gerichtsbehörden, daß er die Leitung der Geschäfte des Justizministeriums an diesem Tage übernommen habe. „Es wird,“ heißt es darin, „mein eifrigstes Bestreben sein, das Interesse der Justiz und ihrer Beamten nach Möglichkeit zu fördern, und den großen Anforderungen, welche die gegenwärtigen Zeitverhältnisse an meine Stellung machen, nach meinen besten Kräften zu entsprechen.“ Er spricht die Erwartung aus, daß ihm die Gerichtsbehörden mit Vertrauen entgegenkommen und ihn in seinen Bestrebungen zum Wohle des Vaterlandes, durch kräftige und thätige Mitwirkung unterstützen werden. Sein Wunsch sei vor allen Dingen darauf gerichtet, die **Unabhängigkeit des Richterstandes** aufrecht zu erhalten und fester zu begründen.

Das Amnestie-Decret vom 20sten interpretirt Hr. Bornemann in demselben Circular dahin, daß unter politischen Verbrechen im Allgemeinen: Staatsverbrechen und Hochverrath, Verbrechen gegen die äußere und innere Ruhe und Sicherheit des Staates, Verletzungen der Ehrfurcht gegen den Staat zu verstehen, und daß in zweifelhaften Fällen die vorläufige Entlassung des Angeschuldigten anzuordnen sei. Die von dem früheren Ministerium der Gesetz-Revision ertheilten Aufträge sollen vorläufig als sistirt zu betrachten sein. Schließlich erklärt der Minister, daß „bei den wichtigen allgemeinen Landes-Angelegenheiten, welche zur Berathung vorliegen, und seine Thätigkeit vorzugsweise in Anspruch nehmen," es ihm zur Zeit unmöglich sei, der speciellen Geschäftsverwaltung des Justizministeriums die erforderliche Aufmerksamkeit zu widmen; er habe deshalb den Wirkl. Geh. Ober-Justizrath Dr. Simon und den Geh. Ober-Justizrath Kisker beauftragt, ihn bei diesen speciellen Geschäften zu vertreten. — Im Interesse einer Reform des Gerichtswesens beauftragte Hr. Bornemann in den ersten Tage seiner Wirksamkeit Sachverständige mit Ausarbeitungen von Gutachten und Memoires, ordnete legislatorische Arbeiten an, berief bewährte Juristen aus den Provinzen in die Hauptstadt zur Theilnahme an diesen Ausführungen. Der Criminalgerichts-Director Märker und der Professor Heffter erhielten den Auftrag, einen Entwurf über die Einführung der Schwurgerichte in Preußen anzufertigen; dem Staatsanwalt Brohm wurde die Aufgabe, einen Entwurf über die Unabhängigkeit des Richters zu bearbeiten. In Bezug auf die erstere Arbeit erzählten die Zeitungen mit Ausdrücken der Bewunderung, daß die genannten zwei Juristen sich ihres Auftrages im vollsten Umfange in dem kurzen Zeitraum von vier Tagen entledigt hätten. Zu den nach Berlin berufenen auswärtigen Richtern gehörte der Präsident des Oberlandesgerichts zu Magdeburg, Herr v. Gerlach. Eine authentische Mittheilung der Neuen Preuß. Zeitung (vom 22. Februar 1850), deren Mitarbeiter Herr v. Gerlach, ließ diesen als Zweck der Berufung die zarte Rücksicht erkennen, ihn von seinem „gefährlichen" Posten in Magdeburg zu entfernen, — gefährlich, weil, gleich nachdem die Nachricht von den berliner Ereignissen in Magdeburg bekannt geworden, die herrschende Stimmung sich bedrohlich gegen das Haus und die Person des Herrn v. Gerlach, seiner bekannten pietistischen Richtung wegen, gewandt hatte. Er ging zwar nach Berlin, da er aber jenen ostensiblen Zweck zu erkennen glaubte, so kehrte er nach Magdeburg zurück, indem er erklärte, die ihm aufgetragene Arbeit dort auszuführen.

Die Leitung der militairischen Angelegenheiten war auch nach dem 19. März dem früheren Kriegsminister, Herrn v. Rohr anvertraut geblieben. Zum Mitglied eines constitutionellen Ministeriums ernannt, wollte auch Hr. v. Rohr mit seinen Reform verkündenden Verheißungen — deren man freilich in dem aufgelösten, chaotischen Zustande nicht zu bedürfen glaubte — keineswegs zurück-

bleiben. Eine nur wenig bekannte (durch die Magdeburger Zeitung vom 7. Sept. 1849 zuerst mitgetheilte) Thatsache giebt den Beleg. Am 20. März kam eine militairische Deputation aus Frankfurt a. O. nach Berlin, um im Auftrage des dortigen commandirenden Generals v. Weyrach, Verhaltungsbefehle beim Kriegsminister einzuholen. In der Audienz, welche in dieser Angelegenheit dem Lieutenant Graf v. Görz gegeben wurde, entwickelte Herr v. Rohr auch die Prinzipien, nach denen die Regierung künftighin bei der Regelung der Militairverhältnisse verfahren werde und stellte die durchgreifendsten Reformen in Aussicht: Die Garden sollten aufgelöst, zwischen den Offizieren und Soldaten ein anderes Verhältniß herbeigeführt werden, das Militair aus seiner exclusiven Haltung gegen das Bürgerthum heraustreten; vor Allem aber sollte Volksbewaffnung, Landwehr und Linie in den innigsten Zusammenhang gebracht werden. Das war im Wesentlichen das Programm des vor- und nachmärzlichen Kriegsministers.

Das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, einstweilen dem Grafen Arnim übertragen, erhielt am 21sten seinen definitiven Chef in der Person des bisherigen preußischen Gesandten in Paris, Freiherrn H. von Arnim. Die königliche Ordre lautete:

Ich habe heute den bisherigen Gesandten v. Arnim zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten ernannt, welche Verwaltung der Minister Graf v. Arnim bisher vorläufig geführt hat. Bei dem nothwendigen Zusammenhange der allgemeinen deutschen mit den preußischen Verfassungs-Angelegenheiten übernimmt der Minister v. Arnim auch deren Verwaltuug.

Der Minister Graf v. Arnim bleibt Vorsitzender des Staatsministeriums, vorläufig ohne Verwaltung eines besonderen Portefeuilles. Berlin, den 21. März 1848. —

Friedrich Wilhelm.

Herr v. Arnim hatte, so viel war aus den Zeitungsnachrichten der letzten Wochen bekannt geworden, während seines Aufenthalts in Paris nach dem Ausbruche der Februarrevolution, den besonderen Schutz der neuen provisorischen Regierung und des Chefs derselben, des Herrn v. Lamartine, genossen, zu welchem Letzteren, wie es hieß, er auch früher schon in freundschaftliche Beziehungen gestanden. Durch sein „handelspolitisches Testament“ hatte er einige Jahre früher die vorübergehende Aufmerksamkeit der preußischen Politiker und Staatsökonomen auf sich gezogen. Ein Memoire, welches er in Folge der französischen Ereignisse noch vor dem Umschwunge der Dinge in Preußen verfaßt, — es erschien „als Manuscript gedruckt,“ Berlin, den 18. März — stellte ein Programm über die neuzugestaltende deutsche Politik auf. Daß dieses Programm die Bestätigung des Königs erhalten, zeigte die Ernennung seines Verfassers zum Minister des Auswärtigen.

Das neue auswärtige Ministerium „für deutsche und preußische Verfassungs-Angelegenheiten“ begann seine Laufbahn mit Demonstrationen „im deutschen Sinne.“ Die deutschen Farben, die bereits ohne Zuthun gesetz-

licher Autoritäten, von der Bevölkerung der Hauptstadt adoptirt waren, jenes Symbol, das vor Kurzem noch verpönt und criminalgerichtlich verfolgt wurde, sollten am 21sten von der Staatsregierung, von dem Könige selbst anerkannt und legalisirt werden.

Am Morgen des 21. März, um die neunte Stunde, verkündeten Plakate, diese modernen, der Revolution entsprossenen Herolde, der berliner Bevölkerung, daß sich ein großes Ereigniß begeben, und bereiteten auf etwas Außerordentliches vor. Ein mit der Firma der Deckerschen Geheimen Ober-Hofbuchdruckerei versehener, unterschriftsloser Aufruf „an die deutsche Nation," dessen Inhalt sich jedoch nur an die Bevölkerung der Hauptstadt richtete, enthielt Folgendes:

An die deutsche Nation!

Eine neue glorreiche Geschichte hebt mit dem heutigen Tage für Euch an! Ihr seid fortan wieder eine einige große Nation, stark, frei und mächtig im Herzen von Europa!

Preußens Friedrich Wilhelm IV. hat Sich, im Vertrauen auf Euren heldenmüthigen Beistand und Eure geistige Wiedergeburt, zu Rettung Deutschlands an die Spitze des Gesammt-Vaterlandes gestellt.

Ihr werdet ihn mit den alten, ehrwürdigen Farben Deutscher Nation noch heute zu Pferde in Eurer Mitte erblicken.

Heil und Segen dem constitutionellen Fürsten, dem Führer des gesammten Deutschen Volkes, dem neuen Könige der freien wiedergeborenen Deutschen Nation!

Der Studentenschaft war es beschieden, aus dem Munde eines Heroldes, der sich mit ihr bereits am Tage vorher bekannt gemacht, speciellere Verkündigungen zu hören. Es war etwa zehn Uhr, als die Studenten, die im Kastanienwäldchen bei der Universität theils mit militairischen Exercitien, theils mit Einübungen eines Volksliedes beschäftigt waren, die Aufforderung erhielten, in der Aula sich zu versammeln. Graf Schwerin erwartete sie dort. Umgeben von dem Rector und dem Prorector der Universität, den Professoren der Medicin Müller und Hecker, richtete der Graf an die zum größten Theile bewaffnete Versammlung der Studirenden — auch die genannten Professoren trugen Waffen — eine Ansprache, die anfangs von den Zeitungen ungenau wiedergegeben, durch das halboffizielle Regierungsblatt einige Tage später wortgetreu mitgetheilt wurde. Nach dieser authentischen Version lautete die Anrede also:

„Meine Herrn! Ich halte es für meine Pflicht, die akademische Jugend, welche sich in den letzten Tagen so tüchtig bewährt hat, bei Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung von den Maßregeln in Kenntniß zu setzen, welche Se. Majestät im Sinne des Fortschritts zu nehmen gedenkt. Se. Majestät wollen sich an die Spitze des constitutionellen Deutschlands stellen. Sie wollen die Freiheit unter dem Schutze der constitutionellen Monarchie nicht nur für Preußen, sondern für ganz Deutschland. Sie haben daher auch die schleunige Bildung eines deutschen Parlaments anzubahnen beschlossen und werden Sich auch hier an die Spitze des Fortschritts

stellen. Der König rechnet dabei auf den Schutz und Beistand seines treuen Volks, sind Sie nicht auch der Meinung, daß er es kann? (Allgemeiner beistimmender Zuruf.) Der König wird demnächst geschmückt mit den deutschen Farben in den Straßen erscheinen und rechnet darauf, daß die akademische Jugend sich um ihm schaaren werde. Meine Herren, es lebe unser wahrhaft deutscher König! Meine Herren, wir sind Sr. Majestät verantwortliche Minister, aber unsere Seele ist der König, der Fortschritt, die Freiheit seiner Gedanken, für die Ausführung sind wir verantwortlich. Die Verantwortlichkeit der Minister hoch!"

Bei dem Worte: „es lebe unser wahrhaft deutscher König!" (der Bericht der spenerschen Zeitung enthielt die Version: „es lebe der deutsche König!") brach ein stürmischer Jubel unter der Versammlung aus. Im Namen derselben brachte, nachdem der Graf geendet, ein Student dem Minister Grafen Schwerin, „dem Volksfreunde," ein Hoch, worauf dieser noch einige Worte zu der Versammlung sprach, und dann unter Beifallsruf die Aula verließ.

Auf dem Schloßplatze hatte fast gleichzeitig eine andere Scene stattgefunden. Eine große Anzahl von Menschen war hier zusammen, als, um zehn Uhr, der König auf den Balkon trat und der Menge zurief: er werde sofort zu Pferde unter ihnen erscheinen. Zugleich sprach er den Wunsch ans: es möge ihm Jemand eine dreifarbige deutsche Fahne bringen, damit er sie als sein Panier trage. Der unter der Menge befindliche Dr. Stieber „sprang sofort eine Leiter in der breiten Straße hinauf, ergriff eine dort aus den Fenstern wehende stattliche Fahne und überreichte sie dem Könige." (So berichtet Hr. Stieber in der Voss. Zeitung.) Der König ergriff die Fahne und bat, es möchten ihn einige Männer des Volkes durch die Stadt geleiten. Er wolle mit seinem Volke reden. Es ordnete sich hierauf — so heißt es in dem Berichte des genannten Blattes — „ein fröhlicher herzlicher Zug, wie ihn unsere Fürsten selbst in den besten Zeiten der früheren Monarchie unter dem Schutze der Soldaten wohl nicht erlebt haben."

Der König zeigte sich bald darauf, gegen 11 Uhr, auf dem Schloßhofe, am Eingange der Wendeltreppe. Er war zu Pferde, trug die Uniform des 1. Garde-Regiments und den Helm, ein breites Band mit den deutschen Farben um den Arm; ihn umgaben die anwesenden Prinzen und die Minister, letztere in Civil; alle hatten die deutschen Farben angelegt. Der König, jubelnd begrüßt, richtete zuerst folgende Worte an die Umstehenden:

„Was Ihr hier seht, was Ihr hier seht, ist keine Usurpation, — ich will keine Fürsten vom Throne stürzen — Alles richtet sich nur auf die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands — diese Einheit ist an einzelnen Orten gefährdet — man spricht in Breslau namentlich von Verrath und Verrath und Deutsch das geht nicht zusammen — ich will Einigkeit und Ordnung!" — (So lauteten die Worte nach dem ursprünglichen Berichte

der Spenerschen Zeitung, die noch an demselben Tage ein Extrablatt über die Vorgänge des Tages ausgegeben; ihre nächste Nummer enthielt jedoch die erste Anrede des Königs in folgender Fassung: „Es ist keine Usurpation von mir, wenn ich mich zur Rettung der deutschen Freiheit und Einheit berufen fühle; ich schwöre zu Gott, daß ich keine Fürsten vom Throne stoßen will, aber Deutschlands Einheit und Freiheit will ich schützen; sie muß geschirmt werden durch deutsche Treue, auf den Grundlagen einer aufrichtigen constitutionellen deutschen Verfassung!")

Unter dem jubelnden Beifallsruf, der diesen Worten folgte, setzte sich nun ein Zug voll seltsam contrastirender Bestandtheile zusammen. Die Minister Grafen Arnim, Schwerin und v. Rohr und als Vertreter des Justizministers Herr Assessor Friedberg, der Generaladjutant v. Neumann und der Graf Oriolla, sämmtlich zu Pferde und mit den deutschen Farben um den Arm, bildeten den nicht eben gleiche Ordnung einhaltenden Vortrab; ein Bürgerschütze, Hr. Krause, zu Fuße folgend, trug die dreifarbige Fahne, die der König sich hatte reichen lassen, diesem vorauf, zu Seiten des Königs befanden sich auf der einen der zufällig anwesende Kaufmann und Stadtverordnete, Hr. Gleich, auf der andern, der schon genannte Hr. Stieber, beide zu Pferde. Ein Fuhrherr und Bezirksvorsteher (aus der Mittelstraße) Hr. Wolff, bereitete dem Pferde des Königs die Bahn. Auch der Thierarzt Urban, der als tapferer Mitvertheidiger der Barrikade am Alexanderplatze, als Volksredner und durch seine Unterhandlungen mit dem General v. Möllendorf, viel von sich hatte reden machen, eine stattliche Figur, mit langem schwarzen Barte und unbedecktem Haupthaare, bewegte sich Anfangs zu Fuße in unmittelbarer Nähe des Königs, eine gemalte Kaiserkrone in der Hand haltend; später sah man ihn zu Pferde neben dem Könige und dem General v. Neumann in das Schloß einreiten.

Der Zug hielt zunächst an dem Schloßplatze, wo der König wiederum eine der vorherigen ähnliche Anrede an die versammelte Menge, unter dem gleichen Beifallsruf derselben, hielt. Von hier passirte der Zug die Schloßfreiheit — aus allen Fenstern wehten, wie am Tage vorher, bei dem Triumphzuge der Polen, Tücher — bis zur neuen (Königs-) Wache. Die Bürgerwehrbesatzung trat in's Gewehr; der König ritt salutirend heran und sprach: „Ich sehe Euch hier auf der Wache, ich kann es nicht genugsam in Worte kleiden, was ich Euch danke — glaubt mir's!" Als nun eine Stimme ausrief: „Es lebe der Kaiser von Deutschland!" erwiderte der König, anscheinend unwillig: „Nicht doch, das will, das mag ich nicht!" — Nachdem hierauf die Richtung nach der Behrenstraße eingeschlagen, diese passirt und der Rückweg durch die Straße unter den Linden beendigt war, wurde wiederum am Universitätsgebäude angehalten. Den Zug eröffnete hier der Polizeipräsident v. Minutoli, der sich am Opernplatze angeschlossen hatte;

drei Studenten trugen dem Könige das „Reichsbanner“ vorauf. Vor der Universität befanden sich der Rector und der Prorector an der Spitze der Studenten, die in Reih und Glied gestellt waren. Der König reichte den beiden Professoren die Hand und hielt dann, in geringer Entfernung von dem Raume, in den der Grundstein zu dem Denkmale Friedrichs II. gelegt, folgende Anrede:

„Mein Herz schlägt hoch, daß es meine Hauptstadt ist, in der sich eine so kräftige Gesinnung bewährt hat. Der heutige Tag ist ein großer, unvergeßlicher, entscheidender. In Ihnen, meine Herren, steckt eine große Zukunft, und wenn Sie in der Mitte oder am Ziele Ihres Lebens zurückblicken auf dasselbe, so bleiben Sie doch ja des heutigen Tages eingedenk. Die Studirenden machen den größten Eindruck auf das Volk und das Volk auf die Studirenden. Ich trage die Farben, die nicht mein sind, aber ich will damit Nichts usurpiren, ich will keine Krone, keine Herrschaft, ich will Deutschlands Freiheit, Deutschlands Einigkeit, ich will Ordnung, das schwöre ich zu Gott! (Hier erhob der König seine Rechte zum Himmel.) Ich habe nur gethan, was in der deutschen Geschichte schon oft geschehen ist, daß mächtige Fürsten und Herzoge, wenn die Ordnung niedergetreten war, das Banner ergriffen und sich an die Spitze des ganzen Volkes gestellt haben, und ich glaube, daß die Herzen der Fürsten mir entgegenschlagen, und der Wille des Volkes mich unterstützen werden. Merken Sie sich das, meine Herren, schreiben Sie es auf, daß ich nichts usurpiren, nichts will, als deutsche Freiheit und Einheit. Sagen Sie es der abwesenden studirenden Jugend; es thut mir unendlich leid, daß sie nicht Alle da sind. Sagen Sie es Allen.“

Die Studenten brachten dem Könige ein stürmisches Hoch und schlugen die Waffen aneinander. Unter dem Jubel der allmählig zu einer ungeheuren Menge angewachsenen Begleitung setzte der Zug — „ohne daß,“ wie Herr Stieber in seinem Referate hervorhebt, „auch nur die geringste Unordnung entstand“ — seinen Weg über den Schloßplatz durch die Königsstraße bis zum Alexanderplatze fort, um bei der Rückkehr durch die breite Straße am kölnischen Rathhause noch einmal Halt zu machen. Auch hier fühlte sich der König veranlaßt, zu den dort versammelten Stadtverordneten und Bürgerwehrmännern zu sprechen. Der Schluß seiner Rede lautete nach der Mittheilung des Hrn. Stieber:

„. . Bürger, ich weiß es wohl, daß ich nicht stark bin durch die Waffen meines gewiß starken und tapferen Heeres, daß ich nicht stark bin durch meinen gefüllten Schatz, sondern nur durch die Herzen und die Treue meines Volkes. Und nicht wahr, diese Herzen, diese Treue werdet Ihr mir schenken! Ich schwöre es Euch, ich will nur das Gute für Euch und Deutschland!“

Der Umzug erreichte bald darauf mit der Rückkehr in das Schloß sein Ende. Die ungewöhnlichen, unerwarteten Erscheinungen des Tages waren durch diese deutsche Demonstration des Königs und des Ministerius um eine am wenigsten erwartete vermehrt worden. Die Aeußerungen des Königs, seine Anreden und Zurufe, bezogen sich jedoch nicht ausschließlich auf das, was der eigentliche Zweck der Demonstration zu sein schien; nicht der „deutschen Freiheit und Einheit," dem „Nichtusurpiren," dem Dank an die Berliner allein galten seine Schwüre, Gelöbnisse und Betheuerungen: auch des „Königlichen Bruders" gedachten seine Worte. Keine der damaligen Zeitungen enthielt darauf bezügliche Mittheilungen; während die Spenersche ihren Bericht, durch ein schnell gefördertes Extrablatt, nur bis zu der Scene am Universitätsgebäude führte und auch nachher weder Fortsetzung noch Ergänzung folgen ließ, brachte die Vossische ein Referat, das in der Hauptsache ungenau an Erwähnung beiläufiger Nebenumstände und solcher Momente, welche die Person des Hrn. Stieber betrafen am reichhaltigsten ist; die Zeitungshalle fertigte das Ereigniß mit einigen Worten ab. Erst im Juli jenes Jahres wurde durch ein Plakat*) die erwähnte Aeußerung veröffentlicht. Ein Ohrenzeuge, Theilnehmer an dem Umzuge vom 21sten, theilt darin den wenn auch nicht wortgetreuen, doch dem Sinne nach richtigen Inhalt einer bei jener Gelegenheit von dem Könige gehaltenen Ansprache an seine Begleiter mit.

„... Und nun, meine Herren," habe die betreffende Stelle gelautet, „thut was an Euch ist, mit dazu, ein Gerücht niederzuschlagen, das mit seinen schweren Folgen auf meinem Königlichen Bruder lastet. Mein Bruder ist Soldat durch und durch. Mit dem biedersten und offensten Charakter begabt, versteht er es nicht, der großen Masse zu schmeicheln, sich beliebt zu machen. Dies der Grund, warum alle böslichen Gerüchte einen willigen Glauben finden. Ich kann Ihnen aber auf das Heiligste versichern, daß gerade er es war der uns seine volle Zustimmung zu der neu betretenen Bahn, die wir im Interesse des Glücks unseres Volkes einzuschlagen für recht fanden, gegeben hat. Er hat dies aus seiner innigsten Ueberzeugung gethan, denn meine Herren, betraten wir diesen Weg nicht zum Heile unseres Volks, zum Heile Deutschlands, so war unser Volk, so war Deutschland verloren! (Mit bewegter und von Thränen fast erstickter Stimme sprach der König weiter:) Ich gebe Ihnen das Höchste, was ein König geben kann, ich gebe Ihnen mein königliches Ehrenwort: Mein Bruder ist unschuldig an allen den Handlungen deren er von einigen Böswilligen bezüchtigt wird. Ich erkläre diese Angaben für die niedrigsten Verläumdungen, ausgestreut von Uebelgesinnten, Conflicte zwischen meinen lieben Volke und meinem Hause hervorzurufen.."

*) Unter der Ueberschrift: „Ein Characterzug der Tante Voß geb. Lessing. (Extra-Abdruck aus der Locomotive.)" Druck von F. Reichardt und Comp.

Aus dem weiteren Inhalte des Plakates, das diese Worte veröffentlichte, mag schon hier erwähnt werden, daß die mitgetheilte Stelle, von dem Druckereibesitzer Ferdinand Reichardt niedergeschrieben, von diesem mit einer Einleitung und der Schlußbemerkung versehen: „Diese Worte dürften wohl geeignet sein, einige Beruhigung in dieser aufgeregten Zeit zu geben," noch am 21sten der Vossischen Zeitung zum Abdruck übergeben wurde, daß gleichwohl der Artikel von der Zeitung nicht abgedruckt wurde, weil, wie der Mitredacteur derselben, Hr. Ludwig Rellstab, an einem der folgenden Tage dem Einsender mittheilte, „weil er zu Gunsten des Prinzen von Preußen geschrieben, seine Veröffentlichung also mit Gefahr für das Haus und die Druckerei der Vossischen Zeitung verbunden sei!"

Als der König mit seiner Begleitung wieder im Schlosse angelangt war, flatterte von der höchsten Spitze des Schlosses, von dem Gerüste der im Bau noch unvollendeten Kuppel eine große schwarzrothgelbe Fahne, als sichtbares Zeichen dauernder Erinnerung an die vor den äußeren Blicken schnell vorübergegangene Erscheinung des Tages. Eine königliche Ordre, deren Inhalt sofort auf dem raschesten Wege den Provinzen mitgetheilt wurde, ließ an der Huldigung der Farben, die seit diesem Tage zuerst am Schlosse und an der Bekleidung des Königs sichtbar geworden, das gesammte Militair theilnehmen. Die Ordre war an den Kriegsminister gerichtet, vom 21sten datirt, erschienen, jedoch erst acht Tage später durch die Zeitungen officiell veröffentlicht, nachdem die auswärtigen Blätter sie bereits mitgetheilt hatten. Sie lautete:

Da Ich Mich ganz der deutschen Sache widme und in der Theilnahme Preußens eine entschiedene Förderung derselben erblicke, so bestimme Ich, daß die Armee sogleich neben der preußischen die deutsche Kokarde anzustecken hat. Das Kriegs-Ministerium hat das Weitere zu veranlassen. — Friedrich Wilhelm.

Die symbolischen Zeichen einer Sache, der sich der König ganz widmete, waren jedoch verschwunden, noch ehe die Sache selbst, die deutsche Einheit, ihren Anfang genommen. Das Schloß war schon nach einigen Monaten seines deutschen Schmuckes beraubt, und nach zwei Jahren (April 1850) hatte aus „ökonomischen" Gründen, sich auch die letzte Spur von deutschen Kokarden an preußischen Soldatenmützen verloren.

Der ganzen, nicht blos preußischen, sondern auch deutschen Nation wurden die königlichen Intentionen, die den Umritt veranlaßt hatten, durch eine Proclamation verkündigt, die in Berlin am Nachmittage des 21sten durch öffentlichen Anschlag bekannt ward. Sie lautete:

An Mein Volk und an die deutsche Nation.

Mit Vertrauen sprach der König vor fünfunddreißig Jahren in den Tagen hoher Gefahr zu seinem Volke, und sein Vertrauen ward nicht zu Schanden; der König, mit seinem Volke vereint, rettete Preußen und Deutschland von Schmach und Erniedrigung.

Mit Vertrauen spreche Ich heute, im Augenblicke, wo das Vaterland in höchster Gefahr schwebt, zu der deutschen Nation, unter deren edelsten Stämme Mein Volk sich mit Stolz

rechnen darf. Deutschland ist von innerer Gährung ergriffen und kann durch äußere Gefahr von mehr als einer Seite bedroht werden. Rettung aus dieser doppelten, dringenden Gefahr kann nur aus der innigsten Vereinigung der deutschen Fürsten und Völker unter einer Leitung hervorgehen.

Ich übernehme heute diese Leitung für die Tage der Gefahr. Mein Volk, das die Gefahr nicht scheut, wird Mich nicht verlassen und Deutschland wird sich Mir mit Vertrauen anschließen. Ich habe heute die alten deutschen Farben angenommen und Mich und Mein Volk unter das ehrwürdige Banner des deutschen Reiches gestellt. Preußen geht fortan in Deutschland auf.

Als Mittel und gesetzliches Organ, um im Vereine mit Meinem Volke zur Rettung und Beruhigung Deutschlands voranzugehen, bietet sich der auf den 2. April bereits einberufene Landtag dar. Ich beabsichtige, in einer unverzüglich näher zu erwägenden Form den Fürsten und Ständen Deutschlands die Gelegenheit zu eröffnen, mit Organen dieses Landtages zu einer gemeinschaftlichen Versammlung zusammenzutreten.

Die auf diese Weise zeitweilig sich bildende deutsche Stände-Versammlung wird in gemeinsamer, freier Berathung das Erforderliche in der gemeinsamen, inneren und äußeren Gefahr ohne Verzug vorkehren.

Was heute vor Allem Noth thut, ist

1) Aufstellung eines allgemeinen deutschen, volksthümlichen Bundesheeres,
2) bewaffnete Neutralitäts-Erklärung.

Solche vaterländische Rüstung und Erklärung werden Europa Achtung einflößen vor der Heiligkeit und Unverletzlichkeit des Gebietes deutscher Zunge und deutschen Namens. Nur Eintracht und Stärke vermögen heute den Frieden in unserm schönen, durch Handel und Gewerbe blühenden Gesammt-Vaterlande zu erhalten

Gleichzeitig mit den Maßregeln zur Abwendung der augenblicklichen Gefahr wird die deutsche Stände-Versammlung über die Wiedergeburt und Gründung eines neuen Deutschlands berathen, eines einigen, nicht einförmigen Deutschlands, einer Einheit in der Verschiedenheit, einer Einheit mit Freiheit.

Allgemeine Einführung wahrer constitutioneller Verfassungen, mit Verantwortlichkeit der Minister in allen Einzelstaaten, öffentliche und mündliche Rechtspflege, in Strafsachen auf Geschworenengerichte gestützt, gleiche politische und bürgerliche Rechte für alle religiöse Glaubens-Bekenntnisse und eine wahrhaft volksthümliche, freisinnige Verwaltung werden allein solche sichern und innere Einheit zu bewirken und zu befestigen im Stande sein.

Berlin, den 21. März 1848.

Friedrich Wilhelm.

Graf Arnim. v. Rohr. Graf Schwerin. Bornemann. Arnim. Kühne.

Die „wirklichen Vortheile“ dieses Schrittes — des Erfassens der deutschen Idee durch Reden, Proclamationen und öffentliches Spectakel — bemüht sich der Verfasser der „Signatura temporis“ nachzuweisen. Im Widerspruch mit seinen Parteigenossen findet dieser Vertheidigungsgrund für einen Plan, der bei seiner ersten Ausführung von allen Seiten als verfehlt erkannt, und der späterhin zu den stärksten Angriffen, meist persönlicher Art, besonders von der contrerevolutionairen, der so genanten Reactions-Partei ausgebeutet wurde. Während diese in dem Parteiorgane der „Neuen Preuß. Zeitung“ wiederholt von einer „Schuld“ spricht, die den Freiherrn v. Arnim, als Urheber der Demonstration des 21. März treffe, und aus dieser für den angeblichen Urheber Verdächtigungen in ihrem Sinne herzuleiten weiß, während die nach derselben politischen Richtung hin zusammengestellte „deutsche Chronik,“*) an das Datum der Ernennung des Freiherrn v. Arnim zum

*) Deutsche Chronik für das Jahr 1848. Berlin 1849.

Minister die Bemerkung knüpft: „Die öffentliche Stimme mißt vorzugsweise seinem Andringen den tricoloren Umzug bei, welcher von vielen gereiften Männern ganz anders als von der akademischen Jugend aufgenommen wurde" — sieht Hr. Leo, unter den damals gegebenen Bedingungen, in dem ministeriellen „Aufgreifen" des mit dem preußischen Interesse nun innig verwobenen deutschen Interesses „das einzige Terrain einer demonstrativen Thätigkeit, durch welche die Intentionen der Revolutionairs zerstreut und auf ein Feld geleitet werden konnten, wo, weil es auf jedem einzelnen Punkte ein unübersehbares, überdies einem großen Theile der berliner Revolutionairs ein ganz neues Terrain war, für welches sie noch nirgends hinlängliche Uebereinkunft erzielt hatten, diese sich auch unsicherer bewegten." Freilich giebt Hr. Leo zu, daß man schwerlich diese Motive damals im Ministerium sich ganz klar gemacht, sondern daß man unter den Eindrücken des Moments das Richtige einfach aus dem Grunde ergriffen habe, „weil man thatlos nicht gut bleiben konnte und ein anderes Terrain des Handelns zunächst nicht übrig zu bleiben schien." Die Umstände hätten überdies gebieterisch erfordert, daß in Berlin etwas gethan würde, „um den übrigen deutschen Regierungen gegenüber den Eindruck der Vorgänge des 18. und 19. März zu repariren." Gegen das, was gethan wurde, den „feierlichen Umzug" am 21sten, könnten die Einwendungen gemacht werden: „daß in Berlin die Geister am 21sten noch in viel zu zerschlagener theils, theils lüderlicher Stimmung gewesen, um auf ein so energisches Mittel in erwünschter Weise reagiren zu können, daß es ferner höchst gefährlich gewesen sei, bei diesem Mittel Sr. Majestät allerhöchste Person unmittelbar in Berührung mit der Volksäußerung zu bringen, endlich, daß es in ganz Deutchland eher einen zunächst widerwärtigen Eindruck hervorbringen mußte, wenn man eine Regierung, die eben im eigenen Hause Alles darunter und darüber hätte gehen sehen, an die Spitze Deutschlands tretend denken sollte." Alle diese Gründe läßt jedoch Hr. Leo gegen die wirklichen Vortheile, die jener Schritt gebracht habe, zurücktreten. Gerade in einem solchen theils niedergedrückten, theils lüderlichen Zustande der Geister sei ein flüchtiges Reizmittel die geforderte Medicin, welches die Körperthätigkeit des Kranken von den inneren Theilen wieder nach der Oberfläche und den äußeren Theilen des Körpers hinziehe, indem sie zugleich den Nerven für den Moment einen wohlthätigen Anstoß gebe. Mochten — so reflectirt die Signatur — „mochten die Einzelnen und Gruppen darüber reden und denken, wie sie wollten, ihre Aufmerksamkeit ward dadurch doch herausgefordert, der krankhaften Richtung in sich hinein ein wenig entzogen; es ward der Concentration der inneren revolutionairen Gelüste eine unerwartete Friction bereitet und wenn man sich über eine in der Hauptsache bedeutungslose Feierlichkeit müde geredet, allenfalls müde gewüthet hatte, kam man erst mit ruhigerem, auch milderem Sinne auf Anderes zurück."

Flüchtig war das Reizmittel des Umzuges allerdings, so flüchtig, daß es für die Berliner vollkommen wirkungslos blieb; es reizte schließlich nur noch die Lachmuskeln des Leo'schen Patienten, eines Patienten freilich, der sich vollständig genesen und seine Gesundheit so hergestellt glaubte, daß er die gereichte „Medicin" lächelnd hinnahm, um sie unbenutzt bei Seite zu lassen. Der vorauszusehende „widerwärtige" Eindruck jedoch, den das Reizmittel und was damit zusammenhing in ganz Deutschland hervorbrachte, war dagegen so vollständig, daß ganz Deutschland nichts Eiligeres zu thun wußte als die königliche Gabe mit Entrüstung zurückzuweisen. „So weit" ruft selbst die Augsb. Allgem. Zeit. in ihren Redactionsglossen zu der berliner Proclamation aus, „so weit sind wir noch nicht. Noch liegt die berliner Schlächterei zu frisch vor uns. Die deutsche Kaiserkrone wird nur von Deutschland verliehen, und der König von Preußen eröffnet bloß die Schranken des großen Wahlfeldes." Und diese Expectoration erscheint noch als die mildeste und schonungsvollste dem gegenüber, was von den übrigen außerpreußischen Zeitungen, in Adressen und Volksversammlungen über dasselbe Thema ausgesprochen wurde.

XIV. Versöhnungs-Versuche zwischen Militair und Civil. — Die Frage über gemeinsames Begräbniß. — Urban und eine königliche Ordre. — Eine unbekannte Proclamation des Magistrats. — Die Versammlung im Hotel de Russie. Max v. Gagern. — G. Jung.

Je größere Erbitterung das Schauspiel, welches am 21sten in den Straßen Berlins aufgeführt war, und in dem die Person des Königs die Hauptrolle gespielt hatte, bei dem nichtpreußisch deutschen Publicum hervorrief, desto gleichgültiger verhielt sich der unmittelbare Zuschauer, die Bevölkerung der preußischen Hauptstadt, gegen den Sinn und die Ausführung jenes Schauspiels. Die Masse beklatschte wie üblich die einzelnen Knalleffecte; doch hatte kaum das Stück geendet, und schon war es vergessen. Ein näher liegendes Interesse nahm die innere und äußere Thätigkeit Aller in Anspruch, und wußte sich, trotz mancher Nebenzwecke und Einzelinteressen, ungehindert durch eine Erscheinung, die dem bereits an Seltsamkeiten gewohntem Blicke als eines jener Phänome erschien, welche stets mit den Ausbrüchen elementarischer Kräfte verbunden, zu behaupten.

Noch waren die Opfer der Straßenkämpfe nicht beerdigt; der allgemeine Wunsch nach einer großartigen Bestattungsfeier war vielfach ausgesprochen; eine

Commission von achtzehn Personen, großentheils Mitgliedern der städtischen Behörden, hatte die ausschließliche Besorgung der Bestattungs-Angelegenheiten übernommen.

Die Leichen der (bürgerlichen) Gefallenen waren zunächst in die benachbarten Häuser des Kampfplatzes gebracht worden. Von dort wurden sie in verschiedene Kirchen, ein Theil, auf Veranlassung des Königs, in bestimmte Räume des königlichen Schlosses geschafft. An letzteren Orten wurden die Leichen gereinigt, bekleidet und zum größten Theile in Särge gelegt. In der Nacht vom 20sten zum 21sten waren alle diese Särge nach der Neuen Kirche auf dem Gendarmenmarkte gebracht worden; etwa vierzig Leichen, für die noch keine Särge hatten angefertigt werden können, wurden anfangs noch auf den freien Raum vor dem Altare nebeneinander gelegt. Es gewährte, nach der Schilderung der Voss. Zeit., „einen unbeschreiblich erschütternden Anblick, als man diese ungeheure Masse von Leichen und Särgen vor sich sah. Gegen Morgen, heißt es weiter, entwickelten sich hier eine Reihe von Scenen, welche auch die geschickteste Feder vergeblich zu beschreiben suchen würde. Angstvolle Mütter, Töchter, Bräute, die seit Beendigung des Kampfes ihre Männer, Söhne, Brüder, Geliebten vermißt hatten, traten in die Kirche, suchten unter den Reihen der Todten, mit stierem trockenem Auge umher, endlich erkannten sie in dem dämmernden Morgenlichte die Züge der Gestorbenen. Ein Angstschrei und sie stürzten händeringend neben den Todten nieder. Von Minute zu Minute erneuerte sich diese Scene. Ein junger Geistlicher, welcher im vollen Ornat neben den Leichen stand, war zuletzt ganz erschöpft von dem mühevollen Werke der Tröstung ....“

Das erwähnte „Comite für die Bestattung unserer Todten“ hatte seit dem Morgen des 20sten auf dem kölnischen Rathhause eine permanente Sitzung in der Art gehalten, daß stets, auch wenn keine allgemeine Berathung stattfand, eine Anzahl Mitglieder anwesend waren, um in Allem was sich auf die Beerdigung bezog, eine Entscheidung zu treffen. Die allgemeine Berathung bezog sich zunächst auf den Ort des Gesammtbegräbnisses. Außer dem „Friedrichshain,“ einer seit Kurzem von den städtischen Behörden angelegten großartigen Pflanzung zwischen dem Königs- und Landsberger-Thore, wurde ein vor dem Hallischen-Thore belegener Kirchhof in Vorschlag gebracht. Die Mehrheit entschied sich für jenen im Entstehen begriffenen Park. Nach einer erst mehr als zwei Jahre später veröffentlichten Mittheilung, zur Ehrenrettung des berliner Magistrats, (Voss. Zeit. 1850, 28. Juni), hätte der Magistrat schon am 20. März „gefordert,“ daß der Begräbnißplatz in der Nähe der Hasenhaide, nicht aber im Friedrichshain, gewählt würde, „theils um den aufregenden Leichenzug an dem Schlosse vorüber zu vermeiden, theils um jenen geselligen dem Vergnügen der Einwohner der Königsstadt gewidmeten Park von politischen Agitationen frei zu erhalten.“ Die Gräber wären deshalb auf

dem Werderschen Begräbnißplatz in aller Eile und selbst während der Nacht gegraben worden, später aber unbenutzt geblieben. — Die Einrichtungen auf dem Kirchhofe, die Zusammensetzung des Leichenzuges, der Weg, den er zu nehmen, die Stunde seines Abganges, der kirchliche Theil der Geschäfte u. m. dergl. bildeten die weiteren Gegenstände der Berathung und Beschlußfassung des Comité's, und dieses beauftragte die einzelnen Mitglieder mit der Ausführung je eines Beschlusses. So hatte der Stadtrath Koblank u. A. für die Einrichtungen auf dem Kirchhofe, die Herren Veit und Lewald für die öffentlichen Bekanntmachungen, Hr. Wache u. A. für das Glockengeläute u. s. w. Sorge zu tragen.

Ueberließ das Publicum die Besorgung aller dieser Geschäfte ohne weiteren Einspruch dem Comité, das sich durch eigene Wahl zusammengesetzt und frei constituirt hatte, so wollte es doch die Behandlung einer Frage, die sich sehr bald als die schwierigste und verwickeltste herausstellte, nicht dem ausschließlichen Ermessen des Comité's überlassen. Sie betraf das gemeinsame Begräbniß der Civil- und Militairleichen. Die Mehrheit des Comité's hatte sich für ein gemeinsames Begräbniß entschieden und wurde darin von vielen sich öffentlich geltend machenden Stimmen unterstützt. Unter den letzteren ließ sich auch die des Hrn. D. A. Benda vernehmen. Dieser, der gestern „zur Beruhigung" gesprochen, ließ heute an seine „theueren Mitbürger" den Ruf ergehen: „zur Versöhnung." Er fordert, „daß die Leichen des in den großen Märztagen gefallenen Militairs mit denen unserer Heldenbrüder ein Grab umfange und die im Frieden verbunden bei einander ruhen mögen, die ein unglückseliger Augenblick nicht sowohl durch Haß, als vielmehr durch Erfüllung auseinanderfallender Pflichten getrennt hatte." Ihr erkennt, ruft er den Mitbürgern zu, daß, je tapferer auch sie die Ehre des Soldaten aufrecht zu erhalten sich bethätigt haben, um so mehr gerade sie beigetragen haben, Euren Ruhm zu begründen und zu verherrlichen, indem Feiglinge und Eidbrüchige zu besiegen freilich leicht, aber auch ruhmlos ist. „Also, liebe theure Mitbürger: Versöhnung! Versöhnung zunächst mit den Todten, um später auch die mit den Lebenden anzubahnen, die ja auch unsere Brüder und in dem einen Streben innig mit uns vereinigt sind: des Vaterlandes Erhaltung nach innen und außen zu sichern und zu wahren .... Aber — so schließt Hr. Benda — „aber selbst die heidnischen Römer belohnten höher die Lebensrettung eines Bürgers, als die Besiegung der Feinde. Auch Ihr, theuere Mitbürger, erwerbet Euch Ansprüche auf den zu erringenden höchsten Schmuck der Bürgerkrone, so Ihr dahin strebet, Friede, Ordnung und Einigkeit herzustellen."

In gleichem Sinne wandte sich der Justizrath F. Pfeiffer an die Bürger: „Wir schmücken," argumentirt er, „die Leichen der gefallenen Bürger mit Blumen. Das Militair präsentirt vor ihnen das Gewehr und erzeigt auf

20

diese Weise den Tapferen die ihnen gebührenden militairischen Ehren. Dieses Handeln des Militairs ist ehrenhaft; es erfordert also eine Erwiderung in gleicher Weise. Wir sind überzeugt, daß die Soldaten mit blutenden Herzen ihre Pflicht erfüllt haben. Mit stolzer Genugthuung sprechen wir es aber aus: dem ungeachtet haben die Soldaten mit Ausdauer und Tapferkeit gefochten. Ehret daher auch ihre Gefallenen, denn auch sie waren unsere Brüder."

Das Comité selbst erließ durch öffentlichen Anschlag folgenden Aufruf:

An alle Preußen.

Bürger! Im Kriege ist jeder Bürger Soldat!

Soldaten! Im Frieden ist jeder Soldat Bürger!

Bürger und Soldaten! Umarmen wir uns als Brüder desselben Vaterlandes und erweisen unseren gefallenen Mitbrüdern gemeinschaftlich die letzte Ehre.

Ein Friedhof umfasse die Leichen der Gefallenen und ein einiger Trauerzug. Bürger und Soldaten Arm in Arm sei ihr Geleite. Derselbe Frieden, der die Gefallenen im Grabe vereint, möge die Lebenden umschließen.

Das Comité für die Bestattung unserer Todten.

L. Becker, Stadtverordneter. Dove, Professor a. d. Universität. W. Ermeler, Commerzienrath. Hedemann, Stadtsyndicus. Karger, Buchdrucker. Lewald, Justiz-Commissar. Otto Schomburgk. Schulze, Stadtschulrath.

Die versönlichen Worte des Hrn. Benda und der Gleichgesinnten stießen auf unversöhnliche Gemüther. Der größere Theil der Bevölkerung wollte von einem gemeinsamen Begräbnisse nichts wissen. Auf den Straßen bildeten sich Gruppen, in denen lebhaft über diese Angelegenheit verhandelt wurde, hier wie in anderen improvisirten Versammlungen kam man dahin überein, den Bestrebungen der angeblichen Versöhner mit Entschiedenheit entgegen zu treten und eine gemeinsame Bestattung in jeder Art zu hintertreiben. Erregte aber schon das Gerücht von der beabsichtigten Versöhnungsfeierlichkeit die Erbitterung aller Theilnehmenden, so brachte der zuletzt erwähnte Aufruf des Comité's der nicht bloß gemeinsames Begräbniß, sondern auch gemischtes Geleit durch Civil und Militair forderte, allgemeine Entrüstung hervor. „Welche Unkenntniß," heißt es mit Bezug auf dieses Verlangen in einem sonst mäßig gehaltenen Berichte aus jenen Tagen, „welche — wir müssen es aussprechen — absichtliche Verkennung unserer Zustände. Versöhnung fordert man zu einer Zeit da der erbitterte Kampf kaum geendet, man fordert sie, um dadurch die Bestattung unserer Gefallenen in gerechter und allein angemessener Weise unmöglich zu machen." Die Anschläge, die jenen Aufruf des Comité's enthielten, wurden von den Ecken gerissen und vernichtet; man besprach eifrig die Schritte, die sofort zu thun, um jenem Streben der „Reaction" energisch entgegenzuarbeiten, und die Feier zu einer rein bürgerlichen, das bürgerliche Heldenthum verherrlichenden zu machen.

Nicht anders als seltsam, ja unbegreiflich mußte es erscheinen, wenn jetzt schon von einem Wiederhereinziehen des Militairs gesprochen wurde — nachdem Abends zuvor jene Scenen stattgefunden hatten, welche veranlaßt, daß

„auch der letzte Soldat" Berlin verlassen mußte, nachdem noch am Morgen eine Zeitung jubelnd ausgerufen: „So ist denn unsere Stadt von Truppen gänzlich geräumt und deren Wiederkehr nicht mehr zu besorgen," nachdem der König wiederholt die Ueberzeugung ausgesprochen, „daß die Ruhe der Stadt durch Niemanden besser als durch die Bürger aufrechterhalten werden kann," und seine Person „vertrauensvoll" dem ausschließlichen Schutze der Bürger übergeben hatte. Und doch war das vom Bestattungs-Comité vorgeschlagene gemischte Geleit nicht das einzige Zeichen eines Hereinziehens von Militair; es hatten sich auch noch andere Freunde dieser Sache schnell gefunden.

In dem Berichte der Voss. Zeit. über den Umritt des Königs ist beiläufig einer Aeußerung der Minister erwähnt, welche von diesen, unmittelbar nachdem der König mit einigen seinen bürgerlichen Begleiter in das Schloß zurückgekehrt war, in Gegenwart der Letzteren — unter denen auch der Berichterstatter, Hr. Stieber — gethan wurde. Als nach geschehenem Umritte nämlich Hr. Stieber im Zimmer des Königs die Bemerkung gemacht, es wären mehrere Bürger darüber unzufrieden, daß sie keine Munition hätten und keine zu ihren Gewehren passende Zündhütchen finden könnten, daß also die Stadt ohne hinreichenden Schutz wäre, sei sofort befohlen worden, daß an die Bezirksvorsteher nicht nur passende Zündhütchen, sondern auch vollständige Munition vertheilt werden sollten; „auch erklärten die Herren Minister, es sei wohl einzusehen, daß von den Bürgern der schwere Wachtdienst nicht für immer versehen werden könne." Aber der König, heißt es im Berichte weiter, wolle, um den Bürgern sein Vertrauen zu beweisen, nicht eher Militair Behufs des Wachtdienstes nach der Stadt zurückkehren lassen, als bis die Bürger darum bitten würden und dann möchten die Soldaten mit den Bürgern zusammen die Wachen beziehen; „auch würde der König sehr gern die Wünsche der Bürgerschaft berücksichtigen, wenn dieselben irgend eine besondere Vorliebe für einzelne Truppentheile hätten."

Eine Gelegenheit die betreffenden Wünsche auszusprechen und zu gewähren fand sich bald. Der Thierarzt Urban, der Barrikadenheld und Begleiter des Königs während des Umrittes, sah sich berufen, das Organ der versöhnlichen Politik zu werden. Eine „authentische" Mittheilung jener Tage, über Urban, „Barrikadenhauptmann und Volkstribun,"*) enthält in Bezug auf diese Angelegenheit Folgendes: „Für Urban war es eine wahrhafte Herzensangelegenheit geworden, die Versöhnung des Bürgerstandes mit dem Militair wiederherzustellen. Bereits am 21. März begab er sich auf das Schloß, um sich von dem Könige die Ermächtigung zu erbitten, die Garde-Regimenter und zunächst das Alexander-Regiment wieder zurückführen zu dürfen. In dem Vorzimmer war eine bunte Versammlung von Ministern, Studenten, Flügel-

*) Amtliche Berichte und Mittheilungen über die berl. Barrikadenkämpfe. S. 35.

adjutanten, Zeitungsschreiben, Geheimeräthen, Literaten, Bürgerwehrmännern, Künstlern, Stadträthen u. s. w. versammelt. Es wurden von einigen Seiten große Besorgnisse gehegt, daß es am Tage des Begräbnisses zu neuen Ausbrüchen der leidenschaftlichen Menge kommen werde. Der König trat von Zeit zu Zeit heraus in das Vorzimmer, um Gesuche entgegenzunehmen, Berichte zu hören, Bescheid zu ertheilen. Eine solche Gelegenheit nahm Urban wahr, um seinen Wunsch dem Könige vorzutragen. „Majestät," sagte er auf dessen Frage: wer er sei? „mein Name ist Urban; ich habe gegen Sie auf den Barrikaden gefochten, Ew. Majestät haben der Stadt den Frieden geschenkt und ich danke Ihnen auf den Knieen dafür. Der König schien überrascht davon, den großen, stattlichen Barrikadenkämpfer zu seinen Füßen zu sehen; er hieß ihn aufstehen und Urban fuhr fort: „Gewähren Ew. Majestät mir eine Bitte: ertheilen Sie mir Vollmacht, die Garde-Regimenter zurück nach Berlin zu führen, zuerst das Regiment Alexander. Ich war es, der dem von uns gefangenen General Möllendorf das Leben gerettet, ich werde zu ihm gehen, er wird mir die Bruderhand zur Versöhnung reichen und ich werde an seiner Seite das Regiment Alexander zurückführen." Der König gewann zu zu dem offenen und treuherzigen, dabei entschlossenen Wesen Urbans Vertrauen, erkundigte sich, wo das Alexander-Regiment stehe, und schrieb auf der Stelle für Urban eine Vollmacht: die Garde-Regimenter, zunächst das Regiment Alexander nach Berlin zurückzuführen . ."

Die hier erwähnte, vom Könige eigenhändig niedergeschriebene Ordre lautete wörtlich:

Auf den Wunsch des Thier-Arzt Urban genehmige ich sehr gerne, daß derselbe die in Potsdam und Umgegend liegenden Truppen, namentlich das Kaiser-Alexander-Grenadier-Regiment, sofort nach Berlin zurückführe.
Selbstgeschrieben am 21. März 1848.

Friedrich Wilhelm.

Mit diesem Schreiben begab sich Urban, in Begleitung seines Freundes Eckert, eines Schneidermeisters, nach dem Polizeipräsidium. Er überreichte dem eben erst eintretenden Polizeipräsidenten mit jenem Billet zugleich einen, zur Veröffentlichung bestimmten Aufsatz, welcher mit Bezug auf die Königliche Ordre die Einholung der Truppen für den 22. März ankündigte, und erbat vom Präsidenten die freie Insertion des Aufsatzes in die Zeitungen. Herr v. Minutoli schien überrascht durch die Königl. Ordre und den Antrag; er versuchte denselben abzulehnen; alle Versuche aber scheiterten an dem stets mit größerem und fanatischerem Eifer und mit der Betheuerung seiner unbegrenzten Liebe für den König, für das Volk, so wie für seinen ehemaligen Gefangenen seinen jetzigen Freund, General v. Möllendorf, wiederholten Verlangen Urbans. Endlich ging Hr. v. Minutoli mit diesem in ein anstoßendes Cabinet und kehrte nach kurzer Zeit mit der Versicherung zu den Umstehenden zurück, daß Hr. Urban zwar nicht das Original der königl. Ordre, aber eine Abschrift

derselben und den dazu gehörigen Aufruf in seine Hände niedergelegt, auch feierlich versprochen habe, von beiden unter keinen Umständen vor dem 23sten März, als am Tage nach Beerdigung der Gefallenen, Gebrauch zu machen. Er, der Präsident, habe ihm dagegen die Versicherung gegeben, am Donnerstag alles auf die Einholung der Truppen Nöthige mit ihm zu berathen, ihm auch jede für seine Person verlangte besondere Auszeichnung, gern zu gewähren.

Bald darauf ereignete sich im Schlosse folgende Scene:*) Um 3 Uhr, gerade als der König mit den Ministern zu Tische saß, erschien im Schlosse bei den dort aufgestellten Posten der Schützengilde der Kaufmann S., welcher den Umzug mit dem Könige auch mitgemacht hatte und verlangte den General v. Neumann zu sprechen; als dieser dem S. an der Thüre des Vorsaales entgegen trat, fertigte er ihn freundlich mit den Worten ab: „ich danke bestens — ist schon geschehen, das Militair wird morgen mit dem Volke fraternisiren" — und verschwand im Saale; der so Angeredete äußerte erblassend, „dann schließe ich morgen Thor und Thür und sehe dem ärgsten Blutbade entgegen." Von den Umstehenden über den Sinn dieser Worte befragt, erzählte er, wie ihn der General v. N. während des Umzuges beauftragt habe, die Stimmung des Volks gegen das Militair zu sondiren und ihm darüber Bericht zu erstatten. Einer der Anwesenden erkannte die Wichtigkeit der Sache, suchte den General v. Neumann wieder auf, welcher aber nicht gleich zu finden war, während sich die Minister Bornemann und v. Rohr im Vorsaale einfanden. Auf die erhaltene Mittheilung äußerte der Erstere: „der König hat dem Urban schon eine Ordre zur Einholung der Truppen gegeben;" der Letztere aber sagte mit gesenktem Haupte: „und ich alter Mann muß meinen Kopf dafür hergeben."

Nach vielen Vorstellungen und Besprechungen wurden endlich eilige Ordres nach Potsdam gegeben, die Truppen nicht marschiren zu lassen. Die Stimmung des Volkes, die in Bezug auf das Militair auch Hrn. v. Minutoli so bedrohlich erschienen war, daß dieser auf eigene Hand dem Inhaber des königlichen Billets jenes feierliche Versprechen abnehmen zu müssen glaubte, vereitelte vorläufig die ersten Versuche, Militair wieder in die Stadt zu ziehen — bevor noch in Wahrheit die letzten Truppen Berlin verlassen hatten; denn noch immer befanden sich, trotz aller Gegenversicherungen, Soldaten, etwa ein Bataillon stark, im Schlosse versteckt. Dieses Umstandes wird in einem folgenden Abschnitte näher erwähnt werden.

Die Geschichte des ersten „Versöhnungs-" Versuches schließt jedoch mit den eben mitgetheilten Daten noch nicht ab. Ein Aktenstück, dessen wunder-

*) S. Personen und Zustände Berlins. I. S. 9.

licher Inhalt einen Commentar zu jenen frühzeitigen Plänen zu geben geeignet ist, ein ursprünglich für die Oeffentlichkeit bestimmt gewesenes, doch zeitig genug zurückgezogenes Aktenstück des berliner Magistrats bildet einen der Hauptbestandtheile, aus denen diese embryonische Geschichte zusammengesetzt ist. Dem berliner Publicum sollte bereits am 21sten vielleicht in Gefolge der vom Könige proclamirten „deutschen" Verheißungen, folgende frohe Botschaft verkündigt werden:

Es ist im guten deutschen Sinne von allen Seiten der heiße Wunsch ausgesprochen, die Beerdigung unserer gefallenen Brüder nicht eher geschehen zu lassen, als bis die Sühne des Friedens vollständig über alle Herzen ergangen ist. Auf den dringenden Wunsch der von uns vernommenen Volksstimme haben wir Sr. Majestät des Königs Zusage erlangt, daß von dem Militair die hier garnisonirenden Truppen wieder in unsere Vaterstadt friedlich von den Studenten, Handwerker- und Gesellenvereinen begleitet einziehen und mit uns versöhnt das Begräbniß aller Gefallenen feierlich begehen.

Um das Vertrauen zu steigern, haben Sr. Majestät der König befohlen: daß vor dem Einzuge in die Stadt das Militair

auf die deutsche Verfassung vereidigt werde.

Mitbürger! die Zeit ist groß und dringend. Suchet den Frieden, damit er uns stark mache in Einheit für Deutschlands Wohl.

Berlin, 21. März 1848.

Der Magistrat.

Diese Proclamation — vielleicht die abenteuerlichste aller abenteuerlichen Productionen jener Tage — war bereits in riesiger Plakatform gedruckt; sie ward jedoch nicht veröffentlicht, weil, wie wir gesehen, der Plan der Zurückführung der Truppen gescheitert war. Zwei Jahre später wurde sie in der „Deutschen Monatsschrift für Politik, Wissenschaft rc. von Kolatscheck" (Märzheft S. 361) zum ersten Mal öffentlich mitgetheilt, und der Verfasser des darin enthaltenen Artikels: „Preußen und Deutschland" leitet sie mit folgenden Worten ein: „Das Ergreifen des deutschen Banners war ein Akt derselben kopflosen Verzweiflung oder verzweifelnden Kopflosigkeit, welche an demselben 21. März die königl. Cabinetsordre dictirte, zufolge deren die preußischen Garden vor ihrem Wiedereinzuge in Berlin zum gemeinsamen Begräbniß der gefallenen Brüder — auf die deutsche Verfassung vereidigt werden sollte! Die Thatsache dieser denkwürdigen Cabinetsordre, welche kaum in dem deutschen Umritte ihres Gleichen hat, ist fast gar nicht bekannt." Der Verfasser „beweist" sie hierauf durch die einfache Mittheilung der Bekanntmachung des Magistrats.

Auch dem Hrn. Wöniger gerecht zu werden, fordert dieser Anlaß. Als Mitglied des Beerdigungs-Comité's sah sich Hr. Wöniger von der Nachrede verfolgt: er sei es gewesen, der im Beerdigungs-Comité der Ansicht das Wort geredet, daß Civil- und Militairpersonen Arm in Arm den Leichen folgen möchten. Hr. Wöniger sah sich nun „in dieser Zeit der Gerüchte" öffentlich

zu erklären veranlaßt, daß er „im geraden Gegentheil" im Comité für die **Entfernthaltung** des Militairs „gestritten" und zu dem Behufe später **persönlich** bei den Ministern Grafen v. Arnim und v. Rohr die „erforderlichen Verfügungen" erbeten habe. „In Folge dessen" sei das Militair entfernt geblieben.

Der Plan zur Hereinziehung von Militair war einstweilen zurückgedrängt; es blieb noch übrig, auch die Vorschläge eines „unberufenen" Comité's wegen eines gemeinsamen Begräbnisses und damit die Sache selbst zu beseitigen. In öffentlichen Lokalen war eine Versammlung „zur Berathung dringender Angelegenheiten" angesetzt worden. Auch in dem Lokale der Zeitungshalle befand sich ein hierzu auffordender und besonders an die Literaten, die dieses Lokal besuchten, gerichteter Anschlag. Zum Versammlungsorte war das „Hotel de Russie" bestimmt worden. Man wolle, hies es, über die Haltung der Presse Rath pflegen. In später Nachmittagsstunde fanden sich bereits mehrere Personen, aus der Zeitungshalle kommend, unter ihnen der Besitzer dieses Institutes, Hr. **Julius** ein. Der letztere, den anfänglich in geringer Anzahl Anwesenden bekannt, übernahm, auf deren Aufforderung, die Leitung der Discussion. Bald wuchs die Versammlung und wurde allmählig so stark, daß das zuerst gewählte Zimmer sie nicht aufnehmen konnte, so daß der große Concertsaal für die Versammlung, hergegeben wurde. Die Angelegenheit des gemeinsamen Begräbnisses trat in den Vordergrund der Discussion. Ein Redner, der, im Sinne des Comitébeschlusses, in versöhnlicher Weise die Sache behandeln wollte — derselbe Herr Küttge, dessen versöhnliche Aeußerungen vom 20sten wir bereits oben mitgetheilt — konnte seiner Sache keine Theilnahme zuwenden; mit allgemeinem Unwillen wurden derartige Versöhnungs-Bestrebungen zurückgewiesen. Die Leitung der Versammlung wurde bei dem Durcheinanderrufen, dem Hin- und Herreden eine sehr schwierige. Da die Stimme des Hrn. Julius nicht ausreichte, so übernahm Hr. **Rutenberg** das Präsidium. Zumeist waren es Literaten, welche das Wort nahmen; und Hr. **Pröhle** will bemerkt haben, daß fast sämmtliche Redner noch heiser waren, „weil sie in dem Tumulte der nächtlichen Barrikadenkämpfe commandirt hatten.*)" Die Versammlung schien bald darüber einig, daß eine bürgerlich-militairische Vermischung der Todten sowohl als der Lebenden unmöglich stattfinden könne. Man bestritt die Befugniß des Comité's zu einem so außerordentlichen Beschluß, man befürchtete Unheil von dem Wiedererscheinen des Militairs: aber der „tiefste und entschiedenste" Grund war, „daß man nicht auf eine dem vollberechtigten Gefühl der Lebenden und dem Rechte der Todten gleich widerstrebenden Weise eine große, würdige Feier sich verkümmern lassen wollte." Einige von den

*) „Berlin und Wien. Ein Skizzenbuch von H. Pröhle." Berlin. 1850.

Rednern „wußten sehr wohl," daß die beabsichtigte Vereinigung der Leichen auf der Voraussetzung beruhe, Berlin habe keine Revolution gemacht, sondern ein unglücklicher Zufall habe stattgefunden, den man sobald als möglich vergessen müsse. Endlich wurde beschlossen, sogleich eine Deputation zu den Ministern zu senden, welche die Aufhebung der betreffenden Beschlüsse fordern sollte. Zu Mitgliedern der Deputation wurden hauptsächlich solche Personen gewählt, welche in der Versammlung geredet hatten. Zwölf Personen, die Herren Julius, Sanitätsrath Thümmel, Advokat Volkmar, Prince-Smith, Director Noback, L. Buhl, Ottensoser, Kutscheit, Rutenberg, Zabel, Student Pösch (aus Halle) u. A. bildeten die Deputation. Diese verließ sofort die Versammlung, die bis zur Rückkehr der Deputation zusammenzubleiben beschloß.

Andere Gegenstände der Discussion wurden angeregt und zunächst war es die königliche Proclamation vom 21sten, in der so eben erschienenen Allgemeinen Preußischen Zeitung enthalten, welche den Stoff zu neuen Erörterungen hergab. Hr. Ludwig Eichler hatte inzwischen die Leitung der Discussion übernommen. Ein Fremder, der kurz vorher in den Saal getreten war, und einige Zeit den Rednern über jene deutsche Angelegenheit zugehört, bat um das Wort. Er sei, begann er, Max v. Gagern, Bruder des hessischen Ministers, Heinrich v. Gagern, und vom Herzoge von Nassau, in dessen Dienste er stehe, ausgesandt, um für ein „deutsches Parlament" zu wirken. Von Dresden, wo er zuletzt in dieser Beziehung unterhandelt, hierhergekommen, finde er diese Frage jetzt, in dem Augenblicke, wo er zuerst aus der Zeitung den Inhalt der Königl. Proclamation kennen lerne, in einer durchaus veränderten Lage. Auf diese Proclamation hinweisend — er hielt ein Exemplar der Allg. Preuß. Zeit. in der Hand — erklärte er, daß darin eigentlich Alles enthalten sei, was jetzt in den Wünschen und Bestrebungen Deutschlands liege und zu dessen Verbreitung er sich bereits mit den Regierungen und den Volksmännern der deutschen Länder in Verbindung gesetzt. Die allgemeine vorwaltende Idee, um Deutschland zur Einheit und Kraft zu bringen, sei: eine Verfassung nach dem Muster des nordamerikanischen Staatenbundes, so daß zwar die einzelnen Staaten ihre inneren Angelegenheiten durch eigene Regierungen unter besonderen constitutionellen Fürsten verwalteten, daß jedoch die gemeinsamen deutschen Angelegenheiten durch ein Parlament und ein gemeinsames Oberhaupt geleitet würden. Auch mit Hecker in Baden und Robert Blum in Sachsen, den beiden am weitesten gehenden Volksmännern, von denen der Erstere entschiedener Republikaner, habe er gesprochen, und sie dieser Ansicht nicht abgeneigt gefunden. Ob jenes deutsche Parlament nun aus einer oder zwei Kammern bestehen solle, darüber walte noch große Meinungsverschiedenheit ob. Es sei vorgeschlagen, die erste Kammer aus den regierenden Fürsten, die zweite aus demokratischen Elementen zusammenzusetzen. Von selbst verstehe sich

eine allgemeine Wehrverfassung, unbeschränktes Heimathsrecht des deutschen Bürgers, gleiche Rechtsinstitutionen, auf Oeffentlichkeit, Mündlichkeit und Geschwornengerichte basirt; ferner allgemeine Wehrverfassung. Was sonst noch die Fürsten bei einer solchen Vereinigung Deutschlands zu einem einigen mächtigen Reiche an ihren bisherigen Souveränitäts- und Hoheitsrechten einbüßen würden, sei so geringfügig und laufe zum Theil nur so sehr auf eine „Sache der Eitelkeit" und zwar kostspieliger Eitelkeit hinaus, daß es, dem erhabenen Zwecke gegenüber, kaum in Betracht kommen könne. Dahin gehöre die Repräsentation der einzelnen deutschen Staaten an auswärtigen Höfen, das Münzregal u. A., welche beide einer deutschen Diplomatie und einem deutschen Münzsysteme Platz machen müßten. Der Herzog von Nassau verstatte diesen Einheitsideen den weitesten Raum, und bereits habe er, der Redner, seinen eigenen Gesandtschaftsposten, der ihn Nassau an den Höfen vom Haag und Brüssel vertreten ließ, aufgegeben. Wie Nassau, so seien auch Hessen-Darmstadt und Baden für die Sache gesinnt; ebenso Würtemberg; ja, der König von Würtemberg habe, im Interesse der Förderung der deutschen Sache, Aeußerungen gemacht, die einer „vollkommenen Resignation" gleichkämen, (hier unterbrach den Redner lauter Beifallsruf der Versammlung); in Sachsen endlich sei man der Sache ebenfalls sehr geneigt. Am schwierigsten stehe es dagegen noch in Baiern, wo Regierung und Volk mit Zähigkeit an den alten Farben und dem Sondersystem festhielten, doch herrsche gegenwärtig gerade bei der ultramontanen Partei eine sehr günstige Stimmung, so daß die Hoffnung keinesweges aufzugeben: auch Baiern werde sich der großen deutschen Idee, so wie der neuen volksthümlichen Richtung anschließen. Mitten in diese Entwickelungsanfänge falle nun die Proclamation des Königs von Preußen; wie diese in den übrigen deutschen Ländern aufgenommen werden würde, könne er natürlich nicht wissen; so viel aber dürfe er sagen, daß bei seiner Anwesenheit in Sachsen — und er habe erst gestern Dresden verlassen — die Stimmung für die hiesigen Verhältnisse nicht besonders günstig gewesen wäre und zwar besonders des vergossenen Bürgerblutes wegen. Schließlich erklärte Hr. v. Gagern, bei der Wendung, welche die innere Politik in Preußen genommen, sofort wieder nach Dresden zurückkehren zu wollen.

Die Versammlung die sich durch dieses Auftreten eines deutschen Diplomaten in ihrer Mitte plötzlich zu einer politischen in aller Form umgestaltet sah, hörte mit Aufmerksamkeit dem Vortrage zu, und Hr. Eichler glaubte als Vorsitzender, nach dem Schlusse desselben dem Redner den Dank der Versammlung aussprechen zu müssen. Der Umstand, daß Hr. v. Gagern zu den fremden Gästen des Hotels gehörte, in dessen Räumen die Versammlung stattfand, hatte das Erscheinen des Fremden in dieser veranlaßt; derselbe Zufall führte noch eine andere, halb fremde, halb heimische Person in die Versammlung. Um die Zeit etwa, wo das Theater beendet zu sein pflegt, trat ein Mann in

Frack und Glacéehandschuhen, den Hut in der Hand, herein und bat um das Wort. Es war Hr. Gutzkow. Seine Rede, von der Mitte des Saales aus, in gemessenen Worten gehalten, handelte über das, was nun zu thun, ein Thema, welches der Redner bald nachher in einer besonderen Flugschrift weiter verarbeitete. Hr. Gutzkow nannte in seiner Rede das was in Berlin sich ereignet „nicht eigentlich eine Revolution, aber doch eine moralische Revolution," eine Aeußerung, die einiges Murren in der Versammlung hervorrief. — Durch einen der folgenden Redner, Hrn. Jung, wurde die Discussion wieder den nächsten Verhältnissen entgegengeführt. Hr. G. Jung, Landgerichts-Assessor aus Köln, wohnte seit einigen Jahren in Berlin, ohne hier bisher das Bedürfniß geäußert zu haben, öffentlich hervorzutreten oder sich dem größeren Publicum bekannt zu machen. Zeugniß seiner literarisch-politischen Thätigkeit legte er hin und wieder durch Zeitungsartikel ab, deren namentlich die berliner Zeitungshalle einige veröffentlicht hatte. Den politischen Parteigenossen war er bereits durch seine Betheiligung an der Redaction der „Rheinischen Zeitung," eines bedeutenden preußischen Oppositionsblattes aus dem Jahre 1842, so wie durch Aufsätze aus den „Hallischen Jahrbüchern" bekannt. An dem durch die berliner Umwälzung erzeugten neuen Zustand der Dinge begann Jung sofort einen lebendigen und eifrigen Antheil zu nehmen. Er gehörte mit zu den Ersten, die gewissermaßen das Programm der neuen Zeit zu entwerfen unternahmen. Durch Kürze, oppositionelle Entschiedenheit und durch radicale Forderungen zeichnete sich der von ihm erlassene Aufruf vor den meisten anderen aus; derselbe wurde am 21sten durch die Zeitungshalle veröffentlicht und lautete:*)

Freunde, Brüder!

Was ist jetzt unsere wichtigste Aufgabe? —

Die Aengstlichen rufen: Ordnung und Ruhe halten! Aber Ordnung und Ruhe sind nie und von Niemandem gestört worden, als von jenen fanatisirten Soldaten, welche man auf uns losgelassen hat, als wir noch darum baten, den Preußischen Staat durch Aufgebung des bisherigen Beamtensystems vor dem Untergang zu bewahren. — Wir haben durch unsern Sieg die Ordnung vorläufig wieder hergestellt, und nun gilt es, aus allen Kräften die alte Unordnung zu beseitigen, die nur Beamten und wenigen privilegirten Ständen eine karge Theilnahme an dem Staate gestattete. — Diese Beschränkung allein war die Quelle der Aufregung, der Grund der Unruhe, und sie allein wird es bleiben, bis sie gänzlich hinweggeräumt ist. — Daher vor allen Dingen nicht nachgelassen, bis jeder Preuße ohne allen Unterschied für fähig erklärt werde, Abgeordnete zu wählen, und als solcher gewählt zu werden.

Eine so gewählte Nationalversammlung muß in kürzester Frist in Berlin zusammenkommen, um die weiteren Grundlagen der Verfassung zu berathen.

Die Berufung des alten Landtages ist unnütz und schädlich, weil jede Verzögerung in Beseitigung der alten Unordnung die Ruhe gefährdet. Was soll uns die Versammlung, die seit 3 Tagen um 3 Jahrhunderte hinter uns in das Dunkel des Mittelalters gerückt ist?

Das Volk, welches so ruhmvollen Sieg errungen hat, welches nach dem Siege schon seit 3 Tagen ohne Polizei sich selbst in Ordnung hält, welches mitten im erbittertsten Kampfe, oft auf Gefahr seines Lebens, die Gesetze des Eigenthums mit ängstlicher Sorgfalt achtete, das Volk muß auch bis auf den letzten Mann herunter das Recht haben, frei über alle seine Angelegenheiten zu reden, zu schreiben, und diejenigen, welche zur Ordnung derselben bestimmt sind, selbst zu wählen!

Georg Jung.

*) Er ist auch aus der Zeitungshalle als Flugblatt (in Octav) besonders abgedruckt.

Der Vortrag, den Hr. Jung in oben erwähnter Versammlung hielt, bezog sich auf die Begräbnißfeier des folgenden Tages. Die Reden, äußerte er, die bei dieser Gelegenheit von den designirten Geistlichen in altherkömmlichen Stile gehalten werden würden, möchten es nicht überflüssig erscheinen lassen, wenn auf die geistlichen Worte der Versöhnung und des Friedens auch von anderer Seite her und in anderem Sinne, und zwar von dem Volke heraus und im Auftrage desselben, Worte die zu Handlungen, zur Activität auffordern, folgen würden. Der Vorschlag Jung's, mit Beifall aufgenommen, stieß nur insofern auf Widerspruch, als Hr. Rutenberg den zum Leichenredner bestimmten Geistlichen Hrn. Sydow als einen „freisinnigen" Mann bezeichnete, der bei dieser Gelegenheit nicht bloße geistliche Phrasen in der herkömmlichen Weise machen würde. Einzelne Stimmen in der Versammlung wollten, daß die nicht geistliche Ansprache am Grabe von irgend einem „Manne aus dem Volke" gehalten würde, der sich als Barrikadenkämpfer auszuweisen vermöge. Herr Jung jedoch fuhr fort seinem Vorschlage den Plan einer Rede hinzuzufügen, wie dieselbe, das Andenken an die Todten auf das Würdigste ehrend, und die Lebenden zu einem Wirken für die Freiheit im Sinne der Gefallenen beredt auffordernd, beschaffen sein müsse. Auch dieser Plan erhielt den Beifall der Versammlung und Hr. Jung, der sich erbot, in jenem Sinne eine Rede am Grabe zu halten, sah sich mit der Mission, die er gewünscht, von der Versammlung beauftragt.

Viele Redner, zum großen Theil unbekannte Namen, waren in dieser Versammlung, die etwa vier Stunden gewährt haben mochte, aufgetreten, darunter die Herren Rudolph Schramm, Ottensoser und v. Brand. Der Letztere, bisher ganz unbekannt, zeichnete sich durch große Geläufigkeit der Rede und effectvolle Wendungen aus. Die „glorreiche Revolution" aber war das Stichwort, das auch in den Reden der Anderen häufig wiederholt wurde.

Inzwischen hatte die Deputation der Versammlung sich ihres Auftrages zum Theil entledigt. Im Schlosse war sie mit einer Deputation von Studirenden zusammengetroffen, die dasselbe Motiv hergeführt. Die Studirenden verlangten dem Grafen Schwerin ihre Bitten vorzutragen. Es gelang nicht, sie mit der Erklärung abzuweisen, daß dieser nicht im Schlosse anwesend sei. Die Deputation verlangte nun direct zum Könige geführt zu werden. Nach längerem Parlamentiren wurden die vereinigten Deputationen in zwei Abtheilungen von dem Minister Grafen Arnim, in dem Vorsaale zum königl. Zimmer empfangen. Nachdem diesen der Zweck ihrer Sendung mitgetheilt worden, erwiderte er, daß die Regierung durchaus nichts mit der Anordnung des Leichenbegängnisses zu thun habe, dies sei allein der Stadt oder dem niedergesetzten Bestattungs-Comité überlassen; jedoch habe die Regierung den hauptsächlich durch dies Comité veranlaßten Befehl zum Einrücken der Trup-

pen schon zurückgenommen. Was die Vereinigung der Leichen betreffe, so sei ihm, dem Minister, weder selbst ein Bedenken, noch von anderer Seite eine Besorgniß begegnet; auf eine Discussion über die sittliche Unmöglichkeit könne er sich natürlich nicht einlassen. Schließlich wurde die Deputation an den Polizeipräsidenten verwiesen. — Noch spät Abends unterhandelte ein Theil derselben mit Hrn. v. Minutoli. Eine definitive Antwort erhielt sie jedoch auch hier nicht; der Präsident versprach indeß der Deputationen, ihre Wünsche mit seiner eigenen Ueberzeugung unterstützen zu wollen und beschied jene auf den nächsten Morgen zu sich.

Während die Agitationen der einem gemeinsamen Begräbnisse abgeneigten Partei in der geschilderten Art betrieben wurden, waren auch von der anderen Seite, vom Comité aus, Versuche gemacht worden, den gefaßten Beschluß aufrecht zu erhalten. Um aber die Militairleichen in Verbindung mit den Leichen der Bürgerlichen zu begraben, war es nothwendig, die Anzahl der im Kampfe gebliebenen Militairs, so wie den Ort, wo diese vorläufig beigesetzt waren, zu kennen. Das Comité hatte jedoch bis zum Nachmittage des 21sten, der höchsten Zeit, um die nöthigen Särge und Gräber fertigen zu lassen, nicht die geringste Kenntniß von jenen zwei wesentlichen Momenten. Es verursachte zunächst nicht geringe Schwierigkeiten, die in dieser Sache competenten Personen zu ermitteln. Eine eigentliche Militairbehörde existirte nicht. Man wandte sich zuerst an die im Schlosse, in der Umgebung des Königs sich aufhaltenden Militairpersonen. Doch Keiner der hier zu Rathe gezogenen höheren Offizieren konnte oder wollte die gewünschte Auskunft geben. Die im Interesse des Bestattungscomité's, in versöhnlichem Interesse Aufschlußsuchenden sahen sich an den Kriegsminister, Hrn. v. Rohr, gewiesen. Aber auch dieser wußte ebensowenig als die vorher angegangenen Militairs, weder über die Anzahl der gefallenen Militairpersonen, noch über den Ort, von wo die Miltairleichen abzuholen wären, Nachricht zu geben. So sah man sich denn zuletzt veranlaßt, die Lazarethe aufzusuchen. Der Abend des 21sten war schon herangenaht, als dieses letzte Mittel, die erforderlichen Mittheilungen zu erlangen, ergriffen wurde. Da im Militairlazareth am brandenburger Thore, wohin man sich zuerst begab, nichts Näheres zu ermitteln war, so wandte man sich an das dort vorgeschlagene Lazareth in der Alexanderstraße. Aber auch hier ergaben die eifrigsten Forschungen ein eben so nichtiges Resultat. Hatten nun alle diese vergeblichen Versuche erkennen lassen, daß von militairischer Seite dem bürgerlichen Versöhnungsplane eines gemeinschaftlichen Begräbnisses der Militair- und Civilleichen nicht eben große Aufmerksamkeit und bereitwilliges Einverständniß entgegenkam, so sah man sich vollends in der Nothwendigkeit, von jenem Plane abzustehen, als im entscheidenden Augenblicke ziemlich direct erklärt wurde: eine

gemeinsame Bestattung der bürgerlichen- und Militairleichen würde von militairischer Seite nicht gewünscht. — Und eine Angelegenheit, die bereits zu allerhand Verwickelungen geführt hatte, war nun in einfachster Weise erledigt.

XV. Begräbniß-Zug nach dem Friedrichshain. — Deputationen fremder Städte. — Verhandlungen im Schlosse. — Reden der Geistlichen und des Assessors Jung. — Namens-Verzeichniß der Beerdigten.

Mittwoch, der 22. März, war der für die Beerdigung der bürgerlichen Opfer des Kampfes festgesetzte Tag. Das Bestattungs-Comité hatte am 21sten durch öffentliche Bekanntmachung die Zeit des Beginnes der Feierlichkeit, die Zusammensetzung des Zuges, und was mit der Feier überhaupt zusammenhing, in folgender Weise angeordnet:

Die feierliche Beerdigung unserer in diesen Tagen gefallenen Brüder findet am Mittwoch, den 22. d. M. Nachmittags 2 Uhr, von der Neuen Kirche am Gendarmenmarkte aus statt. Der Zug bewegt sich von dort nach dem Friedrichshain, der Ruhestätte, welche unsere theuren Todten aufnehmen wird. Die leidtragenden Familienmitglieder, die Geistlichkeit aller Confessionen, die Universität, der Magistrat, die Stadtverordneten und Bezirksvorsteher sämmtlich in Amtstracht, die übrigen Herren Communalbeamten, 20 Mitglieder der Bürgerwehr aus jedem Bezirk, die Schützengilde, die Gewerke mit ihren Emblemen werden nebst den übrigen Bürgern den Leichenzug bilden, der von Studirenden und den Mitgliedern der Handwerkervereine geleitet werden wird. Der Zug bewegt sich von der Neuen Kirche aus in folgender Ordnung: Trauermusikcorps, die Schützengilde, die Leichenwagen geführt durch die Mitglieder des Comité's ꝛc. als Trauermarschälle, die Leidtragenden Familienglieder, geführt durch die Geistlichkeit, Trauermusikcorps, die Universität, der Magistrat, die Stadtverordneten, die übrigen Communalbeamten, die Deputirten, Abtheilungen der Bürgerwehr nach der Reihenfolge der Bezirke geordnet, Trauermusikcorps, die Gewerke. Alle übrigen theilnehmenden Bürger, die Studirenden und Mitglieder der Handwerkervereine begleiten den Zug auf beiden Seiten. Die Schützengilde giebt die Ehrensalve. Die Behörden und Deputationen, namentlich die Deputirten-Abtheilungen der Bürgerwehr und die Gewerke versammeln sich an den von ihren Vorstehern dazu bezeichneten Plätzen und verfügen sich von dort aus um 1 Uhr nach dem Gendarmenmarkte, wo die mit der Anordnung des Trauerzuges beauftragten Bürgerbeamten ihnen die Plätze zu ihrer Aufstellung anweisen werden. Wir setzen hiervon unsere Mitbürger in Kenntniß. —

Das Comité für die Bestattung unserer Todten.

Becker, Stadtverordneter. Bötzow, Stadtverordneter. Dove, Professor a. d. Univers. Engeler, Stadtverordneter. Wilh. Ermeler, Commerzienrath. Hedemann, Stadtsyndicus. Herrenburger, Stadtverordneter. Karger, Buchdrucker. Koblank, Stadtrath. Lewald, Justizcommissar. Müller, Stadtverordneter. Otto Schomburgk. Schulze, Stadtschulrath. Seidel, Stadtverordneter. Steinmeyer, Stadtrath. Veit, Stadtverordn. Wache, K. G. Assessor. Wöniger, Schriftsteller.

Zugleich erließen die einzelnen Corporationen u. s. w. Bekanntmachungen, in denen der Versammlungsort und das, was sich auf das Aeußere der Feier bezog, näher angegeben war. Die „Freiwilligen von 1813, 14, 15“ werden von ihrem Vorstand aufgefordert, den am 18. und 19. März gefallenen

„Vaterlandsvertheidigern" die „letzte Ehre" zu erweisen; der Director August ruft die Schüler des Kölnischen Gymnasiums auf, um an dem Leichenbegängniß der „ruhmvoll Gefallenen" theilzunehmen; und auch die Kaufmannschaft von Berlin läßt bei dieser Gelegenheit ihr erstes Wort öffentlich vernehmen. Sie zeigt an, daß wegen der Leichenfeierlichkeit die Königliche Bank am 22sten geschlossen sein und an diesem Tage keine Börsen-Versammlung stattfinden werde. „Die Aeltesten der Kaufmannschaft haben beschlossen, der erhabenen Beerdigungsfeierlichkeit als Vertreter der Kaufmannschaft sich anzuschließen; sie laden die Corporationsmitglieder ein, mit ihnen möglichst zahlreich sich zu vereinigen."

Aus näheren und entfernteren Ortschaften waren in großer Masse Theilnehmer an dem sich vorbereitenden großartigen Akte eingetroffen. Theils hatten einzelne Ortsbehörden Deputationen entsandt, um durch deren unmittelbare Betheiligung an der Feier dem Volke der Hauptstadt ihre Sympathieen für die Thaten der Berliner erkennen zu lassen, theils waren Mitglieder der Bürgerschaften und Wehrmänner auf Verabredung in großer Anzahl zusammengetroffen. Studenten aus Halle, Jena, Greifswald vertraten die drei genannten Universitäten; (als Vertreter der letzgenannten waren die Herren v. Natzmer, Imandt und Jänisch bezeichnet.) Von den größeren Städten sahen sich besonders stark Magdeburg, Breslau, Frankfurt a. d. O., Halberstadt repräsentirt; auch aus Stettin, Potsdam, Spandau, Brandenburg, Oschersleben, Braunschweig, Hamburg, waren Theilnehmer der Feier gekommen. Eine bedeutende Zahl von Bürgern und Studenten aus Halle traf erst am Abende des 22sten ein.

Während der Nacht zum 22sten wurden die Vorbereitungs-Arbeiten der Handwerker in und vor der Neuen Kirche auf dem Gendarmenmarkte beendet. „Bei Fackelschein waren Hunderte von Arbeitern beschäftigt, an der großen Freitreppe der Kirche, vor der Säulenhalle, einen gigantischen Katafalk zu errichten. Emsige Hände bekleideten denselben mit Trauerflor und lebendigem Grün und am frühen Morgen standen hier die Särge, 183 an der Zahl, nebeneinander geschichtet. Jeder einzelne Sarg war mit Kränzen und Schleifen geschmückt. Alle Leichen bis auf 33 waren recognoscirt worden. Auch fünf Frauen und zwei zwölfjährige Knaben befanden sich darunter. Am meisten zeichneten sich die Särge des Regierungs-Referendarius v. Lensky und des Studenten der Rechte v. Holzendorf aus. Der Leiche des Letzteren, der mitten durch das Herz getroffen war, war eine dreifarbige Cokarde auf die Schußwunde geheftet . ."

Der entscheidende Ausgang, welchen die Angelegenheit des gemeinsamen Begräbnisses inzwischen durch die Unterhandlungen mit den militairischen Autoritäten, genommen, war nicht allein dem größten Theile der Bevölkerung, son-

dern selbst den meisten Mitgliedern des Bestattungscomité's noch bis zum Morgen des 22sten unbekannt geblieben. Hr. v. Minutoli hatte die Deputation aus dem Hotel de Russie auf die achte Morgenstunde zu sich beschieden, wo nach seinen Aeußerungen sich zwei Deputationen von entgegengesetzter Meinung einfinden würden; mit diesen sollte alsdann verhandelt werden. Als die erstgenannte Deputation zu der festgesetzten Stunde im Polizeipräsidium erschien, fand sie bereits eine andere von Bürgern aus Halberstadt vor, welche in ihren Versuchen, die Civilleichen von denen des Militairs getrennt zu wissen, gescheitert war. Ohne die Ankunft des Polizeipräsidenten abzuwarten, versuchte es der Stadtsyndicus Hedemann der berliner Deputation „in hochmüthigem Tone" entgegen zu treten, ja er sprach ihr das Recht ab, sich in eine so wichtige Sache zu mischen. Die Folge davon war, daß Hr. Hedemann „in die Grenzen des Schicklichen" zurückgewiesen wurde. Als nun dem bald darauf eintretenden Hrn. v. Minutoli nochmals die Sache vorgetragen war, erklärte sich dieser „in seiner freundlichen Weise" dahin, daß eine gemeinschaftliche Bestattung **nicht** stattfinden sollte, „selbst wenn auch etwa nur eine Minorität diese Absonderung beantrage." — Unterdessen hielt das Bestattungs-Comité seine letzte Sitzung, in der hauptsächlich der Plan über den Weg, den der Leichenzug einzuschlagen hätte, berathen wurde. Hierbei erschien es erforderlich, bestimmte Nachricht darüber zu haben, ob der König dem nach dem Plane des Comité's den Schloßplatz passirenden Zuge sich durch persönliches Erscheinen auf dem Balkon zu zeigen geneigt sein würde oder nicht. Die ängstlichen Gemüther im Comité stellten es als höchst bedenklich dar, wenn der ungeheure Zug seinen Weg, hier unmittelbar vor der Wohnung des Königs vorbei nehmen würde. Es könnte, hieß es, aus dem Zuge heraus verlangt werden, daß der König erschiene, um dem großartigen Schauspiele bis zu Ende beizuwohnen; es könnten auf diese Weise unangehme Störungen entstehen. Um diese vermieden zu sehen, hielt man es für nöthig, den König direct fragen zu lassen, ob er gesonnen sei, während der Zug sich über den Schloßplatz hin bewegen würde, auf den Balkon hinauszutreten. Hr. Assessor **Wache**, einer der eifrigsten Theilnehmer an den Arbeiten des Comité's, übernahm es, auch diese Angelegenheit zu dem gewünschten Ziele zu führen.

In Begleitung von drei bis vier Bürgerwehrmännern begab sich Herr Wache zur Mittagsstunde nach dem Schlosse. Eine Legitimationskarte, die ihm bereits an einem der vergangenen Tage im Schlosse zum Zwecke eines ungehinderten Eintrittes in die Empfangzimmer der Minister übergeben worden war, verschaffte ihm ohne weiteren Aufenthalt die Erfüllung des von ihm bei seinem Eintritt geäußerten Wunsches, den Grafen Arnim zu sprechen. Dieser trat alsbald in das große Mittelzimmer, nach dem Schloßplatze zu, in welches Hr. Wache geführt wurde, ein. Es war von den Mitgliedern der **breslauer** Deputation begleitet, die mit bedeutsamen Forderungen gekommen waren, für

welche sie eine unmittelbare und die schleunigste Entscheidung des Königs erwarteten. Beim Anblick jenes Mitgliedes des Bestattungs-Comité's — als solches erschien Hr. Wache durch besondere Abzeichen an der Kleidung kenntlich — ließ Graf Arnim seine Begleitung sofort bei Seite treten und wandte sich zu dem Deputirten des Comité's. Als dieser ihn den Wunsch des Comité's mitgetheilt hatte, äußerte Graf Arnim, „daß nach der Behandlung, die des Königs Person am Sonntage, den 19ten, von Seiten des Volkes ausgesetzt gewesen, Seiner Majestät wohl nicht zugemuthet werden könnte, sich der Bevölkerung wiederum bei einem aufregenden Akte zu zeigen, und vielleicht wiederholten unwürdigen Vorgängen sich zu exponiren." Herr Wache, in der Meinung, diese Aeußerung des Ministers drücke den bestimmten Entschluß aus, daß der König nicht erscheinen werde, wollte gehen; Graf Arnim jedoch hielt ihn zurück, mit dem Bemerken, daß über eine so wichtige Angelegenheit sofort ein Ministerrath entscheiden solle, und entfernte sich, Hrn. Wache mit den stets im Schlosse anwesenden Geheimenrath Costenoble und Major Leblanc zurücklassend. Da nach Verlauf einer halben Stunde weder der Minister zurückgekehrt, noch die Nachricht von dem Entschlusse der Minister oder des Königs eingetroffen war, so machte Hr. Wache die genannten Personen darauf aufmerksam, daß keine Zeit mehr zu verlieren sei; in einer halben Stunde beginne bereits der Zug sich in Bewegung zu setzen; es möge dies den Herren Ministern gemeldet werden. Er wurde hierauf in die Nähe des Berathungszimmers geführt: zugleich theilte sein Begleiter ihm mit, daß der König ihn wohl selbst sprechen würde. Dies geschah jedoch nicht; vielmehr traten alsbald die Minister Grafen Arnim und Schwerin und mit ihnen mehrere Stabsofficiere in Uniform aus dem Berathungszimmer, worauf der Erstere dem Hrn. Wache eröffnete, daß das Ministerium Sr. Majestät nicht dazu habe rathen können, während des Vorüberziehens der Leichenconducte auf den Balcon zu treten. Der König aber habe aus freiem Willen geäußert, daß er sehr gern den Todten seine Achtung bezeigen wolle, indem er persönlich auf dem Balcon erscheinen werde." Nun legen wir es aber — damit schloß Hr. v. Arnim seine Mittheilung — in Ihre Hand, dafür Sorge zu tragen, daß der Anstand und die Achtung des Volkes für den König beobachtet werde. — Als Hr. Wache hierauf das Versprechen gegeben, daß das Volk sich würdig benehmen werde, traten die Generale und Stabsoffiziere an ihn heran, um ihm nochmals die „Aufrechthaltung der Ordnung und Ruhe" dringend an Herz zu legen.

Die Minister waren bereits nach einem früheren Beschlusse des Comité's eingeladen worden, an dem Zuge persönlich theilnehmen. Sie hatten auch dieser Einladung Folge zu geben versprochen; der Zug jedoch erreichte sein Ende, ohne daß Einer derselben sich angeschlossen hätte.

Berlin bot am Morgen des 22. März den Anblick einer sich zu ungewöhnlich ernster Feierlichkeit vorbereitenden Stadt. Die öffentlichen Büreaus blieben geschlossen, nur sehr wenige Läden waren geöffnet. Dreifarbige- und Trauerfahnen wehten in allen Straßen. — Von den Morgenblättern erschien die Vossische Zeitung, auf ihrem Titelblatte mit einem schwarzen Rande versehen; an der Spitze des Blattes war angezeigt: „Alles, was in unserer Offizin arbeitet, wird heut der feierlichen Bestattung beiwohnen. Eine heilige Pflicht, von der wir Niemand zurückhalten können noch wollen." Von den Abendblättern, der berliner Zeitungshalle und der „Allgemeinen Preußischen Zeitung" erschien nur die letztere, und zwar nur einen halben Bogen stark, mit schwarzem Rande. Seinen spärlichen Umfang entschuldigte dieses Regierungsblatt durch folgende Anzeige: „Ganz Berlin hatte am heutigen Tage eine heilige Pflicht zu erfüllen. Den heldenmüthigen Opfern eines tief zu beklagenden, durch ein Zusammentreffen unglücklicher Zufälle, Gerüchte, Mißverständnisse und Irrungen entstandenen Kampfes, waren die letzten Ehren zu erweisen. Auch die an unserem Blatte Beschäftigten sind dieser Pflicht gefolgt."

Die Physignomie der Stadt findet sich in einem Berichte jener Tage folgendermaßen geschildert:

Der frühe Morgen des 22sten fand bereits selbst die entfernteren Stadttheile in der größten Bewegung. Von den Häusern und aus den Fenstern wehten, neben der deutschen Flagge, große Trauerflore. Schwarze Fahnen waren auf den Thoren aufgezogen und wehten von den Zinnen des Schlosses. Die Männer hatten den Trauerflor um den Arm oder um den Hut, die Frauen erschienen in schwarzen Kleidern auf den Balkonen, an den Fenstern und auf den Straßen. Zu beiden Seiten der Straßen, auf dem Bürgersteige, stellten sich die Zuschauer auf, den Schloßplatz bedeckte eine unabsehbare Menge von dem Gendarmenmarkte ab bis an die Gruft vor dem Landsberger Thore, Alle in der ruhigsten Haltung, den höchsten Ernst in den Zügen, die Schmerzensthräne im Auge. Vor der neuen Kirche erhob sich eine mit Trauerfloren und Blumen geschmückte Estrade, worauf die Särge aufgestellt waren. Um Mittag zogen die verschiedenen Abtheilungen der Bürgergarde, der Studenten, der Handwerker und Corporationen von ihren Sammelplätzen heran und stellten sich auf den ihnen bezeichneten Plätzen auf. Die Schützengilde, welche damit beauftragt war, über der Gruft die Ehrensalven abzufeuern, der Magistrat und die Stadtverordneten, mit ihren goldenen Ketten geschmückt, die Geistlichen aller Confessionen stellten sich zu dem Zuge ein. In der neuen Kirche standen am Altar die evangelischen Geistlichen, unter Führung des Bischofs Neander, um die Leidtragenden zu empfangen, die von dem Leichen-Comité eingeführt wurden. Unter dem Choral „Jesus meine Zuversicht" verließ man darauf die Kirche und näherte sich den Särgen. Das Hofmarschall-Amt hatte einen Obergärtner mit Arbeitern gesendet, um den Blumenschmuck zu ordnen, der aus den Königl. Gärten mit der größten Bereitwilligkeit verabfolgt worden war. Den Leidtragenden reichte man frische Blumensträuße.

Den alten berliner Morgenzeitungen entnehmen wir die folgende Schilderung der Leichenfeierlichkeit; jenen beiden Blättern, die während eines mehr als hundertjährigen Vegetirens, ihre Hauptthätigkeit in wortreichen Beschreibungen, pomphaften Hof- und Staatsactionen, glänzender Jubiläen u. dergl. m. entwickelt hatten, und die nun, nach dreitägiger Uebung sich fähig sahen, den großen, außergewöhnlichen Akt einer bedeutungsvollen Volksfeier darzustellen,

und diese Darstellung mit zum Theil neuen Redensarten, jenen hundertjährigen beigemischt, auszuschmücken. Die Vossische erzählt:

Heute Mittag um 2 Uhr fand die große Beerdigungsfeier für die in der Nacht vom 18. zum 19. März gefallenen Kämpfer des Volkes statt. Eine Trauerfeier, wie sie die Geschichte unseres Volkes noch nicht aufzuweisen hat, ja, die in der Bedeutung und dem Umfange vielleicht noch nie und nirgend da gewesen ist. Selbst noch im tiefsten davon erschüttert ist es uns nicht möglich, mehr als einzelne Züge des ungeheuren Gemäldes, das sich durch die ganze Stadt hinzog, auf das Blatt zu werfen. Schon vom frühen Morgen an war die Stadt in größter Bewegung. Die Massen sammelten sich vorzugsweise in der Gegend, von der der Zug ausgehen sollte. Tausende drängten sich vor der neuen Kirche am Gendarmenmarkt, hatten die große Treppe des Schauspielhauses und die des französischen Thurmes besetzt, um die vor der Kirche aufgestellten Särge zu betrachten. Die Säulen-Façade des Gebäudes war mit schwarzen, lang herabwehenden Trauerflören behangen. Die auf einer, die Treppe überdeckenden Estrade aufgestellten Särge, gegen zweihundert, so viel wir schätzen konnten, waren gleichfalls mit Trauerflören und Blumen geschmückt, und eine Terrasse von Grün und Blumen baute sich auf einem Mittelgang zwischen den Särgen die Treppe hinauf. Unter der versammelten Menge herrschte Ernst, Ordnung und Stille. Viele Trauerfahnen wehten neben den deutschen dreifarbigen von den Häusern. Alles trug Trauer oder Trauerzeichen. Um die Mittagsstunde wuchs die Bewegung und dehnte sich auf sämmtliche Stadttheile aus. Ueberall sah man die Gewerke und Corporationen, die Abtheilungen der Bürgergarde, der Schützen, der Studirenden zusammentreten, sich ordnen und nach ihrem Bestimmungsorte abmarschiren. Alles in der größten Ordnung, in feierlicher Stille, imponirend durch die unübersehbaren Massen, die sich zusammensetzten. Der Gendarmenmarkt war der Sammelplatz dieser Abtheilungen. Er bot ein Gemälde dar, dessen Eindruck keine Feder schildert. Die schwarzen, wogenden Menschenmassen, die sich hier beisammen fanden, wurden unterbrochen durch zahllose Fahnen der Gewerke und der deutschen, dreifarbigen Banner, die in dem Strahl der hellen Sonne flatterten. Die Häuser ringsum waren mit Menschen erfüllt, ja die Dächer selbst damit besetzt, namentlich das des Schauspielhauses und des französischen Thurmes. Auf den beiden Fronttreppen beider Kirchen wimmelten die Menschenmassen. Dennoch eine Ordnung, eine Ruhe, ja fast eine tiefe Stille, die einen heiligenden Eindruck machten. Man vernahm kein lautes Wort, auf jedem Antlitz prägte sich der schwere Ernst des Tages aus, immer dichter füllte sich der Platz durch die heran nahenden Züge. Man sah die Schützengilde in ihren reichen Uniformen aufmarschiren; die Stadtverordneten und der Magistrat im Festornat mit der goldenen Kette zogen heran, die Zöglinge des Gewerbe-Instituts, die evangelische und katholische Geistlichkeit, auch alle Beamten der verschiedenen Dikasterien hatten sich der Feier angeschlossen. Alle Züge, die nicht unter Waffen gingen, waren von Marschällen mit Trauerstäben begleitet. Im Hintergrund dieses wogenden Meeres von Menschen stieg das düstere Gerüst mit seinen Särgen empor, die im Schmuck des Grüns und der Kränze aufgestellt, mitten in der tiefen Trauer die sanfteren Empfindungen des Trostes und der Hoffnung erregten. — Um 2 Uhr ertönte Glockengeläut von den Thürmen herab, und der von einem Posaunenchor geblasene Choral „Jesus meine Zuversicht" gab das Zeichen, daß der Zug sich in Bewegung setzen werde.

Ehe er jedoch vorrückte wurden die „Weihereden" der Geistlichen auf dem Platze vor der neuen Kirche, gesprochen. Drei Redner der Weihe, der evangelische Prediger, Hr. Sydow, der katholische Caplan, Hr. Ruland, der jüdische Rabbiner, Hr. Sachs, traten der Reihe nach auf. Der Prediger der Deutsch-Katholiken, Hr. Brauner machte einige Tage später bekannt, ein „Mißverständniß" habe es verschuldet, „daß er am 22sten nicht bei Zeiten den Trauerkatafalk bestiegen, um auch im Namen der deutsch-katholischen Gemeinde das Wort zu ergreifen." Die „Genossenschaft für Reform im Judenthum," die sich gleichfalls bei der Weihe nicht vertreten sah, hatte schon am Vormittag eine „Todtenfeier" abgehalten. — „Eine lautlose Stille,"

so berichtet eine nachträgliche Mittheilung der Vossischen, „herrschte in der Völkerversammlung — denn nur so konnte man diese Versammlung nennen —; wohin das Auge reichte, war Kopf an Kopf gedrängt. Da trat der Prediger Sydow vor den Altar des Katafalks. Alle Häupter entblößten sich und es erfolgte eine herzliche, tief ergreifende Ansprache an die Menge: „Traget sie hinaus die Brüder, welche gefallen sind in dem Kampfe, der so seegensreiche Folgen für das Vaterland gehabt hat und der bestimmt ist, jetzt das Band der Liebe und Einigkeit um das ganze deutsche Vaterland zu schlingen. Lasset in der Ehrfurcht vor den Todten alle Gefühle, welche in der einzelnen Brust verschieden wogen, untergehen. Denket an den Willen Gottes, der die Geschicke der Menschen regiert und alles zum Besten führt, der die Kugeln in der Schlacht leitet und Leben giebt und nimmt.“ Mit diesen Worten etwa hob der Redner an.

„Einige Worte zur Einsegnung“ sprach hierauf Hr. Ruland, Kaplan zu St. Hedwig:

Auch der katholische Geistliche grüßt im Namen seiner Kirche die sterblichen Ueberreste derer, die von nun an ruhen sollen in gemeinschaftlicher Erde. Von der einen Seite Tod und Verwesung, von der anderen Auferstehung und Leben, steht sein Herz, wie Aller Herzen, jetzt unter dem Doppeleindrucke der Freude und der Trauer. — Trauer, daß so viele Opfer dasselbe Grab umfassen muß, Freude, daß es ein einziges Grab ist, das alle diese Opfer einschließt. Wird dieses Grab das Zeichen der Vereinigung für Alle; wird diese Einheit aus diesem einen Grabe heraus gepredigt werden für immer an unser gesammtes liebes deutsches Vaterland, ist dieses eine Grab der Durchgang zur Auferstehung für uns Alle, dann seid gegrüßet, die Ihr hier als Leichen um mich stehet. Eure Todesseufzer waren die Posaunen, die diese Auferstehung uns verkündet haben. In diesem Sinne segne ich Euch ....

Der Rabbiner Dr. Sachs schloß den geistlichen Akt mit folgender Ansprache:

Im Namen jenes uralten Bekenntnisses, das als lebendiger Zeuge der Weltgeschichte und Weltgeschicke seit Jahrtausenden dasteht, im Namen jener alten Gotteslehre, die der Menschheit ihren Gott gebracht, die sie gelehrt, in den Stürmen und Wogen der Ereignisse die leitende und waltende ewige Vorsehung zu schauen, die sie angeleitet, das Wehen des Gottesodems in dem Leben der Völker zu erkennen, die durch den begeisterten Mund ihrer Herolde, die Propheten für Wahrheit und Recht das Wort genommen, im Namen jenes alten, ewigen Bundes, der den Gedanken der Brüderlichkeit, liebender Theilnahme des Menschen am Menschen in ihrem Kreise zuerst begründet und gepflanzt, nehme auch ich aus tiefbewegter Brust und ergriffner voller Seele das Wort in diesem erhabenen, weihevollen Momente. Es war nicht der Tod, der sie Alle gleichgemacht, die hier ruhen, sondern die Kraft des Lebens, die Macht einer Idee, die Gluth der Begeisterung, die alle Dämme und Scheidewände niederriß, welche sonst den Menschen von sich selbst, den Menschen vom Menschen scheiden. Es war die Macht einer Ueberzeugung, eine Erhebung der edelsten Gefühle und Gedanken, die jene Hingeschiedene .. hinaustrieb in den Todeskampf; es waren die würdigsten Ziele, für die sie gerungen, und denen sie mit Einsetzung ihres Lebens entgegengingen, das freie Selbstbewußtsein, die in ihrem Gebrauche ungehinderte, unbegrenzte Kraft des Mannes, die sie dem Vaterlande erstreiten halfen ...

Die Särge wurden nun aufgenommen; der Zug setzte sich in Bewegung.

Es war ihm (fährt der Bericht der Voss. Zeit. fort) durch eine Kette, die von 3000 Mann, theils Mitgliedern des Handwerkervereins, theils Studirenden und Bürgergarde gebildet wurde, die freie Bahn bis zum Ort der Bestattung, dem Friedrichshain, eine Weglänge von etwa anderthalb Stunden, geöffnet. Zwanzig Reiter in schwarzer Kleidung

mit Trauerflören brachten durch diese weite Strecke die nöthigen Bestimmungen und Anordnungen hin und her, und genügten, die vollständigste Ordnung zu erhalten. Der Zug nahm seinen Weg zunächst durch die Charlottenstraße nach den Linden. Trauer-Musik-Corps eröffneten ihn; andere Musik-Corps waren an verschiedenen Punkten aufgestellt, noch andere theilten die Länge des Zugs in Abschnitte. Demnächst folgte die Schützengilde, ihre Führer zu Pferde, die Fahnen umflort. Dann sah man mit schmerzlichster Theilnahme die Angehörigen der Gefallenen in Trauerkleidung, mit grünen Kränzen in den Händen. An diese schlossen sich die Särge auf Bahren, von den Gewerksgenossen, oder den Arbeitergefährten, oder Denjenigen überhaupt, welchen der Verstorbene im Leben zunächst angehörte, getragen. — Langsam feierlich bewegte sich der Zug vorwärts; unbedeckten Hauptes ließ ihn das in vielen, vielen Tausenden versammelte Volk vorüberziehen. Keine Auge blieb ohne Thränen! — Ein rührend feierlicher Moment trat am Opernplatze ein. Der weite Raum hier war unübersehbar mit Menschen angefüllt, doch in dem Augenblicke, wo die Spitze des Zuges sichtbar wurde, herrschte eine lautlose Stille. Da stimmte von der Treppe des Opernhauses der Dom-Chor, der daselbst aufgestellt war, den Choral: „Jesus meine Zuversicht;" an. Die sanften, schönen Klänge drangen durch die tiefe Stille die über der Volksmasse schwebte, und bewegten die Brust mit Wehmuth und Erhebung zugleich! — — Ein zweiter erschütternder Augenblick war der, als der Trauerzug am Schloß vorbei ging. Als die Spitze desselben das zweite Portal erreichte, trat der König, umgeben von Ministern und Adjutanten heraus auf den Balkon; zwei Trauerfahnen wurden von dort herabgesenkt, und die dreifarbige in der Mitte beider gleichfalls grüßend geneigt. Der König begrüßte die Todten, indem er den Helm abnahm und blieb entblößten Hauptes, bis die Särge vorüber waren. — Dieselben wurden in Abtheilungen getragen; bei jeder Abtheilung erschien der König wieder, und brachte denselben Gruß dar. — Von dort ging der Zug die Königsstraße entlang und über den Alexanderplatz zum Landsbergerthor hinaus. Einen unbeschreiblich mächtigen Eindruck gewährte es, als die Reihen der Särge von der Abendsonne beleuchtet, die Höhe vor dem Landsberger Thore hinaufgetragen wurden, und ein Jeder im Stande war, den mächtigen Zug wenigstens theilweise in seiner unabmeßbaren Länge zu übersehen. Auf der höchsten Spitze der Anhöhen war, eine aus vier langen unterirdischen Straßen bestehende Gruft gegraben, in welcher die Särge nebeneinander beigesetzt und mit Blumen bekränzt wurden. Die Geistlichkeit nahm ihren Platz auf der zwischen diesen vier Straßen stehen gebliebenen Terrasse.

Zur Ergänzung dieses Berichtes werde aus dem ausführlicheren der Spenerschen und den nachträglichen Mittheilungen der Vossischen Zeitung noch Folgendes mitgetheilt:

Es war ein schöner sonniger Märztag, schön wie ein Tag im Mai, und es möchte wohl wenige Einwohner Berlins gegeben haben, welche, wenn nicht im Zuge selbst, doch als Zuschauer sich eingefunden hatten. Berlin hat etwas Aehnliches noch nicht gesehen. Es war ein Zug von 183 Särgen mit mehreren Hunderten von Fahnen, geleitet von wenigstens zwanzigtausend (nach Anderen 60 — 80,000) bewaffneten und unbewaffneten Bürgern, Studenten, Handwerkern, Beamten, Künstlern, Gelehrten, Lehrern, Schülern, Arbeitern, durchgängig in schwarzer Kleidung mit der deutschen Kokarde am Hut, bis auf vier Offiziere und Unteroffiziere in Uniform mit Trauerflor und einige Barrikadenkämpfer, in derselben Kleidung, in welcher sie auf den Barrikaden gestanden. Mehrere im Zuge trugen die Arme in der Binde oder hatten den Kopf wegen der Wunde, die sie erhalten verbunden. — Ein Arbeiter, Drechslergeselle Gustav Hesse aus Halle, ein tapferer Kämpfer aus der Nacht zum 19ten, schritt bei dem Zuge in einer blauen Blouse, reich bekränzt, einher; bei seinem Erscheinen präsentirte die Bürgerwehr und die Zuschauer grüßten ihn ehrerbietig. — Große Theilnahme erregten die Studenten. Alexander von Humboldt und der Rector der Universität eröffneten den Zug der Professoren und Studirenden. Die ersteren waren in der Amtstracht, die letzteren trugen ihre Schläger. Ferner blickte man mit Theilnahme auf die in militairischer Haltung und Bewaffnung einherschreitenden Mitglieder des Handwerkervereins und der zahlreichen Fabrikarbeiter, die fast alle hinter oder auf den Barrikaden gestanden haben. Hr. Borsig selbst schritt seinem Zuge voran. — Die Statuen von Scharnhorst, Bülow und Blücher waren mit deutschen Fahnen geschmückt. — Das Landsbergerthor war mit Blumen, Kränzen, Blumentöpfen und Eichengewinden (welche schöne Zierde die königlichen Gärten

geliefert) in üppiger Fülle bedeckt; auf demselben prangte eine Tafel mit der Inschrift: „Zum Andenken der Gefallenen." Die einzelnen Bestandtheile des Zuges waren folgendermaßen aneinandergereiht: Zuerst eine kleine Abtheilung bewaffneter junger Leute, Gymnasiasten mit Gewehren und Säbeln, eine Abtheilung des Handwerkervereins mit Säbeln bewaffnet, ein Trupp mit Gewehren bewaffneter Bürger, geführt von einem Fahnenträger, dem Thierarzt Urban; sechs berittene Bürger; Musiker und Sängerchor, ein Banner mit allegorischer Darstellung, von Bürgern begleitet. Dann die berliner Schützengilde, Deputation der potsdamer, magdeburger und anderer Schützengilden. Den Zug der nun folgenden Särge führte ein Mitglied des Bestattungs-Comité, Hr. Assessor Wache, als Trauer-Marschall an. Ihm folgte der Bezirksvorsteher Drewitz, welcher ein Atlaskissen mit der Inschrift: „Den gefallenen Helden des 18. und 19. März die Frauen und Jungfrauen des Neuenmarktbezirkes" trug; hinter ihm 15 schwarzgekleidete junge Damen aus dem Familienverein der Jakobsstraße, deren jede auf einem Kissen einen weißen Kranz trug. Hierauf die Särge, jeder von sechs Männern getragen. Zwischen den Särgen waren die Gewerke mit ihren Fahnen und Emblemen eingeordnet, indem jedes Gewerk die ihm angehörigen Todten führte. In bestimmten Zwischenräumen Musikcorps; unzählige dreifarbige und schwarze Fahnen, die „den Barrikadenkämpfern des Frankfurter Thorbezirks gewidmete" weiße Fahne mit Trauerrand, ein Zug Italiener, unter ihnen die Mitglieder der italienischen Oper, mit der grün-roth-weißen Nationalfahne, die polnische Legion mit der roth-weißen und deutschen Fahne, die Fahne der Juristen, mit der Inschrift: „Freiheit und Recht;" die Mitglieder der kaufmännischen Corporation, die junge Kaufmannschaft, Bürgerwehrzüge, Bürgerschützen, sie Alle bewegten sich innerhalb des Zuges der Särge, der mit einem schwarzumflorten Kindersarge endend, von dem Stadtverordneten, Kaufmann Gleich als Trauermarschall, geschlossen wurde. Folgt die Geistlichkeit aller Confessionen, die Leidtragenden begleitend, an der Spitze der Bischof Neander und Prediger Sydow. Hierauf der Rector und die Dekane der Universität in Amtstracht, die Studirenden, vorauf das Reichsbanner und die deutsche Fahne; eine Abtheilung des bewaffneten Handwerkervereins, Marschälle, Büchsenschützen, die Schriftsteller und Literaten mit einer Fahne: „Die freie Presse," die Malmène-schen Waisenknaben, ein Zug Bürger, die Abgeordneten auswärtiger Städte, die deutsche Fahne vorauf, der Magistrat und die Stadtverordneten, mit den umflorten Amtszeichen, die Vorsteher der jüdischen Gemeinde, die Bezirksvorsteher, die Schüler des grauen Klosters, des Friedrichsstädtischen Gymnasiums und sämmtlicher Schulen, Communalbeamte, Bürgerwehren in langen Zügen mit schwarzen Fahnen, Musikcorps, der Polizeipräsident v. Minutoli in Uniform, Bürger, Gewerke; die Arbeiter der Borsigschen Fabrik mit zwei deutschen Fahnen, ebenso die der Egells'schen und Rüdiger'schen, die der „Eisengießerei der Nation" (früher und später Königlichen Eisengießerei) und der Sigl'schen, Trauermarschälle, Gewerke, die Wöhlert'schen und Weber'schen Fabrikarbeiter, die der „National-" (Königlichen) Maschinenbauanstalt in Moabit, alle mit ihren Fahnen an der Spitze, die Fischer, Böttcher und viele andere Innungen in großen Zügen mit Fahnen und Bannern voran, ein Zug unbewaffneter Mitglieder des Handwerkervereines. Ein Mitglied des Beerdigungs-Comité's, Hr. Dr. Wöniger, schloß der Zug.

Am Grabe war ein Chor von etwa 400 Männerstimmen, Mitgliedern der Singakademie, des Gesellenvereins, verschiedenen Privatvereinen und Lehrern, aufgestellt. Den Gesang leiteten die Musik-Direktoren Rungenhagen, Grell, Schneider, die Musiklehrer Geyer, Hertzsprung, Hauer und Mücke. Ein Musikcorps, welches nur aus Hautboisten verschiedener Militair-Regimenter bestand und zu der Leichenfeier nach Berlin gekommen war, leiteten die Musik-Directoren Wieprecht und Liebig.

Die Spitze des Zuges hatte bereits das Ziel erreicht, als das Ende desselben kaum begonnen sich in Bewegung zu setzen; es währte gegen drei Stunden, bis die einzelnen Bestandtheile des Zuges im Friedrichshain beisammen waren. Hier erhob sich in der Mitte der Gräberreihen ein hoher Mast mit dem verschleierten deutschen Adler und dem Wappen der Stadt Berlin; Lorbeerzweige und Cypressen waren tiefer unten angebracht. Als die Särge hinabgesenkt waren, hielt der Prediger Sydow die Gedächtniß-

rede.*) Indem er sich auf die neutestamentlichen Worte bezieht: „Wahrlich ich sage euch, es sei denn, daß das Waizenkorn in die Erde falle und ersterbe, sonst bleibt es allein: wo es aber erstirbt, bringt es viele Früchte," ruft er aus:

Blicket hin auf diese Reihen von Särgen; eine reiche Erndte hat der Tod gehalten und über mancher Mutter Sohn ist das unerwartete Verhängniß hereingebrochen. Dieser Leben sterbliche Hülle wollen wir jetzt in die Erde einsenken, auch unter Gottes Segen ein früchtereiches Samenkorn uns und den künftigen Zeiten. Als wir sie hergetragen in ernstem, feierlichen Zuge durch die Straßen unserer Hauptstadt, haben in beredter Stille die Herzen und Blicke von Hunderttausenden ihnen die Bürgschaft mitgegeben in das Grab, daß sie gefallen sind für die Zukunft eines in Gottesfurcht, Verstand und Sitte zur Freiheit gereiften Volkes. Dies erhebe uns in dieser schmerzlichen Stunde zu einer Hoffnung, die nicht zu Schanden werden läßt und verkläre all unser Leid zu frommer Zuversicht und Ergebung. (Sich hierauf an die Verwandten der Gefallenen wendend, fährt der Redner fort:)

Diese weite Gruft, ja, was sage ich, dieser gleich mit dem Anfang schon geschlossene Kirchhof öffnet vor unsern erschrockenen Blicken seinen Mund und klagt sprechender als Worte es vermögen, die Größe Eures Kummers. Kann Mitgefühl Eure Seele erleichtern — Euer Schmerz wird von Millionen tief und innig getheilt. Mischt sich in ihn auch die Sorge für die äußere Zukunft — unsere Stadt, unser Vaterland empfängt und übernimmt diese Sorge als ein heiliges Vermächtniß unsrer Todten. Weinet, Euer Schmerz ist gerecht; weinet, wir weinen mit Euch!

.... Weinet, wir weinen mit Euch! aber lasset uns bedenken, daß sie mit ihrem Blute uns, den Ueberlebenden, die erhabensten Güter versiegelt haben, für die das Leben des Menschen kein zu hoher Preis ist. Einst, so heißt es im Worte des Lebens, schwebte der Geist Gottes über den Wassern und gestaltete durch seine inwohnenden Kräfte aus dem stürmischen Durcheinander der Elemente diese schöne Welt zur Ehre des Schöpfers. Lasset den Geist Gottes schweben über den Wassern unserer Thränen, daß er, ein Geist des Trostes, der Kraft und des Maßes, aus diesen Tagen herausgestalte die schöne Bildung einer besseren Zukunft unseres geliebten Vaterlandes.

.... Jede Erbitterung, die die Reinheit unseres wehmüthigen aber hochgestimmten Herzens trüben müßte, werde hinausgethan für immer; jeder Groll, jede persönliche Rachsucht mache Raum dem Geist der Vergebung. Friede, Friede, Eintracht und Versöhnung gehe aus von dieser Stätte; volle Anerkennung, Ehre auf beiden Seiten jedem, der im Gedanken der Pflicht, in der Ueberzeugung seines Gewissens gestritten und gefallen. Wo eine neue Ordnung der Dinge von einer alten kämpfend sich losringen muß, da geht es zunächst nicht ab ohne Bruch und Widerstoß; aber den braven Gegner, der mit seiner Einsicht und seinem Gewissensurtheil noch in dem gegnerischen System gebunden ist, sollen wir ehren und nicht hassen. Darin ehren wir das Christenthum und uns selbst. Wohl sind auch Thaten der Grausamkeit, der persönlich aufgeregten Leidenschaft geschehen. Versenken wir sie, wie es Christen geziemt, in das Grab des Vergebens und Vergessens.

Aber warum mußte es so kommen? Brüder, die Vorsehung geht ihren Gang, wir können sie nicht meistern; an uns ist es, ihre Winke nicht mißzuverstehen und die Bahn, die sie uns zeigt, nicht zu verfehlen. Ja, es ist wahr, es ist geschehen, daß sich zwischen den König und sein treues Volk eine schwüle unheilvolle Wolke hat lagern können, die seinen sonst so klaren, königlichen Blick in Täuschung gehalten, die sein treues Herz geirrt hat; aber nun ist sie ja vergangen, vergangen wie das einschläfernd einförmige Geräusch eines Lastwagens verstummt unter dem erfrischenden, rollenden Donner Jehova's. Das Wort des Einverständnisses ist gefunden, wiedergekommen ist unseren Herzen der unaussprechliche Segen des Vertrauens. Fassen wir die große weltgeschichtliche Bedeutung dieses Augenblickes, dieses entscheidenden Wendepunktes in der Entwickelung unseres preußischen, unseres deutschen Vaterlandes, verlieren und verderben wir ihn nicht durch Trägheit, Mißverstand oder Schuld. Er ist zu groß, um kleinlichen Interessen und Empfindungen Raum zu verstatten. Schande, unauslöschliche Schande dem, der jetzt niedrigen,

*) Diese so wie die vorher erwähnten Reden von Dr. Sachs und Caplan Ruland sind später im Verlage des „Literarischen Institutes," zum Besten der Hinterbliebenen „auf beiden Seiten," gedruckt erschienen.

eigensüchtigen Zwecken, unwürdigen Partei-Leidenschaften fröhnen wollte, der nicht sich selbst hintenansetzend in der Liebe, in der Geduld, in der Hingebung eines vaterländischen Herzens seinen ganzen Willen und seine ganze Kraft der ruhigen, ordnungsmäßigen Gestaltung des Ganzen weihete, aus der doch allein nur die Wohlfahrt aller Einzelnen, der Stände wie der Personen, würdig, gerecht und gesichert hervorgehen kann. Kräftigster Widerstand dem schleichenden und schürenden Geiste, der das Wohl aller Klassen der Gesellschaft durch Untergrabung des gegenseitigen Vertrauens und des besonnenen Ordnens auf das Spiel setzt, daß wir bewahrt bleiben vor den Zuständen eines Nachbarvolkes, welches vielleicht in diesen Augenblicken schon sich in brudermörderischem Kampfe zerfleischt. Schaaren wir uns darum in treuem vaterländischen Gemeinsinn um unseren theuren König. Wie von Neuem uns geschenkt, ist er ja an unsere Spitze getreten, um uns einer neuen herrlichen Zukunft entgegen zu führen. Einen hohen, kühnen Griff hat er gethan in die Gestaltung der Geschicke unseres schönen deutschen Vaterlandes. Der große Augenblick fordert großes Vertrauen; es wird ihm nicht versagt werden von Deutschlands Völkern und Fürsten, auch unsere treue Hülfe darf und soll ihm nicht fehlen.

Wofür unsere Väter in den großen Kriegen unserer Freiheit gestritten, was mehr oder weniger durch die Unbill der Herrscher und durch die Ungunst der Zeiten uns vorenthalten und verkümmert worden, es ist jetzt errungen, daß wir es bewachen, daß wir es nicht von Neuem verlieren, daß wir es nun ordnungsmäßig ausgestalten. Ehre jedem Stande, und jeder gerechten Forderung gerechte Rücksicht. Das sind die Früchte, die dieses vielbeweinte Saamenkorn bringen wird, welches wir hier in diese weitklaffende Furche unserer freien vaterländischen Erde einsenken.

In dem Denkstein, der diese Stätte zieren wird, welche die Gebeine der Märtyrer unserer Freiheiten und Rechte umschließt, wird eine Seele heiliger Erinnerung wohnen. Künftige Geschlechter sollen zu ihm pilgern, und er wird ihnen von den großen Zeichen berichten, die Gott der Herr in diesen schweren Zeiten gethan, und er wird Kindern und Kindeskindern zur Warnung und zur Lehre, zu Trost und stolzer Freude von den Leiden und Thaten ihrer Väter und Mütter erzählen.

Hierauf sprach der Bischof Dr. Neander den „Segen." — Die Fahnen wurden nun in üblich militairischer Weise gesenkt, und das Schützencorps gab die Ehrensalve. Damit sollte die „officielle" Feier beendigt sein. Doch Herr Jung hatte noch den nach eigenem Wunsche übernommenen Auftrag der Versammlung des Hotel de Russie auszuführen. Als Hr. Jung demgemäß sich anschickte, seine Ansprache an die Tausende von Versammelten, die den Begräbnißplatz noch nicht verlassen hatten, zu halten, wurde er von einigen Mitgliedern des Comité's unterbrochen, indem diese nach den Reden der Geistlichen die eines unbekannten Bürgerlichen, deren Tendenz vielleicht „aufregend" sein könnte, für überflüssig erachteten. Da jedoch die Unterbrechung selbst Störungen hervorzubringen drohte, so hörte der Widerspruch des Comité's und der dasselbe unterstützenden Bürgerwehr auf, sich ferner geltend zu machen, und Hr. Jung hielt nun ungehindert jene Rede, deren Inhalt er bereits am Abende vorher seinen Auftraggebern zu deren Zufriedenheit im Allgemeinen mitgetheilt hatte. Sie lautete:*)

Sie haben gehört Worte der Versöhnung, des Friedens: wir sollen verzeihen, wir sollen vergessen. Wohlan denn, ihr Brüder! Die Rache mag schwinden, die rohe Rache, die Blut für Blut fordert; aber sühnen wollen wir dieser Todten Blut, indem wir als heiliges Vermächtniß das übernehmen und durchkämpfen, wofür sie gestorben sind. Wir wollen verzeihen, aber nicht vergessen, wir wollen den Frieden, aber nicht die Ruhe; Schmach uns, wenn wir in träger Ermüdung oder in der Furcht vor Aufregung an diesen frischen Gräbern uns nie-

*) Zuerst durch die „Zeitungshalle" und danach in einem besonderen Abdrucke (bei F. Reichardt) „zum Besten der Hinterbliebenen" veröffentlicht.

verlassen wollten zu einem schmachvollen Frieden, der dem Sieger die Früchte, den Todten hier die Sühne raubt.

Wohlan, es schweige die blutige Rache, aber statt ihrer erstehe aus dem Blute ein mahnender Geist, ein Geist der geistigen Wachsamkeit, der uns auf ewig von jener Versunkenheit, jener Indolenz bewahre, die das deutsche Volk zum Spielball einheimischer und fremder Politik machte.

Wohlauf, meine Herren, wie Antonius das Testament des ermordeten Cäsars, eröffne ich Ihnen das Testament des gemordeten Volkes; nicht das Testament eines Tyrannen, der die Gunst des Volkes mit Gold erkaufen wollte, das Testament schlichter aber freier Männer vom Volke für das Volk, die mehr als alle Schätze, die ihr Herzblut dahingaben.

Wachet, heißt es in diesem heiligen Buche, wachet o ihr Brüder, daß der Freiheit, für die wir starben, nichts mehr verkümmert, nichts geraubt, nichts abgelistet werde. Wachet, o ihr Brüder, daß Preußens Stern nicht mehr blos auf dem rohen Schlachtgefilde, nicht auf der feilen Brust des Höflings, sondern daß er hoch an jenem friedlichen Himmel erglänze, wo die Zeichen der freien gebildeten Nationen sich zu einem Sternbilde vereinigen.

Wachet, o ihr Brüder, so tönt die hehre Grabesstimme, daß die Angst furchtsamer Seelen, oder das Interesse Derjenigen, die herrschen wollen auf Kosten Anderer, daß Mißtrauen die Fackel der Zwietracht unter euch nicht entzünde. Wenn ihr vereint auf den Barrikaden sterben konntet, so werdet ihr vereint auch leben können; wenn der Reiche ohne Mißtrauen mit dem Mann im zerrissenen Rocke die Gefahr des Kampfes theilen konnte, wie sollte er ihn zurückstoßen können von irgend einer Institution, irgend einem Rechte, welches der Kampf errungen hat?

Fort auf ewig in die Nacht der Vergessenheit mit allen Scheidemauern der Menschen, tragt sie ab die Barrikaden eures Herzens, nachdem ihr die des Kampfes abgetragen habt. Es giebt keinen Pöbel, keinen rohen Haufen, kein Gesindel mehr; denn wir, so sprechen die Todten, haben mit unserm Blute euren Bürger- und Freiheitsbrief besiegelt.

So vermachen wir denen, so spricht das Testament, auch Allen gleiche Rechte, gleiches Gesetz, gleiches Gericht, gleiche Theilnahme an der Gesetzgebung. Frei mögt ihr reden und schreiben, frei euch vereinigen. Wehe dem, der irgend einen Mann, den das Urtheil eines Volksgerichts nicht gebrandmarkt hat, für unfähig oder unwürdig zu irgend einem dieser Rechte erklären wollte. Das Volk wähle seine Gesetzgeber selbst aus jedem Stande, der ihm beliebt, und schützend wird es die Einrichtungen umstehen, die es sich selbst gegeben hat. — Wehe dem, der dem Geringsten unter ihm das Recht verkümmern wollte, welches wir ihm hier mit unserm Blute vermachen. Denn wir haben gezeigt, wie auch der Mann des Volks für das Vaterland reden kann, reden mit dem Röcheln der todeswunden Brust. — Wehe dem, der denjenigen, der da sterben konnte für sein Vaterland, für unwürdig, für unfähig erklären will, zu wissen, was ihm gut ist und danach seine Gesetzgeber zu wählen.

Hier liegen sie alle beisammen die Männer der Kunst, der Literatur, des Gewerbes, der Arbeit, der letzteren in größter Anzahl. Was der Tod vereinigt hat, wird der Lebende es wieder zu trennen wagen?

Ihr scheidet aber, wenn ihr sagt: bis hierher geht die Fähigkeit zu wählen, Waffen zu tragen, sich zu vereinigen, und nicht weiter. — Wer zieht diese Gränzen? Eure Furcht. Eure unbegränzte Angst vor einem Schreckbilde, welches ein fortgesetztes Mißtrauen am Ende wirklich hervorrufen könnte.

Die Furcht aber ist das sicherste Arsenal der Gewalt, aus dem sie ihre Waffen nimmt zur Unterdrückung Aller. Die Furcht ist der sichere Hafen, in dem der Despotismus ankert.

Die Furcht ruft die Gewalt herbei, welche sich hohnlächelnd zwischen den Fürchtenden und den Gefürchteten stellt und mit Beider Hülfe dort ihre sichere Zwingburg aufführt. Nur furchtlose Männer sind frei! —

Was vermochte jene fanatisirten Soldaten in so wilder Wuth sich auf ihre Brüder zu stürzen, was anders als ihre Trennung vom Vaterland und dessen Rechten? Sie kannten nur eine dunkle Macht, welche aus unerreichbarer Höhe unabänderliche Befehle giebt, statt des Rechtes hatten sie den Gehorsam, statt Pflichten den Dienst, den blinden, unabänderlichen; sie kämpften nicht für's Vaterland, sie schlachteten dem Götzen ihres Aberglaubens, wie sie meinten, gerechte Opfer. — Ihr habt euch gewaffnet gegen die Rückkehr dieses Feindes, ihr vertraut auf die Stärke eures Muthes und eurer Waffen. Aber vertraut nicht zu sehr, es kommen Stunden der Ruhe, der Ermattung, und der Feind schleicht sich wieder unter euch und die Knechtschaft oder der Kampf beginnt von Neuem. Ihr müßt euch also nicht allein waffnen gegen den Feind, ihr müßt vielmehr diesen entwaffnen für ewige Zeiten, indem ihr ihn an den Altar des Vaterlandes führend als Bruder gleiche Rechte, gleiche Pflichten gebt, indem ihr ihm zeigt, daß jener dunkle Gesetzgeber ein Phantom ist, welches verfliegt vor den

Blicken freier Männer, wenn die Stimme des Vaterlandes ihm nicht blos in der Schlachttrompete ertönt, der Staat nicht mehr blos durch die Trommel zu ihm spricht, sondern wenn der Wahltag ihn an seine Freiheit, die Wahlurne an seine Rechte als selbstständiger Mensch erinnert, wenn er liest, daß der Mensch zu edel ist, als daß er in roher Würgerarbeit um fremder Interessen willen sein Blut verspritze, wenn er in freier Volksversammlung vernimmt, daß der Volkswille das heiligste Gesetz sei, welches kein Commandowort übertönt.

Auf denn, so erwachse aus unserm Blute, statt des wilden Rachegeistes, die Rose der Freiheit und Verbrüderung! O pfleget sie wohl, die edle Blume, und wachet, daß man sie euch nicht entreiße. Noch ist sie im Keimen und man erwartet sehnsuchtsvoll ihre Blüte. — Noch sind euch die wichtigsten Rechte, wie das allgemeine Wahlrecht, Sicherheit der Person vor der Gewalt der Polizei, freie Vereinigung, freie Versammlung, noch nicht gewährt, noch sind Leute eure gesetzlichen Vertreter, die nicht euer Wille, sondern ihr Privilegium, der zufällige Umstand ihrer Geburt, ihres Besitzes und ihrer Handtirung dazu machten. Wir konnten euch nur das Anrecht auf diese hohen Güter vermachen und den Weg dazu anbahnen.

O wachet und strebet, und denkt der blutigmahnenden Schatten eurer Brüder, die wahrlich nicht für ein Kleines zu sterben gedachten.

Der Abend war schon hereingebrohen, als mit dieser Rede, die Feier im Friedrichshain endete. „Erhoben von den großen Stunden der Leichenfeier, entfernte sich das Volk von den Särgen seiner gefallenen Brüder, wünschend, daß bald eine Säule die Namen der Helden tragen möge, welche für die Freiheit starben." — In Bezug auf die nicht zum Programm des Comité's gehörende Ansprache Jung's sei noch das Factum erwähnt, daß, als Hr. Jung, trotz jener einseitigen Aufforderung, das Wort nicht zu ergreifen, doch darauf beharrte, den Auftrag einer Volksversammlung zu erfüllen, die Mitglieder des Comité's unter sich beriethen, ob es nicht zweckmäßig sein würde, den Redner sofort als „Ruhestörer" zu verhaften; da jedoch Hr. Jung weiter sprach und seine Rede von dem größten Theile der Versammelten mit Aufmerksamkeit angehört wurde, so standen die Herren von ihrem Vorhaben ab.

Ein Namens-Verzeichniß der am 22. März beerdigten bürgerlichen Opfer des Kampfes vom 18ten und 19ten und der ihm an den Abenden des 13ten bis 16ten vorangegangenen militairischen Angriffe wurde durch fliegende Blätter (der Littfas'schen, der Harth- und Schulze'schen und der Friedländer'schen Druckereien) noch im Laufe des 22sten mitgetheilt. Das eine derselben giebt folgende Namen, mit Bezeichnung des Standes an:

Namens-Verzeichniß der am 18. und 19. März in Berlin Gefallenen.

v Lensky, Gustav, Regierungsreferendarius. v. Holtzendorff, Herm., Stud. jur., aus Jagow bei Prenzlau. v. Skoczynsky, Florian, Kaufmann, aus Fraustadt. Dreßler, Ernst, Bildhauer Franke, Ludwig Wilhelm, Buchhalter, Kochstr. 58. Weiß, Levin, Student, aus Danzig. Behmer, Aug, pens. Grenz-Aufseher, Blumenstr. 50a. Bernstein, Magnus, Buchdrucker, aus Ellrich. Gebhardt, Friedrich, Müllergeselle, Wallstr. 11. Borcharding, Carl, Tischlerges., Schillingsgasse 32a. Trost, Joh. Andr., Schuhmachermstr, Waßmannsstr. 18. Müller, Carl Fr., Bäckerges. Hinzpeter, Jul., Buchbinderges., Kurstr. 48. Hagenhausen, Maschinenb., Alexandrinenstr. 55. Anders, Gottl., Arbeitsmann, neue Königstr. 33 Bartenfeld, Arbeitsm., Prenzlauertr. 19. Mengel, Buchbinderges., große Hamburgerstr. 8. Hoffmann, Chr., Weber, Weberstr. 6. Herrmann, Zimmerges. Hahn, Tischlerges., aus Dresden. Graf, C. H. G., Seidenwirkerges., kleine Frankfurterstr. 8. Maton, Tischler, Niederwallstr. Dill, Friedr., Arbeitsmann, kleine Frankfurterstr. 11. Girn, Friedrich, Hausknecht, Friedrichstr. 115. Schultz, Raschmacher, vor dem neuen Königsthore. Hartmann, Carl, Arbeitsmann, Rosenquergasse 14. Kohn, Moritz, Handlungsdiener, Spandauerstr. bei Bock. Sabatier, Louis, Buchhalter. Clauß, Carl, Schlosserges., Jüdenstr. Schötensack, Carl, Arbeitsmann,

Weberstr. 35. Moll, Malergeh., Kurstr. 43. Häuscher, Maschinenmeister, neue Friedrichstr. 24. Bumcke, Wilhelm, Schiffer, Wassergasse 22. Unterloff, Arbeitsmann, im Frankfurter-Thor-Bezirk. Rudolph, Fr., Schlossergef., vor dem Oranienburger Thor. Kumhold, Arbeitsmann. Schlanski, Carl David, Seidenwirkergeselle, Büschingsstr. 13. Faß, Maschinenbauer, Linienstr. 116. Mühlhof, Carl, Schlossergef., Mauerstr. 12. Fehrmann, Aug., Malerlehrling beim Maler Talmatey. Hohendorf, Hausdiener, Gollnowsstr. 24. Altekopf, Arbeitsmann aus Charlottenburg. Braun, Wilhelm, Eisenbahn-Inspector, Wilhelmstraße. Brüggemann, Tapezier. Erdmann, Friedr. Ed., Tischlergef., Schützenstr. 3. Freund, Tischlergef., aus Berlin. Hoffmann, Schuhmacher, aus Leipzig. Hinz, Benno, Schneider, aus Königsberg i. Pr. Heissler, M., Sattlergef. aus Berlin Koch, Schlosser. Korting, Schuhmachergef., aus Halberstadt. Kalinsky, Tischlergef., Köpnickerstr. 51. Knickeberg, Tischlergef., Stallschreibergasse 9. Klett, Speisewirth, Fischerstr. 23. Kossez, Schneidergef., Mehnerstraße. Mailand, Carl Gottlieb Heinrich, Schlosser, Schützenstr. 3. Nizelsky, Schneider, neue Königsstr. 13. Priebe, Schneidergef., aus Neustettin. Pahmann, Carl, Schiedelehrl., Auguststr. 37. Riemer, Wilh., aus Dammsgarten bei Wollin. Richter, F. W. A., Lederwaarenfabrikant, Ritterstr. Rupprecht, Conditor, Werderstr. 3 Schröder, Carl, Schuhmacher, Wollanksstr. 23. Steinau, Tischlergef., aus Leipzig. Specht, Tapezier, Linksstr 18. Schulz, Louis, Riemerlehrling, Spandauerstr., Ecke der Königsstr. Voigt, unbekannt. Würdig, Daniel Fr., Kattundrucker. Werlein, Tischlergef., aus Berlin. Wegener, Tischlergef., Stralauerstr. 5. Deichmann, Zimmergef., Linksstr. 23. Hachar, Tischlergef., Blumenstr. 35. Behnert, Schneidergef., aus Berlin, Jerusalemerstr. 53. Werner, Karl, Kleidermacher, Charlottenstr. 32. Lamprecht, Ferd., Maschinenbauer, große Frankfurterstr. 74. Matthes, Gustav Adolf, Dresdenerstr. 87. Wehrlein, Tischlergef. Hesse, Heinr., Hausknecht b. Kaufm. Eckert. Lanckord, Ad. Wilhelm, Kunstgießer, alte Jakobsstr. 30. Klein, Arbeitsmann, aus Friedrichsfelde. Engel, Büchsenmachergef., Elisabethstr. 17. Müller, Rud., Tischlergef. Werpel, Maurergef., Kochstr 34. Pätzel, Casimir, Arbeiter bei Wöhlert, Brunnenstr. 19. Freund, Tischlergef., Mauerstr. 2. Gieseler, Franz, Maurergef., Elisabethstr. 11. Frankenberg, Schlossergef. bei Borsig, Artilleriestr. 25. Jungmann, Zeugschmied. Tutschke, Chr. Fr. Wilh., Knecht in Willmersdorf. Kemnitz, Zeugschmiedegef. bei Wöhlert. Seiffert, Seidenwirkergef. Hering, Schneidergef. Thiemann, Adolph, Schneidergef., Stralauer Mauer bei Puhlmann. Sprotte, Casp., Tischlergef., Stallschreiberstr. 46. Puls, unbek. Junge, Arbeitsmann, Spittelmarktstr. b. Hennig. Rudolph, Joh., Schlossergef., Gartenstr. 2. Lemcke, C. Fr. Hrm., Korbmacherlehrl, Ackerstr. 4. Bonn, Jean, Buchbindergef., unbekannt. Stahlberg, Friedr., Zimmergef. Thämler, Joh. Friedr., Colorist, Lichtenberger Kietz. Maurer, Seidenwirkergef. Heintze, C. Friedr., Schuhmachergef., Gollnowstr. 40. Schubach, George, Webergef., Rosengasse 33 a. Zinna, Ernst Fr. Rud., Schlosserlehrl., Jägerstr. 4. Waldschischeck, Fr, Töpfergef., Auguststr. 34. Kirchner, Möbelpolirer, Rosengasse 16. Schmidt, Christ., Schlächtergef. Krüger, Joh., Kupferschmied. Schultz, Friedr., Tischlergef. Reichstein, Schneidergef., Krausenstr. Arnold, unbek. Siebert, unbekannt. Häger, Tischlergef., Invalidenstr. 50. Bauerfeld, Arbeitsmann, große Hamburgerstr. 30. Zimmermann, Schneider, unbek. Bürkner, Ferd., Tischlergef., unbekannt. Graubaum, Tischlergef., Wallstr. 17. Brehmer, Vergoldergehülfe, unbekannt. Klotz, Wilh., Tischlergef., Mehnerstr. 1. Hintze, Wilh., Tischlergef., Elisabethstr. 5—9. Behm, Buchbindergef., aus Bromberg. Behnert, Schneidergef., Splittgerbergasse 1. Brünn, Leopold, Kattundrucker, Stralauer Platz 21. Riebe, Fr. Christian, Kattundrucker, Rosengasse 33. Würdig, Wilh., Kattundrucker, Mühlenstr. 65. Blumenthal, Privatsecretair, große Hamburgerstr. 16. Ranck, Ludwig, Maurergef., Brunnenstr. Schmidt, Franz August Gottlieb, Tischlermeister, Brunnenstr. 41. Gehrke, George, Schmiedegeselle, Mohrenstr. 56 Rahmig, Maurerpolier, unter den Frankfurter Linden. Seiffert, Franz Isaac, Handlungsdiener, Kürassierstr. 15. Flügge, Tischlermeister, alte Jakobstr. 102. Tillak, Schlosser, aus Sorau, neue Königsstr. 39. Jungmann, Zeugschmied, Chausseestr. 75. Fuchs, Seidenwirker, große Frankfurterstr. Anclam, Schuhmachergef., Friedrichsgracht. Wendt, Tischlermstr., Markgrafenstr. 82. Wackerhagen, Vergolder, Jerusalemerstr. 45. Studir, Ludwig, Kattundrucker, Weberstr. 34. Ohm, Tischschlergef., Anhalt. Comm. 13. Die Namen der übrigen Gefallenen sind nicht zu ermitteln. Eben, Carl Wilh. Joh., Knabe, Gartenstr. 51. Kuhn, Carl Ludwig, Knabe, 12 Jahr alt, Linienstr. 27. Leitzke, Albert, Knabe, taubstumm, Krausenstr. 3. Behm, Adelaide, geb. Neumann, Arbeitsfrau, große Frankfurterstr. 11. Wentzel, Auguste, unverehel., Klosterstr. 81. Dambach, Fr. Charl., Obersteuerinsp.-Tochter, Jerusalemerstr. 20. Kleinfeld, Carol, Oberwallstr. 12 u. 13 bei Friedheim. Wegemann, Christine, aus Christiansstadt. Rosenfeld, Helene, geb. Eichelmann, Arbeitsfrau, Friedrichsstr. 167. 33 Leichen sind nicht recognoscirt.

XVI. Die Bürgerwehr, die bewaffneten Corps, ihre Organisirung und Thätigkeit während der ersten Tage. — Das „Nationaleigenthum;“ die Bittschriften-Commission; der Prinz von Preußen. — Die Stadtverordneten. — Ein Club vom 21sten. — Die freie Presse und ihre Erzeugnisse.

Die Ruhe und Ordnung mit der die Leichenfeier vorübergegangen war, brachte der berliner Bevölkerung Lobeserhebungen von allen Seiten ein. Bewunderungswürdig wurde die Haltung der Hauptstadt während eines Aktes genannt, der Hunderttausende von Menschen zusammengebracht hatte, ohne daß auch nur die leiseste Spur einer Störung hervorgetreten wäre. „Ein Volk,“ ruft die Voss. Zeit. aus, „welches sich in einem so bewegten und so kritischen Momente so sehr selbst zu beherrschen vermag, ist gewiß reif für die Freiheit!“ Auch der König äußerte sich in ähnlicher Art: Eine so großartige Haltung der Einwohnerschaft habe seine vollste Bewunderung erregt und alle seine Erwartungen übertroffen; sie sei zugleich der beste Maßstab für den Werth der hohen geistigen Erhebung des Volkes. Und selbst der friedliebende Bürger konnte dieser „bewunderungswürdigen“ Haltung nicht gedenken, ohne zugleich sich der Polizei, der Gensdarmen zu erinnern, die früher, unter den „alten Zuständen,“ stets in ganzen Corps aufgeboten waren, um bei öffentlichen Feierlichkeiten „die Ordnung aufrecht zu erhalten.“ Jetzt aber hatten sich „drei Viertheile“ der berliner Bevölkerung als Theilnehmer der Feier in jener bewunderten Haltung öffentlich neben einander bewegt — ohne Polizei, ohne Gensdarmen, ohne Soldaten!

Die alte Polizei fehlte freilich, und die Feier, das war Jedem aus der Bevölkerung mehr oder minder klar, galt nicht sowohl den „gefallenen Helden,“ als denen, für welche, wie es in den Leichenreden hieß, Jene die Freiheit errungen, für welche sie als Märtyrer gefallen waren: Jeder sah sich selbst gefeiert und hatte so, mitfeiernd und gefeiert zugleich, ein wesentliches Interesse daran, daß die Feierlichkeit nicht gestört wurde. Gleichwohl war eine „Polizei“ vorhanden, wenn auch nicht in den alten Personen und in den alten Uniformen. Polizeiliche Befugnisse hatte sich ebenso das Bestattungs-Comité — welches ja noch zuletzt ernstlich sich damit beschäftigte, einen unangemeldeten Redner verhaften zu lassen — angeeignet, wie die Mehrzahl der bewaffneten Bürger, Handwerker und Studenten mit den Waffen, die ihnen übergeben waren, zugleich die polizeiliche Aufsicht der Stadt übernommen zu haben glaubte. — Die Entstehungsgeschichte der Bürgerwehr haben wir oben dar-

gestellt; werfen wir einen Rückblick auf ihre Entwickelung während des bisher geschilderten Zeitraums.

Als am 19ten Mittags im Schlosse dem Wunsche um Bürgerbewaffnung nachgegeben war, dachte man dort sogleich daran, einem „bewährten" Mann die Leitung der Bürgerwehr zu übergeben. „Den in Eile zusammengetreten Bürgerwehren, erzählt hierüber der in diesen Dingen wohlunterrichtete Verfasser der „Personen und Zustände ꝛc., fehlte es bei der Unfähigkeit des Bürgermeisters, der sich auch im Schlosse befand, an aller oberen Leitung; die Flügel-Adjutanten v. Sch. und v. B. erkannten augenblicklich, wie wichtig dies sei und versuchten den General-Adjutanten v. Neumann zu überreden, das Obercommando der Bürgerwehr anzunehmen; dieser weigerte sich, schlug aber den General v. Aschoff, Commandeur der Landwehr-Brigade zum Ober-Befehlshaber vor und versprach dessen Ernennung durch die Minister zu bewirken." Hr. v. Aschoff — wird weiter erzählt — habe die ihm gemachten Anträge zurückgewiesen, obgleich sie von „allerhöchster" Stelle gekommen und nun sei man auf den Polizeipräsidenten v. Minutoli gefallen, welcher auch den zuerst bewaffneten Bürgern genehm war. — Die anfängliche Organisirung der Bürgerwehr findet sich in einer früher schon erwähnten öffentlichen Erklärung des Hrn. v. Minutoli, vom 31. März: „Da ich" erklärt Hr. v. Minutoli „weder das Recht noch die Absicht hatte, durch definitive Bestimmungen die dereinstige vollständige Organisation der Bürgerwehr zu erschweren, es vielmehr der Nationalvertretung und demnächst den städtischen Behörden vorbehalten bleiben mußte, über den Zweck und Umfang des Instituts, über die Berechtigung und Verpflichtung zur Theilnahme, über die Art und Dauer der Dienstzeit, über die Wahlen, die Kosten ꝛc. organische Bestimmungen zu erlassen, so konnte ich mich nur darauf beschränken, provisorisch die militairische Organisirung der Bürgerwehr, unter dem Beirath des Stabes, in welchem Mitglieder des Magistrats, der Stadtverordneten und Männer vom Fach und Erfahrung befindlich sind, schleunigst durchzuführen. Es wurden hiernach die Vorsteher der 111 Stadtbezirke ermächtigt, bei den freiwilligen Anmeldungen, Waffen an unbescholtene Bürger und Schutzverwandte zu vertheilen, die bewaffneten Bürger und Schutzverwandten wählten ihre Rottenführer und Hauptleute, die Hauptleute unter Voraussetzung der Verständigung mit ihren Bezirken, die Majors . . ." Die hierin erwähnte militairische Organisirung fand nach einem Plane statt, der von dem als Sachverständigen zugezogenen Stadtrath Nobiling entworfen, unter Leitung des Polizeipräsidenten von denjenigen Personen berathen wurde, welche von den um das Schloß versammelten Bürgern am 19ten Nachmittags durch Acclamation zum „Beirath" ernannt waren. Die Herren Holbein, Glaue, Haack, Dr. Wöniger, Devaranne, Krug, die Unterzeichner der ersten Bekanntmachung über die Einrichtung der

Bürgerwehr, zu denen, wie Hr. v. Minutoli noch besonders am 20sten anzeigte, auch der Assessor Wache, als gleichfalls Beauftragter, hinzukam, waren die mit den ersten Einrichtungen der Bürgerbewaffnung beschäftigte Commission, die vom 20sten an die ganze Woche hindurch täglich im Polizeipräsidium ihre Sitzungen hielt. Dem Stadtrath und Hauptmann Nobiling waren die technischen Fragen in die Hand gelegt; die Commission berieth über jene erste, von demselben Herrn entworfene Instruction, über die Allarmplätze u. s. w. Das Resultat dieser Berathungen enthielten die am 25sten in einigen tausend Exemplaren gedruckt ausgegebenen „provisorischen Anordnungen für die Bildung der Bürgerwehr." — In der ersten Sitzung, am 20sten, kam u. A. zur Sprache, ob und welche Cokarde die Bürgerwehrmänner tragen sollten. Hr. v. Minutoli und mehrere Andere sprachen sich für die preußische Cokarde aus, für die sich auch die Mehrheit entschied. Doch gerade als die Commission auseinander gehen wollte, wurde von der Universität her die Mittheilung gemacht, daß die bewaffneten Studenten die preußische Cokarde nicht tragen wollten, daß sie sich vielmehr für die deutsche allein entschieden hätten. Hr. Wöniger übernahm es darauf, nach der Universität zu gehen und seine den Studenten bereits bekannt gewordene Redefähigkeit aufzubieten, um die Beibehaltung der preußischen Cokarde auch bei den Studenten zu veranlassen. Unverrichteter Dinge kehrte er zurück. Die Angelegenheit erhielt durch die deutsche Demonstration des Königs vom 21sten eine andere Wendung und so legte die Bürgerwehr Berlins in ihrer Mehrheit die deutsche, ein Theil jedoch auch neben dieser, noch die preußische Cokarde an. Hr. Wöniger aber blieb seit dieser ersten Special-Mission stets in der nächsten Umgebung des Commandeurs, dessen Adjutant er späterhin auch wurde. An jener ersten Sitzung der Bürgerwehr-Commission hatte übrigens auch der Oberbürgermeister Krausnick, sei es als eingeladenes oder zufälliges Mitglied, theilgenommen und die anderen Mitglieder von der Affaire, die ihn Tags zuvor betroffen, unterhalten.

Während im Polizeipräsidium das Statut für die Bürgerbewaffnung festgesetzt wurde, hatten in den einzelnen städtischen Bezirken, die Bewaffnung und die Wahl der Führer in der Art stattgefunden, wie die obige Mittheilung des Hrn. v. Minutoli angiebt. Die angeseheneren und bekannteren Personen waren zu Führern vorgeschlagen und durch schnelle directe Wahlen angenommen worden. Gewerbetreibende aller Art, städtische nnd königliche Beamte, ja selbst Polizeipersonen waren bald, theils auf eigenes theils auf fremdes Betreiben, im Besitz der Führerstellen. Der Wacht- und Patrouillendienst wurde ein sehr ausgedehnter; mit Aufopferung seiner nächsten persönlichen und geschäftlichen Interessen gab sich der Bürgerwehrmann dem neuen „Dienste" hin; und was die Unbeholfenheit, das ungeschickte Benehmen, die Ungeübtheit Einzelner versah, das ersetzte ein überaus reger Eifer der Mehrzahl Derer, die sich zu der Bewaffnung gedrängt hatten. Nicht selten zeigte sich dieser Eifer sehr

übertrieben; er wurde zum fanatischen, wenn es galt, die Benda'schen „inneren Feinde," die „Aufwiegler," zu entdecken und sich ihrer zu bemächtigen. In solchen Fällen glaubte der Bürgerwehrmann unaufgefordert einschreiten zu müssen, jeder Einzelne legte sich Befugniß bei, Polizei üben und verhaften zu dürfen und der — freilich erfolglosen — Verhaftungen waren in der ersten Zeit der Bürgerherrschaft nicht wenige. Erst spät bemerkte man, daß keine Munition vorhanden sei; als am 20sten Abends, das Gerücht von einem Ueberfall verbreitet wurde, glaubten viele Mißtrauische daran, hielten sich verrathen, da sie zwar Gewehre, aber keine Munition hätten. Der Gelegenheit, die Hr. Stieber, der Begleiter des Königs beim Umritte im Schlosse wahrgenommen, um diesen Uebelstand zur Sprache zu bringen, haben wir bereits erwähnt, ebenso, daß Abhülfe sofort angeordnet wurde. Das Verhältniß des königlichen Schlosses zu den Bürgerwehrmännern, und besonders denen, welche die Wachtdienste darin versahen, schien überhaupt ein besonders herzliches. Der König suchte die unmittelbare Berührung mit seinen bürgerlichen Garden, er trat in ihre Wachtzimmer, unterhielt sich, mit den Einzelnen; die Voss. Zeit. weiß während dieser ersten Periode täglich von einem solchen Verkehr zu berichten. Küche und Vorrathskeller des Schlosses zeigten sich der neuen Besatzung nicht wenig freigiebig. Die Bürgerwehrmänner wurden während der ersten paar Wochen ihrer Wachtdienste im Schlosse gastlich bewirthet, und schienen der Annahme der splendiden Lieferungen von Wein und kalter Küche nicht allzu große Hindernisse entgegen zu setzen.

Raveaux erzählt, daß, als er am 19ten Abends Offiziere der Schützengilde und berliner Bürger, die ihm als „ausgezeichnete Capacitäten" bezeichnet waren, den Vorschlag gemacht, bestimmte Forderungen, „in denen das Wesentlichste der Volksfreiheit und der Volksrechte enthalten wäre," schriftlich und unmittelbar an den König zu bringen und ihn zu bestimmen, „diese Forderungen durch seine Unterschrift für ihn und seine Nachfolger rechtsverbindlich zu machen," Jene erwidert hätten: „Wir haben ja Alles, was wir wollen! Wir sind jetzt selbst am Regiment und wer soll uns denn unsere Freiheit wieder nehmen?" So sicher glaubte sich der Bürger, seitdem er sich im Besitz von Waffen und durch diese in der einstweiligen Herrschaft über die Stadt sah. Konnte er doch auch aus eigener Machtvollkommenheit Unruhestifter beseitigen, seine meist bescheidenen Wünsche unmittelbar an den König bringen und von diesem die schnellste Gewährung erwarten! Als die Gerüchte von einem Ueberfalle durch die vor der Stadt liegenden Truppen verbreitet wurden, erschien der Umstand bedenklich, daß einzelne der zurückgezogenen Truppentheile in den nächstliegenden Dorfschaften garnisonirten. Ein Bürger des Frankfurter Thor-Viertels wirkte alsbald eine königliche Ordre aus, worin dem Commandeur des in Friedrichsfelde befindlichen Füsilier-Bataillons vom 8. Infanterie-Regiment befohlen wurde, sofort dieses Standquartier zu verlassen und weiter

von Berlin abzurücken. Das Blatt Papier, das diese Ordre enthielt, war vom Generaladjutanten v. Neumann unterzeichnet und mit königlichem Insigel versehen — von demselben Datum, an welchem das obenerwähnte Handbillet des Königs an Hrn. Urban zur Zurückführung von Truppen erlassen war — und wurde dem Commandeur von jenem Bürger, der sich durch eine große silberne Kette um den Hals als Stadtverordneter auswies, überreicht, als das Regiment schon im Begriff war, aufzubrechen, und als das Füsilier-Bataillon schon zwei Meilen weit vorgerückt war. Graf Lüttichau, der dieses Factum meldet,*) fügt hinzu, daß, als jener Herr den Befehl schon ausgeführt sah, er vor seiner Rückkehr den eben abmarschirenden Leuten noch zuzurufen Gelegenheit nahm: Jetzt hätten die Berliner Gewehre, nun sollten sie, die Soldaten, nur wiederkommen!

Die Zahl der Waffen tragenden Bürger und Schutzverwandten wurde bald durch bewaffnete Corps verstärkt, die sich, bereits vom 30sten an, in bestimmten, zu gemeinsamer Thätigkeit berufenen Corporationen und Verbindungen bildeten. Auch aus der eigentlichen Bürgerwehr heraus, die sich nach den einzelnen städtischen Bezirken Bataillonsweise zusammensetzte, suchten theils zu besonderen, ausschließlichen Zwecken, theils um einer äußerlichen, militairischen Gliederung willen, schon vom ersten Tage an, einzelne organisirte Abtheilungen in's Leben zu treten. Die Schützengilde, als bewaffnetes und uniformirtes Corps diente hier als Vorbild. Sie sah sich zur ausschließlichen Bewachung eines bestimmten Postens im Schlosse berufen und bildete dadurch die bürgerliche Leibgarde des Königs. Eine von den Herren Themor, Karrig, Politz, Karbe, Lindow, C. F. Schiele, am 20sten erlassenen Anzeige fordert im Einverständnisse mit denjenigen bereits bewaffneten Bürgern, welche seit Sonntag Mittag die Bewachung des Königl. Schlosses übernommen, Bürger Berlins dazu auf, ein großes „berliner Schützencorps" auszumachen; „sie hoffen um so mehr, daß die allgemeine Bereitwilligkeit, Theil zu nehmen am Gesammtwohle unserer lieben Vaterstadt, da es hier gar nicht auf Uniformen und Waffen ankommt, Allen und Jeden Veranlassung genug sein möge, sich dieser Maßregel anzuschließen." — Ein pensionirter Feldwebel und Ritter Mendoly ruft „alle Ritter des eisernen Kreuzes 1. und 2. Klasse, welche Bürgerschaft, Ordnung, Ruhe lieben und Eigenthum des Bürgers respectiren, das königliche hohe Haus zu beschützen, Thron und Vaterland zu vertheidigen gesonnen sind," zu einer „zum Schutz des Bürgers, Königs und Throns zu bildenden Schutzgarde" auf. — Keine von beiden Aufforderungen hatte den gewünschten Erfolg; erst später entstand ein sogenanntes „Veteranen-Jäger-Corps." Eine uniformirte „National-Scharfschützen-Compagnie" consti-

*) Erinnerungen aus dem Straßenkampf rc. S. 29.

tuirte sich am 25. März; Anfänge einer Art Cavallerie zeigten sich bereits in den ersten Tagen; auch die Bildung einer Bürgerwehr-Artillerie wurde beabsichtigt; doch weder jetzt noch je später wurde der vielfach entworfene und verbesserte Plan einer solchen realisirt.

Die Mitglieder der Universität, der Akademie der Künste und des Handwerkervereins constituirten sich am 20sten zu besonderen, anfangs unabhängigen Corps; die gleichfalls mit Waffen versehenen Schüler der oberen Gymnasialklassen, der Bau- und Gewerbeschulen, so wie die bewaffneten jungen Kaufleute standen unter unmittelbarer Leitung des Bürgerwehr-Commandos. Zu diesen „fliegenden Corps" kamen noch während der ersten acht Tage die bewaffneten Polen hinzu. Sie theilten Alle den Wacht- und Patrouillendienst der Bürgerwehr und nahmen am 22sten als besondere Corps an der Leichenfeier Theil.

Die bewaffneten Studenten, der kleinsten Zahl nach mit Büchsen bewaffnet — die Meisten führten „Schleppsäbel" — theilten sich in „Rotten" ab, deren jede, zwischen 20 bis 50 Mann enhaltend, sich je nach politischen oder persönlichen Sympathieen bildete und als specielle Bezeichnung den Namen des „Rottenführers" trug. Dieser war gewöhnlich ein Student, seltener ein Docent; Professoren befanden sich vielmehr, wenn sie überhaupt am Waffendienste Theil nahmen in den Reihen der von Studenten geführten Rotten. Die Kopfbedeckung bildete in der Folge das äußere Unterscheidungs-Zeichen der einzelnen Rotten. Ein schwarzer Calabreserhut mit langer rother Feder war so das Abzeichen einer Rotte, die später von den friedliebenden Bürgern und Bürgerwehren besonders gefürchtet wurde. Dieselbe, nach ihrem Führer „Rotte Monecke" genannt, war überdies allmählig zu der stärksten aller studentischen Rotten angewachsen. Das Commando des „bewaffneten Studenten-Corps" übernahm zuerst der Rector der Universität; es war jedoch von nicht langer Dauer und wechselte in kurzen Zeiträumen zu wiederholten Malen, bis späterhin ein Student zum ersten Commandeur gewählt wurde. Der Wachtdienst der Studenten beschränkte sich auf einen Posten im Schlosse (wo der „schweizer Saal" die „gemüthliche" Wachtstube abgab) und das sogenannte „National-Eigenthum." Der Dienst im letzteren wurde bald aufgegeben, und auch der im Schlosse endete, in Folge einiger ungern gehörten Königlichen Aeußerungen über die studentische Lebensweise der Schweizer-Saal-Besatzung nach einigen Monaten. Doch früher schon war der „Reichsadler" verschwunden, der von den Studenten am 20sten Mittags am Universitätsgebäude angebracht worden war. Das „fliegende Corps der Künstler" wählte seinen Führer zuerst in dem Professor Hensel und übernahm eine Wache im Schlosse. — Der Handwerkerverein bewaffnete sich ebenfalls am 20sten; zum Führer des Corps wurde ein Lehrer des Vereins, Dr. Rieß gewählt. Blaue Blousen bildeten die gemeinsame Bekleidung der bewaffneten Mitglieder. In einer Berathung am 20sten faßte der Verein Beschlüsse, die von der spener-

schen Zeitung „höchst ehrenwerthe" genannt worden. Die Handwerker wollen — so heißt es in dem Berichte — „in thunlichster Weise die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu erhalten" sich bestreben; sie wollen sich namentlich in Patrouillen durch die Stadt vertheilen und „vor Allem durch Belehrung und gutes Wort, in dem Geiste, welcher den Verein beseelt," darauf hinwirken, daß Personen und Eigenthum, vor Allem aber öffentliche Gebäude und Anstalten geachtet werden, und „daß die politische Gesinnung in dem allgemeinen Taumel nicht die Grenze überschreite, welche sich die preußischen Patrioten selbst gestellt haben." Auch verlangten die Handwerker ein „gemeinsames Begräbniß" und suchten mit den Studenten sich zur Erlangung dieses Wunsches in näheren Verkehr zu setzen.

Von dem bewaffneten Studenten-Corps gesondert beschlossen die in Berlin studirenden Polen ein eigenes Corps zu bilden. Am 20. März meldete sich Mittags eine Deputation dieser Studirenden auf dem Schlosse und bat um Verabreichung von Waffen für 78 ihrer Landsleute, welche sich zum Zeichen ihrer Dankbarkeit für die an diesem Morgen gewährte Amnestie, bei der Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit gleich den übrigen Studirenden betheiligen wollten. Mit Genehmigung des Ministerpräsidenten wurde vom Commando der Bürgerwehr die „polnische Legion," welche sich später bis auf 130 Köpfe verstärkte, am 20sten Abends mit Säbeln bewaffnet und ihr die Bewachung der Postgebäude und die Beaufsichtigung der benachbarten Straßen anvertraut. — So stellt Hr. v. Minutoli selbst die Entstehung der polnischen Legion dar.*) — Ausführlicher schildert A. Lipski (Abgeordneter zur Nationalversammlung und II. Kammer) diese Entstehungsgeschichte. Das treue, freudige Anerbieten, erzählt dieser,**) ward von dem Commandeur der Bürgerwehr in der ehrenvollsten und aufmunterndsten Weise angenommen; die sich zur Bewaffnung meldenden Polen wurden zugleich aufgefordert, sich noch am Abend desselben Tages im inneren Hofe des königl. Schlosses zum Appell zu versammeln. Hier erschienen sie, „die Brust mit dem so lange geächteten Symbol ihrer Nationalität, den roth-weißen Farben geschmückt, während an ihrem Haupte die schwarz-roth-goldene Tricolore prangte." Hr. v. Minutoli empfing die Schaar mit einer Anrede, „welche die heiligsten, nationalen Wünsche der Polen verheißungsvoll berührte," organisirte dieselbe unter dem Namen der „polnischen Legion" als gesondertes Corps der berliner Bürgerwehr mit der Berechtigung, ihre Führer selbst wählen und die Zahl ihrer Kameraden vermehren zu dürfen. Ein anwesender Beamter aus dem Ressort des Hrn. v. Minutoli geleitete die Schaar sofort nach dem Polizei-

*) In einer öffentlichen Erklärung: Beilage zu Nr. 59 der Neuen Preuß. Zeit. 11. März 1849.

**) Beiträge zur Beurtheilung der Ereignisse im Großherzogthum Posen i. J. 1848. Berlin 1848. S. 58.

präsidium und unter dem „unverholensten Ausdrucke, unter den lautesten Wünschen für das Glück und Heil Polens" erhielt die Schaar von einem königl. Polizei-Beamten die Waffen, die aus dem Zeughause herbeigeschafft waren. Hr. Patzke, so hieß jener Beamte, weihete diese polnische Legion als den „Stamm einer bald zu organisirenden polnischen Nationalgarde" und „segnete die Waffen zu dem nahe bevorstehenden Kampfe mit Rußland, zum Siege für die Selbstständigkeit Polens, für das Glück und Heil Deutschlands!" — Hr. Lipski knüpft an diese Darstellung folgende Exclamationen: „Herr v. Minutoli, der vor kaum zwei Jahren in stumpfer Dienstpflicht Hunderte von Polen in die Kerker stoßen, der mit den Argus-Augen der Polizei jede nationale Regung in der heimathlichen Provinz Posen überwachen mußte, derselbe Mann organisirte und weihete in dem Königsschlosse der Residenz die ersten polnischen Kämpfer zu ihrer nationalen Erhebung. Das Auge schien geblendet von den theuren Farben der roth-weißen Schleife, das Ohr schien betäubt von dem Syrenenklange: polnische Legion, polnische Nationalgarde und die Körper wurden elektrisch erschüttert bei der Berührung der Waffen, die aus einem königl. preußischen Zeughause vor königl. preußischen Beamten in dem Polizeigebäude der königl. Residenz den Polen officiell in die Hand gegeben wurden." — Der Wacht- und Patrouillendienst dieses Corps, dessen „musterhafte Haltung, Pünktlichkeit und Ordnung" das General-Postamt ebenso wie der Commandeur der Bürgerwehr anerkannten, währte bis zum 27. März.

Bürger, Studenten, Handwerker, Künstler, Gymnasiasten, Polen, königliche und städtische Beamte — eine Mannschaft von mehr als 20,000 Bewaffneten — hatten so in schnellster Organisirung den „Schutz der Stadt, der Personen und des Eigenthums" übernommen; die „Sicherheitspolizei" wurde in einer Zeit, wo Hr. v. Minutoli erklärte: „es gebe jetzt in Berlin keine Polizei!" von jenen Tausenden, wenn auch in revolutionairer Art, gehandhabt. Kein Auflauf, keine „gefahrdrohende" Ansammlung von Menschen, keine öffentliche Berathung, in die sich nicht die Bürgerpolizei eingemischt hätte, um bald ruhig ein Wort mit hinein zu reden, bald zu drohen, bald wirklich zu verhaften. Hier wurde eine plötzliche Aufregung beschwichtigt, dort Beschwichtigungsversuche aufregend gefunden; und je nach der persönlichen oder augenblicklichen Stimmung einzelner oder einiger mit einander verbundenen Bürgerwehrmänner ließ man milde hier gewähren was dort eifrigst beseitigt wurde. Die Bürgerpolizei wußte die lässigen, Ruhe suchenden Personen zu schrecken, aufzuregen und die Aufgeregten zu beruhigen. Und all' ihr Thun galt — nur der „Ruhe und Ordnung;" ihr ganzes Streben war nur auf deren „Aufrechthaltung" gerichtet. Sie beschützte die Wohnungen der von Volkshaufen verfolgten Personen; sie war schützend zugleich und anklagend zugegen als das Redactionsbüreau der Allgemeinen Preuß. Zeitung von entrüsteten

Politikern erfüllt war; sie bedachte die Gesandtschaftshotels des österreichischen und des russischen Gesandten mit besonderen Wachtposten (ein die Statue des Kurfürsten auf der langen Brücke beschützender Posten schien mehr als Ehrenwache zu gelten); sie leistete Dienste, als die Expeditionen der Vossischen und Spenerschen Zeitung, jene wegen ihres „Extrablattes der Freude," diese wegen des Extrablattes vom 21sten von einer kauflustigen Menge bestürmt wurde. „Unsere Expedition" schreibt in Bezug darauf die Vossische, „ist so sehr vom Volke umlagert, daß wir seit einigen Stunden eine starke Bürgerwache im Hause haben, welche den Vertrieb der Blätter mit musterhafter Ordnung leitet." Und die Spenersche: „Die Bürgerwehr hatte die Gefälligkeit, uns bei der Vertheilung durch Aufrechthaltung der Ordnung zu unterstützen." — Der neue, bürgerpolizeiliche Eifer erstreckte sich gleich sehr auf gleichgültige wie auf wichtigere Angelegenheiten; diesen Kraftanstrengungen gegenüber erschien das Handeln der früheren Polizei als ein langsam träges und pygmäenhaft ihre Kräfte im Vergleich mit jenen.

Die vollständige Abwesenheit der alten Polizei sowie das erfolgreiche Auftreten der neuen tritt besonders einleuchtend in einem Falle hervor, der an sich der für jene Zeit charakteristischen Momente genug enthält, um ausführlicher dargestellt zu werden.

Das Palais des Prinzen von Preußen, das, wie früher erwähnt, als „National-Eigenthum" vor einer ihm bevorstehenden gänzlichen Zerstörung gerettet war, führte bei der Illumination am Abende des 20sten die Transparent-Inschrift: „Das Eigenthum der Nation ist dem Schutze der Bürgerschaft anvertraut," ein Transparent, welches auch noch einige Wochen lang angeheftet blieb. Zu der Menge von In- und Ueberschriften, die jenes Gebäude am 20sten trug, kamen am folgenden Tage noch einige andere hinzu, welche die plötzliche Umgestaltung des „Eigenthums der Nation" in ein „zeitgemäßes" und „gemeinnütziges" Institut verkündigten. An der Thür war eine Tafel mit der Aufschrift befestigt: „Annahme der Bittschriften des Volkes." Auf einer anderen Tafel, einem länglich-schmalen, unangestrichenen hölzernen Brette, befanden sich die mit Tinte geschriebenen Worte: „Hier wirken Männer aus dem Volke für das Volk" und noch ein anderer Anschlag machte bemerklich, daß in dem Palais eine Bitt- und Beschwerdeschriften-Commission, als eine „im Allerhöchsten Auftrage" niedergesetzte, vom Könige selbst autorisirte Behörde ihren Sitz habe. Eine mit drei Namensunterschriften: „Karrig. v. Normann. Becker." versehene, „Namens der Commission" am 22. März erlassene öffentliche Bekanntmachung (in der Voss. Zeitung neben anderen officiellen aufgeführt) enthielt mit Bezug auf jene Commission Folgendes:

Der Bürgerverein, welcher mit Genehmigung unseres allverehrten Landesvaters in dem National-Gebäude unter den Linden 37 für das Volk zu wirken bereit ist, hat sich zur Aufgabe gestellt: den häufigen und lauten Klagen abzuhelfen, welche die bisher wegen des Instanzenzuges schwierige Beförderung von Gnadengesuchen, Bittschriften und Beschwerden betreffen. Der Verein kann nunmehr die möglichste Garantie dafür bieten:

daß die bezeichneten Schriften wirklich zu Sr. Majestät Händen gelangen und die Supplikanten nach der Erledigung alsbald beschieden werden;

und sind außerdem an Wochentagen die Vormittagsstunden 9 — 12, Nachmittagsstunden 3 — 6 Uhr zur unentgeltlichen Aufnahme von dergleichen Schriften für Unbemittelte angesetzt. Es muß jedoch mit Rücksicht auf die großartigen Anforderungen, welche die politische und sociale Umgestaltung an die Zeit und Arbeitskräfte unseres theuren Landesvaters machen, ganz besonders gewünscht werden, daß nur wichtige und dringende Fälle zunächst vorzulegen sein mögen.

Bei solcher Aufforderung blieb ein starkes Andringen der leichtgläubigen Unglücklichen nicht aus, Jeder von diesen hielt seinen eigenen Fall für besonders wichtig und dringend und glaubte so der baldigen Hülfe durch den Landesvater gewiß zu sein. Die Schutzwache des Palais, welche von dem bewaffneten Studentencorps versehen wurde, sah sich unter diesen Umständen in ihrem Wachtdienste nicht wenig angestrengt. Doch noch größeren Anstrengungen schienen sich die drei Schutzcommissarien im Palais unterziehen zu müssen; sie suchten deshalb menschenfreundliche Gefährten und forderten verschiedene Personen auf, sie in ihrem schweren Berufe zu unterstützen. Aber weder die Personen der Bittschriften-Commissarien, noch die Art, wie sie in dem von ihnen in Besitz genommenen Palais den zahlreichen Beschwerden abzuhelfen, den Bitten hilfreich entgegenzukommen beschäftigt waren, schien den Aufgeforderten genügende Garantie für eine erfolgreiche Thätigkeit zu bieten; sie glaubten vielmehr erst noch an andere Autoritäten sich wenden zu müssen; und so wurde denn das Publikum durch eine Zeitungsannonce — mit den Unterschriften der „Bürger B. Cohn, Kippferling, F. Richter, Thetweiler, L. Weyl, C. Wolff" versehen — benachrichtigt, daß „nach einer diesen Bürgern auf ihre Anfrage von Hrn. v. Minutoli gütigst gemachten Mittheilung" die sogenannte Schutz-Commission für Bittschriften jeder officiellen Anerkennung entbehre. Diese Annonce wurde jedoch erst veröffentlicht (25. März), nachdem die Commission selbst zu existiren aufgehört. — Die Geschichte dieser Commission bis zu ihrem tragikomischen Ende wird von einem authentischen Bericht aus jenen Tagen in folgender Art*) dargestellt:

In dem „National-Eigenthum" hatte sich eine aus zwei Mitgliedern und einem Präsidenten bestehende, angeblich „im allerhöchsten Auftrage niedergesetzte Commission zur Entgegennahme von Bittschriften an Se. Maj. den König" eigenmächtig installirt. Die Commission forderte in den Zeitungen auf: Bittschriften aller Art an sie einzureichen unter Zusicherung prompter Beförderung, so wie schneller Erledigung der eingehenden Gesuche. Sie etablirten in den Zimmern des Prinzen ein Bureau und befestigten an die Thüre eine Tafel mit der Aufschrift: Annahme der Bittschriften des Volkes. Außerdem disponirten diese drei Gewalthaber des Palastes über Küche und Keller des Prinzen. Da sie den ganzen Tag auf dem Bureau beschäftiget waren, mußte für Frühstück, Mittag und Abend-

*) Amtliche Berichte ꝛc. über die berliner Barrikadenkämpfe. 1848. S. 62.

brot gesorgt werden, Caffee und Wein stand beständig neben dem Dintenfasse; auch sorgten sie für anständige Bewirthung der Wachtmannschaften. Es entstand ein ungemeiner Andrang zum Bureau; noch war nicht das Mindeste von Seiten des Magistrats zur Unterstützung der Arbeitsuchenden geschehen, alle Nothleidenden wendeten sich an die hülfreiche Commission, welche sich herabließ, auch mündliche Gesuche zu Protokoll zu nehmen. Es fanden sich ganze Familien ein, welche es so verstanden, als ständen in dem Palais möblirte Zimmer für sie offen; Frauen meldeten an, daß sie ihre Niederkunft hier zu halten wünschten, andere verlangten sofort baare Vorschüsse, Wäsche, Kleidung u. s. w. Die Commission schreckte vor ihrer großen Ausgabe nicht zurück, sie arbeitete täglich eine Stunde weniger und trank zehn Flaschen mehr. Nichts aber setzte das berliner Publikum in größeres Erstaunen, als die, unter die öffentliche Aufforderung gesetzten Namen des Präsidenten und der Mitglieder der Bittschriften-Commission: „Karrig, v. Normann, Becker." Seit länger als zwanzig Jahren war der Polizei und den Gerichtshöfen Berlins der Director Karrig bekannt. Er war als Rector einer kleinen Stadtschule in Mecklenburg oder Pommern angestellt gewesen, hatte sich den Titel Director angemaßt, legte mit dem Gelde des Directors des Taubstummen-Instituts Graßhoff das Recreatorium auf dem Gesundbrunnen an; von dem Grafen Arnim auf Boitzenburg wurde K. wegen aus dortigem Archive an sich genommener Schriften in Anspruch genommen und war wegen einer Anklage, welche man Sittlichkeitshalber der Oeffentlichkeit entziehen mußte, zur Festungsstrafe, die er in Magdeburg abbüßte, verurtheilt worden; v. Normann war aus der Schweiz unlängst zurückgekehrt, wo er, wie man sagte, für den Sonderbund und die Jesuiten in Luzern gefochten. Ueber Becker waren ebenfalls zweideutige Gerüchte im Umlauf, doch war hier die Identität der Person nicht festgestellt .... Als dem Bürgermeister Naunyn Anzeige gemacht wurde, dagegen sofort einzuschreiten, daß eine bestrafte Person den Vorsitz der Bittschriften-Commission in dem Palais des Prinzen von Preußen führe, verwies dieser den Antragsteller an den Polizeipräsidenten. Dieser aber lehnte es ebenfalls ab, die Commission aufzuheben und erklärte: (es war am dritten Tag nach der Revolution) „eine Polizei giebt es jetzt nicht in Berlin." Da die Studenten die Bewachung des Palais übernommen hatten, wurde der Rector der Universität von den Personalien der Bittschriften-Commission in Kenntniß gesetzt. Er begab sich sofort zu dem Minister-Präsidenten Grafen Arnim, allein auch dieser erklärte sich nicht für befugt, jene Commission aufzuheben. In dem Palais hatte der Professor Dove mit einer Anzahl Studenten die Wache; er war in Kenntniß gesetzt worden über die Qualifizirung der Bittschriften-Commission, welche jedoch, da es schon Abend war, für heut das Bureau geschlossen hatte. In der Mitternachtstunde rasselt ein gewaltiger Sarras die Rampe hinauf, durch die aufgerissene Thür herein über den Hausflur; der Träger desselben tritt mit befehlshaberischem Worte an die Wachen heran: „wie stark ist die Mannschaft? Doppelposten ausstellen; auf Alles gefaßt sein; zwei Mann mir folgen zum Patrouilliren!" Da tritt Professor Dove vor und fragt: Wer sind Sie? — „Commandant — Präsident der Bittschriften-Commission, komme Posten und Wache zu revidiren." — Ihre Vollmacht! — „Vollmacht? Mein Name ist meine Vollmacht: Karrig!" — Genügt mir nicht, Ihren Ausweis. — „Hier ist er!" — Und aus der Brieftasche zieht der Commandant und Präsident einen alten Reisepaß. „Zwei Mann und ein Gefreiter!" ruft Dove; „bringen Sie diesen Herrn nach der Hauptwache." — In ähnlicher Weise wurde Hr. v. Normann Tages darauf festgenommen und nach der Universität zu vorläufiger Haft und Untersuchung abgeführt. Hiermit hatte die Bittschriften-Commission ihre Endschaft erreicht; die in dem Bureau aufgehäuften Bittschriften wurden dem General-Postamt zur Rücksendung an die Bittsteller übergeben.

Einem anderen Berichte, den zwei Jahre später ein berliner Blatt*) über dieselbe Angelegenheit, in etwas abweichender Darstellung brachte, entnehmen wir noch Folgendes zur Vervollständigung des Mitgetheilten:

.... Es unterlag keinem Zweifel, daß nunmehr das Brett von dem Palais des Prinzen abzureißen wäre. Schon hatten junge rüstige Hände sich bereit gemacht, als von Seiten „älterer Herren" die Besorgniß ausgesprochen wurde, das Abreißen des Brettes könnte am folgenden Morgen als erstes Zeichen offener Reaction Anlaß zu ernsten Unruhen werden. Demnach ward angeordnet, daß am folgenden Tage der Führer der

*) Constitutionelle Zeitung. 1850. Nr. 182. 20. Juli ff.

Studentenabtheilung die Bittschriften abnehmen, jedoch keinen Termin festsetzen und überhaupt von fernerem Zutragen von Suppliken abmahnen sollte. — Der Zudrang von Bittstellern war am folgenden Morgen so stark, daß die Abtheilung im Schloß Verstärkung erhalten mußte. Nach den Volksfreunden, die ja vom Könige ausdrücklich beauftragt worden, war häufige Nachfrage, worauf die der Wahrheit getreue Antwort nicht ausblieb, doch bedenkliche Wirkungen äußerte. Bereits stellten sich Solche ein, welche zu der bestimmten Stunde hatten Bescheid erhalten sollen! — Die eingegangenen Bittschriften lagen auf einem Haufen; keine war abgeliefert. Sie wurden nunmehr gesammelt und massenweise nach der Universität geschickt, wo Professor H. und Dr. E. nebst einigen andern Herren sie registrirten Die Ueberschriften waren die allerseltsamsten: „An Seine Kaiserliche Majestät, Friedrich Wilhelm von Deutschland." — An den allergnädigsten Deutschen Kaiser, unsern König rc." — „An die Kaiserin, Majestät." — „An den König von Deutschland" u. s. w. Von der Behörde kam mittlerweile der Befehl, die Bittschriften in der Universität vorläufig noch anzunehmen, den Strom der Supplikanten zunächst aber von dem prinzlichen Palais abzuleiten, und die gesammelten Bittschriften in das Königliche Schloß zu senden. Dies Geschäft war mühsam und brachte der Universität Besuch von Gästen, von denen her ihr ein Ruf revolutionärer Größe erwuchs, der damals wenig verschuldet war. Mehrere Tage Arbeit waren erforderlich, um das von den „Volksfreunden" gesäete Unkraut auszujäten. Noch immer wollte der Zudrang von Bittstellern nicht aufhören. Immer wieder kamen die zum bestimmten Tage Bestellten und verlangten den Bescheid Sr. Majestät. — Das Brett an der Mauer aber wurde in Folge dieser getroffenen Vorkehrungen bald entfernt, nachdem von Seiten der Studentenwehr, insbesondere jedesmal von den zum Schutze des Palais Commandirten zu wiederholten Malen darauf gedrungen war.

Während das Palais des Prinzen von Preußen jene seltsamen Metamorphosen erlitt, durch die es zum bezeichnendsten Denkmal der revolutionairen Zustände wurde, hatte der Prinz, sein „früherer" Besitzer, unter herben Opfern und Entsagungen der Ungunst der Zeitumstände sich ebenfalls zu beugen bestimmt gesehen. Am 19ten, in den ersten Stunden der Demüthigung des Königthums, verließ er das Schloß; am 22. März — dem fünfzigsten Jahrestag seiner Geburt — wurde seine „Abreise nach England" officiell angezeigt; erst am 25sten meldete ein hamburger Blatt die kurz zuvor in Curhaven erfolgte Einschiffung des Prinzen und seines Begleiters, des Majors Oelrichs, auf dem Dampfschiffe „John Bull." (Am 26sten kehrte der Major v. Vincke mit derselben Nachricht aus Hamburg nach Berlin zurück.) Einzelne die Reise und den Aufenthalt des Prinzen betreffende Momente aus der sechstägigen Periode, die zwischen seiner Entfernung von Berlin und seiner Einschiffung nach England liegt, wurden alsbald in Berlin bekannt und später auch durch Zeitungen veröffentlicht; sie werden zwei Monate später, als eine officielle Nachricht von der Rückkehr des Prinzen gegeben wurde, zu Partei- und Demonstrationszwecken auf das Erschöpfendste ausgebeutet. — Es wird erzählt*), daß das Haus des gastlichen Mannes — eines späteren Mitgliedes der 1. Kammer — worin das prinzliche Ehepaar zuerst ein Obdach fand, wenige Stunden, nachdem es von diesem verlassen, ein Ziel der Verfolgung wurde. Nachdem der Prinz sodann zwischen Spandau und Potsdam „umhergeirrt," habe er sich auf der Pfaueninsel zwei Tage lang bei dem Gärtner

*) S. „Gegen die Signatura temporis." S. 130.

Fintelmann „verborgen gehalten.“ Am 23sten Morgens sei er, in Civilkleidung, begleitet von einem anderen Herrn und einem Bedienten, ebenfalls in Civilkleidung, mit einer zweispännigen Extrapost-Chaise in Perleberg angelangt. Als hier der Prinz, ungeachtet des abgeschnittenen Backenbartes und des gestutzten Schnurrbartes, ebenso wie sein Begleiter — dieser als der Major Oelrichs — von einem Postsecretair v. G. erkannt worden und der Letztere auch in der Aufschrift einer unter dem Gepäck befindlichen Reisetasche seine Entdeckung bestätigt gefunden, hätten Jene sich plötzlich aufgemacht und das Posthaus mit Zurücklassung des Auftrages, ihnen die bestellte Postchaise auf der Chaussee nach Grabow nachzusenden, verlassen. Der ihnen nacheilende Stadtsecretair F. habe, als er sie auf der Chaussee erreicht, die Pässe der beiden Fremden gefordert und von dem Begleiter des Prinzen, der sich gegen Jenen umgewandt, auch einen Paß erhalten, welcher für die „Kaufleute Oelrichs aus Potsdam“ ausgestellt gewesen; die nachfahrende Postchaise habe jedoch nur noch den Begleiter des Prinzen allein angetroffen. Letzterer sei, noch ehe die Chaise angelangt, von der Chaussee ab und über die Aecker zu Fuß nach dem Dorfe Quitzow gegangen, habe hier nach der Pfarrwohnung gefragt, sich über den Gartenzaun in diese begeben, sich den Pfarrer B. entdeckt, ihm seine Unschuld an den berliner Ereignissen betheuert und Fuhrgelegenheit nach Stavenow zu dem Grafen Voß von ihm erbeten. Als nun dem Prinzen ein Wagen verschafft worden, habe dieser den Fuhrmann wiederholt erinnert, die Landstraße zu vermeiden. Von Stavenow aus, wo er endlich vier Pferde erhalten, sei er dann nach Grabow befördert worden, und hier am Freitag, den 24. März, eingetroffen.*)

Auch die berliner Revolution hatte ihre Emigranten. Außer jenem Häuflein sich in den neuen Zuständen „mißliebig“ wähnender, Verfolgungen fürchtender Personen — Beamten und Professoren — waren es die furchtsamen, der besitzenden Klasse angehörigen Privaten, welche sammt den Familien ihre Personen und Besitzthümer dem ungewissen, drohenden Treiben entziehen zu müssen glaubten. „An die Ausreißer“ findet sich schon in den Blättern vom 22sten eine Annonce des Hrn. Minding, in der es jenen zum Vorwurf gemacht wird, im Augenblicke der Bedrängniß eine Stadt zu verlassen, in welcher man „Jahre lang nur das Gute und Beste genossen.“ In solchem Augenblicke sei es Pflicht jedes redlichen Einwohners, hier zu bleiben: „jeder sorge für Arbeit und Brot nach Kräften, um die Bedürfnisse der Gesellschaft zu befriedigen.“ Das matte Geschäft der Börse hatte manchem kaufmännischen Spekulanten es räthlich erscheinen lassen, die Wendung der Dinge in der Hauptstadt, entfernt von dieser, in freiwillig gewähltem Exile abzuwarten; und

*) Vergl. „Berliner Zeitungs-Halle,“ 1848. 30. Mai; und „Viertes Extrablatt der ewigen Lampe.“

während die veränderten Zustände die Entfernung ganzer Kategorieen aus der bisherigen Bevölkerung Berlins nothwendig erforderte, — so u. a. die in der Nacht zum 21sten bewerkstelligte Verlegung der Artillerie- und Ingenieurschule nach Potsdam — fanden in der neu zu erwartenden Gestaltung der Verhältnisse nur wenige Personen aus den sog. höheren und Beamtenkreisen einen Grund, der Hauptstadt den Rücken zu kehren. Symptome einer augenblicklichen, schnell verschwindenden Aufregung bei den Volksmassen ließen etwa den Major von Preuß oder den Redacteur der Allgemeinen Preußischen Zeitung oder auch jenen Polizeicommissar aus der Frankfurter-Thor-Gegend, der in dem ungegründeten Verdachte eines „Verräthers" stand, die Flucht ergreifen; Unzufriedenheit mit der veränderten Form der Entwickelung, vielleicht auch das Bewußtsein, in die neue „Weltordnung" nicht hineinzugehören, bestimmten Personen, wie den Professor Stahl, Huber, Gelzer, die revolutionaire Hauptstadt zu verlassen. Dieses Factum meldet bereits am 22sten ein berliner Correspondent der hamburger Börsen-Halle, der zugleich das „ganz stille Verschwinden" der früheren Minister aus der Stadt berichtet. Von Hrn. v. Bodelschwingh erzählte später die „Allgemeine Zeitung," daß er, der den Rückzug nach seiner heimathlichen Provinz Westfalen einschlug, auf seiner Reise zufällig mit dem Bürgermeister der freien Stadt Bremen, Hrn. Smidt, zusammengetroffen sei, und diesem sehr unwirsch Vorwürfe über das Treiben der vormärzlichen Zeitungspresse, wie ganz besonders der in Bremen erschienenen Weser-Zeitung, als Miturheberinn der neuesten Zustände gemacht habe. Hr. Smidt aber habe lächelnd dem preußischen Exminister, mit dem ihn noch wenige Wochen früher diplomatischer Verkehr bei einem heiteren Mittagsmahle freundschaftlich zusammengebracht hatte, mitgetheilt, daß er jetzt als Vertreter der freien Stadt Bremen nach Frankfurt gehe, um dort persönlich für die Umgestaltung des Bundestages mitzuwirken!

Waren die Personen Derer, die mit dem Beginn der neuen Epoche eine lokale Veränderung vorzunehmen für gut fanden, entbehrlich, so fühlte man in Berlin die Entbehrlichkeit, ja Unerträglichkeit mit den Verhältnissen auch jener Corporationen, denen die unmittelbare Leitung der städtischen Angelegenheiten bisher anvertraut gewesen war. Ja die leitenden Personen selbst, die „Väter der Stadt" schienen das Bedürfniß einer Metarmorphose zu erkennen. Am 21. März wurde eine Sitzung der Stadtverordneten gehalten, in der nach längeren Debatten über „vielerlei Unwesentlichkeiten" der Antrag des Stadtverordneten Mertens: „daß die Versammlung eine Adresse an die Stadt Mannheim erlassen sollte, für den Impuls, welche dieselbe durch ihr Auftreten den Freiheiten Deutschlands gegeben hat," genehmigt wurde. (Der Magistrat, dem dieser Beschluß mitgetheilt wurde, trat ihm mit dem Vorschlage bei, die Dank-Adresse an das Land Baden überhaupt zu richten.) Als die

Tagesordnung — deren einer Punkt: die in Privatleihanstalten versetzten Pfänder bis zum Pfandpreise von fünf Thalern auf Kosten der Stadt frei zu geben, ebenfalls genehmigt wurde — erledigt war, erhoben sich im Zuhörerraume einige Personen, darunter die Herren Witz, Runge, Constant, um gegen einzelne Stadtverordnete, namentlich die Herren Berends und Mertens den Wunsch auszusprechen, daß die Stadtverordneten-Versammlung sich gänzlich auflösen und einer aus weniger beschränkenden Wahlen hervorgehenden Versammlung die Geschäfte übergeben möge. Hr Mertens stellte den hierauf bezüglichen Antrag in einer Ansprache, die, wie der Zeitungsreferent bemerkt, einem Mirabeau Ehre gemacht hätte. Und die Versammlung erklärte ihr Mandat für erloschen, behielt sich indeß bis zur erfolgten neuen Wahl die Leitung der Geschäfte vor. Die „Zeitungshalle," die unter allen Blättern allein von dieser Sitzung berichtete, fügt ihrem Referate den lakonischen Satz hinzu: „Der Magistrat wird wohl noch im Laufe des Tages abtreten." Der Magistrat jedoch trat nicht ab; er mißbilligte vielmehr in einer späteren Sitzung jenen Beschluß der Stadtverordneten, der auch bald zum Gegenstande eifriger öffentlicher Erörterungen wurde.

Die Versammlung im Hotel de Russie, von der wir in einem früheren Abschnitte berichtet, hatte den Berathungsgegenstand, der ihre Zusammenberufung veranlaßt, der Discussion eines Themas hintenangesetzt, welches das allgemeine Interesse vorwiegend beschäftigte. Die Angelegenheit der Presse, die „literarische" Frage sollte berathen werden, während doch innere und äußere Politik den Mittelpunkt der Verhandlungen bildete. Derselbe Anlaß, der diese Versammlung hervorgerufen, führte gleichzeitig an einem anderen Orte Personen derselben Berufsart, Literaten, zu gemeinsamer Besprechung zusammen. Es war die Versammlung, die im Mielentz'schen Saale am 21sten Abends stattfand. Hr. Märker, ein Universitätslehrer, führte den Vorsitz. Er deutete die Tendenz dieser Literaten-Versammlung dahin, „die geistige Bewegung der materiellen folgen zu lassen." Vergebens sucht man in den Zeitungen jener Tage nach einem Berichte über diese Versammlung; (die des Hotel de Russie war wenigstens von der „Zeitungshalle" und dem „Publicisten" erwähnt worden); erst in einer 1850 erschienenen Schrift von Robert Springer*) findet sich auch eine Skizze dieser Versammlung, der wir Folgendes entnehmen: Von den bekannten Literaten waren wenige zu sehen, die Versammlung war flau . . Ruhe, Ruhe! seufzte die Majorität. Ein Mitglied wollte von vornherein eine Sonderung der Debattirenden in Constitutionelle und Republikaner. Andere witterten die Reaction und wollten Bewegung und wieder Bewegung; so

*) Berlin's Straßen, Kneipen u. Clubs im Jahre 1848. Von Robert Springer. Berlin 1850. (S. 44.)

namentlich Theodor Mundt. Unter den Zuhörern befand sich Hr. v. Kirchmann, der damalige Staatsanwalt; als Redner traten Dr. A. Zimmermann, ein Gymnasiallehrer, in sehr liberaler Weise, Wislicenus aus Halle mit einem langen, aber wenig entsprechenden Vortrage auf; Faucher, damals Redacteur der Börsen-Nachrichten in Stettin, warf ein kurzes Schlagwort dazwischen. Die Debatten wurden durch den Eintritt Einzelner der freigewordenen Polen unterbrochen. „Vivent les Polonais!" wurde ihnen zugerufen. Einer derselben verkündete mit vielem Feuer die Erwartungen und nächsten Bestrebungen seiner Nation. Er wollte aber der deutschen Sympathieen gewiß sein: „Alle riefen uns bei unserer Freilassung zu: Es leben die Polen! aber Niemand: Es lebe Polen! Was haben wir von Preußen zu erwarten, wenn wir unsere Brust den Russen entgegen werfen?" Mitglieder der Versammlung, darunter Hr. Zimmermann, drückten darauf die deutschen Sympathieen für ein freies Polen aus. — Auch Hr. Rudolph Schramm unterhielt die Versammlung. Er war eben der Haft entlassen worden; Bürgerwehrmänner hatten ihn wegen mißliebiger Aeußerungen verhaftet. Schramm erzählte den Hergang, wie man ihn nach der Hausvoigtei geführt, und legte besonderes Gewicht darauf, daß er dort „so ganz in der alten Weise" vernommen wurde.*) — Bei einer Vergleichung der beiden ersten freien Versammlungen vom 21. März, der im Mielentz'schen Saale und der im Hotel de Russie, traten bereits diejenigen unterscheidenden Momente hervor, welche die aus diesen Versammlungen sich bildenden Clubs in ihrem Wesen trennten. „Man merkte," äußert Springer von der erstgenannten Versammlung, „den Leuten ein ungewohntes Gebahren, aber auch schon jene Mäßigung an, die später das Princip des constitutionellen Clubs wurde." Seine Schilderung der anderen Versammlung hebt als bezeichnend die „Aufregung, Gereiztheit, Rathlosigkeit, das wirre Durcheinanderlaufen, ein in dem engen Raume hallendes, verworrenes Getöse" hervor, läßt hier schon „die Größen der künftigen Bergpartei" erscheinen und „die junge Demokratie fast instinctmäßig die Reaction fühlen," die ihr Haupt mächtig erhoben. Von den dort auftretenden Rednern sei Hr. v. Brand „als Stern erster Größe am politischen Horizont" erschienen, habe Hr. Jung „den ersten Wurf um seine Popularität" gethan, und auch der später bekannter gewordene Conditor Karbe sei schon „mit einer unbedeutenden Botschaft" angekommen.

*) Hr. Schramm war im Polizeipräsidium vernommen und auf den Antrag einer dort erschienenen großen Anzahl junger Männer freigelassen worden. — Die „Neue Preußische Zeitung" richtete drittehalb Jahre später (Juli 1850) an den in Berlin verweilenden früheren Polizeipräsidenten Hrn. v. Minutoli die neugierig-boshafte Anfrage: worauf hin er den wegen „empörender" Aeußerungen verhafteten Schramm so schnell wieder entlassen habe? Und Hr. v. M. zögerte nicht mit der Antwort, daß die Polizeiakten das vollständige Protokoll mit Schramm enthielten, und daß dieser entlassen worden, weil Bekannte und Verwandte des Verhafteten dessen „krankhaft-nervösen, unzurechnungsfähigen" Zustand als Entschuldigungsgrund der von ihm gethanen Aeußerungen geltend gemacht hätten.



Ein Gesammtbild des berliner Lebens während der dreitägigen Epoche, vom 20. bis 22. März, setzt sich nicht allein aus den einzelnen hervorragenden äußeren Erscheinungen zusammen, die Art, wie das neue ungewohnte Treiben aufgefaßt worden, die Reflexionen, die Thatsachen, die Uebertreibungen, welche die Presse in einer durch keine Censur beschränkten Fülle vorführte, liefern das Material für eine umfassende Darstellung des geschilderten Zeitraums. Wie schwer die Zeitungscorrespondenten ihre Aufgabe hielten, das auswärtige Publicum von Allem, was sich in Berlin ereignet, in Kenntniß zu setzen, das mögen einige Formen der fast in allen Correspondenzen dieser Art sich wiederholenden Anläufe zeigen. „Der eminenteste Geist," wird einem Blatte unter dem 21sten geschrieben, „so wie die gewandteste Feder vermögen jetzt kein treues Bild von unserem vielbewegten Berlin, das in einer so kurzen Zeit eine großartige Weltgeschichte durchgemacht hat, nur einigermaßen wiederzugeben. Von Minute zu Minute, kann man sagen, drängt sich ein bedeutungsvolles Ereigniß auf das andere, so daß eins das kurz vorhergegangene bald vergessen macht. Alles ist jetzt hier bewundernswerth und, wenn man offen gesteht, nur noch ein Nebelbild, dessen Verwirklichung eine ruhigere Zeit, als die gegenwärtige es ist, bedarf . . ." Einem anderen Blatte, der Allgem. Zeitung, wird vom 20sten geschrieben: „Mit jedem Augenblicke erweitert sich der Gesichtskreis über die großartigen Ereignisse der Nacht vom 19ten und alles, was ihr gefolgt . . Diese eine Nacht ist ein Capitel der Weltgeschichte, das schwerer wiegen dürfte als manches Jahrzehnt! So viel ist sicher und dies stolze Bewußtsein ist uns geworden, daß wenn Volk und Heer so vereinigt handeln, wie sie jetzt gegeneinander im Kampf standen, so dürfen wir eine Welt mit Waffen nicht scheuen. Unsere ersten Empfindungen waren die des düsteren Grames und Grauens über das Blutvergießen, jetzt aber, da wir gesehen, welch ein erhabener Geist in dem Ganzen gewaltet, jetzt wollen wir unsere Todten betrauern, aber das Herz schlägt, wie nach jeder Siegesschlacht, stolz gehoben . ." Ein Referent, aus dessen Berichten wir bereits früher einzelne Schilderungen mitgetheilt, rühmt den berliner „Bürgersinn." Berlin — schreibt er am 21. März, 10 Uhr Vormittags — „Berlin ist noch immer sehr bewegt, doch — Dank dem Bürgersinn — wird es ruhig bleiben. Unsere liberalen Notabilitäten, die unerschrocken die Sache des Volkes vertheidigten, Männer, wie Mügge, Rutenberg, Mundt, beschwichtigen das Volk, mahnen zur Mäßigung und halten in den schweren Tagen von Excessen zurück. Bülow-Cummerow geleitete Referent gestern nach der Universität, wo der verehrte Greis mit den Studirenden in versöhnlicher Weise zu reden beabsichtigte. Die berliner Literaten, Weyl, Wöniger, Curtius, Rellstab, Minding u. s. w. haben sich ebenfalls in diesen Tagen durch ihre Thätigkeit und Besonnenheit das Bürgerrecht erkämpft! Und am Abende desselben Tages, um 6 Uhr, schreibt derselbe Berichterstatter:

Ich komme von einer Wanderung durch die Stadt zurück, und will erzählen, was ich gesehen. In den Vorstädten debattirten die Leute über die Vorzüge der Republik, über die Nothwendigkeit der Organisation der Arbeit, über die Zukunft der Brüderlichkeit und Gleichheit. In den gewöhnlichsten Kneipen höre ich einen Ton der Unterhaltung, höre ich in gewandter Sprache Doktrinen vortragen, wie ich sie kaum in Salons vernommen. Alles ist bewaffnet. Ein kriegerischer Geist weht durch die Arbeiter. Ihre Knaben und Mädchen haben Helme auf dem Kopfe, kleine Degen an der Seite. Auch fand ich große Noth, obgleich viel gethan wird. Ich besuchte einzelne Fabriken, und fand sie Gott sei Dank! mit Arbeitern besetzt. Ich hörte keinen Mißlaut gegen den König, aber ich gewahrte die bestimmtesten Forderungen nach socialen Umgestaltungen, die nicht mehr zurück zu halten sind, ferner ein stolzes Bewußtsein, hervorgerufen durch den großen Heldentag des unsterblichen 18. März. Pöbelhaftigkeiten gewahrte ich nirgends, nirgends einen Betrunkenen. Soviel über die Vorstädte. — Die Mittelklassen in Berlin haben sich mit einer Begeisterung, von der man sich schwerlich einen Begriff macht, der Sache der Freiheit unbedingt angeschlossen. Die Theorie hatte in Berlin längst den Sieg des Liberalismus entschieden, und praktisch hat letzterer jetzt auch eine große Schlacht geschlagen, jene mörderische Schlacht in den Straßen unter Kanonendonner und Kartätschenfeuer, die man in Zukunft die Berliner Schlacht nennen soll. Keine menschliche Macht, und rückte sie heran mit unüberwindlicher Heeresmacht, ist mehr im Stande diese Richtung der preußischen Mittelklassen zu beseitigen. Was seit 30 Jahren bei ihnen sich vorgebildet hat, ist nunmehr zur vollen Frucht gediehen. — Die höhern Stände sind wie zerschlagen, sie finden sich nicht in die neue Ordnung der Dinge, sie befürchten das Schlimmste, viele von ihnen flüchten mit Weib und Kind, verkleidet, ängstlich-spähend. Sie irren sich! — Auch die neue Kirche besuchte ich, wo, unter Assistenz von einem Geistlichen, die Särge stehen, in welchen die gefallenen Opfer ruhen . . . Das Wehgeschrei der Angehörigen erfüllt die Kirche; möge es zum Triumphgeschrei für die Freiheit werden. Wie ich höre, sollen die Leichen morgen auf dem Friedrichshaine in Verbindung mit den gefallenen Soldaten bestattet werden. Auch spricht man von einer großen Versöhnungsfeier morgen. Die Versöhnungsfeier wird stattfinden, wenn das preußische Militair die preußische oder die deutsche Constitution beschwört — das ist unsere Meinung.

Der Eifer der auswärtigen Zeitungen, Alles zusammenzustellen, was in Bezug auf die berliner Ereignisse bekannt geworden war, fand in den eigenen Blättern der Hauptstadt kein entsprechendes Vorbild. Unvollständigkeit in den Mittheilungen bedeutenderer Vorgänge, Unzulänglichkeit und ungeordnetes Aneinanderreihen des Materials zeichnen namentlich die älteren beiden Zeitungen aus. Während die Vossische in ihrem „Extrablatte der Freude" zur Berichtigung von Irrthümern u. s. w. „um zuverläßige Notizen dringend" bittet, zeigt die Redaction zwei Tage später an, daß bei den eingegangenen zahlreichen Mittheilungen und Erläuterungen „über die letzten ruhmvollen Ereignisse" es ihr völlig unmöglich sei, die oft weitläuftigen Nachrichten „selbst des interessantesten Inhalts, auch nur zum kleineren Theile" aufzunehmen. Dasselbe Blatt sieht sich am 22sten zu einer „Bitte an das Publikum" veranlaßt: Der Andrang zur Expedition des Blattes sei so außerordentlich, daß diese, „trotz der Permanenz, in der Arbeiter und Druckanstalten beschäftigt," ganz außer Stande sei, den gerechten Forderungen des Publikums auch nur einigermaßen zu genügen, wenn nicht einige Ordnung dabei erhalten werden könne.

Von dem „Extrablatt der Freude" waren in den ersten fünf Stunden 12,000 Exemplare vergriffen; wie denn auch von dem Extrablatte, welches die Spener'sche Zeitung am 21sten über den Umritt des Königs ausgegeben, 18,000 Exemplare abgezogen werden mußten. — Die Darstellungen der Vor-

gänge, die Mittheilungen der Ereignisse waren jedoch jetzt die weniger interessanten Bestandtheile der Zeitungen geworden; was sonst das Beiwerk genannt wurde, was seine Stelle unter den täglich wiederkehrenden Verkaufs- und Vergnügungs-Anoncen suchen mußte, diese Inserate, jetzt von aller Censur befreite Gedankens- und Gefühlsäußerungen junger und alter Weltverbesserer, weiser und lustiger Räthe, der Zeichendeuter und Commentatoren u. s. w. gaben fortan den Zeitungen das eigentliche Interesse. Unsere Darstellung hat bereits bei verschiedenen Gelegenheiten einiger dieser die Zeit und die Menschen charakterisirenden Erzeugnisse erwähnt; andere aus der geschilderten Epoche mögen hier noch angedeutet werden. — Mit der Ueberschrift: „Schmach den Verläumdern" richtet sich eins dieser Inserate (in der Zeitungs-Halle) gegen die Verdächtiger der Revolution: „Nachdem das berliner Volk in der glorreichen Nacht vom 18. — 19. März Seine Fesseln zerrissen, bemühen sich Niederträchtige Ihm den Ruhm Seiner Thaten zu schmälern, und Seinen Heldenmuth zu verdächtigen, indem sie aussprengen, daß französische, oder schweizerische oder polnische — (warum nicht gar russische) — Freiheitsemissäre die ganze Revolution fix und fertig gemacht. Wie ein guter Polizist in jedem Menschen von vornherein einen Spitzbuben wittert, so giebt es erbärmliche Naturen, die jede große, edle That mit dem Geifer ihrer schmutzigen Verleumdung zu besudeln versuchen. Wo sind denn diese fremden Freiheitsmänner? Wer hat sie Barricaden bauen, wer sie darauf kämpfen, sterben, siegen gesehen? Man weiß kaum, ob diese Verleumdung mehr lächerlich oder mehr niederträchtig ist." In einem „Zuruf an seine Kameraden" (Voss. Zeit.) will ein Offizier, „der zwar nicht Theil hatte am Kampfe, dessen militairisches Gefühl aber auch tief gedemüthigt war" dazu beitragen, „daß die Geister in der Ferne sich dem großen herrlichen Geist anschließen, der in Berlin den Sieg errungen hat." Begeistert ruft Hr. Delze, Artillerie-Lieutenant, seinen Cameraden zu: „Das war keine Emeute! Das war der Sturm eines sich großartig erhebenden Volkes! .. Einst wurde das schwarz-roth-goldene Band in bedrohter Heimlichkeit geküßt, jetzt weht dasselbe hoch vom königlichen Schloß und aus jedem Hause! Das begeisterte Volk wogt durch die Straßen! Ist das etwa Canaille? — Wehe uns, wenn wir versuchen wollten, dem Strome der Zeit entgegenzutreten!" Der Offizier, „dessen persönliche Demüthigung völlig aufgegangen ist in dem erhabenden Gefühl, daß jetzt die größte Aera für unser deutsches Vaterland gekommen" fordert schließlich seine Cameraden auf, „den steifen, alten militairischen Dünkel dahin fahren zu lassen .. Schließen wir uns dem Strome der Bewegung willig an, statt im ärgerlichen Zwange." — Hr. Dr. Spiekermann erläutert (in der Spen. Zeit.) die Bedeutung der „schwarz-roth-goldenen" Kokarde, die keineswegs das Symbol der „Republik," sondern das eines „großen, mächtigen, einigen Deutschlands" sei, dessen Söhne „Jeder seinem ursprünglichen, angestammten Fürsten getreu" bleibe; und Hr. Lassar citirt in einem

Inserate „zur Erklärung der drei Farben roth-gold-schwarz" vier Verse eines bekannten Burschenliedes. — Dr. Doyé spricht salbungsvolle Worte „an Euch Alle" in der „Form einer beflügelten Eile;" es sei hohe Zeit, erinnert er, „daß der große Preußische Gedanke, der durch die Lande und die Herzen zittert, nun auch niedersinkt vor Dem, vor welchem jeder feindliche Königsthron, aber auch jeder feindliche Bürger ein Fußschemel ist:" Gott allein habe die Waage in seiner Hand, auf welcher die Völker und ihre Beherrscher gewogen werden, aber „auch du, Presse der Erde, hast eine Waage; sie ist gut und heute nothwendig, darum hast du sie." Laßt uns, schließt das Mahnungswort, nicht vergessen, daß Preußen die „Stadt auf dem Berge" ist; „sie sieht man von weither in der Ferne und neben der Höhe schmeichelt die Tiefe." — Bürger A. Gendelmeyer steuert das bescheidene Inserat „an unsern hochherzigen König" bei: „Wer Gott vertraut, hat wohl gebaut!" — Anspruchsvoller ist der Inhalt anderer gereimter Zeitungs-Inserate. Carl Heinzelmann singt „ein Lied der Freiheit: An meine braven Mitbürger," der Webergeselle Herzog ruft aus: „Fort mit Aufruhr und Beschwerden! Tritt mit Gott, o edler Mann, nur dein Handwerk fröhlich an;" der Schneider G. Worch singt nach der Melodie: „Sei mir gegrüßt, du holde Freiheit! Ja freier Sinn, das ist mein Adel, kühn blick' ich so den Stärksten an;" ein Ungenannter preist „am Grabe der 18. und 19. März Gefallenen" Euch, „die Ihr vor Allen der Freiheit fielet in den Arm . . Die Bürger, Eure treuen Brüder, die Schnitter Eurer Frühlingssaat, sie werden säen wieder, wieder, bis Alles Eine Scheuer hat." Lucia Lenz, von der eine ihre Strophen begleitende Anmerkung sagt: „Die Verfasserin dieses Gedichts hat an den Barrikaden gekämpft," verherrlicht am 21. März (s. Zeitungs-Halle Nr. 75) die „deutschen Studenten:" „Wer es gesehen, wie diese Heldenknaben beim Morgenroth nach jener blutigen Nacht, den Männern aus dem Volk die Hände gaben, der glaubt an der Verbrüderung künftige Pracht!"

Fliegende Blätter verbreiteten während dieser Tage gereimte und poetische Ergüsse in größerer Fülle als die Zeitungen. Ein am 20sten ausgegebenes, von dem Lehrer Mücke verfaßtes Lied, [1]) das nach einigen Zeitungsangaben in 80,000 Ex. vertheilt worden, feiert, eine sogenannte preußische Nationalhymne parodirend, das siegreiche Volk: „Ja in der Waffen Kraft liegt, was uns Freiheit schafft, die uns zum Glücke führt. Heil ewig Euch . . Schließe, o Preußenland, dich fest mit Herz und Hand an's deutsche Volk. Fühl' in des Ruhmes Glanz die hohe Wonne ganz: Ein deutsches Volk zu sein! Heil Deutschland dir!" — J. Minding besingt [2]) den „Völker-Frühling:" „Der Völker-Frühling ist gekommen; es hat in einer kurzen Nacht die junge Welt der alten Macht Gewehr und Waffen abgenommen . . . Italien,

---

[1]) Druck von Eduard Krause. [2]) Gedruckt bei Sittenfeld. (Stuhr'scher Verlag.)

Polen, germanisches Reich, mit Frankreich im heiligen Bund, Wir Völkergebrüder in Freiheit gleich, so gebe der Frühling sich kund." — Spl. dichtet „Zum Frühlingsanfang:" [1]) . . . „Den wackeren Bürger beenge nicht mehr, monarchisch gegliederte Formen, wir nähren fortan kein zahlloses Heer mit Steuern, mit wahrhaft enormen. Wir nähren nicht mehr mit unserm Gut habsichtige, niedrige Heuchler, verspritzen nicht mehr das heilige Blut für fürstliche Kriecher und Schmeichler. Wir kämpfen allein für Gut, für Recht, und wollen nicht Anderer Habe, und lassen dem alten Königsgeschlecht die Krone mit goldenem Stabe." — Gerhard van Arcken richtet einen „Zuruf an die Helden der Märztage:" [2]) . . . Stehet fest! . . . „Wir müssen, was mit unserm Blut errungen, begeistert, heißerglüh't vertheid'gen auch; . . . wir müssen stehen, wie Männer die geboren, dem Vaterland ein Freiheitswall zu sein." — Am Tage der Beerdigung erschienen: „Lieder, gesungen bei der feierlichen Beerdigung unserer am 18. und 19. März gefallenen Brüder" [3]) . . . von L. B.; das eine singt: „Drum an unsrer Brüder Grab, die der wilde Kampf erschlagen, der uns Recht und Freiheit gab, Brüder stillet eure Klagen: Ob auch Tiger sich bekriegt, diesmal hat der Mensch gesiegt . . . Und der Menschheit Freiheitsbaum sprieße aus des Grabes Raum." Das andere . . . . „Schlummert sanft! Das Weltgericht Euren Thaten Kränze flicht." — Eine „Elegie auf die am 18ten und 19ten zu Berlin Gefallenen. Am Tage der Beerdigung," gedichtet von Mz. J.. l[4]) feiert ähnlich die Gefallenen. — Andere dieser poetischen fliegenden Blätter beziehen sich speciell auf den König. — Dr. Fr. Eylert richtet ein Gedicht: „Der 19. März 1848" an Friedrich Wilhelm IV., „den geliebten König eines freien Volkes" [5]) . . . „Ja Du bist's, der angezündet der Begeisterung hohe Gluth, der mit neuem Schöpfungsodem aufgeweckt den todten Muth — Und es blicken alle Deutschen Dich mit neuer Wonne an — Denn Du hast Dich selbst bezwungen, bist ein freier deutscher Mann!" — Ein Ungenannter ruft in einem Gedicht: „Friedrich Wilhelm IV." überschrieben, [6]) aus: „Er ist's, der von dem Throne zur Bahre sich gebückt, wo mit der Bürgerkrone der Sieger lag geschmückt . . . Als er die Krone beugte vor Volkes Majestät, und für die Wahrheit zeugte, hat er den Thron erhöht . . . Ob auch die Wetter schlagen in's deutsche Reich hinein, Er kann es harrend tragen, Er wird der Kaiser sein!" — „Des Königs Ritt. Nach der Nacht vom 18. zum 19. März 1848," stellte ein ebenfalls anonymes Gedicht [7]) dar: „Der König reitet schweigend, mit kummerschwerem Sinn, reicht rechts und links verneigend die Hand zum Drucke hin; doch tiefe Trauer präget auf seinem Antlitz sich: . . . „„Die Tapferen, die gefallen, sie schweben all' mir vor, die Sterberufe

---

[1]) Gedruckt bei Sittenfeld. [2]) Druck und Verlag von E. Litfaß. [3]) Gedruckt bei Sittenfeld. [4]) Friedländer'sche Buchdruckerei. [5]) Druck und Verlag von E. Litfaß. [6]) Druck von Marquardt und Steinthal. [7]) Druck von Harth und Schultze. Verlag von L. Quien.

hallen, vernichtend an mein Ohr. Wird mich mein Volk auch tragen in Liebe und in Huld; ich hör's doch ewig fragen: Wer sühnt des Blutes Schuld?““ Derselbe Stoff findet sich besonders in fliegenden Blättern verarbeitet, die von auswärts her in großer Anzahl von Exemplaren nach Berlin verbreitet wurden. Eins derselben, dem die Illusion der „elfhundert Leichen“ den poetischen Funken gegeben, bringt den Ausdruck der Verfolgungen, die den König von Preußen wegen der Demonstration am 21sten im nichtpreußischen Deutschland trafen in Verbindung mit jener Illusion: [1]) „O jämmerlich Comödiantenspiel! Noch raucht das Blut am fürstlichen Pallaste, da jubeln dem, durch den die Kugel fiel, dem deutschen König mit der Freiheitsquaste: dem Gaukler in der Krone jubeln sie ein Lebehoch mit hunderttausend Zungen, da segnen sie die milde Dynastie . . . elfhundert Leichen und kein Sieg errungen.“ Ein anderes, das wie das eben erwähnte aus Leipzig kam, [2]) spinnt allein den Gegensatz zwischen dem im Schlosse sitzenden König und den auf den Straßen fallenden Bürgern aus: „Am Strand der Spree, da sitzt Borussia, das Haupt verhüllt mit thränenfeuchten Schleier; Kanonen donnern und die Schlünde spei'n Kartätschen aus zur großen Frühlingsfeier. Gieb Rede mir, du Nero an der Spree: Zu was der Kampf, was gilt es heut zu sühnen? Gieb Rede mir, der Du dereinstens sprachst: „Ich und mein Haus, wir woll'n dem Herren dienen! . . . Das Schloß durchirrt ein Mann von Angst erfüllt, schreibt einen Zettel, der „an meine lieben Berliner“ ist gerichtet, während man verkündigt seine Lieb' mit Säbelhieben . . . Hoch in dem Schloß, da sitzt in Angst ein Weib, Tractätchen und Gebetbuch in den Händen u. s. w.“ — Vereinzelt stehen Ausbrüche poetischer Licenzen dieser Art, während der geschilderten Periode, in berliner Preßerzeugnissen da. Ein Gedicht: „An den König von Preußen,“ [3]) gilt als die extremste Production in dieser Beziehung: . . . „Seht wie das Blut gen Himmel raucht; es wallt als Opferdampf nach oben! Auf, deutsches Volk, hineingetaucht die Finger, schwör's beim Himmel droben: Daß bald gerächt der Sterbeschrei trotz Degen, trotz Kanon' und Bombe, daß nicht umsonst gefallen sei der Freiheit große Hekatombe! . . . Ha, zittre Heuchler, Scheusal nur, der Rache Tag wird Dich ereilen; noch feucht ist jenes Blutes Spur, die Wunden können nimmer heilen. Du darfst nicht länger athmen mehr: Pest bringt Dein Hauch, er weht Verderben, Blut macht die Sündenschaale schwer, Verworfner! — Ha! — Du, Du mußt sterben!“ — Allgemeineren Inhaltes ist eine in altem Stile gedichtete „Ode

---

[1]) „Elfhundert Leichen und kein Sieg! Fliegendes Blatt an die Berliner.“ (Ohne Druckort.) [2]) „Preußens Todtenmesse.“ Gedicht von Th. Drobisch. [3]) Ohne Druckort und ohne Datum. — Verbreiter dieses Gedichtes wurden im Jahre 1848 und in den nachfolgenden Jahren von den Gerichten zum Theil verurtheilt, zum Theil freigesprochen. Der Verfasser desselben, ein junger Handwerker, wurde im Juni 1850 von dem berliner Schwurgerichte „wegen Anreizung zum Hochverrathe“ zu einer mehrjährigen Zuchthausstrafe verurtheilt.

an die Freiheit," [1]) welche beginnt: „Zerbrecht das Joch, zerreißt die Ketten! Ihr Völker in Germanien," dann das Leben der „Fürsten und Pfaffen" in nicht erbaulicher Weise schildert und schließlich die schwarz=roth=goldene Fahne als das einzige „Panier," dem zu folgen sei, empfiehlt: „Und giebt's dereinst ein blutig Fechten, nur dieser Fahne folgen wir!"

Außer diesen neuen Erzeugnissen der freien Presse, waren es theils länger vorbereitete, theils nachgedruckte Productionen, welche in den ersten Tagen der neuen Freiheit aus berliner Druckereien hervorgingen. „Vive la liberté! Gruß an Frankreich am ersten Tage der freien Presse in Preußen von August Braß" [2]) ist eins dieser im Voraus fertig gehaltenen, doch erst nach dem 18ten erschienenen, verunglückten Gelegenheits=Gedichte betitelt. Ein umfassenderes, dichterisches Product: „Victor, sociale Dichtung von Titus Ulrich" verkündigte sich alsbald als ein durch die allgemeine Amnestie unverkürzt freigegebenes, aus dreimonatlicher (Censur=) Haft erlöstes Werk. — „Unter dem Schutze der freien Presse" und mit dem Titel „Deutschlands Wiedergeburt" erschien ein von Mannheim aus verbreitetes Gedicht: „Schwarz, Roth, Gold" von C. H. Schnauffer, bereits am 20sten, [3]) und gleichzeitig eine ältere Freiligrath'sche Dichtung, vor Kurzem noch verpönt, unter dem Titel: „Freie Presse," [4]) dem bald die „Februar=Klänge" desselben Dichters, [5]) im berliner Nachdrucke, folgten.

Die bürgerlichen Kämpfe des 18ten und 19ten, die überlebenden Helden, bildeten den Gegenstand dichterischer Verherrlichung auch für Flugschriften, die nach dem 22. März erschienen. — Jul. Heinsius dichtet: „Märzlieder, seinen deutschen Brüdern zum Andenken an die Tage des 18. bis 22. März gewidmet;" [6]) Andreas Sommer, der später in unzähligen Zeitungsartikeln die Revolution bekämpft, singt „Berliner Barrikadenlieder;" [7]) Leberecht Neuhof liefert zum Besten der Witwen und Waisen „drei Lieder für die Zeit;" [8]) L. Karl Aegidi zum Besten eines Denkmals im Universitätsgarten für die gefallenen Studenten: „Zwei Lieder (Farbenlied und Parlamentslied);" [9]) P. H. ebenfalls zum Besten eines solchen Denkmals „Frühlingsanfang 1848." [10]) Wilhelmine Müller behandelt zum Theil prosaisch, zum Theil poetisch den „18. 19. und 22. März" in einem „Gedenkblatt für die Bewohner von Berlin." [11]) Von dem oben erwähnten Schnauffer'schen Gedichte erschienen überdies musikalische Compositionen in verschiedenen Ausgaben. [12])

Nichtpoetischer Flugblätter und Plakate sind aus dieser Epoche nur wenige noch zu erwähnen. Das Comité der „gemeinnützigen Baugesellschaft" erließ

[1]) Druck von A. W. Hayn. (Ohne Datum.) [2]) Druck von Schiementz. Verlag von A. Hofmann und Comp. [3]) Druck von Schiementz. Verlag von A. Hofmann und Comp. [4]) Verlag von Leop. Schlesinger. [5]) Druck von A. Obst. Bei Romolini. [6]) Mylius'sche Verlagshandlung. [7]) 2 Hefte. Logier'scher Verlag. [8]) Buchhandlung von D. Reimer. [9]) Ebendaselbst. [10]) Besser'sche Buchhandlung. [11]) Gedruckt bei Sittenfeld. [12]) Bei Reuter und Stargardt und bei Eßlinger.

am 21sten einen Aufruf an die unbeschäftigten Bauarbeiter, sich bei jener zu melden, da ihr der Graf Arnim die sofortige Ausführung einiger Bauten aufgetragen habe. H. F. Kaufmann aus Kreuznach, Architekt und Steinbruchsbesitzer, fordert am 20sten zu einem „kosmopolitischen deutschen Bruderbund“ mit dem Motto: „Schmiedet das Eisen, wenn es glüht!“ auf. Eine spätere Gelegenheit wird uns auf diesen Aufruf, wie auf die von Mitgliedern eines Comité's bereits am 22. März erlassene „Ankündigung der National-Zeitung“ zurückführen. Ein vom 20. März unterzeichnetes „Manifest an die Geschichtsschreiber Europa's“ mit der (wahrscheinlich fingirten) Unterschrift: „63 Berliner Bürger,“ ist in dem Tone der oben erwähnten leipziger Flugblätter gehalten. (Leipzig ist auch als Druckort angegeben.) Herr C. Heinzelmann endlich theilt in einem Plakate vom 22sten,[1]) der Bevölkerung der Hauptstadt Rathschläge nnd Lehren mit.

Eine Reihe von Schriften, welche die berliner Ereignisse, im Zusammenhange darstellen sollten, erschienen oder wurden doch bereits in dieser Epoche vorbereitet. Als die erste verkündigte sich durch Eckenanschläge: „Der Freiheitskampf der Berliner, am 18. und 19. März“ von J. S. Loebell;[2]) dieses, so wie einige andere Schriftchen: „Der Aufstand in Berlin“ von W. H. Domke,[3]) „Berlins Volkskampf,“[4]) „Märzhalla,“[5]) „Ausführliche Beschreibung der Ereignisse,“[6]) stellen die berliner Vorgänge vom Beginn der Straßenkrawalle bis zur Beerdigung der bürgerlichen Leichen, nach den Angaben der berliner Zeitungen, vermischt mit den üblichen liberalisirenden Raisonnements, dar. Die dürftigste, zugleich sinnloseste Zusammenstellung findet sich in der Trowitz'schen Ausgabe;[7]) das vollständigste Material liefert die als besondere Abtheilung der Schrift: „Die Revolutionen der Gegenwart“ erschienene „Berliner März-Revolution,“[8]) der als besonders werthvolle Mittheilungen enthaltend ein Heft: „Amtliche Berichte und Mittheilungen über die berliner Barrikadenkämpfe“[9]) folgte. Die Straßenkämpfe des 18ten und 19ten werden im übersichtlichsten Zusammenhange, auf Privatmittheilungen gestützt, in der mehrfach erwähnten Braß'schen Schrift[10]) dargestellt, zu der verbürgte Beiträge zu

[1]) Gedruckt in Neustadt E. W. bei Müller. [2]) Berlin. Im Selbstverlage des Verfassers. [3]) Der Aufstand in Berlin, seine Ursachen und Folgen, oder die ewig denkwürdigen Tage des 18. und 19. März. Von W. H. Domke. Im Selbstverlage des Verfassers. [4]) Berlins Volkskampf. Eine übersichtliche Darstellung der März-Ereignisse und treue Schilderung des Kampfes, in der Nacht vom 18ten zum 19ten nebst einer historischen Einleitung von L. B. — Verlag von J. Springer. [5]) Märzhalla oder ausführliche Beschreibung der Revolution in Berlin von Gerhard van Arcken. Bei Litfaß. [6]) Logier'scher Verlag. [7]) Beschreibung der denkwürdigen Ereignisse des März 1848 in Berlin. Berlin und Frankfurt a. d. O. [8]) Die Revolutionen der Gegenwart. 4. Lieferung. Die Berliner März-Revolution. Verlag von G. Hempel. (Ein zweites Heft stellt die berliner Ereignisse vom 22sten bis Ende März dar.) [9]) Verlag von G. Hempel. [10]) Berlins Barrikaden. Ihre Entstehung, ihre Vertheidigung und ihre Folgen. Eine Geschichte der März-Revolution von August Braß. Bei A. v. Schröter.

liefern der Verfasser eine öffentliche Aufforderung ergehen ließ: „Selbst, so weit es seinen Kräften stand," erklärte der Verfasser, „thätig mitwirkend an diesen beiden ereignißreichen Tagen, fehlen ihm doch genauere Thatsachen u. s. w." Am anspruchsvollsten tritt in der Ankündigung: „Das freie Preußen, von Adolph Carl (Adolph Streckfuß)" [1]) auf: „Die Darstellung wird keine trocken wissenschaftliche, sondern eine Geist und Gemüth befriedigende, romantische, aber nicht romanhafte sein . . . Es soll sein ein Andenken für uns, es soll einst unseren Kindern und Kindeskindern die Thaten in's Gedächtniß zurückrufen, durch welche ihre Väter die Freiheit erkämpft haben, deren goldene Früchte sie genießen . . . Die ersten Bogen werden eine interessante und spannende Schilderung jener furchtbaren aber herrlichen Nacht des Kampfes enthalten, in welcher das Volk von Berlin seinen Namen mit unerlöschlichen Zügen in die ewigen Tafeln der Geschichte eingegraben hat." In diesem Stile ist denn auch die ganze Darstellung gehalten, die sich allmählig durch zwei Bände hindurchspinnend, die Vorgänge der folgenden Monate, freilich sehr unvollständig und ungeordnet in sich faßt.

Alle diese Schriften, mögen sie auch nur die dürftigsten Zusammenstellungen aus der Vossischen Zeitung enthalten, sind im Interesse der bürgerlichen Partei, was hier dem „revolutionairen" Interesse gleichbedeutend, abgefaßt. Die militairische, die contrerevolutionaire Partei versuchte erst, als sie wieder zur Herrschaft gekommen war, die Vorgänge in besonderen Schriften nach ihrer Weise zu beleuchten. Es ist dieser Monographieen bereits im Laufe unserer Darstellung Erwähnung gethan; hier mag nachträglich noch eine erst im Juni 1850 erschienene Darstellung der Straßenkämpfe vom 18ten und 19ten, durch einen militairischen Mitkämpfer, [2]) angeführt werden. Von den Monographieen der „bürgerlichen" Literatur ist die Roerdansz'sche Schrift [3]) bei früheren Gelegenheiten schon gewürdigt; sie ist aus dieser Epoche die einzige; wenn nicht etwa die in einem Flugblatte dargestellte, romantische Schilderung des Todes eines „Polenhelden," [4]) so wie die ebenfalls Dichtung und Wahrheit enthaltenden „Häuser der Barrikadennacht" [5]) dazu gerechnet werden sollten.

Bildliche Darstellungen behandelten einzelne besonders hervorstechende Momente aus den Straßenkämpfen und den während der Tage vom 20sten bis 22sten stattgehabten Ereignissen; und Pläne von Berlin, in verschiedenen Ausgaben, bezeichneten in besonders markirter Weise die Straßen, Ecken,

---

[1]) Das freie Preußen! Geschichte des berliner Freiheits-Kampfes und seiner Folgen. Verlag von Hübenthal. [2]) Der Soldatenfreund. 17. Jahrgang. 11. Heft. (1850). Das 1. Garde-Regiment zu Fuß während der Märztage 1848. Berlin bei Hayn. [3]) Ein Freiheits-Martyrium. Gefangene Berliner auf dem Transport nach Spandau. Berlin. Liebmann. [4]) Tod des Polenhelden Bojanowski. Friedländer'sche Buchdruckerei. [5]) Die Häuser der Barrikaden-Nacht. Die blutigen Vorgänge im kölnischen Rathhause u. s. w. (7. Heft von „Berlins berühmte und berüchtigte Häuser von E. Rogan und B. Häßlein.) Verlag von Cohn.

Plätze auf denen die Kämpfe stattgefunden u. s. w. Die Barrikaden am Alexanderplatze, am kölnischen Rathhause, an der Tauben- und Kronenstraßen-Ecke, der Triumphzug der freigelassenen Polen, der Umritt des Königs, die Aufstellung der Särge und die Beisetzung der in den Kämpfen Gefallenen gaben Stoff zu den verschiedenen bildlichen Illustrationen. Eine Lithographie enthält unter mehreren kleineren Tableaus eins mit der erklärenden Unterschrift: „diese Straße gehört mir!" — Eine andere schildert den „Märtyrertod des auf der Barrikade (an der Königsstraßenecke) gefallenen jüdischen Philosophen Levin Weiß." — Auch die bildliche Karikatur schöpfte schon in den ersten Tagen ihren Stoff aus den die Ereignisse begleitenden Erscheinungen, in harmloserer Weise jedoch als der Volkswitz den Brunnen in der breiten Straße behandelte. Einer Kanonenkugel, die noch aus der Kampfnacht her in diesem Brunnen fest saß, wurde nämlich gleichsam als Unterschrift die Proclamation „an meine lieben Berliner!" beigegeben. Jene Erstlinge der nachmärzlichen Karikatur aber stellten, die eine, den seinen Kopf, von einer Nachtmütze fast ganz verdeckt, aus den Betten ängstlich hervorsteckenden Bürger dar, mit der Unterschrift: „Schießen sie noch?" Eine andere zeigt einen mit brennender Cigarre und Brennapparaten versehenen Gensdarmen, der sich jetzt den rauchlustigen Vorübergehenden hilfreiche Dienste zu leisten gezwungen sieht.

Zu einer ausführlichen Darstellung der berliner Ereignisse war bereits auch ein Plan gefaßt, demzufolge verschiedene Personen, der Assessor Wache, der ihn angeregt, der Bürgermeister Naunyn, der ihn zu unterstützen versprochen, der Hofrath Förster, der Professor Fr. v. Raumer, Ludwig Rellstab u. A. das Material entgegennehmen sollten, das von allen Denen geliefert würde, welche irgendwie bei den Ereignissen betheiligt gewesen. Die Ausführung des Planes scheiterte an den Bedenklichkeiten der aufgeforderten Personen, von denen der Geschichtsschreiber der Hohenstaufen seine Theilnahme geradezu versagte.

Dem abgeschlossenen Werke der Beerdigung am 22. März gaben Viele die Bedeutung, daß nun „die Revolution geschlossen" sei. Die Entwickelung der Freiheiten, glaubte man, könne nun in ruhigem, geordnetem Wege ihren Gang nehmen, der revolutionairen Bewegung sei Stillstand geboten durch die „Freiheiten," die bisher „errungen" worden, und die noch weiter „auf gesetzmäßigem Wege" zu erringen seien. — Die ganze nachfolgende Geschichte des Verlaufes der berliner Revolution ist eine Geschichte dieser „Errungenschaften."

Drittes Buch.

Die Errungenschaften.

I. Die Verheißungen des 22. März. — Die breslauer und posener Deputation im Schlosse. — Des Königs Unterredung mit den polnischen Deputirten.

In der Hauptstadt Preußens hatte die Revolution den Sieg davon getragen: die Provinzen, die größeren Städte derselben, beeiferten sich, nicht allein den Sieg zu einem allgemeinen werden zu lassen, sondern auch sich und der Gesammtheit gewisse „Errungenschaften" als Früchte des Sieges zu sichern, die erst alle vom Könige gegebenen und noch zu erwartenden Verheißungen zu Wahrheiten machten. Bald nach dem siegreich vollbrachten Revolutionswerke in Frankreich hatte, wie bereits in früheren Abschnitten angedeutet, die „Bewegung" auch Deutschland und einzelne preußische Provinzen ergriffen, sie wuchs und pflanzte sich allmählig fort, überall mit denselben „Forderungen," Wünschen und Hoffnungen hervortretend, an manchen Orten fehlte es sogar nicht an Symptomen des Aufruhrs, welche die Entwickelung der „Bewegung" zu einer lokal-revolutionairen zu beschleunigen schienen. Unter den größeren Orten waren es Erfurt, Breslau, Königsberg, Magdeburg, in welchen bereits während der Woche des März „Unruhen" stattgefunden; Volksaufläufe, Tumulte, Krawalle meldeten die Zeitungen von allen Richtungen her. Als nun aber die fast allenthalben gleich unbestimmten, verwirrenden Gerüchte von dem was in den Nachmittagsstunden des 18ten in Berlin sich ereignet, zugleich mit dem Patente und dem Preßgesetze vom 17ten und 18ten, in die Provinzen gelangten, da wurden freilich die officiell verbürgten Verheißungen von vielen Seiten mit Freude und Jubel, mit den Ausdrücken befriedigter Erwartungen begrüßt; die später folgenden, unmittelbar von Reisenden aus Berlin oder auch wohl nur auf mittelbarem Wege überbrachten Nachrichten von den Kämpfen in den Straßen der Hauptstadt ließen jedoch die überraschend gekommenen Freiheiten schnell vergessen und alle Hoffnungen oder Befürchtungen auf den Aus-

gang der berliner Angelegenheit richten. Die Staats- und Regierungs-Maschine war in's Stocken gerathen. An den Bahnhöfen von Stettin, Frankfurt, Berlin, Magdeburg wartete man der zuverlässigen Nachrichten über den Stand der Dinge in der Hauptstadt, bewaffnete Bürger harrten des Augenblickes, um den Bewohnern Berlins zur Hülfe zu eilen; in Breslau wurden, aus Besorgniß, das dortige Militair möchte nach Berlin gezogen werden, die Schienen aufgerissen, in Stettin versicherte sich eine Deputation der bestimmten Zusage des commandirenden Generals, Hrn. v. Wrangel, kein Militair nach Berlin marschiren zu lassen. Die Nachricht des Sieges endlich, der den Bürgern die Herrschaft der Stadt übergeben, befreite die sympathisirenden Städte von ihrer Besorgniß und ließ sie, bei der eintretenden allgemeinen Anarchie, sich allmählig wieder den eigenen wie den Verhältnissen der Gesammtheit zuwenden. Der Militairstaat aber schien gestürzt; resignirend, überrascht trat überall, an den größeren Garnisonen das Militair in einen bescheidenen Hintergrund, und den Schauplatz nahm eine neue Bürgermiliz, ohne daß ein Gesetz sie hervorgerufen hätte, aus eigener Machtvollkommenheit, ein. — Den Zustand jener Tage, jenen Zustand des allgemeinen Taumels bei allgemeiner Rathlosigkeit, mögen einige Beispiele schildern. Als die letzten Mitglieder der kölner Deputation, die am 19ten um 10 Uhr Abends Berlin verlassen hatten, am Bahnhofe in Potsdam ankamen, wurde der Eisenbahnzug von einer Menge neugieriger Frager angefallen. Einige Gardeoffiziere hatten auf ihre Frage: „lebt der König noch, -- und wie sieht es in Berlin aus?" keine Antwort erhalten; sie wandten sich nun mit derselben Frage: „lebt der König noch?" an jene Deputirten, und als diese mit ja! antworteten, entstieg ihrer beklemmten Brust ein unwillkührliches Gott sei Dank! „Ja, ich habe es immer gesagt," fuhr einer von ihnen fort, „die Berliner sind ein gutes Volk, der Berliner ist großmüthig, er kennt kein Rachgefühl, nun der König wird es ihnen zu lohnen wissen u. s. w." Als ihnen mitgetheilt wurde, daß in Berlin nur Freude und Jubel herrsche, waren sie außer sich vor Wonne. In Potsdam war nämlich das Gerücht verbreitet worden: der König sei todt und das Schloß stehe in Flammen! Von Potsdam bis Hannover wurden dieselben Reisenden an allen Bahnhöfen von Neugierigen mit Fragen bestürmt, aus denen sie schließen mußten, daß man die unsinnigsten Gerüchte über die Vorfälle in der Residenz verbreitet hatte. Als sie gegen Minden wieder auf preußischen Boden angekommen waren, mußte der unter ihnen befindliche D'Ester häufig aus dem Wagen heraus Reden an die Versammelten halten, in welchen er das Geschichtliche der letzten Tage mittheilte, weil es nicht möglich war, alle einzelnen Fragen zu beantworten. Diese Reden wurden häufig mit donnerndem Hurrah unterbrochen und steigerten den Enthusiasmus der Umstehenden. In Köln hatte sich ein ungeheurer Zug von Bürgern auf einem öffentlichen Platz versammelt und war von dort aus nach dem Dom gezogen, um die Spitze desselben mit

einer deutschen Fahne zu zieren. Gleich nach Ankunft jener Deputirten trat die Bürgerschaft zusammen, um eine Bürgerwehr zu bilden. Es wurden sofort Compagnieen und Bataillone formirt, allein es gebrach an Waffen. Die zu Commandeuren ernannten Herren v. Wittgenstein und Raveaux begaben sich alsbald in das Commandanturgebäude, in welchem der Divisionsgeneral und erste Festungscommandant von Köln wohnte, um diesem das Gesuch mitzutheilen, aus dem Zeughause die nöthigen Gewehre für die Bürgerwehr empfangen zu können. Das Innere der Commandantur war öde und verlassen; Niemand der die Ankunft der beiden Bürger anmeldete. Sie traten in ein leeres Zimmer. „Hier mochten wir," fährt Hr. Raveaux, dessen Mittheilungen*) wir diese Schilderung entnehmen, in seiner Erzählung fort, „einige Minuten Zeit gehabt haben, um unserer Verwunderung darüber Luft zu machen, daß auch auf der Commandantur die Vertheidiger des Vaterlandes den Kopf verloren zu haben schienen, als der General eintrat, uns, noch mehr aber das dreifarbige Band, welches wir im Knopfloch trugen, verwundert ansah und nach wechselseitiger stummer Begrüßung nach dem Zwecke unseres Besuches fragte. Er stellte sich dabei mit dem Rücken an einen Spiegeltisch und stützte sich mit den flachen Händen auf den letzteren. Wir machten ihn mit dem Zwecke unserer Sendung bekannt und forderten ihn auf, uns zum Zwecke der Bewaffnung circa 4000 Gewehre aus dem Zeughause verabfolgen zu lassen. Während dieses Vortrages hatte der General in kurzen Worten mit „so" und „ja wohl!" geantwortet. Es war mir auffallend, daß er beständig und unverwandten Blickes nach unseren deutschen Bändern hinsah, sein Gesicht wurde dabei immer blasser, das Anhalten an den Tisch krampfhafter, bis er plötzlich zusammenbrach und rücklings in das Zimmer auf den Boden fiel . . Nach vergebenen Versuchen, den am Boden liegenden alten Mann wieder aufzurichten — kaum in die Höhe gehoben, sank er wieder von Neuem zusammen — nach wiederholtem Rufen kamen endlich ein Adjutant und ein Diener herbei . . . Mittlerweile war auch der zweite Stadtcommandant, Oberst Engels, herbeigeeilt und es war uns eben durch seine Ankunft und sein Benehmen klar geworden, daß es in jener Zeit eigentlich kein Commando mehr gab. Die Herren gingen auf Alles ein, ja sogar darauf, daß man uns, den beiden Bürgerwehr-Commandanten das Militair auf Requisition zur Verfügung stellte . . ." — Von jener Hast, Neuigkeiten aus Berlin zu erfragen, weiß auch die Signatura temporis zu erzählen: „Wer in jenen Tagen," heißt es in dieser Schrift, „auf den von Berlin aus in das übrige Deutschland hereinführenden Eisenbahnen reiste, wird sich noch erinnern, wie jeder ankommende Eisenbahnzug auf jedem noch so unbedeutenden Bahnhofe gewissermaßen ein zusammengeströmtes Völkchen fand, das die Begierde nach Neuigkeiten aus

*) Rückblicke und Erlebnisse. Deutsche Monatsschrift rc. S. 422.

Berlin herbeitrieb, so daß kein Reisender, ohne zehn bis zwölf Mal Rede gestanden zu haben, durch die Menge kommen konnte . ." — Auch Hr. Pröhle*) schildert das rege Leben auf den Bahnhöfen um jene Zeit. Er will sogar unter der Menge auf dem magdeburger Zuge, am 21sten, Viele bemerkt haben, die sichtlich in der Voraussetzung reisten, daß die Revolution noch nicht vorüber sei: „An der Hast, mit der sie ihnen bisher unbekannte Personen anredeten, und mit denen, welche sie günstig gestimmt fanden, in Gruppen zusammentraten, waren sie leicht kenntlich." Auch in seiner Gegend, in der Provinz Sachsen, sei das Gerücht, der König habe die Flucht ergriffen, verbreitet gewesen und ziemlich allgemein geglaubt worden, doch „ging Alles ruhig seinen Gang fort."

Die „Errungenschaften" — so wurden vielfach in Clubs und Versammlungen, von Behörden, in der Tages- und Straßen-Literatur die embryonischen Elemente, welche den neuen Zustand bildeten, benannt — die Errungenschaften der Hauptstadt bestanden noch drei Tage nach dem Siege in Folgenden: Es war da ein constitutioneller König ohne Constitution, verantwortliche Minister, ohne ein Organ, dem sie verantwortlich wären, die alten städtischen Behörden, die alte Polizeibehörde, einstweilen ohne Function, eine neue Polizei, die Bürgerwehr, die zugleich die „Freiheit nach innen und außen vertheidigen" sollte, eine vollkommen freie Presse ohne andere als die selbst geübte und die Censur ängstlicher und Ruhe predigender Bürger, unbeschränkt freie Versammlungen neben alten Gesetzen, die dergleichen verboten und bestraften; selbst das freie Tabackrauchen auf den Straßen, obschon das Verbot noch nicht aufgehoben war. Daß auch eine Reihe neuer „freisinniger" Verheißungen vorhanden, wurde bei der eifrigen Ausübung jener „selbsterrungenen Freiheiten" vergessen. Die Provinzen aber, die Städte Köln, Breslau, Posen waren von jenen Verheißungen nicht befriedigt; sie glaubten neue Forderungen, dringende Bitten um deren schleunigste Gewährung, ja selbst drohende Mahnungen nach Berlin, an den König, schicken zu müssen. — Wir haben hier zunächst von der Mission einer Deputation aus Breslau, einer anderen aus Posen zu berichten, der ersteren, wegen ihres Zusammenhanges mit den Verheißungen des 22sten März, als der speciellen Ausführung der bereits versprochenen „constitutionellen Verfassung auf den breitesten Grundlagen," der anderen, da sie Versprechungen veranlaßt, durch welche der Entwickelung der berliner Bewegung neue Momente zugeführt wurden.

In Breslau hatten die Behörden sich bereits, noch ehe der Ausgang der berliner Ereignisse bekannt geworden war, zur Bewaffnung der Bürger, ja sogar zur Mithilfe bei der Begründung einer Art revolutionairer Behörde, einer

*) Berlin und Wien. S. 8.

„Sicherheits-Commission" veranlaßt gesehen, welche zum großen Theile aus „Männern des Volkes" (Graf Reichenbach, Ed. Pelz, May, Semrau u. A. gehörten zu ihr) gebildet worden war. Auf einer Volksversammlung am 19ten, bei der 10,000 Mann auf dem Marktplatze erschienen, wurde Entfernung des Ober-Präsidenten v. Wedell, Verwerfung des Preßgesetzes, Nichteinberufung des Landtages, „wirkliche Volksvertretung," verlangt. Die Abgeordneten dieser Versammlung wurden, als sie im Rathhause ihre Forderungen anbrachten, hier mit der Nachricht empfangen, daß — der Ober-Präsident und ein Theil der Polizei bereits die Stadt verlassen hätten. Am 20sten Morgens wuchs die Aufregung; „man wollte den Brüdern in Berlin bewaffnet zur Hülfe eilen;" der Bahnhof war mit bewaffneten Studenten besetzt, welche den Postwagen sofort auf das Rathhaus begleiteten; die Briefe wurden, mit Zuziehung eines Postbeamten, sofort an ihre Adresse geliefert; an den Straßenecken waren Plakate an die schlesischen Soldaten, mit der Aufforderung, nicht gegen ihre Mitbürger zu kämpfen; die Schienen von der nach Berlin führenden Bahn wurden aufgerissen. Am 21sten, da die Aufregung in Folge der berliner Ereignisse gewachsen war, beschlossen die städtischen Behörden auf den Antrag der „Sicherheits-Commission" Abgeordnete der Stadt mit „Forderungen" nach Berlin zu schicken. An ihrer Spitze stand der Geheime Regierungsrath Abegg (früher Polizeipräsident von Königsberg). Die übrigen Mitglieder der Deputation waren die Herren Heinrich Simon, ehemaliger Stadtgerichtsrath; Dr. Stein, Lehrer; Kopisch, Tschocke, Hopauf, Schreiber, Siebig, Linderer, Stadtverordneter; Becker, Theinert, Stadträthe; v. Weigel, Rittergutsbesitzer und Laßwitz, Kaufmann. — Ueber die Reise und die Erfolge dieser Deputation theilt ein Bericht, dem ein bei der Rückkehr der Deputation von dem Wortführer desselben, Hrn. Siebig, auf dem breslauer Rathhause gehaltener Vortrag zu Grunde gelegt ist, Folgendes mit:*)

Die Deputation der breslauer Einwohnerschaft, welche folgende Anträge: 1) Auf Urwahlen gegründete Volksvertretung. 2) vollständige Sicherheit der persönlichen Freiheit. 3) Schwurgerichte für Strafsachen, namentlich bei politischen und Preß-Vergehen. 4) Allgemeine Volksbewaffnung mit freier Wahl der Führer. 5) Unabsetzbarkeit des Richterstandes. 6) Abschaffung der Patrimonial-Gerichtsbarkeit, des eximirten Gerichtsstandes und der Dominial-Polizeigewalt. 7) Vereidigung des stehenden Heeres auf die Verfassung. 8) Minister-Verantwortlichkeit bei Sr. Maj. dem Könige zu stellen hatte, war am Dienstage, den 21sten, mit dem ersten Bahnzuge abgereist. Als sie nach Liegnitz kam, fand sie den Perron des dortigen Bahnhofes mit zum Theil bewaffneten Männern angefüllt, und erfuhr, daß man auch dort im Begriff sei, eine Deputation nach Berlin zu entsenden, welche dieselben Anträge zu stellen haben würde, wie die breslauer Deputation. Je näher die Abgesandten der Hauptstadt kamen, desto mehr sank ihr Vertrauen auf einen günstigen Erfolg ihrer Sendung, und als sie in Berlin ankommend, einige dem Schloß gegenüber liegende Häuser illuminirt fanden, illuminirt, während die Leichen der Gefallenen noch nicht einmal zur Ruhe bestattet worden, beschlich ein bitteres Gefühl ihr Herz. Dennoch begaben sie sich ungesäumt in das Schloß,

---

*) Allgemeine Oder-Zeitung. 1848 vom 24. März.

wo sie von dem Premier-Minister Grafen v. Arnim alsobald empfangen wurden. Derselbe sagte ihnen, nachdem sie ihm ihr Commissorium vorgelegt hatten, „daß er in so bedrängter Zeit nur mit schwerem Herzen an die Spitze des Ministeriums hätte treten können; aber gerade in so bedrängter Zeit müsse auch der Drang der Pflicht, für sein Vaterland zu wirken, um so stärker sein. Er habe es sich, indem er das Staatsruder ergriffen, zur Aufgabe gestellt, dem Volkswunsche um einen Schritt vorauszugehen." Die Deputation schilderte ihm hierauf die Zustände der Stadt Breslau und erklärte ihm, daß die unruhigen Gemüther nur dann besänftigt werden könnten, wenn Se. Majestät ein Gesetz erließe, welches die vollständige Garantie der bürgerlichen Freiheit gewähre, nämlich eine aus Urwahlen hervorgehende Volks-Repräsentation. Darüber befragt, in welcher Ausdehnung sie die Urwahlen verlangten, erklärten sie, daß jeder zur Abgebung einer rechtsgültigen Willenserklärung befugte Einwohner des Staates als Wähler zugelassen werden müsse, weil nur auf diese Weise eine Vertretung aller Interessen erzielt werden könne.

Mittwoch den 22sten des Morgens um 10 Uhr ward die breslauer Deputation, welcher sich inzwischen auch eine Deputation der Stadt Liegnitz, bestehend aus den Herren Stadtv.-Vorsteher Kaufmann Neumann, Stadtv.-Protokollführer Justitiarius Simon, Kämmerer Arnold, Kaufmann Schwarz, Kaufmann Hildebrand und Schlosser Engelwaldt angeschlossen hatte, dem Könige durch den Grafen Arnim vorgestellt. Der König war von seinen Ministern und einigen Generalen umgeben. Herr Präsident Abegg ergriff das Wort, er schilderte die Erregung, welche nicht blos Breslau, sondern auch die ganze Provinz erschüttert habe. Er erklärte, daß sich das Volk nicht beruhigen würde, bis ihm solche staatliche Einrichtungen vollständig garantirt würden, vermöge deren es die Gewißheit habe, seine Wünsche wahr und vollständig aussprechen zu können. Es sei daher eine aus Urwahlen hervorgehende Volks-Repräsentation das Bedürfniß der Zeit. Diesem Bedürfnisse möchte aber um so eher entsprochen werden, als sich den Marken unseres Vaterlandes eine zwiefache Gefahr nähere, welche nur dann zu bestehen sei, wenn sich Alles um das Banner des Vaterlandes schaare; nur auf diese Weise sei der Thron gesichert; der Landtag in seiner jetzigen Zusammensetzung habe nicht das Vertrauen des Landes. — Hierauf ergriff der Stadtv. Kopisch das Wort. Er schilderte mit einfachen, aber kräftigen Worten die Vorgänge der letzten 5 Tage in Breslau. Er schilderte, wie die Nachricht von dem eben in Berlin stattgehabten Kampfe die Gemüther in eine solche Aufregung gebracht habe, daß eine extreme Partei kaum länger habe zurückgehalten werden können, daß die Richtung dahin gegangen sei, Schlesien von dem Preußischen Staate loszureißen, um sich entweder an Oesterreich anzuschließen, oder eine schlesische Republik zu bilden. Es sei mit dieser Partei durch Entsendung der Deputation gleichsam ein Waffenstillstand geschlossen worden, und ein Frieden mit ihr sei nur möglich, wenn Se. Majestät die Anträge gewährten, welche sie ihm so eben vorgelegt hätten. Se. Majestät sprachen sich nun in folgender Weise aus: „Es wäre die Absicht, dem Volke eine Verfassung im freiesten Sinne des Wortes zu gewähren; diese Absicht sei bereits durch die Cabinetsordre vom 18. d. M. ausgesprochen, und dadurch wäre den Anträgen der Breslauer bereits entsprochen; er danke ihnen dafür, daß sie die Ruhe aufrecht erhalten hätten. Es sei die Einigkeit des gesammten Vaterlandes aber dringend nöthig, um dem von verschiedenen Seiten drohenden Feinde ein kräftiges Schild entgegenzustellen."

Eine diesen Worten des Königs entsprechende Kabinetsordre war bereits ausgefertigt, und sollte den Deputirten vorgelegt werden, als der Stadtgerichts-Rath Simon das Wort ergriff und sagte: „die Zeit erfordere große Maßregeln, die Rücksichten auf ein bloßes formelles Recht könnten nicht Statt haben in einer Zeit, wo man sich nur mit Anstrengung aller Kräfte über dem Strom erhalten könne. Allerdings sei der vereinigte Landtag zur Zeit noch das gesetzliche Organ des Landes, das Volk aber habe kein Vertrauen zu demselben, und könne ihm nicht die Berathung eines Gesetzes in die Hand geben, welches über die Zukunft unsers Staatslebens entscheiden solle. Der König möge daher nicht anstehen, aus eigener Macht ein Gesetz zu emaniren, welches die Urwähler zusammenberufe." Ohne sich hierauf weiter zu erklären, zog sich jetzt der König zurück und die Deputation trat nochmals mit dem Ministerium in Verhandlung. Von Seiten des letztern wurde jetzt geltend gemacht, daß die Deputation nicht die Vertreter Preußens, auch nicht Schlesiens, sondern nur die Vertreter zweier Städte wären; im Gegentheil wäre von andern Städten, namentlich vom Rhein her, die schleunige Einberufung des Landtags petirt worden. Von Seiten der Deputation ward hierauf die Erklärung abgegeben, daß, wenn man nicht die Genehmigung jenes Antrages mit nach Hause bringe, keine Bürgschaft geleistet werden könne, daß die Ruhe aufrecht zu erhalten ginge. Nachdem diese Unterredung mehrere Stunden gedauert hatte, zog sich das Ministerium zu besonderer Berathung zurück,

und die Deputirten begaben sich nach ihrer Wohnung, auf welchem Wege sie noch das traurige Schauspiel des Leichenzuges genossen, mit welchem die im Kampfe vom 18. März gefallenen Bürger zur Ruhe bestattet wurden. Um 2 Uhr Nachmittags ward ihnen die Mittheilung der oben erwähnten Cabinets-Ordre vom 22. d. M., nach deren Empfange sie die Rückreise antraten.

Noch am Abende des 22. März erschien ein „Extrablatt zur Allgemeinen Preußischen Zeitung" welches den Inhalt der Königlichen Antwort, zugleich mit dem Wortlaute der neuesten Verheißungen, in folgender Art zur öffentlichen Kenntniß brachte:

Berlin 22. März. Eine Deputation der städtischen Behörden zu Breslau und Liegnitz hatte bei Sr. Majestät dem König, als Wunsch der überwiegenden Mehrheit der Bewohner dieser Städte, eine constitutionelle Verfassung beantragt, welche auf eine Vereinbarung zwischen der Krone und den durch Urwahlen berufenen Vertretern des Volkes gegründet sei. Sie hatte dabei diejenigen Punkte bezeichnet, welche sie als die nothwendigen Grundlagen der neuen Verfassung betrachte. Seine Majestät geruhten, die Deputation zu empfangen, und ertheilten derselben, nach Anhörung ihrer Wünsche den nachfolgenden Bescheid:

Nachdem ich eine constitutionelle Verfassung auf den breitesten Grundlagen verheißen habe, ist es Mein Wille, ein volksthümliches Wahlgesetz zu erlassen, welches eine, auf Urwahlen gegründete, alle Interessen des Volkes, ohne Unterschied der religiösen Glaubensbekenntnisse umfassende Vertretung herbeizuführen, geeignet ist, und dieses Gesetz vorher dem Vereinigten Landtage zur Begutachtung vorzulegen, dessen schleunige Berufung Ich, nach allen bisher Mir zugegangenen Anträgen, für den allgemeinen Wunsch des Landes halten muß. Diesem bisher kund gegebenen Wunsche des Landes würde Ich entschieden zuwider handeln, wenn Ich, nach Ihrem Antrage, das neue Wahlgesetz ohne ständischen Beirath erlassen wollte. Sie werden daher, wie Ich zu Ihrer Loyalität vertraue, sich selbst überzeugen und Ihre Committenten davon zu überzeugen wissen, daß Ich auf Ihren gedachten Antrag für jetzt und so lange nicht der allgemeine Wunsch des Landes sich dem Ihren anschließt, nicht eingehen kann.

Der auf jene Weise zu bildenden neuen Vertretung Meines Volkes werden dann auch, Meinen bereits kund gegebenen Entschließungen entsprechend, Vorschläge über folgende Punkte vorgelegt werden:

1) über Sicherstellung der persönlichen Freiheit;
2) über freies Vereinigungs- und Versammlungsrecht;
3) über eine allgemeine Bürger-Wehrverfassung mit freier Wahl der Führer;
4) über Verantwortlichkeit der Minister;
5) über die Einführung von Schwurgerichten für Strafsachen, namentlich für alle politischen und Preßvergehen;
6) über die Unabhängigkeit des Richterstandes;
7) über Aufhebung des eximirten Gerichtsstandes, der Patrimonial-Gerichtsbarkeit und der Dominial-Polizeigewalt.

Außerdem werde Ich das stehende Heer auf die neue Verfassung vereidigen lassen. —

Berlin, den 22. März 1848.

Friedrich Wilhelm.

Graf Arnim. von Rohr. Graf Schwerin. Bornemann.
von Arnim. L. Kühne.

Die breslauer Deputation selbst theilte sofort den Inhalt dieser Antwort durch die „berliner Zeitungs-Halle" und die breslauer Zeitungen mit folgendem „an die städtischen Behörden von Breslau" gerichteten Begleitschreiben mit:

Die zur Verhandlung über die Anträge der Sicherheits-Commission der Stadt Breslau nach Berlin gesendete Deputation, welcher sich in Berlin eine Deputation der Stadt Liegnitz angeschlossen, überreicht hiermit, als Resultat ihrer Unterhandlungen das von Sr. Majestät dem Könige und dem verantwortlichen Ministerium gezeichnete, hier angeschlossene Programm über das künftige Verhältniß zwischen der Krone und dem Volke. — Die Deputation hat dem Könige und den Ministern gegenüber ihre Ueberzeugung dahin ausgesprochen, daß bei dem Andrange der Ereignisse das im angeschlossenen Programm gedachte Wahlgesetz sofort zu emaniren und nicht zuvor dem Vereinigten-Landtage vorzulegen sei, der bei der neuen Ordnung der Dinge unmöglich erscheint. — Die Deputation hofft, daß die bedeutenderen Communen des Staates ihre Stimmen in dieser Beziehung sofort abgeben werden, indem es hiervon abhängt, ob das auf Urwahlen gegründete Wahlgesetz dem Vereinigten-Landtage vorzulegen oder nicht.

In ähnlicher Art und mit Bezug auf den letzten Satz in dem Bescheide des Königs forderte am 23. März der Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung von Breslau zu allgemeinen, öffentlichen Kundgebungen auf:

Wir fordern das gesammte Land dringend auf, durch schleunige an den Thron niederzulegende Erklärung sich über den Beitritt zu unserem Antrage („die zugesagte constitutionelle Verfassung von den aus Urwahlen hervorgegangenen Vertretern des gesammten Volkes zu vereinbaren, und das Wahlgesetz über die Urwahlen sofort und ohne vorgängigen Beirath des Vereinigten-Landtages zu erlassen") auszusprechen. — Es gilt dem gesammten deutschen Vaterlande zu beweisen, daß die preußische Nation die Aufgabe vollkommen begreift, die ihr der gewaltig fortschreitende Geist der Zeit gestellt hat; es gilt allen deutschen Stämmen Gewähr zu leisten, daß sie in vollem Vertrauen sich an Preußen anschließen können, ein Vertrauen, welches nur dann zu erwarten ist, wenn die Gesammtheit des preußischen Volks ihre Stimme zu erheben vermag. — Die Augenblicke sind heilig!

Graf Arnim hat längere Zeit später, durch indirecte und directe Vorwürfe bestimmt, Gelegenheit genommen sich wegen den Verheißungen des 22. März, als wegen des bedeutendsten Aktes seines Ministeriums, zu — rechtfertigen. Das eine Mal sah er sich veranlaßt, die Angriffe der „absolutistisch-reactionairen" Partei in weitläuftiger Darstellung*) zurückzuweisen; das andere Mal rief die „eigentlich-constitutionelle," die Partei seiner Amtsnachfolger, seine Entgegnung**) hervor, in der er zugleich alle ihm gemachten Vorwürfe der herausfordernden Partei zurückzugeben sich bemüht zeigte. Beide Male „räumt er willig" die Fehler des Ministeriums und zwar in der ausführlicheren Schrift, nach einem Punkte, in der späteren Erklärung aber nach zwei Punkten hin ein. Der zuerst genannte liege in der Verheißung eines Gesetzvorschlages

*) Die Verheißungen des 22. März und die Verfassung vom 5. Dezember. Von Graf Arnim-Boytzenburg. Berlin 1849.

**) In einer Beilage zur „Deutschen Reform" 1849 vom 9. Dezember. („Die Constitutionelle Zeitung und das Ministerium vom 19. März.")

über eine allgemeine Bürgerwehr-Verfassung mit freier Wahl der Führer;" in der späteren Erklärung wird auch die Verheißung der „Vereidigung des Heeres auf die Verfassung" noch hinzugerechnet. Bei beiden Punkten scheint es ihm zum Troste zu gereichen, daß der erste „gesetzlich nicht," der andere „gar nicht" zur Ausführung gekommen, und daß er beide „offen als fehlerhafte Auswüchse des Constitutionalismus anerkannt und für ihre Beseitigung in dem rechtlichen Wege gesprochen und gehandelt" habe. Im Uebrigen aber erklärt er, jenen Bescheid an die Breslauer, für den er als Vorsitzender des Ministeriums die Verantwortung übernommen, — dessen ursprünglicher, später etwas modificirter Text „nicht aus der Feder des Grafen Arnim stammt" — immer zu vertreten. Natürlich aber nicht denen gegenüber, „für welche ihre unklare Erinnerung und oberflächliche Auffassung ein Gegenstand gefährlicher Hoffnungen oder eine Quelle patriotischen Kummers ist," ebensowenig ist es des Grafen Schuld, „wenn die Constitutionellen und die Minister ihrer Partei etwas aus jenem Bescheide herausgelesen, was nicht darin stand." Während er in seiner ersten Schrift (Seite VIII.) für die Verheißungen des 22. März „mit der Ueberzeugung in die Schranken tritt, daß sie nicht etwa durch den Zustand in Berlin allein, sondern durch den Zustand von ganz Mittel-Europa im Jahre 1848 geboten waren, und daß, wenn man sie wirklich und ganz erfüllte, und ihnen nur den Kampfplatz sicherte, Krone und Land ungefährdet aus den Stürmen der Revolution hervorgehen konnten," während er zugleich für spätere Verheißungen, für spätere Maßregeln, Propositionen und Gesetze der Regierung, „jede Verantwortung zurückweist" — versieht er sich in seiner Erklärung gegen die Constitutionelle Zeitung mit einem Vorrathe von Specialitäten, die, wenn sie auch nicht beweisen, daß der ihm gemacht Vorwurf „daß sein Ministerium das einzige gewesen, welches sich ohne Willen und Widerstand zu den ausschweifendsten Concessionen habe fortdrängen lassen" ein ungerechter sei, doch die Unrichtigkeit der diesem Vorwurfe folgenden Behauptung, „daß kein späteres Ministerium im Vergleich zu dem Cabinet des Grafen Arnim eine irgend nennenswerthe Concession gemacht habe," darzuthun beanspruchen. Wenn man sich versucht fühlt, aus einzelnen Aeußerungen des Grafen Arnim zu jener Zeit, wie etwa aus der an die breslauer Deputation gerichteten, daß er sich, indem er das Staatsruder ergriffen, zur Aufgabe gestellt, „dem Volkswunsche um einen Schritt vorauszugehen," und aus der ähnlichen vor den versammelten Mitgliedern des Vereinigten-Landtages gethanen „daß es in einer Zeit, wie die seines Eintrittes nicht rathsam sei, hinter den Erfahrungen der nächsten Vergangenheit und deren Ergebnissen in den übrigen Staaten zurückzublicken, sondern daß es besser sei, den Ereignissen um einen Schritt voranzugehen" wenn man aus diesen Aeußerungen zu schließen sich versucht fühlt, daß das Ministerium Arnim seine Verheißungen, dem Wunsche der liberalsten Perteien entsprechend, aus-

zuführen bestrebt gewesen, so deckt Graf Arnim den Irrthum, in den man versetzt war, in seinen späteren Erklärungen vollständig auf. Nicht die Sicherstellung der persönlichen Freiheit, das Associationsrecht, die Einführung der Schwurgerichte u. s. w. sollten durch die künftigen Volksvertretung gesetzlich festgestellt werden, es sollten vielmehr Gesetzentwürfe über die Sicherstellung &c. von der Regierung vorgelegt, und diese sollten wiederum nicht von einer vereinbarenden Versammlung sondern von zwei Kammern berathen werden. Vor Allem aber sollte das verheißene „volksthümliche" Wahlgesetz nicht ein die mündigen Staatsbürger, die „Kopfzahl," sondern ein die „Interessen" vertretendes werden. Die arbeitenden Klassen, „der vierte Stand, sollte keineswegs von der Wahlfähigkeit ausgeschlossen, auf der anderen Seite aber auch den Interessen, den Klassen eine Vertretung gesichert werden, welche mindestens gleichberechtigt wie jene, aber in geringerer Kopfzahl vorhanden und obenein gerade von der Ungunst der Zeitbewegung getroffen waren, also, wenn Gerechtigkeit walten sollte, der Vertretung ihrer Interessen gerade am meisten bedurften." Durch diese Vertretung wäre, nach Hrn. v. Arnim, die Verheißung einer Verfassung „auf den breitesten Grundlagen" erfüllt worden, während durch das spätere Wahlgesetz, in welchem die Nichtbesitzenden und der vierte Stand „überreichlich," die Interessen des größeren Besitzes &c. aber „so gut wie gar nicht" vertreten waren, eine so schmale Grundlage gehabt habe, daß das Gebäude schon während des Baues völlig nach einer Seite gesunken sei. Den Fehler des Ministeriums giebt allerdings Graf Arnim auch noch zu, daß das „undeutliche Wort: Urwahlen" aus der Petition der Breslauer in den Königlichen Bescheid hinübergenommen wurde. Nach seiner persönlichen Auffassung jedoch habe der Ausdruck: Urwahlen den Gegensatz gegen die bisherige Beschränkung der Kategorieen der Wähler und gegen den Wahlmodus der bisherigen Landtage bezeichnen sollen. Künftig hätte demnach in allen Klassen bis auf die ursprünglichen Mandanten, welche überhaupt zur Vertretung in den Kammern berechtigt wären, zurückgegangen werden sollen. — Welche „Zwischenstufen" und „Eintheilungen" für die verschiedenen Volksklassen bis zur Wahl des Abgeordneten stattfänden, darin sei der Krone bei ihrer Proposition des Wahlgesetzes völlig freie Hand geblieben. „Dies ist" fügt Hr. v. Arnim hinzu, „dies ist sogar ausdrücklich am Abend des 21sten, als ich mit der breslauer Deputation Rücksprache nahm, von meiner Seite hervorgehoben, und auch, wie ich mich sicher zu erinnern glaube, von der anderen Seite anerkannt worden. Man begehrte dort ebenfalls nur, daß auch die geringsten selbstständigen Staatsbürger vertreten würden und bei der Wahl auf nähere oder entferntere Weise concurrirten; das Wie der Ausführung erkannte man als ein freies Gebiet für den Vorschlag des Gesetzgebers." — Um den Punkt der „Urwahlen" und des „Wahlgesetzes" dreht sich der größere Theil der Arnim'schen Brochüre; in der späteren Erklärung ist dieses Punktes

in derselben Art, nur kürzer erwähnt. Mit Bezug auf die letztere brachte jedoch ein breslauer Blatt Mittheilungen eines Mitgliedes der breslauer Deputation (des Dr. Stein), aus denen wir, da sie zur Ergänzung unseres obigen Berichtes so wie den Arnim'schen Anführungen dienen, Folgendes wiedergeben:*)

„Die breslauer Deputation kam am 21. März Abends gegen 9 Uhr in Berlin an und verfügte sich sofort, frisch mit dem Eindrücken, die sie aus Schlesien mitbrachte, in's Schloß, wo sie bis nach 12 Uhr eine Unterredung mit dem damaligen Premierminister Graf Arnim hatte. Der (verstorbene) Geheime Regierungsrath Abegg eröffnete die Verhandlung, indem er die schlesischen Zustände, wie sie sich in Folge der Revolution gestaltet, mit großer Gewissenhaftigkeit schilderte. Wie es in Berlin stand, erfuhr die Deputation aus einer beiläufigen Aeußerung des Graf Arnim, die dahin lautete: er habe während der Revolutionstage dem Könige immer gerathen, in Berlin zu bleiben, es seien Viele dagewesen, die ihm zur Flucht gerathen haben. Die Concessionen, welche die Deputation verlangte, waren theils schon bewilligt durch einen Erlaß des Königs von demselben Tage, theils wurden sie ohne Weiteres vom Grafen Arnim zugesagt. Auch in Bezug auf die Urwahlen war von einem Widerstande Seitens des Graf Arnim nicht die Rede; überhaupt war der Graf sehr zuvorkommend, so daß er sogar auf eine Aeußerung des Stadtgerichtsrath Simon um 12 Uhr den König wecken wollte, „ungeachtet er mehrere Nächte nicht geschlafen habe," wenn die Deputation darauf bestände. Die Deputation bestand nicht darauf, weil der Hr. Graf sich für die Urwahlen verbürgte. Die Deputation hatte ohne Widerstand erreicht, was sie wollte, zumal ihr für den anderen Morgen zehn Uhr eine Audienz bei dem König zugesichert war." Der späteren Behauptung des Grafen Arnim, daß er unter Urwahlen die „Wahlen nach Steuerklassen" verstanden habe, begegnet der Artikel durch folgenden Einwand: „Die Deputation verhandelte mit dem Grafen am 21. März Abends zwei Stunden, am 22. März mit dem Gesammtministerium, abgesehen von der Audienz mit dem Könige, vier Stunden über Nichts als über die Urwahlen und über die Berufung des Landtags; in dieser sechsstündigen Unterhaltung wird auch nicht ein einziges Mal das Wort Steuer oder Steuerklasse oder Wahl nach Steuerklassen vom Grafen Arnim ausgesprochen; wäre es geschehen, so wäre an eine Verständigung zwischen der Deputation und dem Ministerium gar nicht zu denken gewesen. Es wurde ferner nicht blos über Urwahlen im Allgemeinen gesprochen, sondern über die Art und Weise der Urwahlen. Graf Arnim sagte wörtlich: „Meine Herren, Sie meinen doch, daß erst Wahlmänner und von diesen die Abgeordneten gewählt werden?" es entspann sich in Folge deß ein kurzer Streit über directe und indirecte Wahlen, wobei die Deputation nachgab." Eine Aus-

*) Neue Oder-Zeitung. 1849. 15. Dezember.

führung der Urwahlen nach der angeblichen Auffassung des Hrn. v. Arnim — behauptet der Artikel ferner — „war mit einem Worte unter den damaligen Verhältniß geradezu unmöglich!"

Hatte das Erscheinen der breslauer Deputation jene für die revolutionaire Entwickelung so folgenreiche Concessionen veranlaßt, so lag in dem Verkehr der Tags darauf zur Audienz gelassenen posener Deputation mit der Krone und dem Ministerium der Ausgangspunkt nicht minder wichtiger revolutionairer Erscheinungen, die freilich die Entwickelung der berliner Bewegung weniger zu berühren scheinen; die einzelnen Momente der Audienz jedoch bieten für unsere Darstellung zunächst das Interesse, das Verhalten des Königs, den posener Forderungen gegenüber, wie es sich in seiner ausführlichen Rede ausdrückt, näher kennen zu lernen. — Auch die Provinz Posen war von der Aufregung der Zeit nicht frei geblieben. Hier waren jedoch nicht die allgemeinen deutschen Forderungen, sondern vielmehr fast ausschließlich provinzielle Interessen in den Vordergrund getreten. Der Bewegung war von dem polnischen Theile der Bevölkerung die polnisch-nationale Richtung gegeben; schon war es an kleineren Ortschaften der Provinz, in der Woche des 18. März, zu blutigen Reibungen zwischen einzelnen Theilen der Bevölkerung gekommen; die Hauptstadt Posen verhielt sich bis zum 20sten äußerlich ruhig; aus der Mitte ihrer polnischen Bevölkerung waren begeisterte Aufrufe in polnischer Sprache hervorgegangen, welche die Aufregung unterhielten, ihr das Ziel vorzeichneten. Als aber gleichzeitig mit den (später als unwahr erkannten) Gerüchten, daß in Krakau die Republik wieder hergestellt sei, die Nachricht von dem berliner Siege eingetroffen war, da äußerten sich auch hier Symptome jener aus denselben Ursachen fast überall erregten revolutionairen Stimmung, welchen die alten legalen Behörden wenig mehr als ihre Ohnmacht entgegenzusetzen hatten: die polnische Bevölkerung legte ihre Nationalfarben — die roth-weiße Kokarde — an, sie constituirte alsbald ein Comité, dem die Leitung der polnischen Angelegenheiten übergeben wurden und welches sich sofort in unmittelbaren Verkehr mit den Regierungsbehörden einer- und der polnischen Bevölkerung der ganzen Provinz andererseits setzte. — Das königl. Patent vom 17. März gab — wie ein im polnischen Interesse abgefaßtes Memoire*) darstellt — den Polen des Großherzogthums Posen die erste Veranlassung „ihr unverjährbares Recht der nationalen Selbstständigkeit geltend zn machen." In jenem Patent war der feste Entschluß des Königs ausgesprochen, diejenigen Provinzen des preußischen Staates, die ihm bisher nicht angehört haben, dem deutschen Bunde einzuverleiben, vorbehaltlich der Einwilligung der rechtmäßigen Vertreter dieser

*) Zur Beurtheilung der polnischen Frage im Großherzogthum Posen i. J. 1848. Berlin. Gedruckt bei Unger. (S. 1.)

Provinzen. „Die Erklärung der Polen war in dieser Beziehung keinem Zweifel unterworfen: die Liebe zu ihrem Vaterlande, die Bereitwilligkeit für dessen Befreiung ihr Gut und Blut zu opfern, die Sehnsucht, die nationale Selbstständigkeit sobald als möglich wieder zu erlangen, erlaubten ihnen nicht in den Anschluß an Deutschland zu willigen; geboten ihnen vielmehr in Folge eben desselben Anschlusses von Preußen an Deutschland für das Großherzogthum Posen, als einen Theil des alten Polens eine nationale Verfassung in Anspruch zu nehmen, um so das große Werk der Herstellung Polens zu beginnen." Dieser Gedanke bemächtigte sich der polnischen Bevölkerung. Unter dem Einflusse der Begebenheiten versammelte sich plötzlich am 20. März „ohne Verabredung und Leitung" das Volk in Posen und verlangte laut die „Wahrung seiner nationalen Rechte und Interessen." Um dieser Forderung zu genügen und „um andererseits Mißgriffe zu verhindern," wurde durch Acclamation des versammelten Volks ein Comité gewählt, welches sich sogleich eine zweifache Aufgabe stellte: Zunächst schickte es mit Vorwissen des Ober-Präsidenten von Beurmann eine Deputation an den König, „um hier eine nationale Reorganisation des Großherzogthums zu erwirken;" zweitens ordnete es die Errichtung von Kreis-Comité's an, „um Ruhe und Ordnung durch die gleich zu bildenden Bürgerwehren aus beiden Nationalitäten zu erhalten."

Die Deputation, bestehend aus dem Erzbischofe von Posen, Herrn von Przyluski, dem Grafen Raczynski, Dr. Kraszewski, Mielzynski, Brodowski, Janiszewski, Krauthofer-Krotowski, dem Schulzen Palacz, ging am 21sten nach Berlin ab und traf hier am 22sten ein. Am nächsten Tage erhielt sie eine Audienz bei dem Könige. Die Petition, welche die Wünsche der Polen enthielt, lautete:

Königliche Majestät!

Die allgemeine Bewegung zur politischen Reorganisation der europäischen Völker und Staaten im Sinne des Fortschritts hat auch auf das Großherzogthum Posen und namentlich auf die polnische Bevölkerung desselben mächtig eingewirkt. Indem Deutschlands Regierungen und Völker sich zu einem nationalen Staate vereinigen, hat sich der ganzen Bevölkerung der Provinz Posen der einmüthige Gedanke bemächtigt, daß hiemit auch die Stunde der Wiedergeburt Polens geschlagen hat. Diese Stimmung ist zu einer moralischen Macht geworden; sie wird von der öffentlichen Meinung, von ganz Deutschland unterstützt und getragen; sie wird zu einer Bewegung führen, die selbst blutig sein dürfte, und es ist unseren Anstrengungen kaum gelungen, dieselbe aufzuhalten, indem wir es über uns genommen haben, Ew. Königlichen Majestät den Drang der Umstände vorzustellen und diejenigen Maßregeln zu erbitten, welche geeignet sein möchten, die wachgewordenen Hoffnungen der polnischen Bevölkerung im Großherzogthum Posen zu kräftigen.

Indem wir uns als Organe des Großherzogthums Posen kundgeben, schlagen wir ehrerbietigst Ew. Majestät vor: principaliter eine nationale Reorganisation des Großherzogthums zu gestatten, welche sich schnell, aber ruhig und gesetzlich entwickeln soll unter dem Schirme Ew. Königlichen Majestät. Dazu ist aber zunächst die Bildung einer provisorischen Commission für das Großherzogthum Posen erforderlich, welche im Verein mit einem Königlichen Commissarius diese nationale Reorganisation des Großherzogthums Posen regeln müßte. Die Mitglieder dieser Commission, welche Männer des allgemeinen Vertrauens sein müssen, würden Ew. Majestät bald vorgeschlagen werden. Die nächste Aufgabe dieser Commission würde sein:

1) Die Umgestaltung der militairischen Besatzung in ein einheimisches Truppen-Corps;
2) Besetzung aller Aemter mit Eingebornen.

Zur Anbahnung dieser Reorganisation ist es vor Allem nöthig: Ew. Königl. Maj. wolle Allergnädigst befehlen

1) Die Bildung der Nationalgarden,
2) Aufhebung der bestehenden Polizeigewalten und Einführung selbstgewählter Polizeibeamten.

Auch die in Berlin sich aufhaltenden Polen hatten, nach der Freilassung der amnestirten Polen, ein Comité gebildet. Die Zeitungshalle enthält darüber folgende Notiz: „Die Theilung Polens kann als der Kitt angesehen werden, durch welchen die Traktate von 1815 zusammengehalten wurden, welche die Politik der drei dabei zunächst betheiligten Mächte leiteten. Diese Tractate bestehen nicht mehr. Sie sind durch die neue Bewegung umgestoßen worden, an deren Spitze sich Preußen gestellt hat. Somit ist die Lösung der Polenfrage in Berlin. Dieses begreifen die hier anwesenden Polen und haben ein Comité gebildet, um das Interesse ihrer Nationalsache zu fördern. Das Comité besteht aus fünf Mitgliedern: Dr. Libelt, Ludwig v. Mieroslawski, Dr. Cybulski, Oberst v. Biesiekierski, Candidat Szymanski." Von den Mitgliedern dieses Comité's, so wie von den sich überhaupt in Berlin aufhaltenden Polen hatten sich Mehrere der posener Deputation angeschlossen, so daß diese, als sie zur Audienz im Schlosse erschien, wohl gegen dreißig Mitglieder zählte. Zu ihnen gehörte der wenige Monate vorher als Hauptangeklagter im Polenproceß wegen Hochverrathes zum Tode verurtheilte, jetzt amnestirte Hr. v. Mieroslawski.

Die Deputation wurde am 23. März, Vormittags, durch den König, umgeben von seinen Ministern, empfangen. Der Erzbischof, der an der Spitze der Deputation stand, verlas die oben mitgetheilte Adresse. Nachdem er geendigt, erwiderte der König etwa Folgendes:

Ich habe öfters von meinen Ministern erfahren, daß sich die Polen des Großherzogthums über die Besetzung aller Stellen durch Deutsche und die Richtachtung ihrer Nationalität beklagen. Dies ist mir immer sehr unlieb gewesen; es hat aber nicht anders sein können, indem die Polen es vernachlässigten, sich die nöthige Befähigung zur amtlichen Thätigkeit zu erringen.

Sie haben jetzt, wo ganz Europa in Bewegung gerathen, von der Möglichkeit eines Aufstandes und einer blutigen Collision im Großherzogthum Posen gesprochen. Diese Möglichkeit involvirte eine andere, die Möglichkeit einer Losreißung des Großherzogthums von meinen Staaten. Meine Herrn! Ich spreche ganz offen, aufrichtig, und äußere mich so, wie der Augenblick es erheischt und mein Herz es fühlt. Es ist ein ganz natürlicher Wunsch, daß ich eine schöne blühende Provinz, die ich von meinen Vätern geerbt habe, behalten will. Reißen Sie sich los, bedenken Sie, in welch' ein unabsehbares Unglück Sie sich stürzen. Eine jede Bewegung würde die Provinz in die Hände Rußlands spielen. Ich bin den Kaiser von Rußland mit flehentlichen Bitten angegangen, damit er in keinem Falle, was auch geschehen möge, einschreite, und ich habe die Versicherung erhalten, daß er dies vor der Hand nicht thun und der Entwickelung Deutschlands keine Hinder-

nisse in den Weg legen wolle. Auf das Wort dieses Kaisers kann ich mich fest verlassen, denn sein Entschluß ist unerschütterlich und er ein Mann von eisernem Willen, von dem edelsten und festesten Charakter, der mächtigste, weiseste, der alleinige unter den Souveränen Europa's, der seine Macht mit unerschütterlicher Kraft und Energie aufrecht zu erhalten weiß. Sein Wort ist ja, ja; nein, nein! Er würde sich gewiß jedes Einschreitens enthalten, so lange seine polnischen Besitzungen nicht bedroht würden. Wenn aber mit oder ohne meinen Willen eine freie nationale Entwickelung im Großherzogthum Posen versucht werden sollte, die auf seine polnischen Provinzen von Einfluß und mit Gefahr für dieselben verbunden wäre, so würde er, hierdurch gereizt, zum Schutze seines eigenen Reiches sofort seine Truppen in's Großherzogthum Posen einrücken lassen. Meine Bitte würde dann gewiß nicht mächtig genug sein, um ihn davon zurückzuhalten. Schon habe ich Nachrichten, daß sich bedeutende Kräfte an den Grenzen sammeln. Bedenken Sie also, welcher Gefahr Sie von dieser Seite entgegenlaufen, um so mehr, als Sie dem Angriff ohne meinen Schutz nicht widerstehen könnten. Im Interesse Deutschlands, auch zum eigenen Wohl des Großherzogthums Posen ist die bewaffnete Neutralität das allein noththuende und ersprießliche Rettungsmittel. Viele der Bewegungen Deutschlands, das Drängen nach nationaler Einheit kommen von der bangen Ahnung einer Gefahr vom Westen, wo zwar nicht die Regierung, aber hundert und abermals hundert tausend Stimmen nichts Anderes als ein gewaltsames Revolutioniren und die Rheingrenze predigen. Ein Krieg gegen Rußland ist unter solchen Umständen unmöglich, und ich würde es gegen meine Pflicht und mein Gewissen halten, denselben zu führen, und mit meiner Ehre ist er nun vollends unverträglich.

Ich hoffe deshalb und wünsche, daß die Besonnenheit der Einwohner des Großherzogthums Posen dieselben vor unbedächtigen, verderblichen Unternehmungen abhalten werde. Sie schlagen sich, meine Herren, mit eitlen Hirngespinnsten und Sie mögen zusehen, daß Sie statt des Schwertes nicht ein Schilfrohr in die Hand nehmen, welches bei dem ersten Schlag Ihnen in der Hand zerbrechen würde. Sie täuschen sich auch, wenn Sie auf die Hülfe des Landvolkes Ihre Hoffnungen stützen. Bedenken Sie, daß Sie zwei Nationalitäten in der Provinz neben einander haben, und wenn die deutsche, wie es sich von selbst versteht, Ihnen ihre Mithülfe versagt, werden Sie eben so wenig sich auf Ihre polnischen bäuerlichen Einsassen verlassen können. Diese sind, wie ich es aus den sichersten Quellen weiß, der Regierung treu ergeben, und habe ich auch persönlich denselben nicht so viele Wohlthaten, wie mein seliger Vater erweisen können, so habe ich doch selbst erfahren, welch' ein edler Stamm der der Großpolen sei. Deshalb liebe ich aber auch das Volk so sehr, weil es für die Dankbarkeit gegen seine Wohlthäter ein so offenes Herz hat. Diese Anhänglichkeit an die Regierung hat sich zuletzt auch dadurch erwiesen, daß im Jahre 1846 es nur die preußischen Beamten gewesen, welche die Grundherren vor ähnlichen Ausbrüchen des Landvolks, wie in Galizien, geschützt haben. Diese Treue des Volkes ist mir aus den besten Quellen, durch meinen Vetter Radziwill und durch die achtbarsten Landtags-Deputirten bekannt, und ich werde dasselbe schmerzlich wegen des Schicksals bedauern, welches Sie ihm durch Ihre Unternehmung bereiten würden. Sie würden aber mir hierdurch auch noch den größesten Kummer bereiten, daß ich an dem großen Werke der Entwickelung Deutschland gehindert werden würde. Aber auch abgesehen davon, Sie würden, selbst wenn Sie organisirt wären, dem Angriffe Rußlands nicht widerstehen können. Sie haben erst im Jahre 1831 die traurige Erfahrung gemacht, daß bei einer Einwohnerzahl von 4 Millionen, mit einer Armee von 40,000 Mann der schönsten, vortrefflichsten Truppen in Europa (was man dem Großfürsten Constantin, der sie organisirt hat, mit Ruhm nachsagen kann), Sie nichts ausgerichtet und sich nur ein unglaubliches Unglück bereitet haben. Es sind damals Heldenthaten, wie selten ausge-

führt worden, und wo ich solche sehe, da fließt mir mein preußisches Herz über; aber auch dies ist vergebens gewesen. Bedenken Sie also, was sie mit den Kräften des Großherzogthums Posen, welches nur etwas über 1 Million Einwohner zählt und ohne eine nationale Armee, ausrichten können. Ich vertraue deshalb und erwarte, daß sich die polnischen Einwohner Posens nicht in ihr eigenes Unglück stürzen werden.

Der weitere Inhalt der Unterredungen des Königs mit den Mitgliedern der posener Deputation wurde ebenso wie die eben mitgetheilte Rede des Königs, gleich nach der Audienz von Mehreren, die bei derselben zugegen gewesen, schriftlich wiedergegeben und aus der Uebereinstimmung dieser Schriftstücke fand sich so eine Darstellung zusammengetragen, die als der möglichst getreue Bericht anerkannt wurde. „Diese Darstellung" bemerkt Hr. A. Lipski, dessen schon erwähnte Schrift*) die Schilderung der Audienz enthält, „ist daher als eine solche zu betrachten, die zwar nicht aus stenographischen Materialien, wohl aber aus den sofortigen Aufzeichnungen verschiedener Personen nach der gewissenhaftesten Prüfung zusammengetragen worden ist." Die Unterredungen wurden, nach dieser Darstellung in folgender Art fortgeführt:

Kraszewski: Ich habe schon bei dem Vereinigten Landtage ausgesprochen, daß ich keinen König ohne Volk kenne, und diesen meinen Ausspruch haben unerwartet früh die neuesten Ereignisse gerechtfertigt. Nun, so geruhen Ew. Majestät mir zu gestatten, auch diesmal von diesem Standpunkte aus zu sprechen. Ew. Majestät waren und sind auch jetzt durch ihre posenschen Beamten über die dortigen Zustände und Verhältnisse falsch unterrichtet. Die Versprechungen des Jahres 1815, die uns die Nationalität garantirten, sind nun einmal nicht gehalten worden und die Behörden zu Posen verwalteten die Provinz mit Nichtachtung aller uns zustehenden Rechte. Jetzt aber, wo sich die deutsche Nation selbst auf eine so edle Weise erhoben, jetzt, wo das Interesse Preußens in dem des einigen Deutschlands aufgeht, jetzt erhebt auch von Neuem die polnische Nation ihre gerechten Ansprüche auf eine brüderliche Anerkennung ihres bisher unbeachtet gebliebenen Rechtes. Ganz Deutschland hat seine Sympathie für Polen offenbart, und die Fürsten werden sich derselben nicht entziehen wollen. Es ist freilich das Loos der Herrscher, in ihrer Beziehung zum Volke von ihren Dienern getäuscht zu werden.

Der König: So wie das Loos der Polen, wie die Geschichte lehrt, das gewesen, daß sie sich in ihren Hoffnungen immer getäuscht sahen.

Kraszewski: Leider auch durch die Vorfahren Ew. Königl. Majestät.

Der König: Wie so?

Kraszewski: Ich will nicht weit in die Vergangenheit zurückgehen. Ew. Majestät kennen die Geschichte. Wenn aber Ew. Majestät uns den Aufstand von 1831 als Beispiel vorführen, so muß ich erinnern, daß der Vorfahr Ew. Majestät uns in demselben den Todesstoß gegeben.

Der König: Wie können Sie das behaupten?

Kraszewski: Ohne die damals den Russen von Preußen geleistete Hülfe würden wir nicht unterdrückt worden sein. Aber abgesehen davon, so waren auch die Zeitumstände damals wesentlich von den heutigen verschieden. — Die Völker waren damals weniger reif, die Macht der öffentlichen Meinung, des öffentlichen Gewissens nicht so gewaltig, wie in der jetzigen Zeit. Die veränderten Grundsätze und Gefühle, die siegreich sich erhebende Idee internationaler Gerechtigkeit, haben auch die Verhältnisse der Nationen zu einander verändert. — Und haben wir auch im Jahre 1831 unglücklich gestritten, so haben wir doch gezeigt, daß der russische Koloß thönerne Füße habe.

Der König: Ich bin anderer Meinung und glaube, daß der Koloß eiserne Füße habe.

---

*) Beiträge zur Beurtheilung der Ereignisse im Großherzogthum Posen. 1. Heft. Seite 47 ff.

Kraszewski: Nun, die neuesten Ereignisse haben uns bewiesen, daß auch manche andere eiserne Füße zu thönernen werden können.

(Die Minister traten bei diesen Worten näher zum Könige, und Brodowski, einen Schritt vortretend, sagte mit lauter Stimme:

Die Gefühle heiliger Anhänglichkeit an die Sache der Väter, an die Sprache und Sitte des Volkes sind im Großherzogthum in keinem einzigen Punkte geschont worden, obgleich selbst die Wiener Traktate die Unantastbarkeit dieses Heiligsten, was die Natur in die Herzen der Menschen geschrieben, garantirt hatten. Aber den Behörden im Großherzogthum waren auch diese Conventionen von 1815 zu freisinnig, zu gerecht und für den Zweck der Regierung unangemessen.

Hierauf sprach wieder Kraszewski, seine unterbrochene Rede aufnehmend:

Ew. Majestät haben an die schrecklichen Ereignisse in Gallizien im Jahre 1846 erinnert. Die unselige Zerrüttung der geselligen Zustände in Gallizien ist aber lediglich dem Machiavellismus der österreichischen Regierung zuzuschreiben; im Krakauischen, da wohin sich dieser zerstörende und demoralisirende Einfluß von Oben nicht erstreckte, da war die Nation Eins gewesen. Die Mordthaten in Gallizien sind durch eine, die innere Zerwürfniß erregende und unterhaltende feindselige Administration vorbereitet und zuletzt sogar bezahlt worden. Die gallizischen Stände haben seit Jahren wegen der Ablösung der Roboten petitionirt, aber der österreichischen Regierung war es genehmer, den Samen der Zwietracht, als den des Friedens zu pflegen.

Der König: Dies ist nicht wahr. Der Aufstand der Bauern ist ein selbst erregter gewesen, indem die gallizischen Bauern, obgleich sie dieselben Wohlthaten wie die posenschen nicht genossen, doch die Wiederkehr eines Zustandes befürchteten, der sie wiederum, wie im alten Polen, unter die völlige Willkür der Herren bringen würde. Ich habe es von den höchstgestellten Personen des österreichischen Staates sagen hören: „die Commotionen in Italien, die Zerrüttungen in der Schweiz haben uns viel geschadet, die finanzielle Krisis hat uns viele Schwierigkeiten gebracht, aber nichts ist für unsere Monarchie so verderblich gewesen, als der Aufstand der polnischen Bauern gegen den Adel und zu Gunsten der Regierung."

Kraszewski: Dies mag sein, aber die offiziellen Dokumente haben hinlänglich dargethan, daß der Aufstand der Bauern durch die Beamten bewirkt worden, die auf die Köpfe der Gutsbesitzer einen Preis gesetzt haben.

Der König: Ich habe mein Wort gegeben, daß dies nicht der Fall gewesen.

Kraszewski: Nun so hat sich wenigstens die österreichische Regierung vor dem Verdacht eines solchen Verbrechens nicht gerechtfertigt.

Der König: Dies zu thun, würde unter ihrer Würde gewesen sein.

Kraszewski: Die Rechtfertigung vor einer solchen Anklage ist meines Erachtens Pflicht eines Jeden, er mag hoch stehen, oder niedrig.

Der König: Unsere Sitte ist es nicht. (Die letzten Worte, die nicht ohne gewisse Erregtheit gesprochen wurden, unterbrachen diese merkwürdige Unterredung.) Der König wendete sich hierauf zu dem Erzbischofe, den er ungefähr so anredete:

„An Sie, verehrter Herr Erzbischof, der Sie mir so viele Beweise aufrichtiger Liebe gegeben haben, wende ich mich namentlich mit der Bitte, beruhigen Sie, ich beschwöre Sie, das Volk, und unterdrücken Sie durch öffentliche Aufforderungen eine Bewegung, die die Provinz ins Verderben stürzen kann. Bei dem Volke ist noch Religion, und es wird Ihren Aufforderungen Gehör geben."

Der Erzbischof von Gnesen und Posen schloß das ganze Anliegen der Deputation durch folgende Worte:

„Unter den Unterthanen Ew. Königl. Majestät giebt es gewiß keinen Einzigen, dessen Herz wahrer und dankbarer, denn das meinige an Ew. Majestät hinge. Um deßwillen flehe ich Ew. Majestät noch einmal um die Gewährung unserer gerechten Bitte, als um das einzige Mittel, um, wie Ew. Majestät selbst sich ausdrückten, unsäglich Unglück von der Provinz abzuwenden."

Hierauf wurde die Audienz von dem Minister Grafen von Arnim für beendet erklärt; wegen der Berathung über die einzelnen Punkte verwies der König die Deputation an die Minister, ließ sich dann die Mitglieder der Deputation durch den Erzbischof vorstellen, sprach an sie einzelne Worte und entließ sie.

Außer dieser polnischen Deputation aus Posen war auch noch eine andere von der nichtpolnischen Bevölkerung derselben Stadt abgesandte im Schlosse

erschienen. Sie bestand aus den Herren Böz, Träger, Mamroth und Bielefeld, und hatte den Auftrag, dem Könige ebenfalls die Lage der Provinz und die „Nothwendigkeit einer selbstständigen Constituirung derselben" vorzustellen. Beiden Deputationen war mitgetheilt, daß sie am 24sten Abends 6 Uhr im Schlosse einen definitiven Bescheid erhalten sollten. Ein solcher aber — heißt es in einem Zeitungsberichte, dem einzigen über diese Angelegenheit (Zeitungs-Halle) — „erfolgte nicht, sie wurden mit schwankenden Versicherungen hingehalten und die deutsche Deputation wollte so eben von Berlin wieder abreisen, um ihren Committenten über die Fruchtlosigkeit der Unterhandlungen Bericht zu erstatten, als ein Bürger aus Posen anlangte mit der Schreckenskunde, daß General v. Steinäcker gedroht habe und schon im Begriffe sei, die Stadt Posen von der Festung aus zu bombardiren. Die deutsche Deputation eilte sogleich in Begleitung dieses Bürgers auf's Schloß, um erneute Vorstellungen zur Abwendung des hereinbrechenden Unglücks zu machen. Graf Schwerin, den die Abgeordneten antrafen, bemerkte, daß Steinäcker, wenn er sich gezwungen sähe, auf die Stadt zu schießen, dann doch nur seine Pflicht erfüllte. Nein, Herr Graf! fiel der Abgeordnete Bielefeld ein, mit dieser Antwort ist nichts gesagt; wird solche Gewalt gebraucht werden, so wird Alles im Großherzogthum zusammenhalten und der Gewalt Gewalt entgegensetzen, wir fordern einmüthig eine rasche und zufriedenstellende Lösung. Die anderen Minister kamen hinzu, und nach längerer Verhandlung einigten sie sich mit den beiden Deputationen über folgende Punkte:

1) Das in Posen gegenwärtig bestehende Comité soll ein Regierungs-Comité einsetzen, welchem zwei königl. Commissarien beigeordnet werden, nämlich Hr. v. Beurmann für die Civilsachen und General Willisen für die Militärsachen. 2) Oberpräsident soll ein von dem Comité zu erwählender Pole werden (man glaubt, daß die Wahl auf den Dr. Kraszewski fallen werde). 3) Diejenigen Distrikts-Commissäre und Landräthe, Verwaltungsbeamte und Richter, welche unbeliebt sind, sollen, wenn das Comité es fordert, ihrer Funktionen enthoben, jedoch für zwei Jahre, ihrer seitherigen Stellung entsprechend, entschädigt, ihre Stellen dagegen sollen mit Beamten, welche das Comité erwählt, besetzt werden. 4) Das Militair soll polnisch organisirt werden. (Zu diesem Artikel verlangten die Minister den Zusatz, daß es den Deutschen, so wie auch allen Juden, welche in den Dienst zu treten wünschten, unbenommen und unbehindert sein solle; was, nach Erklärung der Deputirten, mit der Meinung des Großherzogthums selbst nur übereinstimme und daher ohne Weiteres zugegeben ward.) 5) Die Festung soll vorläufig preußische Besatzung behalten, diese Besatzung jedoch in keiner Weise ohne Zustimmung des Comité's agiren. 6) Die polnische und deutsche Sprache sollen gleichberechtigt neben einander gelten und nach Bedürfniß gebraucht, das polnische Schulwesen reorganisirt und für gemeinnützige polnische Anstalten soll gesorgt werden."

Den ersten definitiven Bescheid, vom 24sten datirt, veröffentlichte die Allgemeine Preußische Zeitung vom 26sten in folgender Weise:

Eine aus Posen hier angelangte Deputation, an deren Spitze der Herr Erzbischof von Przyluski steht, hat an Se. Majestät den König die ehrfurchtsvolle Bitte gerichtet:

„eine nationale Reorganisation des Großherzogthums Posen Allergnädigst zugestatten, und zwar eine solche, welche sich schnell, aber ruhig und gesetzlich entwickeln solle, unter dem Schirme Sr. Majestät des Königs."

Unter Angabe der Mittel, mit welchen dieser Zweck ihrer Ansicht nach zu erstreben sei, hat die Deputation die Bildung einer provisorischen Commission aus Männern des allgemeinen Vertrauens erbeten, und eine solche ist von des Königs Majestät in dem nachstehenden Allerhöchsten Erlasse bewilligt worden:

Auf den Mir von Ihnen vorgetragenen Wunsch will ich gern eine nationale Reorganisation des Großherzogthums Posen, welche in möglichst kurzer Frist stattfinden soll, anbahnen. Ich genehmige daher auch die Bildung einer Commission aus beiden Nationalitäten, die mit Meinem Ober-Präsidenten gemeinschaftlich über diese Reorganisation zu berathen und nach dem Resultat dieser Berathung Mir die nöthigen Anträge zu stellen haben wird. Die gedachte Commission kann aber nur wirksam sein, wenn und so lange die gesetzliche Ordnung und die Autorität der Behörden im Großherzogthume Posen aufrecht erhalten wird. — Berlin, den 24. März 1848. — (gez.) Friedrich Wilhelm. — An die Deputation aus dem Großherzogthum Posen.

Die polnische Deputation erkannte „mit dankbarem Herzen" die in diesem Bescheide ausgesprochene Verheißung einer nationalen Reorganisation des Großherzogthums Posen an, „kann aber nicht verbergen," daß sie in der darin bestimmten, gemischten Commission nicht das Mittel zur sofortigen Beruhigung der Provinz erblicke. Um der vorhandenen Gefahr eines von beiden Theilen nicht gewünschten Blutbades in der Provinz vorzubeugen, bittet sie in einer Declaration der Ordre vom 24sten auszusprechen: daß die Mitglieder der Commission von dem polnischen Comité in Posen aus den Eingeborenen des Großherzogthums gewählt und daß derselben auch der General v. Willisen als Militair-Commissarius beigeordnet werde, daß die Commission sogleich Maßregeln für die nationale Organisation des Militairs, der Verwaltungs- und Justizbehörden in Vorschlag bringe, daß die in Posen anwesenden Truppen in die Kasernen zurückzogen, den Landräthen polnische Commissarien beigeordnet, die Distrikts-Commissarien außer Thätigkeit gesetzt und ein Pole zum Oberpräsidenten sofort ernannt werden möge. „Mit diesen Mitteln," heißt es in der betreffenden Eingabe vom 25sten,*) „wird dem Blutvergießen vorgebeugt und der herannahende Sturm, dessen Folgen heute nicht zu übersehen sind, unfehlbar beschworen." — Dieser Petition folgte Tags darauf der Bescheid des inzwischen (am 23sten) angelangten Ministers des Innern, Hrn. v. Auerswald, demzufolge „die Wahl der zur National-Reorganisation des Großherzogthums Posen gewünschten Commission aus Eingebornen des Großherzogthums, ohne Rücksicht auf den Volksstamm, um so mehr statt-

*) Zur Beurtheilung der polnischen Frage ꝛc. S. 24 ff.

finden darf, als Se. Majestät vertrauen, daß dabei auch die Interessen der deutschen Bevölkerung nicht unbeachtet bleiben werden." Die Beiordnung des Generals Willisen wurde für jetzt noch „wegen anderweiter Stellung und zur Zeit nothwendigen Verwendung von Sr. Majestät nicht für zulässig erachtet." Zugleich sprach der Bescheid vom 26sten, dem ausdrücklichen Auftrage des Königs gemäß, aus, „daß eine jede feindliche Förderung der beabsichtigten Reorganisation den Allerhöchsten Absichten auf keine Weise entgegensteht und gern berücksichtigt werden wird."

In einer Reihe von Conferenzen wurden zwischen dem Ministerium und der polnischen Deputation diejenigen Angelegenheiten verhandelt, welche die verheißene „nationale Reorganisation" betrafen. Den geäußerten kühnen Hoffnungen und feurigen Wünschen der Polen stand die ursprüngliche zähe Zurückhaltung einzelner Mitglieder des Ministeriums Arnim contrastirend gegenüber. Es wird erzählt,*) daß auf die oben erwähnte Aeußerung des Grafen Schwerin bei Gelegenheit der aus Posen über den General v. Steinäcker hinterbrachten Notiz die posener Deputation an den Minister die Frage zu richten sich veranlaßt gesehen: „ob Se. Excellenz Minister vor oder nach den Barrikaden wären, und ob man das System der Revolution oder das der Unterdrückung der Völker zu befolgen gedenke?" Der Eindruck aber, den jene Minister-Conferenzen auf ein denselben beiwohnendes polnisches Mitglied, den Hrn. v. Mieroslawski gemacht, wurde von diesem in einem sechs Wochen später verfaßten Memoire**) so widergegeben: „daß das Gouvernement nicht ostensibel den Polen beistehen könne, sich eine unabhängige Macht gegen Rußland zu schaffen, aber daß ihm nichts lieber sein würde, als diese Macht von selbst entstehen zu sehen und nachher sich den Schein zu geben, dieselbe als ein fait accompli hinzunehmen." — Graf Arnim fand freilich neunzehn Monate später Gelegenheit, anzudeuten, daß er es gewesen, der in jenen Tagen den „ungemessenen" Ansprüchen der polnischen Deputation „mit Entschiedenheit" entgegentrat und darauf bestand, nicht mehr zu bewilligen, als was die deutsche Bevölkerung, durch gleichzeitige Deputationen vertreten, selbst wünschte.***) „Das Mehrere, das Unausführbare zu verheißen," fügt der Graf hinzu, „blieb dem Ministerium Camphausen in der Allerhöchsten Ordre vom 26. April vorbehalten."

Geben die Forderungen, Unterhandlungen, Erfolge der beiden ersten und bedeutendsten Deputationen aus den Provinzial-Hauptstädten Gelegenheit, die

---

*) „Die Reform." Politische Zeitung herausgegeben von A. Ruge und H. B. Oppenheim. Leipzig 1848. Nr. 2.

**) Mitgetheilt in der „Beleuchtung der Sr. Excellenz dem rc. General von Pfuel von . . L. von Mieroslawski am 16. Mai eingereichten Denkschrift." Posen. Decker und Comp.

***) Beilage zur „Deutschen Reform." 1849, vom 9. December.

Zustände der Zeit nach ihrer revolutionairen Richtung hin kennen zu lernen, so war auch damals schon Anlaß geboten, die Haltung nach anderer Seite hin, in gleich charakteristischer Weise, zu erblicken. In keiner berliner Zeitung finden wir der stettiner Deputation erwähnt. Eine solche kam ebenfalls in jenen Tagen vor den König. Dieser, so wurde erzählt, habe ihr erklärt, die Truppen hätten gesiegt und es würde ihm sehr angenehm sein, von Pommern Loyalitätsadressen zu empfangen und namentlich Petitionen um Rückberufung seines Bruders, des Prinzen von Preußen. „Die Deputation," berichtet A. Ruge nach „verbürgten" Mittheilungen,*) „kamen aus einer Stadt, wo die vornehmen Damen auf den Straßen über das Schicksal des Königs und des Prinzen von Preußen geweint hatten; dennoch erschraken sie vor den Widersprüchen der wahren Lage des Landes und der Privatwünsche und Ansichten die sie im Schlosse gehört hatten." Warum — fragt der Berichterstatter — „warum empfingen die Minister nicht die Stettiner und warum setzten sie den König der Versuchung aus und warum versäumten sie es, den guten Pommern das Program der neuen Zeit in die Seele zu schreiben, statt sie so unter dem Einflusse der alten zu lassen?"

II. Die Trauerfeier und das berliner Volk glorificirt durch die Behörden. — Programme der Ruhe und Aufregung. — Die Zeitungshalle und ihre Verfolger.

Durch die Organe der bisherigen ersten städtischen Behörde, des neuen Bürgerwehr-Commandos und des Bestattungs-Comités empfing die berliner Bevölkerung am 23. März, dem ersten Tage nach der Begräbnißfeier, Ansprachen des Dankes und der Bewunderung für ihre würdige, erhebende Haltung während des feierlichen Aktes. Plakate dieses Inhaltes begrüßten so den Beginn der neuen Phase der Entwickelung.

Der Magistrat richtete folgende Worte an die Berliner:

Mitbürger! Die Bestattung unserer theueren Todten ist vollzogen. Sie bot uns und der Welt das großartigste Schauspiel dar, das wir bis jetzt in unseren Mauern gesehen, — die ehrfurchtsvolle dankbare Huldigung, welche unsere ganze Bevölkerung den in dem ruhmvollen Kampfe Gefallenen und in ihnen allen den Helden darbrachte, die für die große Sache der politischen und socialen Freiheit gestritten und sie uns durch ihre todesmuthige Hingebung erkämpft haben. Vor dieser erhabenen Dank- und Trauerfeier muß jeder noch so innige Dank verstummen, den wir oder Einzelne unserer Helden durch das Wort auszudrücken vermöchten. Unser Dank sei es vielmehr, die großen Güter, die nun

*) Die Reform. Leipzig 1848. Nr. 2.

errungen sind und errungen werden können, dem Vaterlande und unserer Stadt dauernd sicher zu stellen. Dafür zu wirken, daß aus der Freiheit sich jetzt die Größe, das Glück und die Wohlfahrt unseres Volkes in festester Ordnung auferbaue, das ist und sei jetzt unser Aller Aufgabe.

Um unsern tapfern Kämpfern auch noch im Einzelnen den Dank des Vaterlandes durch die **That** zu erweisen, haben wir bereits die nöthigen Einleitungen getroffen.

Das provisorische Bürgerwehr-Commando veröffentlichte folgende Bekanntmachung:*)

Die erhebende Feier des gestrigen Tages hat Aller Herzen auf's Tiefste ergriffen. Die würdige und ernste Haltung, die feierliche Stille, in welcher sich die vielen Tausende der Theilnehmer, der Leidtragenden und der Zuschauer während des dreistündigen Zuges durch die Straßen bewegten, und die große Ruhe, welche sich auch nach beendeter Feierlichkeit über die ganze Stadt verbreitete, lieferten das ehrendste Zeugniß für unsere Berliner Landsleute, daß sie die Bedeutung der Gegenwart vollständig zu würdigen wissen.

Bedarf es dieserhalb auch keiner öffentlichen Anerkennung, so halten wir uns doch für verpflichtet, der Bürgergarde öffentlich zu gedenken, deren Auftreten und Haltung mit Recht die allgemeine Bewunderung erregt hat. Obgleich erst seit 2 Tagen mit Waffen versehen, erschienen nicht allein das Hauptcorps der Bürgergarde, sondern auch die besonderen Corps der Künstler, der Studirenden, der Polen, der jüngeren Kaufleute, der Handwerker und Arbeiter, der Zöglinge des Gewerbe-Instituts, der Bauschule und der Schüler der obersten Klassen der Gymnasien, in geschlossenen Gliedern und Sektionen in einer so musterhaften Ordnung, als ob lange Uebung und Vorbereitung dem Aufzuge vorangegangen wären.

Zu dem feierlichen Zuge sind gegen 4000 Mann der Bürgergarde kommandirt gewesen. Alle waren von demselben Gedanken beseelt, Männer und Jünglinge, ohne Unterschied des Alters und Standes, des amtlichen oder bürgerlichen Berufs, haben sich an die Bürgerbewaffnung gereiht, und ihren Dienst mit Begeisterung und Hingebung begonnen. Die ehrenwerthe Schützengilde, eine Abtheilung von 1200 Mann Bürgergarde, die Corps der Künstler und Studenten — wurden gestern Abend vor Sr. Majestät dem Könige im Schloßhofe inspizirt, und erfreuten sich der wiederholt ausgesprochenen belobigenden Allerhöchsten Anerkennung.

Mögen wir auf der betretenen Bahn mit Ernst und Würde fortschreiten, und der Erfolg wird die Mühe und den Eifer belohnen.

Berlin, den 23. März 1848.

v. Minutoli. Nobiling. Holbein.

Das Bestattungs-Comité sprach seinen Dank in Folgendem aus:

Die feierliche Bestattung unserer Gefallenen war eine heilige Pflicht der gesammten Einwohnerschaft unserer theuern Vaterstadt. Diese Pflicht Aller ist denn auch von Allen mit einer Begeisterung, Aufopferung und Hingebung erfüllt worden, daß die Erinnerung an die gestrige Bestattungsfeier als eine der großartigsten Kundgebungen der Volksgesinnung und Volksgesittung in der Geschichte des deutschen Vaterlandes auf ewige Zeiten fortleben wird. Wir fühlen uns gedrungen, dies auszusprechen und zugleich für die unzähligen Beweise der Theilnahme unsern wärmsten Dank zu sagen, mit der unsere schwachen Bemühungen und lückenhaften Anordnungen von allen Seiten unterstützt und ergänzt worden sind.

Berlin, den 23. März 1848.

Das Bestattungs-Comité

Becker. Bötzow. Dove. Engeler. W. Ermeler. Hedemann. Herrenburger. Karger. Kobland. Lewald. Müller. Otto Schomburgk. Schulze. Seidel. Steinmeyer. Veit. Wache. Wöniger.

---

*) Druck von F. Reichardt. — (Ist in den Zeitungen nicht abgedruckt.)

Zugleich machte es noch folgende Beschlüsse bekannt:

Das Comité zur Bestattung der am 18. und 19. März c. Gefallenen hat beschlossen, seine Funktionen noch ferner fortzusetzen.

1) Wir werden unsere im Kampf gefallenen Brüder auch fernerweit mit einer Ehrenwache geleiten.
Ein Mitglied unseres Comités wird den Zug als Trauermarschall anführen und eine Bürgergarde von 12 Personen ihn begleiten.
2) Wir werden zur Beschaffung eines Denkmals für die Gefallenen weitere Aufforderung an unsere Mitbürger erlassen.
3) Wir haben zur Vereinfachung der Geschäfte einen Centralausschuß gewählt, bestehend aus:

Kobland. Lewald. Otto Schomburgk. Seidel. Veit.

4) In allen diesen Angelegenheiten wird unausgesetzt von des Morgens 8—1 Uhr und Nachmittags von 3 — 7 Uhr der Magistrats-Sekretair Rummel im berliner Rathhause, im Sessions-Zimmer No. 3 anwesend sein, bei welchem unsere Mitbürger wegen aller in unser Ressort gehörigen Anträge sich melden wollen.

Der hierin erwähnte Central-Ausschuß des Bestattungs-Comités, bestehend aus dem Stadtrath Kobland, Justizcommissar Lewald, den Stadtverordneten Veit und Seidel, dem Hrn. O. Schomburgk, erließ alsbald, unter dem 25sten, folgenden Aufruf:

Die Errichtung eines würdigen Denkmals für unsere am 18. und 19. März c. im Kampfe gefallenen Brüder erscheint uns als eine so große Aufgabe, daß wir vor Allem an die öffentliche Meinung appelliren müssen. Gewiß stimmt uns jeder Vaterlandsfreund bei, daß, so wie der Kampf über die Stadtmauer Berlins hinaus, für Preußen, für ganz Deutschland gefochten ist, auch das Denkmal über die Kommunalwirksamkeit Berlins hinaus als ein nationales dastehen muß. Die Größe des Denkmals, die Art der Aufbringung der Kosten, welche keine gewöhnliche Monumenten-Bettelei sein darf, dies alles erscheint uns National-Angelegenheit; und wir rechnen auf die allgemeinste Beistimmung, wenn wir zur Zeit keine Vorschläge machen, sondern unsere Landsleute auffordern, ihre Wünsche auszusprechen und uns mit Rath zu Hülfe zu kommen, den wir gewissenhaft beachten und seiner Zeit, sorgfältig redigirt, der Oeffentlichkeit übergeben werden. Wir fordern unsere Landsleute auf, da, wo der Weg der Oeffentlichkeit nicht beliebt wird, Briefe und Vorschläge an uns unter der unterzeichneten Adresse einzusenden.

An den erbetenen Mittheilungen von Wünschen, von Rathschlägen, selbst an Geldbeiträgen für das beabsichtigte Denkmal fehlte es nicht; die Zeit aber, wo die eingegangenen Mittheilungen, „sorgfältig redigirt, der Oeffentlichkeit übergeben würden," kam, für die auffordernden Herren wenigstens, nicht, und als ein Jahr später zur Feier des 18. März von einem Theile der Bevölkerung Berlins eine Grundsteinlegung beabsichtigt ward, traten militairisch-polizeiliche Verbote dieser sowohl als der öffentlichen Feier selbst entgegen; zwei Jahre später wurde selbst eine öffentliche Feier des 18. März gar nicht mehr angeregt, und das „würdige, nationale Denkmal" der Märzhelden existirte noch immer bloß in dem mitgetheilten Aktenstücke des Central-Ausschusses so wie in dem dazu gehörigen schriftlichen Material und einer unzureichenden Geldsumme, als schon (im Juni 1850) unter großen Feierlichkeiten die Grundsteinlegung eines im großartigsten Stile zu errichtenden „National-Monumentes" zum Andenken der am 18ten und 19ten in Berlin und später an

anderen preußischen und deutschen Orten „gebliebenen preußischen Krieger" im Invalidengarten zu Berlin stattgefunden hatte.

„Jetzt," hatte der Magistrat in seiner Bekanntmachung ausgesprochen, „jetzt ist und sei unser Aller Aufgabe, dafür zu wirken, daß aus der Freiheit sich jetzt die Größe, das Glück und die Wohlfahrt unseres Volkes in festester Ordnung auferbauen." Anders und weniger allgemein drückten Andere die Aufgabe des „Jetzt" aus; die Tagespresse und alle die als ihre Helfer zugelassenen oder sich hinzudrängenden Personen traten sogleich mit dem hervor, was sie jetzt — nachdem nämlich mit der Beerdigung der Leichen die Periode der Anarchie abgelaufen schien — für die „Aufgabe unser Aller" hielten. In erster Reihe befindet sich auch hier wieder Hr. D. A. Benda. „Was haben wir errungen und was zu thun, das Errungene zu sichern und zu wahren?" Mit dieser Frage beginnt er einen aus 2 Theilen bestehenden, mit den beiden Daten des 23. und 24. März versehenen Artikel (Spen. Zeit.) „zur Verständigung." Errungen — ist die Antwort — „errungen haben wir die Erkenntniß und das Bewußtsein der absolut unüberwindbaren Macht jedes den Tod verachtenden Volkes im Kampfe um die heiligsten Güter des Lebens . . . errungen die Achtung und Liebe der Mitwelt — wenn wir treu ausharren und siegend bestehen den Kampf der Selbstüberwindung, der Mäßigung, der Beherrschung wild wüthender Leidenschaften, die so leicht mit Mord und Verwüstung enden . . . errungen die unverfälschteste Landwehr, das unveräußerbare Recht der Selbstbewaffnung . . . das Heiligste aller Güter, freie Religionsübung, freie Gewissen, Freiheit in Rede und Schrift . . errungen haben wir das Zerbrechen und die Vernichtung des Pharisäimus, Pietismus, Jesuitismus in allen Verkappungen. Frei ist der Mensch, Freiheit sein Leben! Zerbrochen ist, vernichtet liegt der sich überlebt habende Polizeistaat. Es giebt nur eine gesicherte Herrschaft: Verdiente Liebe des Volkes! Alles für und durch das Volk! . . . Errungen also ist Alles, was vor noch nicht fünf Tagen auch der kühnste Gedanke nicht erhoffte." Es gilt jetzt, fährt Hr. Benda im Sinne seines früheren Aufrufes fort, das Errungene gegen äußere und namentlich gegen innere Feinde zu sichern; er empfiehlt „einmüthiges Zusammenhalten den Anarchisten gegenüber, die unter jesuitischer Maske der Freiheit . . . Deutschland in Schmach und Schande zu stürzen, auf Leichen und Trümmer ihre scheußliche Herrschaft zu gründen trachten . . . die Euch, ihr heldenmüthigen Arbeiter Berlins als Schemel für ihre nichtswürdigen Pläne zu mißbrauchen streben." Er gesteht, daß wir Alle nichts Nennenswerthes bis jetzt geleistet haben, was irgend im Verhältniß mit den unschätzbar errungenen Gütern stände; also . . . standhaft ausharren, allseitig die Stirn bieten, woher auch der Angriff komme. „Geschähe es auch von den Reactionairen, die eine Fluch beladene Vergangenheit, ein Pest aushauchendes Leichenfeld nur noch

repräsentiren und die nur insofern noch zu beachten sind, als sie mit den Radicalen sich verbinden, um vermittelst erregter Volks-Excesse die Wiederkehr des Despotismus als wünschenswerth erscheinen zu lassen." Als die „jetzt am schwersten zu lösende Aufgabe" bezeichnet Hr. Benda, gegen jene „edlen" Jünglinge zu kämpfen, die im Gefühle der Kraft, im Bewußtsein, daß ihnen die Zukunft gehöre, nur zu leicht geneigt seien, „das spät und ungewiß zu erlangen Mögliche zu überstürzen." Gegen diese räth er „nur Waffen der besonnensten Milde, Güte und Liebe" anzuwenden, sie zu überzeugen, daß „von einer absoluten Monarchie urplötzlich zu einer Republik überzuspringen," unmöglich sei; „wahnsinnig aber wäre es: „Urwahlen sofort zu veranlassen und alle Volljährigen für Wähler und wahlfähig erklären." Schließlich mahnt er, „Einer für Alle und Alle für Einen mit Einsetzung unsers Gutes und Blutes kämpfend, dahin zu streben: Friede, Eintracht, Ruhe und Ordnung herzustellen." —

Der 18. März, von dem auch Hr. Benda in diesem Artikel rühmt, daß „alle Wunder der Geschichte zu Nichts zerstieben gegen die Wunder des 18. März," daß an diesem Tag „die Bewohner Berlins das Größte übertroffen, was die Geschichte aller Zeiten und Völker an wundervollen Großthaten überliefert," der 18. März hat — so Hr. Rötscher (Spen. Z.) — „erst dem Volke das ungeheure Selbstgefühl seiner Kraft gegeben; es hat sich würdig gezeigt die großen Güter, welche der königliche Wille ihm bereits zugetheilt hatte, als seine eigenste Errungenschaft zu betrachten; das königl. Blatt ist nicht mehr eine octroyirte Charte, sondern eine durch kostbares Heldenblut besiegelte Schrift. Das Volk darf, nach diesem Tage, wo es zur Aufrechthaltung seiner Unabhängigkeit, gegenüber der militairischen Gewalt so ungeheure Anstrengungen gemacht hat, sich als ein völlig mündig gewordenes fühlen, darf seine politische Errungenschaft seinen deutschen Brüdern mit höchsten Stolze entgegenhalten . . . es hat das Gefühl gewonnen, daß es . . für die idealsten Interessen mit todesmuthiger Tapferkeit zu kämpfen vermag . . . Preußen, jetzt wahrhaft zur Leitung der Bewegung in Deutschland berufen, wird Frankreichs Umwälzung um so freudiger anerkennen, weil es darin Geist von seinem Geiste, Fleisch von seinem Fleische erblickt und Frankreich wird von jedem Eroberungsgelüste um so mehr abstehen, als es durch die Märztage die Kunde von der Kraft der preußischen Nation für die Güter der Freiheit gewinnt . . . Deutschland aber wird Preußen ohne Neid die Rolle überlassen, an die Spitze seiner Erhebung zu treten, weil die Tapferkeit der Barrikadenhelden ihm die Ueberzeugung einflößt, daß es die Güter der Freiheit nicht mehr verlieren kann." Dies ist, nach Hrn. Rötscher, „die Bedeutung der Märztage für Preußen und Deutschland." — Was ist, fragt Hr. A. Zimmerman, was ist am 19. März geschehen? „Die alt-preußische Regierungsform, das System Friedrichs des Großen, das auf Militairmacht

gestützte Königsthum ist zusammengestürzt, — ein System, das nur ein Jahrhundert gewaltet hat, aber ein Jahrhundert der Entwickelung für die Menschheit." Nun, da es gestürzt — was wollen wir nun? „Einen Rechtsstaat statt einer Militairherrschaft, ebensofern von letzterer als von der Anarchie . . . Vereint wollen König und Volk fortan gehen, vereint sind sie in diesem Augenblicke und nichts in der Welt wird sie wieder von einander trennen." Herr Zimmermann führt die Verheißungen des 22. März an: „Wahrlich, ruft er mehr konnte der König nicht thun; was zu thun übrig, das ist unsere Sache. Ja auch wir müssen handeln, thätig sein; vor allem die Ruhe erhalten, welche zu organischer Bildung eines neuen politischen Gebäudes, dessen Grundlage wir im Kampf gewonnen, unumgänglich nöthig ist." Zweckmäßige Wahlen für Communalämter, für Abgeordnetenversammlungen zu treffen, Geschick und Fertigkeit in militairischer Haltung zu gewinnen, damit eine volksthümliche Gestaltung des Heeres möglich werde: dies und vieles Andere seien jetzt die Aufgaben. „Lassen wir jetzt alles Jagen nach theoretischer Entwickelung eines noch freieren Zustandes; frei genug sind wir, wenn wir es wollen; aber frei können wir nur bleiben, wenn wir das, was uns in Theorie gegeben, nun durch emsiges Streben in unserer praktischen Ausbildung zur gesegneten That rufen. Das ist . . . heilsamer als ein unbesonnenes Drängen nach sofortiger Ausübung von Akten, die über das Wohl und Weh unseres deutschen Vaterlandes entscheiden sollen." — Hr. G. Bergenroth (Zeit.-H.) hält „zur Wiederherstellung der Ruhe und des Vertrauens für durchaus nothwendig, eine Regierung zu schaffen, die . . . aus dem Volke, nicht aus einzelnen, im Verhältniß wenig zahlreichen Klassen desselben hervorgegangen ist." Der Regierung gebiete die Klugheit, „den thatsächlichen Zustand, der schwerlich beseitigt werden kann, auch rechtlich anzuerkennen und durch Organisation aus einem gefährlichen Elemente eine neue Kraft des Volkes zu schaffen: eine augenblickliche allgemeine Volksbewaffnung ist sonach ein unabweisliches Bedürfniß." „Das Zweite, was jetzt nothwendig, ist, daß die ganze Nation durch Abgeordnete über die neue Organisation gehört werde; schleunig ausgeschriebene Wahlversammlungen, bei denen jeder Staatsangehörige, der die Großjährigkeit erreicht hat, Wähler und wählbar ist, würden direct und sicher zum Ziele führen." — Auch Hr. Küttge (Zeit.-H.) will, wie alle, die sich „als Söhne der neuen Zeit" fühlen, „eine freie Verfassung und volksthümliche Regierung. Das Vaterland habe eine „Revolution durchgemacht," habe die mittelalterlichen Fesseln gebrochen und „das Recht der freien Entwickelung errungen;" das System des Absolutismus und der Bureaukratie, bisher auf Bayonette gestützt, sei gefallen, die „Souverainetät der Nation" auf den Barrikaden proclamirt und von dem Könige anerkannt worden. Jetzt aber dürfe nicht durch „stets neue Forderungen, durch stets neue Hoffnungen" das Ziel, nach dem das Volk sich sehnte d. h. „der Genuß der schon errungenen Rechte,

der schon anerkannten Freiheit," hinausgeschoben werden. Jetzt — im Sinne der „Partei," welche einen fortgesetzten Kampf gegen das neue Ministerium und gegen die Einberufung des Landtags führt, — den Zustand der Unsicherheit, des Interregnums zwischen alter und neuer Ordnung durch Ministerwechsel und Neuwahlen zu verlängern, wäre ein „großes Versehen." Wenn Hr. Rüttge daher „für den Augenblick" die Beibehaltung des Ministeriums und des Landtags vertheidigt, „so geschieht es nicht, um diesen Gewalten die entscheidende Lösung aller obschwebenden Fragen anzuvertrauen, sondern um einen sicheren Haltpunkt in der Gegenwart zu gewinnen, von dem aus sich die Zukunft organisiren läßt."

Gegen die Friedensprediger und die Versöhnungsrufer richtet G. Julius den leitenden Artikel seines Blattes vom 23sten.*) In der vorhergegangenen Nummer hatte er Gelegenheit genommen, seinen Mitbürgern „Kaltblütigkeit und Besonnenheit" zu empfehlen. Lasset uns, rief er aus, „weder Denen Gehör geben, die falsche Schrecken, sei es aus eigener Furcht, sei es aus Uebermuth oder Bosheit, verbreiten, noch Denen, welche auf der anderen Seite eine kindische Furcht vor den Aufhetzern, Propagandisten, Republikanern aussäen. Eins ist so gefährlich als das andere, es raubt die nothwendige Besonnenheit, macht zur Unzeit argwöhnisch und kleinmüthig, trägt den Samen unheilvollen Zwiespaltes in sich. Und nichts thut uns doch mehr Noth als Einigkeit, klarer Blick und Festigkeit. Also nochmals — so schloß er — Wachsamkeit, aber dabei Kaltblütigkeit, Furchtlosigkeit und Selbstvertrauen!" Wie wenig aber die empfohlene Kaltblütigkeit und Furchtlosigkeit in der Bevölkerung vorhanden, und wie sehr Die gewirkt hatten, welche die Furcht vor Aufhetzern u. s. w. ausgesäet, das erfuhr Hr. Julius, unmittelbar, in Folge der Veröffentlichung seines Artikels vom 23sten. An die so eben beendete Trauerfeier anknüpfend, nimmt dieser sogleich jene Stichworte auf, die an den Gräbern gepredigt und bereits vor den Predigern von den Ruheliebenden vorgebracht worden, die Worte: Frieden, Versöhnung. „Frieden?" ruft der Artikel aus, „Frieden? Versöhnung? Mit wem denn und womit?" Vorläufig mit den Soldaten! sei als Wunsch beschränkter Menschen, kurzsichtiger Tropfe ausgesprochen worden, „die aber nicht nach Frieden, nein, nach Ruhe wimmern, Ruhe um jeden Preis, die die Arbeit, die Sorge scheuen, die nicht wissen, daß sich doppelte Arbeit macht, wer vor gethaner Arbeit zur Ruhe eilt, daß den Krieg schafft wer vor ausgefochtenem Kampfe Frieden fordert." Mit jenen Soldaten, „die das tödtliche Blei auf unsere um Freiheit klopfende Brust gerichtet, die wüthend und mordend in unsere Häuser gedrungen, die uns und die Unseren gemißhandelt," mit ihnen bedürfe es auch gar nicht der Versöhnung, da von einem Haß gegen ein „Werkzeug," nicht die Rede sein könne, gegen „jene armen

*) Extra-Beilage zur Berliner Zeitungs-Halle 1848. Donnerstag den 23. März.

Bauern, die wie eine Meute Hunde, nachdem sie Tage lang gereizt und gehetzt waren, gegen uns losgelassen wurden." Sei aber die Versöhnung mit dem Soldatenthume gemeint — „nimmermehr, hinweg mit ihm, Haß ihm, Feindschaft ihm, Wuth ihm, bis es ausgerottet, bis es ganz vertilgt ist, bis kein Unterschied mehr zwischen Bürger und Soldaten, bis der Soldat kein Werkzeug mehr der Tyrannei gegen des Bürgers Willen, Leben und Eigenthum ist." Wer jetzt den Frieden empfehle, heißt es dann weiter, empfiehlt den Krieg, „es ist nicht Zeit zum Ruhen, sondern zur Arbeit." Jetzt gelte es, muthig „den Verhältnissen in's Gesicht zu sehen," jetzt werde das Wort erfüllt: „Zwischen uns sei Wahrheit!" dieses Wort, welches der König damals ausgesprochen, „als zwischen uns und ihm Wahrheit nicht möglich war." Der Artikel fährt nun fort:

Die Wahrheit ist, daß auch bei uns — so gut wie in Frankreich, wie in England — der Bruch zwischen der Bürgerklasse und Arbeiterklasse schon vollendet ist. Nicht zwischen dem Königthum und der Republik ist Krieg, sondern zwischen den Besitzenden und den mit ihrer Arbeitskraft zum Besitze Drängenden. Unsere Bürger fühlen dies gar wohl, und darum beginnen sie schon jetzt, schon nach dem ersten Tage unserer glorreichen Revolution aus allen Kräften rückwärts zu ziehen. Aber was wollt ihr Brüder? wollt ihr in den alten Zustand zurückkehren? In ihm war kein Heil und wird es nimmer sein. Also vorwärts! nur vorn ist es zu suchen, nur im muthigen Vorwärtsstreben, im wohlbedächtigen aber kühnen Vorwärtsstreben kann es erobert werden. — Nicht zwischen dem Königthum und uns ist Krieg. Es schien noch so vor wenigen Tagen, aber das war ein leichter Sieg — der schwerere Kampf steht uns noch bevor. Glaubet mir, nicht dadurch werden wir ihm entgehen, daß wir ihm auszuweichen suchen; er will durchgekämpft sein; fliehen wir vor ihm, so wird er uns dennoch ereilen — also frisch und freudig hinein in den Kampf, in den Kampf und dem Siege entgegen — einem Siege, der, wenn wir weise und kühn zugleich sind, ein unblutiger sein kann und sein wird, allein sicherlich nicht ohne Blut zu erringen, wenn wir vor dem Kämpfen feig zurückweichen und das Rechte nicht zur rechten Zeit thun. — Es ist gut, daß der König an die Spitze der Bewegung treten will. Möge es ihm glücken den Kampf der beiden streitenden Elemente so zu regeln, daß wir bald zu einem wohlthätigen Frieden kommen. Aber das vermag der König nur dann, wenn er mit der bisherigen Denkweise, mit dem bisherigen Systeme ganz und ernst gebrochen hat, wenn er rein und ganz den Anforderungen und Gesetzen der neuen Entwicklung sich hingiebt.

Der Artikel verlangt darauf Nichteinberufung des Vereinigten Landtages; das Wahlgesetz müsse vielmehr „in diesem Augenblick der völligen Anarchie" vom König — mit Vorbehalt späterer Abänderung durch die neue National-Versammlung — octroyirt, die Wahlen unverzüglich ausgeschrieben werden, und jeder volljährige Mann Wähler und wählbar sein; es wird ferner „die unverzügliche Einsetzung eines Ministeriums für die Untersuchung und Regelung der Arbeitsverhältnisse" gefordert. Die bloße Einsetzung desselben werde auf die geduldige Arbeiterklasse beruhigend wirken und ein „Schritt zum Frieden" sein. „Nur möge sich die Bürgerklasse nicht schmeicheln, daß der Arbeiter sich werde einschläfern lassen — das leidet der Hunger nicht!" Der Artikel schließt hierauf mit den Worten: „Muthig an's Werk! Und keine Ruhe, keine, keine Ruhe! Nicht eher Ruhe, als bis wir etwas Tüchtiges erarbeitet haben werden."

Der Artikel trug die Unterschrift des Redacteurs der Zeitungs-Halle, G. **Julius**. Ein Extrablatt, das, ebenso wie die anderen an demselben Tage erschienenen Zeitungen mit einem schwarzen Rande versehen, am Vormittage des 23sten ausgegeben wurde, enthielt neben ihm, als dem leitenden Artikel, noch eine Beschreibung der Leichenfeier mit der am Schlusse beigefügten Rede Jung's, die oben mitgetheilte Veröffentlichung der breslauer Deputation in Betreff der Verheißung des 22. März, und einige Zeitungs-Anoncen, deren letzte, durch den Druck besonders hervorgehoben, eine am Abende des 23sten vor den Zelten abzuhaltende „Volksversammlung" ankündigte. Als Zweck derselben war angegeben: „Entwerfung einer Adresse an Se. Majestät den König, mit der Bitte um 1) sofortige Erlassung eines allgemeinen Wahlgesetzes, wonach Jeder wählen kann und wählbar ist, 2) sofortige Anordnung allgemeiner Wahlen zu einer Volksvertretung, 3) Aufhebung der zum 2. April einberufenen Ständeversammlung."

Kaum war, etwa um 10 Uhr Morgens, dieses Extrablatt erschienen, als auch schon der leitende Artikel desselben, Stoff eines allgemeinen Stadtgespräches wurde, und durch ihn ein Sturm heraufbeschworen schien, der dem Institute, dem Besitzer und der „Zeitungs-Halle" selbst Gefahr drohend wurde. Der besitzende Theil der Bevölkerung schien besonders aufgeregt gegen den Verfassers des Artikels. Auf den Straßen, in den Bürgerwehr-Wachtlokalen, an öffentlichen Orten sammelten sich Gruppen, die heftig, leidenschaftlich über den Julius'schen Artikel discutirten. Den Meisten unter den Aufgeregten war er freilich nur vom Hörensagen bekannt — die „Zeitungshalle" mochte damals in etwa tausend bis zwölfhundert Exemplare in Berlin verbreitet sein — Mord und Todtschlag, Plünderung und Aehnliches, hieß es da, wäre in dem Artikel gepredigt; nicht vereinzelt erschienen die Rufe, der Verfasser desselben müßte verhaftet werden; ja nach einer späteren Notiz der Zeitungs-Halle selbst, soll sogar in der Hauptmannsversammlung der Bürgerwehr eine Deputation erschienen sein, welche auf Verhaftung des Hrn. Julius angetragen, wogegen jedoch der General v. Neumann und der Hauptmann Nobiling protestirt hätten. Die Doctrin von den „Aufwieglern," das zeigte sich, hatte zahlreiche Anhänger gefunden und zu dieser Doctrin gehörte doch auch, daß jeder gute Bürger selbst die Hand bieten müsse, um „Aufwiegler" durch sofortige Verhaftung unschädlich zu machen. Der Schauplatz der tumultuarischesten, zuweilen äußerst drastischer, Scenen wurde das Bureau der Zeitungshalle. Alles wollte den Verfasser des Artikels persönlich zur Rede stellen. Bürgerwehrmänner erschienen mit ihren Gewehren, um ihren angsterfüllten Expectorationen Nachdruck zu geben, geschreckte Handwerksmeister, Literaten und Beamte, Kaufleute; alte Freunde des Redacteurs kamen an, um diesem ihre Freundschaft aufzukündigen: Hr. Julius stand Allen Rede, wußte auch schließlich Alle zu beruhigen. Gerüchte von heranrückenden Arbeitern, Maschinenbauern, von einem unter Lei-

tung Urban's auf dem Wege nach der Zeitungshalle befindlichen Volkshaufen — sämmtlich unwahre Gerüchte — unterbrachen wiederholt die im Bureau gepflogenen Debatten. Urban freilich kam auch, aber ohne Volksmassen, vielmehr in Begleitung eines Mannes, den er als den „Sprecher" Eckert vorstellte. Hr. Eckert, seines Gewerbes Schneider, ein langer nicht kräftig gebauter Mann, mit blassem Gesichte und langem Barte, bestieg einen Tisch und hielt von hieraus eine weitläuftige Anrede an die Versammelten — das Zimmer war gerade von einer Menge Personen, die Alle derselbe Zweck hergeführt hatte, gefüllt; — des „Sprechers" Ermahnungen, Tröstungen, Aufforderungen verfehlten ihre Wirkung nicht. Das Zimmer wurde bald geräumt, um gleich wieder andere, fast stets vereinzelt ankommende Dränger aufzunehmen. „Viele Deputationen," erzählte Julius in einem Extrablatte des nächsten Tages, „hatte ich gestern von 10 Uhr an, bis Nachmittags die Ehre bei mir zu sehen, Hunderte von Männern aus allen Ständen, Alle, auch die, welche erzürnt kamen, gingen freundlich und befriedigt weg, wir verständigten uns, wir schieden von einander in Freundschaft und mit Händedruck, als Männer, die das Gleiche wollen, Herstellung eines wohlgeordneten, alle Klassen in Eintracht umfassenden Zustandes und das Wohl unser Aller in brüderlichen Zusammenwirken." — Die Nachricht von dem Zusammenströmen der gegen den Redacteur aufgeregten Personen in der Zeitungshalle, mit allerhand Uebertreibungen durch die Stadt verbreitet, brachte aber auch wieder Mißbehagen in einzelne Theile der Bevölkerung. Von der Studentenwehr erschienen Deputationen, die sich und ihre Auftraggeber bereit erklärten, Mannschaften zum Schutze der Person und der Wohnung des Redacteurs zu schicken; auch von Maschinenbauern soll Aehnliches angeboten worden ein. Der Minister Graf Schwerin erschien persönlich, während der Abendstunden, in der Wohnung des, gerade abwesenden, Redacteurs, um sich von der Wahrheit der auch ihm bekannt gewordenen übertriebenen Nachrichten zu überzeugen, und um zu beschwichtigen; der Fabrikbesitzer Borsig kam und forderte Hrn. Julius auf, die angekündigte Volksversammlung zu besuchen, um „dort vielleicht einige beruhigende Worte" zu sprechen; auch Hr. Wöniger fehlte nicht unter den Tröstenden. Das ganze Spectakel erhielt aber seinen tragikomischen Abschluß auf der Börse der Kaufmannschaft, in der nichts weniger als eine, ernstgemeinte, Parodie der Ballhausscene aufgeführt wurde. Die Herren der Börse vergaßen über dem Julius'schen Artikel ihre allerdings matten Kurse, und nahmen sich einander das feierliche Gelöbniß ab, weder je das Institut der Zeitungshalle zu besuchen, noch das Blatt selbst weiter zu halten, diesem vielmehr die Abonnenten, so weit möglich, zu entziehen und die öffentlichen Orte zum Ausschluß dieses Blattes aus ihrem Zeitungs-Etat zu veranlassen. Laut wurde auf der Börse der für einen „Schurken" erklärt, der diese Maßregel nicht mit ausführen würde. Der Verfasser des Kursberichtes der Zeitungshalle, selbst

ein Börsenmitglied, wurde von seinen Genossen gezwungen, keine Notiz mehr für jenes Blatt zu liefern, und dem Boten desselben, der die Kurszettel von der Börse abholte, wurden unter Schimpfworten und Drohungen die Zettel weggerissen. (S. Zeit.-H. Nr. 79 Extra-Beilage.) In der That blieben von diesem Tage an viele der früheren kaufmännischen Besucher des Institutes von diesem weg, einzelne öffentliche Lokale verbannten aus dem Kreise ihrer Zeitungs-Lectüre die Zeitungshalle, (um sie freilich, da die Verhältnisse es erforderten, bald wieder aufzunehmen) und jene Wochen- und Monatsberichte, die das Blatt von seinem Entstehen an regelmäßig aus der Hand eines alten, erfahrenen Mitgliedes der Börse gebracht hatte, fehlten von nun an gänzlich.

Die Angriffe, die der Artikel seinem Verfasser zugezogen, waren verschiedener Natur. Während die Einen überhaupt darüber entrüstet waren, daß jetzt, wo man nach Ruhe streben müsse, ein Zeitungsartikel die Aufregung wach erhalte, ja neue Aufregung hervorrufe, mißbilligten Besonnenere die nach ihrer Ansicht unbegründete, jetzt aber gefährliche Behauptung des Artikels, daß „der Bruch zwischen der Bürger- und der Arbeiterklasse vollendet" sei. Der Verfasser, wurde von entrüsteten Handwerksmeistern behauptet, wolle die Arbeiter gegen ihre Brodherren aufhetzen, er spreche von einem größeren Kampfe, der uns noch bevorstehe, von einem Siege, der möglicherweise ein unblutiger werden könne u. dgl. m. Zum Beweise, daß sich der Verfasser geirrt, kamen in seine Wohnung Meister mit ihren Gesellen: ihr einträchtiges Leben sollte ihn von seinem Irrthume überzeugen! Die Behauptung eines Zustandes der „völligen Anarchie in diesem Augenblicke" wurde ihm eben so zum Vorwurfe gemacht, wie daß er jetzt schon eine Volksversammlung mit aufregenden Tendenzen veranlasse. Vor allem aber war das bürgerliche Gemüth empört, daß der Artikel wiederholt ausrufe: „keine, keine Ruhe!" — Außer den geschilderten, direct gegen den Verfasser gerichteten Demonstrationen, wurden gleich an demselben Tage auch solche angeregt, die dem von ihm behaupteten „vollendeten Bruche zwischen der Bürger- und Arbeiterklasse" ein Dementi zu geben geeignet wären. Eine Adresse wurde verfaßt, zu deren Unterzeichnung Bürger und Arbeiter aufgefordert wurden, „um den thatsächlichen Beweis zu liefern, daß dieser Bruch nicht vorhanden." Der Schriftsteller L. Buhl formulirte diese Erklärung in folgender Art:

Die Extra-Beilage der berliner Zeitungshalle vom 23sten proclamirt einen Bruch zwischen der Bürgerklasse und der Arbeiterklasse, der rein aus französischen Abstractionen hervorgegangen, in Wirklichkeit aber nicht vorhanden ist. Die Zeitungshalle versichert, daß dieser Bruch vollendet sei, während Bürger und Arbeiter so eben aus einem gemeinsamen Kampfe hervorgegangen sind. Sie jetzt entzweien wollen, würde nur heißen, sie einem gemeinschaftlichen Feinde überliefern und beiden die Früchte des Sieges zu entreißen. Das Interesse der Bürger- und der Arbeiterklasse ist in allen Fällen dasselbe und wehe derjenigen von ihnen, die diese Gemeinsamkeit verkennen wollte. Sie würde dies Verkennen mit ihrem Untergange bezahlen.

Die Adresse blieb fast ganz unberücksicht; die Verhältnisse waren dieser Art der Demonstration ungünstig; sie führten darüber, wie über den die Aufregung veranlassenden Artikel schnell hinweg. Dagegen glaubte Julius noch an demselben Tage durch Ausgabe einer „zweiten Extrabeilage," welche diese Erklärung, in etwas umgestalteter Form, so wie eine andere der Herren Eckert und Genossen und seine der letzteren beistimmende Bemerkung enthielt, die gegen ihn gerichtete Aufregung beschwichtigen zu müssen, wie er sich gleichfalls veranlaßt sah, durch ein Plakat noch besonders zu erklären, daß die Aufforderung zu einer Volksversammlung nicht von ihm herrühre, sondern der Zeitungshalle eingesandt worden sei. In demselben Plakate verwies er auf obige Erklärungen, die in dem Abends auszugebenden Blatte sich befänden. — Die erste derselben, von Dr. Behr mitunterzeichnet, lautete in ihrem abgeänderten Theile: „Der leitende Artikel der Zeitungshalle, welcher — nicht wie Manche ihn auslegen, Zwiespalt zwischen den verschiedenen Volksklassen anzuregen, vielmehr, wie wir ihn verstehen, solchem Zwiespalt zu begegnen beabsichtigt, fehlt, unserer Ansicht nach, darin, daß er einen Bruch zwischen der Bürger- und Arbeiterklasse als vollendet voraussetzt, während ein solcher hier bei uns, wo Bürger und Arbeiter eben aus einem gemeinsamen Kampfe hervorgehen, in der That nicht vorhanden ist. (Folgen die Schlußsätze der Buhl'schen Erklärung.) Sodann erklären die Herren Eckert, Kleidermacher; Bremer, Cigarrenarbeiter; Urban, Thierarzt; Beierstedt: „Wir wollen nur Frieden unter allen Klassen, damit die sie trennenden Schranken fallen," und Julius bemerkt dazu: „Mit der letztern Erklärung stimme ich vollkommen überein. Ist jener Bruch nicht vorhanden, so wird mich das sehr glücklich machen." Seine weitläuftigere Erklärung gab er in einem „Extrablatte vom 24. März, Morgens" ab. Er kommt darin nochmals auf den vollständigen Inhalte des leitenden Artikels vom 23sten zurück, wiederholt alle dort ausgesprochenen Ansichten als solche, von denen er nicht weichen könne, doch gesteht er zu „daran nicht wohl gethan zu haben," zur Bezeichnung zweier sich einander gegenüberstehenden Menschenklassen sich der Uebersetzung von Ausdrücken zu bedienen, welche in Frankreich üblich sind, bourgeois und ouvrier, „weil diese Ausdrücke bei uns nicht genau auf die Verhältnisse passen." Die Absicht, in der er seinen Aufsatz geschrieben, sei keine andere gewesen als die „solche Schritte vorzuschlagen, welche zu einem dauernden Frieden die Wege zu öffnen und zur Wohlfahrt aller Klassen des Volkes einen sicheren Grund zu legen" ihm geeignet erschienen; er habe nicht aufgefordert, den gegenwärtigen „provisorischen Zustand, den der Regellosigkeit, diese Unruhe" zu verlängern, im Gegentheil habe er gerathen, „was zu thun, um herauszukommen, um heil daraus hervorzugehen." Gegen die, welche Anstoß schon daran genommen, daß der Artikel von „Anarchie" gesprochen, wendet Julius ein: „Ist es etwa nicht ein anarchischer Zustand, wenn einem Freunde der Wahrheit, einem Manne, der von dem kaum

erkämpften Rechte der freien Presse nach bestem Gewissen Gebrauch gemacht, auf offener Straße von seinen Mitbürgern laut gedroht wird, daß man ihm die Fenster einwerfen, die Pressen zerschlagen, daß man „Volksjustiz" an ihm üben, ihn „ausrotten," ihn „unschädlich machen" wolle? Die Zornausbrüche, die Drohungen, die Bestürmung meines Hauses, die Versuche mein Blatt, mein Institut in Verruf zu bringen, alles dieses — was ist es anderes als Beweis über Beweis, daß der Zustand ein anarchischer ist?" Den Vorwürfen, die ihm „auch von vielen seiner näheren Freunde" darüber gemacht worden, daß er von einem „Bruche" zwischen den Besitzenden und den Besitzlosen gesprochen, begegnet er folgendermaßen: „Ich halte das Eigenthum für eine Nothwendigkeit, das Eigene macht den Menschen, das Eigenthum bedingt die Kraft und das Selbstgefühl des Einzelnen, ist die Wurzel aller Civilisation. Der Jesuitismus hat das Eigenthum vernichten wollen, diese Vernichtung ist sein Princip; ich bin der entschiedene Gegner des Jesuitismus. Ich verlange, daß Jedem Gelegenheit gegeben werde, durch seine Arbeit Eigenthum zu erwerben, dies halte ich für die Wurzel des Gemeinwohls, den Besitz von Eigenthum halte ich für die Angel, um die sich alle unsere Kämpfe, alle unsere socialen Probleme drehen, deshalb stehen sich zwei Klassen von Menschen gegenüber, die welche besitzen und Gelegenheit haben, ihren Besitz zu erhalten und zu vermehren, und Die, welche sich die Gelegenheit, Eigenthum zu erwerben nicht durch eigene Bemühung zu verschaffen wissen . . . . diese Letzteren haben Anspruch darauf, daß wir insgesammt Alles aufbieten um Veranstaltungen zu treffen, ihren Ruin zu verhindern und ihnen die Möglichkeit zu schaffen, sich zu einem gewissen Wohlstande zu erheben." — Einige Tage später fand sich Hr. Julius in derselben Angelegenheit, berliner Correspondenten einiger Zeitungen gegenüber, zu erklären veranlaßt, daß ihm weder seine Erklärungen „abgedrungen," noch daß in ihnen ein „Widerruf," ein „Rückzug" enthalten sei.

Anstößig war die Freiheit, mit welcher das jüngste der berliner Blätter das eben erst „aus den Fesseln der Censur erlöste" freie Wort handhabte. Frei sollte Jeder seine Meinung äußern können, aber — wie Hr. Zeller, Secretair am Cassationshofe, in einem aus Anlaß des Julius'schen Artikel geschriebenen Aufrufe (Spen. 3.) bemerkte — man dürfe nicht aus den Augen lassen, „daß die Gemüther aufgeregt und das öffentliche Leben noch zu neu ist;" und darum werde immer neben dem Ausdrucke unserer Ansicht auch genau dabei bemerkt, „daß wir das Gewünschte nur auf dem gesetzlichen Wege erreichen wollten." Vergessen wir nicht, fügt Hr. Zeller ernsthaft erläuternd hinzu, „daß fast an allen Straßenecken politisirende Frauen stehen, welche den unschuldigsten Worten, die sie von Vorbeigehenden hören, häufig eine ganz entgegengesetzte Deutung geben, als sie wirklich haben. Diese Frauen sind

nicht von der Straße zu bringen; sie verbreiten das Gehörte mit Vergrößerungen in ihre Bezirke oder tragen ihren Männern das Essen bei der Arbeit und erzählen dort Sachen, die nur das Hirngespinnst ihrer Furcht sind, aber dazu beitragen, die Aufregung zu erhalten." — Anstoßend und aufregend war die Art, wie die Zeitungshalle die Freiheit der Presse auffaßte; dem „Freisinne" Derer, die dieses Blatt aus ihren Kreisen verbannten, jener Börsenherren, die selbst seine Existenz wankend zu machen strebten, genügten die Spenersche und Vossische Zeitung, die ja doch auch das Recht, frei zu schreiben, hatten und übten. — Die Spenersche Zeitung bringt am 24sten ihr neues „Programm." Sie will „ein einheitliches, freies Deutschland, ein Preußen, das nur für und durch Deutschland groß sein will, daß der Thron nur von der Volksfreiheit getragen werde, daß das Grundgesetz die sichersten Bürgschaften getreuer Bewahrung und lebendiger Fortentwickelung stets darbieten müsse," sie will „eine durch und durch freie Gemeindeordnung," Wählbarkeit zur Volksvertretung für jeden Deutschen, Organisation der Arbeit, Gewerbefreiheit — „aber keine Arbeit, kein Gewerbe werde außerhalb der Innung betrieben;" der Unterricht werde eine Volksangelegenheit. Zuletzt will sie auch eine Eroberung für Deutschland: „Während Deutschland durch das Stammland der preußischen Monarchie und hoffentlich bald auch durch Schleswig verstärkt wird, dürfte sich ihm wohl noch eine friedliche, beiden Theilen vortheilhafte Eroberung darbieten; wir meinen unsere lieben Stammgenossen, die trefflichen Belgier . . Und Antwerpen dürfte auch wohl für Deutschland ein geeigneter Kriegs- und Handelshafen sein!" Als ihren Wahlspruch giebt sie an: „Bildung, Wohlstand, Freiheit!" — Die Vossische Zeitung wirft am 23sten einen Blick auf die „nächste Vergangenheit," auf die Gefallenen: „der Schmerz um sie wäre um so bitterer, wenn es ihres Opfers nicht bedurft hätte; jedoch sie sind nicht umsonst dahin gegangen, sie haben die Ueberzeugung geweckt, daß Bürgerwehr und Bürgersinn festere Stützen eines Thrones seien, als Reisige und gefüllte Schätze." Was sei fortan zu thun? „Die gegenseitigen Verheißungen zur Wahrheit zu machen, die durch das Blut so vieler Tapferen zu einem unauflöslichen Bunde besiegelt wurden . . . Die Feudalstände des Mittelalters sollen, wie Volk und Regierung einmüthig wollen, in eine constitutionelle Verfassung übergehen. Können wir mit dem alten unveränderten Bauzeug (dem Vereinigten Landtage) auch nur Ein Stück des ganzen Neubaus ungefährdet aufführen? Wir antworten mit Entschiedenheit: Nein! die Gliederung muß eine ganz andere sein." Die einzige Frage, die noch zu lösen bleibe, sei, ob die alten Stände noch das Wahlgesetz votiren sollen. Den „Vätern des Staates" wird es anheimgestellt, dem mit hoher Selbstverleugnung gethanen Schritt der berliner „Väter der Stadt" zu folgen: „Wir halten es für eine gebieterische Nothwendigkeit, daß ohne Zeitverlust in der kürzesten Frist die neue Ver-

sammlung zusammentrete, um die Verfassung Preußens, Deutschlands festzusetzen — ein Bollwerk der Ordnung und Freiheit für Jahrhunderte" . . . Und am folgenden Tage fühlt die Vossische Zeitung die Verpflichtung, an Stelle ihres leitenden Artikels einen „wahrhaft patriotischen" der Kölnischen Zeitung aufzunehmen und um so mehr weiter zu verbreiten, als er in allen Hauptpunkten ganz ihre Ansicht ausgesprochen. „Die absolute Monarchie," heißt es in diesem Artikel, „ist für Deutschland von nun an völlig todt. Sie ist zu Wien am 14ten besiegt worden, und am 19ten hat sie auf den Straßen von Berlin den letzten, entscheidenden Todesstoß erhalten. Von Seiten der Fürstenmacht kann der Wiedergeburt Deutschlands nie mehr ein irgend zu fürchtendes Hinderniß entgegengesetzt werden . . . Das bisherige System der Lüge, die Censur und Büreaukratie und der ganze Mechanismus der verkörperten und öffentlich constituirten Sünde wider den Geist der Wahrheit, das mit seiner Täuscherei und Pfiffigkeit das Vertrauen von Grund aus vergiftete — das System gründlich und nach allen Seiten abzuthun, das muß nun unsere erste Arbeit sein." Der Artikel verlangt „Vertretung der Krone durch ganze Volksmänner;" nur dieser, nur der „ganzen Hingabe" der Krone werde das Vertrauen des Volkes, „ohne dessen Besitz alle Macht der Krone hinfort nur Ohnmacht und aller guter Wille vergeblich ist," folgen. Graf Arnim an dessen Namen Deutschland die Ausweisung von Itzstein und Hecker knüpfe, der auf dem Vereinigten Landtage die Incarnation der gehaßten und gefürchteten Pfiffigkeit gewesen, Graf Arnim sei nicht der Mann des Augenblicks. „Ein Ministerium Arnim ist jetzt nicht eine Quelle des Vertrauens zwischen Fürst und Volk, es ist geradezu, wenigstens hier am Rheine, eine Quelle des entschiedensten Mißtrauens! Nicht administrative Talente, vor Allem Vertrauen beim deutschen Volke, Ebenbürtigkeit der Ansichten mit denen eines v. Gagern, Welcker &c., das ist es, was am meisten, was fast allein jetzt noth thut." Der Artikel ermahnt darauf das Volk, „dem Könige redlich zu helfen," zu vergessen, „daß wir dreißig Jahre warteten," und eingedenk zu sein, daß stets die Kraft der Großmuth zur Seite stehen solle. — Die „Berliner Zeitungs-Halle" trug in ihrer, dem Leit-Artikel nächstfolgenden Nummer, vom 24. März, das Motto: „Alles für das Volk, Alles durch das Volk!" und führte es noch ein ganzes Jahr hindurch — bis sie, durch militairisches Interdict aus Berlin verbannt, am 24. März 1849 zu erscheinen aufhörte.

III. Agitationen für und gegen Einberufung des Vereinigten Landtages. — Die Volksversammlung unter den Zelten. — Der politische Club und seine ersten Sitzungen.

Der Bescheid, den der König auf die Forderungen der breslauer Deputation gegeben, gewährte in Bezug auf ein zu erlassendes „volksthümliches Wahlgesetz" den Wünschen der Deputation, die auf den sofortigen Erlaß desselben „ohne ständischen Beirath," auf eine Octroyirung gerichtet waren, soviel, daß die Entscheidung von dem „allgemeinen Wunsche des Landes" abhängig gemacht wurde, der freilich wie der Bescheid zugleich bemerkte, nach allen bisherigen Anträgen, vielmehr einer schleunigen Berufung des Vereinigten Landtages, zur Berathung jenes Gesetzes, günstig sei. Der Bescheid forderte, so bezeichnete es später der vorwurfsvolle Ausdruck der Constitutionellen gegen das Arnim'sche Ministerium, das Land zur Agitation für oder gegen die Berufung des Landtages auf. Wie die berliner Presse bereits am Tage nach der Veröffentlichung des Bescheides an dieser Frage sich zu betheiligen begonnen, hat der vorige Abschnitt berichtet. Die Bevölkerung der Hauptstadt fand in den nächsten Tagen hinreichende Gelegenheit, diese Angelegenheit zu erörtern und ihre Wünsche auszusprechen. Das Extrablatt der Zeitungshalle hatte, wie angegeben, zu einer Volksversammlung am Abende des 23sten, in den Zelten, aufgefordert. Ein großer Theil der Bürger, denen der Julius'sche Artikel anstößig erschienen war, mißbilligte auch die Aufforderung zu einer Volksversammlung. Sei schon die Aufregung, welche ein fliegendes Blatt verbreiten könne, schädlich, hieß es, wie viel schädlicher würden in einer ohnedies aufgeregten Zeit die Reden der „Aufwiegler" sein, die doch ohne Zweifel die Gelegenheit, in einer Volksversammlung sich geltend zu machen, nicht vorübergehen lassen. Aufregend und darum schädlich sei selbst schon die Ankündigung, daß eine Adresse wegen Nichteinberufung berathen werden solle. Gestatteten aber die Zeitumstände nicht, dem Zustandekommen einer Volksversammlung Hindernisse in den Weg zu legen, so sollte doch wenigstens von den Aufregungsfeindlichen nichts unversucht bleiben, um aufwieglerische Versuche unschädlich zu machen. Aufforderungen an die ruhigen, besonnenen Bürger, der Volksversammlung zahlreich beizuwohnen, erschienen als die geeigneten Mittel, die erwarteten Anstrengungen der „Extreme" zu paralysiren. Ein Plakat*) richtete folgende:

*) Druck von E. Litfaß. — (Erschien mit dem im vorigen Abschnitt erwähnten Julius'schen Plakate auf einem Blatte.)

Bitte an meine Mitbürger des 32. Bezirks. Die so eben erschienene Extrabeilage der Zeitungshalle enthält eine Aufforderung zu einer Volksversammlung heute Abend 8 Uhr vor den Zelten, zur Entwerfung einer Adresse an Se. Majestät den König, mit der Bitte um: (Folgen die 3 schon angeführten Punkte.) — Wir hegen das feste Vertrauen zu dem ehrenhaften Sinn unserer Mitbürger, daß Niemand von ihnen zur Erreichung des oben bezeichneten Zweckes diese Versammlung besuchen wird. Im Widerspruche mit dem, was das Volk verlangt und hofft, wird es sein, wenn der König dasjenige Gesetz, was die Grundprincipien unserer Verfassung regeln wird, allein, ohne die Vertreter des Volkes zu hören, erlassen sollte, und dankend müssen wir es anerkennen, wenn der König selbst es ausspricht, daß er dies nicht will. Laßt uns also heut Abend jene Versammlung besuchen, aber mit dem festen Willen, Alles zu thun, um den gesunden Sinn, wie er sich überall gezeigt, aufrecht zu halten, und zu zeigen, daß wir nicht wollen, daß an die Stelle eines aufgegebenen, fehlerhaften Principes ein anderes noch fehlerhafteres tritt. — Berlin, 23. März. Dannenberg, Stadtverordneter. Erfurt, Bezirks-Vorsteher.

Etwa 800 bis 1000 Personen fanden sich zu der Versammlung ein, eine überaus geringe Zahl, die in keinem Verhältnisse zu den besorglichen Erwartungen jener Gegner der Volksversammlung stand. Die Anzeige war nämlich nur in der Zeitungshalle erschienen; (Hr. Julius meldete später, daß sie von einem Hrn. Steinthal zur Insertion übergeben war); viele Buchdrucker hatten sich — in Folge des unbegründeten Gerüchtes, daß an den Pressen der Zeitungshalle wegen des leitenden Artikels Rache genommen wäre — geweigert, sie als Maueranschlag zu drucken; so war sie namentlich in den Kreisen nicht bekannt geworden, die als besonders aufgeregte gefürchtet wurden. Dagegen hatten die Aufforderungen der Ruheliebenden Bürger gefruchtet. Gleich am Anfange der Versammlung traten Redner auf, die von dem Landtage als „unserem gesetzlichen Organe" sprachen, welchem man vertrauen müsse. Wolle er nicht freisinnig handeln, wolle er hinter den Bedürfnissen und Wünschen des Volkes zurückbleiben, dann sei es Zeit sich gegen ihn zu wenden, und man könne dies, denn man habe eine freie Presse, habe das freie Vereinigungsrecht (de facto) und habe auch die öffentliche Meinung. Jetzt sei vor Allem Einigkeit noth, und man wolle sich nicht der Anarchie in die Hände liefern. Ein Redner trat auf, der sich „Arbeiter" nannte und die höchste Pflicht und Lust des Arbeiters in der Ruhe und in dem Vertrauen finden wollte. Alle diese Reden wurden mit Beifallsrufen begleitet. Als aber entgegengesetzte Reden laut wurden, suchten störende Zurufe, Unterbrechungen jene unwirksam zu machen. Gleichwohl drangen auch die Redner der Opposition, die Herren Jung, Oppenheim, Gutzkow mit ihren der Nichteinberufung des Landtags günstigen Erörterungen durch. Warum habt Ihr denn gekämpft, fragten sie, wenn Ruhe und Vertrauen Eure einzigen Losungsworte sind? Wie wollt Ihr noch auf Eure alten sentimentalen Redensarten bestehen, wenn Ihr eben erst für die alte Trägheit ein so blutiges Lehrgeld bezahltet? Der König selbst wünscht die Ansichten des Volks zu vernehmen und Ihr wollt in feiger Angst die Früchte des Sieges unter die Füße treten? Als nun der nähere Inhalt der Petition an den König zur Sprache kam, war es, wie ein Bericht meldet,

überaus komisch, eine Menge Herren in feinen Anzügen rufen zu hören: „Wir Arbeiter haben keine Zeit zu Petitionen; wir Arbeiter kümmern uns darum nicht; wir müssen arbeiten und nicht berathen.“ Die Leiter der Versammlung die genannten drei Oppositions-Redner sahen sich endlich mit der Abfassung und Ueberreichung einer Adresse an den König, im Sinne der angekündigten, beauftragt. Doch waren auch die Discussionen über die „Arbeiterfrage“ nicht erfolglos geblieben. Eine andere Deputation der Volksversammlung, bestehend aus dem Cigarrenmacher Bremer, dem Conditor Klahm, dem Kaufmann Löwinson und dem Lehrer Theophil Bittkow übernahm den Auftrag, von dem Ministerpräsidenten zu erwirken, „daß den im Augenblick bedürftigsten Arbeitern das Brot gegeben werde, welches für das Militair gebacken ist oder doch durch die betreffenden Bäckereien Brot für jene Arbeiter zu beschaffen.“

Die Petition, welche von den Herren Jung, Gutzkow und Oppenheim, im Namen der Volksversammlung vom 23sten, abgefaßt und am 24sten Mittags dem Grafen Arnim übergeben wurde, war folgenden Inhalts:

Majestät! Breslauer Abgeordnete haben Ew. Majestät den Wunsch des größten Theiles der dortigen Bevölkernng vorgetragen, die neuberufenen Vereinigten Provincial-Landtage möchten von Ew. Majestät nicht zu dem Zwecke verwandt werden, in dieser Zeit der Aufregung als gesetzliches Hülfsmittel der Beschwichtigung zu dienen; Ew. Maj. möchten vielmehr aus eigener Machtvollkommenheit ein provisorisches Wahlgesetz erlassen, nach diesem unverzüglich in der ganzen Monarchie die Wahlen anordnen und nur im Bunde mit einer solchen neugewählten Volksvertretung auf dem ruhmvoll eingeschlagenen Wege der Freiheit und Nationalität fortwandeln.

Die Unterzeichneten, von einer berliner Volksversammlung am 23sten dieses zu ihren Sprechern erwählt, schließen sich diesem Wunsche an. Sie thun es, veranlaßt zuvörderst durch die von Ew. Maj. selbst gegebene Erklärung, daß Sie, im Fall eines allgemeinen, aus allen Theilen der Monarchie kommenden gleichlautenden Wunsches, darauf einzugehen und ihm zu entsprechen gewillt wären.

Die ernste Zeit weist halbe Maßregeln zurück. Eine halbe Maßregel aber wäre es, wenn der Beschluß einer Berufung der Vereinigten Provincial-Landtage, in welcher man im ersten Augenblick der Bestürzung einen gesetzlichen Anhalt seiner Wünsche zu erblicken glaubte, aufrecht erhalten bliebe. In und nach den Tagen des 18., 19. und 20. März haben Ew. Maj. einen so hoffnungsreichen Blick auf die Segnungen Ihrer zukünftigen Regierung eröffnet, daß uns plötzlich das nochmalige Auftreten einer ohnehin der Auflösung entgegenharrenden Versammlung als völlig überflüssig erscheinen muß. Der Geist der Zeit, der längst die veraltete Zusammensetzung dieses gesetzberathenden Körpers überflügelt hatte, hat um so viel mehr in diesem Augenblick auch die Berufung auf den 2. April überflügelt. Allgemein ist das Mißtrauen in die Befähigung dieser Versammlung, ein freisinniges Wahlgesetz zu geben. Wir sind überzeugt, daß Ew. Maj. in dem Drang Ihres eigenen, dem Geist der Zeit sich jetzt und sicher für immer vertrauensvoll zuwendenden Gemüths sowohl, wie auf Veranlassung von Ministern, die die Aufgabe haben, die unverfänglichsten Beweise ihrer volksfreundlichen Gesinnungen zugeben, in diesem Augenblick ein auf directe Wahlen begründetes, entsprechenderes Wahlgesetz erlassen, als dasjenige sein wird, welches wir erst von der Discussion der Standesherren und der durch Privilegien gewählten Provincialvertreter zu erwarten hätten. Ew. Maj. haben gesagt, Sie wollten sich an die Spitze der Bewegung stellen. Dulden wir nicht, daß eine auf veraltete und aufgegebene Zustände basirte Vertretung Sie in das Mitteltreffen zurückdrängt und wir den Widerspruch einer Regierung, die freisinniger ist als das veraltete Organ der Stände, hier verkörpert sehen.

Brächte uns das von Ew. Maj. erbetene, schleunigst zu gebende provisorische Wahlgesetz auch erst einen Zusammentritt der neuen, auf die breiteste Basis gewählten Stände drei Wochen nach dem 2. April, so ist in diesem Verlust von drei Wochen ein halbes Jahrhundert gewonnen. Und bedenken wir, daß jene veralteten Provincialstände nur zu-

sammentreten sollen, um den Modus ihrer ferneren Nicht-Existenz zu berathen und demnächst die Wahlen doch immer neu eintreten müßten, so ersuchen wir Ew. Maj., uns lieber gleich aus eigener Machtvollkommenheit rasch die Gelegenheit zu geben, durch die Wahlen das Land in einen Zustand gesetzmäßiger politischer Erörterung zu versetzen, bei welchem alle Unruhe der Gemüther, alle sich stauenden Gewässer in einen Kanal bewußter, friedlicher und die neue Gesinnung läuternder Thätigkeit gelenkt würden.

Lassen Ew. Majestät die früheren Institutionen hinter sich! Wir vertrauen dem Geiste, der uns neue zu erbauen verspricht. Aus diesem Geiste geben Ew. Maj. schleunigst ein Wahlgesetz auf dem Grundsatz: Jeder Preuße ist Wähler und wählbar! und veranlassen nächstdem das unverzügliche Zusammentreten einer Repräsentation, zu welcher die Augen des Volkes sogleich mit sicherer und ungetheilter Zuversicht emporblicken würden.

Genehmigen Ew. Maj. die Huldigung der endesunterzeichneten gewählten Sprecher einer Volksversammlung. Berlin, 24. März 1848.

Keiner von allen Zeitungsberichten enthält über die Volksversammlung vom 23sten zusammenhände Mittheilungen, und während der eine die Anreger und Vertheidiger der Oppositions-Adresse wenigstens ihren Zweck erreichen läßt, stellt der andere die Versammlung, in Bezug auf den beabsichtigten Zweck als erfolglos dar. Hr. Gutzkow erzählt in einem später veröffentlichten Aufsatze: „Landtag oder Nicht-Landtag," in welchem er die Gründe, die ihn für Nichteinberufung stimmen lassen, auseinandersetzt, daß er etwa tausend Menschen vorgefunden habe, die in verworrenem Durcheinander über Wahlgesetz und Landtag sprachen; einige von ihm zwischen die gehaltenen Vorträge geworfene Bemerkungen hätten die Aufmerksamkeit der Umstehenden erregt; man habe ihn darauf zum Präsidenten der Versammlung gemacht. Hr. Gutzkow und sein Präsidium fanden eine besondere literarische Opposition bei den — Belletristen. Seiner Erzählung entgegen stellt Hr. A. Gubitz*) jenes Präsidium als eine Art Usurpation dar. Nachdem nämlich die Versammlung sich für den Landtag als das einzige gesetzmäßige Organ des Landes entschieden, sei durch die Dazwischenkunft der Herren Gutzkow, Oppenheim u. A. die vorher gewonnene Uebereinstimmung zerstört worden. Ein als Freihandels-Agitator bekannter Fabrikant sei mit Herrn Gutzkow nahe an die Tribüne herangetreten und habe ihn aufgefordert den Vorsitz zu übernehmen. Hr. Gutzkow habe hierauf den Vorsitz mit den Worten übernommen: „M. Hrn., man hat mich zu Ihrem Präsidenten gemacht," und nachdem er und Andere in demselben Sinne ihre Reden gehalten, noch einige „der Rede unmächtige" Gegner zugelassen, mehreren „Arbeitern" jedoch, die ebenfalls im entgegengesetzten Sinne hätten reden wollen, das Wort abgeschnitten. Auf die Frage, ob eine Adresse wegen Nichteinberufung abgeschickt werden solle, seien die widersprechendsten Antworten erfolgt; gleichwohl habe Hr. Gutzkow erklärt, dem Antrage sei beigestimmt und er, Hr. Oppenheim u. A. zur Abfassung der Adresse erwählt worden — welche Wahl aber nur von den zunächst Umstehenden ausgegangen sei u. s. w. Ein anderes der alten Unterhaltungsblätter**) machte die Glosse:

*) In dem „Gesellschafter" Nr. 53. (Das Wahlgesetz. Ein fliegendes Blatt von Anton Gubitz.)

**) „Berliner Figaro." (Von C. O. Hoffmann.)

„Hr. Dr. Gutzkow, der Dramaturg des Hoftheaters zu Dresden, sei zur Revolution in Berlin angekommen, um hier als Schauspieler aufzutreten;" und ein drittes*) bemerkte: „daß unter allen bekannten Gesinnungstüchtigen und Ueberzeugungsgetreuen denn doch das „junge Deutschland" am mindesten berufen sein dürfe, die Rolle eines Volks-Tribunen zu spielen."

Gleichzeitig mit der Volksversammlung vor den Zelten fand in dem Hotel de Russie eine Versammlung als Fortsetzung der ebendaselbst am Abende vor der Beerdigungsfeier abgehaltenen statt. Ein Mitglied derselben, Herr J. Hoppe, hatte bereits den Plan zur Gründung eines politischen Clubs ausgearbeitet. Die Versammlung kam dahin überein, sich diesem vorläufigen Entwurfe gemäß als Club zu constituiren und regelmäßige Sitzungen zu halten. Jener Entwurf lautete:

Aufforderung zur Bildung eines politischen Klubs.

So ungünstig die geraden Viertel Berlins zum Volkskampf sind, eben so ungünstig ist das Terrain in Berlin zu freier politischer Thätigkeit; allein eben so muthvoll wie der Kampf mit den Waffen war, so muthvoll soll nun auch der mit der Feder und dem Worte sein, wie jener zum Siege führte, wird es dieser. Unsere Todten sind beerdigt! Als Residenz hat Berlin viele Trauerzüge gesehen, zum ersten Male sah es einen solchen Zug; das Andenken daran darf durch keinen Vergleich besudelt werden, Jeder greife in seine Brust und fühle und denke. Ihr Ueberlebenden, die ihr an ihrer Seite standet, oder die ihr sie in aufgezwungener Blutarbeit hinsinken saht: Ehret das Testament der Todten! — Allmälig werden auch unsere Brüder aus den Krankenhäusern hervorkommen, elende Invaliden, mit verstümmelten Gliedern, viele unfähig zu fernerem Kampfe und fernerer Arbeit; sollen sie uns verachten, sollen wir vor ihnen erröthen müssen, wenn auch nur ein Jota von dem nicht erfüllt wird, wofür sie gekämpft und gelitten haben? Das darf nun und nimmer geschehen, sie haben die Bahn gebrochen, wir müssen sie beschreiten! — Es ist keine Zeit zu verlieren, der Polizeistaat war zu fest gegründet, er hatte zu tief gefressen, als daß es nicht Thorheit wäre keine Reaction zu glauben. Sie wird so gewiß kommen, als Leute des ancien régime noch jetzt in kopfloser Angst sich um ihrer Existenz willen einreden: „Es war keine Revolution, es war nur ein unglückseliges Ereigniß". Schon sind fünf Tage verflossen, und wohl haben wir in Noth und Angst Konzessionen und Versprechen auf die liberalsten Institutionen bekommen, allein damit sich nicht gleich von Anfang Störendes aus der alten Zeit in die neue hinüberschleppe, müssen wir mit argwöhnischer Aufmerksamkeit auf der Warte stehen; denn wären auch selbst absichtliche Hintergehungen unmöglich, so ist es doch gewiß, daß dieselben Männer, welche in der alten Regierungskunst ergraut sind, oft zu ungeschickt sein werden, um sich in den neuen Geist zu finden. Also: Videant cives ne quid detrimenti capiat civitas!

Zur Sicherung der Früchte der Revolution, zu ihrer vollkommenen Durchführung ist die Bildung eines politischen Klubs unerläßlich, damit die Kämpfer für die Freiheit nicht wie früher ihre Kräfte einzeln vergeuden oder aufgerieben werden, sondern sich kennen lernen und je einmüthiger desto kräftiger nach demjenigen Ziele streben, welches sich nach den ersten Versammlungen als das gemeinsame herausstellen wird. Zwar wird ein starres Philisterium nicht säumen gegen ein Institut Zeter zu schreien, wobei es in seiner Verblendung an Terrorismus, an Jakobiner und Guillotine denkt, doch eben damit es seinen panischen Schreck verliert, muß es einen Klub mit politischen Zwecken in seiner Mitte sehen, und es wird sich zeigen, ob die gefürchteten Radikalen, die Demagogen, die Communisten, oder wie man sie sonst genannt hat, am Ende nicht gerade diejenigen sind, denen der Muth der Konsequenz die richtige Klugheit eingiebt. Das Recht zu politischen Versammlungen ist uns amtlich nicht gegeben und braucht es auch nicht; es gehört so selbstredend zu den Errungenschaften der Revolution und ist so ohne Weiteres das wichtigste Recht im constitutionellen Staate wie

*) „Berliner Stafette" Nr. 39. (Von F. Adami.)

er sein muß, daß es lächerlich wäre, darüber noch etwas bestimmen zu wollen. — Die Richtung des Klubs wird sich durch sämmtliche Theilnehmer von selbst geben; nur für diejenigen, welche hier wie überall andere als die wahren Auslegungen suchen, so wie für diejenigen, welche den Klub ohne eine solche Einrichtung wollen, die ihn zu eigentlicher Wirksamkeit kommen läßt, und welche man erst durch zeitraubende Reden belehren müßte, — für diese sei folgender Umriß vorzuschlagen erlaubt.

Aufgabe des Klubs. — Gerade in und für Berlin ist der Klub nothwendig, denn Bureaukratie, Militäraristokratie, Spießbürgerthum haben sich hier einen so festen Sitz aufgeschlagen, daß zu befürchten steht, daß Berlins politische Stimme auf's Neue hinter der ganz Deutschlands, namentlich auch der preußischen Ost- und Westprovinzen, zurückbleibt, wenn es den alten Sünden gelingt, sich auf's Neue breit zu machen. Darum muß von den Versammlungen des Klubs unermüdlich ein systematischer Kampf gegen jeden Zopf und jedes Zöpfchen, gegen schwächliche Sentimentalität, so wie gegen alle Abarten der Romantik geführt werden und mit politischer Belehrung Hand in Hand gehen. — Der Klub soll thätig sein nach oben und nach unten, nach innen und außen. Nach oben, indem er als freie Versammlung constitutioneller Staatsbürger seinen Deputationen und Petitionen das Recht der Beachtung vindicirt, und im Falle man ihm dies weigert, beharrlich an die Nation und ihre Vertreter appellirt. Nach unten und nach innen hat der Verein in der Weise zu wirken, daß er alle Klassen der Gesellschaft in sich aufnimmt und sie durch ausschließlich politische Vorträge zum Bewußtsein ihrer Staatsbürgerschaft bringt; dieses ist um so nothwendiger, als das alte Regiment gerade dagegen die fürchterlichsten Barrikaden errichtete; wir aber erkennen das Verdummungssystem nicht an, wonach die Erkenntniß nur gewissen Klassen in genau vorgeschriebenem Maße zukommt. Um nach außen thätig zu sein, bedarf der Klub einer eigenen Zeitung, welche die Farbe des Klubs tragen wird; daß eine solche Zeitung zu Stande kommen wird, daran kann eben so wenig gezweifelt werden, als daß sie sich bald selbst bezahlt machen wird. Vorläufig brauchen wir nur einige Männer, die aus Liebe zur Sache die Vorschüsse zum Prospect machen, und wenn es uns Ernst ist, so müssen wir am 1. April die erste Nummer unseres Blattes ausgeben können. — In Klub und Blatt müssen unverzüglich Vorschläge zu der Verfassung gemacht werden, welche auf so demokratischen Grundlagen als möglich beruhen sollen; denn wir wollen unsere Seelen gerettet haben, wenn wir etwa eine Verfassung bekommen, die nach einigen Jahren wieder durch die Gräuel und Opfer einer gewaltsamen Revolution umgestürzt werden müssen. Wir wollen keine solche Revolution mehr, wehe denen, die sie herbeiführen. Darum muß die Verfassung Elasticität genug haben, um den socialen Reformen nachzugeben, welche durch kein Witzeln, keinen Hohn, kein Widerlegen mehr aus dem Volk zu verbannen sind. — Ferner sind durch Klub und Blatt, durch Deputationen und Versammlungen sogleich diejenigen Maßregeln vorzuschlagen und zu empfehlen, welche der Anarchie ein Ende machen, worin wir faktisch leben, seit die alten Staats- und Stadtbehörden, sowie viele der alten Gesetze, nicht mehr respectirt werden können. Haben die Minister die durch die Revolution nothwendig gewordenen Schritte gethan, um die Ruhe in Stadt und Land zu sichern? Man wird es mit Nein beantworten müssen. In ungewöhnlichen Zeiten ist das Ungewöhnliche zu verlangen, da entschuldigt kein Andrang der Geschäfte. — Dieses und Aehnliches bleibt dem Klub zunächst zu thun.

Organisation des Klubs. — Der Klub wird sich in seinem Gros von selbst zunächst aus den Theilnehmern an den Handwerkervereinen und aus Literaten, Publicisten, Journalisten bilden, denn nur da ist, soweit dieses bisher möglich war, tüchtiges politisches Streben bemerkt worden. Auch aus der Bourgeoisie wird sich die Spreu vom Weizen sondern, und Bürger, Beamte, Studenten werden an einem Klub mit diesen Tendenzen gern Theil nehmen. Einen weiteren Zuwachs an tüchtigen Köpfen und Charakteren haben wir durch die politisch Amnestirten zu erwarten, wir rufen sie herbei: hic Rhodus, hic salta! Desgleichen müssen wir uns bereit halten ein würdiger Schoß zu sein für die Deputirten des Volks, welche sich in unsere Mitte begeben wollen.

Der Klub muß sogleich constituirt werden und in der ersten Zeit tägliche Versammlungen halten, denn es ist sehr viel zu thun; diese Versammlungen dürfen aber nicht vor 7 Uhr Abends sein. Wichtig ist es auch, sich an den Sonntagen zu versammeln, aber dann um die neunte Morgenstunde; Herrendienst geht vor Gottesdienst, wir arbeiten für die Nation, wer in die Kirche muß, mag hingehen. — Die Versammlungen sind natürlich unbedingt öffentlich, ein passendes Lokal wird gefunden werden. — Ein Klub-Commitee, ein Zeitungs-Commitee, sowie ein drittes Commitee, wovon weiter unten die Rede, ferner Präsidenten müssen erwählt werden; über den Wahlmodus, Zahl u. s. w. wird man sich leicht verständigen, wenn nur daran festgehalten wird, daß Alles so wenig künstlich als möglich geschehen muß. —

Nennen könnte sich der Klub ganz einfach: „Politischer Klub". — Noch andere zweckmäßige Vorschläge, mit Ersparung aller unnützen Reden, werden das Weitere geben.

Freiheit des Klubs. — Von der Freiheit des Klubs kann gar nicht die Rede sein, wenn er sich nicht seiner Mitglieder einzeln annimmt. Wir haben das Beispiel gehabt (man erzählt sich im Volke viele ähnliche), daß der hier ansässige Rudolph Schramm von zwei Bürgergardisten wegen einer Aeußerung auf öffentlicher Straße verhaftet, und trotz seines Anerbietens einer Kaution von der Stadtvogtei erst auf energische Requisition seiner Freunde entlassen ist. Noch haben wir keine Habeas-Corpus-Akte, noch nicht einmal Schwurgerichte, bis wir sie aber haben (und so wichtige Gesetze können von den Ministern noch vor Zusammentritt der National-Versammlung erlassen werden), haben wir eben so wenig Lust von den Trümmern des eben zusammenstürzenden Systems erschlagen zu werden, als Opfer der Dummheit, der Hinterlist oder der Niederträchtigkeit zu sein, oder ein Einschüchterungssystem, wo nicht gar einen Terrorismus Gespenstersehender aufkommen zu lassen. Darum die persönliche Freiheit geschützt so viel als möglich, und zu diesem Ende folgender Vorschlag: Wem es im Klub Ernst um die gute Sache ist, der stelle seinen Namen auf eine Liste des Klubs; alsdann wird das schon erwähnte dritte Commitee zu dem Zwecke bestellt, über jedes unserer Mitglieder die nöthigen Recherchen anzustellen, sobald ihm die Nachricht zugeht, daß es aus ähnlichen Gründen wie Schramm verhaftet sei, und seine Freilassung gegen Kaution oder das Versprechen zu bewirken, daß es sich bis zu abgemachter Sache nicht aus Berlin entfernen wolle, gleichviel ob der Verhaftete Bürger oder Schutzverwandter ist, oder hier nur in Arbeit steht.

Berlin, den 23. März 1848. J. Hoppe.

Die Versammlung entschied sich für die ihrem Club beizulegende allgemeine Bezeichnung: Politischer Club, gab Listen zur Einzeichnung für die, welche dem Club beitreten wollten, aus, wählte Hrn. Jung, der in ihrem Auftrage die Grabrede im Friedrichshain gehalten, und der erst beim Schlusse der Discussion, aus der Volksversammlung zurückkehrend, eintrat, zu ihrem Präsidenten, und setzte die nächste Sitzung auf den folgenden Abend fest. — Die Verhandlungen der nächsten beiden Sitzungen betrafen der Hauptsache nach eine an den König zu richtende Adresse wegen Nichteinberufung des Landtags und sofortigen Erlasses eines Wahlgesetzes. Wir geben sie nach den Berichten der Zeitungshalle — die von den berliner Blättern sie allein mittheilte — in Folgendem wieder:

In der Sitzung des politischen Clubs vom 24. März wurde zuerst der Antrag gestellt, an Se. Majestät eine Adresse zu richten, in welcher Sie gebeten werde: um ein gänzliches Absehen von dem allgemeinen Landtage und um sofortige Erlassung und Einführung eines Wahlgesetzes, nach welchem jeder majorenne Preuße Wähler und wählbar sei. Gegen diesen Antrag wurde eingewandt: daß der allgemeine Landtag bis jetzt außer dem Könige das einzige gesetzliche Organ des Landes sei und daß, wenn Se. Majestät der König die Initiative ergreife, wie er versprochen, und dem Landtage das neue Wahlgesetz vorlege, dieser es nicht zurückweisen werde. Der liberale Theil des Landtages hätte sich schon früher für incompetent erklärt, er werde die jetzige Gelegenheit ergreifen, um seine frühere Ansicht durchzuführen. Der conservative Theil, und unter diesem sei vorzüglich die Herren-Kurie zu verstehen, werde schon deshalb dem Wahlgesetze seine Stimme nicht versagen, weil es von Sr. Majestät dem Könige herrühre. Der Landtag sei ferner praktisch; denn es komme darauf an, die jetzt gestörte Ruhe so schnell als möglich herzustellen und die Kurien würden sich wahrlich schneller in Berlin versammeln, als jene, aus den Urwahlen erst zu erzeugende, allgemeine Nationalversammlung. Endlich hieße es noch den constitutionellen König von Preußen wieder zu einem absoluten Monarchen machen, wenn man von ihm die Vernachlässigung der bestehenden Landesrepräsentanten und die Octroyirung einer neuen Verfassung fordere. Alle diese Gründe war es leicht zu widerlegen und aufzuzeigen, daß das Einberufen des Landtags jetzt eben so unpraktisch, als das für ihn Angeführte in sich widersprechend sei: Der Landtag könne und solle nur zusammenkommen, um das neue Wahlgesetz zu berathen. Nehme er es an, nun

dann sei seine Zusammenkunft überflüssig gewesen. Hätten sich die liberalen Deputirten früher für incompetent erklärt, so würden sie es jetzt erst recht thun, und seien die conservativen gewohnt, dem Könige unbedingt beizustimmen, so würden sie ihm auch nicht widersprechen, wenn er, ihrer Zustimmung gewiß, sogleich das Wahlgesetz erlasse. Der Landtag sei ferner unpraktisch; denn die allgemeinen Wahlen müßten doch vor oder nachher angeordnet werden. Es würde aber Zeit gespart, wenn man sogleich zu ihnen schritte und jede Stunde Zeit sei jetzt unschätzbar. Der König würde nicht absoluter Monarch, indem er die neue Verfassung octroyirte; denn er entäußerte sich ja in dem Akte des Gebens selbst seines Absolutismus. Der Landtag sei ferner antiquirt, er gehöre der gefallenen Ordnung der Dinge an, er sei nicht die Stimme des Landes, weil er nicht vom Volke sondern nur von Wenigen gewählt sei, er beruhe auf dem verschwundenen Unterschiede der Stände, er sei nur ein Beirath, keine constitutionelle Repräsentantenkammer, er dürfe nicht einmal Adressen oder Petitionen des Volkes annehmen. Endlich wäre es mit Gewißheit anzunehmen, daß wir die Mitglieder des Landtages, die sich die allgemeine Achtung erworben, in der großen Nationalversammlung wiedersehen würden. Bei der Abstimmung ergab sich eine entschiedene Majorität für die Adresse, worauf ein Comité, bestehend aus den Herren Eichler, Rutenberg und Märker, mit der Abfassung derselben beauftragt wurde. — Ein zweiter Antrag bezog sich auf die Einführung eines Constabler-Regiments nach dem Muster des in England bestehenden. Hr. Hoppe, der diesen Antrag gestellt hatte, begründete ihn durch die Nothwendigkeit, das rohe Regiment der Gendarmen abzuschaffen und die Sicherheit und Ruhe herbeizuführen. Die Debatte über diesen Gegenstand wurde jedoch vertagt. — Der dritte Antrag betraf die von dem Club zu gründende Zeitung. Hr. Assessor Jung, früherer Gerant der Rheinischen Zeitung, unterstützte diesen Antrag und schlug vor, das Organ des Clubs im großartigsten Maßstabe anzulegen, so daß es nicht nur alle politischen Richtungen beobachte und schildere, sondern auch das Gebiet der Aesthetik cultivire und überhaupt das Centrum der ganzen deutschen Bildung werde. Er forderte zu diesem Zwecke auf, durch Actienzeichnung ein Capital von 50 bis 60,000 Thlrn. aufzubringen; denn so viel sei erforderlich, um das Bestehen der Zeitung für die ersten zwei Jahre zu sichern und durch hohes Honorar die besten Kräfte anzuziehen. Derselbe Redner beantragte, die Zeitungs-Halle zu übernehmen, die sich schon früher durch Zusammenfassen der ganzen politischen Litteratur ausgezeichnet, jetzt aber vom Drucke der Censur befreit, kühn mit ihrer wahren Meinung hervorgetreten sei, einer Meinung, der wir, abgesehen von einer gestern begangenen Unvorsichtigkeit, Alle unsere Zustimmung geben würden. Herr Otto Wigand*) schlug vor, von der materiellen Unterstützung abzusehen und nur zu erklären, daß die Zeitungs-Halle fortan das Organ des Clubs sein werde, was ihr vorerst 10,000 Abonnenten verschaffen müßte. — Herr Arnold Ruge sprach sich gegen jedes große Unternehmen aus und rieth ganz klein und aus eigenen Mitteln anzufangen, ein Partei-Organ von dem Umfang eines halben Bogens zu gründen mit einem Motto an der Stirn und in demselben die Protokolle der Verhandlungen, begleitet von leitenden Artikeln, zu geben. Hr. Dr. Lövinson war der Meinung, es mit der Zeitungs-Halle zu versuchen, bis zu einem gewissen Abschnitt in derselben sie für das Organ des Clubs zu erklären und oben angegebene Artikel und Protokolle darin abzudrucken. Die Debatte wurde vertagt.

(Aus einer späteren Darstellung von dieser Clubsitzung**) tragen wir noch Folgendes nach: Ruge beklagte sich, daß unsere Schriftsteller nicht unter Preßfreiheit zu schreiben verständen. Von den Berichten über die Märzrevolution, sagte er, habe ihn keiner befriedigt, deshalb habe er mehrere nur für ihn bestimmte Briefe seines (in Berlin wohnenden) Bruders über dieselbe als Flugschrift zusammen drucken lassen, und diese hätten das leipziger Publicum gepackt und seien in vielen tausend Exemplaren verkauft . . . Nachdem die Zeitungs-Angelegenheit verhandelt war, wurde endlich, fast verlegen, von einem ihrer Redacteure das Programm der Nationalzeitung vorgelesen, das nach so vielen kühnen Entwürfen sich sehr bescheiden ausnahm.)

In der Versammlung am 25sten, welcher auch viele Fremde beiwohnten, bat der Präsident erst diese, sich in den Hintergrund zu begeben und an der Abstimmung keinen Theil zu nehmen. Nur diejenigen, welche sich als wirkliche Mitglieder hätten einschreiben

---

*) Dieser sowohl als Dr. Arnold Ruge waren beide am 23sten aus Leipzig nach Berlin gekommen.

**) Berlin und Wien von H. Pröhle. S. 18.

lassen, möchten das Wort ergreifen, das jedoch ausnahmsweise auch fremden, hergereisten Personen, wenn sie etwas Wichtiges mitzutheilen hätten, gestattet sein solle. Hierauf verlas er die an Se. Majestät den König zu erlassende Adresse. Die wesentlichen Punkte derselben sind: „Se. Majestät möge den Vereinigten Landtag in seinem bisherigen Bestehen sofort auflösen und ein allgemeines Wahlgesetz erlassen, nach welchem jeder volljährige, unbescholtene Preuße Wähler und wählbar sei." Zuerst erhob sich über die in der Adresse gebrauchten Ausdrücke: „unterthänigst", und „allergnädigst" eine Discussion. Mehrere wollten diese Ausdrücke, als mit dem absoluten Königthum gefallene, beseitigt wissen, allein die Majorität entschied sich für dieselben, weil sie Formen seien, die man auch einem constitutionellen Könige gegenüber beobachten müsse. Dann wurde der Ausdruck „unbescholten" beanstandet und durch viele andere Wendungen zu ersetzen gesucht. Herr Held wollte setzen: „der staatsbürgerliche Rechte genießt." Ein Anderer: „der nicht durch criminalgerichtliches Erkenntniß die staatsbürgerlichen Rechte verloren hat. Herr Wiß: „der keines gemeinen Verbrechens schuldig erklärt ist." Herr Volkmar will: „ehrenhaft." Er macht ferner der Gesellschaft den Vorwurf, daß sie sich eine Täuschung mache. Sie gehe mit einer halben Maßregel um, während sie eine schrankenlose meine, sie spreche nämlich von einem allgemeinen Wahlrechte und schließe doch die Frauen (man möge z. B. nur an Bettina Arnim denken), die Studenten aus. Auch er wolle in dieser Frage halbe Maßregeln, aber er habe zugleich den Muth es auszusprechen und trage daher an, den Ausdruck „selbstständig" aufzunehmen und durch denselben die Almosenempfänger von dem Wahlrecht auszuschließen. Der Bettler, schloß er, würde nicht frei, sondern immer als Bettler stimmen. Hiergegen wurde eingewandt: das „Selbstständig" sei mit Absicht weggelassen, es begründe die Volljährigkeit nicht zugleich die Selbstständigkeit. Auch die in Dienstverhältnissen Stehenden, auch ein großer Theil der Arbeiter sei unselbstständig und diesen wolle und dürfe man das Wahlrecht nicht bestreiten. Ja, warum dem Bettler, der ohnehin nichts besitzt, das letzte politische Recht entziehen, das Wahlrecht? Herr Oppenheim entwickelte hierzu noch: man solle nicht „ehrenhaft" setzen, so lange über Ehre in verschiedenen Klassen die verschiedensten Ansichten und Auslegungen beständen. Er gab sodann zu bedenken: daß die Versammluug kein Gesetz machen wolle, sondern nur eine Adresse. Die Fassung des Gesetzes bleibe Anderen überlassen. Man solle sich nicht um Wort streiten. Daß Verbrecher ausgeschlossen seien, verstehe sich von selbst; dagegen müßten auch Die, welche keine eigene Wirthschaft hätten, keine Steuern zahlen, und die in dauernden Dienst-Verhältnissen Befindlichen an dem Wahlrecht Antheil haben. Hr. v. Förster: Während wir hier reden, handeln Andere; schon hängen zwei Placate an den Mauern, welche die Stimmung der Menge für den Landtag zu gewinnen suchen, schon wirft man ähnliche propagandistische Blätter, welche von dem Magistrate ausgehen, haufenweise unter das Volk, schon circulirt bei den Hauptleuten der Bürgergarde eine der unserigen entgegengesetzte Adresse für den Landtag, und wir wollen uns pedantisch spitzfindig um Worte streiten? Sollen wir das Zopfthum in unserer Mitte aufkommen lassen? Es kommt nicht so sehr darauf an, wie, als daß wir eine Adresse machen, und ich trage deshalb auf Beschleunigung der Debatte an. — Nachdem nun noch der Ausdruck „Volks-Souverainität" und eine Anspielung auf das Jahr 1815 von der Versammlung gemißbilligt und gestrichen waren, wurde die Adresse angenommen. — Nach aufgehobener Sitzung trug Dr. Lövinson noch ein interessantes Factunm vor, nämlich, daß die Minister alle Königl. Beamten aufgefordert hätten, sich zum Wachtdienst zu melden; dies sei auch schon vielfaltig geschehen, und diese Beamten, Regierungsräthe u. s. w., fingen bereits an, Einfluß auf die Bürger zu gewinnen. Er fordere deshalb die Mitglieder der Gesellschaft auf, sich ebenfalls dem Dienste zu unterziehen, um nach Kräften etwaigen „reactionären" Tendenzen entgegen zu wirken. — Ein anderes Mitglied theilte die Nachricht mit, daß unter den Bürgern eine Adresse circulire, des Inhalts: Se. Majestät möge die Regimenter, welche gegen die Berliner gefochten, nach Schleswig-Holstein schicken, damit sie dort durch ihre Thaten das Andenken an ihr Benehmen bei den letzten hiesigen Ereignissen gänzlich verschwinden machen.

Die Adresse wurde von einer Deputation, zu deren Sprecher Hr. von Brand von der Versammlung gewählt war, dem Könige am 27sten übergeben, und das Resultat der Audienz in der Clubsitzung desselben Tages von Hrn. v. Brand mitgetheilt. — Auch „an die Einwohner Berlins" richtete der politische Club die Aufforderung, „gleichfalls in Masse bei Sr. Majestät um

Abstellung oder sofortige Entlassung des Landtages und Erlaß eines provisorischen Wahlgesetzes zu petitioniren." Ein fliegendes Blatt*) — die erste vom politischen Club ausgegangene Veröffentlichung — stellte die Gründe dar, die das Petitioniren um jene Punkte als nothwendig erscheinen ließen. „Durch die glorreiche Revolution der ewig denkwürdigen Tage des 18. und 19. März, ist auf unwiderrufliche und von allen Seiten anerkannte Weise die bisher bestehende Verfassung des preußischen Staates, die sich darauf stützende Regierung und das System desselben gestürzt worden." So beginnt die Ansprache, die weiterhin als den Schritt, „der zur Vollendung der factisch angebahnten neuen Ordnung der Dinge geschehen muß, um so bald als möglich aus dem provisorischen Zustande, in welchem sich die Regierung und die Nation einander gegenüber befinden, herauszukommen," den schleunigen Erlaß eines Wahlgesetzes bezeichnet. Die Gründe, aus welchen der Vereinigte Landtag rechtlich und moralisch unmöglich geworden, werden dann folgendermaßen dargestellt:

Eine aus einer Revolution hervorgegangene neue constitutionelle Regierung, welche an der Spitze eines Volkes steht, dessen constitutionelles Staatsgrundgesetz nach den Willen der beiden Gewalten, der Regierung und des Volks, auf den breitesten Grundlagen beruhen soll, kann diese unterste Grundlage der ganzen neuen Staatseinrichtung, das Wahlgesetz, nicht mit einem Staatsinstitut berathen und für die ganze Nation gültig vereinbaren, welches der frühern absoluten Monarchie, dem gestürzten System und der untergegangenen alten Zeit seiner gesetzlichen Einrichtungen, seiner Zusammensetzung, seiner Geschäftsordnung nach angehört und zu der großen Aufgabe die Grundlage einer constitutionellen Verfassung zu geben weder von der Nation gewählt noch je beauftragt worden war. — Im Gegentheil hatte die frühere Regierung dieses von ihr geschaffene Institut durch die Thronrede des Königs auf das feierlichste und entschiedenste gewarnt, ja keine Gelüste sogenannter Volksvertretung sich beikommen zu lassen, und demselben so sehr jeden constitutionellen Charakter aberkannt, daß man die Versammlung zum Beginn ihrer Arbeiten willkommen hieß, nachdem man sie es in den stärksten Ausdrücken königl. Versicherung hatte hören lassen, daß nie eine constitutionelle Akta mit dem König die Nation regieren solle. — Die Versammlung, welche nach dieser Thronrede über ihre Stellung zu der Regierung und dem Volke, ihre Befugnisse, die ihr zugestandenen Bewilligungen, sowie verweigerten Rechte nicht mehr in Zweifel sein konnte, hat ihre damaligen Arbeiten unternommen und ihre Aufgabe, wie es die absolute Regierung wünschte, vollendet, und kann deßhalb, abgesehen von dem unzureichenden Mandat, welches ihr die damals bestandene Wählerschaft zuerkannt hatte, jetzt die Aufgabe des frei gewordenen Volkes der constitutionell gewordenen Regierung gegenüber nicht mehr vertreten. — Ebensowenig kann die neue constitutionelle Regierung gleich der ehemaligen absoluten diese rechtlich und moralisch unbefugte Körperschaft zur Berathung und Beschließung irgend eines aus der Revolution neugebornen, die Nation betreffenden Staatsgesetzes, am wenigsten zur Abfassung des constitutionellen Wahlgesetzes für competent erklären. — Es steht also zu fordern, daß die Regierung die Einberufung dieser früheren ständischen Körperschaft abstelle, oder sich dieselbe bei ihrer Hierherkunft für incompetent erkläre: Von diesen beiden Fällen ist aber nur der erste zulässig, da sich die Nation in Betreff der Erreichung ihres Wahlgesetzes nicht von der Incompetenz-Erklärung dieser Versammlung abhängig machen darf, weil sie auf consequente Weise sich dann auch deren Competenz-Erklärung anheimgeben und unterwerfen müßte. — Es bleibt daher der Regierung nur die Zurücknahme der Einberufung oder die sofortige Auflösung des zusammengetretenen Vereinigten Landtages und der Erlaß eines provisorischen Wahlgesetzes übrig, das sich hier in dem exceptionellen Falle befindet der Nation gegenüber, welche noch kein Organ ihrer wahren von ihr anerkannten Vertretung besitzt, die Initiative zu ergreifen, um aus dem Zirkel herauszu-

*) An die Einwohner Berlins. Druck von E. Krause.

kommen, in welchem wir uns in diesem Augenblick bewegen. — Wir haben das Vertrauen zu der Nation, daß sie der Majorität nach dem schon vielfach ausgesprochenen Grundsatz allgemeiner Wahlfähigkeit, bedingt durch Großjährigkeit und Besitz der staatsbürgerlichen Rechte, welche nicht durch rechtliches Erkenntniß aberkannt sind, beipflichten wird, so daß für die Regierung nicht zu besorgen steht, daß ein solches von ihr provisorisch erlassenes Wahlgesetz von der Nation, den Wählern, oder den Deputirten der Majorität nach verworfen werde.

Der Club spricht schließlich die Hoffnung aus, „daß sich Berlin seiner gerühmten Intelligenz, in der Wahrung der wahrhaften Interessen der Nation würdig zeigen, nnd die Regierung das gehörige Gewicht hierauf legen wird."

Trotz aller Gründe, welche die Agitatoren gegen die Einberufung des Landtages für ihre Ansichten geltend machten, trotz aller von ihnen unternommenen Beweise von der Nothwendigkeit einer Octroyirung des Wahlgesetzes, hatte diese Agitation nur geringen Erfolg. Eifriger und wirksamer waren die Bemühungen der Anhänger des Landtages, die in der Octroyirung eines Wahlgesetzes durch den König eine „Rechtsverletzung," in dem Vereinigten Landtage aber „das einzige, bis auf diesen Augenblick vorhandene, gesetzmäßige Organ, welches zwischen einem unbedingten Willensakte des Königs und der Diktatur des unmittelbaren Volkswillens sich befindet," sehen wollten. Der Magistrat zuerst erließ in diesem Sinne folgenden Aufruf:

Mitbürger! Wir haben es bereits gestern als die Aufgabe unser Aller bezeichnet, dafür zu wirken, daß aus der Freiheit sich jetzt die Größe, das Glück und die Wohlfahrt unseres Volkes in festester Ordnung auferbaue.

Eine Spaltung zwischen den verschiedenen Klassen ist nicht der Weg, auf dem diese Aufgabe gelöst werden kann, sie ist auch am wenigsten in diesem Augenblick vorhanden, wo die Gemüther Aller vereinigt sind, durch das erhebende Gefühl, daß für Alle die Freiheit errungen ist. Die Besitzenden werden es nicht vergessen, daß die durch die Hingabe und todesmuthige Aufopferung unserer Helden errungene Freiheit unter der erfolgreichsten Mitwirkung unserer ärmeren Brüder erkämpft worden ist. Die Besitzenden werden nicht — deß sind wir gewiß — die Früchte des Sieges allein ausbeuten wollen. Wir von unserem Standpunkte werden mit allen unseren Kräften dahin streben, daß wir organische Einrichtungen herbeiführen werden, welche die Lasten der bürgerlichen Gesellschaft gerecht vertheilen, welche den Anspruch jedes Menschen auf Bildung zu befriedigen geeignet sind.

Wir müssen es erreichen, daß jeder Staatsbürger in den Stand gesetzt werde, die politischen, vornehmlich die Wahlrechte, auszuüben. Aber das läßt sich nicht in wenigen Tagen erreichen, das läßt sich nicht schon jetzt als Gesetz feststellen. Daß die Möglichkeit eines ganz allgemeinen Wahlrechts durch die ausgedehntesten Maßregeln für die Wohlfahrt der arbeitenden Klassen angestrebt werde, das ist unser Aller Wunsch und Verlangen. Damit dies aber auch als Gesetz in gesetzlicher Form festgestellt werde, wollen wir mit Ruhe den Entwurf des Wahlgesetzes erwarten, welchen der König uns als auf den breitesten Grundlagend beruhend angekündigt hat. Wir besorgen nicht, daß der Landtag diese breitesten Grundlagen einengen werde, nur ein dieser großen Tage unwürdiger Kleinmuth kann dies besorgen und sich hinreißen lassen, von unserem constitutionellen Könige eine Rechtverletzung, die Octroyirung des neuen Wahlgesetzes zu verlangen! Darum, Mitbürger! erwartet auch Ihr mit Ruhe die Aeußerungen des Landtages, welcher jetzt noch das verfassungsmäßige Organ des Landes ist, lasset dies Organ selber es aussprechen, daß es ein ungenügendes ist. Lasset uns nicht, nachdem wir Recht und Freiheit errungen, durch eine Verletzung des Rechts unseren Sieg in Frage stellen und einer gefährlichen Reaction den Vorwand leihen. So gewiß eine solche nicht erfolgen wird, wenn der Landtag das Wahlgesetz beräth, so gewiß wird sie nicht ausbleiben, wenn dasselbe einseitig

erlassen wird. Bedenket, daß wir so schnell als möglich im Innern die Einheit erringen müssen, damit wir nach Außen gerüstet sind, damit unserm König die große Aufgabe gelingen kann, die er sich gestellt hat, die Leitung Deutschlands zu übernehmen im Innern und nach Außen für die Tage der Gefahr.

Berlin, den 24. März 1848. Der Magistrat.

Das wirksamste Mittel, einer Adresse, die um „Hörung des Landtages" petitionirte, eine Menge Unterschriften zuzuführen, ergriff Hr. Dr. Kahle, Justizrath und Privatdocent an der Universität. Dieser theilte eine von ihm, „nach dem Wunsche verschiedener Personen aus allen Klassen der Gesellschaft" entworfenen Adresse sämmtlichen Hauptleuten der Bürgerwehr mit, ließ sie durch deren Vermittelung in allen Bürgerwachen auslegen und lud am 25sten in den öffentlichen Blättern zur schleunigsten Unterstützung durch Unterschriften ein. In seiner öffentlichen Annonce heißt es: „Der Landtag befindet sich gar nicht in der Lage, von den freisinnigen Bewilligungen des Königs etwas zurückzunehmen, daher ist sein Zusammentreten zum wenigsten unschädlich; seine Zuziehung ist indessen auch nützlich, denn sie verleiht dem neuen Wahlgesetze ein der bisherigen Verfassung entsprechendes Relief; ferner aber ist gar nicht angebracht, daß dem Könige von jeder beliebigen Coterie Tag für Tag Bestimmungen abgedrungen werden, welche der Mehrzahl der preußischen Bürger vielleicht gar nicht genehm sind. Endlich wird es überhaupt nothwendig sein, unser Wahlgesetz mit demjenigen in Uebereinstimmung zu bringen, nach welchem Preußen beim deutschen Bunde vertreten werden wird. Kurz, gegenwärtig ist ein Besinnen viel mehr erforderlich, als ein Ueberstürzen." — Die Allgemeine Preußische Zeitung säumte nicht, zum Beweise für die sich allgemein kundgebende Loyalität der berliner Bürgerschaft, den Wortlaut zweier Adressen, in denen für die Berufung des Landtags petitionirt wird, mitzutheilen. Eine dieser Adressen, die in wenigen Tagen eine sehr große Anzahl Unterschriften, besonders aus den Wachtstuben her, erhielt, lautete:

Ew. Königl. Majestät haben den Vereinigten Landtag auf den 2. k. M. zusammenberufen, um von demselben ein neues Wahlgesetz berathen zu lassen, welches nach der Zusicherung von Ew. Majestät auf den breitesten Grundlagen beruhen wird. Es haben sich indessen verschiedene Stimmen für eine Octroyirung desselben erhoben. Gegen ein solches Verlangen indessen erlauben sich die unterzeichneten Einwohner Berlins in der zuversichtlichen Erwartung, daß der Vereinigte Landtag den freisinnigsten Absichten der Krone nicht entgegentreten wird, auf das Entschiedenste Einspruch zu thun und Ew. Majestät zu bitten: bei dem neuen Wahlgesetze den Beirath des Vereinigten Landtages nicht zu übergehen. In tiefster Ehrfurcht verharren wir Ew. Königl. Majestät treu gehorsamste Einwohner Berlins.

Auch die Universität suchte in diesem Sinne zu demonstriren. Am 27sten wurden plötzlich die Lehrer der Universität, Professoren und Privatdocenten zusammenberufen, um über eine Adresse für den Landtag abzustimmen. Der Rector, Professor J. Müller, erklärte, wie in einem Augenblicke, wo alle Organe des Landes über eine Frage von so großer politischer Bedeutung ihre Stimme abgäben, die Universität nicht zurückstehen dürfe und die Professoren

auch in diesem Punkte den Studirenden, auf die von so vielen Seiten eingewirkt würde, mit ihrem Beispiele den richtigen Weg zeigen müßten. Nachdem die Frage, ob überhaupt Seitens der Universität eine Adresse entworfen werden sollte, von der Mehrheit der Versammlung bejaht worden, schritten die Leiter der Versammlung, ohne weiter eine Discussion über die Landtagsfrage zuzulassen, zur Abstimmung. Von den anwesenden 107 Docenten stimmten 98 für die Berufung des Landtags, gegen dieselbe sieben (der Professor A. Erman und die Privatdocenten Borchardt, Collmann, Märcker, Schöller, Virchow, Walpers); zwei (Professor Michelet und Dubois) enthielten sich der Abstimmung. Hierauf wurde eine Commission zur Entwerfung der Adresse erwählt und beschlossen, diese am nächsten Tage den Studirenden zur Mitunterzeichnung vorzulegen. — Ein Mitglied der Minorität aus der Professoren-Versammlung, Hr. A. Erman, nahm Veranlassung, eine öffentliche, persönliche Erklärung mit Bezug auf die Versammlung abzugeben (Voss. Zeit.). „Die Debatte," heißt es darin, „die Professor Michelet und einige andere Docenten verlangten, wurde auf stürmische Weise für unausführbar erklärt und darauf, nach einigen ebenso tumultuarischen Aeußerungen, von dem Professor Dove ausgesprochen: er wünsche nunmehr von den einzelnen Lehrern eine Erklärung durch ja und nein in Beziehung auf die Einberufung der Mitglieder des vorigen Landtags." Hr. Erman theilt ferner mit, wie er erklärt habe, daß er die Einberufung derselben nicht wünsche und fügt motivirend hinzu, weil er Wahlfähigkeit sowohl, als die Wählbarkeit für politische Volksvertretung als eine Schuld gegen jeden männlichen großjährigen und unbescholtenen Bewohner des Landes betrachte und weil er glaube, daß die meisten Mitglieder des vorigen Landtages, in Folge ihrer Eigenschaft als adelige Grundbesitzer der Abtragung dieser Schuld und somit derjenigen Gerechtigkeit entschieden zuwider sein würden, in der er „das einzig mögliche Heil unseres Vaterlandes" sehe.

IV. Maßregeln zur Abhilfe der Noth und zur Beschäftigung Arbeitsloser. — Staats- und städtische Bauten. — Die „Arbeiterfrage."

Neben der Agitation in der Landtags-Angelegenheit waren es die Verhältnisse jener zahlreichen Klasse der hilfsbedürftigen, brotlos, arbeitsunfähig gewordenen Mitbürger, war es die sogenannte Arbeiterfrage, welche die Bevölkerung und die Behörden der Hauptstadt zunächst beschäftigte. Durch die Sammlungen „zur Unterstützung der Hinterbliebenen und Verwundeten" durch die Freigebung der Pfänder in den öffentlichen und Privat-Leihanstalten war

bereits, wenn auch nur äußerst geringfügiger Abhilfe der Noth Bahn gebrochen. „Die Pfandleihen," schreibt die Spen. Z., (25. M.) „sind jetzt täglich von Personen, welche ihre Versatzstücke unentgeldlich zurückempfangen, fast belagert, und die zahlreich aufgestellten Bürgerwehren müssen gar oft (des allzugroßen Andranges wegen) um Verstärkung bitten." Und der Director des Königl. Leihamtes macht schon am 22sten bekannt: die Aufrechthaltung der nothwendigen Ordnung bei dem sehr umfangreichen Geschäfte bedinge es, daß täglich bei jeder der drei Abtheilungen nur 1500 bis 1800 Pfänder verabfolgt würden. Gleichwohl dauerte die Auslösung bis in den April hinein. — In Bezug auf verwundete oder brotlos gewordene Barrikadenkämpfer waren schon vom ersten Tage der Sammlungen an Unterstützungen durch die einzelnen Comité's gegeben worden. Beim Ablauf der ersten Woche zeigte der Magistrat an, daß „für die Verwundeten und Hinterbliebenen unserer in den letzten ereignißvollen Tagen im Kampfe gefallenen Mitbürger" an Unterstützungsbeiträgen die Summe von 16,940 Thl. 24 Sgr. 4 Pf. eingegangen sei. Dieselbe Behörde spricht, indem sie von diesen „Gaben der Liebe" öffentlich Kenntniß giebt, gleichzeitig ihren „tiefgefühltesten Dank Allen Denen aus, die ihren hochherzigen Antheil an den Ereignissen jener großen Tage durch die That erkennen lassen" und ihr die „Sorge erleichtern," die sie für die Verwundeten und Hinterbliebenen übernommen habe. — Von verschiedenen Seiten werden allmählig Pläne vorbereitet und Maßregeln getroffen um direct oder indirect der „dringendsten Noth" abzuhelfen oder stockende Arbeitskräfte wieder in Thätigkeit zu bringen. Die Stadtverordneten machen am 25sten bekannt, daß „dem Vernehmen nach mehrere wohlhabende Einwohner geneigt sind, mit Rücksicht auf die Zeitumstände Beiträge zu allgemeinen nützlichen Zwecken zu leisten;" alle Mitglieder ihrer Versammlungen seien, „wenn gleich diese die in Vorschlag gebrachte Veranstaltung einer Collecte zu dem gedachten Behufe abgelehnt," doch sehr gern bereit, „Beiträge, welche ihnen ohne Aufforderung zu geben möchten anzunehmen und an die betreffende Stelle abzuführen." An demselben Tage meldet der Magistrat, daß „in Veranlassung der jüngstverflossenen denkwürdigen Tage 1) sämmtliche Miethssteuer-Reste bis Ende Dezember 1847, 2) alle bis zu demselben Zeitpunkte aufgelaufenen Rückstände an Schulgeldern für den Besuch städtischer Schulen, 3) alle in seinem Verwaltungsbereiche bis jetzt festgesetzten Strafgelder, durch Communalbeschluß, niedergeschlagen" worden seien. — Schon am 20sten hatte sich die „gemeinnützige Baugesellschaft" — ein seit einem Jahre gegründeter Privatverein, bestehend aus dem Landbaumeister Hoffmann, dem Generalstaatskassen-Buchhalter Liedke, dem Assessor Dr. Gaebeler, dem G. O. Baurath Stüler, dem Fabrikbesitzer Borsig, dem Oberlehrer Liebetreu und dem Buchhändler Heymann — mit dem Ministerium in Verbindung gesetzt, um die Ausführung von Staatsbauten anvertraut zu er-

halten, zu denen die unbeschäftigten Bauarbeiter verwandt würdnn. Am 23sten machte diese Gesellschaft Folgendes bekannt:

Zur Beruhigung für Diejenigen, welche bei dem für den Augenblick mißlichen Stande der Privatbauten Arbeitslosigkeit für die nächste Zukunft befürchten möchten, macht die gemeinnützige Baugesellschaft, mit Bezug auf den erlassenen öffentlichen Aufruf, das Resultat ihrer bisherigen Bemühungen bekannt. Das Comité der Gesellschaft hat sofort am 20. März bei den Behörden die geeigneten Schritte gethan, um den Angriff von größeren Bauten, deren Ausführung eigentlich noch nicht bevorstand, zu erwirken und dadurch Beschäftigung für arbeitslose Bauarbeiter zu erzielen. Die Behörden sind den desfallsigen Anträgen mit Bereitwilligkeit entgegengekommen. Seit dem 20. März sind folgende Arbeiten angeordnet worden: 1) Aufräumung und theilweiser Abbruch der eingeäscherten Wagenhäuser vor dem Oranienburger Thor und der königl. Eisengießerei; 2) die Anlage eines schiffbaren Kanals von Moabit nach Spandau; 3) Abbruch der Gebäude auf dem Pulvermühlen-Terrain; 4) Planirung des Pulvermühlen-Terrains; 5) Neubau der Kirche auf dem Stralauer Platze; 6) Abreißung und Neubau des alten Theiles des grauen Klostergymnasiums; 7) Verstärkung der Arbeiten auf den Boulevards am neuen Kanale vor dem Halleschen Thor; 8) in Aussicht stehen die Neubauten der beiden andern Kirchen in der Landsberger- und Frankfurter-Vorstadt und einige andere große Neubaue. — Das Comité ist unablässig bemüht, noch fernere Gelegenheit zu Bauarbeiten zu beschaffen. Möge daher das betheiligte Publicum sich nicht etwa der Unruhe hingeben, sondern dem Comité, welches die hohe Bedeutung seiner für die Zeit der Aufregung übernommenen Aufgabe auf's Tiefste erkennt und mit allen Kräften für die Lösung derselben arbeitet, volles Vertrauen schenken. An alle diejenigen aber, in deren Macht es steht, zur Betheiligung etwaiger Arbeitslosigkeit, wenn auch mit einigen Opfern, beizutragen, ergeht die dringende Bitte, ihre Bemühungen mit denen des Comité's zu vereinigen, um das erwünschte Resultat recht bald zu erzielen.

Comité der gemeinnützigen Baugesellschaft.

Einige dieser Bauten sollten sofort in Angriff genommen werden, so z. B. die Erdarbeiten bei dem von Moabit nach Spandau anzulegenden schiffbaren Kanal schon am 27sten beginnen. — Die Eisenbahngesellschaften gaben gleichfalls Bauarbeitern Beschäftigung; die berlin-hamburger beabsichtigte die Planirung der Haidestraße; die niederschlesisch-märkische und die berlin-anhaltische die Aufführung mehrerer großen Werkstatts- und Schuppengebäude. — Der königl. Baurath Hellfft zeigte am 26sten an, daß es die Absicht sei, einen großen Theil der Schälungen des Kanals im köpnicker Felde, der Brücken über demselben und über dem neuen Schiffskanal „in diesem Jahre" auszuführen. — Die städtischen Behörden ordneten „um den gegenwärtig herrschenden Mangel an Arbeit, so viel in ihren Kräften stehe, abzuhelfen und unbeschäftigten Arbeitern die Gelegenheit zum Verdienst zu verschaffen," die sofortige Aufnahme der von ihnen ressortirenden Bauten und Erdarbeiten an. Bereits am 23sten machte der Magistrat bekannt, daß „zur möglichst baldigen Beschäftigung der Bauhandwerker" der Bau einer neuen Kirche auf dem stralauer Platze, zu welchem die Stadtbehörden ihren Patronatbeitrag bereits bewilligt haben, sofort beginnen solle. In seiner Bekanntmachung vom 26sten führt der Magistrat als diejenigen bereits in Arbeit begriffenen Bauten und Anlagen folgende auf: Das Friedrich-Wilhelms Hospital und ein Abzugskanal in der Palisadenstraße, zwei neue Gymnasialgebäude in der Friedrichsstraße, ein Retortenhaus auf der Gasanstalt vor dem cottbuser Thore, Erwei-

terung des grauen Klosters, ein Retortenhaus und andere Bauten auf der Gasanstalt am stralauer Platze, Reparaturen in den Rathhäusern, Planir- und Pflanzarbeiten im Friedrichshain, eine Chaussee von Treptow durch die kölnische Haide, eine andere von Rummelsburg, die bedeutenden Planirungsarbeiten auf dem Wedding, eine Kirche in der frankfurter Straße. Hierzu sollte noch in Kurzem der Bau eines großen Abzugskanals in der Matthäikirchstraße und die Regelung dieser Straße kommen. „Diese" fügt der Magistrat hinzu, „und die für Rechnung des Staats bereits in Angriff genommenen Arbeiten bieten eine möglichst umfassende Gelegenheit zum Erwerb für die unserer Stadt angehörigen Arbeiter. Wir fordern diese auf, die ihnen hierdurch gebotene Gelegenheit zu Beschäftigung und Verdienst zu benutzen, und in ihrer Kraft das Mittel zur Sicherung ihres Fortkommens zu suchen." — Die „gemeinnützige Baugesellschaft" führt in einer Bekanntmachung vom 26sten noch ferner auszuführende Bauten auf, macht aber zugleich darauf aufmerksam, daß sie „nur hiesige, nicht aber von fern her zuziehende Arbeiter" beschäftigen könne.

Andere Bestrebungen gingen, in kleineren Verhältnissen, dahin, bedürftigen Handwerkern einen Erwerb zuzuführen, den ihnen die früheren Zustände abgeschnitten hatten oder der bei den neuen Zuständen erst lohnender wurde. — So theilt die Voss. Z. vom 24sten mit, daß die Gummi-Elasticum- und Posamentirwaaren-Fabrikanten Salzmann, welche bisher mit Anfertigung ihrer Waaren die Sträflinge zu Spandau beschäftigten, „von jetzt an nur freie Arbeiter in ihrer Fabrik anzustellen" beschlossen hätten. Auf ihren Antrag bei dem Grafen Arnim seien auch der Direction der spandauer Strafanstalt sofort die nöthigen Weisungen gegeben worden. — Die Arbeiten der königl. Artillerie-Werkstatt wurden von nun an durch den Vorstand derselben den berliner Gewerbtreibenden übergeben; zu weiterer Verhandlung darüber fordert der Magistrat die betreffenden Gewerke am 23sten auf. — Die Altmeister der Schlosser-, Sporer-, Büchsen- und Windenmacher-Innung machen durch Plakat (vom 25sten) bekannt: „Die jetzigen bedrängten Zeiten machen es dringend nothwendig, daß der Handwerksstand so viel als möglich zusammensteht, damit durch vereinte Kräfte das erreicht, was Noth thut; das hiesige Schlossergewerk hat dies Bedürfniß vollständig erkannt und den Beschluß gefaßt, denjenigen Meistern, die nicht zur Innung gehören, den Beitritt auf jede Weise zu erleichtern." Zwischen den Seidenwaarenfabrikanten und den Meistern der Seidenweber-Innung, als den Vertretern ihrer Gesellen fand am 24sten eine Besprechung statt, die eine „angemessene Erhöhung der Arbeitslöhne" zur Folge hatte. — Der „Mildthätigkeit der Mitbürger" wird ein im Jahre 1847 durch die Noth der Zeit hervorgerufener „Vorschuß-Verein für Berlin" zu recht warmer Theilnahme empfohlen. „Mehrfältig," sagt das betreffende Circular vom 23sten, „ist in neuester Zeit mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß der Stand

des kleinen Handwerkers mit am meisten vom Druck der Verhältnisse heimgesucht wird. Die Hilfe, welche diesem Stande zu Theil wird, wirkt mittelbar auch noch weiter und sie wirkt andauernd, wenn sie nicht als Almosen, sondern zur Erhaltung des Erwerbes, wie es eben unser Zweck ist, gespendet wird.“ —

Einen Centralpunkt für alle „das Wohl der arbeitenden Klassen“ betreffenden Angelegenheiten zu schaffen, beanspruchten die städtischen Behörden durch Einsetzung einer sogen. gemischten Deputation, deren Bildung in der Stadtverordneten-Versammlung vom 25sten, auf Antrag des Dr. Veit, beschlossen wurde. Der Magistrat kündigte sie in folgender Bekanntmachung an:

Durch Communal-Beschluß ist eine Deputation gebildet worden, welche sich ausschließlich mit der Berathung derjenigen Maßregeln beschäftigen soll, die das Wohl der arbeitenden Klassen zu begründen im Stande sind. Bei der reichen Fülle des Materials wird die aus Mitgliedern beider städtischen Behörden bestehende Deputation vom 28sten d. M. ab, täglich in den Vormittagsstunden zwischen 9 bis 11 Uhr auf dem Berlinischen Rathhause Sitzungen halten, über einzelne Gegenstände der Berathung Männer von bewährter Erfahrung hören, auch die aus den verschiedenen Gattungen der Arbeiter gewählten Deputirten der Meister, Gesellen, Arbeiter u. s. w. gern zu ihrem Beirath nehmen. Bei Arbeitern, Gesellen, Gehülfen, Gewerbetreibenden, in- und außerhalb der Innungs-Verbände, überall werden Wünsche laut und in gesonderten Kreisen berathen, welche einem großen und schönen Ziele anstreben, so daß es eine heilige Pflicht der Behörden erscheint, einen Vereinigungspunkt, eine Verwaltung zu organisiren, welche diese einzelnen Klagen und Wünsche, Vorschläge und Mittel der Abhülfe, mögen sie nun Einzelnes oder Allgemeines betreffen, sammelt, in ihrem Zusammenhange und ihrer Verbindung mit anderen Verhältnissen zur nochmaligen gründlichen Erwägung stellt und diejenigen Wege einschlägt, welche am geeignetsten erscheinen, um auf die kürzeste und kräftigste Weise zum Ziele zu gelangen. Die Deputation wird einen solchen Standpunkt einzunehmen sich angelegen sein lassen und kann es dem allgemeinen Interesse nur förderlich sein, wenn alle Anträge und Gesuche, welche diesen hochwichtigen Gegenstand berühren, dieser Deputation zugehen und fordern wir daher die betreffenden Antrag- und Bittsteller auf, ihre Wünsche schriftlich an diese Deputation gelangen zu lassen. — Berlin, den 26. März 1848. — Der Magistrat.

Eine Bekanntmachung fast ganz desselben Inhalts erließ am 28sten die oben angekündigte „Deputation zur Berathung über das Wohl der arbeitenden Klassen.“ Nur sollten die Sitzungen derselben erst am 30sten und zwar täglich von 5 Uhr Nachmittags an stattfinden; auch wurde es den gewerblichen Antragstellern freigestellt, ihre Wünsche während der Sitzungsstunden mündlich anzubringen. Die Deputation bestand aus den Stadtverordneten Behrendt, Berends, Duncker, Goldschmidt, v. d. Heyden, Heymann, Hollbein, Meyer, Nauwerck, Riese, Sehlmacher, Seidel, Veit und den Stadträthen Kobland und Risch. Ihre Beschlüsse wurden, von Zeit zu Zeit, in fortlaufenden Nummern durch die öffentlichen Blätter bekannt gemacht.

Das „Wohl der arbeitenden Klassen“ — dieser Ausdruck war ein Echo aus früheren Jahren, in denen die großartigsten, parlamentarischen und literarischen, Vorbereitungen zur Gründung von Vereinen in Berlin gemacht waren, die „durch die Kraft des moralischen Einflusses“ für die „Verbesserung des sittlichen und wirthschaftlichen Zustandes der arbeitenden Klassen“ wirken

wollten. Als im Jahre 1844 eine große deutsche Gewerbeausstellung in Berlin stattfand, stellte sich unter den bei dieser Gelegenheit zusammengekommenen deutschen, besonders preußischen, Industriellen „die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit sorglicher thätiger Einwirkung für das Wohl der Hand- und Fabrikarbeiter" fest. Ein „Central-Verein," aus bedeutenden Industriellen und hohen Ministerialbeamten bestehend, wurde gebildet, der zu jenem Zwecke die Bildung von Provinzial- oder Bezirksvereinen in jeder Provinz oder in jedem Regierungsbezirke, von Localvereinen für die einzelnen Orte oder Districte überall in dem preußischen Staate beabsichtigte. Am 7. October 1844 erließ er seinen ersten Aufruf. Der König drückte dem Vereine in einer Cabinetsordre vom 25. October sein „großes und lebhaftes Interesse an diesem Vorhaben" aus, versicherte ihn seiner thätigen Unterstützung und stellte ihm eine Summe von 15000 Thlr. zur Disposition. Er sprach zugleich die Hoffnung aus, daß der Verein bald durch den Hinzutritt aller wahrhaft edlen Männer unter dem Gewerbestande zu einem Baum erwachsen werde, „der seine Zweige über das ganze Vaterland breitet." Auf Anregung des Centralvereins entstand der „Berliner Localverein für das Wohl der arbeitenden Klassen," der nachdem er seit dem 9. November 1844 in mehreren Sitzungen unter langen und heftigen Discussionen seine Statuten berathen, diese am 22. Januar 1845 annahm und sie der Regierung zur Bestätigung einsandte. Das Statut des Centralvereins war bereits am 16. October 1844 in einer Generalversammlung angenommen und durch ein Comité zur Bestätigung eingereicht worden. Die Tendenz des Central- und Localvereins war von dem ersteren dahin ausdrückt worden, „daß durch die Kraft des moralischen Einflusses und die zur Förderung desselben zu treffenden Einrichtungen, unter thätiger Mitwirkung der arbeitenden Klassen selbst, der sittliche und wirthschaftliche Zustand derselben allmählig gehoben und ein auf Wohlwollen gegründeter unzerstörbarer Bund zwischen ihnen und den anderen Klassen der Gesellschaft mehr und mehr befestigt werde." Die Bestätigung der Behörden erfolgte jedoch nicht und so blieb das Geschenk des Königs ein Capital, das nicht verwandt werden konnte. Alle Anregungen bei den Behörden in den nächsten Jahren, die Angelegenheit zu beschleunigen, fruchteten nicht; vergebens entwarf der „Centralverein" am 2. März 1847 ein „revidirtes Statut;" auch das letztere Jahr sah noch keine Bestätigung der Vereine. Endlich, am 27. März 1848, zeigte der Director Diesterweg, als Vorsitzender des provisorischen Comité des Lokalvereins, öffentlich an, daß nun „der Augenblick der Wirksamkeit des berliner Localvereins erschienen" sei; der Centralverein habe die „obrigkeitliche Genehmigung" erhalten. Dem Statute gemäß ladet Hr. Diesterweg die Comitémitglieder zu einer Versammlung am 29sten ein, „um den Berliner Lokalverein in's Leben zu rufen." Einer allseitigen Theilnahme — fügt er hinzu — dürfen wir uns nunmehr gesichert halten. Die Königl. Ordre, welche den Centralverein mit

Bezug auf die Ministerialberichte vom 30. Juli 1847 und 12. März 1848 bestätigt, war vom 31. März datirt; sie verleiht zugleich dem Vereine „beschränkte Corporationsrechte," bewilligt ihm Portofreiheit und ermächtigt das Finanzministerium die bewilligten 15,000 Thlr. dem Vorstande zu überweisen. Die allmählig zu Stande kommende Constituirung der Vereine (im Mai und Juni) entsprach jedoch keinesweges jenem großsprecherischem Eifer, mit dem sie beinahe vier Jahre früher ihre erste Thätigkeit begonnen hatten.

Die Volksversammlung in den Zelten hatte, wie schon erwähnt, auch den Erfolg, daß schnelle Anstalten getroffen wurden, „den im Augenblicke bedürftigsten Arbeitern" Brot zu verschaffen. Durch Vermittelung der Herren Bremer, Bittkow, Klahm und Löwinson, berichtete Tags darauf die Voss. Zeit., wurden den 24sten an die bedürftigsten 6000 Commisbrote ausgetheilt; auch den 25sten wurde zu gleichen Zwecken dieselbe Anzahl von Broten jenen Personen zur Vertheilung überwiesen. Dies habe, wie die Zeitung weiter meldet, „eine sehr beruhigende Stimmung in den unteren Volksschichten hervorgebracht." Die bürgerlichen Sorgen um die „hungernden Arbeiter" führten sehr bald zu organisirten Brotvertheilungen. Am 23sten erließen mehrere Bürger in einem Straßenanschlag*) folgenden „dringenden Aufruf:"

Die glorreichen Märztage Berlins, welche namentlich auch den berliner Bürgern zu gute gekommen sind, haben eine Menge von Arbeitern für den Augenblick brot- und arbeitslos gemacht. Die bereits getroffenen Maßregeln, das entstandene Bedürfniß zu befriedigen, reichen noch nicht aus. Es handelt sich namentlich darum, die hungernden Arbeiter auf einige Tage mit dem allernöthigsten Bedürfnisse, mit Brot, zu versehen, und wir dürfen uns einer solchen Verpflichtung um so weniger entziehen, als wir anerkennen müssen, daß sich jene Arbeiter in den Tagen der Gefahr mit einer ruhmwürdigen Zurückhaltung benommen, daß sie Hunger und Noth ohne Murren und ohne Forderungen ertragen haben und auch jetzt nur um dasjenige bitten, was am Ende jeder Mensch von dem anderen fordern darf: Brot! — Deshalb haben wir Unterzeichnete uns vereinigt, ausnahmsweise für die brotlosen Arbeiter eine Sammlung von Beiträgen in Empfang zu nehmen, deren Ertrag zu Brotmarken verwendet werden soll. — Wir bitten dringend, mit diesen Beiträgen nicht zu säumen. Denke Niemand, daß ein Anderer geben werde und sein Scherflein nicht nöthig sei. Denke vielmehr Jeder, er sei der Einzige, welcher giebt. —

Simon, Apotheker. B. Burchardt, Banquier. Klahm, Bonbon-Fabrikant. F. Reichardt, Buchdruckerei-Besitzer. Ad. Nitsche. J. G. Scharne, Bezirksvorsteher.

Aufforderungen, wie diese, blieben nicht erfolglos. Bald wurden in allen Bezirken der Stadt Geldsammlungen veranstaltet, zu denen die Beiträge reichlich eingingen; und durch Ueberweisung von Brotmarken an die Armen die Brotvertheilung geregelt. — Es bedurfte auch nur eines Hinweises auf die „ruhmwürdige Zurückhaltung" der Arbeiter während des Kampfes und nach demselben, um den berliner Bürger zu schneller Hilfleistung anzuspornen.

---

*) Gedruckt bei F. Reichardt.

Bereitwillig brachte er alle jene kleinen Opfer, die der Augenblick verlangte. Hatte ihm doch das bisherige Betragen der gefürchteten Arbeiter gezeigt, daß seine Furcht vor ihnen eine unbegründete gewesen! Bis auf vereinzelte stets vorgekommene Ausnahmen waren Fälle von Erpressungen, von gewaltsamen Angriffen auf das Eigenthum nicht bekannt geworden. „Während sonst beim Criminalgericht wöchentlich hundert und mehr Anzeigen gegen bestimmte Personen über begangene Verbrechen eingingen betrug die Zahl derselben in der Woche bis zum 26. März nur zweiundvierzig, unter welchen sich nur sechs Arrestsachen befanden. Bei der Polizeibehörde war ziemlich dasselbe Verhältniß. Es mag freilich bei den politischen Ereignissen dieser Woche von mancher gesetzwidrigen Handlung der Behörde gar keine Anzeige zugegangen sei, indessen hat man doch auch sonst von eclatanteren Verbrechen, namentlich gegen das Eigenthum, wie sie früher in Berlin immer zur Tagesordnung gehörten, nichts vernommen." Der „Publicist," ein gerichtliches Blatt, dem dies entlehnt,*) fügt hinzu: „Es scheint daher, als ob der geistige Aufschwung des Volkes auch dem unwürdigsten Theile desselben, den professionirten Dieben und Betrügern, sich mitgetheilt hätte." — Der „gute Geist" aber, der, den Aengstlichen unerwartet, „unter den niederen Klassen der Bevölkerung herrschte," der „gute Geist," der von den alten Behörden, von der Bürgerschaft, den Zeitungsschreibern anerkannt wurde, sollte — so drückten sich vielfach die bürgerlichen Wünsche aus — nicht irregeleitet werden durch die Bestrebungen der Aufwiegler, die auch die Arbeiter in ihre politischen Agitationen mit hineinzögen. Und darum wurde das Resultat der Volksversammlung unter den Zelten ein günstiges genannt: war doch der Erfolg der politischen Agitationen ein sehr zweifelhafter gewesen. In ihrem Berichte über jene Versammlung nimmt die Voss. Zeit. die Gelegenheit wahr, den Arbeitern zuzurufen, was als getreuer Ausdruck der allgemeinen bürgerlichen Stimmung dieser Tage gelten kann: „Der Arbeiter hat gekämpft, er ist es vorzugsweise gewesen, der hinter den Barrikaden gestanden; — er muß vertreten sein. Sein wahres Wohl ist nicht getrennt von dem Wohle Aller. Statt Mißtrauen zwischen Bürger und Arbeiter zu säen, müssen beide Theile friedlich einander gegenüber treten; Darum haltet zusammen mit dem ganzen Volke, schließt Euch fest aneinander, wir Alle bilden die Glieder einer einzigen Kette. Es fehlt Euch die gemeinsame öffentliche Vertretung! Eure Interessen, der ganze Zustand, die Lage des Arbeiters sind der Mehrzahl Eurer Mitbürger nicht hinlänglich bekannt. Sie muß bekannt und erkannt werden . . Wenn Ihr Versammlungen haltet, so seien es geregelte Zusammenkünfte, in denen die verschiedenen Fragen, die Euer Wohl betreffen, zur Erörterung kommen . . Für die augenblickliche Noth muß kräftig gesorgt werden: alle Wohlhabenderen sind

*) Der Publicist. Herausgegeben von A. F. Thiele. 1848. Nr. 24.

thätig bereit dazu beizutragen und Euch dauernde Beschäftigung zu geben. Darum laßt eine besonnere Ueberlegung alle die leidenschaftlichen Schritte zurückhalten, deren unmittelbare Folge das Stocken des Verkehrs und damit die Vollendung Eures Elendes wäre!"

Aehnliche Mahnungen an die Arbeiter, doch stets mit Ausdrücken gemischt die ihre bisherige Haltung verherrlichen, finden sich in den Zeitungen und Flugschriften jener Tage. — Dr. Moritz Lövinson, Bürger und Arzt, ruft den „Mitbürgern, Arbeitern" am 23sten zu: „In den ewig grünen Kranz unserer Revolution, unseres Sieges habt ihr euch ein unverwelkliches Reis durch eure Hochherzigkeit mit eingeflochten, und die Blätter der Geschichte werden wie das Andenken eurer Kraft im Kampfe, so das eurer Mäßigung im Siege aufbewahren. Lasset sie auch von eurer Klugheit nach demselben erzählen . . . Jetzt zeigt, daß ihr nicht bloß das Eigenthum vor Zerstörung zu schützen wißt, sondern beweist eure Achtung vor demselben noch mehr dadurch, daß ihr es mit erwerben helft, daß ihr es selbst erwerbet. Kehre Jeder an seine Arbeit zurück! Begehret und nehmet keine Gunst- oder Gnadengeschenke; die ganze Sicherung eurer Errungenschaft, der volle Stolz des freien unabhängigen Mannes liegt darin, daß ihr wieder sagt: Wir leben von unserer Arbeit." — Ernst Kossak, der „auch weiß, was vierzehn Stunden Arbeit sind, welcher Kummer das Herz drückt, wenn der Tag verzehrt, was der Tag erworben hat," beschwört die Arbeiter: „Jetzt keine Steigerung des Lohnes, keine Unthätigkeit!" Eine „friedliche Lösung" soll die „große Frage" finden. „Die Todtenliste unserer Gefallenen," ruft er seinen Brüdern, den Arbeitern zu, „ist euer geschichtliches Zeugniß, daß ihr für die Freiheit eurer Nation zu kämpfen und zu sterben wußtet; Arbeiter, stellt in diesen Tagen, den Geburtswehen einer großen Zukunft, durch Ordnung und Fleiß euch das geschichtliche Zeugniß aus, daß ihr für die Freiheit eurer Nation zu arbeiten und zu leben wißt . . Ihr habt uns in der Nacht vom 18. zum 19. März die heiligsten Rechte des Menschen erobert . . Freuen wir uns dieser schnellen und erhabenen Eroberung; aber überlassen wir uns jetzt reiflichem Nachdenken, auf welche Weise unsere Gegenwart und die Zukunft unserer Kinder gesichert werden soll . . Laßt uns im brüderlichen Verein mit den Besitzenden berathen, was Euch Allen gut thun wird und ehrt die Rechte des Eigenthums, wie ihr sie in der denkwürdigsten Nacht der Erlösung geehrt habt." (Berliner Zeitungshalle.)

„Friedliche Lösung der Arbeiterfrage" das war die Formel, welche von „Bürgern Arbeitern" den ängstlichen Bürgern zur Beruhigung, den verzagenden Arbeitern zum Troste entgegengehalten wurde. Lösung jener „Frage" durch gegenseitige Besprechung, durch gegenseitiges Abwägen von Rechten und Pflichten, durch Vermittelung mit den Behörden und der künftigen Volksvertretung. Die Gelegenheit, die „Arbeiterforderungen" öffentlich auszusprechen

und sie von Arbeitern selbst begründen zu lassen war bald geboten. Die Herren Urban, Eckert und A. forderten am 23sten zu einer großen Volksversammlung auf, nachdem sie vorher, wie aus ihrer Anzeige ersichtlich, die seltsamsten Schritte zu einer „Zustimmung" eingeschlagen hatten. Die wunderliche Aufforderung selbst lautete:

Männer Berlins! Die selbst gefühlte Noth und die Theilnahme an der Noth Aller hat uns gedrungen, nicht nur den Schmerz derselben zu fühlen, sondern auch zur Abhülfe thätig zu sein. Wir haben uns daher zu den Landtags-Abgeordneten Berlins begeben, um ihnen unsere Wünsche und Ansichten mitzutheilen. Wir haben sie als würdige, unseres Vertrauens würdige Männer gefunden! — Sie wollen sich mit Euch in die innigste Verbindung setzen, um Eure Noth und die Mittel zur Abhülfe kennen zu lernen, um Euch beim bevorstehenden Landtage kräftig vertreten zu können. Nur durch geordnete Darlegung Eures Zustandes vor Euch und in Euch selbst könnt Ihr erkennen, was Noth thut, und so dem Landtage und der Regierung zur Abhülfe der zahlreichen Mängel die Hand reichen. Darum, Bürger, Meister, Gewerbtreibende, Gesellen, Tagearbeiter, Männer, die Ihr hülfsbedürftig und hülfreich seid, versammelt Euch in der Feierstunde — versäumt die Arbeit nicht, die Ihr welche habt; die Ihr keine habt, sucht Euch welche, Ihr werdet sie mit Gott finden — besprecht Euch unter einander in Ruhe und Ordnung über Euren Zustand. Laßt die Stunde der Versammlung, welche sie auch sei, eine Feier-, eine feierliche Stunde sein. Wählt in jeder einzeln stattfindenden Versammlung: eine Deputation, die Euch vertritt, einen Sprecher der für Euch redet. Diese Deputation mit ihrem Sprecher schickt zu einer gemeinsamen Versammlung am Sonntag den 26. März, Nachmittags um 2 Uhr, nach dem Exercierplatz vor dem Schönhauser Thore, wozu wir hiermit auch die Landtags-Abgeordneten Berlins und alle Männer, die redlich helfen wollen und können, einladen, damit sie dort Kenntniß durch den lebendigen Eindruck von Eurem, von unserem Zustande erhalten. Für Ruhe und Ordnung ist Jeder, der da kommt, Bürge.

Vorstehende Aufforderung haben wir dem Herrn Minister Grafen von Arnim, dem Herrn Polizei-Präsidenten von Minutoli, dem Herrn Bürgermeister Naunyn, dem Herrn Stadtverordneten-Vorsteher Fournier, so wie den Herren Landtags-Abgeordneten Schauß, Möwes und Knoblauch, vorgelegt und haben die volle Zustimmung dieser Herren zu derselben. Der Herr Minister gab unserem Sprecher noch die Zusicherung, Sr. Majestät dem Könige Mittheilung über diesen Gegenstand zu machen.

Die Deputation für die Abhülfe der Noth:
Urban, Thierarzt. Bremer, Cattundrucker und Cigarrenmacher. Fichte, Schlossergeselle. Petri, Richard, Lange, Gesellen. Der Sprecher: Eckert, Kleidermacher.

Theils in Folge dieser Aufforderung, theils aus freiem Antriebe, traten alsbald einzelne Gewerke, Innungen, gewerbliche Corporationen zusammen, um über ihre besonderen Zustände zu berathen, sowie ihre Wünsche und Forderungen zu formuliren. So die Kattundrucker, Posamentirer, Müller, Schlosser, Buchbinder, Tabacksspinner, Nagelschmiede, Gold- und Silber-Arbeiter, welche Letztere am 25sten in Gegenwart der Gewerkältesten eine „Vorberathung über die Nothstände des Gewerkes" hielten, die Maschinen-Arbeiter-Gesellen, die bereits in einer zahlreichen Versammlung vom 23sten ihre Arbeitsverhältnisse berathen und eine Deputation zur Vertretung von 16 Maschinenfabriken gewählt hatten, denen als 17ter noch „für das Ganze" der Schlosser Siegerist beigegeben war. Von diesen 17 wurde wiederum ein Ausschuß gewählt, „um am Landtage persönlich sämmtliche Arbeiter zu vertreten." (S. „Die Volksstimme." Blatt des Volks-Vereins :c. Nr. 1.) — Am 25sten Abends fand eine Versammlung der Buchdrucker- und Schriftgießer-Gehilfen statt, in der die

mannigfachen Mängel im Allgemeinen angedeutet und darauf aufmerksam gemacht wurde, daß die Versammlung in einer „gesetzlich anerkannten Körperschaft" ihre Kräfte vereinen müsse, um den Uebelständen abzuhelfen. Die Versammlung wählte, nachdem noch gegen die „neue Fessel einer Corporation" Einspruch gethan war, eine Commission aus ihrer Mitte, um durch diese diejenigen Buchdruckerei- und Schriftgießerei-Besitzer in ihr Interesse zu ziehen, die sich den allgemeinen Wünschen anschließen würden; mit ihnen gemeinschaftlich sollten dann die geeigneten Schritte zur Bildung der Corporation und baldiger Regulirung der Arbeitsverhältnisse vorgenommen werden. Ein von der Commission an die Buchdruckerei- und Schriftgießerei-Besitzer gerichtetes Circular vom 26sten lud die Letzteren zur Theilnahme ein.

V. Die Militairleichen und deren Beerdigung. — Militairische Versöhnungsrufe. — Der König in Potsdam.

Die Vorbereitungen zu dem Begräbnisse der militairischen Opfer des 18ten und 19ten waren in großer Stille und Zurückhaltung betrieben worden. Nachdem bereits vier der Gefallenen vereinzelt beerdigt waren, fand die gemeinsame Bestattung der übrigen (15) Leichen am 24sten Morgens 7 Uhr Statt. „Unter allseitiger Theilnahme," berichtete später die Allgemeine Preußische Zeitung, seien die militairischen Gefallenen „feierlich von der Bürgerschaft beerdigt worden." Diese war nämlich durch einige Bürgerwehr-Deputationen bei der Feier vertreten. — Die Feierlichkeit selbst findet sich in dem genannten (Regierungs-) Blatte folgendermaßen dargestellt:

Der Zug begann nach 7 Uhr und bewegte sich von dem am Brandenburger Thore gelegenen Lazarethe die Luisenstraße hinunter, dem neuen Thore zu. Dem Zuge voran schritten Abtheilungen der Schützengilde und der Studirenden, worauf ein Sänger-Chor folgte. Hieran schlossen sich die Deputationen der verschiedenen Bezirke der Bürgergarde, angeführt von dem Chef derselben, Herrn Polizei-Präsidenten von Minutoli. Nach ihnen kamen die Knaben der Malmene'schen Anstalt, die vor den Leichenwagen hergingen. Diese waren mit Blumen und Kränzen geschmückt. Protestantische und katholische Geistliche folgten ihnen unmittelbar und geleiteten die Leidtragenden. Hinter diesen befanden sich die in Berlin anwesenden Officiere, worunter man die Generale v. Ratzmer, Neumann, Prittwitz, die sämmtlichen Flügel-Adjutanten Sr. Majestät, ferner den General von Hochstetter, den Obersten Bülow und andere Veteranen bemerkte. Der Berliner Sängerbund, unter Anführung des Gesanglehrers Salleneuve, so wie zahlreiche Abtheilungen von Arbeitern, namentlich aus den Maschinenbau-Anstalten der Herren Borsig, Egells und Anderer, folgten nun, unter Vortragung ihrer Fahnen und dem Vortritt ihrer Trauermarschälle, in langen Zügen. Bewaffnete Bürger machten den Schluß. An der Stelle, wo das Weichbild des Invalidenhauses beginnt, hatten sich die Invaliden mit ihren Officieren aufgestellt; sie empfingen die gefallenen Kameraden mit tiefer Rührung und schlossen sich darauf dem Zuge an. Es war auf dem Invaliden-Kirchhofe ein langes Grab gegraben, in welches die Särge neben einander gestellt wurden. Als dies vollbracht war, trat der Garnison- und Divisionsprediger beim Garde du Corps, Ziehe, an die Gruft und hielt

Gefallenen die Gedächtnißrede mit ergreifenden und versöhnenden Worten, die einen tiefen Eindruck auf die Gemüther aller Versammelten machte. Nach ihm sprach noch der Prediger des Invalidenhauses einige Worte des Friedens und der Versöhnung, worauf die Geistlichen den Segen ertheilten und alle Anwesenden aufforderten, das Amen zu sprechen, welches ernst und feierlich von allen Seiten ertönte. Die Schützen und Bürger feuerten dann eine Salve über das Grab, während sich die Fahnen von allen Seiten über dasselbe hinabsenkten. Der General der Infanterie v. Natzmer. trat jetzt hervor und dankte für sich und im Namen der übrigen Militairs mit bewegter Stimme für die ihren gefallenen Kameraden erwiesene Ehre, worauf die gewiß 8 — 10,000 Menschen starke Versammlung ein dreimaliges Hoch brachte. Eine augenblickliche Störung trat dadurch ein, daß hierauf eine Stimme zur Unzeit den lakonischen Ruf: „Militair zurück!" vernehmen ließ, was eine aufgeregte Bewegung verursachte, da man verstanden zu haben glaubte, daß die bei der Beerdigung anwesenden Militair-Personen sich nunmehr entfernen sollten. Der General-Lieutenant von Neumann klärte aber sofort das Mißverständniß auf und zeigte an, der Rufende habe nur den Wunsch auszusprechen beabsichtigt, daß bald wieder Militair in Berlin erscheine, und nun erscholl ein Hurrah und der Ruf nach Frieden und herzlicher Aussöhnung. Die Menge verließ hierauf den Friedhof, auf welchem nun ein Grabhügel sich erhebt, aus dem die Palme des Friedens entsprießen und unter ihrem segensreichen Schattendach eine treue, einige Schar von Brüdern sammeln möge. Ueberall hatte sich bei dem ganz improvisirten und freiwillig aus allen Stadttheilen zusammengesetzten Zuge die musterhafteste Ordnung gezeigt.

Dem Schmerze, der Trauer über diese Gefallenen gab der Garnison-Prediger Ziehe in seiner Grabrede*) einen Ausdruck in folgender Art:

. . . Ach, sie sind leider nicht gefallen in offener Feldschlacht, nicht vor dem Feinde und Dränger des Vaterlandes, wie vor mehr als dreißig Jahren, zur Wehr des ganzen Volkes, zum Schutz des ganzen Vaterlandes gegen einen fremden Feind von außen und nicht unter gleichen Waffen, — das ist der tiefste Schmerz, und ihren Fall empfindet das Heer, zu dem sie gehörten, alle ihre Waffenbrüder, ja! das ganze Preußische Volk muß aufschreien, und wir Alle hier stehen noch erschrocken vor solchem Verhängniß, das Gott in seiner Gerechtigkeit gefallen hat über uns kommen zu lassen. Ihr fühlet es, was ich sagen will, das Schreckliche: Sie sind gefallen mit den Waffen des Vaterlandes, unter den Fahnen, bei denen sie geschworen, im Gehorsam der Kriegesgesetze, in der Treue gegen ihren König und Landesherrn, unter Führung ihrer Hauptleute und auf das Commandowort, gefallen — nnd o! ein Schmerz, für den mir die Worte fehlen, aber die Thränen brennen in Aug' und Herzen — im Kampf gegen ihre Brüder, Söhne desselben Vaterlandes, haben Brüder gegen Brüder den Tod gefunden, und haben mit ihrem Leben, das der Pflichttreue für ihren theuren König und Thron verschrieben war, ihren heiligen Eid mit ihrem Herzblute gelöset und versiegelt. Auf ihrem schweren Gange, im strengen Dienste haben sie den Tod gefunden und ein gutes Gewissen behalten, das ist ihre Ehre, die ihnen Niemand nehmen kann. Gehorsam ist mehr als Opfer. Oder, hat man schon den Soldaten gefragt, ob ihm die Kriegsartikel zu strenge sind, hat man ihn aufgefordert zu sagen, ob er den auch für einen Feind halte, gegen den das Commandowort ihn führt? Treue in der Dienstpflicht ist seine Ehre, und Gehorsam sein Opfer, wie schwer es ihm werde. Unsere Todten, die wir beweinen, sind gefallen mit einem guten Gewissen, getreu ihrem Eide, getreu ihrem Könige und Herrn, gehorsam dem Gesetz, und das wollten wir nicht ehren, nicht ihren Fall beklagen und betrauern? . . . Die Bluttaufe haben wir in diesen Tagen Alle empfangen, damit wir unsere Herzen reinigen von allem Haß, aller Bitterkeit, von allem Hochmuth und Selbstsucht, damit die Widersprüche und Gegensätze durch Gottes Gnade sich lösen. Alle Grabhügel der Gefallenen, die wir in diesen Tagen aufgehäuft haben, und noch aufbauen werden nach diesem verhängnißvollen Kampfe, lasset Altäre sein, über denen wir uns die Hände reichen, als Brüder, als Kinder Eines Vaterlandes, als getreue Hüter unsers theuren Königs, der mit uns gelitten hat, als Eisenhalter seines Thrones, Alle ohne Zweifeln und Murmeln, voll festen Vertrauens und ehernen Sinnes, ohne Wanken und standhaft gegen jede Verlockung zur Untreue . . .

*) Rede bei der Beerdigung der 2c. Soldaten. Von dem Garnisonprediger Ziehe. (Literarisches Institut.)

„Der Eindruck, welchen die Worte des würdigen Geistlichen auf alle Anwesende machte, ist unbeschreiblich . . Brüderlich reichten sich Civilist und Militair die Hand. Von diesem Grabe ging Niemand unversöhnt hinweg." So die Schlußworte eines in der Voss. Z. abgedruckten Berichtes, als dessen Verfasser, v. Olszewski, Lieutenant im Königs-Regiment unterzeichnet war. Der oben mitgetheilte Bericht der Allg. Preuß. Zeit. hatte weder die Anzahl der Leichenwagen noch die der beigesetzten Särge angeführt. Der vorhin erwähnte Bericht in der Voss. Zeit. theilte mit, daß „acht große mit Blumenkränzen geschmückte Leichenwagen die Särge von funfzehn Gebliebenen bargen," mit dem Hinzufügen, daß bereits früher zwei Offiziere und zwei Grenadiere beerdigt worden. Noch immer war aber fast allgemein die Annahme verbreitet, daß von militairischer Seite mehrere Hundert (das Gerücht schwankte zwischen drei und elf Hundert) gefallen seien. So theilte noch am 27sten in seinem Berichte von der militairischen Beerdigung ein (sehr gemäßigter) Correspondent der Deutschen Allgem. Zeit. mit, daß die Zahl der hier bestatteten zwar nur 15 betragen habe: „nach Spandau aber sind 200 Todte des Militairs geschafft worden, welche dort beerdigt werden sollen; eine bei weitem größere Anzahl hat Potsdam zur Bestattung überkommen." Die so bestimmt, ohne allen Zweifel hingestellte Behauptung war auf jene allgemeine verbreitete und geglaubte Annahme gestützt. Nicht wenig überraschte daher die erwähnte Mittheilung des Olzewskischen Berichtes. Noch in ihrer Nummer vom 24sten hatte dasselbe Blatt, das diesen Bericht am 25sten enthielt, die Zahl der gefallenen Militairs auf etwa 400 angegeben, und jetzt sollten im Ganzen nur neunzehn (ein am 24sten Morgens in Folge seiner Wunden gestorbener Offizier war noch nicht hinzugerechnet), nur neunzehn gefallen sein! Die Bürger Greb, Schackwitz, Dornbusch, Dierksen, Jung, erklärten in einem Inserate der Voss. Zeit.: Die Differenz der Zahlen (400 und 19) erinnere zu sehr an die russischen Siegesberichte vom Kaukasus und es liege auf einer von beiden Seiten „offenbar nicht eine unrichtige Schätzung, sondern eine absichtliche Täuschung des Volkes." Die Redaction werde ersucht, die geeigneten Maßregeln zur Aufklärung dieser Angelegenheit zu ergreifen. Es währte noch einige Wochen, bis die „Aufklärung" von militairischer Seite her erfolgte. Am 12. April erschien zuerst die „amtliche Verlustliste" des Militairs, in lithographirten Exemplaren, und die Voss. Zeit. veröffentlichte jene Liste am 15. April. Drei Offiziere, siebenzehn Unteroffiziere und Gemeine — das war als die „Summa der Getödteten oder bis zum 12. April an den Wunden Gestorbenen" angegeben. Diese Angabe traf auf kein gläubiges Publicum. Man glaubte Grund zum Mißtrauen gegen die „amtlichen" Berichte haben zu müssen; druckte doch auch selbst die Voss. Z. die „amtliche Verlustliste" in dem von der Redaction nicht vertretenen Inseratentheile des Blattes ab. Dazu kam aber, daß ein von sechs Personen unterzeichnetes Inserat (in derselben Num-

mer der Voss. Z.) die Mittheilung des Schiffers Maaß wiedergiebt, der in Gegenwart der Inserenten erzählt habe, daß in der Nacht vom 18ten zum 19ten zwei Schiffe Spree abwärts an seinem Kahne vorübergefahren seien, daß auf seinen Zuruf: „warum sie zur Nachtzeit ihre Kähne in Bewegung setzten und was sie geladen hätten?“ die Schiffer ihm geantwortet: „daß sie Militairleichen als Fracht mitgenommen und weiter transportirten.“ Die Fahrzeuge hätten ferner einen solchen Tiefgang gehabt, daß das eine 1200, das andere etwa 800 Centner Ladung haben mußte, ein Gewicht, welches ungefähr auf 1200 noch bekleidete Leichen hätte schließen lassen. Auch mit dem Schiffer Borchardt sollten Unterhandlungen wegen desselben Leichentransportes versucht worden, jener aber darauf nicht eingegangen sein. Das Inserat bittet die Behörden, die Wahrheit oder Unwahrheit der Thatsachen zu ermitteln und das Resultat zu veröffentlichen. Die Behörden jedoch, die ihre Antwort bereits gegeben, entsprachen dem vom Inserate ausgesprochenen Wunsche nicht weiter; auch der Angabe von den zu ungewöhnlicher Zeit passirenden, schwerbelasteten Kähnen wurde nicht widersprochen. Später jedoch kam eine Erklärung der räthselhaften Sache in's Publicum, derzufolge jene beiden Kähne keine andere Fracht, als Brote für die Garnison von Spandau gehabt hätten; ein „Mißverständniß“ habe demnach auch hier obgewaltet, da dem Schiffer Maaß auf seine Frage wegen der Ladung geantwortet worden wäre: „Militairbrote“ und dieser wahrscheinlich „Militairtodte“ verstanden hätte. Damit blieb die Sache auf sich beruhen; die Ungläubigen aber trösteten sich damit, daß die Verlustlisten der später in dem holstein-dänischen Kriege verwandten preußischen Soldaten, denselben, die auch an den berliner Straßenkämpfen betheiligt gewesen, die Lücken, welche ihnen die berliner Verlustliste offen gelassen, füllen würden.

Mit dem vollbrachten Akte der militairischen Beerdigung war wiederum ein Moment der Fürsprache einer „Versöhnung“ mit dem Militair gekommen. Als am Schlusse der Beerdigungsfeier der General v. Natzmer im Namen der Armee für die ungeheuchelte Theilnahme, welche alle Stände um dieses Grab vereinigt habe, seinen Dank aussprach, da war ein einstimmiges Hoch auf das Militair die Antwort der zahlreich anwesenden Bürger. „So treu und wahr gemeint,“ berichtet die Spen. Z., „war dieses Freudengeschrei, daß, als einer der Anwesenden dem Gefühle, in dem Rufe: Militair zurück! Worte geben wollte, man dies anfangs insofern für ein — Mißverständniß hielt, als man den aufrichtigen Wunsch der Rückkehr für eine Zurückweisung hielt. Ein Stabsoffizier und ein Stadtverordneter klärten an zwei verschiedenen Punkten sofort dieses Mißverständniß auf, und in allgemeiner freudiger Erregung erscholl dem Militair auf's neue ein Lebehoch! So wurde das ernste Todten- zu einem glänzenden Friedens- und Versöhnungsfeste. Möge es bald

allgemein in unserer Stadt und in unserem Lande werden." So ein Blatt, das noch drei Tage vorher davon sprach, daß eine Wiederkehr des Militairs nicht mehr zu „besorgen" wäre, so der treue Ausdruck der ziemlich allgemeinen bürgerlichen Stimmung, nachdem noch drei Tage vorher die bescheidensten Versuche zu einer Rückberufung des Militairs die heftigste Erbitterung hervorgebracht hatten. Aber die Umstände waren in diesen wenigen Tagen andere geworden. Schon begann ein Theil der bewaffneten Bürger über die Beschwerden des „Dienstes" sich zu beklagen. „Unsere Verhältnisse," ruft Herr Julius Curtius aus (Spen. Z.), „dringen auf eine schnelle Erledigung, wenn in unserem ganzen Gewerbs-Verkehr nicht Folgen eintreten sollen, die uns unglücklich machen. Gestern Morgen — erzählt er — war ich auf der schönhauser Thorwache. Von den 32 Bürgern, welche Abends vorher die Wache bezogen hatten, waren am Morgen um 10 Uhr nur noch 8 dort; die übrigen waren, weil sie ihr Geschäft, weil sie die Sorge für Weib und Kind nach Hause rief, nicht mehr da. Ein großer Theil gerade unserer werkthätigsten Geschäftsmänner ist Tag und Nacht unter den Waffen; das kann nicht so fortdauern. Wir fühlen die Nothwendigkeit, das Militair wieder unter uns zu haben, aber unter Bürgschaft." Herr Curtius wünscht nur, der König möge gebeten werden „zum Andenken unseres Heldenkampfes" zu verfügen, daß den Bürgern drei Wachen, die Schloß-, Haupt- und Brandenburgerthor-Wache verbleibe. — „Wir bedürfen des Militairs — aber unter Bürgschaft!" Auch Hr. Rötscher will jetzt die Rückkehr des Militairs. Die Erbitterung sei mit dem Akte der Beerdigung — nachdem durch die abgesonderte Bestattung der bürgerlichen Helden der Märztage „der Triumph des höheren, sittlicheren Princips den Vorzug der Volkstrauer und der Volksehre gefordert" habe — erloschen. Das siegreiche Princip der politischen Freiheit könne nun die Vertreter des überwundenen Princips in sich aufnehmen. Aber erst mit dem Akt der Eidesleistung des Militairs könne das Volk von Berlin die Soldaten erst wieder als seine Brüder begrüßen; nur unter der Bedingung können auch die Soldaten selbst wieder ohne Zerknirschung und Bitterkeit zurückkehren, daß sie sich durch den neuen Eid als „Wiedergeborene" empfinden. „Man beschleunige also," fordert Hr. Rötscher auf (Spen. Z.), „die Abnahme dieses Eides, um die Rückkehr der Truppen nach Berlin möglich zu machen. Nur dieser Akt wird eine gründliche, eine dauernde Versöhnung hervorbringen und der letzte Schmerzenslaut der Bürgerschaft von Berlin in den Worten des neuen Eides der Truppen verhallen."

Andere wollten gar nicht erst die „Bürgschaft," die „Bedingung der Eidesleistung." Theils, um „das Werk der Versöhnung noch weiter gefördert" zu wissen, theils um dem beschwerlichen Bürgerwehrdienste Erleichterung zuzuführen, ließen sie den Wunsch um Militair laut werden. Die Voss. Z. weiß am 25sten als einen „vielfältig ausgesprochenen" Wunsch den mitzutheilen,

daß das 20. Landwehr-Regiment, welches vorzüglich aus Bewohnern Berlins besteht, unter Waffen treten möge, „um den Wach- und Ordnungsdienst in der Stadt mit zu übernehmen.“ Auch hätten sich schon eine Menge diesem Regimente angehöriger Personen jeden Ranges zum freiwilligen Zusammentreten gemeldet; ja mehrere hundert Mann wären schon am 24sten vor dem Depot der Landwehr-Uniformen zusammengekommen, um sich die letzteren zu ihrer Einkleidung auszubitten. — Der Justiz-Commissar Lewald zeigt, als Hauptmann in der Bürgerwehr, in einem „Aufruf an die Bürgergarden“ vom 24sten an, daß die zum Appell versammelte Bürgergarde des 39. (Mohrenstraßen-) Bezirks mit „freudigstem Zuruf“ die Mittheilung von dem Ehrengeleite sämmtlicher Bürgerwehrhauptleute bei der militairischen Leichenfeier gebilligt habe. Dieselbe, aus mehr als 250 Mann bestehend, habe zugleich, „um das Werk der Versöhnung noch weiter gefördert zu wissen,“ den einstimmigen Wunsch ausgesprochen, daß das 20. und 24. Infanterie-Regiment, zum größten Theile „berliner Stadtkinder,“ nach Berlin gerufen werde, um mit der Bürgergarde gemeinschaftlich den Dienst zu versehen. — Am folgenden Tage zeigt Hr. Stegmüller, Hauptmann des 83. Bezirks, an, daß auch in seinem Bezirke nicht nur der einstimmige Wunsch um Rückkehr des 20. und 24. Infanterie-Regiments, um mit der Bürgergarde gemeinschaftlich den Dienst zu versehen, ausgesprochen worden, sondern daß zugleich auch bei Hrn. v. Minutoli dahin gewirkt werde, die polizeiliche Ordnung wiederum durch die betreffenden Commissarien sofort handhaben zu lassen. — Die Bezirksvorsteher W. Grüne und A. Stephan fügen, für sich und eine zahlreiche Bewohnerschaft der schlesischen Thorbezirke, mde Lewald'schen Aufrufe noch hinzu, daß sie, denen keineswegs aus Drang nach Bequemlichkeit oder aus Aengstlichkeit gleichwohl eine Besatzung nicht nur wünschenswerth, sondern auch nothwendig erscheine, gegen die Wiederkehr derselben Schützen- und Pionier-Abtheilung, welche am 18ten in Berlin gestanden jedoch „so gut wie gar nicht“ auf den Kampfplatz gekommen, ganz und gar keine Abneigung fühlten.

Auch aus den militairischen Kreisen her kamen vereinzelte Rufe zur Versöhnung. Das hart geschmähte Betragen der Soldaten bei und nach dem Kampfe, die ihnen schuld gegebenen Brutalitäten, fanden von ebendaher ihre, wenn auch nicht directen Vertheidiger, doch versöhnlichen Interpreten, die den Zwiespalt hervorhoben, in den der Soldat durch Ausübung seiner Pflicht mit seiner zuweilen ganz entgegengesetzten Ueberzeugung komme, einen Zwiespalt, der namentlich den Offizier oft gegen seine Ueberzeugung handeln lasse. Es waren sogar in der preußischen Armee Fälle vorgekommen, daß Offiziere, die ihre Ueberzeugungen höher stellten, als das Gebot der Disciplin, in Folge der berliner Straßenkämpfe, den Dienst verließen. Von berliner Offizieren ist nur ein Fall dieser Art bekannt geworden. Hermann Orges, Lieutenant in der 4. preuß. Artillerie-Brigade brachte diesen, ihn selbst betreffenden Fall durch

Zeitungserklärungen, so wie durch eine besondere Brochüre*) zur öffenlichen Kenntniß. Einige Stellen aus der letzteren anzuführen, bot sich uns bereits früher Gelegenheit. Seit 10 Jahren hatte Hr. Orges in der preußischen Armee gedient, seit 7 Jahren war er Offizier in derselben; seit 1845 Mitglied der Allgemeinen Kriegsschule in Berlin, hatte er die Märzereignisse in der Hauptstadt miterlebt. Seiner ganzen Denk- und Anschauungsweise gemäß, die er nie verhehlt, — er wollte in der preußischen Armee nichts anderes gesehen haben, als „ein Volksbildungsinstitut im höchsten Sinne des Wortes, die Schule für die Männer" — hielt er sich verpflichtet, in dem berliner Kampfe nicht parteilos zu bleiben. „In Conflicten, die ich nie für möglich gehalten, mich im Augenblicke der Gefahr zurückzuziehen, wäre klüger, aber schwerlich männlicher gewesen. Gegen eine Armee aus Kindern des eigenen Volkes, in der in meiner Weise thätig zu sein ich meinen Lebenszweck gesucht, zu kämpfen war gegen mein Gefühl. Leider vergeblich, versuchte ich daher nur die Truppen zu überzeugen, daß der Kampf nicht der Person des Königs, sondern dem Systeme galt und sie im eigenen Interesse der Krone die Waffen nicht gegen ihre Brüder gebrauchen sollten." So stellt er selbst seine Ueberzeugungen dar, die ihn dazu bestimmten, noch in der Nacht zum 19ten sein Entlassungsgesuch niederzuschreiben und es am Morgen des 19ten sofort einzureichen, mit der Bemerkung, „daß seine politische Gesinnung mit der geforderten Soldatenpflicht in Widerspruch stände, er jedoch allezeit bereit sei, gegen äußere Feinde für die Rechte seines Vaterlandes sein Leben einzusetzen." Sein Gesuch wurde zwar abgeschlagen, dafür aber durch Cabinetsordre vom 11. April befohlen, daß er — aus der Liste der Armee gestrichen werde. Hr. Orges trat am 9. April als Offizier in holsteinische Dienste. Die für dieselben Dienste auf Königlichen Befehl verwandten preußischen Gardeoffiziere setzten es durch, daß ihm am 22. April von dem (preußischen) Generalcommando in Schleswig-Holstein die Ordre zukam: seine ferneren Dienste seien eingetretener Umstände wegen entbehrlich." Das waren die Schicksale der „politischen Ueberzeugung" eines Militairs.

Derer, die in Widerstreit zwischen „politischer Ueberzeugung" und der „militairischen Pflicht" lebten, die jedoch eine Vermittelung suchten, und die „Pflicht" nicht ganz der „Ueberzeugung" opferten, gab es mehrere. Besonderes Interesse wurde für das tragische Geschick eines Offiziers rege gemacht, welcher selbst der seiner „Ueberzeugung" widerstrebenden „Pflicht" sein Leben zum Opfer brachte. Lieutenant Tüpke, vom 37. Regiment, „ausgezeichnet durch seine tiefen mathematischen und philosophischen Kenntnisse," seit drei Jahren Lehrer des Cadettencorps, hatte sich im Verein mit mehreren Offizieren desselben in der Nacht zum 19ten dem Füsilier-Bataillon des 1. Garde-Regi-

*) S. Deutsche Allg. Zeit. Mai 1845; und „Ein Beitrag zur Geschichte des preußischen Militair-Systems der Gegenwart." Freiberg. (1848.)

ments angeschlossen und war von diesem auf seinen Posten „commandirt" worden. (So der Bericht eines Freundes*); nach der Erzählung eines Garde-Unteroffiziers**) hatte sich Tüpke, nachdem das Cadettencorps nach Potsdam abmarschirt war, dem Major Kessel zur Disposition gestellt und dieser ihn dem Schützenzuge der 5. Comp. des 1. Garde-Regiments zugetheilt.) Mit seinen Mannschaften an der Königsbrücke den Barrikaden an der neuen Königs- und Landsbergerstraße gegenüber aufgestellt, hatte er, während von den Barrikaden her ein heftiges Feuern stattfand, einen „unerschrockenen Muth und Furchtlosigkeit ohne Gleichen" gezeigt. Da er fortwährend ungedeckt und allein auf und abgegangen war, so hatten ihn die Schützen schon lange zum Zielpunkt genommen. Drei Stunden lang entging er allen Kugeln, die fast allein auf ihn abgefeuert wurden; gegen neun Uhr Morgens erhielt er jedoch einen Schuß in die Brust. Er brach zusammen, sprang jedoch gleich wieder auf, und auf zwei Füsiliere gestützt, ging er bis hinter die Brücke zurück; von da wurde er nach seiner nahe liegenden Wohnung getragen. Der Schuß war tödtlich. Am 23sten früh starb Tüpke. Während seines Krankenlagers — so berichtete später einer seiner Freunde — ertrug er mit seltener Ruhe die furchtbaren Schmerzen, ja sprach mitunter seine Meinung offen dahin aus: „der Offizier stehe im Widerspruch mit dem Zeitgeist; dieser Gegensatz müsse aufgehoben werden; geschähe dies gewaltsam, so müssen nothwendig Opfer fallen, und den Wehen der Wiedergeburt Deutschlands zu unterliegen, schmerze ihn nicht." Auch sprach er seine Freude darüber aus, daß er keine aggressive, sondern eine defensive Stellung den Bürgern gegenüber eingenommen habe. — Das Geschick Tüpke's gab einem anderen seiner Freunde, dem Artillerie-Lieutenant v. Brockhusen Anlaß, „an sämmtliche Berliner" ein fliegendes Blatt,***) geschrieben in der Nacht vom 23sten zum 24sten, zurichten: „Auch dieser," heißt es darin, mit Bezug auf Tüpke, „auch dieser hat gegen Euch gefochten, wie noch viele andere Ehrenmänner, trotzdem, daß sie dieselben Ansichten hegten wie Ihr! . . Er war nicht der Einzige, der die Soldaten zum Sturme der Barrikaden anfeuerte und doch sich Eures jetzigen Sieges freute. Ich kenne deren viele, die gegen Euch fochten und doch mir als freigesinnte Männer, selbst als Republikaner bekannt sind. Sie Alle fochten treu ihrem Eide, da sie nur Eurem Könige geschworen hatten." Bald, fährt Hr. v. Brockhusen fort, „bald wird ja die Eidesformel geändert werden und dadurch der Zwang aufhören, der uns wider unsere besseren Gefühle zur Ausführung volksverrätherischer Befehle zwang." Weiter wird von dem „mitunter unerträglich gewordenen Drucke" gesprochen, unter dem bisher die Offiziere gestanden, von dem „Gegendrucke," den die Offiziere entgegensetzten, die weiter dachten, als sie sagen

*) Beil. zur B. Zeit.-Hall. Nr. 78. (Lieut. Tüpke, von F. Giesel.)
**) Der Soldaten-Freund. 17. Jahrg. 11. Heft (Mai 1850) S. 32.
***) Druck von E. Krause.

durften, von dem, was die Garden von der Linie trennte, und wie von dem „bekannten“ Commandeur der Garden unablässig dahin gewirkt worden, die Offiziere von den Bürgern zu trennen. Es wird hierauf den Berlinern in die Erinnerung zurückgerufen, daß sie zwar als Sieger aus dem Kampfe hervorgegangen, daß jedoch die Truppen von ihnen nicht besiegt worden seien, daß die Regimenter, die nicht überwunden waren, die treu ihrem Schwerte geblieben, aus Gehorsam gefochten und aus Gehorsam vom Kampfe abgelassen hatten, sich später aus der Stadt fortschleichen mußten, daß ihre Gefallenen nicht mit den bürgerlichen gemeinschaftlich, sondern still und ohne Aufsehen begraben wurden. „Berliner“ schließt dann die Ansprache, „empfangt die hier einziehenden Regimenter nicht still und einfach, nein, so dürfen sie nicht empfangen werden! Ihr seid der ganzen Armee eine Genugthuung schuldig, an Euch ist es, ein gutes Einverständniß zwischen allen Ständen herzustellen und dadurch die Wiedergeburt Deutschlands und die Befreiung der Polen zu erleichtern.“ — Auch der Oberstlieutenant v. Bagensky aus Stettin ruft, das Militair vertheidigend, zum „Frieden.“ Die Zeitungsnachrichten über das 2. (Königs-) Regimentes fordern ihn, den ältesten Offizier dieses Regimentes, der jedoch mit seinem Füsilierbataillon dem Kampfe fern geblieben, zu wiederholten öffentlichen Erklärungen (Voss. Z. Nr. 73 und 75) heraus. „Gedenkt,“ ruft er von dem tief geschmähten Regimente aus, „daß dasselbe Regiment vor 35 Jahren durch Ströme von Blut, bei Groß-Beeren, Dennewitz und Leipzig Eure Befreiung erkämpfte! Ist seine Tapferkeit nicht Euer eigener Ruhm? Urplötzlich in einen fürchterlichen Straßenkampf verwickelt, hat es auch dort die alte Waffenehre bewahrt und seinen Eidschwur treu gehalten. Seine Treue ist sein Trost geblieben. Was würdet Ihr sagen, wenn das preußische Heer seinen Eid gebrochen hätte oder feig zurückgewichen wäre? Würde das eine Garantie sein für zukünftige Freiheit und zukünftigen Ruhm?“ Jetzt aber, da der Kampf vorüber, in dem „beide Theile für ihre Ueberzeugung“ gekämpft, jetzt möge das Geschehene „vergeben und vergessen“ und Frieden sein, „damit wir stark bleiben, um vereint unter deutschem Banner dem äußeren Feinde gegenüber zu treten.“ Das Heer, schließt eine zweite Erklärung, trauert in diesem Augenblick, weil seine Treue verkannt, sein Glaube erschüttert ist, weil man es vom Vaterlande trennt. Es ist bereit, den „Eid auf die Verfassung zu schwören,“ es sehnt diesen Augenblick herbei, denn „dann sind wir wieder eins, die man gewaltsam getrennt hat, Volk und Heer!“ — Diese Art der öffentlichen Rechtfertigung des Militairs sowie der Aufrufe zur Versöhnung, erklärt noch am 28sten ein jüngerer Offizier, Infanterie-Lieutenant Otto de la Chevallerie für nicht hinlänglich motivirt, da noch keine Anklage, keine Spaltung laut und sichtbar geworden sei. „Oder wäre das eine Anklage, daß ein sieggekröntes Volk schweigend seine Geopferten beweint, wäre das eine Spaltung, daß es beim Ergreifen der blutig errungenen

Freiheit die Wiedergeburt aller staatlichen Verhältnisse, in der Bürgerbewaffnung gerade mit der des militairischen Systems begonnen hat?" Lassen Sie uns, ruft derselbe Offizier zunächst seinem Cameraden v. Brockhusen in Bezug auf dessen (oben erwähnte) Ansprache zu, (B. Zeit.-H. 78) „lassen Sie uns, alle Wunden der Vergangenheit zudeckend, endlich inne werden, daß die Meinung von der zwischen Volk und Militair bestehenden und einer Versöhnung bedürftigen Kluft ein überwundenes hypochondrisches Hirngespinnst ist: Gesund und hoffnungsvoll uns einer Epoche zuwendend, in der uns frei zu sprechen gestattet ist, lassen Sie uns lieber eingestehen, daß, wenn wir heute jubelnd einen Druck abzustreifen beginnen, der uns sogar „zur Ausführung volksverrätherischer Befehle zwingen" konnte, wir auch ehemals nicht recht daran thaten, ihn zu ertragen ....*)" — Wie ein anderer Offizier, der Artillerie-Lieutenant Oelze in einem Zuruf an seine Kameraden (vom 21sten) diese auffordert, den „steifen, alten militairischen Dünkel fahren zu lassen," und nicht „dem Strome der Zeit entgegenzutreten" ist bereits an einer anderen Stelle erwähnt worden.

Drückte sich auch in dem Mitgetheilten das Bestreben einzelner Offiziere aus, die „Errungenschaften" sich, dem ganzen Offizierstande, dem gesammten preußischen Militair nutzbar zu machen, so war doch — außer der anbefohlenen Anlegung der deutschen neben der preußischen Kokarde — „officiell" noch nichts geschehen, was davon zeugen konnte, daß die neuen Zustände einen positiven Einfluß auf das Militair äußerten. Noch herrschte, außerhalb Berlins, fast überall im preußischen Heere das Gefühl der Verstimmung über die „ungerechte Demüthigung," die den Truppen am 19ten in der Hauptstadt widerfahren, über die „Schmach," die den preußischen Waffen „nicht durch eigene Schuld" angethan war. Freilich ist kein Beispiel von dem Austritte eines Offiziers aus seinem Dienste, das im Zusammenhange mit der Verstimmung stände, bekannt geworden. Zu jenem Gefühle kam das der Erklärung gegen die Bewohner der Hauptstadt hinzu, das auch von dem Adel in einigen Gegenden Pommerns und Sachsens getheilt wurde, und das nach den Aeußerungen einiger dieser Stimmen in der Annahme, Berlin beschränke den König in seiner Freiheit, mit seinen Grund hatte. Ein Versuch, diese Mißstimmung zu heben, zugleich aber den Offizierstand für den „Geist der Zeit" zu gewinnen, wurde von dem Könige selbst gemacht. Er begab sich am 25sten nach Potsdam — dieser zweiten Residenzstadt, die als Garnison der Garden für den eigentlichen Heerd der Reaction gegen die „Errungenschaften" galt. In einem jener königlichen, „unverantwortlichen," vom Ministerium nicht gedeckten, Akte gab der König den potsdamer Offizieren seine Ansichten und Wünsche zu erken-

---

*) Hr. de la Chevallerie sowohl, als auch Hr. v. Brockhusen nahmen noch im Laufe dieses und des folgenden Jahres ihren Abschied aus der preuß. Armee.

nen. Die Allgemeine Preußische Zeitung berichtete in kurzen Worten, unter Berlin, 25. März:

Se. Majestät der König fuhren heute Vormittag 10 Uhr nach Potsdam, wo Allerhöchstdieselben auf dem Bahnhofe von den Behörden der Stadt und einem großen Theile der Einwohnerschaft mit wahrhaft herzlichem Jubel empfangen wurden. Auf dem Wege zum königl. Schlosse konnte die Menge des Volks kaum verhindert werden, die Pferde des Wagens, in welchem Se. Majestät sich befanden, auszuspannen. Im Marmorsaal des Schlosses empfingen Se. Majestät die Offizier-Corps. Allerhöchstdieselben richteten unter voller Anerkennung der bewiesenen Disciplin und treuen Pflichterfüllung der Truppen Worte der Versöhnung und der Eintracht an die Versammelten, darauf hinweisend, wie nunmehr auch das Heer, dem Beispiele seines Königs folgend, sich der deutschen Sache entschieden und treu anzuschließen habe. Das Offizier-Corps sprach die Versicherung der unbedingten Hingebung an den König und das Vaterland, sowie an die deutsche Sache, aus. Schließlich erwähnten Se. Majestät noch der schönen patriotischen Stimmung der Berliner Bürgerschaft und deren so erfolgreichen Eifers zum Schutze der Ordnung und des Eigenthums, sowie besonders auch der bewiesenen treuen Anhänglichkeit an die Person des Königs. Um 12 Uhr kehrten Se. Majestät nach Berlin zurück.

Ausführlicher stellt der Bericht der Voss. Zeitung, der auch den näheren Inhalt der königlichen Worte angiebt, diesen potsdamer Akt dar. Als der König, heißt es darin, nur von wenigen Personen begleitet, mit einem Extrazuge von Berlin gegen 11 Uhr auf dem Bahnhofe in Potsdam eintraf, empfing „Volkesgruß und Volkesfreude den Heißersehnten." Das Volk wollte schon die Pferde vom Wagen spannen; der König bat aber: „Kinder, ich habe Eile, ich danke so, als wäre es geschehen" und war gar sehr mild und freundlich zum Volke; rasch ging die Fahrt im offenen Wagen nach dem königlichen Schlosse. Das gesammte Offiziercorps der Garde-Truppen stand bereits im Lustgarten vor dem Schlosse versammelt und wurde bald nach der Ankunft des Königs in's Schloß befohlen; dasselbe blieb wohl eine halbe Stunde im Schlosse. Hier richtete der König folgende „ernste und gewichtige" Worte an das Offiziercorps:

Ich bin nach Potsdam gekommen, um meinen lieben Potsdamern den Frieden zu bringen, und ihnen zu zeigen, daß ich in aller Beziehung ein freier König bin; den Berlinern aber auch zu beweisen, daß sie von Potsdam aus keine Reaction zu befürchten haben, und daß alle die beunruhigenden Gerüchte darüber durchaus unbegründet sind. — Ich habe den gesunden und edlen Sinn meiner Bürger kennen gelernt, in Berlin ist bei dem Mangel an städtischen Sicherheitsbehörden die tiefste Ruhe. — Ich bin niemals freier und sicherer gewesen als unter dem Schutze meiner Bürger. — Was ich gegeben und gethan habe, das habe ich aus vollster und freier Ueberzeugung gethan und längst vorbereitet; nur die großen Ereignisse haben den Abschluß beschleuniget und keine Macht kann und wird mich nun bewegen, das Gegebene zurückzunehmen; auch habe ich die Ueberzeugung gewonnen, daß es zu Deutschlands Heil nothwendig, mich an die Spitze der Bewegung zu stellen. — In Berlin herrscht ein so ausgezeichneter Geist in der Bürgerschaft, wie er in der Geschichte ohne Beispiel ist. — Ich wünsche daher, daß auch das Offiziercorps den Geist der Zeit eben so erfassen möge, wie ich ihn erfasset habe, und daß Sie alle von nun an eben so als treue Staatsbürger sich bewähren mögen, wie Sie sich als treue Soldaten bewährt haben. Sollte in Berlin das Eigenthum gefährdet, oder die Ruhe und Ordnung gestört werden, so wird in dem Falle, daß die Bürgerschaft Militair-

Hülfe verlangen sollte, Militair nach Berlin gezogen werden, um mit dem Bürger Hand in Hand gemeinschaftlich für Ruhe und Ordnung zu wirken; über die weitere Gestaltung im Militairwesen sind die desfallsigen Anordnungen abzuwarten.

In einigen Punkten abweichend lautete ein anderer (ungedruckter) Bericht von jenem Tage. Danach sei der mittlere Theil der Rede folgenden Inhalts gewesen: „Was ich gegeben und gethan habe, das habe ich aus vollster und freiester Ueberzeugung gethan; keine Macht der Erde würde im Stande gewesen sein, es mir abzuzwingen, aber auch keine Macht kann und wird mich bewegen, das Gegebene zurück zu nehmen, denn ich habe die Ueberzeugung gewonnen, daß es zu Deutschlands Heile nothwendig ist, mich an die Spitze desselben zu stellen und ich hoffe, daß unsere deutschen Bundesgenossen sich mir anschließen werden; darum aber erwarte und wünsche ich auch, daß die Herren Offiziere sich dieser Bewegung eben so anschließen werden. Es herrscht in Berlin u. s. w." Nach einem anderen Berichte (in der Schles. Zeit.) soll sich während der Audienz ein älterer Stabsoffizier dem Könige genähert und etwas leise zu ihm gesprochen haben, worauf der König erwidert habe: Das ist ein Irrthum. Auch soll, demselben Berichte zufolge, die Rede des Königs von den Offizieren „mit stiller Resignation" aufgenommen worden sein. Die Voss. Z. aber schließt ihre Mittheilungen: „Die königlichen Worte haben in alle Gemüther Frieden und Versöhnung gebracht. Mit dem gewöhnlichen Eisenbahnzuge reiste der König um 12 Uhr wieder nach Berlin ab. Die Volksmasse begleitete ihn mit stetem Hurrah und Jubelruf vom Schlosse bis zum Bahnhofe . . Die Freude über den Besuch des Königs hat nun eine frohe und zufriedene Stimmung bei allen Bewohnern Potsdams, wie auch bei den Militairs wieder herbeigeführt, und der Blick in die Zukunft ist dadurch freier geworden, denn ein sehr banges Gefühl beherrschte bisher alle Gemüther."

Den bürgerlichen Versöhnungsfreunden in Berlin hatte sich inzwischen Anlaß wenigstens zu dem Vorspiele einer Versöhnungsfeier geboten. Am 24sten, einige Stunden nach dem beendigten Militairbegräbnisse, waren auf der anhaltischen Bahn mehrere Soldaten des 20. Infanterie-Regiments, welches aus geborenen Berlinern besteht, aus Torgau angekommen. Als sie das Thor passirt hatten, so berichtet die Vossische, kam ihnen zufällig der Assessor Wache entgegen; sofort begrüßte er die Landsleute, ließ sie in Droschken steigen und sie, auf den Straßen freudig vom Volke begrüßt, nach dem Schloßhofe fahren. Hier wurden die Krieger von dem Stadtverordneten Schauß mit einer Rede empfangen und von vielen Bürgern, unter denen der Vorsteher der Schützengilde, umarmt und von ihren Reisemühen gestärkt. — Noch mehrere Soldaten desselben Regiments kamen am Abende desselben Tages mit dem Bahnzuge, Andere am nächsten Morgen zu Fuß an. Alle hatten

einen Urlaub von 8 bis 10 Tagen genommen; „aber," setzt die Voss. Zeit. hinzu, „wir dürfen sie nicht fortlassen." Auffallend war es übrigens erschienen, daß Küche und Keller des Schlosses sich gegen diese „ersten Soldaten" sich weniger freundlich benahmen, als die sie begrüßende Bürger; nur dürftige und schmale Kost wurde den Soldaten geboten, während die bürgerlichen Wachen sich noch fortwährend fetter und reichlicher Bissen zu erfreuen hatten.

Dieser Geschichte der „ersten Soldaten" im Schlosse sei hier noch die der letzten Soldaten, die das Schloß verlassen hatten, gegenübergestellt. Der ministeriellen Versicherung vom 20. März entgegen, daß nun auch der letzte Soldat aus dem Schlosse gezogen wäre, zeigten sich den wachthaltenden Bürgern noch in der Nacht zum 22sten (nach Anderen zum 23sten) Soldaten, die scheu und ängstlich nach den Brunnen auf den Schloßhöfen schlichen, um Wasser zu holen. Die gemachte Entdeckung erschreckte die Bürger nicht wenig. Nachforschungen ergaben, daß noch ein großer Theil Soldaten vom Alexander- (nach Anderen vom 2ten Garde-) Regiment in den oberen Sälen des Schlosses versteckt war, die Folgen dieser Entdeckungen waren, daß sofort am nächsten Morgen dieser letzte Rest der in Berlin zurückgebliebenen Soldaten unter Bürgerwehrbedeckung aus Berlin abmarschirte. Der Verfasser der Schrift: „Personen und Zustände ꝛc." will wissen, daß, als kurz vorher der Regiments-Commandeur seinen Adjutanten Lieutenant v. Schwerin auf die Gefahr aufmerksam gemacht, welche für die Soldaten, die sich allein inmitten der zahlreichen Bürgerwehr befänden, vorhanden wäre, dem Offizier vom Grafen Arnim endlich erklärt worden sei: selbst wenn das größte Unglück daraus entstehe, selbst wenn es den Soldaten auch nicht möglich sein sollte, das Schloß länger als zehn Minuten zu halten, so müsse er für jetzt doch noch darauf bestehen, daß die Truppen in ihrem Verstecke blieben.*)

Instinctmäßig fühlte der berliner Bürger, daß die bei allen versöhnlichen Wünschen noch immer nicht unterdrückte Erbitterung der Berliner gegen diejenigen Truppentheile, welche bei den Straßenkämpfen betheiligt gewesen, besonders gegen die Garde-Regimenter, schwinden würde, ja durch „erhebende patriotische Empfindungen" ganz verwischt werden könnte, wenn jene Truppen Gelegenheit fänden, den preußischen Waffen „neuen Glanz" durch „ruhmreiche Feldzüge" zu erwerben. Da nun die deutsch-nationale Bewegung in den unter dänischer Herrschaft stehenden Herzogthümern Schleswig und Holstein die Wendung genommen hatte, daß sich am 24sten in Kiel eine provisorische Regierung gebildet, die alsbald von den Behörden und dem Militair in Holstein anerkannt wurde, da ferner die Aussicht nicht fern war, daß Dänemark, welches in Folge einer am 21sten in der Hauptstadt siegreich gewesenen

---

*) Personen und Zustände Berlins seit dem 18. März 1848. 1. Heft. S. 11

Volksbewegung ein den holsteinischen Wünschen feindliches Ministerium erhalten, gegen die abfallenden Herzogthümer rüsten würde, so schien es jenen militairfreundlichen berliner Bürgern überaus wünschenswerth, daß bei etwa hereinbrechendem Kriege zwischen Dänemark und den Herzogthümern die erwähnten preußischen Truppen zur Erkämpfung der Selbstständigkeit der Herzogthümer mit verwandt würden. In diesem Sinne richteten sie eine Adresse — deren eine oben angeführte Mittheilung im politischen Club gedachte — an den König. Ihre Wünsche gingen auch insoweit mit denen des Königs und des Ministeriums zusammen, als durch die Verwendung preußischer Waffen in einem Kampfe, der gegen deutsch-nationale Bestrebungen mitgerichtet war, dem Könige sich ein erster Anlaß bot, seine „deutschen" Verheißungen zu erfüllen. Bereits hatte der König am 24sten dem Herzog von Schleswig-Holstein-Augustenburg, „dessen Erbrecht auf Schleswig durch ein entschiedenes Vereinigen dieser Landschaft mit Dänemark mißachtet ward," seine Ansichten in folgendem Schreiben eröffnet:

Ich habe mich der Wahrung der deutschen Sache für die Tage der Gefahr unterzogen, nicht um die Rechte Anderer zu usurpiren, sondern um das Bestehende nach Außen und im Inneren nach Kräften zu erhalten. Zu diesem bestehenden Rechte rechne ich dasjenige der Herzogthümer Schleswig-Holstein, welches in den, die Rechte des Königreichs Dänemark in keiner Weise verletzenden Sätzen ausgesprochen ist: 1) Daß die Herzogthümer selbstständige Staaten sind; 2) daß sie fest mit einander verbundene Staaten sind; 3) daß der Mannsstamm in den Herzogthümern herrscht. In diesem Sinne habe ich mich bereits beim Bundestage erklärt und bei diesem bestehenden Rechtsverhältnisse bin ich bereit, in Betracht des Bundesbeschlusses vom 17. Sept. 1846, die Herzogthümer Schleswig-Holstein gegen etwaige Uebergriffe und Angriffe mit den geeignetsten Mitteln zu schützen. Ich hoffe übrigens, daß der Nationalität der Herzogthümer keine ernstliche Gefahr droht, und bin, entgegengesetzten Falles, der festen Zuversicht, daß meine deutschen Bundesgenossen, gleich mir, zum Schutze derselben herbeieilen werden.

Zugleich mit diesem Schreiben des Königs, das ein hamburger Blatt zuerst brachte, wurde durch officielle Mittheilungen der Allg. Preuß. Zeit. bekannt, „daß die Regierung sich bewogen gefunden, an verschiedene Truppentheile" (es waren in der That solche, die in Berlin gekämpft hatten) „schleunige Marschordre zum Vorrücken an die diesseitige Grenze zu ertheilen, um auf diese Weise bereit zu sein, etwaige gewaltsame Verletzung des Gebietes deutscher Nation ebenso zurückzuweisen." — Die Vossische Zeitung, die gleichzeitig mittheilte, daß für den Fall eines Krieges sich viele Freiwillige, auch Offiziere bereit erklärt hätten, den deutschen Brüdern zur Hülfe zu eilen, verfehlte nicht ihre Ansicht dahin auszusprechen, daß „die Gewalt der Neuerungen und berechtigten Thatsachen jetzt so groß" sei, „daß die Unmöglichkeit mit Waffen dagen zu kämpfen, wohl selbst stärkeren Mächten einleuchtend sein wird als Dänemark."

VI. Die Bürgerwehr, ihr provisorisches Reglement, und Hr. v. Minutoli als erwählter Commandeur. — Die städtischen Behörden. — Sonntagsfeier; Volksversammlung.

Als die erste Woche der neuen Geschichte Berlins, die erste Woche der Anarchie, zu Ende ging, war wenigstens eine der „Errungenschaften" in ihrer Constituirung zu einem wenn auch immerhin nur provisorischen Abschlusse gekommen. Das Bürgerwehr-Commando hatte ein Statut entworfen, berathen, angenommen und damit die „provisorischen Anordnungen für die Bildung der Bürgerwehr" getroffen; der Polizeipräsident v. Minutoli wurde am 25sten in der Versammlung der Hauptleute „durch vollstimmigen Zuruf" zum „Commandeur" der Bürgerwehr gewählt, „mit der Befugniß: Behufs der weiteren Einrichtung der Bürgerwehr außer den bisherigen Mitgliedern des Einrichtungs-Vereins einen Ausschuß erfahrener Männer nach seiner Wahl um sich zu bilden." (Voss. Z.) Hr. v. Minutoli spricht sich über seine Wahl und über die provisorische Anordnungen, in der „Erklärung" vom 31. März, also aus: „Die Wahl des Commandeurs ist einstimmig auf mich gefallen. Wiewohl ich diese Auszeichnung als einen ehrenden Beweis von Vertrauen dankbar anerkenne, glaubte ich dennoch dieselbe ablehnen zu müssen; theils weil ich der Ansicht war, daß einem erfahreneren Manne vom Fach die militairische Organisation der Bürgerwehr mit besserem Erfolge zu überlassen sei, theils, weil die mir obliegenden Berufspflichten bei der bestehenden nothwendigen Reorganisation der Polizeiverwaltung es zweifelhaft erscheinen ließen, ob ich daneben den Anforderungen dieses Ehrenamtes vollständig zu entsprechen im Stande sein würde. Nur auf dringendes Zureden habe ich die Stelle als Commandeur bis zur Beendigung der provisorischen Bildung der Bürgerwehr angenommen. Um einen Ueberblick des Instituts, wie sich solches in den ersten sechs Tagen provisorisch gestaltet hatte, zu gewähren, habe ich die „provisorischen Anordnungen rc." in einigen tausend Exemplaren abdrucken und vertheilen lassen; und ich habe . . . mich auf ganz allgemeine Andeutungen beschränken zu müssen geglaubt, um der dereinstigen definitiven Organisation nicht vorzugreifen. Ich gestehe gern zu, daß jene Zusammenstellung eine mangelhafte ist, daß darin manches aufgenommen, was füglich hätte wegbleiben oder anders gefaßt werden können; es liegt dies aber in der Eile, mit welcher die Sache betrieben werden mußte und in dem Mangel vorliegender Erfahrungen." — Die Erklärung des Hrn. v. Minutoli war „zur Aufklärung und zur nachsichtigen Würdigung des Sachverhältnisses„ in Folge der Angriffe veröffentlicht worden, welche aus der Mitte der Bürgerwehr und von den

öffentlichen Blättern besonders gegen die „Anordnungen ꝛc." gerichtet waren. Dem Vorwurf aber, der Hrn. v. Minutoli in einer durch die Zeitungshalle mitgetheilten Frage (E. Kossak's) zu liegen schien: ob die provisorischen Anordnungen ꝛc. ein „Conat der Reaction" seien oder nicht? suchte Jener dadurch zu begegnen, daß er es denjenigen, die ihn näher kennen und die ihn durch ihre Wahl ausgezeichnet, zu beurtheilen überlasse, ob er fähig sein konnte, diesen ehrenvollen Auftrag mit der Absicht der Reaction zu übernehmen.

Die Wahl Minutoli's zum provisorischen Commandeur fand in der Bürgerschaft nur geringe Opposition. Eine einzige Protestation aus der Bürgerwehr, die der Justizrath Pfeiffer am 24sten veröffentlichte, wurde überhaupt bekannt. Danach „haben auf Veranlassung des Hrn. Pfeiffer und des Stadtverordneten Sandel die Bürgergardisten des 33. Bezirks gegen die Ernennung des Polizeipräsidenten zum Obersten der Bürgergarde mit unumschränkter Gewalt Protest eingelegt, weil das Amt des Polizeipräsidenten und Obersten der Bürgergarde durchaus unvereinbar und die Hauptleute zu einer solchen Ernennung nicht beauftragt gewesen sind, auch erklärt, daß sie diese Ernennung nur als eine provisorische anerkennen könnten." (Z.-H. 73.) — Die „provisorischen Anordnungen" erregten jedoch durch manche ihrer Bestimmungen große Bedenklichkeiten und erheblichen Widerspruch, der alsbald den Gegenstand von Erörterungen in den öffentlichen Blättern bildete. Hr. Simion unterwarf diese Anordnungen einer weitläuftigen Kritik. (Voss. Z.) Es war zu erwarten, heißt es darin, daß die Instruction in zwei Theile zerfallen würde, deren einer die organische Bildung der Bürgerwehr, der andere das Reglement der Ausübung enthalten würde. In den 5 Abschnitten der Anordnungen sei eine solche Gliederung nicht zu erkennen. Als Bestimmung der Bürgerwehr ist in den Anordnungen „die Erhaltung der allgemeinen Ruhe und Sicherheit der Stadt" bezeichnet: diese polizeiliche Wirksamkeit sei aber nicht die „Bestimmung" der Bürgerwehr, sondern nur eine in den Zeitverhältnissen beruhende, vorübergehende Nebenaufgabe; ihre eigentliche Bestimmung sei vielmehr, Schutz und Schirm des Rechtes für alle Zeiten und für alle Fälle zu sein . . „Die Bürgerwehr wird gebildet aus Bürgern und Schutzverwandten." Das sei Alles, was die Anordnungen über die Bildung der Bürgerwehr enthalten; welche Bürger und Schutzverwandte aber die Bürgerwehr bilden, ob Alle oder einzelne Klassen dazu verpflichtet sein sollen, oder ob es Sache des freien Willens sei, welche Pflichten der Bürgerwehrmann übernehme, wie er dazu angehalten werde: über alle diese Punkte sei nichts bestimmt . . . Als Grundprincip einer freien Bürgerwehr werde allgemein die freie Wahl der Führer betrachtet. Die Anordnungen enthalten darüber nur die historische Bemerkung, daß die Hauptleute, Zugführer und Führer bereits gewählt, daß zum Commandeur Hr. v. Minutoli ernannt sei und daß die Majore von den Hauptleuten ernannt werden sollen. Hr. Simion, der persönlich der Ansicht ist, daß

Niemand mehr als Hr. v. Minutoli das Vertrauen und die ihm gewordene Anerkennung verdiene, will dennoch principiell, daß sowohl die Wahl des Commandeurs, als auch die der Majore von der gesammten Bürgerwehr ausgehen müsse. Werde das Princip durchgeführt, daß die niedrigen Führer je die oberen wählen so sei das allgemeine Vertrauen keineswegs gesichert, und „wer weiß, auf wen solcher Weise die Wahl als Chef der gesammten Bürgerwehr noch fallen wird!" . . . Auf wie lange die Offiziere gewählt werden und nach welchem Modus, darüber fehlt jede Bestimmung . . . Ueber die zu wählenden Majore ist der Wunsch ausgesprochen, daß dieselben beritten seien. Solle aber der Major sich auf eigene Kosten beritten machen, so dränge sich ein zu verwerfendes aristokratisches Princip in die Bürgerwehr . . . Die Zusammenberufung der gesammten Bürgerwehr soll nur auf Befehl des Commandeurs, eines Bataillons nur auf Anordnung eines Major's 2c. geschehen. Damit sei aber eine zu große Macht in die Hände der obersten Führer gelegt und nebenbei der Bürgerwehr das Recht der freien Versammlung entzogen . . Die Bürgerwehr-Wachen sollen endlich den Anforderungen der öffentlichen Sicherheits-Beamten „unbedingt" Folge leisten. Durch diese Bestimmung erhielten die Polizeibeameen eine zu große Macht über die Bürgerwehr, deren Hauptleute und Führer sich nicht jedem Gendarmen unterordnen könnten und dürften. — Indem Hr. Simion so die Hauptbestimmungen, welche die Organisation der Bürgerwehr betreffen, hervorgehoben und nachzuweisen versucht hat, daß dieselben „mancherlei gefährliche Rechte usurpiren," spricht er die Erwartung aus, daß die „Anordnungen" mit Genehmigung des Ministers des Innern „nur entworfen" also noch nicht festgestellt seien. Die Zeit — ruft er schließlich aus — fordert, daß die bedeutenden Grundlagen, auf denen unsere Zukunft sich erbaut, wohl beachtet und sorgsam gewahrt werde, daß der Bau nicht dereinst des festen Grundes entbehre. — Die Simion'schen Einwürfe enthalten die Summe der öffentlichen Opposition, welche von verschiedenen Seiten (so auch in den „Neun Fragen über die provisorische Instruction der Bürgerwehr" von E. Kossak, Wehrmann im 44. Bezirk) gegen die „Anordnungen" erhoben wurden. Eigenthümlich ist dem eben genannten Verfasser der „neun Fragen" (Z.-H.) diejenige: „Wie kann die Zusammenberufung der hiesigen gesammten Bürgerwehr vom Polizeipräsidenten abhängig gemacht werden, einem Beamten, der dem Oberpräsidenten von Potsdam, Hrn. v. Meding, untergeordnet ist?" Eine Frage, die in Verbindung mit der in Betreff des „Conates der Reaction" ihre Antwort in der oben angegebenen Art durch Hrn. v. Minutoli erhielt. — Der vor allen angefeindete §. 11 (im III. Abschnitt) lautete wörtlich: „Da die Bürgerwehr-Wachen zunächst die einzige bewaffnete Unterstützung für die öffentlichen Sicherheits-Beamten sind, so müssen sie auch den Anordnungen der letzteren unbedingt Folge leisten."

Die Bürgerwehr, die nun wenigstens ihr provisorisches Reglement hatte, blieb auch jetzt noch den Gewohnheiten, Sitten und Gebräuchen treu, die sie vom ersten Tage ihrer Thätigkeit angenommen hatte. Treu erfüllte sie ihre Wacht- und Patrouillendienste; und „Aufwiegler" wurden ebenso, wie die „Verbrecher auf frischer That" verhaftet. Während ihr Eifer in Betreff der ersteren durch die fast immer sofort wieder erfolgende Freilassung derselben schlecht belohnt schien, begegnete es ihnen leider auch in Bezug auf die Letzteren nicht selten, daß diese auf frischer That ertappten Verbrecher gegen das Eigenthum gleich nach der Ablieferung in das Gefängniß wieder entlassen werden mußten, weil der Arrestzettel mit ihrer mangelhaften Bezeichnung der Zeugen oder des Verbrechens selbst, oder anderer Hauptumstände, kein genügendes Moment zur Erhebung einer Anklage noch zu einer Anordnung gesetzlicher Haft enthielt. (S. „Publicist" 26.) — „Parole" und „Losung" erhielten die Bürgerwehren noch täglich unmittelbar aus dem Schlosse und es mag hierbei als charakteristisch erwähnt werden, daß am 25sten von dem Könige die Parole: „Bruderhand" und die Losung: „Schleswig-Holstein" ausgegeben wurden. — Die leibliche Kost aber, die, wie wir bereis erwähnt, bisher in reichster Fülle von dem Schlosse den dort Wachthaltenden Bürgerwehren verabreicht wurde, schien endlich diesen selbst ein ungehöriger, wie ungerechtfertigter Tribut für die treue Erfüllung der „Bürgerwehrdienste;" man kam dahin überein, von den Gebräuchen der ersten Tage wenigstens die Annahme von Speisen und Getränken als einen Mißbrauch abzuschaffen. Hatte doch schon eine achttägige Erfahrung die Mittel kennen gelehrt, sich anderweitig das Leben in den Wachtstubn angenehm zu machen! Besonders aber mußten die bewaffneten Studenten die Mühseligkeit ihres Wacht- und Waffendienstes mit allerhand studentischen Ergötzlichkeiten, deren Zeugen häufig genug die inneren Schloßräume waren, zu verbinden. Doch fällt dieses Entwickelungsmoment des Bürgergardenthums in eine etwas spätere Periode.

Neue Kräfte waren zu der Bürgerwehr hinzugetreten in einer Abtheilung reitender Bürgerwehr, die sich am 25sten aus solchen Mitgliedern constituirte, welche ihre Equipirung auf eigene Kosten besorgten, und von der Hr. v. Minutoli ebenfalls zum Commandeur gewählt wurde, ferner in einer „mit Genehmigung unseres allverehrten Chefs der Nationalgarde" uniformirten National-Scharfschützen-Compagnie, gleichfalls am 25sten constituirt, endlich in dem fliegenden Corps der jüngeren Kaufleute. Ein Comité, bestehend aus den Handlungsdienern A. Wesenberg, C. A. Hellwig, J. Wichmann, fordert dazu in einem Circular-Aufrufe, vom 25. auf. „Collegen," heißt es darin, „jetzt in dem Augenblicke, wo die ganze gebildete Welt um uns an einer Wiedergeburt arbeitet, jetzt ist auch für uns der Augenblick da: abzustreifen die Schlacken der alten Vorurtheile, den alten Schlendrian. Freiheit, Gleichheit, Einigkeit, die drei großen Losungsworte des Tages; errichten auch wir ihnen

einen Altar in unserer Mitte, auf dem wir einer neuen großen Zeit opfern. Damit wir aber uns ganz als Männer fühlen, die selbstthätig für sich selbst schaffen können, lassen Sie auch uns nach dem erhabensten Symbol des freien Mannes, nach den Waffen, greifen ꝛc." Die Waffen sollen aus eigenen Mitteln angeschafft werden; bei einem Deficit werde es genug Ehrenmänner unter den Principalen geben, um es zu decken, reiche dieses nicht aus, — „so wenden wir uns an des Königs Majestät."

Die Bürgerwehr, hatte der Zugführer Freiherr v. Reden, der Privat-Statistiker, am 23sten (Voss. Z.) vorgeschlagen, solle fortan das alleinige „gesetzliche Organ der Wünsche der Einwohnerschaft" sein. Nach einer politischen Umwälzung sei an alle Dinge ein anderer Maßstab zu legen, als früher; sei früher die Stadtverordneten-Versammlung allein oder mit dem Magistrat gesetzliches Organ der Wünsche der Bürgerschaft und auch wohl der Einwohnerschaft gewesen, so können sie als solches jetzt nicht mehr betrachtet werden, „weil offenkundig ein Theil ihrer Mitglieder sich im Widerspruch mit der öffentlichen Meinung befindet." Möchten deshalb, so schließt Hr. v. Reden, die neuen Rathgeber des Königs, wenn sie die Wünsche der Einwohnerschaft Berlins genau kennen lernen wollen, diese Wünsche nur durch die Bürgerwehr und deren wackere Verbündeten, die Studirenden und Handwerker-Vereine zu erforschen suchen. — Dieser Vorschlag jedoch, weder hinreichend von der Bürgerwehr selbst, noch von den städtischen Behörden, noch aus der nicht vertretenen Einwohnerschaft unterstützt, blieb nur ein frommer Wunsch. Die städtischen Behörden fühlten nicht einmal den Drang zu einer Regeneration; selbst der im ersten Eifer von den Stadtverordneten gethane Schritt einer allgemeinen Mandatsniederlegung hatte keine andere Bedeutung, als daß dieser Versammlung eine ganz ähnliche, nach dem alten exclusiven Wahlgesetze gewählte, folgen sollte. Der größte Theil der Bevölkerung verhielt sich überdies völlig gleichgültig gegen die bestehenden Behörden. Jener Beschluß der Stadtverordneten, wie wenig er auch an sich bedeutete, fand gleichwohl seine Widersacher. Hr. Lewald, Justiz-Commissar, nennt ihn einen verderblichen; in dem Augenblicke der Gefahr sein Mandat niederlegen, erscheint ihm geradehin als Feigheit, mindestens als Schwäche. Es sei ein größerer Muth, das Amt fortan nach den Grundsätzen zu verwalten, welche der neue Zeitgeist erheische. „Wir sind zufrieden mit dem, was erreicht ist, das ist das constitutionelle Königthum u. s. w." Die Gegenpartei wolle neue Wahlen der Abgeordneten vor dem Zusammentritte des Landtages und Wahl der Stadtverordneten, wenn zuvor alle Schutzverwandte zu Bürgern erklärt seien. Das neue Wahlgesetz könne aber nur durch die bestehenden Gewalten abgeändert worden. „Aufgabe der Vertreter im Staate und Stadt kann es daher nur sein, das alte verrottete Wahlgesetz nach den Bedürfnissen constitutioneller Freiheit abzuändern,

und dies erwarten und fordern wir Alle, die am Barrikadenkampfe theilgenommen, von unseren Vertretern." Damit will Hr. Lewald zugleich „die Gesinnung der überwiegendsten Majorität desjenigen Bezirks, dessen Vertrauen ihm durch die Wahl zum Hauptmann der Bürgerwehr gewiß ist," ausgesprochen haben. — Der Stadtverordnete Carl Heymann sucht dem gegenüber die Versammlung zu rechtfertigen; er selbst habe in der betreffenden Sitzung ausdrücklich hervorgehoben, daß die Fortdauer ihrer Wirksamkeit nicht als ein Recht von den Stadtverordneten in Anspruch genommen würde, sondern eine Pflicht sei, der sie sich nicht entbinden könnten, weil die Stadt nicht ohne Vertreter bleiben dürfe. Hr. Heymann erwähnt zugleich der Verdienste jedes Einzelnen der Versammlung in den Tagen der Gefahr und Erhebung, auch er habe keine Anstrengungen gescheut, um die beklagenswerthen Maßregeln des 18ten abzuwenden, doch müßte er die Details „erst einer späteren Veröffentlichung vorbehalten."

In der Stadtverordneten-Sitzung vom 25sten stellte Hr. Mertens folgenden Antrag, einen neuen Wahlmodus betreffend:

In Erwägung, daß der jetzige Zustand der Hauptstadt die sofortige Zusammenberufung einer neuen Stadtverordneten-Versammlung nöthig macht und daß diese Versammlung geeignet sei, eine möglichste Annäherung aller jetzt thätigen Parteien herbeizuführen, wird folgender Wahlmodus in Vorschlag gebracht:

1. Jeder unbescholtene Bürger ist Wähler und wählbar.
2. Jeder selbstständige unbescholtene sogenannte Schutzverwandte ist wählbar.
3. Der Gewählte kann in jedem beliebigen Bezirke genommen werden.

(Ad 2. Die Kategorie der Schutzverwandten könnte vielleicht noch auf eine enger bestimmte Kategorie der Capacität beschränkt werden.)

Die Versammlung war mit dieser Beschlußfassung nicht so eilig, als am 21sten. Sie beschließt vielmehr, „da ein solches Verfahren von den Bestimmungen der Städteordnung abweicht," diese Angelegenheit zunächst durch eine Deputation berathen zu lassen. In derselben Sitzung wird die Niedersetzung der gemischten Deputation für das Wohl der arbeitenden Klassen beschlossen, so wie darüber debattirt, wie die Einnahmequellen des Stadthaushaltes vergrößert werden können; es wird ferner bestimmt, daß vorläufig täglich Sitzungen stattfinden sollen. — Auch über die provisorische Einrichtung der Bürgerwehr wurde in dieser Sitzung verhandelt; bei der Berathung über diese Angelegenheit äußerte Hr. Mertens: „wir befinden uns inmitten der Revolution." Eine mit Bezug auf diese Aeußerung von dem Stadtverordneten Mertens I. veröffentlichte Erklärung (Z.-H.) spricht von den „persönlichen Angriffen, Verdächtigungen und Schmähungen," welche wegen jenes Ausdruckes dem Urheber desselben „ungerügt" zu Theil wurden, und die ihm deutlich gezeigt hätten, „daß die Mehrzahl der anwesenden Stadtverordneten, mit Einschluß des Vorsitzenden, den Begriff des Wortes Revolution nicht kannten und ihn gleichbedeutend mit Aufruhr, Bürgerkrieg und Schreckensherrschaft hielten."

Hr. Mertens glaubt sodann den Stadtverordneten öffentlich erklären zu müssen, warum die für diese „schreckenerregende" Aeußerung den gegenwärtigen Zustand richtig ausdrücke.

Von dem Magistrate, dessen Thätigkeit im Allgemeinen die in früheren Abschnitten mitgetheilten Bekanntmachungen bezeichnen, ist hier noch das Factum zu erwähnen, daß er schon am 25sten das zur „Bittschriften-Commission" umgewandelte „National-Eigenthum" gegen jeden überflüssigen Zulauf zu schützen unternommen. Ein gedruckter Anschlag an jenem „Gebäude" enthielt Folgendes:

Das Betreten dieses Gebäudes ist nur gegen Eintrittskarten gestattet. — Der Herr Stadtverordnete Falkenberg ist ersucht worden, die fernere Beaufsichtigung des Gebäudes zu übernehmen und hat derselbe sich bereit erklärt die Eintrittskarten zu ertheilen.
Berlin, den 25. März 1848. Der Magistrat.

Schon um 6 Uhr Morgens hatte sich an demselben Tage Hr. Naunyn zu dem Führer der Abtheilung des Studentencorps, welches das Palais besetzt hielt, begeben und um Unterstützung dieser Maßregel gebeten.*) — In einer Bekanntmachung vom 23sten hatte der Magistrat „die sämmtlichen Herren Geistlichen aller Confessionen" ersucht, am Sonntage, dem 26sten Vormittags „einen Trauergottesdienst zum Andenken an die in den Tagen des großen Kampfes Gefallenen" veranstalten zu wollen.

Zu diesem „Trauergottesdienst" am 26sten waren die Kirchen (deren Dienst am Sonntage vorher völlig gestockt hatte, während ihre inneren Räume die Leichen der bürgerlichen Gefallenen aufgenommen), „bis zum Drücken erfüllt." Tausende und Tausende — berichtet die Vossische — fühlten das Bedürfniß „in so schwer bedrängter Zeit ihre Seele dem Lenker aller Dinge zuzuwenden." Auch in der jüdischen Synagoge fand eine „erhebende Feierlichkeit" statt. — Andere Feierlichkeiten dieses Tages bestanden in der nachträglichen Beerdigung mehrerer Opfer der Straßenkämpfer. Ein großer Zug mit Trauermusik, deutschen Fahnen u. s. w. folgte drei Särgen, die im Friedrichshain beigesetzt wurden. Am Grabe wurden von dem Kandidaten Richter und dem Schriftsteller Sievert Reden gehalten. Das Begräbniß eines vierten in Folge seiner Wunden Gestorbenen fand gleichzeitig auf dem Kirchhofe der jüdischen Gemeinde statt. — Auf denselben Vormittag war auch eine „Volksversammlung vor den Zelten" angekündigt. Doch scheint die Ankündigung ohne Erfolg geblieben zu sein; nirgends findet sich die Mittheilung über eine solche Versammlung.

Am Nachmittage des 26sten wurde die **Volksversammlung** vor dem schönhauser Thore abgehalten, zu der die Herren Urban, Eckert ꝛc. die Auffor-

*) S. Vossische Zeit. 1850. Nr. 156 Beilage. (9. Juli.)

derung erlassen hatten. Ein vor der Eröffnung ausgegebenes, gedrucktes Blatt enthielt die Geschäftsordnung. Es lautete dahin:

Vorläufige Ordnung für die erste große Volksversammlung Berlins: 1) Der von der die Versammlung berufenden Deputation gewählte Sprecher Eckert leitet die Versammlung ein und ordnet dieselbe, bis von derselben ein Ordnungs-Sprecher gewählt ist. 2) Ein Wahl-Aufseher, aus der Deputation vorläufig bestimmt, leitet und beaufsichtigt die Wahl. 3) Zwei freiwillige Schriftführer werden von der Versammlung berufen, die befähigt sind, die Ergebnisse kurz und einfach niederzuschreiben. 4) Der von jeder Gesellschaft gewählte Sprecher meldet sich beim Schriftführer zur Aufzeichnung seines Namens und der Gesellschaft, die er vertritt. 5) Jede Wahl oder Entscheidung einer Frage geschieht durch Theilung der Versammlung zur Rechten und Linken des Ordnungs-Sprechers. Die rechte Seite erklärt sich für, die linke gegen die aufgestellte Frage. 6) Jeder Sprecher legt der Versammlung kurz und bündig den Zustand nnd die Bedürfnisse seiner Gesellschaft vor, und giebt die Mittel zur Abhülfe des Nothzustandes an. 7) Die Versammlung stimmt auf die festgestellte Art durch Theilung ab, ob ein Gesuch an den Landtag zu bringen sei. 8) Die Redner, welche das Wort verlangen, treten vor. 9) Nur auf der Erhöhung kann gesprochen werden, da die Redner von einem andern Platze nicht verstanden werden. 11) Nur der Ordnungssprecher ruft zur Sache und Ordnung, wenn sich der Redner davon entfernt, erläutert, stellt das Ergebniß zur Frage und schließt die Verhandlung, wenn der Gegenstand zu bestimmen reif ist. Derselbe schließt und vertagt die Versammlung. 12) Von der Versammlung wird eine Abtheilung ernannt, die sich in Verbindung mit den Landtags-Abgeordneten setzt. Berlin, den 26. März 1848. Die Deputation für die Abhülfe der Noth: Urban, ꝛc. ꝛc.

Die Verhandlungen dieser „ersten großen Volksversammlung" geben wir nach dem ausführlichen und genauen Berchte der Zeitungs-Halle wieder, mit Berücksichtigung jedoch der ergänzenden Mittheilungen anderer Blätter, so wie besonders der einzelnen in Bezug auf unrichtige Darstellung erlassenen persönlichen Erklärungen und Berichtigungen.

Diese Volksversammlung war die größte, die Berlin bisher gesehen hatte. Etwa 20,000 Menschen (andere Angaben schwanken zwischen 6, 8, 10,000 u. s. w.) standen um eine große Pappel, von welcher eine schwarz-roth-goldene Fahne wehte und an der eine Art Tribüne aus übereinander gestellten Tischen errichtet war. Gegen 3 Uhr eröffnete der Sprecher Eckert die Debatte durch Vorlesung der vorläufig von der Deputation festgestellten Ordnung. Hierauf sprach Hr. Eckert noch mehrere einleitende Worte mit der Tendenz, die etwa noch vorhandene Aufregung zu beschwichtigen, ließ sich dann von der Versammlung das Versprechen der Ruhe geben und schloß, indem er die 3 Landtagsabgeordneten von Berlin, Herren Schauß, Möwes und Knoblauch vorstellte. Diese wurden von den Umstehenden gebeten, auf die Tribüne zu treten und einige, wenn auch nur wenige, Worte zu sprechen.

Hr. Schauß: Ich bin der Kaufmann Schauß. Verlassen Sie sich auf die Aufrichtigkeit unserer Gesinnung. Was an uns ist, wird zu Ihrem Wohle geschehen. Wir fühlen Ihre Noth, wir werden ihr nach Kräften abhelfen, aber verlangen Sie nicht Unmögliches; das Unmögliche kann Niemand, können auch wir nicht leisten. Das Mögliche soll geschehen, denn wo Ihr Glück ist, blüht auch das unsere. — Hr. Möwes fordert ebenfalls zum Vertrauen auf und verspricht, nach Kräften für die Verbesserung der Lage der Arbeiter zu sorgen. — Aehnlich Hr. Knoblauch, welcher mit den Worten schließt: „Für treue Arbeit gerechter Lohn!" Diese Worte erregen Beifall in der Nähe der Tribüne, ein entfernter Stehender bemerkt jedoch: Nur die Deputation scheine Vertrauen zu haben, die Versammlnng habe noch keines.

Hr. v. Förster: Die Herren Landtags-Deputirten von Berlin fordern uns zum Vertrauen auf. Wir kennen diese Herren nicht, wir haben sie nicht gewählt, sie mußten uns erst vorgestellt werden. Aber wenn wir sie auch kennten und wenn wir ihnen das Vertrauen schenkten, das sie fordern, was wäre dann gewonnen? Wer bürgt uns für die andern Deputirten? Wer bürgt uns namentlich für die Herrenkurie, die fast nur aus Grafen und aus Fürsten besteht? Wie? jenem Landtage sollen wir die Sorge für unser

Wohl in die Hände geben, jenem Landtage, der nicht einmal so freimüthig war wie die gefallene Regierung, jenem Landtage, der die Vermögenssteuer, die einzige gerechte Steuer, die einzige, nach der der Reiche mehr zahlt als der Arme, zurückgewiesen hat? Die Deputation überschreitet ihre Befugnisse, wenn sie uns so etwas zumuthet. Se. Majestät der König hat selbst erklärt, er wolle den Landtag nur berufen, um ihn über das Wahlgesetz zu hören. Jetzt verlangt man schon, er solle auch die Noth beseitigen, die Arbeit regeln, dieser Landtag mit dem zehnjährigen Grundbesitz, mit den Grafen, mit den Fürsten? M. H., das geht nicht! Nimmermehr! (Bravo.)

Böttcher, Bauarbeiter: Wir haben nur 9 Monat Arbeit. Im Winter müssen wir Schulden machen, im Sommer sollen wir diese wieder decken. Bei dem geringen Lohne können wir aber nicht Jedem gerecht werden, wir tragen daher auf Lohnerhöhung an. Dann sind 14 Stunden Arbeit viel zu viel. Mit Hin- und Herlaufen werden 18 draus. Ein Familienvater kann dabei kaum das Lallen seiner Kinder hören. Wenn er nach Haus kommt, schlafen sie schon und wenn er ausgeht, sind sie noch nicht wach. Von den Bauherren wollen wir erhöhten Lohn haben, die können ihn geben. — Siegerist, Schlosser: Im Namen sämmtlicher Maschinenarbeiter beklage ich mich über Mangel an Arbeit. Wir haben höchst unpraktische Werkführer an der Spitze, Werkführer, die uns selten die Gelegenheit geben, einem Meister ein Frühstück abzuverdienen. Ein Arbeiterministerium würde ihrem Despotismus steuern. Ein solches Ministerium müßte dann auch das Minimum des Lohnes auf 4 Thaler festsetzen, damit die arbeitende Klasse existiren könne; es müßte die Arbeitszeit auf 10 Stunden herabsetzen und die Verwaltung der Kassen beaufsichtigen, ohne Einmischung des Magistrats. — Driese, Handlungsbeflissener: Manche können nur mit dem Kopf und mit der Feder arbeiten, und diese Art der Arbeit wird mit am schlechtesten bezahlt. Eine Deputation von Kaufleuten, alle arbeitslos, hat mich hierher geschickt, damit ich mit Ihnen berathe, wie diese Leute Arbeit bekommen. Es giebt ja Eisenbahnen, Fabriken, wir können überall arbeiten. Warum wird die Arbeit und das Salair der Handlungsdiener nicht controllirt? Es wäre Vielen geholfen, wenn sie nur das Brot hätten, täglich 10 Sgr. — Ottensoser, Buchhalter: Ich muß dem vorigen Redner widersprechen. Ich verlange nicht, daß für mich gesorgt werde aus dem Grunde, daß ich nichts Anderes gelernt habe. Ich will Schriftbeamter der associirten Arbeiter werden, uud wenn ich das nicht kann, so will ich mit den Händen arbeiten. Ich stimme auch für ein Arbeits-Ministerium, ich gehe aber weiter: Eine neue Versammlung muß aus dem Volke hervorgehen, damit der Spruch Wahrheit werde: Wer arbeitet soll genießen. — Wilke, Lohgerber: Unser Wunsch ist erfüllt, wir wollen das Blutbad nicht erneuern, aber wir verlangen nach den Früchten unseres Schweißes. Wir arbeiten von 5 Uhr Morgens bis Abends 7 Uhr. Eine Verringerung der Arbeitszeit um 2 Stunden, eine Festsetzung dieser Zeit von 6 bis 6 Uhr und eine Erhöhung des Lohnes auf 4 Thaler wöchentlich, heißt nicht zu viel verlangt.

Brill, Buchdrucker: Wir haben Alle gekämpft, wir wollen Alle zusammenhalten. Wenn die heutige Gelegenheit vorübergeht, uns zu besprechen, werden sich unsere Kräfte zersplittern. Wir können den Meister nicht zwingen, höheren Lohn zu geben; denn er müßte dann selbst mehr nehmen, die Waaren würden theurer und nicht mehr gekauft werden. Wir würden den Meister ruiniren, das wollen wir nicht! (Lärm.) Ich bin Arbeiter, wie Sie, und will ebenso das Wahre und das Rechte. Ich bin auch für eine Erhöhung des Lohnes, aber sie darf nur auf freundschaftlichem Wege zu Stande kommen, durch gütliche Uebereinkunft mit dem Meister, denn nicht dieser, sondern die Concurrenz bestimmt den Preis der Dinge. Es ist ferner nothwendig, daß der Arbeiter auch an seiner geistigen Ausbildung arbeiten könne, deshalb muß die Arbeitszeit abgekürzt werden. Die bis jetzt bestandene Gesellschaft hat ein großes Unrecht gegen die Arbeiter gethan, sie hat sie mit Gensd'armen zurückgewiesen, wenn sie Brot verlangten, und warum that sie dieses? Weil die Arbeiter keine Bildung hatten. Ich verlange daher Volkserziehung auf Kosten des Staates. Es wird viel Geld kosten, das sehe ich ein; wir ersparen aber auch viel. Wir ersparen die Gensd'armen, die Gefängnisse, die Zuchthäuser, die Henker, die Hinrichtungen. Wenn wir helfen wollen, müssen wir tief durchgreifende Mittel nehmen. Die Reichen müssen einen Theil ihres Vermögens aufopfern. Wer hat bis jetzt die Leitung in Händen gehabt? Der Adel, die Vornehmen, die Reichen. Die wußten wohl zu leben, aber für den Arbeiter thaten sie Nichts, für den Arbeiter, der ihnen doch Alles, von ihrem Unterhalte bis auf ihren Luxus, schaffte. Freilich giebt es auch Leute, die, obgleich sie einen guten Rock anhaben, für uns sorgen werden. Der Arbeiter aber ist die Grundlage der Gesellschaft, und weil diese jetzt geändert wird, muß die ganze Gesellschaft

gebessert, umgestaltet werden. Wir müssen eine wohlfeile Regierung haben. Dadurch werden die Lasten leichter, die auf dem Bauer, Handwerker und Arbeiter jeder Art ruhen. Sämmtliche Mitbürger müssen das Wahlrecht haben, das stehende Heer muß durch allgemeine Volksbewaffnung ersetzt werden, die nach Außen und nach Innen ebenso viel Achtung gebieten wird, als jenes, wo nicht mehr. Dadurch wird erspart. Sachverständige müssen ein Arbeiterministerium bilden, das sich mit dem ganzen Lande in Verbindung setzt und in jeder Provincialhauptstadt einen Provincialausschuß, in jeder Kreisstadt einen Kreisausschuß niedersetzt. Endlich, wie ich schon sagte: Volkserziehung. Wir kennen Alle das Ministerium Eichhorn. Dieses Ministerium vertröstete uns mit dem Jenseits, wenn wir ihm unsere diesseitige Noth klagten: „Leute, nach dem Tode werdet ihr Alles bekommen.“ Es schickte in alle Gemeinden Pastoren und Lehrer, die die Kinder mit Bibelsprüchen füttern und verdummen mußten. Durch eine solche Erziehung konnte der bedrückten Menschheit keine Hülfe werden. Die Hülfe für die Menschheit kommt aus ihr selbst. Jeder hat den Heiland in seiner Brust! (Langer stürmischer Beifall.)

Vogel, Arbeitsmann: Ich rede im Auftrage von 30 brotlosen Arbeitern und verlange Arbeit, kein Militair. Ferner allgemeine Lohnerhöhung. Dem Landmann muß nach seiner Ernte und im Verhältniß zu derselben ein Preis festgesetzt werden, damit er uns nicht übertheuere, damit er nicht zu sehr aufschlagen kann. Hören Sie, was der Arbeiter täglich braucht. Für 3 Pfennige Kaffee, für 3 Pfennige Brot zum ersten Frühstück, das ist nicht zu viel. Zum zweiten rechne ich für 6 Pfennige Brot, 6 Pfennige Butter und einen Sechser zu Getränken, sei es nun Bier oder Schnaps; denn ganz trocken kann man das Brod doch nicht essen, das werden Sie zugeben. Das Mittagessen ist jetzt, wo Alles theuer ist, unter 2½ Sgr. nicht herzustellen. Für den Nachmittag schlage ich so viel an wie für das Frühstück, und für das Abendbrot so viel wie für das zweite Frühstück. Das macht zusammen 6½ Sgr. täglich. Nun ist es aber noch nicht aus. Wir können doch nicht nackend gehen. Kleider, Stiefel, einSchnupftuch, ein Hemde sind nothwendig. Ein Paar Strümpfe können, namentlich bei schlechter Witterung — das werden Sie zugeben — nicht schädlich sein. Nun kommt die Wäscherin, das Ausbessern der Kleider und der Wäsche, 4 harte Wintermonate: wovon sollen die gutgemacht werden? Und wäre es der Unverheiratete im Stande, sich durchzuschlagen, wo bleibt der Familienvater? Der kann es nicht bestreiten, den muß der Mangel zu unreellen Handlungen führen. — Lüschke, Arbeitsmann: Alle Fabrikherren könnten wohl einen Lohn von 15 Sgr. festsetzen. Auch dürften sie nicht Welche nach dem Feiern arbeiten lassen, während Andere brotlos umherlaufen. Wenn sie die Arbeit gleichmäßiger vertheilen, so wird weniger Mangel an Arbeit sein. — Ebert Helm, Arbeitsmann: Drei Thaler geht für Unverheiratete, aber nicht für den Familienvater. Ueberall finden wir auf dem Bau Professionisten. Das dürfte nicht sein! Es muß verboten werden, daß diese als Arbeiter gehen. — Bergemann, Arbeiter: Ich bin Familienvater von 5 Kindern und mich trifft die Noth namentlich deshalb, weil die Droschken alle Packete in der Stadt und von und nach den Eisenbahnen fahren. Wenn ihnen dieses verboten und wenn festgesetzt würde, daß sie nur Packete von einer bestimmten Schwere fahren dürfen, würden viele Leute Brot bekommen. — Hermes, Mustermaler: Im Namen meiner Collegen beschwere ich mich, daß die Verleger zu viel im Zuchthaus arbeiten lassen. Ferner thut uns die Schablonenarbeit großen Schaden. Franke z. B. läßt durch Schablonen viel verfertigen, und ist dadurch im Stande 6mal billiger Waare zu liefern, als wir. Ich trage auf Abschaffung der Schablonen an. Ferner kann Niemand bei dem Lohne bestehen. Wir haben ein sogenanntes Nullblatt. Da kostet das Dutzend ohnehin schon wenig und nun nimmt der Arbeitgeber von dem Preise noch einen großen Theil für sich. Der Preis des Dutzends muß um ⅓ erhöht werden. Ferner wollen wir, daß kein Meister mehr als zwei Burschen beschäftige. Manche haben deren 6, das ist zu viel. In der Malmène'schen Anstalt werden ebenfalls viele Knaben beschäftigt die uns wie die Mädchen großen Abbruch thun. — Saße, Arbeitsmann: Ich stelle vier Anträge: 1) Lohnzulage, 2) Verkürzung der Arbeitsstunden, 3) Unterstützung für die welche in Maschinenwerken verunglücken, 4) eine Extra-Zulage von 2½ Sgr. für die Sonn- und Feiertage.

Dr. Rieß: Wir wollen hier nicht nur reden, sondern auch handeln, und dazu haben wir bisher den falschen Weg gewählt. Wir vernahmen alle Gewerke einzeln und ihre einzelnen Beschwerden, die sie lieber für sich abmachen sollten. Mein Vorschlag ist: alle Gewerke treten zusammen und wenden sich an eine Behörde, die zwar noch nicht da ist, aber sogleich geschaffen werden soll. Wir müssen einen festen Punkt haben, der unsere Beschwerden vereinigt, und dieser ist das Arbeits-Ministerium. Einzelne Lohnerhöhungen können nichts helfen; wenn zum Beispiel auch unsere Seiden- und Baumwollen-Fabri-

kanten höheren Lohn bewilligen, so kommen auf der Leipziger Messe die Sachsen, die schinden ihre Arbeiter noch, verkaufen billiger und nehmen uns so den Markt, die Arbeit. Also ein Arbeits-Ministerium! — Der jetzige Landtag reicht nicht aus. Wer 10 Jahre auf seinem Grund und Boden sitzt, der hat auch Grundsätze eingesogen. Wenn der jetzige Landtag liberal ist, so ist er es aus Furcht, das wollen wir nicht! Ich vertraue dem jetzigen Landtage nicht und Sie auch nicht. Die anwesenden Herren nehme ich aus. Wir müssen die Männer unseres Vertrauens wählen, wir werden schon die wählen, die rein geblieben sind, und wenn unsere Wahl auch lauter Besitzende, wenn sie auch lauter Fürsten und Grafen träfe. Was einzeln geschehen soll, berathen wir im Einzelnen, die Schlosser für sich, die Maurer für sich u. s. w. Ein Heer müssen wir ferner haben, eine Vorschule für unsere militairische Bildung, aber nicht das Heer, was 800 Millionen gekostet hat, sondern ein Volksheer. Wir wollen endlich noch Volkserziehung. Dann werden wir Alles haben, was wir brauchen, dann werden wir Menschen sein! (Bravo.)

Bittkow, Volksschullehrer: Ich erbiete mich den arbeitenden Klassen des Abends umsonst Unterricht zu geben und kann versichern, daß viele meiner Collegen meinem Beispiel folgen werden. Aber wenn Sie guten Unterricht haben wollen, wenn Sie verlangen, daß der Arbeitsstand gehoben werde, müssen Sie auch den Lehrstand besser stellen. Auch der Volksschullehrer darf nicht hungern. Ein zweiter Punkt ist der: die 26 Millionen, die das stehende Heer jährlich gekostet, sind nicht die größte Ausgabe gewesen, die es uns verursacht hat. Dem Ackerbau sind Kräfte entzogen worden, die ihm wiedergegeben werden müssen. Die Bauern, in ihre Hütten, ihre Felder zurückkehrend, werden uns reiche Quellen des Wohlstandes öffnen. Sie werden uns Brot und Kartoffeln in Menge schaffen. Oeffnen wir die Quellen des Landes!

Bisky, Goldschmidt: Wir waren bis jetzt die große Null im Staate. Endlich kommen wir einmal zur Sprache. Wo, fragt es sich, erwarten wir Hülfe? Viele der bisherigen Redner haben nur geklagt und ihre Klagen waren meist die alten, die wir schon lange kennen, über Noth und Arbeitslosigkeit. Gehen wir der Sache auf den Kern, der ist das Arbeitsministerium! Versäumen wir keine Zeit! Schreiten wir sofort zur That und tragen darauf an, daß auf das Schleunigste ein Ministerium zusammengesetzt werde aus Arbeitern und Arbeitgebern, welches mit den verschiedenen Gewerken in Verbindung treten und berathen soll. Das Arbeiterministerium würde zuerst die Aufgabe haben, dem Arbeiter, der keine Arbeit hat, welche zu verschaffen. Wir wollen alle Art der Arbeit annehmen. Jede nützliche Arbeit ist auch ehrenhaft! Es giebt viel Arbeit und wird daher viel vertheilt werden können. Die alten und schwachen Arbeiter, das trage ich noch an, müssen in einem Arbeiter-Invalidenhause Unterkommen finden.

Biefel, Seidenwirker: Wir gehören zu den gedrücktesten Arbeitern und tragen darauf an, daß die Zuchthausarbeiten aufhören mögen. Ferner sollen die Arbeitgeber keine Mädchen und nicht mehr als 3 Lehrlinge beschäftigen dürfen, auch nicht mehr Stühle, als der innere Raum ihrer Wohnungen es gestattet, im Gange halten. — Löhner: Ich vertrete das Tischlergewerk. Wir bitten darum, daß der Arbeitslohn auf 25 Sgr. erhöht und die Arbeitszeit verkürzt werde. Wir wollen nur von 6 bis 6 arbeiten.

Dr. Woeniger: Noch 30 Redner sind eingeschrieben. Ich bin der Meinung, daß wir nur noch 10 hören, damit wir die Beschlüsse formuliren können und zu einem Resultate kommen.

Löwinson spricht über das Arbeiterministerium, über Vereinigung und über Credit: die Arbeiter möchten keinen Credit geben, sondern sich ihre Arbeit gleich bezahlen lassen; ferner über Abschaffung aller Mängel in der jetzigen Verwaltung. — Michaelis, Schneider: M. H. Im Auftrage des Schneidergewerks! Wir haben eingereicht, was wir für uns am Besten halten. Es muß eine geregelte Arbeit sein, eine bestimmte Zeit, ein fester Lohn. Wir wollen 25 Sgr. täglich, das ist für den Leib nothwendig. Es wird immer gesagt, es sei schon viel für uns gethan. Wir wollen gleich jetzt das Arbeitsministerium gründen, wir wollen gar nicht darum petitioniren. Alle Gewerke müssen sich vereinigen, nm schon die nächste Woche zu berathen. — Fromm, Schneider, erklärt: schon früher für das Arbeitsministerium gewirkt zu haben und spricht sich noch ferner dafür aus. — Lange: Ein Ministerium hat keine Gesetze zu machen. Der alte Landtag interessirt sich nicht für uns, darum müssen wir einen neuen Landtag haben, einen Landtag, in dem auch die Armen vertreten sind. Dies ist mein Antrag zur Abhülfe der Noth. — Steinhof, Posamentier, stellt folgende Anträge: 1) alle Mädchen auf Posamentierstühlen müssen aufhören zu arbeiten; 2) die Maschinen, die Menschenhände unnöthig machen, müssen beschränkt werden. Wenn man mir einwendet, was sollen die Mädchen

zu Hause anfangen, so antworte ich: durch die Erhöhung des Lohnes werden ihre Väter in den Stand gesetzt, sie zu ernähren.

G. Hesse, Drechsler: Ich bin nicht Sprecher, ich will daher meine Sprache vom Papier nehmen. „Brüder der Arbeit und Brüder des Kampfes! Leget es mir nicht als Anmaßung aus, wenn ich, der Geringste von Euch, hier über eine so wichtige Sache, wie die Verbesserung unseres Zustandes ist, zu Euch spreche. Ich habe mir das Recht dazu redlich erkämpft. ich habe mit Euch die Pflicht übernommen, für die Freiheit zu streiten, für welche unsere geliebten Brüder gefallen sind, ich habe endlich an ihrem Grabe gelobt, diese Pflicht bis zum letzten Athemzuge zu erfüllen. — Darum rufe ich Euch hier zu: „Hütet Euch vor falschen Maßregeln!" — Unsere Noth ist groß, das wissen wir Alle, aber noch weit schwerer ist es, die richtigen Mittel dagegen zu finden. Hüten wir uns, daß wir nicht solche wählen, die nur scheinbar und auf kurze Zeit Erleichterung schaffen! Hüten wir uns aber noch mehr, solche Mittel vorzuschlagen, die auf den Schaden Anderer gegründet sind! — Wir haben nicht um Lohn gekämpft, nicht unser Privatvortheil war das Ziel unserer Anstrengungen. Unser Kampf war für die Freiheit und das Recht des ganzen Vaterlandes. Darum, lieben Brüder, lasset uns nicht selbstsüchtig nach Vortheilen streben, die doch nicht von Dauer sein können. Unser Glück ruht im Glück des ganzen Landes; wenn dieses blühend und im Wohlstande ist, dann wird uns nicht die Arbeit, und für unsere Arbeit nicht der würdige Lohn fehlen. Darum, meine Brüder, lasset uns vor allen Dingen die Freiheit auf festen Grundlagen erbauen! Aus ihr allein können uns die Früchte unserer Arbeit erwachsen. Dieses Ziel kann aber nur erreicht werden, wenn alle Klassen, wenn auch wir unsere Vertreter zu einem Landtage schicken können, der das Wohl Aller zu berathen und zu befördern berufen ist. Erst dann, wenn wir einen solchen gesetzlichen Körper besitzen, wollen wir ihm die Mittel vorschlagen, die unsere Lage gründlich und dauerhaft verbessern können. Daher mache ich Euch den Vorschlag: „Lasset uns unsern hochherzigen König in einer Adresse bitten, uns ein Wahlgesetz zu verleihen, wonach Jeder ohne Unterschied des Standes und Vermögens Wähler und wählbar ist."*)

Kölling, Cigarrenmacher, will Ausgleichung zwischen Capital und Arbeit, aber nicht im Sinne der Communisten. Jeder müsse seine Kräfte bieten und nutzen, aber auch dem Verdienste der gerechte Lohn werden. Der Redner stellt die Anträge, daß den Fremden keine Arbeit gegeben werde und die Meister nicht mehr als drei Burschen halten sollen. — Oppermann, Buchbinder, beantragt das Arbeitsministerium. Wir wollen hier sofort den Beschluß dazu fassen und ihn dann dem Könige vorlegen. — Zachariä, Schreiber: nicht für sich, sondern für die Tagelöhner trete er auf. Der Staat habe den Arbeitern Wunden geschlagen, er müsse sie heilen. Er solle billige Wohnung geben. Ebenso solle er Mehl im Großen zum Wiederverkaufe im Kleinen anschaffen. Die Tagelöhner möchten sich zu einem Proletarierbunde vereinigen. (Es entsteht ein Lärm, die Versammlung bestimmt den Redner, das Wort „Proletarier" zurückzunehmen.) Jeder Bürger, der täglich weniger als einen halben Thaler verdient, gehört dem Bunde an; der Staat giebt den Gliedern dieses Bundes Wohnung für geringen Miethszins (der Redner braucht wieder das Wort „Proletarier", welches ihm neue Mißbilligung zuzieht). Die Mitglieder des Bundes bleiben von jeder directen oder indirecten Steuer frei. (Beifall). — Klahm, Bonbonfabrikant: Wir müssen so viel Arbeit schaffen, daß nicht 1000, sondern 100,000 Arbeiter beschäftigt werden. Ich mache daher deu Vorschlag, Berlin mit einem Boulevard zu umgeben und ferner mit einem großen Wall, der für Berlin das sein würde, was für Paris die Festungswerke (Zeichen des Mißfallens in der Versammlung.) Berlin hat ferner viel städtisches und königliches Grundeigenthum. Wir bedürften daher keiner Expropriationen, um diese Grundstücke einzutheilen und Colonieen anzulegen, um Häuser darauf zu erbauen, die für ein Billiges vermiethet würden. Wie es jetzt ist, fließen die Armengelder für hohe Miethe u. s. w. in die Taschen der Reichen zurück. Wir wollen aber, daß die Armen Gelegenheit erhalten, selbstständig und wohlhabend zu werden.

Krause, Schlosser: Unsere Meister haben Alles genehmigt, Alles, was wir verlangten: Erhöhung des Lohnes, Verkürzung der Arbeitszeit. Aber es läßt sich nicht mit einem Male bewerkstelligen. Volksunterricht thut uns Noth, wir fordern Menschenrechte, die uns die Reichen so lange vorenthielten. Sehen Sie sich um! alle diese Dome, diese Palläste, in denen sie üppig wohnen, die Wagen, in denen sie stolz daherfahren, wer hat

*) Diese Rede erschien später als fliegendes Blatt. („Rede, gehalten von dem Arbeiter und Mitkämpfer an den Barrikaden Gustav Hesse" rc. Berlin 1848. Verlag des Verfassers.)

sie gemacht? — der Arbeiter. Wir vermögen viel, unser Capital ist die Arbeit, unser Stand ist ein glücklicher. Aber wachen Sie über unsere Menschenrechte, wachen Sie, damit uns das Versprochene nicht verkümmert werde!

Hesse, Zimmerpolierer: Ich habe den Kampf mitgemacht und meine Jungens, 6 Kerls von der Höhe, haben ihn auch mitgemacht. Gehauen habe ich — fürchterlich. Ich bin 25jähriger Bürger und aus der Gewerksliste gestrichen worden, weil ich meinen Beitrag nicht bezahlen konnte Ich bin immer rechtschaffen gewesen. Gebt mir, damit ich wieder eintreten kann! (Viele aus der Versammlung rufen gerührt: ihr sollt haben, ihr sollt haben!)

Ziegelbein, Kattundrucker, liest eine Eingabe im Namen von 800 Kattundruckern, von denen seit Jahren nur 150 in Arbeit seien, die übrigen aber seit Entstehung der Maschinen im größten Elend. Die wesentlichen Punkte sind folgende: Beschränkung der Maschinen und Perrotinen und zwar so, daß wenn das Stück 2 Farben habe, die zweite eingedruckt werden müsse; wenn es drei Farben habe, die dritte u. s. w. Ferner keine Mädchen, Verkürzung der Arbeitszeit, 14tägige Kündigung von beiden Seiten. Brot oder Sterben!

Sußmann, Fabrikant: Wir Fabrikanten, wenigstens die von uns, die es gut meinen, sind ebenfalls Arbeiter. Wir suchen für Sie Arbeit, wir vertheilen sie, wir sorgen für den Absatz. Wie ich höre, ist heut bei dem Fabrikanten Schildknecht der Beschluß gefaßt: daß alle Fabrikanten, die Arbeit in die Zuchthäuser geben, gebeten werden sollen, davon abzustehen. Das wird geschehen. Ich habe zu meinem großen Bedauern gehört, daß manche reiche Leute die Stadt aus Furcht, ich weiß nicht aus welcher, verlassen haben. Lassen wir diese Feiglinge ziehen, sie verdienen die Freiheit nicht; es bleiben noch genug, die es gut mit uns meinen; diese haben bereits beschlossen, ein Credit-Institut zur Unterstützung der Industrie zu errichten, um ihr in der jetzigen Krisis die Mittel zu bieten, die sie braucht, um nicht zu Grunde zu gehen. Das vorige System hatte die Industrie beschränkt, es ist gefallen; die Industrie muß sich also heben, der Vortheil ist auf Seiten der Industrie!

Konsky, Seidenwirker: Ich rede nicht im Namen einer Deputation, ich rede nur in meinem Namen, aber ich rede doch für Alle. Man hat vorher von einem Arbeiterministerium gesprochen, das die Arbeit in unserem Lande regeln soll. Ich gehe weiter: auch in Frankreich, Oesterreich, England müssen solche Arbeiterministerien errichtet werden und alle untereinander in Verbindung treten, dann erst wird es möglich sein ein gleiches System der Arbeit und Industrie hervorzubringen (Bravo! Bravo!)

Hermann Jüngling, Schriftsteller: Die ganze Welt ist meine Familie . . . Ich habe schon, während dem Bestehen der Büreaukratie zwanzig Petitionen eingereicht im Interesse der Arbeiter, aber sie sind alle fruchtlos gewesen. Der Redner liest hierauf eine, sehr energisch abgefaßte, unter großem Beifall der Versammlung vor. Die wesentlichen Punkte derselben sind: ein gemeinsames Gewerbe-, Handel- und Ackerbau-Ministerium, Organisation der Auswanderung und der deutschen Kolonien in Amerika. (Bravo!) — Meier, Student (Bravo bei seinem Erscheinen). Der Redner sagt, daß er sich in viele Herbergen begeben habe, um die Wünsche und Anträge der Arbeiter zu sammeln. Er faßt dieselben zusammen und erklärt sich nachher gegen Abschaffung der Maschinen, so wie gegen die Erbitterung, die mehrere Arbeiter auf dieselben haben. — Bethge, Kutscher, verliest im Namen sämmtlicher Dienstboten eine Eingabe, in der besonders eine Beschwerde über die Verwendung der Soldaten zum Ziehen, Tragen, überhaupt zum Privat-Dienste variirt ist und bittet, daß seine Beschwerden sogleich dem Könige vorgetragen werden — Rau, Candidat der Theologie, unterstützt und erläutert den etwas undeutlichen Vortrag des Vorhergehenden und führt nachher ein Thema über die Macht der Liebe, die uns Alle, Arbeiter, Besitzende und Soldaten, zu umfassen habe, aus.

Berends, Mechanikus, hält eine energische zusammenfassende Rede; worauf Urban die Debatte für geschlossen erklärt. Hierdurch entsteht großer Lärm, indem noch mehrere zu sprechen verlangen. Eckert beschwichtigt sie jedoch durch das Versprechen, daß ein Blatt für Handwerker gegründet werden solle, in welchem jeder seine Anträge drucken lassen könne.

Dr. Woeniger: Die gestellten Anträge lassen sich in zwei Abtheilungen bringen, von denen die erste die speciellen Anträge umfaßt, deren Zahl so groß ist, daß hier nicht darüber entschieden werden kann. In die zweite Abtheilung gehören die Anträge allgemeinerer Natur, die wir in einer Adresse stellen wollen und deren sind sechs: 1) ein Arbeiterministerium, aus Arbeitern und Arbeitgebern zusammengesetzt. 2) Verringerung des stehenden Heeres. 3) Volkserziehung. 4) Versorgung für die Invaliden der Arbeit.

5) Wohlfeile Regierung und 6) Zusammensetzung eines neuen Landtages durch Urwahlen, mit allgemeiner Wählbarkeit und Wahlfähigkeit. Die ersten 5 Punkte wurden einstimmig angenommen. Bei dem sechsten machte Hr. Woeniger eine unklare Fragestellung, welche einen stundenlangen undurchdringlichen Lärm in der ganzen Versammlung hervorrief.

Nachdem mehrere Redner ihre Stimmen vergebens angestrengt hatten, gelang es Hrn. Justizcommissarius Reinhardt sich Gehör zu verschaffen. Er stellte die Frage klar und die Versammlung entscheidet sich mit großer Majorität gegen die Einberufung des alten Landtages und für die Bitte um sofortigen Erlaß eines neuen, auf allgemeines Wahlrecht gegründeten Wahlgesetzes.

Die Verwirrung, welche Hr. Wöniger durch seine Fragestellung in der Versammlung hervorgerufen, hatte die mittelbare Folge, daß sich zwei verschiedene Comité's beauftragt sahen, zum Theil direct entgegengesetzte Anträge als „Majoritätsbeschlüsse“ derselben Versammlung vor den König zu bringen. Hr. Wöniger gesteht in dem von ihm verfaßten Berichte der Voss. Z. selbst zu, daß seine Fragestellung mangelhaft gewesen; die Majorität der Versammlung habe sich jedoch unzweifelhaft für die Zusammenberufung des Landtages entschieden. Nachdem dieses Resultat durch Hrn. Rieß proclamirt worden, habe Hr. Eckert die Versammlung für beendet erklärt. Trotzdem bestieg der Justizcommissar Reinhardt, ein in Berlin anwesender Fremder, die Tribüne und wußte der Versammlung, die sich nur unmerklich verringert hatte, die Gründe gegen die Einberufung des Landtages so überzeugend vorzutragen, daß jene, bei einer nochmals vorgenommene Abstimmung mit großer Majorität dem Antrage des Hrn. Reinhardt gemäß sich entschied. — Die Versammlung, als deren Mitglieder die Zeitungen unter anderen die Präsidenten v. Patow und Lette erwähnten, endete gegen acht Uhr. — Die Herren Urban, Eckert und Lange erließen eine Erklärung, „daß sie das nach dem Schlusse der Volksversammlung erwählte Comité nicht anerkennen und nicht für berechtigt erachten, Adressen im Namen der Versammlung zu überreichen.“ Andere, darunter auch Hr. D. A. Benda, erklärten öffentlich, daß nur „eine Partei“ das Resultat der ersten Abstimmung, die eine überwiegende Majorität für den Landtag herausgestellt, „auf alle mögliche Weise umzustürzen“ gesucht habe. Gleichwohl hielt auch das von Hrn. Urban mißachtete Comité sich für berechtigt, im Namen der Volksversammlung eine Audienz beim Könige nachzusuchen. Sie wurde dem einen, wie dem anderen Comité gewährt.

VII. Die Landtagsfrage in ihren letzten Stadien. — Des Königs Antworten an die rheinische und die Volksversammlungs-Deputationen. — Der constitutionelle Club und seine erste Sitzungen; Versammlungen im Hotel de Russie und bei Mielentz.

Wiederum war es die Frage über den Landtag, welche auch in der großen Volksversammlung Uneinigkeit hervorgerufen und die Parteien getrennt hatte. Doch wenige Tage noch und der Termin des Zusammentrittes war da. Fortwährend kamen Adressen und Deputationen aus den Provinzen, die sich theils für, theils gegen den Zusammentrit des Landtages aussprachen. So viel über die Wünsche der Provinzen in dieser Beziehung öffentlich bekannt geworden war, schien es unzweifelhaft, daß die Mehrheit sich gegen den Erlaß eines Wahlgesetzes „ohne Beirath der Stände" erklärte. Die Gegner ließen jedoch von ihrem Eifer, dem Zustandekommen des Landtags entgegenzuwirken, nicht ab; überzeugt von der Nothwendigkeit eines sofort zu erlassenden Wahlgesetzes ermüdeten sie nicht, in Adressen und Audienzen dem Könige und dem Ministerium diese Nothwendigkeit darzustellen. Der Mittelpunkt dieser Bestrebungen war für Berlin der politische Club; eine cölnische Bürgerdeputation, die am 26sten in Berlin angekommen war, suchte diese Grenzen zu erweitern, indem sie durch die öffentlichen Blätter die Bürgerschaft Berlins aufforderte, sich mit ihr in Verbindung zu setzen, um sich über die Frage wegen eines sofort zu erlassenden Wahlgesetzes zu verständigen, und sie zu einer Versammlung im Mielentz'schen Lokal am 28sten Nachmittags, einlud. Diese Deputation der Bürgerschaft Kölns, bestehend aus dem Fabrikbesitzer Bauendahl, Assessor Bohl, Schuhmacher Schützendorf, Rentier Wachter und Advocat-Anwalt Borchardt, hatte den Auftrag, den „sofortigen Erlaß eines provisorischen Wahlgesetzes auf Grundlage numerischer Vertretung und des Wahlrechts so wie der Wählbarkeit für den nicht durch rechtskräftiges Urtheil der bürgerlichen Rechte verlustig erklärten großjährigen Bürger" u. s. w. bei dem Könige zu beantragen, während gleichzeitig eine andere rheinische Deputation, als Vertreterin von 18 rheinischen Städten, darunter auch Köln, um 12 verschiedene Punkte petitionirte, wobei es der Regierung anheimgestellt blieb, das Wahlgesetz durch den Landtag berathen zu lassen.

Die letzten Verhandlungen des politischen Clubs über die Landtagsfrage, sowie die der Versammlung bei Mielentz, welche durch die cölnische Bürgerdeputation veranlaßt worden, sind in folgenden Berichten enthalten:

Politischer Club im Hotel de Russie. Sitzung vom 27. März. — Hr. Braun bemerkt zuerst, daß über die Tendenz des Clubs noch nichts entschieden worden, und daß diese erst festgestellt werden müsse, ehe man zur Tagesordnung übergehen könne. So lange der Verein nicht mit sich selbst einig sei, existire er nicht. — Andere treten in demselben Sinne auf und verlangen, obgleich der Club seine Existenz einem Factum verdanke, die definitive Constitution desselben. — Hiergegen wendet Jung ein, daß alle bisher aufgetretenen Parteien, alle bisher ausgesprochenen Tendenzen für den Club zu eng seien. Jeder Tag bringe eine andere Physiognomie, jede Stunde fast neue Ereignisse. Insofern werde also der Club in der Bewegung bleiben und sich durch keine, ein- für allemal festgestellte, Formel binden müssen. Der Club wolle aber zweitens die Entwickelung fördern und in dieser Hinsicht werde sich aus seinen Beschlüssen und aus seinen Thaten die Tendenz von selbst ergeben. — Hierauf wird ein Comité beauftragt, eine Geschäftsordnung zu entwerfen und in der nächsten Sitzung vorzulegen.

Hr. Eichler: Wegen der Audienz für unsere Deputation an Se. Majestät den König sind die nöthigen Schritte gethan, und wir werden noch diesen Abend Bescheid erhalten. — Hr. Professor Michelet: Bei der Universität circulirt eine Adresse für den Landtag, welche die meisten Professoren unterschrieben haben. Ich war der Erste, der entschieden gegen die Adresse auftrat. — Ein Anderer: Aus Oberschlesien ist eine Adresse, von den Standesherren ausgehend, eingetroffen, welche ein neues Wahlgesetz beantragt, des Inhalts, daß Jeder, der directe Steuern zahlt auch Wähler sei. — Noch ein Anderer: Bei den hiesigen Bürgern geht eine Adresse um, die nur die Besitzer eines eigenen Hausstandes zu Wählern haben will.

Assessor Jung: Eine Deputation aus Cöln hat mich beauftragt, die Mitglieder des Vereins zu einer Versammlung bei Mielentz morgen Nachmittag um fünf Uhr einzuladen, um dort gemeinschaftlich die Landtagsfrage zu besprechen. — Ein Anderer: Aus Trier ist eine Adresse desselben Inhalts, wie die unsere, eingegangen. — Noch ein Anderer: Wie ich erfahre, bieten die Bezirksvorsteher und die Hauptleute der Bürgergarde Alles auf, um die Bürgerschaft für den Landtag zu gewinnen und zur Unterschrift einer in diesem Sinne abgefaßten Adresse zu bewegen. — Die Versammlung beschließt, nach diesen Mittheilungen, die gegen das Zusammenkommen des Landtages geltenden Gründe den Bürgern sowohl, als den Handwerkern auf jede mögliche Weise, durch Adressen, durch Zeitungen und durch Maueranschläge zugänglich zu machen; ebenso beschließt sie, den Handwerkern, unter denen noch große Unwissenheit über die Bedeutung des Wahlgesetzes herrsche, dieselbe kurz und verständlich zu erläutern. — Die nächste Frage, die zur Debatte kam, war die Preßfrage. In Bezug auf diese lagen 4 Anträge vor: 1) Der Club möge kein Blatt aus seiner Mitte erscheinen lassen, sondern nur durch seine Mitglieder in anderen Zeitungen wirken; 2) der Club möge eine Zeitung mit großen Mitteln gründen und dieselben durch Actienzeichnung zusammenbringen; 3) solle der Club, jedesmal wenn es seine Interessen erforderten, aber auch nur dann, ein fliegendes Blatt, unter dem Namen Clubblatt, herausgeben, in welchem Falle er auch die nach dem neuen Preßgesetze noch erforderliche Caution ersparen würde. Die dritte Ansicht wurde mit großer Majorität zu der des Clubs gemacht.

Unterdessen ist Hr. v. Brandt, der Deputirte der Versammlung in der Adreßangelegenheit, von dem Minister Grafen v. Schwerin zurückgekommen und hat eine günstige Antwort in Bezug auf die Audienz bei Sr. Majestät dem Könige mitgebracht. Hr. v. Brandt eröffnet ferner, daß der Minister die Bildung des Clubs gutgeheißen und denselben auf dem betretenen Wege weiterzugehen gebeten habe. Der Minister werde auch ferner die Ansichten des Clubs entgegennehmen. Sein persönliches Erscheinen sei in einer der nächsten Sitzungen zu erwarten. (Man gratulirt von mehreren Seiten Hrn. v. Brandt über die glückliche Ausführung seines Auftrages.)

Hierauf liest Hr. Held eine von ihm selbst verfaßte Adresse vor, mit dem Antrag, dieselbe dem Landtage zu überreichen, falls dieser dennoch, wider Erwarten der Versammlung, zu Stande käme. In derselben ist die Aufforderung enthalten: der Landtag möge sich als constituirende Versammlung für incompetent erklären und an die Krone, (als einzige aus der Revolution übriggebliebene provisorische Regierungsgewalt) das Gesuch richten, eine aus Urwahlen hervorgegangene constituirende Nationalversammlung zu berufen, für welche jeder großjährige preußische Staatsbürger Wähler und wählbar sei.

Diese Adresse fand vielen Anklang, doch machten sich auf der anderen Seite die gewichtigsten Gegengründe geltend. — Hr. v. Förster erklärte: die Versammlung würde sich im Widerspruche mit sich selbst befinden, wenn sie auf den Vorschlag des Hrn. Held einginge, weil sie in ihrer ersten Adresse von gar keinem Landtage wissen wollte. Erst er-

kläre sie ihn für eine Unmöglichkeit und jetzt wolle sie ihn wieder als vorhanden voraussetzen, jetzt werde ihr zugemuthet, ihn durch eine an ihn gerichtete Adresse anzuerkennen! Finde der eben verlesene Entwurf Beifall, so möge man ihn an die einzelnen Mitglieder des Landtages richten, sogleich drucken lassen und auf jede mögliche Weise verbreiten. — Hr. Julius sprach in demselben Sinne und erbot sich, die Adresse in seine Zeitung aufzunehmen. — Hrn. v. Brandt aber gelang es, die ganze Versammlung, die erst für Hrn. Held zu sein schien, umzustimmen. Unter anhaltendem rauschenden Beifall der Anwesenden sprach er mit Enschiedenheit gegen jeden Landtag und entwickelte in einer längeren Rede die Gründe, die eine Adresse an denselben nicht gestatten. Er erbot sich in der Audienz, Sr. Majestät dem Könige frei und offen darzustellen, wie der alte Landtag eine Unmöglichkeit geworden, wie er zu dem alten Systeme gehörig auch mit ihm gefallen sei. Die Rede des Hrn. Brandt bewirkte, daß bei der Abstimmung der ursprüngliche Antrag des Hrn. Held verworfen und beschlossen wurde: die Adresse sogleich an die einzelnen Mitglieder des unmöglich gewordenen Landtages zu richten.

Versammlung bei Mielentz, am 28. März. Bürger aus Cöln waren bei Meinhardt mit Berliner Bürgern zusammengetroffen und hatten daselbst über Einberufung oder Nichteinberufung des Landtags gesprochen. Obgleich sie ziemlich einig wurden, daß es besser sei, wenn der Landtag nicht zusammenkomme, hielten sie doch das Thema für nicht völlig erschöpft und veranlaßten daher die in Rede stehende Versammlung im Mielentzschen Saale. — Zum Präsidenten wurde Hr. v. Holtzendorf-Vietmannsdorf gewählt. Hr. Assessor Bohl berichtet über zwei Versammlungen in der Rheinprovinz, die erste, aus 100 Personen, worunter 7 Landtagsdeputirte, bestehend, habe es durch eine Deputation dem Ermessen der Regierung überlassen, ob der Landtag zu berufen sei oder nicht. In der zweiten, 6000 Menschen starken, habe Hr. Stedtmann die Rechte des Landtags mit voller Beredsamkeit vertheidigt, aber dennoch eine glänzende Niederlage erlitten. Der Redner selbst erklärt sich im Interesse der Ausgleichung und Versöhnung gegen den Landtag. — Hr. Zacharias, Fabrikant, nimmt sich des Landtages an. Er hält ihn für das einzige noch bestehende gesetzliche Organ des Landes und ist der Meinnng, daß die Entwicklung, falls sie anders eine gesetzliche sein und bleiben wolle, nur durch ihn geschehen könne. Wenn ich Gewähr hätte, schließt der Redner, daß die Versöhnung, von der vorhin gesprochen wurde, ohne den Landtag einträte, ja, dann würde ich mich ebenfalls gegen ihn erklären. — Hr. Horwitz, Student, der aus Breslau gekommen, schildert die Stimmung in Schlesien, namentlich das Elend in den Weberdörfern, das täglich wachse, und zieht den Schluß, daß in jenen Gegenden die ernstlichsten Unruhen zu erwarten seien, falls nicht sofort zu den Urwahlen geschritten werde. — Hr. Borchardt aus Cöln dankt im Namen seiner Stadt den Berlinern nochmals für ihre That. Aus seiner übrigen Rede sind besonders folgende Punkte hervorzuheben: Jeder, der sein Blut verspritzt oder eingesetzt habe, müsse dafür wenigstens das Recht erhalten, seine Stimme für einen Vertreter herzugeben. Komme der Landtag zusammen, so seien neue Unruhen beinahe unvermeidlich, denn das Volk werde jedenfalls an ihn sociale Forderungen stellen, die er zu befriedigen nicht im Stande sei. — Hr. v. Brandt entwickelt in einer längeren, mit dem lebhaftesten Beifall aufgenommenen Rede, daß der Landtag auch gesetzlich eine Unmöglichkeit geworden. — Hr. Reineck hält nach der in Pommern, in der Priegnitz, Altmark und Neumark herrschenden Stimmung dafür, daß nicht durch den Landtag, sondern gerade durch die sofortige Anordnung der Urwahlen neue Verwickelungen zu befürchten stehen. — Hr. Wachter aus Cöln spricht in humoristischem Tone. — Nicht der Landtag, sondern der König repräsentire die einzige höchste legislative Gewalt im Lande. Wir wollen deshalb lieber von ihm kraft der Revolution unser Recht, als aus der Vergangenheit durch historisch genetische Entwickelung. Wir wollen das Wahlgesetz, kraft des Rechtes der Revolution, das Se. Majestät selbst anerkannt hat durch die Worte: „Von heut ist Alles" u. s. w. Was der Landtag thue, werde er nur aus Angst thun, und wer weiß, was bis zu seinem Zusammenkommen noch geschehen könne. Schon henken die Bauern in Westphalen, schon rührt sich Posen und Schlesien; also rasch ans Werk, denn die Zeit drängt. — Hierauf wird eine Adresse gegen den Landtag, welche mit der des politischen Clubs übereinstimmt, vorgelesen und unterschrieben.

Ein Pole macht den Berlinern den Vorwurf: sie hätten wohl einen Sieg erfochten, aber ihn nicht zu benutzen gewußt. Noch sei außer dem, wegen der hohen Cautionen unbefriedigenden Preßgesetze und außer einigen Versprechungen Nichts errungen. Er erklärt die Unabhängigkeit Polens als für die deutsche Freiheit unentbehrlich und fordert die Versammlung auf, von jetzt mit allen Kräften für jene Unabhängigkeit zu wirken.

„Es lebe Deutschland! es lebe Polen!" — Der Präsident v. Holtzendorf-Vietmannsdorf antwortet, daß die Deutschen allerdings nicht zunächst für die polnische, sondern für ihre eigene Freiheit gekämpft hätten, daß sie aber fortan mit und neben Polen stehen würden. Im Namen der Versammlung reicht er dem vorigen Redner die Hand, welcher sie als Symbol eines polnisch-deutschen Bündnisses entgegennimmt.

Herr W. Jordan (von Paris hergekommen) giebt ein Bild von dem Eindrucke, den die Nachrichten von den deutschen Revolutionen in Paris hervorgebracht. Unser Sieg, habe man gerufen, ist gesichert bis an das Reich des Czaaren! vive la republique universelle! Auf den Straßen seien Gruppen entstanden und aus den Fenstern habe man die Köpfe gesteckt. Die deutsche schwarz-roth-goldene Fahne sei neben der französischen getragen und mit ihr gekreuzt worden. Vive l'Allemagne! dieser Ruf war bisher in Frankreich noch nie erklungen. Ein Krieg mit Frankreich ist ein Unsinn und die ihn predigen, wollen uns nur zum zweitenmal übertölpeln, wie 1815. Der Eindruck, den die Nachrichten aus Wien und Berlin auf uns Deutsche in Paris gemacht, ist unbeschreiblich. Wir eilen her. Aber das Factum, daß wir hier reden, ist das einzige, aus dem ein Fremder schließen kann, daß eine Revolution gewesen ist. Barrikaden machen ist noch keine Revolution. Man spricht von einem constitutionellen König, den können wir noch bekommen, bis jetzt haben wir ihn nicht, bis jetzt leben wir in einer Zeit des Interregnums. Fortwährend kommen Deputationen aus den Provinzen und gehen wieder, ohne daß Etwas gefördert wäre. Ich mache nun den Vorschlag, daß wir sobald als möglich, heute, gleich, von hier aus Deputationen aus allen Provinzen einberufen, welche sich als provisorische Versammlung zu constituiren und so lange zusammen zu bleiben haben, bis die neue Versammlung aus den Urwahlen hervorgegangen und erschienen ist.

Nachdem noch mehrere Redner, theils in demselben Sinne, theils amendirend gesprochen haben, schreitet die Versammlung zu der Wahl eines aus Mitgliedern aller Provinzen zusammengesetzten Comité's, welches sich sogleich an die Arbeit macht, die im Jordanschen Vorschlage angeregten Deputationen einzuberufen.

Die Stadtverordneten-Versammlung verhandelte in ihrer Sitzung vom 28sten die Landtagsfrage; sie entschied sich für ein durch den Landtag zu berathendes Wahlgesetz und beschloß, eine in Gemeinschaft mit dem Magistrate ihrer Entscheidung gemäß abgefaßte Adresse an den König zu richten. Den Hergang dieser Angelegenheit stellen die weiterhin mitgetheilte Sitzungsberichte dar. — Die Zwölfer-Deputation der 18 rheinischen Städte — Aachen, Andernach, Barmen, Bonn, Breisig, Coblenz, Cöln, Crefeld, Düren, Düsseldorf, Elberfeld, Neuß, Remagen, Sinzig, Trier, Uerdingen, Viersen und Wesel — hatte inzwischen den königlichen Bescheid auf ihre Petition erhalten. In dieser war außer den allgemeinen Forderungen auch die Bitte um Entlassung der Grafen Arnim und Schwerin aus dem Ministerium („es herrscht ein Mißtrauen gegen diese Persönlichkeiten, welche die Hoffnung einer sicheren Zukunft zerstört") so wie um Aufhebung aller Steuerexecutionen und Erleichterung der Steuern für die arbeitenden Klassen ausgesprochen. Der Bescheid lautete:

Die durch eine Deputation von 18 rheinischen Städten mir überreichte Adresse vom 24. d. M. findet ihren wesentlichsten Theilen nach ihre Beantwortung in meinem unter dem 22. d. M. veröffentlichten Bescheid an die Deputationen der Städte Breslau und Liegnitz. Im Begriffe, dem in wenig Tagen zusammentretenden Vereinigten Landtag ein neues Wahlgesetz vorlegen zu lassen, auf Grund dessen die schleunigste Wahl und Berufung der zugesagten Volksvertretung ohne Verzug erfolgen soll, glaube ich, eine befriedigende Lösung aller in der Adresse ausgesprochenen Wünsche durch Beschlußnahme der neuen Volksvertretung um so sicherer herbeiführen zu können, als auch die anderweitig gestellten Anträge zur Erwägung kommen werden. Der in der Adresse ausgedrückte Mangel an Vertrauen zu einigen Mitgliedern des Ministeriums veranlaßt mich zu folgender Eröffnung.

Je bestimmter mein Entschluß, je fester meine Ueberzeugung von der unerläßlichen Nothwendigkeit ist, mich nur mit Räthen zu umgeben, welche, vor der Volksvertretung verantwortlich, das volle Vertrauen derselben genießen, desto mehr liegt es mir ob, auch hierüber die Stimme der gesetzlichen Organe entscheiden zu lassen, welche in kürzester Frist zunächst noch auf dem Vereinigten Landtage, sodann aber unverkennbar durch die neu zu bildende Volksvertretung zu vernehmen sein wird. Es ist mein ernster Wille, schnell und entschieden, aber friedlich und besonnen, dem Ziel entgegenzugehen, wodurch allein den großen Institutionen eines Staats für die Zukunft bleibende Dauer verbürgt ist. Ich fordere meine getreuen rheinischen Städte auf, mich in der Durchführung meines Vorsatzes kräftig zu unterstützen. Potsdam, am 28. März 1848. (Gez.) Friedrich Wilhelm.

Die beiden Deputationen der Volksversammlung vom 26sten wurden vom Könige, nachdem er wieder von Potsdam zurückgekehrt war, am 29sten in zwei verschiedenen Audienzen empfangen. Die eine, bestehend aus den Herren Urban, Eckert, Bittkow und William Sußmann, überreichte dem Könige ihre sieben Bitten mit angehängten Erläuterungen der einzelnen Punkte. Der officielle Bescheid läßt „den Inhalt der Adresse mit den übrigen gleichartigen Anträgen erwogen und berathen werden." Ueber die Audienz selbst berichtete die Deputation in der Allgem. Preuß. Zeitung:

Nachdem die Adresse in die Hände des Herrn Ministers von Auerswald gelegt war, erschienen Se. Majestät und richteten huldvolle Worte an die Mitglieder der Deputation. Der Sprecher Herr Eckert sprach hierauf ungefähr folgende Worte: Wir haben uns gedrungen gefühlt, Eurer Majestät die Liebe des Volkes, welche sich in der ersten großen Volksversammlung am 26. d. M. kundgethan hat, auszusprechen, so wahr und treu, wie sie im Volke lebt, und sind in der Absicht gekommen, die Wünsche desselben an den Stufen des Thrones niederzulegen. — Darauf erwiederte Se. Majestät gerührt: „Ach! Ich liebe das Volk mehr, als es Mich lieben kann! Es hat sich in Berlin so hochherzig gegen Mich benommen, wie es sich vielleicht in keiner andern großen Stadt der Welt benehmen würde. Sagen Sie dies dem Volke!" — Nachdem die Deputation noch Protest gegen das nach dem Schlusse der Volksversammlung gebildete Comité bei Sr. Majestät eingelegt hatte, wurde die Deputation huldvoll entlassen.

Die andere Deputation, bestehend aus den Herren J. Berends, Bisky, Brill, Meyer, Reinhardt und Rieß, überreichte Nachmittags gegen fünf Uhr in ihrer Adresse sechs mit denen der vorigen gleichlautenden Bitten; die siebente war, im Widerspruch mit jener auf „Zurücknahme der Einberufung des Landtages ꝛc." gerichtet. Ueber den Inhalt der Audienz berichtete diese Deputation:

Nach gehaltenem Vortrage wiesen Se. Majestät im Allgemeinen auf den der Breslauer Deputation ertheilten Bescheid hin und äußerten, wie die allgemeine Erziehung des Volks mit einer wohlfeilen Regierung nicht vereinbar sein würde. Im Uebrigen ließen sich Se. Majestät auf eine nähere Erörterung der einzelnen Anträge nicht ein, sondern ertheilten uns kurz den Bescheid, daß dieselben durch die geordneten Behörden zur Erledigung kommen würden.

Ein Mitglied derselben Deputation erstattete einen etwas ausführlicheren Bericht über die Audienz in der Sitzung des politischen Clubs vom 29sten. (S. unten.)

Während der Bescheid des Königs an die rheinische Deputation diese selbst vollkommen zufriedenzustellen schien — die Mittheilung eines Mitgliedes der-

selben im constitutionellen Club spricht dies hinlänglich aus — glaubte die Deputation der cölner Bürgerschaft sich noch nachträglich öffentlich gegen die Forderungen jener Gemeinde-Deputirten verwahren zu müssen. Ein Ecken-Anschlag enthielt folgende:

Erklärung der Deputation der Bürgerschaft der Stadt Cöln. — Durch die von einer Deputation 18 rheinischer Städte an Se. Majestät gerichtete Petition und durch die hierauf erfolgte Antwort ist ein Zweifel entstanden, ob die vom Volke gehegten Befürchtungen gehoben, und die Wünsche derselben erfüllt worden seien.

Zur Beseitigung dieser Zweifel erklären die unterzeichneten, in einer großen Bürger-Versammlung zu Cöln erwählten Deputirten:

1) Daß sie nicht zu jenen Deputirten der 18 Städte gehören.
2) Daß jene Deputation der 18 Städte von den Stadtverordneten abgeschickt ist, ohne die Stimmen des Volkes zu hören, daß demnach jene Stadtverordneten-Deputation, nach dem alten Wahlgesetz erwählt, unmöglich die Wünsche des Volks aussprechen kann, daß sogar die bedeutendsten Städte vom Rheine gegen den Schritt der Deputation in öffentlichen Blättern protestirt haben.
3) Daß überdies jene Beschlüsse der Stadtverordneten bereits vor 14 Tagen erlassen, und die Deputirten mit deren Ausführung beauftragt worden sind, daß aber augenscheinlich bei dem inzwischen stattgefundenen Umschwunge der Ideen die Meinungen der Schlesier, Ostpreußen, Westphalen und der Rhein-Provinz sich dahin fixirt haben:

„daß Sr. Majestät sofort ein, auf Urwahlen basirtes Wahlgesetz erlassen möge, ohne vorher den Landtag, welcher das Vertrauen des Landes nicht besitzt, zu hören."

Jeder entschiedene, die Zeit-Verhältnisse klar überschauende Mann wird einsehen, daß nach dem Erlaß eines solchen Wahlgesetzes die Gemüther beruhigt, das Vertrauen hergestellt, und ein geregelter Zustand wieder herbeigeführt wird; wohingegen andererseits die Gefahr droht, daß bei dem Zusammentritt des Landtags die Unruhe fortdauert, die Befürchtungen sich steigern, und die größten Unordnungen entstehen können.

Mögen darum die Berliner Bürger die Ueberzeugung gewinnen, daß nur rasches Handeln uns retten kann, und mögen sie deshalb, vereint mit den übrigen Abgeordneten, den König bitten, das vorgeschlagene provisorische Wahlgesetz sofort zu erlassen.

Berlin, den 29. März 1848.

Bauendahl, Bohl, Borchardt, Schützendorf, Wachter.

Gleichzeitig mit der durch die cölnische Bürger-Deputation veranlaßten Versammlung bei Mielentz (am 28sten) fand im Bahnhofsgebäude der Berlin-Potsdamer Eisenbahn eine Versammlung statt, zu der die Herren Ludwig Crelinger, E. Furbach, L. Augustin, Dr. Küttge, Otto Crelinger, Dr. W. Behr, Professor H. Rose eingeladen hatten. Es galt der Bildung eines neuen Clubs und jene Herren drückten in ihrer Aufforderung vom 25sten den Wunsch aus, daß die auf den 28sten Nachmittags 5 Uhr anberaumte Versammlung, „von allen Klassen der Bürger" besucht werde, damit Jeder sich überzeuge, „daß der Geist der Versammlung kein egoistischer, die Bevorzugung Einzelner anstrebender sein" werde. Als ihren Wahlspruch gaben die Herren an: „Ordnung ohne Freiheit ist Despotie; Freiheit ohne Ordnung ist Anarchie. Nichts ohne das Volk; nichts ohne den constitutionellen König." Der Aufforderung zum Besuche der Versammlung war folgende Einleitung vorangeschickt:

Das bedeutendste der durch die denkwürdigen Ereignisse vom 18. März c. errungenen Rechte ist das der freien Association. Es wird, richtig geübt, wesentlich dazu beitragen,

die Bürger theils über ihre Interessen aufzuklären, theils ihnen die Fähigkeit darbieten, sich darüber zu verständigen. Die freie Presse allein vermag dies nicht. Sie ist, wo und wie sie auftreten möge, immer nur die Stimme Einzelner. Ihr fehlt die Anregung des lebendigen Wortes. — Nach den heftigen Bewegungen der letzten Tage wird — dies ist unfehlbar — sich der Wunsch nach unbedingter Ruhe, vielleicht Erschlaffung einfinden. Sie ist in doppelter Weise gefährlich. Sie eröffnet auf der einen Seite einer, wenn auch nicht für den Augenblick zu befürchtenden, doch immerhin zu bekämpfenden Reaction, auf der anderen dem Uebergriffe von Bewegungen den Weg, die in ihrer maßlosen Haltung Besorgnisse bei denjenigen hervorrufen, welche dringend wünschen, das Errungene in seinem ganzen Umfange festzuhalten und auf diese Grundlagen sich stützend den Ausbau unserer Verfassung mit Besonnenheit zu vollenden. — Es ist deshalb wünschenswerth, einen dauernden Vereinigungspunkt für alle Bürger zu schaffen, denen es am Herzen liegt, auf dem Wege der Ordnung die Freiheit zu bewahren und zu befestigen.

Die zur Versammlung auffordernden Herren hatten zugleich der getroffenen Vorsorge erwähnt, daß die Verhandlungen durch Stenographen aufgezeichnet und dem Publicum so schnell als möglich bekannt gemacht werden würden. Doch „die Nothwendigkeit, die Mitglieder des Clubs nicht durch Geldbeiträge in Anspruch zu nehmen" so wie das Engagement sämmtlicher Stenographen für den Landtag machten das gegebene Versprechen „unerfüllbar." Gleichwohl reichen die vorhandenen Zeitungsberichte zu einer hinlänglichen Charakteristik der Versammlung aus. Das Comité (bestehend aus den genannten Personen) konnte der Versammlunng in den ersten Constituirungsgeschäften schon ziemlich fertig entgegentreten. Dem Verein war die Bezeichnung: constitutioneller Club gegeben; die auffordernden Herren hatten sich am 27sten als provisorisches Comité vorläufig constituirt, einigen Mitgliedern bereits Functionen zuertheilt und auch Gegenstände für die Debatte vorbereitet. Die Mitglieder Dr. Glaser, Dr. Rüttge und Ernst Kossak übernahmen das Secretariat, Hr. L. Crelinger den Vorsitz und Hr. Augustin die Vertretung des Vorsitzenden. Die Zahl der Versammelten war so groß, daß vielleicht nur ein Drittheil in den Saal gelangen konnten, die Uebrigen blieben einstweilen im Freien. — Hr. Crelinger eröffnete die Sitzung im Saale des Bahnhofsgebäudes mit folgendem Vortrage:

Tief durchdrungen von der Pflicht jedes Bürgers, nach allen Kräften zur Ausbildung der Verhältnisse beizutragen, die unser Vaterland auf die Höhe stellen, welche ihm unter den Nationen Europa's gebührt, haben wir uns erlaubt, Sie zur einigen Mitwirkung aufzurufen. Werfen wir einen Blick auf die Geschichte der letzten 30 Jahre. Die Freiheit war das Losungswort, welches tausende von Männern und Jünglingen unter die Waffen rief. Sie errangen den Sieg in denkwürdigen Schlachten. Kaum zur Ruhe zurückgekehrt, fiel das Schicksal des deutschen, mit ihm des preußischen Volkes, der Willkür von Männern anheim, welche für das Wohl der Nation keinen Sinn hatten und uns mit Fesseln belasteten, die viele von uns zähneknirschend ertrugen. Soll ich an die Beschlüsse des Jahres 1819, die Ergebnisse des Congresses zu Verona, der Ministerial-Conferenzen von München-Grätz erinnern? Soll ich erwähnen, wie Männer die ihrer Ueberzeugung treu, das Wort erhoben gegen die tyrannische Allgewalt der Bureaukratie, ihrer Freiheit unter schmählichen Verdächtigungen beraubt wurden? Lassen Sie die Gefängnisse Deutschlands, lassen Sie Cöpnick und Mainz für mich reden. — Was gewann unser Vaterland dadurch? Lassen Sie es mich mit einem Worte ausdrücken: Gährende Unzufriedenheit des Volkes, kraftlose weil willkürliche Administration nach Innen, Mißachtung nach Außen! Ein Tag — ein Tag des Kampfes genügte, jenes Gebäude zu stürzen und den lang unterdrückten Rechten des Volkes glänzende Anerkennung zu gewähren. Aber der aus dem Kampfe

hervorgegangene Sieg, soll er dem Volke nicht wieder entrissen werden, erheischt eine feste Begründung seiner Resultate. — Wie erlangen wir diese? Es ist bei Beantwortung dieser Frage der ruhige, der Gesetzlichkeit zugewandte Sinn der Deutschen in Rechnung zu tragen. Aber nicht jener schlechten Gesetzlichkeit, welche die öffentliche Stimme mit dem Namen der Maßregel-Wirthschaft gebrandmarkt hat, sondern der Gesetzlichkeit, in welcher die Bedürfnisse des Volkes in intellectueller, wie in materieller Hinsicht ihre wahre Erledigung finden. — Gegen jene schlechte Gesetzlichkeit haben wir mit allen Kräften, mit aller Wachsamkeit anzukämpfen. Täuschen wir uns nicht. Es giebt noch genug im Düstern wirkende Elemente, bemüht, die Errungenschaften der letzten Tage zu trüben oder gar zu vernichten. Bewahren wir uns vor jedem Schritte, der uns zur alten Despotie zurückführt. Seien wir Eines Sinnes, Eines Herzens. Erkennen wir an, daß die neusten Akte europäischer Umgestaltung eine wahre, alle Verhältnisse durchdringende Revolution enthalten, daß die Widergeburt aller bürgerlichen Verhältnisse, vom Throne bis zu dem letzten Mann im Volke das Ziel sei, welches wir anzustreben haben und welches allein geeignet ist, uns nach Innen wie nach Außen zu kräftigen. — Wahren wir uns aber nach der anderen Seite hin vor den Uebereilenden, die an einem Tage aufbauen wollen, was allein das Werk der Besonnenheit sein kann. Wir stehen ferne jeder Verdächtigung der Gesinnung jener Männer, aber sie sind in einem Irthume befangen. Das Beste wollend, untergraben sie das Gute. — Was die neuere Geschichte unsers Vaterlandes heraufbeschworen, was von dem Throne aus theils uns dargeboten, theils in die nächste Aussicht gestellt ist, wollen wir als die Grundlage betrachten, die wir zu festigen haben, und auf welche hin die Wünsche ihre Erfüllung finden werden, welche den Bedürfnissen der Nation angemessen erscheinen.

Die Antwort des Königs auf die Breslau-Liegnitzer Adresse enthält die wesentlichsten der errungenen Güter. — Preßfreiheit, obgleich das Gesetz darüber nicht ohne Makel ist und viel Spielraum zu Abänderungen läßt. — Das Recht der Association nebst der Freiheit des Wortes, welche vor 14 Tagen noch unterdrückt uns jetzt hier vereint. Eines jener ewigen unveräußerlichen Rechte des Menschen, in denen er nie eine Bevormundung ertragen darf. — Die Unabhängigkeit des Richterstandes. — Religionsfreiheit endlich und somit das Ende der Verfolgungen Andersgläubiger, ja Andersdenkender.

Wir sind von der Ueberzeugung durchdrungen, daß nichts geeigneter ist, uns in die Arme der Reaction zu werfen, als der Umsturz alles Vorhandenen, der zuletzt nur auf Anwendung roher Gewalt beruhen kann. Jede Gewalt aber verfehlt ihren Zweck; sie erbittert die Gemüther; sie läßt gerade das eintreten, was sie zurückzudrängen beabsichtigt. — Lassen Sie uns die praktischen Fragen des Tages, wie sie nach einander auftauchen, mit Ruhe und Klarheit beleuchten. Hoffen wir, daß daraus nicht nur für uns, auch für unsere Mitbürger eine reiche Belehrung erwachse, und bilden wir auf diese Art die festeste Grundlage für das Wohl der Nation, für die Kraft einer volksthümlichen Regierung und für die Ehre des Thrones. Möge es uns gelingen, auch durch die Form unserer Debatten den parlamentarischen Sinn hervorzurufen und zu stärken, dessen segensreiche Wirkungen uns der Hinblick auf ein gemeinschaftliches Brudervolk vor die Augen führt.

Nachdem einzelne aus der Versammlung erhobene Widersprüche vom Vorsitzenden „schlagend widerlegt," eine Ansprache des Hrn. Petersen von Jenem „nur ungern als ein Mißverständniß bezeichnet," der Bemerkung des Hrn. Klahm: daß man die glücklichsten Gedanken oft plötzlich auf seinem Platze habe, entgegengesetzt worden, daß man dem, der einen glücklichen Gedanken concipirt habe, auch die Kraft zutrauen müsse, denselben festzuhalten — erschienen von den unten im Freien Stehenden abgeordnet die Herren Dr. Löwinson und Dr. Paul Förster, welche eine Wiederholung des Vortrages über das Programm der Versammlung für die außerhalb des Saales Versammelten forderten. Die ganze Versammlung begiebt sich hierauf in's Freie. — Ueber die nun folgenden Verhandlungen berichtet die Voss. Zeit.:

Zuerst ward von einer Fensterbrüstung herab eine Rede gehalten, in welcher der einzuberufende Landtag als das geeignetste Organ, das neue Wahlgesetz zu votiren, bezeich-

net wurde. Der Redner suchte eine Abstimmung darüber zu veranlassen, die auch in der Majorität für seine Ansicht ausfiel, allein Hr. Crelinger trat in diesem Augenblick hervor, und setzte auseinander, wie im gegenwärtigen Moment noch keine Debatte stattfinden könne, da die Resultate gar nicht festzustellen seien. Die Gesellschaft müsse erst organisirt werden. Viele verlangten jetzt das Programm zu hören, welches Hr. Crelinger dahin resumirte, das der Zweck des Vereins dahin gehe, die Errungenschaften der letzten Tage fest zu halten, und sie eben so gegen jede Reaction wie gegen jedes Ueberstürzen zu schützen. Diese Erklärung folgte ein einstimmiger, lauter Beifall. Nach einigen Zwischenverhandlungen und Reden, die nicht von Erheblichkeit waren, hatte sich wiederum ein Theil der Anwesenden in den Saal begeben, wo die Organisationsfragen für den Club berathen wurden, und zugleich Unterzeichnungslisten auslagen. Indeß die Theilung der Versammlung machte auch jetzt feste Beschlüsse unmöglich, und man kehrte wieder ins Freie zurück, um den Bericht eines der rheinischen Deputirten (Hrn. Dietz aus Düsseldorf) über die Antwort, welche der König der Deputation der rheinischen Städte ertheilt, zu hören. Herr Dietz verlas nun das bereits früher mitgetheilte königliche Antwortsschreiben, und drückte sich darüber im höchsten Maße befriedigt aus. Zum Schluß rief er die Worte: „Wer mehr will als das, der weiß nicht was er will!" Die Versammlung stimmte mit lautem Ruf ein. Der Redner trat jetzt noch einmal auf, und sprach sichtlich erwärmt ungefähr Folgendes: „Den Brüdern in Berlin nur noch ein Wort! Der Sieg der Bajonette über das Volk ist nunmehr auch in Deutschland eine Unmöglichkeit geworden. Dagegen droht uns die Gefahr der Anarchie. Der müssen wir entgegenkämpfen, Mann an Mann, Mund an Mund, Arm an Arm (und Herz an Herz rief eine Stimme dazwischen) ja, Herz an Herz wiederholte der Redner! Mit diesen Hoffnungen und Gesinnungen kehre ich in meine Heimath zurück. Die gesetzliche Freiheit muß bewahrt werden, sonst verfallen wir der Tyrannei, es sei die von oben oder die von unten!" — Diese Worte hatten eine freudige Aufregung erzeugt. Hr. Crelinger trat jetzt noch einmal auf die Brüstung, und erklärte die Versammlung für heut geschlossen. Doch hoffe er, daß sie sich schon am Donnerstag in einem geräumigeren Lokal in der Mitte der Stadt wieder werden vereinigen können.

Wir schließen diesem Berichte den über die nächstfolgende „erste ordentliche Sitzung des constitutionellen Clubs" an. Wie der Club gleichsam zu seinen fertigen Prämissen die zählte, daß das neue Wahlgesetz durch den Landtag berathen werden müsse, so nahm er auch den Landtag selbst schon als zu Stande gekommen an und berieth sofort einige auf diese ständische Versammlung bezüglichen Punkte. Der Bericht der Voss. Zeit. lautete:

Der constitutionelle Club hielt am Freitag, 31sten, Abend im Mielentz'schen Lokale seine erste ordentliche Sitzung. Ueber 500 Personen, allen Ständen angehörig, waren anwesend. Der Vorsitzende — oder, wie er genannt werden soll, der Sprecher — Hr. Oberlandesgerichtsrath Crelinger eröffnete die Sitzung. Vor der Debatte wird die Tagesordnung bekannt gemacht. Sie enthielt zwei Themata: 1) über die Oeffentlichkeit des zweiten Vereinigten Landtages; 2) über das neue Wahlgesetz. Der erste Punkt gab wenig zu bemerken. Alle erklärten, daß sich die Oeffentlichkeit der Sitzungen des Landtages von selbst verstehe und nur der Raum ein Hinderniß vollständigerer Oeffentlichkeit sein könne. Man beschloß daher auch keine Adresse mehr darüber an die Regierung zu richten. Lebhaftere Debatten erregte der zweite Punkt über das neue Wahlgesetz. Besonders sprach der Präsident Lette in ausgezeichneter, den allgemeinsten Beifall findender Weise, indem er auf die „glorreiche Gesetzgebung von 1807" zurückging nnd nachwies, wie ein festes Staatsgebäude von unten auf errichtet werden, wie die Landgemeindevertretung die Hauptgrundlage der Staatsvertretung bilden müsse. Auch andere Redner wurden mit vieler Anerkennung gehört. Die Abstimmung über diese wichtige Frage wurde jedoch noch für zu früh gehalten und daher die Debatte bis zum Sonntag (2. April) vertagt. — Ebenso verschob man Berathung und Beschlußnahme über einen weiteren Antrag des Hrn. O. Crelinger, ein Wahl-Comité zu bilden, welches mit Comité's in den Provinzen sich in Verbindung setzen und die Leitung der bevorstehenden Wahlen übernehmen solle.

VIII. Berlin erhält wieder Militair. — Verhandlungen der städtischen Behörden, der Bürgerwehr, der Club- und Volksversammlungen über das Hereinziehen von Truppen. Garantieen für die Bürgerwehr.

Schüchtern war der erste Versuch gemacht worden, Berlin wieder mit Militair zu versehen. Die Vorbereitungen mißglückten, der Versuch vom 21sten ward als gescheitert angesehen. Der Wechsel der Stimmungen, der schon einige Tage später es möglich gemacht, daß diese Frage mit Ruhe erörtert, daß selbst öffentlich Vorschläge über das Hereinziehen genau bezeichneter Truppentheile gemacht werden konnten, ist bereits dargestellt und erklärt worden. Der größere Theil der Bürgerschaft wünschte wieder „einiges Militair;" freilich sollten es nicht die Truppen des 18. März, sondern „bürgerfreundliche" sein, und als solche glaubte man besonders das 20. und 24. Regiment bezeichnen zu dürfen, die beide überwiegend aus geborenen Berlinern beständen. Von Personen, die zum Theil direct mit der militairischen Umgebung des Königs, als den eigentlichen Urhebern des Planes zur Wiedererlangung von Truppen, in Verbindung standen, wurde eifrig die Verbreitung von Adressen, mit der Aufforderung zu zahlreicher Unterzeichnung betrieben, damit kein Zweifel über die öffentliche Stimme, welche die Truppenhereinziehung verlange, vorhanden sei. — In der That bedeckten sich diese Adressen in wenigen Tagen (bis zum 27sten) mit etwa 14,000 Unterschriften, zu denen später noch mehrere hundert hinzukamen. Auch petitionirten Gewerbtreibende, Tabagisten, Victualienhändler u. s. w., deren Erwerb durch den Wegzug der Truppen von Berlin empfindlich gelitten, um theilweise Rückkehr von Militair. — Für Hrn. Urban, den Besitzer des königlichen Handschreibens vom 21sten, war denn endlich die Zeit gekommen, mit seiner Proclamation, deren früher erwähnt, vor das Publikum zu treten. Die Bezeichnung „im Auftrage des Comité's der Volksversammlung" gab der Proclamation bei ihrem ersten Erscheinen an den Straßenecken, am 28sten, das Ansehen eines erst in Folge der Volksversammlung entstandenen Productes. Dieses lautete:

Mitbürger Berlins! Das Vertrauen, das uns ein Theil der Mitkämpfer für Recht und Wahrheit in den heißen Tagen geschenkt und die Liebe für das Gesammtwohl gaben uns den Muth und die Kraft, vor unseren König zu treten. Um den Thron mit dem Volke fest zu verbinden, stellten wir zur Begründung einer ruhigen Zukunft folgende Bitten: 1) daß Militair in unsere Stadt zurückkehre und 2) daß bei dem Militair eine Amnestie für alle Subordinationsvergehen eintrete, wie beim Civil für alle politische Vergehen. — Beide Punkte wurden uns sofort von Sr. Majestät mündlich gewährt und wir zur Ausführung des ersten Punktes durch eigenhändige Kabinetsordre bevollmächtigt. — Brüder! Wir haben unseren König gesprochen, wir haben uns überzeugt, wie herzlich und innig er uns liebt und wie mächtig sein Ver-

trauen in den Tagen der Gefahr gewachsen ist! Wir bitten Euch im Namen des Königs, im Namen des Vaterlandes, im Namen der ganzen deutschen Nation: „Lasset uns seine Freunde sein, lasset uns einig bleiben in dieser ernsten Zeit, wie wir brüderlich einig waren in den Stunden des Kampfes. Ein Jeder stehe an seiner Stelle unerschütterlich fest, Jeder wirke nach Einsicht und Kräften zur Vermittelung und zur Versöhnung zwischen Volk und Fürst, zwischen Bürger und Militair, zwischen Partei und Partei. — Dann erst ist unser König mit vollem Vertrauen umgeben, von Bürger und Soldat geliebt und wird als ein wahrhaft constitutionelles Oberhaupt unsere Rechte vertreten und sie für uns heilbringend bewahren können. Nur dann kann jede gerechte Bitte erfüllt, jeder Mißbrauch abgewendet, Haß und Feindschaft vernichtet und Liebe und Einigkeit in die Gemüther zurückgeführt werden. — Brüder! Zum Siege der Freiheit sind traurige Tage nothwendig gewesen, viele liebe und theure Opfer sind gefallen! Gott wird solche Tage nicht wiederkehren lassen, wenn sie nicht durch Mangel an Liebe hervorgerufen werden. Gehen wir daher mit gutem Beispiele voran, reichen wir denen, die gegen uns gekämpft, die versöhnende Bruderhand und vergeben wir von ganzem Herzen das Geschehene. Es wäre eine Schmach für Berlin, für Preußen, ja für das ganze deutsche Vaterland, wenn wir wegen Ueberschreitung Einzelner das Ganze ausstoßen und die, welche ihre Pflicht gethan, als die Schuldigen ansehen wollten. Die gräuelvolle Ueberschreitung menschlicher Schranken wird in den Einzelnen ihren inneren Richter finden: sie werden die Stellung aufgeben, die sie so schrecklich mißbrauchten. Bedenken wir, daß Viele von uns einst auch an ihrer Stelle standen: bedenken wir hauptsächlich, daß für die militairische Erziehung eine neue Gestaltung, eine bürgerliche Grundlage errungen ist. — Auch sie, die Soldaten einer verflossenen Zeit, sind durch unseren Kampf belehrt worden: daß mit starrer Gewalt — mit Kugeln und Schwertern — eine moralische Ueberzeugung nicht zu besiegen ist, und so wird mit Gottes Beistande kein deutscher Fürst ferner die ihm von Gott anvertraute Macht gegen sein Volk mißbrauchen. Gleichwie nun die lieben Gefallenen in Eintracht und Frieden ruhen, so laßt uns, die Ueberlebenden, brüderlich und einig sein und das schwer Errungene bewahren! Friede und Einigkeit schützt, belebt und nährt. — Brüder! Lasset die, die unseren Muth und unsere Ausdauer kennen gelernt haben, auch unsere Liebe kennen lernen; sie werden, sie müssen uns wieder lieben. Versöhnung sei der Grundstein zu dem neuen Bau des Vaterlandes. Also vorwärts, Ihr Brüder! Mit Gott für Vaterland und König.

Im Auftrage des Comité's der ersten Volksversammlung.

Urban, praktischer Thierarzt erster Klasse. Eckert, Bürger und Kleidermacher.
Bremer, Kattundrucker und Cigarrenmacher.

Die Hindernisse, welche acht Tage früher sich der Veröffentlichung dieses oder ähnlicher Aufrufe entgegenstellt, waren oder schienen jetzt nicht mehr vorhanden. Gestützt auf die 14,000 Unterschriften, gestützt auf die Zustimmung der Mehrheit in der Bürgerwehr, konnte man jetzt die einmal angeregte Sache offen und eiliger betreiben. Bei dem Zusammenwirken der verschiedenartigsten, bekannten und unbekannten Umstände, bei der Verbindung, in die sich von den ersten Tagen der neuen Epoche an, absichtsvolles und wohl bewußtes Handeln, mit absichtslosen, des eigentlichen Zweckes wenig bewußten Kundgebungen der Bürgerschaft zu setzen gewußt hatte, erscheint die Frage, welche Behörde etwa die Initiative in dieser Angelegerheit ergriffen, überflüssig. Gleichwohl hat zwei Jahre später der berliner Magistrat es sich gefallen lassen, daß ihm das Verdienst, die entscheidenden Schritte für die Wiederbesetzung Berlins mit Militair gethan zu haben, zugeschrieben wurde. Diese Behauptung erregte zwar öffentlichen Widerspruch, der sich sogar auf alle jener Behörde zuerkannten ähnlichen „Verdienste" erstreckte; der Magistrat aber ließ darauf zu seiner Rechtfertigung folgende „Thatsache" anführen: „Am 28. März beschloß der Magistrat in Folge von Petitionen vieler Bürger, das Gesuch um Wieder-

besetzung der Stadt mit Militair; am 29sten schloß die Stadtverordneten-Versammlung sich diesem Gesuche an; an demselben Tage begab sich ein Magistrats-Commissarius auf Ersuchen des Herrn Commandeurs in die zu diesem Zwecke berufene Versammlung der Bataillons-Chefs und Hauptleute der Bürgerwehr, trug den Beschluß der Communalbehörde vor, und erhielt Zustimmung. Der damalige Commandant von Berlin hatte die Möglichkeit der Heranziehung von Militair in den folgenden Tagen bereits zugesagt . . ." Dieser Thatsache wurde nun wiederum die Behauptung entgegengesetzt, daß „nach Ausweis des Parolbuches" gar keine derartige Conferenz der Hauptleute 2c. stattgefunden hätte, und daß auch erst, nachdem das Ministerium, in Folge der 14,000 Unterschriften u. dgl. das Einrücken der Truppen „beschlossen" hätte, mit dem Magistrate Verhandlungen angeknüpft worden wären.*)

Schließt mit diesen Notizen die bekannt gewordene Thätigkeit des Magistrates in der Militairhereinziehungs-Angelegenheit ab, so läßt sich über die Behandlung dieser Frage durch die Stadtverordneten Ausführlicheres berichten. In den Sitzungen vom 27. bis 30. März wurde neben anderen Gegenständen — von denen die außerordentliche Steuer als der wichtigste erschien — auch jene Militair-Angelegenheit berathen. Wir geben in Folgendem die Verhandlungen der Stadtverordneten-Versammlung nach dem Berichte des „Publicisten" — des einzigen Blattes, welches während dieser Zeit fortlaufende Mittheilungen über diese Versammlung brachte — wieder:

Die Sitzung der Stadtverordneten vom 27. März begann mit einem Vortrage des Hrn. Hollbein, über den der Berichterstatter jedoch „mit Stillschweigen" hinweggeht, weil darin Gegenstände zur Sprache kamen, über die er „gern den Schleier der Vergessenheit decken" möchte und weil darin Urtheile gefällt worden, welche die Versammlung „mit lauter Entrüstung" erfüllten. — Der Vorsteher Fournier stellte darauf den Antrag, Materialien zu sammeln und zu veröffentlichen über alles Dasjenige, was seitens der Communal-Behörden in den Tagen der jüngsten Vergangenheit geschehen. Dagegen erhob sich Hr. Seidel mit der Bemerkung: es sehe aus wie eine Vertheidigung, ja wie ein kleinliches Selbstlob und Eigendünkel. Dem schlossen sich die Hrn. Schauß und Mertens I. an. Hr. Falkenberg will die Veröffentlichung nicht in der Ausdehnung, sondern die Begebenheiten in gedrängter Kürze in's Protokoll niedergelegt wissen. Hr. Berends verlangt ein Album, worin nicht bloß die Stadtverordneten sondern jeder Augenzeuge das Erlebte niederlegen soll, Dr. Veit dagegen einen historischen Artikel auf Privatwege veröffentlicht. — v. Raumer und mehrere Andere erklären dagegen von jeder Veröffentlichung abzustehen, indem hier einestheils die oben angeführten Gründe dafür sprächen, anderntheils eine derartige Veröffentlichung nur Einzelheiten enthalten könnte, worin einzelne Personen namhaft gemacht werden müßten, was jedoch aber wieder ein schlechtes Licht auf Diejenigen werfe, denen der Zufall einen Wirkungskreis in stillerem Kreise beschieden und die somit nicht an der Spitze der Ereignisse stehen konnten. Trotzdem der Antragsteller seinen Antrag noch mehr zu motiviren suchte, wurde derselbe fast einstimmig zurückgewiesen. — Theils an die Stadtverordneten, theils an den Magistrat sind aus folgenden Orten Dankadressen eingegangen, über welche von diesen eine öffentliche Anerkennung erfolgen wird: Halle, Nordhausen, Landsberg a. d. W., Salz-

*) Die Voss. Zeit. von 1850 bringt in den Nummern 147, 155, 156 und 162 eine Reihe den „Magistrat im Jahre 1848" betreffender Artikel, deren erster eine Apologie dieser Behörde in einer Darstellung ihrer contrerevolutionären Verdienste während des Jahres 1848 enthält. — Ihnen sind die obigen Data entnommen.

wedel mit einer Summe von 413 Thlr., Stargard in Pommern, Brehna mit 118 Thlr. 15 Sgr., Tiegenhof 62 Thlr. 15 Sgr., Kottbus mit 550 Thlr., Dahme. Außerdem auf Privatwege an den Dr. Nauwerk aus Mirow mit 70 Thlr. — Den Stadtverordneten wird mitgetheilt, daß der Magistrat ein zweites Kassenbuch für die Sparkasse errichtet habe, desgleichen die Bewilligung des Polizei-Präsidiums, daß der Durchgang vom Hausvoigtei-Platz nach der Taubenstraße auch bei Nachtzeit offen stehen bleibe. — Zwei Anträge über die Heranziehung der Prediger, Militairs und Lehrer, die im Dienst sind, zur Miethssteuer werden einer Deputation übergeben. — Als besonders wünschenswerth und für den jetzigen Zeitpunkt am geeignetsten wurde von Dr. Nauwerk beantragt, daß man gerade jetzt den früher gefaßten Beschluß in Ausführung bringen möchte, wonach die Polizei und das Feuerlöschwesen in die Hände der Commune übergehen soll. Zur Realisirung und weiteren Einleitung wurde diese Angelegenheit einer gemischten Deputation übergeben. — Der Verein zur Entgegennahme von Bittschriften und Beschwerden im ehemaligen Palais des abwesenden Prinzen von Preußen hat beim Magistrat darauf angetragen, jedem Legaten und Almosenempfänger am Tage des Einrückens des Militairs 2 Thlr. zu zahlen, weil dieselben durch die bewilligte Herausgabe der Pfänder keinen Nutzen gehabt haben. Der Magistrat hat dagegen die Bezirksvorsteher zur Berichterstattung aufgefordert, damit die Armen-Direction, da, wo es Noth thut, schleunig einschreiten kann.

Hr. Falkenberg erwähnt, daß auf diesen Verein, der ohne gesetzliche Autorisation und ohne alle Befugniß aus unberufenen Personen sich zusammengefunden und in ziemlich großem Maße dem königlichen Weinkeller zugesprochen habe, durchaus keine Rücksicht genommen werden könne und verlangt den Antrag ad acta zu legen, welchem auch die Versammlung beitritt. — Ein Stadtverordneter hält es für eine heilige Pflicht, daß mit der Errichtung des beschlossenen Denkmals für die gefallenen Freiheitskämpfer in dem Friedrichshain auf das schleunigste vorgeschritten werde. Hr. Seidel erklärt hierauf Namens der gewählten Deputation daß dieselbe mit der Errichtung jenes Denkmals nicht eher vorzuschreiten sich für berechtigt halte, bis die Stimme des Volkes sich über die Art desselben geäußert habe und bis demgemäß Kunstverständige zur Einreichung von Plänen aufgefordert seien. Man hat deshalb beschlossen, vorläufig den Platz einfach zu umfriedigen. — Bei dem Beschluß der Stadtverordneten, ihr Mandat niederzulegen, waren einige der Stadtv. nicht anwesend. Zu einer nachträglichen Erklärung aufgefordert, traten sie alle dem gefaßten Beschlusse bei, mit Ausnahme des Stadtv. Mappes, welcher heute folgendes charakteristische Schreiben an die Versammlung richtete: „Gesetzlich gewählt, bin ich nicht gesonnen, mein Amt niederzulegen." — Von Hrn. Heymann wurde an die Versammlung eine von den Bürgern seines Bezirks unterzeichnete Petition wegen Rückberufung des Militairs eingereicht, worin das 20. und 24. Infanterie-Regiment als die wünschenswerthesten bezeichnet, und eine feierliche Einholung derselben beantragt wurde. Als Grund dafür wurden die mannichfachen Beschwerden, die den Bürger träfen, bei dem Wachdienst u. dgl. hervor gehoben und daß man dadurch den von seiner Hände Arbeit Lebenden, der Verarmung näher bringe. Die HH. Seidel, Falkenberg, Schauß, Devaranne, Schäffer u. s. w. hoben hervor, daß nicht aus diesem Grunde die Rückberufung des Militairs als wünschenswerth zu betrachten, sondern weil es an der Zeit sei, die Versöhnung zwischen Militair und Civil so schnell als thunlich zu bewerkstelligen, um den gedrückten Muth des Militairs wieder zu heben, damit es freudig seine Aufgabe in den vielleicht nahen Stunden der Gefahr nach Außen hin lösen möge. Man stellte dem namentlich entgegen, daß jetzt eine Einigung beider Parteien noch nicht zu bezwecken sei, da die neue Verfassung noch nicht berathen, daß das Militair noch in seinen alten Grundsätzen bestehe, daß aber Preußen aufgehört habe, ein Militair-Staat zu sein, daß sich also Militair mit Civil vereinigen, das erstere keine besonderen Vorzüge haben und nur ein Glied des großen Ganzen bilden müßte, welches eben durch die bereits ins Leben getretene neue Verfassung zu bewerkstelligen. Namentlich müßte die Organisation der Bürgergarde erst weiter vorgeschritten sein, damit dieselbe mit dem Soldaten den Dienst zugleich versehen könne. Man habe übrigens bisher, bei dem lobenswerthesten Eifer, der die Bürgerschaft beseelt, den Aermeren auf sein Ansuchen vom Dienst dispensirt. Hauptsächlich seien aber die Wunden noch zu frisch und bei einem Heranrücken des Militairs könnte leicht von Böswilligen ein anderer beunruhigender Beweggrund herausgesucht werden. Man beschloß deshalb den Beschluß hierüber auf unbestimmte Zeit auszusetzen, weil es gewagt erscheine, schon jetzt zu beschließen, ohne die übrigen Stimmen vieler Corporationen gehört zu haben.

Die Sitzung der Stadtverordneten vom 28. März beginnt mit der Anzeige des Vorsitzenden, daß von der Stadt Lübben ein Dank-Adresse eingegangen sei. Einige

früher eingelaufene Beschwerden über das Verfahren des Militairs werden unverlesen ad acta gelegt. — Hr. v. Raumer trägt darauf an, daß eine Petition an des Königs Majestät abgehen möge, worin derselbe gebeten werde, das bevorstehende Wahlgesetz noch der Berathung des vereinigten Landtags, und nicht wie so manche Stimmen verlangt hätten, aus eigener Machtvollkommenheit durch die Regierung zu erlassen. Als Grund dafür giebt er an, daß es der einzige gesetzliche Weg sei, die einmal gewählten Vertreter auch über die Prinzipien des Wahlstatuts zu vernehmen. Dr. Nauwerk wünscht vielmehr ein provisorisches Wahlgesetz sofort aus des Königs eigener Machtvollkommenheit bis zur Einberufung der Nationalstände erlassen, weil die Fassung des Patents vom 3. Februar v. J. und somit der vereinigte Landtag nicht den Wünschen des Volks und den jetzigen Zeitverhältnissen entsprechend sei. Uebrigens sieht er auch in der Berufung des Vereinigten Landtags keine Gefahr. Derselbe werde herkommen, sein Testament machen und wieder heimkehren. Die Hrn. Berends, Behrendt, Schauß, Seidel, Dr. Veit und Schäffer, schließen sich dem Antrag des Hrn. v. Raumer an. Es würde ein Wahlgesetz aus eigener Machtvollkommenheit das Gegentheil von der ersehnten Verfassung bilden, es würde „nach Absolutismus schmecken." Man müsse nothwendig auch die Gesinnungen anderer Provinzen hierbei, und namentlich die Reaction vernehmen, die einen großen Theil im Volke bilde. Man müsse nicht alles auf einmal umwerfen wollen, ohne auf die größere Volksstimme zu achten, und namentlich sollte der Vereinigte Landtag ja weiter keine Bestimmung haben als über das Wahlstatut mit Vorbehalt der Genehmigung der nach diesem Wahlstatut berufenen Nationalstände zu berathen; mehr zu thun läge in der Absicht keines Landtagsdeputirten. — Hiernach wurde mit großer Majorität beschlossen: eine Petition an des Königs Majestät zu entwerfen mit der Bitte: den Vereinigten Landtag zur Berathung eines vorläufigen Wahlstatuts zur Einberufung der Nationalstände zu berufen. Der Magistrat soll ersucht werden dieser Petition beizutreten. Dieselbe wurde sofort in diesem Sinne von den Stadtverordneten v. Raumer und Dr. Veit verfaßt, und einstimmig in der Fassung angenommen. — Von der Deputation zur Prüfung des städtischen Finanz-Etats, ob die Einnahme desselben nicht zu vergrößern und die Ausgaben zu verringern seien, ist der Vorschlag gemacht geworden, eine Einkommensteuer auf dem Wege der Selbstbesteuerung mit 1 pCt., ohne Abweichen der Prozentsätze ins Leben zu rufen und zwar von einem jeden Einkommen über 500 Thlr. Der Magistrat war diesem Vorschlage mit der Modification beigetreten, daß die Wohnungen bis incl. 40 Thlr. von der Miethssteuer befreit sein sollten, daß aber jede bisher bestandene Exception aufzuheben. Es solle eine etwaige Mehrbesteuerung dankbar angenommen werden, jedoch ein etwaiges Nachforschen über die Richtigkeit des angegebenen Einkommens, und somit ein inquisitorisches Eindringen in die Verhältnisse der Einzelnen durchaus nicht stattfinden, vielmehr solle die angegebene Einkommensteuer durchaus keine Norm für eine etwa später einzuführende Steuer bilden. Nach einigen Debatten, ob 40 Thlr. als bestimmte Norm für den Erlaß der Miethssteuer anzunehmen sein dürften, damit dadurch auch den wirklich Bedürftigen eine Erleichterung werde, beschloß die Versammlung diesen Satz festzuhalten, jedoch auch bei höheren Miethsverträgen mit möglichster Milde zu verfahren. Hinsichtlich der Einkommensteuer trat die Versammlung nach einiger Discussion dem Magistrat dahin bei, daß diese Besteuerung sofort provisorisch ins Leben zu rufen, und zwar eine Einkommensteuer von 1 pCt. ohne wechselnde Procentsätze auf dem Wege der freiwilligen Angabe und Selbstbesteurung von dem Netto-Einkommen, 1) eines einzelnen jungen Mannes von mindestens 300, 2) einer Familie aus 2 Personen von 400 und 3) einer größeren Familie von 500 Thlr. an.

Die Versammlung der Stadtverordneten vom 29sten begann mit dem Beschluß: daß fortan alle Dienstwohnungen der Beamten in Kreisgebäuden, ebenso alle königl. Gebäude, worin selbstständige Gewerbe betrieben werden, zur Miethssteuer herangezogen werden sollen. — Es sind an die Communal-Behörden noch Dank-Adressen eingegangen aus: Mühlhausen, Eilenburg, Cleve, Aachen und Bromberg. Der Magistrat hat die Absicht, für diese eingegangenen Adressen im Allgemeinen nach einem der Versammlung vorgelegten Entwurf öffentlich zu danken. Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, doch mit der Bedingung, daß die Veröffentlichung noch 8 Tage unterbleibe. — Auf's Neue kam die Frage, wegen Rückberufung des Militairs, unter nicht weniger stürmische Debatte wie vorgestern, zum Vortrag. — An die Versammlung waren Bitten um Rückberufung des Militairs aus etwa 8 Bezirken, so wie eine Adresse der Börsenkorporation und endlich eine Zuschrift des Polizei-Präsidenten des Inhalts eingegangen, daß derselbe sich jeden Eingriffs in diese Angelegenheit so lange enthalte, bis er sich über die Stimmung der Bürgerschaft vergewissert

habe. Es hätten jedoch sämmtliche Hauptleute der Bürgerwehr, Namens ihres Bezirks, einstimmig den Wunsch ausgesprochen, Militair in der Stadt zu haben und es sei deßhalb Veranstaltung getroffen, morgen, am 30sten, einiges Linienmilitair einzuberufen. — Der Stadtrath Benda hat hierauf einen Protest ergehen lassen, worin er sich gerade nicht gegen die Einberufung des Militairs ausspricht, aber dieselbe von der Bedingung abhängig gemacht wissen will, daß das Militair bei Aufläufen nicht eher einschreiten dürfe, bis dasselbe von den Communal-Behörden dazu aufgefordert würde. — In der Versammlung sprach sich auch heute der versöhnliche Geist gegen das Militair aus, namentlich wolle man schon deßhalb die Hand zur Versöhnung bieten, damit dadurch das Militair in seinem Bewußtsein und in seinem Muthe gehoben werde, was vielleicht bald dringend zum Schutze gegen äußere Feinde nothwendig sei. Allein man bestritt, daß der Wunsch um Rückkehr in die Stadt ein allgemeiner sei, namentlich sprach man sich gegen die Befugniß der Hauptleute aus, derartige Wünsche zu vertreten. Man erkannte den jetzigen Zeitpunkt, Militair ohne alle weitere Bedingung in die Stadt zu berufen, für durchaus noch nicht geeignet, ja für gefährlich. Man habe nicht gegen Militair, sondern gegen das Princip gefochten, und dieses militairische Princip müsse aufhören, müsse den jetzigen Verhältnissen untergeordnet werden, da Preußen aufgehört habe, ein Militairstaat zu sein. — Der Magistrat schließt sich im wesentlichen den Ideen des Stadtraths Benda an, und meint, daß der Geist des Militairs jetzt wohl ein anderer geworden sei. Dr. Nauwerk will eher von keinem Einmarsch der Truppen wissen, als bis die Ausübung der Polizei-Gewalt in die Hände der Commune übergegangen und bis die Bürgerwehr wenigstens eine Stärke von 40,000 Mann habe. Für das Erstere waren bei 93 anwesenden Stadtverordneten nur 40, für das Letztere nur 8 Stimmen. — Die Debatte endigt durch Abstimmung über folgende Fragen, deren Fassung nach bedeutender Discussion beschlossen wurde:

1) Willigt die Versammlung in das Einrücken des Militairs unter der Bedingung, daß Se. Majestät bis zur Feststellung der Constitution und demnächstigen Vereidigung des Militairs darauf, eine Cabinets-Ordre erlasse, wonach das Militair nicht eher einschreiten dürfe, als bis von den Personen dazu eine Aufforderung ergeht, welche die Communal-Behörden zu diesem Behuf wählen werden? — Wird einstimmig angenommen.

2) Willigt unter der obigen Bedingung die Versammlung in das Einrücken des Militairs mit Ausschluß der Garde und derjenigen Regimenter, welche hier am 18. und 19. März anwesend waren, und gekämpft haben? — Ebenfalls mit großer Majorität genehmigt.

3) Erkennt die Versammlung zu diesem Behufe das 20. und 24. Infanterie-Regiment als besonders wünschenswerth an? — Wurde mit lautem Eklat, über die treffliche Haltung besonders des 24. Regiments, angenommen.

Uebrigens wird der Versammlung aus authentischen Quellen die Mittheilung gemacht, daß sehr bald ein Plakat erscheinen werde, wonach kein Militair, ohne allgemeinen Wunsch der Bürger und des Volkes einrücken werde. Für eine feierliche Einholung der Truppen bestimmt sich die Versammlung nicht.

Die Hauptleute der Bürgerwehr hätten „Namens ihrer Bezirke" einstimmig den Wunsch nach Militair ausgesprochen. So lautete die Mittheilung, welche, wie eben berichtet, der Stadtverordneten-Versammlung von dem Commandeur gemacht worden war. Um den Wunsch der Bürgerwehr zu erfahren, waren nämlich „auf Befehl des Hrn. v. Minutoli" die einzelnen Sectionen von ihren Hauptleuten zusammenberufen worden. Den versammelten Sectionen wurde mitgetheilt, daß Hr. v. Minutoli, in Folge der vielen von Bürgern eingegangenen Petitionen um Hereinziehung von Militair, zu ermitteln wünsche, ob in der That die Majorität der Bürgerschaft diesen Wunsch hege. Eine offene Discussion über diese Frage, erklärten die Hauptleute, könnten sie nicht zulassen; Jeder würde ja schon über seinen Wunsch mit sich einig sein und eben nur, was der Wunsch der Mehrzahl wäre, solle sich herausstellen. Zugleich wurde versichert, daß keins der Regimenter, welches am 18ten

gegen den Bürger gefochten, hereingeholt werden solle, sondern das 24. Regiment, „welches in Magdeburg gegen das Volk zu fechten sich geweigert," und daß dieses Regiment, nachdem es eingerückt, nicht unter militairischem Commando stehen würde, sondern unter dem des Chefs der Bürgerwehr selbst. — Die Mehrzahl der Bürgerwehr erklärte sich darauf für die Hereinholung des 24. Regiments am 30sten. Der vorsorgliche Hr. v. Minutoli hatte sich auch der Zustimmung der Studentenwehr zu versichern gewußt. Der Commandeur der Studentengarde, Professor Hecker, von ihm über die Meinung der Studirenden befragt, gab ihm die officielle Erklärung ab, die Majorität der Studirenden stimme für die Hereinholung. Gegen diese Mittheilung des Professors wurde freilich in einer öffentlichen, von 126 Studirenden unterzeichneten, Erklärung (Zeit.-H. 80) protestirt, da der Professor jene Angabe gemacht, „ohne sich in geordneter Weise durch gemeinsame Erklärung des Studentencorps von dessen Wünschen überzeugt zu haben." — Die Gegner der Maßregel fanden die voreilige Hereinholung des Militairs widersinnig und gefährlich. „Widersinnig, indem sie unsere blutige Revolution zu einer elenden Komödie herabgesetzt: Wir können kein Militair wieder aufnehmen, ehe nicht die militairische Institution in ihrer gegenwärtigen Beschaffenheit von Grund aus thatsächlich geändert, ehe nicht das Militair dem Volke verpflichtet ist und uns die Bürgschaft bietet, daß es nie mehr vermöge des von ihm geleisteten Eides als Werkzeug gegen die Freiheit gebraucht werden könne . . . . Gefährlich — denn die Mehrzahl, welche den Wunsch, auf Befragen, ausgesprochen, ist nicht die Mehrzahl des Volkes von Berlin. Die Frage aber, ob Militair hereinkommen soll oder nicht, ist eine Frage, welche nicht bloß den augenblicklich mit dem Waffendienste privilegirten Theil, sondern die gesammte Bevölkerung der Stadt angeht. Ehe nicht der Wunsch dieser letzteren ermittelt ist, darf man es nicht wagen, dem Wunsche jener ersten Mehrzahl nachzugeben, und das Militair hereinzuholen." Hr. G. Julius, der in dieser Weise der Opposition gegen jene Maßregel einen Ausdruck giebt (Zeit.-H. Nr. 76. 29. März) räth hierauf seinen Mitbürgern, bei der Wahl zwischen einer vorhandenen Beschwerde und einer möglichen großen Gefahr lieber die erstere zu ertragen. „Anstatt schon jetzt" — fügt er hinzu — „auf Einholung des Militairs zu dringen, lasset uns lieber aus allen Kräften uns beeilen, eine zweckmäßigere und für uns weniger drückende Organisation der Volksbewaffnung einzuführen! Bedenken wir endlich, daß wir nicht für uns allein, sondern für das ganze Land zu handeln haben. Unsere eigenen kleinen Interessen müssen aufgehen in dem großen Interesse des Vaterlandes; . . opfern wir den Ruhm nicht leichtfertig auf, Vorkämpfer in dem heiligen Werke der Freiheit zu sein!"

Auch der politische Club in Verbindung mit der Versammlung bei Mielentz machte gegen das „vorzeitige" Hereinholen des Militairs Opposition. In seiner Sitzung vom 29sten kam diese Angelegenheit zur Sprache; es wurde

die Absendung einer Deputation an Hrn. v. Minutoli beschlossen, die diesem das Wiedereinrücken von Truppen als noch zu früh und mit den Wünschen eines großen Theiles der Einwohnerschaft nicht übereinstimmend darstellen und einen Aufschub dieser Angelegenheit erwirken sollte. — Die Verhandlungen dieser Sitzung giebt folgender Bericht wieder:

Der politische Club hielt am 29sten bei Mielentz seine Sitzung, welcher auch die Mitglieder derjenigen Gesellschaft beiwohnten, die Tags zuvor in demselben Locale versammelt gewesen war. — Hr. v. Holtzendorf berichtet zuerst, daß die Deputation Hrn. v. Auerswald die am vorigen Tage beschlossene Adresse übergeben habe, daß Hr. v. Auerswald der Meinung gewesen sei, die Regierung würde sich compromittiren, wenn sie ihren Beschluß hinsichtlich des Landtags jetzt zurücknähme, da schon viele ständische Deputirte angekommen seien. Eine Bemerkung, Seitens der Deputation, daß es gut wäre, wenn diese Herren freiwillig ihr Mandat niederlegten, habe, dem Anscheine nach, die Billigung des Hrn. Ministers erhalten. — Hr. Assessor Bohl, aus Cöln, spricht über die Landtagsangelegenheit und eben so Hr. Schützendorf aus Cöln: Wenn der Landtag, wie ein Mitglied dieses Instituts selbst sagte, die faule Planke des Staatsschiffes sei, so könne an diese übrig gebliebene faule Planke nicht ein neuer Bau gezimmert werden. Das Blut sei noch nicht trocken und durch den Landtag stehe neues Blutvergießen möglicher Weise zu erwarten. „Der Landtag ist mit den ständischen Unterschieden gefallen, dies ist das praktische Recht. Wer jetzt von einem anderen Rechte spricht, ist — ein Philister. Kaum sind wir den Zopf losgeworden und schon möchte man ihn uns wiederansetzen." Nach vorn, sagt der Redner weiter, sei man liberal, doch in der Hintertasche laure die russische Knute. — Hr. Jordan charakterisirt erst das Vertrauen und fährt dann fort: man habe gestern an die Provinzen einen Aufruf beschlossen, daß sie Deputationen hierher schicken möchten, um zunächst ein Gegengewicht gegen den Landtag zu erhalten. Nach dem Vernommenen sei die damit beauftragte Commission anderer Meinung geworden und habe es besser gefunden, den Aufruf zurückzuhalten, um abzuwarten, ob wir nicht sogleich ein gutes Wahlgesetz erhalten. — Justizcommissarius Reinhardt: Ich gehöre zur Deputation, die in der Volksversammlung vor dem schönhauser Thore gewählt wurde. Heut um 4½ Uhr hatten wir Audienz bei Sr. Majestät dem Könige. Wir trugen ihm die Wünsche des Volkes vor: 1) Das Arbeitsministerium aus freier Wahl hervorgegangen. Se. Maj. schwieg. 2) Volkserziehung auf Kosten des Staats. „Was denken Sie sich darunter?" fragte Se. Maj. den dabeistehenden Minister. 3) Wohlfeile Regierung. „Paßt gut dazu!" sagte der König. Zu den übrigen Punkten schwieg Se. Maj. und auf den letzten, die Nichteinberufung des Landtages und das neue Wahlgesetz betreffenden, antworteten Sie: „ist Protest eingelegt." Ich stellte vor, wie Urban, Eckert und besonders Dr. Wöniger durch parteiische Fragestellung die Volksversammlung zu verwirren gesucht (eine Stimme vom Platze: Eckert trägt auch jetzt statt seines abgeschabten Rockes einen neuen) und wie nach einer kurzen Erläuterung eine große Majorität gegen den Landtag gewesen sei. Hierauf beschied uns Se. Maj.: „Alles durch die betreffenden Behörden!" und wir waren entlassen. — Hr. Oppenheim ist gegen den Aufruf an die Provinzen. Der Redner will das Zunächstliegende, also den Landtag und das neue Wahlgesetz, zuerst berücksichtigt wissen. Bei der Revolution wurden Stimmen im Volke laut: es fehlt uns an Führern. Des Volkes Stimme ist die richtige. In Süddeutschland sind Itzstein und Welcker wahre Führer des Volkes. Die fehlen hier, lassen sich aber auch nicht improvisiren. Die gestern Gewählten sind nicht sehr bekannt, nicht populäre Männer, außer Herrn v. Holtzendorf. Der Aufruf würde nicht viel nützen, er würde verpuffen und daher nur schaden; denn jeder Sieg auf der anderen Seite ist eine Niederlage für uns. Die Männer der Provinzen sind dort nöthiger als hier. Dort müssen wir mitagitiren, die Provinzen müssen mit uns gehen, sonst sind wir verloren. Außerdem zieht die frankfurter Versammlung zur Vorbereitung des deutschen Parlaments bereits die größten Capacitäten an sich. Ich komme auf das zurück, wofür wir zunächst wirken müssen: für die Versammlung aus Urwahlen. — Assessor Jung schlägt vor, es so zu machen, wie es immer bei Revolutionen geschehen: es bilden sich Clubs in der Hauptstadt und Clubs in den Provinzen, die dann mit einander in Verbindung treten. — Hr. Wachter aus Cöln: Wir meldeten uns zur Audienz bei Sr. Maj. dem Könige. Man hatte uns zu dieser Stunde bestellt. Wir antichambrirten anderthalb Stunden und 3 Minuten. Ich hatte mich mehrmals an einen Herrn gewendet, der mir Kammerdienste zu verrichten schien, ich hörte dann,

es war der Fürst Lichnowsky. Durchlaucht ermahnte uns zu warten und sagte: in einem constitutionellen Staate müsse man noch mehr Geduld haben, als in einem absoluten. Nach anderthalb Stunden 3 Minuten also kamen sämmtliche Herren Minister, unter denen mehrere ganz neue, höchst vergnügt von Sr. Maj. Wir glaubten uns erlöst und endlich vorgelassen zu werden, allein weit gefehlt! Die Herren Minister verkündeten: Se. Maj. sei so eben nach Potsdam abgereist. Sie versprachen uns ein Wahlgesetz auf der breitesten Grundlage, d. h. mit einer Beschränkung, wenn ich nicht irre; mit Census. Hierauf erlaubten wir uns, die Herrn Minister darauf aufmerksam zu machen, daß es wünschenswerth wäre, wenn die Vorfragen: Preßfreiheit ohne Caution, Associationsrecht und Organisation der Bewaffnung gleich erledigt würden. Die Herren gaben uns aber keine entschiedene Antwort, sondern verlangten von uns Vertrauen und immer wieder „Vertrauen." Nun, meine Gegenwart ist jetzt in der Provinz nothwendig, und ich nehme daher von der Gesellschaft Abschied. — Hr. v. Brandt: Nach mehreren vergeblichen Bemühungen bei dem Minister Hrn. Grafen v. Schwerin wurde uns bekannt gemacht, wir könnten keine Audienz erhalten, der politische Club möge auf seine Adresse verzichten, die Regierung werde sehr liberal sein. Da ich dennoch auf der Audienz bestand, wurde ich an Hrn. v. Auerswald verwiesen. — Hr. Wachter: Ich habe zwar schon Abschied genommen, indessen fällt mir jetzt noch etwas Interessantes ein, was ich vorher vergessen habe mitzutheilen. Es wurde uns nämlich von den Hrn. Ministern noch gesagt: wir wären zwar einmal da, aber man wünsche, daß wir nicht wiederkommen möchten. Das Deputationswesen müsse aufhören, denn es sei in der jetzigen Zeit und bei den jetzigen Geschäften nur störend. — Hr. Reinhardt besteht darauf, daß der Aufruf an die Provinzen gedruckt werde, weil es die gestrige Versammlung einmal beschlossen habe und deren Commission ihr Mandat erfüllen müsse. — Hr. Wollheim spricht gegen das neue Ministerium. Hansemann habe zweien in der Versammlung anwesenden Herren erklärt: es müsse durchaus das Militair zurückkehren und wieder Polizei geben. Der Herr Minister wisse wahrscheinlich von der Ordnung nichts, die gerade wegen der Abwesenheit der Polizei bei dem Leichenbegängnisse geherrscht, und ihm haben wir es zu verdanken, daß schon wieder die Commissarien und Gensd'armen in ihren Uniformen einhergehen.

Es wird hierauf über den Aufruf an die Provinzen abgestimmt und die Majorität schließt sich ihm an. Hr. Eichler hebt die Sitzung des politischen Clubs auf und beide Versammlungen setzen von jetzt an die Berathungen gemeinschaftlich fort.

Hr. Wachter: Se. Maj. sagt, sie wolle die Stimme des Landes über das neue Wahlgesetz vernehmen. Nun gut versammeln wir uns Alle morgen früh auf dem Schloßplatz, und wenn gefragt wird, was wir wollen, so antworten wir: das Wahlgesetz und die Auflösung des Landtages! Dann wird Se. Majestät klar sehen, trotz allen trüben Brillen, die man ihr gern auf die Nase setzen möchte. Dann haben wir unsere Schuldigkeit gethan und können auseinander gehen. — Hr. v. Brandt ist gegen den Vorschlag des Hrn. Wachter. Man müsse jetzt keine Demonstrationen machen, sondern abwarten, was der König thun werde. Wir haben jetzt einen constitutionellen König (Lärm. Stimmen: „wir haben ihn noch nicht"). Wir haben ihn wohl. Absolut ist er nicht mehr, was wäre er denn? (Lärm.) Ich würde, wenn ich constitutioner König wäre, jede solche gewaltsame Demonstration zurückweisen, und wär's mit Kanonen! (Gewaltiger Lärm. Man schreit: Kanonen gegen Unbewaffnete? — Der Redner nimmt die Kanonen zurück, vertheidigt sich aber und schließt unter Beifall der Versammlung.) — Hr. Gerhardt erklärt, daß der Aufruf an die Provinzen morgen nicht erlassen werden könne, daß er übermorgen zu spät komme, daß die Deputationen zu spät hier ankommen würden, daß also der nächste Zweck verfehlt sei, und er (der Redner) deshalb von dem Comité zurücktrete. Ebenso Hr. v. Holtzendorf-Vietmannsdorf, und auch Hr. Horwitz. Der Letztere fügt noch hinzu, daß in der Nähe von Czenstochau bereits 4000 Russen ständen, wie man ihm schreibe, und daß ihn daher seine Pflicht nach Schlesien rufe.

Es wird der Versammlung jetzt mitgetheil, daß morgen das 24. Regiment, übermorgen 2 Bataillone des 9ten und nächstdem Ulanen in die Stadt kommen sollen. Der Polizei-Präsident Minutoli habe eine Petition mit 16,000 Unterschriften in Händen, die die Einberufung von Militair erbitte. — Hr. Assessor Gubitz stellt die Anträge, Se. Maj. durch eine Adresse oder Deputation zu bitten, daß die Garde aufgelöst werde, daß nicht eher Militair in die Stadt komme, bis es die Verfassung beschworen, und falls, wenn die Deputation ihren Vortrag halte, schon welches in der Stadt sei, dasselbe sofort wieder entfernt werde (großer Beifall).

Hr. Dr. Löwinson erzählt, wie die Petition mit den 16,000 Unterschriften zu Stande gekommen sei. Drei Herren hätten gestern eine Volksversammlung zu einem andern

Zwecke berufen, derselben aber mit Beiseitelassung des ursprünglichen Zweckes die Petition um Einberufung des Militairs schon fix und fertig vorgelegt. Als es zur Unterschrift gekommen sei und man die Herren aufgefordert habe, zuerst zu unterschreiben, hätten sich dieselben zurückgezogen und Urban, Eckert und Bremer vorgeschoben. Ferner, fährt der Redner fort, wurde bei dem Parolbefehl den Wachtmannschaften ein Papier, jene Petition, gegeben, mit der Weisung, es mit Unterschriften zu bedecken. Die meisten hätten es nicht genau angesehen und unterschrieben. Man habe die Bürgerschaft mürbe gemacht durch unaufhörliche Patrouillen, durch übermäßige Besetzung aller Wachen und Posten. Den Arbeitern, die sie wohl verdienen, hat man keine Waffen gegeben, desto mehr den Beamten. Man habe die Beamten unter die Bürger geschickt und den Bürgern Angst vor den Proletariern gemacht. Die Proletarier würden brennen und sengen, aber die denken nicht im Entferntesten daran. Viele, deren vernünftigen Einfluß auf die Bürger man fürchtet, werden gar nicht zum Wachtdienst gelassen. „Ich selbst habe mich fünfmal gemeldet und bin fünfmal vertröstet worden. Wir sind der Redensarten mit der Verbrüderung satt. Heut morgen sind bereits 10 Mann mit Gepäck eingerückt. In Schöneberg liegt ein Regiment. Ich frug den Commandeur, wozu die Truppen sollen; er verweigerte die Antwort. Es muß in dieser Sache etwas geschehen, heut, sogleich. Wir müssen eine Deputation an Hrn. v. Minutoli schicken, und ihn um einen vernünftigen Grund bitten, weshalb das Militair einrücke. Ich glaube, es giebt keinen vernünftigen Grund dafür." — Nach dem letzten Vortrage will die über 1000 Menschen starke Versammlung erst in corpore zu Hrn. v. Minutoli gehen, entschließt sich aber dann zu einer Deputation, welche sofort gewählt und abgesendet wird.

Hr. v. Minutoli erklärte der von der Mielentzschen Versammlung an ihn gesandten Deputation, daß ein Eingehen auf ihr Verlangen seine Competenz überschreiten würde, und theilte ihr zugleich „im Namen des Ministers v. Auerswald" mit, daß das 24. Regiment am nächsten Tage unter Garantieen für die Bürgerwehr einrücken werde. Auch war bereits im Laufe des 29sten durch Plakate, so wie durch die öffentlichen Blätter, das Wiedereinrücken verschiedener Truppenabtheilungen in den nächstfolgenden Tagen, jedoch mit der Bemerkung angezeigt worden, daß „die Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung lediglich der Bürgerwehr überlassen bleibe und die mögliche Hilfleistung des Militairs nur für den äußersten Nothfall und auch dann nur auf ausdrückliche Anforderung des Bürgerwehrcommandeurs oder der städtischen Behörde" erfolgen werde. Diese Bekanntmachung vom 29sten war von dem Gouvernement und dem Polizeipräsidium unterzeichnet. — Graf Arnim bemerkt zwar in seiner Schrift: „Die Verheißungen des 22. März ꝛc." mit Bezug auf die angeführten garantirenden Bemerkungen; „worauf diese Verheißung der berliner Lokalbehörden beruhe, sei ihm unbekannt;" doch berührt ihn jene „Verheißung" um so weniger, als er bereits am 29sten Vormittags aus dem Ministerium getreten war. Am 30sten aber erschien das erwähnte Plakat von neuem, nur insofern von dem am 29sten erschienenen und dem in den öffentlichen Blättern bekanntgemachten abweichend, als die Garantieen direct im Auftrage des Staatsministeriums verheißen wurden. Es lautete:

Im Auftrage des Königl. Staatsministeriums wird nachstehende Bekanntmachung zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Nachdem der Wunsch, wieder Truppen in die Hauptstadt zu ziehen, vielseitig ausgesprochen worden ist, hat der König genehmigt, daß das 24. Linieninfanterieregiment, 2 Bataillone des 9. Infanterie-, das 3. Uhlanenregiment und die Lehr-Escadron am 30. März und in den nächstfolgenden Tagen hier einrücken sollen, um den Wachdienst in Gemeinschaft

mit der Bürgerwehr zu übernehmen und dadurch die schweren, mit der rühmlichsten Hingebung geleisteten Pflichten der Bürger zu erleichtern. — Es versteht sich von selbst, daß die Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung lediglich der Bürgerwehr überlassen bleibt und die mögliche Hülfsleistung des Militairs nur für den äußersten Nothfall und auch dann nur auf ausdrückliche Anforderung der städtischen oder Civilbehörden erfolgen wird.

Berlin, am 29. März 1848.

Königliches Gouvernement. v. Ditfurth. — Königliches Polizeipräsidium. v. Minutoli.

Der Vielen unerwünschte Akt des Wiedereinrückens von Truppen sollte, so schien es, in seiner eigentlichen Bedeutung durch die gleichzeitig verkündete ministerielle Bürgschaft gemildert werden; eine neue, in jener Garantie liegende „Errungenschaft" sollte die berliner Bevölkerung mit der von den Gegnern vorzeitig genannten Maßregel versöhnen. Zu denen, die für Ertheilung der „Garantie" gewirkt, gehört auch, nach seiner eigenen Erklärung, Hr. Wöniger. Indem er öffentlich eine im politischen Club aufgestellte Behauptung, daß er, der Kriegsrath Mestag und Hr. v. Wimpfen die eigentlichen Verfasser der Urban-Eckert-Bremer'schen Friedensproclamation seien, als beleidigend für alle sechs Personen und als eine „völlige Unwahrheit" bezeichnet, läßt er zugleich seine und die Thätigkeit der beiden anderen angeblichen Mitverfasser der Proclamation sich darauf beschränken, in Gemeinschaft mit den Herren Urban, Eckert, Bremer und andern Personen „die Garantieen aufzufinden, unter denen allein der Einzug des Militairs statt haben könne." Namentlich habe er sich noch am Morgen des Einzuges bei dem Minister v. Auerswald befunden, um demselben dieserhalb weiterere Vorstellungen zu machen. Mit in Folge dieser — schließt Hr. Wöniger seine Erklärung (V. Z. 1. April) — erschienen noch gegen Mittag besondere Maueranschläge. (Es war die oben mitgetheilte Bekanntmachung.)

Am 30sten Nachmittags 2 Uhr fand der Einzug des 24. Regiments statt. Die Voss. Z. berichtete darüber:

Es hatte an Gegendemonstrationen, welche sich dieser neuen Einigung zwischen Soldat und Volk zu widersetzen strebten, nicht gefehlt. Aufreizungen im heftigsten Ton waren durch verschiedene Redner am Vormittage theils vor dem Potsdamer Thor, theils in den Straßen Berlins in jener Gegend selbst, versucht worden. Man war so weit gegangen zu einem neuen Barrikadenbau aufzufordern. Indessen hatten diese Agitationen bei dem gesunden Sinne des Volks durchaus keinen Anklang gefunden, ja im Gegentheil, es wäre fast zu einer entschiedenen Umkehrung der Wirkung gekommen. — Zweitausend Mann der Bürgerwehr waren in Abtheilungen von je zwanzig Mann, herausgezogen vor das Thor und ein Spalier zum Empfang der Truppen aufgestellt. Unaufgefordert hatten sich ein große Menge von Arbeits-Corps mit ihren Fahnen, aus den Werkstätten der Herren Wöhlert, Borsig, Egells, Sigl, Hummel, Rüdiger u. s. w., ferner das Corps der Künstler, das Gewerbe-Institut u. s. w. dem Empfangszuge angeschlossen. Die Truppen, welche ihr Quartier in Schöneberg gehabt hatten, waren am botanischen Garten aufgestellt. Bis dorthin zogen ihnen nicht nur die genannten Arbeiter-Corps, sondern auch eine anderweitige unzählbare Volksmenge entgegen. Der Commandant von Berlin, Generallieutenant v. Ditfurth, mehrere andere Generale und Offiziere waren ihnen gleichfalls bis dorthin entgegengeritten. Der Obrist Erhardt, Commandeur des 24. Regiments, begrüßte hier die Entgegenkommenden mit den Worten: „Freunde, wir kommen zu Euch, um mit Euch gemeinschaftlich Ruhe und Ordnung zu wahren, und den neuen Geist sich entwickeln zu

helfen." Diese Worte wurden mit lautem Lebehoch begrüßt. Das Regiment zog nun mit klingendem Spiel die Chausse hinunter bis an das Weichbild der Stadt, dessen Grenze durch den Landwehrgraben bezeichnet wird. Voran ritt der Polizeipräsident v. Minutoli. Dann folgten die Fahnen der Arbeiter aus der Wöhlertschen Fabrik. Einer der tapfern Barrikadenfechter zu Pferde (Urban) führte einen Zug Bürgerwehr, der dem Regiment voranmarschirte. Arbeiter, Bürger und Soldaten hatten die Hüte und Helme mit Tannenzweigen oder jungem knospendem Grün geschmückt. Viele Bürger gingen Arm in Arm mit den Soldaten. Es ertönten Lieder zwischen der Musik, und vielfaches Lebehoch von allen Seiten. Eine solche Volksmasse umgab die Einziehenden, daß die Soldaten selbst kaum sichtbar wurden und nur an den Helmen bemerklich blieben. Die aufgestellten Bürgerwehr-Abtheilungen schlossen sich dem Zuge an, welcher sich wegen der umdrängenden Volksmassen kaum vorwärts bewegen konnte. Am Stadtthor war der Empfang eben so wie draußen.

Am 31sten Mittags 1 Uhr, rückten zwei Bataillone des 9. Infanterie-Regiments, vom stettiner Bahnhofe aus, unter ähnlichen Empfange, und am 1. April das 3. Ulanen-Regiment, das am frankfurter Thore feierlich empfangen wurde, in Berlin ein. — Das 24. Regiment bezog die Kaserne des 2. Garde-Regiments, die anderen Truppen die Husaren- und die Kasernen am hallischen Thore. -- Auch beim Einzuge des 9. Regiments soll es, nach der Voss. Z., an „Contreminent, die aber ebensowenig als die vom Tage zuvor zündeten," nicht gefehlt haben. — Dasselbe Blatt ruft, in Bezug auf das Einrücken der ersten Truppen aus: „So wäre denn der erste Schritt der Wiedervereinigung geschehen, und somit abermals ein Grundstein zu der neuen Ordnung der Dinge gelegt. Möge die freieste Aufrichtigkeit von allen Seiten beitragen, das Band dauernd zu knüpfen. Möge ein edler Unwille sich gegen jede böswillige Absicht, es wieder zu trennen, richten." — Der Magistrat und die Stadtverordneten Magdeburgs fühlen sich gedrungen, den Berlinern öffentlich zu erklären, daß sie „ungern, sehr ungern die braven Soldaten (des 24. Regt.) aus ihrer Mitte scheiden sehen;" diese seien dort vom ersten Tage ihrer Ankunft an in das freundlichste Verhältniß zu den Bürgern getreten und haben keinen Augenblick, auch in den Stunden der größten Aufregung vergessen, daß der echte preußische Soldat zugleich preußischer Bürger sei. — Ein Lieutenant (Rochs) vom 9. Regiment richtet drei Strophen an die Berliner . . . . „Wir ließen draußen manches was veraltet, und ziehen gern durch Eure Straßen fort . . Nicht feindlich nahn wir uns für Euer Streben, es ist die Hand des Bundes die wir geben; u. s. w." — Auch Hr. F. v. Bülow, Oberst a. D., fand wieder Anlaß, seine Gefühle in gewohnter Weise, durch ein Zeitungs-Inserat, auszudrücken: „Schließt Euch," lauten seine Worte an das 24. und 9. Regiment, „fest mit Leib und Leben an den berliner Nährstand, d. h. an Berlins Bürger und Schutzverwandte an, so wird Euch zum Heil Eures Vaterlandes und zur Erhaltung Eurer Ehre, nie der Name Regimenter der Zeitungshalle werden."

Aufwieglerische Versuche, um das Einrücken der Truppen zu verhindern, waren zwar erwartet worden; aber selbst die besorgtesten Gemüther erkannten, als das Einrücken stattfand, daß es nur Versuche Einzelner, nicht etwa im

Plane der gesammten Opposition liegende waren. Auch die Stadtverordneten-Versammlung beschäftigte sich noch am Tage des Einzuges mit der Frage wegen möglicher Demonstrationen der Gegner. Hr. Seidel trug mit Bezug auf die umlaufenden Gerüchte von beabsichtigten Demonstrationen darauf an, daß sich die Versammlung sofort (am Vormittage des 30sten) trenne und nach dem potsdamer Thore begebe, um durch den „moralischen Eindruck“ zu wirken, „da es verlaute, daß bereits dort Barrikaden gegen das Militair gebaut würden.“ Die Versammlung war zwar der Ansicht, daß man der Bevölkerung gegenüber durchaus keine Besorgniß blicken lassen dürfe, beschloß jedoch, nachdem sie eine Stunde ihre Berathung über einen anderen Gegenstand fortgesetzt und geschlossen hatte, sich zu trennen, damit im Falle der Noth Jeder in seinem Bezirke anwesend sei. Der Berichterstatter knüpft daran die Bemerkung, daß die gehegten Besorgnisse durchaus ungegründet waren. Der Einzug des Militairs sei „ohne irgend einen Exceß“ vorübergegangen; vor dem Einrücken habe die Bürgerwehr am potsdamer Thore und in der leipziger Straße einige Verhaftungen vorgenommen, meist von jungen Leuten, die gegen das Militair aufzuregen versucht hätten. Die Arretirten seien jedoch auf Verwendung des Stadtverordneten Mertens I. alsbald wieder entlassen worden. — Ein Zeitungsinserat (Voss. Z. 4. April) erzählte „zur Warnung für die, welche noch Lust haben, die Ruhe der Bürger in irgend einer Art zu gefährden“ ein Geschichtchen, wonach am 30sten Jemand Arbeiter am Schafgraben zu überreden versucht habe, die einziehenden Bürger und Soldaten mit Steinwürfen zu empfangen. Diese Aufforderung sei aber an Leute gekommen, die dafür nicht übel Lust gezeigt, statt der Soldaten den „Aufwiegler“ selbst zu mißhandeln. Drei Abende hintereinander seien die mit Knitteln bewaffneten Leute nach der Wohnung desselben, eines „Judenjungen,“ wie ihn das Inserat bezeichnete, gekommen, bis man denn auf eindringliches Bitten beschlossen habe, „die Sache einstweilen ruhen zu lassen.“ — Die Ohm'schen Enthüllungen („Mysterien der berliner Demokratie“ ꝛc.) wissen sogar von einer am Morgen des 30sten stattgefundenen Versammlung von Volksführern zu erzählen, in der berathen worden, wie das Einrücken der Truppen zu verhindern sei und die damit geendet habe, daß der Eine dahin, der Andere dorthin gelaufen sei, „um zum Barricadenbau aufzuwiegeln.“ Auch eines bedeutenden Beamten, der späterhin Minister wurde, ist bei dieser Gelegenheit als eines Mannes denunciatorisch erwähnt, der in einer Gruppe am potsdamer Thore stehend, den dorthin commandirten Polizeibeamten gegenüber, welche zum Auseinandergehen aufgefordert, ausgerufen habe: Es sei eine Schmach, daß so kurz nach Revolution die Truppen wieder einziehen sollen, das heiße das Volk in's Gesicht schlagen.

Einem Theile der Opposition erschien es nothwendig, gegen die vollendete Thatsache des Einzuges der Truppen noch nachträglich zu protestiren. Mit-

glieder der am Abende vorher bei Mielentz stattgefunden Versammlung waren am 30sten Nachmittags am potsdamer Bahnhofe und in den Zelten zusammengekommen, und beschlossen übereinstimmend folgenden:

Protest gegen die übereilte Wiedereinführung von Militair am 30. März 1848.

Nachdem die Seitens der Versammlung im Milentz'schen Saale am 29. d. M. ausgesprochene und noch an demselben Abend dem Polizei-Präsidenten v. Minutoli durch eine Deputation dargelegte Protestation gegen die sofortige Wiedereinführung des Militairs vom Polizei-Präsidenten im Namen des Ministers v. Auerswald zurückgewiesen worden ist, so bleibt der Versammlung nichts weiter übrig als, da das Militair bereits innerhalb der Mauern von Berlin ist, feierlichst zu erklären:

daß sie sich für verpflichtet halte, diese übereilte Wiedereinführung als gegen ihren Wunsch geschehen zu erklären, und zwar aus folgenden Gründen:

1) Weil die angeblichen 16,000 Unterschriften der Adresse, welche den Wunsch um Zurückberufung des Militairs enthielt, hauptsächlich von solchen Bürgern herrühren, die keinen Grund zur Abneigung gegen das Militair haben können, da sie am Kampfe keinen Theil genommen haben, wogegen man Diejenigen, welche den meisten Antheil am Kampfe genommen, und daher die größte Abneigung gegen das Militair empfinden, gar nicht gefragt, oder ihre Protestationen nicht gehört oder endlich durch Scheingründe künstlich beruhigt hat.

2) Weil nicht nur kein triftiger Grund vorhanden oder auch angegeben ist, aus dem gerade jetzt — vor der Ertheilung der Constitution, also in einem provisorischen Zustande — das Militair wieder einrücken soll, sondern auch unserer Ansicht nach die größte Gefahr damit verknüpft ist, Militair in die Stadt zu bringen, welches, noch durch keinen Eid auf die Constitution gebunden, das bis jetzt gerechtfertigte Mißtrauen und die ebenso sehr gerechtfertigte Abneigung des Volkes gegen dasselbe verschwinden gemacht hat und machen kann. — Die Versammlung am Potsdamer Eisenbahnhofe und in den Zelten am 30. März.

Der politische Club berieth in seiner Sitzung vom 30sten ein Geschäftsreglement. Während der Berathung erschien ein Abgeordneter der in den Zelten abgehaltenen „Volksversammlung" um dem Club den dort votirten Protest zu seinem Beitritte vorzulegen. Die Form des Protest jedoch erregte die Mißbilligung des Clubs. Eine längere Debatte, an der sich besonders die Hrn. Jung und Oppenheim betheiligten, entspann sich über den Inhalt jenes Potestes. Es wurde geltend gemacht, daß die bisherige unvollkommene Organisation der Bürgerwehr, die Verstärkung der Wachen und Patrouillen, die versäumte Heranziehung aller Befähigten für die Bürgerschaft Ueberlastung und dadurch schnelle Ermüdung zur Folge gehabt habe. Auch gebe es viele Aengstliche, welche trotz der bisherigen bewundernswertheu Haltung der berliner Bevölkerung nun einmal von der Unruhe über die Sicherheit des Besitzes nicht loskommen können. Indessen sei es keinesweges zu leugnen, daß auch edle und hochherzige Gefühle bei der Zurückberufung des Militairs mitgewirkt und ihm den heutigen festlichen Empfang bereitet haben. Wenn selbst Arbeiter und Barrikadenkämpfer sich dabei betheiligt, und auf's Herzlichste mit den Einziehenden fraternisirt hätten, so sei dies, von rein menschlichem Standpunkte, ehrenwerth. In diesem Falle aber habe sich die Region individueller Interessen und Gefühle dem Interesse um die politische Zukunft unterzuordnen. Hier käme es darauf an, einen großen Grundsatz des neuen Staatslebens unwider-

rufflich und unerschütterlich festzustellen, die Schranke zwischen Volk und Heer auf immer dadurch niederzureißen, daß das Heer nur wieder in diese Stadt einrücken dürfte, nachdem es auf wahrhaft volksthümliche Institutionen verpflichtet und ihm so der Charakter einer abgeschlossenen Kaste geraubt worden. Das Militair ohne diese Garantieen zuzulassen, sei ein politischer Fehler gewesen. — Der Club beschloß hierauf, dem Proteste aus den Zelten nicht beizutreten, indem er sich vorbehalte, eine Erklärung in seinem Sinne zu veröffentlichen.

Jener Protest der Zeltenversammlung sollte durch Maueranschläge zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden. Die Bürgerwachen hinderten jedoch an den meisten Orten diese Art der Veröffentlichung. Am 31sten Abends 8 Uhr, fand wiederum, unter dem Präsidium des Dr. Max Schaßler, eine Versammlung in den Zelten statt. Das Verfahren der Bürgerwehr, der beabsichtigten Publication des Protestes gegenüber, wurde hier als ein völlig unberechtigtes erklärt und eine neue Veröffentlichung des Protestes*) beschlossen. Es sei an der Zeit — bemerkte ein Redner — dem einen großen Theil der Bürgerschaft beherrschenden Geiste der Reaction entgegenzutreten; die Angst um das Privateigenthum erzeuge einen Fanatismus des Beruhigens und Besänftigens, welcher ganz wieder in das eben gestürzte System zurückzulenken drohe. Herr Jung hob in einer mit großem Beifalle aufgenommenen Rede hervor, daß bisher neue starke Garantieen noch gar nicht gegeben seien; der Landtag sei vor der Thür, das Militair zurück; man solle nicht vergessen, daß auf beide sich die alte Ordnung gestützt habe. Das Volk sei gutmüthig, es vertraue leicht, es habe die einrückenden Truppen mit lautem Jubel begrüßt. Aber noch immer sei das große Wort nicht gesprochen, welches der Zukunft eine dauernde Grundlage geben könne: Jeder großjährige Preuße sei Wähler und wählbar. — Es wurde hierauf über eine öftere, periodische Wiederholung dieser Volksversammlungen, sowie über deren nähere Organisation debattirt; und zum Schlusse noch viele Fälle von der willkührlichen und unberechtigten Art, wie die Polizei von der Bürgerwehr ausgeübt werde, von betheiligten Personen mitgetheilt. „Erfreulich," sagt die Voss. Z. am Ende ihres Berichtes, „war die Ruhe und der Anstand, welche bei allem eifrigen Eingehen in die Sache bis zum Schlusse herrschend blieben, und wir finden hierin nur den Beweis, daß unser Volk bis in die untersten Schichten der unter uns noch so jungen und neuen Freiheit fähig und würdig ist."

Ueber die Tendenz der Volksversammlungen unter den Zelten, die von nun an in regelmäßiger Wiederkehr stattfinden sollten, enthält das Programm des zum Präsidenten dieser Versammlungen gewählten Dr. Schaßler (in seinem Flugblatte Nr. 1) folgende Mittheilungen:

*) In dem „Flugblatt Nr. 1 der Volksversammlung unter den Zelten." Druck von F. Zschiesche.

Neben dem „politischen Club" und dem „constitutionellen Club" hat sich am 30. März ein dritter freier Verein gebildet, um die Ergebnisse unserer Revolution für das Volk auszubeuten und fruchtbar zu machen. Es ist ein Volksverein im höchsten und weitesten Sinne des Worts, ein Volksverein, in dem alle Klassen, besonders aber diejenigen vertreten sind, welche den markigen Kern des Volkes bilden: die besitzlosen Arbeiter.

Ein Protest gegen die übereilte Wiedereinführung von Militair gab den nächsten Anlaß zur Bildung dieses Vereines, der sich am Abend des 31. März in einer vorläufigen Anzahl von etwa 3000 Mitgliedern als einen bestehenden erklärt hat, in der Art,

1) daß alle Mittwoch Abend und jeden Sonntag Nachmittag unter den Zelten regelmäßige allgemeine Versammlungen stattfinden sollen, um die Angelegenheiten des Volks zu besprechen und das Volk gegen jeden Eingriff in seine heiligen, durch die Revolution vom 18. — 19. März erkauften Rechte zu wahren;
2) daß der allgemeine Volksverein sich nach den verschiedenen Klassen, Gewerken und sonstigen Körperschaften in besondere kleine Vereine gliedern soll, die sich in ihrem eigenen Kreise über ihre besondern Bedürfnisse, Wünsche, Forderungen aufzuklären und aus ihrer Mitte Sprecher zu wählen haben, die diese ihre Wünsche und Anträge bei der allgemeinen Volkversammlung vortrügen und verträten.
3) daß ein Flugblatt gegründet werde, um a) die Wirksamkeit des Vereins in noch weiteren Kreisen möglich zu machen, b) aber auch ein Organ zu haben, wodurch in volksthümlicher Weise allen Rückschrittsbewegungen, die in der Presse auftauchen sollten, sofort energisch entgegentreten zu können; c) dem Volk ein Werkzeug in die Hand zu geben, wodurch es sich selbst über seine Rechte, seine Bedürfnisse und die Mittel zu deren Abhülfe öffentlich auszusprechen und zu belehren im Stande ist.

Als die Grundsätze des Volksvereins sind in der Versammlung vom 31. März dreierlei Forderungen ausgesprochen worden:

1) Wahrhafte Volksbewaffnung, als Gegengewicht gegen die Gewaltherrschaft der Bürgerpolizei und des Militairs.
2) Wahrhafte Volksvertretung, als Gegengewicht gegen den falsch verstandenen Patriotismus der Beamtenwillkür und gegen die eigensüchtige Königsliebe der sogenannten Aristokratie.
3) Wahrhafte politische und sittliche Volksbildung, als Gegengewicht gegen die gesinnungslose Ver- und Ueberbildung der mittleren und höhern Stände.

Das Volk soll zum Bewußtsein kommen über seine Pflichten und vor Allem über seine Rechte.

IX. Der Wechsel des Ministeriums. — Das neue Ministerium und der Landtag. — Die gewerblichen Zustände und die Regierung.

Noch am 28sten hatte der König in seinem Bescheide an die rheinische Städte-Deputation dieser, zu deren Wünschen auch der um Entlassung des Grafen Arnim aus dem Ministerium gehörte, mit Bezug hierauf erklärt, daß, „je bestimmter sein Entschluß, je fester seine Ueberzeugung von der unerläßlichen Nothwendigkeit, sich nur mit Räthen zu umgeben, welche vor der Volksvertretung verantwortlich, das volle Vertrauen derselben genießen," es ihm um desto mehr obliege, auch hierüber die Stimme der gesetzlichen Organe entscheiden zu lassen, die in kürzester Frist zunächst noch auf dem Vereinigten Landtage zu vernehmen sein werde. Und schon am 29sten verkündete ein officieller Erlaß, daß der König die von dem Grafen Arnim und dem Kriegsminister v. Rohr eingereichte Entlassung — auch Graf Schwerin hatte darum

gebeten — angenommen habe. Eine telegraphische Depesche des Grafen Arnim an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz, bereits am 26sten Mittags 2 Uhr von Berlin abgegangen, hatte auf Befehl des Königs und in Folge eines Berichtes des Oberpräsidenten vom 21sten, Hrn. Hansemann, Präsidenten der Handelskammer zu Aachen, nach Berlin berufen, „um einen Gegenstand der höchsten Interessen, des Geldverkehrs und der Industrie in der Rheinprovinz mit ihm zu berathen." Die Ankunft des „Geheimen Staats-Ministers" Camphausen war von der Allgem. Preuß. Zeit. ebenfalls am 26sten gemeldet worden. Zwei Tage später erklärte dasselbe Blatt diese Meldung des Handelskammer-Präsidenten Hrn. Camphausen als Geheimen Staats-Ministers „für einen durch ein Versehen bei der Fremden-Meldung entstandenen Irrthum." Hr. Camphausen — der, wie früher mitgetheilt, schon am 20sten zum Mitglied des Ministeriums ernannt war — Hr. Camphausen, bemerkte das officielle Blatt beiläufig, habe die ihm angetragene Stellung nicht angenommen, „weil er die Ueberzeugung hegt, augenblicklich in außeramtlicher Stellung dem Vaterlande nützlichere Dienste leisten zu können." Er habe dies in einer Weise ausgesprochen, welche der Regierung seine kräftige Unterstützung unzweifelhaft in Aussicht stelle. Jener officielle Erlaß vom 29sten meldete, neben der erwähnten Entlassung, die Ernennung Camphausen's zum Vorsitzenden des Staatsministeriums, Hansemann's zum Finanzminister, die bis zur Wiederbesetzung der Stelle eines Kriegsministers provisorische Uebertragung des Kriegsministeriums an den Generallieutenant v. Reyher; die Verwaltung des Staatsschatzes und des Münzwesens wurde den beiden Erstgenannten in Gemeinschaft übergeben.

Ueber die näheren Motive dieses Cabinets-Wechsels giebt Graf Arnim selbst Aufschluß. Zuerst in zurückhaltender, negativer Weise, als er in der ersten Sitzung des Vereinigten Landtages, am 2. April, Gelegenheit nahm, die Grundsätze und die Ansicht auseinanderzusetzen, nach welchen er als Ministerpräsident gehandelt habe. Zwei mögliche Deutungen seines Rücktrittes sucht er bei dieser Gelegenheit als unbegründet zurückzuweisen, diejenige, daß die Regierung in dieser Beziehung einzelnen Stimmen, welche von einer Seite des Landes laut geworden, nachgegeben, sowie die, daß in den ausscheidenden Ministern Mangel an Vertrauen in die Erhaltung und Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung überhaupt obgewaltet hätte. Er habe, erklärte Graf Arnim, seine Aufgabe vor Allem dahin gestellt, ein kräftiges, einiges Ministerium zu bilden, und nicht zu weichen, bis der Zusammentritt des Vereinigten Landtages gesichert sei. Als aber dieser Punkt erreicht, als die Elemente eines vollständigen und einigen Ministeriums beisammen gewesen, habe er es nach seinem Gewissen für seine Pflicht gehalten, abzutreten, „eben weil es das Wichtigste war, ein möglichst einiges, in seinen Ansichten homogenes und dadurch kräftiges Cabinet zu schaffen, weil die Person des Ministers, welcher

vor Jahren dem früheren System der Regierung seine Thätigkeit gewidmet hatte, dem entgegenstand, und weil sie aus diesem Grunde für den Eintritt von Kräften nach ihrer Erklärung ein Hinderniß war, deren das Cabinet zu bedürfen glaubte." Ich bin geschieden — erklärte er im weiteren Verlaufe seiner Rede — „als zur Einigung und Kräftigung des Ministeriums mein Ausscheiden nöthig und die wesentlichste Gefahr vorüber war." — In seiner Schrift über „die Verheißungen des 22. März" bezeichnet Graf Arnim die Gründe, die es ihm zur Pflicht gemacht, „am 28. März Mittags" aus dem Cabinet zu scheiden, als unabweisbar; ihre Erörterung gehöre jedoch nicht in das Gebiet dieser Schrift. Wie schweigsam aber der Graf über die eigentlichen Gründe seines Austrittes bleibt, und während er auch hier nur beiläufig andeutet, daß sein Ausscheiden das Hinderniß des Eintretens der neuen Minister beseitigt habe, so weiß er doch von den übriggebliebenen Mitgliedern seines Ministeriums, die mit den neueingetretenen am Abend zur vereinten Berathung über das Wahlgesetz zusammengetreten waren, mitzutheilen, daß, als hier das Einkammersystem für eine zur Vereinbarung der Verfassung zu berufende Versammlung als Programm hingestellt wurde, mehrere Mitglieder des früheren Ministeriums in dem Maße entschieden dagegen waren, daß das neue Ministerium im Begriff gewesen sein soll, sich um Mitternacht des 28sten wieder aufzulösen. Offener aber und umfassender sind die Gründe des Rücktrittes in der schon erwähnten späteren Erklärung dargestellt, welche der Graf gegen die Angriffe der Constitutionellen wegen der „ausschweifenden Concessionen" zu veröffentlichen sich veranlaßt fand. Diese Erklärung,*) in welcher von ihrem Urheber stets in dritter Person gesprochen wird, enthält Folgendes:

Es ist bekannt, daß Graf Arnim sofort die Herren Hansemann und Camphausen bat, in sein Ministerium zu treten. Der erstere wies es bei seinem Eintreffen nach dem 22. März, also nach dem Bescheide an die Breslauer Deputation, mit dem Bemerken zurück, „daß der Minister, welcher Hecker und Itzstein ausgewiesen, ein unmöglicher Mann sei, und er sich damals mit ihm nicht alliiren könne." Hr. Camphausen wies den Antrag des Grafen Arnim zurück, weil er glaube, außer dem Ministerio dem Lande mehr nützen zu können. Auf die geschehene Mittheilung des schon ergangenen Bescheides an die breslauer Deputation sprach Hr. Camphausen freilich den Wunsch aus, und deutete darauf hin, wie es nöthig sein werde, daß recht Viele und alle conservativen Elemente sich nun erheben möchten, eine Ansicht, die der Graf von Arnim gewiß vollkommen theilte. — Schon bald nach dem 22. März trat eine Spaltung zwischen dem Präsidenten des Ministeriums einerseits und dem Minister des Innern v. Auerswald und dem der auswärtigen Angelegenheiten Frhrn. v. Arnim anderseits ein, denen sich der Justizminister Bornemann anschloß. Die äußerlichen Punkte, an denen die freilich tiefere innere Verschiedenheit der Ansichten hervortrat, waren hauptsächlich die Angelegenheiten des Großherzogthums Posen und die auswärtige Politik, sowohl in der deutschen, vorzüglich aber in der dänischen Frage. Täglich wiederholte sich das entschiedene Verlangen des Ministers v. Auerswald, den General Willisen zur Pacifikation des Großherzogthums abzusenden, eine Maßregel, welcher der Graf Arnim bei aller Anerkennung der vorzüglichen Eigenschaften des gedachten Generals eben so entschieden entgegentrat, weil er sich davon für diese Mission bei den im bekannten Ansichten des Generals über die polnische Frage keinen günstigen Erfolg versprach, und dort ein Conflict eben so wohl, als zu weit gehende Concessionen eine

*) Deutsche Reform. 1849. 9. Dec. Beilage.

Einmischung Rußlands in unsere Angelegenheiten herbeiführen konnten, die der Graf Arnim in keiner Weise wünschte. Eben so scharf traten sich die Ansichten der beiden Arnim's entgegen, indem der Minister der auswärtigen Angelegenheiten die Unterstützung der Herzogthümer Schleswig-Holstein, welche er in dem bekannten Königl. Briefe verheißen, sofort im Wege der Entsendung eines preußischen Armeecorps in dieselben eintreten lassen wollte, während Graf Arnim der Ansicht war, der friedlichen Ausgleichung der Differenz der dänischen Regierung mit den Herzogthümern Zeit zu lassen, und den letztern hiebei die moralische Unterstützung des Rückhalts an Preußen durch ein an dessen Gränze zu sammelndes Observationscorps zu gewähren, wodurch das Wort des Königs jederzeit erfüllt werden könnte, ohne uns sofort in einen, wie die Erfahrung gelehrt, erfolglosen Kampf zu verwickeln. Auch auf die übrigen Fragen trug sich diese Spaltung über, und das Ministerium theilte sich täglich mehr und mehr in zwei fast gleiche Hälften, von denen die eine aus den ebengedachten drei Ministern bestand und mehr und mehr merken ließ, daß sie ein Ministerium unter einem nach ihrer Ansicht so wenig populären Namen, wie Graf Arnim, nicht für lebensfähig halte. So erklärte denn schon am Vormittage des 25. oder 26. März der Minister der auswärtigen Angelegenheiten dem Grafen Arnim in Gegenwart der übrigen Mitglieder des Cabinets: die Herren Camphausen und Hansemann hätten ihm, dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten mitgetheilt, daß, *wenn Graf Arnim ausschiede*, sie dann eintreten wollten. Der Graf Arnim erwiderte auf diese deutliche Aufforderung, abzutreten, daß, wenn das Ministerium des 19. März nicht das Vertrauen zu sich selbst verloren habe und sich nicht selbst als eine Leiche ansähe, er seinerseits noch gar keine Veranlassung finde, zurückzutreten, so lange seine Collegen ihn nicht verließen. Die Differenz dauerte jedoch fort und führte am 29sten Morgens dahin, daß im Ministerrathe Graf Arnim und der Minister der auswärtigen Angelegenheiten erklärten, *daß sie nicht zusammen gehen könnten* und dem Könige ihre Entlassung einreichen wollten. Der Minister v. Auerswald sprach bei dieser Gelegenheit aus, daß allerdings die öffentliche Stimme, auch in den sogenannten constitutionellen Vereinen in Berlin, an der wahrhaft constitutionellen und liberalen Gesinnung des Grafen Arnim zweifele: so uneinig hiernach das Ministerium, so waren leider alle Mitglieder darin einig, daß das Cabinet so gespalten sei, daß es abtreten und sich bei Zeiten (es waren nur noch vier Tage bis zum Zusammentritt des Vereinigten Landtages) neu constituiren müsse. Der Rücktritt des Grafen Arnim war damals für jeden Wohlunterrichteten eine politische Nothwendigkeit. Aber auch abgesehen davon, täuschte sich Graf Arnim keinen Augenblick über die in Bezug auf ihn in der vormärzlichen constitutionellen Partei herrschende Stimmung, und daß es in jener Periode wirklich in mancher Hinsicht bedenklich für das Wohl des Landes gewesen, ein Ministerium *dauernd* zu behaupten, an dessen Spitze ein damals als Aristokrat, als Minister des absoluten Staates, als Polizei- und Censur-Minister, als Gegner der Landtags-Opposition vielfach angefeindeter und mit Mißtrauen von der sogenannten constitutionellen Partei betrachteter Mann stand. Ja! er hatte Recht, wenn er damals ein *bürgerliches* Ministerium für angemessener hielt und sich nur als Uebergang bis zur Bildung eines solchen homogenen Cabinets betrachtete. In dieser Beziehung konnte er nunmehr mit sicherer Aussicht abtreten, da er wußte, daß er das Ministerium in derselben Stunde in Hände legen werde, welche wenigstens in Bezug auf Patriotismus und Loyalität keinen Zweifel ließen, daß er den König und sein Haus frei und in Sicherheit, und seine Räthe einer Versammlung gegenüber zurückließ, die ihnen in *Allem* beizustehen bereit sein würde, was sie zur Sicherung der Rechte der Krone und einer starken Regierung verlangen könnten.

Welche Gesichtspunkte den Grafen Arnim bei der Uebernahme seines Amtes leiteten, darüber gab der Graf selbst, der während seiner neuntägigen Wirksamkeit beharrliches Schweigen einer öffentlichen Verkündigung seiner Grundsätze vorgezogen, in der erwähnten Sitzung des Landtags vom 2. April folgende Erklärung ab: „Das Ministerium hatte sich zunächst Rechenschaft zu geben, auf welchen Grundlagen unter den obwaltenden Umständen die verheißene constitutionelle Monarchie zu errichten sei, und es hat in dieser Beziehung drei Gesichtspunkte aufgefaßt, die es zu verwirklichen bestrebt war. Zuerst hat es sich gesagt, daß jedes constitutionelle System, wenn es einmal ergriffen ist,

aufrichtig und wahr in allen seinen Consequenzen angenommen werden muß. Es hat sich ferner gesagt, daß in einer Zeit, wie die seines Eintritts, es nicht rathsam sei, hinter den Erfahrungen der drei letzten Wochen und deren Ergebnissen in den übrigen deutschen Staaten zurückzubleiben, sondern daß es besser sei, den Ereignissen um einen Schritt voranzugehen, damit nicht erst durch einzelne Concessionen Einzelnes gegeben und immer wieder von dem Strom der Zeit überflutet werde, sondern damit das, was gewährt werden könne, auf einmal gegeben, Geltung und Dauer gewinne. Der dritte Gesichtspunkt, den das Ministerium festgehalten hat, war der, daß dieses System offen und klar in seinen wesentlichen Theilen erkennbar sein müsse, weil die Ereignisse vor allen Dingen Vertrauen und die davon bedingte Einigkeit zwischen der Krone und dem Volke erforderten. Deshalb wurde, als von der Stadt Breslau eine Deputation hierhergesendet wurde, diese Veranlassung willig ergriffen, um sich über die Punkte auszusprechen, welche nach der Ansicht des Ministeriums von der Krone bei der Berathung der preußischen Constitution zu Grunde zu legen sein würden." — Der Vortrag des Grafen Arnim wurde von der Versammlung mit Beifall aufgenommen. Hr. Camphausen glaubte den Eindruck, den die Arnim'schen Erklärungen auf die Versammlung gemacht, noch dadurch zu „erhöhen," daß er ihnen hinzufügte: Alles, was er über die Wirksamkeit seines Vorgängers in den Tagen der Gefahr vernommen, habe seine Bewunderung und Hochachtung erregte.

Es war dem Ministerium Arnim nicht vergönnt, seine von dem Leiter auseinandergesetzten Principien durch entsprechende Thatsachen evident erkennen zu lassen. Graf Arnim, der den breslauer Deputirten erklärt hatte, sein Ministerium würde stehen und fallen mit dem Grundsatze, daß zunächst der Vereinigte Landtag berufen, daß auf gesetzlichem Wege fortgeschritten werden müsse, Graf Arnim fiel, noch ehe die Frage über den Landtag factisch überhaupt entschieden war. Bedeutungsvolle Versprechungen und wenig bedeutende Akte bezeichnen die Existenz des ersten Ministeriums der Revolution, das freilich in sehr kurzer Frist und indem es die Mehrzahl seiner Mitglieder dem nachfolgenden Cabinet hinterließ, den Uebergang zu einem Ministerium bildete, dessen Charakter wiederum nach dem eigenen Ausdrucke seines Chefs der des Ueberganges sein sollte. — Von den einzelnen Akten der Thätigkeit des abgetretenen Ministeriums ist nur wenig noch zu erwähnen. In Betreff der „deutschen Frage" schloß sich die preußische Regierung dem Vorschlage an, „der Bundesversammlung unverweilt siebzehn des Vertrauens der Nation genießende Männer beizuordnen" damit der so verstärkte deutsche Bundestag die einzelnen Punkte einer deutschen einheitlichen Verfassung „schleunigst erwäge" und die von ihm darüber gefaßten Beschlüsse alsdann „unverzüglich in Ausführung gesetzt werden." Preußens Wahl zum „Vertrauensmanne" — schließt der betreffende officielle Artikel (Allgem. Preuß. Zeit. 26. März.) — Preußens Wahl ist auf

Dahlmann gefallen! — Aus dem Ministerium der geistlichen Angelegenheiten wurde am 26sten gemeldet, daß Graf Schwerin, „durchdrungen von der Ueberzeugung, der in der evangelischen Kirche seit geraumer Zeit mit großer Lebhaftigkeit geführte Streit könne am besten geschlichtet werden, wenn man für das Bestehen und die Entwickelung der Kirche die Kraft ihrer inneren Wahrheit zu Hülfe nehme," bereits Fürsorge getroffen habe, daß die von den evangelischen Glaubensgenossen der östlichen Provinzen längst gewünschte Presbyterial- und Synodalverfassung bald in's Leben treten könne. — Den Minister des Innern, Hrn. v. Auerswald bestimmten die in einigen Theilen Schlesiens vorgekommenen „Ruhestörungen" zu einem Erlasse, vom 27sten, der alle durch Drohungen und Gewaltthätigkeiten den Gutsherrschaften abgezwungenen Erklärungen „wodurch sie auf die ihnen gebührenden Grundzinsen, Abgaben, oder sonstigen Leistungen, auf Gerechtsame und Nutzungen Verzicht leisten und Verpflichtungen verschiedener Art zu Gunsten der Verpflichteten übernehmen," für völlig ungiltig und nicht rechtsverbindlich erklärt und denen, „welche sich solchen Zwanges schuldig gemacht," die criminalgerichtliche Strafe nach aller Strenge des Gesetzes in Aussicht stellt. Dieser erste ministerielle Erlaß des gefeierten Landtagsredners erfreute sich nicht einmal des Beifalles der Verehrer des Hrn. v. Auerswald; die kölnische Zeitung findet, daß er „in Form und Haltung viel mehr nach dem Ministerium Bodelschwingh schmecke," und der Correspondent der Allgem. Zeit. bezeichnet ihn als ein „höchst unglückliches ministerielles Probestück," dem man es ansehe, daß die alten Ministerialräthe noch in Function seien. — Zu allem diesem kommen noch die telegraphischen Depeschen des Grafen v. Arnim, die von schlesischen und rheinischen Blättern veröffentlicht wurden, kommt noch ein Schreiben desselben an eine jüdische Gesellschaft in Berlin, in welchem der Graf vor den jüdischen Schreiern und Literaten warnte — und hiermit, in Verbindung mit dem früher Mitgetheilten, ist Alles erschöpft, was von der Thätigkeit des Ministeriums öffentlich bekannt wurde. — Graf Arnim aber versagte sich selbst nicht den nöthigen Trost. „Wer," ruft er neun Monate später aus*), „wer in dem Augenblicke berufen wird, wo das Schiff den stürmenden Wogen preisgegeben, mit gebrochenem Maste dem Steuer kaum noch gehorchend, durch drohende Klippen zu führen ist, welche denen verborgen sind die das Meer nicht kennen oder vom sicheren Strande zuschauen, wer in jenem Augenblicke, seinem Könige treu und furchtlos nur sein Gewissen fragte, der wird, im Bewußtsein des menschlichen Irrthums und der menschlichen Unvollkommenheit, Gott danken, daß Er bis dahin geholfen und vorwärtsblickend darauf bauen, daß die Hand der Vorsehung auch ferner Wege finden werde, um das Schiff dahin zu führen, wo dessen Stern auf's Neue seegenbringend leuchten soll."

*) „Die Verheißungen des 22. März." S. X.

Das neue „bürgerliche" Ministerium that alsbald den Schritt, dessen Unterlassung durch den Vorgänger mancherlei öffentlichen Tadel erregt hatte: es erklärte sich, in einem sofort gleichsam als Programm veröffentlichten Berichte an den König, (30. März) „der künftigen Volksvertretung für alle seine Maßnahmen verantwortlich und den dieserhalb zu erlassenden Gesetzen unterworfen." Dieser Erklärung fügen die Minister in ihrem Berichte hinzu: „Wir sehen es als unsere erste Pflicht an, die Folgen des Rathes, den wir ertheilen werden, allein auf unsere Häupter zu laden, damit Ew. Majestät, über das wogende Treiben des Augenblicks erhoben, in unantastbarer Ruhe die Entschließungen fassen können." Zugleich stellt das Ministerium dem Könige anheim, es, wenn wie bisher unmittelbare die Verfassung betreffende Anträge schriftlich oder mit der Bitte um persönliches Gehör eingehen, zu ermächtigen, „die Ansuchenden mit Vorbescheid zu versehen, damit auf uns diejenigen Gefühle sich richten, welche entstehen können, wenn den Anträgen nicht oder nicht unmittelbar willfahrt werden kann." Der König erklärte sich mit dem im Berichte enthaltenen Ansichten und Vorschlägen einverstanden und gab dem Ministerium die gewünschte Ermächtigung. Der königliche Bescheid ist ebenfalls vom 30sten und aus Potsdam datirt, wohin sich der König wiederholt, zuletzt am Tage des Cabinetswechsels begeben hatte. — Der nächste Bericht des Ministeriums an den König, vom 2. April, betraf die Mißdeutung, welche des Königs Aufruf vom 21sten und die damit in Verbindung stehende Demonstration in mehreren Theilen Deutschlands gefunden. Aus dem Inhalte des Ausrufes sucht das Ministerium darzuthun, daß dem Schritte des Königs nicht die ihm mehrseitig zugeschriebene Bedeutung beigelegt werden könne, als wenn mit der augenblicklich angebotenen Leitung irgendwie der freien Entschließung von Deutschlands Fürsten und Völkern vorgegriffen werden solle. Der königliche Bescheid auf diesen Bericht ermächtigt das Ministerium, seinem Wunsche gemäß, den Mißdeutungen, welche den Worten des Königs gegeben worden, in geeigneter Weise entgegenzutreten.

Die Zusammensetzung des Ministeriums bekundet der Spener'schen Zeit., „daß es der Krone jetzt voller Ernst mit Festigung des einmal angenommenen constitutionellen Grundsatzes ist." Camphausen wird in dem Artikel als „ein offener, ehrlicher Mann, welcher sich stets der freisinnigen Richtung hold zeigte," Hansemann's Name als ein volksthümlicher im ganzen Vaterlande charakterisirt, und die erste That des Ministeriums (die Erklärung wegen Uebernahme der Verantwortlichkeit) eine gute genannt. Umfangreich ist die Aufgabe, die dasselbe Blatt dem Ministerium zuertheilt, nicht gering die Ansprüche, die es an seine Mitglieder macht: „Es giebt jetzt mehr zu gründen und zu schaffen, als im Jahre 1807. Damals war wenigstens Ruhe im Innern, ein festes Zusammenhalten nach außen. Diese Ruhe und dieses Zusammenhalten müssen nicht nur dauernd hervorgerufen, sondern es muß auch im Inneren, in dem zunächst

Liegenden, Alles neu geschaffen werden." Der Artikel verlangt von den Ministern neben der Unabhängigkeit, Festigkeit und Erprobtheit des Charakters ein ungewöhnliches Organisationstalent, und will, daß zunächst ein vollständiger und durchgreifender Wechsel der Personen an der Spitze der Provinzial-Regierungen eintrete. — Die Voss. Zeit. hält die „Modification des Ministeriums im Sinne der Zeit" für einen wichtigen, mit allgemeiner Zustimmung begrüßten Akt; „es liegt darin eine Anerkennung der in Süd- und West-Deutschland herrschenden Stimmung, daß wir eines deutschen, nicht eines einseitig preußischen Ministeriums bedürfen." Preußens engster Anschluß an die deutschen Brüder im Süden und Westen sei eine unabweisbare Forderung: das neue Cabinet habe die Verpflichtung dies sofort offen auszusprechen.

Die Genugthuung, mit der des Grafen Arnim Rücktritt aufgenommen, das Vertrauen, welches dem neuen Ministerium entgegengebracht wurden, bezeichneten die öffentlich bekannt gewordenen Stimmen als ziemlich allgemein. Vereinzelt steht das Beispiel eines Mißtrauensvotums da, welches durch ein wenig verbreitetes, fliegendes Blatt*) gegen die verantwortlichen Minister abgegeben wurde. Die Repräsentanten des Grundbesitzes im Kreises Oppeln hatten unterm 26. März eine Adresse an den König gerichtet, in der sie, „die bisher das Vorrecht besaßen, ihre Interessen in der Verwaltung des Staates, dem Staatsoberhaupte gegenüber, einigermaßen vertreten zu sehen," einstimmig erklären, „daß sie auf dieses Vorrecht verzichten, Urwahlen begehren und eine Entscheidung des Landtages über diese Frage nicht für angemessen erachten." Der Kreis-Landrath hatte sich der Bitte seiner Mitstände in der Ueberzeugung angeschlossen, „daß in diesem Augenblicke jedes Mittelglied, welches zwischen Ew. Majestät geheiligte Person und das Volk tritt, aufregend und schädlich wirken würde." Eine Deputation, bestehend aus den Landesältesten und Kreisdeputirten Graf Reichenbach-Dometzko (dem späteren frankfurter Abgeordneten, dessen Hochverrathsproceß i. J. 1850 den Anlaß zu vielfachen Conflicten zwischen preußischen Gerichtsbehörden gegeben) und Brieger-Comprachczütz, dem Freiherrn v. Dalwig und dem Kreisschulzen Langosch und Rogosceк, war beauftragt, diese Adresse dem Könige zu überreichen. Sie erschien am 29sten Abends auf dem Schlosse zu Berlin; Hr. v. Auerswald theilte ihr mit, daß der König nach Potsdam abgereist sei. Zu seinem „aufrichtigen Bedauern," erklärte derselbe Minister in einem Schreiben vom folgenden Tage, sei er wegen der Abwesenheit des Königs außer Stande gewesen, die Deputation Sr. Majestät vorzustellen; auch jetzt fehle es ihm an Gelegenheit, eine Zeit auch nur ungefähr zu benennen, da es nicht feststehe, ob oder wann der König heute von Potsdam zurückkehre. Mit Bezugnahme überdies

*) Erklärung der Oberschlesischen Deputation. Druck von A. W. Hayn. (Ursprünglich zu einem Extrablatte der Zeit.-Halle bestimmt.)

auf den vom Könige, in Folge des Berichtes vom 30sten, bewilligten Antrag, Deputationen in Verfassungssachen zum König während der nächsten Zeit nicht mehr zuzulassen, stellt der Minister schließlich der Deputation anheim, die Adresse an das Ministerium abzugeben. Die Deputation erließ hierauf die erwähnte öffentliche „Erklärung," der wir folgende charakteristische Stellen entnehmen:

Wir waren beauftragt, die in Nr. 76 der Zeit.-Halle abgedruckte Erklärung dem Könige zu überreichen, schon war die Reaction im Gange, der König nicht mehr für das Volk, sondern das Volk für den König da; wir wurden angemeldet und mußten warten; Minister wurden entlassen, Minister wurden eingesetzt, Deputationen, Personen wurden beim Könige eingeführt, wir nicht, die Intrigue umgab uns. Wir blieben zuletzt. Da erschien Hr. v. Auerswald. Der König war abgereist . . . Man sprach von Verantwortlichkeit der Minister, man sprach davon, daß der König nichts mehr beschließen, entscheiden könne und wir entgegneten ihm: Wir kennen keine verantwortliche Minister . . . Einer von der Deputation begab sich (am nächsten Tage) zu Hrn. v. Auerswald; er fand ihn und Hrn. Camphausen. Er frug: Sie haben uns gestern versprochen, wir werden beim Könige eingeführt werden, können Sie Ihr Wort nicht halten? Sie meinen, „der König bedürfe der Ruhe;" wir gönnen sie ihm. „Wir sollten uns mit Ihnen verbinden, um der Anarchie zu steuern;" wir wollen die Anarchie nicht, aber Sie führen das Volk der Anarchie entgegen. Sie reden ewig von Ihrer Verantwortlichkeit, von Ihrem constitutionellen Ministerthum. Constitutionelle Minister sind Sie, also haben wir eine Constitution. Hat der König das Recht constitutionelle Minister zu ernennen, so hat er das Recht den Landtag zu vernichten . . Das Gesetz ist ausgelöscht mit dem Blute des Volks. Die Gewalt ist das Scepter, die Anarchie das Feldgeschrei. Vernunft und Wahrheit sind die unantastbare Krone; wir anerkennen keine verantwortlichen Minister, wir kennen nur ein Volk und einen König, — einen König, der dem Volke Rechenschaft schuldig ist, einen König, der dem Volke die Hand zur Versöhnung reichen, der ihm Gesetze anbieten muß, die ihm genehm sind . . . Wer sind Sie, meine Herren Minister, die Sie sich eindrängen zwischen König und Volk im Augenblick der drohenden Auflösung im Innern, der Gefahr von Außen? Wer sind Sie, die Sie sich des Staatsruders bemeistern wollen, die Republik im Westen, den Despotismus im Osten und die Anarchie der Fürsten und des Volkes in der Mitte, wer sind Sie? Die Werkzeuge, wir wollen es zu Ihrer Ehre glauben, die blinden Werkzeuge aller Freunde des Despotismus, einer erbärmlichen Coterie, die nur auf Verrath sinnt, die mit allen verwandten Elementen im Auslande, mit Rußland conspirirt. — Meine Hrn. Rathgeber des Königs, wir denunciren Sie dem König, den Sie in's Verderben stürzen; wir denunciren Sie dem Volke . . .

Ein Wahlgesetz zu entwerfen, das den allgemeinen Wünschen entspräche und dessen unverzögerte Annahme durch den Landtag sicher wäre — das war die nächste Aufgabe des neuen Ministeriums. Schon am 29sten berichtete ein Mitglied der cölner Deputation, (Cöln. Zeit.) daß nach der Behauptung der neuen Minister, innerhalb dreier Tage das provisorische Wahlgesetz erscheinen würde; es wird hinzugesetzt, daß der Landtag bei etwaigem Reactions-Gelüste factisch gar nicht berücksicht werden und sich wohl selbst das Todesurtheil sprechen würde. Drei Tage später wurde bekannt, daß im Ministerrathe der Census bei dem neuen Wahlgesetz gefallen sei, und daß der Entwurf doppelte (indirecte) Wahlen vorschlage. „Etwaige Reactions-Gelüste" des Landtages, liberalen Regierungsvorlagen gegenüber, schienen im Keime schon dadurch erstickt werden zu sollen, daß die Mehrzahl der Landtagsmitglieder, die in den letzten Märztagen bereits eingetroffen waren, bei ihren Vorberathungen, (am 31. und 1. April im Hotel de Russie) besonders auf Anregung des Fürsten Lichnowsky, dahin übereinkamen, durch ein „Vertrauensvotum" die

Vorlagen des Ministeriums ohne viel weiteres Debattiren zu genehmigen. Und wie heterogen auch die einzelnen Bestandtheile des Landtages waren, so glaubten doch alle Mitglieder, bis auf eine überaus winzige Minorität, sich zur Erhaltung dieses Ministeriums, („als des letzten Ankers des conservativen Elements,“ wie Graf Arnim interpretirt) in dem Maaße verpflichtet, daß man jeden Angriff, jede abweichende Meinung zu beseitigen suchte, und daß Vertrauensvota mit einer Einstimmigkeit gegeben wurden, wie sie — nach der Ansicht des Grafen Arnim — schwerlich ein Ministerium wieder erhalten dürfte. Ja der Landtag zeigte sich allen „etwaigen Reactionsgelüsten“ so sehr feind, daß er die minder liberalen Bestandtheile der Propositionen ausmerzte, da wo Lücken waren, diese durch liberale Beschlüsse ergänzte, daß er alle die gemachten Verheißungen „dankbar annimmt,“ und anerkennt, „daß die constitutionelle Monarchie auf der breitesten Grundlage von nun an die Staatsform Preußens sein wird.“ — Außer dem Wahlgesetzentwurfe legte Hr. Camphausen der ständischen Versammlung in ihrer ersten Sitzung, am 2. April, den Entwurf einer „Verordnung über einige Grundlagen der künftigen preußischen Verfassung“ vor. Mit diesem Entwurfe beschäftigte sich die Versammlung gleich in ihrer zweiten Sitzung, am 4. April: er wurde fast unverändert angenommen. Nur der Bestimmung, daß alle Preußen berechtigt seien, sich ohne vorgängige polizeiliche Erlaubniß friedlich und ohne Waffen in geschlossenen Räumen zu versammeln, fügte sie den Beschluß hinzu, daß auch Versammlungen unter freiem Himmel von der Obrigkeit gestattet werden können — Rechte, die freilich seit vierzehn Tagen überall und ohne alle Beschränkungen ausgeführt wurden. Die fünf anderen Punkte der Verordnung, die am 6. April durch die Gesetz-Sammlung publicirt wurde, betreffen die Erweiterung der Preßfreiheit durch Aufhebung der Cautionsbestellung für die Herausgabe neuer Zeitungen (Aufhebung des §. 4 Nr. 1 des Gesetzes vom 17. März); die Untersuchung und Bestrafung aller Staatsverbrechen durch die ordentlichen Gerichte (Aufhebung jedes durch Ausnahmegesetze eingeführten besonderen Gerichtsstandes); die Unabhängigkeit des Richterstandes (Aufhebung der hart angefeindeten Verordnungen vom 29. März 1844); die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte ohne Rücksicht auf das religiöse Glaubensbekenntniß; endlich die Zustimmung der künftigen Vertreter des Volkes zu allen Gesetzen, so wie zur Festsetzung des Staatshaushaltes und das Steuerbewilligungsrecht derselben. Diese Verordnung die zuerst die bisherigen Verheißungen theilweise ausführt, ist zugleich die erste gesetzliche Formulirung der „Errungenschaften.“

Der Vortrag, mit welchem Hr. Camphausen die Landtagsitzungen eröffnete, (2. April) erwähnte der „gegenwärtigen Leiden der Gesellschaft“ und hob die einzelnen Punkte hervor, welche die Grenzen der von der neuen Regierung als der ihrigen erkannten Aufgabe enthielten. Es heißt darüber: „Tief zu be-

klagen ist es, daß in die neuen Zustände nicht übergegangen werden konnte ohne das Gefolge der Leiden, von denen gegenwärtig die Gesellschaft getroffen ist. Nur darin mag ein Trost gefunden werden, daß die letzten Wochen viel verborgene Wunden aufgedeckt und Belehrung darüber gegeben haben, daß und wie ihre Heilung erstrebt werden soll. Die Regierung erkennt die Aufgabe, die Staatsgewalt neu zu kräftigen, die Bande der gesetzlichen Ordnung zu festigen, das Vertrauen zu beleben, den geschwächten Credit zu heben und auf den Wiederaufschwung der Gewerbe und der lohnenden Arbeit hinzuwirken." — Die neuen Minister, die durch ihren bisherigen Beruf mit den Handels- und Gewerbsverhältnissen auf's Engste verbunden waren, mußten allerdings, nachdem sie das Ziel ihrer lang gehegten constitutionellen Wünsche wenigstens theilweise erreicht sahen, in ihrer gegenwärtigen Stellung den Blick zunächst auf die gänzlich veränderten Zustände des Handels, der Gewerbe und der Arbeit richten. Bisher hatte von Seiten der Regierung nichts als eine „Verheißung" sich dieser Sache angenommen. Eine königl. Ordre vom 27. März, sprach die Absicht des Königs aus, „ein eigenes Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten zu bilden" und beauftragte das Staatsministerium, „wegen der dadurch bedingten Ressortveränderungen bei den bestehenden Centralbehörden schleunigst Vorschläge zu machen." Die gedrückten Finanz- und Creditverhältnisse erforderten aber entschiedene und schleunige Abhilfe-Maßregeln. Ein Blick auf die berliner Börse, in ihrer Gestaltung seit den ersten Nachrichten von der jüngsten französischen Revolution, läßt die wenig tröstliche Lage der Handelsverhältnisse erkennen. „Seit 33 Jahren" heißt es in einem Börsenberichte über die Tage vom 28. Februar bis 4. März, „hat die Börse mancherlei Epochen durchlebt; schwere Wunden sind den Börsenmännern geschlagen worden; alle die unglücklichen Incidenzpunkte bilden jedoch nur schwache Intermezzo's gegen die große Katastrophe, die sich in den letzten sechs Tagen vor uns entfaltete . . . Daß am Monatsschlusse von eigentlichen Geschäften keine Rede sein konnte, versteht sich von selbst. Der Courszettel vom 29. Febr. enthielt daher auch gar keine Aktienkurse." Acht Tage später wird von der „flauen Stimmung" berichtet, mit der die Börse am ersten Wochentage begann und die mit geringen Unterbrechungen bis zum Ende der Woche fortdauerte; alle Aktienkurse blieben, wenn überhaupt in dieser Gattung verkehrt wurde, in dem ursprünglichen Weichen, um 10 pCt. und mehr; preußische Staatspapiere allein behaupteten sich; ängstlich gewordene Depositairs kündigen ihre Capitalien, und die meisten Verkäufe geschehen auch nur aus diesem Grunde. Bis zum 18. März fielen die Kurse, selbst die der preußischen Staatsschuldscheine immer mehr. Die Nachrichten von den Concessionen des 18ten und der dadurch erregten freudigen Stimmung rief am 18ten Mittags zum ersten Male wieder ein reges Leben an der Börse hervor; „viele Effecten erfuhren eine so ungewöhnliche Steigerung (von 6 bis 10 pCt.), wie sie seit

Jahren nicht vorgekommen." Die Nachrichten von den letzten Vorgängen auf dem Schloßplatze ließen aber die Börsenversammlung in wildem Toben auseinandergehen. Von einer Regulirung der abgeschlossenen Geschäfte war keine Rede. In der folgenden Woche blieb das Geschäft nur von geringem Umfange. Der nächste Börsenbericht über die Woche vom 27. März bis zum 1. April, schildert den „beklagenswerthen" Zustand der Börse: „Das Geschäft liegt ganz danieder. Bedeutende Fallissements auswärtiger Häuser verfehlen ihre Rückwirkung auch auf hiesigen Platz nicht. Mehrere Productenhändler und Fabrikanten haben ihre Zahlungen einstellen müssen, wodurch leider hinwiederum so viele redliche Arbeiter außer Beschäftigung kommen. Die Vorschläge, die zur Hebung des augenblicklichen Mißcredits und der Stockung des gewerblichen Verkehrs gemacht wurden, sind meist in der Praxis unausführbar oder scheitern an den großen Anforderungen, die zu ihrer Verwirklichung nöthig wären. Am 1. April, meldete ein anderer Bericht, wurden neben anderen Zahlungseinstellungen hiesiger mittlerer Häuser, auch die eines großen Holzhändlers, eines Bankiers und eines Seidenhändlers bekannt; am 31. März mußten ungewöhnlich viel Wechselproteste Seitens der Notare aufgenommen werden. — Die Spen. Zeit. stellt die Lage, in welcher das neue Ministerium die Handelswelt findet, folgendermaßen dar (3. April): „In der Handelswelt herrscht eine allgemeine Entmuthigung, alle soliden Häuser ziehen ihre Baarfonds an sich, um ihren Verpflichtungen genügen zu können, alle weniger gut fundirten jedoch sehen sich weniger genirt und müssen liquidiren oder ihre Zahlungen ganz einstellen. Dadurch ist der Gewerbestand plötzlich der so nothwendigen Capitalien beraubt; außerdem stockt aller Absatz." Der Artikel fragt: „Wird das Ministerium allen Uebelständen abhelfen und den Credit zurückführen können?" Er kann dafür vorläufig nur Hoffnungen aussprechen, und anführen, „daß der Bank schon mit drei Millionen geholfen worden ist und daß überdies dem Ministerium mehrere bedeutende Vorschläge jetzt zur Berathung vorliegen." — Der Börsen-Vorstand, „von der Nothwendigkeit einer raschen Staatshülfe überzeugt," hatte ein Comité, bestehend aus den Herren Carl, Wilhelm Beer, A. Sußmann und Seldis, gewählt, das sich mit dem Minister Rother in Verbindung setzen sollte, um die Errichtung einer besonderen Bank, mit einem Capital von 1 Million Thaler, für Mittelwechsel auch solcher Kaufleute und Fabrikanten, die nicht zur Corporation gehören, so wie ferner die Bildung einer Commission von fünf der bedeutendsten Fabrikanten, zur Begutachtung der Wechsel, zu betreiben. Am 1. April erhielt das Comité die Weisung, sich mit den Anträgen an den Finanzminister Hansemann zu wenden, indem zur Gewährung der geforderten Punkte Aussicht vorhanden sei. — Unter Zuziehung mehrerer angesehenen Bankiers, darunter der Hrn. A. Mendelssohn, Brüstlein u. A., hielten die Minister Camphausen und Hansemann, am 1. April, eine Berathung über die Mittel dem Handelsstande und der

Industrie wirksame Hülfe zu leisten. Die Ansichten vereinigten sich zuvörderst über die Errichtung einer zweiten Discontobank.

Wie in diesen ersten Maßregeln zunächst die Gewerbeverhältnisse der Hauptstadt berücksichtigt wurden, so zeigte sich in anderen der Eifer des Ministeriums für umfassendere und allgemeinere Unterstützung der gedrückten Finanz- und Creditverhältnisse. Als von Cöln die Nachricht von der am 29. März erklärten Zahlungseinstellung des großen Bankierhauses Schaffhausen auf telegraphischem Wege nach Berlin gemeldet worden, gewährte das Ministerium jenem Hause sofort einen bedeutenden Vorschuß aus der Staatskasse von dem ein Theil bereits am 31. März in Cöln eintraf. Am 4. April bestimmte der König, daß dem Finanzministerium 1 Million Thaler zur Verfügung gestellt werde, um in solchen Orten, wo es als die dringendste Nothwendigkeit erscheine, Discontocassen, die sich gründen möchten, zu unterstützen. Von demselben Tage datirt eine provisorische Verordnung (Gesetzsammlung Nr. 10), welche einen vorläufigen Anfang mit Beseitigung einer allgemeinen anerkannten Steuerüberlastung, einer Ueberlastung, die in bedeutender Weise besonders die handarbeitende Klasse traf, zu machen bestimmt ist. Danach soll in denjenigen Städten, die es wünschen, die Mahlsteuer aufhören und an deren Stelle ein Contingent treten, das auf zwei Drittel des bisherigen Ertrages der Mahlsteuer festgesetzt wird; (die Handarbeiter, Tagelöhner u. s. w. bleiben von der Errichtung der directen Steuer befreit;) denjenigen Städten jedoch, welche die Mahlsteuer forterheben wollen, wird jenes Drittel zu ihrer Verfügung, „und zwar zur Verwendung für öffentliche Bauten und dadurch zur Unterstützung der handarbeiten Volksklasse," gestellt. Der durch diese Verordnung der berliner Commune überwiesene Antheil zu ⅓ des zur Staatskasse geflossenen Roh-Ertrages der Mahlsteuer betrug für die Monate April bis Dezember 1848 die Summe von 93,338 Thlr. (S. Resultate des Finanz-Abschlusses rc. der Residenz Berlin für das Jahr 1848. Tit. II. Posit. 4) Endlich übergab das Ministerium am 4. April dem Vereinigten Landtage eine königl. Botschaft, wonach dieser seine Zustimmung dazu ertheilen möge, „daß unter der Verantwortlichkeit des Ministeriums gegen die zunächst zusammenkommende Volksvertretung die zum äußeren Schutze der Monarchie sowohl als zur Wiederherstellung des Credits und zur Aufrechthaltung der Industrie erforderlichen, außerordentlichen Geldmittel, sei es mittelst neuer oder Erhöhung älterer Steuern, erhoben oder durch rechtsgiltig zu contrahirende Anleihen beschafft werden dürfen." — Ueber den Erfolg wird in einem späteren Abschnitte berichtet werden.

X. Die Communalbehörden, ihre Beziehungen zu der Arbeiterfrage und die Barrikadenkämpfer. — Erste gewaltsame Versuche der Contrerevolution. — Die Bürgerwehr bis zum Rücktritt ihres ersten provisorischen Chefs.

Zur Erleichterung des mehr und mehr stockenden Verkehrs, zur Beseitigung der allmählig stärker hervortretenden financiellen Uebelstände waren Vorschläge verschiedener Art und in großer Anzahl gemacht worden. Einer der umfassendsten verlangte, „daß von Seiten der Regierung unverzüglich eine Zinsstundung der am 1. April fälligen Hypothekenzinsen zu promulgiren, so wie die in unzähligen auf Terminalabzahlung des Capitals lautenden Hypotheken-Obligationen enthaltene cassatorische Clausel, derzufolge, wenn die Abzahlung nicht prompt geleistet, das Capital sogleich ohne Kündigung fällig wird, aufzuheben sei". Da es nämlich den Eigenthümern unmöglich wäre, ihren Miethszins einzubekommen, dessen sie bedürfen, um ihre Hypothekenzinsen zu entrichten, so würde die Unterlassung dieser Zinsentrichtung, ohne eine von der Regierung verfügte Stundung, den Verfall einer unberechenbaren Menge von hypothekarisch aufgenommenen Darlehen und damit den Ruin einer Masse von Grundbesitzern herbeiführen. Dieser Vorschlag des Hrn. Julius (Zeit.-Halle. 26. März) — von Dr. Glaser als unausführbar bezeichnet, weil er von der Regierung die Anmaßung einer Gewalt fordere, die ihr durchaus nicht zukomme und weil durch die Verschiebung der Zahlung eine Stockung in den Verkehr gebracht würde, deren Folgen unabsehbar; von Hrn. W. Lipke als gefährlich erkannt, wegen der Consequenzen, die der erste Schritt auf solcher Bahn nach sich ziehen würde, und weil jeder Eingriff in die Bestimmungen der durch freie zweiseitige Willenserklärungen entstandenen Verträge ein Halt! sei, das man dem Verkehre zurufe; von dem Urheber jedoch gegen alle Angriffe beredt vertheidigt — dieser Vorschlag blieb, wie alle ähnlichen unberücksichtigt.

Neben jenen Vorschlägen, die ausschließlich an die Behörden gerichtet sind, finden sich auch in reicher Fülle Aufforderungen und Mahnungen an die Besitzenden, die Capitalisten, welche ihr Hülfsmittel aus Furcht dem Verkehre entzögen. „Ihr fürchtet Euch," heißt es in einer derselben, „vor einem Feinde; Euer ärgster, euer verderblichster Feind ist mit Euch, ist um, ist in Euch: es ist Eure Furcht selbst. Mit diesem Feinde haltet Ihr Alles in Schach; Verkehr, Handel, Gewerbe und Arbeit . . Fort mit aller verderblichen Einbildung; Jeder trage dazu bei, den Verkehr, den Handel, den eigentlichen Lebenskern: die Arbeit aufrecht zu erhalten; Jeder treibe Luxus, wie vorher u. s. w."

Von dieser Furcht spricht auch Hr. Hansemann zu den Landständen. (Verein. Landtag 4. Sitzung.) „Wirken Sie dahin," bittet er die Abgeordneten, „daß ein Jeder, so viel es seine Vermögensverhältnisse erlauben, in gewohnter Weise lebe; daß man nicht aus Angst und Besorgniß den solidesten Bankhäusern und Credit-Instituten die Niemanden in Verlust bringen können, das bei ihnen niedergelegte Geld entzieht. Eine Furcht dieser Art ist es vorzüglich, was auf die Stockung der Gewerbe wirkt." In demselben Sinne hatte der Justizminister am 31sten ein Rescript erlassen, („Publicist" Nr. 26) worin die Präsidenten und Directoren der berliner Gerichte aufgefordert werden, ihren Beamten bemerklich zu machen, daß sie mit ihren Ausgaben für sonst gewohnte Bedürfnisse nicht zurückhalten, da es gerade jetzt nothwendig sei, die stockenden bürgerlichen Geschäfte lebendig zu erhalten. — Jene Furcht, zu der sich auch die Leichtgläubigkeit gesellte, zeigte sich einem der berliner Kasseninstitute der städtischen Sparkasse, besonders gefährlich. Schon am 15. März hatte der Magistrat bekannt gemacht, daß sich das ganz unbegründete Gerücht verbreitet habe, die städtische Sparkasse würde wegen Mangel an Geldmitteln ihre Zahlungen einstellen: vielmehr, erklärte er, würden die erforderlichen Geldmittel fortwährend bereit gehalten, um allen Ansprüchen an die Kasse auf der Stelle Genüge leisten zu können. Vierzehn Tage später sah sich der Magistrat veranlaßt, in einer ausführlichen Erklärung den Interessenten dringend ans Herz zu legen „jede unbegründete Besorgniß gegen die Sicherheit der Sparkasse schwinden zu lassen und von der Rückforderung ihrer Einlagen zur Zeit abzustehen." Es habe sich, heißt es in der Bekanntmachung vom 28sten, die Meinung verbreitet, daß das Interesse der Sparkassen-Gläubiger gefährdet sei und die städtische Sparkasse denselben nicht mehr hinlängliche Sicherheit gewähre. Bei den vielfachen Garantieen müsse es aber „auch dem Kleingläubigsten einleuchtend" sein, daß er für seine Einlagen die größte Sicherheit habe, die nur irgendwie verlangt werden könne. Dessenungeachtet seien von den Jahre lang gesammelten Einlagen im Laufe des Monats März allein etwa 400,000 Thlr. abgehoben worden, was beinahe den dritten Theil aller zu Anfang des Monats vorhanden gewesenen Einlagen ausmache. Die Commune, statutenmäßig nur verpflichtet, eine Summe von 30,000 Thlr. im baaren Gelde bereit zu halten, sei nun genöthigt gewesen, auf ihre anderweitigen Einnahmen und Mittel zurückzugehen. Diese aber würden wiederum gerade jetzt ganz außerordentlich durch die Maßregeln für die „arbeitslosen Mitbrüder" in Anspruch genommen. Der patriotische Sinn der Einwohner, hofft der Magistrat, werde ihm nicht die Mittel zur Ausführung dieser von der Pflicht der Nächstenliebe und der Nothwendigkeit gebotenen Maßregeln entziehen wollen. — Eine andere Bekanntmachung vom 28sten erwähnt einer großen Anzahl von Gesuchen, die mit Bezug auf ein anderes in der Stadt verbreitetes Gerücht, „als habe der Magistrat rückständige und laufende Miethen für einzelne Privatpersonen zu

zahlen übernommen," eingegangen seien. Der Magistrat weist auch jenes Gerücht als „auf falscher Voraussetzung" beruhend und damit zugleich alle die Eingaben zurück.

Die Commune hatte, um die Klasse der Arbeitslosen zu beschäftigen und diesen dadurch einen Erwerb zuzuführen, Neubauten, Erdarbeiten u. dergl. in Angriff nehmen lassen (allmählich waren von der Stadt 2500, vom Staate 3000 dieser Erd- und Bauarbeiter beschäftigt); sie hatte gleich am 20sten die Fürsorge für die Hinterbliebenen und Verwundeten der bürgerlichen Kämpfer des 18ten übernommen — eine Sorge, die durch die reichlich eingehenden Geldbeiträge wesentlich unterstützt und erleichtert wurde —; sie übernahm es endlich auch, hilfsbedürftigen Barrikadenkämpfern außerordentliche Unterstützungen zuzuwenden. Am 29sten, an demselben Tage, als durch öffentliche Anschläge zuerst das Einrücken des Militairs angemeldet wurde, erschien folgende Bekanntmachung:

In dankbarer Anerkennung der dem Vaterlande in den Tagen des 18. und 19. März errungenen Güter haben die Communalbehörden beschlossen: den Kämpfern, welche der Hülfe bedürftig sind, sofort eine außerordentliche Unterstützung zu Theil werden zu lassen. Demgemäß werden diejenigen hiesigen Einwohner, welche an dem Kampfe Theil genommen haben und der Hülfe bedürftig sind, veranlaßt, wenn sie eine Unterstützung beanspruchen wollen, ihre Theilnahme an dem Kampfe durch ein glaubwürdiges Attest nachzuweisen und mit einem Atteste der betreffenden Armen-Commission über ihre Bedürftigkeit sich bei der städtischen Deputation zur Unterstützung der Verwundeten und Hinterbliebenen im Kölnischen Rathhause zu melden. Auf diejenigen Personen, welche nur beim Bauen der Barrikaden Hülfe geleistet, aber nicht selbst mitgekämpft haben, findet dieser Communalbeschluß keine Anwendung und haben dieselben daher auf diese außerordentliche Unterstützung keinen Anspruch. — Der Magistrat.

Ein besonderes Circular der städtischen Deputation von demselben Tage, welches nur für die Bezirksvorsteher bestimmt war, theilte diesen mit, daß in den beiden letzten Tagen vielfache Anträge um Unterstützungen von solchen Personen eingegangen wären, welche nur beim Bau von Barrikaden thätig gewesen und hierüber Bescheinigungen der Bezirksvorsteher beigebracht hätten. Mit Bezug auf die Bekanntmachung des Magistrats werden die Bezirksvorsteher gebeten, dergleichen Personen zu belehren, daß ihren Anträgen nicht gewillfahrt werden können, und nur Solchen, die beim Kampfe selbst thätig gewesen, sich darüber glaubhaft ausweisen können und in einer der Hülfe bedürftigen Lage sind, Atteste auszustellen. — Die außerordentliche Unterstützung, die ein Barrikadenkämpfer erhielt, betrug drei bis fünf Thaler; später reducirte sie der Magistrat „im Interesse der schwerbelasteten Commune" auf 15 Sgr. für die Person.*)

*) Das Belohnen der Barrikadenkämpfer gehört zu denjenigen Punkten, welcher in der schon früher erwähnten Zeitungspolemik zwei Jahre später ein Hauptmoment der gegen den Magistrat gerichteten Angriffe bildete. „Was für eine Bedeutung," fragt der Gegner, (Voss. Z. 1850. Nr. 155) „sollte das Belohnen der Barrikadenhelden haben, welches erst Ende März erfolgte, wo Ruhe und Besonnenheit vollständig zurückgekehrt

In den Sammlungen für die Verwundeten und Hinterbliebenen wurden bald die Summen der auswärtigen Beiträge die bedeutend überwiegenden. Vielfach kamen mit diesen Sendungen zugleich Dank-Adressen und Ansprachen von Gemeinden oder Corporationen an die Berliner. Doch nicht blos in diesen Begleitschreiben, sondern vielmehr in eigenen Adressen, Boten, Verkündigungen feierlicher Beschlüsse, die von den ersten Tagen der neuen Epoche an reichlich von allen Seiten zuströmten, drückten sich die Gefühle des Dankes, der Bewunderung u. dergl. gegen die Bewohner der Hauptstadt aus. Es ist charakteristisch, daß ein großer Theil dieser Schriftstücke solchen Privatpersonen oder Privatinstituten, denen die Bewegungen einen Ruf gegeben, zur weiteren Verbreitung übersandt wurde. So erhielt Hr. Urban von Ulm eine zahlreich unterzeichnete Adresse an die Berliner; der Redaction der Zeitungshalle wurde eine nicht geringe Anzahl zur Veröffentlichung zugesandt. Auch besondere Deputationen erschienen, um die Adressen ihrer Gemeinden oder anderer Auftraggeber zu überreichen. So am 31sten die Deputation aus Königsberg, an deren Spitze sich Dr. Kosch, ein Arzt, befand. (S. unten die Verhandl. der Stadtverordneten.) Der Magistrat und die Stadtverordneten, bei denen ein sehr großer Theil der Adressen von preußischen Gemeinden eingegangen war, sprachen am 28sten ihren Dank „an unsere deutschen Brüder nah und fern" aus: „Die Bürger der deutschen Städte" (deren 35 namhaft gemacht werden) „haben uns ihre Sympathieen, ihre begeisterte Zustimmung zu den Anstrengungen zu erkennen gegeben, die in unserer Stadt gemacht worden sind, um dem deutschen Vaterlande die Freiheit und in und aus derselben seine Größe und sein Heil zu sichern. Mit innigem Danke erwidern wir Euren Brudergruß." — Zwei andere Bekanntmachungen des Magistrats und der Stadtverordneten, von demselben Tage, brachten, die eine, die „edle That eines menschenfreundlichen Mannes," die zweite drei Anerbietungen „edler Wohlthäter unserer Waisen" zur öffentlichen Kenntniß, für welche jene Behörde den herzlichsten und innigen Dank aussprechen. Der Rittergutsbesitzer auf Schulzendorf bei Köpenick, Hr. Jacobson habe „in dankbarer Anerkennung der in den Tagen des 18. und 29. März errungenen politischen und religiösen Freiheit" den hochherzigen Entschluß gefaßt, drei Knaben von 8 bis 11 Jahren, welche ihre Väter in dem Kampfe des 18ten verloren, sofort zu sich zu nehmen und für deren Erziehung u. s. w. gänzlich Sorge zu tragen. Ferner habe der Vorstand der Waisenpforte zu Cottbus, „indem er die Waisen der

sein konnten?" und warum seien „die sogenannten Barrikadenkämpfer als Corporation" aufgerufen? Originell ist die (indirecte) Rechtfertigung des Magistrats: Die Reduction der Belohnung auf 15 sgr. sei durch die Auffassung erzeugt worden, daß dadurch „die Belohnung den Charakter eines Tagelohnes, einer Abfindung" angenommen, durch welche „die Revolution den stärksten Stoß erhalten" habe. (Voss. Z. 1850. Nr. 156) Der Angreifer versicherte hierauf höhnisch, daß er dieser Auskunft seine volle Bewunderung darbringe.

in den Straßen Berlins gefallenen Bürger als solche betrachtet, die das gesammte Vaterland als seine Waisen anzuerkennen habe," beschlossen, und unabhängig davon einerseits die Vorsteherin des Elisabeth-Stiftes zu Pankow, Frau Prediger Weise, andererseits der Bank-Pfand-Revisor Hr. Braag zu Tilsit sich erboten, je eins von den verwaisten hilflosen Kindern der Opfer des 18. und 19. März aufzunehmen, um für die Erziehung und Verpflegung der Kinder Sorge zu tragen.

Die Thätigkeit der Stadtverordneten bis zum Schlusse der letzten Märzwoche, ist in den folgenden Berichten, die an die früher mitgetheilten unmittelbar anknüpfen, dargestellt:

In der Sitzung vom 30. März stattete (nachdem die bereits erwähnten Erörterungen über die Militaireinzugs-Angelegenheit beendigt waren) die in Folge des Beschlusses der Stadtverordneten, wegen Niederlegung der Mandate, erwählte Deputation ihren Bericht ab. Es hatten derselben zwei Anträge vorgelegen, der eine von Mertens I., daß schon bei der neu vorzunehmenden Wahl jeder Bürger wählen und daß jeder Bürger und Schutzverwandte aus jedem beliebigen Bezirken wählbar sein solle. Der zweite Antrag war von einigen Bürgern eingegangen, die den Wunsch aussprachen, daß die Stadtverordneten in ihrer Stellung verbleiben möchten. Das Gutachten der Deputation, so wie die heute darüber stattgehabte Discussion, sprach sich jedoch dahin aus: daß die Stadtverordneten deßhalb beschlossen hätten ihr Mandat niederzulegen, um zu prüfen, ob sie das Vertrauen der Bürgerschaft noch genießen, es müsse schon deßhalb jeder weitere Schritt in dieser Beziehung den neugewählten Stadtverordneten überlassen bleiben. Uebrigens habe man außer der moralischen, auch nicht die gesetzliche Berechtigung, eine Aenderung des Wahlmodus vorzunehmen, es könne dies nur im Wege der Petition durch den Landtag, oder durch die National-Vertretung geschehen. Man beschloß daher, auch nach dem Gutachten des Magistrats, es bei der Niederlegung des Mandats zu belassen, den Magistrat jedoch zu ersuchen, hinsichts der neuen Wahlen nach dem alten Wahlmodus die nöthigen Schritte zu beschleunigen, und daß man so lange in Funktion bleibe, bis die neuen Wahlen vollzogen sind. — Die Frage des Vorsitzenden, ob der Antrag des Stadtverordneten Mertens I. noch einmal der Deputation zur genauern Prüfung vorzulegen, wurde fast einstimmig verneint.

In der Sitzung vom 31. März wurde der Eingang folgender Adressen mitgetheilt: aus Oppeln, Merseburg, Torgau und von dem Turnverein in Cöln. — Herr Herrenburger stellt den Antrag, die etwaigen städtischen kleinen Bauten und Reparaturen sofort beginnen zu lassen, um Arbeiter zu beschäftigen. Hr. Mertens I. entgegnete darauf, daß für Bauarbeiter bereits genug gethan sei, daß bereits fremde Gesellen hätten angenommen werden müssen, und man möge nicht vergessen, daß die Bauarbeiter den geringern Theil der übrigen Handwerker bilden. Der Vorsteher Fournier erklärt, daß ihm erst vor einer Stunde auf seine Anfrage von dem Stadtbaurath Kreiher die Mittheilung geworden sei, daß es jetzt anfange an hiesigen Bauhandwerkern schon zu mangeln. Hr. Sanet erklärt diese Behauptung schnurstracks für eine „Lüge" indem noch Massen unbeschäftigter Arbeiter herumgehen; auch ein großer Theil der Versammlung schließt sich dem Letztern an. Hr. Seidel schlägt vor, eine Deputation zu ernennen, welche darauf sehen solle, daß die bereits genehmigten Bauten energischer betrieben werden. — Auf eine — inzwischen eingetroffene — Nachricht seitens des Magistrats, daß eine von dem Magistrat aus Königsberg bevollmächtigte Deputation um 12 Uhr auf dem berlinischen Rathhause der hiesigen Bürgerschaft eine Dankadresse Namens der Stadt Königsberg zu überreichen wünsche, werden die Stadtverordneten aufgefordert, zu dieser Zeit ihre Deputirten abzusenden. Da der Zeitpunkt bereits herangerückt ist, so werden sofort die Hrn. Dunker und Devaranne abgeordnet. — Hr. Mertens I. knüpft hieran die Bemerkung, daß eben diese Deputation dieselbe sei, welche sich nun zu dem in Frankfurt sich bildenden freiwilligen Landtage Namens der Stadt Königsberg begebe, und frägt an, ob denn Berlin davon zurückbleiben und somit eine Schmach auf sich laden wolle, die niemals auszuwetzen sein möchte. Er wünscht, daß ebenfalls Deputirte aus der Mitte der Stadtverordneten abgesendet werden. Die Hrn. v. Raumer und Schauß protestir-

ten aufs lebhafteste gegen solche Maßregel; man wisse nicht, was diese Versammlung wolle, aus wem sie bestände; u. s. w. Es mögen sich immerhin freie Männer aus freiem Antriebe, allenfalls durch eine Volksversammlung gewählt, dazu hergeben, aber Deputirte aus der Mitte der Stadtverordneten, bevollmächtigt im Namen der ganzen Bürgerschaft, abzusenden — dazu habe die Versammlung kein Recht. Der Vorsteher erwidert, daß es fraglich sei, ob die Versammlung dies Recht nicht besitze, und schlägt vor, eine Deputation zu schleunigem Zusammentritt und Berathung dieser Rechtsfrage zu ernennen. — Die Versammlung tritt dem Vorschlag bei. — Das Curatorium der städtischen Sparkasse theilt der Versammlung mit, daß zwar der Andrang zur Rückzahlung der Sparkassengelder etwas nachgelassen habe, daß er jedoch seit kürzester Zeit sich wieder zu heben scheine. Das Curatorium ist vorbereitet auf die nächsten Rückzahlungen mit einem Capital von 90,000 Thlr., glaubt aber, daß dieselben nicht lange ausreichen würden, indem nahe an 800,000 Thlr. Einzahlungen noch geleistet wären, wofür Stadt-Obligationen eingelegt seien. Ueberdieß habe das Curatorium ein Darlehn von 106,000 Thlr. aufgenommen, was wohl nicht verlängert werden dürfte. Es trägt daher darauf an, ein Darlehn von 200,000 Thlr. gegen Stadt-Obligationen aufnehmen zu dürfen, da ihm von mehrern angesehenen Banquiers die Hoffnung gemacht worden sei, das Geld zu einem mäßigen Zinsfuß und ohne Capitalverlust zu erlangen. Die Versammlung genehmigt den Antrag, indem sie aus ihrer Mitte einige Deputirte dem Curatorium beigesellt. — Während dessen sind die abgesandten Deputirten aus dem berliner Rathhaus zurückgekehrt; Hr. Dunker theilte mit, daß der ganze eben durchlebte Akt ein sehr feierlicher gewesen sei, und er bedaure nur, daß die ganze Versammlung nicht daran Theil genommen habe. Die Deputation aus Königsberg bestehe aus 5 Personen; er bezeichnet es als besonders erhebend, daß sie aus allen Klassen der Gesellschaft, ja aus allen verschiedenen Confessionen gebildet sei. Auf die herzliche Ansprache der Deputation, die mit einem Lebehoch für Berlin geendet, habe der Bürgermeister Naunyn und dann er selbst das Wort des Dankes gegen die Stadt Königsberg ergriffen, indem sie darin hervorgehoben, daß gewiß ganz Deutschland das Bewußtsein theile, Königsberg sei in dem Streben für Freiheit und Recht immer ein würdiges Vorbild gewesen.

In der Sitzung vom 1. April theilt Hr. Krebs der Versammlung mit, daß er auf das Gerücht, es fänden sich in der Alexander-Kaserne menschliche Leichname, sofort mit den Mannschaften der Wache eine genaue Visitation der Kaserne vom Boden bis zum untersten Keller vorgenommen habe, wonach sich das Gerücht als eine grobe und fade Lüge erwiesen. Andere Stadtverordnete haben eine Visitation der Kasernen des 2. Garde-Regiments, der Artillerie, der Dragoner und Franz-Grenadiere vorgenommen, und ebenfalls nichts gefunden. Demnach ist von Seiten der Stadtverordneten eine Deputation ernannt, um auch noch die übrigen Kasernen zu visitiren, wonach ein amtlicher Bericht erfolgen wird.*) — Adressen sind eingegangen aus Tilsit mit 1725 Thlr., Brüssow 23 Thlr., Cottbus 28 Thlr. und Aachen 388 Thlr. 22 Sgr. 3 Pf. — Vor kurzer Zeit sind einige Landleute beim Eintritt in die Stadt durch Excesse gezwungen worden, die Preise ihrer Lebensmittel herabzusetzen. Bei dem Nachtheil, den solche Maßregel auf den freien Verkehr ausübt, sind bereits zu dessen Verhütung die nöthigen Anordnungen getroffen und es wurde in der Versammlung darauf angetragen, dieselben öffentlich bekannt zu machen. Der Polizei-Präsident hat bereits den Hauptleuten der Bürgerwehr den Auftrag ertheilt, daß sämmtliche Wachen und Patrouillen die Landleute gegen solche Maßregeln zu schützen haben. Das Polizei-Präsidium soll ersucht werden, dies bekannt zu machen. — Die Privat-Annehmestellen für die Sparkasse sind ermächtigt worden, auch höhere Beträge als 5 Thlr bis 25 Thlr. ferner anzunehmen.

Am 31. März erstattete die städtische Deputation zur Berathung über das Wohl der arbeitenden Klassen ihren ersten öffentlichen Be-

---

*) Eine Bekanntmachung der Stadtverordneten vom 8. April stellt das Gerücht, „daß in den Kasernen, nach Abzug des Militairs, gefangene bürgerliche Kämpfer in der Haft zurückgelassen worden und dem Hungertode erlegen sein," nach dem Ergebnisse der durch Mitglieder ihrer Versammlung in sämmtlichen Kasernen vorgenommenen Local-Recherchen, als vollständig unbegründet dar: wohl aber hätten sich in einigen Militair-Lazarethen verwundete bürgerliche Kämpfer vorgefunden, welche ihres Zustandes wegen für jetzt nicht nach einem Civil-Krankenhause geschafft werden können und in jenen Lazarethen die sorgsamste, von ihnen dankbar anerkannte Pflege erhalten.

richt in einer Bekanntmachung, welche zunächst vier Vorschläge, als Deputations-Beschlüsse mittheilt, mit denen sich auch die Communalbehörden einverstanden erklärt hatten. Die Deputation, durch den „augenblicklichen Nothstand“ hervorgerufen, erklärt bei dieser Gelegenheit, daß sie nicht allein ihre Vermittelung zur Abhilfe überall eintreten lasse, wo es das Bedürfniß erheische, sondern daß ihre Thätigkeit vielmehr ganz besonders darauf gerichtet sein solle, „solche Maßregeln zu berathen und in Vorschlag zu bringen, welche das dauernde Wohl der Gewerbetreibenden und ihrer Gehilfen so viel als möglich zu begründen im Stande sind.“ Die mitgetheilten Vorschläge breiten sich daher nach beiden Seiten aus. Sie lauteten:

1) Um den bei den Arbeitsnachweisungs-Anstalten eingegangenen vielfachen Meldungen um Arbeit zu genügen, hielt man es für wünschenswerth, nicht nur die Erdarbeiten auf dem Wedding mit größerer Thätigkeit zu betreiben, sondern auch andere Arbeiten in Angriff zu nehmen, bei denen vorzugsweise Handarbeiter Beschäftigung finden. Diesem ist bereits dergestalt genügt, daß fast alle Meldungen der männlichen Arbeiter haben berücksicht werden können. 2) Wurde vorgeschlagen, bei den betreffenden Staatsbehörden die Einstellung der gewerblichen und fabrikmäßigen Arbeiten in den Zuchthäusern zu beantragen, sowie 3) bei den betreffenden Behörden und nöthigenfalls höchsten Orts nachzusuchen, daß sämmtliche für das Militair benöthigten Arbeiten nicht ferner durch das Militair selbst gefertigt, sondern der Bürgerschaft wieder zur Beschäftigung der Handwerker überwiesen werden. Als unerläßliche Bedingung hierbei hielt man es aber auch, daß die Arbeiten nicht mehr an einzelne Entrepreneurs und ebensowenig im Wege der Licitation abgegeben werden. 4) Wurde vorgeschlagen, mit der Polizeibehörde in Communikation zu treten, damit das Zuströmen fremder, hier Arbeit suchender Handwerker möglichst beschränkt werde, auch zu beantragen, daß bei den königlichen Bauten, insbesondere beim Kanalbau so viel als möglich hiesige Arbeiter Beschäftigung finden.

Während diese Deputation, als Organ der städtischen Behörden, die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen zu ihrer ausschließlichen Aufgabe machte, während die höchste Staatsbehörde endlich dahin gekommen war, umfassende Maßregeln zu Gunsten der Gewerbtreibenden und der Arbeiter zu treffen, hatten diese selbst auch schon begonnen, ihre eigene Angelegenheit, die Uebelstände ihrer Lage, die Mittel, ihnen abzuhelfen, zu Gegenständen eifriger Erörterungen zu machen. Das „selbsterrungene“ Recht der Association, das später durch die Verordnung vom 6. April auch gesetzlich garantirt wurde, gab den Berathungen, den zünftigen und zunftähnlichen Vereinigungen den ausgedehntesten Umfang. Anzeigen in Zeitungen, Plakate, Circulare benachrichtigen Gewerbs- und Handwerks-Genossen von Versammlungen und dem Ort, an dem sie stattfinden sollen. Fast jedes Gewerbe, jeder Industriezweig, jedes Gewerk, und hier wieder die Meisterschaft als Corporation oder die Gesellenschaft als solche sahen sich in derartigen Versammlungen vertreten. Freilich mag hier nicht selten jene Engherzigkeit, welche die Volksversammlung vom 26sten in den Anträgen vieler Personen aus dem Handwerks- und Arbeiterstande kennen lehrte, leitendes Princip gewesen sein. Doch zeigten sich auch schon in der Mitte der jüngeren Handwerker Bestrebungen, die dahin gingen, den Handwerker- und Arbeiterstand mit dem „Geist der neuen Zeit“ in directe

Verbindung zu bringen, und jenen sich thätig an der Entwickelung der neuen Bewegungen betheiligen zu lassen. Die Verhandlungen einer Versammlung von etwa 150 Arbeitern, die am 29sten Abends, gleichzeitig mit der Mielentz-schen, im Café d'artistes stattfand, bezeichnen das Streben jenes intelligenteren Theils der Arbeiter. Diese Versammlung, die erste derartige, war berufen worden, um die Constituirung eines Clubs vorzunehmen; sie schloß damit, sich zu einer Art von provisorischen Central-Arbeiter-Club zu constituiren. Die Zeitungs-Halle enthält folgenden Bericht über die Versammlung:

Der zum provisorischen Präsidenten gewählte Schneider Lüchow eröffnete die Versammlung, indem er auseinandersetzte, daß es für's Erste gleichgültig sei, wer eigentlich die Revolution gemacht habe, daß es aber vor allen Dingen darauf ankomme, das Errungene mit vereinigten Kräften festzuhalten, und dies Festhalten sei vielleicht schwieriger, als das Erringen. Er wolle daher nicht die Gegensätze feststellen, in denen sich die Versammelten, als Arbeiter, allen anderen Ständen und Parteien gegenüber befänden; es käme vor Allem darauf an, gemeinsam Front zu machen gegen die Reaction. Da man nun außerdem niemals einen zweiten Schritt machen könne, ohne den ersten gethan zu haben, schlage er vor, die großen Fragen, welche die Arbeiter als solche, d. h. als einen besonderen Stand beträfen, vorläufig bei Seite zu lassen und den Club auf die Basis demokratischer Tendenzen zu stellen. — Schuhmacher Hätzel sprach in gleichem Sinne; er wies darauf hin, wie man sich sehr gut an die bereits bestehenden politischen Clubs anlehnen könne, namentlich an den im Hotel de Russie; dort würden die Fragen wahrscheinlich mit größerer Intelligenz und Sachkenntniß behandelt werden, als bei ihnen; nun habe aber die Erfahrung leider gelehrt, daß die Intelligenz immer noch schlagfertiger Massen bedürfe, um sich vollständig zur Geltung zu bringen; sie seien gerne bereit, Blut und Leben aufs Neue einzusetzen für die Sache der Freiheit, es sei aber vor Allem wünschenswerth, daß auch ein jeder Kämpfer ganz genau wisse, wofür er sich schlage. Es müsse daher vor allen Dingen eine gründliche politische Bildung der Arbeiterklasse erstrebt werden. Er sei nun aber der Meinung, daß dieses Ziel nicht durch große Versammlungen erreicht werden könne; er stimme für das Kettensystem, in dem sie von früherher bereits einige Uebung hätten. — Nach dieser Rede schien die Principienfrage erledigt und die Debatte drehte sich noch einfach um das Formelle. Die Hrn. Müller, Michaelis, John, Schramm, Engelhardt sprachen sämmtlich für das Kettensystem, und nachdem die Hrn. Weichardt, Gehrke und Maron für große Versammlungen gesprochen hatten, nahm Hr. Hätzel nochmals das Wort; er führt aus, daß die Menge nicht politisch sei. Der Mangel der politischen Bildung und Meinung beraube unsere Volksversammlungen für den Augenblick noch gänzlich ihres Werthes. Er wies auf die am Sonntage stattgefundene Volksversammlung vor dem schönhauser Thore hin und machte darauf aufmerksam, daß es sich auch dort durch Hrn. Dr. Wöniger documentirt habe, welch' große Gefahr bei einer politisch ungebildeten Masse in einer geschickten Fragestellung liege; dieser Gefahr könne aber nur dadurch begegnet werden, daß man sich in kleineren Clubs an parlamentarische Form und an logische Gliederung der Fragen gewöhne. In Betreff der gelegentlich nöthigen praktischen Wirksamkeit müsse er ferner dem Kettensysteme ebenfalls den Vorzug geben; sofern dasselbe nur einigermaßen gut organisirt sei, könne innerhalb 24 Stunden ein gemeinsamer Beschluß und demgemäßes einmüthiges Handeln mit Leichtigkeit erreicht werden. — Hiemit war der Sieg für das Kettensystem entschieden, und es wurde auf den Antrag des Präsidenten beschlossen, die anwesende Versammlung zu einer Art von provisorischen Central-Club zu constituiren; die einzelnen Mitglieder wurden aufgefordert, kleinere Clubs zu bilden, und dann in später anzuberaumenden Central-Versammlungen sich durch ihre Sprecher oder Präsidenten vertreten zu lassen. — Vorläufig wurde eine neue unbeschränkte Versammlung auf Sonnabend Abend festgesetzt. — Bemerkenswerth bleibt, daß während des ganzen Abends die Debatte selten und unbedeutend von der gerade vorliegenden Frage abwich, und als ein Redner sich verführen ließ, die Frage vom Arbeitslohne zu berühren, erklärten die Hrn. Hätzel und Purzler sogleich, daß die Forderung einer bestimmten Lohnerhöhung im gegenwärtigen Augenblicke eine ungerechte Forderung sei; es heiße dies nichts Anderes, als ihre Meister und schließlich sich selbst ruiniren.

Die „ruhige Haltung," welche der Arbeiterstand bisher beobachtet hatte — noch waren die bewußten revolutionairen Elemente unter den Arbeitern als solche öffentlich nicht besonders hervorgetreten — gab den Ruheliebenden, den Freunden einer recht maß- und schrankenvollen Freiheit, die Hoffnung, daß es den Leitern der revolutionären Opposition, den „Ultra-Radicalen" nicht gelingen würde, die Arbeiter zu sich hinüberzuziehen. „Selbst unsere Arbeiter," schreibt ein Correspondent der Allg. Zeit. (31. März), „in denen das politische Bewußtsein zu erwachen angefangen, gehören in der Mehrzahl zu jener großen Mitte, als deren Ausdruck das gegenwärtige Ministerium zu betrachten ist." Und die Schles. Zeit. läßt sich aus Berlin (26. März) schreiben: „Die ultra-radicale Partei zählt nur wenig Anhänger." — Fanatiker unter den Freunden der Ordnung und Ruhe, welchen das Treiben der Opposition unbequem werden mochte, hielten es jetzt selbst schon für möglich, die revolutionäre Opposition durch Demonstrationen, die mit Arbeitermassen gegen sie gerichtet würden, zu erschrecken, sie verzagt oder zahm zu machen, ja vielleicht gar sie zu vernichten. Daß Arbeiter zu solchen Zwecken zu gewinnen seien, daran zweifelten Die nicht, welche jene Mittel aufzuwenden vermochten, mit denen sich hungrige Mägen stillen und die Fäuste roher und gewissenloser Menschen erkaufen lassen. Es ward in der That der Versuch gemacht, mit Knütteln und Fäusten gemietheter Banden einer Partei entgegenzutreten, deren Ansichten, Ueberzeugungen, Thätigkeits-Aeußerungen den Fanatikern der Ordnung und Ruhe nicht genehm waren.

Der politische Club wurde für den Mittelpunkt jener der Ruhe und deren Anhängern feindlichen Oppositions-Bestrebungen gehalten. Je ungenauere und unverständlichere Mittheilungen über das, was der Club wirklich that und beabsichtigte, in die eigentlich bürgerlichen Kreise kamen, desto mehr beeiferte sich das Gerücht, Ungeheuerlichkeiten aller Arten von diesem Vereine zu verbreiten. Der Club bestände aus Juden, Polen, französischen Emissairen u. s. w., war eins jener Gerüchte, das von den Leichtgläubigen auch nicht bezweifelt wurde. Ja, von Seiten der Judenschaft wurden ernstliche Reclamationen gegen das Gerücht, als ob der Club vorzugsweise aus jüdischen Elementen bestehe, erhoben. Eine gleichlautende Notiz der beiden Morgenblätter hält es für nöthig, dem auf das Entschiedenste zu widersprechen; „indem zwar auch einige Juden sich in jenem Club befinden, jedoch verhältnißmäßig in sehr kleiner Zahl, während die bei weitem größte Anzahl der Gemeinde ihrer Natur nach conservativer Gesinnung ist." — Der politische Club hielt am 1. April seine Sitzung im Mehlhause; (im Hotel de Russie, dem ursprünglichen Sitzungslokal fand eine Versammlung der Landtags-Abgeordneten statt); seine Verhandlungen, auf die wir später zurückkommen werden, betrafen die polnische Angelegenheit. Die Sitzung war bereits beendigt, als spät Abends ein Haufe von einigen hundert, zum Theil bewaffneten oder mit Stöcken versehenen, Personen sich gegen das

Versammlungslokal bewegte. Schon vorher, während noch die Berathungen des Clubs stattfanden, war ein starker Trupp Menschen auf einer benachbarten Brücke angetroffen worden, „welcher die Absicht zu erkennen gab, Thätlichkeiten gegen den Club auszuüben." Die eingegangenen Erkundigungen — Personen aus den Trupps selbst beeiferten sich Auskunft zu geben — stellten als thatsächlich fest: daß ein Beamter, „dessen Namen früher vielfach bei den Sparvereinen genannt worden," eine Anzahl Arbeiter aus den ärmeren Vorstädten für den Miethspreis von 10 Groschen auf die Person für den Abend geworben habe, um durch sie den Club gewaltsam zu sprengen. Der Generalstaatskassen-Buchhalter Liedke war als Werber der Banden genannt. — Folgende zwei Plakate des politischen Clubs, die am 2. und 3. April erschienen, bezogen sich auf diesen Vorgang:

Es hat sich Sonnabend Abend 11 Uhr ein Haufe von 3 — 500 Mann, untermischt mit Bürgergarden, gegen das Mehlhaus bewegt, in welchem der politische Club eine halbe Stunde vorher seine Sitzung beendigt hatte. — Das Recht der freien politischen Versammlung ist so eben als Gesetzvorschlag von der Regierung ausgegangen. Sollte gestern eine Gewaltthat gegen diese edle Frucht unserer Revolution ausgeübt werden? Die Untersuchung wird es zeigen. — Bis dahin appelliren wir aber an die Ehre der Berliner Bürgerschaft und hoffen, daß die Bürgergarde im Schutze der Personen nicht hinter der früheren Polizei zurückbleiben wird.

Der Präsident des politischen Clubs. Jung.

An die Arbeiter. Brüder, seid auf eurer Hut! Man treibt einen schmählichen Mißbrauch mit der Leichtgläubigkeit Vieler unter Euch. Man redet zu Euch von Aufwieglern, Juden und Fremden, welche Ursache aller Unruhe, und mithin des gestörten Handels und der Industrie seien und dadurch auch Euch um die Arbeit und das Brot bringen würden. Man hat, wo solche Aufreizungen nicht ausreichten, an einige von Euch Geld vertheilt, und diese sind am Sonnabend bewaffnet mit Knütteln gegen den politischen Club im Mehlhause gezogen, der aber schon früher auseinandergegangen war. Arbeiter, duldet nicht, daß solche Schmach auf eurem Stande lasten bleibe, Ihr, die Kämpfer der Freiheit, wolltet, dem Privathaß niederträchtiger Menschen zu lieb, zuerst die Freiheit wieder zerstören! — Ihr wolltet eine Versammlung mißhandeln, die zuerst und am lautesten den Grundsatz aufstellte: Jeder großjährige Preuße muß Wähler und wählbar sein! — Ist das Aufwiegelung? Stocken durch das Aussprechen solcher Forderungen die Geschäfte? — Nein! — Der Handel ist gestört, weil die ganze Welt gestört ist. Ueberall befreien sich die Völker, überall wird die alte, schlechte Wirthschaft über den Haufen geworfen, Wir wollen nichts, als den alten Kehricht gründlich ausfegen, damit wir nicht noch einmal so eine schlimme Störung bekommen. — Eure Verführer zogen aber Vortheil aus dem alten Kehricht und deshalb schimpfen sie uns Aufwiegler und mißbrauchen eure Leichtgläubigkeit. Hättet Ihr uns am Sonnabend gefunden und in bethörter Wuth uns erschlagen und mißhandelt, uns, die wir gerade beriethen, wie man die Deutschen in Posen gegen Mord und Plünderung schützen könne, welche ewige Schmach wäre das für Euch gewesen! Die Soldaten, hätte man gesagt, fochten gegen die Freiheit, weil sie dem König geschworen hatten. Die Arbeiter zerstören die Freiheit, weil man sie bezahlt hat dafür! — Werdet Ihr diese Schande dulden, deren 3 — 500 unter Euch sich theilhaftig machten? — Den Verführten aber geben wir den Rath, die Herren, welche sie geleitet, angestiftet und bezahlt haben, zu greifen, wo sie sie finden, und sie der Polizei zu übergeben, denn sie waren wirkliche Aufwiegler, die Ersten welche unsere Revolution geschändet haben. Der Präsident des politischen Clubs.

Denselben Anlaß benutzte L. Graf v. Pfeil, an das „Volk von Berlin" eine Mahnung zu richten. Hr. Graf Pfeil, ein schlesischer Grundbesitzer, gehörte zu den Besuchern, später auch Rednern des politischen Clubs. In der

ersten Zeit der neuen Epoche nach Berlin gekommen, hielt er sich während der nachfolgenden Sommermonate abwechselnd in seiner Heimath und in Berlin auf, um hier thätigen, directen und indirecten Antheil an den Bewegungen zu nehmen. Zeitungsartikel (in der Zeit.-H.), Extrablätter, Plakate ließen seine literarische Thätigkeit erkennen, eine Thätigkeit, die in früheren Jahren hauptsächlich der Verbreitung Haller'scher Principien gegolten. Die erwähnte Ansprache (Zeit.-H. 5. April) lautete:

Volk von Berlin! Du selber bist vor wenigen Tagen für die Freiheit der Rede auf den Kampfplatz getreten. Willst Du heute zerstören, was Du gestern gebaut? Ehre auch bei Anderen das Recht, das Du erkämpft hast. — Jene Männer, die Du verjagt, sie haben berathen, ob es billig sei, unsere deutsche Brüder in Posen der Gewalt des Slaventhums den durch Preußens Gesetzgebung freigewordenen Bauer dem Edelmann wieder zu unterwerfen. Willst Du das tadeln? — Du täuschst Dich nicht, wenn Du von einer Zerstörung des Eigenthums, von socialistischen und communistischen Ideen, Dein Heil nicht hoffst. Nur in der festesten Achtung jeden Eigenthums, jedes Rechtes, wirst Du die Sicherheit und den Wohlstand finden, die Du verlangst. Aber nicht nur Du sollst fremdes Recht, man soll auch das Deinige ehren. Du brauchst Gesetze, die solches ermöglichen. Laß uns Alle gemeinsam dahinarbeiten, daß die neue Gestaltung unserer Verhältnisse bald zu Stande komme. — L. Graf v. Pfeil.

Eine „Rechtfertigung" des Vorganges versuchte der Anstifter in einer „Erklärung allen Denen, welche meine Handlung am 1. April zu verdächtigen streben." Der Aufforderung aber, die der Präsident des politischen Clubs in seinem zweiten Plakate an die „Verführten" richtete: „die Herren, welche sie geleitet und bezahlt haben, zu greifen wo sie sie finden," schien dem Herrn Liedke so ungefährlich, daß er mit Bezug auf dieselbe in einem Plakate die genaue Angabe seiner Wohnung mittheilte. Jene Erklärung war folgenden Inhalts:

Von dem Bestehen des politischen Clubs und seinen Tendenzen in Kenntniß gesetzt, nach welchen derselbe, mit der uns Preußen und Deutschen durch die Verheißungen unsers Königs verliehenen Freiheit nicht zufrieden, den Umsturz aller bestehenden Ordnung beabsichtigen soll, mußte ich, und mit mir gewiß jeder redliche Mann, es für Pflicht halten, solchem Treiben mit aller Kraft entgegenzutreten. Als ich daher am Sonnabend Nachmittags die Nachricht empfing, daß der politische Club, welcher jetzt im Mehlhause seine Sitzungen hält, einen Akt der Gewaltthätigkeit durch rohe Kräfte zur Ausführung zu bringen beabsichtige, indem er geäußert haben sollte, daß, „würde der Landtag, trotz des darüber noch nicht genug entschieden habenden Volks-Willens, dennoch am morgenden Tag zusammentreten, so würde er eine eherne Mauer um's Schloß bilden, um sich so der Eröffnung desselben zu widersetzen," hielt ich mich verpflichtet diesen durch rohe Gewalt beabsichtigten Eingriff in die Rechte Aller durch ein ähnliches Mittel, und zwar im Namen Derjenigen, welche der Eröffnung des Landtages ihren Beifall zollen, entgegenzutreten. Ich hatte Posten ausgestellt, welche mir sichere Nachricht über das Beginnen des Clubs zuführten, und durch diese erfuhr ich, daß heute während der Sitzung des Clubs aus den gehaltenen Reden nichts zu erkennen sei, was auch nur im Entferntesten auf die Ausführung eines solchen Aktes roher Gewalt zu schließen berechtige. Ich wartete deshalb mit den von mir versammelten Arbeitern die Beendigung der Sitzung ruhig ab, und erst eine halbe Stunde später führte ich meine Mannschaften, in größter Ordnung, vor das Mehlhaus und hatte dabei nichts weiter im Sinne, als öffentlich zu zeigen, über welche Kräfte alle diejenigen zu verfügen haben würden, welche der weiteren freien Bewegung des deutschen Lebens allein auf gesetzlichem Boden ihr Herz leihen. Niemand, der mich kennt, wird mich verdächtigen, daß ich der Freiheit auch nur im Entferntesten entgegen zu treten fähig sein könne. Jeder derselben wird aber auch wissen, daß ich Freiheit und Frechheit

immer zu unterscheiden gewußt habe und daher schließen, daß, sobald bei Kundgebung der Ansicht Anderer die Freiheit zu erkennen, derselben von meiner Seite das ihr von Gott gewordene Recht nimmermehr streitig gemacht werden wird. Allen jedoch, welche mich nicht kennen, hiermit die offene Erklärung, daß ich durch Wort und That schon seit Jahren bemüht gewesen, der im Joch des Elends schmachtenden Menschheit zur Befreiung und Entwickelung ihres Rechtes die Wege anzubahnen, und daß ich daher wohl niemals die Hand bieten werde, irgend Einem, welcher das Heil der Menschheit im Auge, das Recht der Freiheit auch seiner Meinung in Anspruch nimmt, durch andere Mittel, als die des freien Geistes, entgegenzutreten, ihm vielmehr im Gegentheil mit Wärme die Bruderhand schütteln werde.

Berlin, den 4. April 1848. G. S. Liedke.

Den Vorwurf der in dem ersten Plakate des politischen Clubs der Bürgerwehr als einer Mitschuldigen gemacht wurde, suchte Dr. Vetter in einer öffentlichen Erklärung (Spen. Z.) als unbegründet zurückzuweisen. Hr. Vetter gehörte zu der Abtheilung Bürgerwehr, welche Abends 9 Uhr von dem Hauptmann die Weisung erhalten hatte das Mehlhaus zu beobachten, weil eine Demonstration gegen den dort versammelten Club im Werke sei. „Unsere Aufstellung vor dem Mehlhause, erzählt Dr. Vetter, wurde von Seiten des Clubs mit Mißtrauen und als eine Demonstration gegen den Club aufgenommen und der wiederholten Erklärung, daß wir nur zum Schutze dastehen, kein Glauben geschenkt; um Aufregung zu vermeiden, zogen wir uns zurück. Gegen 11 Uhr stieß unsere noch aus wenigen Personen bestehende Patrouille auf einen starken Haufen von Männern, die nach dem Mehlhause zogen; ihr Anführer versicherte, sie seien friedliche Bürger. Auch eine Bürgerwehr-Patrouille marschirte hinterdrein, aber im Interesse der Ordnung, in welchem Sinne die Bürgerwehr auch bereits vor dem Hamburgerthore (dem Versammlungsorte der Banden) eingeschritten sein soll." Das gegen die Bürgerwehr an den Tag gelegte Meßtrauen — fügt Hr. Vetter dieser Erzählung hinzu — ist also völlig grundlos, „wie überhaupt die Vorwürfe, der Feigheit und Furcht, die uns im politischen Club so oft gemacht wurden, durch nichts gerechtfertigt sind." Auch der Bürgerwehr seien Preßfreiheit und freies Versammlungsrecht theure Errungenschaften; sie wisse aber auch „freie Erörterung" von „Aufwiegelung" zu unterscheiden und werde in der „Ausübung ihrer Pflicht" niemals und nirgends der ersteren, immer aber der letzteren ernstlich entgegentreten.

In den eben angeführten Worten ist im Allgemeinen der Ausdruck des Gefühls richtig wiedergegeben, welches den größeren Theil der Bürgerwehr in Betreff der ihr obliegenden Pflicht beherrschte. Indem jeder einzelne Bürgerwehrmann es seinem eigenen Urtheile überließ, was „freie Erörterung" von der „Aufwiegelung" unterscheide, glaubte er, unaufgefordert und selbstständig als Beschützer der öffentlichen Ordnung da einschreiten zu können, wo ihm ein Fall von „Aufwiegelung" vorzuliegen schien. Des Eifers, mit dem er gerade nach dieser Seite hin seine Thätigkeit übte, ist bereits wiederholt gedacht worden; noch immer war er in demselben Maße vorhanden; die Beispiele aber, die be-

sonders in dem politischen Club und in den Volksversammlungen unter den Zelten, über diese polizeiliche Thätigkeit der Bürgerwehr mitgetheilt wurde, die persönlichen Beschwerden Derer, die jenes Eifers unschuldige Opfer geworden waren, — die Zeitungs-Halle veröffentlichte mehrere Fälle dieser Art — ließen das eigene „Urtheil" des Bürgerwehrmannes, so weit es ihn zur Ausübung seiner Pflicht bestimmte, als ein sehr wenig freies erkennen und waren vielmehr geeignet, seinen aus diesem Urtheile entsprungenen Handlungen das Gepräge des Lächerlichen aufzudrücken.

Die „provisorische" Organisation der Bürgerwehr schritt inzwischen langsam vor. Die städtischen Behörden, welche die erste Entwickelung der Bürgerbewaffnung diesem Institute selbst oder vielmehr seinen Chefs überlassen hatten, traten in den letzten Tagen des März in nähere Beziehung zu jener eigentlich städtischen Corporation. Ihre in dieser Zeit geschehene Verbindung mit dem Central-Commando der Bürgerwehr hatte zunächst den Zweck, ein Statut für die Organisation der letzteren entworfen und zur Beschlußnahme vorbereiten zu lassen, welches so lange gelten sollte, bis ein allgemeines Gesetz über die Volksbewaffnung erlassen wäre. Während die Stadtbehörden ihre Deputation ernannten, ergänzte gleichzeitig Hr. v. Minutoli seinen Stab, und so wurde die das Statut vorbereitende Deputation aus folgenden Mitgliedern zusammengesetzt: dem Bürgermeister Naunyn, dem provisorischen Bürgerwehr-Chef v. Minutoli, den Stadträthen Nobiling, Duncker, Gamet, den Stadtverordneten Krug, Glaue, Nauwerk, Falkenberg, Devaranne, Holbein, dem Dr. Wöniger und Bürgerwehrhauptmann v. Herford. Diese Deputation wählte in ihrer Sitzung vom 31. März die Hrn. Duncker, Nauwerk, Devaranne und v. Herford zu einer Commission, mit dem Auftrage, Vorschläge zur Einrichtung der berliner Bürgerwehr sobald als möglich der Deputation vorzulegen. Die Commission die alsbald daran ging, sich von dem Inhalte des bis dahin zusammengekommenen Materials, den Statuten anderer Staaten über die Volksbewaffnung u. dergl. zu unterrichten, versprach ihren Bericht auf die Mitte der nächsten Woche.

Einer der Punkte, welche für das Wiedereinrücken von Militair angegeben waren, betraf die Erleichterungen welche im Wachtdienste der Bürgerwehr eintreten sollen. In der Versammlung der Hauptleute am 31. März, brachte Herr v. Minutoli die Frage über die Verwendung des Militairs zur Sprache. Derselbe erklärte wiederholt, daß er in allen Angelegenheiten der Bürgerwehr, sowie in Bezug auf die Stellung des Militairs zu derselben, nicht selbstständig beschließen oder beantragen werde, ohne vorher die Meinung der Hauptleute vernommen zu haben. Die Versammlung entschied sich, nach längerer Discussion, dahin, daß die Bewachung der Schlösser, sowie sämmtlicher Thore der Bürgerwehr ausschließlich anvertraut bleibe, daß dem Militair ausschließlich

die Wachen im Innern der Stadt- und Hausvoigtei und des Arbeitshauses, so wie die Posten bei den Pulvermühlen, dem Laboratorium und dem Militairarrest übergeben würden. Als die gemischten Wachen, deren Dienst Bürger und Soldaten versehen sollten, wurden die Königswache, die im Innern des Zeughauses, die Neue-Markt-, so wie sämmtliche Kasernenwachen, mit der Maßgabe bezeichnet, daß auf allen gemischten Wachen der Bürgerwehrführer den Oberbefehl haben solle. — Doch sollte über den Wachtdienst auf den zuletzt erwähnten Wachen erst noch eine Instruction durch den Stab und die Majore *) entworfen werden, die dann den Hauptleuten zur Berathung und Beschlußfassung vorgelegt würde. — Am 1. April bezog das Militair die ihm allein vorbehaltenen Wachen.

Das Corps der jungen Polen — die „polnische Legion" — trat, nachdem es eine Woche lang den Wachtdienst im Postgebäude versehen, am 27sten aus den Reihen der berliner Bürgerwehr. Die Hoffnungen, welche die königlichen und ministeriellen Verheißungen einer Reorganisation in ihnen, wie in allen Polen erweckt hatten, riefen sie in ihre Heimath. „Wir gehen nun heim", rufen sie den Berlinern in einem Abschiedsgruße zu (Z.-H. 76.), „uns vorzubereiten zu dem letzten, ernstesten Kampfe, den wir noch werden zu kämpen haben mit der finstern, brutalen, anmaßenden Gewalt, die seit Jahrhunderten unser Erbfeind gewesen ist, dem Kampfe der Freiheit gegen die Knechtschaft auf Leben und Tod." Die Führer der Polengarde, H. Szuman, Cybulski, Matecki, Koczkorowski, Wojtowski und Kozmian versichern zugleich im Namen aller ihrer Kameraden, daß sie „den übernommenen Pflichten getreu überall dahin wirken wollen, unnöthiges Blutvergießen zu verhüten, öffentliche Sicherheit und Ordnung zu verbreiten, die wahre Freiheit zu fördern." Als die polnische Legion sich bei ihrem Chef beurlaubte, baten diejenigen, die nicht im Besitze eigener Waffen waren, die bisher gebrauchten einstweilen behalten und in ihre Heimath mitnehmen zu dürfen. „Es lag keine Veranlassung vor", erklärte später Hr. v. Minutoli **), „die polnische Legion in Berlin zurückzuhalten. Da mir kein Recht über königliches Eigenthum zusteht, so konnte ich die verabfolgten Waffen auch nicht verschenken. Den drängenden Bitten, leihweise die Säbel zu belassen, bis man sich in der Heimath anderweit bewaffnet haben würde, hatte ich damals nichts entgegenzusetzen, als die erforderlichen Notizen zu den Akten und die Anzeige an den betreffenden Herrn Minister."

---

*) Bataillons-Commandeure (Majore) waren — den „provisorischen Anordnungen" zufolge von den Hauptleuten gewählt — um diese Zeit die Herren: Stadtrath Haack, Major Blesson, Director Neumann, Rechnungsrath Hehler, Justizcommissar Licht, Kaufmann Heyl, Obristlieut. v. Stülpnagel, Fabrikbesitzer Borsig, Major Beaulieu, D. A. Benda.

**) In einer „Erwiderung" auf die in dieser Sache gegen ihn gerichteten Angriffe der Neuen Preußischen Zeitung. (N.-Pr. Ztg. 1849. Nr. 59. Beil.)

Bewaffnet und mit einem Passe des Hrn. v. Minutoli versehen, in welchem ihre musterhafte Haltung, der Zweck ihrer Rückkehr und die Bemerkung enthalten war, daß die Legion mit Waffen reise, verließ diese am 27. März Berlin, um einem Schicksale entgegen zu gehen, welches ihre feurigen Hoffnungen sie nicht hatten ahnen lassen. Am 7. April erhielt die Legion, die in Posen zu einer Fähndrichsschule sich zu organisiren angefangen hatte, den Befehl, Posen zu verlassen und in die polnischen Lager nach Schroda zu marschiren; nachdem sich ein Theil von ihr getrennt, zogen die Uebriggebliebenen, etwa 60 Mann, in das Lager von Pleschen, um hier eine Fähndrichs-Abtheilung zu bilden. Auf Willisens Befehl wurde dieses Lager am 20. April nach Raszkow verlegt; auf Befehl des Obristlieut. v. Bonin jedoch sollten sich die polnischen Truppen bis zum 26sten wieder nach Pleschen zurückgezogen haben. Aber kaum hatten die Legionaire am 26ten früh ihren Rückmarsch angetreten, als sie plötzlich bei Raszkow von einer Abtheilung Kürassiere und Infanterie angehalten und aufgefordert wurden, die Waffen zu strecken. Sie wichen der Uebermacht; ihre Waffen, ihre Pferde und ihr Privateigenthum wurden ihnen genommen und sie selbst als Kriegsgefangene behandelt. Nach einer siebenwöchentlichen Gefangenschaft in Krotoschin und Küstrin wurden sie, „ohne daß auch nur ein einziges Verhör stattgefunden hätte", am 20. Juni endlich wieder freigelassen. *)

Allmählig hatte die Ueberzeugung von der Unverträglichkeit des Amtes eines Polizeipräsidenten mit dem Obercommando der Bürgerwehr auch Derer sich bemächtigt, die stets ein „unbedingtes Vertrauen" in die Person, die beide Aemter in sich vereinigte, gesetzt hatten. Auch Hrn. v. Minutoli selbst entging es nicht, daß eine länger fortgesetzte Leitung beider Aemter, sollte nicht das eine oder das andere rücksichtslos und zum allgemeinen Nachtheile vernachlässigt werden, ihm unmöglich werden müsse. Eine „Erklärung" vom 4. April, — unter den Annoncen der Vossischen Zeitung befindlich — sprach seinen Rücktritt in folgenden Worten aus:

Die eben so dringlichen, als umfassenden Arbeiten, welche die Reorganisation der Polizei-Verwaltung erfordert, nehmen von jetzt ab meine Zeit und Kräfte dergestalt in Anspruch, daß ich mich außer Stande befinde, das Ehrenamt eines Commandeurs der Bürgerwehr daneben noch länger fortzuführen. Indem ich daher meinen Dank allen Denjenigen abstatte, deren Vertrauen mich zu dieser Stellung berufen hat, so wie allen Denen, von welchen ich bei der provisorischen Bildung der Bürgerbewaffnung mit Rath und That unterstützt wurde, und endlich der Bürgerwehr selbst und ihren einzelnen Corps, die mit rühmenswerther Hingebung und Ausdauer sich ihrem wichtigen Beruf unterzogen haben — lege ich hierdurch mit Vorwissen des Herrn Ministers des Innern das Commando mit dem aufrichtigsten Wunsche nieder, daß die berliner Bürgerwehr in ihrer definitiven Organisation den

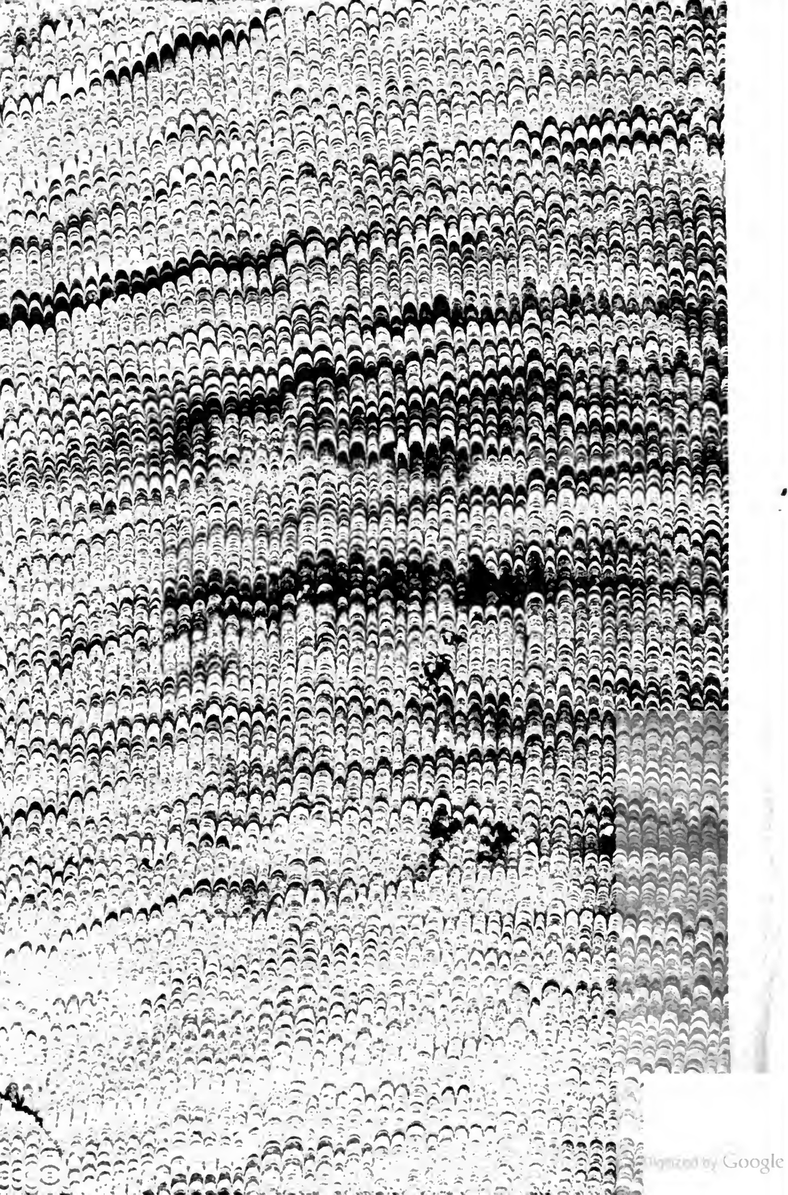
---

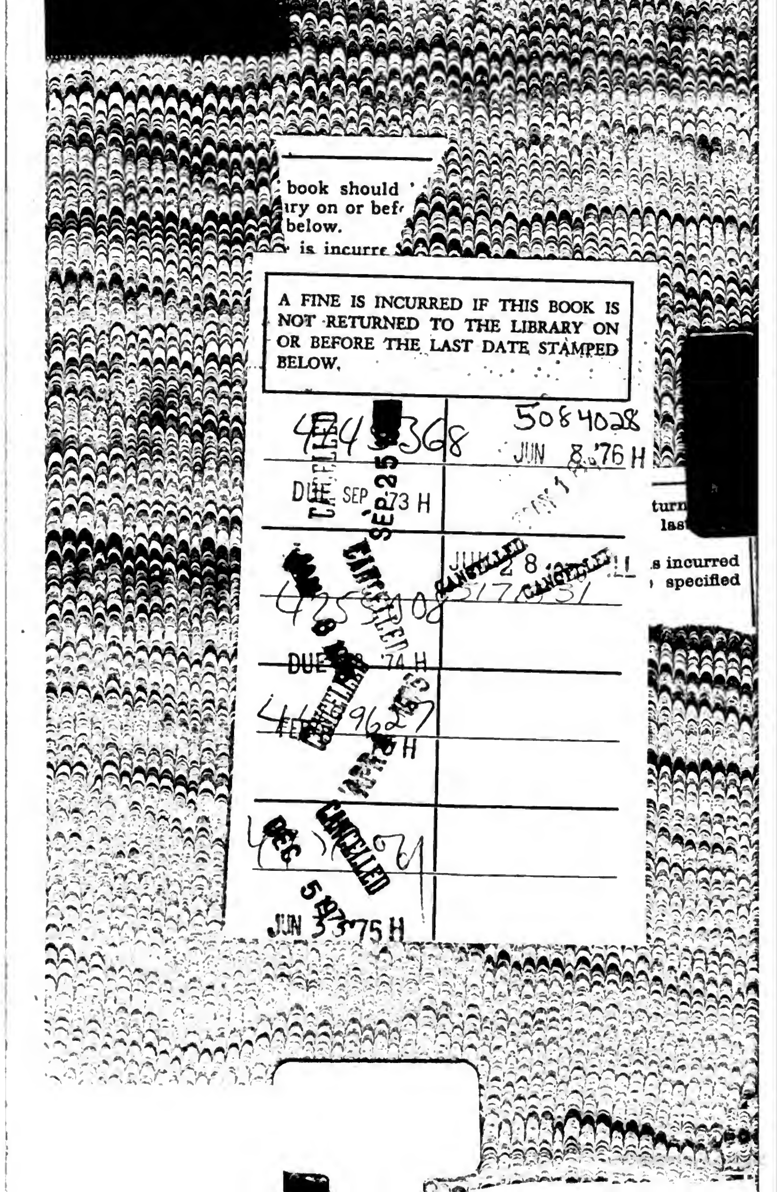
*) A. Lipski Beiträge zur Beurtheilung der Ereignisse in Posen im Jahre 1848. S. 60—75.

hohen Anforderungen vollständig entsprechen möge, welche die Stadt und das ganze Land an sie zu machen berechtigt sind. Den Hochedlen Magistrat habe ich ersucht, wegen Wiederbesetzung der Stelle des Commandeurs das Erforderliche baldigst zu veranlassen; bis dahin wird der Stab die Leitung der Geschäfte übernehmen. — Der Polizei-Präsident v. Minutoli.

Mit diesem Akt, der für die Bürgerwehr — das „Hauptbollwerk der sich entwickelnden Freiheit" — den Beginn einer neuen Entwickelungsphase bezeichnet, schließt eine Periode der neuen Bewegung ab, in welcher die revolutionäre Opposition ihre Bestrebungen, „die Revolution weiterzuführen", und hemmende Momente von deren Entwickelung fern zu halten, als erfolglose kennen gelernt hatte. Der Vereinigte Landtag war nicht nur nicht zurückgeblieben, sondern er hielt sich nach seinem Zusammentritt sogar für competent, neben dem Wahlgesetze noch andere wichtige Regierungs-Vorlagen zu berathen; das Militair war eingerückt, ohne daß es auf die noch ungeborene Verfassung vereidigt worden wäre; die erste städtische Behörde, weit entfernt, einer anderen ihre Stelle einzuräumen, machte auch jetzt noch die neue städtische Vertretung von dem alten, beschränkten Wahlreglement abhängig. — Einer Entwickelung der Bewegung im revolutionären Sinne hatten das Bürgerthum und ein großer Theil der Arbeiterklasse sich zu widersetzen begonnen. Die erneuerten Anstrengungen der revolutionären Partei, die Bewegung in ihrem Sinne zu leiten, sowie die gegen diese Anstrengungen gerichteten Versuche und Bemühungen der politischen Gegenparteien wird die Darstellung der folgenden Periode kennen lehren.

Druck von A. Bahn u. Comp. in Berlin, Schleuse Nr. 4.




book should
ry on or bef
below.
is incurre
A FINE IS INCURRED IF THIS BOOK IS NOT RETURNED TO THE LIBRARY ON OR BEFORE THE LAST DATE STAMPED BELOW.
5084028
JUN 8 '76 H
DUE SEP 25 '73 H
CANCELLED
CANCELLED
'74 H
CANCELLED
JUN 5 '75 H
s incurred
specified